



C/2024/2712

18.4.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.107835

(C/2024/2712)

Datum der Annahme der Entscheidung	30.1.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.107835	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Bund: Richtlinie zur Förderung des Umbaus der Tierhaltung 2024-2030 – Investive Vorhaben	
Rechtsgrundlage	Richtlinie zur Förderung des Umbaus der Tierhaltung 2024-2030 – Investive Vorhaben	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 675 000 000 EUR Jährliche Mittel: 150 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität	60,0 %	
Laufzeit	bis zum 31.12.2030	
Wirtschaftssektoren	Tierhaltung	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/2714

18.4.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.111967

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2714)

Datum der Annahme der Entscheidung	28.2.2024
Nummer der Beihilfe	SA.111967
Mitgliedstaat	Italien
Region	Piemonte
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Pagamento per impegni silvoambientali e impegni in materia di clima. SRA 27.
Rechtsgrundlage	Piano Strategico della PAC (PSP) Italia 2023-2027 approvato dalla Commissione europea con Decisione di esecuzione C(2022) 8645 del 2 dicembre 2022 ed operativo a partire dal 1° gennaio 2023 e riapprovato con Decisione C(2023)6990 del 23 ottobre 2023 (cd. „emendamento 2023“); Complemento Sviluppo Rurale (CSR) 2023-2027 della Regione Piemonte in attuazione del Piano strategico nazionale della PAC (PSP) 2023-2027 adottato con la deliberazione della Giunta regionale n. 17- 6532 del 20 febbraio 2023 (pag.422) e riadottato con DGR 27-7740 del 20/11/2023; Determinazione Dirigenziale n.758/6-7-2023 Regolamento (UE) 2021/2115 - Complemento Sviluppo Rurale (CSR) 2023-2027 della Regione Piemonte in attuazione del Piano strategico nazionale PAC (PSP) 2023-2027. Approvazione del documento „Condizioni generali di validità dei regimi di aiuto previsti dal CSR 2023-2027 e di ammissibilità degli interventi soggetti alle regole sugli aiuti di Stato“.
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Waldumwelt- und -klimaleistungen und die Erhaltung der Wälder
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 3 500 000 EUR Jährliche Mittel: 700 000 EUR
Beihilfemaximalintensität	
Laufzeit	bis zum 31.12.2029
Wirtschaftssektoren	Forstwirtschaft
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Regione Piemonte PIAZZA PIEMONTE 1, 10126 TORINO
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/2709

18.4.2024

Zusammenfassung des Beschlusses der Kommission

vom 12. Februar 2024

Beschluss nach Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/1925

(Cases DMA.100015 – Microsoft – Online Search Engines, DMA.100028 – Microsoft – Web Browsers, DMA.100034 – Microsoft – Online Advertising Services)

(bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2023) 6078 final)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(C/2024/2709)

Am 12. Februar 2024 hat die Kommission einen Beschluss nach Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/1925 erlassen. Nach Artikel 44 der Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ veröffentlicht die Kommission die Namen der beteiligten Unternehmen und den wesentlichen Inhalt des Beschlusses, wobei sie dem berechtigten Interesse der Unternehmen an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse Rechnung trägt.

1. EINLEITUNG

- (1) In dem Beschluss der Kommission (im Folgenden „Beschluss“) wird dargelegt, warum die Kommission auf der Grundlage ihrer Marktuntersuchung nach Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/1925 (Gesetz über digitale Märkte, im Folgenden „DMA“ nach der englischen Bezeichnung „Digital Markets Act“) das Unternehmen Microsoft Corporation (im Folgenden „Microsoft“ oder „Unternehmen“) in Bezug auf dessen drei zentrale Plattformdienste (CPSs), nämlich die Online-Suchmaschine Microsoft Bing, den Webbrowser Microsoft Edge und den Online-Werbedienst Microsoft Advertising, nicht als Torwächter im Sinne des Artikels 3 DMA benennt, obwohl diese die quantitativen Schwellenwerte nach Artikel 3 Absatz 2 DMA erreichen.

2. VERFAHREN

- (2) Im Anschluss an die Mitteilung von Microsoft vom 3. Juli 2023 erließ die Kommission am 5. September 2023 einen Beschluss, mit dem sie Microsoft gemäß Artikel 3 DMA in Bezug auf sein als CPS fungierendes PC-Betriebssystem Windows und sein als CPS fungierendes soziales Online-Netzwerk LinkedIn als Torwächter benannte ⁽²⁾. In diesem Beschluss kam die Kommission ferner zu dem Schluss, dass Outlook.com zwar ein nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienst (im Folgenden „NuiKd“) ist, bei dem Microsoft die in Artikel 3 Absatz 2 DMA festgelegten quantitativen Schwellenwerte erreicht, dass aber Microsoft klar und umfassend nachgewiesen hat, dass die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b DMA festgelegte Anforderung, wonach ein CPS ein wichtiges Zugangstor darstellen muss, nicht erfüllt ist. Dementsprechend wurde Microsoft in Bezug auf seinen NuiKd Outlook.com nicht als Torwächter benannt. Darüber hinaus kam die Kommission zu dem Schluss, dass Microsoft Bing, Microsoft Edge und Microsoft Advertising, die jeweils eine Online-Suchmaschine, einen Webbrowser bzw. einen Online-Werbedienst darstellen, allesamt CPSs gemäß Artikel 2 Absatz 2 DMA sind, bei denen Microsoft die in Artikel 3 Absatz 2 festgelegten quantitativen Schwellenwerte erreicht, dass Microsoft aber hinreichend substantiierte Argumente vorgebracht hat, um die Vermutung nach Artikel 3 Absatz 2 DMA in Bezug auf jeden dieser drei CPSs eindeutig zu entkräften.
- (3) Infolgedessen erließ die Kommission am 5. September 2023 gemäß Artikel 16 Absatz 1 und Artikel 17 Absatz 3 DMA einen Beschluss zur Einleitung von Marktuntersuchungen, um zu prüfen, ob in dem Beschluss, mit dem Microsoft als Torwächter benannt wird, die Online-Suchmaschine Microsoft Bing, der Webbrowser Microsoft Edge und der Online-Werbedienst Microsoft Advertising in Anbetracht der von Microsoft nach Artikel 3 Absatz 5 DMA vorgebrachten Argumente als wichtige Zugangstore für gewerbliche Nutzer zu den Endnutzern aufgeführt werden sollten ⁽³⁾.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1).

⁽²⁾ Beschluss C(2023) 6106 final vom 5. September 2023.

⁽³⁾ Beschluss C(2023) 6078 final vom 5. September 2023.

- (4) Am 29. November 2023 übermittelte die Kommission Microsoft ihre vorläufige Beurteilung nach Artikel 17 Absatz 3 DMA. Microsoft antwortete darauf am 5. Dezember 2023.
- (5) Der Beratende Ausschuss für digitale Märkte wurde gemäß Artikel 17 und Artikel 50 Absatz 2 DMA konsultiert und gab am 1. Februar 2024 eine befürwortende Stellungnahme ab.

3. RECHTSRAHMEN

- (6) Das Gesetz über digitale Märkte enthält eine Reihe eng definierter objektiver Kriterien für die Benennung eines Unternehmens als Torwächter. Die Benennung erfolgt in Bezug auf einen oder mehrere von dem Unternehmen bereitgestellte zentrale Plattformdienste, die gewerblichen Nutzern gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b DMA als wichtiges Zugangstor zu Endnutzern dienen. Um festzustellen, ob es sich bei einem von einem Unternehmen bereitgestellten Dienst um einen zentralen Plattformdienst handelt, der die Anforderung nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b DMA erfüllt, muss der betreffende Dienst zunächst eingestuft und abgegrenzt werden. Ein relevantes Kriterium für die Einstufung und Abgrenzung von zentralen Plattformdiensten ist der Zweck, zu dem der Dienst von Endnutzern oder gewerblichen Nutzern oder von beiden genutzt wird.
- (7) Nach Artikel 3 Absatz 1 DMA benennt die Kommission ein Unternehmen als Torwächter, wenn es alle drei folgenden Anforderungen erfüllt: a) Es hat erheblichen Einfluss auf den Binnenmarkt, b) es stellt einen zentralen Plattformdienst bereit, der gewerblichen Nutzern als wichtiges Zugangstor zu Endnutzern dient, und c) es hat hinsichtlich seiner Tätigkeiten eine gefestigte und dauerhafte Position inne oder es ist absehbar, dass es eine solche Position in naher Zukunft erlangen wird. Nach Artikel 3 Absatz 2 DMA wird davon ausgegangen, dass diese Anforderungen erfüllt sind, wenn bestimmte quantitative Schwellenwerte erreicht werden, die sich auf den Umsatz oder die Marktkapitalisierung des Unternehmens sowie auf die Zahl der Endnutzer und gewerblichen Nutzer eines bestimmten zentralen Plattformdienstes in jedem der vergangenen drei Geschäftsjahre beziehen.
- (8) Nach Artikel 3 Absatz 5 und Artikel 17 Absatz 3 DMA kann die Kommission eine Marktuntersuchung durchführen, um zu prüfen, ob ein Unternehmen, das zentrale Plattformdienste bereitstellt, die die in Artikel 3 Absatz 2 DMA genannten Schwellenwerte erreichen, und das gemäß Artikel 3 Absatz 5 DMA hinreichend substantiierte Argumente vorgebracht hat, die die Vermutungen nach Artikel 3 Absatz 2 DMA eindeutig entkräften, dennoch die Kriterien des Artikels 3 Absatz 1 DMA erfüllt oder nicht. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Marktuntersuchung akzeptiert die Kommission die Einwände eines Unternehmens oder weist sie zurück und beschließt daraufhin, es entweder als Torwächter im Sinne des Gesetzes über digitale Märkte zu benennen oder nicht.

4. BEURTEILUNG DURCH DIE KOMMISSION

- (9) Nach der Mitteilung von Microsoft und gestützt auf ihre Marktuntersuchungen nach Artikel 17 Absatz 3 und Artikel 3 Absatz 5 DMA beabsichtigt die Kommission, Microsoft in Bezug auf i) seine Online-Suchmaschine Bing, ii) seinen Webbrowser Edge und iii) seinen Online-Werbedienst Microsoft Advertising nicht als Torwächter zu benennen, da diese Dienste gewerblichen Nutzern nicht als wichtige Zugangstore zu Endnutzern im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b DMA dienen.
- (10) Bezüglich der Online-Suchmaschine Microsoft Bing stützt die Kommission ihre Schlussfolgerung auf folgende Gründe:
- (11) Erstens ist die Kommission der Auffassung, dass der Umfang der Nutzung von Bing durch Endnutzer sowohl im Vergleich zum Gesamtnutzungsumfang in der CPS-Kategorie der Online-Suchmaschinen als auch im Vergleich zur größten Online-Suchmaschine Google Search gering ist. Der begrenzte Umfang der Nutzung von Bing durch Endnutzer deutet nicht nur darauf hin, dass Bing kein wichtiges Zugangstor für Endnutzer ist, um gewerbliche Nutzer zu finden, sondern auch dass es ebenfalls kein wichtiges Zugangstor für gewerbliche Nutzer ist, um Endnutzer zu erreichen.
- (12) Zweitens ist die Kommission der Auffassung, dass das Plattform-Ökosystem von Microsoft derzeit nicht ausreichend dazu beiträgt, Bing zu einem wichtigen Zugangstor zu machen, über das gewerbliche Nutzer ihre Endnutzer erreichen. Darüber hinaus bestätigte die Marktuntersuchung, dass die im Februar 2023 erfolgte Einführung von Bing Chat, die durch ChatGPT 4 ermöglicht wurde, nicht zu einer stetigen und erheblichen Zunahme der Nutzung der Online-Suchmaschine Bing im Bezugszeitraum geführt hat.

- (13) Bezüglich des Webbrowsers Microsoft Edge stützt die Kommission ihre Schlussfolgerung auf folgende Gründe:
- (14) Erstens ist der Umfang der Nutzung von Edge in der CPS-Kategorie der Webbrowser gering. Zudem hat die Integration der Anwendungen Bing Chat, Windows PC OS und Microsoft (M365) zum gegenwärtigen Zeitpunkt nachweislich nicht zu einer erheblichen und anhaltenden Zunahme der Gesamtnutzung von Edge als Webbrowser geführt.
- (15) Zweitens kontrolliert Microsoft nicht die betreffende Webbrowserarchitektur. Die Art und Weise, wie Inhalte gewerblicher Nutzer in Edge für Endkunden dargestellt werden, wird folglich von der Browser-Rendering-Maschine „Blink“ von Alphabet vorgegeben und wird nicht autonom von Microsoft bestimmt.
- (16) Drittens trägt das Plattform-Ökosystem von Microsoft derzeit nicht ausreichend dazu bei, Edge zu einem wichtigen Zugangstor zu machen, über das gewerbliche Nutzer ihre Endnutzer erreichen. Ebenso ist Microsoft derzeit nur begrenzt in der Lage, Edge als Hebel für die Nutzung anderer Microsoft-Dienste zu nutzen. Schließlich muss Microsoft gemäß Artikel 6 Absatz 3 DMA infolge seiner Benennung als Torwächter für sein PC-Betriebssystem Windows den Endnutzern die Möglichkeit geben, jede Software-Anwendung leicht zu deinstallieren und die Standardeinstellungen des Betriebssystems leicht zu ändern, wodurch der Vorteil, der sich aus der Vorinstallation von Edge auf Windows-Geräten ergeben könnte, weiter geschmälert wird.
- (17) Bezüglich des Online-Werbedienstes Microsoft Advertising stützt die Kommission ihre Schlussfolgerung auf folgende Gründe:
- (18) Erstens hat Microsoft Advertising sowohl im Vergleich zum Gesamtumfang der Tätigkeiten innerhalb der CPS-Kategorie der Online-Werbung in der Union als auch im Vergleich zu den wichtigsten Anbietern von Online-Werbediensten in der Union einen relativ geringen Umfang.
- (19) Zweitens haben die datengetriebenen Vorteile und Netzwerkeffekte des Dienste-Ökosystems von Microsoft (insbesondere der Online-Suchmaschine Bing) bislang nicht zu ausreichenden Größenvorteilen zugunsten von Microsoft Advertising geführt. Deshalb ist Microsoft Advertising kein wichtiges Zugangstor, über das gewerbliche Nutzer ihre Endnutzer erreichen.
- (20) Drittens ist die Nutzung von Microsoft Advertising durch gewerbliche Nutzer gering, was bestätigt, dass der Dienst nicht als wichtiges Zugangstor für gewerbliche Nutzer zu Endnutzern angesehen werden kann.

5. SCHLUSSFOLGERUNG

- (21) Aus den oben dargelegten Gründen werden mit dem hier erläuterten Beschluss die mit dem Beschluss C(2023) 6078 vom 5. September 2023 eingeleiteten Marktuntersuchungen in Bezug auf i) die Online-Suchmaschine Microsoft Bing, ii) den Webbrowser Microsoft Edge und iii) den Online-Werbedienst Microsoft Advertising mit der Feststellung abgeschlossen, dass diese zentralen Plattformdienste in dem Beschluss zur Benennung von Microsoft als Torwächter nach Artikel 3 DMA nicht als wichtige Zugangstore für gewerbliche Nutzer zu den Endnutzern aufgeführt werden sollten.
- (22) Diese Schlussfolgerung lässt die Möglichkeit unberührt, dass die Kommission diesen Beschluss gemäß Artikel 4 Absatz 1 DMA überprüfen oder ändern kann, wenn sich der Sachverhalt, auf dem er beruht, wesentlich ändert oder wenn dieser Beschluss auf unvollständigen, unrichtigen oder irreführenden Angaben beruht.



C/2024/2710

18.4.2024

Zusammenfassung des Beschlusses der Kommission

vom 12. Februar 2024

Beschluss nach Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/1925

(Sache DMA.100022 – Apple – number-independent interpersonal communications services)

(bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 785)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(C/2024/2710)

Am 12. Februar 2024 hat die Kommission einen Beschluss nach Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/1925 erlassen. Nach Artikel 44 der Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ veröffentlicht die Kommission im Folgenden die Namen der beteiligten Unternehmen und den wesentlichen Inhalt des Beschlusses, wobei sie dem berechtigten Interesse der Unternehmen an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse Rechnung trägt.

1. EINLEITUNG

- (1) In dem beigefügten Beschluss (im Folgenden „Beschluss“) wird dargelegt, warum die Kommission auf der Grundlage ihrer Marktuntersuchung nach Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/1925 (Gesetz über digitale Märkte, im Folgenden „DMA“ nach der englischen Bezeichnung „Digital Markets Act“) die Unternehmen Apple Inc. und Apple Distribution International Ltd. (im Folgenden „Apple“) in Bezug auf deren zentralen Plattformdienst für nummernunabhängige interpersonelle Kommunikation namens „iMessage“ nicht als Torwächter im Sinne des Artikels 3 DMA benennt, obwohl die quantitativen Schwellenwerte nach Artikel 3 Absatz 2 DMA erreicht sind.

2. VERFAHREN

- (2) Im Anschluss an die Mitteilung von Apple vom 3. Juli 2023 erließ die Kommission am 5. September 2023 einen Beschluss, mit dem Apple nach Artikel 3 DMA in Bezug auf seinen Online-Vermittlungsdienst App Store, sein Betriebssystem iOS und seinen Webbrowser Safari als Torwächter benannt wurde ⁽²⁾. In diesem Beschluss stellte die Kommission ferner fest, dass iMessage einen nummernunabhängigen interpersonellen Kommunikationsdienst (im Folgenden „NUIKD“) darstellt, mit dem Apple die in Artikel 3 Absatz 2 DMA festgelegten quantitativen Schwellenwerte erreicht, aber dass Apple hinreichend substantiierte Argumente vorgebracht hat, die die Vermutungen nach Artikel 3 Absatz 2 DMA in Bezug auf diesen zentralen Plattformdienst eindeutig entkräften und die Einleitung einer Marktuntersuchung nach Artikel 17 Absatz 3 und Artikel 3 Absatz 5 DMA in Bezug auf diesen zentralen Plattformdienst rechtfertigen.
- (3) Infolgedessen erließ die Kommission am 5. September 2023 nach Artikel 16 Absatz 1 und Artikel 17 Absatz 3 DMA zusätzlich einen Beschluss zur Einleitung einer Marktuntersuchung, um zu prüfen, ob der NUIKD iMessage von Apple in Anbetracht der von Apple nach Artikel 3 Absatz 5 DMA vorgebrachten Argumente in dem Beschluss, mit dem Apple als Torwächter benannt wird, als wichtiges Zugangstor für gewerbliche Nutzer zu den Endnutzern aufgeführt werden sollte ⁽³⁾.
- (4) Am 29. November 2023 übermittelte die Kommission Apple ihre vorläufige Beurteilung nach Artikel 17 Absatz 3 DMA. Apple antwortete am 5. Dezember 2023.
- (5) Der Beratende Ausschuss für digitale Märkte wurde gemäß Artikel 17 und Artikel 50 Absatz 2 DMA konsultiert und gab am 1. Februar 2024 eine befürwortende Stellungnahme ab.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1).

⁽²⁾ Beschluss C(2023) 6100 final.

⁽³⁾ Beschluss C(2023) 6077 final vom 5. September 2023.

3. RECHTSRAHMEN

- (6) Das Gesetz über digitale Märkte enthält eine Reihe eng definierter objektiver Kriterien für die Benennung eines Unternehmens als Torwächter. Die Benennung erfolgt in Bezug auf einen oder mehrere von Apple bereitgestellte zentrale Plattformdienste, die gewerblichen Nutzern gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b DMA als wichtiges Zugangstor zu Endnutzern dienen. Um festzustellen, ob es sich bei einem von einem Unternehmen bereitgestellten Dienst um einen zentralen Plattformdienst handelt, der die Anforderung nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b DMA erfüllt, muss der betreffende Dienst zunächst eingestuft und abgegrenzt werden. Ein relevantes Kriterium für die Einstufung und Abgrenzung von zentralen Plattformdiensten ist der Zweck, zu dem der Dienst von Endnutzern oder gewerblichen Nutzern oder von beiden genutzt wird.
- (7) Nach Artikel 3 Absatz 1 DMA benennt die Kommission ein Unternehmen als Torwächter, wenn es alle drei folgenden Anforderungen erfüllt: a) Es hat erheblichen Einfluss auf den Binnenmarkt, b) es stellt einen zentralen Plattformdienst bereit, der gewerblichen Nutzern als wichtiges Zugangstor zu Endnutzern dient, und c) es hat hinsichtlich seiner Tätigkeiten eine gefestigte und dauerhafte Position inne oder es ist absehbar, dass es eine solche Position in naher Zukunft erlangen wird. Nach Artikel 3 Absatz 2 DMA wird davon ausgegangen, dass diese Anforderungen erfüllt sind, wenn bestimmte quantitative Schwellenwerte erreicht werden, die sich auf den Umsatz oder die Marktkapitalisierung des Unternehmens sowie auf die Zahl der Endnutzer und gewerblichen Nutzer eines bestimmten zentralen Plattformdienstes in jedem der vergangenen drei Geschäftsjahre beziehen.
- (8) Nach Artikel 3 Absatz 5 und Artikel 17 Absätze 3 und 1 DMA kann die Kommission eine Marktuntersuchung durchführen, um zu prüfen, ob ein Unternehmen, das zentrale Plattformdienste bereitstellt, die die in Artikel 3 Absatz 2 DMA genannten Schwellenwerte erreichen, und das gemäß Artikel 3 Absatz 5 DMA hinreichend substantiierte Argumente vorgebracht hat, die die Vermutungen nach Artikel 3 Absatz 2 DMA eindeutig entkräften, dennoch die Kriterien des Artikels 3 Absatz 1 DMA erfüllt oder nicht. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Marktuntersuchung akzeptiert die Kommission die Einwände eines Unternehmens oder weist sie zurück und beschließt daraufhin, es entweder als Torwächter im Sinne des Gesetzes über digitale Märkte zu benennen oder nicht.

4. BEURTEILUNG DURCH DIE KOMMISSION

- (9) Nach der Mitteilung von Apple und auf der Grundlage ihrer Marktuntersuchungen nach Artikel 17 Absatz 3 und Artikel 3 Absatz 5 DMA beabsichtigt die Kommission, Apple in Bezug auf seinen NUKD iMessage nicht als Torwächter zu benennen, da dieser Dienst gewerblichen Nutzern nicht im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b DMA als wichtiges Zugangstor zu Endnutzern dient. Diese Schlussfolgerung der Kommission beruht auf folgenden Gründen:
- (10) Erstens scheint die Nutzung des Dienstes iMessage – der nur auf Apple-Geräten verwendet werden kann – in der Union insgesamt relativ gering zu sein, da der Dienst von viel weniger Nutzern und insbesondere viel weniger intensiv genutzt wird als andere NUKD wie insbesondere die beiden beliebtesten Nachrichtenübermittlungsdienste WhatsApp und Messenger, die beide von Meta bereitgestellt werden und im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte benannt wurden. Diesbezüglich stellt die Kommission zunächst fest, dass iMessage im Zeitraum 2020 bis 2023 deutlich weniger monatlich aktive Endnutzer hatte als die Meta-Dienste WhatsApp und Messenger.
- (11) Zweitens ist der Unterschied zwischen diesen Meta-Diensten und iMessage in Bezug auf die täglich aktiven Nutzer noch größer, was darauf hindeutet, dass iMessage-Nutzer diesen Dienst im Durchschnitt weniger häufig nutzen. Analog dazu stellt die Kommission fest, dass iMessage weniger intensiv genutzt wird als andere Nachrichtenübermittlungsdienste und dass aktive Nutzer anderer Nachrichtenübermittlungsdienste diese tendenziell länger und häufiger nutzen. Öffentlich zugängliche Daten, einschließlich der von verschiedenen nationalen Regulierungsbehörden veröffentlichten Daten, bestätigen, dass andere Nachrichtenübermittlungsdienste wesentlich häufiger und intensiver genutzt werden als iMessage. So geht beispielsweise aus den von den nationalen Regulierungsbehörden Deutschlands, Spaniens und Österreichs veröffentlichten Daten hervor, dass iMessage in keinem dieser Mitgliedstaaten zu den am häufigsten genutzten Nachrichtenübermittlungsdiensten gehörte.

- (12) Drittens deuten die Ergebnisse der Marktuntersuchung in Bezug auf die absolute und relative gewerbliche Nutzung von iMessage darauf hin, dass dieser Dienst als B2C-Kommunikationskanal von begrenzter Bedeutung ist. Darüber hinaus deuten die der Kommission derzeit zur Verfügung stehenden Daten darauf hin, dass der Apple-Dienst „Messages for Business“, mit dem Endnutzer von iMessage über die vorinstallierte Messages-App nahtlos und direkt mit gewerblichen Nutzern kommunizieren können und umgekehrt, in der EU nur über eine sehr kleine Nutzerbasis verfügt.
- (13) Insgesamt deuten die von der Kommission zusammengetragenen Nachweise darauf hin, dass gewerbliche Nutzer iMessage nicht als wichtiges oder gar entscheidendes Zugangstor zu ihren Kunden ansehen. Keiner der gewerblichen Nutzer von iPhone, die die Kommission im Rahmen der Marktuntersuchung kontaktiert hat, betrachtete iMessage als einen entscheidenden oder wichtigen Dienst für die Kommunikation mit seinen Kunden, und eine klare Mehrheit der gewerblichen Nutzer gab an, dass iMessage für die Kommunikation mit ihren Kunden nicht von Bedeutung sei. Darüber hinaus gaben alle gewerblichen Nutzer, die iMessage für die Kommunikation mit Kunden nutzen, an, dass sie auch andere Nachrichtenübermittlungsdienste nutzen, und erklärten in vielen Fällen, dass iMessage weniger wichtig sei als die anderen Kommunikationsinstrumente. Und schließlich wiesen einige Befragte darauf hin, dass die Nutzung von iMessage aufgrund des Umstands, dass iMessage zusammen mit dem SMS/MMS-Dienst bereitgestellt werde, in vielen Fällen unbeabsichtigt erfolge, wenn beide Kommunikationspartner Apple-Geräte haben und iMessage aktiviert hätten.
- (14) Insgesamt betrachtet geht aus den Feststellungen der Kommission hervor, dass iMessage als Kanal für die Kommunikation zwischen Unternehmen und Nutzern von relativ geringer Bedeutung ist.
- (15) Folglich wird die mit dem Beschluss C(2023) 6077 vom 5. September 2023 eingeleitete Marktuntersuchung eingestellt.

5. **SCHLUSSFOLGERUNG**

- (16) Aus den oben dargelegten Gründen wird mit dem in Rede stehenden Beschluss die mit dem Beschluss C(2023) 6077 vom 5. September 2023 eingeleitete Marktuntersuchung zum NUIKD iMessage von Apple eingestellt und festgestellt, dass dieser zentrale Plattformdienst in dem Beschluss C(2023) 6100 vom 5. September 2023 zur Benennung von Apple als Torwächter nach Artikel 3 des Gesetzes über digitale Märkte nicht als wichtiges Zugangstor für gewerbliche Nutzer zu den Endnutzern aufgeführt werden sollte.



C/2024/2232

18.4.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

17. April 2024

(C/2024/2232)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,0638	CAD	Kanadischer Dollar	1,4691
JPY	Japanischer Yen	164,54	HKD	Hongkong-Dollar	8,3307
DKK	Dänische Krone	7,4611	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,8012
GBP	Pfund Sterling	0,85400	SGD	Singapur-Dollar	1,4495
SEK	Schwedische Krone	11,6793	KRW	Südkoreanischer Won	1 471,92
CHF	Schweizer Franken	0,9693	ZAR	Südafrikanischer Rand	20,2752
ISK	Isländische Krone	150,50	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,7006
NOK	Norwegische Krone	11,6960	IDR	Indonesische Rupiah	17 290,58
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	5,0972
CZK	Tschechische Krone	25,228	PHP	Philippinischer Peso	60,879
HUF	Ungarischer Forint	393,00	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,3508	THB	Thailändischer Baht	39,180
RON	Rumänischer Leu	4,9758	BRL	Brasilianischer Real	5,6044
TRY	Türkische Lira	34,6054	MXN	Mexikanischer Peso	18,0761
AUD	Australischer Dollar	1,6556	INR	Indische Rupie	89,0080

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

C/2024/2669

18.4.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. FEBRUAR 2017

(C/2024/2669)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 13. bis 16. Februar 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll	3
3. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	3
4. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll	3
5. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	3
6. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	3
7. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	3
8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	3
9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	3
10. Arbeitsplan	3
11. Biologische Pestizide mit geringem Risiko (Aussprache)	6
12. Überarbeitung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik (Aussprache)	16

Inhalt	Seite
13. Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Investitionen in CO ₂ -effiziente Technologien (Aussprache)	25
14. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik der EU (Aussprache)	43
15. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen psychische Gesundheit und klinische Forschung (kurze Darstellung)	54
16. Prioritäten für die 61. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (kurze Darstellung)	57
17. Kontrolle des Registers und Zusammensetzung der Sachverständigengruppen der Kommission (kurze Darstellung)	60
18. Die Rolle von Informanten beim Schutz der finanziellen Interessen der EU (kurze Darstellung)	63
19. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	67
20. Tagesordnung der nächsten Sitzung	73
21. Schluss der Sitzung	74

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. FEBRUAR 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

(La seduta è aperta alle 17.00)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 2 febbraio 2017.

2. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll

3. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll

5. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

6. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

7. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

10. Arbeitsplan

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, a norma dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione di giovedì 9 febbraio 2017, è stato distribuito. Sono state presentate le seguenti proposte di modifica:

Martedì

Comunico di aver ricevuto una richiesta da parte del gruppo dell'Alleanza progressista dei Socialisti e dei Democratici affinché il titolo della dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza «Prospettive per la ripresa dei colloqui di pace in Medio Oriente» sia cambiato in «La situazione in Cisgiordania, inclusi gli insediamenti».

Inoltre, il gruppo S&D ha richiesto che una risoluzione sulla situazione in Cisgiordania inclusi gli insediamenti, che è stata discussa il 22 novembre 2016, venga aggiunta alle votazioni di giovedì 16 febbraio. C'è qualcuno del gruppo socialista che vuole illustrare la proposta?

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*.— Mr President, concerning Tuesday's agenda my Group is proposing a change to the title of the statement by the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. The new title should be: 'The situation in the West Bank, including settlements'. That is our proposal.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, takové vážné otázky přece tady nelze měnit na začátku pořadu jednání. Pokud jsme chtěli tuto debatu vést, měli jsme být na to dopředu upozorněni. A myslím si, že tato debata je poměrně závažná. A není možné ji tady měnit takovým způsobem, že si tady cvakneme a vždycky si řekneme, že budeme mít debatu k jinému tématu.

Já jsem zásadně proti a chci, abychom hlasovali proti změně názvu tohoto bodu pořadu jednání, protože si myslím, že navrhnout tuto změnu až tady je velmi, velmi nevhodné.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, I would like to clarify that our proposal regards changing the title. The other issue, which is a resolution, should be for another vote. That is our assumption.

Presidente. – Assolutamente sì. La prima proposta riguarda la modifica del titolo della discussione che dovrebbe diventare «La situazione in Cisgiordania, inclusi gli insediamenti».

La seconda proposta è quella che una risoluzione sulla situazione in Cisgiordania inclusi gli insediamenti venga aggiunta alle votazioni di giovedì 16 febbraio. Quindi votiamo soltanto adesso sulla prima proposta che il gruppo socialista ha fatto, cioè se cambiare il testo in «La situazione in Cisgiordania, inclusi gli insediamenti».

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

Quindi, il titolo della dichiarazione del vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza «Prospettive per la ripresa dei colloqui di pace in Medio Oriente» è cambiato in «La situazione in Cisgiordania inclusi gli insediamenti».

Adesso passiamo alla seconda richiesta del gruppo socialista. Se la vuole illustrare, onorevole, grazie.

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. — Mr President, our second proposal concerns Thursday's agenda. It consists of including in the votes a resolution on the situation in the West Bank, including settlements, to wind up the debate already held in November 2016. That is our proposal.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, de manière plus générale, je trouve que ce n'est pas sérieux de décider, le lundi soir, de changer le titre d'un débat et de proposer d'adopter un texte en 48 heures. Ce n'est pas sérieux, on travaille nos résolutions et nos rapports pendant des semaines, voire des mois. Là, c'est de l'improvisation.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

Presidente. – Il gruppo Europa della Libertà e della Democrazia Diretta ha richiesto di aggiungere una discussione sull'applicazione omogenea del regolamento del Parlamento a tutti i gruppi politici, martedì mattina.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. — Mr President, under normal circumstances, this debate should not be needed at all.

(Heckling)

My goodness me, you are scared, aren't you?

Under normal circumstances, we should not need to discuss the common application of rules to all Members and Groups in this House, but ever since the Brexit vote there has been persistent victimisation of every Eurosceptic Group in this Parliament, whilst, at the same time, we see the accusations in *Der Spiegel* of your predecessor, Mr Schultz, playing very fast and loose with the rules.

The reason I want this debate, Mr President, is to establish whether, under your new chairmanship, it is the intention of this place – and your intention, indeed – to treat all Members equally and fairly, regardless of their political opinions.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

Presidente. – L'ordine del giorno rimane immutato.

Mercoledì

Il gruppo della Sinistra unitaria europea/Sinistra verde nordica ha richiesto di aggiungere una dichiarazione della Commissione su operazioni portuali e libertà di stabilimento nei porti spagnoli. Questa dichiarazione dovrebbe essere aggiunta, come quarto, punto dopo la relazione Delvaux sulle norme di diritto civile sulla robotica. Di conseguenza la seduta verrebbe prolungata fino alle ore 24.00.

Do la parola all'on. López Bermejo per presentare la richiesta del gruppo GUE/NGL.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, solicito la ampliación de la sesión del miércoles para incluir una declaración de la Comisión sobre trabajo en la estiba y libertad de establecimiento en los puertos españoles. El Gobierno está amparándose en la Comisión para presentar una reforma que va más allá de la sentencia del TJUE y elimina el registro de estibadores, violando el Convenio n.º 137 de la OIT sobre el trabajo portuario, y los convenios colectivos. Queremos debatir con la señora Bulc si, para la Comisión, la libertad de establecimiento es incompatible con las normas de la OIT y, por lo tanto, si ampara una liberalización de los puertos que afectará a otros Estados miembros como son Finlandia, Francia, Italia, Rumanía, Suecia, Portugal o Polonia.

Wim van de Camp (PPE). – Voorzitter, wij als EVP-Fractie zijn tegen dit verzoek. Het betreft hier een geschil tussen de Spaanse regering en de Europese Commissie. De zaak is onder de rechter. Ik denk dat wij eerst af moeten wachten wat daar uit komt. Bovendien is het zo dat wij in Europa alleen over de hoofdlijnen van het sociaal beleid gaan en niet optreden in individuele zaken.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

Presidente. – Sempre per mercoledì, il gruppo dell'Alleanza progressista dei socialisti e dei democratici ha chiesto che l'interrogazione orale sull'approvazione da parte della Commissione del piano rivisto della Germania che prevede l'introduzione di un pedaggio stradale venga anticipato da giovedì pomeriggio a mercoledì pomeriggio, come quinto punto dopo la relazione Delvaux sulle norme di diritto civile sulla robotica. La votazione si svolgerà nella tornata di marzo II.

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. –Mr President, I confirm this proposal: to move this oral question on the Commission approval of the German revised plan to introduce road tolls to Wednesday, after the Delvaux report.

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, nous avons une session plénière particulièrement chargée cette semaine et nous avons été prévenus, depuis longtemps, que ce débat aurait lieu le jeudi après-midi.

Je rappelle, tout d'abord, que nous sommes bien évidemment entièrement d'accord avec ce débat et souhaitons qu'il ait lieu, mais nous souhaitons qu'il soit maintenu jeudi après-midi. Je rappelle que le jeudi après-midi est une journée normale de travail pour le Parlement européen, que cela figure dans le traité et a été confirmé par les deux arrêts de la Cour de justice. Il n'y a donc aucune raison de supprimer ce débat du jeudi après-midi, à moins d'en inscrire un autre à l'ordre du jour et d'intervertir.

Je rappelle que, par le passé, les débats du jeudi après-midi concernaient les urgences. Pour l'instant, ce débat sur le péage routier en Allemagne est prévu jeudi après-midi et nous demandons qu'il soit maintenu à cette date.

Presidente. – Prima di mettere in votazione, vorrei capire se l'on. Grossetête, a nome del gruppo del Partito popolare europeo ha una proposta alternativa.

(L'on. Grossetête conferma di non avere proposte alternative)

Si riferiva genericamente alle urgenze?

(L'on. Grossetête dissente)

Nulla impedisce, dal punto di vista del regolamento, che il dibattito possa essere tolto da giovedì pomeriggio, però c'è un problema. Vi ricordo che qualora non si riempia la seduta di Strasburgo, è a rischio la minisessione di Bruxelles. Perché è stabilito che la minisessione di Bruxelles deve esserci se non si riesce a compiere tutto il lavoro previsto durante la sessione di Strasburgo.

Siccome già la Francia si è rivolta alla Corte di giustizia per la nostra decisione di votare il bilancio a Bruxelles e non a Strasburgo, credo che su questo argomento si debba essere molto prudenti. Ripeto, si può benissimo votare e togliere dall'ordine del giorno, però bisogna, a mio parere, cominciare a riflettere se si può il giovedì pomeriggio mettere qualche altro dibattito, perché se no sono a rischio le sessioni di Bruxelles. Quindi è previsto che si possa, in via eccezionale – e quindi sarebbe un'eccezione quella che andiamo eventualmente ad approvare oggi – però io tengo a far sapere alla plenaria quali possono essere le conseguenze di un'abitudine che tolga i dibattiti il giovedì pomeriggio. Era mio dovere informarvi. Ora metto ai voti la proposta del gruppo dei Socialisti e dei Democratici.

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

Quindi ci sarà questa modifica dell'ordine del giorno: l'interrogazione orale è anticipata da giovedì pomeriggio a mercoledì pomeriggio, come quinto punto dopo la relazione Delvaux sulle norme di diritto civile sulla robotica. La votazione si svolgerà come detto nella tornata di marzo II.

Giovedì

A seguito di consultazioni con i gruppi politici, desidero sottoporre all'Aula la seguente proposta di modifica del progetto definitivo di ordine del giorno. La seduta inizierà alle 8.30 affinché i gruppi politici dispongano di un tempo di parola più lungo.

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

(L'ordine dei lavori è così fissato)

11. Biologische Pestizide mit geringem Risiko (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sull'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione sui pesticidi biologici a basso rischio di Herbert Dorfmann, Pavel Poc, Julie Girling, Frédérique Ries, Lynn Boylan, Bart Staes, Eleonora Evi, Mireille D'Ornano, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare (O-000147/2016 - B8-1821/2016).

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

President. – As announced by the President, the first item on the agenda is the oral question to the Commission on biological low-risk pesticides, by Herbert Dorfmann, Pavel Poc, Julie Girling, Frédérique Ries, Lynn Boylan, Bart Staes, Eleonora Evi and Mireille D'Ornano on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (O-000147/2016 – B8-1821/2016).

Before I invite the author of the question to take the floor, could I ask colleagues to leave the Chamber? Those of you who are not taking part in this debate, could you please leave the Chamber so that we can give the time to the speakers?

Please leave the Chamber or I shall name the offenders, and some of them are EPP colleagues. Thank you, colleagues.

We will now begin our debate on biological low-risk pesticides and I will invite the author of the question, Mr Poc, to take the floor.

Pavel Poc, Autor. – Paní předsedající, pane komisaři, rád bych nejprve poděkoval všem kolegům, spoluautorům usnesení, za výbornou spolupráci, všem kolegům ve Výboru pro životní prostředí, veřejné zdraví a bezpečnost potravin za podporu. Toto usnesení prošlo výborem velikou většinou. Děkuji také panu komisaři, že se dnešní debaty účastní osobně, a věřím, že jeho přítomnost bude pro naše téma velkým přínosem.

Používání pesticidů se nás dotýká všech. Tento problém je problémem, na který se dnes upírá, řekl bych, mnoho očí v evropské veřejnosti a je to tak právem, protože jenom v roce 2014 se podle Eurostatu v Evropské unii prodalo přes 395 tisíc tun aktivních chemických látek, které se používají v konvenčních přípravcích na ochranu rostlin. Ne samotných přípravků, ale 395 tisíc tun aktivních látek, to je potřeba si uvědomit.

Jistěže pesticidy jsou samozřejmě primárně určeny k hubení rostlinných nebo živočišných škůdců. Není tedy možné se divit, že jsou to vesměs jedovaté látky. Horší je ale, že jsou také v mnoha případech rakovinotvorné a že jsou často schopny poškozovat lidské zdraví a lidskou reprodukci. Nežádoucí rezidua pesticidů dnes nacházíme v Evropě všude. Ve vodě, v půdě a konsekvěntně samozřejmě i v našem vlastním potravním řetězci. A tomuto chemickému koktejlu jsou vystaveny a jsou proti němu velmi málo odolné zvláště některé skupiny obyvatel, zejména těhotné ženy, děti a dospívající.

Nikdo – ani já – nebude polemizovat s tezí, že evropští zemědělci musí být konkurenceschopní, ale nikdo také nesmí – a věřím, že nebude – polemizovat s tezí, že se tak nesmí dít na úkor zdraví evropské populace. Je tedy jasné, že je potřeba nejnebezpečnější látky regulovat a postupně vyřazovat a současně nabídnout zemědělské výrobě alternativní nástroje. Zemědělský sektor může a musí dostat k dispozici celou škálu nástrojů v rámci systému integrované ochrany rostlin, a to včetně přípravků na ochranu rostlin s nízkým rizikem. Ale náš postup v této oblasti je bohužel příliš pomalý.

Tato rozprava a navržená rezoluce se proto zaměřuje specificky na jeden druh nízkorizikových pesticidů, a to pesticidy biologické, které mohou představovat funkční alternativu ke konvenčním přípravkům na ochranu rostlin a mohou přispět k dosažení udržitelného a efektivního zemědělství. Teoreticky jsou tyto pesticidy už nyní součástí unijní legislativy a mají být touto legislativou upřednostňovány, ale je to tak, bohužel zdá se, jenom na papíře.

V Evropské unii je, pokud vím, v současné době schváleno pouze sedm účinných látek klasifikovaných jako nízkorizikové a šest z nich jsou účinné látky biologické. Dlouhý proces schvalování a registrace před uvedením na trh vytváří velkou ekonomickou překážku pro výrobce. Jsme přesvědčeni, že v Unii je potřeba zvýšit dostupnost takových pesticidů, které představují nízké riziko, a především přípravků biologického původu.

Usnesení samozřejmě také apeluje na členské státy, protože podle nařízení (ES) č. 1107/2009 jsou účinné látky schvalovány na úrovni Unie, ale povolování samotných přípravků na ochranu rostlin, které tyto účinné látky obsahují, již spadá do působnosti členských států, a to je třeba si uvědomit. A členské státy by měly do svých vnitrostátních akčních plánů v oblasti ochrany životního prostředí a zdraví lidí začlenit používání pesticidů biologického původu představujících nízké riziko s mnohem větší intenzitou, než tak činí dosud. Návrh usnesení vybízí k širšímu využívání různých nástrojů, včetně pesticidů biologického původu, a to v souladu se zásadami integrované ochrany proti škůdcům. Usnesení také samozřejmě zdůrazňuje, že musí být uspokojena poptávka spotřebitelů po bezpečných potravinách, které jsou cenově dostupné a vyráběné udržitelným způsobem.

Překážky, které brání zrychlenému postupu při posouzení, povolení a registraci pesticidů biologického původu představujících nízké riziko jsou známy. Víme, že situace by se měla co nejrychleji změnit, a návrh proto vyzývá Komisi, aby do konce roku 2018 předložila konkrétní legislativní návrh na změnu nařízení (ES) č. 1107/2009 nad rámec přezkoumání v souvislosti s iniciativou REFIT. Jsem si, pane komisaři, vědom Vaší pozitivní role v této oblasti, a proto bych rád, aby v této rozpravě zazněla i Vaše odpověď na otázky: Jaká legislativní a nelegislativní opatření v současné době projednává či přijímá Komise s cílem zvýšit dostupnost biologických pesticidů představujících nízké riziko? Jaká opatření zamýšlí Komise přijmout v budoucnu a jaký bude možný harmonogram těchto opatření?

Děkuji Vám předem za Vaši odpověď a těším se na dnešní debatu o biologických nízkorizikových pesticidech.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I am very pleased to have this opportunity to discuss with you today the topic of biological low-risk pesticides. Let me start by stating that biological pesticides are fundamental innovations that may provide our farmers with sustainable options to protect their crops and preserve biodiversity. For that reason, we in the Commission, like you in Parliament, all support this excellent objective.

As you know, the Regulation for Placing Plant Protection Products on the Market requires a rigorous risk assessment of all plant protection products, and those of a biological nature are included in this assessment. Of course, assessing plant protection products means that biological substances are not automatically considered to be low risk. Indeed, micro-organisms and other natural substances can also be a danger to human health, so we need to look carefully at their properties and properly assess their risks in order to ascertain their safety.

To obtain the strict status of a low-risk product, biological substances must meet additional specific low-risk criteria. The regulation provides for specific criteria and requirements for micro-organisms. It contains incentives to facilitate the placing on the market of low-risk products. The extent to which these incentives are sufficient will be assessed in the evaluation of the regulation, which, as you may know, we have started under the REFIT programme.

The lack of availability of low-risk products depends on various stakeholders, from farmers to national authorities. Member States, in particular, have the responsibility of managing the sustainable use of pesticides and promoting greater use of low-risk pesticides and of all tools enabling the move towards greener agriculture. They should create better conditions for this to happen, and in particular they should launch awareness campaigns.

As for the Commission, we share the view that it is important to take action to increase availability of low-risk products and to expand the toolbox for farmers with more sustainable options to protect their crops. To do this, we have assumed our own responsibility and we are currently working on three actions. The first is the funding of research and innovation in plant protection. Over the years, more than EUR 100 million has been invested in this area, and the Commission will continue to commit funding to the pursuit of sustainable solutions under the future research programme.

The second concerns two regulatory acts. One is a Commission decision issued last September which prioritises the assessment of potentially low-risk substances for the renewal of their approval. When substances meet the criteria they will benefit from the relevant incentives in the regulation. The other is an amendment of the system for identifying low-risk substances. It will facilitate the identification of low-risk substances while fully safeguarding the high level of protection of health and the environment set in the EU regulation. I expect this amendment to be presented to the Member States for vote in March and then passed to the Council and Parliament for scrutiny.

The third area of action concerns the follow-up to the implementation of current measures. In 2016 the Commission supported the initiative of the Netherlands Council Presidency to draft an implementation plan to identify key stakeholders with a view to increasing the availability of low-risk plant protection products. This plan was endorsed in the Council last June. It contains 40 actions for Member States, the Commission and stakeholders. Given that the authorisation of low-risk products is the responsibility of Member States, it is important that they play their part. The Commission is committed to working together with the Member States to implement the plan.

Since the question which triggered this debate raises the issue of efficacy, let me highlight one of the actions identified in the implementation plan. The European and Mediterranean Plant Protection Organisation is working on a standard for assessing the efficacy of low-risk products. It aims to guide Member States on how to take account, in the efficacy evaluation, of specific benefits of low-risk products. The Commission encourages the creation of this standard and its implementation by Member States.

To conclude, I am confident that the range of actions taken by the Commission will help to secure more sustainable alternatives for European farmers.

Norbert Lins, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf hier im Namen meines Kollegen Herbert Dorfmann sprechen, der leider noch nicht hier sein kann.

Es geht uns nicht darum, hier konventionelle Pflanzenschutzmittel abzuwerten, sondern die Verfügbarkeit von alternativen Pflanzenschutzmitteln biologischen Ursprungs zu unterstützen. Denn Pflanzenschutzmittel biologischen Ursprungs mit geringem Risiko können sowohl für die konventionelle als auch für die ökologische Landwirtschaft eine tragfähige Alternative darstellen. Das Problem ist jedoch: Es gibt langwierige Genehmigungs- und Zulassungsverfahren, die vor der Vermarktung von Pestiziden biologischen Ursprungs mit geringem Risiko durchlaufen werden müssen. Und dies stellt ein erhebliches wirtschaftliches Risiko für die Produzenten dar, die oft kleine und mittelständische Unternehmen sind und eben keine Chemieriesen.

Die derzeitigen Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel biologischen Ursprungs mit geringem Risiko sind langwierig und dauern bis zu zehn Jahren. Deswegen fordern wir einen spezifischen Legislativvorschlag zur Verbesserung dieser Situation innerhalb des Jahres 2018.

Miriam Dalli, *fisem il-grupp S&D*. – Fil-fatt aktar ma jsir investiment f'sistemi konvenzjonali ta' pesticida, erbicida u anke kimika għall-biedja, minghajr ma nharsu lejn l-alternattivi bijoloġiċi aktar inkunu qegħdin nagħmlu disservizz lill-komunitajiet li qed ngħixu fihom. U dan għaliex, meta wiehed iqis ukoll l-użu ta' pesticida tradizzjonali qed johloq thassib minhabba biża' ta' riskju għas-saħħa tal-bniedem, l-ambjent li ngħixu fih, l-ikel li nieklu u anke l-bijodiversità ekoloġika.

Allura, quddiem din ir-realtà rridu nippromwovu metodi differenti. Metodi bbażati fuq il-htieġa li jkun hemm bilanċ fl-ekosistemi agrikoli, li nnaqqsu kemm jista' jkun l-użu ta' pesticida li jkunu qed jagħmlu hsara u li nippromwovu l-użu ta' alternattivi bijoloġiċi.

Pesticidi bijoloġiċi b'riskju baxx jistghu jkunu soluzzjoni vijabbli. Jistghu jikkontribwixxu għal biedja sostenibbli u lill-pubbliku jagħtuh serhan il-moħħ. Irridu ngħarfu però li jeżistu vantaġġi u żvantaġġi fl-użu ta' dawn il-prodotti u għalhekk li hemm bżonn ta' riċerka u innovazzjoni akbar fl-iżvilupp ta' dawn l-alternattivi.

Però, kif qal il-kollega tiegħi, il-framework regolatorju Ewropew u anke fl-Istati Membri qed jostakola, sal-ġurnata tal-lum, il-promozzjoni ta' dawn l-alternattivi, għaliex sal-lum għadhom ma ġewx indirizzati kif suppost il-kwistjoni tal-awtorizzazzjoni, l-evalwazzjoni ta' kemm huma effettivi dawn il-prodotti u lanqas ir-riskji li jista' jkollhom u anke l-aċċessibilità għas-swieq.

U għalhekk l-appell tiegħi lill-Kummissjoni Ewropea biex tiehu l-passi neċessarji halli tnaqqas l-ostakoli li jeżistu biex prodotti bijoloġiċi jkunu alternattiva vijabbli fis-swieq tagħna.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I support all calls for reducing the regulatory burden associated with bringing safe plant protection products to market and thus widening the toolbox available to farmers. This includes alternatives to conventional pesticides, such as these low-risk pesticides. However, my concern with this resolution is the narrow scope, with the focus only on biological low-risk pesticides when the resolution should be looking at all low-risk pesticides, in line with the Plant Protection Products (PPP) legislation.

I would also highlight the fact that there are genuine concerns about efficacy. Many biological low-risk pesticides are just not very effective and this is why they struggle to get authorisation. I do not support fast-tracking these products through a simplified authorisation procedure if they do not work. The point of a pesticide is to kill the pests, and if farmers use a pesticide believing it will work and it does not work, the fact is that, in the seasons it takes to realise that, the pest can take hold, as we have seen with cabbage stem flea beetle in the UK, particularly with oilseed rape. There we banned neonicotinoids: I am not arguing about that today, but the pest has taken hold to the extent that we are now not able to control it with other conventional pesticides.

Frédérique Ries, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, dans la dernière enquête Eurobaromètre sur l'alimentation, la présence de résidus de pesticides dans les fruits, les légumes et les céréales apparaît comme la première préoccupation des citoyens européens; les chiffres sont éloquentes, avec, par exemple, 95 % de méfiance en Grèce, 85 % en Italie et 72 % en Belgique, pour ne citer que ces quelques pays.

À cette inquiétude, qui ne cesse de grandir en Europe, face à l'utilisation des pesticides chimiques et des risques qu'ils font peser sur la santé et sur l'environnement, nous devons répondre, bien entendu. Il est temps, il est urgent même d'offrir un choix plus varié aux agriculteurs comme aux amateurs ou aux jardiniers du dimanche. C'est, en substance, le message que nous envoyons avec notre résolution sur les pesticides à faible risque, qu'ils soient d'origine microbienne, végétale ou animale.

Rien ne justifie, en effet – et cela a été dit par M. Poc, notamment –, que seules six substances actives biologiques classées à faible risque soient homologuées dans l'Union européenne. À titre de comparaison, il y en a plus de 300 dans le monde actuellement – aux États-Unis et au Japon, essentiellement.

Nous insistons dans notre texte sur plusieurs points pour débloquer cette situation, concernant le cadre juridique en particulier. Notre demande est claire: premièrement, que la Commission nous présente une proposition législative pour mettre en place une procédure accélérée d'homologation des biopesticides avant la fin de 2018 et, donc, mettre une offre plus variée à la disposition des agriculteurs qui font le choix du durable; deuxièmement – et pour les jardiniers amateurs, cette fois, mais c'est important aussi –, faire des biopesticides l'option privilégiée aux côtés des autres méthodes non chimiques.

Cette possibilité – ce droit de choisir que j'ai évoqué – ne signifie évidemment pas, à nos yeux, plus de pesticides, bien au contraire. Personnellement, je regrette d'ailleurs qu'à ce jour, seuls le Danemark et la France – je conclus, Madame la Présidente – se soient engagés dans un véritable plan de réduction assorti d'un calendrier et d'objectifs précis.

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, we weten allemaal dat het gebruik van conventionele pesticiden in toenemende mate omstreden is wegens het effect op het milieu, de volksgezondheid en de fauna. Daarom is er behoefte aan een transitie richting een vergroening van het pesticidegebruik; vandaar dit debat vandaag: het bevorderen van het gebruik en de ontwikkeling van biologische pesticiden met een laag risico. Met de collega's hebben wij eigenlijk zes concrete eisen op tafel gelegd en ik zou daar de reactie van de commissaris iets specifieker over willen horen.

Ten eerste is er behoefte aan een toename van het gebruik van pesticiden van biologische oorsprong. Die moeten in grotere mate beschikbaar zijn. Ten tweede moet er meer onderzoek en ontwikkeling plaatsvinden, want ze kunnen wel degelijk een alternatief zijn voor conventionele producten. Het Permanent Comité voor planten, dieren, levensmiddelen en diervoeders moet eigenlijk versneld de criteria goedkeuren voor risicoarme, werkzame stoffen. Ten derde moet de Commissie samen met de lidstaten eigenlijk de toelating, de beoordeling en de registratie van dat soort risicoarme gewasbeschermingsmiddelen versnellen. Ten vierde moeten de lidstaten het gebruik van die biologische pesticiden met een laag risico opnemen in hun actieplannen. Dat gebeurt veel te weinig. Ten vijfde mag het Refit-programma dat de pesticidenverordening zal beoordelen geen inbreuk vormen op de voedselveiligheid en op de veiligheid van de volksgezondheid. En ten slotte, commissaris, vragen wij u voor 2018 met een wetsvoorstel te komen voor een versnelling van de toelating van dit soort producten. Ik hoop dat u daarmee kunt instemmen.

Eleonora Evi, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, anch'io ho sottoscritto questa risoluzione per chiedere alla Commissione di intervenire per facilitare l'introduzione nel mercato dei pesticidi di origine naturale.

Per poter ridurre l'impatto ambientale e sanitario dei prodotti industriali, inclusi i prodotti agricoli, è necessario avere il coraggio di facilitare in ogni modo le imprese che credono nella *green economy*. Chi produce prodotti di nicchia e chi li usa, non è giusto che affronti lo stesso carico amministrativo e burocratico di coloro che non pagano le esternalità passive del loro operato. Con le molecole e pesticidi di origine naturale è possibile ridurre l'impatto complessivo dei trattamenti, grazie a riduzioni delle emissioni di inquinanti e di gas serra durante la produzione e a un ridotto impatto sulla biodiversità e sugli gli organismi non target e sulla salute umana.

Una recente valutazione da parte dello STOA dei pro e dei contro dell'agricoltura biologica ha rilevato un positivo impatto del consumo dei prodotti biologici su alcuni disturbi cognitivi infantili riscontrabili agli attuali livelli di esposizione a pesticidi di sintesi. Quindi facciamolo per le generazioni future: l'agricoltura da problema può e deve diventare la soluzione.

Mireille D'Ornano, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, les ravages de la *Xylella fastidiosa* dans le sud de l'Europe – notamment, depuis peu, en Espagne – sont connus. Une recherche de 2007 démontrant l'efficacité d'enzymes du lait de vache illustre le potentiel de substances biologiques dans la lutte phytosanitaire. Paradoxe d'une réglementation censée les favoriser, ces substances à faible risque peinent pourtant à obtenir les autorisations nécessaires. Ainsi, seules sept d'entre elles, dont six biologiques, sont autorisées dans l'Union européenne. Le paradoxe atteint son comble lorsque certaines huiles essentielles autorisées pour un usage culinaire se voient refuser ce sésame.

Alors que la nocivité des produits phytosanitaires classiques semble établie et que leur efficacité se heurte à la résistance parasitaire, il est urgent de soutenir la recherche de solutions respectueuses de l'environnement et de la santé. Ce soutien est matériel, lorsqu'il s'agit de start-up, et réglementaire, avec une révision du règlement 1107/2009.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony, amikor ebben a Parlamentben szabadkereskedelmi egyezményekről tárgyalunk, mindenki büszkén mondja, hogy nagy európai uniós érték az élelmiszerbiztonság, az egészséges és minőségi élelmiszer. Ha évente kétszázezer tonna vegyi hatóanyagú növényvédő szert használunk föl, akkor ezt a minőséget, ezt az egészségbiztosítást nem lehet elérni. Igen, van alternatíva, az alacsony kockázatú biológia növényvédő szerek. S hogy ezeknek a hatékonysága kisebb, mint a vegyi anyagoké? Igen, de dönteni kell: mi az elsődleges cél? A nagyüzemek profitja, akik természetesen ezt az anyagot akarják csak használni, vagy a kis-, közepes és családi vállalkozások támogatása, amelyek éppen biztosítják ezt az egészséges és minőségi élelmiszert. Dönteni kell ebben a kérdésben, nyilvánvaló, az európai lakosság javára.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einiger Zeit haben wir uns hier im Plenum sehr kontrovers mit dem Pflanzenschutzmittel Glyphosat auseinandergesetzt, und ich finde, wir haben einen guten Kompromiss ausgearbeitet. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten im zweiten Anlauf auf dieser Basis in der Lage sind, eine Entscheidung zu treffen.

Alle, die sich seriös mit dem Thema auseinandersetzen, wissen, dass wir hier ein Dilemma haben. Wir können nachteilige Wirkungen auf Mensch und Umwelt nicht hundertprozentig ausschließen, insbesondere wenn Pflanzenschutzmittel nicht sachgerecht angewandt werden. Aber auf der anderen Seite ist es natürlich eine Illusion, insbesondere kurzfristig ist es eine Illusion, ganz Europa auf Bio-Anbau umzustellen. Und deswegen brauchen wir Alternativen. Wir brauchen Forschung und Entwicklung, wir brauchen Genehmigungsverfahren, die sachgerecht sind. Ich glaube, da kann man schon noch etwas beschleunigen, ohne dass die Wirksamkeit dieser neuen Alternativen in Frage gestellt wird. Deswegen unterstütze ich im Namen der Europäischen Volkspartei diese Entschließung und bitte den Kommissar und seine Mannschaft, tatkräftig zu arbeiten, damit wir möglichst schnell diese Alternativen auf den Markt bekommen – als Alternative für die Landwirte, aber auch zum Nutzen für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Úr, egyetértek abban, hogy az új és új technológiákat bátorítani kell, azok bevezetését különösen szorgalmazni kell. De miért hagyja ki azt a részt, hogy az egyébként tradicionális edukációval rendelkező vidéki termelők, idősebb farmerok, azok hogyan fognak tudni ezekkel megismerkedni?

Peter Liese (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. –

Das sehe ich etwas anders. Wir sollten die Möglichkeiten und die Innovationskraft auch der Landwirte nicht unterschätzen. Landwirte, auch wenn sie etwas älter sind, sind in der Lage, sich an neue Technologien zu gewöhnen und sich damit auseinanderzusetzen. Ich glaube, wir tun etwas für die Landwirtschaft, wir holen die Landwirtschaft aus der Ecke raus, wenn wir nicht nur konventionelle Pflanzenschutzmittel haben, sondern auch Alternativen. Wie Kollege Lins gesagt hat, ist das eine Alternative für den biologischen Anbau, aber auch für den konventionellen Anbau. Und ich glaube nicht, dass die Landwirte damit Probleme haben werden.

Daciana Octavia Sârbu (S&D). – Doamnă președintă, a furniza suficientă hrană de calitate pentru populația globală ce va atinge, potrivit estimărilor, aproape 10 miliarde până în 2050 va fi o provocare semnificativă. Deja cererea pune presiune majoră pe resursele naturale limitate, iar concurența pentru suprafața arabilă stimulează despăduririle.

Proгноzele în materie de climă arată că pământul cultivabil va fi amenințat și de alte fenomene, precum schimbările în cantitățile de precipitații sau impactul mai pronunțat al dăunătorilor asociat temperaturilor mai mari.

În acest context, avem nevoie urgentă de soluții, avem nevoie de cercetări mai detaliate în privința pesticidelor cu risc redus și de proceduri mai bune de aprobare a acestora pentru a le pune pe piață. Procedurile actuale sunt prea lente, obligându-i pe fermieri să recurgă la pesticidele convenționale cu toate riscurile implicite pentru sănătate și pentru mediu.

Soluțiile alternative, inclusiv produsele fitosanitare de origine biologică și alte metode biologice de control, ar putea sprijini și fermierii ce produc bio, dar și agricultura cu impact redus în general.

Foarte mulți producători bio încă au dificultăți mari în a accesa fonduri europene din cauze ce țin de proceduri în continuare complicate. Accesibilitatea pesticidelor cu risc redus ar fi o măsură indirectă de suport ce le-ar aduce avantaje și acestora, dar și consumatorilor.

Urszula Krupa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Wszelkie działania propagujące wdrażanie biologicznych pestycydów niskiego ryzyka są bardzo potrzebne, nawet konieczne w celu zmniejszenia zagrożenia ze strony powszechnie stosowanych pestycydów chemicznych i innych wszechobecnych ksenoestrogenów, odpowiedzialnych za epidemię chorób nowotworowych, zaburzenia płodności, a nawet zaburzenia tożsamości płciowej. Tylko ograniczenie chemii w rolnictwie wraz z powrotem do środków biologicznych – przy zachowaniu procedury ostrożności i jednocześnie skróceniem wdrażania – jest w stanie poprawić jakość żywności i stan zdrowia konsumentów, tym bardziej że dwie trzecie światowej produkcji antybiotyków jest podawane zwierzętom, co prowadzi do antybiotykooporności. Wszelkie obawy rolników o wzrost kosztów czy zmniejszenie plonów są nieuzasadnione, co pokazują doświadczenia krajów, gdzie znacznie zredukowano zużycie pestycydów.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – What kind of measures do you think we would have to implement to help farmers to switch from conventional pesticides to biological ones?

Urszula Krupa (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Obecnie w Unii jest sześć środków, które są zaakceptowane, i myślę, że należy takie środki badać i wprowadzać. W tej chwili Panu nie odpowiem. Wiem tylko, że jest to konieczność, zwłaszcza w związku ze środkami chemicznymi, które są bardzo toksyczne i – tak jak powiedziałam, a jestem lekarzem – odpowiadają za bardzo wiele chorób.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, un rapporto Ispra documenta in Italia un incremento di pesticidi nelle acque superficiali e profonde. Uno studio di Legambiente dal titolo «Pesticidi nel piatto» attesta che un terzo dei campioni di frutta e verdura analizzati presenta residui di fitofarmaci. Sono in aumento i campioni che hanno fino a nove sostanze attive presenti contemporaneamente. Solo in Italia si distribuisce circa il 33 % delle quantità totali di insetticidi utilizzati nell'intero territorio comunitario e sono 800 i prodotti presenti attualmente sul mercato.

I rischi per la salute umana, in particolare per i bambini, sono altissimi, pensiamo ai perturbatori endocrini. I danni arrecati agli ecosistemi, come nel caso del glifosato, l'erbicida più usato al mondo, il cui impatto sull'organismo è insidioso e si manifesta lentamente nel tempo, sono gravissimi. La Francia, però, già nel 2012 ha riconosciuto il morbo di Parkinson giuridicamente una malattia professionale da esposizione a pesticidi.

La Commissione deve darci delle risposte, deve rendere conto ai cittadini di quanto sta facendo per proteggere la loro salute e quella del territorio in cui vivono. Chiediamo un'azione specifica entro due anni e non una procedura Refit che potrebbe richiedere fino a 10 anni e finire senza alcuna decisione. Questo vorrebbe dire danneggiare agricoltori e consumatori che hanno diritto a produrre e consumare prodotti con il più basso rischio possibile.

Oggi la vera innovazione, caro Commissario, è adottare l'approccio agroecologico, migliorare la fertilità dei suoli, diversificare le produzioni, aumentare la capacità di sequestro di carbonio, garantire raccolti adeguati e affrontare il controllo dei parassiti e delle erbe, monitorando le dinamiche naturali.

Angélique Delahaye (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, nous constatons que le nombre des substances actives disponibles sur le marché diminue régulièrement. Nous demandons à nos agriculteurs toujours plus de qualité et des produits de moins en moins chers. Pour cela, il faut investir dans la recherche et l'innovation et faciliter l'accès aux nouvelles molécules.

Nous fixons des objectifs, et il est de notre devoir de donner à nos agriculteurs les moyens d'y parvenir. Malheureusement, les procédures actuelles sont des obstacles économiques importants pour les fabricants. C'est pourquoi nous appelons la Commission et les États membres à simplifier les procédures d'homologation et à changer les bonnes pratiques.

Mais attention: faciliter l'accès au marché ne doit pas conduire à diminuer les analyses de risques effectuées sur ces produits. Il est essentiel de garantir la santé et la sécurité des consommateurs et des utilisateurs. Je me suis d'ailleurs opposée à une autorisation *ad vitam aeternam*. «Biologique» n'est pas synonyme de «sans risque». Après tout, c'est la nature qui a produit les poisons les plus violents. Cessons d'opposer «synthétique» et «biologique». Sur la base d'analyses scientifiques solides, utilisons les produits qui correspondent le mieux à nos besoins sanitaires, environnementaux et économiques.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Sidste år, da vi havde vores store debat omkring glyphosat, brokkede både landbruget og mange medlemsstater sig over, at vi i Parlamentet ville reducere forlængelsen af glyphosatlicensen. De sagde, at det var fordi, vi simpelthen mangler gode alternativer til glyphosat. I dag da diskuterer vi, hvad vi kan gøre for at sikre, at vi hurtigere og bedre får lavrisikobaserede pesticider på markedet. Jeg tror, at der er et stort behov for det, og derfor har vi brug for at få kigget nærmere på, hvad der er for nogle barrierer, der gør, at det er så svært at få dem på markedet. Det er uanset, om det er biologiske eller ikke-biologiske lavpesticidprodukter. Jeg tror, at vi har brug for at få kigget nærmere på, hvor barriererne er, og hvordan vi kan få fremskyndet en proces, som gør, at vi hurtigere kan få ikke-skadelige eller mindre skadelige pesticider på markedet. Det er der brug for både for landbruget, borgernes sundhed og for miljøet.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Madam President, I am delighted that there was such unanimity on this oral question in Committee and hopefully this will continue into the plenary, because across the political spectrum, there is agreement that we need to increase the availability of low-risk bio-pesticides without further delay. Access to these types of pesticides not only increases the toolbox available to farmers but they also help to decrease the residue levels of pesticides in the soil, water and non-agri-products.

By calling on the Commission to come forward with a legislative amendment allowing for the establishment of a fast-track evaluation, authorisation and registration process for low-risk biological pesticides, we are also helping to resolve other pressing issues that are facing EU Member States, issues concerning biodiversity and exposure to carcinogens.

Also, by increasing the options for farmers we can help to tackle food waste. Twenty per cent of fruit and vegetables lost in the EU is lost in the fields. Also potentially, by increasing the access to low-risk biological pesticides, we can help the fight against antimicrobial resistance. Recent studies have suggested links between exposure to herbicides and the effectiveness of antibiotics. So increasing the availability and promoting the innovation of more low-risk biological pesticides is a win-win for farmers, consumers and the environment.

Catch-the-eye procedure

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Apgailestauju, kad žemos rizikos biologiniai pesticidai vis dar negali būti plačiai naudojami Europos Sąjungoje. Ir mes puikiai žinome, kad pagrindinė kliūtis yra ilgas, lėtas ir sudėtingas sertifikavimo procesas. Tai tame yra ir mūsų kaltės dalis – Europos Komisijos, Europos Parlamento, nes mūsų valioje yra tai keisti. Lėta procedūra prieštariau visų Europos Sąjungos vartotojų, ūkininkų bei inovatyvios pramonės interesams, ir aš viešojo intereso prasme nematau laimėtojų šioje situacijoje. Komisijos siūloma REFIT procedūra, ji truktų, kaip jau buvo minėta, nuo 8 iki 10 metų. Ir nematau jokios prasmės daryti, juos abu sieti tarpusavyje – REFIT procedūra gali eiti savo keliu, o žemos rizikos biologiniai pesticidai įvedami į rinką vėlgi savo keliu. Europos Parlamento Aplinkos komitetas išreiškė savo poziciją labai tvirtai, aš tikiuosi, kad trečiadienį tą patį padarys ir Parlamentas.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i prodotti fitosanitari a basso rischio, di origine biologica, rappresentano una valida alternativa ai prodotti fitosanitari convenzionali e questo sia per l'agricoltura tradizionale che per quella biologica. I nuovi meccanismi d'azione presenti in alcuni dei prodotti fitosanitari biologici di nuova generazione potrebbero infatti rappresentare un vantaggio importante, anche alla luce dell'evoluzione delle resistenze ai prodotti fitosanitari convenzionali.

Tuttavia, un certo numero di Stati membri rifiuta l'autorizzazione ai prodotti contenenti sostanze attive a basso rischio di origine biologica a causa di una loro presunta minore efficacia. Sono dell'opinione che i prodotti fitosanitari a basso rischio di origine biologica dovrebbero rappresentare l'opzione preferita per gli utilizzatori laddove abbiano la stessa efficacia dei pesticidi convenzionali.

Occorre dunque una revisione del regolamento relativo all'immissione sul mercato dei prodotti fitosanitari, finalizzata ad un miglioramento dell'attuale processo di registrazione delle sostanze basiche a basso rischio che, di fatto, si configura a volte come una specie di brevetto, rendendo difficile l'utilizzo di un prodotto avendo la stessa sostanza non registrata.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η χρήση συμβατικών φυτοφαρμάκων αμφισβητείται πλέον όλο και περισσότερο λόγω των κινδύνων που αυτά εγκυμονούν για την ανθρώπινη υγεία και το περιβάλλον, κυρίως όταν τα προϊόντα αυτά δεν έχουν αδειοδοτηθεί επίσημα ή όταν χρησιμοποιούνται με ασφαλισμένο τρόπο. Ωστόσο, οι γεωργοί πρέπει να έχουν στη διάθεσή τους μια μεγάλη ποικιλία για να μπορούν να προστατεύσουν τις καλλιέργειές τους και να αποφασίζουν ποιο μέτρο προσφέρεται για την προστασία των καλλιεργειών τους με τον πλέον βιώσιμο τρόπο. Τα βιολογικά φυτοφάρμακα χαμηλού κινδύνου θα μπορούσαν να αποτελέσουν μια εναλλακτική λύση έναντι της χρήσης των συμβατικών φυτοφαρμάκων και να συμβάλουν στην επίτευξη μιας βιώσιμης γεωργίας. Επομένως, προκειμένου να διασφαλιστεί η υγεία των ανθρώπων και η προστασία του περιβάλλοντος, θα πρέπει να αυξηθεί η διαθεσιμότητα των βιολογικών φυτοφαρμάκων στην αγορά έναντι των συμβατικών φυτοπροστατευτικών προϊόντων.

Ulrike Müller (ALDE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir diese wichtige Debatte über Pflanzenschutzmittel führen, und ich hoffe, dass dieses Haus der Entschließung am Mittwoch zustimmen wird.

Wir haben nämlich ein Problem: Die Lebensmittel sollen sicher, günstig und nachhaltig sein, bei möglichst geringem Flächenverbrauch. Gleichzeitig stehen den Landwirten aber immer weniger Pflanzenschutzmittel zur Verfügung. Wir dürfen hier die Landwirte nicht im Regen stehen lassen und müssen dringend dafür sorgen, dass ihnen eine breite Palette an Mitteln tatsächlich zur Verfügung steht. Nur so kann die Landwirtschaft allen Anforderungen gerecht werden.

Mit dem Vorschlag einer vereinfachten Zulassung für Pflanzenschutzmittel mit geringem Risiko sind wir da auf einem guten Weg. Trotzdem bin ich nicht ganz glücklich mit der Debatte. Es wird ständig versucht, biologisch pauschal als gut und synthetisch als schlecht darzustellen. Beides stimmt nicht. Jeweils gilt: Die Dosis macht das Gift, und der verantwortungsvolle Einsatz bestimmt über Lebensmittelsicherheit und Nachhaltigkeit.

Ich würde mich gerne weniger mit Ideologien beschäftigen, damit mehr Raum für die Stimmen der Praktiker und der Wissenschaft bleibt. Das ist zielführender.

Andrzej Grzyb (PPE). Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! To bardzo ważna rozmowa na temat pestycydów biologicznych o bardzo niskim ryzyku. Wydaje mi się, że te środki są bardzo dobrą alternatywą dla rolnictwa organicznego – co się szczególnie podkreśla – ale również dla tego tradycyjnego. Podkreślono również tutaj, że rzeczywiście zmniejsza się również gama środków pochodzących z tradycyjnej chemii, a stosowanych jako pestycydy. Z różnych powodów, które zostały tu wymienione.

Problemem jest proces rejestracji substancji aktywnych pochodzenia organicznego, ale również nieorganicznego, który jest wieloletni, kosztochłonny i również nie do spełnienia dla firm, które są spoza sektora tradycyjnej chemii pestycydów. Dostępność substancji biologicznej i innej niskiego ryzyka do produkcji pestycydów wymaga wsparcia zarówno ze strony Komisji Europejskiej, jak i państw członkowskich. I myślę, że obywatele, którzy coraz częściej poszukują żywności, która nie jest chroniona pestycydami, substancjami czynnymi pochodzącymi z syntezy chemicznej (ze względu na antybiotykoodporność, cywilizacyjne schorzenia, chociażby alergię), będą też bardzo wspierali ten kierunek naszego działania i myślenia.

(End of catch-the-eye procedure)

Vytienis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, I have listened closely to this very interesting debate and I am grateful to this House for taking such an active interest in this important issue. I have taken careful note of your views and opinions, which will of course be given due consideration by the Commission.

Some of you asked why so few low-risk active substances have been approved up to now, but may I mention once again that this is because of the very strict regulatory framework. Regulation 1107/2009 allows the identification of a low-risk active substance only when the substance is going to be approved or its old approval under Directive 91/414 is renewed. This is the reason why only seven – of course, six of them are biological – low-risk substances have been identified and have been in force from January 2016. However, the majority of potential low-risk substances approved under Directive 91/414 have been prioritised for a renewal assessment, which will be carried out in the next three years. We will, of course, see how we can intensify such a process.

Let me repeat that the Parliament and the Commission are united in supporting the broad aim of facilitating the wider use of biological low-risk, plant protection products, whilst ensuring that we maintain our high level of safety, because the European Union is very proud of the very strict regulatory environment and the very high food safety standards. Thank you once again for your valuable considerations and contributions.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF*Vizepräsident*

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 15. Februar 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Carolina Punset (ALDE), por escrito. – El artículo 12 de la Directiva 2009/128 /CE de plaguicidas, establece el uso prioritario de productos fitosanitarios de bajo riesgo en las áreas utilizadas por el público en general y en las áreas protegidas. Los jardines municipales y las zonas periurbanas necesitan librarse de la presión de fitosanitarios químicos, que solo añaden más contaminantes al entorno donde crecen nuestros hijos. Por este motivo, es fundamental y urgente desarrollar un reglamento del que puedan disponer los agricultores fitosanitarios de bajo riesgo. Los esfuerzos de las pequeñas empresas innovadoras que han producido plaguicidas de bajo riesgo de origen biológico han fracasado en su intento de acceder al mercado europeo. Actualmente, solo siete productos con esta calificación están disponibles en un mercado abrumadoramente orientado a los productos químicos de síntesis. Esta resolución permitirá una acción específica en el plazo de dos años, en lugar de un procedimiento que podría durar cerca de diez años y que podría terminar sin ninguna decisión tomada. Esto no beneficiaría a los agricultores ecológicos ni a nuestros entornos habitados, ni a los consumidores que tienen el derecho a consumir productos alimenticios con el menor riesgo posible.

12. Überarbeitung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Bogdan Brunon Wenta und Norbert Neuser im Namen des Entwicklungsausschusses über die Überarbeitung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik (2016/2094(INI)) (A8-0020/2017).

Bogdan Brunon Wenta, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Na wstępie chciałbym bardzo podziękować Norbertowi za świetną współpracę nad tym sprawozdaniem. Oczywiście dziękuję także za konstruktywne uwagi i współpracę wszystkim kontrsprawozdawcom.

W centrum naszego sprawozdania znalazło się odniesienie do celów zrównoważonego rozwoju Organizacji Narodów Zjednoczonych, a także odnowione zaangażowanie w likwidację ubóstwa oraz zwalczanie dyskryminacji i nierówności poprzez politykę rozwojową Unii i jej państw członkowskich.

Ważnym punktem sprawozdania jest spójność polityki wewnętrznej i zewnętrznej na rzecz rozwoju. To właśnie ona powinna być głównym elementem strategii Unii na rzecz osiągnięcia celów zrównoważonego rozwoju. Działania państw członkowskich i te na szczeblu Unii muszą wzajemnie uzupełniać się i wzmacniać, a także mieć na uwadze potencjalny wpływ na kraje rozwijające się. W tym aspekcie należałoby wprowadzić skuteczny mechanizm monitorowania i oceny tego wpływu.

Oficjalna pomoc rozwojowa powinna pozostać podstawą polityki rozwoju Unii. Z tego powodu także w nowym konsensusie powinno znaleźć się zobowiązanie do osiągnięcia przez państwa członkowskie celu w wysokości 0,7 % dochodu narodowego brutto do 2030 r.

Dobre sprawowanie rządów pełni szczególną rolę w zrównoważonym rozwoju, dlatego należy wzmocnić równowagę między wymiarem gospodarczym, społecznym i środowiskowym poprzez wspieranie krajowych strategii zrównoważonego rozwoju oraz mechanizmów i procesów dobrego zarządzania z uwzględnieniem udziału społeczeństwa obywatelskiego. Pomoc rozwojowa musi być skuteczna, dlatego też poczucie odpowiedzialności za własny rozwój, przejrzystość i demokratyczne włączenie wszystkich zainteresowanych stron mają kluczowe znaczenie.

W świetle kryzysu imigracyjno-uchodźczego należy podkreślić zasadniczą rolę współpracy rozwojowej w zwalczaniu przyczyn przymusowej migracji i przemieszczeń. Kraje stabilne politycznie są mniej narażone i podatne na sytuacje, które mogą doprowadzić do masowej i przymusowej migracji. Pomoc rozwojowa związana z migracją jest ważna dla ustabilizowania sytuacji, utrzymania funkcjonowania państw i zapewnienia godnych warunków osobom przesiedlonym.

Jeśli chodzi o związek między rozwojem a bezpieczeństwem, należy podkreślić, że instrumenty pomocy rozwojowej mogą być wykorzystywane na potrzeby polityki bezpieczeństwa, ale tylko w odniesieniu do celu, jakim jest eliminacja ubóstwa i wspieranie zrównoważonego rozwoju. Unia musi promować sprawiedliwy podział bogactwa przez kraje rozwijające się za pośrednictwem budżetów krajowych, to znaczy zarówno wewnątrz państw, jak i pomiędzy nimi. Europejska pomoc rozwojowa powinna rozróżnić sytuacje poszczególnych krajów i ich potrzeby rozwojowe. Wskaźniki mikroekonomiczne czy względy polityczne nie powinny służyć jako jedyne podstawy do takiego różnicowania.

Norbert Neuser, *Berichterstatter*. – Herr Präsident, lieber Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat haben Bogdan Wenta und ich sehr gut zusammengearbeitet.

Das war auch die Grundlage dafür, dass wir einen guten, mit vielen Kompromissen versehenen Text vorlegen können. Ich danke aber auch den Schattenberichterstattern Charles Goerens, der Maria und der Lola, für viele gute Initiativen und kritische Anmerkungen, denn wir konnten mit ihrer Unterstützung gemeinsam auch vieles von dem, was die NGOs uns vorgelegt haben, im Konsensus einbauen.

Die Entwicklungspolitik wird immer bedeutsamer, wir haben das im Ausschuss immer schon gewusst. Aber jetzt – durch die Flüchtlingsbewegungen – wird dies auch ein zentrales Thema. Deswegen ist es gut, dass wir jetzt den Konsensus bearbeiten. Er wird ein Manifest sein. Aber er muss mehr sein als nur ein Manifest. Er muss auch Ziele beinhalten und auch die Implementierung. Wir wollen als Ausschuss klar wissen, wie die Ziele in welchem Fahrplan von der Kommission angegangen werden, und wie die Mitgliedstaaten in die Finanzierung gezwungen werden können. Dafür brauchen wir ein klares Bekenntnis zu Monitoring und Evaluierung bei der Umsetzung.

Wir haben mit Malta eine gute Ratspräsidentschaft. Malta versteht es gerade in der Frage der Flüchtlinge auf der Grundlage der Erfahrungen, die das Land gemacht hat, sich einzubringen. Wir arbeiten gut mit der Kommission und mit dem Rat. Vielleicht schaffen wir es Ende Juni im Rahmen der *European Development Days*, unser Papier, unseren Konsensus zu verabschieden.

Neu – und deswegen ist es wichtig, dass wir den Konsensus haben – sind die globalen Nachhaltigkeitsziele, die eingearbeitet werden müssen. Dabei muss auch klar sein: Priorität hat in der Entwicklungspolitik weiterhin die Armutsbekämpfung, und die Würde der Menschen muss dabei im Mittelpunkt stehen. Wir müssen versuchen, Antworten auf die neuen Anforderungen zu geben: Flüchtlinge, Klimawandel und auch die allgemeine Werteausrichtung der EU, die uns von anderen Gebern wie China oder den USA unterscheiden. Wir sollten stolz darauf sein, dass wir entlang unseres Wertekatalogs Entwicklungszusammenarbeit betreiben.

Wir befürchten, dass in einer Reihe von neuen Finanzinstrumenten, die Flexibilität verlangen, die Rechte des Parlaments zu wenig berücksichtigt werden. Wir haben den Eindruck, dass mit einer erhöhten Flexibilität unsere Möglichkeiten als Parlamentarier eingeschränkt werden. Ich kann dem Rat und auch der Kommission nur den Hinweis geben: Wir im Ausschuss, wir sind auch kreativ, wir sind auch flexibel. Haben Sie keine Angst vor dem, was wir als Parlamentarier mit einbringen. Wir sind nahe an den NGOs dran und wir sind auch daran interessiert, dass wir zielgerichtet gute Ergebnisse beisteuern.

Wir müssen sehen, wie insbesondere der *African Trust Fund* und der Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung integriert werden können, und wie wir die Maßnahmen organisieren, um den privaten Sektor stärker einzubeziehen und auch für Investitionen anzulocken. Deswegen wollen wir als Parlamentarier in den Entscheidungsgremien dabei sein. Wir wollen mindestens einen Beobachterstatus haben. Ich unterstreiche noch einmal, was ich bereits gesagt habe: Von uns kommt eine ganze Menge Know-how, und es wäre gut, wenn dies auch gemeinsam genutzt werden könnte.

Wir als Parlament werden, glaube ich, morgen mit einer großen Mehrheit dieses Papier beschließen. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Ich denke, wir können insgesamt zufrieden sein. Warten wir es ab, wie die Ergebnisse mit Kommission und Rat aussehen.

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to extend my sincere thanks to the Committee on Development and particularly the co-rapporteurs, Mr Norbert Neuser and Mr Bogdan Wenta, and the shadow rapporteur colleagues, who have put together this excellent report.

Representatives from this Parliament and the European Union Member States are working together with the Commission services and the European External Action Services towards a new European Consensus on Development. This would represent a paradigm shift in development cooperation under the 2030 Agenda for Sustainable Development and enable us all to better respond to the more complex and interconnected challenges the world faces today. This resolution, ably prepared by the Development Committee, is an important contribution to that discussion.

The European Union's global leadership in development is nowadays needed more than ever, as underlined in the EU global strategy. The rest of the world expects ambition from us in the implementation of the 2030 Agenda and its sustainable development goals: an Agenda based on openness, multilateralism and the objective of shared prosperity.

An ambitious new European Consensus on Development would be a very important part of our wider implementation of the 2030 Agenda. It will also contribute to supporting the implementation of the landmark Paris Agreement on climate change.

I was glad to see this House calling the revision of the Consensus timely and necessary. The Commission presented its proposal for a new European Consensus in November, which provides the basis for the discussions ahead. A proposal for a shared vision and framework for action in development policy for the European Union and its Member States.

The Commission is looking forward to a successful conclusion of the discussions between the institutions within the first half of this year. This would allow for signature at our flagship event, the European Development Days in early June, and would provide the opportunity to present our new Consensus internationally at the United Nations High Level Political Forum for Sustainable Development in July.

Your resolution, like the Commission's proposal, contains a strong affirmation on poverty eradication as the primary objective of EU development policy. This needs to come up clearly in the new Consensus. The resolution also recognises the challenges and opportunities posed by changes in the development landscape, including global trends, increased fragility and instability, and the 2030 Agenda. These would also need to be systematically addressed by our new Consensus.

The resolution notes the changes brought about by the Lisbon Treaty, which puts the objectives of development policy in the framework of the Union's broader external action. In this context, among other things, the resolution highlights the necessity to find new ways of achieving development priorities in fragile and conflict-affected countries, including by linking up more closely with humanitarian actors.

Under the setup of the Lisbon Treaty, which aims at ensuring greater coherence of the Union's policies and coordination with Member States, the principles of development effectiveness and policy coherence for development and the links with other policies, such as migration, security, energy, climate, gain ever greater importance. There is so much here that we can agree on.

There are also issues which we will want to discuss in greater detail in the context of the upcoming tripartite discussions. I see this resolution as an excellent contribution to this joint endeavour and I wish to thank once again the Chair and the members of the Development Committee, and in particular the co-rapporteurs. I look forward to hearing your views in the debate today.

Maurice Ponga, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, chers collègues, je souhaitais tout d'abord féliciter nos deux corapporteurs, M. Wenta et M. Neuser, pour l'excellent travail réalisé.

Dans ce rapport, le Parlement exprime de manière claire ses priorités politiques pour le futur cadre de notre coopération au développement. Grâce au travail réalisé, le Parlement européen va pouvoir entrer en négociation avec le Conseil et la Commission afin que le nouveau consensus européen sur le développement contribue à la réalisation des objectifs de développement durable, les ODD, adoptés à New York en septembre 2015.

J'avais proposé de nombreux amendements qui ont été repris dans le rapport et j'en suis heureux. Je pense notamment à la nécessité de renforcer la coordination entre nos États membres dans le cadre de la programmation et de la mise en œuvre de notre aide au développement. Je pense également à l'importance de porter notre attention sur des défis globaux, tels que les questions migratoires, sécuritaires mais également environnementales, et notamment la question de l'accès à la gestion de l'eau ou encore la nécessité de prendre en compte la dimension culturelle dans nos actions de coopération.

Nous devons rendre notre aide au développement plus efficace. Cet objectif est crucial tant pour nos pays partenaires que pour nos pays européens.

Linda McAvan, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I think the Commissioner has seen there is a big consensus in this Parliament on the importance of getting the new consensus on development. Commissioner, we will work with you and the Maltese to get an agreement in the timescale you spoke about.

You also said that there are interconnected challenges. Your document is only one part of how the EU must address the SDGs. The internal aspect is very important, and that is why we place emphasis on policy coherence for development in our response to the proposal.

I want to pick one issue here, and that is tax. We want to deliver on the whole Addis Agenda. Yes on the 0.7% aid. Yes on more private sector investment. Yes on making sure more tax revenue is collected. We know that DG DEVCO has a small unit on tax issues, but I wonder how much the wider tax issues of development are understood across the Commission, and how are you working across the whole Commission to get a proper tax policy that will deliver on the SDGs?

Charles Goerens, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, le consensus européen de 2005, qui reste une référence incontournable en matière de coopération au développement, est un recueil de principes et d'objectifs plus ou moins précis, selon les cas. Rappelons aussi que le consensus est un accord interinstitutionnel, approuvé par la Commission, le Conseil et le Parlement européen, qui vise à donner à la politique de développement une base solide permettant à l'Union européenne de construire un avenir commun avec ses partenaires du Sud.

Le respect des principes de l'état de droit, de non-discrimination et de cohérence des politiques, qui veut que l'action dans le domaine du développement ne soit pas mise en échec par des interventions dans d'autres domaines, est au cœur même du rapport que nos collègues Neuser et Wenta ont exposé.

Le problème est moins de s'entendre sur des engagements en la matière que de faire en sorte qu'ils soient tenus, et c'est précisément là que le bât blesse: que vaut l'engagement de porter l'aide publique au développement à 0,7 % du PIB s'il n'est pas tenu? Ne serait-il pas judicieux de prévoir, outre l'objectif du financement, un mécanisme politique susceptible de le faire respecter?

Ne pas prévoir ce mécanisme revient à perpétuer l'arlésienne, qui consiste à annoncer toujours le même événement, tout en sachant qu'il ne se produira jamais. Dans le même ordre d'idées, la cohérence des politiques restera lettre morte tant qu'on ne se dotera pas d'un mécanisme d'arbitrage permettant de trancher dès lors que deux ou plusieurs départements divergent dans un domaine important.

Enfin – et j'aurais dû commencer par là –, avons-nous tous la même conception de ce que veut dire «la politique de développement de l'Union européenne»? De mon point de vue – et c'est la raison pour laquelle j'avais introduit un amendement –, c'est le respect de la dignité de l'homme par l'éradication de la pauvreté.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, estimados colegas, ¿queremos una política de cooperación que se adapte a lo que establece la Agenda de Desarrollo Sostenible de las Naciones Unidas? Entonces, el Consenso Europeo sobre Desarrollo debe basarse en tres puntos.

Uno, reforzar la coherencia de las políticas para el desarrollo, porque estas políticas no pueden seguir siendo un compartimento estanco. Hay que ser transversales, entender que todas nuestras políticas tienen un efecto en el sur global, es decir, hay que ser coherentes.

Por ejemplo, nuestra política comercial y de inversiones debe dejar de empobrecer y de preocuparse solo por el beneficio de unos pocos. Debemos apostar por un comercio justo en línea con los derechos humanos y con el beneficio de todos.

Además, debemos desarrollar marcos vinculantes en materia de derechos humanos, es decir, leyes que garanticen que todo lo que llega a los mercados europeos, por ejemplo, no esté fabricado en condiciones de explotación o manchado de sangre.

Como segundo pilar, debemos reforzar la financiación para el desarrollo. Y, aquí, decimos que es inaceptable que no hayamos alcanzado aún el compromiso histórico del 0,7 %. Debemos apoyar también sistemas fiscales justos, progresivos y redistributivos de manera universal, y combatir, de una vez por todas, el fraude fiscal.

Y, por último, no engañar al contribuyente, porque la ayuda oficial al desarrollo tiene dos objetivos: uno, la erradicación de la pobreza, y dos, la reducción de las desigualdades. Cualquier otro uso, como el control de flujos migratorios o externalizar el control de fronteras, es malversación de fondos públicos.

Y, ya para terminar, quisiera agradecer el buen trabajo y la actitud dialogante que han tenido los compañeros Wenta y Neuser al haber elaborado este informe.

Maria Heubuch, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Vorab herzlichen Dank an die Ko-Berichterstatter Bogdan Brunon Wenta und Norbert Neuser für die offene und gute Zusammenarbeit. Die Europäische Union ist dabei, ihre Politik, ihre Entwicklungspolitik ganz neu auszurichten. Und wenn es nach der Kommission und den Mitgliedstaaten geht, soll die Entwicklungspolitik in Zukunft im Dienst der Migrations- und Sicherheitspolitik stehen, denn seit der Migrationskrise bestimmen nur noch unsere Innenminister über Europas Außenpolitik. Gelder werden von den Ärmsten der Armen genommen und sollen nun für Militär und für Grenzkontrollen zur Verfügung stehen. Hier kann das Parlament nicht einfach zusehen und sendet mit diesem Bericht ein ganz klares Signal.

Das Ziel der Entwicklungspolitik muss auch weiterhin die Reduktion der Armut bleiben. Für Grenzen, für Sicherheit, für Militär gibt es andere Instrumente und andere Budgettöpfe. Wenn wir immer mehr Gelder umschichten und immer neue Prioritäten dazukommen, was bleibt dann in Zukunft für langfristige Projekte, was bleibt für Bildung, wieviel für Landwirtschaft? Ich befürchte: nicht viel.

Der Bericht von Norbert Neuser und Bogdan Wenta unterstreicht auch klipp und klar: Das Prinzip der Politikkohärenz für Entwicklung muss weiterhin gelten, und zwar so, wie es im Lissabon-Vertrag steht. Und warum betonen wir das als Parlament, wenn es doch im Vertrag von Lissabon steht? Wir betonen es, weil die Institutionen, allen voran der EAD unter Führung der Hohen Vertreterin Federica Mogherini das Konzept der Politikkohärenz aushöhlt und umdrehen möchte. Aber dem werden wir nicht zustimmen. Wir als Grüne können nur zustimmen, wenn die Armutsreduktion ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Ignazio Corrao, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, first I would like to congratulate the rapporteurs on this file for the good and cooperative work they have done. This is a report on a crucial subject at a crucial moment. The old consensus is about to expire and the European Union is facing a redefinition of its policies on development. This is happening while the European Union is addressing all the challenges caused by migration flows and while the European Union is under pressure.

Development policy is about development. This might sound strange, but we have to repeat this concept, now more than ever. We have to repeat that development funds have to be used exclusively for development causes. We have to repeat that ODA cannot be used to finance security expenses, border control or military support. Of course terrorism must be fought in the most effective way, and of course borders have to be controlled, but not by diverting the funds devoted to development. Otherwise, poverty will never be eradicated, development will never be assured, and the root causes of migration and terrorism will never be tackled. It will be important to repeat this in the strongest and clearest manner during the structured dialogue involving Parliament, the Commission and the Council. This has already started and will bring us very soon to the approval of the new consensus on development.

Olaf Stuger, namens de ENF-Fractie. – Voorzitter, vroeger op de lagere school, in de zesde klas van de lagere school in Driebergen waar ik zat, moesten we elke maandag één gulden meenemen voor ontwikkelingshulp, voor het Foster Parents Plan. Dat deed iedereen braaf totdat bekend werd dat de directeur van het Foster Parents Plan destijds ongeveer vier maal het salaris van de minister-president verdiende. Toen gingen de guldens van al die kinderen niet meer in het collectebakje, maar die werden uitgegeven in het lokale snoepwinkeltje.

En laat dat een voorbeeld zijn. Want je kunt beter de lokale middenstand steunen dan boeven aan de andere kant van de wereld. Ontwikkelingshulp is namelijk niet dat er geld gaat van rijke Europeanen naar arme Afrikanen. Het is precies andersom. Geld gaat van arme Europeanen naar rijke Afrikaanse dictators en natuurlijk dik betaalde directeurs van ngo's.

Frank Engel (PPE). – Herr Präsident! Wenn ich mir die aktuellen UNO-Zahlen im Bereich der Bevölkerungsentwicklung, die angedacht ist für Afrika, anschau, der afrikanische Kontinent also seine Bevölkerung bis 2050 mindestens verdoppeln, wenn nicht mit zweieinhalb multiplizieren wird, dann kann ich mich angesichts dessen, was einige Kollegen der Linken uns hier erzählen, eigentlich nur wundern. Zweieinhalb Milliarden Afrikaner sollten doch eigentlich damit rechnen können, dass wir sie darin unterstützen, dass auch sie ein Recht bekommen, in Sicherheit und in verlässlicher Staatlichkeit zu leben. Das hat nicht nur etwas damit zu tun, dass wir uns vor Migrationsdruck schützen wollen, sondern es hat damit zu tun, dass wir die totale Explosion oder Implosion des afrikanischen Kontinents vermittels einer kohärenten Entwicklungspolitik zu verhindern versuchen. Und genau das liegt auch in unserem ureigenen Interesse.

Ich füge zum Schluss hinzu, weil Sie mir sicherlich nicht sehr viel mehr Zeit geben werden: Es könnte sogar vonnöten sein, dass wir uns in diesem Zusammenhang mit Akteuren wie China zusammenschließen, um uns Aufgaben aufzuteilen. Das wäre für Afrika besser und für uns gegebenenfalls auch.

Der Präsident. – Das haben Sie richtig erkannt, Herr Kollege: Hier kriegt niemand mehr Zeit, unabhängig von Sympathie oder politischer Übereinstimmung.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor presidente, agradezco a Bogdan y a Norbert el magnífico trabajo que han realizado para, junto con la Comisión y con los Estados miembros, poner en marcha de nuevo, en el corazón de la estrategia global de la Unión Europea, la lucha contra la pobreza, la desigualdad y la vulneración de los derechos humanos. En muchas partes del mundo se ha reducido la pobreza, pero persiste en muchas otras. Sin embargo, la desigualdad crece en casi todas partes y las violaciones de derechos humanos se multiplican, incluso en nuestras fronteras o en países como los Estados Unidos. Por tanto, ese es nuestro objetivo; luchar por estos tres principios: contra la pobreza, contra la desigualdad y por los derechos humanos.

Pero, además, tenemos que poner la acción humanitaria al lado de la política de desarrollo. Cada vez más, las crisis humanitarias son persistentes y se necesita la lógica del desarrollo para atender a las crisis de acción humanitaria.

György Hölvényi (PPE). – Elnök Úr, először is hadd köszönjem meg ugye Neuser úrnak és Wenta képviselőtársaimnak a kiváló munkát. Engedjék meg, hogy kiemeljem a fejlesztési együttműködés megkerülhetetlen fontos szerepét napjaink legégetőbb problémájának – hangsúlyozom – a kényszerszermigrációnak a kezelésében. Olyan célzott fejlesztéspolitikára van szükség, amely a menekültek származási országának helyzetére és igényeire helyben tud nyújtani megoldást.

Ne legyenek illúzióink! Ahogy már elhangzott, az Európai Unió fejlesztési stratégiájában nagyobb szerepet kell kapni az erre irányuló programoknak, különös tekintettel arra, hogy a demográfiai előrejelzések szerint 2050-re a világ népességének fele afrikai születésű lesz. Ne tápláljunk hamis illúziókat! Csak akkor járhatunk sikerrel, ha az Európai Unió az eddigieknél sokkal nagyobb és sokkal átfogóbb programokat képes közvetlen kontroll alatt tartva keresztülvinni, erre van szükség, és enélkül nem tudjuk megállítani a következő migrációs hullámot.

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo ringraziare anche io i correlatori. La revisione del consenso, che servirà da quadro per le politiche europee dello sviluppo negli anni a venire, non potrebbe arrivare in un momento più adatto, ora che dobbiamo finalmente dotarci di un piano di implementazione e monitoraggio a livello europeo della nuova agenda per lo sviluppo sostenibile.

La sfida vera è rappresentata dall'universalità dell'agenda. Servono quindi politiche coerenti per lo sviluppo, dalla lotta alle disuguaglianze al cambiamento climatico, dal ricorso a nuove risorse per lo sviluppo all'impegno a raggiungere lo 0,7%, ad una lotta senza quartiere contro l'evasione e l'elusione fiscale che tanto danno causano ai paesi più poveri. Se non riusciremo a farlo, continueremo a togliere con una mano quello che diamo con l'altra.

Sul fenomeno migratorio bisogna cambiare radicalmente approccio. Non è un problema da risolvere, ma un'opportunità per lo sviluppo, evitando l'esternalizzazione e la condizionalità degli aiuti. Questa è una logica miope che costerebbe molto caro alla credibilità europea.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, je veux tout d'abord féliciter mes collègues Bogdan Wenta et Norbert Neuser pour l'excellent travail accompli sur ce dossier.

Je vais me concentrer sur deux points. Ayant rédigé, il n'y a pas très longtemps, un rapport sur l'efficacité du développement, je me réjouis que les amendements que j'ai déposés sur cette question aient été inclus dans le rapport Wenta/Neuser. Il est très important que l'efficacité du développement soit l'une des forces motrices de notre nouvelle politique de développement. Nous avons besoin de références claires à cela dans le nouveau consensus, y compris, à mon sens, dans la partie consacrée aux principes.

Deuxième point, je me réjouis aussi que le rapport reconnaisse l'importance de la cohérence des politiques au service du développement, la CPD. La CPD est un élément central dans la mise en place de l'Agenda 2030 et des objectifs de développement durable. Il faut, je crois, que l'Union européenne définisse clairement le lien entre CPD et PSDC afin de promouvoir ce concept à l'échelon international. La CPD doit devenir la marque de fabrique de notre action extérieure.

Catch-the-eye-Verfahren

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, souhlasím s tím, že naší prioritou v rozvojové pomoci je boj proti chudobě a boj za důstojnost lidského života. Samozřejmě se obrácíme především k Africe, kde Evropská unie investuje nejvíce ze svých rozvojových prostředků. Je zde 19 z 21 zemí s největší plodností a zároveň v těchto zemích nejsou vždy stabilní vlády, některé z těchto vlád nerespektují lidská práva, a když se ohlédnou za usneseními také Evropského parlamentu, řada našich usnesení v urgentních otázkách se právě těmito africkými zeměmi zabývá.

Takže já říkám, abychom podporovali rozvoj hospodářství, zdravotní péče, vzdělávání, které je zásadní v těchto zemích, aby lidé nemuseli opouštět své domovy, ale připomínáme těmto vládám, že mají odpovědnost za občany ve své zemi. Bohužel, i do této zprávy se dostal požadavek na prosazování práv na sexuální a reprodukční zdraví, jako by jiná zdravotní péče byla méně důležitá.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, vreau și eu să mulțumesc colegilor raportori privind obiectivele și revizuirea agendei 2030.

Colegul nostru Norbert vorbea de niște priorități: combaterea sărăciei și respectarea demnității umane. Salut aceste prevederi privind un nou cadru global de dezvoltare privind securitatea alimentară.

Politicile de dezvoltare europene pot realiza multiple probleme ale omenirii: sărăcia, viața nesănătoasă, indicele demografic. Nu este însă suficient să avem politici, este important să fie coerente. Sunt încă decalaje mari între state și în multe dintre ele nu sunt bani pentru medicamente la bolnavii cronici, vaccin pentru copii, condiții în spitale. Există încă zone depărtate fără alimente, fără apă, fără electricitate, fără acces la educație.

Domnule comisar, Comisia ce își propune pentru a diminua din aceste decalaje?

Există o mare presiune a giganților economici asupra IMM-urilor. Puteți, domnule Comisar, să ne răspundeți: ce se poate face pentru o viață mai bună în lume și în Europa?

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ανάπτυξη στον κόσμο μπορεί να υπάρξει μόνο όταν υπάρξει δίκαιη κατανομή του παραγόμενου πλούτου. Μόνο έτσι θα περιοριστεί η φτώχεια στον πλανήτη και μόνο έτσι θα μειωθεί η ανεργία, αφού ο κόσμος έχει πλέον γεμίσει με εκατομμύρια ανέργους. Βέβαια, ανάπτυξη δεν μπορεί να υπάρξει όσο υπάρχει η υπερχρέωση των αναπτυσσόμενων χωρών. Επομένως, πρέπει να προχωρήσει η Δύση, οι G7 αλλά και η Κίνα στη διαγραφή του χρέους των αναπτυσσόμενων χωρών. Ταυτόχρονα, η εγκατάλειψη της πολιτικής της λιτότητας και της βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής, που πολλές φορές το ΔΝΤ επιβάλλει στις χώρες του αναπτυσσόμενου κόσμου, σε συνδυασμό με τη διαγραφή του χρέους, θα τονώσει πραγματικά την ανάπτυξη στις χώρες αυτές και έτσι θα έχουμε περιορισμό της παράνομης μετανάστευσης. Αυτή τη στιγμή έχουμε τεράστιες μεταναστευτικές ροές προς την Ευρώπη. Έχουμε τεράστιες μεταναστευτικές ροές προς την Ελλάδα και ιδίως

προς τα νησιά του Αιγαίου. Ανάπτυξη λοιπόν, για να περιοριστεί η παράνομη μετανάστευση!

Franč Bogovič (PPE). – Evropska unija ni unija z močno vojsko, ki bi lahko posegala v konfliktih. Je pa kontinent, ki največ prispeva razvojne pomoči širom po svetu.

Zato je pomembno, da je politika usklajena, da se osredotoči na ključna vprašanja. In vprašanja naslednjih desetletij so zagotovo povezana z revščino. Z revščino v tistem delu sveta, kjer se napoveduje tudi največja rast prebivalstva, se pravi Afrika in pa tudi na splošno mesta. Zato bodo problemi vode, hrane, okolja tisti, ki bodo ključni in zato je prav, da je politika zelo usklajena s temi cilji.

Politika se mora usmeriti tudi k ustvarjanju novih delovnih mest, kajti z novim delovnim mestom bomo vrnili dostojanstvo in pa odpravili revščino tam, kjer imamo danes največje izvore migracije. Sam zagovarjam to, da Evropska unija še naprej vlaga veliko denarja v razvojno pomoč, ne pa v odpravljanje posledic različnih konfliktov in težav v teh državah.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, έχουμε ασχοληθεί πολλές φορές με τα προβλήματα στη γειτονιά της Ευρώπης, προβλήματα που οδηγούν σε κρίσεις πολέμων, συστηματική παραγωγή προσφύγων και λαθρομεταναστών. Δεν έχουμε όμως ασχοληθεί με τη ρίζα των προβλημάτων αυτών γιατί, ως συνήθως, αποφεύγουμε να κοιτάμε τον εαυτό μας στον καθρέφτη και να κάνουμε αυτοκριτική. Η έκθεση για την ευρωπαϊκή αντίληψη για την ανάπτυξη έρχεται να συμπληρώσει πάγια κενά στην εξωτερική πολιτική της Ένωσης. Η χορήγηση κονδυλίων για την ανάπτυξη των τρίτων και αναπτυσσόμενων χωρών αποτελεί μορφή αναγκαιότητας των μεταναστευτικών ροών. Αυτά τα κονδύλια είναι απαραίτητα για την ενδυνάμωση των κρατών, την οικοδόμηση της ευστάθειας, τη δημιουργία προοπτικών, την καταπολέμηση της φτώχειας και των κοινωνικών ανισοτήτων. Σε συνδυασμό με τον έλεγχο και τη λογοδοσία των κυβερνήσεων των χωρών αυτών, είναι μια καλή αρχή. Μην ξεχνάτε ότι τα χρήματα του Ευρωπαϊκού Καταπιστευματικού Ταμείου Έκτακτης Ανάγκης του Ευρωπαϊκού Εξωτερικού Επενδυτικού Σχεδίου και γενικά του προϋπολογισμού της Ένωσης προέρχονται από τους ευρωπαίους φορολογούμενους. Ειλικρινά πιστεύω ότι η ανάπτυξη είναι, μεταξύ άλλων, αναπαλλοτρίωτο ανθρώπινο δικαίωμα.

Anna Záborská (PPE). – Ďakujem pán predseda, ďakujem pán komisár!

Chcem sa poďakovať aj kolegom Wentovi a Neuserovi za množstvo práce pri príprave tejto správy. K výslednému textu mám však dve zásadné výhrady.

Po prvé, malthuziánska perspektíva nepatrí do európskeho dokumentu. Je nevedecká a má nádych kolonializmu. Rozvojová pomoc EÚ sa musí zamerať na boj proti skutočným príčinám chudoby – zlému vládnutiu, nedostatku vzdelania a násiliu, a nie na podporu populačnej politiky po vzore čínskej komunistickej strany.

Po druhé, nemôžeme ignorovať fakt, že v oblasti chápania sexuálnych a reprodukčných práv a služieb neexistuje medzi členskými štátmi EÚ konsenzus. Tieto témy preto nemôžu byť súčasťou európskeho konsenzu o rozvoji. Paragraf 23 nepatrí do textu tohto uznesenia a ak bude schválený, nebudem môcť uznesenie podporiť.

Ďakujem pekne.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, per raggiungere gli obiettivi fissati dall'Agenda ONU 2030, le istituzioni europee e gli Stati membri hanno il dovere di investire su progetti promotori di un cambiamento rapido e trasversale. Da questo punto di vista, all'agricoltura sostenibile va riconosciuto un ruolo di primo piano. Le imprese agricole contribuiscono a garantire la sicurezza alimentare, a fornire materie prime ai mercati locali e ad assicurare un reddito equo a condizioni di vita dignitose ai lavoratori. Costituiscono cioè un perfetto esempio di convergenza virtuosa tra sviluppo e sostenibilità e una corsia preferenziale per il raggiungimento degli obiettivi di sviluppo sostenibile.

È necessario che l'Unione europea faccia di questo settore, uno dei pilastri per le sue politiche di sviluppo, investendo nel conseguimento di sistemi agricoli resilienti ai cambiamenti climatici, favorendo pratiche ecologiche e migliorando la produttività delle imprese a conduzione familiare. Solo con una maggiore attenzione al settore agricolo e alimentare si può agevolare l'incontro tra progresso economico e qualità della vita.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, the European Union was instrumental in shaping the global 2030 Agenda, which is fully consistent with Europe's vision and has now become the world's blueprint for global sustainable development. It is important that we fully take account of the Sustainable Development Goals in the European internal and external policy framework and current Commission priorities.

Development policy in the form of a new European consensus on development can make a central contribution in this direction. Therefore, the consensus is to be taken and defined together with our internal actions on a sustainable European future and our internal policies implementation, aimed at reaching sustainable development goals at home. This includes taxation policy where our actions against tax evasion, tax base erosion and illicit financial flows in the EU should guide and inspire our external actions on the collect-more-spend-better initiative within our partner countries.

The Commission proposal provides the basis for the discussions ahead. At the same time, this resolution sends an important political message – that the European Parliament is actively engaged in shaping the future of the European Union's development policy and is committed to eradicating poverty and achieving sustainable development by 2030 worldwide, ensuring that no one is left behind.

The Commission is committed to working closely together with Parliament and with the Member States to ensure that the final consensus is exactly that – a true consensus owned by all EU institutions and all our Member States, able to spur action that can change lives across the world for the better.

Bogdan Brunon Wenta, *sprawozdawca*. – Panie Przewodniczący! Dziękuję wszystkim koleżankom i kolegom za komentarze i uwagi podczas tej debaty. Chciałbym dodać, że od czasu przyjęcia poprzedniego konsensusu sytuacja międzynarodowa znacznie się zmieniła. Mamy oczywiście nowe wyzwania, ale także nowe możliwości i instrumenty. Zmienione ramy współpracy zewnętrznej Unii w postaci strategii globalnej Agenda 2030 oraz innych porozumień, takich jak porozumienie paryskie w sprawie klimatu, plan z Addis Abeby w sprawie finansowania rozwoju, czy porozumienie z Busanu w sprawie skuteczności pomocy rozwojowej, są ważnym impulsem do tej zmiany.

Jestem przekonany, że przyjęcie rezolucji będzie jasną pozycją Parlamentu w kwestii nowego konsensusu na rzecz rozwoju, który ma wyznaczyć cele i kierunki polityki Unii Europejskiej i państw członkowskich do 2030 roku.

Rezolucja Parlamentu na temat konsensusu posłuży nam jako mandat podczas negocjacji i dialogu z prezydencją maltańską reprezentującą Radę, Komisję Europejską i Służbą Działañ Zewnętrznych, którego efektem ma być finalny tekst. Ponieważ priorytetowym celem prezydencji maltańskiej jest zakończenie negocjacji przed Europejskimi Dniami Rozwoju, mam nadzieję, że uda się wypracować porozumienie, które obejmie wszystkie kluczowe elementy polityki rozwojowej i także wskazana zostanie konkretna strategia jej wdrażania przez Unię Europejską i państwa członkowskie. Jak kolega Norbert zaznaczył, czasu pozostało niewiele do Europejskich Dni Rozwoju w czerwcu, ale sądzę, że to nie czas będzie ważnym elementem podczas tych negocjacji, ale muszą być one skuteczne, ponieważ to ma być najważniejszym elementem, ponieważ przygotowany tekst ma być właśnie strategią na długie następne lata w działaniach polityki rozwojowej.

Norbert Neuser, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Ich denke, die Debatte hat ergeben, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Der Konsens aus dem Jahr 2005 musste überarbeitet werden, weil viele Probleme in der Zwischenzeit aufgelaufen sind: Flüchtlinge und Klimawandel. Ich will nochmal deutlich machen, dass die Frage der Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit ganz wichtig ist. Das wurde in der Debatte auch nochmal klargestellt. Wir wollen hier auch die Evaluierung haben und eine Implementierung durch die Kommission und durch die Mitgliedstaaten, um zu wissen, zu welchem Zeitpunkt wieviel Geld für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben wird.

Wir haben den großen Vorteil, dass die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer voll hinter einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit stehen. Eurostat sagt ganz deutlich, dass die Menschen in Europa wollen, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen, um das Elend und die Probleme in den Ländern Afrikas – vor allen Dingen in der Subsahara – auch dort zu lösen. Ein weiterer Aspekt war noch gewesen, inwieweit wir Gelder aus dem Entwicklungsbereich vielleicht in andere Bereiche geben würden. Wir bleiben dabei: Priorität muss die Armutsbekämpfung haben. Wenn es zum Beispiel um die Grenzsicherung geht in Ländern wie Tschad, Mali, Kamerun, Niger, Nigeria gegenüber extremistischen Gruppen, gegenüber Boko Haram, glaube ich, hat keiner im Parlament etwas dagegen. Aber wir haben etwas dagegen, wenn Geld aus unserem Topf genommen wird. Da muss die Kommission weitere Gelder in die Hand nehmen.

Und ein Letztes noch zu dem, was der Vertreter der ENF gesagt hat. Ich denke, es ist unverschämt, auf dem Rücken von denjenigen, die unter Hunger, Krankheit und Elend leiden, hier Wahlkampf in den Niederlanden zu betreiben. Das ist eine Sache, die gehört sich nicht im Parlament, und das müssen wir ganz entschieden zurückweisen.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 14. Februar 2017, statt.

13. Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Investitionen in CO₂-effiziente Technologien (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Ian Duncan im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über die Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Investitionen in CO₂-effiziente Technologien (A8-0003/2017).

Ian Duncan, rapporteur. – Mr President, let me begin by thanking each of my shadows who have brought us to this particular point, to Mr Belet, to Ms Guteland, Mr Gerbrandy, Mr Eickhout, Ms Konečná and Ms Evi. I did not believe we would get here if I am being very frank. Just before Christmas, when we were contemplating this being a committee vote, I really did not think we had the vote at all. And yet, lo and behold, here we are. And coincidentally, it is my birthday. It is not for me to suggest that passing this would be a perfect birthday present. But I might just hint that that would be a useful thing for us to be doing tonight.

It is important to stress again that is 197 days since I was given this particular dossier to move forward. Many of you here will remember I resigned as well during that process but you did not accept my resignation. So here I stand and again I am very appreciative of all who helped that be achieved. I should also again give thanks to the former chair of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, Mr La Via, whose wise counsel at various points stopped me going slightly off the rails, which was very helpful. I should also of course, as I look toward the front of the room and I see in the form of Mr Cañete, a gentleman I once described as the Father Christmas of the College of Commissioners because again he brought back from Paris quite an extraordinary agreement. And let us keep to the fore of our minds during both this debate and the vote that follows that we have indeed got to stick with Paris. How do we ensure that we can stop the rise in the temperature of the globe? It is a simple as that. We often lose sight of it, and I have more than once lost sight of it, in various amendments, in various elements of this particular package. But what we are really focused upon, and I believe we must be focused upon, is making Paris a reality.

I know that the Council conclusions are not there yet. I know the Council is not yet ready to embrace this; but they will because they have to. And I hope that the agreement that we secure by passing this report will help move it in that direction, will help remind those Member States they have a commitment which they have signed up to, that we must deliver against the Paris ambitions.

It is also important for me to stress each of the elements of the package. I have been describing it to others a bit like a Jenga tower. I am not sure if Jenga exists in all the Member States of the EU but broadly, it is a tower of various blocks, and again the game is for you to pull out different blocks, hoping that the whole thing does not topple over. Well here we are folks. The question is which blocks are you going to try and pull out of the agreement right now and will the tower remain standing? I do not know the answer to that. That rests, I suspect, more in your hands than it does in mine. But what I do stress is as you pull out each block, just remember: if that tower topples, we have to rebuild it and we will rebuild it in a much less favourable climate, literally, and will also rebuild it in a much more challenging way. So please be under no illusion, when you are considering which amendments you wish to pull out or push in, that we need to deliver a package that works for everyone together. It is important, I suspect, for all of us here; each of us has particular constituencies and constituency issues, but nonetheless we must come together to deliver what is required for the climate and indeed for the European Union.

Let me also stress that we must make sure that the agreement is Brexit proof. But I will say no more about that but leave that for the negotiations themselves. This is bigger than Brexit, it is bigger than the EU. Let us get it right.

Final point again. I have been very blessed by an assistant system called Ross McKenzie, who helped me deliver this particular package. He is soon to be leaving my team, which I think is a bit of a shame. But nonetheless I am hoping through trilogue that we will continue to make progress.

So let me conclude by saying: this is the time to get it right. We have got to pass this and I hope with all your support we can do that very thing.

Der Präsident. – Vielen Dank, Kollege Duncan. Ich spreche für das ganze Haus, wenn ich Ihnen hier herzlich zum Geburtstag gratuliere. Versprechungen über Geschenke in Form von Entschließungsanträgen kann der Vorsitz aber nicht machen.

Fredrick Federley, *rapporteur for the opinion of the Committee on Industry, Research and Energy.* – Mr President, I can reassure the House that the rapporteur for the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, Mr Duncan, has been so focused on this report that when I texted him at about seven o'clock this morning and said 'Congratulations', he replied 'The report is not through the house yet.' Then I said 'Isn't it your birthday?' He had forgotten about that and was all focused on the Emissions Trading System (ETS).

As rapporteur for the Committee on Industry, Research and Energy in respect of its opinion and shared competences on a few of the sections relating to the EU ETS, I must say that I am pleased by the team's devotion to delivering a broad majority in committee, where the report was supported by more than 80% percent of the members, as one of the main tasks for us was to make sure we did not trigger the cross-sectoral correction factor and that we did deliver a strong voice for the forthcoming negotiations in the Environment Committee. We can see that we have done that. The vast majority of the proposals we had in the Industry Committee's opinion were actually accepted and on board in the Environment Committee proposal, and we are grateful for that and also for the cooperation we had with the Environment Committee team.

It is good that we made sure to keep the carrot in front of the industry. They were pushing for more innovation but, at the same time, it is a fragile proposal, as Ian Duncan was saying. If we start taking bits and pieces out of this, it will not add up in the end. We will not create stable conditions for industry, and we will not meet the climate targets.

In my last few seconds I would like to call upon my colleagues to make sure that we deliver a broad majority for a strong proposal and do not take it apart during the vote on Wednesday.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission.* – Mr President, when Father Christmas scrutinises the behaviour of the children, you can be sure that Mr Duncan's conduct this year will be taken very seriously because, Mr Duncan, you have done excellent work, unbelievable work, and I congratulate you and all the co-rapporteurs who have worked on this exercise because you have delivered a very ambitious report.

Also, as you said, we live in crucial times for climate policies, and following the historic achievement of the Paris Agreement, the European Union now needs to lead from the front. We need to deliver and put our commitments into a clear and binding framework.

The Commission has put several legal proposals on the table of the co-legislator, but the revision of the emissions trading system (ETS) was the first and has been debated the longest. The heads of state and government agreed in 2014 that the ETS is the European Union's flagship climate policy and it is now time to show our citizens, our businesses, our society and the world that we are serious about making the ETS fit to meet our Paris commitments and our 2030 climate and energy targets.

We need to learn from experience and agree on a workable system that will do three things simultaneously: deliver the required emission reductions in a cost-efficient manner; protect vulnerable sectors in European Union industry; and support the clean energy transition where most needed.

This is the only way for the European Union to be credible when we are discussing with China, South Korea, Mexico and other G20 countries about carbon pricing and carbon markets. This is the only way to lead by example, showing how to drive emission reductions at the least cost to the economy, creating new opportunities for jobs and growth through innovation, and maintaining a competitive edge in Europe. Parliament has been working on this important file for more than a year and I am pleased to see the report is scheduled for a vote on Wednesday.

Forging agreement on the different aspects of the European Union ETS revision has been a very challenging task. I therefore again express my gratitude for the fine work undertaken by many of you present here this evening in Parliament. Multiple committees have been actively involved in the process. All views and angles have been discussed and weighed. The same topics are being discussed with Member States in Council. On some issues we can see signs of convergence between the co-legislators, which will be helpful in defining the final deal later on.

The Council is also busy working towards establishing its position, enabling it to enter into interinstitutional negotiations. I am convinced that the political momentum is there to take decisions that will enable both co-legislators to start discussions. We need to bear in mind three key aspects which the revised ETS Directive must deliver and I welcome the fact that Parliament intends to send strong signals on all of these.

Firstly, we need to ensure that the ETS is fit to deliver the emission reductions to honour our Paris commitments, and Parliament is sending a clear message on the need to strengthen the European Union ETS via the doubling of the feeding rate of the market stability reserve. I see the importance of considering measures to strengthen the EU ETS which can ensure the carbon market functions and delivers the necessary emission reduction and innovation incentives. This is to restore the role we all want the ETS to play.

Secondly, we want to continue to build on our success in preserving the competitiveness of our industry and avoid the carbon-leakage risk and Parliament is enhancing in many ways the aspects of the Commission proposal catering for our businesses. We see the merit of the overarching objective of these amendments.

A notable aspect of this is the update of the benchmarks for free allocation. The report by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety keeps the architecture of the Commission proposal with the flat rates and further enhances the role of verified data. It therefore rewards faster moving sectors by setting a maximum contribution and it ensures that the slower moving sectors also play their part by requiring a minimum contribution of 0.25%.

Last but definitely not least, we want to increase the innovative power of the European Union ETS as a driver for investment in low-carbon technologies, and Parliament is discussing to send a clear signal on the need to boost the Innovation Fund for the benefit of European companies and to ensure that the Modernisation Fund spurs decarbonisation in lower-income Member States. When looking at these funds we need to be mindful of their effects on Member States auction revenues and favour elements that would bring the Council and Parliament together.

Thus Parliament is on track to set a constructive agenda for the interinstitutional negotiations. I encourage Members of the European Parliament to be constructive and to take the final step on Wednesday. This will give Parliament a united and a strong voice in the negotiations with the Council.

Florent Marcellesi, *ponente de opinión de la Comisión de Desarrollo*. – Señor presidente, la reforma del sistema de mercado del carbono nos deja una sensación agri dulce. Agria, por un lado, porque desde un punto de vista de la Comisión de Desarrollo no ha incluido puntos muy importantes para nosotras y nosotros, como pueden ser, por ejemplo, la revisión completa del sistema en 2018 y, sobre todo, una asignación económica específica para el Fondo Climático Internacional, porque sabemos perfectamente que los países del sur son los que menos han contribuido al cambio climático y los que más lo están sufriendo.

Por otro lado, también algo más dulce –digo solamente «algo» más dulce– porque la reforma que se propone, por lo menos propone suprimir las asignaciones gratuitas de derechos de emisiones para el cemento, y limpia la llamada lista «de fuga de carbono» por la que las empresas pueden ir fuera de Europa para seguir contaminando.

Desde luego, no es el acuerdo soñado, pero, siempre y cuando no aceptemos las pretensiones del *lobby* cementero, es un primer paso en la dirección correcta para cumplir con el Acuerdo de París.

Ivo Belet, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to wish the rapporteur, Ian Duncan, a happy birthday and to congratulate him on accomplishing an extremely complicated effort with a combination of intelligence, flair and contagious Scottish humour. Thank you very much for that, Mr Duncan.

This reform is key in terms of our commitment to the implementation of the Paris Agreement. It gives incentives to stakeholders from industry and the power sector, and it supports the best performers – those performers that strive for innovative and sustainable production techniques. But, at the same time, the new Emissions Trading System (ETS) and, in particular, the additions made during the vote by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, give guarantees to those sectors that are confronted with fierce international competition.

Currently, a lot of attention is focused on the so-called carbon adjustment mechanism and, in particular, the fact that it will be targeted on particular sectors such as lime and cement. You will not be astonished if we say that we are not in favour of this particular proposal for several reasons. One reason is that it would be damaging for those cement and lime producers which export to countries outside the European Union. What is worse is that it would be implemented by means of a delegated act. For every true Member of this Parliament, I think that should be a no-go. Therefore we propose to support the proposal adopted by the Committee on Industry, Research and Energy, which is moderate and could be acceptable to all. Let us not forget that the cement sector continues to fall under the general system, meaning that the allowances will be attributed only to the 10% of best performers.

So, as the Commissioner has said, the momentum is there to find a broad majority for a robust and balanced ETS. Let us choose the moderate option. Let us not jeopardise this proposal by focusing on one particular sector.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – You have mentioned some issues on which you disagree, and I have said that I agree with what you had expressed previously. However, do you not think that the Commission ought to be more ambitious and more in line with the goal of 1.5 degrees, set in Paris? This would be good for all of humanity, for all of mankind. As we speak now, there are islands that are disappearing – sinking. The water is going to cover them largely because of inaction.

Ivo Belet (PPE), *blue-card answer*. – As I made clear at the beginning of my speech, this is about implementing the Paris Agreement – and not just the building sector, the transportation sector and the agricultural sector but also, of course, industry and the power sector have to implement what we agreed in Paris. Therefore, I must mention again that there is a lot of ambition in this proposal: what the Commission has proposed, the linear reduction factor of 2.2%, is much more ambitious than what we have now.

And do not forget the Market Stability Reserve (MSR). I was a rapporteur on the MSR a few months ago, and the level of ambition now contained in this proposal is much higher than what we proposed a few months or a year ago, even if the MSR is not yet operational. Supporting that ambition is a very important aspect of this.

Jytte Guteland, *för S&D-gruppen*. – Herr talman! Tack till föredraganden Duncan för både ditt vänliga sätt att leda arbetet och för all den humor du har visat och ett stort grattis på födelsedagen. Jag hoppas att övriga grupper också lyssnar till dina viktiga uppmaningar inför omröstningen om att hålla samman denna kompromiss.

På onsdag kommer Europa att bekänna färg. Vi har en historisk möjlighet att visa att vi menar allvar med vårt arbete mot klimatförändringarna och den globala uppvärmningen. Vi har chansen att visa nu att Europa menar allvar, att vi vill ta ledarskapet för ett hållbart klimatsmart samhälle, byggt med nya fossilfria och smarta tekniker i världsklass, att vi förstår att ett bra klimatarbete och ekonomisk tillväxt inte är motsatser, utan tvärtom hör samman och är beroende av varandra.

Utsläppshandeln ETS är EU:s enskilt viktigaste klimatpolitiska verktyg för att minska utsläppen av koldioxid. ETS är helt centralt för att vi ska lyckas. Det innebär att ETS nu spelar en nyckelroll, inte bara för Europa utan också för världen och för hur vi ska leva upp till Parisavtalets ambitioner att begränsa temperaturökningen till väl under två grader.

ETS är inget perfekt system. Det är ingen av oss som säger det. Vi har under årens lopp sett en rad fel och brister i det här systemet som måste åtgärdas, men det är det vi ger oss på nu, för ett starkt system som levererar.

För oss socialdemokrater har det varit tre principer som har varit vägledande: 1) att se till att ETS verkligen läggs i linje med Parisavtalet och levererar för klimatet, 2) att det är mer rättvist och precist för industrin, så vi får bort de obalanser vi har sett i det historiska ETS och 3) att vi också ser till att arbetare får chansen att vara med i omställningen till ett klimatsmartare samhälle, så att det blir rättvist.

För oss socialdemokrater är ETS den enskilt viktigaste delen för att leverera efter Paris. För att göra det måste vi spräcka utsläppsbubblan och då måste utsläppsriktningarna minska med minst 2,4 procent varje år.

2) samtidigt är det viktigt för oss att industrin ges rätt verktyg för att ställa om till en klimatsmart produktion utan att tappa konkurrenskraft, utan tvärtom stärkas. Därför ger vi mer pengar till innovation så att företag kan investera i grönare lösningar.

3) Det är också viktigt att klimatomställningen är solidarisk och inte ökar klassklyftorna. Det får inte bli så att de som redan har minst är de som hamnar på efterkälken när samhället moderniseras och blir klimatsmartare. Därför kräver vi socialdemokrater en särskild social omställningsfond som ger ett stöd för att arbetare i alla sektorer och regioner som omfattas ska kunna följa med i den här viktiga omställningen i samhället.

Omröstningen på onsdag är ett elddop för EU:s klimatarbete. Det är nu EU måste visa att man är villig att agera inte bara med vackra ord, utan också med konkreta åtgärder så att Parismålen hålls.

För oss socialdemokrater är det här en självklarhet och inför omröstningen på onsdag finns det en överenskommelse som alla politiska grupper skrivit under. Det är en kompromiss där alla får ge och ta, men som förhandlare för den socialdemokratiska gruppen så vet jag hur känslig en sån här kompromiss är.

Vi tar ansvar nu och står upp för kompromissen och tycker det är viktigt på onsdag. Vi står upp för klimatet och ser till att ETS blir den klimatlagstiftning den ska vara och det här är så viktigt så nu fick jag mitt sista ord ... (*talmannen avbröt talaren*)

Julie Girling, on behalf of the ECR Group. – Mr President, in the ECR we are firm proponents of market-based mechanisms and there are many positive elements in the agreement reached by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety. I do not accept the analysis that you have to agree with them all at this stage in plenary, because there are a few things that are not so good. One in particular for us is the issue of Member States having final say over the use of their receipts from this scheme. In order to ensure their continued commitment, we would be rejecting the issues of fiscal sovereignty.

I firmly believe that any legislation should be based on robust evidence. Parliament should not simply add new components that have not been impact-assessed. If we are serious about reducing greenhouse gases, then the policy framework must be evidence-based and encourage industry to invest in low-carbon technology. Moving the goalposts or, at worst, scoring an own goal, will not do any good in lowering emissions in the long run.

We are particularly concerned about the late inclusion of a border-adjustment mechanism, added days before the vote in the Environment Committee, with no study on its impacts or costs. For the ECR, this is not the way to protect against carbon leakage. Indeed, the provision of free allocations for those sectors most at risk is the best way forward.

Gerben-Jan Gerbrandy, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, 'it is not always enough that we do our best; sometimes we have to do what is required'. With these words attributed to Winston Churchill, Secretary of State John Kerry made a very impressive speech in Marrakesh during the COP 22 last year. He made absolutely clear that we have to do what is required instead of just doing our best.

Those words went through my head many times during our negotiations. Are we doing our best or are we doing what is required? I am afraid we have not done that. Yes, we did improve the original Commission proposal here and there. We increased the ambition with a higher linear reduction factor. We do intend to cancel 800 million allowances and we found a way to limit the amount of free allowances given to industrial sectors with low trade intensity without endangering their competitiveness internationally.

But we have to be honest; we also watered-down parts of the original proposal. We lowered the annual benchmark, we lowered the threshold for qualitative assessment and we opened a door to lower the auction share.

The package that came out of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, for me, is far from ideal, but it is the best that we could get out of it. Does it pass the Churchill test? Is it doing what is required? I doubt it.

Let us make clear what is in the Paris Agreement: two degrees and even if possible stay close to the one point five degrees. Two degrees means that we have only 20 years left of current global emissions. One point five degrees, we have less than five years left. That is close to nothing. To those who simply and only want to do their best, please vote Wednesday in favour of the total Environment Committee package without any amendments. Stick to it and you are not doing what is required; you are only doing your best.

Kateřina Konečná, *za skupinu GUE/NGL*. – Pane předsedající, předně mi dovolu poděkovat nejenom zpravodaji, panu Duncanovi, ale především všem kolegům, protože byť ta jednání byla velmi dlouhá, někdy docela tichá, tak si myslím, že byla nakonec velmi konkrétní a věcná, a ukázali jsme, že umíme spolupracovat, když jde o dobrou věc.

Nicméně nyní se nacházíme v kritickém okamžiku. Nebudu tady sáhodlouze rozebírat veškerá pozitiva či negativa, která předložený dokument má. Všichni jsme po hlasování ve výboru ENVI věděli, že přijatý text asi plně neuspokojí žádný tábor. Na jedné straně tady máme řadu skvělých opatření, které povedou ke zvýšení ceny povolenky a k omezení emisí CO₂, jako nové LRF, vyšší odtok do MSR, škrtnutí 800 milionů povolenek apod. Na stranu druhou opatření chránící případný nárůst průmyslové výroby v EU či výjimky z aplikace korekčního faktoru pro sektory nejvíce ohrožené únikem uhlíku. Při pohledu na předložené pozměňující návrhy mě napadá, že se lze bavit o drobnostech, nicméně ve zbytku bych volala po umírněnosti. Každá strana musela někam couvnout. Ale obávám se, že nejsme schopni teď a tady tuto vybalancovanou dohodu z výboru ENVI na plénu jakýmkoli způsobem přepracovat. Politika je prostě umění možného. A silný mandát na Radě nám dá jen silný mandát z pléna. Jako dárek k narozeninám bych svému kolegovi přála, aby dostal tu silnou a pevnou věž bez toho, aby z ní někdo vytáhl nějaké kostičky.

President. – We have noticed up here that you cannot see the time while you are speaking. The technical services are trying to change this. After two-and-a-half minutes, I will just hammer and you will hear that.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, first of all, I would like to refer back to December 2015 when everyone in this room was applauding the Paris Agreement. As a Green, I was happy to see how from the left to the right of Parliament they were embracing Paris. Well, we are now discussing the only climate tool we have for European industry. That is what we are discussing here, so this is now the moment when all those nice words on Paris should be translated into action.

Let us see what those words were worth, because we know that the current system is not functioning well enough and that is why, for example, one of the crucial elements is raising the linear reduction factor, which brings us a bit closer to Paris, just a bit. We are now at the low end of the two degree scenario. So that is what we are doing.

Anyhow, in the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety they managed to strike a deal spanning the political groups, from GUE to ECR – a broad agreement in the Environment Committee – and they all said yes to this package, and yes, it has higher ambition, which makes it good for us, but it also has a lot of additional protection for industry. It protects, in addition, the fertiliser and the steel sector. It has a higher innovation fund. It gives new benchmarks. It provides a compensation fund for indirect costs; all kinds of things added. This has all been put together now, and yet this package is being attacked again. Why? Because of one sector which is complaining.

Maybe, first, everyone should realise that the rule is auctioning. When we single out sectors we do that by making them free allowances. That is singling out. We want to do that for those sectors which have international competition. Looking at the cement sector, they have increased their exports because of the free allowances. They halted their innovation because they are dependent on those free allowances and therefore keep to high carbon cement, and they earned windfall profits of EUR five billion in the last phase.

That is what cement did with innovation, and that is what we are now going to address. We will put them back where they belong, outside free allocation. But we are giving them an alternative and that is the border adjustment measure. We are giving an alternative. We do not leave them on their own. That is exactly what we are doing. It is a balanced package and this will help us not to trigger the cross-sectoral correction factor, because now the real sectors deserving free allowances will get them, and that is what we should do.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in questi mesi di lavoro sul file ETS abbiamo dedicato moltissimo tempo ad approfondire le problematiche a cui vanno incontro le industrie: i codici commerciali, le complesse operazioni di calcolo per l'assegnazione delle quote gratuite, i vari fondi di compensazione e di innovazione. Ma è stato scarsissimo il dibattito sulla reale efficacia dell'ETS nel ridurre le emissioni.

Nessuno ci ha spiegato, ad esempio, in che modo possiamo essere sicuri che applicando una diminuzione percentuale, il cosiddetto fattore di riduzione lineare, ovvero la riduzione graduale delle quote di emissione assegnate agli impianti, si ottenga una reale riduzione delle emissioni. Ripeto una reale riduzione e non virtuale. Infatti, dato che le emissioni reali sono note solo l'anno successivo a quando avvengono, l'unica certezza che si può avere è che gli impianti che emettono più di quanto gli è concesso dovranno semplicemente acquistare permessi di emissioni supplementari a quelli ricevuti precedentemente. Ecco a voi l'applicazione più assurda, folle e distorta del principio «chi inquina paga». Ma consoliamoci visto che almeno l'ETS produce dei soldi con la vendita delle quote. Ma chi spera che questi soldi vengano utilizzati per finanziare interventi di compensazione delle emissioni che sono già in atmosfera, si sbaglia, è solo un'illusione, non c'è nessun obbligo per gli Stati membri su questo.

Per non parlare della compravendita dei titoli sul mercato finanziario, che continuerà a rappresentare un mero profitto per gli speculatori. Ma c'è di più: abbiamo chiesto all'industria quale prezzo della CO₂ fosse conveniente, secondo loro, investire in miglioramenti strutturali per applicare le migliori tecnologie, considerando un prezzo della CO₂ soggetto a fluttuazioni. Tutti, nessuno escluso, hanno ammesso di non essere in grado di fare queste valutazioni e di non essere incentivati a fare investimenti importanti in mancanza di stabilità. Ma l'ETS non doveva incentivare l'innovazione a basso contenuto di carbonio? Insomma, il sistema non funziona. Dal nostro punto di vista dei target più ambiziosi e vincolanti su rinnovabili, efficienza e risparmi energetici potrebbero portare risultati molto più concreti e immediati.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, nous rejetons la réforme relative aux quotas d'émission de gaz à effet de serre, aussi bien pour des raisons juridiques que sur son principe.

Nous n'acceptons pas le renforcement des prérogatives de la Commission ni l'inclusion des secteurs maritimes et aériens internationaux au mépris des compétences de l'Organisation maritime internationale et de l'Organisation de l'aviation civile internationale. Sur le principe, ces nouvelles contraintes liées aux émissions doperont la concurrence effrénée d'États à bas coût, souvent peu scrupuleux en matière environnementale.

En surcapacité de 350 millions de tonnes, l'acier chinois inonde déjà le marché de l'Union européenne, qui est importatrice nette depuis 2015. La France ayant déjà perdu 900 000 emplois industriels en quinze ans, nous ne souhaitons pas nous associer à cette réforme qui risque de sonner le glas de notre industrie, ainsi que des 437 hauts-fourneaux du secteur de l'acier européen.

Diane James (NI). – Mr President, I would like to wish Mr Duncan a happy birthday. Mr Duncan, I am sorry that I cannot offer you a birthday present in terms of supporting what you have done, but I am grateful for the effort you have put in.

Let us just remind ourselves about the European Union's Emissions Trading System and what it has brought about. Recognised as being one of the most flawed policy initiatives in history, since 2005 it has been a shameful litany of mismanagement, hidden subsidies, lobby power, environmental degradation, job losses, theft and fraud. One of my colleagues made a very important point: where is the risk analysis in all of this? Just think about the impact that this is going to have if it goes through – and I do not doubt it will. Creating an impetus for unemployment and exporting pollution are hardly two aspects that this organisation, the European Union, ought to be proud of. Neither is the inclusion in the system of, for instance, aviation and shipping – two pivotal elements in making food imports possible.

I am sorry, everyone: I will not be able to support this.

Esther de Lange (PPE). – Thank you very much, Mr President. Thank you, congratulations also to the rapporteur, Ian Duncan, who is not listening but who chose a very unfortunate example of the Jenga tower. Mr Duncan, as it happens to be, I am my family's...

(Interruption from the floor: 'Ian, Ian')

First of all, I congratulated you to your birthday, despite your very unfortunate example of the Jenga tower because, as it happens, I am my family's Jenga champion, so I am available for a match at any time. I am confident, however, that on this issue I will not need too much of my Jenga skills because I do think that, with Frederick Federley's opinion in the Committee on Industry, Research and Energy, we had a very good opinion which then served as a basis of the report by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety.

I have a whole list in front of me, of the elements of Frederick's opinion that were then carried over to the Environment Committee report. I will mention just one of them, which is the free allowances – the 5% additional free allowances that are really, and should be, a key point to the entire Parliament. Hopefully we get broad support for that tomorrow, knowing that it is not very popular in Council.

On the border adjustment mechanism, it was never a secret and therefore cannot have come as a surprise that the EPP Group would prefer the broader and the fairer wording of the Committee on Industry, Research and Energy.

You are looking at me very sternly Mr President but I had to start over again because the rapporteur was not paying attention.

Let me just still say two more things.

(Interjection from the President: 'No, no, the rapporteur not listening does not change the Rules of Procedure')

I was being nice to a colleague. Since we started working on this issue, the world has changed. We now have someone in America who could easily walk the road of climate scepticism. That means that we in Europe should choose leadership but that we also should not be naive. The others are playing hardball and therefore we should be prepared.

Edouard Martin (S&D). – Monsieur le Président, au cours de ce débat, le groupe socialiste a été le seul à défendre l'alliance de trois ambitions: climatique, industrielle et sociale.

Une ambition climatique, d'abord. Contrairement à ce que fanfaronne la Commission, le système d'échange de quotas d'émission (SEQE) n'a pas permis jusqu'ici de décarboner notre économie à moindre coût. Les variations d'émissions de gaz à effet de serre sont venues principalement de la crise économique et de choix nationaux de transition énergétique indépendants du SEQE.

Tout le monde s'accorde à dire, d'ailleurs, que le prix actuel de la tonne de CO₂ est très insuffisant pour encourager les investissements à faible intensité de carbone chez les industriels et les électriciens. Ce prix fortement déprimé répond aux gigantesques surplus de quotas dans le système – entre deux et trois milliards de tonnes. C'est pourquoi il est important, au nom de la cohérence avec les engagements que nous avons pris à Paris, de resserrer plus fortement le robinet en votant un facteur de réduction linéaire à 2,4 % et en supprimant un contingent de 800 millions de tonnes de quotas en surplus.

Une ambition industrielle, également. Je viens du monde ouvrier, je connais la qualité de nos industries et la compétence de nos travailleurs, mais il est faux de prétendre que c'est par la simple prolongation du statu quo, c'est-à-dire en distribuant largement des quotas gratuits, que l'on relancera les investissements. En effet, qu'ont fait les industriels des millions de quotas gratuits distribués souvent en excès? Bien souvent – trop souvent –, les produits de la vente de ces quotas reçus ont été directement dans la poche des actionnaires. Il faut donc mettre un terme à ces dérives. C'est tout l'objet des changements proposés, comme la distribution de quotas sur une base plus dynamique, la révision des critères de référence, un fonds d'investissement plus ambitieux ou encore, tout simplement, l'orientation obligatoire des surplus vers l'investissement.

Mais je pense qu'il est temps de passer à une méthode alternative de protection contre les flux de carbone. L'ajustement carbone aux frontières pour certains secteurs comme le ciment sera déterminant.

Notre ambition est aussi de soutenir la modernisation des producteurs d'électricité. Il est parfaitement légitime que l'Union européenne, dans une démarche de solidarité, finance un volet spécifique pour les pays économiquement moins avantagés, mais il est tout aussi légitime que ces sommes soient investies dans des projets énergétiques en accord avec notre feuille de route commune. Les nouveaux critères proposés permettront à tous les pays bénéficiaires de moderniser leur parc, même à la Pologne qui part effectivement de très loin pour sortir progressivement du charbon.

J'en finis, Madame la Présidente, en mentionnant aussi le fonds pour une transition juste en faveur des travailleurs.

PRÉSIDENCE: Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

La Présidente. – J'ai bien compris qu'il y avait un problème d'affichage des temps de parole. Je vais essayer de me caler sur ce qu'a fait mon collègue Lambsdorff, c'est-à-dire de vous signaler que vous êtes au bout de votre intervention.

Mark Demesmaeker (ECR). – Voorzitter, om de CO₂-uitstoot fors te verminderen, hebben we een emissiehandelssysteem nodig dat efficiënt, evenwichtig en innovatief is. Willen we het Akkoord van Parijs omzetten in de praktijk, dan moet de werking van de koolstofmarkt beter en efficiënter. Zo moeten we een robuustere prijs voor CO₂-klimaatvriendelijke investeringen stimuleren en hierbij moeten we een belangrijk evenwicht creëren. De hervorming moet het klimaat en banen beschermen en dat is essentieel. We mogen van winnaars geen verliezers maken. Wanneer bedrijven uit Europa wegtrekken naar derde landen waar de klimaatregels minder strikt zijn, verliezen we twee keer: de banen zijn weg en we doen niets voor het klimaat.

Ook de sterke focus op innovatie is cruciaal. Een koolstofarm Europa bereik je niet alleen door een werkbaar systeem van emissierechten, maar vergt ook innovatieve oplossingen. Onze beleidskeuzes moeten duurzaam, efficiënt en effectief zijn, zodat ze decennialang kunnen meegaan. Wij willen met Vlaanderen en met Europa vooraan in het peloton rijden zonder een lekke band te krijgen. Deze hervorming is een stap in de goede richting en krijgt mijn steun.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Αγαπητοί συνάδελφοι, επισημαίνω τρία κρίσιμα προβλήματα που προκαλούν οι προτάσεις εξαίρεσης από τη λίστα κινδύνου διαρροής άνθρακα και η καθιέρωση ενός μηχανισμού αντιστάθμισης αγωγών με αδιευκρίνιστες δυνατότητες πρακτικής εφαρμογής τους. Πρώτον, η εξαίρεση του κλάδου τσιμέντου από τη λίστα θα καταστήσει μη ανταγωνιστικές τις εξαγωγές πολλών κρατών μελών απέναντι σε χώρες εκτός συστήματος. Ειδικότερα, η ελληνική τσιμεντοβιομηχανία, με 13.000 εργαζόμενους και ένταση εμπορίου 45%, δηλ. υπερπολλαπλάσια του ορίου του 10%, θα οδηγηθεί σε μαρασμό και εξαφάνιση. Δεύτερον, η επιλεξιμότητα χρηματοδότησης νέων έργων από το νεοσύστατο Ταμείο Εκσυγχρονισμού επιβάλλεται να βασίζεται στο 2015 ή το πολύ στο 2014 ώστε να αντανakλά την τρέχουσα οικονομική πραγματικότητα στα κράτη μέλη. Τρίτον και όσον αφορά την ένταξη της ναυτιλίας στο σύστημα εμπορίας δικαιωμάτων εκπομπής, οποιαδήποτε ρύθμιση σε περιφερειακό επίπεδο ενδέχεται να έχει δυσμενείς επιπτώσεις στον κλάδο σε ευρωπαϊκό επίπεδο. Στόχος μας θα πρέπει να είναι η έγκαιρη θεσμοθέτηση ανάλογου συστήματος σε επίπεδο Διεθνούς Ναυτιλιακού Οργανισμού. Για τα παραπάνω έχουμε καταθέσει τροπολογίες και θα παρακαλούσα για την ιδιαίτερη προσοχή των συναδέλφων και την υπερψήφιση τους.

Barbara Kappel (ENF). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Der vorliegende Bericht sieht vor, dass die energieintensiven Branchen der Stein- und keramischen Industrie von der *Carbon-leakage*-Liste gestrichen und dafür *Border-adjustment*-Maßnahmen eingeführt werden sollen. Hier sind Änderungen notwendig, und ich würde Ihnen gerne ein Beispiel nennen, warum diese Änderungen notwendig sind.

Der Erwerb von Emissionszertifikaten kostet allein die österreichische Zementindustrie 80 Mio. EUR im Jahr. Das ist eine Kostensteigerung von 20 % des Gesamtumsatzes der Branche, und das, obwohl die österreichische Zementindustrie laut World Business Council for Sustainable Development weltweit den niedrigsten CO₂-Ausstoß und den mit Abstand höchsten Nutzungsgrad alternativer Brennstoffe ausweist und führend ist bei innovativen Technologien zur Emissionsreduktion. Dass unausgereifte und ungetestete *Border-adjustment*-Maßnahmen ausreichend Schutz und Kompensation vor Importen aus Drittstaaten bieten, darf bezweifelt werden. Es ist auch fraglich, ob diese Maßnahme überhaupt WTO-kompatibel ist.

Und eines ist klar: Die Wettbewerbsfähigkeit von Zement-, Kalk-, Ziegel- und Glasprodukten gegenüber Bau- und Grundstoffen sinkt, und der Preis für die Produkte steigt. *Carbon leakage* ist also auch *investment leakage*. Und das kostet Arbeitsplätze und Wachstum und bedeutet eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn das ETS richtig funktioniert, dann ist es ein starkes Instrument, um Investitionen in klimafreundliche Technologien auszulösen.

Damit helfen wir Klima und Arbeitsplätzen. Deswegen müssen wir das ETS stärken, die Preise müssen anziehen. Aber wir müssen auch klarstellen, dass die besten 10 % der Unternehmen, die investiert haben, dann auch sicher sind und nicht durch das ETS belastet werden. Beides tut der Bericht im Prinzip. Aber wir haben eine große Ausnahme bei Zement und einigen anderen Produkten, und das macht uns doch Bauchschmerzen. Deswegen möchten wir an dieser Stelle dringend eine Änderung.

Die Mechanismen, die vorgeschlagen wurden und die von einigen Kollegen jetzt unterstützt werden, stehen auf tönernen Füßen. Ob wir sie durchsetzen können, wissen wir nicht. Gleichzeitig wissen wir auch nicht, ob wir mit einem so eng zugeschnittenen *Border Tax Adjustment* nur für Zement, auf der Basis eines delegierten Rechtsakts, nicht zu kurz springen. Wenn wir das machen, dann sollten wir uns das vielleicht für den Fall vorbehalten, dass andere Nationen, wie die Vereinigten Staaten, komplett aus dem Klimaschutz aussteigen. Aber so ist es jedenfalls unausgereift, und deswegen bitte ich die Kolleginnen und Kollegen dringend, den Änderungsantrag 144 zu unterstützen. Dieser hat im Industrieausschuss auch die Unterstützung von Sozialdemokraten und von Liberalen gefunden. Also scheint er doch ganz vernünftig zu sein. Wenn wir da morgen eine Zustimmung haben, dann wird es eine breite Mehrheit für den Bericht geben und dann können wir alle zufrieden sein.

Miriam Dalli (S&D). – L-ekonomija Ewropea s'issa wriet li kapaci tirreġistra tkabbir ekonomiku filwaqt illi tinvesti fit-teknoloġija u l-innovazzjoni biex tnaqqas t-tniġġis; u hafna mill-industriji Ewropej dan gharfuh, imma oħrajn għandhom bżonn l-inċentiv regolatorju biex jagħmlu dan il-pass b'mod effettiv.

L-ekonomija Ewropea trid tkun ibbażata fuq industrija mhaddma b'teknoloġija nadifa fejn min inigges jagħmel tajjeb għat-tniġġis li jikkawża. Fejn ikun hemm stabilità u prevedibilità għal setturi differenti għaliex huwa biss b'dan il-mod li jista' jkollna setturi industrijali li jibqgħu kompetittivi u johlqu aktar impjiegi.

Il-qbil li lhaqna, b'maġġoranza kbira fil-Kumitat tal-Ambjent, jirrifletti l-ftehim fuq soluzzjoni progressiva u bilancjata li tista' tibda tghin l-ambjent u l-industrija. Ftehim delikat fejn haġa wahda torbot mal-oħra u fejn ċaqliq fuq kompromess jew iehor se jkollu impatt dirett fuq il-pakkett finali. Irridu naċċertaw ruġna li nġinu lill-industriji li jeħteġu l-għajjuna imma ma nistgħux nibqgħu nippremjaw lil min qed jagħmel profitti kbar minn din is-sistema.

Irridu nassiguraw sistema li tghinna nindirizzaw il-klima. Għalhekk li ma nistgħux nappoġġaw tentattivi li qed isiru biex idgħajfu dak li qbilna dwaru diġà. Min sa f'it tax-xhur ilu insista fuq il-ħtieġa li nindirizzaw it-tibdil fil-klima u naċċertaw ruġna li l-ftehim ta' Pariġi jidhol fis-seħh, illum għandu l-oportunità li jimplimenta l-ghodda biex dan isir mingħajr ma jdghajf il-ftehim milhuq.

Il-ftehim milhuq huwa bilanċ li jhares l-ambjent, il-kompetittività, il-holqien ta' impjiegi u rwol ewlieni fit-tranzizzjoni lejn soċjetà "low-carbon" għal setturi importanti.

Appell tal-aħhar biex naċċertaw ruġna li nivvutaw favur pożizzjoni b'saħħitha u progressiva. Jekk ser indgħajfu idejn in-negozjaturi tal-Parlament minn issa se nispiċċaw b'sistema li tfalli u li ma tilhaqx l-għanijiet li twaqqfet għaliha.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Frau Präsidentin! Zunächst einmal möchte ich auch dem Berichterstatter Ian Duncan dafür danken, dass er sich so eingesetzt hat. *Happy birthday, Ian.*

Ich möchte aber auch dem ITRE-Berichterstatter, Herrn Federley, für seinen Einsatz danken. Dass nun die Industrie gezwungen werden soll, jährlich statt 2,2 % – wie von der Kommission vorgeschlagen – 2,4 % pauschal einzusparen, muss der Rat unbedingt verhindern. Wir haben es ja gerade wieder gehört, es sind immer wieder die gleichen Abgeordneten, die hier über die Deindustrialisierung klagen und dann mit Umweltauflagen die Industrie in andere Regionen vertreiben. Es sind immer die gleichen Abgeordneten, die hier über die Arbeitslosigkeit in Europa jammern und dann über zu hohe Energiekosten ihren Beitrag dazu leisten, dass die Arbeitsplätze verschwinden.

Aber nicht nur das, meine Damen und Herren. Es sind eben oft auch die gleichen Kollegen, die sich hier laut für einen geringeren CO₂-Ausstoß in der EU einsetzen und dann leise den weltweiten CO₂-Ausstoß erhöhen. Denn angesichts der Globalisierung der Wirtschaft auf der einen Seite können wir doch nicht die Globalität des Klimaproblems auf der anderen Seite ignorieren. Schon heute werden in Europa Zement, Aluminium, Keramik, Stahl und Chemieprodukte zu wesentlich umweltfreundlicheren Bedingungen hergestellt als überall woanders in der Welt. Wenn wir die Herstellung solcher Produkte durch ein kostenträchtiges Emissionshandelssystem ins Ausland treiben, dann schaden wir ja nicht nur der europäischen Industrie und nicht nur europäischen Arbeitsplätzen, sondern wir schaden auch dem weltweiten Klima.

Giovanni La Via (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il relatore e tutti gli *shadow rapporteur* per l'impegno che hanno profuso in questo dossier. Un dossier complesso, un dossier nel quale tutti hanno collaborato per dare una visione di lungo periodo, migliorare la qualità dell'ambiente e contribuire con uno sforzo complessivo alla riduzione delle emissioni di carbonio.

Nel complesso abbiamo raggiunto un buon compromesso. Forse c'è ancora qualcosa da correggere per far sì che qualche settore possa trovare ancora spazio in Europa di crescita ma, dall'altro lato, la linea è segnata e credo e voglio invitare tutti i gruppi politici a sostenere col voto finale, qualunque siano le piccole modifiche apportate, un grande pacchetto legislativo che ci porta sulla strada dell'accordo di Parigi per raggiungere degli obiettivi di lungo periodo, ambiziosi, che abbiamo difeso in Parlamento e che dovremo continuare a negoziare col Consiglio, indicando una strada di lungo periodo che è una strada importante, quella della progressiva decarbonizzazione della nostra economia e un ambiente migliore, nel quale vogliamo far vivere i nostri figli e i nostri discendenti.

Dan Nica (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, Directiva 2003/87/CE a instituit o schemă de comercializare a certificatelor de emisii de gaze cu efect de seră în Uniune pentru a promova reducerile emisiilor de dioxid de carbon într-un mod rentabil și eficient din punct de vedere economic.

În actuala revizuire trebuie să ținem cont și de consolidarea durabilă a industriei Uniunii în ceea ce privește riscul de relocare a emisiilor de dioxid de carbon, a investițiilor și a locurilor de muncă.

Subliniez deci că, obiectivul directivei este acela de a realiza un nivel de reducere a emisiilor, astfel încât să nu existe relocări ale emisiilor de dioxid de carbon și ale investițiilor și a locurilor de muncă. Aș adăuga aici, care să nu crească artificial prețul energiei pentru consumatorii europeni, fie ei cetățeni, fie industria producătoare. Securitatea aprovizionării cu energie, alături de combaterea schimbărilor climatice, este un prim obiectiv politic atât european, cât și al statelor membre.

Revizuirea ETS trebuie să asigure un echilibru între reducerea emisiilor, situația economică reală a statelor membre, nevoia de dezvoltare a industriei, inclusiv sectorul energetic și a specificităților din diferitele state membre.

Avem nevoie de un cadru de reglementare predictibil, eficient și stabil pentru stimularea investițiilor în tehnologiile cu emisii scăzute de carbon, fără a afecta competitivitatea sectoarelor ETS și atingerea obiectivelor stabilite la Paris pentru reducerea emisiilor de dioxid de carbon.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! EU ETS ma znaczenie dla przyszłości. Niestety kształtuje negatywny klimat inwestycyjny w Europie, ponieważ przedsiębiorcy nie wiedzą, jaka będzie cena uprawnień i w jaki sposób będą chronieni przed konkurencją państw trzecich. A ponadto w proponowanym kształcie EU ETS pogłębi ucieczkę emisji, a tym samym utratę miejsc pracy w Unii, a także pogorszy warunki bytowe ludzi żyjących w biedniejszych państwach.

Jednak są w tym sprawozdaniu również elementy pozytywne. Dziękuję za docenienie wagi ciepłownictwa sieciowego, o które zabiegałam.

Niestety zdecydowanie więcej jest w sprawozdaniu elementów, z którymi zgodzić się nie mogę. Przede wszystkim z restrykcyjnym podnoszeniem wskaźników redukcji emisji, sztucznym windowaniem ceny uprawnień, majstrowaniem przy rezerwie stabilności rynku i niezrozumiałym atakiem na sektor cementu, czy też z próbą ograniczania działania mechanizmów kompensacyjnych, które Rada przewidziała dla sektora energetycznego w biedniejszych państwach członkowskich.

Jerzy Buzek (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Przede wszystkim dziękuję bardzo sprawozdawcy i innym sprawozdawcom za ciężką pracę. To rzeczywiście bardzo ważne sprawozdanie. Zdecyduje nie tylko o spełnianiu naszych celów klimatycznych, ale także o tym, czy gospodarka europejska się obroni, zwłaszcza teraz, kiedy niektórzy najwięksi światowi emitenci chcą się wycofać ze zobowiązań paryskich.

Warto wrócić do rozwiązań, które zaproponowała Komisja Przemysłu. Muszę tu bardzo mocno podkreślić niektóre z tych rozwiązań, jak na przykład niezwiększanie liniowego współczynnika redukcji emisji, czy też konieczność bezpłatnych uprawnień dla producentów cementu. Bardzo ważne jest, abyśmy ten fundusz modernizacyjny, który jest ważny dla wielu państw, pozostawili w rękach państw beneficjentów z doradztwem Europejskiego Banku Inwestycyjnego. Powtarzam raz jeszcze, jeśli chcemy naprawdę wygrać walkę ze zmianami klimatu, na ochronę klimatu potrzebujemy gospodarczej siły Europy, a więc dbajmy o gospodarczą siłę Europy.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Det er kun under et halvt år siden, at vi her i Parlamentet ratificerede Paris-aftalen. Her tog vi imod Ban Ki-moon, og vi forpligtede EU på at reducere vores emissioner med mindst 40 % fra mod 2030. Og det er så nu, at vi skal levere på de forpligtelser, vi sagde ja til. Det kan vi kun gøre, hvis vi reformerer EU's kvotehandelssystem. Vores målsætning bør være den, at det skal koste at forurene, det er den eneste måde at sikre, at virksomhederne har incitament til også at lave grønne investeringer. Lige nu er priserne så lave, at kvotehandelssystemet nærmest overhovedet ikke har nogen effekt. Det er ærgerligt, det er skidt for klimaet. Men det er vi ved at lave om på nu, og med det forslag, der ligger her fra Parlamentet, tager vi et rigtigt stort skridt i den rigtige retning. Der er ikke noget i dette system, der er perfekt, der er meget, der kunne være bedre, men ved at reformere kvotehandelssystemet går vi i den retning til fordel for klimaet. Vi reducerer antallet af kvoter med 2,4 %, og vi sikrer, at CO₂-tilladelserne i 2021 rent faktisk kommer til at være tilpasset det faktiske emissioner, der kommer til at være i 2021. Samlet set vil det betyde, at vi får reduceret emissionerne, og at vi også sikrer, at vores industri bliver mere grøn. Det er nødvendigt, hvis vi skal levere på vores forpligtelser i henhold til Parisaftalen, det er nødvendigt, hvis vi skal sikre vort klima i fremtiden.

Françoise Grossetête (PPE). – Madame la Présidente, l'accord de Paris sur le climat a eu le grand mérite d'ouvrir la voie à une prise de conscience internationale à l'égard du changement climatique, et j'espère que cela va durer.

Nous devons donc réduire notre empreinte carbone, sans quoi les conséquences pourraient être très graves. Ce marché des quotas d'émission joue à ce titre un rôle fondamental, puisqu'il va inciter les industries les plus polluantes à innover sans cesse et à réfléchir aux moyens d'avoir une croissance ancrée dans nos territoires et respectueuse de notre environnement.

L'industrie européenne est l'une des plus performantes au monde dans ce domaine et elle a déjà mis en œuvre des normes de plus en plus élevées. C'est pourquoi nous devons l'accompagner, parce qu'il ne faut pas la laisser s'étouffer face à la concurrence internationale et que des millions d'emplois en dépendent, et je ne peux pas consentir à laisser notre industrie en pâture.

Polluer plus ailleurs, ce n'est pas une option. C'est pourquoi nous devons conduire une vraie stratégie industrielle, tout en menant une diplomatie climatique active. En tout cas, moi, j'attends aussi que les États membres s'engagent dans cette voie ambitieuse.

Pilar Ayuso (PPE). – Señora presidenta, señor comisario, en 2003 aprobamos la Directiva de comercio de emisiones para que las reducciones de emisiones se pudieran hacer de una forma flexible, eficiente y sin exponer nuestra industria a la competencia desleal de terceros países.

Este tercer elemento es especialmente importante en la cuenca mediterránea, que está mucho más expuesta al tráfico marítimo y a la competencia de terceros países. Por poner ejemplos, podemos poner el cemento. Lo importante es no crear agravios comparativos entre sectores industriales por un fallo de diseño del sistema. Sé que la cuestión no es fácil, pero es necesario que existan las mismas condiciones, cargas y privilegios para sectores que tienen que competir en el mismo ámbito económico.

La cuestión de la sobreasignación queda resuelta en el informe mediante un mecanismo más dinámico de adaptación a los niveles de producción.

Creo que la colaboración de las comisiones ITRE y ENVI ha sido buena. Quiero felicitar al señor Duncan y, también, agradecer al señor Belet el gran esfuerzo que ha hecho dentro del Grupo PPE.

Herbert Reul (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Kolleginnen und Kollegen! Ehrgeizig zu sein, reicht alleine manchmal nicht, man muss auch vernünftige Lösungen finden. Und ich finde, das ist mit dem Projekt durchaus ganz gut gelungen. Es ist schon eine Riesenleistung, dass wir vom Parlament die Kraft aufbringen, fünf Prozent in der freien Zuteilung zu verändern. Das wird im Rat nicht einfach werden. Aber das ist eine Auseinandersetzung, die sich lohnt und die vernünftig getragen ist.

Weniger klug ist es, wenn man an einer Stelle ein neues Instrument einführt, das nicht geprüft ist und von dem man nicht weiß, ob es Wirkung hat, und damit einen Industriezweig trifft, der zumindest in Europa super Zahlen liefert. Es ist doch nicht klug, jemanden, der wirklich gute CO₂-Zahlen liefert, wie der Zementbereich, jetzt noch zu sanktionieren, zu bestrafen. Insofern wäre meine Bitte, dass man an der Stelle wirklich nochmal korrigiert. Peter Liese hat das eben präzise beschrieben: Wir müssen versuchen, dieses Instrument, dieses marktwirtschaftliche Instrument so auszustatten, dass es funktioniert und auch der Industrie hilfreich ist.

Bendt Bendtsen (PPE). – Hr. formand! (*lyd mangler*) ... en vigtig beslutning, som kommer til afstemning på onsdag, og det er vigtigt, at Europa bevarer sin konkurrencekraft. Vi står med en bunden opgave med at reducere CO₂-udledningen, og så må de bærende pragmatiske kræfter i Europa stå sammen med et klart signal om, at vi vil levere en mere bæredygtig industri og et bedre klima. Der bliver en reel pris på at forurene, og industrien får klare incitamenter til at forbedre og forny sig og får hjælp til det. Men ingen roser uden torne! At begynde at regulere shippingindustrien uden om IMO er direkte tåbeligt og skadeligt på lang sigt. Border adjustment mechanism, den er ikke forenelig med WTO, og det vil være meget skadeligt for cementindustrien – som også påpeget af andre kolleger – det håber vi, at ændringsforslaget kan rette op på.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāja kundze, kolēgi! Mums ir milzu izaicinājums Eiropā. No vienas puses, mums ir svarīgi, ka attīstās Eiropas ekonomika. Tajā pašā laikā mums ir nepieciešams samazināt CO₂ izmešus. Mēs labi zinām, ka ļoti bieži šie divi mērķi ir pretrunā viens otram, jo, protams, — jo lielāka mums ir ekonomiskā aktivitāte, jo kaut kur mēs kaut ko vairāk dedzinām, un tas nāk par ļaunu tieši klimatam ar CO₂ izmešiem.

Tas ir risinājums, kas ir izstrādāts emisijas tirdzniecības sistēmā. Mēs redzam, ka sistēma nav perfekta. Ja tā būtu perfekta, tad nebūtu atkal otrās reizes, kad mēs esam spiesti to mainīt. Un kas notiek, kad mēs mainām? Mēs zinām, ka ļoti daudz sanāk tādi politiski kompromisi, kuri varbūt ir, bet varbūt nav klimata interesēs un/vai ekonomikas interesēs.

Tātad, tas mērķis ir — ko mēs vēl varētu darīt, lai gan industrija attīstītos, gan klimatam nebūtu slikti.

Kolēgi, es saredzu tikai vienu ilgtermiņa risinājumu. Nākamreiz es aicinu Komisiju, ka tad, kad mēs atkal konstatēsim, ka ET sistēma nedara to, ko mēs gribētu, lai tā dara, nopietni izsvērt oglekļa nodokli kā iespējamu risinājumu. Vērsties prom nevis no procesa, bet uz gatavo produktu: caurspīdīgu, vienkārši pielietojamu sistēmu. Tas, kas ir vajadzīgs, ir mazāk politikas. Paldies!

Interventions à la demande

Ivica Tolić (PPE). – Gospodo predsjednice, svjesni smo i suglasni o potrebi zaštite zdravog okoliša i nužnosti borbe protiv klimatskih promjena, no moramo biti svjesni nužnosti i pronalaska održivog balansa između zaštite okoliša i zaštite radnih mjesta u industriji u Europskoj uniji. Već učinjena dislokacija industrije izazvala je štetu za industrijski potencijal i zatvaranje brojnih radnih mjesta u Europskoj uniji.

Neki amandmani u izvješću vrlo su štetni, posebno 12. i 84., za cementni sektor u Republici Hrvatskoj te bi prouzročili zatvaranje svih tvornica i gašenje 3000 radnih mjesta. I to u korist konkurentskih, trećih zemalja, na rubu Europske unije, koje jednako zagađuju europski zrak, a nemaju nikakvih ograničenja. Industrija cementa najviše je na udaru, ne samo u Hrvatskoj, nego i u drugim zemljama: Portugalu, Španjolskoj, Italiji, Grčkoj, Estoniji i Irskoj.

Osim cementne industrije, ugrožena će biti industrija čelika jer su mjerila i standardi koje postavljamo u ovom trenutku pred industriju, tehnički nedohvativi, te bi njihovu profitabilnost doveli u pitanje.

José Blanco López (S&D). – Señora presidenta, lo que hoy debatimos y esta semana votamos es la clave de bóveda del sistema de reducción de emisiones de gases de efecto invernadero, de emisiones contaminantes. El RCDE debe ser un instrumento ambicioso para cumplir los objetivos de lucha contra el cambio climático; debe servir de acicate a las industrias para desarrollar tecnologías punta en reducción de emisiones; debe servir para reforzar el liderazgo europeo en la lucha contra el calentamiento global.

Sí, todo ello es cierto. Pero nuestra obligación es promover normas que aseguren condiciones equilibradas para los sectores industriales afectados; nuestra obligación es promover la actividad económica, el empleo y la competitividad de nuestra industria, al tiempo que incentivamos su capacidad innovadora para reducir sus emisiones.

Por lo tanto, ambición y equilibrio. Y ese, desde luego, fue el propósito de alguna de las enmiendas que yo presenté en la Comisión ITRE. Si alguna de ellas recuperamos, recuperaremos también la ambición y el equilibrio.

Peter van Dalen (ECR). – Voorzitter, maar hoe moet het Europees emissiehandelssysteem er na 2020 uitzien? Wel, ik ben in ieder geval blij dat de Milieuc commissie de voorstellen van de Europese Commissie heeft aangescherpt. Want het huidige voorschot aan rechten doet denken aan de melkplassen en de boterbergen van weleer en dat was eigenlijk een teken van falend Europees beleid. Die kant moet het dus niet op.

Ook de scheepvaart kan niet langer buiten spel blijven. Ik verkies een mondiale regeling maar ik steun ook wel de stok achter de deur die nu is opgenomen in de tekst. De scheepvaartsector heeft tot 2021 de tijd om in het kader van de Internationale Maritieme Organisatie tot een wereldwijde afspraak te komen voor de reductie van CO₂, maar gaat dat niet lukken, dan gaat de Europese Unie dat oppakken.

De luchtvaart heeft in 2016 afspraken gemaakt over een wereldwijd emissiehandelssysteem dat in 2020 vrijwillig begint en in 2027 verplicht wordt. Ook hier moet Europa vooroplopen, rechten veilen en uitstoot verminderen.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, δυστυχώς, αντί να έχει πρωταρχικό στόχο την προστασία του περιβάλλοντος και την ενίσχυση της ποιότητας ζωής των ανθρώπων, το Σύστημα Εμπορίας Εκπομπών επιδιώκει, στην πραγματικότητα, την παροχή δωρεάν δικαιωμάτων στις μεγάλες βιομηχανίες, ως κίνητρο για να παραμείνουν στην Ένωση. Δεν θα στηρίξουμε λοιπόν την εμπορευματοποίηση των εκπομπών που, σε τελική ανάλυση, ευνοεί τις μεγάλες πολυεθνικές για να αυξάνουν τα κέρδη τους, παρόλο που αυτοί είναι και οι κύριοι υπαίτιοι των κλιματικών αλλαγών. Δεν θα στηρίξουμε ένα σύστημα που, όπως έχει αποδειχθεί, σε καμιά περίπτωση δεν συμβάλλει στη μείωση των εκπομπών. Ιδιαίτερα δε όταν σήμερα, εν μέσω οικονομικής κρίσης, θα έπρεπε να στηρίζονται οι μικρομεσαίες τοπικές βιομηχανίες, ιδιαίτερα στα κράτη της Νότιας Ευρώπης, που έχουν πληγεί περισσότερο από τα μνημόνια και τις πολιτικές λιτότητας. Για αυτό και καταθέσαμε συγκεκριμένη τροπολογία για προστασία της τσιμεντοβιομηχανίας που στον Νότο αποτελεί μια από τις κύριες εξαγωγικές βιομηχανίες, για να προστατεύσουμε χιλιάδες θέσεις εργασίας, προστατεύοντας ταυτόχρονα το περιβάλλον. Διότι, σε αντίθετη περίπτωση, δίνουμε πλεονέκτημα στις βιομηχανίες από τις τρίτες χώρες.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodo predsjednice, poštovane kolegice i kolege, prije četiri mjeseca smo u ovoj istoj dvorani usvojili Rezoluciju kojom smo potpisali, odnosno prihvatili, Pariški sporazum i omogućili da on stupi na snagu.

Što nam zapravo ovaj sustav trgovanja emisijama pruža? Ako imamo jedan robustan i stabilan sustav, zapravo smo osigurali način financiranja da osiguramo tu tranziciju s prljave energije na čistu energiju. Međutim, ja bih se osvrnuo sada na posljedice, odnosno na modernizacijski fond, koji treba omogućiti da se ta tranzicija i dogodi.

Tu bih skrenuo pažnju našem cijenjenom povjereniku Cañeteu na ono što se zapravo događa u Europskoj uniji. Dakle, svi moramo na jednaki način sudjelovati u smanjenju emisija CO₂, bez obzira u kojoj državi članici živimo. Međutim, ako idemo gledati nerazvijene države članice u istočnoj i jugoistočnoj Europi, kapitalne investicije u čistu tehnologiju i obnovljive izvore energije su puno veće nego u drugim državama članicama. Dakle, jedan neravnopravni odnos kada govorimo o investicijama u čistu energiju.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η πρόταση της Επιτροπής Περιβάλλοντος για μείωση των εκπομπών έως 40% μέχρι το 2030 για την Ευρωπαϊκή Ένωση περιλαμβάνει, μεταξύ άλλων, εξαίρεση του τσιμέντου από τον κατάλογο κινδύνου διαρροής άνθρακος, καθώς επίσης και την εγκατάσταση στο μέλλον ενός μηχανισμού αντισταθμίσεως για τους εισαγωγείς. Εάν γίνει δεκτή αυτή η πρόταση, θα υπάρξει μεγάλο πρόβλημα στον κλάδο παραγωγής και εμπορίας τσιμέντου, διότι, θεσπίζοντας αυστηρούς κανόνες μείωσης των εκπομπών στις ανεπτυγμένες χώρες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, δημιουργούμε τη διαρροή άνθρακος, δηλαδή τη μετακίνηση παραγωγής σε άλλες χώρες για τις οποίες δεν ισχύουν αυτοί οι αυστηροί περιορισμοί και οι οποίες γίνονται άρα περισσότερο ανταγωνιστικές. Κάτι τέτοιο θα έχει καταστροφικές συνέπειες για την τσιμεντοβιομηχανία της Ευρώπης και κυρίως για εκείνη της Ελλάδος, διότι θα τεθεί σε κίνδυνο η λειτουργία τεσσάρων ή και πέντε από τα έξι εργοστάσια παραγωγής τσιμέντου στη χώρα, κάτι το οποίο δεν πρέπει να συμβεί διότι θα χαθούν πολλές χιλιάδες θέσεις εργασίας. Καταψηφίζουμε συνεπώς αυτή την πρόταση, έστω και αν αυτό στεναχωρήσει τον αγαπητό εισηγητή που έχει σήμερα τα γενέθλιά του.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Zunächst auch ein Happy Birthday an Ian Duncan und ein Dankeschön an ihn und alle Kolleginnen und Kollegen, die so intensiv an dem Dossier gearbeitet haben.

Ich sage Ja zum Klimaschutz, ich sage aber auch Ja zum Erhalt unserer Arbeitsplätze in der Europäischen Union. Denn es nützt dem Klima gar nichts, wenn unsere Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden. Genau das aber würde drohen, wenn das Votum des Umweltausschusses zum sogenannten alternativen *border adjustment* im Plenum bestätigt werden wird. Diese *Border-adjustment*-Maßnahmen würden bestimmte Sektoren besonders hart treffen, unter anderem die Zementindustrie, die Ziegelindustrie und die Kalkindustrie. Diesen Werken droht die kostenfreie Zuteilung verlorenzugehen. Warum sollten wir gerade diese Industrien, diese Werke bestrafen und damit auch unsere Arbeitsplätze gefährden? Ich selbst habe ein Zementwerk oder mehrere Werke bei mir in der Wahlregion, wie viele andere Kollegen auch. Jedes Jahr besuche ich diese Werke und habe gesehen, was in Sachen Energieeffizienz, Prozessoptimierung und CO₂-Minderung dort investiert wurde. Also: Bitte, lassen Sie uns dafür Sorge tragen, dass diese Industrien nicht abwandern!

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση αποτελεί το πρώτο βήμα για την εκπλήρωση των στόχων που συμφωνήσαμε στην COP21 στο Παρίσι, για την αντιμετώπιση της κλιματικής αλλαγής. Θέλω όμως να αναφερθώ σε ένα σημαντικό θέμα, το έτος βάσης που έχει τεθεί από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή για την εισαγωγή στο Ταμείο Εκσυγχρονισμού. Η προϋπόθεση συμμετοχής μιας χώρας στο εν λόγω Ταμείο είναι να βρίσκεται το ΑΕΠ της κάτω από το 60% του ευρωπαϊκού μέσου όρου το 2013. Η Ελλάδα ήταν λίγο πάνω από το 60%, ενώ από το 2014 και μετά βρίσκεται κάτω από το όριο. Η επιλογή του 2013 ως έτος υπολογισμού για ένα Ταμείο που θα αρχίσει να λειτουργεί το 2021 δεν έχει καμία λογική και είναι βαθιά άδικη. Με την τροπολογία 149 που κατέθεσα, σε συνεργασία με Έλληνες συναδέλφους ευρωβουλευτές, ζητούμε να οριστούν το 2014 και το 2015 έτη βάσης. Ένα Ταμείο, το οποίο έχει στόχο την αλληλεγγύη, δεν μπορεί να αποκλείει χώρες που βρίσκονται σε τέτοια κρίση, όπως η Ελλάδα. Για τον λόγο αυτό σας ζητώ να μας στηρίξετε. Είναι, βασικά, ζήτημα αλληλεγγύης απέναντι στην Ελλάδα.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, having had the honour of representing Parliament both in Paris and Marrakech, I am totally committed to the targets set out in Paris. I think the message has to go out loud and clear, to every single Member State and country and every sector, that there is no escape.

However, there is a difference between that and people saying we should increase ambition in Europe, especially in view of what is happening across the pond. We cannot be naïve, and naivety is when we have carbon leakage leading to the loss of jobs in Europe and increased emissions worldwide. That makes no sense.

So for that reason I back my colleagues, particularly in the PPE Group and the Committee on Industry, Research and Energy, regarding cement. Having a different policy for one sector is not good policy making, so I hope we can adjust that.

Also I welcome the qualitative assessment being reduced to 1.2, and hopefully that can be done at Prodcom rather than NACE-4 level. We are not looking for a free pass for any sector, but every sector is entitled to sit the exam. I hope we get it right and that we then have a strong position for trilogues.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony, ebben a mai vitában számos képviselő aggodalmát fejezte ki bizonyos iparágak, különösen a cementipar kapcsán. Jómagam azon a véleményen vagyok, hogy bár igazak azok az érvek, amelyek itt kollégák által felsoroltattak, azonban azt is látni kell, hogy ez az iparág tulajdonképpen még azért borzasztó nagy csökkentési, szén-dioxid-csökkentési potenciállal rendelkezik. Ennek értelmében én igazából azokat a törekvéseket szeretném támogatni, és a jelentésnek ezeket a részeit tekintem nagy értéknek, amelyek elsősorban a technológiai fejlesztésre hívják fel a figyelmet. Meggyőződésem, hogy a versenyképességünk, az nem a technológiai bezárkózásban, a meglévő technológiák konzerválásában, hanem az újdonságokban vannak, így nem lesz kiszolgáltatva Európa sem a világ többi részének.

(Fin des interventions à la demande)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Madam President, I would first like to thank all the MEPs who spoke in this debate, raising issues that are important not only for European climate policy broadly but also for our citizens and businesses.

Forging agreements on the different aspects of the European Union's Emissions Trading System (ETS) ambition has been a very challenging task. I therefore reiterate my gratitude to Ian Duncan and Fredrick Federley, as well as to the Chairs of the Committee on Industry, Research and Energy and the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, Jerzy Buzek, and Adina-Ioana Vălean, for all the efforts they made to deliver this excellent and ambitious report.

But all the work done may become meaningless if, on Wednesday, Parliament is unable to give ample support to this report. We need a very strong position from Parliament in order to start inter-institutional negotiations with the Council. I am confident that, in view of all the challenges facing us in climate policy, there will be in this House the same degree of responsibility and spirit of compromise that we found in Paris in December 2015. That is what European citizens expect from all of us.

Ian Duncan, rapporteur. – Madam President, thank you very much to everyone who has taken part in the debate today. I can think of nowhere I would rather be for my birthday than right here, right now.

I know that I have not made everyone happy but I think I have shared a little bit of unhappiness across the whole spectrum, and that will be the challenge for all of us – recognising that we have to take a little bit of unhappiness.

Let me make a few points which are worth making. The Emissions Trading System (ETS) is not working well right now: that is the first point. The second point: Paris changes everything. The third point: we need to offer to our industry sensible protection but we must expect from them sensible efforts as well. It is also important that this is a stepping stone to a serious trilogy.

I was trying to think of a way of combining all of these points with regard to their urgency. I too was in Marrakech for the climate change talks. By the middle of the week I had clearly eaten something which I found a little bit unsettling. Halfway between the conference centre and my hotel I was faced with a serious choice: I could try and go backwards and hope that I made it in time or I could try to go forwards to get to my hotel and try to make sure that I got there without soiling myself. In fact, that is what we have before us right now. The real challenge is to get to our hotel and get to that lavatory because we have got to avoid making a mess. The real danger we have tonight is if we are not able to find that compromise, then we will make a mess. It is time now to move forward. There is a compromise on the table and we have got to get there.

Thank you for your contributions. Thank you for joining me for my birthday, and let us get the deal done.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mercredi 15 février 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Δευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Αναμφίβολα στηρίζουμε τις πολιτικές για την κλιματική αλλαγή που υιοθετήθηκαν με τη Συμφωνία των Παρισίων και θεωρούμε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση μπορεί να συμβάλει τα μέγιστα προς την κατεύθυνση αυτή. Ταυτόχρονα όμως, θεωρούμε ιδιαίτερα σημαντικό να υπάρξει μία ισορροπη προσέγγιση του ζητήματος, ούτως ώστε η προσπάθεια για περιορισμό των αερίων του θερμοκηπίου και των επιβαρύνσεων στο περιβάλλον να συνοδεύεται και με τη προστασία του δευτερογενούς τομέα παραγωγής, της βιομηχανίας και των μικρομεσαίων Επιχειρήσεων. Υπάρχει λοιπόν η αναγκαιότητα να προστατευθεί τόσο η ανταγωνιστικότητα και βιωσιμότητα των ευρωπαϊκών επιχειρήσεων όσο και οι πολύτιμες θέσεις εργασίας. Προς το σκοπό αυτό, στηρίξαμε τις τροποποιήσεις που ήταν προς την ορθή κατεύθυνση και διασφάλιζαν την ανταγωνιστικότητα των τσιμεντοβιομηχανιών των μεσογειακών χωρών.

Adam Gierke (S&D), na piśmie. – Zanim zaczniemy mówić o jakiejś reformie tego unijnego pseudo-rynkowego systemu ETS, powinniśmy przeprowadzić szczegółową analizę tego, co dał dotychczasowy system. Takiej analizy brak. Ten bardzo krytykowany system jest niesprawiedliwy w stosunku do krajów „gorzej postawionych ekonomicznie”. Nierówno bowiem obciąża obywateli państw członkowskich. Rodzą się następujące pytania: 1. Czemu system ETS nie jest wewnętrznie spójny? Dlaczego nie dotyczy efektywności energetycznej i udziału OZE? 2. Czemu system ten jest tak jednostronnie restrykcyjny i nie uwzględnia możliwości zarabiania dzięki wyłapywaniu i absorpcji CO₂? 3. Dlaczego nie uwzględnia strategii grzania i chłodzenia, jako najefektywniejszego sposobu ograniczania emisji CO₂? 4. Czy nie powinniśmy ustalić poziomów odniesienia emisji, tzw. benchmarków, na poziomie krajowym? Potrzebujemy dyskusji o charakterze fundamentalnym. Jest to problem dla przemysłu wielu krajów członkowskich, dla których obecne propozycje Komisji mogą stanowić hamletowski dylemat „być albo nie być”. Nie spieszmy się ze stosowaniem systemu, który dotychczas się nie sprawdził.

Maria Grapini (S&D), în scris. – Rentabilizarea reducerii emisiilor prin sporirea investițiilor este obiectivul modificării directivei. Este important să creăm un echilibru între țintele propuse pentru emisii și posibilitățile de investiții pentru a nu periclita locurile de muncă. Statele membre au pe agendă securitatea aprovizionării cu energie electrică. Împiedicarea statelor membre să-și susțină mixul de generare pe care îl preferă ar fi împotriva spiritului UE. Consider că este necesară simplificarea guvernantei Fondului de Modernizare care ar trebui să fie, în primul rând, controlat de statele membre beneficiare conform avizului ITRE. Scăderea accelerată a certificatelor poate afecta securitatea energetică în UE. Scopul modificării Directivei este de a reduce emisiile, nu de a stabili un preț mai ridicat al emisiilor. Să nu uităm de produsele altor continente, care sunt mult mai poluatoare decât Europa, și de faptul că putem dezindustrializa și mai mult Europa.

András Gyürk (PPE), írásban. – Az európai klímapolitika sikere mindannyiunk közös érdeke. Ahogyan a légszennyezés sem áll meg a határokon, úgy mi sem vagyunk képesek egyénileg megbirkózni ezzel a problémával, összefogásra és közös megoldásra van szükség. Ebben a küzdelemben azonban mindvégig óvatosnak kell lennünk, annak érdekében, hogy egy valóban sikeres átalakítást hajtsunk végre, az európai gazdaság védelme és az európai munkahelyek megtartása mellett. Ennek szellemében fogalmazódott meg a Modernizációs Alap koncepciója, melynek értelmében azok a tagállamok, amelyek a legtöbb pluszköltségnek lesznek kitéve az új szabályozás miatt, jogosultakká válnak a kvótaértékesítésekből befolyó összeg egy részére, melyet elavult eszközeik fejlesztésére és modernizációjára fordíthatnak.

Véleményem szerint az ENVI szakbizottságban megfogalmazott, a Modernizációs Alapra vonatkozó igazgatási struktúra átláthatatlan és veszélyes. Egy alaposan előkészített kritériumrendszer megfelelően képes érvényesíteni a közös elvárásokat, felesleges a túlbonyolított igazgatási struktúra. A szubszidiaritás elvét sérti, és további feszültségeket okoz továbbá, hogy a projektek elbírálásánál nem érintett feleket bízunk meg, ezáltal eltávolítva egymástól a döntést és a megvalósítást. Kérem tisztelt képviselőtársaimat, hogy mindezek szellemében támogassák a Modernizációs Alap átláthatóságát és hatékonyságát javító módosító indítványunkat.

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az európai ipari létesítmények kibocsátási jogosultságait szabályozó ETS-irányelv másfél éve húzódo parlamenti tárgyalásait heves viták kísérték. Az európai emisszió-kereskedelmi rendszer reformjának egyik fontos eleme ugyanis a Párizsi Klímamegállapodásból fakadó uniós kötelezettségek megosztásának szabályozása, az ambíciószint fokozása, ami tovább növelheti az alacsony kibocsátású technológiák elterjedését és a szénmentes gazdaságra való átállást Európában. A környezetvédelmi célok elérésének biztosítása mellett a tárgyalások során azonban végig figyelemmel kell lenni a termelői szektor jogos érdekeire is, hiszen az energiatenzív ágazatok elüldözésével Európa versenyhátrányba kerülhet. Fontos azt is elkerülni, hogy az európai ipari szektor egyes szereplőit aránytalan terhekkel sújtsák, míg másokat jogosulatlan előnyökhöz juttassanak.

Remélem, hogy a plenáris szavazással sikerül a jelentést a megfelelő irányba terelni és a fenti szempontokat megfelelően tükröző, kiegyensúlyozott parlamenti mandátumot elfogadni a tárgyalások előtt. Végül fontosnak tartom hangsúlyozni, hogy a környezetvédelmi bizottsági szöveg Modernizációs Alappal kapcsolatos része súlyosan korlátozza a kedvezményezett közép- és kelet-európai országok döntési szabadságát. A jelentéstervezet nem felel meg a 2014. októberi európai tanácsi következtetéseken elfogadott politikai megállapodásnak, ezért képviselőtársaimmal együtt egyéni módosító indítványt terjesztettünk elő, hogy a Modernizációs Alap irányítási struktúrája megfelelően tükrözze a kedvezményezett tagállamok érdekeit.

Андрей Ковачев (PPE), в писмена форма. – Политиките по климата трябва да вървят ръка за ръка със запазването на съществуващите и създаването на нови работни места. Затова е изключително важно да постигнем правилния баланс в изпълнението на целите за намаляване на емисиите и да запазим конкурентоспособността на индустрията.

Секторите, които са изложени на най-висок риск от „изтичане на въглерод“ и преместване на бизнеса в трети страни, трябва да получават достатъчно безплатни квоти, за да се предотврати закриването на работни места и негативния ефект върху икономиката. Смятам също така, че трябва правилата да бъдат опростени за малките предприятия, които емитират малки количества парникови газове, за да бъде намалена административната тежест спрямо тях.

Смятам, че е важно страните с по-нисък брутен вътрешен продукт да бъдат подпомагани финансово, за да модернизират енергийните системи и да подобрят енергийната си ефективност. Трябва тези стимули да се предоставят чрез ясни и максимално опростени процедури, които да дават свобода на държавите членки да определят проектите, които да получат финансиране.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – The emissions trading system (ETS) is the principal instrument for lowering emissions in the sectors that it covers. The ETS has continuously been enhanced to tackle the changing environmental and economic realities. The current reform is vital for meeting the ambitious targets set in the Paris Agreement and enhancing the effectiveness of the ETS in long-term. Parliament must set a clear path towards successful negotiations with the Council whilst maintaining the balanced approach between industrial competitiveness and climate goals.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris.* – Noua propunere a Comisiei privind schema EU ETS este necesară, întrucât această reformă trebuie să ofere o anumită certitudine industriei și инвеститорilor din Europa de Est prin stabilirea reguilor în периода de după 2021. Este și o oportunitate pentru a spori eficiența енергетичă și а sprijini аcțiunile climatice.

Nu vrem ca economia europeană să се confrunte cu o relocare а industriilor energo-intensive în țări терте. Alocarea cu titlu gratuit а сертификателor verzi este есенціалă pentru industriile de pe lista de risc de relocare а емиsiilor de carbon. Flexibilitatea în ceea ce privește numărul de cote gratuite, față de cotele licitate, este foarte importantă pentru durabilitatea EU ETS pe termen lung.

Comisia trebuie să țină cont, în utilizarea fondului pentru inovare, de industriile care fac еforturi pentru а investi în технологии noi, în scopul de а găsi modalități inovatoare pentru viitor. Fondul de modernizare este binevenit și acesta trebuie să поатă fi reglementat de statul membru beneficiar și luând în considerare circumstanțele націонале.

Авиация, transportul rutier, деșeurile agricole și clădirile ar trebui să continue să fie sectoare non-ETS. Statele membre trebuie să аибă cadrul necesar pentru а-și stabili propriile obiective climatice націонале, ținând cont de condițiile productioni енергетиче specificе fiecărui stat membru.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма.* – Уважаеми колеги, ние всички сме убедени, че схемата за търговия на емисии трябва да бъде коригирана за следващия период след 2020 г., за да стане по-ефективна в постигането на целите от Парижкото споразумение. Но не трябва да забравяме, че въвеждането на твърде големи ограничения върху европейските енергоинтензивни индустрии ще доведе до тяхното изместване в страни с по-ниски изисквания, до загуба на работни места и приходи, но не и намаляване на емисиите в глобален мащаб.

Нека отчитаме факта, че ЕС допринася само за 10% от глобалните емисии на CO₂ и дали ще ги намалим на 7% или 6% до 2030 г. няма да реши глобалния проблем, но би могло да нанесем непоправими вреди на собствената си икономика. Поради това не е оправдано да приемаме фактори и коефициенти за намаляване на емисиите, които застрашават съществуването на определени сектори в европейската индустрия. Затова приветствам връщането на текстове от становището на комисията ITRE, които са значително по-балансирани и в много по-висока степен защитават изложените на риск сектори и подсектори на нашата промишленост. Безусловно поддържам облекчения за страните с по-нисък брутен вътрешен продукт да получават безплатни квоти за емисии, но нека не въвеждаме такива условия за ползване на тази помощ, които да я направят на практика неработеща.

14. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik der EU (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Tibor Szanyi, au nom de la commission des affaires économiques et monétaires, sur la politique de concurrence de l'Union européenne (2016/2100(INI)) (A8-0001/2017).

Tibor Szanyi, előadó. – Nagyon szépen köszönöm a szót, tisztelt Elnök Asszony, és egyben köszönöm az árnyék-jelentétevők munkáját és együttműködését is. Megítélesem szerint ezúttal sikerült egy átfogó, igen tartalmas jelentést létrehozunk, amely kiválóan egészíti ki az Európai Bizottság anyagát, számos javaslatot, észrevételt is megfogalmazva felénk. A jelentés megerősíti az európai uniós versenypolitika szerepét mint nélkülözhetetlen eszközt az erős és hatékony belső piac létrehozásához, valamint a gazdasági növekedés, az innováció, az erőforrás-hatékonyság és az európai szociális piacgazdaság szempontjából is alapvető politikát. Európa jövője ezen elemeken alapul, ehhez pedig kritikus fontosságú az egyenlő versenyfeltételek garantálása.

A számos témát taglaló jelentésben kettő, éspedig fejezeteken átívelő pont is megjelenik. Az egyik a szociális dimenzió, mivel fontosnak tartottuk emlékeztetni a tagállamokat, hogy milyen mértékű pozitív hatást gyakorolhatnak a szigorúan betartott, de szociális szempontokat is figyelembe vevő versenypolitikai szabályok az európai polgárok, fogyasztók, munkavállalók, vállalkozások életére. A másik az adóigazságosság témája. Megerősítjük elkötelezettségünket az adóigazságosság mellett, amely elengedhetetlen az európai egységes belső piac integritásához, és nyomatékosítjuk, hogy minden piaci szereplőnek meg kell fizetnie az adóból rá eső részt, mégpedig ott, ahol az a nyereség keletkezett.

A jelentés elismeri, hogy véget kell vetni a tagállamok által folytatott tisztességtelen adóversenynek, továbbá az agresszív adótervezésnek, az illegális adóoptimalizációnak és szelektív adókedvezményeknek, amelyek ellehetetlenítik az innováció fő forrásait, a kis- és közepes vállalkozásokat. Örülök, hogy ilyen fontos része lett a jelentésnek az adóigazságosságra való törekvés, mivel ez alapvető feltétele a tisztességes versenykörnyezetnek. Ezen túl az adóügyi konvergenciát is szorgalmazza a szöveg, hiszen az is jelentősen erősítene az Unió gazdasági kohézióját és versenyképességét. Az adóügyi kérdéseken túlmenően kiemelten foglalkozunk a digitális egységes piaccal is. Aláhúzzuk a kis- és középvállalkozások szerepét is a digitális egységes piacon, a jelentés éppen ezért méltányolja a Bizottság vizsgálatait az internetes és távközlési óriások által alkalmazott versenykorlátozó gyakorlatokkal kapcsolatban.

A digitális egységes piac kapcsán fontosnak tartottam kiemelni a megosztáson alapuló gazdasági vállalkozások kérdését. Már jó pár éve létezik ez a gazdasági modell és számos innovatív terméket és szolgáltatást kínál az uniós fogyasztók számára. Nem egyszerű a Bizottság helyzete, amikor nem azonos szolgáltatásokat sokan azonosra kívánnak összesíteni. És bár mind tudjuk, de a példa kedvéért megemlítem, hogy az Uber nem taxi, az Airbnb pedig nem hotel. Ezek ugyanis platformok, amelyeknek azonban ugyanúgy kellene adót fizetniük, mint az őket igénybe vevő szolgáltatóknak.

A jelentés emellett felszólal a hálózatsemlegesség kiemelkedő fontossága mellett, valamint megerősíti, hogy bár nagyon fontos lépés, de a barangolási díjak EU-n belüli felszámolása nem elegendő: az EU-n belüli hívásokat ugyanazon a szinten kell szabályozni, mint a helyi hívásokat. Éppen ezért jelentésünk felhívja a Bizottságot, hogy terjesszen elő jogalkotási javaslatot az EU-n belüli hívások szabályozására. Az állami támogatásokat illetően a jelentés hangsúlyozza a tagállamok fokozott felelősségét a Bizottság felé az előzetes értesítés nélkül nyújtott támogatásokért. Ezen túl nyomatékosítjuk, hogy a pénzügyi ágazatban nyújtott ideiglenes állami támogatásokra a globális pénzügyi rendszer stabilizálásához volt szükség, ám azt mielőbb csökkenteni kell, vagy teljes mértékig fel kell számolni és ellenőrizni kell, amint a bankunió teljesül.

Lényegesnek tartok továbbá aláhúzni néhány további pontot is a jelentésben. A közbeszerzési eljárásoknál tapasztalható korrupció súlyos piactorzító hatással bír az európai versenyképességre nézve. Az energetikai és környezetvédelmi beruházások kapcsán ezek kifejezetten károsak lehetnek és negatívan hathatnak az energiaunió megfelelő működésére, valamint az Unió környezetvédelmi célkitűzéseinek elérésére. Ennek megfelelően szorgalmazzuk a jelentésben, hogy az energetikai és környezetvédelmi beruházásokhoz kapcsolódó valamennyi állami támogatást és a közbeszerzési eljárásokkal kapcsolatos minden szabálytalanságot – például a magyar Paksi Atomerőmű vitatott bővítési projektjét – szigorúan nyomon kell követni és mélyrehatóan kell vizsgálni.

A jelentés ezenkívül tárgyalja a közlekedési infrastruktúra fontosságát, és foglalkozik a fogyasztók, a termelők érdekeivel, így hangsúlyosan tekintetbe veszi az agri-food ágazat speciális helyzetét is, valamint komoly figyelmet fordít a nemzeti versenyhatóságok közötti fokozottabb együttműködésre. Úgy gondolom tehát, hogy a szöveg a lehetőségek szerint a lehető legszélesebb körben mutat rá a versenypolitika kapcsán felmerülő hiányosságokra, még felmerülő hiányosságokra a tagállamokban és az Unióban egyaránt. Meg vagyok győződve arról, hogy az ajánlások és felhívások mentén a tagállamok jelentősen előmozdíthatják a gazdasági növekedést, a minőségi munkahelyek létrehozását, az innovációt, a kis- és középvállalkozások fejlesztését és az adóigazságságosságot.

Margrethe Vestager, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the House very much for inviting me here today and I would especially like to thank Mr Szanyi for his draft report. I think it sums up very well why competition matters.

As it says, competition policy is the cornerstone of the single market. It should make it work. State-aid rules give every company a fair chance to compete, and anti-trust and merger rules make sure that the markets serve the public, not just big companies. Last year we found that four truck companies, well actually five truck makers, which together sold nine out of every ten medium and heavy trucks in Europe, had colluded for 14 years to raise gross list prices and delay the launch of green technology.

This sort of cartel can make a lot of money for the companies involved. It is their customers who pay the price. So it takes firm action to make sure that companies have nothing to gain by breaking the rules. That is why we fined those five companies, five businesses, nearly EUR 3 billion, the largest cartel fine in the Commission's history. Meanwhile, our case is continuing against a sixth company that would not settle.

But enforcing these rules throughout Europe has to be a team effort, involve national competition authorities as well as the Commission and that can only be effective if everyone has the powers that they need. So I fully agree with your recommendation that we should propose EU legislation to make sure that they have the right powers. We have had the same message from our consultations and our impact assessment. So we are now working on a proposal that I hope to be able to present before summer and I firmly expect that we can fully involve Parliament.

As well as anti-trust cases we deal with mergers that are reshaping global industries, like the one that will now reduce the six biggest producers of seeds and pesticides to just three. These transactions can affect each and every one of us because seeds and pesticides, crop protection, they are the beginning of the food chain. It is important that this sector continues to develop new products that correspond to the regulatory requirements in Europe and that they will sell these products at competitive prices. It is important for farmers, for the consumer and obviously for the environment. That is why my services are looking into these mergers in great detail. Each of them will be assessed on their own merits and will only be allowed to proceed if they do not impose any impediment to effective competition.

When it comes to state aids our cases on tax rulings show that no company, however big and powerful, can avoid paying its fair share of taxes. I fully share the approach in your draft report. We have taken four final decisions, so far, that deal with illegal state aid through tax rulings. Of course, these decisions are based on the evidence and the rule of law. And we have taken forward more cases involving Amazon, McDonald's and Engie in exactly the same spirit.

At the same time we will continue our investigation into tax rulings in every Member State. And we are always ready to work with Member States to make sure that state aid does not come up in the future. It is good to see that Luxembourg has brought in much stricter rules on the taxation of financing companies. We were happy to discuss that with the national authorities and we are happy to do that with anyone that wants to.

When it comes to banks our state-aid rules are there to support troubled banks when it comes to the same terms throughout Europe. We apply the same rules, in the same way, to every bank, in every Member State. Now European banks are far more stable than they were a decade ago. But in spite of the improvements some banks in Europe are still struggling to deal with non-performing loans from defaulting borrowers and the Commission is working with those Member States and banks where non-performing loans remain to help banks gradually reduce them. European banks need to put the legacy of the crisis firmly behind them.

Last but not least, renewable energy is important – just thinking about the debate you have just had. Competition can help us bring down the cost of our transition. Since the start of this year all new support for large renewable plants has had to be given through a tender. Pilot tenders have already shown how much we could save. In Germany tenders have brought down the price of supporting solar energy by 25% in the last year and a half.

Meanwhile the sector inquiry report on capacity mechanism, which we published in November, will help Member States to keep down costs on making sure that there is electricity when demand needs it.

If the costs of funding renewable energy would make an energy intensive sector like the steel sector uncompetitive, well, state-aid rules do not stop a Member State compensating that part of the cost, because the competition rules are here to support European competitiveness, not to undermine it. An open single market with fair competition, well, that helped to cut the cost of input and it helped businesses to grow big enough to compete throughout the world and this is what we want to see and to do. And through our free trade agreements, including the agreement with Canada, we are encouraging countries around the world to reduce subsidies and to use subsidies more responsibly because competition works.

This is the message of our enforcement work and I think it is also the message of your report. I welcome it and I am very happy for the support. Because the Commission will keep working to enforce the competition rules, taking forward the three Google cases and continuing to work on the case against Gazprom so consumers and businesses do not pay inflated prices for gas. We will use all our powers to make sure that the single market remains open and fair and in that, of course, we need to work together. Thank you very much for your draft report.

Adam Szejnfeld, autor projektu opinii Komisji Handlu Zagranicznego. Pani Przewodnicząca! Mówimy o przeszłości, ale musimy odnosić się do przyszłości. I tu trzeba pamiętać, że nie ma wolnego rynku, nie ma dobrego rozwoju bez uczciwej konkurencji. Ta jednak jest zakłócana przez bardzo wiele niekorzystnych czynników. Można tutaj wskazać na partykularyzmy, lokalne, regionalne, lecz również krajowe – one godzą także w nasz wspólny jednolity rynek.

Kolejnym zagadnieniem jest pomoc publiczna. Nierówne traktowanie firm prywatnych i firm państwowych czy tych z udziałem skarbu państwa, funkcjonowanie monopolu naturalnych, na przykład w zakresie usług komunalnych, sektory wrażliwe – przede wszystkim energetyka, transport, telekomunikacja, zamówienia publiczne, usługi finansowe – i w końcu handel międzynarodowy. Jest to odrębne zagadnienie, ale bardzo istotne, ponieważ nasze zasady dotyczące uczciwej konkurencji powinniśmy i musimy przenosić także na naszych partnerów handlowych i inwestycyjnych na świecie.

Andreas Schwab, Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. – Frau Präsidentin, liebe Frau Kommissarin! Zunächst einmal möchte ich – wie es hier guter Brauch ist – dem Berichterstatter und unserem Schattenberichterstatter, Fulvio Martusciello, danken.

In einer Minute werde ich jetzt auch nicht alle Themen, die im Bericht sehr gut und konsensorientiert untergebracht wurden, neu erwähnen können. Ich glaube, dass bei all der guten Arbeit, die die Kommission leistet, einfach ein ganz großer Unterschied darin besteht, dass wir zum einen die Fälle in ganz klassischen analogen Binnenmarkt haben, bei denen die Arbeit ganz klassisch wie immer erfolgreich vorangeführt werden kann, dass wir uns aber einfach, und dass Sie sich, Frau Kommissarin, mit der Frage beschäftigen müssen, was wir in Märkten tun können, die sich einfach so schnell entwickeln, dass die Entscheidungen, wenn sie Jahre später getroffen werden, nicht mehr das zurückholen können, was an Wettbewerbsverzerrung, an zu Unrecht vollzogener Wettbewerbsverzerrung entstanden ist. Das ist eine schwierige Frage, bei der wir, wenn es um die Haushaltsaufstellung im Europäischen Parlament geht, auch immer wieder darüber nachdenken, ob wir nicht mehr Mitarbeiter bei der GD Wettbewerb brauchen. Ich finde, diese Frage stellt sich heute wieder.

Zum Zweiten, Frau Kommissarin, möchte ich erneut Ihre Aufmerksamkeit auf ein Problem aus dem Wettbewerbsbericht lenken, das den Tourismus betrifft, wo wir einfach staatliche Autoritäten haben, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, wo es aber Schwierigkeiten mit dem beihilferechtlichen Regime gibt. Hier wäre ich Ihnen dankbar für eine Prüfung.

Michel Dantin, *rapporteur pour avis de la commission de l'agriculture et du développement rural*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, le rapport sur l'application du droit de la concurrence, élaboré par notre collègue Tibor Szanyi, est un rapport important et je veux le remercier de sa collaboration à nos travaux.

Ce rapport constitue un précédent car c'est la première fois que la commission de l'agriculture et du développement rural s'exprime sur ce sujet. Il crée d'autant plus un précédent que l'avis de la commission de l'agriculture et du développement rural a été très largement repris par la commission des affaires économiques et monétaires.

Madame la Commissaire, la situation actuelle de crise sur les marchés agricoles et de volatilité accrue des prix nous oblige aujourd'hui à faire des propositions ambitieuses pour adapter le droit de la concurrence au marché agricole.

Encore sur le terrain la semaine dernière, je veux témoigner que le monde agricole attend des réponses concrètes et rapides de notre part sur le rééquilibrage des rapports au sein de la chaîne alimentaire. Nous devons donc avoir le courage de mener ce débat sur le droit de la concurrence dans le secteur agricole sans populisme mais également sans idéologie.

Votre venue, le 28 février prochain, devant la commission de l'agriculture et du développement rural, avec le commissaire Hogan, sera l'occasion d'approfondir ce sujet et je suis à votre disposition dans cette perspective.

Fulvio Martusciello, *a nome del gruppo PPE*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, lei deve comprendere che esistono troppi strumenti che falsano la concorrenza in Europa e basta leggere questo dossier per comprenderlo. Questo dossier, che è partito dalla Commissione con poche pagine, arriva in quest'Aula con oltre 30 pagine. In ogni articolo, in ogni punto di questo dossier c'è un elemento che deve far riflettere la Commissione, perché la concorrenza in Europa è falsata da tantissimi fattori. Allora noi ci auguriamo che tutte le indicazioni che vengono date alla Commissione vengano rispettate.

Mi piace ricordare che, per la prima volta, in questo dossier noi stabiliamo che il boicottaggio è uno strumento di falsificazione e di alterazione della concorrenza ed è un elemento che va sanzionato e che va ripreso. Signor Commissario, abbiamo individuato un elemento di grandissima falsificazione della concorrenza nell'individuazione e nel pagamento di pedaggi che vengono posti a carico dei contribuenti e dei cittadini per uscire dalle cinte urbane. Questo fenomeno è frequente in Italia – ad esempio sulla tangenziale di Napoli si deve pagare un euro per uscire dalla città – e lo si vuole replicare in altre tangenziali del nostro paese. Signor Commissario, consegniamo questo dossier con tutte le indicazioni e siamo certi che lei lo farà rispettare.

Anneliese Dodds, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I would like to thank the Commissioner for everything she is doing, particularly around tax justice. I would also like to thank Mr Szanyi for his excellent report and my colleagues in the Committee on Economic and Monetary Affairs who decided to support me in calling on the Commission to investigate competition in Formula One.

Colleagues, you may think Formula One is just for petrol-headed adrenaline junkies but actually it is important for our economy as well. In 'Motorsport Valley', which stretches from the southeast of England into the Midlands, motorsports provide around 40 000 jobs. These are at risk. A few weeks ago, one team, Manor Racing, became the latest to collapse after administrators could not find a buyer. Smaller teams in Formula One are punished by rules that guarantee bigger teams prize money, even if they finish last. Recently the regulator of Formula One, the FIA, made a USD 79.5 million profit by selling its stake in the sport – a stake it had promised the Commission it would not take on.

We must stop the haemorrhage of jobs from this sector and keep a sport loved by 500 million fans as it should be – truly competitive.

Sander Loones, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, ik wil het vanavond graag specifiek hebben over de banken. In 2008-2009 zijn er speciale staatssteunregels goedgekeurd door de Europese Commissie, die de lidstaten moeten toelaten om hun banken te redden. Dit Europees Parlement vraagt eigenlijk al zes jaar dat we die tijdelijke staatssteun volledig beëindigen. Dat is ook de logica van de nieuwe regels van de bankenunie, dat we in de toekomst kiezen voor bail-ins in plaats van bail-outs. Want wat zien we vandaag in Italië? Dat de regels eerst werden omzeild en dat ze nu zelfs gewoon worden genegeerd. En dat creëert zeer veel ergernis bij de bevolking, zeer veel kwaadheid over die bail-outs van de banken.

Maar wat zien we? Dat er in het verleden enorme winsten zijn opgebouwd en dat die terechtgekomen zijn bij de rijke bankiers, terwijl de verliezen gedragen moeten worden door de gewone mensen, door de belastingbetalers, en dat kan niet langer. Kijk, ik heb er geen probleem mee als mensen met hard werken een goede boterham verdienen, maar dan moeten zij ook de risico's en de verliezen dragen. Meer verantwoordelijkheid, dat hebben we nodig. En ik roep ook de commissaris op om daar sterk werk van te blijven maken.

Ramon Tremosa i Balcells, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I would like to thank the Commissioner, colleagues and the rapporteur for their cooperation. This report talks about many things – airports, state aid – and asks us, as in other years, for more financial and human resources for DG Competition because there is a lot more work to be done.

But I want to focus here on the Google case because, seven years after the Commission announced allegations of antitrust violations by Google, we have spent a lot of time on this. Certainly, EU regulatory time does not correspond to the necessity and urgency of the companies in the real economy.

I am aware, Commissioner, that a lot of time was lost by your predecessor, Mr Almunia. These years of unproductive settlements, discussions and delays in the still-ongoing investigations have left competitiveness in the online search market severely damaged. But, at a certain point, a decision has to be made one way or another. That is why, in this report, we call on the Commission to finish all Google antitrust investigations. Let me recall two recent facts. Last December, Foundem, the first complainant in the shopping case, had to close its shopping comparison website, and Yelp also closed its European businesses. This is how the behaviour of Google impacts on companies.

Ms Vestager, may I suggest to you that your provisional decision, which I hope will come in the next weeks or months, should impose a record-breaking fine on Google. You need to show companies that they cannot be rewarded for losing time because, in the last two years, Google's attitude and behaviour has caused more damage to complainant companies. When it comes to remedies, may I suggest that all companies sit down with their technological experts, together with the Commission, to try to find non-discriminating future-proofed remedies.

Thank you very much. Let me remind you that time helps monopolies and damages SMEs.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, celebro que los temas agrícolas vayan adquiriendo una relevancia central en la concepción que tiene este Parlamento de la política de competencia. Esta ha sido una prioridad de nuestro Grupo desde el principio de la legislatura: la lucha contra los oligopolios de la distribución y las comercializadoras, que obtienen jugosos beneficios a costa de la especulación alimentaria y la explotación de pequeños campesinos.

Como se señala en el informe, una supervisión más ajustada de los mercados agrícolas, con la participación de las organizaciones representativas, es necesaria para frenar el expolio del campo europeo. Valoramos positivamente las referencias a la lucha contra el dumping fiscal, la denuncia —una vez más, por iniciativa nuestra— del expolio de los preferentistas españoles, o la necesidad de luchar contra el oligopolio farmacéutico. Pero, sin embargo, creo que el informe es demasiado complaciente.

Me preocupa que, deslumbrados por la lucha contra los acuerdos fiscales —que se limitan, por el momento, a un puñado de compañías y que no han exigido responsabilidades políticas a los señores Juncker o Dijsselbloem—, estemos blanqueando la realidad de una política que, hoy como ayer, se diseñó para desregular y privatizar mercados, dejando que sean las grandes empresas, y no el sector público, las que definan el futuro de los sectores estratégicos.

El mercado único se ha convertido en una apisonadora de los derechos sociales, privatizando y desregulando ferrocarriles y puertos, abriendo el paso a operadores digitales como Airbnb o Hoover, o amparando la especulación de los grandes operadores eléctricos.

Michel Reimon, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Danke, Frau Kommissarin, für Ihren Bericht und dafür, dass Sie sich mit dem Parlament hier immer so offen auseinandersetzen. Danke auch an den Berichterstatter für diesen sehr guten Bericht und auch für die beiden Schwerpunkte, die ich nur unterstützen kann, sowohl den Steuerwettbewerb als auch die digitalen Themen. Das sind tatsächlich wichtige Bereiche, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Ich möchte noch auf drei andere Themen hinweisen. Das erste ist eine Frage, die auf uns zukommen wird, die auf Sie zukommen wird, Frau Kommissarin: der Bayer-Monsanto-Deal, der ansteht. Wenn das so passiert, entsteht der größte Saatgut- und Pflanzenschutzmittelkonzern der Welt. Dann müssen wir schnell prüfen, ob hier eine Monopolsituation entsteht, die für die Landwirtschaft, für die Bauern, für Saatgut, für die Vielfalt und nicht nur für den Wettbewerb ein großes Problem bedeutet. Ich bitte Sie, 2017 hier sehr schnell zur Prüfung zu kommen.

Der zweite Fall ist Paks, das Atomkraftwerk, bei dem immer noch nicht feststeht, ob mit den Beihilfen, mit dem Kredit, den Putin gewährt und der zurückgezahlt werden soll, das Wettbewerbsrecht verletzt wird oder nicht. Da sollten wir im gesamteuropäischen politischen Interesse möglichst schnell zu einer Entscheidung kommen.

Das dritte Thema, das mir am Herzen liegt, ist booking.com, die Buchungsplattform, die den Wettbewerb im Hotelbereich in Europa verzerrt. Da haben einzelne Nationalstaaten schon Prüfungen unternommen. Wir sollten zu einer europäischen Lösung kommen. Wie wichtig dieser digitale Bereich ist, wurde schon mehrfach angesprochen. Da sollten wir wirklich viele Ressourcen investieren.

Marco Zanni, *a nome del gruppo ENF*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ho letto con attenzione la relazione del relatore e ho ascoltato quello che hanno detto i colleghi oggi in Aula, che si sono concentrati su alcuni singoli problemi di singoli settori e alcuni casi riferiti alle loro nazioni. Però io credo che, ancora una volta, si sia persa l'occasione per andare al problema generale, al problema strutturale della concorrenza all'interno dell'Unione europea. All'interno di questo sistema, il termine concorrenza si traduce nella concorrenza spietata del più forte che fa le regole e le plasma secondo il proprio sistema sul più debole.

La concorrenza all'interno di questo mercato unico è fortemente distorta dalle regole e produce effetti distruttivi sulle economie dei paesi più deboli. Alcuni esempi: il primo, il più lampante è la moneta unica che crea una concorrenza distorta tra paesi che godono di un tasso di cambio effettivo svalutato e quindi, in aiuto al proprio sistema industriale, possono esportare i propri prodotti più facilmente e in maniera più conveniente, e i paesi che devono operare con un tasso di cambio reale troppo alto per la forza della propria economia.

Un altro tema dove la concorrenza è distorta è quello delle banche, sugli aiuti di Stato. Un paese come l'Italia viene criticato per la debolezza del suo sistema bancario e deve bussare e trattare con la Commissione per pochi miliardi di euro, per salvare i risparmi dei cittadini e invece, prima e dopo il 2008, paesi più grandi hanno dato centinaia di miliardi di euro per salvare i propri sistemi bancari: quattrocento miliardi la Germania tra garanzie dirette e indirette, circa 200 miliardi la Francia e il Regno Unito. Questa non è concorrenza leale.

Anche sul tema dell'unione bancaria, la concorrenza non c'è. Un sistema di regole distortivo che premia un modello di business più rischioso, come quello dei derivati e degli *asset* di livello 3, che non vengono adeguatamente considerati dalla Commissione e quello dei crediti che invece vengono puniti. Se l'Unione europea andrà avanti così, la distruzione è inevitabile.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η πολιτική ανταγωνισμού της Ένωσης έχει πετύχει αντιπροσωπευτικά αποτελέσματα, όπως το Brexit, την υπόθεση των σκανδάλων Volkswagen, Ferrostaal, Deutsche Telekom, Siemens και τον φορολογικό παράδεισο του Λουξεμβούργου. Πλημμύρισε την Ευρώπη με λαθρομετανάστες, με σκοπό την εξεύρεση φτηνών εργατικών χεριών, δίχως ασφαλιστικά και εργασιακά δικαιώματα. Αυτό δεν είναι Ένωση, αλλά ερασιτεχνική φάμπρικα. Κυριαρχεί ο αθέμιτος ανταγωνισμός μεταξύ των επιχειρήσεων και επιβάλλονται πολιτικές προς το συμφέρον συγκεκριμένων κρατών. Ωθεί τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις να μεταφέρουν την έδρα τους σε άλλα κράτη, όπως συμβαίνει με πολλές ελληνικές. Πρέπει να δημιουργηθεί ένα πλαίσιο αναπτυξιακής στήριξης των επιχειρήσεων, δίχως καταχρηστικούς όρους. Αυτό οδηγεί σε ισορροπία, ευημερία και ειρήνη. Ένα απλό παράδειγμα είναι η εφαρμογή πολιτικής χαμηλής φορολογίας των επιχειρήσεων, με ποσοστά φορολόγησης επί των κερδών και απονομή περιόδου χάριτος σε νέες ή καινοτόμες επιχειρήσεις. Όμως αυτό δεν επιτυγχάνεται από εξουσιομανείς και ιδιοτελείς πολιτικούς. Απλά, παραιτηθείτε! Υπάρχουν καλύτεροι και εντιμότεροι, ικανότεροι να αναλάβουν αυτό τον ρόλο.

Eva Maydell (PPE). – Madam President, I very much hope that in a few years we will be talking simply about the single market, and not about an analogue or digital single market. Since that time has not yet arrived, I would like to base my remarks on competition policy with regard to the digital single market.

Without fair competition policy there is no digital single market. Competition not only gives consumers more choice but should also provide the level playing field that is needed so that start-ups will scale up in Europe and not elsewhere. The online world is expected to create more competition in Europe. Therefore, it is crucial to improve access to goods and services, to eliminate unlawful obstacles to online competition and to ensure that online shopping is barrier free. Only then will we be able to stop the building of monopolies and prevent illegal access to content.

Ending unjustified geo-blocking practices is one concrete step in the right direction but I believe it should be done in a way that does not hamper SMEs and start-ups, and does not raise prices for consumers, especially in newer Member States. This is one of the many reasons why I believe national competition authorities should work together with the Commission. I also believe that, in order fully to guarantee competition, the principle of neutrality should be strictly followed.

Finally, in a particularly dynamic sector such as the digital economy, we need swift enforcement and competition policy rules that create a friendly business ecosystem, nourishing new business models and supporting innovation at all levels.

Alfred Sant (S&D). – Madam President, we always needed to make a crucial point regarding the Commission's annual competition report. Competition rules, especially for state aid, should not be applied on a one-size-fits-all basis – that still holds. But during this mandate the need is arising to highlight new precautionary signals.

Firstly, European competition policy should avoid the appearance of a frontal contest with other administrations via the application of huge two-way fines on a tit-for-tat basis. Secondly, applying state-aid rules to the tax policies of Member States may help to combat tax avoidance, but it overrides the tax sovereignty that Member States still have under the Treaties. The flexibility of Member States in setting their tax policies has to be confirmed. Thirdly, there should be concern about a competition policy that is administered through an agency which defines such policy, investigates alleged breaches and itself decides on them with the power to set fines. Fourthly, given the ongoing current political and economic changes in Europe and beyond, competition policy needs to be kept under constant review. If Europe is going to be more Catholic than the Pope it risks losing competitive edge on a global scale.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, tržišno je natjecanje jedino pravo jamstvo snage europske ekonomije i zato podržavam svaku inicijativu koja želi eliminirati suvišnu regulativu i osigurati svim gospodarskim subjektima, i malima i velikima, ravnopravan položaj na tržištu. Slažem se s izvješćem u onom dijelu u kojem poziva na jednostavnu i transparentnu poreznu politiku te ističe javnu nabavu kao posebno podložnu korupciji.

No, ne mogu se složiti s pozivima na harmonizaciju poreznih stopa u cijelom EU-u jer smatram kako natjecanje ne treba postojati samo među tvrtkama, nego i među državama.

Harmonizacija poreznih stopa betonira postojeće stanje i onemogućit će slabije razvijene članice u dostizanju onih razvijenijih. Kako će npr. jedna Hrvatska, s lošijim pravosuđem i infrastrukturom te manjim brojem kvalificiranih radnika, ikad konkurirati Njemačkoj ako će imati iste porezne stope? Tko će ulagati u Hrvatsku kraj jedne Njemačke ako od toga nema financijsku korist?

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! God aften, fru kommissær! Som du kan se i denne betænkning, så er der en bred opbakning til, at konkurrencepolitikken i EU er et meget, meget vigtigt redskab. Vi ser faktisk gerne, at der bliver tilføjet endnu flere ting. Jeg vil gerne fremhæve to ting. Jeg mener, der er behov for, at Kommissionen får flere kompetencer og flere ressourcer til at sikre, at vores konkurrencepolitik bliver gennemført på en ordentlig måde, for eksempel ved at I kan nedsætte flere faste rejsehold, taskforcer, som kan tage rundt og undersøge mistanke om unfair konkurrence, ikke kun i de store sektorer, ikke kun hvor der er stort på spil, men også hvor der er mindre sager på spil i de mindre sektorer. Konkurrencepolitikken er vigtig. Så så jeg også gerne, at vi fik set nærmere på, om vi kunne bruge forbrugerkompensationsreglerne også i konkurrencepolitikken. Der er områder, hvor der ikke kan gives kartelbøder, men hvor vi måske kan give mulighed for bedre forbrugerkompensation. For eksempel har vi set det i dieselgate, hvor forbrugerne har tabt, og der er ikke sket noget. Her kunne man måske også gøre noget for at sikre en fair konkurrence. Men under alle omstændigheder tak for en stor indsats.

Interventions à la demande

Angélique Delahaye (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, l'article 42 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne précise que les règles de concurrence s'appliquent à la production et au commerce des produits agricoles uniquement dans la mesure où le Parlement européen et le Conseil le déterminent.

En matière de concurrence, les outils de la PAC doivent primer sur les autres réglementations. Par ailleurs, je rappelle la demande formulée à plusieurs reprises par le Parlement pour la mise en place d'un cadre législatif pour lutter contre les pratiques commerciales déloyales.

Il est urgent que le droit de la concurrence ne représente plus une menace pour les agriculteurs et leurs organisations de producteurs. Cela est de la responsabilité de la Commission européenne. Quand on connaît le déséquilibre du rapport de force entre production et distribution dans la chaîne de distribution alimentaire, taxer les agriculteurs comme les endiviers de cartel est proprement inadmissible.

Il est important que le Parlement soit entendu sur cette question dans le respect de la préparation de la future politique agricole commune.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, una politica di concorrenza equa è fondamentale per il corretto funzionamento del mercato unico che, come è noto, presenta ancora criticità. Di recente la Commissione ha individuato diversi casi di multinazionali che hanno sottratto ai bilanci nazionali miliardi di euro di gettito fiscale, talvolta con la complicità degli stessi Stati membri. Questi incidenti destano allarme ed esigono un esame dettagliato dei presunti casi di aiuto di Stato e la cessazione immediata di stratagemmi fiscali pensati ad hoc.

La Commissione deve proseguire le indagini sulle prassi anticoncorrenziali nel settore digitale online e accelerare spedatamente le procedure riguardanti l'azione antitrust e le questioni fiscali, in modo da garantire che le PMI e le startup digitali possano operare in una sfera di concorrenza più equilibrata e leale, all'interno di un mercato spesso condizionato dai colossi multinazionali delle tecnologie digitali. La Commissione deve porre in essere azioni incisive per la salvaguardia della concorrenza nel settore delle telecomunicazioni e delle energie per incoraggiare prezzi accessibili e scelte dei servizi.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, για να λειτουργήσει ορθά ο ανταγωνισμός στην Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να μην επιβάλλονται δυσμενείς όροι στην ευρωπαϊκή βιομηχανία σε σχέση με την παγκόσμια πραγματικότητα, ιδίως αναφορικά με το κόστος ενέργειας. Σε μια περίοδο που η κυβέρνηση Trump απειλεί να ακυρώσει τη συμφωνία του Παρισιού για το κλίμα και η Κίνα συνεχίζει ακατάπαυστα τη μόλυνση του περιβάλλοντος, η Ευρωπαϊκή Ένωση, όπως είδαμε στην προηγούμενη συζήτηση, αποφάσισε τη δραστική μείωση των ανθρακούχων εκπομπών. Με την απόφαση αυτή πλήττεται η ανταγωνιστικότητα της ευρωπαϊκής οικονομίας. Οδηγείται σε οικονομική αδυναμία λειτουργίας η ΔΕΗ. Κινδυνεύει με κλείσιμο ολόκληρη η ελληνική τσιμεντοβιομηχανία που απασχολεί 13.000 εργαζόμενους και πλήττεται η ελληνική ναυτιλία. Κατέθεσα λοιπόν την τροπολογία 162 στην προηγούμενη συζήτηση και ζήτησα να εξαιρεθεί και η Ελλάδα, με βάση το άρθρο 10γ της οδηγίας 2003/87/EK, από τις υποχρεώσεις του ευρωπαϊκού συστήματος εμπορίας δικαιωμάτων εκπομπών αερίων, διότι, ως έτος βάσης

πρέπει να ληφθεί το 2014, όταν η Ελλάδα είχε ΑΕΠ κατώτερο του 60% της Ένωσης. Δεν μπορεί να υπάρξει ουσιαστικά πολιτική ανταγωνισμού όταν διαλύεται η ελληνική βιομηχανία και η ευρωπαϊκή βιομηχανία με όλες αυτές τις αντιλήψεις περί δήθεν προστασίας του περιβάλλοντος.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej konkurenčnost je eden od bistvenih elementov enotnega trga, vendar pri tej enotnosti seveda ne smemo zanemariti tudi pomembne elemente, zlasti na področju tudi delovnih razmer in delovnega prava. Ker očitno konkurenčnost postaja tudi eden od glavnih generatorjev tudi tako imenovanega prekrnega dela, ki spravlja mnoge mlade v obup in brezizhodno stanje.

Potem je tukaj še vprašanje v imenu konkurenčnosti direktive, ki jo tudi pripravlja Evropska komisija, o tako imenovanih napotitvenih delavcih, ki zopet prostavlja pod vprašaj po eni strani pravila konkurence, na drugi strani pa zaščito delovnih odnosov in pa seveda tudi socialne varnosti.

In pričakujemo seveda od Komisije, da bo ostro posegala na tiste elemente, kjer prihaja do nedovoljenih kartelov, monopolov, to, kar je kolega že posebej izpostavil. Predvsem pričakujemo, da bo tudi jasen odgovor glede Montsanta in pa Bayerja in glede drugih vprašanj s semeni, ker če to postane... (*predsedujoča je prekinila govornika*) potem je Evropa v težavah.

Olga Sehnalová (S&D). – Paní předsedající, účelem pravidel hospodářské soutěže je zajistit podnikům stejné podmínky bez ohledu na jejich velikost či marketinkové kapacity, kterými oslovují voliče. Dlouhodobě se různými aktivitami ptám, zda jsou v případě dvojí kvality výrobků naplněna očekávání spotřebitelů, a také, jak jejich rozhodování určuje značka, pod kterou je však odlišný výrobek. Věřím proto, že se Evropský parlament přihlásí k ustanovení, které opakovaně vyzývá Komisi, aby určila, zda má tato praktika negativní dopady na místní výrobce, zejména na malé a střední podniky, a zda vede k diskriminaci mezi spotřebiteli v důsledku dodávání výrobků nižší kvality.

Poprvé jsme k řádnému šetření Komisi vyzvali již před čtyřmi lety. I sama Komise po letech začíná nesměle přiznávat, že dvojí kvalita může být nekalá praktika, a tudíž v rozporu s unijní legislativou. Za naprosto neakceptovatelný proto považuji pozměňovací návrh číslo 5 skupiny PPE, který zpochybňuje dopady dvojí kvality na koncové spotřebitele, a vyzývám k jeho odmítnutí.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

(End of catch-the-eye procedure)

Margrethe Vestager, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for their very substantial comments. Unfortunately I will not be able to give each and every one an individual answer.

One of the important things for me is for our rules to be an enabler. For instance, when Mr Schwab calls for tourism in state aid we will be more than happy to give guidance on where state aid is absolutely allowed, where it is no economic activity but allowing people to be acquainted with the region, to know what to do to find the businesses who do have the economic activity. That, I think, is the important thing.

I also very much look forward to the debate with the Committee on Agriculture and Rural Development because I think that we can meet one other to ensure jointly that we have a very competitive sector in which we use the means of competition and, at the same time, allow for a more balanced approach in sectors where many, many small suppliers are facing very heavy-duty negotiators on the other side of the table. I look forward to addressing these issues.

Some of you have mentioned the tax issue. It is, of course, obvious that every Member State is sovereign in setting the level of their corporate taxation. If we want European tax legislation it will be through the front door, via the Council, with unanimity. In the same treaty that gives Member States the serenity to set their own tax level, we have very strong rules that say you cannot give a company, or group of companies, selective advantages. Selective advantages, paid for by taxpayers, ruin fair competition and, in particular, do not give small and medium-sized businesses a fair chance of making it in the market. Therefore, obviously, the Commission will also continue its work in relation to fiscal aid – a. k.a. tax and state aid.

Some of you have been asking about the ongoing merger control procedures in two of three mergers in seeds and pesticides, or 'crop protection' as they call it. We will, of course, be as firm and as insistent as always to make sure that we have competition in this sector both for seeds and for pesticides. This is the very basis of our food chain and obviously we need competition there as well, and we will thoroughly investigate these mergers, including that of Bayer and Monsanto if we are finally notified of this.

On the Google case, I very much appreciate the insistence, because these are important cases. We are dealing with fast-moving markets and, as was mentioned, we have companies which suffered while the investigation was ongoing. Therefore, we are doing our utmost to deal with the responses that we now have had to the statement of objection, and to examine them in detail to make sure that we give this company, like others, the right to defend itself, because that is important.

As was mentioned, there is, of course, also a need for checks and balances when it comes to the Commission competences in enforcing competition law, and for the Court to be able to overrule our decisions. Therefore, our work should be thorough and expert, while, of course, speed is a very important challenge for us, precisely because, as was mentioned, these are fast-moving markets.

Last but not least, we hope that the digital single market will not keep being mentioned as a separate part of the single market, but will come to be seen as a fully integrated part of the single market, because it offers a lot of choice for consumers. As you may know, we have opened three new cases in the field of digital business in order to make sure that every business has a fair chance of making it. These are in video games – part of the holiday business – and our aim is to make sure that consumers get the choice they should have.

I will leave the detailed comments for now, but I assure you that we are using our best efforts to enforce competition law, and I very much take on board the things mentioned today – in particular by the rapporteur and in terms of the draft report's recommendations for our future work.

Tibor Szanyi, *rapporteur*. – Madam President, here again I must thank wholeheartedly the Commission and Commissioner Vestager, the shadow rapporteurs and of course those colleagues representing opinions in the various committees, for their contributions. Honestly, when we prepared this report it was not a fight, rather it was a spirit of cooperation which prevailed during the negotiations which means, for me at least, that common European policies do indeed have value.

But, looking at the practical nature of mankind, I think that competition is never fair. People do compete like this – look at the Olympics, or even just a simple football match where the referee needs to intervene hundreds of times during the same match – but the real question is, from the institutional point of view, what we do.

This is why I want to congratulate the Commissioner once again. She was not discouraged but stepped on such giants as Google, Uber, Bayer, Monsanto, Apple – I can give you a whole list. This courage is very much needed. On the other hand, I think that what we see now in Europe is really a bit frustrating: the big companies, or the bigger ones among them, are practically not paying tax due to various arrangements, but the small ones – sometimes they may die. So this is what we still have to consider.

I also very much welcome those comments related to agriculture because here price volatility simply kills. It is not just competition; it kills, it is lethal.

So once again, thank you very much for this opportunity, and again my wholehearted thanks to all the colleagues, and let us continue like this.

President. – The debate is closed.

The vote will be taken place on Tuesday, 14 February 2017.

15. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen psychische Gesundheit und klinische Forschung (kurze Darstellung)

President. – The next item is the report by Beatriz Becerra Basterrechea on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality, on promoting gender equality in mental health and clinical research [2016/2096(INI)] (A8-0380/2016).

Beatriz Becerra Basterrechea, ponente. – Señora presidenta, querida comisaria Vestager, quiero expresar mi más sincero agradecimiento a los ponentes alternativos, a sus asistentes y asesores de los grupos políticos, porque han contribuido a llevar este informe mucho más allá de lo que en un primer momento planteaba. Ha sido un gran trabajo conjunto en favor de la igualdad de derechos.

Cuando hablamos de desigualdad de género, tendemos a pensar en la sonrojante brecha salarial, en la ridícula presencia de mujeres en puestos de decisión o en la gran lacra que nos avergüenza: la violencia de género, ya sea física o psicológica. Pero pocas veces pensamos en cómo esta desigualdad afecta a nuestra vida diaria, a nuestro bienestar, a nuestra salud y en especial a la salud mental.

¿Sabían ustedes que la investigación biomédica y los ensayos clínicos sobre medicamentos y tratamientos no tienen en cuenta que la mitad de la población somos mujeres? ¿Que no tienen en consideración las diferencias biológicas, fisiológicas y psicológicas entre hombres y mujeres, más allá de sus aparatos reproductores?

Tomé conciencia de este problema hace un tiempo cuando, en una visita a un hospital, una enfermera me contó su experiencia. El personal del hospital estaba preocupado porque no entendía por qué muchos pacientes que habían superado un ataque al corazón regresaban al hospital al cabo de un año y fallecían poco después. Las mismas condiciones higiénicas, los mismos mecanismos de seguimiento... Se habían tenido en cuenta historiales médicos, precedentes familiares y otros factores de riesgo.

Pero les llevó tiempo percatarse de que la mayoría de los enfermos que recaían y fallecían eran mujeres, porque las enfermedades cardiovasculares son más frecuentes en mujeres que en hombres y la investigación previa adolecía de ese enfoque.

En la salud mental se observa muy bien el problema. Existen diferencias de género considerables en los patrones de las enfermedades mentales, en especial las más comunes: la depresión y la ansiedad, por ejemplo, trastornos del ánimo que cualquiera de nosotros conoce de primera mano, tienen una prevalencia casi tres veces superior en mujeres que en hombres. Uno de cada diez trabajadores, por ejemplo, en la Unión Europea ha pedido una baja por depresión: eso cuesta unos 92 millones de euros al año.

La salud mental también está ligada al empleo y a la inversión.

El informe que hoy debatimos aborda sin temor estas cuestiones y otras igualmente relevantes, como los efectos devastadores y de por vida que la violencia de género tiene en la salud mental de las víctimas, como los prejuicios que aún existen sobre las personas LGBTI y que las condenan a una salud mental deteriorada o como la necesidad imperiosa de aplicar las directrices sobre protección y apoyo de la salud mental y bienestar psicosocial de los refugiados, solicitantes de asilo y migrantes en Europa.

Pero cuando hablamos de igualdad de género y salud, es imprescindible que hablemos sin ambages del aborto. La objeción de conciencia de los médicos no puede poner en riesgo la salud y la libertad de una mujer que solicita una interrupción voluntaria del embarazo. Es sencillamente inaceptable que en Italia, por ejemplo, más de un 70 % de los médicos se nieguen a practicarla hoy, a pesar de estar amparada por la ley.

Queremos asegurar que haya un número mínimo de profesionales de la salud disponibles para realizar estas intervenciones médicas, que garanticen el acceso a los servicios de salud sexual y reproductiva en todos los países de la Unión de acuerdo a los estándares legales en vigor.

La Unión Europea está obligada por sus Tratados a garantizar la protección de la salud humana como parte de todas sus políticas y a colaborar con los Estados miembros para mejorar la salud pública, prevenir las enfermedades y eliminar las fuentes de peligro para la salud física y mental.

En definitiva: es una responsabilidad jurídica y social de todos los responsables políticos integrar plenamente las necesidades específicas de las mujeres, la mitad de la población, a la hora de definir las políticas públicas de salud y de servicios del sector sanitario a escala europea y nacional.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já bych se chtěla především paní kolegyni Basterrecheaové omluvit, protože bohužel tentokrát nemohu její zprávu podpořit. Mám za to, že je v ní více ideologie než odbornosti. My bychom měli k péči o duševní zdraví a klinický výzkum přistupovat z hlediska ryze lékařského a odborného a ne z hlediska genderové ideologie.

Navíc tato zpráva rozšiřuje to pojetí o další nerelevantní skupiny a především vyzývá k dostupnosti potratů a doporučuje členským státům, aby prosadily provádění potratů bez ohledu na právo lékařů a zdravotníků rozhodovat se podle svého svědomí. Bohužel tato zpráva je velmi nešťastná a doufám, že nebude přijata.

Julie Ward (S&D). – Madam President, mental health and well-being are poorly understood in our societies and it is time for that to change. We actively need to break down the stigma and prejudice around mental well-being. Almost a third of Europeans will experience a mental health condition during their lifetime and we need to educate ourselves accordingly. It is clear that we need to take gender into account in mental health. Women are twice as likely to experience depression and anxiety as men as they face constant media objectification, as well as sexual violence and harassment. On the other hand, men and boys are also affected by gender stereotypes that often lead to repression of emotions. Men are three times more likely to commit suicide or develop alcohol and drug addictions.

This report is a strong call to the Commission and Member States to pursue an ambitious mental health and well-being strategy, which includes a psychosocial approach, taking into account the social, cultural and environmental factors that determine and affect mental health. It includes the impact of austerity policies, public service cuts, social inequalities, age and background. We need tailored policies to address the needs of the most vulnerable such as LGBTI women and women refugees.

Branislav Škripek (ECR). – Madam President, mental health in Europe is a vital topic and worthy of clinical research. But the rapporteur has produced a very bad report on this topic here. A large part of this report is based on fake gender ideological claims. It certainly is not scientific research; for example, recital O, which says that 'whereas transgender identities are not pathological, but are deplorably still considered mental health disorders', and that this is a diagnosis that causes distress to those receiving it. True scientific research should be carried out which is examined by specialists and not used for political ends. Politics should not dictate what changes are made in medical text books.

Recital R refers to 'gender-variant prepubescent children'. What are we doing confusing our children by encouraging them to choose their sex? This is a recipe for mental health problems. It is true that suicide is a huge problem among young men especially, but the cause is not the stereotyping of the two sexes. It is in fact the culture which confuses their God-given and natural capacities and nature.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señora presidenta, el sábado pasado las acciones en torno al Día Internacional de la Mujer y la Niña en la Ciencia pusieron en evidencia una cosa real: la desigualdad de género en la investigación. Es decir, que el patrón universal para investigar es el varón blanco y joven. Por eso, los verdes consideramos este informe imprescindible para reducir la desigualdad de género.

Pero, como miembro, también, de la Comisión de Desarrollo, me gustaría recalcar que tenemos que ir más allá, desde una perspectiva norte-sur. Primero, hace falta invertir en investigación y desarrollo a escala mundial para alcanzar una cobertura sanitaria universal. Segundo, tenemos que exigir a las empresas farmacéuticas transnacionales que respeten los derechos humanos cuando realicen ensayos clínicos. Y, tercero, tenemos que reducir la pobreza, garantizar el acceso a la educación y la protección social para terminar de una vez con la brecha de género en la salud mental.

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, žene kojima je narušeno mentalno zdravlje suočene su sa stigmatizacijom i potreban je holistički pristup kako bi im se pomoglo. Ovo izvješće daleko je izvan okvira kako same tematike tako i nadležnosti Europske unije, a pretjerano zadire i u samu struku. Zdravstvena skrb i zdravstvena politika u nadležnosti su država članica i to moramo poštivati.

To ne smijemo koristiti. I ovaj parlament također se ne bi smio koristiti za promicanje pojedine ideologije suprotne vrijednostima Europske unije. Izvješće koje promiče pobačaj kao društveno prihvatljiv i rodnu ideologiju kao ultimatum, za mene je apsolutno neprihvatljivo i neću ga podržati.

(End of catch-the-eye procedure)

Margrethe Vestager, Member of the Commission. – Madam President, I have listened very carefully to the honourable Members' views on this interesting report, promoting gender equality in mental health and clinical research. I hope that we share the very fundamental principle of equality between men and women, which was established in the treaties as one of our most important goals.

The Strategic Engagement for Gender Equality 2016-2019 is the Commission's commitment to specific measures to promote gender equality. We are particularly grateful to this House for raising awareness of the differences between men and women in the prevalence and treatment of mental disorders and health in general. As you know, the health programme explicitly provides for the mainstreaming of gender equality in all actions promoted by the programme. Thus the Commission supported Member States' cooperation on mental health with a Joint Action on Mental Health and Well-being under this programme. It resulted in a European Framework for Action on Mental Health and Well-being.

This framework addresses gender differences, highlighting for example the different prevalence of depression between men and women. A recent call under the health programme invited proposals for projects on improving access to mental health care and mental health literacy. The Commission is also organising, on behalf of the Parliament, a pilot project to improve the understanding of sex and gender differences in chronic diseases, using coronary heart disease as one example.

We fully agree with the resolution that mental health needs to be enshrined in a holistic patient-centred approach, for example addressing the impact of cancer and other major chronic diseases on patients' mental health. In relation to research and innovation, we need to do more to address the gender dimension as reflected in Horizon 2020, the EU Research and Innovation Programme and, in particular, the work programme and the health-related calls for proposals.

Over several EU research programmes the Commission has founded many research projects, specifically addressing diseases affecting women, such as breast cancer, osteoporosis and endometriosis. The Commission also founded several research projects under the Seventh Framework Programme with over EUR 5 million devoted to supporting endometriosis research, to which the report specifically refers.

We must also continue our work to eradicate all forms of gender-based violence, including female genital mutilation.

In addition, the new Clinical Trial Regulation, which will become applicable in 2018, provides that subjects participating in a clinical trial should represent a population group likely to be treated with the medical product under investigation in the trial. This includes gender, age, and, where relevant, subjects with specific needs.

A further initiative that I would like to mention here is the Horizon 2020 Birth Day Prize that was launched in 2016. The Horizon Birth Day Prize will be awarded to a solution that best demonstrates a reduction in maternal or newborn morbidity and mortality or stillbirth during facility-based deliveries. Such a solution needs to be novel, safe and replicable because we need innovation here, as elsewhere.

Finally, a word on the under-representation of women in health research. I readily acknowledge the significance of this issue. I understand, however, that the situation is now rapidly improving and I sincerely hope that this upward trend will continue.

Thank you for giving me this opportunity to present the Commission's approach to promoting gender equality, including regarding mental health and health issues in general.

(Applause)

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 February 2017.

Written statements (Rule 162)

Miriam Dalli (S&D), in writing. – When we talk about gender equality, much of our focus is often directed at emancipating women in civil, political and economic society. And while much of the focus on the detrimental effects of patriarchal societies is targeted towards women, one serious issue targets men – the issue of suicide and mental health. If we raise our young men in societies where they are told that 'boys don't cry', that they should be strong as opposed to weak, and stoic as opposed to emotive, then we will continue to perpetuate the stigmatisation of mental health. But while such ideals may be well intentioned, the phenomena has led to a major difference in suicide rates between men and women. In general, the rate for males is five times higher, and in some EU countries alone the differentiation between genders can lead to a figure of 52 males per 100 000 persons to 8 females per 100 000. This is a highly worrying phenomenon, and if even we as European leaders shy away from the topic, then we will continue to perpetuate the stigma within our own societies.

16. Prioritäten für die 61. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (kurze Darstellung)

President. – The next item is the report by Constance Le Grip and Maria Arena on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality, with a proposal for a European Parliament recommendation to the Council on the EU priorities for the 61st session of the UN Commission on the Status of Women [2017/2001(INI)] (A8 008/2017).

Anna Maria Corazza Bildt, rapporteur. – Madam President, I am proud to be here today to give our priorities to the Council for the upcoming session of the United Nations Commission on the status of women. We cannot miss this opportunity to join forces and stand up together for women's dignity worldwide, to combat stereotypes and any form of discrimination, going beyond rhetoric with concrete actions. Much more needs to be done everywhere to empower women and girls and achieve gender equality. We want to give a voice, especially to the millions of women that are excluded, marginalised, vulnerable women, women with disabilities, migrant and refugee women.

First of all we have to prevent and combat violence against women with a zero-tolerance policy to domestic violence, honour killings, trafficking, sexual abuse and exploitation, female genital mutilation, forced marriage. Let us face it, many women and girls are the new slaves of our times. Behind every victim there is a heartbreaking story of a broken life. We therefore call on the Member States to ratify and enforce the Council of Europe's Istanbul Convention on violence against women.

Second: education. We need to ensure access to school for all girls and keep them safe and empower them, then promote women in the labour market, in particular women's entrepreneurship; recognise that women are an asset for our economy and growth; eliminate the gender-pay gap and ensure equal pay for equal work and more representation of women in decision-making everywhere.

We need to work towards shared responsibility, a life and work balance between men and women in the care of children, and ensure that women and girls have universal access to health care, including sexual and reproductive health and rights. The UN Commission in March is an important opportunity for Europe to show the world that we are responsible and credible in women and girls' rights.

We are at the crossroads. As the US seems to be retreating from global responsibility, Europe should step in. As the US seems to withdraw support for multilateralism, Europe should renew its support for the United Nations and international cooperation. As the US seems to be turning its back on women and girls' health, Europe should show leadership in gender equality and women's health.

We firmly condemn the recently reinstated global gag rule in its most extreme form yet, expanded to withdraw funding not only from reproductive health services but from an organisation's entire health budget if they provide information about interruption of pregnancy. This will encompass all the United States' global health funding from Africa through Asia to Latin America. There is an outcry, a chorus of concern turning to Europe for help, notably from the United Nations, other aid agencies, children's rights NGOs, research institutes, foundations, charities. We Europeans are not going to abandon the thousands of women and girls depending on those donations.

I welcome the initiative of the Dutch Government to mobilise funds in order to compensate for the US funding and the Belgian initiative to hold a donors' conference on 2 March. More countries and organisations should join the initiative to save the life of hundreds of thousands of women and girls in developing countries. The gag rule's consequences are serious. They will affect many programmes: Zika virus, lifesaving services, pre-natal and post-natal assistance to babies and young mothers, women that are raped. It will increase mortality. More women and girls are going to die in birth and complications.

I call on the UN and the Member States to give a clear, united response against this setback, sexism and Trumpism, and let us also support the women's march and movement in the US.

Maria Arena, *rapporteure*. – Madame la Présidente, la quatrième Conférence mondiale sur les femmes, organisée à Beijing, en 1995, a marqué un tournant réel et important dans le programme mondial pour l'égalité entre les femmes et les hommes.

La déclaration et le programme qui avaient été adoptés à l'époque – programme d'action pour l'autonomisation des femmes – ont été considérés comme étant le principal document politique mondial en matière d'égalité entre les hommes et les femmes, il y a plus de 20 ans. La session de Beijing +20, en 2015, a salué les progrès accomplis en la matière grâce à cet instrument mondial, mais on a néanmoins appelé les États membres de l'ONU à réaliser des évaluations et à prendre de nouvelles mesures pour accélérer la mise en œuvre de ces actions pour l'égalité. Et pourtant, aujourd'hui, en 2017, nous voyons que l'égalité hommes-femmes ainsi que les droits des femmes sont à nouveau remis en cause. Dans le monde, des politiques visent à porter atteinte aux objectifs que devraient soutenir non seulement l'Europe mais également les Nations unies en matière d'égalité entre les hommes et les femmes. En réponse à ces régressions, des mouvements citoyens de résistance s'organisent à travers le monde. Lors de la 61e session de la commission de la condition de la femme aux Nations unies, nous, Parlement européen, demandons par conséquent que le Conseil puisse prendre la mesure de son rôle au sein de la communauté internationale pour agir en faveur de l'égalité entre les hommes et les femmes, comme il l'a toujours fait au niveau européen.

Cet engagement, nous demandons qu'il aille de la promotion de l'éducation à la lutte contre les violences faites aux femmes, et particulièrement à l'adoption de la Convention d'Istanbul, en passant par la garantie d'accès universel aux soins de santé sexuelle et génésique et aux droits génésiques, ainsi que par l'accès à l'éducation sexuelle et reproductive.

La participation des femmes au marché de l'emploi, sans discrimination, ainsi que leur participation à la vie politique et citoyenne sont également essentielles à leur autonomisation.

Chers collègues, à l'heure de cette 61e session, on ne peut que condamner l'attitude de l'administration Trump, qui a décidé de supprimer le financement des ONG, comme l'a dit ma collègue Corazza Bildt, qui pratiquent ou recommandent des services de planning familial ou d'accès à l'avortement, même dans les pays où celui-ci est accepté. Il s'agit d'une véritable atteinte aux droits des femmes, qui aura des retombées désastreuses sur des programmes de lutte contre le VIH, sur la santé mentale dont on vient de parler, sur la santé des enfants. Tout cela aura des répercussions sur l'ensemble du monde.

Chers collègues, nous avons eu l'occasion de nous exprimer et de condamner l'administration Trump quand celle-ci fait la promotion du protectionnisme économique. Quand il s'agit d'économie, tout le monde se dresse pour dire: «Mais que se passe-t-il aux États-Unis?» Par contre, quand il s'agit des droits humains et des droits des femmes, on devrait se taire. Non, Mesdames et Messieurs! Là aussi, quand il s'agit des droits humains, nous devons dire que ce que fait aujourd'hui cette administration n'est pas acceptable. Nous devons le dire aux Nations unies et l'Europe doit être à la pointe de ce combat, tout simplement parce que l'Europe doit montrer qu'elle est un pilier garant des droits fondamentaux et que ces droits fondamentaux – qui sont les droits de l'homme –, ne doivent pas oublier la moitié de l'humanité que sont les femmes.

Par conséquent, je vous engage à soutenir cette proposition de recommandation au Conseil pour que cette image de l'Europe garante des droits fondamentaux puisse être portée au niveau mondial.

Catch-the-eye procedure

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, a jelentés is világosan rámutat, a nők számára egyetlen országban sem biztosított teljes mértékben a gazdasági függetlenedéshez való eszközök elérhetősége, az egyenlő társadalmi képviselés, illetve az életüket befolyásoló valamennyi döntés felett való ellenőrzés. Hozzátenném, hogy az eddig elért eredmények sok esetben akár vissza is fordíthatók. Éppen ezért, a jelen világpolitikai helyzetben, amikor az úgynevezett demokratikus világ első embere is ennyire gyakran, nyilvánosan és vokálisan lekezelően beszél társadalmunk szebbik feléről, különös fontossággal bír ezeknek az akadályoknak a tudatosítása. A nők, akárcsak más kisebbség vagy alulreprzentált csoport, egyenlőséget, igazságos bánásmódot érdemelnek. Az igazságos bánásmód biztosítása pedig konkrét cselekvést igényel. Az Uniónak szorgalmaznia kell a nőkkel szembeni diszkriminatív törvények visszavonását az ENSZ tagállamaiban. Határozott kiállással nem csak az Európai Unión belüli, hanem az azon kívüli országok jogállami fejlődéséhez is hozzájárulhatnánk.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το 2017 κανένα κράτος μέλος δεν έχει επιτύχει την ισότητα μεταξύ ανδρών και γυναικών. Η ισότητα των φύλων αποτελεί θεμελιώδες δικαίωμα και βασικό θεμέλιο για ένα ειρηνικό, ευημερούντα και βιώσιμο κόσμο. Η πρόοδος είναι αργή και άنيση. Εξακολουθούν να υπάρχουν σημαντικά κενά και μορφές διακρίσεων, παρά τις βάσιμες ενδείξεις ότι η χειραφέτηση των γυναικών έχει σημειώσει σημαντική πρόοδο και έχει οδηγήσει στη μείωση της φτώχειας, στην προώθηση της ανάπτυξης και στην αντιμετώπιση των προκλήσεων. Επιπλέον, η γυναικεία επιχειρηματικότητα αποτελεί σημαντικό οικονομικό παράγοντα σε παγκόσμια κλίμακα και η συμμετοχή των γυναικών σε οικονομικό επίπεδο συνεισφέρει στην ανάπτυξη της οικονομίας και στη δημιουργία νέων θέσεων εργασίας. Όμως, όταν μια οικονομία πλήττεται, οι πρώτες που μπαίνουν στο στόχαστρο είναι οι γυναίκες. Στην Ελλάδα το ποσοστό ανεργίας των γυναικών φτάνει στο 27,7%. Οι γυναίκες αποτελούν την ομάδα του πληθυσμού που έχει πληγεί περισσότερο από την πολιτική λιτότητας στην Ελλάδα. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να λάβει μέτρα για να πάψουν οι γυναίκες να είναι θύματα των στερεοτύπων.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Madam President, there are people, amongst other places in the Oval Office, who want us to get tired, who want us to shut up and who want us to stop repeating the claim 'Our bodies – our rights'. Well, here is to those people: we will not shut up, we will not get tired and we will not stop defending women's rights because they are fundamental rights. And the more that these people put pressure on us, the more we will unite not only here in this Parliament, but in the streets all over the world. And we will not only unite. We will demand concrete actions from our governments. They have to take responsibility. And that is why I demand that European governments join the initiative by the Dutch, the Danish, the Belgian and the Swedish governments in order to counter the impact of the global gag rule, because we will not get tired, we have only just begun.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, tato zpráva obsahuje řadu dobrých doporučení z hlediska zlepšování postavení žen, jejich práv, ekonomické samostatnosti a v neposlední řadě také boje proti násilí páchanému na ženách. Bohužel ženy jsou stále ještě oběťmi možná nejrozšířenější formy porušování lidských práv na světě a tento fakt bychom měli také zohledňovat u žadatelů o azyl. Zkušenosti z mnoha částí světa ukazují, že ženy mohou hrát výraznou roli při urovnávání konfliktů a válek a že jejich zapojení do rozhodovacích procesů i v těch nejchudších zemích bývá ku prospěchu.

S čím naopak nemohu ve zprávě souhlasit, je obligátní apel, aby byl zaručen univerzální přístup k sexuálnímu a reprodukčnímu zdraví. Je smutné, že zpráva využívá faktický omyl, pokud jde o pekingskou platformu. Ta vyzvala pouze k boji proti pohlavně přenosným chorobám a větší informovanosti žen a zodpovědnému přístupu k sexuálním otázkám.

Marijana Petir (PPE). – Gospodo predsjednice, kao ženi koja radi u okruženju u kojem uglavnom prevladavaju muškarci, ova tema mi je izuzetno bliska i stava sam kako je pred nama jako puno posla u promicanju jednake pravne zaštite za žene i muškarce. Smatram da trebamo uložiti veće napore kako bi se položaj žena unaprijedio i kako bi sve djevojčice i žene imale jednake mogućnosti.

Jednak rad mora biti jednako plaćen, a prepreke ženama pri ulasku na tržište rada treba ukloniti. Smatram važnim poticanje žena na poduzetničke aktivnosti, ali pozivam i na potporu ženama poljoprivrednicama što je često zanemareno. Žena je bitna karika i temelj društva u svakom njegovom segmentu što je potrebno podržavati i pravno štititi kao standard, a ne kao iznimku.

Pozivam također na odbijanje amandmana kojima se poziva Europsku uniju na financiranje pobačaja novcem naših poreznih obveznika diljem svijeta. To nije zadaća Europske unije i to je apsolutno neprihvatljivo. Položaj žena nećemo unaprijediti tim mjerama već tako da im osiguramo jednak tretman kao i muškarcima.

(End of catch-the-eye procedure)

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 February 2017.

Written statements (Rule 162)

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Obiectivul Uniunii Europene de reducere a sărăciei la nivel european este strâns legat de o mai mare implicare a femeilor pe piața forței de muncă. Impulsionarea dezvoltării la nivelul Uniunii nu poate avea loc fără o participare mai activă a femeilor, care sunt importanți agenți economici la nivel global. Țările care valorifică și capacitează femeile pentru a participa pe deplin la piața forței de muncă și la procesele decizionale sunt mai stabile, mai prospere și mai sigure. Consider că, sunt necesare eforturi comune ale Uniunii și statelor membre pentru încurajarea și sprijinirea organizațiilor de femei la toate nivelurile în cadrul activităților lor profesionale, implicarea lor ca parteneri în procesul de elaborare de politici, cu asigurarea finanțării adecvate. Este necesară eliminarea diferențelor de remunerare dintre femei și bărbați care apoi se regăsesc în decalaje la pensii, eliminarea tuturor formelor de discriminare împotriva femeilor și a stereotipurilor de gen, care perpetuează inegalitatea, violența și discriminarea, în toate sferile societății.

17. Kontrolle des Registers und Zusammensetzung der Sachverständigengruppen der Kommission (kurze Darstellung)

President. – The next item is the report by Dennis de Jong on behalf of the Committee on Budgetary Control, on control of the Register and composition of the Commission's expert groups [2015/2319(INI)] (A8-0002/2017).

Dennis de Jong, Rapporteur. – Voorzitter, hoe belangrijk een evenwichtige samenstelling van expertgroepen van de Europese Commissie is, hebben we kunnen zien bij ons onderzoek naar de dieselgate-affaire. De high-level group Cars 21 bestond voor het grootste deel uit vertegenwoordigers van de auto-industrie. Naar hen luisterde de Commissie, maar de waarschuwingen van milieuorganisaties tegen mogelijke sjoemelsoftware drongen daarentegen nauwelijks door tot de burelen van diezelfde Commissie.

Al jaren ageert het Europees Parlement tegen de dominantie van de lobbyisten van grote bedrijven in expertgroepen, maar pas nadat het Parlement een deel van de gelden die bestemd waren voor de expertgroepen had bevroren, wilde de Commissie praten. Samen met een groep gelijkgezinde Europarlementariërs heb ik daarna een informele dialoog gevoerd met de Commissie. Dat was allemaal nog tijdens het vorige mandaat. Na de Europese verkiezingen in 2014 ontstond er een impasse. De Commissie vond dat wij maar moesten aantonen welke expertgroepen onevenwichtig waren samengesteld en dan zouden de Commissiediensten daarna in actie komen. Dat is natuurlijk de omgekeerde wereld. Begrijpelijk als je bedenkt dat er bij het secretariaat van de Commissie maar één ambtenaar beschikbaar was voor de toezicht op naleving van de toen al bestaande regels voor expertgroepen. Maar het moet natuurlijk toch juist de Commissie zijn die eventuele misstanden opspoor.

In de Commissie begrotingscontrole hebben we vervolgens besloten om zelf onderzoek te verrichten, te laten verrichten. De resultaten vielen niet mee. Nog steeds domineren de grote bedrijven in expertgroepen en erg transparant waren die sowieso niet. Minderheidsstandpunten werden niet weergegeven, evenmin als het verloop van de discussies. Bij de bespreking van dit onderzoek bleek dat de Commissie al druk bezig was de regels aan te scherpen. Op zich goed nieuws natuurlijk, maar het was wel erg jammer dat hier op geen enkele manier informeel of formeel overleg over was geweest. De Commissie was immers volledig op de hoogte van ons voornemen om over de expertgroepen een formeel verslag met resolutie op te stellen. Uiteindelijk hebben we hier weten een mouw aan te passen. Ik stelde een werkdocument op en de Commissiediensten reageerden schriftelijk. Er bleven enkele punten van verschil over die we vervolgens met vice-president Timmermans informeel hebben besproken. Dat gesprek verliep goed, maar helaas werden toch veel punten niet opgenomen in de nieuwe regels en vandaar dit verslag. De belangrijkste eisen die we hebben zijn:

Eén: duidelijke criteria voor de expertise die de Commissie zoekt. Twee: definitie van welke belangen volgens de Commissie in de specifieke expertgroep vertegenwoordigd moeten zijn en wat een evenwichtige balans is tussen die belangen. Drie: een goed systeem om klachten te behandelen over de criteria en de definitie van “evenwichtige balans” bij individuele expertgroepen. Vier: niet alleen vergoeding van reis- en verblijfskosten, maar ook voor alternatieve kosten. Denk aan een mkb'er die kosten moet maken om haar zaak open te houden als ze zelf deelneemt aan een expertgroep. Vijf: openstelling van expertgroepen van nationale ngo's, zodat die ook het mandaat van een Europese koepelorganisatie krijgen. Zes: tenzij een gekwalificeerde meerderheid van de leden van de expertgroep hier bezwaar tegen maakt, openbaarmaking van agenda's, achtergronddocumenten en notulen met duidelijke richtsnoeren over hoe gedetailleerd we moeten zijn. Zeven: vermindering van belangenconflicten bij deelnemers namens de academische instelling, een advocatenkantoor of denktank. En ten slotte: voldoende personeel om toezicht te houden op de naleving van de regels.

Ik hoop van harte dat de Commissie na de unanieme aanvaarding van dit rapport in de Commissie Begrotingscontrole wat proactiever zal worden. Daarom ook verzoeken we de Commissie vóór 1 juli te rapporteren over de werking van de nieuwe regels. Een Commissie die zegt transparantie een warm hart toe te dragen, moet het niet laten aankomen op duwen en trekken.

Catch-the-eye procedure

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η έλλειψη διαφάνειας και η μη ισορροπημένη σύνθεση πολλών ομάδων εμπειρογνομώνων στην Επιτροπή καθιστά αναγκαίο τον έλεγχο του Μητρώου και της σύνθεσης αυτών των ομάδων. Δεδομένου ότι η έλλειψη διαφάνειας έχει αρνητικές επιπτώσεις στην εμπιστοσύνη των πολιτών των κρατών μελών της Ένωσης προς τα θεσμικά όργανα αυτής, η αποτελεσματική μεταρρύθμιση του συστήματος των ομάδων εμπειρογνομώνων της Επιτροπής θα πρέπει να γίνει με βάση τις αρχές της διαφάνειας και της ισορροπημένης σύνθεσης. Ήδη από τις 30 Μαΐου του 2016 η Επιτροπή είχε θεσπίσει οριζόντιους κανόνες σχετικά με τη δημιουργία και τη λειτουργία των ομάδων εμπειρογνομώνων, προκειμένου να γίνονται δημόσιες προσκλήσεις υποβολής αιτήσεων για την επιλογή μελών των ομάδων αυτών και να αυξάνεται κατά συνέπεια και η διαφάνεια. Τέλος, το Μητρώο των ομάδων εμπειρογνομώνων θα πρέπει να έχει σαν στόχο να αυξηθεί επιπλέον η διαφάνεια στις ομάδες αυτές και να αποσαφηνιστούν οι τρόποι για το πώς πραγματικά θα ενθαρρυνθούν οι υποεκπροσωπούμενες οργανώσεις των κοινωνικών ομάδων για να συμμετάσχουν στις ομάδες εμπειρογνομώνων.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, zítra na tomto místě se budeme věnovat budoucnosti Evropské unie. Když jsem si četla ony návrhy hledající cestu ze současné strukturální krize, přišlo mi, že opět zcela zapomínáme na ty, kterým má evropský projekt sloužit, na naše občany. Až příliš často EU řeší problémy přes sílu a uzavírá se do sebe a my jako přímí volení zástupci musíme u zrovna projednávaného dokumentu Komise vyzývat, aby se vůči občanům EU chovala transparentně a odpovědně. Jak to, že tohle není v samém základu fungování Komise? Vyčítáme Komisi, že neuspořádala řádnou veřejnou konzultaci, a musíme znovu poukázat na to, že je důležité oživit nejružnější formy zapojení zástupců občanské společnosti a sociálních partnerů. Pokud by Komise byla schopna dělat tyto malé kroky, nemuseli bychom zítra debatovat o těch velkých. I tak děkuji svému kolegovi za připravenou zprávu.

(End of catch-the-eye procedure)

Margrethe Vestager, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, first of all I would like to thank the rapporteur, Mr de Jong, for his report and work on this very important topic. I think it is a thing that we share, that these rules are of the essence for the legitimacy of the advisory and expert groups. This Commission has paid very close attention to the role which expert groups play in our policy making. And we have laid down tougher internal rules in order to make sure that these groups carry out their function in full transparency and accountability exactly as asked. Let me stress just one thing, because this is very basic. Expert groups provide very useful contributions to the work of the Commission in many different policy fields, of which many are highly technical and of a specialised nature. But I think it is very important to recall that no matter what advice is given by expert groups, they have a purely advisory role. Whatever their advice may be, the responsibility for any decision or measure adopted remains the Commission's and the Commission's alone.

But when this Commission took office we decided that the rules for expert groups needed to be reviewed so as to better reflect the Commission's commitment to be more transparent and accountable. Before adopting a new set of rules, we listened to this Parliament, the European Ombudsman and civil society organisations. After a full year of consultation and intensive preparation the Commission adopted new rules in May last year. We consider these new rules, which are binding for all of the Commission services, to improve significantly the management, the balance and the transparency of expert groups and we also consider that they provide a positive response to many suggestions made by this House and by the European Ombudsman. Just let me give you a few concrete examples.

The new rules confirm – reconfirm – the Commission's commitment to strive for a balanced composition of expert groups. The Commission's departments must do their utmost to guarantee a balanced representation. This does not mean balanced in a mathematical sense, which would be difficult to define and achieve in all cases; it means maximum balance in terms of expertise, interests, gender, and geographical origin. The new rules also bring significant changes to boost transparency. We have set up a new register for expert groups. This register is accessible for the public and provides more accurate information and more documents drafted and discussed by expert groups. In particular, the Commission will henceforth publish the register calls for applications when it selects stakeholders' representatives as well as expert group members appointed in their personal capacity. This is a major step forward and has been a long-standing request from this Parliament. In other words, we have made the selection procedures fully transparent and inclusive, which ultimately benefits the balance of the composition of expert groups.

Second, registration in the Transparency Register has now become a precondition for stakeholders' organisations to be appointed to an expert group. This means that where particular interests are represented in an expert group there will be full transparency as regards the nature of these interests.

Third, every document that an expert group produces must now be put on the register of expert groups. Minutes will have to be provided, which makes complete and meaningful sense. Moreover, expert groups can also decide to open up their meetings to the general public.

Last but not least, we have taken tough measures to avoid conflict of interest in expert groups. Under the new rules, independent experts can only be appointed on the basis of standardised and detailed conflict-of-interest assessment based on the declaration submitted by these experts. Only if the Commission services conclude that there is no conflict of interest may those experts be appointed in their personal capacity. In addition, all declarations of interest of independent experts are published in the register of expert groups. These tougher rules we have put in place to ensure – and I do hope that you find that we, the Commission and this House, share the objective – a high degree of transparency and accountability for the functioning of expert groups. The Commission is committed to rigorously applying our new rules and we know of course that you will scrutinise us closely and we remain of course open to continuing the dialogue with this Parliament as to how to improve and how to make sure that we follow closely this important matter.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 February 2017.

18. Die Rolle von Informanten beim Schutz der finanziellen Interessen der EU (kurze Darstellung)

President. – The next item is the report by Dennis de Jong on behalf of the Committee on Budgetary Control, on the role of whistle-blowers in the protection of EU's financial interests [2016/2055(INI)] (A8-0004/2017).

Dennis de Jong, Rapporteur. – Voorzitter, in de media zien we nog wel eens beelden van leegstaande haventerreinen of vliegvelden zonder vliegverkeer, gefinancierd door de Europese Unie, of rotsachtige terreinen waarvoor subsidies worden verstrekt in het kader van plattelandontwikkeling. Onderzoeksjournalisten doen goed werk bij het ontdekken en melden van dergelijke misstanden. Het gebeurt daarnaast regelmatig dat verontruste leden van de Commissie begrotingscontrole brieven ontvangen van burgers over gevallen van vermeende fraude en corruptie waarbij Europese gelden in het geding zijn. En vaak zetten zij een naam onder de brief met alle gegevens erbij zodat er contact met hen kan worden opgenomen. Onderzoeksjournalisten en verontruste burgers nemen daarbij risico's.

In de Europese Unie hebben we namelijk wel de bescherming van bedrijfsgeheimen geregeld, maar niet de bescherming van klokkenluiders. De antifraudedienst van de Europese Commissie heeft een protocol over hoe om te gaan met klokkenluiders en ook voor het interne personeel hebben de meeste Europese instellingen inmiddels uitvoeringsregels om hen te beschermen als ze misstanden melden. Maar daarbuiten ben je afhankelijk van de goede wil van de ambtenaren of politici die je informatie ontvangen. Zo was de reactie van iemand onlangs: "De burger die ons heeft geschreven vraagt toch helemaal niet om vertrouwelijke behandeling? Waarom zouden we dan diens naam niet kunnen vermelden?" Hoe het in de lidstaten geregeld is, weten we al helemaal niet. Zelfs als we bij de Europese instellingen goede regels hebben, dan nog kunnen klokkenluiders een proces aan hun broek krijgen op nationaal niveau. Denk maar aan het lot van de klokkenluiders die in verband met Luxleaks in Luxemburg voor de rechter moeten staan, terwijl hun enige doel was om de belastingontwijking door multinationals en de rol van Luxemburg daarbij aan de kaak te stellen.

Mijn verslag bevat een grote hoeveelheid voorstellen om de bescherming van klokkenluiders eindelijk eens goed te organiseren. Betere procedures binnen de Europese instellingen zelf, loketten waar mensen zitten die weten hoe je met informatie van klokkenluiders omgaat en die de vertrouwelijkheid van de persoonsgegevens bewaken. Klokkenluiders hebben ook recht op advies. In Nederland hebben we hiervoor een huis voor de klokkenluiders opgericht, en daar wordt een eerste onderzoek gedaan naar de informatie die klokkenluiders aandragen. Vervolgens krijgen klokkenluiders advies over hoe nu verder.

Zo'n huis is op Europees niveau minstens zo hard nodig. Je raakt al gauw verstrikt in het woud van de Europese instellingen en voor je het weet, worden niet de misstanden, maar jij zelf aangepakt. Natuurlijk kan het Europees Parlement zelf stappen zetten. In theorie zouden we zo'n huis voor de klokkenluiders zelf kunnen oprichten. Maar het is veel beter om voor alle Europese instellingen één huis te hebben. Het is prima en zelfs nodig dat informatie over misstanden het Parlement bereikt, maar ook de Europese Commissie en de agentschappen kunnen baat hebben bij die informatie. En laten we de belangrijke rol van de Europese Rekenkamer en de Europese Ombudsman niet vergeten.

Voor de regeling van de bescherming op nationaal niveau biedt artikel 325 van het EU-verdrag een goede rechtsbasis. Juist door onze eerst te concentreren op klokkenluiders die misstanden melden waarbij de financiële belangen van de Europese Unie in het geding zijn, voldoen we volgens mij aan alle subsidiariteitseisen. Niemand kan er toch tegen zijn mensen te beschermen die hun nek uitsteken om misstanden met ons belastinggeld te melden? Dan is het wel belangrijk dat we daarbij wetgeving maken die weliswaar misbruik voorkomt, maar iedereen die een redelijk vermoeden heeft over de juistheid van zijn of haar informatie echt beschermt. Er ligt hier veel werk voor de Commissie. Ik wijs er nog maar eens op dat mijn verslag zonder één enkele tegenstem of onthouding werd aangenomen. Zo'n duidelijk signaal, daar kan de Commissie niet omheen. En ik reken dan ook op snelle en goede initiatieven. Geen woorden maar daden.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, ochrana oznamovatelů, kteří riskují svojí kariéru, je v celospolečenském zájmu, a to jak na úrovni Evropské unie, tak členských států. Proto souhlasím s výzvou této zprávy, která navrhuje a doporučuje členským státům, aby se zabývaly legislativou na národní úrovni, která by chránila oznamovatele.

Otázkou je to, co také zpráva uvádí, zda by měl vzniknout nový nezávislý evropský orgán, který by oznamovatele chránil.

Já se domnívám, že to je předčasné, že je třeba využít institucí, které již na evropské úrovni máme, jako je například OLAF. V každém případě se jedná o velmi složitou oblast legislativní, kde je potřeba nalézt rovnováhu mezi ochranou pracovníků, kteří se nebojí postavit svým nadřízeným, ale zároveň vzít v potaz, že zde mohou být i oznámení, která budou nepravdivá. V každém případě je to dobrá iniciativa a budu pro tuto zprávu hlasovat.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la lotta alla corruzione e alle frodi è e deve essere sempre di più un tema centrale dell'azione politica dell'UE, che deve dotarsi di misure e strumenti adeguati per consentire indagini particolarmente complesse quali normalmente sono quelle relative a casi di corruzione e frodi finanziarie in danno dell'Unione.

Una risorsa importante in tal senso sono gli informatori, il cui contributo – lo abbiamo sentito dal collega de Jong – ha fatto emergere casi di conflitti di interessi, evasione ed elusione fiscale, riciclaggio di denaro e altresì infiltrazioni della criminalità organizzata a danno degli interessi finanziari dell'Unione. È auspicabile quindi che la Commissione presenti al più presto una proposta legislativa volta a garantire la protezione degli informatori secondo standard comuni in tutti gli Stati membri e a creare canali sicuri per la segnalazione delle irregolarità, che consentano riservatezza e condivisione delle informazioni, garantendo al contempo adeguata assistenza all'informatore.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι καταγγέλλοντες διαδραματίζουν σημαντικό ρόλο στην πρόληψη, τον εντοπισμό και την αναφορά παρατυπιών και παρανομιών σε σχέση με δαπάνες που συνδέονται με τον προϋπολογισμό της Ένωσης, καθώς και στην διαπίστωση και δημοσιοποίηση κρουσμάτων διαφθοράς. Για τον λόγο αυτό, θα πρέπει να προστατεύονται από την Ένωση, όπως καθορίζει και η τελευταία έκθεση για τον Ευρωπαϊό Διαμεσολαβητή, στην οποία υπήρξε εισηγητής, και όπου αναφέρεται ρητά η αναγκαιότητα προστασίας των καταγγελλόντων. Ωστόσο, μέχρι στιγμής τα περισσότερα κράτη μέλη της Ένωσης αδυνατούν να προσφέρουν επαρκή νομική προστασία στους καταγγέλλοντες, αποδυναμώνοντας έτσι ένα σημαντικό εργαλείο για την καταπολέμηση της διαφθοράς. Επομένως, θα πρέπει η προστασία των καταγγελλόντων και των δημοσιογράφων να διασφαλιστεί νομικά και να ενισχυθεί σε ολόκληρη την Ευρωπαϊκή Ένωση, εφόσον η δράση τους αποσκοπεί στην προστασία του δημοσίου συμφέροντος. Τέλος, θα πρέπει να εδραιωθεί και μια άλλη νοοτροπία ως προς τα ζητήματα ηθικής και δεοντολογίας, προκειμένου να διασφαλίζεται ότι οι καταγγέλλοντες δεν θα υπόκεινται σε αντίποινα.

Benedek Jávor (Verts/ALE). – Madam President, I would like to thank Dennis de Jong for the outstanding work with the report. I would like to welcome the European Parliament's calls for a horizontal instrument for the protection of whistle-blowers yet again and unanimously in the Committee on Budgetary Control and I hope the same for the plenary.

I hope the report fits into also the Commission's ongoing work on assessing the possibility for action, as this is clearly a common European interest to have an overall protection for whistle-blowers. Horizontal protection is the only way to ensure that all those who report wrongdoings in the interest of the public do not suffer from any sort of retaliation. I believe that it is not only a moral obligation for the EU to act in a context where citizens' trust in the institutions is low and the perception of corruption is high. It is also indispensable to ensure that EU law is properly implemented in wide areas from the protection of the financial interests of the European Union to the environmental acquis. I hope the plenary will vote for this report and the Commission is going to act.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señora presidenta, yo quería también felicitar al ponente, el señor de Jong, y plantearle a la señora comisaria —que sé que además es especialmente sensible a estos temas— que, así como tenemos registros de lobistas y también el Código de Conducta de los comisarios —que se podrían mejorar, pero que han servido de ejemplo y guía para los Estados miembros que van más retrasados—, también necesitamos un código que proteja y que dé marco legal a los denunciantes a nivel europeo, que sería la marca y la guía para que, en los ámbitos nacionales —por ejemplo en mi país, donde existen y donde están pasando verdaderas penurias y situaciones muy, muy conflictivas—, pudiésemos al menos servir de guía para darles esa protección.

Por tanto: marco legal, por supuesto, para estos denunciantes, con sus derechos y con las obligaciones también. Pero, sobre todo, un marco legal que les diera protección en el momento en el que entran en una especie de limbo en el que pierden sus empleos, están en una situación psicológica verdaderamente terrible...

Y, desde luego, toda la ayuda al bien común y al interés común que están llevando adelante no hay manera de agradecerla, y hay que protegerlos.

Por favor, señora comisaria, ayúdenos en ello.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony, a visszaéléseket bejelentő személyek valóban alapvető szerepet játszhatnak a tagállamok és az uniós intézmények segítségével. Sajnos ez alighanem csak egy elméleti lehetőség, legalábbis Magyarországon mindenképpen, ahol az állami intézmények fő funkciója a közpénzek magánpénzekké való alakítása. Az állami korrupció olyan mértékben határozza meg az emberek mindennapjait, hogy már azért is elveszítheti valaki a munkáját, ha közösségi médiafelületen egy, a kormánnyal szembeni kritikus bejegyzésre pozitívan reagál. Hasonlóképpen, a civil szervezetek is állandó nyomás alatt dolgoznak, hiszen egy bíráló az Orbán-kormánnyal kapcsolatban, és máris a külföldi ügynökök bélyegét sütik rájuk. Ilyen környezetben igen nehéz meggyőzni az embereket, hogy a visszaélések bejelentése alapvető fontosságú a közjó, valamint az Európai Unió pénzügyi érdekének védelme szempontjából. Amire ma Magyarországon számíthat egy közérdekű bejelentő, az az egzisztenciájának az elvesztése és a közszolgálati médiában történő meghurcolás.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, first off I just want to congratulate Dennis de Jong on this report. A legal framework for whistle-blowers is essential. At the moment, if you are going to become a whistle-blower in a financial sense it is a toss-up between whether you are crazy or whether you actually really want to change things, and it should be the latter. You should not have to be crazy to do it but at the moment, if you look at the evidence, that is the case. You look at people like Jonathan Sugarman who tried to blow the whistle on UniCredit in Ireland for breaches in liquidity. What happened to him? He never worked again. He has not worked to this day. So unless things change the message is very, very clear. If you blow the whistle and if you blow the whistle strong, it will most likely be rammed down your throat and the total and utter goal is to stop you ever talking again. So we need this to change because unless we do we will have anarchy and we will have even more scepticism and I do not think you want that.

(End of catch-the-eye procedure)

Margrethe Vestager, Member of the Commission. – Madam President, as is quite obvious and as you all have underlined, whistle-blowers help to uncover threats or harm to our public interest. They play an extremely important role in fighting fraud and corruption. According to a study from 2016 analysing more than 2400 cases of fraud in 114 countries, about 40% of all detected fraud cases are uncovered by whistle-blowers.

The Commission therefore strongly supports the objective of protecting whistle-blowers and this is why specific guidelines were developed back in 2012. This is also why it has been included in protective measures in the European legislation on anti-money laundering, market abuse, collective investment in transferable securities and trade secrets.

Recent leaks, such as the Panama papers, have once again highlighted the importance of whistle-blowers for journalistic investigations and, in this particular case, for exposing tax avoidance and tax evasion. Strengthening the fight against tax evasion, avoidance and illicit financial activity, promoting good tax governance, is one of the Commission's top priorities, as you all know. The Commission is currently assessing the need for horizontal or further sectoral action at EU level, with full respect for the principle of subsidiarity. We are carrying out an impact assessment study and a public consultation will be launched at the end of February. Both will inform our assessment of the next possible steps. I count on your support to encourage a wide range of citizens and stakeholders to support and participate in this consultation.

We all agree that the protection of whistle-blowers is vital. The question is how best to achieve this objective and how we can contribute at the European level and in the European part of our democracy. A lot has already been done in fields where the European Union has competence. We now need carefully to assess the needs and the possible scope for horizontal or further sectoral action here in the European democracy to see what we can do at a European level while fully respecting the principle of subsidiarity.

I look forward to continuing and deepening the discussion with you on this subject.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 February 2017.

Written statements (Rule 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Il ruolo degli informatori per la difesa della legalità e quindi anche per la tutela degli interessi finanziari dell'Unione è assolutamente centrale. La garanzia di tutela per coloro che forniscono informazioni in questo senso deve essere perciò assoluta; la tutela in questo senso deve estendersi anche agli aspetti economici, perché è facile che gli informatori perdano, a seguito delle loro delazioni, il posto di lavoro.

Il livello di protezione di queste persone varia moltissimo da Stato a Stato ed è quindi necessario introdurre standard minimi europei in tal senso. Siamo quindi impegnati a richiedere un tempestivo da parte della Commissione, a produrre una proposta legislativa in tal senso.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne. – Ochrana oznamovateľov podvodov je dôležitá pre Európsku úniu. Je nevyhnutným krokom v boji proti korupcii, odhaľovaniu konfliktu záujmov či akémukoľvek zatajovaniu podobných skutočností. Takýmto ľuďom musí byť poskytnutá pomoc a ochrana pred akýmikoľvek odvetnými opatreniami. Znamená to aj vyvarovať sa nátlaku, spochybňovania, či dokonca ich kriminalizácie. Platí to aj v prípade, ak by sa mýlili. Svojím konaním totiž upozorňujú na zneužívanie právomocí a v konečnom dôsledku pomáhajú zachovaniu dôveryhodnosti inštitúcií tak na národnej, ako aj európskej úrovni. Zákonnosť používania európskych finančných prostriedkov majú pritom v prvom rade zaisťovať členské štáty ako ich prijímatelia. Potrebná je samozrejme napríklad aj úzka spolupráca s Európskym úradom pre boj proti podvodom. Okrem toho majú k dispozícii celý rad rôznych nástrojov. Výsledky v rámci jednotlivých krajín však často nie sú uspokojivé

Cătălin Sorin Ivan (S&D), în scris. – Susțin inițierea unei propuneri legislative de instituire a unui program european de protecție legală a denunțatorilor, pentru a se impune o serie de măsuri în vederea simplificării procesului de expunere a utilizării abuzive a banilor Uniunii Europene. Acest demers implică crearea unui organism consultativ cu birouri în statele membre, precum și crearea unui site web, în cazul în care pot fi depuse plângeri. Până la stabilirea unui organ independent european, Oficiul European de Luptă Antifraudă (OLAF) va trebui să publice un raport anual privind evaluarea protecției denunțatorilor în Uniunea Europeană.

Julia Pitera (PPE), na piśmie. – Wzmocnienie ochrony interesów finansowych Unii Europejskiej oraz zwalczanie nadużyć, stanowiące jedne z najważniejszych elementów unijnego programu politycznego, odgrywają ogromną rolę w zwiększeniu zaufania obywateli do instytucji unijnych. Zarówno Komisja, jak i państwa członkowskie powinny absolutnie priorytetowo traktować zwalczanie nadużyć i chronić osoby przyczyniające się do skutecznej walki z nieprawidłowościami.

W wielu państwach członkowskich istnieje tylko częściowa ochrona sygnalistów poprzez zapisy w różnych ustawach, co oznacza brak odrębnego prawa, a tym samym brak praktyki ochrony sygnalistów. W konsekwencji znacząco ogranicza to możliwość skutecznego zwalczania nadużyć i korupcji. Dlatego też tak ważne jest utworzenie mechanizmów pozwalających na ochronę demaskatorów w Unii Europejskiej, między innymi poprzez powołanie niezależnej instytucji mającej za zadanie doradztwo, przekaz informacji oraz pomoc takim osobom. Aby mechanizm ochrony sygnalistów okazał się w pełni skuteczny, powinien on również objąć przedsiębiorstwa, organy publiczne oraz organizacje niekomercyjne. Powinien też chronić sygnalistów narażonych na odwet ze strony instytucji, w której dochodzi do nieprawidłowości.

Każde z państw członkowskich powinno zadbać o poprawne wdrażanie unijnych i międzynarodowych norm i wytycznych w sprawie ochrony demaskatorów w swoich przepisach krajowych. Tylko taka forma walki pozwoli na pełnowymiarową ochronę sygnalistów, którzy w coraz większym stopniu wpływają na skuteczniejszą walkę z nieprawidłowościami.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Järjestelmälliset, erilaisissa organisaatioissa tapahtuvat väärinkäytökset voivat tulla ilmi vain, jos joku puuttuu niihin sisältä päin. Väärinkäytösten ilmoittaja ottaa usein suuren henkilökohtaisen riskin. Tällä hetkellä tilanne on nurinkurinen, sillä väärin tai jopa rikollisesti toiminut yritys saa usein enemmän suojelua kuin väärinkäytöksen ilmoittanut henkilö. On tärkeää, että ilmoittajalle pystytään tarjoamaan laillinen suoja, joka mahdollistaa ilmoittajalle lankeavan riskin ottamisen. Usein väärinkäytösten ilmoittaja kohtaa paljon painostusta ja kärsii taloudellisesta epävarmuudesta, psykofyysisistä oireista ja monista muista normaalia elämää haittaavista tekijöistä. Meidän tulisi luoda lainsäädännöllä turvaverkko, joka mahdollistaa riskien ottamisen. Tällä tavoin väärinkäytökset saataisiin paremmin julkisuuteen, mikä on koko yhteiskunnan etu. Se, että useat ilmoittajat haluavat tätä nykyä pysyä nimettöminä, osoittaa, ettei heidän suojelunsa ole vielä läheskään tyydyttävällä tasolla.

19. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

President. – The next item is the one-minute speeches on matters of political importance (Rule 163).

Andrea Bocskor (PPE). – Elnök Asszony, komoly aggodalomra adnak okot a közelmúlt ukrájnai eseményei. Míg az ország keleti részében a kiújuló harcok miatt nőtt az áldozatok száma és ártatlan civilek váltak földönfutóvá, eközben a politikai elit egy része a valós problémák orvoslása helyett újabb konfliktusokat szít, az országban élő nemzetiségek jogainak diszkriminatív szűkítésén dolgozik. Az oktatási törvénytervezet hátrányba hozza a nemzeti kisebbségek nyelveit, a legfőbb bíróságon megtámadták a hatályos nyelvtörvényt, és a benyújtott nyelvtörvény-tervezetek megtiltanák a nemzetiségi nyelvek szabad használatát az állami, magán- és civil szférában is. Az említett intézkedések súlyosan sértik az ukrájnai őshonos nemzeti és nyelvi kisebbségek alkotmányos jogait és az ország nemzetközi kötelezettségeivel is ellentétesek.

Az Európai Uniónak egy stabil és erős Ukrájnára van szüksége, de ehhez valódi változások kellene. Az EU-nak ennek érdekében fokozott figyelemmel kellene kísérnie az ukrájnai eseményeket és az emberi alapjogok betartását is. Az európai integrációra törekvő országban elfogadhatatlan a demokratikus jogok szűkítése, mivel ez megrekeszti az ország békés konszolidációját.

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, остро осъждам призива на премиера на белгийския регион Валония Пол Маниет за излизане на България от Европейския съюз. Смятам за недопустими подобен род шовинистични изказвания, още повече че с г-н Маниет принадлежим към едно и също политическо семейство. На свой ред го съветвам да престане с евтиния флирт с белгийския електорат и да помисли как може да изградим солидарна Европа и да се противопоставим на популистката риторика на крайно десните политически формации.

Адмиравам позицията на г-н Маниет относно търговското споразумение с Канада (CETA), но остро се противопоставям на опитите му да третира българите като втора ръка граждани в Европейския съюз. Още повече че ние имаме история над 1300 години. Нямаме нужда от нов Найджъл Фараж в Европа, още повече сред редиците на социалистите.

Urszula Krupa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Nagłośniony ostatnio w prasie brytyjskiej zgon młodej kobiety z powodu choroby zakrzepowo-zatorowej po stosowaniu antykoncepcji hormonalnej trzeciej generacji powinien stanowić także tutaj ostrzeżenie – podobnie do tysięcy powikłań po stosowaniu pigułek antykoncepcyjnych – nie tylko dla kobiet stosujących je, ale dla wszystkich, które bronią praw do ubezpieczania. Kobiety uzależnia się teraz od hormonów od wczesnej młodości, poczynawszy od leczenia trądziku, z następczą antykoncepcją hormonalną, która skutkuje ciężkimi zaburzeniami cyklu, następczymi poronieniami, różnego rodzaju nowotworami, również w młodym wieku, chorobami układu krążenia, aż po niewydolność jajników po trzydziestym piątym roku życia, wymagającą stosowania równie niebezpiecznej hormonalnej terapii zastępczej. Jedynie wymierne korzyści z takich hormonalnych terapii mają bogacące się koncerny farmaceutyczne i oczywiście propagatorzy in vitro.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Gospođo predsjednice,

Bosna i Hercegovina pati od nacionalizma koji u posljednje vrijeme eskalira. Ali ta zemlja ne dobiva nikakvu adekvatnu pomoć da se bori s tim nacionalizmom. Evo pogledajte samo kako u ovim separatističkim i nacionalističkim vremenima neki parlamentarci ovdje govore o federalizaciji zemlje.

Dakle, u zemlji s četrnaest parlamenta, tri predsjednika, 130 ministara, predlaže se daljnja fragmentacija. Kao „to je rješenje“. Zemlja ne funkcionira s 14 parlamenata pa hajmo probati s 30, možda profunkcionira. Oprostite, ali to su gluposti. Problem Bosne je da nacionalistička politika djeluje nekažnjeno zadnjih 20 godina. Iako postoje i sredstva i mogućnost da se to zaustavi. A nakon 20 godina, naravno da neki počnu razmišljati „zašto ne bismo i mi vodili istu politiku, očito se isplati“.

Ako Europa stvarno želi smanjiti nacionalizam, treba promovirati stvaranje funkcionalne države. Zaboravite federalizaciju, dijeljenja, entitete, gluposti. Pomozimo zemlji da postane funkcionalna i pravna država, onda će se sve to samo od sebe srediti.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Madam President, last week (First) Vice-President Timmermans quietly shelved his anti-corruption reports, saying that there is no need for any more reports on Member States. However, in Ireland this week we have learned that there has been a vile, sinister and concerted campaign to destroy the character and private life of a Garda police whistle-blower. The whistle-blower, Maurice McCabe, raised concerns about Garda malpractice, but his complaints were not processed: instead he was vilified by his own police force and on Thursday it was disclosed that he was the victim of a false accusation of child abuse. A full public inquiry needs to ascertain whether there was collusion between government and the police force to destroy the character of Maurice McCabe.

What the McCabes and the Irish public need to know now is who and what knew of this allegation. Was the Garda Commissioner involved in the smear campaign and were there present or former members of the Irish Government who were aware of the heinous false allegations? The time for cover-ups and black propaganda is over, but the fight against corruption is far from over, Vice-President Timmermans.

Petr Mach (EFDD). – Paní předsedající, Parlament před několika lety schválil zřízení agentury Frontex a jejím účelem je, mělo být, pomáhat členským státům v ochraně hranic, koordinovat ochranu hranic a koordinovat navracení, repatriaci ilegálních migrantů.

Když jsem z médií zjistil, že tato agentura dělá pravý opak, že místo, aby pomáhala chránit hranice Evropské unie před ilegální migrací, tak naopak jezdí ke břehům Afriky, loví tam migranty a vozí je do Evropy, podal jsem v této věci písemný dotaz Komisi, interpeloval jsem Komisi, jak je toto možné. Není to snad překročení úřední pravomoci? Není to snad zneužívání peněz daňových poplatníků? Neohrožuje to snad bezpečnost Evropské unie, všech Evropanů? Já se domnívám, že ano, a nechápu, že Evropská komise neodpověděla půl roku na moji interpelaci. Na jiné odpovídá velmi rychle.

Laurențiu Rebegea (ENF). – Doamnă președinte, după cum știți, în România situația socială și politică este tensionată din cauza unor acte normative controversate pe care guvernul a vrut să le adopte cu o grabă suspectă și a unor demonstrații de stradă generate de această situație.

Din păcate, nemulțumirea legitimă a cetățenilor a fost deturnată politic. După abrogarea respectivei ordonanțe, demonstrațiile de stradă continuă exact în sensul indicat explicit de Președintele României.

Subliniez că, în conformitate cu Constituția României, președintele trebuie să fie un mediator. La numai două luni de la alegerile parlamentare libere și corecte, prelungirea demonstrațiilor, dincolo de atingerea scopului inițial, este un risc la adresa democrației. Practic, s-a creat precedentul ca orice minoritate activă și vocală în stradă să poată să blocheze nu doar o măsură a unei instituții ci întreaga instituție. S-a trecut de la incriminarea unei fapte la incriminarea unei alegeri politice.

Este îngrijorător faptul că demonstrațiile de la București sunt prezentate pe larg pe multe canale media europene ca fiind un exemplu pe care România îl dă țărilor europene. Ceea ce nu se reține în media occidentală este discursul urii în stradă, dincolo de conținutul corect politic al bannerelor scrise în engleză, scandările democrațiilor incită la violență fizică asupra unor persoane sau asupra simpatizantului unei platforme politice.

László Tőkés (PPE). – Elnök Asszony, az erdélyi magyarok együtt éreznek és együtt tartanak a korrupció, illetve a korrupciót legalizálni akaró román kormány ellen tüntető polgártársaikkal. Éppen ezért megdöbbenéssel vettük tudomásul, hogy vezető kormánypolitikusok – Vlagyimir Putyin és Orbán Viktor legutóbbi találkozója kapcsán – „külső beavatkozást” és „magyar revizionizmust” emlegetnek a több százezres demonstrációk hátterében. A Román Tudományos Akadémia közel száz tagjának felhívása egyenesen a székely-magyar területi autonómiától akarja megvédeni az ország identitását, szuverenitását és nemzeti egységét. A románok és az erdélyi magyarok 1989-ben is együtt harcoltak a kommunista diktatúra ellen. Huszonhét év után szintén együtt lépünk fel a korrupt posztkommunista rezsimmel szemben. Tiltakozunk a hazug nacionalista propaganda ellen, mely a nem létező magyarvesztéllyel próbálja megfélemlíteni a többségi románságot. Nem a magyaroktól és nem az autonómiától, hanem a korrupciótól kell megvédeni Romániát!

Tibor Szanyi (S&D). – Madam President, I have already raised a couple of times here the issue of the clients of IronFX – a Cyprus based foreign-exchange company that continuously swallows small investors' deposits by simply denying their withdrawal requests. The crime has been going on for two years already and still there is no sign of any intervention, either by the Cypriot authorities or by those of the European Union. It is a shame, but the EU is merely deaf and silent.

However, it is not only certain financial companies that swallow people's money in Europe – the Hungarian Government also behaves as a kind of black hole in terms of European development aid to Hungary. Practically all these amounts are diverted into the pockets of proxies or family members, leaving little space, if any, for transparency. No wonder then that media are asserting more frequently that Orbán and his team may also be subject to Russian bribery. Indeed, the Hungarian Prime Minister shamelessly acts in the interests of Mr Putin and against European achievements.

The EU, and especially the Commission, cannot be blind or silent any longer.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Komisarz ds. sprawiedliwości Vera Jourová opowiedziała się za zastosowaniem wobec Polski sankcji budżetowych, jeżeli nasz kraj nie zaakceptuje prokuratury europejskiej. Apeluję do przewodniczącego Komisji Europejskiej o jednoznaczne zdystansowanie się do tych słów i o zwrócenie się do pani Very Jourovej – na podstawie art. 17 Traktatu o Unii Europejskiej – o rezygnację z miejsca w Komisji Europejskiej. Deklaracja pani komisarz to bardzo manifestacyjny przejaw tendencji do forsowania imperialnej władzy instytucji Unii Europejskiej w stosunku do państw Europy, wbrew ich prawu, wbrew naszemu wspólnemu traktatowemu prawu i wbrew woli narodów.

Wysoka Izbo! Ta tendencja zresztą w swych konsekwencjach godzi nie tylko w mój kraj i w poszczególne kraje Unii Europejskiej, ale godzi w samą współpracę europejską i w samą Unię, dlatego że takie działania pogłębiają jedynie chaos i kryzys na naszym kontynencie.

Marian Harkin (ALDE). – Madam President, last week the Irish Prime Minister met the Polish Prime Minister and on the agenda was the push by Ireland for special status in the Brexit negotiations. The Polish Prime Minister was non-committal and said it was one of many questions that needed to be addressed, and yes, it is – but it is a very crucial question.

Ireland does not look for special status because we are Ireland, but because there are special circumstances, very special circumstances. Our exports to the UK are about 17% of our total exports, much higher than any other Member State, and 41% of those exports are in the agri-food sector, leaving it open to catastrophic impacts in the event of a hard Brexit. Our land border stretches 499 kilometres from west to east. We have strong cultural, social, economic ties with Northern Ireland, and our peace process is underpinned by cross-border cooperation in all sectors. A hard border would bring about huge dislocation in all these areas. Our job as MEPs is to ensure this reality is heard and taken on board by our partners.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a última emissão de dívida portuguesa a dez anos foi feita a taxas de juro superiores a 4 %. Voltaram as ameaças do Eurogrupo. Está demonstrada a impossibilidade de defender os interesses de Portugal sem enfrentar a questão da dívida e do euro.

É ilusório esperar que o cumprimento do défice ou a subordinação ao fardo da dívida resulte nalgum tipo de misericórdia por parte dos mercados e dos seus representantes políticos. Se excluirmos os juros da dívida, Portugal dispõe de um saldo orçamental primário superior a 4 mil milhões de euros.

Desprovida de soberania monetária, a periferia do euro está totalmente dependente das opções do BCE, que não controla, ou da chantagem das agências de notação. Por outras palavras, o euro entalou a periferia entre a chantagem da troica e a chantagem dos mercados financeiros.

E a solução não passa por ceder a nenhuma delas, passa pela recuperação da soberania monetária e pela saída do euro dos Estados-Membros que considerem a sua permanência insustentável, assim como pela renegociação da dívida, dos prazos, juros e montantes, de preferência no quadro negociado no plano europeu.

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, l'Union européenne n'a pas de politique commerciale cohérente face à la Chine.

Le 27 janvier, la Commission a décidé, sous la pression du Front national, de soumettre l'importation de l'acier chinois à une surtaxe de plus de 30 %. Cette mesure de rétorsion vise à sauver ce qui reste de la sidérurgie européenne. C'est, hélas, trop tard pour Florange, dont les hauts-fourneaux ont été arrêtés à cause du dumping chinois que le dogme ultralibéral de Bruxelles a laissé prospérer. Ce dogme, la Commission n'y a d'ailleurs nullement renoncé, car elle vient d'annoncer la fin des surtaxes à l'importation des panneaux solaires chinois. Cela correspond à la volonté de M^{me} Merkel de développer le libre-échange avec la Chine.

L'Union ne cherche, en définitive, qu'à tromper les peuples européens. Elle ne taxe l'acier chinois que pour mieux détourner leur attention de la capitulation qu'elle s'apprête à signer dans tous les autres domaines.

Romana Tomc (PPE). – Bolj kot kdaj koli prej po šestdesetih letih evropske integracije potrebujemo odločitev o trdni Evropi. Sprva se moramo zediniti o tem, kaj sploh želimo, ali bomo zagovarjali močno Evropo, Evropo, ki je zgrajena na evropskih vrednotah.

Ker se zavedamo, da je zdravo gospodarstvo ključnega pomena za vzdrževanje evropskega socialnega modela in kjer velja, da gredo pravice z roko v roki tudi z odgovornostjo.

Jutri bomo razpravljali o prihodnosti Evropske unije. Naj ob tem povem, da so eminentni slovenski pravniki podali nov osnutek evropske ustave, ki temelji na prepričanju, da je Evropska unija lahko zgolj uravnotežena unija nacionalnih držav, njihovih civilnih družb in tržnih gospodarstev ob medsebojnem spoštovanju. Veseli me, da je pobuda prišla iz moje države Slovenije, ki je ena izmed najmanjših članic. Morda vse predlagane rešitve ne bodo sprejemljive za vse, vendar, kolegi in kolegice, vabim vas k branju.

Julie Ward (S&D). – Madam President, last week's vote on the Article 50 bill in the UK paved the way for a dangerous hard Tory Brexit. At this point in history, we have a responsibility to speak truth to power and take a moral stand. Contrary to Mrs May's dangerous and dogmatic spin, Brexit will not be a success for ordinary people and its consequences will be profound and far-reaching, affecting our global geopolitical position, as well as local communities. I recently visited Calderwood House hostel for the homeless in Cumbria and met men and women, including ex-military personnel, whose lives are being transformed thanks in part to European funding which kick-started this social enterprise. An ERDF business development grant of GBP 1 000 has resulted in entrepreneur Rachel Holliday raising more than half a million pounds to renovate a disused building and establish a coffee retail service run by the hostel residents. This is not charity but the homeless helping themselves, and in doing so, lessening the burden on the state. Without EU funding will we have this kind of enterprise in the future?

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, comisaria, el Consejo de Seguridad Nuclear de España ha aprobado un informe favorable a la reapertura de la central nuclear más antigua y pequeña de dicho Estado, la de Santa María de Garoña. El informe reconoce que la central no ha implementado las mejoras de seguridad obligatorias tras la catástrofe de Fukushima. Tampoco se han cumplido las obligaciones que sobre transparencia establece la Directiva sobre seguridad nuclear, como denunció aquí el presidente de la Diputación de Álava, lo que compromete gravemente la seguridad de la ciudadanía que vive en el área de influencia ante un posible accidente.

La Comisión no ha recibido tampoco los planes de inversión que afectan a la planta, lo que incumple de pleno el Tratado de Euratom. No se pueden acumular más incumplimientos ni más razones para la desconfianza frente a una planta que, por su capacidad y condiciones, no es necesaria para garantizar el abastecimiento eléctrico. La Unión Europea tiene obligaciones y argumentos para unirse a las instituciones y a la ciudadanía en su «no» rotundo frente a esta incomprensible decisión.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, conventional wisdom has it that when there is a breakdown of law and order it is due to external forces. In Ireland, at the moment, law and order is in crisis but it is a crisis that comes from within. The country is convulsed and repulsed at the treatment of a police officer, a whistle-blower, Sergeant Maurice McCabe, an incredibly courageous individual who for his courage has been demonised in the most vile terms by some of the most senior echelons of the force, with a former press officer stating that he was instructed to spread lies and innuendo about Sergeant McCabe.

Then there is the Jobstown scandal. Deliberately and provocatively a government minister visited an area her government policies had helped to devastate. Her car was blocked by a sit-down protest but only her car. When she decided to leave, she did so unmolested and unharmed. As a result of this 19 people were arrested, a 15-year-old boy already found guilty and a former MEP up in court shortly, Paul Murphy. I stand with Paul Murphy and the other Jobstown protesters. So should every person in this House who believes in fairness.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, Caros Colegas, confrontei várias vezes esta Casa, a Comissão Europeia e o Governo de Portugal com os riscos diários que representa para Portugal a central nuclear de Almaraz, a poucos quilómetros de Portugal e do rio Tejo. Almaraz é uma central obsoleta, uma autêntica bomba-relógio que deveria ter fechado em 2010, mas que viu a sua vida prolongada até 2020. Os portugueses, há 40 anos, em Ferrel, opuseram-se maciçamente à construção de uma central nuclear no seu território, bem como aos projetos nucleares que Espanha tem vindo a executar em cima do nosso território, em violação das obrigações internacionais a que está vinculada.

O licenciamento do armazém temporário em Almaraz, pela sua enorme capacidade de armazenamento, demonstra bem a intenção camuflada de Espanha de recolher não só os resíduos de Almaraz, depois de 2018, como os das outras seis centrais nucleares espanholas. Demonstra ainda a vontade de prolongar o funcionamento de Almaraz até aos sessenta anos de vida, tal como aconteceu na semana passada com a decisão de reabrir a central nuclear de Garoña, que cumpre os sessenta anos de existência.

Caros Colegas, não podemos permitir que os portugueses continuem a viver em permanente sobressalto. Portugal não pode tornar-se a lixeira nuclear de Espanha.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Doamnă președinte, stimați colegi, biodiversitatea, rezultat al miliarde de ani de evoluție modelată din ce în ce mai mult nu prin procese naturale, ci prin acțiuni antropice, este subiectul multor dezbateri și conferințe, legiferări, discursuri și opere scrise.

Despre efectele antropice asupra sistemelor naturale, respectiv despre degradarea lentă a sistemelor ecologice amenințate chiar cu dispariția, se cunosc destul de multe argumente, motivații economice, etice, științifice, estetice, abordări și posibile soluții, combaterea secetelor și a inundațiilor, protejarea speciilor, reciclarea, stabilizarea climei etc.

Însă unul dintre conceptele biodiversității se referă la diversitatea etnoculturală a sistemelor socioeconomice, diversitate confruntată în prezent cu o presiune tot mai mare sub impactul acțiunii antropice, ceea ce le face să funcționeze din ce în ce mai ineficient, cauzele principale fiind incapacitatea populației de a aprecia consecințele pe termen lung ale activităților antropice, incapacitatea piețelor de a recunoaște valoarea capitalului uman, a factorilor de decizie de a utiliza competențele capitalului uman și altele, efectele fiind vizibile în plan fizic și virtual însă cu consecințe profunde pentru existența lumii materiale și bunăstarea oamenilor.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, quero trazer hoje aqui a situação das mariscadoras e dos mariscadores das rias galegas que veem como os acontecimentos frequentes das áreas onde trabalham – a mortandade dos mariscos, a causa da contaminação das águas e das lamas acumuladas – ameaçam os seus empregos. As fontes de poluição são diversas: a empresa de celulose de Pontevedra, a mina de San Finx em Lousame, mas também o mau funcionamento das depuradoras das águas residuais ou que não se realizem os projetos de limpeza e saneamento necessários. As rias dos burgos de Ferrol, Noya ou Pontevedra são só alguns exemplos.

Chamamos a atenção da Comissão Europeia para que obriguem as autoridades galegas e as do Estado espanhol a porem em marcha todas as medidas que forem precisas para atalhar esta situação e a efetuarem, de uma vez por todas, o saneamento e a racionalização da rias galegas e para que as águas residuais urbanas sejam devidamente recolhidas e tratadas.

A penalização económica não serve, é o povo que paga. Obriguem a fazer o saneamento.

Franc Bogovič (PPE). – Laži in polresnice so tiste *fake news*, ki se jih vedno bolj prodaja kot trdne argumente. Postajamo družba, ki ne želi slišati podatkov, števil. Na enak način delujejo tudi nasprotniki prostotrgovinskega sporazuma med Evropsko unijo in Kanado. Zato naj ponovim nekaj resnic o CETI.

CETA ohranja visoke evropske standarde na področju varne hrane. CETA ne dovoljuje uporabe rasnih hormonov in antibiotikov v živinoreji. Uvoz govejega in svinjskega mesa je količinsko omejen s kvotami. CETA ne vpliva na setev gensko spremenjenih organizmov. CETA bo pomagala predvsem evropskim malim in srednje velikim podjetjem. Velika večina carinskih dajatev bo ukinjena. Mala in srednje velika podjetja bodo bistveno bolj zaščiteni v mednarodnih investicijskih sporih.

Tudi v Sloveniji, od koder prihajam: na Brniku ima kanadski Bombardier letalski servisni center. Kanadska Magna načrtuje veliko investicijo v Sloveniji. CETA bo tudi v Sloveniji zagotovila nova delovna mesta.

Iuliu Winkler (PPE). – Elnök Asszony, az emberi méltóság tisztelete a demokratikus jogállamok egyik alapelve, amelyetől nem szabad eltekinteni. Annál fontosabb ez a parancsolat, amikor az idősekre gondolunk, különösen azokra, akik ápolásra, gondozásra szorulnak. Az idősek otthoni ápolásában Európa-szerte erre szakosodott civil szervezetek segítenek. Tevékenységük kiszámítható, tervezhető állami támogatásban részesül. Érthetetlen és önkényes döntés tanúi lehetünk a napokban Romániában, ahol a Munkügyi Minisztérium rajtaütésszerűen, magyarázat és előzetes bejelentés nélkül felére csökkentette a szociális szolgáltatásokat nyújtó civil szervezetek támogatását. Több mint hatezer személy veszítheti el a szociális ellátását, mivel az őket gondozó szervezetek támogatását megszüntették. Mintha megfordult volna az idő kereke, 27 évvel veti vissza a múltba országunkat ez a döntés. A kormánynak azonnal ki kell javítania ezt a súlyos tévedést.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Asszony, kedves képviselőtársaim, arra kérem Önöket, hogy képzeljék el a következő helyzetet: Önök megszületnek valahol a szülőföldjükön, valahol Európában, egy országban. Az édesanyjuk és az édesapjuk, a nagyszülei megtanítják Önöket egy anyanyelvre. Ott élnek azon a földön, ahol a szülei, a nagyszülei, a dédszülei, a felmenők mindig is éltek. És egyik napról a másikra ez egy másik ország lesz, egy másik nyelvvel. Ez történt például a kárpátaljai magyarokkal, akik jelenleg kb. kétszázezren vannak, és mit ad Isten, ahogy közeledik Ukrajna az Európai Unióhoz, úgy távolodik a normális emberi jogi értékrendtől, már ami az őshonos nemzeti közösségeket illeti. Most akarnak bevezetni egy olyan nyelvtörvényt, amivel gyakorlatilag megtiltják az anyanyelvhasználatot az őshonos nemzeti közösségeknek, az Önök nyelvén nemzeti kisebbségeknek. Arra kérem, hogy nagyon határozottan lépjenek fel ez ellen a nyelvtörvény ellen, mert ez nem egyeztethető össze az európai uniós normákkal.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, měli bychom si uvědomit, že Evropská unie čelí velmi vážné situaci. Ukazuje se, že prezident Trump je novým fenoménem, který neposkytuje jistého, předvídatelného partnera.

Odchod Velké Británie je jasným oslabením Evropské unie. Nepodceňujme příklad Velké Británie, který posílil hlas populistů ve všech zemích Evropské unie. Občané se mě ptají, jaká je naše reakce, jak odpovíme na tyto výzvy. Pro nás by to měla být výzva k tomu, abychom si uvědomili smysl Evropské unie, to, že chceme-li být silní, musíme řešit skutečné, zásadní problémy, které jednotlivé země na své úrovni řešit nemohou. Problémy, které pálí naše občany, jako je bezpečnost, ekonomický růst a kvalita životního prostředí. V tomto týdnu budeme o nich hlasovat. Je to směrnice o boji proti terorismu, obchodní dohoda s Kanadou, nařízení o posílení kontroly vnějších hranic, reforma obchodu s povolenkami. Podle mého názoru je to velmi jasná odpověď na obavy našich občanů a my bychom jim to měli sdělovat.

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, 2016 has been a destructive year and there are more challenges ahead for us in 2017. For those of us who are committed to the European project, these disruptions or challenges should and can provide the opportunity to engage more with other nations and with other economies and to pursue with ambition the completion of EU-negotiated trade agreements. Free trade does not mean a diminution of the EU standards that have been built up over so many years, protecting welfare, health and safety, social rights and entitlements, consumer rights, the right to do business, the right to trade and the need to protect and enhance our environment. Rather, they can be an enhancer, an enabler and a bridge builder. If the EU is to meet the expectations of its citizens it must make full use of the enormous market potential that is there outside its borders and, in so doing, help to shape and influence global standards, standards that we take so much for granted here and yet that have needed such hard work to develop over so many years, standards that will benefit consumers and businesses who will benefit from trade deals, but also encourage dialogue between people and citizens. Bridge building, not building walls, is where we should be now and it is time for Europe to step up to the plate in this area.

President. – With apologies and thanking you for your understanding, Mr Negrescu, you have the floor.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, la jumătatea mandatului de europarlamentar mă bucur să transmit un nou mesaj tuturor celor din Transilvania și Banat care au avut încredere în mine.

Sper că am demonstrat cât de mândru sunt să fie unul dintre românii care reprezintă această frumoasă zonă. Am luat cuvântul de nenumărate ori în Parlamentul European pentru a vorbi despre România și zona noastră, am sprijinit dezvoltarea unei forme de reprezentare a intereselor locale în capitala europeană, am contribuit la numeroase acțiuni de promovare, printre care cel mai mare festival al românilor din Belgia.

Toate aceste inițiative s-au axat pe importanța zonei noastre și, în mod special, a județului meu de suflet, a județului Alba. Dar cel mai important pentru mine a fost să aduc din spiritul nostru combativ aici în Parlamentul European, să lupt pentru apărarea intereselor noastre și să cer un tratament egal pentru toți cetățenii europeni.

Pe viitor voi organiza la Parlament European o serie de conferințe și expoziții pentru promovarea României, voi căuta ca centenarul Unirii să devină un prilej de creștere a profilului țării noastre și a municipiului Alba Iulia la nivel european și, mai ales, mă voi asigura că banii europeni, fondurile din proiectele pilot să ajungă la beneficiari din Transilvania și Banat.

President. – That concludes the item.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung

President. – The sitting tomorrow, Tuesday, 14 February — a very special day, which you will all note — begins at 9.00 in the morning. The agenda has been published and is available on the European Parliament website.

21. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.45)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/2670

18.4.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. FEBRUAR 2017

(C/2024/2670)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 13. bis 16. Februar 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
3. Mögliche Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union – Verbesserung der Arbeitsweise der Europäischen Union durch Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon – Haushaltskapazität des Euro-Währungsgebiets (Aussprache)	4
4. Feierliche Sitzung – Österreich	41
5. Antrag auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll	46
6. Mitteilung des Präsidenten: siehe Protokoll	46
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	46
8. Abstimmungsstunde	46
8.1. Partnerschaftliches Abkommen über nachhaltige Fischerei EU/Cookinseln (A8-0010/2017 - João Ferreira) (Abstimmung)	46
8.2. Partnerschaftliches Abkommen über nachhaltige Fischerei EU/Cookinseln (Entschließung) (A8-0015/2017 - João Ferreira) (Abstimmung)	47
8.3. Kontrolle des Registers und Zusammensetzung der Sachverständigengruppen der Kommission (A8-0002/2017 - Dennis de Jong) (Abstimmung)	47
8.4. Die Rolle von Informanten beim Schutz der finanziellen Interessen der EU (A8-0004/2017 - Dennis de Jong) (Abstimmung)	47

Inhalt	Seite
8.5. Liste der Drittstaaten und dritten Organisationen, mit denen Europol Abkommen schließt (A8-0035/2017 - Agustín Díaz de Mera García Consuegra) (Abstimmung)	47
8.6. Kontrollmaßnahmen für die neue psychoaktive Substanz Methyl 2-[[1-(cycloheptylmethyl)-1H-indol-3-carbonyl]amino]-3,3-dimethylbutanoat (MDMB-CHMICA) (A8-0024/2017 - Lorenzo Fontana) (Abstimmung)	47
8.7. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2016/005 NL/Drenthe Overijssel Einzelhandel (A8-0036/2017 - Nedzhmi Ali) (Abstimmung)	47
8.8. Überarbeitung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik (A8-0020/2017 - Bogdan Brunon Wenta, Norbert Neuser) (Abstimmung)	47
8.9. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik der EU (A8-0001/2017 - Tibor Szanyi) (Abstimmung)	47
8.10. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen psychische Gesundheit und klinische Forschung (A8-0380/2016 - Beatriz Becerra Basterrechea) (Abstimmung)	47
8.11. Prioritäten für die 61. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (A8-0018/2017 - Constance Le Grip, Maria Arena) (Abstimmung)	48
9. Stimmerklärungen	48
9.1. Kontrolle des Registers und Zusammensetzung der Sachverständigengruppen der Kommission (A8-0002/2017 - Dennis de Jong)	48
9.2. Die Rolle von Informanten beim Schutz der finanziellen Interessen der EU (A8-0004/2017 - Dennis de Jong)	48
9.3. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik der EU (A8-0001/2017 - Tibor Szanyi)	50
9.4. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen psychische Gesundheit und klinische Forschung (A8-0380/2016 - Beatriz Becerra Basterrechea)	51
9.5. Prioritäten für die 61. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (A8-0018/2017 - Constance Le Grip, Maria Arena)	53
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	54
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	54
12. Aktueller Stand der zweiten Überprüfung des makroökonomischen Anpassungsprogramms für Griechenland (Aussprache)	54
13. Verschlechterung der Lage in der Ostukraine (Aussprache)	71
14. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	84
15. Lage im Westjordanland und in den Siedlungen (Aussprache)	84
16. Bericht 2016 über Albanien (Aussprache)	102
17. Bericht 2016 über Bosnien und Herzegowina (Aussprache)	113

Inhalt	Seite
18. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2017 — Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2017 — Binnenmarktsteuerung innerhalb des Europäischen Semesters 2017 (Aussprache)	124
19. Bankenunion – Jahresbericht 2016 (Aussprache)	146
20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	153
21. Schluss der Sitzung	153

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. FEBRUAR 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.00)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. Mögliche Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union – Verbesserung der Arbeitsweise der Europäischen Union durch Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon – Haushaltskapazität des Euro-Währungsgebiets (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca, in discussione congiunta,

— la relazione di Guy Verhofstadt, a nome della commissione per gli affari costituzionali, sulla possibile evoluzione e l'adeguamento dell'attuale struttura istituzionale dell'Unione europea (2014/2248(INI) - (A8-0390/2016),

— la relazione degli onn. Mercedes Bresso e Elmar Brok, a nome della commissione per gli affari costituzionali, sul miglioramento del funzionamento dell'Unione europea sfruttando le potenzialità del trattato di Lisbona (2014/2249(INI) - (A8-0386/2016), e

— la relazione degli onn. Reimer Böge e Pervenche Berès, a nome della commissione per i bilanci, sulla capacità di bilancio della zona euro (2015/2344(INI) - (A8-0038/2017).

Guy Verhofstadt, rapporteur. – Mr President, in a few weeks' time we will all be going to Italy for the 60th anniversary of the Treaty of Rome, often described as a big success and a big leap forward. In fact it was the outcome, dear colleagues, of nearly 10 years of negotiations and debates between the leaders of most of the Western European states, leaders who at that time, as we all know, wanted to build up a united Europe after the atrocities of the Second World War, and it started, as we know, with the historic speech by Winston Churchill at the University of Zurich in 1946. A year later, in 1947, at the Albert Hall in London, Churchill, the British bulldog, made it very clear what he wanted. He said, and I quote him: 'I present the idea of a united Europe in which our country, Britain, will play a decisive part as a member of the European family'. Moreover, Churchill – and it's good to remember this – unlike the Prime Minister at that time, Clement Attlee, even wanted Britain to participate in the European Steel and Coal Community, but he lost the vote in the British Parliament by 309 votes to 296, a small difference, I would say.

Indeed, dear colleagues, it is good to remember that at that time the Tories were openly pro-European. And now, more than 60 years later, we think that with these reports the European Union needs profound reform again: let's face it, our Union is in crisis. Our European Union does not have a lot of friends at home, and certainly not abroad; the Union does not deliver any more. It is always too little, too late, and that, in my opinion, is the reason why many people and many citizens are angry in Europe. They are not against Europe. They are against a Union that does not deliver the right results, that is not capable, for example, of finding the right answers to the refugee crisis, responding to migration, or breaking down the economic stagnation after the financial crisis of 2008.

People are not against Europe. They want more Europe to face these challenges, but they are critical, it is true, of the way that the European Union works today. And that is the reason for these three reports. Brexit, Trump, Putin – I think that there are reasons enough to reform our European Union and to do it in a very profound way. That is the reason for these three reports, which you have to see together as one package. We want to do three things. First of all, we want to create a more efficient Union, for example by slimming down the Commission, ending Europe *à la carte*, and creating a single seat for the European Parliament. We also want to make the Union more democratic by reforming the European elections, expanding the process centring on lead candidates, and reforming and turning the European Council into what we call a council of states, alongside the European Parliament, in which we serve as the representatives of the citizens. And furthermore we want a stronger Union, better protection for civil liberties in the Union, a Union including a euro zone with a government, a fiscal capacity, a finance minister, own resources, a convergence court, and conditionality. I think that these reports give a good blueprint of what is necessary for the future and that is not a battle between the European Union on the one hand and the nation-states on the other. No, Europe needs both. In this report we are also proposing a green card, for example, for the national parliaments, along with a right of initiative for this European Parliament and for the European Council.

Once these reports are adopted, on Thursday, I hope, what is the way forward? I think that there is one way forward and that is to propose to the Commission, Mr Vice-President, and also to the European Council, that we start an interinstitutional reflection exercise, which is something that we can do better together. We have good experience with the Monti report on own resources. Why not do the same again? And that is not a luxury, dear colleagues: this report is an absolute necessity.

Elmar Brok, *Berichterstatler*. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Bürger erwarten Lösungen von Europa und sind deswegen ärgerlich mit Europa, weil diese Lösungen nicht präsentiert werden. Und gleichzeitig verweigern Mitgliedstaaten, die dieses in der Debatte noch verstärken, diesem Europa die Instrumente, damit es die Probleme lösen kann – wohlwissend, dass eine Vielzahl der Probleme nur gemeinschaftlich gelöst werden kann. Die Äußerungen von Trump und anderen, dass man Europa teilen möchte, um mit den einzelnen Teilen zu diskutieren, ist falsch. Europa ist mehr als die Summe der Mitgliedstaaten, wenn es um unseren Einfluss in der Welt geht. Und aus diesem Grunde müssen wir für die Herausforderungen, die wir von Migration über die Konsequenzen der Globalisierung bis hin zur inneren und äußeren Sicherheit, Terror und solchen Fragen haben, deutlich machen, dass Europa hier liefern muss.

Der Vertrag von Lissabon liefert eine Vielzahl von Möglichkeiten, die bei weitem noch nicht ausgenutzt sind. Das heißt, die Mitgliedstaaten haben kein Alibi, dass es nicht gemacht wird, sondern sie müssen erlauben, dass der Vertrag von Lissabon endlich ausgenutzt wird. Das muss deutlich sein. Und dabei bedarf es beispielsweise einer stärkeren Nutzung der Mehrheitsentscheidung. Es ist unerträglich, dass die Ministerräte sich einigen, den Vertrag nicht zu nutzen. Ich halte es für ein vertragswidriges Verhalten, sich auf Einstimmigkeit zu verständigen, wenn Mehrheitsentscheidung im Rat vorgesehen ist, und dass, wenn kein Konsens gefunden wird, etwas dann zum Europäischen Rat geschickt wird, der nur einstimmig entscheiden kann. Das ist ein vertragswidriges Verhalten in Rat und Ministerrat, das wir deutlich sehen sollten. Und wir müssen auch klarmachen, dass die Gemeinschaftsmethode mit der qualifizierten Mehrheitsentscheidung als Regelfall die Methode der Effizienz, der Transparenz und der Beteiligung der Bürger ist.

Ich meine, dass die Transparenzfrage auch wichtig ist. Wir wollen deswegen, dass allein durch Statutenveränderung des Rates, des Ministerrates, bei Gesetzgebung klar wird: Es gibt ja nur einen Ministerrat, wie der Vertrag sagt, der öffentlich tagen muss, damit jede Regierung begründen muss, wie sie abgestimmt hat in einem Gesetzgebungsvorhaben, damit sie zu Hause nicht mehr erklären kann, sie sei nicht dabei gewesen. Und die Fachministerräte sind dann die Ausschüsse, wie das bei einer vernünftigen zweiten Kammer ist. Das kann nur durch Statutenveränderung des Rates passieren. Dafür brauchen wir keine Vertragsänderung.

Wir sollten auch keine Spaltung der Europäischen Union erlauben. Ich bin für verschiedene Geschwindigkeiten, aber im Rahmen des Vertrages – verstärkte Zusammenarbeit, permanente strukturierte Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Aber bitte nicht neue Institutionen einrichten! Wir wollen die einheitlichen Gemeinschaftsinstitutionen, die für alles zuständig sind, und nicht wieder neue Administrationen in der Eurogruppe schaffen. Ich bin gegen eine Teilung zwischen Euroländern und Nicht-Euroländern, besser gesagt: Noch-Nicht-Euroländern. Ich glaube, dass wir diese Einheit bewahren sollten bei allen Unterschieden, die vorhanden sind.

Zur Migration – bei der Handelspolitik wird es jetzt deutlich: Bei der Migration können wir die Fragen der Grenzkontrollen, die wir schon lange fordern, endlich durchsetzen. Wir wollen ein gemeinsames Asylrecht haben, um das vernünftig zu klären. Wir wollen endlich versuchen, dass bei der Terrorbekämpfung die Nachrichtendienste unserer Mitgliedstaaten anständig zusammenarbeiten, und dies über europäische Institutionen, damit hier endlich die Bürger gesichert werden vor dem Terror und keine Zuständigkeitsprobleme in diesen Fragen uns daran hindern.

Wir wollen, dass die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion kommt unter den Prinzipien der Solidarität, des Wachstums, der Wettbewerbsfähigkeit und der Konditionalität. Wir wollen bei der Außen- und Sicherheitspolitik vorankommen. Wir müssen sehen, dass wir Geld verschwenden und schwach sind, angesichts der 200 Mrd. EUR, die unsere Mitgliedstaaten für Verteidigung ausgeben ohne Resultat.

Und ich bin auch der Auffassung – Herr Verhofstadt hat es auch schon zum Ausdruck gebracht: Wir sind Patrioten und stehen für unsere Nationen. Die Nationen werden lange eine große Rolle spielen als Träger von Identität und Kultur. Aber wir haben nicht Nation oder Europa, wir haben Nation und Europa. Das ist der Unterschied. Die Rechtsradikalen hier im Hause werden uns Europäern nicht den Glauben an unsere eigenen Nationen wegnehmen. Wir lassen uns nicht die Nation von Rechtsradikalen wegnehmen. Das ist Politik der Vergangenheit.

Jo Leinen, Berichterstatter. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident! Die Welt, in der wir heute leben, ist in Unordnung geraten und voller Unsicherheiten.

Zum ersten Mal haben wir in den USA einen Präsidenten mit Donald Trump, der vom Nationalismus und vom Protektionismus geprägt ist und den Ländern der EU den Austritt aus dieser Union vorschlägt. In Moskau sitzt Wladimir Putin, der die Friedensordnung des Kontinents gefährdet, der die Nachbarvölker unter Druck setzt und der auf allen Kanälen die Europagegner in unseren Mitgliedsländern unterstützt.

Die Situation für die Europäische Union ist brandgefährlich. Das großartige Friedens- und Freiheitsprojekt der europäischen Integration wird von außen wie noch nie unter Druck gesetzt. Hinzu kommt der schreckliche Populismus und Nationalismus im Inneren der Europäischen Union. Die Wilders, die Le Pens, die Farages, sie betreiben das Spiel von Putin und von Trump. Diese neumodernen Populisten, die vorgeben, das Volk zu repräsentieren, sie spalten die Völker Europas und gefährden eine gute Zukunft für diesen Kontinent und seine Menschen. Das muss klar sein: sie gefährden unsere Zukunft, sie sind nicht die Zukunft. Das müssen wir ihnen deutlich sagen.

Es soll doch niemand glauben, dass die Mitgliedsländer der EU – auch die großen nicht – alleine stark genug sind, um sich gegenüber den Großmächten wie China, den USA oder Russland durchzusetzen. Europa kann in dieser Welt des 21. Jahrhunderts seine Werte und seine Interessen nur gemeinsam verteidigen und zur Geltung bringen. Die allzu einfachen Parolen der Europagegner sind eine Lüge, sie sind eine Täuschung der Menschen, und dem müssen wir uns widersetzen.

Zum 60. Jahrestag des Vertrags von Rom muss deshalb eine klare Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger ausgesandt werden. Gemeinsam können wir die großen Probleme bewältigen, alleine und uneinig sind wir schwach und haben nichts zu melden. Genau diese Botschaft ist die Grundlage der Berichte, über die wir heute diskutieren und am Donnerstag abstimmen.

Wir, die Bürgerkammer in der Europäischen Union, sind für ein besseres Europa. Wir sind für ein Europa, das handlungsfähig ist. Ein Europa, das in größter Transparenz und mit demokratischer Teilhabe arbeitet. Europa darf nicht Spielball der großen Mächte sein, sondern muss selbst die Globalisierung gestalten und selbstbewusst die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger vertreten.

Keine Frage, die Europäische Union hat in den letzten Jahren kein gutes Bild abgegeben. Ob in der Finanz-, oder Wirtschaftskrise oder bei den Migrationsströmen, die EU hat zu langsam und auch zu unzureichend gehandelt und das hat Verdruss in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung verursacht. An Vorschlägen der Kommission und des Parlaments hat es nicht gemangelt. Es war der Egoismus einzelner Mitgliedstaaten, der immer wieder eine solidarische Lösung verhindert. Es muss endlich Schluss damit sein, dass man die Vorteile der EU genießt, aber die Lasten nicht auf alle verteilen will. Damit muss endlich Schluss sein.

Wir brauchen einen neuen Grundkonsens, was die EU in den nächsten Jahren leisten muss, welche Mittel und Instrumente wir ihr geben. Die EU hat einen Mehrwert in allen großen Fragen, wo der Nationalstaat nicht mehr handeln kann. In diesen Fragen muss dann auch mit Mehrheit abgestimmt werden und darf das Veto nicht alles immer wieder bremsen. Wir brauchen eine eigene Finanzierung der EU, damit die Nettozahlerdebatte endlich aufhört. Wir brauchen ein Instrument zur Verteidigung unserer Grundwerte, wenn die Pressefreiheit, die Unabhängigkeit der Justiz oder auch der Kampf gegen die Korruption gefährdet ist.

Der existierende Vertrag bietet viele Möglichkeiten, aber wir brauchen auch neue Elemente, um diese Herausforderungen zu bestehen. Wir wollen eine große Zukunftsdebatte und am Ende auch einen Konvent, damit die neuen Grundregeln beschlossen werden. Gerade jetzt nach dem Brexit und vor den Europawahlen muss diese Debatte beginnen. Ich hoffe, dass diese Kammer am Donnerstag – für ein starkes, für ein selbstbewusstes Europa – diese beiden Berichte verabschiedet.

(Beifall)

Reimer Böge, Berichterstatter. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Berès und ich legen Ihnen heute einen Bericht über die Haushaltskapazität für die Eurozone vor, eine Roadmap für eine erfolgreiche Stabilisierung des Euros und der Vertiefung der Europäischen Union.

Dabei geht es nicht darum, einen Spaltpilz zwischen Euroländern und Nicht-Euroländern zu legen, sondern auch über die Stabilisierung des Euros durch Wiedergewinnung des Vertrauens innerhalb der Eurozone dafür zu sorgen, dass wir glaubwürdiger werden, dass wir den Euro stabilisieren und dass wir auch international dadurch, dass wir voranschreiten, mehr Glaubwürdigkeit gewinnen als wir in den letzten Jahren erworben haben.

Aber ganz grundsätzlich geht es natürlich auch in dieser Debatte darum, dass wir als Europäisches Parlament Signale nach außen setzen, dass wir uns bewusst sind, heute geht es insgesamt um die Frage der Existenzfähigkeit und der Selbstbehauptung der Europäischen Union, der Bürger und der Staaten. Viele in den Mitgliedstaaten sagen: Ogottogott, die Zeit ist so schwierig und kompliziert, wir können ja gar nicht viel gemeinsam bewegen. Ich stelle hier die Gegenfrage: Wie viel Zeit lässt uns denn das, was uns international herausfordert, um endlich zur Handlungsfähigkeit und zur Stärkung der Europäischen Union endlich zu kommen?

Denn in der Tat, die Kollegen haben es angesprochen, sind wir umgeben teilweise von gescheiterten Staaten, wo Demokratie, Menschenwürde und wirtschaftliche Entwicklung nicht vorangebracht werden, sondern im Abstieg sind. Wir leben in einem globalen Dorf, und manche auch in der Union glauben, durch den Bau von Mauern kann man dann Abhilfe schaffen. Nein, es versperrt nur die eigene Sichtweise und das eigene Denken. Wir sind umgeben von Autokraten und autokratischen Regimen und insofern sind hier vielerorts Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Humanismus im Rückbau.

Aber machen wir uns nichts vor: Um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, sind all diese Appelle, die eben genannt worden sind, richtig und notwendig. Ich sage aber auch hier an die Adresse der Kommission, Herr Vizepräsident: Wir müssen sowohl in den Dienststellen der Kommission als auch – ich verwende jetzt bewusst diesen Begriff – in den nationalen Bürokratien endlich mit dem Wahnsinn im Detail aufhören, der uns nur belastet. Das ist nicht immer die Rahmengesetzgebung der Europäischen Union. Das sind die *delegated acts* und die *implementing acts*, die die Schwierigkeiten vor Ort verursachen, weil dort die Mitgliedstaaten mit ihren nationalen Ministerien fernab der Kontrolle der nationalen Parlamente vielen Schwachsinn mit hineinschreiben, der uns die Glaubwürdigkeit erschwert.

Nun zum Bericht über die Fiskalkapazität für die Eurozone: Ich weiß, es gibt unterschiedliche Vorstellungen in diesem Hause und wir fordern mit diesen Bericht den Kolleginnen und Kollegen manches ab. Aber die Abstimmung gestern – in der gemeinsamen Sitzung von ECON- und Haushaltsausschuss – hat bewiesen, dass wir hoffentlich auch am Donnerstag eine stabile Mehrheit für diesen Ansatz bekommen werden. Es geht darum, ein Angebot zu machen. Es geht darum, wegzukommen von einem Flickwerk, das wir in der Vergangenheit immer wieder erlebt haben, wenn eine Krise über uns hereinschwappte. Nach der Krise ist vor der Krise. Deswegen die Idee, ergänzend eine Fiskalkapazität zu entwickeln, für die Eurozone, aber genauso offen für die Nicht-Euroländer, mit klaren Vorgaben, was die Konditionen angeht, die

Konditionalität. Mit klaren Vereinbarungen zur Finanzierung, auch im Hinblick auf die Frage, wie man Ländern, die durch Schocksituationen in Not gekommen sind, helfen kann, damit sie möglichst schnell aus diesem Strudel wieder herauskommen.

Ich glaube, das ist ein fairer und vernünftiger Ansatz, der das Instrumentarium, das wir heute haben, vernünftig ergänzen kann. Dazu gehört natürlich auch, dass der ESM in Richtung eines europäischen Währungsfonds weiterentwickelt wird. Die Berichterstatter der verschiedenen Berichte sind sich auch darüber einig, wie die Governance-Struktur in Zukunft dort auszusehen hat.

Ich sage ausdrücklich auch an dieser Stelle, ohne die Unterstützung der nationalen Parlamente wird dies nicht gelingen. Die werden auch dort ihre Rolle haben müssen, damit wir gemeinsam der Entparlamentarisierung in diesem Bereich der Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik auf beiden Ebenen entgegenwirken können. An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an meine Ko-Berichterstatterin und an die Schattenberichterstatter der Fraktionen, die diesen Bericht tragen. Es war eine spannende, eine schwierige Debatte. Aber am Ende werden wir am Donnerstag eine gute Ernte einfahren und ein gutes positives Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger setzen können

(Beifall)

Pervenche Berès, *rapporteuse*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, chers collègues, parfois l'histoire se répète, parfois l'histoire bégaye.

Dans ce Parlement, en décembre 1998, Alman Metten, l'un de nos collègues, rédigeait un rapport pour demander la mise en place d'un mécanisme d'ajustement aux chocs asymétriques au sein de la zone euro. À l'époque, nous ne l'avions pas écouté, nous étions passés à autre chose. Aujourd'hui, le rendez-vous est là. Ce ne sera sans doute pas le premier rapport qui évoque ce besoin d'un budget de la zone euro mais le point de rendez-vous est là.

Monsieur Timmermans, vous devez dire au président Juncker que cette question d'un budget de la zone euro doit être au cœur du livre blanc. J'entends ici et là des voix nous dire: «Parler de la zone euro au moment du Brexit, c'est un sujet de division». Je crois tout au contraire que, au moment du Brexit, la donne change.

Pendant très longtemps, nous n'avons pas pu achever l'Union économique et monétaire parce que nous attendions les Britanniques. Maintenant, les Britanniques veulent nous quitter et c'est donc le moment de consolider cette zone euro, d'en faire le socle fort d'une Union européenne à vingt-sept, à laquelle j'aspire, une zone euro à laquelle puissent se joindre l'ensemble des pays de l'Union européenne, ceux qui n'en sont pas encore membre. Mais je ne veux pas qu'ils adhèrent à une zone euro incomplète. C'est le moment de le faire.

On ne peut pas à la fois critiquer la politique monétaire de la Banque centrale en disant qu'elle outrepassse ses pouvoirs et laisser les gouvernements sans moyens d'intervenir. On ne peut pas déplorer le bas niveau d'investissement, y compris dans des pays qui ne sont pas dits «de la périphérie», qui sont au cœur de la zone euro et penser que le plan Juncker peut suffire.

La question de l'investissement n'est pas suffisamment traitée au cœur de notre Union économique et monétaire. Alors, après beaucoup d'autres travaux, ce Parlement, pour la première fois, va se prononcer clairement pour un budget de la zone euro, autour de trois fonctions majeures. D'abord, le retour de la convergence. A-t-on assez en tête cette réalité que, au sein de la zone euro, les divergences depuis le déclenchement de la crise ont été plus importantes qu'en dehors de la zone euro? Ne serait-ce que parce que les mécanismes du pacte de stabilité ont miné les stabilisateurs automatiques au sein des pays de la zone euro. Sait-on qu'on a mis en place un mécanisme intergouvernemental – à améliorer – pour faire face aux chocs asymétriques, avec le mécanisme européen de stabilité qui est aujourd'hui totalement sous-employé et qui représente potentiellement un budget de 5 % du PIB des pays membres de la zone euro? Sait-on que nous ne disposons d'aucun outil au sein de la zone euro pour faire face à un choc asymétrique, une hausse brutale du prix du pétrole, une chute brutale du niveau d'investissement?

Nous sommes le seul espace monétaire intégré qui ne dispose pas d'outils. J'entends ici ou là beaucoup nous dire: «Mais il y a le pacte, et le pacte devrait être l'alpha et l'oméga de la gouvernance économique».

Mes chers collègues, soyons honnêtes entre nous. Cela fait 20 ans que le pacte de stabilité est là et cela fait 20 ans que nous voyons bien ses limites.

Ce que nous proposons avec ce budget de la zone euro, c'est simplement d'équiper les pays membres de la zone pour faire de leur monnaie ce qui leur a été promis au premier jour en permettant une convergence entre ces économies, en permettant de remettre en place des mécanismes d'ajustement aux chocs asymétriques.

Nous ne le disons pas dans le rapport mais nous savons bien qu'il y a des travaux d'experts qui sont tout à fait prêts si la Commission veut s'en saisir, que ce soit à travers une indemnité chômage minimum ou ce que le FMI appelle un «rainy day fund»; il faut aussi, au sein de la zone euro, avoir un pilotage de l'économie de la zone au-delà de la règle.

Voilà ce que, avec Reimer Böge, nous vous proposons. Encore une fois, je crois que le message principal pour nous, c'est que dans le livre blanc que Jean-Claude Juncker mettra sur la table avant le 60^e anniversaire du traité de Rome, cette question de la zone euro ne soit pas passée au deuxième plan, au motif que cela serait un sujet de division d'une Europe à 27 car je crois, tout au contraire, que c'est le socle le plus fort sur lequel on peut construire cette Europe de demain.

Paulo Rangel, *relator de parecer da Comissão dos Assuntos Constitucionais*. – Senhor Presidente, Presidente da Comissão, Vice-Presidente Timmermans, em primeiro lugar queria dizer, em nome da Comissão de Assuntos Constitucionais, de que não há dúvidas de que é possível hoje, com os atuais tratados, ter uma capacidade orçamental e que é possível expandi-la no futuro ainda com uma revisão dos tratados.

Mas, mais do que isso, que é possível ter hoje, com os atuais tratados, como mostra o relatório Brok-Branson, ter uma política europeia comum na defesa, ter uma política europeia para a segurança, ter uma política europeia para as migrações, ter uma reforma institucional do Conselho que possa fazer dele uma verdadeira câmara parlamentar e aumentar a democracia e que tudo isto pode ser potenciado no futuro, a médio e longo prazo, com uma revisão dos Tratados.

Aquilo que vai sair da discussão destes três relatórios, aquilo que vai sair da aprovação que faremos na quinta-feira é apenas isto: nós acreditamos na Europa, nós somos capazes, perante aquilo que se está a passar no Reino Unido, perante aquilo que se está a passar nos Estados Unidos, de apresentar um projeto para os cidadãos europeus, em que podemos estar mais unidos, em que podemos fazer uma conciliação entre finanças públicas sãs e seguras, crescimento, investimento, inovação e, por isso, eu terminaria, dizendo isto e apenas isto: nós hoje damos um sinal, aqui e agora, para todos os cidadãos europeus, para a Comissão Europeia, para o Conselho Europeu, para o Conselho de Ministros, que nós, deputados europeus dos vários partidos, acreditamos na Europa.

We stand for Europe.

Presidente. – Saluto il Presidente Juncker e do subito la parola, a nome della Commissione, al vicepresidente Timmermans.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, it is a particular honour for me to be in this House this morning to debate a topic that is very much in the hearts and minds of everyone these days: the future of our Union.

The Commission welcomes the initiatives of the European Parliament to boldly look forward. This is something that our President, Jean-Claude Juncker, has been promoting since the beginning of our mandate. We have closely followed the reports drawn up by Ms Bresso, Mr Brok and Mr Verhofstadt, and also the related reports on the eurozone budgetary capacity by Mr Böge and Ms Berès. My colleague, Valdis Dombrovskis, may also comment further on the latter report in response to this debate. All reports cover a vast range of topics, each of which could be the topic of a separate debate. I will therefore not attempt to comment on the details. My President is currently preparing a White Paper on the future of Europe in the run-up to the Rome Summit in March. We therefore appreciate very much the many interesting viewpoints and proposals set out in these proposals, which provide useful information and also inspiration.

The Bresso-Brok report rightly points to the significant, untapped potential within the existing framework, such as further reform to the institutional structure of economic and monetary union. The Verhofstadt report has a farther horizon and most of its proposals would require Treaty change. Whilst it is refreshing to see such vision, we have to acknowledge that Treaty change is not on the top of the political agenda now, in our Member States in particular. The Commission is convinced that it is our first duty to focus on issues, challenges, solutions and policies that unite us, because in these times of turmoil we will absolutely need unity to stay strong. Moreover, there is ample room in the current Treaties to improve our functioning, as the Bresso-Brok report points out, and as was also explained by the Members this morning. With regard to the Böge-Berès report, it was only adopted last night in committee, but let me say this: our common goal is a more resilient and prosperous economic and monetary union. The enhanced capacity to deal with unusually large economic shocks will have to go together with enhanced convergence among Member States' economies and we need to break the vicious cycle between banking and sovereign debt. At the end of the day, all of this is about people: too many people in our Union have been left behind, and so the social dimension, with a European Pillar of Social Rights, must become more and more important in strengthening the economic and monetary union. Again, let me reiterate: we appreciate many of the proposals in the report and will assess them carefully for our own reflections on the future.

The European Union is a historic achievement of peace, prosperity and security on the European continent. We are bound together by history, situated together by geography, united by our common interests and befriended by choice. This, then, is the basis upon which we will develop our cooperation.

The outcome of the UK referendum creates a new situation for all of us – the EU and the United Kingdom. We will stand united and uphold the EU's core values of promoting peace, democracy and the well-being of its people. The Bratislava Roadmap sets out the main objectives for the Union to deliver on now: migration and external borders, internal and external security, economic and social development and youth. Let me be clear: the Commission can only do so much. We can identify, analyse, recommend, warn and propose, but at the end of the day it is the responsibility of all of us, here in Strasbourg and in all of the EU capitals, to deliver. This is not, and cannot be, a pick-and-choose Union. That is why we welcome the joint declaration by the three institutions setting out a shared commitment to deliver on common priorities for this year.

Finally, it is good to look back and commemorate the achievements of those men and women who had the vision and the courage to forge the beginnings of what turned into the European Union. But after looking back, it is essential that we look forward and start working on the challenges we face, using all the tools we have, mustering all the political solidarity we can, in order to deliver the results we must. Thank you very much.

(Applause)

José Manuel Fernandes, *relator de parecer da Comissão dos Orçamentos*. – Senhor Presidente, Caras e Caros Colegas, a União Europeia tem de se fortalecer com base na solidariedade e na responsabilidade. Juntos, podemos enfrentar com confiança os desafios e as ameaças. Se estivermos unidos, se atuarmos de forma coordenada, venceremos e derrotaremos o terrorismo, ganharemos e conseguiremos mitigar as alterações climáticas, ganharemos o combate à fraude, à evasão fiscal, conseguiremos melhorar nosso Estado social e, nunca esquecer, manteremos a paz, a democracia, a liberdade, o Estado de Direito.

Cada Estado por si só não tem força para resolver os problemas globais. «Orgulhosamente sós» não funciona, os nacionalismos não resultam, a União Europeia é a solução.

Temos de restabelecer a confiança, uma zona euro faz forte a União Europeia, uma zona euro fraca enfraquece a União Europeia. Juntos, podemos construir soluções para os choques que enfrentamos, temos de privilegiar o método comunitário, reforçar a transparência, a legitimidade democrática, promover a participação dos cidadãos.

É isso que propõem estes três relatórios e, por isso, peço a sua aprovação e dou os parabéns à relatora e aos relatores.

Petri Sarvamaa, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgetary Control*. – Mr President, I will say only a couple words on behalf of the Committee on Budgetary Control and those are that the discharge process should be solidified and strengthened. It is at the heart of the credibility of the whole Union. All the EU institutions should unfailingly cooperate and follow up the observations made by this Parliament.

My other point is about the European Court of Auditors. Its role needs to be further strengthened.

But I want to use this opportunity also because I see my dear friend Mr Farage here today. Nigel, I think what you are hearing today are only the first chords and first notes of a big, big symphony that is going to be heard all over Europe this year and next year. It is not only Beethoven, it is not only Bizet, it is Sibelius and it is others like them. So let us not forget this week. These are really important first steps that we are taking.

Jean Arthuis, *rapporteur pour avis de la commission des budgets*. – Monsieur le Président, nous nous apprêtons à célébrer le sixième anniversaire du traité de Rome, ce traité qui posait les bases de l'Europe communautaire fondée sur la libre circulation des marchandises et des services.

Entre-temps, l'Europe a avancé, elle s'est étendue, elle s'est dotée d'une monnaie unique et, pourtant, elle n'a jamais été aussi fragile. Cette fragilité tient au fait que ses institutions sont restées dans les mains des chefs d'État ou de gouvernement qui tentent de prolonger l'illusion qu'ils exerceraient encore pleinement, sur le plan national, leur prérogative de souveraineté, mais qui donnent en réalité trop souvent le spectacle de leur impuissance.

Les regards se tournent vers l'Europe, une Europe restée privée de compétences et de moyens, une Europe impotente face aux défis de la mondialisation, du terrorisme, du changement climatique, des migrations, des paradis fiscaux, de la croissance et de l'emploi. Les citoyens européens attendent de l'Europe qu'elle les sécurise et les protège.

Les trois rapports qui nous sont proposés constituent un appel au ressaisissement à destination des citoyens européens pour contourner l'autisme de leurs chefs d'État ou de gouvernement. Je remercie et félicite nos rapporteurs. Osons impliquer les Européens dans ce débat et faire œuvre de pédagogie, puisque seule l'Europe nous permet de reprendre en main notre destin.

Zigmantas Balčytis, *Biudžeto kontrolės komiteto nuomonės referentas*. – Buvau nuomonės rengėjas Biudžeto kontrolės komitete dėl euro zonos biudžetinių pajėgumų didinimo. Matome, kaip sudėtingai Europos Sąjungai sekasi išsivaduoti iš ekonominės ir finansinės krizės padarinių. Sudėtingas euro zonos atsigavimas rodo aiškų poreikį didinti Europos ekonominę integraciją bei užbaigti kurti ekonominę ir pinigų sąjungą. Krizė išryškino įsisenėjusias ir ilgą laiką nespręstas euro zonos problemas: tai ir fiskalinio ir biudžetinio koregavimo mechanizmo nebuvimas bei pernelyg didelis pasiklojimas tik Centrinio Banko vykdoma pinigų pasiūlymo kontrole, nenumatant tolesnės fiskalinės, ekonominės ir politinės integracijos. Norint atremti iššūkius, kurių ateityje dar laukia ne vienas, reikia imtis tam tikrų pertvarkų euro zonos valdyme ir pradėti reikiai nuo biudžeto ir fiskalinių pajėgumų, kurie būtų plėtojami Sąjungos sistemoje, nustatymo.

Νεοκλής Συλικιώτης, *Εισηγητής της γνωμοδότησης της Επιτροπής Απασχόλησης και Κοινωνικών Υποθέσεων*. – Κύριε Αντιπρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, δεν μπορούμε να παραβλέψουμε το ότι τα κοινωνικά προβλήματα στην ευρωζώνη διευρύνονται και διαιωνίζονται, προβλήματα όπως είναι, για παράδειγμα, η συνεχής διάλυση του κοινωνικού κράτους και η συνεχιζόμενη ιστορικά υψηλή ανεργία των νέων. Δεν είναι πια κρυφό ότι ζούμε σε μια Ευρώπη πολλών ταχυτήτων στην οποία διαλύεται ο κοινωνικός ιστός. Η δημοσιονομική και η οικονομική πολιτική της Ένωσης είναι μονοδιάστατη. Δεν μπορεί πλέον να δίνει απόλυτο βάρος στα οικονομικά μεγέθη και να παραγνωρίζει εντελώς την κοινωνική μίζερια που έχουν ως αποτέλεσμα οι πολιτικές λιτότητας, οι οποίες εξασθενούν τους Ευρωπαίους πολίτες, αυξάνοντας κατακόρυφα την ανεργία και τους αριθμούς των συμπολιτών μας που βρίσκονται στα όρια της φτώχειας. Το θέμα της δημοσιονομικής ικανότητας της Ένωσης είναι ιδιαίτερα πολύπλοκο και αυτό φάνηκε από την έλλειψη συναίνεσης τόσο στην Επιτροπή Απασχόλησης όσο και στις Επιτροπές Προϋπολογισμού και Οικονομικής Πολιτικής. Αυτό συμβαίνει γιατί η δομή και η διακυβέρνηση του προϋπολογισμού της ευρωζώνης παραμένει στα υπάρχοντα νεοφιλελεύθερα πλαίσια του Συμφώνου Σταθερότητας, στα νεοφιλελεύθερα πλαίσια της λιτότητας και των μνημονίων, ενώ αυτό που απαιτείται είναι πολιτικές επαναβιομηχανοποίησης και δημοσίων επενδύσεων, ούτως ώστε να στηριχθεί η πραγματική οικονομία και να δημιουργηθούν νέες αξιοπρεπείς, σταθερές και ασφαλείς θέσεις εργασίας.

Siegfried Mureşan, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, we are holding this morning a fundamental debate about the future of the European Union. An essential component in this debate is the strengthening of the economic and monetary union. The first step that we have to take in this process is respect existing rules: respect the Stability and Growth Pact, respect the two-pack, and respect the six-pack. These are rules which we have decided on together in this House and now is the time to defend these rules, to implement them and not to question them. President Juncker rightly outlined at the beginning of his term in office the flexibility existing in the Stability and Growth Pact. It is on this basis that we have to apply it.

The second step which we have to take to strengthen the euro is use the limited financial resources which we have available to strengthen our economies, not just manage a crisis once it has occurred but help the countries to reform, to strengthen their economies, to become more competitive even before a crisis occurs. We should of course do this without increasing the burden on the taxpayer in the European Union, not by a single cent. This is why we need a fiscal capacity which is precise in scope and very effective in its implementation. If, as the report put forward by my colleagues Ms Berès and Mr Böge proposes, a finance minister is created, then the first and primary task of this finance minister will be to apply rules in a transparent, automatic and predictable way in regard to all Member States.

The report also proposes in the long term the creation of a European monetary fund which is a worthwhile endeavour and in this process, of course, conditionality is important and also the political independence of this European monetary fund. If a fiscal capacity is to be created, it should also give states from outside of the European Union the possibility to join it in terms of benefits, in terms of contributions and in terms of governance.

And to conclude, some of the steps which are put forward in these reports can be implemented in the short term, some require Treaty change and, as Vice-President Timmermans indicated, this is a longer term process. Today we are, of course, at the beginning of this longer term process of stabilising and strengthening the euro, developing it in the right direction.

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the European Union must define an ambitious roadmap for the future. The European Parliament wants this to happen at the Rome Summit and, indeed, in the White Paper that is to be presented by the Commission. We should not wait for upcoming national elections. The European Union is being challenged right now by the combined effect of Putin, Trump and internal nationalistic voices, and we believe that this is the time for the European Union to assert itself as what it is already: a powerful democratic political and economic entity.

We need to translate this into a roadmap with better European solutions: better European solutions for growth with an investment strategy, a strong social pillar and completing economic and monetary union with a proper fiscal capacity; better European solutions to our security problems, certainly by advancing European defence and internal security, and also by ensuring a proper European asylum system and the proper management of migration, in cooperation with the European neighbourhood. But the European Union should also send a message to the world, saying that we, the European Union, are in favour of openness and cooperation based on a properly regulated global economy. The world is waiting for this positive message from the European Union.

Then we need to translate all this into new means of taking action. That has implications for the Community budget. We need a Community budget that is turned to the future. We believe that this offers the best way for citizens to take control of their lives, and that the best way to assure national sovereignty is to strengthen European sovereignty.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pięć tez w sprawie reformy ustrojowej Unii Europejskiej. Po pierwsze nie ma potrzeby i konieczności zmiany traktatów. Taka potrzeba by istniała, gdyby panowało powszechne przekonanie, że naprawa instytucji jest warunkiem dobrej polityki. Tymczasem Traktat z Lizbony jest traktatem relatywnie nowym, wewnętrznie elastycznym, pozwalającym na zastosowanie rozmaitych wariantów, i warto z tego skorzystać.

Po drugie kryzys Unii Europejskiej nie ma charakteru instytucjonalnego, ma charakter kryzysu elit. To jest kryzys wieloraki. Dużo krytycznych słów powiedziano pod adresem eurosceptycyzmu, tendencji, która chce zdeintegrować Unię. Ale jest też druga strona medalu: to jest centralizm i protekcjonizm, który szkodzi Europie. I prawdę powiedziawszy, protekcjonizm płynie także ze strony rządów państw umiarkowanych, które zamykają rynki kosztem konkurencyjności.

Czego Unia potrzebuje? Unia potrzebuje wzajemnego zaufania instytucji europejskich i państw członkowskich. Z jednej strony instytucje europejskie powinny szanować kompetencje państw członkowskich, z drugiej strony państwa mieć większą zdolność do ponoszenia wspólnej odpowiedzialności za Europę. Potrzebna nam jest synergia państw i instytucji europejskich. I z tego punktu widzenia obydwu sprawozdania, sprawozdanie pana Verhofstadta i sprawozdanie pana Broka i pani Bresso, nie odpowiadają wyzwaniom europejskim. Szczególnie sprawozdanie posła Verhofstadta zacieśnia integrację wokół strefy euro, nie ufa państwom członkowskim, wprowadza głosowanie większościowe. Właściwie nie kryje tego, że te państwa, które nie zaakceptują ciasnej integracji znajdują się poza Europą. Bardzo szkoda, że nie wykorzystano szansy na pragmatyczne podejście, na rzeczywiste reformowanie Unii Europejskiej w ramach traktatów.

Charles Goerens, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, penser l'avenir de l'Europe peut paraître moins utopique qu'on ne le pense. Altiero Spinelli l'a fait en pleine guerre et plus tard au début des années 80, en pleine crise économique et institutionnelle. Beaucoup de ses propositions ont été reprises entre-temps. Soyons donc plus confiants ou, pour le dire avec les mots de Churchill, «le pessimiste est celui qui voit des difficultés dans chaque opportunité, et l'optimiste est celui qui voit des opportunités dans chaque difficulté».

Nous voulons garder l'euro, alors mettons en œuvre des politiques indispensables à sa consolidation. Le rapport des cinq présidents – Brok, Bresso, Verhofstadt, Böge et Berès – fournit des éléments indispensables à cette réflexion.

Nous nous lamentons sur le déficit démocratique dans la zone euro, mais cela ne sert à rien si nous continuons à nous opposer à un véritable contrôle du Parlement européen. Cela requiert un changement de traité.

Nous voulons que la politique extérieure de l'Union ait un visage, alors acceptons l'autorité de M^{me} Mogherini plutôt que de prévoir, pour chaque négociation, un format différent dans lequel elle n'a pas la place qui lui revient. C'est la haute représentante qui devrait donner le la dans toutes ces initiatives. Cela, on peut déjà le faire, sans changer le traité.

Nous constatons avec inquiétude la fragilité de certains États membres qui sont sur le point de tomber entre les mains des populistes. Alors, mettons le citoyen européen au centre de la construction européenne.

À propos de la citoyenneté européenne, c'est l'acquis le plus précieux de la construction européenne. Si vous voulez vraiment apprécier la valeur de la citoyenneté européenne, je vous suggère d'en parler aux citoyens britanniques qui risquent d'en être déçus. C'est dans leur témoignage que vous allez découvrir un attachement à nos valeurs, une ardeur qui ne vous laissera pas indifférents. J'ai pu le constater en proposant le concept de «citoyenneté européenne associée» pour les ressortissants des anciens membres. La fatalité serait mauvaise conseillère en la matière.

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, se avete letto le due relazioni dell'on. Verhofstadt e degli onn. Bresso e Brok, vedrete che mancano le chiavi per risolvere la crisi. Non c'è nemmeno il tentativo di capirla, dato che nessun errore sostanziale è riconosciuto come tale. La soluzione è meramente tecnico-istituzionale perché le crisi sono viste come eventi esterni o alieni, non come fallimenti dell'Unione. Parlo delle politiche migratorie sempre più fondate sul *refoulement*, del devastante dibattito sul Grexit, del Brexit, figlio del Grexit. Parlo del disastro sociale che spinge tanti cittadini a disperare dell'Unione.

La relazione degli onn. Bresso e Brock si limita a promuovere l'idea, giusto l'idea, di un salario minimo, quando oggi urge un reddito di cittadinanza. La relazione dell'on. Verhofstadt tace sulla questione sociale. I relatori assicurano di ispirarsi ai padri fondatori. Non credo l'abbiano fatto, perché i fondatori non avevano in mente una determinata linea politica. Contestavano la sovranità assoluta degli Stati per metter fine alle guerre, dunque alla povertà che aveva distrutto l'Europa negli anni Trenta. Avevano in mente una Costituzione che permettesse l'alternarsi di politiche diverse, senza pronunciarsi su di esse. Le due relazioni propongono tecniche più efficienti e rapide istituzionalmente per perpetuare le stesse politiche che ci hanno portato alla crisi. Il destino del *Fiscal Compact* è esemplare. Una politica rovinosa che divide i cittadini e gli estranea viene iscritta nel marmo dei trattati, al riparo dal suffragio universale, confermando spettacolarmente che l'Unione è un mercato al servizio dei più forti, non ha nulla di federale ed è profondamente indifferente al

principio di realtà.

Pascal Durand, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur Timmermans, vous avez tout à l'heure utilisé le terme «rafraîchissant» en ce qui concerne les propositions que M. Verhofstadt expose dans son rapport. Je comprends le terme, mais je trouve, en revanche, qu'il n'est pas à la hauteur de la situation dans laquelle nous nous trouvons.

L'Europe est en danger. L'Europe est un nain politique. L'Europe, qui est la zone la plus riche du monde, se trouve confrontée à une crise comme elle en a rarement connue: des dizaines de millions de pauvres – cela vient d'être dit –, des difficultés mondiales, des dictatures à nos portes. Nous sommes dans une situation où, finalement, nous allons avancer tranquillement, nous allons discuter... Non, nous sommes en train, dans un monde qui bouge, de faire partir l'Europe sur une ligne de départ avec une jambe blessée. Elle ne marche pas sur ses deux jambes, cette Europe.

L'Europe est en déficit démocratique. L'Europe n'a pas la capacité de rentrer dans le concert des discussions modernes, tout simplement parce qu'elle n'est pas basée, à ce stade, sur une démocratie équilibrée. Nous n'avons pas un législatif clair, nous n'avons pas un exécutif qui répond devant ce législatif et, donc, nous ne pouvons pas continuer à fonctionner. C'est cela que le rapport Verhofstadt vient expliquer et c'est en cela qu'il est très important.

Il faut maintenant aller vers une Europe qui fonctionne sur l'intérêt général européen et plus sur les égoïsmes nationaux. Nous devons sortir de la capacité qu'a le Conseil européen de bloquer les décisions prises au niveau de ce Parlement. Nous devons rentrer dans une Europe avec un Conseil qui soit clair, qui soit une deuxième chambre transparente. Nous devons sortir de la logique qui est actuellement celle des États pour entrer dans une logique véritablement européenne.

C'est cela l'urgence. Nous devons la mettre en œuvre de la même manière que nous devons sortir des logiques de la dictature d'un pacte budgétaire pour aller, comme le propose le rapport Verhofstadt, vers un code de convergence qui mette les questions sociales et environnementales au même niveau que les questions économiques et budgétaires. Il en va de la survie de l'Union européenne.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I feel like I am attending a meeting of a religious sect here this morning. It is as if the global revolution of 2016 — Brexit, Trump, the Italian rejection of the referendum — has completely bypassed you. You cannot face up to the fact that this bandwagon is going to roll across Europe in these elections in 2017. A lot of citizens now recognise that this form of centralised government simply does not work, whether it is the miseries inflicted upon a country like Greece by the euro, the unemployment caused by bad regulation, or the feeling that none of us are as safe in our cities because of the disastrous common asylum policy.

But at the heart of it is a fundamental point. Mr Verhofstadt this morning said the people want more Europe. They do not: the people want less Europe. We see this again and again when people have referendums and they reject aspects of EU membership. But something more fundamental is going on out there. Yes, you can say they are lying and I have no doubt that many of you here, when you hear what I am about to say, will probably despise your own voters because last week the reputable group, Chatham House, published a massive survey from ten EU Member States and only 20% of people want immigration from Muslim countries to continue. Only 20% want us to continue allowing people in from Muslim countries — which means your voters have a harder-line position on this than Donald Trump, myself, or frankly any party sitting in this Parliament! That is where we are going and I simply cannot believe that you are blind to the fact that even Mrs Merkel has now made a U-turn and wants to send people back. Even Mr Schulz thinks that it is a good idea. The fact is, the European Union has no future at all in its current form and I suspect you are in for as big a shock in 2017 as you were in 2016.

Gerolf Annemans, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, de Europese Unie is een artificiële constructie, een kunstmatige constructie. Het is niet natuurlijk gegroeid vanuit de bevolking of toch maar heel gedeeltelijk. Het is een concept van een elite van wat men hier *founding fathers* noemt, die met heel veel propaganda en met enkele verdragen proberen het ding levend te maken. In zo'n onnatuurlijke constructie treden natuurlijk onnatuurlijk effecten op en een van de meest onnatuurlijke effecten is het feit dat hier in dit Parlement de hoofdtoon wordt gevoerd van de federale muziek, dat men hier het eurofanatisme terugvindt, terwijl het niet echt normaal is.

Normaal zou het Parlement de motor moeten zijn van het verzet dat bij de bevolking optreedt tegen deze Europese constructie, het verzet dat bij de bevolking steeds meer zichtbaar wordt via referenda, via verkiezingsuitslagen en dies meer. Het EU-kritische geheel zou hier te horen moeten zijn en hier is het minder dan ooit te horen. Deze ochtend is daar een mooi voorbeeld van. Hier treedt het omgekeerde effect op. Hier is een ruime meerderheid die achter de federale muziek loopt, die altijd volgens hetzelfde schema gaat. Er zijn problemen dus moet er meer Europese Unie zijn, zijn er goede effecten, dan moet er ook meer Europese Unie zijn. Dat is het schema, en het is hier volop vandaag, ook deze ochtend, weer aan de orde. Dat brengt ons bij die twee verslagen. Het eerste verslag zou men nog enigszins logisch kunnen noemen. Mevrouw Bresso en de heer Brok die binnen de bestaande verdragen willen proberen zoveel mogelijk te doen. Logisch, omdat de verdragen zijn wat ze zijn, maar het is in ieder geval voor mij, en als EU-criticus alvast een reminder van de redenen waarom wij destijds met zoveel vuur het Verdrag van Lissabon hebben bestreden. Als je ziet wat je er allemaal mee kunt doen en hoe ver je er mee kunt gaan, dan weten we nu en vandaag en dankzij dit verslag waarom.

En dan is er Verhofstadt, ik ken hem al dertig jaar, hij wil verder uitbreiden, hij wil ons verder sociaal, economisch en militair verstikken in die Europese Unie. Vroeger toen hij jong was, werd zijn arrogantie een vorm van enthousiasme en voluntarisme genoemd. Nu kunnen we alleen maar vaststellen in de huidige context dat wat hij hier brengt een kwalijke en voor Europese samenwerking nadelige vorm van eurofanatisme is. Wij, *deplorables*, wij zullen deze beide verslagen verwerpen.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, az Európai Unió alapkérdéseiről vitázunk itt ma délelőtt. Engedjék meg, hogy feltegyem az alapkérdések alapkérdését a rapportőröknek, az itt jelenlévő Juncker úrnak és Timmermans úrnak, és kérném szépen, hogy ne kerüljék meg a választ. Az alapkérdés ugyanis az, hogy miféle unió az, aminek egyik részében az emberek ötször, tízszer annyi pénzt keresnek, mint a másik részében, az úgymond volt szocialista országokban, így az én hazámban, Magyarországon. Legyenek kedvesek egyenes feleletet adni arra, hogy Önök ezt normális állapotnak tartják-e? Ha igen, meddig óhajtják ezt így fenntartani? Ha meg esetleg nem, és változtatni akarnak rajta, akkor hogyan fognak változtatni és mikor? Az emberek nagyon várják erre a kérdésre a választ. Mint ahogy arra is, és ez a következő kérdésem, szíveskedjenek választ adni arra, tisztában vannak-e azzal a társadalmi katasztrófa-helyzettel, amit az ún. devizahiteles konstrukciók idéztek elő Magyarországon és más volt szocialista országokban.

Mit óhajtának az adósoknak, a fogyasztóknak, ugye, mert őket az európai fogyasztóvédelmi normák normális körülmények között védték volna, de nem védték, az Európai Unió nem védte meg őket. Mit óhajtának tenni a védelmükre, és hajlandó lenne-e Juncker úr, Timmermans úr, meg esetleg a jelenlegi rapportőrök meghallgatni a devizahiteles áldozatoknak a képviselőit?

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

György Schöpflin (PPE). – Mr President, the central focus of this debate is, or should be: why are we integrating, why these plans to integrate further, what actually is integration for?

For us in this House the answer may be self-evident, pro or contra, but for those outside I am far less sure. We assume that European integration is inherently good, on the right side of history, for those who think that history has sides – and I am not one of them. But for many millions in Europe the drive to integrate is not self-evident. Indeed, they have grave doubts about integration. This debate should also be addressing these citizens by offering a vision that speaks to the great majority, the doubters included.

The message, this ideal message, should go back to first principles. European integration becomes legitimate when it fulfils its primary function, that of conflict resolution. Anything that generates conflict weakens Europe. Secondly, the old principle of parity of esteem for all Member States, small or large, is inadequately applied. Hence the rise in Member States' protection of their national interests. The extent of euroscepticism is precisely the critique of integration that we ignore at our peril.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, yo creo que estamos viviendo uno de los momentos más difíciles de la Unión Europea. Creo que en esto coincidimos todos. Hablamos del futuro de Europa porque tenemos que reformular la Unión; creo que esto también es evidente. Algunos en esta Cámara expresamos una idea que llamamos, no sé si ingenuamente, «federalista» de Europa. Yo me siento federalista. Yo sé que otros no lo son. Sé que hay mucha gente, en muchos países de la Unión Europea, que quiere menos Europa.

Pero ahora tenemos que salir de la crisis en la que nos encontramos resolviendo el *brexit*, resolviendo la crisis migratoria, resolviendo la crisis económica, la gestión del euro. Y todo esto es lo que reclama ahora una Europa que sea capaz de dar las respuestas necesarias a los problemas. Yo creo que, más que discutir sobre más Europa, tenemos que discutir honradamente sobre la mejor Europa posible, sobre la Europa que podemos y debemos hacer hoy.

Es una Europa que tiene que ser, sin duda, más social en la respuesta que da a muchos ciudadanos sobre la gestión de la crisis económica. Es una Europa que resuelva su crisis migratoria. Es una Europa que resuelva bien la negociación durísima del *brexit* y que no estimule a que otros países también quieran irse. Es una Europa mejor. Es una Europa que a mí me gustaría federal, pero es una Europa que tiene que responder como en los mejores momentos. Como en Maastricht, como en Ámsterdam, como en Lisboa, haciendo la Europa posible para los que queremos una Europa más fuerte.

Ashley Fox (ECR). – Mr President, the EU is facing many crises and this report was a great opportunity to change the direction of the EU. So who decided to give it to Guy Verhofstadt, because from that moment we knew that this report would have only one solution? Mr Verhofstadt is very consistent. Whatever the question, the answer is always the same: more Europe. So he calls for the Commission to become Europe's government, for a new EU Finance Minister to head a new EU Treasury, and for this Parliament to have the power to levy taxes on our citizens. My Group says 'No'.

Britain did not vote to leave the EU because there was not enough Europe; we voted to leave because the EU does too much. It has already taken too much power from the Member States and has lost touch with its citizens. This report seeks to create a United States of Europe. Instead of listening to the people, it is telling them that Brussels knows best. Instead of extending democracy, it is centralising power. So, rather than strengthening the EU, it undermines it further. With the exception of one paragraph calling for a single seat, this is a dreadful report. The EU has to change, but not like this.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señor presidente, este proyecto de tres informes aparece en un momento de crisis de la Unión Europea, como se ha señalado anteriormente. Efectivamente, nunca fue fácil la construcción europea; nunca fue fácil articular los valores y los intereses de tantos ciudadanos que componen la Unión Europea.

Ante la cara oscura de la globalización económica, los problemas humanitarios que no hemos sabido resolver por los egoísmos de los Estados, ante los problemas de las instituciones y de la irrupción de un populismo nacionalista, que para nada encara aquello que nos interesa en el medio plazo, este Parlamento tiene que situarse de una manera clara cuanto antes.

Y lo hace —de forma imperfecta, pero lo hace—, lo intenta hacer. Intenta tomar su papel ante los ciudadanos a través del proyecto de los tres informes. Y esto es lo fundamental, porque la resignación es una forma de tolerancia frente a lo que puede destruir la Unión Europea: el populismo salvaje y la no coherencia en la respuesta a los grandes problemas de la época. Intentamos ponernos a la altura de lo que hay que resolver en estos tiempos de globalización.

Fabio De Masi (GUE/NGL). – Herr Präsident! Die Eurokrise ist zurück, sie war ja auch nie wirklich vorbei für Millionen von Beschäftigten in ihrem Portemonnaie.

Die Zinsen für Südeuropa steigen wieder. Deutschland, die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, hat Exportüberschüsse von mittlerweile 9 % der Wirtschaftskraft. Dies passiert auf dem Rücken der Beschäftigten in Deutschland. Aber trotz Nullzinsen will Herr Schäuble nicht mehr investieren. Das ist verrückt: Denn wenn ich immer mehr verkaufe als vom Ausland einkaufe, muss jemand anderes Schulden machen. Deswegen ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt auch für die Tonne, denn die Eurokrise war keine Krise der Staatsverschuldung – in Spanien oder Irland waren es private Schulden, die in der Krise platzten.

Deutschland verletzt damit auch EU-Regeln. Aber die EU spricht ja mittlerweile Deutsch. Die Fiskalkapazität droht leider diese Politik zu vertiefen, denn es sollen damit noch mehr Strukturreformen – also Lohn- und Rentenkürzungen – angereizt werden, die Nachfrage dämpfen und Arbeitsplätze vernichten. Wer brav ist, bekommt dann etwas Taschengeld aus Brüssel. Das kann nicht funktionieren.

Wir brauchen stattdessen öffentliche Investitionen und Sanktionen gegen chronische Exportüberschüsse. Immer wieder dieselben Fehler zu machen, aber ein anderes Ergebnis zu erwarten, nannte Albert Einstein Wahnsinn. An diesem Wahnsinn könnte der Euro zerbrechen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – Dear colleague, OK, I understand what you mean, but do you not think that we should have to address the Commission and the Council, and together with Parliament, implement a strategic plan to regain the confidence of European Union citizens in this important pan-European organisation?

Think what would happen without the European Union in Europe! Do you not think that it might be time to increase the importance and efficiency of the European Union institutions and decrease bureaucracy; to set up important tools in order to develop this organisation – such as security and defence and other means – in order to make the European Union stronger as it plays the role on the international arena it has to play.

Fabio De Masi (GUE/NGL), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Selbstverständlich glaube ich, dass wir die Probleme der großen Mehrheit der Bevölkerung in der Europäischen Union angehen müssen. Aber das kann man eben nicht, wenn man eine völlig falsche Analyse der Krise hat. Und weitere Strukturreformen – Lohn- und Rentenkürzungen – werden die Europäische Union weiter spalten und das Vertrauen einer großen Mehrheit der Bevölkerung zerstören. Ich glaube nicht, dass die richtige Reaktion auf Herrn Donald Trump oder den Brexit die Vertiefung einer Verteidigungsunion ist, mehr Kriege im Nahen Osten zu führen, die Terror, Flucht und Staatenzerfall geschaffen haben. Von daher unterscheiden wir uns im Prinzip vor allem in der Analyse der Probleme, die wir heute in der Europäischen Union antreffen.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Herr Präsident! Zunächst: Es ist richtig, dass dieses Parlament in seiner großen Mehrheit heute klarmachen wird, dass wir für eine handlungsfähigere, für eine tiefer integrierte, aber auch eine demokratischere und soziale und innovationsfreundliche Union stehen, die auf die Krisen in dieser Welt nicht mit Abschottung, nicht mit Rückzug aufs Nationale, sondern durch ein Mehr an Integration reagiert. Das ist im Grundsatz richtig, denn nur, wer an dem Erfolgsprojekt Europäische Union grundsätzlich festhält, kann überhaupt daran arbeiten, diese Integration zu verbessern und dieses Projekt zu verbessern. Deshalb gehört auch dazu, zu sagen, dass wir dieses Europa wollen, wenn wir vor die Wahl gestellt werden, ob wir es zerstören wollen oder nicht.

Gleichzeitig dürfen wir natürlich nicht die Augen verschließen vor den großen Problemen, vor denen wir stehen. Deshalb ist so wichtig, dass wir vor der großen Party der 60 Jahre Römische Verträge in Rom ein klares Signal an die Mitgliedstaaten setzen. Sektgeläser schwenken und Festreden halten ist nicht genug. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten jetzt Veränderungen, und sie erwarten zu Recht Veränderungen in Richtung auf mehr Transparenz, Integrität, Rechenschaftspflicht. Nichts anderes ist es doch, wenn in Rumänien die Menschen über Tage und Tage demonstrieren, um gegen Korruption auf die Straße zu gehen. Und umso peinlicher ist es, wenn an dieser Stelle hier im Haus nicht die gleiche Einigkeit herrscht. Deshalb fordere ich auch Sie auf, Herr Timmermans: Unterstützen Sie in dieser Situation Bürger, die zum Beispiel gegen die Verletzung europäischer Werte wie in Fragen der Korruption auf die Straße gehen, und veröffentlichen Sie endlich ein Ranking der Mitgliedstaaten in Fragen von Rechtsstaatlichkeit und bei der Verletzung von Prinzipien, von Korruption. Mit anderen Worten: Es muss darum gehen, jetzt in dieser Situation mit starken Regeln, mit starken Vorschlägen Europa zu verändern, es nicht schlechter zu reden, als es ist. Und ich bin mir sicher: Dafür gibt es auch nach wie vor eine Mehrheit in der Bevölkerung, wenn wir darum kämpfen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

James Carver (EFDD), *blue-card question*. – Is it not the case that in fact the beauty of the continent of Europe – and I say the continent of Europe, not the political European Union – is its very diversity and the fact that we are all so different? Is it not the intention of this place to harmonise, to homogenise, to pasteurise and to make everybody the same? Is that not what is really causing this rise in nationalism across the European Union? Don't you realise that now the Emperor here has no clothes?

Sven Giegold (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Different, and being different and protecting our individuality, which is at the centre of human rights and European ideas of humanity. Defending that needs a stronger European Union at this moment. Only by defending our values together in a globalising world do we have a chance of keeping our diversity and the key idea of individualism. Small nation-states will not be able to defend European ways of life; this plurality based on individualism and human rights in this space in the world can only be defended together. No small island will be able to do that.

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, qualche giorno fa Angela Merkel ha lanciato un messaggio all'Europa, dicendo che per lei il futuro dell'Europa è un'Europa a due velocità. Vorrei chiarire questo concetto, che è espresso anche nella relazione della collega Berès che abbiamo seguito in queste settimane e in questi mesi.

Il concetto del bilancio dell'area euro per alcuni paesi e dell'istituzionalizzazione della troika in questo bilancio, con un ministro delle Finanze che detterà al volere tedesco di Angela Merkel, in quanto a riforme, privatizzazione e quant'altro, non sarà accettabile per i cittadini dell'eurozona e per i cittadini soprattutto del sud Europa. Dall'altra, avremo la seconda velocità, ovvero i paesi che andranno in scia al Brexit e che hanno capito la fregatura. Quindi, siccome questa proposta non andrà a compimento, abbiamo bisogno subito di pensare insieme a un piano B alternativo, prima che un paese ceda a quello che è il ricatto e decida di non cedere più a questi ricatti e stacchi la spina unilateralmente dall'euro facendo crollare tutto questo castello di carte. È importante ora reagire dando delle proposte diverse, perché quella che arriva da Angela Merkel è una proposta di Europa a trazione tedesca e io e neanche i miei colleghi non accetteremo mai che si vada in quella direzione per l'Europa.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Kolléga, Ön arról tett említést, hogy közös cselekvésre van szükség számos területen. Én kettőre kérdeznék rá, hogy az Ön, illetve a mozgalmal véleménye szerint vajon van-e jövője a szociális, illetve a fiskális uniónak?

Marco Valli (EFDD), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Io non penso che l'Europa finisca nel caso dovesse finire quello che è un vincolo, ovvero il vincolo monetario dell'euro. Ormai per tutti è chiaro e assodato che questo vincolo sta agevolando solo un'economia, che è quella tedesca, che gode di una moneta sottovalutata e sta distruggendo il mercato interno degli altri paesi dell'Eurozona e creando un disastro sociale.

Io non vedo nessuno di voi purtroppo lamentarsi, come sarebbe giusto, delle situazioni come quella della crisi sociale in Grecia, in Italia e negli altri paesi. Quindi, una volta assodato che c'è questo problema, io vedo un futuro per l'Europa, senza però una struttura pesante come quella dell'Unione europea e che si possa cooperare nel rispetto soprattutto delle nostre Costituzioni. Liberiamoci del vincolo monetario e vedrete che l'Unione europea risolverà molti più problemi di quelli che oggi non riesce a risolvere.

Marco Zanni (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi chiedo se coloro i quali invocano la soluzione del più Europa per risolvere i nostri problemi ci credano veramente o lo facciano solamente perché non vogliono ammettere il fallimento di questo criminale progetto. La Brexit è la prova provata del fallimento e la sfiducia verso l'UE monta in tutti i paesi, compreso il mio, dove solo un cittadino su tre crede nell'Unione europea. La moneta unica, l'euro, è stato il progetto criminale che ha definitivamente affossato i popoli europei e, invece di parlare di smantellamento dell'Unione economica e monetaria, oggi proponiamo addirittura un bilancio per l'Eurozona, che sancirà l'istituzionalizzazione distruttiva della troika. Con la Brexit l'UE e l'euro sono diventati morti che camminano. Facciamocene una ragione e ripartiamo a costruire un'Europa diversa dall'UE, fatta di Stati sovranamente indipendenti.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento).

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Sanoitte aika raskaasti, että tämä Euroopan unioni on rikollinen organisaatio, ja tämä on kuitenkin eri maiden vapaaehtoisesti rakentama rauhan ja turvallisuuden projekti. Voisitte pyytää anteeksi. Mutta sitten kysyisin Teiltä, että oletteko huomannut sitä, että nimenomaan brexitin ja osittain myös Trumpin valinnan jälkeen Euroopan unionin kannatus monissa Euroopan jäsenmaissa on kasvussa eikä vähenemässä, koska ihmiset kokevat turvattomana sen tulevaisuuden, jonka brexit ja myös Trumpin valinta on aikaansaanut.

Marco Zanni (ENF), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Sul fatto che l'Unione europea abbia portato la pace in Europa sono un po' in disaccordo. Io credo che la pace in Europa l'abbiano portata le basi militari degli Stati Uniti e i missili puntati verso Mosca, non certo l'Unione europea. Per quanto riguarda la disaffezione o meno dei cittadini europei verso l'Unione, anche qui non sono d'accordo. Basta vedere dieci anni fa, cinque anni fa, il supporto che in Europa i cittadini europei davano all'Unione europea, che era alto, e quello che è oggi. Come le dicevo, nel mio paese oggi solo un cittadino su tre, quindi meno della metà, supporta l'Unione europea. Sono i dati di una statistica che è uscita di recente e la prova provata saranno le elezioni in grandi paesi europei che avremo nei prossimi mesi, dove i partiti euroscettici guadagneranno grandi percentuali. Forse non vinceranno a questo giro, ma se le cose continueranno così, con l'euro che porterà povertà, recessione economica e distruzione, vinceranno al prossimo giro.

Diane James (NI). – Mr President, with this report the European Union has once again demonstrated that it is actually incapable of proper and radical reform. It had the opportunity back in 2016, before the Brexit vote, when our then UK Prime Minister came to the European Union and sought reform and came away with, quite frankly, crumbs on the table, and you now know what the result of that was.

One of my colleagues this morning has made the point about 'more Europe'. Well, it is interesting, is it not? The European Union actually sees reform as an absolutely binary decision: either you continue with the same, or, more Europe. But both have been discredited and I just wonder when is this institution going to get real, take away the blinkers and understand that radical reform is what voters want.

Thankfully, of course, the UK will not be part of that decision, but if you are going to stop the rise of euro-scepticism across the continent, it is no good papering over the cracks, it is no good bringing a report like this forward, which does not deal with the issues that are out there, and every time responding with 'more Europe will actually deal with globalisation' – that is not the case.

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, le traité de Rome a inventé le modèle politique dont l'Europe avait besoin il y a 60 ans. C'était une union douanière. Il nous faut aujourd'hui inventer le modèle dont nous avons besoin au XXI^e siècle. Ce n'est plus une question de traité, c'est une question de volonté politique.

Plus les dangers s'accumulent et plus nos dirigeants nationaux sont tentés par le repli national. Pourtant, tous ces dangers nous sont communs et ils sont tous à notre portée si nous les affrontons ensemble.

Il y a deux jours, nous avons entendu le président de la Commission tenté par la lassitude. Au lieu de s'immerger au sein du Conseil européen, qu'il écoute ses électeurs. Qu'il écoute, ici, sa majorité parlementaire – hélas, il n'est plus là – et, au-delà, qu'il écoute les citoyens européens eux-mêmes, qui nous ont élus et qui l'ont élu à travers nous.

Les ravages de la *post-truth* ne doivent pas nous aveugler. Le parti du bon sens reste partout majoritaire sur notre continent. Regardons les sondages sur la contagion du Brexit avant et après le référendum britannique. Regardons le vote des jeunes. Tout à l'heure, Nigel Farage nous disait que l'Union européenne n'avait pas d'avenir, sauf que la génération de ses enfants a voté au Royaume-Uni qu'elle n'avait pas d'avenir en dehors de l'Union européenne. Le patriotisme oui, le nationalisme non! L'Union européenne est le seul modèle politique existant qui permette le patriotisme sans le nationalisme, l'amour des siens sans la haine des autres. C'est le message par l'exemple que nous, Européens, apportons au reste du monde.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Edouard Ferrand (ENF), question «carton bleu». – Monsieur Lamassoure, je vous ai bien entendu, notamment sur le patriotisme. Nous sommes des patriotes, mais vous ne voulez pas écouter le peuple.

Aujourd'hui, il y a trois crises dans l'Union européenne: une crise de la gouvernance – vous avez parlé de votre ami, M. Juncker –, une crise de l'identité, avec les migrants, et une crise économique, une crise de la croissance. La plus faible zone économique du monde, c'est l'Europe.

Par conséquent, Monsieur Lamassoure, j'ai une question très simple à vous poser. Ne pensez-vous pas qu'aujourd'hui, il faille véritablement écouter le peuple, c'est-à-dire revenir aux souverainetés des États, les souverainetés économique, budgétaire, monétaire et surtout le rétablissement des frontières nationales?

Alain Lamassoure (PPE), réponse «carton bleu». – Le peuple, nous allons l'écouter dans notre propre pays, Monsieur Ferrand, puisqu'il aura l'occasion de se prononcer cette année, à l'occasion des élections présidentielles et des élections législatives.

Vous avez parlé de «crise de l'Europe». Il y a une crise de la France, parce qu'elle est mal gouvernée. Vous avez dit: «L'Europe est la région du monde qui a la croissance la plus faible». Non! La zone euro a une croissance supérieure à celle des États-Unis d'Amérique. Malheureusement, pas la France! La zone euro a un excédent commercial de 300 milliards d'euros. Malheureusement, la France a un déficit de 48 milliards d'euros.

La France est malade, et l'Europe peut être un moyen de sauver la France.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, het is goed dat we dit debat hebben. Van tijd tot tijd moet het Europees Parlement in de spiegel kijken en Trump en brexit bieden daartoe alle aanleiding. Bij die spiegel hebben we niks aan het vermoeide gezicht van Verhofstadt. Voor de problemen maar één oplossing: meer EU. Hij wil de Raad terugbrengen tot een adviesbureau en de Commissie moet juist bindende landenspecifieke aanbevelingen kunnen doen zodat Brussel de begroting voor Parijs bepaalt, de hypotheekrenteaftrek voor Den Haag, de bankensaneringen in Rome.

Laten we die tegenstelling alsjeblieft overstijgen. De Unie en de lidstaten moeten in elkaars verlengde werken. Ik zie Europa het liefst als een schild dat onze burgers beschermt en tegelijkertijd onze waarden uitdraagt. Ik zie Europa het liefst als een versterking van lidstaten door te doen wat lidstaten alleen niet kunnen. Dat uitgangspunt biedt beperkingen, maar tegelijkertijd nog volop mogelijkheden, want Europa is niet altijd dat schild geweest. Zo noemt het Verdrag het streven naar volledige werkgelegenheid, maar de Unie ontbeert de mogelijkheden om daarnaar te streven. Een duidelijk voorbeeld daarvan is de euro. De norm van niet meer dan vijf procent aan werkloosheid wordt door slechts twee landen gehaald. Haar beleid is daar ook niet op gericht. Daarom ben ik blij dat er een routekaart is voor de euro, dat erkent dat de euro in de huidige vorm niet houdbaar is en dat de euro zoveel beter kan.

Een onderlinge waarborg moet ervoor zorgen dat investeringen terechtkomen waar ze nodig zijn en ook de democratische zeggenschap van parlementen, van het Europees Parlement én van de nationale parlementen, versterken. Kortom, bij uitstek een voorbeeld van samen sterker. Dit is misschien geen federalistisch geluid maar dan een zeer pro-Europees geluid.

Bernd Kölmel (ECR). – Herr Präsident! Die EU befindet sich derzeit in einem traurigen Zustand, denn sie hat sich von den Bürgern entfernt.

Auf diese Entfernung soll nun mit drei Berichten reagiert werden, die als Kernbotschaft vermitteln: Wir wollen mehr Zentralisierung. Das nenne ich schlicht und ergreifend Wirklichkeitsverweigerung. Eine weitere Zentralisierung der EU ist meines Erachtens ein Elitenprojekt. Die Bürger aber, die wollen eine schlanke EU, eine EU, die möglichst wenige Verordnungen produziert und die sparsam mit dem Geld umgeht. Stattdessen haben wir jetzt zum Beispiel hier einen Bericht von den Kollegen Böge und Berès, in dem ein zusätzlicher Haushalt für die Eurozone gefordert wird – mit Milliardenbeiträgen. Geld, das letztlich dazu verwendet würde, um eine Transferunion einzurichten. Das kann nicht die Lösung unserer Probleme sein.

Statt dass wir mal tatsächlich die Probleme angehen, und ein Kernproblem der EU ist die Eurozone – nicht der Euro als solches, sondern die Zusammensetzung der Eurozone. Die Eurozone ist nicht mit Ländern besetzt, die zueinander passen – einfach aus wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit heraus nicht. Das Herumdoktern an Symptomen wird uns nicht weiterführen. Stattdessen müssen wir die Probleme an den Ursachen angehen. Von daher müssen wir endlich auch Länder, die unter fiskalischer Knebelung leiden – wie Griechenland –, von diesen Fesseln befreien, und wir müssen die Griechen zum Beispiel ziehen lassen können. Der Euro wird die EU spalten.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), pregunta de «tarjeta azul». – Acaba de decir, en nombre de los ciudadanos europeos, que no quieren regulación. ¿A qué ciudadanos está representando?

Porque los ciudadanos europeos dicen muy claro que quieren los estándares europeos de protección del consumo, los estándares de protección sociales, los estándares de protección medioambientales e, incluso, quieren más y mejor regulación. Por eso le pregunto a qué ciudadanos se refiere cuando dice que no quieren regulación europea.

Bernd Kölmel (ECR), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Danke, Frau Kollegin, für diese Fragen. Da bin ich, ehrlich gesagt, völlig anderer Meinung.

Wobei Sie unterstellen, ich hätte gesagt, dass die Bürger keine Regulierung wollen. Das sage ich ja nicht. Die Bürger wollen Regulierungen, aber nur in den wichtigen Bereichen. Die EU sollte da handeln, wo sie einen Mehrwert gegenüber dem Handeln der einzelnen Staaten schaffen kann. Da gibt es viele Bereiche, da kann die EU gut wirken, zum Beispiel beim gemeinsamen Binnenmarkt, auch bei Umweltfragen. Aber das gilt doch nicht für alle Bereiche der Politik. Wir müssen doch nicht alles nach Brüssel zentralisieren, um dann dort festzustellen, dass wir nicht in der Lage sind, alles über einen Kamm scheren zu können.

Das ist keine neue Erkenntnis. Deshalb brauchen wir eine schlanke EU. Ich bin ja ein Befürworter der EU, aber einer schlanken EU.

Sylvie Goulard (ALDE). – Monsieur le Président, je remercie d'abord les rapporteurs pour cet énorme travail. Je crois que les compromis n'ont pas toujours été faciles à trouver et ce n'est pas anormal. Mais je crois surtout que, maintenant, il faut que nous nous posions un certain nombre de questions sur la manière dont l'Union européenne fonctionne, concrètement, parce que nous ne devrions pas être trop autocentrés. L'adoption de rapports par le Parlement européen ne va pas restaurer la confiance. Je suis notamment préoccupée par les atteintes aux règles déjà existantes. Je pense, par exemple, à ce qui s'est passé sur le CETA que nous voterons demain. Il n'y a pas de compétence plus exclusive dans le traité que celle consistant à permettre à la Commission de négocier des accords commerciaux et on voit comment ces dispositions sont traitées.

Par ailleurs, sur le budget, il est clair que nous ne pouvons pas aller de l'avant – je remercie d'ailleurs le collègue Mureşan qui l'a dit tout à l'heure – avec de nouveaux engagements et un partage budgétaire sans le respect scrupuleux des règles. Or certains ont cherché, dans toute cette affaire, à miner les règles européennes.

Encore une fois, c'est bien que le Parlement ait une position. Je crois qu'on va pouvoir la défendre. Nous avons une ambition, mais il y a un énorme travail avant pour restaurer la confiance, travail dans lequel la Commission, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Vice-président, a beaucoup à faire, tout comme les États membres.

Je trouve que le Parlement est parfois un peu autocentré.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, táimid ar fad ar an eolas faoin domhan agus na dúshláin ollmhóra atá ós ár gcomhair. Mar thoradh ar Brexit agus an méadú atá ar an eite dheis, is léir go bhfuil sé ag cur leis an éagobhsaíocht agus tá an easpa achmhainní buiséad ag cur leis an mbrú daonna. Gan dabht, tá sé seo ag cruthú easpa muiníne san Aontas Eorpach agus ní haon ionadh é seo. Is é seo an cás d'Éirinn in ainneoin an cás is fuafaire atá sa tuarascáil faoi bhisiú. Oibríonn framaíocht rialachais eacnamaíoch an Aontais Eorpaigh cosúil le seaicéad díreach. Tá an comhshocrú fíochach ag cur stop le tíortha cosúil le Éire ó infheistiú in infrastruchtúr atá rithábhachtach. Tá géirchéim againn i sláinte, i duthíocht agus tá fadhb mhór againn i dtaobh easpa dídine. Mar shampla, in Éirinn in 2017, tá na mílte daoine gan baile agus paistí ina measc. Tá seo scannalach agus tá sé náireach. An t-aon fhreagra ar na fadhbanna seo ná infheistiocht chaipitil atá saor ó dhaoine.

Chun cruthú suntasach a bheith againn, nó chun athrú suntasach a bheith againn, caithfidh an tAontas Eorpach béim a chur ar infheistíocht infrastruchtúr a thógáil ar an bhfíorgheilleagar. Caithfidh an tAontas Eorpach a chinntiú go bhfuil tacaíocht ann do na tíortha atá ag fulaingt de dheasca dífhostaíochta, dóibh siúd atá ag fulaingt de bharr banc nach bhfuil ag feidhmiú ar son comhlachtaí beaga nó ar son na ngnáthdhaoine agus caithfidh an tAontas Eorpach tacú níos láidre maidir le cláracha LEADER, lenár bhfeirmeoirí agus iascairí agus le cláracha a cruthaíonn slí beatha. Ní féidir lenár ndaoine cur suas le breis dhaonna agus neamhchinnteacht níos mó. Tá todhchaí dearfach tuillte ag ár bpobal agus tá sé thar a bheith in am go gcuirfí é sin san áireamh anois.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, my colleague is complaining that I will talk for two minutes. I think what we have to stress here is that the discussion about the future of Europe should not be only an institutional discussion. We should make it very clear to people why we are having this debate. It is not because we love institutional discussions here but because we know that the current Europe is not delivering enough. It is not providing the protection or the future which Europeans demand that we as politicians should deliver. That is why we are having this discussion.

Some people – in this room and certainly outside it – claim that going back to basics will deliver, but that is the biggest nonsense ever. Just to mention one example, regarding tax evasion, something that our citizens are concerned about every day is seeing multinationals paying too little tax. Why is that? Because Europe has no competence on this at all. It is a national competence and the national Member States are competing downwards, making sure that, in the end, it will be the people, rather than companies, who pay taxes. That is precisely why ‘back to basics’ will not do.

That goes also for the euro. If you look at the eurozone, some people still think that, as long as we follow the Stability and Growth Pact, it will be fine. Well, Ireland and Spain were following the Stability and Growth Pact before the euro crisis. They were doing perfectly well and we still had problems. We had to take emergency measures without democratic control. We have a European Stability Mechanism (ESM), in which it is very difficult to control where the money goes. We have a European Central Bank being forced to step in because politicians are not willing to do their job, and it is a bit cheap to now criticise the ECB for that.

Therefore, I am very happy that this Parliament is supporting a budgetary capacity, because people need it. We need it in order for the euro to deliver. I would like to thank the rapporteurs for that strong political statement. I am happy that on Thursday we will give that support as a parliament. However, very importantly, this discussion needs to be held in the national parliaments afterwards, because we will win support only if the national parliaments too, rather than just the European Parliament, are looking for these kinds of solution.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), blue-card question. – Mr Speaker, *(first few words inaudible)* there are honourable goals when it comes to tax avoidance and tax evasion. Speaking as the decent person that I hope I am, and as someone who comes from Ireland, that would have to be a goal. But as for the idea that the European Union would do something about it if we had different structures: given that the head of the Commission is Jean-Claude Juncker, who is the godfather of tax avoidance, how do you think it would be any different if he gave Europe control over this? Will we not get another godfather who would rise to the top? These people have a way of rising to the top. It isn't just cream: scum also rises.

Bas Eickhout (Verts/ALE), blue-card answer. – Honourable colleague, when we are discussing the future of Europe, you should not look only at the current President of the Commission. What we are doing and putting in place here are solutions for the future and I hope that we do that beyond 2019. We have just heard that the Commission President will serve only one term, but we are building solutions here for after 2019.

The alternative is what we have now: 28 vetoes on any taxation decision. Your lovely country, Ireland, will block any change because they want to be the lowest, and others want to go to that level as well. This race to the bottom must stop, and you can stop it only if you take away the 28 vetoes which are a recipe for no change at all.

Rolandas Paksas (EFDD). – Kaip aukščiausią demokratijos pasiekimą laisvasis pasaulis įvardija tautų apsisprendimo teisę. Politikoje tas instrumentas vadinasi referendumu. Gal p. G. Verhofstadts galėtų paklausti Belgijos piliečių, ar jie pritartų naujam dariniui –Europai, naujai tvarkai – santvarkai. To paties aš su kolegomis galėčiau paklausti Lietuvoje, ponios Marine Le Pen – galbūt Prancūzijoje. Kaip suprantu, Nigelui Farage'ui Britanijos piliečių to klausti jau nebereikia, jie jau pasirinko, jie nusprendė palikti tokią Europos Sąjungą, kuri palengva, bet nuosekliai stumiama į naują darinį su vienu prezidentu, viena vyriausybe, viena valiuta ir bendra kariuomene. Manau, kad piliečių atsakymas būtų aiškus. Būtinybė reformuoti Europos Sąjungą turi būti nukreipta kiekvienos valstybės galios, savarankiškumo ir jos žmonių pragyvenimo stiprinimui.

Auke Zijlstra (ENF). – Voorzitter, Brussel heeft nog nooit een crisis opgelost. Niet de migratiecrisis, niet de economische crisis, niet de vertrouwenscrisis. Maar het Parlement denkt dat de eurocrisis opgelost kan worden met heel veel extra geld en macht naar Brussel, en dat is belachelijk. Want de euro is een doodgeboren kindje. De verschillen in arbeidsproductiviteit zijn niet verminderd. Er is geen extra economische groei gekomen.

De staatsschulden zijn geëxplodeerd en Griekenland blijkt een financieel zwart gat. De Europese Centrale Bank overschrijdt het Verdrag met monetaire financiering van banken en overheden en de wisselkoers is totaal weggezakt. Duitsland verliest daardoor miljarden op de export naar buiten de EU. De Nederlandse pensioenen worden blijvend gekort vanwege die idiote lage rente en de koopkrachtgroei in Nederland staat nu zestien jaar stil. En het Europees Parlement denkt dat al deze problemen opgelost worden als de eurozone een eigen bestuur krijgt met opnieuw extra geld. Dat, Voorzitter, laat zien dat dit Parlement blijkbaar niets heeft geleerd.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Λάμπρος Φουντούλης (NI), ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Είπατε ότι η Ελλάδα είναι μία μαύρη τρύπα. Εδώ και επτά χρόνια, η Ελλάδα ακολουθεί τις συμβουλές της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Δυστυχώς, το φάρμακο με το οποίο προσπαθούν να κάνουν καλά τον ασθενή είναι λάθος και συνεχίζουν να τον δηλητηριάζουν. Πώς σχολιάζετε αυτή την κατάσταση; Μήπως η Ελλάδα πρέπει να ακολουθήσει δική της πολιτική, μια εθνική πολιτική που θα την απεγκλωβίσει και από τα μνημόνια και από τους τοκογλύφους;

Auke Zijlstra (ENF), "blauwe kaart"-antwoord. – Voorzitter, mijn hart bloedt voor Griekenland. In de afgelopen vijf jaar heb ik meerdere keren hier opgeroepen om Griekenland te laten gaan, uit de euro. Dat is de enige methode om ervoor te zorgen dat niet via interne devaluatie van arbeidskosten, maar via de herintroductie van een echte wisselkoers tussen de nieuwe Griekse munt en de euro of wat daar dan ook nog van over is, Griekenland in staat zal zijn weer wel te concurreren, weer wel groei te creëren en weer wel werkgelegenheid te krijgen en weer een trotse soevereine staat te zijn. Daar hoop ik op.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο ευρωσκεπτικισμός και ο λαϊκισμός, τα κλισέ που μονίμως αναπαράγονται για να καλυφθούν τα λάθη και οι παραλείψεις της πολιτικής κάστας που κυβερνά την Ένωση και για να αποπροσανατολίζονται οι πολίτες, πηγάζουν πρωτίστως και σαφώς από την ίδια τη Συνθήκη της Λισαβόνας. Πολλοί δεν θυμούνται, ή κάνουν πως δεν θυμούνται, ότι η Συνθήκη προέκυψε μετά τις αποτυχημένες προσπάθειες κύρωσης του Ευρωπαϊκού Συντάγματος, με χαρακτηριστικό παράδειγμα την ήττα στο γαλλικό δημοψήφισμα. Το κακό που οι ευρωπαίοι πολίτες πραγματικά εξοβελίζουν είναι η έλλειψη Δημοκρατίας. Πρέπει να κατανοήσετε ότι για αυτούς είναι αδιανόητο να παίρνουν αποφάσεις για τη ζωή τους και για την τύχη της πατρίδας τους κάποιοι μη εκλεγμένοι Επίτροποι και στελέχη θεσμών και διευθυντηρίων. Θεωρούν άκρως αντιδημοκρατικό να ακούν ότι η Επιτροπή, που ούτε την εξέλεξαν, ούτε τους αντιπροσωπεύει, ασκεί την εκτελεστική εξουσία της Ένωσης. Στην πραγματική αντιπροσωπευτική Δημοκρατία ισχύει η έκφραση «από τον λαό για τον λαό». Με απλά λόγια, η εκτελεστική και η νομοθετική εξουσία έχουν φυσική υπόσταση, ευθύνη πράξεων και λογοδοσία. Όσο προσπαθείτε λοιπόν να παράγετε δαίμονες για να καλύψετε τις καταστροφικές και λάθος πολιτικές σας, τόσο οι πολίτες θα στρέφονται, δικαίως, στον ευρωσκεπτικισμό.

Burkhard Balz (PPE). – Herr Präsident! Es ist unsere größte Aufgabe, die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union sicherzustellen und dafür einzustehen. Viele Politikbereiche sind momentan betroffen. Alle können positiv zur Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union beitragen, darunter natürlich besonders die Wirtschafts- und Währungspolitik. Wir sollten dabei einen glaubwürdigen und ehrlichen Zukunftsplan formulieren. Dazu gehört, dass wir gerade bei der Wirtschaftspolitik unsere Hausaufgaben der Gegenwart nicht vergessen. Dazu gehört auch, dass wir die Regeln unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und unserer Gemeinschaftswährung einhalten und umsetzen. Für mich liegt hier der Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik in dem Wirtschafts- und Gemeinschaftsverständnis von Helmut Kohl und François Mitterand, das sich dann im Stabilitäts- und Wachstumspakt konkretisiert hat.

Mir ist wichtig: Wir müssen uns machbare Ziele dabei setzen, wir müssen die Möglichkeiten und Grenzen der europäischen Verträge achten, und wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass wir Haushaltsmittel gut und sinnvoll verwalten und dass wir die Mitgliedstaaten zum effizienten Haushalten verpflichten, bevor wir neue Geldtöpfe fordern.

Dann ist mir wichtig: Wir wollen eine effektive interinstitutionelle Überprüfbarkeit der Wirtschafts- und Währungspolitik, und wir wollen Verantwortlichkeiten klarstellen. Wirtschaftspolitische Entscheidungen und daraus folgende fiskalpolitische Konsequenzen können nicht voneinander getrennt betrachtet werden, nationale Verantwortung muss herausgestellt, europäische Kontrolle gestärkt werden.

Zum Schluss: Wir sollten darauf setzen, wirtschaftspolitisch einen gemeinsamen Weg zu gehen. Ein politisches Auseinanderdriften von Eurozone und Nicht-Eurozone wäre nicht zu unserem Vorteil, gerade in einer Zeit, in der wir besonders gefordert sind, gemeinschaftlich zusammenzustehen.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Täglich höre ich von den Menschen, die EU würde nicht funktionieren – gerade in der Flüchtlingsfrage.

Es ist einfach festzustellen, dass etwas nicht funktioniert. Schon schwieriger wird es zu erklären, warum es nicht funktioniert und wer dafür verantwortlich ist: die Kommission, das Parlament oder der Rat als die Summe der Mitgliedstaaten. Die heutige Debatte findet zu einem richtigen Zeitpunkt statt. Es geht jetzt nicht darum, ob wir mehr Europa brauchen, sondern wie Europa auf der Basis des Potenzials der Lissaboner Verträge besser funktionieren kann. Wir müssen das gemeinschaftliche Europa ernst nehmen. Wir müssen davon abgehen, die Lösung der Probleme in einer inflationären Abfolge intergouvernementaler Events zu sehen.

Nicht die Symbolpolitik der Gipfel hilft uns weiter, sondern die Stärkung der parlamentarischen Strukturen, weil sie mehr Transparenz und Beteiligung bedeuten. Das muss auf Ratsebene passieren und durch die Einbeziehung der nationalen Parlamente. Wenn es mehr Transparenz gibt, dann werden die Menschen auch beurteilen können, warum etwas nicht funktioniert, und sie werden sich nicht zu pauschalen Verurteilungen verführen lassen.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, budjettikapasiteettia tarjotaan ratkaisuna lukemattomiin euroalueen ongelmiin. Keskeisimpänä näistä on tarve lisätä kokonaiskysyntää ja elvyttää euroaluetta. Samaan aikaan, kun monet jäsenmaat kamppailevat budjettivajeidensa kanssa, vaikuttaa siltä, että EU-tasolla tavoitellaan menojen lisäämistä vain menojen lisäämisen vuoksi.

Otaen huomioon ESIRin ja muiden EU-rahastojen vaikeudet löytää sopivia projekteja elvyttääkseen investointikysyntää voidaan kysyä, miten menojen lisääminen jälleen yhtä kautta voisi onnistua siinä tehtävässä paremmin? Kansallisilla fiskaalikapasiteeteilla voidaan saavuttaa samat tavoitteet kuin euroalueen fiskaalikapasiteetilla ja vielä ilman pitkittyvien tulonsiirtojen riskiä tai moraalikatoa.

Miksi euroalueella ei tulevaisuudessakin ylivelkaannuttaisi ja otettaisi liian suuria riskejä? Fiskaalikapasiteetilla siihen suorastaan kannustetaan, sillä sitä vartenhan se perustetaan, että muut maat voivat pelastaa vaikeuksissa olevat maat. Kaikissa ratkaisuisa tulee Maastrichtin sopimuksessa määritellyn *no bailout* -klausulin olla järjestelmän kulmakivi. Tulevien sopimusten uskottavuus riippuu siitä, miten edellisiä sopimuksia on noudatettu.

Nils Torvalds (ALDE). – Mr President, some months ago a book entitled 'The Euro and the Battle of Ideas' was published. After reading the book, and at the same time being part of the negotiations on the report by Ms Berès and Mr Böge, I came to a very disturbing conclusion. We have very different administrative cultures in this European Union and this boils down to the necessity, according to one side, of living according to the rules, and for the other side of starting to renegotiate the rules immediately after a deal.

This process ends with a compromise which does not actually satisfy anybody in this process. We create a very thin line no one is able to follow; we also create thereby illusions about our ability to solve the problem. We need a framework for discussion and we need it more dearly today than ever before and therefore I sincerely hope that these own-initiative reports and the white book President Juncker will publish will produce a framework according to which we can solve the real problems.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Herr Präsident! Ich stimme mit Ihnen überein, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die EU steht an einem Scheideweg. In Ihrer Bestandsaufnahme gehen Sie – Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) – davon aus, dass die EU für die Probleme, die vor ihr stehen, per se die Lösung darstelle. Ihre Antwort lautet so schlicht: nur in einem Mehr an Integration. Dieses Mehr an Integration, welches Sie übrigens vor allem aus externen Bedrohungen ableiten, soll zukünftig in den Gremien auch nur noch über Mehrheitsentscheidungen durchgesetzt werden. Übereinstimmung in Integrationsfragen bedarf in Ihrer Sicht nicht mehr komplexer Prozesse des Aushandelns, denn nationale Souveränität bringe ja eh nichts mehr. Sie wollen den Souverän zwar formal in die Politik eingebunden wissen, allerdings tauchen seine alltäglichen Interessen bei Ihnen im Bericht einfach nicht auf. Und von der Straße etwas diktieren lassen wollen Sie sich gleich gar nicht.

Hier sehe ich die Scheidelinie. Für uns ist die Politik der EU und ihrer 28 Mitgliedstaaten auch Ursache von Problemen. Ohne endlich ein überzeugendes, gemeinschaftlich getragenes und vertraglich gesichertes Mehr an sozialem Europa zu garantieren, wird der Zerfallsprozess der EU kaum aufzuhalten sein, und schon gar nicht unter den falschen Lösungen rechtspopulistischer Kräfte.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, queste due relazioni, che ho seguito in commissione AFCD, mi sembrano la sintesi perfetta del pensiero gattopardesco che aleggia in queste Aule: bisogna che tutto cambi affinché tutto resti esattamente com'è, o meglio come precedentemente programmato. Il processo di rimozione mentale degli eventi degli ultimi anni non è ancora terminato quindi. Dov'è la risposta concreta alle vere priorità dei cittadini, ai cambiamenti climatici, alla disoccupazione, alle devastanti conseguenze sociali della crisi, che pure menzionate? Non pervenute.

Stranamente altre politiche, specie in materia economica, sono invece più che presenti. Al posto di fare carta straccia dell'assurdo *Fiscal Compact* lo vorreste addirittura nel corpus giuridico dell'Unione. Come al solito, chiedete una maggiore integrazione solo come manganello per imporre politiche fallimentari disgreganti, altro che cambiarle! Tanto la scusa per l'ennesimo e drammatico fiasco sarà la solita invettiva contro l'ascesa dei nazionalismi, quando tutti in quest'Aula sapete benissimo che si tratta della conseguenza e non certo della causa del problema. La soddisfazione di una vostra foto ricordo a Roma per i sessant'anni del Trattato servirà forse ad appagare qualche ego, ma al futuro del progetto europeo proprio no!

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento)).

Hilde Vautmans (ALDE), “blauwe kaart”-vraag. – Mijnheer, u zegt dat er in deze verslagen geen rekening wordt gehouden met de burger. Ik wil u heel graag in rekening brengen dat de eurobarometer heel duidelijk stelt dat de Europeanen meer willen inzetten op Europese defensie voor onze veiligheid, meer werk maken van een Europees aanpak van asiel en migratie. Bent u het met mij eens dat de dingen die in de verslagen staan wel degelijk rekening houden met wat de Europese burgers willen? Een echte Europese defensie, een echte Europees aanpak van asiel en migratie. Dus hier nu staan verkondigen dat wij met deze verslagen voorbijgaan aan de wens van de Europese burgers, dan denk ik dat we straks toch samen de verslagen moeten doornemen en dat ik u moet wijzen op de noodzaak dat deze verslagen de visie uitstippelen waar Europa naartoe moet gaan.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Onorevole collega, io le ho lette molto attentamente queste relazioni e le dico che, oltre a conoscere i dati dell'Eurobarometro, conosco anche i dati del barometro delle piazze e le posso assicurare che le tre priorità che chiedono oggi i cittadini sono lavoro, lavoro, lavoro. In queste relazioni non c'è niente di sociale, non c'è alcuna risposta sul piano sociale e sulle conseguenze della crisi, non c'è alcuna volontà di cambiare, di parlare di investimenti pubblici, di creare occupazione. C'è sempre la stessa ricetta dell'austerità che continuiamo a vedere applicata. Non c'è alcuna forma di autocritica e questo penso che sia il più grande fallimento in vista delle sfide che ci chiedono invece oggi i cittadini europei. Se non lo capirete, temo proprio che entro pochi mesi sarà troppo tardi per farlo.

Presidente. – Ricordo che la procedura prevede una «blue card» a oratore, altrimenti diventa un «question time».

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie reden heute über die Zukunft der Europäischen Union.

Ich kann Ihnen vorab schon sagen, dass diese Europäische Union keine Zukunft haben wird, wenn Sie weiter unbeirrt an diesen falschen Konzepten festhalten. Wenn ich in Ihre Reihen blicke – und gefühlt sind 80 %, 90 % Ihrer Reihen leer –, glauben Sie doch selbst nicht mehr daran, dass dieser Weg eine Zukunft hat. Das Entscheidende, das all jene verstehen sollten, die für eine gute Zukunft Europas sind, wäre nach dem Brexit-Referendum endlich zu erkennen, dass die Briten keine schlechten Europäer waren, weil sie Brüssel den Rücken gekehrt haben, sondern es ganz im Gegenteil ein Hilferuf war, mehr an Eigenständigkeit, mehr an Souveränität genießen zu können und sich vom Brüsseler Zentralisierungskurs abzuwenden.

Ich sage Ihnen: Verändern Sie dieses Europa in eine gute Richtung! Lassen Sie den Mitgliedstaaten wieder mehr Luft zum Atmen. Reduzieren Sie die Kommission mit 28 Kommissaren, die keiner kennt. Halbieren Sie dieses Parlament. Geben Sie den einzelnen Staaten wieder mehr an Möglichkeiten. Sie, Herr Brok, sind die Totengräber dieser Europäischen Union und Sie wissen es auch. Das ist der falsche Weg, der hier beschritten wird.

Die Elmar Broks dieser Welt können hier noch so schimpfen und schlecht reden, sie werden weiter Wahl um Wahl verlieren, und diejenigen, die eine gute Zukunft für Europa wollen – Parteien wie die unseren –, die werden am Ende erfolgreich sein und die werden die Zukunft gestalten und nicht mehr Sie.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule președinte, în situația politică și economică actuală este evident că Uniunea Europeană trebuie să ia măsuri pentru a îmbunătăți activitatea instituțiilor europene și a aduce Uniunea la nivelul economic care este dorit de cetățeni.

Sunt absolut de acord că trebuie schimbări care să fie bazate pe actualele prevederi ale tratatului, care se pot face în acest sens: un singur Consiliu, votul cu majoritate calificată în Consiliu (acolo este problema și nu în Parlamentul European), ministrul de finanțe, toate celelalte.

Cred că sunt lucruri care pot aduce îmbunătățirea activității noastre, însă Europa trebuie schimbată înspre bine, înspre mai multă coeziune, mai multă solidaritate și, de aceea, cred că a avea un buget pentru zona euro care nu este clar definit, ca surse și ca utilizare, nu este momentul acum să discutăm despre acest lucru. Dacă îl clarificăm, nici un fel de problemă. Dacă există instrumente de micșorare a efectelor crizelor, de asemenea, statele membre care sunt în afara zonei euro trebuie să participe. De asemenea, nu cred că este momentul să discutăm despre două tipuri de vot în Parlamentul European: unul pentru parlamentarii care vin din zona euro și altul pentru cei care nu vin din zona euro.

Isabelle Thomas (S&D). – Monsieur le Président, l'avenir de l'Union européenne passe par sa réforme et son approfondissement et, dans ce futur à construire, celui de la zone euro fait partie des questions à la fois les plus urgentes et les plus sensibles.

Je voudrais féliciter les rapporteurs pour leur détermination à aboutir à ce rapport, fruit de longs et difficiles débats. Il a le mérite de valider la nécessité de créer un budget spécifique de la zone euro et de sa gouvernance propre, même s'il ne s'agit, bien sûr, que d'une première marche. Nul doute que nous aurons d'autres débats houleux, notamment sur le code de convergence dans lequel les uns et les autres ne mettent pas le même contenu. De même, sa mise en œuvre pose l'épineuse question de son financement, et c'est l'occasion de tirer les leçons de l'expérience et de ne pas retomber dans le piège des égoïsmes nationaux et des logiques punitives.

Approfondir l'Union économique et monétaire, c'est ne plus regarder la situation d'un État par opposition aux autres, comme si rien ne les reliait, mais c'est regarder la zone euro de manière agrégée. Or, l'expérience nous montre que le financement par les États membres comporte en son sein la paralysie budgétaire. Qu'il s'agisse du budget de l'Union au-delà des plafonds ou du mécanisme européen de stabilité (MES), nous restons dans la logique du financement par les États. C'est pourquoi nous devons, sur ce budget comme sur celui de l'Union, nous atteler à l'impérieuse question des ressources propres et nous appuyer sur le rapport Monti pour aboutir.

Une zone euro approfondie, c'est aussi une gouvernance démocratique et transparente qui sort des conciliabules. Cela passe par une réappropriation de la souveraineté populaire non seulement en renforçant le pouvoir du Parlement européen, mais aussi en intégrant les parlements nationaux au cœur de la décision. Clémenceau disait: «la guerre est une chose trop grave pour être confiée aux militaires»; je le paraphrase en disant: «l'euro est une chose trop grave pour être confiée aux diplomates».

Sander Loones (ECR). – Voorzitter, wat zou de prioriteit moeten zijn van de Europese Unie? Dat lijkt mij evident. Wij moeten zorgen voor meer veiligheid. We moeten migratie onder controle brengen en we moeten zorgen voor banen, banen, banen. Al onze tijd zouden we daaraan moeten besteden. Al onze tijd aan veiligheid, aan migratie, aan banen. Maar wat zien we vandaag? Dat naast die punten ook nog gedebatteerd wordt over een aantal andere thema's waar de mensen niet op zitten te wachten.

Denkt u echt dat de mensen wachten op Europese belastingen? Denkt u echt dat de mensen meer bevoegdheid willen geven aan deze Europese Commissie en de lidstaten willen verzwakken? Denkt u echt dat de mensen Vlaams belastinggeld willen gebruiken om schulden in het zuiden van Europa terug te betalen? Ik wil vandaag een oproep doen, oprecht een oproep doen. Laat ons enkel en alleen op die essentie focussen. Laat ons gaan voor een Europese Unie die zorgt voor meer veiligheid, die migratie onder controle brengt en die gaat voor banen, banen en banen, en al de rest hoort in de diepvries.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, the word 'crisis' has been floating about here the whole morning. Somehow I am tempted to say that I do not see the EU in a crisis. In order to see a crisis I would look all around the European Union and I think that many around the European Union would like to have the crisis that we say we have.

What I do see is the European Union being weak. It has weaknesses, it is unable to take up the challenges it has, it is unable to be quick enough in its solutions. Quite often we are tackling issues for which the EU does not have competence. Quite often we are looking at issues which we could leave to national competence.

What is important is that we have an impetus and, for me, these three reports – while I admit that vis-à-vis some of them there would be provisions I would not agree with or could have difficulties with – are an impetus for real debate, a debate that we need in order to launch real reform of the European Union and be able to take up the challenges and deliver on issues on which our public expects us to deliver.

(The speaker declined to take a blue-card question from Mr Woolfe)

Danuta Maria Hübner (PPE). – Mr President, as Chair of the Committee on Constitutional Affairs, I must say that I feel really proud that, after two years of work, we have reached this day when a very clear message on the future of the European Union will come out from this House. When we look at the history of the European Union, we can clearly see that it has always grown through reforming itself but today reforms must signify urgency, pragmatism, but also vision and ambition.

It is true that a lot can, and must, be done at the national level, but it is essential to understand that we are strong because we have agreed upon, and jointly created, a system of European institutions: institutions which protect us against the risk of abandoning the core shared values that hold us together, institutions which are guardians of the interdependence created over decades of integration, and also institutions which have to progress and deliver efficiently.

The convergence machinery must certainly gather pace. Country-specific situations must be taken care of, but not at the expense of undermining the European capacity to act, of fragmentation, of discarding the Community method of integration. A new approach to the working method of the Union should respond to the growing demand for a more accountable, transparent and participatory decision-making system. We should continuously seek improvements to the way the European institutions work, generously exploiting the potential offered by new technologies.

Most of us agree that many badly-needed reforms can be introduced within the existing Treaty framework and we should use this potential fully, but it is our duty to look seriously into those areas where, without Treaty change, Europe's capacity to respond to people's legitimate fears, needs and ambitions will remain limited. We cannot afford this.

Roberto Gualtieri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con queste relazioni il Parlamento europeo interviene al massimo livello nel dibattito sul futuro dell'Unione, offrendo un contributo al tempo stesso ambizioso e realistico. Le relazioni indicano un percorso che parte dal pieno utilizzo dei trattati attuali e indica le linee di fondo di una loro revisione e al tempo stesso definisce una visione. Lo fa non prescrivendo una politica, onorevole Spinelli, ma al contrario tracciando una via che consenta ai cittadini europei di decidere democraticamente quali politiche adottare.

Quali sono i concetti di fondo di questa visione? Il primo è che non è solo possibile, ma necessario, conciliare diverse velocità di sviluppo col primato delle istituzioni comuni e del metodo comunitario. L'integrazione differenziata deve essere uno strumento per unire e non per dividere l'Europa. Il secondo principio è che, per essere efficace, la governance europea deve essere democratica e i principi di attribuzione, proporzionalità e sussidiarietà vanno pienamente integrati con quello della democrazia rappresentativa a livello nazionale ed europeo.

Questi concetti sono particolarmente chiari quando affrontiamo il completamento dell'Unione economica e monetaria. Per funzionare bene l'euro ha bisogno di una terza gamba a fianco della politica monetaria comune e delle politiche fiscali nazionali. Occorre una capacità fiscale comune che consenta di assorbire gli shock simmetrici e asimmetrici, proprio per evitare di sottoporre a eccessive tensioni, la politica monetaria e il Patto di stabilità e anche per sostenere la convergenza economica tra gli Stati membri. Questa capacità può e deve essere collocata nel bilancio dell'Unione e non richiede una riforma dei trattati. Il tutto con una più chiara divisione dei ruoli tra il livello nazionale ed europeo, con una robusta legittimazione parlamentare e senza erigere muri nei confronti dei paesi che ancora non adottano l'euro.

Signor Presidente, lo sviluppo di un'Unione degli Stati e dei cittadini europei, non è un salto federale, ma un processo storico in atto. È una statua già...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Herr Präsident! Das ist eine wirklich wichtige Debatte über die Zukunft unserer Europäischen Union. Man merkt hier: Es ist keine sterile Debatte über mehr oder weniger Europa, sondern eine Debatte darüber, wofür wir diese Union überhaupt haben: für die Freiheit, weswegen wir gegenüber Mitgliedstaaten, in denen die Freiheit in Gefahr gerät, diese auch verteidigen müssen – ich denke an Polen und Ungarn. Für den Wohlstand – ich denke daran, dass wir morgen hoffentlich einem guten Handelsabkommen mit unseren Freunden in Kanada zustimmen werden. Für die Sicherheit – das ist das Gebiet, auf dem die Bürger am meisten von uns erwarten und wo noch viel zu tun ist. Europol muss gemeinsam mit nationalen Polizeibehörden als eine Art europäisches FBI mitermitteln gegen Terroristen, gegen organisierte Kriminalität, gegen Einbrecherbanden. Wir brauchen einen echten europäischen Grenzschutz, der aus eigener Lagebeurteilung heraus handeln kann, nicht das, was die Regierungen vereinbart haben. Und wir brauchen die Europäische Union für unsere Sicherheit. Deswegen brauchen wir eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die diesen Namen auch wirklich verdient.

Brian Hayes (PPE). – Mr President, the message from the debate this morning, despite the differences that remain on these reports, must be loud and clear: the European Union, as 27 Member States, remains united, and remains united after the UK's decision to leave the European Union. A clear commitment exists across the 27 Member States to make Europe work and to deliver for our citizens.

And the good news? Despite nearly a decade of crisis and internal tension, Europe is finally growing again and the eurozone especially is growing again. Last year there was growth of 1.8%, greater than the level of growth in the United States of America for the first time in a decade; three million jobs were created over the course of the last 12 months in the eurozone, a job-creation rate more than 2% higher than in the United States of America. So, if anything, the economic data is showing that Europe and the eurozone have turned a corner and look like a much more stable economic bloc than either the United Kingdom or the United States of America.

I believe that Europeans want an integrated single market. I believe they want solid public finances and good-quality jobs with prospects. They want, essentially, political and economic certainty. The great majority of EU citizens do not want a federal Europe. They want a Europe that works for them and their families. There are many difficult issues in these reports. I personally am against a finance ministry and a treasury. I am against tax harmonisation, as people know, but, in short, if we want Europe to work now, today and tomorrow, we have got to do the job that we set out to do over a decade ago. That is the issue now, rather than a ...

(The President cut off the speaker)

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Colegas, os três relatórios que aqui discutimos sobre o futuro da Europa são uma mensagem muito clara deste Parlamento Europeu a favor de uma Europa mais forte, mais solidária e mais democrática. E não haja ilusões, a tarefa que temos diante de nós é salvar o projeto europeu, nada menos do que isso. Esse objetivo é vital para a paz, para a qualidade de vida dos cidadãos, para a regulação da globalização. E é um objetivo possível, se o projeto europeu se reencontrar com os seus valores, se a solidariedade prevalecer sobre os egoísmos nacionais e se a Europa retomar ambição perdida da prosperidade e da convergência.

Não há, evidentemente, soluções mágicas, mas, para dar resposta aos anseios dos cidadãos, do que a União Europeia precisa é de um novo impulso para a prosperidade e para a convergência. E o que estes três relatórios nos dizem é que não haverá nem prosperidade nem convergência, se não aprendermos as lições da crise financeira, se não corrigirmos erros na arquitetura do euro e se realmente não relançarmos essa ambição no coração do projeto europeu.

É essa a tarefa que temos pela frente, é isso que temos que concretizar se houver vontade política.

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Monsieur le Président, j'ai écouté la plupart des intervenants et nous sommes, pour la plupart d'entre nous, profondément convaincus de la nécessité d'une Union européenne plus forte. Pourtant, même les plus européens passent leur temps à évoquer tout ce qui nous divise, tout ce qui nous sépare, tout ce qui nous oppose. Mais ce n'est pas parce que nous étions unis que nos pères fondateurs ont créé l'Europe, c'est justement parce que nous étions divisés qu'ils l'ont créée.

Le choix de Strasbourg comme capitale de la démocratie européenne en est l'exemple phare. Vouloir toucher à ce symbole, c'est ne rien comprendre à ce que nous sommes. En tant que députés, notre rôle, notre objectif, notre devoir est de proposer plus d'union, pas par réflexe pavlovien, mais parce que c'est la seule solution pour ne pas revenir à la situation d'avant la chute du mur, pour ne pas revenir à la période qui dura des siècles pendant laquelle nous résolvions nos conflits en envoyant des générations entières de nos enfants se tuer les uns les autres.

Oui, nous avons encore des divisions mais n'oubliez pas que le peuple nous regarde, que nous sommes tellement obnubilés par les démagogues de tout poil que nous en oublions de parler à l'immense majorité du peuple européen.

Le peuple qui manifeste dans les rues en Pologne brandit des drapeaux européens. Le peuple qui est dans la rue en Roumanie demande plus d'Europe. Le candidat qui, en France, attire le plus de citoyens dans ses meetings est le seul à brandir des drapeaux européens.

Alors, oui, ces trois rapports sont un moyen de se remettre à parler à nos citoyens, qui demandent plus d'Europe, pour que nous soyons dignes des attentes de la majorité – hélas parfois silencieuse – de nos concitoyens.

(L'orateur refuse de répondre à la question «carton bleu» de M. Woolfe)

Jakob von Weizsäcker (S&D). – Mr President, when we created our common currency 25 years ago with the Treaty of Maastricht, we created something like a shiny new car, rather fast and comfortable. We knew full well that it lacked certain traditional safety features, such as a crumple zone in the form of exchange rates, but we just hoped that the driving instructions which came with the car – especially the Stability and Growth Pact – would induce everybody to drive safely, especially after a driving test based on the so-called convergence criteria.

So we were happily speeding along for a decade until we realised that we had two problems: not everybody was driving as carefully as they should, and, more importantly, not every accident is due to reckless driving, as the financial crisis has shown. That is why we need active safety features such as air bags; that is why we need roadside assistance; that is why we need an ambulance for people who have got hurt.

The Berès/Böge report on fiscal capacity gives a good indication of how such features can be created within our common currency. It also acknowledges that some of these features could induce moral hazard, such as not putting on your seatbelt or driving recklessly. In doing so, the Berès/Böge report is an example of a good Franco-German compromise by convinced Europeans. With this report we are moving our Union forward in the spirit of solidarity and responsibility. I very much hope that the Commission's White Paper will be similarly clear and forward-looking, ahead of the Rome Summit, national elections in a number of key Member States, and Brexit.

Dariusz Rosati (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Drodzy Koledzy! Sporo słyszeliśmy krytyki na temat Unii Europejskiej. Szczególnie ze strony przedstawicieli eurosceptycznych partii słyszeliśmy, że wiele kryzysów w Unii Europejskiej obciąża właśnie samą Unię Europejską. Ale jaka jest prawda? Jak popatrzymy na te kryzysy, to okazuje się, że większość z nich jest spowodowana niewłaściwą polityką państw członkowskich. Weźmy kryzys migracyjny czy kryzys związany z uchodźcami. To właśnie to, że państwa członkowskie nie przestrzegały porozumień dublińskich, nie przestrzegały obowiązków, jakie na nich spoczywały, doprowadziło do tego, że masa uchodźców rozlała się w sposób niekontrolowany w całej Europie. Weźmy kryzys związany z atakami terrorystycznymi. One także wynikają z tego, że państwa członkowskie nie chcą ze sobą współpracować, jeśli chodzi o wymianę informacji pomiędzy służbami. A kryzys ekonomiczny – ta sama historia – to jest wynik błędów i błędnej polityki poszczególnych państw. Także ja mam złą wiadomość dla panów Foxa czy Farage'a: potrzebujemy niestety w tych dziedzinach więcej Europy, a nie mniej Europy.

(Mówca nie zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki przez Takisa Hadjigeorgiou)

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il futuro dell'Unione e la sua direzione di marcia non hanno bisogno di nuove visioni, ci hanno già pensato più di sessant'anni fa. Tutto sta scritto infatti nelle promesse che noi europeisti abbiamo fatto ai cittadini, negli impegni che l'Europa stessa ha preso quando si è presentata come capace di promuovere prosperità, inclusione per i cittadini più deboli, libertà e diritti.

È vero, siamo stati una fabbrica e un motore di ideali e valori, ma troppo poco e troppo tardi li abbiamo tradotti in fatti e in risultati e ora paghiamo un prezzo altissimo che mette a repentaglio l'idea stessa di Europa. Dobbiamo perciò ripartire da lì, dalle promesse mancate – l'Europa sociale –, dai risultati insufficienti – la crescita –, dagli obiettivi rinnegati o traditi – la solidarietà e l'unità –, per colmare il gap di fiducia e di amore per l'Europa. Ciò che è diventato ostile agli occhi dei cittadini è questa Unione europea, percepita come fabbrica di vincoli, legislazione soffocante e non attenta ai cittadini. Questa è la nostra sfida. Abbiamo sentito in quest'Aula voci molto condivise e questo fa ben sperare perché sappiamo tutti che questo forse è l'ultimo tempo per riprendere la strada giusta.

Λεωντής Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, γιορτάζοντας τα εξήνταχρονα της Ευρώπης οφείλουμε εμείς εδώ μέσα, από το Κοινοβούλιο των λαών, να στείλουμε ένα και μόνο ισχυρό μήνυμα: ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση, παρά τα προβλήματα και τις δυσκολίες, θα συνεχίσει να γίνεται πιο ισχυρή και πιο δυνατή για να εξυπηρετεί και να στηρίζει την ευημερία, το μέλλον και την ασφάλεια των λαών της Ευρώπης. Ταυτόχρονα, όμως, οφείλουμε να αγωνιστούμε με όλες μας τις δυνάμεις για μια καλύτερη Ευρώπη, πιο ανθρώπινη, πιο κοινωνική, πιο αποτελεσματική, με λιγότερη γραφειοκρατία, λιγότερα προβλήματα, περισσότερη ανάπτυξη, περισσότερες θέσεις απασχόλησης. Εμείς που προερχόμαστε από μικρές και αδύναμες χώρες ενταχθήκαμε στην Ευρωπαϊκή Ένωση γιατί πιστεύουμε σε αυτά τα ιδεώδη τα ευρωπαϊκά, στις αρχές και τις αξίες. Για αυτό πιστεύουμε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να υπερασπιστεί τις αρχές και τις αξίες της. Οφείλει να υπερασπιστεί τα ευρωπαϊκά ιδεώδη, να υπερασπιστεί την ασφάλεια και την ευημερία των λαών. Εμείς θέλουμε και αγωνιζόμαστε για μια Ευρώπη που πραγματικά θα διασφαλίζει και θα προασπίζεται την ασφάλεια και τα σύνορά της από την ανατολική Μεσόγειο μέχρι τη Βόρεια Θάλασσα, που θα προασπίζεται τις αρχές και τις αξίες της.

István Ujhelyi (S&D). – Elnök Úr, tisztelt kollégák, nyissák ki a szemüket, olvassanak történelmet és tanuljanak belőle! Európa új populistái azok a politikai vezetők, akik a népre hivatkozva éppen el akarják lopni az európai népek, a mi gyermekeink biztonságos jövőjét, ők ebben a teremben nyilván ma nem tudnának még győzni, de odakint, az utcákon már sok helyen komoly támogatókat gyűjtöttek. Mert miközben mi itt szép szavakban, és valóban felelősségteljes tervekben az európai együttműködést formáljuk, amely békét, fejlődést, új munkahelyeket, szociális, közös juttatásokat és jogokat, és egyáltalán, a nagy világpolitikában egy komoly, versenyképes Európát próbálunk tervezni, addig például az én országomban a kormányzat Magyarországon állami propagandagépezettel próbálja lebontani az Európába vetett hitét az embereknek. Éppen ezért kell megmutassuk, és például ezért írtunk mi, magyar szocialisták egy olyan anyagot, amely megmutatja, hogy a magyar demokrácia hogyan képzei el az európai Magyarországnak a helyét. Ehhez várom az Önök ... (Az Elnök megvonta a szót a képviselőtől.)

(A felszólaló hozzájárul egy „kékkártyás” kérdés megválaszolásához (az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése).)

Steven Woolfe (NI), blue-card question. – Mr Ujhelyi, you said that we should look to history and read our history books, but the papers that we are discussing today talk about a common army, a common security system, a common banking system and common taxation. All of these were done by the communists, by the Holy Roman Empire, by the Egyptians, and by any form of dictatorship trying to aggrandise the people and control the people.

Der Präsident. – Herr Kollege Woolfe! Es handelt sich bei Ihrer Intervention nicht um eine Frage. Jedenfalls sind Sie nach 24 von 30 Sekunden noch nicht zur Frage gekommen. Die Frage hat sich deshalb erledigt.

Markus Pieper (PPE). – Herr Präsident! Zum Verhofstadt-Bericht: Ja, Europa muss mit Trump und Brexit zusammenstehen. Der Weg zur Verteidigungsgemeinschaft, die Sicherheitspolitik, der effizientere Umgang mit Geldern.

Richtig ist im Bericht auch die Kritik an den Mitgliedstaaten, die blockieren und mehr Europa verhindern: Grenzschutz, Schengen, Datenaustausch sind Beispiele. Aber der Bericht wäre noch besser, wenn die Kritik an den Mitgliedstaaten sich auch auf die permanente Verletzung europäischer Schuldengrenzen beziehen würde. Von Deutschland bis Griechenland – den Stabilitätspakt haben wir mehr als 100-mal verletzt. Warum sprechen wir das im Bericht nicht direkt an? Stattdessen zu fordern, dem ESM und der neuen Haushaltskapazität jetzt die Möglichkeit der Kreditaufnahme zuzugestehen, aber gleichzeitig nichts zur gigantischen Verschuldung von Mitgliedstaaten zu sagen, das heißt letztlich, das Prinzip von Haftung und Verantwortung, das sich hier bewährt hat, auszuhebeln.

Das ist nicht europäisch. Das treibt die Gemeinschaft eher auseinander. Deshalb: Mehr Europa in Außen- und Sicherheitsfragen, ja, mehr Europa in der Wirtschafts- und Währungsunion, ja. Aber erst Entschuldung, dann mehr Integration.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor presidente, el diseño institucional prefigura el futuro de las organizaciones y dificulta o garantiza su supervivencia.

La crisis ha demostrado que la Unión Europea está, en su diseño institucional, llena de insuficiencias y llena de disfuncionalidades. Los informes que hoy debatimos aportan propuestas concretas para resolver muchos de estos problemas de diseño.

Pero por encima del diseño está la adhesión, el apoyo de los ciudadanos a un proyecto concreto y a su futuro. Y ese apoyo, hoy, es débil para la Unión Europea y solo podrá ser fuerte si la Unión es capaz de resolver con decisiones europeas necesidades de los ciudadanos.

Para ello se necesita un presupuesto consistente: para crecer, para distribuir mejor, para garantizar libertades, para aportar convergencia y para ser solidarios con el resto del mundo.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, tyto tři zprávy, které projednáváme, mají společného jmenovatele, a to je najít odpověď na nedůvěru občanů vůči EU. Jejich předkladatelům za všechny tři zprávy děkuji.

Zpráva poslance Verhofstadta považuji za velmi zajímavý intelektuální počín, který je užitečný pro veřejnou diskuzi, ale nemůže se stát pro nás závazným rámcem. Já jsem nekandidovala do Evropského parlamentu s vizí centralizace. Souhlasím s některými návrhy, jako je vytvoření obranné unie nebo návrh na jedno sídlo Evropského parlamentu, ale nesouhlasím s posílením federalizace, respektive centralizovaného rozhodování v ekonomických a sociálních otázkách, jako je návrh na přijetí konvergenčního kodexu nebo nová pozice pro evropského ministra financí se silnými pravomocemi. Nesouhlasím s tím, aby poslanci ze zemí mimo eurozónu byli z hlasování v některých otázkách vyloučeni.

Za realističtější považuji zprávu kolegy Broka. Odpovědi na očekávání občanů jsou konkrétní kroky, které zde budeme tento týden schvalovat.

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident! Ich will es ganz kurz machen. Viele Menschen haben den Eindruck, dass die Europäische Union für sie keinen Mehrwert bringt, ein bürokratisches Monster ist und sich nicht an die Regeln hält. Darauf müssen wir Antworten finden. Wir müssen auch einmal aufhören, uns nur mit uns selber und damit zu beschäftigen, wie wir die Verträge in den nächsten Jahren entwickeln wollen, sondern wir müssen Antworten geben.

Die erste Antwort muss heißen: Die Kommission als Hüterin der Verträge hat dafür zu sorgen, dass die Regeln eingehalten werden. Wir brauchen nicht neue Institutionen, sondern das, was verabredet wird, muss gelten. Zweitens: Wir brauchen einen Rat, der akzeptiert, dass die Aufgaben, die er auf die Europäische Union überträgt, auch auf europäischer Ebene entschieden werden. Wir haben Entscheidungsprozeduren, die nicht dazu beitragen, dass wir dort handlungsfähig sind, wo Europa handelt. Und drittens, liebe Freunde: Wir brauchen ein Europäisches Parlament, das wirklich die Bürgerinnen und Bürger vertritt und nicht Interessen, die hier im Hause vielleicht mehrheitsfähig sind, aber bei den Menschen nicht. Wir brauchen nicht neue Institutionen in Europa, sondern wir brauchen ein klares, regelbasiertes Handeln.

Milan Zver (PPE). – Pred natanko stotimi leti je umrl avstro-ogrski cesar Franc Jožef.

Takrat je divjala vojna, to je bil čas, ko so prevladovala centrifugalne sile, razpadale so države, rojevali so se novi totalitarizmi in avtoritarni sistemi, na desetine milijonov ljudi je bilo pobitih.

Vsaj na zahodu je pred skoraj šestdesetimi leti z nastankom Unije prevladala kultura življenja, kultura miru in kultura blaginje. A na žalost ne trajno. Kriza v zadnjih letih je ponovno obrnila tok zgodovine – ekstremizem je ponovno „in“.

Naj današnja razprava spodbudi razmišljanje o naši skupni usodi. Premalo nas je, da bi se delili. Skupaj z Američani nas je manj kot 10 % v globalnem merilu.

Morda je za Unijo bolje ta hip, da umirimo žogo. Bolj kot ihta, da še naprej vzpostavljamo nove in nove strukture in skupne politike Evropske unije, bi bilo koristneje, če bi utrjevali evropsko pripadnost, zavezo, identiteto. Šele na tako utrjeni podlagi lahko gradimo v prihodnosti kaj več.

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für das nun folgende *Catch-the-eye*-Verfahren habe ich viermal so viele Wortmeldungen, als ich nach den Zeitplänen nehmen kann. Sie gestatten deshalb oder Sie sehen es mir bitte nach, wenn ich mich auf diejenigen beschränke, die nicht schon bei früheren Debatten über „blaue Karten“ gesprochen haben, oder diejenigen, die sich sehr spät im Plenum zu dieser Debatte eingefunden haben.

Catch-the-eye-Verfahren

Андрей Ковачев (PPE). – Г-н Председател, дебатът за бъдещето на Европейския съюз не трябва да се води само тук, но и в националните парламенти и в гражданското общество. Трябва да отговорим на очакванията на европейските граждани за повече физическа и социална сигурност, а не да изпращаме сигнали на разединение.

Мирът като аргумент за нуждата от Европейския съюз не е клише, но не е и достатъчен. Фрагментирането на Европейския съюз в различни групи и формации е контрпродуктивно. Всички стъпки за укрепване на еврозоната трябва да бъдат отворени и към страните извън еврозоната, които са заявили желание да се присъединят.

Доверие на европейските граждани в европейския проект ще има, ако покажем, че той е ефективен и адекватен на заобикалящия ни свят. На сегашния етап това означава обща защита на външните граници, споделяне на отбранителен капацитет, обща борба с тероризма и справяне с външните заплахи, обща и солидарна миграционна политика, силна и единна външна политика, както и инвестиции за растеж, заетост и конкурентоспособност.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, o Europă unită era dezideratul liderilor mondiali după cel de Al Doilea Război Mondial și, iată, după zeci de ani, 60, ne aflăm în fața unei Europe dezbinată, o Europă în criză.

Pentru a ieși din criză trebuie să fiți atenți cum tratați cetățenii, toți cetățenii europeni, nu numai pe unii, nu mai trebuie să existe cetățeni de diferite categorii. Toți suntem cetățeni europeni, nu trebuie să mai existe două, trei sau patru Europe, euro/non-euro, Schengen/non-Schengen.

Sper că aceste trei rapoarte nu sunt doar pentru cartea albă pe care o pregătiți pentru summit, domnule comisar. Am apreciat mult intervențiile colegilor și, în mod deosebit, intervenția domnului Brok. Toate instrumentele, mecanismele pe care le introducem nu trebuie să afecteze statele și cetățenii din zonele non euro, nu trebuie să mai alimentăm neîncrederea cetățenilor în Uniunea Europeană. Trebuie să rezolvați zona Schengen, nu puteți să mai trimiteți țări în afara spațiului, așa cum este cazul țării mele, România, deși, tehnic, este pregătită, doar pentru că o țară, Olanda, se opune.

Este foarte importantă comunicarea a ceea ce facem, a deciziilor luate pentru a crește încrederea cetățenilor. Faceți aceleași greșeli ca și guvernele care nu comunică bine decizii bune și nu pot să votez articolul 59 al domnului Verhofstadt

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, some Members in this Chamber think that more Europe, more federalism is a solution. I think this is absolutely wrong. The political union being peddled would be a total disaster. More power to the EU institutions simply will not substitute for the lack of credibility the EU is suffering today.

We reject the rise of extremism in our countries. We must fight against it, yes. Today you ask for more sovereignty from people but you have not given the slightest reflection to why the EU is in crisis. My question is: what have we learned from Brexit just recently? What have we learned? I do not see any reflection here. This is what people despise. This is what creates anger and opposition. This is feeding extremist movements in Europe more and more. So let us emphasise the role of national parliaments over the much publicised power of the EU. Moreover consider the waste of money that is more and more Europe.

Europe needs reform, but it starts by respecting national states and their citizens. Furthermore, we must honour the founding fathers of this House and of the EU by respecting the God-given values they treasured.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, Europa necesita una refundación federal, una soberanía europea y unas instituciones que, aplicando con inteligencia el principio de subsidiariedad, la plasmen en legitimidad democrática, presupuesto y objetivos, consiguiendo consagrar las ventajas del espacio único a promover más y mejor empleo, a consolidar nuestro modelo social y a convertir la industria y la economía circular en la base del crecimiento.

Eso requiere política con mayúsculas, como la que propició la integración de la antigua Alemania del Este en nuestra Unión o la que abrió camino al programa PEACE de Irlanda del Norte. En este empeño tenemos credibilidad y trayectoria naciones como Euskadi, que nunca hemos vivido de gestionar fronteras, frente a quienes bloquean soluciones en el Consejo y nacionalizan los éxitos de todos y europeizan sus propios fracasos.

Por eso defendemos sin complejos enmiendas contra la competencia fiscal entre Estados miembros, a favor de un mínimo compartido para nuestro modelo social, para garantizar la suficiencia e independencia financiera de la Comisión Europea o para dar cauce a causas que se nos van a presentar, por ejemplo en Escocia, que pueden ayudar también a algunos Estados que niegan soluciones políticas a su propia diversidad.

Takis Hadjigeorgiou (GUE/NGL). – Mr President, I have been in the room for almost three hours, perhaps longer than anyone else and certainly longer than any of the Commissioners.

Let me tell you that my party is not against Europe. However, we support a better Europe. There are millions of unemployed people out there and, if they have followed our discussion, they unfortunately now know that they will remain unemployed for longer.

Secondly, only a few in this room referred to the eurozone, which in my opinion is one of the root causes of the tragic situation we are facing today. I mean that its structure and the way it was created constitute one of the reasons for the problems so many people are trying to resist.

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Mr President, I would like to thank Mr Verhofstadt for these very well calibrated proposals which, in writing, look much better than the over-cautious rhetoric about the United States of Europe. The report is very timely yet, on the other hand, we would be better off if we had adopted it before the 2014 elections so that European citizens could have given us, or not given us, a mandate to accomplish those ideas. That is why I would like to propose that you do not pin your hope so much on the possible convention but, rather, keep it simple.

We, the elected representatives of the people, must be able to debate, vote and adopt changes to the Treaties. I would like to give all my support to today's rapporteurs if they will go out and truly defend the prerogatives and the full duties of this European Parliament. The selfish slogans *à la* 'Make this or that country great' – at the cost of the other countries – could easily be defeated under the motto: 'Make this Parliament great again'. Thank you for making an attempt.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr, az Unió jövőjéről szóló jelentésben a következő állítás szerepel: „a populista pártok és a nacionalista mozgalmak előre törése azt eredményezte, hogy a lakosság egyre nagyobb része elégedetlen a(z) [...] Unió működésével”. Ez az állítás logikailag téves, okot és okozatot cserél föl. Az európai lakosság mind nagyobb része jött rá arra, hogy nem fogadja el, hogy egy 500 milliós olyan birodalom tagja legyen, amelyben az emberek mindennapi életét egy központból irányítják. Önök, a jelenlegi többség, vindikálja magának a jogot, hogy Európa Pártnak nevezze magát. Mi is azok vagyunk. Tudjuk, hogy az európai nemzetek együttműködésének nincs alternatívája. De az Európai Egyesült Államok építésének van alternatívája. A Brexit elég erőteljes hangot adott ennek, de Önöknél süket fülekre talál. Itt az ideje, hogy szembenézzenek, és egy másik irányból, új alapokról építsük ezt az együttműködést.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Members, thank you very much for today's very interesting debate. In conclusion I will address the issue of budgetary capacity for the euro area, on which the report by Ms Berès and Mr Böge aims to put forward a consensual position of the European Parliament. We need to see it in the wider context of the work on completing economic and monetary union.

The Five Presidents' Report of June 2015 set out how to go about this. We have already seen progress on the four unions as outlined in the report's first phase: an economic union focusing on convergence, prosperity and social cohesion; an integrated financial union to finance companies and households better and to ensure financial stability; a closer fiscal union for sound and integrated fiscal policies; and a political union to safeguard democratic accountability and strengthen legitimacy where needed. Further deepening of EMU should be built on the existing instruments, notably the European Semester, putting more flesh on its bones and strengthening its credibility and effectiveness.

The idea of the convergence code, creating a more binding framework for economic policy coordination around key economic competitiveness and social targets, would go in that direction. Also any further refinement of our economic and monetary union must fully respect the provisions of the Stability and Growth Pact. Only then will we have the stability and credibility we need for more ambitious designs.

At the same time, the Five Presidents' Report also noted that, in the medium to long term, completing the economic and monetary union may require further institutional evolution and new tools. The existing instruments, the European Stability Mechanism, and previously European Financial Stability Facility, and the European Financial Stabilisation Mechanism have been successful in overcoming the most difficult part of the crisis. The financial system has been reinforced too through the establishment of the banking union.

Looking to the future the Five Presidents' Report proposes a system of public risk sharing to be enhanced through a fiscal stabilisation mechanism for the euro area as a whole. Its aim would be to deal with major shocks, when national stabilisation systems prove insufficient even if the country hit by the problems has been following all the rules. The main ideas being discussed are all around boosting investment and supporting unemployment benefits, possibly via a reinsurance scheme. Such mechanisms could and should be set up in a way that does not lead to permanent transfers among countries or undermine incentives for sound policy-making at national level.

I understand that these are the sort of questions that were at the heart of the debate you had in drawing up the report by Ms Berès and Mr Böge. As the report was adopted in committee only last night, we are not in a position today to give you a point by point, or line by line, commentary. But we will study the recommendations Parliament adopts this week very closely.

Our common goal is a more resilient and prosperous economic and monetary union. As Frans Timmermans said, the social dimension also runs throughout efforts to complete the EMU. It is clear that the institutional, political and legal challenges are substantial but it is vital that we overcome them. The Commission's White Paper on the future of Europe will present a wider vision for the future of Europe. It will take into account the very valuable suggestions in the three important reports before us today, which I know are the outcome of long hours of negotiation. In the weeks and months to come we will continue to work closely with Parliament and the Council in this area. There are no easy solutions, no simple answers to such complex issues. Responsibility and solidarity must always go hand in hand, and only when we reconcile our approaches can we all move forward. Today's debate, I believe, is certainly a step in the right direction.

Guy Verhofstadt, rapporteur. – Mr President, I will be very brief. First of all, I think that the Commission could react. Fiscal capacity for the euro area has been on the table for two years now and then the Commission comes and says that they have to examine it. But that is another point.

I have heard three fundamental criticisms. The first is that this is too institutional, then that you are creating more – and a bigger – Europe and people do not want that, and that it is too visionary. Those are the three criticisms that I have heard this morning.

Firstly, on institutions, it is not the case that we produce a report on institutions because we like institutions and want to create them. No, we do this because they are the only way to tackle the problems we are facing today. We have been talking about, for example, cleaning up the banks. You need funds to clean up these banks at the European level. On refugee flows, you need a border and coast guard to tackle that problem. In the future, on terrorist threats, you will need an investigation and intelligence capacity at European level. So we are pleading for a number of institutional reforms, not because we like institutions, but because this is the only way to tackle at a European level the challenges we are facing today.

The second thing is that this is only a bigger Europe. No, in the report it is about a smaller Commission, and less regulation but more policies – that is what we need – and also social policies and tax policies. And then, finally, it is too visionary. Well I think that in Europe we need a vision and a project again. It is only when we show the way forward and a vision for the future, rather than just concentrating on day-to-day politics, that people and citizens can again be converted to the new European ideals.

For the rest, I am very encouraged that a big majority of the House has supported the report instead of the extremes on the left and the right.

Elmar Brok, Berichterstatter. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident! Als ich Herrn Dombrovskis so zuhörte, hatte ich das Gefühl, es könnte vielleicht so einer wie er, der erste Präsident der Euro-Gruppe sein, der auch Vizepräsident der Kommission ist.

Aber jetzt zur Debatte selbst. Erst einmal möchte ich mich bei Mercedes Bresso, meiner Ko-Berichterstattn, bedanken. Sie hatte mindestens so viel Arbeit an diesem Bericht wie ich. Ich glaube, das sollte deutlich zum Ausdruck kommen und ich hoffe, dass sie bald wieder hier sein kann, um mit uns zusammenzuarbeiten. Ich wünsche ihr alles Gute.

Der zweite Punkt ist: Bei den rechten und linken Europagegnern sieht man immer: Sie fordern Lösungen, verweigern aber konstant die Instrumente, damit die Lösungen erreicht werden können. Das heißt, sie wollen die Lösungen nicht. Sie wollen nicht, dass unsere Bürger eine Lösung bekommen, damit sie aus dieser Unruhe heraus ihre Brötchen backen können. Dieses ist Antibürgerverhalten, was diese rechten und linken Europagegner hier zum Ausdruck bringen, es ist gegen die Menschen gerichtet.

Der zweite Punkt, den ich benennen möchte, ist: Wir müssen die nationalen Parlamente – das habe ich vorhin vergessen – deutlich einbeziehen. Aber es muss bei den Entscheidungsprozessen klar sein: jeder auf seiner Ebene und keine Vermischung der Ebenen der Zuständigkeiten. Ich glaube, in dem Sinne werden wir ein Stück weiterkommen.

Eine letzte Bemerkung: Ich bin für Souveränität. Aber Souveränität da, wo sie durchgesetzt werden kann. Viele sagen heute: Das kann man europäisch nicht machen, weil es die Souveränität zerstört. Erstens sind die Verträge und die Kompetenzen klar – das ist das formale Argument. Aber das andere Argument ist: In vielen Bereichen ist der Nationalstaat zu schwach, die Souveränität für die eigenen Bürger in dieser globalen Ordnung durchzusetzen. Europa heißt nicht, nationale Souveränität zu vernichten. Europa heißt, über Europa die Souveränität für unsere Völker zurückzugewinnen. Das muss deutlich werden, damit wir hier die Unterstützung unserer Bürger bekommen.

Jo Leinen, Berichterstattn. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Umfragen von Eurobarometer zeigen doch Monat für Monat, dass eine große Mehrheit der Menschen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union für die Europäische Union ist. Im Gegenteil: Bei den großen Fragen erwarten die Menschen ein starkes, ein handlungsfähiges Europa. Das gilt insbesondere für die Ankurbelung der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir machen ja Vorschläge für die Stärkung der Eurozone, aber auch für die Stärkung der Wirtschaft in der Europäischen Union insgesamt. Das gilt auch für die Herstellung von Sicherheit, nach innen wie auch allgemein im Umfeld der Europäischen Union. Da gibt es große Mehrheiten in der Bevölkerung, dass die EU gemeinsam handelt und wir deshalb die Probleme lösen können.

Wir brauchen auch einen fairen Wettbewerb, einen Wettbewerb in der Steuerpolitik. Es ist doch ungerecht, dass einige Steuern vermeiden können und sich in Steueroasen flüchten. Wir brauchen einen Kampf gegen Sozialdumping – im Binnenmarkt darf es kein Sozialdumping geben – und natürlich auch einen fairen Handel in der Welt. Wir haben die Themen besprochen, was China angeht, vielleicht demnächst auch, was die USA angehen könnte. Da müssen wir uns schützen, ohne protektionistisch zu sein.

Der geltende Lissabon-Vertrag hat Möglichkeiten, die wir noch nicht ausgeschöpft haben. Wir haben ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten. Es muss möglich sein, dass eine Gruppe von Staaten vorangeht und andere dann später folgen. Und in der Eurozone brauchen wir ein Instrument, das diese Zone wetterfest macht. Mir geht es darum, dass wir die nationalen Silos bei der Europadebatte überwinden.

Wir brauchen einfach Plattformen für eine gemeinsame Debatte über die Zukunft. Deshalb rege ich an, dass die Parlamente zusammenkommen, wie 1990 bei den Assisen, und dass letztendlich eine gemeinsame Debatte auch in einen Konvent mündet, der Vorschläge macht für ein besseres, für ein stärkeres Europa – und das möglichst vor den nächsten Europawahlen.

Reimer Böge, Berichterstattn. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was erwarten die Bürger von uns? Dass wir Freiheit und Sicherheit im weitesten Sinne für sie gewährleisten und uns darauf konzentrieren!

Grundlage dafür ist, dass wir es erst einmal schaffen, Toleranz und Vertrauen zueinander zurückzugewinnen. Da haben wir durchaus etwas nachzuholen, oder wie Angela Merkel es hier einmal vor zehn Jahren im Plenum ausgeführt hat: Wir müssen auch einmal bereit sein, mit den Augen der anderen sehen zu wollen. Auch da gibt es manchmal einen gewissen Nachholbedarf.

Dann sollte es doch möglich sein, ein Maßnahmenpaket zu schnüren, das umfassende Solidarität beinhaltet, um Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Eine Außen- und Sicherheitspolitik voranbringen, die diesen Namen verdient. Stabilisierung unserer Nachbarschaft, weil die Zeiten für uns sonst verdammt unsicher bleiben. Dazu gehört, dass wir internationale regelbasierte Freihandelsabkommen auf den Weg bringen, um unsere Werte, unsere Prinzipien von Wirtschaftspolitik, von sozialer Verantwortung global stärker verankern. Dazu gehört der Schutz der Außengrenzen und natürlich auch – wie im Bericht Berès/Böge angesprochen – die nachhaltige Stabilisierung der Eurozone im Interesse der gesamten Europäischen Union.

Wenn uns das gelingt, uns in den nächsten Monaten auf solche konkreten Zielvorgaben zu verständigen und dann auch mit einer gewissen Kompromissfähigkeit Lösungen dafür anzubieten, dann werden wir das Vertrauen der Bürger rechtfertigen und dort, wo es verloren gegangen ist, auch zurückgewinnen.

Pervenche Berès, rapporteure. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, comme M. Verhofstadt, je suis un peu déçue que vous n'ayez pas pu lire le rapport Böge-Berès. Il est sur la table depuis très longtemps maintenant et a été – c'est vrai – voté hier soir, mais dans une version qui n'a pas beaucoup bougé depuis longtemps.

Avec Reimer Böge, nous savons que cette capacité budgétaire pour la zone euro est une pièce indispensable. Je m'adresse particulièrement à vous car, avec le vote de ce rapport et des deux autres rapports, le message que nous envoyons à la Commission européenne est que, dans le livre blanc que vous allez publier, cette question doit être une question centrale.

Quand les temps sont durs, quand le Brexit est là, quand certains veulent réveiller le Grexit, la question est de savoir quel est l'investissement de la Commission et du Parlement européen pour achever la zone euro, afin qu'elle soit ce socle solide que nous avons voulu depuis l'origine, car enfin complété par la création d'un budget de la zone euro – alors le livre blanc sera utile. Mais si vous n'écoutez que les États membres et établissez une espèce de longue liste-catalogue pour faire plaisir à tout le monde, ne faire peur à personne, ne pas diviser au motif que certains seraient dans la zone euro ou pas, vous minerez la base sur laquelle nous sommes assis.

Je fais confiance au président Juncker et souhaite que vous alliez en ce sens pour que cette question d'un budget de la zone euro, à laquelle ont vocation à appartenir l'ensemble des 27 pays membres de l'Union européenne, soit un outil enfin en place, car nous en avons besoin pour assurer la convergence des économies de la zone, notre capacité d'amortir des chocs asymétriques et symétriques, tout en tenant compte d'un pilier social.

Der Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 16. Februar 2017, statt.

(Die Sitzung wird für einige Minuten unterbrochen.)

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Lorenzo Cesa (PPE), per iscritto. – Il dibattito congiunto sulle tre relazioni in discussione ci permette di cogliere meglio la globalità dei temi in gioco per il futuro dell'Europa. Occorre partire dall'esistente e da una riflessione approfondita sugli strumenti e le potenzialità che ci offre il trattato di Lisbona. Nessun nuovo strumento e nessuna ulteriore sovrastuttura sono necessari per un cambio di passo della nostra Europa. Un più convinto slancio politico, ed una maggior integrazione possono, a trattati costanti, permetterci di far fronte alle sfide dei nostri tempi. Dobbiamo saper rispondere alle emergenze economiche finanziarie, migratorie e di sicurezza. È necessaria più Europa! È doverosa una convinta integrazione politica della nostra Unione. Questo il senso delle tre relazioni che ci accingiamo convintamente a sostenere.

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich stimme mit den Forderungen der Berichterstatter überein. Der Ansatz, den Vertrag von Lissabon für eine Neuausrichtung der EU komplett auszuloten, ist der richtige Ansatz, um die EU für die Zukunft tauglich zu machen. Ein Konvent ist für die nächsten 10 Jahre nicht absehbar. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten stehen bisher nie dagewesenen Herausforderungen gegenüber. Wir müssen das verlorene Vertrauen unserer Bürger wiedergewinnen, indem Entscheidungsprozesse transparenter gestaltet werden und die Rechenschaftspflicht der Institutionen, Agenturen und informellen Gremien (etwa der Eurogruppe) verbessert, die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen intensiviert und die Handlungsfähigkeit ausgebaut wird. Wir müssen die rechtlichen Möglichkeiten, die uns die Verträge bieten, in vollem Umfang ausnutzen.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – O debate de hoje, sobre «o futuro da União Europeia», é a melhor demonstração de que as notícias da morte da grande coligação entre a direita e a social-democracia europeias eram manifestamente exageradas.

As forças responsáveis, desde sempre, pela condução de um processo de integração capitalista contrário aos interesses dos povos, perante o desastre que criaram, querem forçar uma fuga em frente. Mesmo sem alterar os tratados, o que desejariam fazer mas não podem, porque os povos não o permitiriam, querem forçar alterações de enorme magnitude e não deixarão de ter profundas consequências.

Assumem, sem rodeios, a intenção de limitar ainda mais a soberania dos Estados, concentrando mais poder nas instâncias supranacionais controladas pelas grandes potências. Já nem se dão ao trabalho de disfarçar: exigem o fim da unanimidade e a criação de um ministro das finanças da UE. Para apertarem mais o garrote, têm de concentrar mais poder. Como noutros tempos, inventam inimigos externos para justificarem a deriva militarista, securitária, antidemocrática.

Falam do futuro mas, sem se darem conta, já são passado, um passado triste que não deixará saudades.

O que esta discussão, mais uma vez, evidencia é que, para salvar a Europa, é preciso derrotar a UE.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Kakva budućnost Europe? Imamo li uopće snage nešto radikalno promijeniti?

Apsurd čitave priče je da se veliki euroentuzijazam koji je postojao do 2005. godine nije iskoristio kako bi EU ojačala. Formalno, to je bilo teško jer se Velika Britanija uvijek opirala produbljivanju odnosa u EU, a danas je kroz referendum o Brexitu definitivno otišla dok je Europa u još dubljoj krizi. U međuvremenu politika se počela mijenjati u Poljskoj, Mađarskoj i još neki drugim zemljama i time se kriza dodatno produbila.

Europa luta i nema odgovor. Predloženi Izvještaji Verhofstad i Brok-Bresso naznačuju neka rješenja, ali ne doživljavam ih kao dovoljno hrabra i cjelovita rješenja.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie.* – Unia, która może zdobyć większe poparcie wyborców to Unia bardziej socjalna, bezpieczna oraz nastawiona na poprawę warunków życia swoich obywateli. Unia bardziej socjalna to Unia o wysokich i zmodernizowanych standardach socjalnych, wspierająca równy dostęp do rynku pracy, włączenie społeczne i prawa pracowników. Aby sprostać tym wyzwaniom, potrzebujemy nowego paktu społecznego zorientowanego na wsparcie społecznej gospodarki rynkowej, niwelację nierówności społecznych oraz przestrzeganie praw podstawowych, w tym prawa do swobody przemieszczania się. Musimy bardziej wspierać reformy społeczne za pomocą funduszy strukturalnych i inwestycyjnych. Regulacje prawa pracy i systemy ubezpieczeń społecznych powinny być dostosowane do współczesnych realiów, tak aby zapewnić odpowiednie warunki pracy oraz ochronę socjalną pracownikom na każdym szczelisku.

Unia bezpieczna to Unia zjednoczona w walce z terroryzmem i radykalizmem. Niezbędna jest systematyczna i kompleksowa wymiana informacji pomiędzy służbami zajmującymi się zwalczaniem terroryzmu w poszczególnych państwach i agencjami wywiadowczymi. Potrzebujemy także bardziej efektywnej polityki azylowej i migracyjnej w celu zapewnienia większej kontroli i ograniczenia napływu migrantów do Unii Europejskiej.

Eva Maydell (PPE), *in writing.* – This year we celebrate the 60th anniversary of the Rome Treaties. Back then, the founding fathers had a vision for a united Europe and they believed in it with all their being. Today, Europe faces more challenges than ever before. This is why it is very important to remember the legacy of Rome and shape our new vision for the European Union. This discussion should not only be in the corridors of the EU Institutions; we need to get on the ground and listen to the people – the majority of them wants European-wide solutions for the challenges we face nationally.

The resolutions for the future of Europe are a good base to start this discussion, yet they outline solutions only to the problems we have today. We have to be visionaries and define what the problems of the future are, then provide a safety net.

Csaba Molnár (S&D), *írásban.* – Az EU márciusban lesz 60 éves. Egyes tagállami vezetők ezt úgy ünneplik, hogy Európa ellen tüzelik választóikat, bontják az európai egységet, az oroszok szekerét tolják. Az EU miatt nincs háború 60 éve, az EU miatt tapasztaltunk soha nem látott gazdasági növekedést, az EU miatt nem kell sorba állnunk a határon, az EU miatt tanulhatnak gyerekeink a világ legjobb egyetemein ingyen és bérmentve, az EU miatt épülnek utak, újulnak meg az óvodák és az iskolák. Vannak olyan tagállami vezetők, akik ezt nem értékelik. Csak potyautasként élvezik Európa előnyeit, de hozzájárulni már nem akarnak ahhoz. Nem véletlen, hogy minden mérvadó európai vezető kétsébséges EU-ról és Orbán ellen beszél. Az új, kétsébséges EU-ban lehetnek társult tagok és rendes tagok. A rendes tagok élvezik az EU minden előnyét, a társult tagok pedig csak másodrendű országok lennének.

Ahogy ma állunk, nem kérdéses hogy hova kerülünk mi, magyarok Orbán miatt. Ha kimaradunk Európából, az az Orbán-kormány történelmi bűne lesz. Ha hátat fordítunk Európának, orosz-kínai befolyási övezet leszünk, valahol kelet és nyugat között, a senki földjén. A mi álláspontunk világos: európai egység, európai bérek és európai fejlődés. A kormány bukása után visszavezetjük Magyarországot oda, ahova tartozik: Európába.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Dezbateră despre viitorul Europei este foarte importantă. Avem nevoie de un dialog deschis despre cum vrem să arate Uniunea Europeană, trebuie să ne regăsim identitatea, trebuie să ne gândim la viitorul tinerei generații de europeni.

Această dezbatere trebuie însă să fie una amplă, care să implice toți actorii europeni, societatea civilă, syndicate, patronate, dar mai ales cetățenii europeni. Adevăratele soluții vin de la ei. Adevăratele soluții pot să vină de la cei mai tineri, pentru că optimismul lor și încrederea în proiectul european pot să genereze adevăratele idei pentru viitorul Europei. Sunt sigur că ceea ce o să vă spună tinerii din generația mea este că nu își doresc o Europă cu două viteze, nu vor o Europă fracturată, își doresc ca peste tot în Europa cetățenii să trăiască în condiții decente, vor o Europă mai transparentă, mai accesibilă și mai umană. Acest lucru înseamnă că primul pas este să deschidem poarta pentru o dezbatere reală și că propunerea de raport pe care o discutăm aici nu poate reflecta adevăratele ambiții ale tuturor cetățenilor europeni.

Să începă dezbaterea și, mai ales, este timpul să învățăm să ne ascultăm, pentru a putea construi Europa de mâine, pe care ne-o dorim cu toții mai puternică și mai unită ca niciodată!

Емил Радев (PPE), *в писмена форма*. – Предиизвикателствата, пред които е изправен Европейският съюз през последните години – миграционна криза, криза със сигурността, „Брексит“, логично налагат необходимостта от анализиране на европейския подход – да видим къде да го запазим, къде да го подобрим, къде да го надградим. Преди да заговорим за промяна на европейските договори обаче, трябва да се фокусираме върху използването на съществуващия капацитет и законодателни рамки на ЕС, прилагане на европейското законодателство от всички държави членки, както и подобряване на сътрудничеството между тях.

Също така изключително важно е нито сега, нито в бъдеще ЕС да не се превърне в съюз на две скорости. Противопоставям се на идеите за създаване на две категории държави по отношение на членството в еврозоната, както в момента наблюдаваме по отношение на Шенген. Недопустимо е държави като България, които не са в еврозоната, да не бъдат вземани под внимание при решения, касаещи бъдещето на еврото, към което ние така или иначе ще се присъединим. Вярвам, че за да бъде успешен, ЕС трябва да функционира като едно цяло, да работи по общи за всички държави членки правила и да защитава еднакво интересите на всички.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – While having every respect for the competence and dedication of the rapporteurs, I consider the exercise that they undertook to define the parameters of a budgetary capacity for the eurozone as technically interesting but politically premature. The fundamental problem facing the eurozone is not its design, though this needs to be considered; it is the lack of a political will to accept that the growing divergences within the eurozone have to be first of all recognised and corrected through a new political agreement. Divergences have resulted, and are growing, due to a too fast and blinkered development of the eurozone project, on the back of the EU's soft power and in disregard of the impact of globalisation. Eurozone rules automatically advantage the stronger members to the detriment of the weaker. Such a situation can only be corrected through political action, not through the addition of new rules to the system. Though technically insightful, the budgetary capacity additions being proposed will indeed serve to enhance divergences, not reduce them, in the absence of a new political agreement. Unfortunately, the current exercise amounts to one in which the cart is being put before the horse. I cannot support it.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană se află la răscruce de drumuri. Brexit-ul, creșterea tendințelor naționaliste, valul de migrație, amenințările teroriste sunt doar câteva dintre provocările majore cu care se confruntă Uniunea. Tocmai în aceste momente, este nevoie de o abordare solidară și unitară pentru rezolvarea problemelor. Este inacceptabil să începем să facem scenarii de evoluție diferențiată între zona euro și non-euro, între Est și Vest. Doar unită, Europa poate rămâne puternică. Construcția europeană a fost gândită în primul rând pentru a asigura pacea pe continent, de aceea menținerea acestei structuri politice și economice este crucială. Trebuie însă ca UE să fie mai aproape de cetățeni, de aceea este datoria noastră, a fiecareia, să explicăm europenilor beneficiile apartenenței și riscurile care ar surveni din izolarea statelor membre. Uniunea nu mai poate fi țapul ispășitor pentru tot ce nu funcționează bine în statele membre, dar trebuie să fie, în schimb, o entitate care poate guverna eficient și rezolva probleme care nu pot fi solveate la nivel național.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – After 60 years since the signature of the Treaty of Rome, after many remarkable accomplishments often achieved in times of economic and political difficulty, but also after a recent history of strong adversities, including the first decision of a Member State electorate to leave the EU – the time is indeed ripe to clarify what our Union is, what purposes it serves and how it should use its tools to better serve those purposes.

Avoiding the traps of easy solutions professed by radicals on right and left, and building on the strength of our open economy and multi-level democracy, we must fix what is not working, and push forward for stronger and bolder policies and swifter decision-making processes. The Union is the best vehicle our continent has devised in order to be able to shape our economic, social and environmental, and security situation in the world, but it is not perfect: it can and it should be improved.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Astăzi, în dezbaterea Parlamentului European, au fost puse trei rapoarte cu privire la viitorul Uniunii Europene. Din păcate, niciunul dintre aceste rapoarte nu va primi votul meu în ședința din ziua de 16.2.2017. Motivul este unul simplu: nu voi vota niciodată un raport în Parlamentul European prin care se introduc diferențieri între statele membre în ceea ce privește egalitatea votului sau constituirea unui nou parlament al zonei euro, care să funcționeze în cadrul Parlamentului European.

Elitele europene au adoptat, pe bună dreptate, sloganul „Uniți vom învinge, dezbinați vom pierde” dar, în practică, prin cele trei rapoarte, se propun soluții care dezbină Uniunea Europeană.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Diese Debatte ist ein sarkastischer Höhepunkt der Plenarwoche. Die Christ-, Sozial- und Gründern Demokraten haben sich auf eine Vision für die EU geeinigt, die nicht schön für Europa ist. Sie wollen die EU durch zweierlei Maßnahmen weiterentwickeln: Erstens sollen die rechtlichen Möglichkeiten der existierenden Verträge bis zur Überdehnung ausgeschöpft werden, um der EU möglichst viele Aufgaben zu geben. Zweitens sollen neue Europäische Verträge her. Für die neuen Verträge schlagen Sie einen EU-Finanzminister vor, inklusive EU-Schatzamt und Steuererhebungsrecht, sowie eine EU-Wirtschaftsregierung, dazu einen EU-Außenminister – und das ist bei weitem noch nicht alles. Diesen großen Wurf für noch „Mehr Europa“, mehr Zentralisierung und weniger Mitspracherecht der Mitgliedstaaten – also die Vereinigten Staaten von Europa – zu diskutieren, als ob der Brexit gar nicht stattgefunden hätte, zeigt, dass sie, die Brüsseler Granden, in ihrer eigenen bürgerfernen Welt leben. Ein Tiefpunkt des Parlamentarismus ist, dass diese Schlüsselpositionierung von CDU, SPD und Grünen unter Missbrauch der Geschäftsordnung des EU-Parlaments als „nicht-strategisch“ bezeichnet wurde, um dadurch Änderungsanträge von uns Euro-Realisten zu verhindern.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Consider că trebuie avute în vedere, în discuțiile privind viitorul Uniunii Europene, implicațiile geopolitice ale unor posibile decizii. O Europă cu două viteze, da, poate ar salva UE pe moment, dar pe termen lung i-ar arunca pe est-europeni în brațele Rusiei.

De aceea, adresez Europei Occidentale apelul de a nu abandona încă o dată Europa de Est. De 27 de ani, noi, românii, și celelalte popoare din fostul lagăr sovietic facem eforturi intense pentru integrarea europeană. Acest proces riscă să fie compromis prin eventuala împărțire a Europei în state de primă mână și state de condiție inferioară. Raportul domnului Verhofstadt cuprinde, din păcate, pe lângă multe propuneri binevenite, și această delimitare pe baza apartenenței la zona euro.

Și mai grave mi se par propunerile recente ale premierului valon, Paul Magnette, de aruncare peste bordul UE a noilor state membre. Cinismul nu poate salva o Europă care abdică de la propriile valori.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O debate de hoje, sobre «o futuro da União Europeia», representa uma verdadeira fuga para a frente. Pior do que ser cego é não querer ver o que está à nossa frente.

O que está à nossa frente é uma Europa em crise, fustigada pelas políticas de austeridade e que provoca junto das populações um sentimento de crescente hostilidade. Desta forma, mesmo sem alterar os tratados – o que desejariam fazer mas não podem, porque os povos não o permitiriam – queremos forçar alterações de enorme magnitude que aprofundam ainda mais o poder e o alcance que semearam a crise e o descrédito na UE. Pretendem curar o mal com a doença.

A UE enferma contradições insanáveis que são aquelas do sistema que advoga e defende. Neste sentido, e esgotadas que estão as habituais soluções de recurso, é de um novo modelo de integração que precisamos, um modelo baseado na paz e na cooperação entre Estados livres e soberanos com benefícios mútuos.

Anna Záborská (PPE), *písmenne*. – Únia musí pripraviť na odchod Veľkej Británie, ktorý bude znamenať výpadok v rozpočte, ekonomické otrasy či zmenu politickej rovnováhy pri rozhodovaní. Je to zároveň príležitosť vyhodnotiť, kde EÚ funguje dobre, kde má rezervy a nedostatky a v ktorých oblastiach zlyháva. Znovu sa hovorí o tzv. dvojrychlostnej Európe – teda o tom, že štáty, ktoré chcú pokračovať v hlbšej integrácii, by nemali čakať na tie, ktorým dosiahnutý stupeň spolupráce vyhovuje. Členské štáty, ktoré sa nepripoja k jadru, sa postupne ocitnú na okraji diania, s malým vplyvom na politické rozhodovanie. Tí, ktorí by chceli, aby zákony chránili každý ľudský život a rešpektovali výhradu svedomia, sú dnes v menšine na Slovensku aj v Európe. A byť v menšine v demokracii znamená riskovať, že väčšina prijme zákony, ktoré nám svedomie nedovolí poslúchnuť. Ak sa Slovensko pripojí k jadru Európy, kresťania a aktivisti pro-life hnutia budú vystavení silnému tlaku, aby sa vzdali svojich politických požiadaviek a možno dokonca robili kompromisy aj vo svojom svedomí. No oslabenie nášho vzťahu s Európou by malo katastrofické dôsledky pre našu prosperitu aj bezpečnosť. Len začlenenie Slovenska v EÚ totiž zaručuje prežitie nášho národného spoločenstva a garantuje nám slobodu presvedčať, voliť, hlasovať, aj možnosť občianskej neposlušnosti.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

4. Feierliche Sitzung – Österreich

Presidente. – Signori deputati, cari colleghi, sono lieto ed onorato di dare il benvenuto in questa Aula al Presidente della Repubblica d'Austria Alexander Van der Bellen. È un segnale per tutti noi importante che il Presidente abbia scelto la sede del Parlamento europeo a Strasburgo come luogo della sua prima visita fuori dei confini della Repubblica d'Austria.

Il Parlamento è la voce dei cittadini dell'Unione europea e abbiamo l'obbligo di ascoltare e di contribuire a costruire un'Europa sempre più vicina ai cittadini. Se l'Europa vuole essere un progetto di nuovo pienamente vitale, deve dimostrarsi in grado di risolvere i problemi che interessano gli europei.

Dal 1° gennaio l'Austria ha assunto la presidenza dell'OSCE – l'Organizzazione per la sicurezza e la cooperazione in Europa – e nella seconda metà del 2018 assumerà la Presidenza dell'Unione europea.

L'Austria è un esempio di una storia di successo, un paese che ha beneficiato enormemente dell'Unione europea. Nel passato si trovava politicamente in una situazione periferica dell'allora Comunità europea, con alle spalle la cortina di ferro. Solo vent'anni più tardi si trova nel cuore dell'Europa, con un'economia di successo nel centro del mercato unico.

As we prepare to celebrate the 60th anniversary of the Treaty of Rome, I count on Austria to play a key role towards delivering a stronger and more effective Europe. I look forward to working constructively with President Van der Bellen over the coming years of the Austrian Presidency.

Thank you very much, Mr President. You have the floor.

(Applause)

Alexander Van der Bellen, *President of the Republic of Austria*. – Mr President, Members of the European Parliament, it is a pleasure and a privilege to see you all here today. Thank you, Mr President, for giving me this opportunity to talk to you. It was, and is, important for me to give my first speech outside the borders of Austria here at the European Parliament.

(Applause)

I thought it would be a good signal, and I am happy to see that the signal got across. I am addressing you, but I am also addressing the 500 million citizens of Europe, so I will switch between addressing you directly and talking to the people of Europe. Now let me continue in German.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal kurz zu meiner Person, weil ich glaube, dass sie einen gewissen symbolischen Gehalt hat für die Entwicklung von Europa. Meine Mutter war Estin, und sie war dreisprachig: Estnisch, Russisch und Deutsch. Mein Vater, würde ich sagen, war kulturell Russe, ethnisch ein Westeuropäer, und er sprach neben den drei Sprachen meiner Mutter auch einigermaßen Englisch. Seine Familie, also seine Vorfahren, waren im 18. Jahrhundert aus den Niederlanden nach Russland emigriert – aus welchen Gründen auch immer, die Familiengeschichte schweigt sich darüber aus – und hatten in Russland über fast 200 Jahre Erfolg. Ich – ich lasse jetzt die ganze Geschichte des 20. Jahrhunderts weg – bin in Wien geboren und in einem Dorf in den Tiroler Bergen aufgewachsen. Ich habe an Universitäten und Forschungsinstituten in Deutschland und in Österreich gearbeitet und spreche sozusagen zweiunddreiviertel Sprachen: Deutsch und Englisch und die Sprache meines Heimatdorfs aus Tirol – eine Sprache, würde ich sagen, die für Fremde nahezu unverständlich ist. Und deswegen spreche ich ungern von einem Dialekt.

Wer's nicht glaubt: Für die Deutschsprachigen hier im Raum: Übersetzen Sie bitte (*Der Redner sagt einige Worte in Tiroler Mundart.*). Großes Rätselraten. Das heißt auf Hochdeutsch: Letztes Jahr ist wie gestern. Also, ich könnte sagen: Ethnisch und kulturell bin ich Österreicher – und ein Kind Europas. Das ist ja mittlerweile nichts Außergewöhnliches, in naher Zukunft wird das dem europäischen Durchschnitt entsprechen – wenn wir diese Zukunft nicht leichtfertig verspielen.

Ich bin sozusagen aus einer glücklichen Verbindung vieler einzigartiger Umstände entstanden. Und das ist auch das vereinte Europa für mich heute in seinen hellsten Stunden: eine geglückte Verbindung einzigartiger Umstände. Leider ist es dieser Tage notwendig, sich hin und wieder daran zu erinnern. Leider ist es in der Europäischen Union nicht salonfähig, aber in Mode gekommen, dass man sich entscheiden müsse, ob man denn wählen müsse, sich entscheiden müsse zwischen der Liebe zu seiner Heimat, zu seinem Vaterland einerseits und der Liebe zu Europa auf der anderen Seite, zwischen der Hilfsbedürftigkeit der eigenen Landsleute und jener anderer Menschen, zwischen dem Eigennutz und dem Nutzen anderer. Und dieses Entweder-oder führt, glaube ich, in die Irre. Wir können unser Heimatland lieben und die europäische Idee.

(Beifall)

Wir können unseren Landsleuten helfen und anderen ausländischen Mitbürgern. Wir können uns selber nützen und zum Wohle aller anderen beitragen. Das alles schließt einander nicht aus. Im Gegenteil, meine ich: Es bedingt einander, wir bedingen einander, wir brauchen einander. Europa ist für mich ein Kontinent des 'und' und nicht des 'entweder-oder'. Ich glaube, dass es nicht übertrieben ist zu sagen, dass uns das auf dieser Erde einzigartig macht.

Unser aller Zukunft ist direkt mit der zukünftigen Rolle Europas in der Welt verbunden. Deshalb waren auch die Zukunft der EU, die Zukunft der Europäischen Union, die Zukunft der europäischen Demokratie zentrale Motive, ich würde sagen, Herzensanliegen meiner Wahlbewegung in Österreich, und wir haben nicht zuletzt aufgrund dieser eindeutig proeuropäischen Haltung diese Wahlen gewonnen.

(Beifall)

Ich erzähle Ihnen das, weil ich allen proeuropäischen Kräften Mut machen will, Zuversicht geben will. Es ist möglich, mit einem glasklaren Bekenntnis zur Europäischen Union Wahlen zu gewinnen. Es gibt keinerlei Automatik sozusagen für die Europhoben, das Heft zu übernehmen. Meine Erfahrung ist, dass insbesondere die ganz jungen Wählerinnen und Wähler – in Österreich darf man schon ab 16 wählen, mit 16 Jahren ist man wahlberechtigt – insbesondere die ganz jungen Wähler wollen sich ihre Zukunft in der Europäischen Union nicht nehmen lassen.

Auch eine Erfahrung aus dem Wahlkampf: Bei den Älteren, Alten und ganz Alten – noch älter als ich, und ich bin schon alt genug – schießen neuerdings und nicht ganz zu Unrecht Erinnerungen an die Dreißigerjahre hoch. Also zusammengefasst: Meine Wahl zum Bundespräsidenten der Republik Österreich vom Dezember 2016 war eine klare Absage an den aufkeimenden Nationalismus, Protektionismus, an den verführerischen, vereinfachenden Populismus.

Es ist meine Überzeugung, und ich glaube, die der großen Mehrheit in diesem Saal, dass man mit der Verletzung der Würde des Menschen, mit der Ablehnung gegenüber allem Fremden, der Einschränkung von Grundwerten, Grundrechten und Grundfreiheiten, mit neuen Mauern und alten Nationalismen kein einziges Problem löst. Im Gegenteil: Man schafft neue.

(Beifall)

Man schafft neue. Das ist keine Prognose, das ist eine Erkenntnis, würde ich glauben, aus leidvollen Erfahrungen insbesondere aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – Erfahrungen, aus denen wir unsere Lehren gezogen haben oder zumindest haben sollten.

Blicken wir also nach vorne: Die Einhaltung des Rechts und unsere gemeinsamen europäischen Werte sind die Voraussetzung für die Bewältigung der vielen neuen Herausforderungen. Wenn es heute eine Entscheidungsfrage gibt, dann ist es in meinen Augen nicht die zwischen national auf der einen Seite und transnational oder international auf der anderen Seite, sondern die: Glauben wir noch, dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind? Erinnern Sie sich: Das ist Artikel eins der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Glauben wir das, oder glauben wir das nicht?

In wenigen Tagen feiern wir den 60. Geburtstag unserer heutigen Union. Diese letzten 60 Jahre sind eine Erfolgsgeschichte – manchmal habe ich den Eindruck, eher für jene, die außerhalb der Union leben, als für die, die innerhalb der Union leben. Im nächsten Jahr, 2018, gedenken wir des 100. Jahrestags des Endes des Ersten Weltkriegs, des Einmarschs Hitlers in Österreich vor 80 Jahren, der Beendigung des Prager Frühlings vor 50 Jahren. Sorgen wir dafür, dass bei diesen Gelegenheiten nicht nur Kränze niedergelegt, Kerzen angezündet und feierliche Reden gehalten werden, sondern dass ein neues europäisches Bewusstsein gestärkt wird. Denn die EU ist das gelungene Projekt einer offenen Gesellschaft, basierend auf Demokratie, Freiheit, Menschenrechten, ökonomischem Erfolg – was wir Wohlstand nennen – und der Verantwortung, die das mit sich bringt, für uns alle.

Ich glaube nicht, dass es übertrieben ist, zu sagen, dass dieses vereinte Europa das Resultat einer einzigartigen Zivilisationsleistung ist. Wir haben diesen Frieden in Europa aus purer Einsicht – aus purer Einsicht – hergestellt durch Kooperation und gegenseitigen Respekt. Das ist eine Zivilisationsleistung, auf die wir stolz sein können und sollen und die gar nicht hoch genug einzuschätzen ist.

(Beifall)

Ich komme jetzt zu einem wichtigen Punkt, den man im Deutschen den Kampf gegen die Verzerrung nennt. Ich weiß nicht, wie das übersetzt werden kann, aber Sie werden gleich sehen, was gemeint ist. Auf Basis dieses gemeinsam errungenen Friedens können wir Europa zu Wohlstand und einer Blüte führen, die seine einzelnen Länder isoliert nicht erreichen können. Es ist eine einfache Wahrheit, glaube ich, eine Tatsache, dass wir gemeinsam stärker sind als allein. Wenn wir auf diese einfache Wahrheit vergessen, setzen wir vieles, wenn nicht alles, aufs Spiel, was dieses westliche Europa ausmacht. Von außen betrachtet, von außerhalb der Union, kann es für andere Staaten – ob das jetzt Nachbarn sind an der östlichen Außengrenze der Union oder Nachbarn jenseits des Atlantiks – natürlich erfolversprechender und profitabler erscheinen, die Union, uns alle, auseinanderzudividieren. Ich halte es für Zeitverschwendung, darüber zu klagen. Realpolitisch müssen wir einfach damit rechnen, dass manche Drittstaaten versuchen oder versuchen werden, die europäische Verhandlungsmacht zu schwächen. Die pure Verhandlungsmacht ist nun einmal trivialerweise für einen einzelnen europäischen Staat ungleich kleiner als für einen ganzen Kontinent. Daher liegt es meiner Überzeugung nach im Interesse jedes einzelnen Mitgliedstaats der Union, einen Rückfall in die frühere Kleinstaaterei zu vermeiden.

(Beifall)

Ich zögere jetzt etwas. Ich habe mir gedacht, ich könnte zur Beleuchtung des Ganzen an ein Märchen erinnern, also ein bisschen Eulen nach Athen tragen in diesem Saal. Das Märchen ist nämlich jenes vom Hans im Glück, das es im deutschen Sprachraum gibt, aber ich glaube, in vielen anderen Sprachen ähnlich auch. Dieser Hans im Glück besitzt zunächst einmal einen großen Klumpen Gold, und aus welchen Gründen auch immer fängt er einen großen Tauschprozess an. Dieses Gold tauscht er gegen ein Pferd, das gegen eine Kuh, gegen eine Ziege, gegen ein Huhn und so weiter. Zum Schluss endet er mit einem schlichten Stein. Jeweils lässt er sich einreden, das sei ein gutes Geschäft. Jetzt kann man sagen: Das ist nicht sehr klug von ihm. Aber manchmal hat man den Eindruck, wir stehen in Europa tatsächlich vor einem Punkt, an dem der Affekt wichtiger wird als die Vernunft. Lassen wir uns nicht einreden, es wäre ein gutes Geschäft, die Macht unserer großen europäischen Gemeinschaft gegen die viel kleinere Macht der vermeintlichen nationalen Souveränität einzutauschen.

(Beifall)

Am Ende wäre das ein Verlust für alle. Aber abgesehen von der schlechten Verhandlungsposition, in die eine Regression in einzelne europäische Staaten uns bringen würde: Welche der großen anstehenden Probleme, der großen Probleme, könnte der Einzelstaat besser lösen – ob das jetzt Flucht und Migration ist, ob es Klimawandel und Energiepolitik ist, Arbeitslosigkeit und Armut, Krieg und Vertreibung, Gewalt und Terror? Alle diese Fragen auf einzelstaatlicher Ebene besser zu lösen als in der Gemeinschaft? *Don't make me laugh!*, würde ich sagen. Das ist nur, wenn überhaupt, gemeinsam lösbar.

Sie wissen vielleicht, ich bin ursprünglich Ökonom gewesen – ein bisschen immer noch. Wer, wenn nicht die Europäische Gemeinschaft, hat die Kraft und die Macht, globale Konzerne bei Missbrauch der Marktmacht in ihre Schranken zu weisen? Wer?

(Beifall)

Das erinnert mich an Auseinandersetzungen mit Microsoft, neuerdings mit Apple und anderen Firmen, die ich in keiner Weise kritisiere. Aber die Spielregeln, die auszuhandeln sind, die Spielregeln, die unter anderem jetzt mit Facebook, Google, Microsoft und Co zu vereinbaren sind, das kann der Einzelstaat nicht, und sei er noch so groß. Österreich kann es einmal ganz bestimmt nicht, aber ich bezweifle auch, dass Deutschland allein es könnte. Gemeinsam müssen wir das machen.

(Beifall)

Aber gemeinsam auch können wir an einem Europa arbeiten, in dem die klassischen menschenrechtlichen Prinzipien, die Menschenrechte, Freiheit und Respekt eine Chance haben, Respekt vor dem Andersdenkenden, vor dem Anderslebenden, vor dem Andersaussehenden – ein Europa, in dem Sicherheit, Wohlstand und sozialer Friede zu Hause sind. Aber selbstverständlich ist es nicht, wir müssen schon daran arbeiten.

Dieses Europa ist, glaube ich, unvollständig und verletzlich. Und wundern darf man sich auch nicht darüber, wenn 28 – ich spreche immer noch von 28 – hochentwickelte Industriestaaten demokratisch strukturiert das Drehbuch schreiben für ihr Zusammenleben, dann ist es klar, dass das im Einzelnen weder einfach noch unumstritten sein wird. Aber es ist allzu leicht, hier Zweifel und Zwietracht zu säen. Missverstehen Sie mich nicht: Ich komme ursprünglich aus der Wissenschaft, und der Nutzen, die Notwendigkeit von Zweifeln ist mir nur allzu bewusst. Sonst würde sich weder Forschung entwickeln noch sich irgendetwas bewegen auf der Welt. Politisch ist nur wichtig, dass die Zuversicht dann den Zweifel überwiegt, denn ohne diese Zuversicht werden wir Verbesserungen nicht bewirken können.

Meine Damen und Herren! Wir – wir hier im Haus, die Bürger und Bürgerinnen dieses Europas – entscheiden schon gemeinsam, in welche Richtung Europa sich entwickeln wird. Wir entscheiden, wie wir Europa sehen wollen und sehen werden, und wir entscheiden darüber, wie unser Europa in der ganzen Welt gesehen werden soll, welches Bild Europa abgeben wird. Ich glaube an ein gemeinsames starkes Europa, in dem die Grundwerte der Menschenrechte, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – Solidarität würde ich vielleicht sagen heutzutage –, ein Europa, wo die rechtsstaatlichen Grundfesten fest verankert sind, wo der Kampf gegen den Klimawandel ernst genommen wird und wo wir zwischen Tatsachen, *fake news* und *alternative facts* durchaus imstande sind zu unterscheiden.

(Beifall)

Ich glaube, dass so ein Europa mit seinem rechtsstaatlichen Wertefundament das Vorbild für die ganze Welt sein kann. Ich möchte das nicht mit erhobenem Zeigefinger sagen. Ich glaube es einfach, dass diese Entwicklung der letzten 50, 60, 70 Jahre insgesamt gesehen dieses Vorbild sein kann. Wir müssen aber dann auch dazu sagen, dass diese europäischen Werte unverhandelbar sind.

Meine Damen und Herren! Abschließend – fast abschließend: In meiner Rede anlässlich meiner Angelobung im Österreichischen Parlament habe ich mich direkt an die jüngsten Generationen gewandt, und ich möchte hier und heute diese Worte an die Jüngsten unter uns wiederholen, direkt sozusagen in die Kamera. Missverstehen Sie mich nicht – wenn ich so herumschaue, sind zwar die meisten jünger als ich, aber die Jüngsten sind sie nicht. Mit den Jüngsten meine ich tatsächlich die, die in den Kindergarten gehen, die in die Schule gehen, die vielleicht eine Lehre machen für eine Berufsausbildung, die an einer Universität inskribiert sind. Diesen Jüngsten unter uns sage ich: Ihr seid es, die die Welt neu bauen werdet, und ihr seid es, die dieses Europa neu bauen werdet. Und wir, die Älteren, wo sich im Einzelfall schon abzeichnet, dass unsere Zeit endlich ist, wir, die Älteren, wir brauchen euch, wir brauchen eure Leidenschaft, eure Ideen, euren Widerspruch, vielleicht hin und wieder euren Respekt, eure Talente und eure Zuversicht. So wird dieses Europa bestehen. Und gemeinsam müssen wir alle, können wir alle, Jung und Alt, diese anstehenden Herausforderungen, die vor uns liegen, durchaus meistern. Jedenfalls dürfen wir Älteren nicht zulassen, dass den Jüngeren Europa gestohlen wird.

(Beifall)

Wissen Sie, Europa zu zerstören, ist nicht schwer. Aber wieder aufzubauen, was einmal zerstört wurde, das ist sehr schwer, das ist mühsam und zeitaufwendig. Um ein Beispiel aus der Natur zu verwenden: Einen Baum haben Sie binnen Minuten gefällt, aber ihn wachsen zu lassen, das braucht dann wieder Jahrzehnte.

Lassen wir uns also unsere Zuversicht nicht nehmen. Die europäische Idee ist groß, sie ist einzigartig, und sie ist aller Mühen wert!

Ladies and gentlemen, let me conclude with a somewhat sentimental anecdote. Recently I read a Scottish crime novel entitled 'Set in Darkness'. This title was taken from a poem by Sarah Williams, from around 1868 I think, and four lines in this poem run as follows: 'Though my soul may set in darkness, it will rise in perfect light; I have loved the stars too fondly to be fearful of the night'. Believe it or not, reading that it suddenly came to my mind: these are the stars of the European flag. I could reframe the last two lines, reading something like 'I do love these stars too fondly to be fearful of the night' – or to be fearful of the next crisis of the European Union. Thank you for your attention.

(The House accorded the speaker a standing ovation)

President. – Thank you very much, Mr President. This is a good start. In the next year, the European Parliament and your country will cooperate to make a better Europe and to do good work for European citizens.

(Applause)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Daniel Caspary (PPE). – Mr President, I would like to refer to Article 128 of our Rules of Procedure. On 4 May 2015, 155 Members of this House handed in to the European Commission an oral question concerning the quality of the European Commission's answers to our written questions. This proposal that was handed in has just been dropped. On 4 January of this year, 246 Members of this House handed in the same question again.

According to Article 128 of our Rules of Procedure, the President of this House has to hand this request immediately to the Conference of Presidents. The Conference of Presidents held meetings on 12 January, on 19 January and on 9 February, and at none of those meetings was this request debated. I ask you to do what the Rules of Procedure ask you to do: please make sure that this request is immediately handed to the Conference of Presidents. Thank you very much. It is 246 Members.

(Applause)

Presidente. – Grazie on. Caspary. Sarà mia cura trasmettere la sua richiesta e quella di tanti colleghi all'Ufficio di presidenza. C'è un'altra richiesta. Prego onorevole.

Ana Gomes (S&D). – Mr President, on a point of order, Members should know – and we should ask the President of Parliament to get involved – about what is happening with Euronews. The Ukrainian service is about to be closed, as are the Arabic and Farsi satellite platforms, so that only the digital platforms will stay, which are of course prone to government control.

What is going on with Euronews is outrageous, with an Egyptian billionaire as the main shareholder, American NBC taking editorial control and the EU, which is putting in money through the Commission, not having a say in guaranteeing the editorial independence of Euronews. This is a very important strategic question for Europe in the age of information, disinformation and alternative facts. This is not a matter to be dealt with only by DG Connect from a technical or financial perspective, but is a matter that requires strategic intervention by President Juncker, High Representative Mogherini and the European Parliament through the President and the relevant committees.

(Applause)

Presidente. – Ci tengo a riprendere la sua osservazione e a trasmettere la sua richiesta al gabinetto del Presidente Tajani.

5. Antrag auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll

6. Mitteilung des Präsidenten: siehe Protokoll

7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

8. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

8.1. Partnerschaftliches Abkommen über nachhaltige Fischerei EU/Cookinseln (A8-0010/2017 - João Ferreira) (Abstimmung)

— *Prima della votazione:*

João Ferreira, relator. – Senhor Presidente, registo o entusiasmo que demonstram relativamente à celebração do acordo de pescas entre a União Europeia e as Ilhas Cook.

Com a celebração deste acordo, passará a ser o único ativo na região do Pacífico. Sublinho a resolução não legislativa que acompanha a recomendação, na qual é enunciado um conjunto de preocupações e de recomendações que a Comissão Europeia deve ter em conta, seja durante a aplicação deste acordo e do seu protocolo de execução, seja na discussão de uma eventual recomendação.

Queríamos, por isso, chamar a atenção para essas recomendações e sublinhar, para terminar, que o acordo está em linha com o que são as conclusões e as recomendações da organização regional de gestão de pescas relevante e, portanto, com os melhores pareceres científicos disponíveis.

8.2. Partnerschaftliches Abkommen über nachhaltige Fischerei EU/Cookinseln (Entschließung) (A8-0015/2017 - João Ferreira) (Abstimmung)

8.3. Kontrolle des Registers und Zusammensetzung der Sachverständigengruppen der Kommission (A8-0002/2017 - Dennis de Jong) (Abstimmung)

8.4. Die Rolle von Informanten beim Schutz der finanziellen Interessen der EU (A8-0004/2017 - Dennis de Jong) (Abstimmung)

8.5. Liste der Drittstaaten und dritten Organisationen, mit denen Europol Abkommen schließt (A8-0035/2017 - Agustín Díaz de Mera García Consuegra) (Abstimmung)

8.6. Kontrollmaßnahmen für die neue psychoaktive Substanz Methyl 2-[[1-(cycloheptylmethyl)-1H-indol-3-carbonyl]amino]-3,3-dimethylbutanoat (MDMB-CHMICA) (A8-0024/2017 - Lorenzo Fontana) (Abstimmung)

8.7. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2016/005 NL/Drenthe Overijssel Einzelhandel (A8-0036/2017 - Nedzhmi Ali) (Abstimmung)

8.8. Überarbeitung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik (A8-0020/2017 - Bogdan Brunon Wenta, Norbert Neuser) (Abstimmung)

— *Prima della votazione:*

Norbert Neuser, *rapporteur*. – Mr President, sorry, we want very briefly, on behalf of my co-rapporteur, Bogdan Wenta, to table two short amendments concerning paragraph 5 and paragraph 79. It is written but I will just tell you: 'stresses the importance of defining poverty in line with the definition of the 2005 Consensus and the Agenda for Change and within the framework of the Lisbon Treaty'. That is paragraph 5 and in paragraph 79, just to add the word 'humanity'.

(Gli emendamenti orali sui paragrafi 5 e 79 sono accolti)

8.9. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik der EU (A8-0001/2017 - Tibor Szanyi) (Abstimmung)

8.10. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen psychische Gesundheit und klinische Forschung (A8-0380/2016 - Beatriz Becerra Basterrechea) (Abstimmung)

— *Prima della votazione:*

Beatriz Becerra Basterrechea, ponente. – Señor presidente, colegas, voy a ser mucho más breve que dos minutos. Quiero dar pública y sinceramente las gracias a las ponentes alternativas por su contribución a este informe. Ha sido un verdadero privilegio trabajar juntos para cumplir nuestro mandato.

Solo quiero señalarles una cosa de la que habla este informe y para la que sirve este informe. Se llama endometriosis, una enfermedad que afecta solo a las mujeres, a una de cada diez mujeres; probablemente, a más de treinta dentro de esta Cámara; a 25 millones de europeas. Es una enfermedad crónica, incapacitante, dolorosa, a la que no dedicamos todavía los suficientes recursos de investigación. Y, además, no se diagnostica siquiera de forma adecuada y, por supuesto, no hay un tratamiento específico.

Solo quiero señalar que en este informe hablamos de la endometriosis. Y solo por ello, por indicarlo, por comprometernos con esos 25 millones de niñas y mujeres, este informe merece la pena. Y yo les dedico el voto.

8.11. Prioritäten für die 61. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (A8-0018/2017 - Constance Le Grip, Maria Arena) (Abstimmung)

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

9. Stimmerklärungen

9.1. Kontrolle des Registers und Zusammensetzung der Sachverständigengruppen der Kommission (A8-0002/2017 - Dennis de Jong)

Dichiarazioni di voto orali

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, sice neslyším ani slovo, ale doufám, že vystoupení budou slyšet tlumočníci. Tuto zprávu z vlastního podnětu jsem s radostí podpořil, jelikož se věnuje citlivému tématu expertních skupin Komise a jelikož naprostá transparentnost a rovnováha jejich složení je zásadní pro integritu a fungování těchto skupin v rámci Evropské komise.

Podporuji ji i přesto, že Komise přijala v květnu loňského roku horizontální pravidla týkající se složení a fungování vlastních expertních skupin, která v podstatě řeší tyto aspekty. Nicméně si myslím, že přesto tato zpráva poskytuje jasný rámec pro zakomponování doporučení Evropského parlamentu do implementačního postupu a také pro to, aby mohl Evropský parlament požadovat podání zpráv o celkovém postupu této implementace.

9.2. Die Rolle von Informanten beim Schutz der finanziellen Interessen der EU (A8-0004/2017 - Dennis de Jong)

Dichiarazioni di voto orali

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, am lucrat cu avertizori de integritate, whistleblowers, din instituțiile europene și au fost foarte utili.

Acești oameni vor ca, în instituțiile în care lucrează, legea să se respecte și, dacă nu se respectă, atunci caută oameni din afară în care să aibă încredere și cărora să le dea informații și documente și fac asta într-un mod extrem de discret și de confidențial tocmai pentru că nu sunt protejați de legislație.

Comisia a fost invitată de acest parlament încă din 2013 să vină cu o propunere legislativă pentru protecția efectivă a acestor avertizori de integritate, atât cei din mediul privat, cât și cei din mediul public. Nu am văzut nici o propunere până acum, deci nu avem un nivel minim de protecție pentru acești oameni. Wikileaks, LuxLeaks, Panama Papers, toate se datorează curajului unor oameni care au venit cu informații din interior și au denunțat corupția, fraudă și criminalitatea.

Acești oameni nu trebuie hărțuiți, așa cum se întâmplă acum în Luxemburg, ci trebuie, dimpotrivă, protejați. Vrem sau nu vrem să apărăm banii europeni, fondurile europene de hoție?

Trebuie să ne hotărâm, pentru că, dacă vrem, trebuie să îi protejăm pe cei care vin cu informații din interiorul instituțiilor europene.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, a jelentésnek a J. pontját szeretném idézni, ami hát nagyon nagy meglepetést fog mindenkinek okozni, úgy szól, hogy „mivel a visszaéléseket bejelentő személyek különösen fontos szerepet játszanak a korrupció és a csalás feltárásában és bejelentésében, mivel az ilyen bűncselekményekben részt vevő személyek azokat igyekeznek titkolni a hivatalos jelentéstételi mechanizmusok során”. Hát ez tényleg nagyon meglepő, hogy a csalók, a korrupt hivatalnokok, illetve személyek a gazdasági és vele összeépült politikai hatalom titkolni kívánja azt, hogy ők lopnak és csálnak. Ha az L. pontot olvasom föl, ott az szerepel, hogy akkor kell megvédeni azokat, akik kiszolgáltatják, kiszivárogtatják ezeket az adatokat – amiket ugyebár a csalók nem akarnak magukról kiszivárogtatni –, amennyiben ez jóhiszemű indítatásból történik. Hát az a baj, hogy viszont akik hatalmon vannak, azok sokszor nem fogják jóhiszeműnek értékelni azt, aki az ő folyamatos bűnözésüket megpróbálja leleplezni. Tehát ez egy nevetséges kitétel, mi az, hogy jóhiszemű? Ki ítéli meg, hogy jóhiszemű? Természetes, hogy védeni kell azokat, akik a bűnözőket, a közpénzek elrablóit, elcsalóit, elsikkasztóit feljelentik.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la principale arma contro la corruzione è il sostegno alle persone oneste e impegnate, quelle che non hanno paura di esporsi e per il bene pubblico segnalano le irregolarità a cui assistono. Ci sono però ancora troppe differenze nei livelli di tutela tra paesi europei. Il bene pubblico europeo e gli interessi finanziari dell'Unione hanno bisogno di altre garanzie, garanzie europee.

La corruzione è una piaga che va combattuta, prima di tutto attraverso la formazione di un sentimento comune di tutela del bene pubblico e poi attraverso norme severe per chi froda e alti livelli di protezione per chi denuncia, per chi segnala. Le frodi e le irregolarità sono commesse sì a livello locale, ma investono interessi europei di tutti i cittadini. Lasciare gli informatori in balia del sistema nazionale di riferimento vuol dire di fatto scoraggiare la collaborazione. La paura di ritorsione costituisce il primo deterrente. Ecco allora dove e come incidere ancora.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, podporuji tuto zprávu z vlastního podnětu, jelikož jde podle mého názoru o velmi dobrý a ucelený a vyvážený text, který dobře postihuje problematiku informátorů a jejich roli v ochraně finančních zájmů Evropské unie.

Korupce a podvody mají zásadní negativní dopad na evropské finance, a ačkoliv má Evropská unie mnohovrstevný kontrolní mechanismus, který rozkrývá netransparentní aktivity, na té nejnižší úrovni je role jedince naprosto nepostradatelná. Individuální zodpovědnost má významný dopad pro prevenci, objevení a nahlášení pochybení i korupce. Informátoři by proto měli mít v legislativním rámci jasně stanovené postavení, které definuje jejich práva i povinnost a poskytuje právní ochranu. Jsem velmi rád, že tato zpráva řeší tuto problematiku a navrhuje také konkrétní kroky.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I fully supported this report on whistle-blowers and the protection of the EU's financial interests. In fact I personally know a whistle-blower who has lost his livelihood through exposing a scheme where there is significant over-claiming of VAT under the EU flat-rate VAT scheme in Ireland. We know that this has been happening in the poultry sector – or part of it – for over 10 years and of course a relevant question now is whether there is any similar scheme in other sectors. On foot of a complaint made by the whistle-blower and myself to the Commission, Ireland has amended its legislation to allow the Minister for Finance to stop this practice.

However, it is quite clear that there is significant foot-dragging in dealing with this issue. This means that those who are benefiting from over-claiming VAT will continue to do so, while those who do not overclaim VAT will be at a hugely significant competitive disadvantage, both in the poultry sector and in other sectors – beef, lamb, pigs, etc. I believe there is a golden circle in certain agricultural sectors where some over-claim flat-rate VAT to the detriment of other farmers and processors who are outside that circle. In fact I am referring the case to Commissioner Vestager to investigate whether this is a case of illegal state aid.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem se po dlouhém váhání u této zprávy nakonec zdržel, nepodpořil jsem ji, a proto využívám možnosti vysvětlit svou pozici. Já obecně podporuji princip, že má být jakási legislativní ochrana oznamovatelů trestné nebo protiprávní činnosti. Je třeba je chránit, aby nepřišli o zaměstnání a tak dále. Na druhou stranu mě zarazily ty části schválené zprávy, a bohužel ty části opravdu byly přijaty, které hovoří o možnosti poskytování finanční odměny těm, kteří tedy oznámí protiprávní nebo obecně nemorální činnost. Tady to považuji za velmi citlivou záležitost, která do budoucna by mohla být zneužívána, a proto jsem kvůli této věci, kvůli finanční odměně pro oznamovatele trestné činnosti, nakonec zprávu nepodpořil, zdržel jsem se, byť, jak už jsem řekl, jsem si vědom, že určitý právní rámec je potřeba.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já vnímám to, že zde byl stanoven legislativní úkol pro Komisi právě usnesením tohoto parlamentu z roku 2013, že Komise doposud tento úkol nesplnila.

Chci skutečně vyslovit uznání všem odvážným oznamovatelům, kteří se nebojí nahlásit jednání, kterému byli vystaveni nebo kterého byli svědky, které je tedy podvodné, jde proti finančním zájmům veřejných institucí a tak dále. Všechnu tuto podporu chci vyslovit.

Nicméně i mě skutečně velmi zarazilo, že v návrhu této rezoluce se používá slovíčko finanční odměna pro tyto oznamovatele. Já jsem přesvědčen, že se má kompenzovat určitá ztráta, která může být vyvolána takovýmto jednáním, má dojít k určité satisfakci, ale pokud se v té zprávě hovoří o příjmu, o odměňování takovýchto lidí, to si myslím, že je až příliš nabádající a že tato zpráva vybočila z rámce, který jsem byl ochoten podpořit. Proto jsem se zdržel.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, in the digital age will information be used to empower the citizen or the state? Frightened by the potential of digital information the UK Government's legal advisers are proposing to increase prison sentences for revealing state secrets, perhaps up to 14 years, and seeking to intimidate journalists who report this information. These are worrying signs that the UK's decision to leave the EU is unleashing dark forces of state control and secrecy.

But this Parliament is standing up for citizens. We want them to reveal information of public importance about corruption or illegal activity by the state or private corporations. My work to fight tax avoidance by the rich and powerful would be impossible without information released by brave whistle-blowers like Antoine Deltour and Hervé Falciani. Today Parliament expresses our solidarity with all whistle-blowers and our impatience for an EU-wide law to protect all those who share information in the public interest. As Greens we also reject the EU Trade Secrets Directive which protected the secrecy of some of the world's largest companies right across the continent.

9.3. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik der EU (A8-0001/2017 - Tibor Szanyi)

Dichiarazioni di voto orali

Biljana Borzan (S&D). – Gospodine predsjedavajući, mnoga istraživanja pokazala su da se potrošačima u novijim državama Europske unije prodaju proizvodi niže kvalitete. I to ne radi različitog ukusa lokalnih potrošača, već su osnovni sastojci radi kojih kupujemo proizvod ili u manjem udjelu ili potpuno drugačiji. Tako smo u Češkoj imali slučaj da je umjesto svinjetine u mesnom naresku bila piletina. Potrošači kažu da se razlike nalaze i u automobilima i u poljoprivrednim proizvodima i u deterdžentima i drugdje.

Upravo zato tražim da Europska komisija provede istraživanje i utvrdi postoji li na europskoj razini razlika u kvaliteti proizvoda koji se stavljaju na tržište. Podsjećam da je Komisija financirala istraživanje u Slovačkoj 2011. u kojoj su utvrđene znatne razlike, ali nakon toga se nažalost nije dogodilo apsolutno ništa. Istraživanje koje sam provela u suradnji s Hrvatskom agencijom za hranu pokazalo je da više od 70% građana Hrvatske smatra da su očima zapadnih korporacija građani drugog reda. Žao mi je da je današnje glasovanje u Europskom parlamentu pokazalo da tako i Parlament o njima razmišlja.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Głosowałam za sprawozdaniem, ponieważ uważam, iż polityka konkurencji jest jednym z filarów jednolitego rynku. Skutecznie prowadzona sprzyja efektywności gospodarczej, innowacjom, postępowi technologicznemu oraz obniżaniu cen. Przyczynia się do tworzenia i utrzymania dobrej jakości miejsc pracy. Każda nielegalna korzyść podatkowa lub innego rodzaju pomoc państwa, a także każda protekcyjna decyzja rządu któregoś z państw ma poważny wpływ na życie obywateli Unii Europejskiej. Dlatego też Komisja powinna podjąć wszelkie możliwe działania zapewniające efektywność polityki konkurencji, szczególnie dzisiaj, kiedy to obserwujemy w ramach Unii Europejskiej wzrastające poparcie dla poglądów eurosceptycznych i populistycznych.

W najbliższych latach z pewnością będą narastały w części państw członkowskich tendencje do prowadzenia protekcyjnej polityki kosztem państw europejskich. Dlatego też Komisja Europejska musi twardo bronić fundamentów jednolitego rynku, w tym skuteczności polityki konkurencji. Zaniechanie tego przyniesie ogromne szkody europejskiej gospodarce, ale też odbije się na standardzie życia zwykłych Europejczyków. Dlatego też zgadzam się ze sprawozdawcą, iż warto rozważyć, czy nie przyznać Komisji prawa uznania za nielegalną pomoc wszystkich nieprzejrzystych interpretacji prawa podatkowego wydawanych przez państwa członkowskie.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, talán az egyik legarcátlanabb mondatot szeretném felolvasni a jelentésből, ami az indoklásban szerepel. Elég gyakran érzem mostanában úgy magam, minthogyha Észak-Koreában lennék valami pártkongresszuson. Az egész hangvétel, ez is ide illeszkedik. Azt mondja: „Különösen ma, amikor az európai integráció legnagyobb veszélye az EU-n belülről származik” – ugye a belső ellenségre kell vigyázni. Éberség, elvtársak! – „az euroszeptikus populizmus formájában, a nagyvállalatokat előnyben részesítő folyamatos tisztességtelen adóügyi gyakorlatok a nyilvánosság EU iránti bizalmának további csökkenéséhez vezethetnek.” Tehát ezt, ki az, aki ezért felelős? Az, aki kimondja, ugye, akiket populistának neveznek. Véletlenül sem az a rendszer, amin alapul az egész Európai Unió, hogy a nagyvállalatok folyamatosan vesztegetik az Európai Unió legkülönbözőbb vezetőit, folyamatosan – úgymond – lobbiznak, – finoman szólva –, és elérik azt, hogy olyan szabályok vonatkozzanak rájuk, amilyeneket ők akarnak, és amelyek teljesen ellehetetlenítik a tisztességes versenyt, különösen az európai kis- és közepes vállalkozók, családi vállalkozók számára.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è vero che la politica di concorrenza è un baluardo dell'Unione europea, attraverso cui l'Unione garantisce altissimi standard ai consumatori, ma ci sono delle categorie produttive per cui questo è un sistema che crea invece ingiustizie e forti squilibri. Il settore agricolo dell'Unione europea, su tutti, è composto principalmente da piccole aziende. I mercati agricoli sono caratterizzati da una maggiore volatilità dei prezzi a causa della lunghezza dei cicli di produzione e la gestione dell'offerta è davvero molto rigida. Sono l'anello più debole della filiera con scarsa forza negoziale e poca resilienza alle oscillazioni di mercato. Debolezze ma spesso veri e propri disastri che gli agricoltori hanno sperimentato ancor di più durante quest'anno, un periodo di enorme crisi economica che ha messo in luce la mancanza di strumenti per gestire la volatilità dei prezzi. La politica di concorrenza non può tenere in considerazione solo la sacrosanta prospettiva dei consumatori, perché c'è un universo di pratiche commerciali sleali che costringe al ritiro dal mercato di molti produttori e provoca una vera e propria moria delle aziende.

9.4. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen psychische Gesundheit und klinische Forschung (A8-0380/2016 - Beatriz Becerra Basterrechea)

Dichiarazioni di voto orali

Urszula Krupa (ECR). – Głosowałam przeciwko dokumentowi, mimo że propagowanie równości płci w odniesieniu do zdrowia psychicznego i badań klinicznych jest interesujące. Jednak sprawozdanie wykracza poza kompetencje Unii Europejskiej. Ponadto, mimo że podkreślono w dokumencie holistyczne ujęcie zdrowia psychicznego, brakuje mi podstawowego dla zdrowia w ogóle odniesienia do przestrzegania zasad etycznych, czyli bazy wartości kształtujących duchowość człowieka. Niezauważanie aspektów duchowych degraduje człowieka, powodując utratę tożsamości, epidemię depresji, uzależnień, samobójstw. Chociaż najbardziej alarmujące w tym dokumencie są wskaźniki zaburzeń zdrowia psychicznego u dzieci, pozostawionych samych sobie z niedostatkiem miłości rodzicielskiej, gdyż rodzice zajęci są rozbiciem kariery. Warto, zwłaszcza w Europie, która unika odniesienia do wartości chrześcijańskich, przypomnieć, że chrześcijaństwo ukazało najwyższy poziom rozwoju osobowego człowieka.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io condivido la ratio della relazione sulla promozione dell'uguaglianza di genere nella ricerca clinica e salute mentale ed evidenzio soprattutto quanto contenuto nei paragrafi 41 e 51.

Nella mia regione e nella mia città, Taranto, è in corso da anni la battaglia per la tutela delle donne affette da endometriosi. In questa battaglia un comitato, Taranto Lider, dal basso, ha promosso una legge approvata dalla Regione Puglia nel 2014, la cui attuazione prevede in queste settimane l'elaborazione di un protocollo diagnostico terapeutico assistenziale per la diagnosi precoce e il raggiungimento di una buona qualità di vita delle donne.

È necessaria una visione di largo respiro delle malattie, che concili le terapie esistenti, non sempre efficaci, con le ultime scoperte scientifiche riguardo al collegamento con l'immunologia, l'alimentazione e l'aspetto psicologico per un miglior funzionamento del sistema immunitario. Ricordo che è accertato l'eccesso di rischio correlato all'esposizione di inquinanti come diossine, pcb e anidride solforosa nei territori inquinati, e di questi territori Taranto ne è il simbolo.

L'Europa dovrebbe accelerare la realizzazione di linee guida a livello europeo su questa problematica. L'Europa può e deve fare la sua parte a tutela delle donne affette da questa patologia che condiziona la loro vita quotidiana e che nel 50 % dei casi provoca infertilità. Da donna tarantina, che dal primo momento ha partecipato alla battaglia con il comitato, non posso che votare a favore.

Biljana Borzan (S&D). – Gospođo predsjednice, Drago mi je da je ovo izvješće prihvaćeno. Zabrane ne smanjuju broj pobačaja već dovode žene u ranjivu poziciju. U Hrvatskoj se sve češće protestira ispred bolnica dok djevojke i žene idu izvršiti pobačaj. Uz to, povjerljivi podaci o terminu ili o njima osobno dolaze do udruga za zabranu pobačaja. Sve više liječnika u Europskoj uniji poziva se na priziv savjesti, u Italiji čak 70%. Upravo zbog toga tražila sam da se u bolnicama osigura minimalan broj liječnika koji su spremni izvesti pobačaj.

Da preduhitrim kolegice s desnice, znam da je zdravstvo u ingerenciji država članica, znam što je pobačaj, koje su njegove posljedice na zdravlje žena. Liječnica sam. Ipak, mislim da je to pitanje iznimno važno i da Europska unija mora pokazati progresivne smjernice za države članice u najboljem interesu naših građana. Kolegice s desnice tvrde i da izvješće ima previše elemenata vezanih za LGBTI osobe. Nedavno su LGBTI osobe u Zagrebu napadnute suzavcem u noćnom klubu. Zar ćemo zbilja tvrditi da taj napad nema nikakve veze s njihovim mentalnim zdravljem?

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, fontos, hogy az Európai Unió foglalkozik a nők mentális egészségével, csak az a baj, hogy nem tárja fel azokat az okokat a nők mentális egészségének megromlására, ami pontosan az Európai Unió gyarmatosító, vadkapitalista természetéből adódik, és ami különösen is sújtja az ún. új tagállamok, volt szocialista országok női polgárait, akiknek a helyzete össze sem hasonlítható, mondjuk egy magyar nőnek a helyzete tőle 200 km-re élő osztrák nőnek a helyzetével. Miről is van szó? Ugye most jöttek ki nemrég a statisztikák, hogy akár tízszeres különbségek is vannak az Európai Unió leggazdagabb és legszegényebb országa között. Nos, ha nem vették volna észre, akkor a legszegényebb országokból, így például saját hazámból, Magyarországról is tömegesen vándorolnak el ugye a gyarmatosító országokba, a nyugati országokba, nők is nagyon sokszor, sokszor kénytelenek hátrahagyni a gyermekeiket. Rettenetesen sok mentális nyomás van rajtuk, vagy éppen a devizahitelek miatt, amit voltak szívesek az Európai Unió fogyasztóvédelmi hatásai eltérni, segítség nélkül hagyni a devizahiteles áldozatokat. Nézzük már meg végre az okait is ezeknek a mentális problémáknak, és ne csak a gyógyszergyárak által diktált jelentéseket írjuk arról, hogy meg kell gyógyítani a mentálisan sérültté vált nőket és férfiakat.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, tuto zprávu jsem nemohl podpořit i přesto, že si myslím, že diskriminace žen je stále rozšířený fenomén, a je potřeba na tento fenomén neustále systematicky upozorňovat a bojovat proti němu.

Předkládaná zpráva však zachází v některých ohledech do extrémů a přesahuje kompetence Evropské unie. Nachází se v ní totiž body, které dle mého názoru by měly spadat do kompetencí členských států, a to jak v rámci principu subsidiarity, tak vzhledem k jejich samotné podstatě. Je třeba si uvědomit, že přílišné snahy o posilování práv žen mohou ve svém důsledku vést k absurdnostem ve vzájemném vztahu mezi oběma pohlavími.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já chci konstatovat, že jsem proti jakékoliv diskriminaci žen, že jejich kvalita života by měla být samozřejmě co nejvyšší, a dovoluji si vyslovit hlubokou úctu k ženám. Nicméně pokud jde o konkrétní zmiňovaná témata v této zprávě, jako jsou sexuální práva, reprodukční zdraví a další témata, já cítím, že pokaždé, pokud se tady toto téma zdvihne, tak narazíme právě na téma subsidiarity evropského práva a role členských států. Zmínila to zde i kolegyně Borzanová, která sdělila, že si je vědoma toho, že tato témata jsou v kompetenci národních států, a já trochu nerozumím tomu, proč neustále někteří i mí kolegové jsou vlastně s ohledem na své výhrady svědomí tak trochu nuceni hlasovat proti těmto zprávám. Nerozumím tomu, proč se tato témata nadále objevují, a dovolil jsem si vyjádřit svůj nesouhlas s takto násilným nucením mých kolegů, aby opět znásilňovali své výhrady svědomí tím, že jsem se tedy zdržel u této zprávy.

Branislav Škripek (ECR). – ...predsedajúcim! Ja dnes prijaté uznesenie navrhujem premenovať na podvrhnuté a falošné vyjadrenia z dielne rodovej ideológie.

Plne sa stotožňujem s názorom, že duševné zdravie je náročnou témou hodnou výskumu a odbornej diskusie, ale je skutočne smutné, že namiesto snahy o skutočné zníženie počtu duševne chorých osôb, sme dnes hlasovali o skutočne veľmi zlej správe v tomto pléne.

Tvrdiť, že transrodové identity nie sú patologické alebo že medzi sexuálne a reprodukčné práva patrí legálny a bezpečný prístup k potratom, sa nedá inak nazvať ako len propagandou a určite nie legislatívnym návrhom postaveným na vedeckom výskume. Skutočný výskum by sa mal predsa stať nestranným a nespolitizovaným. Ako politici nesmieme diktovať obsah zdravotných učebníc.

To si naozaj dovoľujeme zákonmi miasť naše deti tým, že ich povzbudzujeme, aby si vybrali vlastné pohlavie? Ved' práve toto je príčina časti duševných problémov medzi mladými ľuďmi. Skutočným dôvodom duševných problémov nie je stereotypizovanie, teda zaškatulkovanie si predstáv o oboch pohlaviach. Problémom je kultúra, ktorá prináša zmätok do Bohom daných a prirodzených daností podstaty života. Preto som hlasoval proti tomuto uzneseniu.

Ďakujem.

9.5. Prioritäten für die 61. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (A8-0018/2017 - Constance Le Grip, Maria Arena)

Dichiarazioni di voto orali

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Głosowałam przeciwko projektowi zalecenia Parlamentu dla Rady w sprawie priorytetów Unii na 61. sesję Komisji ONZ ds. Statusu Kobiet, gdyż poza bardzo wartościowymi zaleceniami, takimi jak prawna ochrona kobiet w ciąży, po urodzeniu dziecka, przeciwdziałanie przemocy, wspieranie niepełnosprawnych czy ochrona migrantów, poprawa rozwoju i redukcja ubóstwa, mamy szereg zaleceń nie do zaakceptowania z moralnego punktu widzenia. Zrównanie kobiet z mężczyznami mimo specyficznych predyspozycji związanych z płcią przypomina scenkę z okresu socjalizmu w Polsce, czyli nawoływanie kobiet do wsiadania na traktory. W zaleceniach należałoby uwzględnić osobiste wybory kobiet, dla których macierzyństwo jest osobistym prawem, oraz to, że doceniają one wartość rodziny jako priorytetową również dla rozwoju państwa. Nie do zaakceptowania jest pozbawienie rodziców kontroli nad edukacją, także dotyczącą kwestii płci, oraz fundusz, który nie służy rozwojowi człowieka.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Głosowałam przeciwko priorytetom na 61. sesję Komisji ONZ ds. Statusu Kobiet. Oczywiście zgadzam się z tym, że wśród tych priorytetów jest wiele spraw bardzo ważnych i wartościowych, takich jak choćby prawna ochrona kobiet w ciąży, wspieranie kobiet niepełnosprawnych, większa ochrona zdrowotna dla kobiet, ale z niepokojem odnotowałam, że wśród tych poprawek znajdują się zapisy, które z całą mocą potępiają suwerenną decyzję Stanów Zjednoczonych cofającą wsparcie dla międzynarodowych organizacji proaborcyjnych.

Z niepokojem również zauważam, że Parlament Europejski poparł utworzenie funduszu na rzecz finansowania dostępu do legalnej aborcji, bo i taki zapis znalazł się wśród priorytetów. Chciałabym w tym miejscu przypomnieć, że Unia Europejska powstała w oparciu o chrześcijańskie wartości, a jej ojcowie założyciele są dziś kandydatami na ołtarze. Najwyższy czas, aby Parlament Europejski opowiedział się za cywilizacją życia.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Nowy rząd amerykański pokazał jasno, że państwa mogą i powinny występować przeciwko kontrkulturze śmierci. Niestety dzisiejszy atak na wstrzymanie przez prezydenta Trumpa finansowania praktyk aborcyjnych na świecie, i co gorsza, zapowiedź utworzenia europejskiego funduszu propagowania aborcji kompromitują ten Parlament i, co więcej, stanowią akt pogardy wobec milionów Europejczyków występujących w obronie prawa do życia. Niestety Wy nie tylko dzielicie Europę, Wy ją niszczyacie.

Presidente. – Con questo si concludono le dichiarazioni di voto.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta, sospesa alle 13.30, è ripresa alle 15.00)

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Aktueller Stand der zweiten Überprüfung des makroökonomischen Anpassungsprogramms für Griechenland (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia są oświadczenia Rady i Komisji w sprawie aktualnego stanu drugiego przeglądu programu dostosowań gospodarczych w Grecji (2017/2529(RSP)).

Ian Borg, President-in-Office of the Council. – Mr President, honourable Members, you have added the item 'State of play of the second review of the economic adjustment programme for Greece' to the agenda of this sitting. Let me start by saying a few words on the process. Basically, in line with the EU provisions on adjustment programmes, the institutions – that is the Commission, in liaison with the ECB, ESM and IMF – are entrusted with the negotiation of a programme and the policy conditionality with the authorities. They are also responsible for the monitoring of programme implementation.

The Eurogroup is regularly informed of the state of play of the adjustment programme by the institutions and the authorities. On occasion, the Eurogroup provides political guidance on open issues, and the state of play of the Greek programme is on the agenda of the next Eurogroup meeting on 20 February. The Council, however, does not intervene in adjustment programmes. I can hence confirm that it has not discussed the issue at hand, neither in January nor at earlier meetings, and therefore I guess that Vice-President Dombrovskis is much better placed to provide you with information on the subject than I am.

Therefore I thank you very much for giving me the floor in order to intervene at the beginning of this item on your agenda.

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, around halfway through its ESM stability support programme, Greece is at an important juncture. Significant structural changes are being made across all areas of the economy. Major fiscal efforts have been made since the programme's inception, worth 4.5% of GDP. Importantly too, implementation is taking place with the establishment of the independent revenue agency and the operationalisation of the new privatisation and investment fund, to name just two examples of big undertakings.

Economic data now point to several positive points. Growth returned in the second half of the past year and is gathering pace. Indeed Greece has outperformed expectations in terms of GDP growth for 2016 and is expected to grow strongly this year by 2.7%, assuming of course that the programme remains on track. You have no doubt seen the Commission's winter forecast, published yesterday, reflecting this strong economic performance. Unemployment also continues to decrease, though absolute levels remain unacceptably high, so this is one challenge that must be closely monitored and addressed.

As regards fiscal developments, in 2016 Greece is estimated to substantially surpass its primary surplus target of 0.5% of GDP under the ESM programme. Consequently, Greece is also on track to meet its 2017 fiscal target primary surplus of 1.75% of GDP. This represents strong progress and shows that Greece has come a long way. The completion of the second programme review is at a critical stage and must proceed without undue delay in order to underpin the progress we have seen in the last 18 months. A staff level agreement should be within reach provided that all partners work actively towards bridging the remaining gaps.

Implementation of the structural reforms has also progressed well over the past months and many actions required for the completion of the second review are close to adoption. In November and December the Greek authorities passed several important pieces of legislation through Parliament and the technical work necessary for the finalisation of the remaining elements has continued.

At the same time, there is no room for complacency. As we all know, implementation has been the Achilles heel of the Greek programmes. The authorities have to work hard on the measures to be implemented by the second review and avoid backtracking on politically difficult issues.

Ownership is a mainstay of the programme's success and should therefore be strengthened, especially in the fields of privatisation and energy. Ensuring good governance is also key, especially to ensure the efficient functioning of the Greek state, but I have to note that we have seen consistency from the authorities under the ESM programme and a lot of progress has been made since the August 2015 agreement. I would highlight that, since its inception, the Greek authorities have made nearly 200 measures and sub-measures to comply with the reform commitments. This effort needs to be recognised.

Our structural reform support service has furthermore provided technical support in the design and implementation of many of these reforms, for example, in the areas of public administration, renewable energy, privatisation, revenue administration, bank governance and others. In general, cooperation with the Greek authorities has been constructive. With this in mind, it is crucial that all partners now live up to that commitments so that an overall policy package can be reached as soon as possible.

This is not the time to call our resolve into question or jeopardise the positive economic signals but to underpin confidence and help jobs, growth and investment to return to Greece. The overall package should encompass programme conditionality, including with a view to the IMF coming on board with an arrangement, but also reflections on the post-programme fiscal path. We will continue to work constructively and urge our partners to do the same.

Finally, I would note that on 23 January the ESM adopted the short-term debt measures that had been endorsed by December 2016 a year ago. These measures are essential and contribute significantly to contain growth financing needs and smooth the Greek debt obligation over the maturity horizon, but they are part of the broader package agreed in May 2016 whose further elaboration we will continue to support in line with the agreement reached.

To conclude, the Commission will continue to work actively and constructively to ensure that the second review is concluded as soon as possible and that a balanced agreement is reached. It is important that all parties involved show political will. By keeping the programme on track, we will help to build on the current economic recovery in Greece, allowing it to return to sustainable growth and job creation.

Thank you for your attention. I look forward to today's debate.

Przewodniczący. – Otwieram część polegającą na debacie w imieniu grup politycznych. Chciałem zaproponować Państwu, abyśmy w tej części nie stosowali procedury niebieskiej kartki. Niebieskiej kartki będziemy używać podczas wystąpień indywidualnych. Chciałem również podkreślić, że mieścimy się bardzo dokładnie w przedziale czasowym przewidzianym na tę debatę.

Μανώλης Κεφαλογιάννης, εξ ονόματος της ομάδας PPE. – Κύριε Πρόεδρε, η αξιολόγηση θα έπρεπε να έχει ολοκληρωθεί από καιρό, τουλάχιστον από τις 5 Δεκεμβρίου του παρελθόντος έτους. Η καθυστέρηση είναι καταστροφή για την ελληνική οικονομία. Αυτά δεν είναι δικά μου λόγια, είναι λόγια του Πρωθυπουργού, σε συνέντευξή του τον Νοέμβριο και λόγια του Υπουργού Εθνικής Οικονομίας, τον ίδιο μήνα. Η αβεβαιότητα επαναφέρει τα εφιαλτικά σενάρια. Η τακτική της αναβολής της κυβέρνησης παραπέμπει στο καταστροφικό πρώτο εξάμηνο του 2015 και όλα αυτά για εσωτερική κατανάλωση. Χθες, ο ίδιος ο Υπουργός Εθνικής Οικονομίας, ο κ. Τσακαλώτος, ανέφερε ότι οι καθυστερήσεις φέρνουν μεγαλύτερο λογαριασμό και στην επιστολή που απέστειλε τον προηγούμενο μήνα στην Ευρωπαϊκή Επιτροπή αναφέρει ότι δεν έχει ολοκληρωθεί ούτε το 1/3 των προαπαιτούμενων.

Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, δυστυχώς οι μεταρρυθμίσεις δεν προχωρούν με τον ρυθμό που πρέπει να προχωρήσουν. Η κυβέρνηση παθαίνει αλλεργία σε θέματα ιδιωτικοποιήσεων. Ακόμη και αυτές που έχουν συμφωνηθεί δεν προχωρούν. Υπάρχει ένα λάθος στο πρόγραμμα και αυτό είναι η αύξηση των φόρων και όχι ο περιορισμός των δαπανών και, κυρίως, η δημιουργία νέου πλούτου. Για να βγει η χώρα μας από την κρίση, χρειάζεται το τρίπτυχο ευρωπαϊκός προσανατολισμός–κοινοβουλευτική δημοκρατία–ελεύθερη οικονομία. Ελεύθερη οικονομία χωρίς δάκρυα των υπουργών του κ. Τσίπρα για οποιαδήποτε προσπάθεια γίνεται για επενδύσεις και γιγαντιαίες δημόσιες και ιδιωτικές επενδύσεις. Έτσι, και με τη βοήθεια της Ευρωπαϊκής Ένωσης, νομίζω ότι μπορεί να βγούμε από αυτή τη μεγάλη κρίση με το μικρότερο δυνατό κόστος.

Udo Bullmann, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Vizepräsident der Kommission! Ich danke Ihnen, Herr Vizepräsident Dombrovskis, für Ihre Einschätzung.

Sie haben gute Zahlen vorgetragen. Sie haben eine gute Bilanz vorgetragen. Unsere Fraktion ist allerdings besorgt. Denn wenn wir positive Ergebnisse haben, wenn wir auf einem guten Weg sind – jedenfalls auf einem besseren, als wir lange Zeit waren –, warum haben wir dann wieder Stimmen in den Mitgliedstaaten, die von einem bevorstehenden Grexit sprechen?

Ich frage Sie, Herr Dombrovskis, für wie verantwortlich halten Sie solche Äußerungen von nationalen Politikern, die offenbar schlechtes Wetter herbeireden wollen, und was ist die Reaktion der Kommission? Ich würde auch gerne wissen: Sie sprechen davon, dass die Überprüfung zum baldmöglichen Zeitpunkt abgeschlossen werden soll. Was konkret steht dem im Wege, das am 20. Februar vorzunehmen?

Wir möchten auf keinen Fall – das ist unsere sozialdemokratische Position –, dass wir in Europa in eine Situation hineinschlittern, wie wir sie im Sommer 2015 hatten. Dafür gibt es viel zu viele gute Anstrengungen, dafür gibt es viel zu viel guten Willen in den letzten Monaten und Jahren, die uns voranbringen können. Wir haben eine Zuspitzung der Situation, wo wir uns anständig um Flüchtlinge kümmern müssen. Wir hatten vor vier Jahren eben eine ganz andere Situation. Wir hatten vor zwei Jahren eine ganz andere Situation. Mittlerweile sind Zehntausende von Flüchtlingen in Griechenland. Ich kann nicht sehen, dass es verantwortlich ist, hier zu zündeln und an den Realitäten vorbei eine neue Eskalation herbeizureden. Ich möchte gerne wissen, welche Position Rat und Kommission in dieser Frage einnehmen.

Νότης Μαριάς, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κύριε Dombrovskis, η εφαρμογή των μνημονίων στην Ελλάδα έχει μετατρέψει τη χώρα σε ένα απέραντο κοινωνικό νεκροταφείο. Παρότι η Ελλάδα με τα τρία μνημόνια πήρε δάνεια ύψους 280 δισεκατομμυρίων ευρώ, η χώρα έχει γεμίσει με εκατομμύρια φτωχούς και με στρατιές ανέργων. Πάνω από 400.000 νέοι μας έχουν μεταναστεύσει στο εξωτερικό, ενώ 500.000 μικρομεσαίες επιχειρήσεις έβαλαν λουκέτο. Ο ελληνικός λαός απώλεσε περιουσιακή αξία 146 δισεκατομμυρίων ευρώ. Μισθοί και συντάξεις «πετσοκόπηκαν» και η φοροπηχτική πολιτική συνεχίζεται ακάθεκτη. Το δημόσιο χρέος από 123% του ΑΕΠ το 2010 έφτασε στο 183,5% του ΑΕΠ το 2016. Ταυτόχρονα, τα κοράκια προσπαθούν να αρπάξουν τα σπίτια των Ελλήνων, ενώ με το ΤΑΙΠΕΔ και το Κατοχικό Ταμείο συνεχίζεται η λεηλασία της δημόσιας περιουσίας. Πού πήγαν λοιπόν, κύριε Dombrovskis, τα 280 δισεκατομμύρια ευρώ που δόθηκαν ως δάνεια; Πήγαν πίσω στην εξόφληση των παλαιών χρεών. Πήγαν ξανά πίσω στις τσέπες των δανειστών. Των δανειστών που, εν όψει της δεύτερης αξιολόγησης, απαιτούν και νέα σκληρά μέτρα σε βάρος του ελληνικού λαού που έχει φτωχοποιηθεί. Των δανειστών που, με επικεφαλής τον κ. Schäuble και τον κ. Dijsselbloem, συνεχίζουν την ανάλγητη μνημονιακή τους πολιτική, σε συνεργασία πλέον με τη νεο-μνημονιακή κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ. Όμως, οι δανειστές και το Euro-group που δεν τόλμησε να εμφανιστεί σήμερα εδώ – δεν τόλμησε να έρθει εδώ ο κ. Dijsselbloem – να γνωρίζουν, λοιπόν, οι κύριοι αυτοί ότι ο ελληνικός λαός σύντομα θα πετάξει την τρόικα και τους δανειστές όλους έξω από την πατρίδα μας.

Przewodniczący. – Wniosek o zgodę na niebieską kartkę. Umówiliśmy się, że niebieską kartkę będziemy stosować po wystąpieniach grup.

Sylvie Goulard, au nom du groupe ALDE. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président de la Commission, je vous remercie d'être avec nous. Je me disais: «encore un débat sur la Grèce». C'est un peu triste que ce pays, qui est un partenaire important, un pays que nous aimons tous, se retrouve à nouveau au cœur d'une discussion dans laquelle on finit, même quand on suit ses affaires, par se perdre un peu. Je voudrais donc faire plusieurs remarques.

La première, c'est que dans le fond, nous avons l'impression que nous sommes toujours dans un mode de gestion de crise après des années et que nous ne sommes pas dans la mise en œuvre progressive de changements qui requièrent du temps. Nous avons toujours l'impression que ressortent – cela a d'ailleurs été dit en partie par le collègue Bullmann – des reproches, des interrogations qui donnent le sentiment que nous n'arrivons pas, dans le fond, à régler la situation en Grèce. Personnellement, je crois que votre présentation assez calme, factuelle, devrait nous inciter tous à regarder les chiffres, à regarder ce qui peut-être ne va toujours pas, mais aussi à garder à l'esprit ce qui a pu s'améliorer, sans psychodrame, sans évoquer en permanence, par exemple, la sortie d'un pays de la zone euro qui, pour l'instant et jusqu'à nouvel ordre, n'est pas prévue par les traités.

Deuxièmement, parmi les acteurs de ce psychodrame, il y a le FMI. Nous avons souhaité que le FMI vienne et peut-être qu'au plus fort de la crise – c'est pour cela, je crois, qu'il faut toujours faire une distinction entre la gestion de crise et le reste –, son expertise technique et ce qu'il incarnait étaient justifiés. Mais ne faudrait-il pas s'interroger s'il est normal que le FMI continue à être pour toujours dans la zone euro? Si oui, peut-être qu'il faut en accepter toutes les conséquences, si non, que pouvons-nous faire?

Troisièmement, je voulais vous dire que cela a un impact sur les opinions publiques. Il est très triste, alors même que les chiffres commencent à s'améliorer, que la croissance n'est pas négligeable et qu'un certain nombre d'indicateurs repassent au vert dans l'ensemble de la zone euro, que l'on se retrouve toujours avec une impression de nuages au-dessus de nos têtes, ce qui est très préjudiciable sur le plan psychologique et politique.

Monsieur le Commissaire, j'espère que vous allez pouvoir, avec les autres partenaires – la Banque centrale et le FMI – gérer les choses de manière un peu plus calme, placer le gouvernement grec devant ses responsabilités, mais aussi placer l'ensemble de l'Eurogroupe devant ses responsabilités.

Nous ne pouvons plus rester sur un mode de gestion de crise des années après le déclenchement de la crise.

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, όπως μας είπε ο κ. Dombrovskis, και όπως έχουν πει και ο κ. Juncker, ο κ. Dijsselbloem και ο κ. Moscovici, σύμφωνα με τα επίσημα στοιχεία της Eurostat, η Ελλάδα επιστρέφει στην ανάπτυξη και υπερκαλύπτει τους στόχους που είχε αναλάβει με τη συμφωνία. Το πρωτογενές πλεόνασμα για το 2010 ήταν τετραπλάσιο του συμφωνημένου και για το 2016 έχουμε μικρή ανάπτυξη αντί για ύφεση. Το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο έπεσε πάλι έξω στις προβλέψεις και η ανάπτυξη για το 2017 και το 2018 είναι της τάξης του 3%. Το ερώτημα, λοιπόν, είναι: θα βοηθήσετε τις Ελληνίδες και τους Έλληνες να βγουν επιτέλους στο ξέφωτο της ανάπτυξης και να συνεχίσουν να μειώνουν ταχύτερα την ανεργία ή θα αφήσετε τον χρόνο να κυλάει υποκύπτοντας στους εκβιασμούς είτε του κ. Schäuble είτε του Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου που παράγουν αστάθεια και οπισθοδρόμηση;

Όσοι μιλάνε για Grexit αυτή την ώρα κάνουν ζημιά στην ευρωζώνη και επιδιώκουν το «Tsiprasexit». Ο κ. Schäuble πρέπει να πάψει να παίζει με τα σπέρτα μέσα σε μια αποθήκη καυσίμων. Του το φωνάζουν πια και μέσα στη Γερμανία. Όχι μόνο η Αριστερά, οι Πράσινοι και οι Σοσιαλδημοκράτες. Ακόμη και η κ. Merkel πάει να του βάλει φρένο. Και το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο πρέπει να δεχθεί επιτέλους, κύριε Dombrovskis, τα επίσημα στοιχεία της Επιτροπής και της Eurostat, και να πάψει να ζητάει παράλογα και ακραία πράγματα, όπως το να μην επαναφερθεί στην Ελλάδα το καθεστώς των συλλογικών διαπραγματεύσεων που είναι κομμάτι των ευρωπαϊκών κανόνων, του ευρωπαϊκού κεκτημένου. Το Eurogroup της 20ής Φεβρουαρίου πρέπει να βγάλει και μπορεί να βγάλει «λευκό καπνό» με μια δίκαιη συμφωνία. Δεν υπάρχει καιρός για χάσιμο. Φτάνει πια αυτό το άθλιο πινγκ πονγκ στις πλάτες των Ελληνίδων και των Ελλήνων που έχουν κάνει τις μεγαλύτερες θυσίες και τις μεγαλύτερες μεταρρυθμίσεις, τα τελευταία χρόνια, από όλους τους ευρωπαϊκούς λαούς. Οι Έλληνες τηρούν τις δεσμεύσεις τους. Είναι η ώρα και οι δανειστές να τηρήσουν τις δικές τους.

Sven Giegold, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Zunächst sollten wir uns doch erstmal freuen – und das müsse der Anknüpfungspunkt dieser Diskussion sein –, dass wir nach zwei Jahren in Griechenland wieder positive Zahlen haben.

Das ist ja nicht so einfach gewesen, denn schließlich hat auch die europäische Politik gemeinsam mit nicht konsequenten Reformanstrengungen in Griechenland dazu geführt, dass wir wieder zwei Jahre Stillstand hatten. Jetzt geht es endlich nach vorne. Man hat doch den Eindruck, dass in dieser Situation politisches Schindluder auf dem Rücken von Griechenland ausgetragen wird.

Ich will das an zwei, drei Beispielen erläutern. Auf der einen Seite wird gesagt: Der IWF muss unbedingt im Programm bleiben. Auf der anderen Seite ist man nicht bereit, auf die Forderungen des IWF bei den Schuldenerleichterungen einzugehen. Gleichzeitig wird –immer wieder in der deutschen Öffentlichkeit, aber auch in anderen Ländern – so getan, als würden in Griechenland gar keine Reformanstrengungen geschehen. Ich bin dankbar, dass die Kommission hier viel nuanciertere Worte gefunden hat.

Aber regelmäßig wird so getan, als wäre in Griechenland ohnehin alles verloren. Die deutschen Liberalen, anders als Sylvie Goulard hier, fordern im Wahlkampfmodus den Grexit. Dazu könnten sie auch einmal etwas sagen. Der Punkt ist: Das heißt, hier wird auf dem Rücken Griechenlands Politik gemacht in einer Situation, wo das Land wieder aus Schwierigkeiten herauskommen könnte, die eigentlich nationale Hintergründe haben.

Gleichzeitig werden von Griechenland Reformen abverlangt; das ist auch richtig. Aber welche Reformen? Die sind wiederum sozial einseitig: Die Steuern sollen für diejenigen, die schlecht verdienen, erhöht werden. Und gleichzeitig soll das Rentensystem umgebaut werden, obwohl es nach wie vor keine Grundsicherung in Griechenland gibt, die im Memorandum aber vorgesehen war. Also hier müssen wir jetzt Maß und Mitte walten lassen. Die Zusagen an Griechenland müssen eingehalten werden, und Griechenland braucht einen nachhaltigen Reformkurs. Da bin ich eher bei der Europäischen Kommission als bei den Scharfmachern an verschiedenen Stellen dieser Debatte.

William (The Earl of) Dartmouth, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, there may be some of us here who are familiar with the song 'Hotel California' by the Eagles, which contains the line 'You can check out any time you like, but you can never leave!'. Well the eurozone is rather like that. Whatever the pain, whatever the anguish, whatever the hardship, whatever the austerity imposed on the Greek people, Greece is never going to be permitted to leave the eurozone.

But the inconvenient truth is that Greece is wholly unable to pay its debts. Whatever the International Monetary Fund may or may not say, whatever the posturing of the Commission and the Council – which, sadly, we heard earlier – Greece cannot pay its debts, and what should happen is that the lenders must admit and accept that the money they have lent to Greece simply will not be paid back. In consequence, the lenders must forgive some or all of these loans. But unfortunately, there is absolutely no sign of this happening.

It is not often that I agree with a Marxist. However, the Marxist Greek former Finance Minister was correct about the loans to Greece. First of all, not one cent of one euro in the bail-out packages went to the Greek people. The money all went to the lenders. And secondly, the Troika was, and is, playing a game – a comedy, a masquerade – with the Greek Government and the Greek people, but this is very much for real. The game with the loan negotiations was, to quote, 'extend and pretend'; that is to say, the loans were extended, but the pretence was that they could ever be paid back.

Greece has defaulted on its debts at least seven times since it became an independent country. When lenders lend to Greece, they cannot expect their loans to be bailed out as of right, and certainly not at the expense of the well-being of the Greek people and the Greek economy. So, in response to the Commission, to Mr Juncker, to Mr Verhofstadt and to Mr Verhofstadt's groupies, of whom there are all too many in this Parliament, I would like to paraphrase William Jennings Bryant's famous 'Cross of Gold' speech: 'You shall not press down upon the Greek people this crown of thorns. You shall not crucify them upon the cross of the euro.'

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar Dombrowski! Laut der gestern vorliegenden Winterprognose der Kommission sind die Konjunkturaussichten in Griechenland gut.

Mit einem Wirtschaftswachstum von 2,7 % überflügelt Athen sogar die Eurozone, die bei 1,6 % liegt, also ein Drittel besser. Das ist aber das wenig Gute, was aktuell zu sagen ist. Die Situation ist geprägt von politischem Taktieren. So zum Beispiel die heutige Andeutung von IWF-Chefin Lagarde, die ganz im Gegenteil zu ihren bisherigen Aussagen erklärte, dass eine Schuldentragfähigkeit Griechenlands auch ohne einen Schuldenschnitt vorstellbar sei unter Einhaltung bestimmter Mechanismen und dass der Währungsfonds sich am dritten Griechenland-Rettungspaket beteiligen könnte.

Schuldenschnitt macht sich aber nicht gut, wenn in Deutschland und in den Niederlanden Wahlen bevorstehen. Gerade der deutsche Finanzminister legte allergrößten Wert darauf, dass der IWF beteiligt ist. Eine richtige Meinung, finde ich.

Ist der Schuldenschnitt erst einmal vom Tisch, dann können sich IWF und europäische Gläubiger auf die Höhe des Primärüberschusses einigen. Die Schuldentragfähigkeit ist dann gegeben und die nächste Tranche des Hilfsprogramms stünde zur Auszahlung an. Präsident Tsipras braucht dieses Geld auch ganz dringend. Die Gläubiger sitzen ihm im Nacken und die Opposition auch. Der Premier sitzt im Keller mit den Umfragenwerten, die Konservativen haben Steuer-senkungen und die Schaffung von 120 000 Arbeitsplätzen angekündigt, und politische Beobachter rechnen mit Neu-wahlen.

Verständlich, dass sich der Premier gegen weitere Sparmaßnahmen, gegen Steuererhöhungen und Rentenkürzungen aus-spricht, die vom IWF gefordert werden. Es ist doch aus Sicht der griechischen Regierung viel praktischer, Gläubiger zu haben, die kaum einen Regelverstoß ahnden, in einer Transferunion, die bequem ist, aber für die europäische Solidargemeinschaft ernüchternd, und die kaum Chancen bietet in Ermangelung einer eigenen Geldpolitik, jemals wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η δεύτερη αξιολόγηση του προγράμματος οικονομικής προσαρμογής για την Ελλάδα δεν είναι τίποτα περισσότερο από μία νέα μεθόδευση, ένα πρόσχημα για να επιβληθούν στον ήδη εξαντλημένο ελληνικό λαό νέα απαράδεκτα μέτρα μνημονίου. Το πρωί συζητούσαμε για το μέλλον της Ευρωπαϊκής Ενώσεως και διερωτώμαι πώς είναι δυνατόν να υπάρχει μέλλον σε αυτή την Ένωση, όταν τα ηγετικά στελέχη της, σε συνεργασία με τους διεθνείς τοκογλύφους του Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου, συνεργάζονται για να επιβάλουν νέα απαράδεκτα και επαχθή μέτρα και να εξαθλιώσουν οικονομικά τον λαό μίας χώρας μέλους. Να επιβάλουν στον υπερήφανο ελληνικό λαό μία σύγχρονη μορφή γενοκτονίας. Του καταστρέφουν την υγεία, την παιδεία, του παίρνουν τα σπίτια, του παίρνουν τις συντάξεις και τους μισθούς, υποχρεώνουν τους νέους να μεταναστεύουν, δημιουργούν πρόβλημα τεράστιας ανεργίας στους νέους και, επιπλέον, επιβάλλουν στους νέους υπογεννητικότητα. Κυρίες και κύριοι, γνωρίζετε πολύ καλά ότι στην αρχαία ελληνική τραγωδία τη λύση την έδινε ο από μηχανής θεός. Στη σύγχρονη ελληνική τραγωδία τη λύση θα τη δώσει ο πραγματικός Θεός, χρησιμοποιώντας ως όργανο το κόμμα των ελλήνων εθνικιστών, η απήχηση του οποίου στην ελληνική κοινωνία συνεχώς αυξάνεται. Και θυμηθείτε τούτο: την ημέρα των ελληνικών εκλογών, ακόμη και όσοι δεν είναι χριστιανοί, θα υποχρεωθούν να κάνουν τον σταυρό τους από τα αποτελέσματα τα οποία θα παρουσιαστούν.

Przewodniczący. – Teraz przechodzimy do wystąpień indywidualnych i uruchamiamy także procedurę niebieskiej kartki.

Burkhard Balz (PPE). – Herr Präsident! Wir debattieren nun zum wiederholten Male zu Griechenland.

Viele Kollegen im Saal werden mir sicherlich zustimmen, dass wir immer wieder auf das gleiche Problem zu sprechen kommen: den fehlenden Fortschritt in der Umsetzung der Reformagenda. Dazu gehören sicherlich zwei Kernbereiche der Strukturreformen. Erst im Dezember haben wir ausführlich über die Arbeitsmarktreformen und Arbeitsbeziehungen in Griechenland gesprochen – ein Bereich, in dem noch immer umfangreiche Maßnahmen vonnöten sind, ebenso wie in Bezug auf das Steuersystem. Hier gilt es unter anderem, eine ungerechte Steuerbelastung und eine ineffektive Steuerverwaltung zu bewältigen.

Fakt ist aber auch: Die griechische Regierung zeigt keinerlei Willen, die nötigen Reformen endlich in die Hand zu nehmen und vor allen Dingen ernsthaft umzusetzen. Es ist ja schön, wenn Kollege Papadimoulis hier Angriffe auf die deutsche Regierung fährt. Meine Wahrnehmung ist die, dass sowohl der griechische Premierminister als auch die griechische Regierung insgesamt die Glaubwürdigkeit bislang nicht unter Kontrolle hatten beziehungsweise unter Kontrolle stellen konnten. Das muss endlich ein Ende haben.

Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass ja allem Anschein nach nun diese *second review* diesen Monat beim nächsten Finanzministertreffen abgeschlossen werden könnte. Ich betone nochmal: Die griechische Regierung muss endlich einen Weg aus der Krise finden – nicht die griechische Bevölkerung, die in der Tat schon vieles auf sich genommen hat. Aber am Ende bleibt dafür eine umfangreiche Umsetzung der Reformagenda unabdingbar.

Ich freue mich schon auf die „blaue Karte“ von Herrn Papadimoulis.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Κύριε Balz, ο κ. Juncker ήταν ο υποψήφιος του κόμματός σας στις ευρωεκλογές, για Πρόεδρος της Επιτροπής, και ο κ. Dombrovskis είναι εξέχον στέλεχος του Ευρωπαϊκού Λαϊκού Κόμματος. Ο κ. Juncker είπε προχθές ότι οι Έλληνες έχουν κάνει πολύ περισσότερες μεταρρυθμίσεις από τις χώρες του ευρωπαϊκού Βορρά. Ο κ. Dombrovskis παρουσίασε τη σημαντική πρόοδο που έχει επιτευχθεί. Κανείς τους δεν κατηγορήσε την Ελλάδα ή την ελληνική κυβέρνηση. Εσείς διαφωνείτε με τις θέσεις του κ. Juncker και με τις θέσεις της Επιτροπής; Συμφωνείτε με το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο; Θέλετε να κλείσει η αξιολόγηση; Συμφωνείτε με το Grexit που θέλει να βάλει στο τραπέζι ο κ. Juncker ή με την κ. Merkel που λέει ότι δεν είναι ώρα για τέτοια και πρέπει να βοηθήσουμε τους Έλληνες να βγουν από την κρίση;

Burkhard Balz (PPE), – Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. Also, ich traue mir eine Menge zu. Aber so viele Fragen in 30 Sekunden zu beantworten, das schaffe selbst ich nicht, lieber Kollege Papadimoulis.

Ich spüre ja geradezu Ihre Nervosität. Die ist natürlich bei den Umfragewerten, die die griechische Regierung momentan hat, in der Tat auch begründet. Eins wäre doch auch klar: Wenn man sich diese Umfragewerte anschaut, wird diese griechische Regierung aller Voraussicht nach auch nicht wieder bestätigt werden. Deswegen möchte die griechische Regierung auch keine Neuwahlen haben.

Aber um auf das zu antworten, was Sie am Anfang gefragt haben: Ich glaube persönlich, dass die griechische Regierung weiter liefern muss – weniger die Menschen, die Bevölkerung. Denn in der Tat gibt es gerade bei den Steuerthemen auch viel Ungerechtigkeit in Ihrem Land, und das muss angegangen werden. Insofern glaube ich, ist es gar nicht mehr besonders vonnöten, dass die Kommission die griechische Regierung hier angreift.

(Der Redner lehnt es ab, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ von Herrn Lucke zu beantworten.)

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, je crois qu'il est temps que la Commission incite les deux autres institutions à boucler la deuxième évaluation du programme grec. En cohérence, d'ailleurs, avec les prévisions économiques que l'institution à laquelle vous appartenez a publiées pas plus tard qu'hier, car les chiffres pour la Grèce sont meilleurs que ce que l'on a l'impression d'entendre colporter ici ou là comme mauvaise information à propos de ce pays.

Ce pays a quand même une perspective de croissance de 2,7 % en 2017 et de 3,1 % en 2018 grâce à une multiplication par trois du niveau de l'investissement, ainsi qu'une prévision d'excédent primaire de 3,7 % en 2018, alors qu'on lui en demandait 3,5 %. On a envie de demander, à un certain moment: «Mais, Monsieur le bourreau, jusqu'à quand?»

Je crois qu'il est de la responsabilité de la Commission européenne de cesser ce jeu dans lequel un certain nombre d'États membres veulent l'engager. Un certain nombre d'États membres – on le voit bien – se servent de la Grèce pour mener d'autres débats, pour revenir éternellement, par exemple, sur la question du Grexit. Mais la question est ailleurs: si, à Berlin ou ailleurs, certains veulent sortir la Grèce de la zone euro, qu'ils le disent franchement, qu'on en débattenne franchement.

Mais cette espèce de seringue sous laquelle on veut en permanence mettre la Grèce, alors que vos chiffres mêmes donnent raison à ceux qui vous demandent de conclure cette évaluation et qui souhaitent que les demandes d'allègement de la dette grecque, que le FMI considère comme insoutenable, soient enfin traitées avec réalisme, me semble être la seule voie que devrait suivre l'institution à laquelle vous appartenez.

(L'oratrice refuse de répondre à une question «carton bleu» de van Dalen)

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kenne keinen einzigen Ökonom, der davon überzeugt ist, dass Griechenland seine Schuldenlast tragen kann.

Ich kenne auch keinen, der glaubt, dass Griechenland die Schulden jemals zurückzahlen wird. Ich kenne auch keinen, der nicht davon überzeugt ist, dass der Euro viel zu stark für Griechenland ist und übrigens viel zu schwach für Deutschland – mein Land. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir der griechischen Regierung mal ein neues, großzügiges Angebot machen: Wir entlassen Griechenland aus der Zwangsjacke des Einheitseuro. Das ist die eine Seite des Angebots. Und die zweite Seite ist: Wir erlassen dafür Griechenland seine unerträglichen Schulden.

Das hat drei große Vorteile. Erstens: Die Gläubiger kostet das gar nichts, denn jeder weiß, das Geld ist schon längst weg.

Zweitens heißt es, dass die Gläubiger in Zukunft keine weiteren Rettungspakete zu tragen haben.

Drittens bedeutet es, dass Griechenland mit einer eigenen abgewerteten Währung wieder wettbewerbsfähig werden kann, es kann wieder wachsen, es kann seine Arbeitslosigkeit bekämpfen, insbesondere die der Jugend.

Wir brauchen also ein großzügiges Angebot für die Griechen: Raus aus dem Euro auf der einen Seite, Schuldenerlass auf der anderen.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Αντιπρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, το 2010, η χώρα μου, η Ελλάδα, μπήκε στα μνημόνια για να γλιτώσει δήθεν τη χρεοκοπία και να παραμείνει στην ευρωζώνη. Σήμερα, επτά χρόνια μετά, χρόνια λιτότητας και μεταρρυθμίσεων που επεξεργάστηκαν οι θεσμοί, το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο και το Eurogroup, η Ελλάδα είναι μια χώρα χωρίς εθνική κυριαρχία και σε διαρκή οικονομική και κοινωνική πτώχευση. Η Τρόικα και οι ελληνικές κυβερνήσεις έχουν καταγραφεί στην ιστορία ως υπεύθυνες για το μεγαλύτερο πολιτικό και οικονομικό σκάνδαλο, για τη μεγαλύτερη αποικιακή ληλασία σε βάρος ενός λαού στη σύγχρονη εποχή. Στο όνομα της παραμονής στην ευρωζώνη και της ανταγωνιστικότητας, έχουν μειωθεί οι μισθοί, οι συντάξεις και οι κοινωνικές δαπάνες. Καταργήθηκαν οι συλλογικές διαπραγματεύσεις, κυριάρχησαν οι ελαστικές μορφές εργασίας και πωλούνται οι βασικές υποδομές της χώρας. Τα αποτελέσματα; Η μεγαλύτερη ύφεση σε περίοδο ειρήνης, η υψηλότερη ανεργία, οι υψηλότεροι δείκτες φτώχειας, μια διαλυμένη αγορά εργασίας, συνεχής διόγκωση του δημοσίου χρέους, και 500.000 νέοι και νέες έχουν μεταναστεύσει από τη χώρα. Κάτι ξέρετε από τη χώρα σας, κύριε Dombronskis, όσον αφορά το θέμα αυτό. Τι ζητούν τώρα οι θεσμοί; Να μειωθούν κι άλλο οι συντάξεις, να μειωθεί το αφορολόγητο και να γίνουν πιο εύκολα οι ομαδικές απολύσεις.

Αγαπητοί συνάδελφοι, ο ελληνικός λαός ξαναθυμάται τα μεγάλα «όχι» της Ιστορίας και το «όχι» στο πρόσφατο δημοψήφισμα. Θα πει «όχι» στα νέα μέτρα που ετοιμάζουν οι δανειστές και η κυβέρνηση του ΣΥΡΙΖΑ. Θα πει «όχι» στα μνημόνια που τον έχουν καταδικάσει σε φτώχεια και εξαθλίωση. Θα πει «όχι» σε μια νομισματική ένωση που στόχο έχει τη μόνιμη μεταφορά πλούτου από τους αδύναμους στους ισχυρούς. Θεσμοί και ελληνική κυβέρνηση απειλούν τον ελληνικό λαό με το ατύχημα του Grexit. Σας λέω, λοιπόν, ότι αυτό το ατύχημα θα γίνει συνειδητή επιλογή ενός λαού που αγωνίζεται για την αξιοπρέπεια, τη δημοκρατία, την ευημερία και την ανάπτυξη.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού.)

Bernd Lucke (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege, ich bin Ihnen zunächst einmal sehr dankbar dafür, dass Sie sich einer Debatte stellen, während Repräsentanten der großen Fraktionen das hier ja nicht so gerne tun.

Ich habe folgende Frage an Sie: Während in dieser Debatte hervorgehoben worden ist, dass Griechenland wieder wächst, ist offenbar noch nicht verarbeitet worden, dass die jüngsten Zahlen für Griechenland zeigen, dass Griechenland schrumpft. Im vierten Quartal ist das Wachstum wieder negativ gewesen.

Erstens: Wie bewerten Sie das?

Zweitens: Sie haben eben ein Nein zur Währungsunion ausgesprochen. Ich wollte gern fragen: Was halten Sie von dem Vorschlag meines Kollegen Henkel, dass Griechenland aus dem Euro ausscheidet und im Gegenzug ihm die Schulden, die es nicht zurückzahlen imstande ist, erlassen werden?

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL), απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Σας ευχαριστώ, κύριε συνάδελφε, και είπα ότι δέχομαι με ευχαρίστηση, γιατί, πραγματικά, ο χρόνος δεν επιτρέπει να γίνουν πιο αναλυτικές συζητήσεις, ούτως ώστε να διασταυρώσουμε και τα επιχειρήματα και τους αριθμούς. Όσον αφορά τους αριθμούς, αυτοί είναι υπό συζήτηση διότι, ενώ υπήρχαν ορισμένοι δείκτες ανάπτυξης, φαίνεται ότι το τελευταίο τρίμηνο υπάρχει μια καθυστέρηση. Αλλά δεν στέκομαι εγώ σε αυτά. Αυτοί οι αριθμοί είναι στον αέρα, αν δεν εξασφαλιστούν ορισμένες άλλες προϋποθέσεις, τις οποίες προσπάθησα να αναλύσω. Όσον αφορά την πρόταση του κ. Henkel, επειδή όταν την εκφωνεί κανείς – και όπως ακούσατε είμαι υπέρ της συνειδητής και σχεδιασμένης εξόδου της Ελλάδας από την ευρωζώνη – λένε ότι αυτό είναι το «αντίδωρο Schäuble», επειδή είχε ειπωθεί. Σας απαντώ, λοιπόν: δεν θέλουμε για την ανάπτυξη και την ανάκαμψη της χώρας μας ούτε γερμανικό ευρώ, ούτε γερμανική δραχμή. Θέλουμε μια σχεδιασμένη έξοδο από τη φυλακή της ευρωζώνης με ένα σχέδιο ανάπτυξης που μπορεί να οδηγήσει τον ελληνικό λαό στην ευημερία. Στο πλαίσιο αυτό είναι και η αντιμετώπιση του θέματος του χρέους.

Przewodniczący. – Bardzo dziękuję, tylko prosba na przyszłość Panie Chountis: proszę nie opowiadać o panu Schäuble, tylko w 30 sekundach odpowiedzieć na pytanie.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, señor comisario, mire: alguien debería aclarar de qué van exactamente las negociaciones y el bloqueo de estos días. Si van del cumplimiento del memorándum y de las condiciones, veníamos del memorándum ignominioso que veníamos. Pero tengo que decir que las propias previsiones de la Comisión Europea dan un superávit primario de dos puntos, muy por encima del objetivo; tenemos unos datos de crecimiento interanuales que son mucho mejores de lo que se pensaba en cualquier escenario, y ya no sé cuántas reformas más tiene que hacer Grecia.

En ese escenario, yo creo que... no sé cómo se puede argumentar que no se puede llegar al cierre de la segunda revisión. A no ser que estemos hablando de otra cosa, porque si hay algún Gobierno de la eurozona que está pensando no en sacar a Grecia de la crisis, sino en provocar elecciones en Grecia o en echar a Grecia de la zona del euro, que lo diga claramente para que sepamos en qué términos del debate nos encontramos. Pero si de lo que se trata es de sacar a Grecia adelante, por favor, hagan el favor de ser todos responsables y hagan el favor, el día 20 de febrero, de cerrar la segunda revisión del programa.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dall'inizio della crisi ben oltre due terzi degli aiuti erogati dalla troika e dalle sue diramazioni, come il Meccanismo europeo di stabilità (MES), sono stati impiegati per ripianare lo stesso debito contratto proprio con il sistema bancario internazionale e con gli istituti finanziari europei. Il debito pubblico ellenico, con un rapporto sul PIL lievitato dal 130 % al 180 %, ha raggiunto 320 miliardi di EUR, una cifra però inferiore a quella impegnata dalla troika con i tre programmi di aggiustamento economico per la Grecia. E con quali risultati? Redditi decurtati, disoccupazione alle stelle, povertà dilagante, welfare devastato. Ora si chiede di premere sulle pensioni, di ristrutturare il prelievo fiscale, di agire per nuove forme sui licenziamenti collettivi e sugli scioperi, di intervenire con riforme strutturali per privatizzare il patrimonio statale e per rendere più flessibile, cioè più precario, il lavoro.

Eppure, anche con l'implementazione delle riforme più ambiziose, la Grecia non potrà riprendersi, a meno che non vi sia un alleggerimento del debito da parte dei suoi partner europei. Non basteranno le recenti misure introdotte in questa direzione, perché quando saranno a regime abbasseranno di appena il 20 % il rapporto debito/PIL entro il 2060. Quanta disperazione, quanta miseria e quanti suicidi richiederà ancora questa Europa, l'Europa delle banche e della grande finanza che mette in ginocchio, invece, l'Europa dei popoli?

Mara Bizzotto (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la bomba sociale sta per esplodere in Grecia come in altri paesi messi in ginocchio da questa Unione sovietica europea. Paesi massacrati da una moneta sbagliata, l'euro, che ha arricchito pochissime persone, impoverendo la stragrande maggioranza dei cittadini europei. L'euro è una moneta targata Germania che ha fatto solo gli interessi della Germania. Io, noi lo diciamo da anni. Oggi sono in tanti a darci ragione in Europa e fuori dall'Europa. Persino il Presidente degli Stati Uniti Trump è d'accordo con noi.

Uno degli artefici del disastro euro fu Romano Prodi, un personaggio odiato dal popolo italiano, ma molto amato a Bruxelles e a Berlino. Fu lui, quando era Presidente della Commissione UE, a piegarsi ai diktat tedeschi, fu Prodi ad approvare il cambio assassino tra lira ed euro. L'euro è stato un progetto criminale che ha fatto a pezzi la nostra economia. I costi umani e sociali, dopo quindici anni di moneta unica, sono altissimi. Oggi un italiano su quattro è povero e un giovane su due è senza lavoro. Usciamo dall'euro per fermare questa carneficina sociale targata Europa. Torniamo padroni della nostra moneta e torneremo finalmente a creare lavoro e speranza per la nostra gente.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, εν μέσω ανταγωνισμών, που αφορούν μεγάλα οικονομικά συμφέροντα και όχι τον λαό, εξελίσσεται ένα ακόμα σίριαλ παζαριών μεταξύ τρόικας και κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ για την αξιολόγηση του τρίτου και την προώθηση του τέταρτου ελληνικού μνημονίου για πολλά χρόνια μπροστά. Το ξαναζήσαμε αυτό. Η κυβέρνηση καλλιεργεί αυταπάτες περί κακού Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου και καλής Ευρωπαϊκής Ένωσης, των βέλτιστων αντεργατικών πρακτικών, και θέλει βέβαια να στήσει, όπως λέγαμε το πρωί, το δικό της Ευρωπαϊκό Νομισματικό Ταμείο. Παζαρεύει όχι το «αν» αλλά το «πότε» θα νομοθετήσει νέα βάρβαρα μέτρα, αν θα κερδίσει ελαφρύνσεις για το κεφάλαιο και όχι για τον λαό. Οι μυλόπετρες των διαπραγματεύσεων συνθλίβουν τα εργατικά λαϊκά δικαιώματα. Αύξηση φορολογίας των πιο φτωχών, φοροαπαλλαγές των επιχειρήσεων, δέκατη πέμπτη περικοπή συντάξεων έως και κατά 30%, ομαδικές απολύσεις, κατάργηση συλλογικών συμβάσεων, ευέλικτη εργασία με μισθούς πείνας, μόνιμοι «κόφτες» κοινωνικών δαπανών και ματωμένα από τον λαό πλεονάσματα. Οι μόνοι που συμφωνούν και βιάζονται, γιατί απαιτούν τα μέτρα, είναι οι βιομήχανοι, οι τραπεζίτες, οι εφοπλιστές, αλλά και τα άλλα κόμματα που συναγωνίζονται για το ποιος κάνει καλύτερα τη βρώμικη δουλειά. Αυτή η ανάπτυξη προϋποθέτει αντιλαϊκή σφαγή. Η ανάκαμψη των κερδών προϋποθέτει παραπέρα πτώχευση του λαού. Δεν συμβιβάζεται με μια δουλειά και ζωή με αξιοπρέπεια. Εργαζόμενοι και κεφάλαιο δεν μπορούν να έχουν τις ίδιες σημαίες. Στα μπλόκα της αντίστασης των αγροτών, που σήμερα διαδηλώνουν στην Αθήνα, να προστεθούν τα μπλόκα των εργατών, των αυτοαπασχολούμενων, των ανέργων, των νέων. Η συμμαχία τους να ανατρέψει τη βαρβαρότητα, να επιβάλει ανάπτυξη σε όφελος των δικών του συμφερόντων.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, η δεύτερη αξιολόγηση του τρίτου ελληνικού προγράμματος θα έπρεπε να είχε κλείσει, με βάση το αρχικό χρονοδιάγραμμα, το πρώτο τρίμηνο του 2016. Το μόνο για το οποίο μπορούμε να είμαστε σχεδόν βέβαιοι είναι ότι θα έχει κλείσει μέχρι τον Ιούνιο του 2017, για να χρηματοδοτηθεί έγκαιρα το ελληνικό δημόσιο και να καταβάλει έξι δισεκατομμύρια ευρώ στους πιστωτές του τον Ιούλιο του 2017, και να μην υπάρξει πιστωτικό γεγονός και αναγκαστική έξοδος της Ελλάδας από την ευρωζώνη. Κατά τη γνώμη μου, η κυβέρνηση του κ. Τσίπρα έχει τη βασική ευθύνη για τη μεγάλη καθυστέρηση, η οποία ανεβάζει το κοινωνικό κόστος της διαχείρισης της κρίσης και περιορίζει το θετικό οικονομικό αποτέλεσμα από τα δύσκολα μέτρα που εφαρμόζονται. Οι δημοσκοπήσεις δείχνουν ότι περισσότεροι από το 80% των Ελλήνων θεωρούν ότι η κυβέρνηση κινείται σε λάθος κατεύθυνση και το ίδιο ισχύει για το 60% όσων ψήφισαν ΣΥΡΙΖΑ στις εκλογές του Σεπτεμβρίου του 2015. Η κυβέρνηση του κ. Τσίπρα είναι πολιτικά αποδυναμωμένη. Δεν μπορεί να εφαρμόσει τα συμφωνηθέντα και δεν είναι σε θέση να επεξεργαστεί μία οικονομική πολιτική, η οποία θα βγάλει την Ελλάδα από την κρίση. Πρόκειται για ένα τεράστιο πρόβλημα, η λύση του οποίου καλώς συζητείται, αλλά δυστυχώς δεν μπορεί να βρεθεί στην αίθουσα αυτή. Το πρόβλημα θα το λύσουμε εμείς, ελπίζουμε σύντομα, στην Ελλάδα.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού).)

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL), ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Αγαπητέ συνάδελφε, τώρα ο κ. Dombrovskis είπε ότι υπάρχουν θετικά οικονομικά στοιχεία. Προχτές, ο κ. Dijsselbloem είπε ότι η απόδοση ήταν μεγαλύτερη από τα αναμενόμενα. Τις προάλλες, ο κ. Juncker είπε ότι η Ελλάδα έχει κάνει τρομερές αλλαγές. Ο κ. Moscovici είπε ότι η Ελλάδα έχει κάνει περισσότερες αλλαγές από οποιαδήποτε άλλη χώρα. Και μόνο εσείς κατηγορείτε την ελληνική κυβέρνηση. Θέλω λοιπόν να μου πείτε: τι από τα δύο ισχύει; Ή εσείς διαστρέφετε την αλήθεια για φτηνούς πολιτικούς λόγους ή ο κ. Juncker, ο κ. Moscovici, ο κ. Dombrovskis και ο κ. Dijsselbloem προσχώρησαν στον ΣΥΡΙΖΑ. Ο κ. Dombrovskis είναι εδώ μπροστά. Ρωτήστε τον τι πραγματικά έχει συμβεί.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE), απάντηση με γαλάζια κάρτα. – Θεωρώ ότι είναι πολύ μεγάλη πρόοδος το γεγονός ότι σήμερα ο ΣΥΡΙΖΑ προσπαθεί να κρυφτεί πολιτικά πίσω από τους ανθρώπους που ελεεινολογούσε και κατηγγέιλε μέχρι το καλοκαίρι του 2015. Αυτή η μεταμόρφωση του ΣΥΡΙΖΑ είναι θετική. Βοηθήσαμε, βέβαια, εμείς, και εμείς την επιβάλλαμε, αλλά νομίζω ότι η ερμηνεία των όσων λένε οι εκπρόσωποι της Ευρωπαϊκής Επιτροπής είναι πάντα επιλεκτική. Αν νομίζετε, κύριοι του ΣΥΡΙΖΑ, ότι η Ευρωπαϊκή Επιτροπή, οι ευρωπαϊκοί θεσμοί, έχουν προσχωρήσει στη δική σας πολιτική, μπορείτε με αυτή τη βεβαιότητα να θέσετε την πολιτική σας στην κρίση του ελληνικού λαού. Να δούμε αν, από το 36% που είχατε, θα πιάσετε το 15%.

Roberto Gualtieri (S&D). – Mr President, this is a crucial debate and I welcome the constructive position of the Commission, while I take note with some surprise that the Economic and Financial Affairs Council (Ecofin) Presidency apparently has nothing to say and seems not to be interested in the topic. Next week, the Eurogroup and creditor institutions must take a significant decision in the general interest of Greece and of the whole eurozone. We expect a swift, positive conclusion of the second review, taking into account the encouraging results that you are seeing in the Greek economy and also the very challenging global, political and economic context, which requires that Europe shows resilience and unity.

As Commission Vice-President Dombrovskis pointed out, thanks to the implementation of the programme, Greece is outperforming its targets, including in the primary surplus. These positive results should not be jeopardised on the basis of dogmatic and short-sighted positions or internal politics. We are not interested in internal politics. We are interested in the future of the Greek people and of Europe. It is now time for all parties to enhance their efforts and to go one step further.

The Greek Government should continue its reforms, including effective labour market reform in line with EU best practices, and speed up their implementation, safeguarding the agreed targets after 2018, including through a possible contingency mechanism. On the other hand, the second review needs to be successfully concluded without any further delay, and unacceptable requests, for example for pre-legislation for measures worth 2% of GDP or for giving up collective bargaining, should be avoided. Furthermore, debt relief measures must be better defined, recognising that the primary surplus of 3.5% is possible, but only for a very limited period of time.

There is no room for further delay, and this Parliament will not accept jeopardising the integrity of the euro area and the future of the Greek people.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κύριε Αντιπρόεδρε, από το 2010 μέχρι σήμερα, επτά ολόκληρα χρόνια, η ίδια ιστορία. Η Ευρώπη σε συνεργασία με το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο προσπαθούν διήνεν να σώσουν την Ελλάδα και αυτή δεν σώζεται. Αν αυτή είναι η αλήθεια, όσοι εκπόνησαν τα αλληπάλληλα σχέδια σωτηρίας θα έπρεπε να έχουν παραιτηθεί, αφού με την αποτυχία τους, όπως οι ίδιοι λένε, κινδυνεύει το ευρώ και η ευρωπαϊκή συνοχή. Η αλήθεια όμως είναι άλλη. Η ελληνική κυβέρνηση, δυστυχώς, υπέγραψε όλα όσα απαιτήσατε ενάντια στην εκφρασμένη θέληση του ελληνικού λαού, αλλά και τις θεμελιώδεις αρχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Μόνο με το Ταμείο Ιδιωτικοποιήσεων, για εκατό χρόνια θα κάνουν πλιάτσικο οι δανειστές-σωτήρες μας τη δημόσια περιουσία του ελληνικού λαού. Και σήμερα, διήνεν για να κλείσει η δεύτερη αξιολόγηση, υποκρίνεστε διαμάχη με το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο. Συμφωνείτε, όμως, ουσιαστικά και στην πλήρη ασυδοσία στις εργασιακές σχέσεις, αλλά και σε όλα τα υπόλοιπα. Η αλήθεια είναι ότι υπηρετείτε το σχέδιο επαναπατρισμού της βιομηχανικής παραγωγής στην Ευρώπη. Η αλήθεια είναι ότι φτιάχνετε κράτη-ειδικές οικονομικές ζώνες και η Ελλάδα είναι το μοντέλο σας. Η αλήθεια είναι ότι, από την υποτιθέμενη αστάθεια στο ευρώ που προκαλεί διήνεν το ελληνικό πρόβλημα, κάποιον θησαυρίζουν. Το εμπορικό ισοζύγιο της Γερμανίας και τα πλεονάσματά της, κύριοι συνάδελφοι, τους αποκαλύπτουν. Η συνέχιση αυτής της πολιτικής συνιστά πλέον ευθεία επίθεση σε κάθε Έλληνα και ευρωπαίο πολίτη. Ο ελληνικός λαός, αλλά και οι λαοί της Ευρώπης πρέπει και θα αντιταχθούν στα δικά σας σχέδια, αγνοώντας τις δεσμεύσεις της οποιασδήποτε κυβέρνησης τους.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Blumen fangen bald an zu blühen, die Abende werden lauer und Griechenland kämpft mit der Staatsinsolvenz.

Es nähert sich also bald ein europäischer Frühling, wie er seit 2010 typisch ist. Setzen wir dem endlich ein Ende! Lassen wir die Griechen aus dem Euro heraus, befreien wir Griechenland und die Griechen von ihren Schulden: Man nennt das Staatsinsolvenz.

Die Rettungspolitik ist gescheitert.

Nur drei, von endlos vielen Gründen: Erstens: Griechenland wird niemals dauerhaft 3,5 % Primärüberschuss erzielen. Zweitens: Die Troika ist damit gescheitert, die griechische Regierung zu ganz klaren politischen Maßnahmen zu zwingen. Und als Demokraten können wir das auch gar nicht wollen. Drittens: Das griechische Bankensystem liegt weiter in Trümmern. 50 % der Kredite sind notleidend. Das ist ein Desaster.

Damit keine Zweifel aufkommen: Die Lage ist für die Menschen in Griechenland dramatisch. Den Menschen geht es schlecht. Aber der Grund ist der Euro. Der Euro verarmt die Menschen, er spaltet Europa, und er sät Hass und Misgunst.

Wir müssen den Mitgliedstaaten wieder die Souveränität über ihre Währungen zurückgeben, über ihre Haushalte und über ihre Wirtschaftspolitik. Der Nachbar, der seinem Nachbarn immer erklären will, wie er die Suppe zu kochen hat, ist immer unbeliebt.

Und wir brauchen ein Zurück zu einer klaren Verantwortung: Griechenland wird von Athen aus regiert, nicht aus Berlin, nicht aus Brüssel und auch nicht von der EZB. Die Griechen zeigen auf Berlin, der IWF zeigt mit dem Finger auf Griechenland und Berlin wieder auf den IWF. Jeder schiebt die Schuld dem anderen zu: Das kann so nicht sein, das ist absolut untragbar. Deshalb müssen wir diesen Euro aufgeben. Die einheitliche europäische Währung ist gescheitert. Europa ist schön. Aber nur ohne den Euro bleibt das auch so.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Λάμπρος Φουντούλης (NI), ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Κυρία συνάδελφε, πολύ ωραία αυτά που μας είπατε για τα λουλουδάκια και την άνοιξη κτλ. κτλ. Δυστυχώς, όμως, αυτή τη στιγμή οι Έλληνες βρίσκονται σε τέτοια κατάσταση που παρόλο που το κλίμα της Ελλάδος είναι υπέροχο και θα μπορούσαν να απολαύσουν αυτά που λέτε, δεν είναι δυνατόν να το κάνουν. Δεν έχουν διάθεση. Επισημάνετε μόνο τι δεν έκαναν οι Έλληνες. Το ότι η τρόικα όλα αυτά τα χρόνια, με τις λάθος συνταγές της λιτότητας και των μνημονίων, έφτασε την Ελλάδα σε αυτό το σημείο, το ότι το χρέος της Ελλάδος πλέον δεν είναι βιώσιμο και ξέρουν οι δανειστές ότι δεν θα πάρουν ποτέ τα χρήματά τους και έχουν υποθηκεύσει όλη την περιουσία της Ελλάδος, δεν σας λέει τίποτα;

Beatrix von Storch (EFDD), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ – Ich habe genau gesagt: Es ist eben nicht an der Troika, die Politik für Griechenland zu machen. Das wird nicht akzeptiert, von der griechischen Bevölkerung wird das nicht akzeptiert. Aber die Ursache und der Grund dafür, dass es nicht funktioniert, ist der Euro selbst. Der Euro ist für Griechenland zu stark. Griechenland muss aus dem Euro austreten. Wir müssen Griechenland die Schulden erlassen. Sie sind sowieso weg, wir werden das Geld nie wiedersehen. Befreien wir die Griechen von dem Euro und lassen sie sich selbst regieren, und keine Fremdgierung über Troika oder Berlin. Genau das wollte ich.

Nicolas Bay (ENF). – Monsieur le Président, vous parlez encore de plan de sauvetage mais j'y vois surtout un nouveau plan de dépeçage.

En Grèce, pour satisfaire les créanciers, on privatise à marche forcée. Prenons un exemple emblématique: celui du port du Pirée, le port historique d'Athènes. M. Tsipras a fini par accepter, en avril dernier, la cession du Pirée au chinois Cosco, qui avait déjà obtenu la concession de deux terminaux à conteneurs. Autrement dit, le Pirée est en train de devenir l'une des portes d'entrée privilégiée pour les produits «Made in China», qui inondent depuis des années le marché européen et ruinent nos industries.

Non, les Grecs n'ont pas à être punis pour les fautes commises par leurs gouvernements successifs, d'autant que cette prétendue cure d'austérité que subissent les Grecs touche les autres peuples d'Europe.

M. Tsipras porte décidément bien mal son prénom. Alexis vient en effet du verbe «alexéin», qui signifie défendre, garder, protéger. Or, ce qui fait défaut à nos gouvernants actuels, ce sont justement le courage et la volonté politique de protéger leurs peuples.

En France, avec Marine Le Pen, comme dans beaucoup d'autres nations européennes, s'incarne aujourd'hui cette volonté: ne pas se plier aux diktats de la finance mondialisée alliée aux bureaucrates de Bruxelles.

Isabelle Thomas (S&D). – Monsieur le Président, permettez-moi tout d'abord de déplorer l'absence du président de l'Eurogroupe pour ce débat crucial mais de me réjouir aussi que la croissance soit de retour en Grèce. Nous devrions tous nous en réjouir et soutenir et encourager les Grecs, sur lesquels les marchés financiers se sont tant acharnés.

Pourtant, dans un fanatisme néolibéral que je soupçonne parfois d'être teinté de stéréotypes d'un autre temps, certains continuent à nier l'évidence: il faut restructurer la dette. Au contraire, ils ne cessent de réclamer de nouvelles saignées pour affaiblir un patient ayant déjà enduré les pires souffrances et qui parvient difficilement à se rétablir.

Si la volonté de certains est d'expulser la Grèce de la zone euro ou de tenter de provoquer la chute de son gouvernement, ce sont eux qui se mettent en dehors de notre communauté et anéantissent ce que nous essayons de construire collectivement.

Le gouvernement grec est en bonne voie pour atteindre son objectif d'excédent primaire. C'est le fruit d'un effort colossal. Ceux qui réclameraient un excédent toujours plus grand privent la Grèce de toute perspective. Lorsqu'une des parties exécute sa part du contrat, elle attend en retour que l'autre s'y tienne également.

Dès lundi, les ministres des finances doivent faire un geste significatif et aboutir à un accord favorable et, notamment, permettre que la Grèce ait enfin accès au programme d'achat de titres de la dette de la BCE. La Grèce ne peut pas attendre les élections à venir dans certains États membres et la zone euro non plus.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), question «carton bleu». – Oui, je voulais aller dans votre sens. Savez-vous, Madame, que le PIB de la Grèce était de 360 milliards d'euros en 2008 et de 200 milliards aujourd'hui? – j'aurai l'occasion de le dire. Savez-vous aussi que l'excédent financier de la Grèce existait déjà en 2010, hors intérêts de la dette? Il y a donc vraiment un échec de cette politique actuelle.

Isabelle Thomas (S&D). – Where's the question? I don't know what is the question.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – La question est la suivante: comment peut-on sortir de cette politique absolument néfaste? Je vous donnerai une réponse en ce qui concerne le *catch-the-eye*.

Isabelle Thomas (S&D), réponse «carton bleu». – Monsieur, je ne suis pas sûre qu'il y ait une vraie question dans votre intervention mais ce que je sais, c'est que nous avons demandé énormément d'efforts, que ces efforts ont été faits, que la Grèce a obtenu des résultats et qu'il s'agit maintenant, comme je l'ai dit, notamment de remédier à la question de la dette et de donner accès au programme d'achat de titres de la dette de la BCE.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, ένας νέος Έλληνας βιώνει ποσοστό ανεργίας 44%, ενώ στην Ευρωπαϊκή Ένωση το ποσοστό είναι 18%. Ταυτόχρονα, γνωρίζει ότι η προοπτική ανάπτυξης, με τράπεζες «ζόμπι» και με επενδύσεις που συνεχώς μειώνονται, δεν υπάρχει. Τόσα χρόνια μιλάμε για φορολογική μεταρρύθμιση, αλλά η μόνη αλλαγή που έχουμε δει είναι η συνεχής αύξηση των συντελεστών. Επιπλέον, σήμερα έχουμε μια κυβέρνηση που έχει πει τερατώδη ψέματα στον λαό και δανειστές που συνεχίζουν να ζητούν αντιφατικά και σκληρά μέτρα για να κλείσει η αξιολόγηση. Σημειώστε ότι, σε επίπεδο προβλέψεων, το βασικό σενάριο του ΔΝΤ για το χρέος λέει ότι θα είναι της τάξης του 275% ΑΕΠ το 2060. Εάν υιοθετήσουμε τις προβλέψεις των Ευρωπαίων, τότε το ποσοστό αυτό θα υποχωρήσει στο 140% του ΑΕΠ, δηλαδή η μέρα με τη νύχτα. Ελάτε, λοιπόν, τώρα εσείς στη θέση του ελληνικού λαού που ζει μέσα στη σύγχυση και τη σκληρή λιτότητα. Αγαπητοί συνάδελφοι, η απογοήτευση του λαού είναι καθολική και πρέπει να καταλάβουν όλοι οι εμπλεκόμενοι ότι το θέμα δεν είναι η δήθεν πολιτική διαπραγμάτευση, αλλά μια πραγματική συμφωνία, ένα ολοκληρωμένο πολιτικό σχέδιο για το μέλλον της χώρας, και όχι να συνεχίσουμε να βάζουμε τα άλυτα και μεγάλα προβλήματα κάτω από το χαλί.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, de situatie voor Griekse burgers is slecht. Sinds 2009 is de Griekse economie met ongeveer 25 procent gekrompen, net als het welvaartsniveau. Privatisering heeft veel minder opgeleverd dan eigenlijk gepland was. En er zijn bedrijven waar het loonniveau met meer dan 40 procent is gedaald. En ja, er zijn nieuwe cijfers die hoopvol stemmen, maar er is ook onzekerheid over de uitbetaling van de nieuwe noodlening en dat komt deels door de oproep van de trojka voor een verdere flexibilisering van de arbeidsmarkt, zoals gemakkelijker collectief ontslag en het decentraliseren van cao-onderhandelingen. Collectief ontslag gemakkelijker maken bij een werkloosheid van 23 procent lijkt mij onzinnig, maar het verbieden van cao-onderhandelingen tussen sociale partners over minimumlonen is onacceptabel. Ik zeg ja, we moeten goede afspraken maken, maar het is schandalig als we afspraken proberen te maken met Griekenland die indruisen tegen het Europees Sociaal Handvest of bestaande ILO-conventies. Zeker in tijden waarin er enorme behoefte is aan waardegedreven politiek in plaats van waarde vrije feiten, moeten we duidelijk zijn dat er over geld te onderhandelen valt, maar niet over onze Europese waarden.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL), ερώτηση με γαλάζια κάρτα . – Κυρία συνάδελφε, σαν Ελληνίδα, θέλω να σας ευχαριστήσω γιατί πραγματικά περιγράψετε τα όσα συμβαίνουν αυτή τη στιγμή στη χώρα μου. Θα ήθελα να σας κάνω μία ερώτηση, όπως και μια ερώτηση θέλω να απευθύνω σε όλους τους συναδέλφους στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, γιατί τόσο καιρό που συζητάμε για την Ελλάδα και για το τεράστιο χρέος της χώρας, στο οποίο δεν μπορεί να ανταπεξέλθει απέναντι στους δανειστές της, δεν έχω ακούσει κανέναν συνάδελφο, ακριβώς επειδή όλοι εμείς εδώ μέσα υπερασπιζόμαστε τις αξίες, τις αρχές, τους κανόνες, τις οδηγίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να αναφέρεται σε ένα γεγονός: το γεγονός ότι, για οποιαδήποτε χώρα – υπάρχει οδηγία που το αναφέρει – που βρίσκεται σε επιτροπεία, θα πρέπει να ελέγχεται το χρέος της. Για την Ελλάδα αυτό δεν έγινε. Η Ελλάδα μπήκε σε μια διαδικασία να πληρώνουν οι πολίτες της ένα υπέρογκο χρέος, για το οποίο δεν έμαθαν ποτέ πώς προήλθε. Αν μπορείτε να μου απαντήσετε σε αυτά ή αν θέλει να απαντήσει κάποιος άλλος.

Agnes Jongerius (S&D), “blauwe kaart”-antwoord. – Misschien heb ik bij een ander debat gezeten dan u maar ik heb collega's hier horen spreken, ook van mijn fractie, over de betaalbaarheid van de schulden en dat is een belangrijk punt. Maar ik vond het vanuit mijn positie ook belangrijk om te zeggen: ook al moeten er afspraken gemaakt worden met de Grieken en de Griekse regering, geen afspraken die indruisen tegen sociale basisrechten zoals wij die in Europa kennen en waar ik trots op ben. Ik ben trots op het Europees Sociaal Handvest. Ik ben trots op de ILO-normen en ik wil dat we ze ook voor de Griekse collega's als vaste voorwaarden, als uitgangspunt nemen.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κύριε Dombrovskis, σήμερα ζούμε τη «μέρα της μαρμότας». Τα ίδια συζητήσαμε και πριν από 13 μήνες, τα ίδια συζητήσαμε και πριν από 4 μήνες. Η Επιτροπή λέει ότι όλα πάνε καλά, η επιτροπή ECON μας διαβεβαιώνει πως οι μεταρρυθμίσεις τρέχουν, αλλά στην Ελλάδα συνεχίζουμε να κόβουμε μισθούς και συντάξεις και να διαλύουμε την ιδιωτική οικονομία. Εδώ και 7 χρόνια συνάπτουμε μνημόνια, που περιέχουν όλες τις απαιτούμενες διαρθρωτικές μεταρρυθμίσεις, για να βγει η χώρα από την κρίση, αλλά στο δια ταύτα, στην αξιολόγηση, οι εταίροι μας εξετάζουν μόνο τα δημοσιονομικά μέτρα που τους ενδιαφέρουν, ώστε να πάρουν τα χρήματα πίσω. Έτσι κρατούν ζωντανή την Ελλάδα στην εντατική και οι κυβερνήσεις μας κυβερνούν χωρίς να αναγκαστούν να συγκρουστούν με το πανίσχυρο πελατειακό κράτος που, είτε έχουν δημιουργήσει, είτε έχουν κληρονομήσει και επαυξήσει. Ας κλείσει, λοιπόν, τάχιστα, στις 20 Φεβρουαρίου, η 14η στη σειρά αξιολόγηση από το 2010. Γιατί στην εντατική δεν έχουμε πολλές επιλογές και καιροφυλακτεί εξάλλου και ο απότομος θάνατος. Αλλά ας αφήσουμε τα κροκοδείλια δάκρυα. Τις θυσίες των πολιτών δεν τις σεβόμαστε. Τον ελεγκτικό μας ρόλο, ως Κοινοβούλιο, επιλέγουμε να μην αναβάλουμε.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, o adiamento da conclusão da segunda avaliação do programa da Grécia é um perigo para a estabilidade da zona euro, está em flagrante contradição com o reconhecimento pela Comissão dos progressos feitos pela Grécia e é uma injustiça para os esforços feitos pelo povo grego.

O que eu pergunto é se não será tempo do bom senso prevalecer na resolução do problema da Grécia? Não será tempo da Comissão Europeia ser mais razoável nas suas exigências de austeridade e trajetória orçamental? Não será tempo de enfrentar o problema da reestruturação da dívida da Grécia?

E não será tempo, Sr. Vice-Presidente Dombrovskis, da Comissão desautorizar, de uma vez por todas, as declarações do Ministro das Finanças alemão que, para consumo interno, pretende apenas semear a instabilidade na zona euro e pôr em causa os esforços que estão a ser feitos, exatamente no momento em que a Grécia faz progressos e apresenta resultados.

Não é tempo do bom senso prevalecer?

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, ενώ το θέμα αφορά και πάλι την αξιολόγηση του προγράμματος της Ελλάδας, πολλές αναλύσεις στα μέσα μαζικής ενημέρωσης, αλλά και εδώ, δεν επικεντρώνονται στα οικονομικά ή στην επιστήμη αλλά επικεντρώνονται στις εκλογές, στη Γερμανία, ενδεχομένως στην Ελλάδα και αλλού. Επιπλέον, η διαμάχη μεταξύ ΔΝΤ και Ευρωπαϊκής Ένωσης απειλεί να αποτρέψει τη θετική αξιολόγηση για την Ελλάδα στις 20 Φεβρουαρίου και να εκτροχιάσει ολόκληρο το πρόγραμμα. Όλα τα πιο πάνω καθυστερούν και συσσωρεύουν κόστος στην ελληνική οικονομία αλλά και στην ευρωζώνη. Είναι όμως τα ανωτέρω βάσει της επιστήμης της οικονομίας; Φυσικά όχι. Παρά, λοιπόν, τις προσφυγικές ροές, με την Ελλάδα να προασπίζεται τα ανατολικά σύνορα της Ευρώπης με τεράστιο κόστος, σημαντικοί δείκτες της οικονομίας είναι επιτέλους στο πράσινο. Υπάρχει λύση και η λύση βρίσκεται στην ελάφρυνση του χρέους με όλα τα θετικά συνακόλουθα. Αυτό βασίζεται στην επιστήμη και στην ευρωπαϊκή αλληλεγγύη.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Αντιπρόεδρε Dombrovskis, παρά τους αριθμούς που παρουσιάσατε και οι οποίοι είναι θετικοί, η καθυστέρηση στη δεύτερη αξιολόγηση ανεβάζει τον λογαριασμό. Ξέρετε ότι για μας τους Έλληνες ισχύει το «όσο πιο αργά τόσο πιο πολύ ακριβά» και, φυσικά, ο λογαριασμός της καθυστέρησης έρχεται σε μας και για την εξέλιξη βαρύνεται πρωτίτως η ελληνική κυβέρνηση, αλλά η πορεία του ελληνικού προγράμματος βαρύνει και εσάς τους πιστωτές. Ο λόγος είναι απλός: έχετε ευθύνη γιατί συνολολογήσατε ένα απολύτως υφεσιακό μείγμα με φόρους πάνω στους φόρους, αν και γνωρίζετε ότι οι φόροι σκοτώνουν τους φόρους. Έχετε ευθύνη διότι δεν αντιδράσατε κάθετα, οριστικά, κατηγορηματικά, στο άνοιγμα της νέας συζήτησης για το Grexit που δεν φέρνει μόνο σε μεγάλο κίνδυνο την πατρίδα μου – κοντά στην καταστροφή, αλλά υπονομεύει και το κοινό νόμισμα. Έχετε ευθύνη γιατί δεν εφαρμόστηκαν έγκαιρα οι υποσχέσεις που έχετε δώσει από τον Νοέμβριο του 2012 για τη μείωση του κόστους εξυπηρέτησης του ελληνικού χρέους. Η λύση για την Ελλάδα, αγαπητέ Αντιπρόεδρε της Επιτροπής, είναι ένα άλλο μείγμα πολιτικής που θα εφαρμοστεί μετά τις εκλογές με τη Νέα Δημοκρατία στο τιμόνι της πατρίδας. Η Νέα Δημοκρατία δεν θα αυξήσει την αστάθεια, θα τη μειώσει. Οι εκλογές θα δώσουν σταθερότητα στη χώρα. Θα δώσουν τέλος στην αβεβαιότητα και την ιδεοληψία και θαβάλουν την Ελλάδα στην κανονικότητα, ολοκληρώνοντας το πρόγραμμα το 2018.

Peter van Dalen (ECR). – Voorzitter, de Griekse staatsschuld bedroeg in 2013 175 procent van het bruto nationaal product. Hij bedraagt nu 186 procent van het bruto nationaal product. En hij gaat straks naar meer dan 200 procent van het bruto nationaal product. De Griekse schuld, dat heeft het IMF duidelijk gezegd, is onhoudbaar. Het beleid van pappen en nat houden dat tot nu toe gevoerd is, werkt dus niet. Ik begrijp dus de heer Dijsselbloem volkomen. Ik zou hier ook niet durven te verschijnen om dat beleid nog te verdedigen.

Wat is nodig voor Griekenland? Een echt sociaal beleid. Het sociale beleid van Griekenland omvat een exit uit de eurozone. Want met hun eigen drachme kunnen ze na devaluatie weer economisch groeien. Twee, een echt sociaal beleid voor Griekenland betekent schuldafschrijving. En een echt sociaal beleid voor Griekenland betekent in de EU blijven want dan kunnen ze van de EU-fondsen blijven profiteren. Dat is de oplossing. En tegen mevrouw Berès, die een blauwe kaart weigerde, zou ik willen zeggen: *Few people are wise enough to prefer useful criticism to treacherous praise.*

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση του Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου για την ελληνική οικονομία περιέχει σωρεία αβάσιμων εκτιμήσεων διότι τα τεχνοκρατικά κλιμάκια του Ταμείου που διαφεύστηκαν οικτρά στις αισιόδοξες προβλέψεις τους το 2010 έχουν βρεθεί τώρα στο άλλο άκρο και δείχνουν μια ακραία και αδικαιολόγητη απαισιοδοξία. Οι απαιτήσεις του Ταμείου για νέα σκληρά μέτρα λιτότητας στην Ελλάδα, όπως είναι η μείωση του αφορολόγητου ορίου και των συντάξεων, είναι κοινωνικά άδικες και ανάλγητες αφού το αφορολόγητο όριο δεν βρίσκεται σε υψηλότερα επίπεδα από εκείνα που δικαιολογεί η οικονομική κατάσταση και αφού οι συντάξεις έχουν ήδη υποστεί περισσότερες από 12 διαδοχικές μειώσεις. Σε ένα σημείο πάντως το Ταμείο έχει δίκιο όταν διαπιστώνει την ανάγκη για δραστική ελάφρυνση του ελληνικού χρέους, το οποίο είναι προφανώς μη βιώσιμο στα σημερινά επίπεδα του 180% περίπου του ΑΕΠ. Άρα η Ελλάδα χρειάζεται, πρώτον, γρήγορο κλείσιμο της αξιολόγησης χωρίς άδικα μέτρα, δεύτερον, γρήγορη ελάφρυνση του χρέους της και, τρίτον, είσοδο στο πρόγραμμα ποσοτικής χαλάρωσης της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, je suis vu comme un eurosceptique, mais je suis aussi un technicien de la finance. Je tiens donc à vous rappeler quelques chiffres.

Depuis la constitution de l'euro, nous avons créé 1 600 milliards d'euros à partir de rien. Il eût suffi de prendre 10 % de ces euros, et nous aurions pu baisser la dette de la Grèce de 50 %. Il eût suffi d'investir 50 milliards d'euros – ce n'est rien par rapport aux 1 600 milliards que nous avons créés –, et nous aurions pu faire un plan de relance en Grèce axé sur les économies d'énergie et les énergies nouvelles, sur les secteurs forts qui exportent. Nous ne l'avons pas fait.

La capacité de la Banque centrale aujourd'hui est encore inférieure de 2 000 milliards par rapport à celle de la FED, de 4 000 milliards par rapport à la Chine, pour être au même niveau de création monétaire que la Chine ou les États-Unis. Pourquoi une telle absurdité? C'est parce que vous êtes dans l'idéologie, et c'est l'idéologie qui vous fera crever.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ακούστηκαν πολλά σε αυτή την αίθουσα. Οι θεσμοί, οι οποίοι μάλλον δεν είναι θεσμοί, εμπαίζουν ο ένας τον άλλον και όλοι μαζί τους Έλληνες. Τα συμφέροντα, τα οποία αντιπροσωπεύουν οι θεσμοί, ανήκουν στο Διεθνές Νομισματικό Ταμείο, όπως άλλωστε πολλά από τα κράτη της Ένωσης είναι και αυτά μέλη του Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου. Άρα, οι συνεννοήσεις μεταξύ θεσμών και Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου γίνονται κάτω από το τραπέζι εναντίον της Ελλάδος. Εδώ και δύομισι χρόνια, για το πρόβλημα της Ελλάδος, ακούμε τα ίδια και τα ίδια. Σήμερα βέβαια είδαμε τις κοκορομαχίες των κομμάτων της ελληνικής Βουλής να μεταφέρονται σε αυτή εδώ την αίθουσα. Και προς τιμήν του, μόνο ο κ. Χουντής είπε την αλήθεια. Αν και μας χωρίζει χάσμα μέγα ιδεολογίας. Ήθελα να πω λοιπόν στους κυρίους αυτούς, ότι θα έπρεπε να κρύβονται και όχι να αναφέρονται εδώ στα θέματα της Ελλάδος, αυτοί που καταντήσαν την Ελλάδα στο χάλι που βρίσκεται τώρα.

Brian Hayes (PPE). – Mr President, I want to say a number of very short things. Firstly, I want to say that the people of Greece deserve our respect and our solidarity. I listened to other colleagues telling the Greek people that they should leave the eurozone, that they should leave Europe, giving them advice. We should listen to the people of Greece and, as I understand it, despite the differences that exist between the political parties in Greece, the great majority of Greek people want to remain in the eurozone and in Europe – and they need our support. They are the people we should listen to rather than the ideology on either side of me here.

Yes, we can do more, and yes, the Greek Government needs to do more. There is a future for the Greek economy in the eurozone. Having come through the crisis of the last seven years, it is important that we resolve this outstanding issue before June so that there is some certainty for the Greek people as they come to the next phase of implementation. I am sick and tired of hearing that there has been no change in EU policy: there has been change in maturities, and on interest rate policy.

There has been no change from the International Monetary Fund over the course of the past seven years. Had they shown the same flexibility that we in the eurozone have shown, Greece would be in a better place now.

Takis Hadjigeorgiou (GUE/NGL). – Mr President, do we really believe that we are talking about Greece? The issue in my opinion is much broader. It is a European problem based on the structure of the euro area. Everybody admits that; still nobody takes the responsibility to say that clearly and nobody seems to have the stamina or the capacity to try at least to reform it. The discussion this morning on the future of Europe proves to me that the unemployed will remain at the same status in years to come. Talking for Greece, and I end with that, the only solution is the radical debt haircut. There is no other solution.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, first I would like to thank the Honourable Members for today's discussion. I think it clearly showed that the broad majority in this House shares the Commission's view that we need to move towards the completion of the second review of the Greek programme without undue delay.

The question raised by Mr Bullmann and reiterated by several other colleagues is this: what exactly prevents us from doing so right now? I would say that there are some elements. First, agreement is clearly within reach, so if all sides make the final push, we can do it in a short time. On the fiscal pass: as I said, Greece has overperformed on the 2016 fiscal targets and is on track to meet the target of 1.75% primary surplus this year. A small gap remains as regards reaching a 3.5% primary surplus in 2018, but measures have already been pre-identified which could cover a substantial part of this gap. On structural reform implementation, once again substantial progress has been made. There are some outstanding issues, but certainly with a push from the Greek authorities, those can be closed very quickly.

The issue we are currently discussing is to ensure IMF participation in the programme, because, according to the ESM Treaty, we work in liaison with the ECB and, wherever possible, in close cooperation with the IMF. We also know that the IMF has a more cautious growth and fiscal forecast with regard to future Greek performance, and correspondingly a certain gap is emerging vis-à-vis the European institutions' and IMF forecasts. So we are also working to bridge that gap, but once again, if there is a push and a constructive attitude from all sides, it is certainly doable. With the current state of affairs with the Greek economy finally recovering, and with quite a strong rebound expected in the economy this year, it would be a shame now not to make this final push and keep the programme on track. So the Commission will continue to work to ensure that the programme is on track, that we reach an agreement, and that we can ensure that the Greek economy is finally returning to sustainable economic growth and job creation.

El presidente. – Se cierra el debate.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – El Eurogrupo debe actuar con responsabilidad en su gestión del programa de asistencia financiera a Grecia. No puede ser que cada dos años se ponga en cuestión la pertenencia de la República helénica a la unión monetaria en el marco del examen del cumplimiento de la condicionalidad. En particular, es preciso que tal condicionalidad deje de enfatizar la reforma del mercado de trabajo en clave regresiva, así como la fijación de objetivos no realistas de equilibrio presupuestario, pues de lo contrario se agravarán las condiciones sociales y la inestabilidad política, además de dañar el frágil crecimiento económico. Asimismo, son bienvenidas las propuestas relativas a aumentar los plazos de amortización del programa y reducir el tipo de interés del préstamo.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El Eurogrupo debe actuar con responsabilidad en su gestión del programa de asistencia financiera a Grecia. No puede ser que cada dos años se ponga en cuestión la pertenencia de la República helénica a la unión monetaria en el marco del examen del cumplimiento de la condicionalidad. En particular, es preciso que tal condicionalidad deje de enfatizar la reforma del mercado de trabajo en clave regresiva, así como la fijación de objetivos no realistas de equilibrio presupuestario, pues de lo contrario se agravarán las condiciones sociales y la inestabilidad política, además de dañar el frágil crecimiento económico. Asimismo, son bienvenidas las propuestas relativas a aumentar los plazos de amortización del programa y reducir el tipo de interés del préstamo.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El Eurogrupo debe actuar con responsabilidad en su gestión del programa de asistencia financiera a Grecia. No puede ser que cada dos años se ponga en cuestión la pertenencia de la República helénica a la unión monetaria en el marco del examen del cumplimiento de la condicionalidad.

En particular, es preciso que tal condicionalidad deje de enfatizar la reforma del mercado de trabajo en clave regresiva, así como la fijación de objetivos no realistas de equilibrio presupuestario, pues de lo contrario se agravarán las condiciones sociales y la inestabilidad política, además de dañar el frágil crecimiento económico.

Asimismo, son bienvenidas las propuestas relativas a aumentar los plazos de amortización del programa y reducir el tipo de interés del préstamo.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – El Eurogrupo debe actuar con responsabilidad en su gestión del programa de asistencia financiera a Grecia. No puede ser que cada dos años se ponga en cuestión la pertenencia de la República helénica a la unión monetaria en el marco del examen del cumplimiento de la condicionalidad. En particular, es preciso que tal condicionalidad deje de enfatizar la reforma del mercado de trabajo en clave regresiva, así como la fijación de objetivos no realistas de equilibrio presupuestario, pues de lo contrario se agravarán las condiciones sociales y la inestabilidad política, además de dañar el frágil crecimiento económico. Asimismo, son bienvenidas las propuestas relativas a aumentar los plazos de amortización del programa y reducir el tipo de interés del préstamo.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – El Eurogrupo debe actuar con responsabilidad en su gestión del programa de asistencia financiera a Grecia. No puede ser que cada dos años se ponga en cuestión la pertenencia de la República helénica a la unión monetaria en el marco del examen del cumplimiento de la condicionalidad. En particular, es preciso que tal condicionalidad deje de enfatizar la reforma del mercado de trabajo en clave regresiva, así como la fijación de objetivos no realistas de equilibrio presupuestario, pues de lo contrario se agravarán las condiciones sociales y la inestabilidad política, además de dañar el frágil crecimiento económico. Asimismo, son bienvenidas las propuestas relativas a aumentar los plazos de amortización del programa y reducir el tipo de interés del préstamo.

13. Verschlechterung der Lage in der Ostukraine (Aussprache)

El presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate a partir de la Declaración de la vicepresidenta de la Comisión / alta representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad sobre el deterioro de la situación en el este de Ucrania (2017/2562(RSP)).

Ian Borg, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, thank you for organising this debate at a delicate moment for Ukraine and I have this opportunity, as you already indicated, to participate and step in on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, Federica Mogherini, since she is unfortunately indisposed.

Let me stress from the outset that all the European Union institutions are focusing constantly on the situation in Ukraine. Presidents Juncker and Tusk met last week with Prime Minister Groysman and Commissioner Stylianides will travel next week to the eastern part of the country. The EU Foreign Ministers focused once again on Ukraine during the latest Foreign Affairs Council on 6 February and High Representative Mogherini recently met with President Poroshenko and with Deputy Prime Minister Klympush-Tsintsadze, and after the exchanges in the mini plenary in Brussels I am glad that this plenary session offers yet another opportunity to discuss this issue with you.

Ukraine remains at the top of our agenda, because the illegal annexation of Crimea and the destabilisation of eastern Ukraine challenge the foundations of our international system and the security of our continent. But also and foremost because we must urgently stop the suffering of our Ukrainian friends.

The deaths of innocent civilians trapped in a conflict area are unacceptable. And the upsurge in fighting in the Avdiivka area has claimed the lives of numerous people on both sides. Hundreds of civilians have been forced to leave their homes. Critical infrastructure ensuring the delivery of water, electricity, heating and gas has been affected and many civilian homes have been damaged. The dire humanitarian situation has been worsened by the current harsh winter conditions.

Today, the level of fighting has decreased somewhat. The citizens and the authorities of Ukraine have mobilised, together with humanitarian actors. This has helped prevent a humanitarian catastrophe. However, let us not forget that since the beginning of the conflict more than 10 000 people have died. Tens of thousands have been injured and over 3.8 million people remain in need of humanitarian assistance. Next week Commissioner Stylianides will travel close to the contact line and deliver a strong message of European support to the local population.

We should all put pressure on all the relevant actors to respect the ceasefire, grant access for humanitarian actors to the areas not under the control of the Government and ensure the free movement of people and goods across the contact line. The tireless efforts of the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) Special Monitoring Mission and the special representative of the OSCE chairmanship in office were key to avoiding a more serious crisis. They have our constant and full support, along with our support to the efforts undertaken within the Normandy four format.

After two-and-a-half years we still see that the Minsk Agreements have not been fully implemented. A high number of ceasefire violations, views of proscribed weapons including artillery and tanks, restrictions on the OSCE's monitoring activity and lack of progress on the disengagement of forces and military hardware continue to be reported on a daily basis. There are still many hostages and illegally detained persons awaiting release.

A reverse positive trend is needed. The granting of full, safe and unhindered access for the OSCE Special Monitoring Mission and then ensuring full humanitarian access in accordance with international humanitarian principles must be a priority. We have said this and will continue to underline it.

Russia bears a direct responsibility in helping to achieve a solution to the crisis. We will continue to call on Russia to use its considerable influence over the separatists it backs to meet the Minsk-related commitments in full. We also remain deeply concerned about information on the presence of Russian military equipment and personnel in separatist held areas.

On 3 February Federica Mogherini had a phone-call conversation with the Russian Foreign Minister, Sergey Lavrov, where she stressed precisely the need to ensure an immediate and complete ceasefire to pave the way for the implementation of the other parts of the Minsk Agreements, including the political strand.

Ukraine was also at the core of the High Representative's talks with the new US Administration last week in Washington. She took the opportunity to state once again the European Union's common position, including on sanctions. We do not see sanctions as an objective but as a tool. We have repeated time and again that when the Minsk Agreements are fully implemented the related sanctions will be removed. This also means that as long as the agreements are not implemented the sanctions will remain in place. Consequently, the High Representative also discussed with her American interlocutors how to best support the implementation of the Minsk Agreements. The European Union stands ready to step up its support for the implementation and we have increased our financial and technical support to the OSCE Special Monitoring Mission.

We are preparing a substantial new programme for government controlled areas near the contact line and we want to support economic development, social cohesion and job creation. This will be followed up in the 2018-2020 financial assistance programme to prepare the ground for larger reconstruction efforts once the conditions allow for them. At the same time we consider the new government action plan for citizens in non-government-controlled areas as a major step forward.

We are accompanying Ukraine's reform agenda seven days a week, particularly on the social and economic measures, and in the fight against corruption. The latest Foreign Affairs Council showed once again a strong consensus on continued European support and I am sure that we can count on this Parliament's political backing for our efforts.

The people of Ukraine need the European Union to be at their side to help end the conflict, of course, but also to show that a better country is already in the making with tangible improvements, better services and a better and brighter future for all of Ukraine.

Sandra Kalniete, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, Mr Borg, to refer to the deterioration of the situation in Ukraine is quite an understatement. There is an escalation of Putin's war against Ukraine: a war in Europe, which has already claimed more than 10 000 human lives; a war to redraw European borders by force and to upend the European peace order.

Make no mistake, Putin's ambition is not only to control Ukraine. His ambition is to make the EU and NATO impotent, irrelevant and insolvent. The war against Ukraine is a step towards this goal and a test for Europe's unity and transatlantic resolve. Therefore, we have a vital interest in stopping Putin before he moves on to other countries in Europe. Economic sanctions have so far been the European Union's only deterrent against his further aggression. To ease any of these sanctions for anything less than Russia's full compliance with its Minsk commitments would be a self-inflicted defeat. Without them, our policies would lose all credibility and efficiency. If Russian aggression escalates we should prolong and further increase them.

Victor Boştinaru (S&D). – Mr President, the S&D Group is concerned not only at the latest violations of the ceasefire and the dramatic humanitarian situation in Avdiivka and other towns, but also more generally at the continuous breaching of the Minsk agreements. We think that only the full implementation of the Minsk agreements can settle this conflict. We had Minsk 1, Minsk 2 and all the attempts under the Normandy format, with the support of the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, yet, after years and thousands of casualties, we are still seeing regular violations of the ceasefire and very little progress.

We urge both sides – Ukraine and the so-called separatists – immediately and once and for all, to respect the ceasefire. At the same time, we are obliged once again to condemn Russia's backing of the separatists and its direct involvement. We hope Russia will finally show a sense of responsibility and exercise its influence over the separatists to make them respect the Minsk agreement.

We call for the humanitarian crisis in the contact area to be addressed, for heavy weapons to be withdrawn immediately and for all prisoners to be handed over. Ukraine must regain full control over its territory and its borders, and the OSCE monitors must be allowed throughout the territory. This will permit decentralisation finally to take place, as well as the official elections in eastern Ukraine that were provided for by the Minsk agreement.

Anna Elżbieta Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, for almost three years since the illegal annexation of Crimea we have been engaged in constant initiatives aiming at the restoration of peace and the territorial integrity of Ukraine. Despite our efforts, the Putin regime tends to continue its vicious game. The situation both in Crimea and the eastern part tends to deteriorate. We have not only to stand by Ukraine, calibrate the attitude vis-à-vis Russia and reassess the effectiveness of the so-called selective engagement policy vis-à-vis this country.

Johannes Cornelis van Baalen, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would only say: what is new? Nothing. Russia is still occupying parts of eastern Ukraine and it still has the Crimea annexed and it is speeding up its military intervention in the east of Ukraine. So unfortunately, what is new? Nothing. Can we accept it? No. We have sanctions, they should be continued, but it is also possible that if Russia goes on in this way we will increase the sanctions and have more smart sanctions against Russia.

Russia is active not only in Ukraine, as we know, but also in Georgia. It is active in a cyber way in the Baltic States, so this is the Russian policy. Happily, the US Ambassador to the United Nations, the new Ambassador, was quite strong in her condemnation when she was inaugurated in the Security Council. This policy by Russia is wrong and it should be redressed.

Secondly, we need the Association Agreement and I am happy that the Dutch Government recently tabled again the introductory bill for the Association Agreement in the Second Chamber of the Dutch Parliament and after that it will be sent to the Senate. So I hope that this will be completed in the foreseeable future, which means maybe two or three months. We need this Association Agreement.

And again, we have to be tough because Russia has to know that there is no alternative for it but to withdraw from Ukraine, to give up Crimea and to engage with us in a normal way, and I hope that the United States is at our side. So I hope that representatives of Parliament, of the Commission, of the Council will also visit Washington DC because this cooperation is, I think, vital. We are getting many signs and signals from Washington. Let us see what the real signal is. I hope that it is that of the Ambassador to the United Nations.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich bedanke mich ausdrücklich bei der EU-Ratspräsidentschaft und ihrer Sicht zu diesem Konflikt. Ich stimme Ihnen zu: Es gibt zu Minsk II keine vernünftige Alternative. Und angesichts der neuen Eskalation, die auch wir mit großer Sorge verfolgen und die endlich gestoppt werden muss, müssen wir aber zugleich darüber sprechen, wo die Wurzeln für ein durchaus mögliches Scheitern des Minsk-II-Abkommens und seiner Umsetzung liegen. Minsk II ist als offener Prozess konzipiert worden. Seine einzelnen Schritte folgten in ihrer inhaltlichen Logik zwar der politischen Komplexität des Konflikts, in Minsk wurden aber bezüglich der Konfliktpunkte kaum Vorgaben für politische Lösungsansätze erarbeitet. Dies zu tun, überließen die Staatsführer des Normandie-Formats den betroffenen Seiten. Den Prozess selbst wollte man nur über ein starkes persönliches Engagement kontrollieren.

Wie wir auch aus anderen Konflikten und internationalen Situationen leider wissen, funktioniert ein solches System eher nicht, wenn es nicht gleichzeitig mit einem Anreizmechanismus für alle Seiten versehen wird. Seit Monaten liefert uns die OSZE fast täglich immer wieder die gleiche Botschaft aus dem Krisengebiet: Es gibt ein massives Problem mit der Einhaltung von Verpflichtungen auf beiden Seiten. Beide Seiten schießen unentwegt mit Waffen, die eigentlich weit von der Frontlinie zurückgezogen sein sollten, beide Seiten verweigern den Kontrollleuten den Zugang zum Kontrollgegenstand, beide Seiten betreiben offensichtlich Geheimgefängnisse und verstoßen gegen Völkerrecht. Die noch notwendigen Anreize beginnen meines Erachtens aber erst dann zu greifen, wenn Tatsachen auch von der EU benannt werden: dass etwa trotz Gesetzen die Korruption noch nicht real bekämpft wird, dass das Verfolgen von Andersdenkenden nicht unterbunden wird. Nur dann wird auch Herr Saakaschwili verstehen, dass die EU es mit der Demokratie und den Werten ernst meint, und dass er sich mit der Aussicht, die Ukraine sollte endlich der EU diktieren, was sie zu tun hätte, arg weit verlaufen hat.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Borg! Die Ukrainer kämpfen heute in Wirklichkeit an drei Fronten.

Die eine Front haben sie sich selber ausgesucht, und das ist die tägliche Arbeit am Aufbau der neuen Ukraine. Die Fortschritte beim Kampf gegen die Korruption, bei Transparenzreichung, auch beim Aufbau einer unabhängigen Justiz oder einer neuen Polizei sind beachtlich. Diese freiwillige Arbeit, diese freiwillig gesuchte Front, die wird eben trotz Krieg und Besatzung durch Russland geleistet.

Die zweite Front, an der die Ukrainer kämpfen, das ist die Front, an der im Osten der Ukraine seit fast drei Jahren immer wieder Menschen sterben, inzwischen schon über zehntausend Menschen. Diese Menschen sind tot, weil Wladimir Putin die Ukraine aus dem postsowjetischen, oder soll ich sagen neosowjetischen Macht- und Einflussraum nicht entlassen will.

Awdijiwka ist der Name einer kleinen Stadt, den viele von Ihnen ja noch gar nicht kannten. Als die ganze Welt nur noch Donald Trump vor Augen hatte, da haben die Menschen von Awdijiwka Ende Januar erlebt, wie das ist, wenn im Kreml beschlossen wird, dass in der Ukraine die Lunte wieder angezündet werden muss, und wie das ist, wenn über Nacht im härtesten Winter eine kleine Stadt unter vollen Beschuss gerät.

Von Awdijiwka zur dritten Front, an der die Ukrainer kämpfen: Während in Awdijiwka die Menschen gestorben sind, schwollen in Rom, in Paris, in Budapest die Stimmen an, man sollte doch die Sanktionen gegen Russland einstellen. Es war Romano Prodi, der sich auf eine besonders schrille Art in diesen Chor eingemischt hat. Er hat aufgefordert: Lasst uns Trump zuvorkommen und die Sanktionen gegen Russland streichen. Er hat dann mit Worten von Trump erklärt: Lasst uns Europa groß machen mit Putin.

Gegen Prodi und andere, die solchen Irrsinn predigen – Irrsinn, in dem heute meiner Meinung nach in Europa Rechts und Links völlig verschwimmen –, gegen solchen Irrsinn sage ich Ihnen an dieser Stelle: Die Sanktionen aufzugeben bedeutet für die EU, einen weiteren Teil von sich selber aufzugeben. Spätestens seit Awdijiwka ist klar, dass wir eigentlich über eine Verschärfung der Sanktionen reden müssen.

In aller erster Linie müssen wir ehrlich über Minsk reden. Minsk sollte die Abwesenheit von Krieg erreichen. Aber wie kann man mit einem Besatzer, der über die Besatzung lügt und der seine Waffen und seine Soldaten aus dem Osten der Ukraine nicht abzieht, wirklich Frieden erreichen? Also eine ehrliche Bilanz von Minsk ist das, was wir den Ukrainern schuldig sind. Ob sie die EU als dritte Front oder als Partnerschaft empfinden, das haben wir in der Hand.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, tous les élus ne sont pas égaux, certains ont droit à une minute en plus. Je demanderais que vous veilliez à ce que mes collègues se taisent et que le règlement soit effectivement appliqué.

Chers collègues, le gouvernement ukrainien est aux abois – un collapse diplomatique. Il s'était appuyé sur l'administration de M^{me} Clinton avec certains envoyés spéciaux et des officines, et puis voilà l'administration Trump, qui ne veut pas changer de politique, mais qui veut tout simplement une politique plus juste et plus conforme à la réalité par rapport à la Russie. Car nous sommes dans l'idéologie et le mensonge. Et il s'agit de ne pas répéter le mensonge: il ne deviendra pas pour autant une vérité.

Nous sommes en face d'un collapse économique: 40 % de moins de PIB depuis 2013. Savez-vous que les importations et les exportations ont été divisées par deux? Surtout les exportations, et ce malgré les accords d'association.

Nous sommes dans le collapse politique, les scandales de corruption. Malgré les mensonges qui disent qu'ils ont fait des efforts – non, jamais un gouvernement n'a été aussi corrompu! Aujourd'hui, ces scandales de corruption les amènent à faire une nouvelle alliance, de nouveau avec les partis néonazis. Sans doute soutenez-vous ces alliances avec les partis néonazis?

Nous sommes en face d'une situation si grave que ce gouvernement ne peut s'en sortir que par la guerre, et il l'a voulue. Le vice-ministre ukrainien de la défense, M. Pavlovsky, le dit: «nos troupes attaquent Avdiïvka». Voilà la réalité.

Ce Parlement continue donc à se déshonorer par son soutien inconditionnel à un pouvoir corrompu, mafieux, soutenu par les néonazis.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

El presidente. – Señor Schaffhauser, sin ánimo de entrar en polémica, sin ánimo —le digo— de entrar en polémica (no es mi cometido, desde luego, ni me corresponde hacerlo desde esta posición en la que ahora mismo me encuentro), le diré dos cosas simplemente.

La primera: usted reclama que los oradores, los miembros cumplan su tiempo; usted se ha excedido de su tiempo en cuarenta segundos.

La segunda cuestión es que la generosidad de quien preside un Pleno con el tiempo es también parte de la práctica parlamentaria.

Rebecca Harms (Verts/ALE), *question «carton bleu»*. – J'aimerais bien savoir combien cela coûte pour que vous disiez ces bêtises sur l'Ukraine, parce que je sais que M. Poutine et les banques russes ont financé votre parti. Pouvez-vous déclarer combien vous avez reçu?

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Madame, avec ce genre d'enquête, on serait surpris parce que je pourrais vous renvoyer la pareille. On condamnait Marine Le Pen pour ses attachés, on découvre aujourd'hui que M. - Schulz a fait bien pire pour du détournement d'argent, et ce même Parlement, lorsque M. Farage demandait qu'il n'y ait pas de discrimination et qu'il y ait des enquêtes sur tout le monde, les refuse, et vous en faisiez partie. Donc, taisez-vous, s'il vous plaît! Vous ne voulez pas être vous-même visée par une enquête comme moi je l'ai été...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

El presidente. – Perdón, perdón, señorías: esto no forma parte del debate.

David McAllister (PPE). – Mr President, Mr Schaffhauser did not answer Ms Harms' questions, and with all due respect, what you said, Mr Schaffhauser, about eastern Ukraine, about the situation in that country, is utter nonsense, and you should be ashamed of what you have been saying here in this plenary.

Let us call things as they are. The escalation in fighting would not be possible without the military support and strategic direction that Russia provides. This is evident. In a telephone conversation last week, Chancellor Angela Merkel urged Mr Putin to use his influence to end the violence in eastern Ukraine, and I would like to thank the German Chancellor for her clear words on this issue once again.

Last Friday, the Ukrainian Deputy Prime Minister, Ms Ivanna Klymush-Tsintsadze, was in Brussels and during our meeting, I reassured her. Ukrainians have reacted to this difficult period with exceptional dignity, courage and devotion to their national values. I salute them for it and welcome the fact that the government in Kiev continues to press forward with the necessary reforms, despite this very fragile security situation.

There ought to be a clear consensus that the European Union does not, and will not, recognise Russia's illegal annexation of Crimea. We remain united in our response to Russian action in this country. This means the EU will maintain sanctions against Russia until there is a full implementation of the Minsk Agreements.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was für eine traurige Diskussion führen wir hier! Immer und immer wieder stellen wir das Gleiche fest: Russland hat internationales Recht gebrochen. Wir verurteilen gemeinsam, dass jetzt scheinbar wieder schwere Waffen zurücktransportiert worden sind, und dann war es das aber auch mehr oder weniger schon.

Wo sind unsere Initiativen, Minsk zu unterstützen? Wo sind unsere Initiativen, etwas mehr zu tun, damit Minsk vielleicht verwirklicht werden kann? Wenn Sie sagen, lieber Herr Borg: Da kommt jetzt ein Kommissar, der fährt an die Demarkationslinie und wird ein klares Statement abgeben! – Macht er das mit Mikrofon? Nein, wir könnten unsere Solidarität mit der Ukraine beweisen, indem wir schneller und besser arbeiten, wenn es um Visaliberalisierung geht, was dieses Land seit langem verdient hat, aber durch unsere internen Streitigkeiten nicht bekommen hat. Wir würden vielleicht auch diesem Land nützen können, indem wir ihnen den einen oder anderen guten Ratschlag geben, nämlich zum Beispiel nicht die eigene Bevölkerung im Osten durch Blockaden in die Arme derjenigen zu treiben, die dort in diesem Land nichts zu suchen haben.

Charles Tannock (ECR). – Mr President, the election of President Trump is a major challenge for the liberal, rule-based international relations over which we in the west have been seeking to build a consensus ever since the fall of the Berlin Wall in 1991. Trump's agenda should be of no surprise to us for we have heard the same kind of arguments from the nationalist populists here in this House, who claim that globalisation is the idea of an out-of-touch, over-privileged metropolitan political elite.

Sadly, the populists now seek common ground and accommodation with President Putin, who shares, for very different reasons, their same animosity and is only too pleased to exploit it, as we now see from what is going on in the French elections. Trump's continued admiration for Putin, his lack of clarity regarding sanctions and even his mooted Reykjavik meeting are very alarming. But Trump is not Ronald Reagan, Putin is No Mikhail Gorbachev and this is not 1987.

That relations with Russia should improve and normalise is, of course, to be welcomed, but this cannot be achieved at the expense of Ukraine's territorial integrity and sovereignty. I am quite certain that the recent ratcheting-up of aggression in eastern Ukraine is a direct result of Trump's assertions and is probing the new US administration's resolve. The EU must therefore remain united in its position and its resolve that Ukraine – now, I am glad to say, growing well economically under the EU Deep and Comprehensive Free Trade agreement – cannot become a precedent for territorial annexation with impunity, and of course the Minsk agreements must be fully implemented.

(Applause)

Kaja Kallas (ALDE). – Austatud istungi juhataja, head kolleegid! Üha enam küsivad ukrainlased meie käest, kas Euroopa on Ukraina unustanud? Räägitakse külmutatud konfliktist, olukorra normaliseerumisest, küsitakse, kas Ukrainast võib saada Ameerika Ühendriikide ja Venemaa vaheliste suhete parandamise käsiraha.

Ameerika Ühendriikide vaikimine selles küsimuses ei peaks häirekelli käima lööma mitte ainult Kiievis, vaid tegelikult kõikides Euroopa pealinnades. Seda rohkem peame me vaeva nägema, et neid muresid kummutada.

Parlamendiliikmetena on meil võimalus kujundada Euroopa suhtumist Ukrainas toimuvasse. Meie ülesanne on kindlustada, et Ukrainat ei unustata. Siinne arutelu on kindlasti samm õiges suunas, kuid sõnavõttudest üksi ei piisa, nagu härra Fleckenstein ka ütles. Me peame survestama liikmesriikide valitsusi, et Ukraina küsimus oleks osa igast kohtumisest, mis leiab aset Venemaa, Ameerika Ühendriikide ja meie riigijuhtide vahel.

Euroopast peab kostuma ühtne sõnum: Ukraina küsimus ei ole lahendatud ega unustatud.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η κατάσταση στην Ουκρανία βρίσκεται σε κομβικό σημείο. Χρειάζεται άμεσα η παρέμβαση των Ηνωμένων Εθνών προς όλες τις κατευθύνσεις, τόσο εντός της Ουκρανίας, όσο και εκτός, ώστε να βρεθεί το συντομότερο μια λύση προς όφελος των απλών ανθρώπων. Δεν είναι δυνατόν να συνεχίζεται ο εμφύλιος σπαραγμός και η υποστήριξη ακραίων πολιτικών δυνάμεων από κάποιους και ταυτόχρονα ο ουκρανικός λαός να υποφέρει. Αυτό είναι το καθήκον μας. Επιπρόσθετα, η καταστροφή – πρέπει να επισημανθεί αυτό – και η κατάσχεση της περιουσίας του Κομμουνιστικού Κόμματος, η σύλληψη στελεχών του, μέχρι και η πρόταση για να τεθεί εκτός νόμου, πρέπει να καταγγεληθούν. Έχουμε χρέος, ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, να υποστηρίξουμε τον πλουραλισμό, την πολυφωνία και το δικαίωμα στη διαφορετική άποψη. Υποστηρίζουμε, τέλος, την ενότητα και την ακεραιότητα της Ουκρανίας και παλεύουμε για την επέκταση της Δημοκρατίας στη χώρα και στον σεβασμό των δικαιωμάτων όλων των νομίμων κατοίκων της.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Jau kelios savaitės, kaip padėtis Rytų Ukrainoje vėl priartėjo prie atviro karo grėsmės. Konfliktą nuraminti turėję Minsko susitarimai pasirodė esantys privalomi tik Ukrainai, tačiau ne Rusijai. Europos Sąjunga suteikė didžiulę paramą Ukrainai, tačiau su naujaisiais metais prasidėjęs Rusijos valdomų gaujų agresyvumo augimas įrodo, jog didžioji dalis Ukrainai skirtos Europos paramos buvo nukreipta ne visiškai ta kryptimi. Mes gydėme pasekmes, o ne kovojome su priežastimi. Šiandien suvienyta Europa negali nuošalyje palikti naujo karo grėsmės, todėl esu įsitikinęs, jog yra būtina įvertinti pagrindiniam konflikto kaltininkui – Rusijai kontroliuojančiam režimui – taikomų sankcijų efektyvumą, o, esant galimybėms, jas išplėsti, įskaitant ir žaliavų importo į Europos Sąjungos kryptį pakeitimą. Ir taip daryti tol, kol agresorius nebus nuramintas. Kartu noriu atkreipti dėmesį į tai, kad tokios poveikio priemonės turi aiškiai atskirti agresijos kaltininkus – Putino režimą – nuo eilinių Rusijos piliečių.

Jacek Saryusz-Wolski (PPE). – Madam President, my colleague van Baalen asks what is new. The more we hesitate the further Russia goes; that is new. The Russian war in east Ukraine and against Ukraine is a fact because we, the EU and US, are hesitating. I want to congratulate the European External Action Service, our diplomacy, who said, by the mouth of our ambassador Mr Mingarelli in Kiev today, that it is not a civil war; it is external aggression. There are 36 000 Russian troops, some regular mercenaries and others in disguise. It is necessary to leave the harmful fiction of separatists and civil war. Conclusions should be drawn. First on Russia's policy to the EU, which should continue and increase proportionally sanctions, according to the principle 'more for more'. Second, there is a false perception of Minsk, where Russia is not party to the peace process but an aggressor. And Ukraine is a victim, that should be made clear. We need a revision of the Minsk paradigm that should lead to the following actions in seven points. Stop futile appeals to Russia to influence their militants under their command. Demand Russia to stop the invasion and occupation and withdraw from Ukraine. Russia should abstain from participating and voting in the UN Security Council, where it is party to aggression. We should review the approach so far by the Normandy format. Five, we should return to the Geneva format with the EU as such and America. We should revive the spirit, if not the letter, of the Budapest Memorandum on security guarantees. If we, the West, the EU and the US, cannot or do not want to defend Ukraine as Ukraine defends us, let

us at least give them arms.

Tonino Picula (S&D). – Gospođa predsjednice, Gotovo 10 000 ljudi, vojnika i civila stradalo je od početka sukoba u travnju 2014. Privremeno primirje zamijenjeno je ponovnim jačanjem sukoba od 29. siječnja, najviše na području Avdiivke. Mete se ne biraju, oštećene su dvije bolnice, tri škole, dječji vrtić, a u nekim dijelovima zaustavljena je dostava energenata i vode zbog oštećenja infrastrukture. Kada se tome pridodaju niske temperature, rezultat je humanitarna katastrofa kojoj svjedočimo iz dana u dan. Zaoštavanje sukoba na istoku Ukrajine nije samo pitanje poštivanja odredbi međunarodnog prava, ovo je ozbiljan sigurnosni izazov za cijelu Europsku uniju.

Odgovor Unije, tj. podrška suverenosti i teritorijalnom integritetu Ukrajine mora biti jedinstven, osobito zbog nejasnog djelovanja nove američke administracije, mogućih izmjena stajališta prema Ukrajini i Rusiji općenito. Hitni prestanak sukoba, zaštita civila i podrška punoj implementaciji Sporazuma iz Minska, kao temelju za održivo političko rješenje skoba, mora ostati naš jasan prioritet, a Europska unija biti aktivan faktor u njegovom ostvarenju.

Die Präsidentin. – Ich möchte zur Vorgehensweise klären: Ich habe jetzt eine „blaue Karte“ von Frau Lauristin an Herrn Picula.

Frau Lauristin, Sie sind aus derselben parlamentarischen Gruppe und normalerweise nehme ich keine „blaue Karte“ von derselben parlamentarischen Gruppe an die eigene Fraktion. Das ist meiner Meinung nach nicht die Geschichte einer „blauen Karte“. Insofern werde ich sie Ihnen nicht geben.

Roberts Zīle (ECR). – Paldies, priekšsēdētājas kundze!

Mēs šodien debatēs akcentējām karadarbības saasināšanos Ukrainā un nevis to, kāpēc tik neveiksmīgi ir Minskas līgumi I un II.

Līgumi, kuri uzspieda Ukrainai pozīciju, kas pēc būtības neko nerisināja — ne Krimas jautājumu, ne Ukrainas vienotību un pat ne Ukrainas valdības iespēju kontrolēt Ukrainas un Krievijas robežu austrumos.

Un nav brīnums, ka šie līgumi ir ļoti nepopulāri ukraiņu vidū. Tikai 9 % no ukraiņiem atbalsta šo līgumu. Jo nebūsim naīvi — ja kāda no ES valstīm priekšvēlēšanu situācijā varētu vēlēties Minsku III, tad tā būtu vēl labvēlīgāka Krievijai un nelabvēlīgāka ukraiņiem un izskaustu pat, piemēram, normu par šo robežkontroli Ukrainas austrumos, ko īstenotu Ukrainas valdība. Jo tādā gadījumā skaidrs, ka Krievijai pazustu iespējas piegādāt tos tankus, kas Austrumukrainā pašlaik pēc skaita ir vairāk nekā Vācijas, Francijas un Čehijas armijām kopā.

Jo vairāk Minskas līgumus mēs mēģināsim izpildīt, jo vairāk Putina administrācija viņus nepieņems, jo mūsu pozīcijas, šo dalībvalstu, kas iesaistītas šo līgumu veidošanā, — viņu pozīcijas tikai pasliktināsies. Un tas nav labi mums visiem.

Dariusz Rosati (PPE). – Madam President, the situation in eastern Ukraine continues to be a source of grievous concern. Renewed attacks by Russian regular and proxy troops against the Ukrainian military and civilians in the Avdiivka region have cost many human lives, caused significant material damage and represent yet another blatant violation of the Minsk Agreements. This renewed surge of violence provoked by Russia in a conflict that has killed already about 10 000 people since 2014, and which further continues to destabilise Ukraine, must be decisively addressed by the EU and its leaders. Firstly, Parliament should strongly condemn Russia's military aggression against Ukraine and call on the Russian leaders to immediately stop the attacks. Secondly, we should call on the European Council to prolong the existing sanctions on Russia and to consider their further extension and widening in order to show that there can be no tolerance for aggression for war in Europe.

Tibor Szanyi (S&D). – Madam President, let me quote a self-indulgent, cynical Putin at his Budapest press conference just one day after the events. Putin said, and I quote: 'This is just another Ukrainian provocation, a self-inflicted attack against their own servicemen and population, the only reason being Kiev's like lack of money, the attempt to arouse pity in the West, to squeeze out more funds from the EU'. Shamefully his humble host, Mr Orbán, spent no words in defence of neighbouring and EU associate partner Ukraine. This is in itself a plain reason to maintain our sanctions against Putin's regime. I think it is now high time to realise that without determined action by the European Council and the EU as a whole, courting Putin by Orbán and some other European politicians is bound to undermine the unity and the credibility of the Union as Ukraine's key partner.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Jeżeli chcemy, aby Putin naprawdę poczuł determinację państw Europy, aby nabrał przekonania, że każdy agresywny krok z jego strony wywoła skutki niekorzystne dla Rosji, natychmiast spowodujemy wstrzymanie budowy Nord Stream 2! Przecież nikt nie ukrywa celu tego przedsięwzięcia: chodzi o to, żeby w ciągu dwóch lat Ukraina przestała być państwem tranzytowym. Celem jest osłabienie bezpieczeństwa Ukrainy, a nasza bierność wobec kontynuacji tej inicjatywy to w efekcie osłabianie bezpieczeństwa Europy Środkowej. Powtórzę jeszcze raz: jeżeli chcemy być wiarygodni wobec tych, których bronimy, zastosujmy tę najbardziej odczuwalną i trwałą sankcję.

Nord Stream 2 to również sprawdzian intencji władz Unii Europejskiej wobec państw, które ją tworzą. Czy chodzi tak naprawdę tylko o to, żeby powoli wyzuwać je z władzy, czy o to, żebyśmy wspólnie, solidarnie się bronili?

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señora presidenta, señorías, desde el año 2014 la integridad territorial de Ucrania ha sido violada por la anexión de Crimea y por el apoyo a los separatistas en el este del país. Esta situación se ha agravado en las últimas semanas, coincidiendo precisamente con la toma de posesión del presidente, del nuevo presidente de los Estados Unidos.

Ucrania no puede convertirse en un nuevo conflicto congelado, en un lugar donde se quebranta por la vía de los hechos la legalidad internacional y donde se ponen en peligro la paz, la seguridad y la estabilidad internacional. Los ciudadanos de Ucrania han dejado muy claro, a través de la Revolución Naranja y del Euromaidán, cuál es la vinculación que quieren con la Unión Europea.

La Unión Europea tiene que apoyar a Ucrania a través del Acuerdo de Asociación, a través del apoyo a las reformas macroeconómicas, a través de la ayuda macroeconómica y financiera, y solamente será creíble -nos lo recordaba el señor Tannock- si la Unión Europea habla con una sola voz en sintonía con la Alianza Atlántica, y si moviliza todos sus esfuerzos para restaurar la soberanía, la viabilidad y la integridad territorial de Ucrania.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Geopolitinė padėtis Europos Rytuose kaip niekada yra įtempta, nenuspėjama ir nestabili. Situacija Rytų Ukrainoje prastėja, ir tai kelia didelį rūpestį visiems europiečiams. Nepaisant tiek Europos Sąjungos, tiek tarptautinės bendruomenės pastangų, Minsko susitarimo nuostatų nėra laikomasi, o suintensyvėję Rusijos kariniai veiksmai Rytų Ukrainoje rodo, jog į šį susitarimą yra nežiūrima rimtai. Europos Sąjunga šiuo sudėtingu laikotarpiu privalo išlikti kaip niekada vieninga ir solidari sankcijų atžvilgiu bei laikytis vieningo kritinio požiūrio į Rusijos veiksmus Europos Sąjungos pašonėje, būti matoma lydere tarptautinėje arenoje telkiant paramą Ukrainai. Noriu atkreipti dėmesį į tai, jog didžiulė įtampa šiuo metu tvyro ir Baltarusijoje, ir niekas negali nuspėti, ką planuoja Rusija. Jei nebūsime susivieniję ir stiprūs dėl savo pozicijos dėl Ukrainos klausimo, tai ateityje vargu ar sugebėsime atremti ir kitus geopolitinius iššūkius.

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Herr Putin checken wollte, ob die neue US-Administration oder die Europäer die verstärkte Aggression in der Ukraine einfach hinnehmen würden, ist seine Rechnung meiner Meinung nach nicht aufgegangen. Die USA haben die Sanktionen nicht aufgehoben, und auch in den Vereinten Nationen hat die US-Botschafterin klare Worte gefunden. Auch Frau Mogherini hat sich, wie auch andere, kritisch geäußert.

Was sollten wir jetzt tun? Vollziehen wir den letzten Schritt zur Visumfreiheit für die Ukraine! Die Ukraine hat ihren Teil erledigt. Ich höre, es ist im Augenblick nur die französische Regierung, die da noch verzögert. Ich bitte Herrn Präsidenten Hollande, einzusehen: Er hat nichts zu gewinnen, wenn er hier die Sache hinauszögert. Und ich finde, wir sollten uns auch für eine umfängliche OSZE-Polizeimission einsetzen, eine robuste Mission, die dafür sorgt, dass Minsk tatsächlich in seinen Einzelheiten umgesetzt werden kann. Vor Ort brauchen wir deren Präsenz, um den Menschen auch den Mut zu geben, bei Wahlen zum Beispiel ihrem Wahlrecht nachkommen zu können. Ich finde auch, wir sollten die persönlichen Sanktionen gegen sehr viele russische Staatsbürger erweitern, die unmittelbar von dem Krieg in der Ostukraine profitieren. Die sind alle bekannt, und entsprechend sollten wir sie auf die Sanktionsliste nehmen.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, as I see it, the Kremlin is using the uncertainty around continued US foreign commitments to Europe to intensify its aggression against eastern Ukraine. Our resolve, unity and ability to resist such a disruptive policy is crucial to stabilise the situation.

We ask Russia to fulfil the Minsk Agreements. As my colleague, Mr van Baalen has stated, there is nothing new here because this does not depend only on Mr Putin. The Kremlin is also following the current debate here. If our message is hesitant, and if we are even unable to agree on a firm resolution, it will send a signal that the sanctions are more of a problem for the EU than they are for Russia. Our task is the opposite. The current crisis is an additional argument not just to continue with the sanctions, but to expand them further. By the way, if we are serious about Minsk, let us follow the advice of Russian democrats. If we clamp down decisively on the bank accounts of Putin and his proxies in western banks and freeze their dirty and bloody money, tangible results will be forthcoming.

(Applause)

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Madam President, we all are aware of the critical situation in eastern Ukraine. The most recent case is in Adviiivka, where thousands of people have been left in the cold, without water, electricity or heating, many killed and injured. I had an opportunity to visit refugee camps in Ukraine, I have seen what it is about. Ukrainian leaders have appealed to the democratic world, asking for help to stop the aggression and to provide humanitarian assistance.

The Russian war in Ukraine and against Ukraine, what Russian regular and proxy troops are doing there, is a war crime. We should achieve that a permanent international observation mission works in eastern Ukraine; OSCE offices should be established in Donetsk and Luhansk. It is necessary not only to prolong but also to increase political pressure on Russia for their malevolent violation of the Minsk Agreements and sanctions should remain in place until Russia ceases its invasion in the east of Ukraine and withdraws from Crimea.

I think we should remember that Ukraine is a litmus test for our Union and our unity.

Jaromír Štětina (PPE). – Paní předsedající, dovoluji mi nyní, abych oslovil paní místopředsedkyni Komise, která není nyní mezi námi. Vážená paní místopředsedkyně Komise, jsem přesvědčen, že znáte výzvu nejvyšších představitelů ukrajinského parlamentu parlamentům zemí EU, USA, Kanady, Japonska a Evropského parlamentu. Je bezprecedentní, když parlament evropské země volá k ostatním parlamentům o pomoc. Tato ukrajinská výzva je skutečným voláním člověka ztraceného na poušti.

Mluví se v ní o další agresi proruských separatistů a ruské armády proti donbaskému městu Avdievka. Mluví se v ní o hrozbě humanitární katastrofě, o mrazech dosahujících až -18°C. Zpráva mluví o tom, že není možné civilní obyvatele z Avdievky evakuovat. Mluví se v ní i o tom, že by na místě měly být ozbrojené složky OBSE, i o tom, že minské dohody nejsou dodržovány. Už třetí rok v Evropském parlamentu projednáváme situaci na Ukrajině a lidé stále umírají. Promiňte, paní vysoká představitelko, ale začínám mít pocit, že Evropská unie nemá dostatečnou vůli účinně a dostatečně zasáhnout.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Madam President, this conflict has lasted three years and is now escalating. Twenty-one people have been killed and 115 wounded in only the last two weeks. Thousands are in need of aid, and access for humanitarian convoys and OSCE observers is still hampered by Russian-backed rebels. This escalation started just after President Trump's and Putin's phone call.

As Russia is testing the US reaction, the EU should show leadership and firmly condemn Russia's attacks. Ukraine is a hostage to the relationship between the West and Russia, with the EU divided and the US unpredictable. With the new US administration, we are at the crossroads. It is our moment of truth.

Europe should not let down the people of Ukraine. We must stand strong and united with Ukraine, intensify political and economic support for the association agreements pending their adoption by the Netherlands, for free trade and the reform process, for granting visa-free travel and for denouncing fake news, and we must stand firm behind an extension of the sanctions until the Minsk agreement has been fully implemented and Crimea has been returned to Ukraine.

László Tóké (PPE). – Elnök Asszony, üdvözlöm az EU Külügyi Tanácsának február eleji ülését, melynek alkalmával a külügyminiszterek aggodalmukat fejezték ki a kelet-ukrajnai harci cselekmények kiújulása, valamint az ennek következtében előállott súlyos humanitárius helyzet miatt. A béke helyreállításának és az állandósuló válság politikai úton való megoldásának elengedhetetlen feltétele a minszki egyezmény betartása, amire ismét fel kell szólítani a hadban álló feleket, kiváltképpen pedig az agresszor Oroszországot.

Magyarország egy erős, stabil és sikeres Ukrajnában érdekelt. Ennek céljából viszont az is joggal elvárható, hogy Ukrajna maradéktalanul tegyen eleget európai vállalásainak, és saját alkotmányának megfelelően biztosítsa a területén élő nemzeti kisebbségek – köztük a kárpátaljai magyarok, a bolgárok és a románok – emberi és közösségi, anyanyelvi és oktatási jogait.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Mam takie wrażenie, że mój realizm po tej debacie będzie bardziej pesymistyczny. Miałoby być sprawozdanie – nie ma sprawozdania. Mam wrażenie, że złe sprawozdanie, pisane na kolanie, nie jest dużo warte, ale nie mamy żadnego poważnego dokumentu, który antycypowałby sytuację na Ukrainie, dawał dobre recepty i był kompleksowy. Druga bardzo ważna sprawa: chcę podkreślić, że niestabilność na Ukrainie staje się już stabilna i generuje sytuacje bardzo istotne dla krajów sąsiednich – dla Mołdawii, dla Armenii, dla Białorusi. Bo trzeba pamiętać, że skutkiem Majdanu była aneksja Krymu i to, co się dzieje w Doniecku. Wydaje mi się, że musimy zdawać sobie sprawę z tego, że rozwiązanie problemu na Ukrainie to jest rozwiązywanie problemów w całym obszarze Europy Wschodniej. Jeżeli chcemy budować tam nadzieję, musimy być skuteczni, musimy być konsekwentni, musimy być odpowiedzialni, a w pomocy humanitarnej nie zawodzić tych, którzy są tam najważniejsi: dzieci kobiety, przede wszystkim ci słabsi. Zwracam na to uwagę, bo Unia Europejska w tej materii musi być zdecydowanie bardziej stanowcza.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE). – Señora presidenta, hace tres años yo me encontraba en el Maidán acompañando a quienes clamaban por Europa con la voz clara y las manos en alto. Entonces vi pasar ante mí el cadáver envuelto en la bandera de la Unión Europea de un hombre, asesinado, que dio la vida por querer pertenecer a la Unión Europea.

Con su espíritu en la memoria, no pretendo sino recordar que nuestra Unión Europea es el sueño de la libertad, un sueño del que nosotros disfrutamos a diario, pero que para los ucranianos no es una realidad.

Para ellos, la realidad es la última ofensiva sobre Avdiivka, esa que ha destruido 144 hogares dejando a tantas personas, a 22 grados bajo cero, sin electricidad, sin agua, sin comida, sin abrigo.

Ucrania está intentando acometer reformas de estándares europeos y ello le está costando grandes esfuerzos a la sociedad civil. Pero los ucranianos necesitan mirar al cielo y respirar. Si del cielo solo siguen cayendo proyectiles que destruyen sus hogares, sus sueños y sus vidas, no podrán avanzar hacia un futuro mejor.

No podemos permitir que se produzca una violación del alto el fuego contemplado en los acuerdos de Minsk y que Rusia vulnera permanentemente.

Por eso, quiero manifestar —termino, señora presidenta— ante el representante de la señora Mogherini el apoyo a la alta representante para que se mantenga firme ante esta sanción.

Die Präsidentin. – Wir kommen nun zum *Catch-the-eye-Verfahren*. Da die Zeit nun schon weit fortgeschritten ist – ich habe die meisten von Ihnen länger reden lassen, als vorgesehen war –, werde ich von jeder Fraktion eine Person drannehmen.

Catch-the-eye-Verfahren

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, boje na východě Ukrajiny nepřestávají a Rusko dál podporuje separatisty. Proto Evropský parlament musí potvrdit politickou vůli a podporu Ukrajině tak, jak po tom volá ukrajinský parlament. Putin čeká na postoj Spojených států, Trump by si měl uvědomit svoji odpovědnost, že už není jen americký podnikatel, ale především americký prezident a má odpovědnost za bezpečnost ve světě.

Jsem proto hrdá na to, že Evropská unie stojí za Ukrajinou, a nesmíme povolit. Stejně tak jako NATO stojí za Ukrajinou. Považuji za zásadní, aby Evropská unie pokračovala v tlaku na ukrajinskou vládu a v prosazování reform, a zároveň abychom Ukrajinu podporovali, konkrétně aby měla prostředky na obnovu ekonomiky. Politickým gestem, na které Ukrajina čeká, je liberalizace krátkodobých víz a my bychom s ním neměli otálet. Jsem ráda, že zde má Ukrajina podporu napříč politickým spektrem.

Marju Lauristin (S&D). – Madam President, I am sure that this so-called Normandy format is coming to an end. It is not effective, and we all know that. I fully support the view that we, with the whole European Union, need to raise our profile and our role in the peace process, and in the process of rebuilding eastern Ukraine. We should give this part of Ukraine a real plan to restore the region and show them that they can count on the European Union as the best solution and best friend.

To do that, we need proper information. Europe is full of Russian fake news about Ukraine, but only yesterday we heard that Euronews is planning to withdraw its correspondent in Ukraine, so we will not have even that meagre information. I urge Ms Mogherini to look into this and to insist that we need information from Ukraine and that Euronews should continue to work there to give us that information.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο ελληνικός λαός τρέφει ιδιαίτερο ενδιαφέρον για την ευρύτερη Παρευξείνια γειτονία, καθώς υπάρχουν πάνω από 100.000 ουκρανοί πολίτες ελληνικής καταγωγής, οι οποίοι ζουν στην Ουκρανία και μιλούν την ελληνική γλώσσα. Η Ελληνική Κοινότητα στην Ουκρανία είναι μια πολύ σημαντική κοινότητα. Ανησυχούμε, κυρία πρόεδρε, για την τύχη της ελληνικής μειονότητας στη Μαριούπολη, που ζει ειρηνικά, επί αιώνες, στην ευρύτερη περιοχή του Ντονέσκ. Αυτοί οι άνθρωποι παρότι είναι χιλιάδες χιλιόμετρα μακριά από την Ελλάδα συνεχίζουν να διατηρούν τις παραδόσεις, τα ήθη, τα έθιμα, τις αξίες της πατρίδας μας. Είναι πολύ σημαντικό, λοιπόν, για μας, να διασφαλιστεί η ειρήνη στην περιοχή και για αυτό τον λόγο. Πρέπει λοιπόν και οι δύο εμπόλεμες πλευρές να επιδείξουν αυτοσυγκράτηση και να προχωρήσουν σε συνεννόηση, διότι αυτό απαιτούν τα συμφέροντα των λαών της περιοχής, αυτό απαιτεί και η ελληνική μειονότητα η οποία βρίσκεται στη Μαριούπολη.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Madam President, colleagues, we are living in very interesting, even dramatic, times. One world leader wants to make his country great again. Yet another one wants to make a country big enough at the expense of territories of others. And he is not really limited in his actions. Today, there are over 30 000 local bandits and terrorists in the east of Ukraine, and they are all armed by Russia and well supported by that country, and there are over 3 000 Russian professional military who lead the operation. But, colleagues, the chief of command is sitting in the Kremlin and continues to play according to his aims. With this in mind, I call yet again on the European Union to consider deployment of the fully-fledged Common Security and Defence Policy (CSDP) mission in the east of Ukraine as an important instrument for preventing the aggression. I think we should give our full support – political, and by all instruments – to Ukrainians. They deserve it.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora presidenta, debatimos sobre otro ejemplo de la nefasta política de desestabilización. Lo vemos todos los días en Libia y en Siria, y ahora en el corazón de Europa, con una guerra casi total.

Bueno, aquí solo se ha escuchado una de las visiones, pero hay fuentes que hablan de un ataque masivo del ejército de Ucrania justo cuando Poroshenko visitaba Alemania. Si es esto cierto -puede no serlo-, ¿qué se buscaba? ¿Quizá condicionar a la Unión Europea o a Alemania?

Miren, yo creo que ni las sanciones ni la búsqueda de un solo culpable ni, por supuesto, esa incorporación probable de Ucrania a la OTAN -que nos llevaría a un escenario peor- traerían la solución.

Hay que profundizar más en los acuerdos políticos de Minsk: reforma constitucional, descentralización y elecciones locales. Si no hay voluntad en ese sentido, crecerá el bloqueo diplomático, el fracaso económico de Ucrania -por mucho crédito que conceda el FMI, que en el fondo es un búmeran contra su población- y la guerra se recrudecerá.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ascoltando questo dibattito sull'ennesima escalation delle ostilità nell'Ucraina orientale, risulta chiaro come l'unico colpevole sia già stato identificato a prescindere. Si tratta della Russia, più volte indicata da quest'Aula come responsabile unico della maggior parte dei problemi del mondo. Le voci che esprimono un punto di vista diverso sono poche e per lo più ignorate. Giudice e giuria sono quelli già presenti. Manca solo il boia, mi verrebbe da dire.

In realtà, cosa stia succedendo veramente sul terreno è ben più difficile da spiegare, soprattutto senza fare una premessa. Nonostante lo spaventoso numero di morti e dispersi, l'attuale conflitto è soprattutto combattuto con la propaganda. Come diceva Eschilo e come spesso ho ripetuto in quest'Aula, la prima vittima della guerra è la verità, mentre quelle vere di vittime si contano per le strade di Avdiivka, schiacciate dai giochi politici delle grandi potenze.

Ma chi può davvero escludere che anche l'attuale governo ucraino non punti ad allontanare, anche grazie a questa rinnovata tensione, lo spettro di un ritiro delle sanzioni e a riavvicinare Washington? Forse con ironia potrei citare le parole del tanto vituperato Trump che, durante un'intervista, al giornalista che affermava che Putin è un killer rispondeva senza esitazione: «Lei pensa davvero che il nostro paese sia così innocente?»

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Ian Borg, President fil-Kariga tal-Kunsill, fisem il-Viċi President tal-Kummissjoni/Rappreżentant Għoli tal-Unjoni għall-Affarijiet Barranin u l-Politika ta' Sigurtà. – Bosta minnkom qalu x'hemm ġdid jew mhux ġdid f'dan id-dibattitu kollu u nahseb li dak li hareġ ċar huwa l-approċċ illi qed tiehu l-Unjoni Ewropea u allura anke s-support ta' din l-istituzzjoni fuq kif taffronta l-isfida li għandna fl-Ukrajna u b'mod partikolari l-Lvant tal-Ukrajna u allura hija l-objettiv wiehed illi naraw li l-Ftehim ta' Minsk ikun implimentat fl-intier tiegħu. Apparti minn hekk, nahseb li ahna għandna nkomplu naghmlu dak kollu possibbli sabiex b'mod dirett jew indirett inkunu nistghu naraw liċ-ċittadini kollha tal-Ukrajna mill-iktat fis possibbli jibbenefikaw anke mill-Ftehim ta' Assoċjazzjoni li pajjiżhom iffirma mal-Unjoni Ewropea. Kif għidt, il-Presidenza Maltija tkellmet għan-nom tar-Rappreżentant Għoli Mogherini li ddispjaciha hafna li ma setgħetx tkun preżenti u kienet indisposta għal dan id-dibattitu. Issemma wkoll, b'mod partikolari, il-proċess tal-liberalizzazzjoni tal-visas u nahseb li, kif tafu intom ilkoll hawnhekk, hemm proċess bejn iż-żewġ koleġizlaturi; proċess li miexi, u għalhekk inharsu 'l quddiem sabiex, mill-iktat fis possibbli hemmhekk, dak il-proċess jasal fit-tmiem tiegħu b'suċċess. Mill-ġdid niringrazzja lil din il-Kamra li b'mod attiv reggħet ikkonfermat l-interess tagħha fuq il-kwistjoni u fuq il-fajl/dossier tal-Ukrajna.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Tisztelt Parlament! Sajnos Ukrajnában ismét romlott a helyzet, ami mellett nem mehetünk el szó nélkül. Komoly aggodalomra adnak okot a közelmúltban az ország keleti részében kiújult harcok, mivel ezáltal nőtt a halálos áldozatok száma, ismét ártatlan civilek ezrei veszítették el otthonukat, vagy kényszerültek víz, gáz, áramellátás nélkül elszorodni a támadásokat. Ezt a humanitárius katasztrófát mielőbb orvosolni kell. Eközben a politikai elit egy része a valós problémák hatékony megoldása helyett újabb konfliktusokat szít azáltal, hogy az országban élő nemzetiségek jogainak diszkriminatív szűkítését szorgalmazza. Az első olvasatban elfogadott oktatási törvénytervezet hátrányba hozza a nemzeti kisebbségek nyelveit, a Legfelsőbb Bíróságon megtámadták a hatályos nyelvtörvényt, a benyújtott nyelvtörvénytervezetek pedig megtiltanák a nemzetiségi nyelvek szabad használatát az élet különböző területein, amelynek ellenőrzésére nyelvvendérség felállítását is javasolták.

Az említett intézkedések súlyosan sértik az ukrainai őshonos nemzeti és nyelvi kisebbségek alkotmányos jogait, éles ellentétben állnak az ország nemzetközi kötelezettségeivel. Az Európai Uniónak stabil és erős Ukrajnára van szüksége, ami elsősorban a béke végleges elérésének függvénye. Az EU-nak ebben hathatós segítséget kell nyújtania, de másrészt feltételeket kell szabni Ukrajna számára. Egy európai integrációra törekvő országban elfogadhatatlan a már meglévő demokratikus jogok szűkítése, ez megrekeszti az ország békés konszolidációját, újabb aggályokat vet fel Ukrajna európai törekvéseinek őszinteségével kapcsolatban.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Avdiivkas lahvatanud pinged on taas kord märk sellest, et Ukrainas toimuv peab olema pideva rahvusvahelise tähelepanu all. Taas kord kannatasid tsiviilelanikud ja purustati infrastruktuur. On hea, et nüüdseks on suudetud taastada vee-, elektri- ja küttega varustamine Avdiivkas. Rahvusvaheline kogukond peab jätkuvalt seisma selle eest, et konfliktipiirkonnas taastuks relvarahu, tõmmataks tagasi raskerelvastus, ning oluline on toetada jätkuvalt OSCE tegevust piirkonnas. Mõistagi oleks viimane aeg ka USA aktiivsemaks seisukohavõtuks Ukraina ja ka sanktsioonide küsimuses. Sanktsioone ei tohi kaotada enne, kui Minski kokkulepe on täidetud.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Situácia na Ukrajine sa bohužiaľ neustále zhoršuje. Rusko naďalej ostreluje región Donbasu a boje pokračujú. Na svetlo vychádzajú aj obvinenia, že Rusko nedodržuje Minskú dohodu a používa zbrane, ktoré boli touto dohodou zakázané. Európska únia si nemôže dovoliť, aby tento konflikt pokračoval, obzvlášť ak je tak blízko hraníc EÚ. Situácia volá po náležitých krokoch proti Rusku a jeho stupňujúcej sa agresii.

Kati Piri (S&D), schriftelijk. – De provisorische wapenstilstand in het oosten van Oekraïne is door Rusland opnieuw ernstig geschonden met als gevolg dat het geweld in de regio weer is opgelaaid. Behalve dat er vele burgerslachtoffers zijn gevallen, zitten momenteel tienduizenden huishoudens in het dorpje Avdiivka zonder elektriciteit, stromend water en verwarming, en dat terwijl de temperatuur ver onder het vriespunt ligt. De Russische agressie vormt een terugkerende belemmering in de uitvoering van vredesakkoord Minsk II. Het is nu aan de Europese regeringsleiders om hierin een proactieve houding aan te nemen en te blijven wijzen op de akkoorden. Dat betekent tevens dat er niet gesproken kan worden over het opheffen van de sancties tegen Rusland, zolang het land zich niet aan het Minsk II-akkoord houdt. De zware wapens en troepen moeten worden weggehaald van de frontlijn en humanitaire hulp mag niet langer belemmerd worden.

Indrek Tarand (Verts/ALE), in writing. – We must be very clear that Ukraine is under very direct attack from the Russian Federation. Anybody who is informed about the situation understands clearly that so called ‘Green Men’ or ‘Rebels’ have not appeared from thin air, but are under the direct control and influence of the Kremlin. We can reiterate again and again in Brussels that we condemn, and that we are concerned and so on, but unless we through personal connections and influence and pure will push it forward, then there will be no change. If there is no change, the situation will deteriorate until the Russian threat has reached the very heart of the European Union. Let’s stop making political statements, and instead let’s take practical and concrete steps to preserve our security, independence and democratic values.

14. Berichtigungen (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

15. Lage im Westjordanland und in den Siedlungen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage im Westjordanland und in den Siedlungen (2017/2527(RSP)).

Ian Borg, President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, once again I am stepping in on behalf of Vice-President/High Representative Mogherini since she was indisposed and could not be here today.

Thank you for focusing your attention once again on the situation in the West Bank and particularly on settlements. The international context may be evolving, but the European Union’s position is not bound to change. We still believe that the only possible solution is the two-state solution, and we still believe that the current settlement policy, including the regularisation law, threatens the viability of the two states. You heard it directly from the High Representative last November and then again during the debate in the Committee on Foreign Affairs with EU Special Representative Fernando Gentilini and the French Special Envoy Pierre Vimont.

We still believe in what the Middle East Quartet wrote last summer, that the two-state solution is in great danger, and urgent action is needed to stop and reverse the current trends. The Quartet identified three major threats against the viability of the two states. First, continued settlement expansion, demolitions and the denial of Palestinian development. Second, violence and incitement to violence which inflict terrible suffering and deepen the mistrust between the communities, and third, the dire situation in Gaza, the continued militant activity and the lack of Palestinian unity.

It is very clear that the situation is not improving and on some issues it is deteriorating. Last November the High Representative said in this Hemicycle that the regularisation bill, if approved, would contradict very openly the Quartet's recommendations. Consistent with this position, at the beginning of February we condemned the new Israeli settlement announcements and the adoption of the regularisation law by the Knesset.

With this new law, the Israeli Parliament has legislated on the legal status of land within the occupied Palestinian Territory, which is an issue that remains beyond its jurisdiction. Should it be implemented, the law would further entrench a one-state reality, a reality of unequal rights, perpetual occupation and conflict. For these reasons, the High Representative has called on Israel to refrain from implementing the law. On 8 February the High Representative discussed the situation in a phone call with Palestinian President Mahmoud Abbas. She told him that the European Union will continue to work with the two parties, but also with international and regional partners, on the two-state solution. This is the only way to end the conflict and move the peace process forward. In fact, as we face such a difficult situation on the ground, it is essential to preserve international unity both on the fundamental coordinates of the two-state solution and on the way to get there.

International unity has led the Quartet's report. International unity has led the UN Security Council Resolution 2334 last December, which condemned the Israeli settlements in the occupied Palestinian territory and reaffirmed that the 1967 lines can only be modified through an agreement between the parties. Resolution 2334 also condemned all acts of incitement, violence and terror and called on both sides to take steps to advance the two-state solution on the ground in line with the recommendations of the Quartet report. Such consensus was confirmed at the Middle East Peace Conference in Paris on 15 January and the need for international unity was also central to the discussion in the last two Foreign Affairs Councils.

Just days ago, High Representative Mogherini headed to the United States for a first round of meetings with the new administration. She met among others with Secretary of State Rex Tillerson, National Security Adviser Michael Flynn, and the President's senior adviser Jared Kushner. With all of them the High Representative stressed that the Quartet report must continue to be the bedrock of international action concerning the Israeli-Palestinian issue.

She also stressed very clearly, in line with the messages conveyed also by leaders from the region, that any move of the US Embassy to Jerusalem could have a very negative and destabilising impact in the entire Middle East at a time when the region needs all the stability it can get. She confirmed that the European Union stands by the international consensus on Jerusalem embodied in United Nations Security Council Resolution 478 of 1980. It is clear that the new US administration is still in the process of defining its foreign policy. We have a duty then to engage with them on the basis of our values and our interests, working to preserve international unity and to avoid any inflammatory moves.

The situation in the region is incredibly delicate and fragile. A peaceful solution to this conflict, or even progress in that direction, could set a whole new paradigm for cooperation in the region, including on security. So our regional partners can play a major role in promoting a solution. The Arab peace initiatives provide key elements for a comprehensive settlement of the conflict, and we hope that we can develop even further the cooperation between the European Union and the Arab League, and between the Quartet and the Arab states.

The current lack of a peace process is no excuse for not trying. There are things that both sides can do today independently of each other that would advance a peaceful two-state reality on the ground. So it is essential to say loud and clear that we do not give up. The European Union and the world do not give up on peace between the Israelis and the Palestinians. We simply cannot afford for tensions to rise again.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord mentionner que notre groupe a soutenu la proposition des conservateurs d'avoir un titre plus général pour notre débat d'aujourd'hui. Il en a été décidé autrement hier et je le regrette. D'abord, parce que nous faisons un bond en arrière dans la discussion que nous avons déjà eue au mois de novembre sur la Cisjordanie et les colonies. Ensuite, parce que ma conviction profonde est que nous faisons fausse route. Les raisons en sont très simples. Encore une fois, on s'engage dans cette voie à sens unique qui nous conduit à nous concentrer sur un aspect seulement du conflit israélo-palestinien, c'est-à-dire la colonisation, alors que nous le savons très bien, c'est un conflit compliqué avec de multiples facettes que l'on ne saurait réduire à un seul aspect.

Tout aussi pertinentes sont les questions comme la sécurité, les frontières, Jérusalem et les réfugiés, ... ; or, nous n'en disons pas un mot.

Nous faisons doublement fausse route puisque cela ne nous mènera qu'à aliéner Israël, qui reste tout de même un de nos partenaires importants et, il faut le souligner encore une fois, la seule démocratie de la région. Sans compter le fait que nous amenuiserons ainsi nos chances d'être un acteur crédible qui pourrait contribuer à trouver des solutions à ce conflit qui n'a que trop duré.

Il faut regarder de près comment le rapport du Quartet est mis en œuvre dans toutes les recommandations et tout faire pour que des négociations directes reprennent. Je dois dire que je regrette le fait que M^{me} la Haute représentante ne soit pas présente, mais notre commission des affaires étrangères s'est rendue en Israël, en Palestine et en Jordanie et durant ces trois jours de visite, personne n'a prononcé le nom de la Haute représentante. C'est malheureux, mais c'est une réalité.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. – My understanding is that you and your Group support the decision by the VP to prepare for an Association Council meeting aimed at strengthening EU bilateral relations with Israel. Given the unprecedented steps to accelerate settlement construction whilst destruction of EU humanitarian assistance continues unabated, do you not think that holding a meeting in this sort of climate is likely to be perceived by the Israeli Government as supportive of the current status quo? And will it not undermine the EU's credibility by moving away from its previous decision not to upgrade bilateral relations with Israel due to the stalemate in the peace process?

Cristian Dan Preda (PPE), *réponse «carton bleu»*. – Je trouve qu'il faut dissiper l'illusion que, si l'on est pro-palestinien à 100 %, on va résoudre quelque chose. Notre position est perçue comme étant biaisée dans toute cette région, et c'est pour cela que notre rôle est mineur. Comme je viens de le mentionner avec grand regret, on ne sent pas le poids de l'Europe dans cette région, ni à Jérusalem, ni à Ramallah, ni à Amman. C'est une réalité que nous avons pu constater, nous, la délégation de la commission des affaires étrangères. Nous le regrettons, il faut être plus subtil, je crois, et abandonner cette illusion que, si l'on est à 100 %, parfois à 200 % pro-palestinien, on résout quelque chose.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I have the feeling that the situation on the ground has worsened, that both parties are dealing with their own internal politics and that the peace process is not a priority for anyone. The current lack of a peace process is not an excuse for not trying, as you rightly indicated, Mr President-in-Office. There are things that both sides can do today, independently of one another, that would advance the peaceful two-state reality on the ground.

There is no doubt that we need to communicate with Israel and Palestine. We have to influence the processes and ensure that the Middle East process remains credible for the sake of the whole region. We need to be firm, critical when needed, and, most of all, constructive. So it is essential to say, loud and clear, today that the European Union and the world will not give up on the peace process between the Israelis and Palestinians.

We simply cannot afford for tensions to rise again. The two-state solution, with the state of Israel and the state of Palestine living side by side in peace and security, and mutual recognition of the 1967 borders with the mutually agreed land swaps and Jerusalem as a capital of both states, remains the only hope for peace and the cornerstone of our political position and action. This is our priority.

On settlement construction, this is a clear violation of international law. The S&D Group opposes and condemns the adoption of the law which retroactively legalises some 4 000 settler homes built on privately owned Palestinian land in the occupied West Bank. This law goes against the vision of a just and lasting peace and against the values of our partnership with Israel. This detrimental decision follows Israel's announcement last week that it plans to build new settlements in the West Bank despite the UN Security Council resolution 2334 in December condemning Israeli construction.

Please allow me, on behalf of the S&D Group, to call on the High Representative to convene as soon as possible an urgent meeting of the Quartet in order to decide on the steps to be taken.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, over illegale bouwpolitiek op de Westelijke Jordaanoever gesproken. Daar moet de EU zelf weet van hebben want de EU financiert sinds jaar en dag bouw- en infrastructuurprojecten in delen van de Westelijke Jordaanoever, die onder Israëlisch bestuur staan, zonder deze handelwijze met Jeruzalem af te stemmen. Daarmee gaat Brussel niet alleen in tegen geldend recht, maar brengt de EU ook nog eens een keer de veiligheid van de Joodse staat in gevaar.

Daarnaast wil ik een kardinale denkfout van het Midden-Oostenbeleid van de EU benadrukken. De grens tussen Israël en een toekomstige Palestijnse staat vormt een noodzakelijk onderdeel van het onderhandelingsproces tussen beide partijen. Die grens kan derhalve niet het object zijn van een EU-verklaring die een tijdelijke wapenstilstandlijn van 1948-49 op magische wijze in een bindende politieke grens verandert. Kortom, in plaats van een politiek vergelijk tussen Israël's en Palestijnen te bevorderen is de EU mede verantwoordelijk voor de slepende impasse van wat cynisch genoeg nog een vredesproces heet.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, ik richt mij graag tot mevrouw Mogherini die er vandaag helaas niet bij kan zijn. Ik zou haar heel graag willen feliciteren met de verklaring die ze vorige week heeft afgelegd. Haar boodschap was sterk en duidelijk. De regularisatiewetgeving die op 6 februari door het Israëlisch parlement werd aangenomen moet veroordeeld worden. Ook hier door ons. Het is een gevaarlijke stap in de foute richting en het overschrijdt de regels van het internationaal recht.

Maar er is meer nodig. De laatste ontwikkelingen tonen heel duidelijk aan dat woorden niet volstaan. In april 2003 stelde het kwartet zijn *Roadmap for Peace* voor. Vandaag, bijna veertien jaar later, is de tweestatenoplossing verder weg dan ooit. De afgelopen maanden hebben de uitbreiding van de Israëlische nederzettingen en de afbraak van Palestijnse huizen en Europees gefinancierde projecten zorgwekkende proporties aangenomen. Mensenrechtenorganisaties wordt systematisch de mond gesnoerd. Enkel door middel van concrete maatregelen kunnen we daar verandering in brengen. We moeten duidelijk stellen dat het internationaal recht door beide partijen gerespecteerd moet worden. Indien dit niet gebeurt, worden vrede en een tweestatenoplossing een complete utopie.

Graag zou ik een paar heel concrete vragen aan u voorleggen. Gezien de situatie, hoe bent u van plan de bilaterale relaties met Israël verder te verdiepen, en met name de partnerschapsakkoorden vorm te geven? Twee, welke gevolgen zal u verbinden aan de éénstaatsrealiteit? Drie, wat zullen de concrete stappen zijn om het differentiatiebeleid tussen Israël en het bezet Palestijns gebied nog verder te verfijnen? En tot slot, een vraag die ik hier al meermaals heb gesteld, hoe ver staan we met de terugbetaling van de Europese projecten die vernield werden?

Νεοκλής Σουλκιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, η κατάσταση στη Δυτική Όχθη χειροτερεύει συνεχώς και τα ευχολόγια δεν βοηθούν. Απαιτείται να μιλήσουμε ξεκάθαρα. Το Κοινοβούλιο πρέπει να τοποθετηθεί με ειλικρίνεια: πρέπει να αποδοθούν ευθύνες. Οι εποικισμοί επεκτείνονται διαρκώς, υπονομεύοντας κάθε ειρηνευτική προσπάθεια για επίτευξη λύσης δύο κρατών. Οι κατάφορες παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων των Παλαιστινίων από τους εποίκους και από τις ισραηλινές κατοχικές δυνάμεις συνεχίζονται. Η ανοχή που επιδείχθηκε, οδήγησε στην απαράδεκτη απόφαση της Knesset να νομιμοποιήσει αναδρομικά 4.000 στίτια εποίκων που χτίστηκαν παράνομα σε ιδιοκτησίες Παλαιστινίων. Αυτή η απόφαση αντιστρατεύεται το διεθνές δίκαιο και κάθε σύμβαση για τα ανθρώπινα δικαιώματα. Τορπιλίζει επίσης κάθε προσπάθεια για επικράτηση της ειρήνης. Την ίδια στιγμή, συνεχίζονται οι επιχειρήσεις των ισραηλινών κατοχικών δυνάμεων ενάντια στον παλαιστινιακό λαό, συνεχίζονται οι κατεδαφίσεις σχολείων και σπιτιών, οι φυλακίσεις παιδιών, οι δολοφονίες και οι διωγμοί. Πώς αναμένετε να υπάρξει προοπτική για επανέναρχη των ειρηνευτικών συνομιλιών εάν δεν αλλάξει πρώτα στάση το Ισραήλ; Το ψήφισμα 2334 του Συμβουλίου Ασφαλείας, το οποίο αναγνωρίζει ως παράνομους τους εποικισμούς στα κατεχόμενα παλαιστινιακά εδάφη και ζητά τον άμεσο τερματισμό της πολιτικής του εποικισμού, είναι ένα σημαντικό θετικό βήμα. Επίσης, η Διεθνής Διάσκεψη του Παρισιού για τη Μέση Ανατολή έστειλε το μήνυμα ότι το Ισραήλ πρέπει να τερματίσει τη στρατιωτική κατοχή της Παλαιστίνης. Φτάνουν πια τα λόγια, συνάδελφοι. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να ασκήσει άμεσα πιέσεις προς το Ισραήλ ώστε να τερματίσει τον εποικισμό, να άρει την κατοχή, να δεσμευτεί σε ένα οδικό χάρτη για την ειρήνη και τη λύση δύο κρατών. Πρώτο βήμα, να παγώσει άμεσα η Συμφωνία Σύνδεσης Ευρωπαϊκής Ένωσης-Ισραήλ!

Margrete Auken, *for Verts/ALE-Gruppen*. – Fru formand! Jeg vil også tale direkte til fru Mogherini, selv om hun ikke er her. Fru Mogherini, i sidste uge sagde du, at reguleringsloven, hvis den blev implementeret, ville – og jeg citerer dig – »yderligere cementere en enstatskonflikt med ulige rettigheder, evig besættelse og konflikt«. Dine ord svarer helt til international lovs definition af apartheid. Israels præsident Rivlin har selv sagt, at implementeringen af denne lov vil få Israel til – jeg citerer igen – »at ligne en apartheidstat«. Når både du og Rivlin mener, at Israel risikerer at blive en apartheidstat, hvorfor vil du så nu for første gang i fem år indkalde til møde med Israel i EU's associeringsråd? Det vil blive set som en belønning af Israels bosættelsespolitik. Her vil jeg godt minde om, at afdøde premierminister Rabin allerede i 1976 kaldte bosættelserne for »en kræftsvulst«. Fru Mogherini, jeg har fire spørgsmål: Hvornår begynder du at forsvare nogle af de få tilbageværende forkæmpere for fred, f.eks. Breaking the Silence? Hvornår vil du sikre, at EU anerkender Palæstina som stat og dermed sende det palæstinensiske folk et ordentligt budskab om håb? Hvorfor lever du ikke op til EU's politik om en ægte adskillelse af Israel og de ulovlige bosættelser? Og endelig, hvornår kræver du erstatning for Israels ødelæggelse af EU-støttede projekter på Vestbredden, som du har lovet her i Parlamentet?

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, a ogni azione corrisponde una reazione uguale e contraria. Neppure Newton avrebbe potuto prevedere quanto il suo terzo principio della dinamica sarebbe stato drammaticamente perfetto per illustrare il conflitto israelo-palestinese.

Partiamo da un dato: la risoluzione numero 2334 del Consiglio di sicurezza ha condannato severamente gli insediamenti, definendoli una *flagrant violation* della legge internazionale. Le colonie non hanno validità legale. Il sostegno è stato quasi unanime, solo gli Stati Uniti si sono astenuti. La reazione israeliana purtroppo non si è fatta attendere. Prima ha richiamato gli ambasciatori dalla Nuova Zelanda e dal Senegal, verso il quale ha cancellato anche gli accordi di cooperazione. Poi ha ammonito quelli di ben altri dieci paesi. Infine, ha dichiarato di non voler rispettare i termini della risoluzione e di ritirare la quota annuale di 6 milioni di dollari dalle Nazioni Unite. Il 24 gennaio, poi, l'annuncio di 2 500 nuove case nel West Bank e 566 a Gerusalemme, mentre il 6 febbraio la Knesset ha approvato la famigerata *Regularization Law* che permetterà la legalizzazione di ben 4 000 insediamenti israeliani in Cisgiordania.

E ancora un'altra reazione, quella del Segretario generale delle Nazioni Unite Guterres, che ha avvertito Israele che l'adozione di questa legge avrà conseguenze legali. Dall'altro lato, Hamas ha scelto un nuovo leader per Gaza. Si tratta di Yahya Sinwar, 55 anni, falco tra i falchi. Senz'altro la peggiore scelta possibile per il popolo israeliano, ma forse non così negativa per il suo attuale governo.

Io non so voi, colleghi, ma non voglio assistere a quello che sembra essere un percorso già segnato con l'escalation dell'ennesimo sanguinoso conflitto come unico possibile esito. Dopo il sostanziale fallimento dello sforzo francese, definito un matrimonio senza sposi, è tempo di dare un segnale deciso, in primis alla potenza occupante, cui spetta il primo passo. Mettiamo quantomeno giuridicamente le due parti sullo stesso piano. L'Alto rappresentante chieda formalmente a tutti gli Stati membri e all'Unione di riconoscere la Palestina come Stato. All'orizzonte si profila una posizione americana tutt'altro che neutrale. Avremo noi il coraggio di sostenere, anche da soli se necessario, non ciò che è facile ma ciò che è giusto?

Marcus Pretzell, im Namen der ENF-Fraktion. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur einen Tag, nachdem Frau Merkel die deutsch-israelischen Regierungskonsultationen abgesagt hat, versuchen Sie, sich hier in einem Tribunal gegen Israel zu erheben. Israel baut in Judäa und Samaria Wohnungen. Damit hat Israel mit der Europäischen Union etwas gemeinsam, denn auch die Europäische Union baut ohne rechtliche Grundlage in Judäa und Samaria und beschwert sich dann darüber, dass das teuer wird, wenn es abgerissen wird, was man dort illegal errichtet hat. Insofern wäre es vielleicht angezeigt, dass die Europäische Union beginnt, bei sich selbst an den rechtlichen Maßstäben einmal zu drehen. Und wenn Sie den Vorwurf erheben, dass Israel damit eine Einstaatenpolitik befördert – nun, damit haben Sie vermutlich Recht. Das nennt man wohl Real- und auch Sicherheitspolitik für Israel.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, συνεχίζεται το έγκλημα διαρκείας στην Παλαιστίνη με την κλιμάκωση της καταστολής του Ισραήλ κατά του παλαιστινιακού λαού. Δολοφονίες, τραυματισμοί, συλλήψεις, ξεριζώμα Παλαιστινίων, ακόμα και από τις εστίες τους εντός του Ισραήλ και, τώρα, εντεινόμενοι καινούργιοι εποικισμοί 4.000 κατοικιών που γίνονται με την ανοχή της Ευρωπαϊκής Ένωσης, των Ηνωμένων Πολιτειών, του NATO και των συμφωνιών τους με το Ισραήλ, παρά τις διήθεν καταγγελίες. Όσο για τις Ηνωμένες Πολιτείες, οι ανακοινώσεις της κυβέρνησης Trump για εκκίνηση της διαδικασίας μεταφοράς της αμερικανικής πρεσβείας στο Ισραήλ από το Τελ Αβίβ στην Ιερουσαλήμ αποθρασύνουν την ισραηλινή κυβέρνηση. Προετοιμάζεται το έδαφος για νέα κλιμάκωση των ανταγωνισμών στην περιοχή που, για μια ακόμα φορά, θα πληρώσουν με το αίμα τους οι λαοί. Η ελληνική κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ όχι μόνο διατηρεί αλλά προκλητικά αναβαθμίζει τις οικονομικές, πολιτικές και στρατιωτικές σχέσεις με το εγκληματικό κράτος του Ισραήλ. Η θέση του ΚΚΕ παραμένει αποφασιστικά αλληλέγγυα υπέρ του αγώνα του λαού της Παλαιστίνης για τη δημιουργία δικού του ανεξάρτητου και κυρίαρχου κράτους, στα σύνορα του 1967, με πρωτεύουσα την Ανατολική Ιερουσαλήμ, δίπλα στο Ισραήλ.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού).)

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Nie wiem, czy Pan wie, że miesiąc temu delegacja Komisji Spraw Zagranicznych z naszego Parlamentu była w Jerozolimie i kilka dni po naszym wyjeździe bardzo blisko miejsca, gdzie się zatrzymywaliśmy, doszło do zamachu, w którym na ulicy zginęło duże grono młodych osób z rąk terrorysty powołującego się na sprawę palestyńską. Czy naprawdę nie uważa Pan, że jeżeli mówimy o pokoju i bezpieczeństwie, to nie powinniśmy mówić o budowach, dlatego że same władze palestyńskie też nielegalnie obdurowują Jerozolimę, ale powinniśmy mówić o życiu i bezpieczeństwie ludzi?

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Το έχουμε βρει, όλα αυτά τα χρόνια, να μιλούμε για ένα λαό που αγωνίζεται για το δικαίωμα να έχει πατρίδα, να τον θεωρούμε τρομοκράτη αυτόν τον λαό. Τρομοκράτης είναι το κράτος του Ισραήλ, τρομοκρατία είναι οι ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις. Βεβαίως υπάρχουν στην ευρύτερη περιοχή μεγάλα συμφέροντα και αυτά τα κρύβετε, συμφέροντα ενεργειακών δρόμων, συμφέροντα που έχουν να κάνουν με την ενέργεια, με τους δρόμους μεταφοράς, με μεγάλα μονοπώλια. Αυτά κρύβονται, για αυτά αιματοκυλιούνται οι λαοί. Έχουν μεγάλες ευθύνες και η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι Ηνωμένες Πολιτείες και το NATO στην ευρύτερη περιοχή και αυτά τα περί τρομοκρατίας έχουν απορριφθεί από τους λαούς.

James Carver (EFDD). – Madam President, yes, emotions are running very high in this Chamber, but Mr Papadakis has just called the State of Israel a terrorist state. Will you be taking action in regard to that?

President. – I can tell you that I took note of it and that we will have a debate on it in the Bureau.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señora presidenta, señorías, Oriente Medio es uno de los agujeros negros de la política internacional. Yo pienso que la Unión Europea no debe vacilar, no debe poner en cuestión su política hacia la región simplemente porque haya nuevos desarrollos en los Estados Unidos.

Creo que debemos perseguir el objetivo de dos Estados independientes, soberanos, viables que coexistan en paz y que se respeten mutuamente, y creo, señora presidenta, que cualquier decisión que frustre ese objetivo no se sitúa en el horizonte de la paz, sino que simplemente la complica.

Israel se siente orgulloso de ser un Estado democrático y por eso estamos impacientes de conocer la decisión del Tribunal Supremo sobre la legalidad o no de esta ley de asentamientos. Mientras tanto, creo que debemos estar atentos, creo que debemos ser coherentes con nuestra política y, en estos tiempos difíciles, no complicar y no frustrar el largo, difícil y tortuoso camino hacia la paz.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Természetesen nincs abban vita kettőnk között, kedves Kolléga, hogy az Európai Uniónak kell, hogy legyen egy nagyon világos saját álláspontja, de én azért ebből nem szakítanám ki az amerikai kontextust. Én nagyon is azt gondolom, hogy Trump felelőtlen politikája volt az, ami ezt a mostani helyzetet is tulajdonképpen kiprovokálta. Ön kitart amellett, hogy ebben az amerikai ügyeket ne vegyük figyelembe?

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – Creo que es evidente que a nosotros, querido colega, nos corresponde determinar nuestra propia política, y a los americanos determinar la suya. Eso no quiere decir que tengamos que vacilar en la línea coherente —y eso es lo que he sostenido en mi intervención— de la política tradicional que, desde Oslo, ha venido manteniendo la Unión Europea. Por lo tanto, creo que tenemos que tomar nota de las circunstancias de la realidad y seguir avanzando con arreglo a la coherencia que nos dictan nuestros principios.

Elena Valenciano (S&D). – Señora presidenta, yo comparto la necesidad de que la Unión Europea mantenga el rumbo, y el rumbo que hemos definido es el de la paz. Y, para la paz, hemos definido la necesidad de la solución de los dos Estados.

El problema, lo que aquí venimos a denunciar, es que esta práctica del Gobierno israelí va a hacer *de facto* imposible la solución de los dos Estados y, por lo tanto, la hoja de ruta de la Unión Europea no va a poder mantenerse. Este es el problema.

El problema es que legalizar estos asentamientos viene a ser ni más ni menos que abrir la posibilidad de la ocupación definitiva de Cisjordania y de, por lo tanto, impedir la solución de los dos Estados, que es justamente la solución que la Unión Europea apoya. Este es el problema.

Por lo tanto, decía el señor Salafranca, tomamos nota. Tomamos nota y condenamos el hecho de que se estén legalizando asentamientos condenados por toda la comunidad internacional. Es decir, que Israel ha empezado a legislar ya sobre un territorio que no es el suyo.

¿Qué es lo que me preocupa? Que el avance de esa política haga imposible la paz. Eso es lo que debería preocuparnos a todos.

Yo no quiero, de ninguna manera, mantener una posición equidistante, porque creo que el pueblo palestino es el pueblo principalmente oprimido por un ocupante. No voy a dejar tampoco de condenar los atentados terroristas contra civiles israelíes, pero es indudable que la política de Netanyahu está llevándonos a un callejón sin salida: siempre es una política de hechos consumados que impide justamente el camino para la paz, y el responsable en este momento es el señor Netanyahu.

En la Knéset algunos diputados se han levantado contra esta política de regularizar asentamientos. Eso demuestra que en Israel también hay una posición distinta que nos llena de esperanza.

Die Präsidentin. – Herr Belder, ich habe gesehen, dass Sie eine „blaue Karte“ für Frau Valenciano wollen. Aber da wir in der Zeit schon fortgeschritten sind, nehme ich „blaue Karten“ nur von Personen, die noch nicht gesprochen haben und die noch keine „blaue Karte“ hatten. Danke für Ihr Verständnis.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Madam President, given the conflict and oppression that afflicts so many countries in the greater Middle East, I must say I find it extraordinary that this Parliament should be debating a resolution that puts in the dock the one example in the region of exceptional stability, democracy, freedom of religion and economic vitality. In spite of all the negative pressures, Israel has gone from strength to strength.

It seems that Israel's very success is the focus of violent and frustrated envy. If we look at the Palestinian Authority, half of its territory, Gaza, is under the oppressive rule of Hamas and out of the political reach of the Palestinian leadership in Ramallah. Hamas is becoming increasingly popular in the West Bank with a young population fed a diet of hateful propaganda towards Israel.

It need not be like this. I do not fall into the trap of imagining that settlements policy, unhelpful as it is, is the real obstacle to peace. We saw how Israel evacuated its settlements in the Sinai to facilitate peace with Egypt, and in Gaza to facilitate the ill-fated handover of that territory to the Palestinians. Of course, if there was goodwill, the elements of the two-state solution are ready and available.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tomáš Zdechovský (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Já bych se vás chtěl zeptat: Jaké tedy vidíte konkrétní řešení celého problému? Vy jste celkem pozitivně mluvil ve prospěch Izraele, ale chtěl bych vědět: Jak vy byste viděl celou situaci, jak bychom ji mohli řešit, a jak vidíte sám za sebe řešení dvou samostatných států? Jeden na jedné straně Palestiny a druhý na straně Izraele. A ještě, jestli byste se vyjádřil k otázce, že Evropská unie nadržuje Izraeli. Myslíte si to také?

Geoffrey Van Orden (ECR), blue-card answer. – We could open up a very long debate there, of course. A two-state solution, yes: a State of Israel living in security as a largely Jewish state, and a State of Palestine living without terrorism and recognising the State of Israel. That is the sort of way ahead I would see there. But if we want to be helpful, then the European Union should use the enormous financial leverage that it has to get the Palestinians back to the conference table instead of encouraging them in false dreams.

Ivo Vajgl (ALDE). – To razpravo bi po prvotni zamisli morali posvetiti predvsem zidavi nezakonitih izraelskih naselij na okupiranem ozemlju bodoče palestinske države.

Zaradi običajnega razmerja sil v tej hiši, ko gre za odnose z Izraelom, zaradi črno-belega obravnavanja vseh vprašanj, ki so v zvezi s problemom Palestine, smo to razpravo dali v širši vsebinski kontekst.

To ne more zamegliti dejstva, da je pospešena gradnja naselij škodljiva za perspektivo miru, prihodnost mladih Izraelcev in Palestincev in v krajni posledici za varnost države Izrael. Varnosti in priznanje si bo Izrael, enako kot vse države sveta, zagotovil s spoštovanjem pravic drugih, s ponujeno roko sodelovanja sosedom in s spoštovanjem mednarodnega prava.

Veseli me, da je zadnje dni tudi ameriški predsednik dal previdno vedeti, da sodi, da je to edina pot k miru tako za Izrael in k stabilnosti regije na Bližnjem vzhodu.

Nerešeno palestinsko vprašanje je stalna grožnja in hrana za ekstremiste vseh barv in narodnosti.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, the Middle East peace process and the two-state solution has been suffocated. It is buried alive under the concrete slabs of thousands of illegal Israeli settlements. They are war crimes under the Fourth Geneva Convention. These settlements are an absolute outrage. Every time Israel announces new settlements or demolishes more Palestinian homes, the international community just wags its finger and the EU merely condemns. The recent UN Security Council resolution 2334 was without doubt an improvement. But Israel says 'take a hike', more or less, and increases the rate of illegal settlements and land theft. Israel must be stopped from acting with impunity. When Member States breach EU law, they are faced with sanctions and infraction proceedings, but when Israel breaches EU law, it does not face sanctions. We must suspend the EU-Israel Association Agreement, which is predicated on EU law, and Member States must implement the labelling guidelines for settlement goods.

Pascal Durand (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, quand les discussions tournent trop à la passion, il est parfois bon d'avoir la lucidité et le courage de s'en tenir aux règles de droit et, finalement, cela peut être une solution.

Alors permettez-moi juste une petite lecture du *Journal officiel de l'Union européenne* – nous sommes le 12 novembre 2015: «Puisqu'en vertu du droit international, le plateau du Golan et la Cisjordanie (y compris Jérusalem-Est) ne font pas partie du territoire israélien, l'indication "produit en Israël" est considérée comme fausse et susceptible d'induire en erreur au sens de la législation». Vous savez qu'au-delà des mots dont nous nous payons régulièrement, le Parlement européen et la Commission ont demandé que soit interdite l'importation de produits sur lesquels ne figure pas l'indication de l'origine des marchandises issues des territoires occupés depuis juin 1967.

Monsieur le Ministre, je ne vous proposerai pas de partager avec moi cette bouteille, car vous vous rendriez coupable d'une infraction. Voici un produit acheté en France et en Belgique, d'importation libre, qui est produit à Katzrin (Israël). Katzrin se trouve sur le plateau du Golan, c'est un territoire occupé: ce produit n'a pas le droit de porter la mention «produit en Israël». Quand ferez-vous respecter la loi?

Petr Mach (EFDD). – Madam President, it seems that some people in the European Union, including Ms Mogherini and others, love to criticise Israel. Many people in the EU would love to have a Palestinian state in the West Bank and they denounce any Jewish settlement there.

Of course, it is okay to criticise any country and to wish anything, but one should be fair, and the EU is not fair in its policy towards Israel. First, we should recognise that Israel is our best friend and closest ally in the Middle East. Second, the EU should recognise that, in this Israeli-Palestinian conflict, there are competing claims over the West Bank, and it makes no sense to stand on the Palestinian side of the conflict. The EU should recognise that both Palestinians and Jews live in the area and the EU should be neutral at least.

And third, the conflict cannot be resolved from the EU, in the EU or by the EU without Israel and without Palestinians. This conflict can be resolved only through direct talks between Israel and Palestinians. Therefore, the EU should not discriminate against Israelis in this conflict. Since the EU has abolished all tariffs on Palestinian goods from the West Bank, it should abolish tariffs on Jewish goods as well.

I want to invite all of you to a conference entitled 'Israel and the West Bank, myths and facts', which I am organising in Brussels on 28 March. Please feel free to come and listen to arguments.

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Madame la Présidente, depuis des années, l'État israélien viole le droit international en occupant et en colonisant les territoires palestiniens.

L'adoption d'une résolution, en décembre dernier, par le Conseil de sécurité de l'ONU est très claire: les implantations en Cisjordanie sont illégales au regard du droit international. Sans doute M. Nétanyahou pensait-il avoir en la personne du nouveau président américain un soutien inconditionnel à sa politique d'expansion, mais Donald Trump vient de déclarer que les colonies sont un obstacle à la paix. Mon collègue M. Aliot le disait aussi il y a quelques semaines: «les colonisations ne sont pas utiles à la recherche de la paix».

La seule solution viable qui soit est celle de deux États souverains avec des frontières sûres et reconnues. Israël a droit à la sécurité et le peuple palestinien a droit à sa souveraineté. En outre, la reconnaissance d'un État permettrait aux Palestiniens de disposer de moyens nécessaires à la lutte contre le terrorisme.

Notre responsabilité est de ne pas contribuer à mettre de l'huile sur le feu, en œuvrant pour le respect de cette résolution de bon sens de l'ONU.

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! Es wurde heute dreimal über Realpolitik gesprochen.

Die Realpolitik ist in der Tat die Zweistaatenlösung und diese Lösung verdient Ihre volle Unterstützung. Der heutigen Debatte ist eine völkerrechtswidrige Abstimmung im israelischen Parlament vorausgegangen. Dadurch wird eine friedliche Lösung im Nahen Osten immer unwahrscheinlicher. Wieder einmal wurde der rechtswidrigen Siedlungspolitik Israels ein Schein der Legalität verliehen und fremdes Land und fremdes Eigentum annektiert.

Kein Geringerer als der israelische Generalstaatsanwalt Avichai Mandelblit hatte kurz vor der Abstimmung öffentlich erklärt, er könne ein solches Gesetz juristisch nicht verteidigen – es verstoße gegen israelisches und internationales Recht. Den selbsternannten Verteidigern der radikalen völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik hier in diesem Hause sage ich: Überprüfen Sie Ihre bisherigen Positionen im Interesse des Friedens, denn die viel beschworenen westlichen Werte gelten auch für Israel.

Lars Adaktusson (PPE). – Madam President, just like the Attorney General of Israel, I believe there are reasons for criticising the so-called Regulation Bill. It is very likely that it will be deemed unconstitutional by the Israeli Supreme Court. That being said, it is imperative to realise that the settlement policy and the occupation are symptoms, not reasons, when it comes to the Israeli-Palestinian conflict. Looking back in history, neither Israeli concessions nor the return of land have led to dialogue and peace. The EU should be a guardian of international law. The EU should also defend Israel's right to exist. Therefore, we must work for a negotiated two-state solution and Islamists must abandon their aim of having Israel wiped off the map. That, not Israeli settlements, is the main obstacle to peace.

Marita Ulvskog (S&D). – Fru talman! Vad vi ser på Västbanken är en skrämmande eskalering, med israeliska planer på över 6 000 bosättningsstäder på ockuperad mark och ett beslut från Knesset om att illegalt konfiskera privatägd palestinsk mark. Det är väldigt svårt att se detta som annat än en följd av det amerikanska presidentvalet, en Trump-effekt eller en Trump-/Netanyahu-effekt, och den är farlig.

EU, FN och den så kallade kvartetten har vid upprepade tillfällen uppmanat Israel att upphöra med sin bosättningspolitik och börja verka för en meningsfull fredsprocess. Nu går utvecklingen istället åt rakt motsatt håll.

Viktigare än någonsin är att EU nu agerar för fred och inte ger upp målet med en tvåstatslösning. Jag vill också påminna Mogherini om vår uppmaning om att gå vidare med kraven om ersättning för förstörelsen utav EU-finansierade biståndssprojekt i exempelvis Gaza. Vi kan inte skicka dubbla budskap och tillåta denna förstörelse utan att agera. Att i nuläget istället återuppta ett associeringsråd med Israel, till exempel, som det pratas om vore dessutom att verkligen ge dubbla signaler. Här krävs klarhet, här krävs bestämdhet och här krävs uthållighet.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Fru formand! ECR-Gruppen og Dansk Folkeparti havde ønsket, at dagens debat skulle handle om, hvordan vi genstarter fredsprocessen. I stedet har et flertal her i huset – som de efterhånden har fået for vane – valgt, at vi endnu engang skal debattere ud fra den præmis, at alt, hvad Palæstina gør, er rigtigt, og alt, hvad Israel gør, er forkert. Sandheden er, at der ikke kommer nogen samlet fredsløsning eller nogen reel løsning på dette problem, før alle disse enkeltelementer tages under ét. Politikken her i huset om at anerkende en palæstinensisk stat, før en fredsløsning ligger, angriber bosættelserne gang på gang og i det hele taget promovere terroraktiviteter med EU-midler i det palæstinensiske selvstyreområde er kun med til at spille EU af banen som neutral aktør og ikke til at skabe fred i Mellemøsten eller mellem israelere og palæstinensere. Hele debatten her er kontraproduktiv, men jeg er sikker på, at vi vil have den igen og igen, og jeg er sikker på, at vi bare vil spille EU længere og længere væk som en mulig konflikt-mægler i konflikten.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, there is very good reason to be critical of the Israeli policy on settlements. There is equally good reason to be critical of the inability of the Palestinian Administration to administer Gaza.

(Aside to Ms Auken 'I did not interrupt you, you do not have to interrupt me')

There are a number of issues we may have vis-à-vis any of the authorities involved, and we can continue to have debates of this kind. This debate is very similar, if not identical, to the previous ones and we will continue and continue, and what is the contribution really?

I think that the only way out is to agree that we put the weight of the European Parliament behind a motion seeking, in interaction with Ms Mogherini, serious unconditional negotiations on peace, on a peace settlement, on the resumption of the talks.

That is the only way. Otherwise, in a month or two months, we will again have a joint resolution which will be critical of either one side or the other, and that is not the way out. If we are serious about it, and we do not want the Russians again to enter with their influence in a way that will have extremely negative effects, there is only one course of action. Let us try to agree on that point. That is what I would propose.

James Carver (EFDD). – Mr President, most agree that the two-state solution to the Israel-Palestine issue is the best way forward. Indeed, many international actors are signed up to this approach. My issue is not with strategy, but with the rhetoric and anti-Israeli and anti-Semitic statements that continue to emanate from parts of this Chamber. The Israeli Government is on record as being committed to the two-state answer, but they have also said this is presently impossible due to the lack of trust between Israeli and Palestinian leadership, and indeed the two peoples. Israel has asked the international community to help build up trust so that progress can be made, but their plea is often ignored, especially in this place. It is, of course, much easier to grandstand than offer anything constructive; much easier to criticise than offer a balanced approach. Let's just for once consider the reality – Israel has understandable security concerns, and indeed concerns for its very survival. Many neighbours call for her destruction at the very time that Hamas sits on Israel's borders fomenting death and destruction. There are constant terrorist attacks against Israel's civilian population and a recognised rise of anti-Semitism around the world, not least in this place. Thus, Israel pursues policies to safeguard her people and interests, and until until a Palestinian authority can be trusted and Hamas desists from pushing an agenda of extinction, it is unreasonable to expect the Israeli Government to enter into agreements with a dysfunctional enemy. I recognise that Israeli settlements are a major obstacle to a lasting agreement, but the international community must do more to give her government the necessary sense of security to make tough decisions.

Finally, I hope this Chamber can actually be even-handed and desist from anti-Israeli settlement sentiment, which may play well here but in reality costs both Israeli and Palestinian lives. However, judging by what has already been said during this debate, I do not think that is likely to happen.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, el proceso de paz en Oriente Medio pasa por un momento muy difícil. La política de asentamientos en Cisjordania dificulta la reanudación de las negociaciones y también llega a poner en peligro la viabilidad de la solución de los dos Estados. El distanciamiento entre las partes se ha incrementado por unos asentamientos que están aumentando, desgraciadamente, en los últimos tiempos, desoyendo las llamadas de la comunidad internacional. Baste con señalar la reciente Resolución 2334 del Consejo de Seguridad y también los consejos incluso de la propia Administración Trump.

La Unión Europea no se puede desentender de esta situación. Debemos desempeñar un papel activo y constructivo hablando, intensificando los contactos con las partes y también nuestros contactos con el Cuarteto, la ONU, la Administración Trump y los países árabes.

Termino. El impulso y el acompañamiento internacionales no podrán sustituir a unas negociaciones directas. Será precisa, en última instancia, la voluntad de israelíes y palestinos para alcanzar una solución justa, duradera y global basada en el principio de los dos Estados, solución -tengo que recordarlo- que no va en detrimento de nadie, sino, creo, en beneficio de las dos partes.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è già stato detto che, con l'approvazione della legge sulla regolarizzazione da parte della Knesset, Israele ha superato un limite che non aveva mai oltrepassato, compromettendo di fatto la soluzione dei due Stati.

Di fronte a questo, l'Unione europea deve uscire da una contraddizione. Se da un lato, infatti, c'è la condanna dell'Unione europea rispetto a questo atto, invitando le autorità israeliane a non attuare la legge, dall'altro si prepara all'avvio dei negoziati del Consiglio di associazione con Israele. Due azioni che rendono evidente tutte le ambiguità della politica estera europea. Proprio perché tutto questo sta avvenendo in un contesto geopolitico completamente nuovo e turbolento, non abbiamo bisogno di un insensato realismo politico. Da parte dell'Unione europea è necessario, ora più che mai, uno sforzo di coerenza, quella coerenza che le impone moralmente e giuridicamente di rimanere fedele ai propri principi e ai valori costitutivi, condizionando qualsiasi tipo di accordo con i paesi terzi al rispetto dei diritti

umani e del diritto internazionale.

Si chiede cosa bisogna fare, cosa può fare il Parlamento europeo. Certo non troviamo qui la soluzione del processo di pace, ma una cosa la possiamo fare sicuramente e mi sembra semplice: bisogna sospendere e posticipare il Consiglio di associazione fino a quando Israele non avrà chiarito definitivamente le proprie intenzioni nei confronti dei territori colonizzati. Questo rappresenterebbe nei confronti della comunità internazionale un chiaro segnale di maturità politica dalla nostra Unione europea.

Arne Lietz (S&D). – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der nachträglichen Legalisierung illegaler Siedlungen hat das israelische Parlament einen Präzedenzfall geschaffen.

Dies könnte der erste Schritt hin zu einer völligen Annektierung der besetzten Gebiete sein. Eine Zweistaatenlösung rückt damit in eine immer weitere Ferne. Ich begrüße daher die Entscheidung, den bislang für den 28. Februar geplanten Assoziierungsrat zwischen Israel und der EU zu verschieben. Eine Wiederaufnahme der Gespräche sollte erst erfolgen, wenn die israelische Regierung von ihrer kontraproduktiven Siedlungspolitik abrückt.

Die Europäische Kommission sollte konkrete Maßnahmen vorschlagen, wie die EU zukünftig konsequenter zwischen dem Staat Israel und den illegalen Siedlungsaußenposten unterscheiden kann. Eine Differenzierung durch die Mitgliedsstaaten und die daraus folgenden Konsequenzen, zum Beispiel durch die Kennzeichnung von Produkten aus besetzten Gebieten, könnte hier in der Praxis und müsste noch schneller und stärker stattfinden.

Ich hätte mir auch eine Entschließung des Europäischen Parlaments in Anlehnung an die UN-Sicherheitsratsresolution 2334 vom Dezember 2016 gewünscht, in der wir die Siedlungspolitik klar verurteilen. Leider wurde dies bisher unter anderem von der EVP-Fraktion verhindert.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, la loi sur la régularisation des colonies ainsi que la décision d'étendre celles-ci – plus de 6 000 nouveaux logements rien que sur le mois de janvier 2017 — sont tout simplement à considérer comme une nouvelle annexion du territoire palestinien par les Israéliens.

Les déclarations et les condamnations ont montré leurs limites à l'égard du gouvernement israélien. L'Union doit maintenant agir. Allons-nous attendre l'annexion totale de la Cisjordanie pour pouvoir agir?

Dans le cadre de l'accord d'association, dont beaucoup de mes collègues ont parlé, il est tout à fait possible de prendre des mesures concrètes. L'article 2 de l'accord UE-Israël dit – je cite: «les relations entre l'Union européenne et Israël sont basées sur le respect des droits de l'homme et des principes démocratiques». On peut donc dire que cet article 2 n'est tout simplement pas respecté, ce qui doit permettre de remettre en question cet accord d'association, voire de le conditionner à de nouvelles discussions.

Eugen Freund (S&D). – Herr Präsident! Es ist wohl ein reiner Zufall, dass wir gerade heute über dieses heiße Thema diskutieren, denn morgen treffen der neue amerikanische Präsident und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zusammen – zum ersten Mal übrigens. Bis jetzt hat es in der Siedlungsfrage zwischen der EU und den USA kaum größere Meinungsunterschiede gegeben. Jetzt freilich stehen wir einem US-Präsidenten gegenüber, der seine Sympathie für die radikale Politik Netanjahus nicht verhehlt.

Wir müssen ganz klar artikulieren, dass jede weitere Siedlung in der Westbank und viele Neubauten davor dieser unserer Politik zuwiderlaufen, nämlich dass nur ein eigenständiges, existenzfähiges Palästina und ein Israel, dessen Grenzen sicher sind, dauerhaften Frieden im Nahen Osten schaffen können. Wir können natürlich weiter einfach zusehen, wie sich die Situation von Tag zu Tag verschlimmert, oder wir können aktiv als Europäische Union Druck auf die Streitparteien ausüben. Das zu tun, ist höchste Zeit.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è necessario condannare nuovamente la politica del governo di Netanyahu sugli insediamenti, culminata con l'approvazione da parte della Knesset della legge sulla regolarizzazione retroattiva di migliaia di essi. Ciò in spregio alla risoluzione 2334 del Consiglio di sicurezza dell'ONU e in spregio alle condanne internazionali, tra cui la nostra. La soluzione a due Stati non è mai stata così a rischio come oggi. Dobbiamo dunque intervenire come Unione, assieme alla comunità internazionale, su quello che ormai si può considerare un processo di annessione della Cisgiordania, come apertamente affermato da alcuni esponenti della destra israeliana.

Sappiamo che il grande popolo d'Israele e le forze di opposizione non sono Netanyahu. Ribadiamo a loro la nostra assoluta vicinanza e amicizia e facciamo appello a loro e la prossima settimana lo faremo di persona con una delegazione del Parlamento europeo, affinché continuino a contrastare e denunciare la gravissima situazione che danneggia per primo Israele stesso. Vogliamo ancora credere che una pace sia possibile, nel rispetto dei diritti umani e del diritto internazionale.

Zgłoszenia z sali

Pavel Svoboda (PPE). – Pane předsedající, vztahy Evropské unie s Izraelem musí vycházet z toho, že Stát Izrael je právní demokratický stát, který je naším spolehlivým partnerem v regionu a spojencem v boji proti terorismu.

Izraelsko-palestinský konflikt nelze redukovat na otázku osad na Západním břehu. Chceme-li dosáhnout životaschopného řešení v podobě dvou států, musíme podporovat hlavně bilaterální dialog Izraelců a Palestinců. Takový dialog z mého pohledu předpokládá, že palestinské vedení nejen odsoudí terorismus z palestinské strany, ale také proti těmto teroristům bude aktivně bojovat.

Za současné komplikované mezinárodní situace musí Evropská unie postupovat rozvážně a přispět k vytvoření podmínek, za kterých obě strany budou moci opět zasednout k jednacímu stolu.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, la construcción de asentamientos es contraria al Derecho internacional y, por tanto, ha sido objeto de una condena clara en la Resolución 2334 del Consejo de Seguridad de Naciones Unidas, sin que tuviese lugar el veto de uno de sus miembros permanentes, los Estados Unidos, lo que significa muchísimo. En la práctica, predetermina la impracticabilidad de la solución de los dos Estados, y esto es lo más grave de todo.

Y por eso, es imprescindible hablar con claridad al Gobierno de Netanyahu, no solamente porque sus políticas se hayan escorado hacia la derecha ultraortodoxa y ultranacionalista, que niega, a través de una política de hechos consumados, la política necesaria para restablecer el diálogo bilateral con la Autoridad Palestina y perpetúa la situación de ocupación de los territorios palestinos, sino, sobre todo, porque perjudica la causa de la amistad de la Unión Europea con las comunidades judías en Europa y, también, la de la amistad de la Unión Europea con el Estado de Israel.

Es imprescindible que la Unión Europea emita una señal inequívoca de rechazo a esos asentamientos en el Consejo de Asociación de la Unión Europea con Israel y por tanto, los socialistas hemos insistido muchísimo en que la señora Mogherini tenga toda la autoridad para lanzar ese mensaje claro de rechazo a la política de asentamientos que viene practicando como hecho consumado.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, τη Δευτέρα 7 Φεβρουαρίου, η ισραηλινή Βουλή, σε αντίθεση και με τις αποφάσεις του ΟΗΕ για την απαγόρευση των εποικισμών, τελικά υπερψήφισε τη συνέχιση των εποικισμών με την ανοικοδόμηση χιλιάδων κατοικιών μέσα στο παλαιστινιακό έδαφος, στη Δυτική Όχθη και στην Ιερουσαλήμ. Φέτος μόνο ο ισραηλινός στρατός έχει καταστρέψει ολοσχερώς περίπου τετρακόσια οικήματα και άλλα κτίρια στη Δυτική Όχθη ενώ παράλληλα προχωρά στην κατάσχεση των εδαφών των Παλαιστινίων και περιορίζει τις κινήσεις των Παλαιστινίων που ζουν στα κατεχόμενα εδάφη. Αντί να δοθεί λύση στο Παλαιστινιακό ζήτημα, η ισραηλινή κυβέρνηση εμμένει ακόμη περισσότερο στους μέχρι τώρα εποικισμούς στη Ιουδαία και στη Δυτική Όχθη και τονίζει ότι θα συνεχιστούν με αμείωτη ένταση, γεγονός το οποίο μπορεί να οδηγήσει το Ισραήλ στο Διεθνές Δικαστήριο της Χάγης. Πρέπει, κατά την άποψή μας, το Ισραήλ να συμμορφωθεί πλέον με τις αποφάσεις του ΟΗΕ στο σοβαρό αυτό ζήτημα και να σταματήσουν οι εποικισμοί, οι οποίοι είναι παράνομοι.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, πήρα το λόγο μόνο και μόνο για να εκφράσω τη βαριά μου δυσαρέσκεια διότι άκουσα συναδέλφους, κι ας ήταν λίγοι, που εξέφρασαν την υποστήριξή τους στους εποικισμούς, στην παράνομη ανοικοδόμηση πάνω στα εδάφη των Παλαιστινίων, συναδέλφους που υποστήριξαν ότι δεν υπάρχει, που προσποιούνται πως δεν βλέπουν κατοχή. Αγαπητοί συνάδελφοι, θα δεχόταν κανείς από σας να συμβαίνει στην πόλη σας αυτό που συμβαίνει στη Βηθλεέμ; Μια πόλη των 170.000 κατοίκων, με 17 οικισμούς πάνω στα χώματα των Παλαιστινίων που μπαίνουν σαν το καρκίνωμα μέσα στην πόλη, με 100.000 κατοίκους. Και ποιο είναι το πιο παράδοξο: δεν πληρώνουν καν τέλη, ως δημότες της Βηθλεέμ, έχουν ξεχωριστούς δρόμους που πηγαίνουν στην Ιερουσαλήμ ή αλλού, για να πάνε στις δουλειές τους. Υπάρχει πιο

απαράδεκτο πράγμα που μπορεί να συμβεί σε ένα λαό; Θέλω να σας πω ότι δεν πιστεύω ότι το Ισραήλ εργάζεται για λύση δύο κρατών. Εργάζεται για ένα κράτος με δύο συστήματα, δυστυχώς.

Diane Dodds (NI). – Mr President, over my years in this House, I have participated in many debates on the Middle East peace process. These debates always have the same tone: largely anti-Israel, largely pro-Palestinian. When we have Members in this House referring to Israel as a terrorist state, is it any wonder that – as one EPP Member pointed out – the European institutions are largely seen as irrelevant to a peaceful solution? Indeed, given the election of President Trump, this is likely to be increasingly the case.

Settlements are a huge issue and the current handling of them is unhelpful, but so too is violence against the State of Israel. When will this Chamber recognise that Israel is an important economic partner, an important partner in the fight against terrorism, and the only fully functioning democracy in the Middle East? This Chamber needs to be more even-handed in its handling of these very sensitive issues.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come abbiamo già ricordato, noi come gruppo avremmo preferito il titolo originale della discussione, che era molto più ampio, perché siamo convinti che tentare di ridurre il conflitto ad un unico aspetto non aiuti, per quanto sia un aspetto importante come quello degli insediamenti.

Come è stato ricordato, la situazione è estremamente delicata e fragile, ma con certe prese di posizione noi rischiamo di allontanare le due parti. Se invece vogliamo facilitare il dialogo di pace, dobbiamo fare in modo di trovare un approccio costruttivo e bilanciato che porti beneficio ad entrambe le parti, con negoziati bilaterali e diretti senza precondizioni, che sono l'unico modo per raggiungere e mantenere la pace basata su una soluzione per due Stati, come è stato più volte menzionato.

Per quanto riguarda poi la legge di regolarizzazione, vorrei ricordare che ogni legge della Knesset, in caso di contestazione, può essere rivista dall'Alta Corte di giustizia e questa probabilmente verrà contestata. Vorrei ricordare che il governo di Israele, anche recentemente, ha dimostrato di volersi attenere alle decisioni dell'Alta Corte. Quindi noi dobbiamo muoverci in accordo con ambo le parti, se vogliamo essere d'aiuto, e concentrare le nostre energie su iniziative costruttive per facilitare veramente il dialogo.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il processo di pace con la Palestina rischia di arenarsi definitivamente a seguito degli ultimi interventi legislativi in Israele. La *Regulation Law*, che mira a regolarizzare la situazione di circa 4 000 insediamenti israeliani in Cisgiordania, e il via libera alla costruzione di 2 500 nuove unità abitative per i coloni hanno provocato reazioni internazionali e numerosi appelli al rispetto del diritto internazionale, che molti ritengono violato da quella che può configurarsi come una vera e propria annessione. Israele dovrebbe dar prova di moderazione ed astenersi dall'adottare misure che favoriscono un'escalation del conflitto.

L'Unione europea, per contro, ha l'importante e decisivo compito di promuovere la realizzazione di un accordo di pace duraturo. È necessario perciò continuare a cooperare con le Nazioni Unite, gli Stati Uniti e i partner arabi per raggiungere questi obiettivi. L'Unione europea deve riuscire nel difficile lavoro di ripristino di un orizzonte politico, favorendo la ripresa del dialogo. Solo così sarà possibile recuperare un percorso di pace e bloccare le posizioni oltranziste.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Wieder Westjordanland und Siedlungen –voll blinder Einseitigkeit.

Bitte keine Pauschalbehauptungen wie: Die Siedlungen sind illegal oder gar Besatzung. Internationales Recht zur Westbank ist äußerst umfangreich und bietet keine Lösung für Israel. Israel ist ein souveräner Rechtsstaat, das schließt das Westjordanland und Ostjerusalem mit ein. Weder die EU noch die Vereinten Nationen können da ohne die ausdrückliche Zustimmung Israels rechtlich aktiv werden. Wir machen uns als EU lächerlich, wenn wir mit Menschen verhandeln, die sich eine Terrororganisation zur Regierung gemacht haben, die jegliche Friedensverhandlungen verweigert oder mit Waffengewalt torpediert.

Israel kann sich nur durch Gegengewalt oder schützende Zäune und Mauern wehren. Die Palästinenser tragen die Verantwortung. Sie sind seit Jahrhunderten zu einem gemeinsamen Miteinander mit den Israelis nicht in der Lage, denn seit Mohammed sieht die Religion der Muslime Gewalt als eine Lösung. Für uns Europäer gilt unumstößlich: Palästina und die Welt müssen den Staat Israel anerkennen.

Ein Letztes: Die Siedlungen stehen im C-Bereich der Westbank. Sie sind also nicht illegal, sondern laut dem Osloer Friedensvertrag legale Siedlungen zugunsten Israels.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, budování osad je dlouhodobým problémem pro izraelsko-palestinské vztahy, ale není to klíčový problém a řešení mírového procesu na Blízkém východě.

Odkud odcházejí miliony uprchlíků, z Izraele? Anebo naopak v Izraeli nacházejí uprchlíci své útočiště? Izrael je právní stát a vyspělá demokracie, je to náš strategický partner v tomto regionu. A přece stále čelí jednostranným opatřením, jako je například vyhlášení statutu Jeruzaléma nebo povinné označování zboží ze Západního břehu. Hlavním bezpečnostním problémem přece není demokratický Stát Izrael, ale mocnosti, které zde budují svůj vojenský nukleární arzenál. A v tomto ohledu jsme s Izraelem na stejném břehu.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I would like to join the many colleagues here in expressing dismay at the situation in Israel and Palestine. The so-called regularisation bill that was adopted recently retroactively expropriates privately owned Palestinian land, in gross violation of international law. Whilst demolitions of Palestinian houses continue, the Israeli Government has announced the construction of thousands of new settlement houses – a move which is obviously part of an attempt to annex parts of the West Bank.

We approach a point of no return. This far-right Israeli Government has put the existence of both Palestine and Israel at grave risk. My colleagues and I will continue to support the civil-society and political organisations that stand up on both sides for peace and human rights. In the meantime I must ask: what has the High Representative been doing on our behalf? Please do not condone these dangerous moves. Call off the upcoming Association Council meeting with the Israeli Government. Demand compensation for humanitarian aid that has been destroyed and make clear that a line has been crossed.

Javi López (S&D). – Señor presidente, acabamos el año 2016 con una resolución del Consejo de Seguridad de Naciones Unidas que enviaba un mensaje muy claro a Israel y calificaba de ilegales los asentamientos que se estaban produciendo en Cisjordania. Pues bien, hemos visto la respuesta que ha tenido el Gobierno de Netanyahu: una ley intolerable que viola la normativa internacional, que de forma retroactiva legaliza los asentamientos en Cisjordania y que imposibilita —no solo dificulta, imposibilita— la única solución para el conflicto: la solución de los dos Estados.

Un Gobierno, el de Netanyahu, que es rehén de los extremistas y que hoy se encuentra ante un espejismo como el de tener a Trump, otro extremista, en la Casa Blanca. Sus nuevas relaciones con la Casa Blanca solo van a tapar el aislamiento que está viviendo Israel de la comunidad internacional, del resto de países.

Por eso, la Unión Europea tiene que utilizar sus herramientas —el acuerdo de asociación, el etiquetaje en los productos hechos en las zonas ocupadas— para presionar a las partes y encontrar una solución segura y duradera para la paz en la zona.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Ian Borg, President fil-Kariga tal-Kunsill, fisem il-Viċi President tal-Kummissjoni/Rappreżentant Għoli tal-Unjoni għall-Affarijiet Barranin u l-Politika ta' Sigurtà. – Nahseb illi kien interessanti li assistejt għal dan id-dibattitu u nirringrazzja lill-Onorevoli Membri tal-kontribuzzjoni tagħhom. Nahseb li fid-diskors li qrajt għan-nom anke tar-Rappreżentant Għoli li kien pjut-tost ċar, kien hemm il-maġġor parti ta' dak diskuss minnkomm indirizzat hemmhekk u fil-fatt l-interventi kienu reazzjoni għal dak ir-rigward.

Però xtaqt illi nippreċiża anke fuq il-Kunsill ta' Assoċjazzjoni bejn l-Unjoni Ewropea u l-Iżrael, u iva, kif qalet ir-Rappreżentant Gholi, wara l-Kunsill tal-Affarijiet Barranin fi Frar, se jibdeu issa l-preparazzjonijiet għal dan il-Kunsill ta' Assoċjazzjoni. Il-kontenut u l-iskop ser ikunu diskussi mill-Istati Membri u jkunu deċiżi, b'unanimità, bejn it-28 Stat Membru. Din tagħtina l-opportunità sabiex nisimghu u niddiskutu flimkien u anke, jekk Alla jrid, insibu pożizzjoni komuni f'dan ir-rigward. Waqt illi nibqghu kommessi sabiex "nengejġjaw" maż-żewġ nahat.

U biex nikkonkludi, għalkemm il-pożizzjonijiet huma diverġenti u anke l-mod ta' kif intom tharsu lejn dan kollu, xorta wahda nemmen li hawn "support" wiesa' f'din il-Kamra favur is-soluzzjoni taż-żewġ Stati u l-proċess ta' paċi. U allura nahseb illi, jekk xejn, dan huwa pożittiv il-fatt li l-Unjoni Ewropea hija magħquda wara dan l-għan wiehed. Ukoll, magħqudin fuq il-fatt illi, iva, l-espansjoni tas- "settlements" hija illegali u tikser il-liġi internazzjonali. U allura issa rridu nibnu fuq dawn il-pożizzjonijiet sabiex, anke, tiżdied l-unità internazzjonali sabiex, jekk Alla jrid, ikun hemm soluzzjoni aħharja ta' paċi dawn bejn iż-żewġ Stati, kif ahna konna qeghdin niddiskutu matul dan id-dibattitu. U jekk xejn, nappella wkoll sabiex intom, bhala parlamentari, tagħmlu dak li huwa possibbli, bil-kontribuzzjoni tagħkom, speċjalment mal- "counterparts" tagħkom fil-Knesset sabiex anke jkun hemm, possibbilment, bidla fid-direzzjoni, mhux anqas fir-rigward tal-politika tas- "settlements".

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 16 lutego 2016 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

José Blanco López (S&D), por escrito. – Nuestro Grupo ha conseguido frente a la derecha del Parlamento devolver a este punto su título sobre la «situación en Cisjordania, incluidos los asentamientos» aunque su mayoría ha impuesto que no se haya podido debatir y aprobar una resolución. Estamos alarmados por la situación en Cisjordania. Todavía más tras la posición del recién elegido presidente estadounidense descartando un Estado en Palestina. Israel no hace nada para ayudar a la paz en Oriente Medio ni por la solución definitiva del conflicto con Palestina. De imponer la presencia armada en otro país e imponer el control sobre el movimiento de personas en otro país; de levantar un muro para separar vidas y esperanzas en otro país, Israel legisla ahora sobre territorio ajeno. Eso es inaceptable. La ley que regulariza los asentamientos israelíes en tierras palestinas, prepara el camino para la anexión de Cisjordania y destruye —poco a poco— la solución de los dos Estados. En los últimos veinte días, Israel ha autorizado 5 800 asentamientos ilegales en Cisjordania y Jerusalén oriental. Por el camino de la colonización, la expansión ilegal, la discriminación, la exclusión y los hechos consumados, Israel se pone a las puertas de un nuevo conflicto.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), in writing. – The title of this debate was changed from 'Prospects for resuming peace talks in the Middle East' into 'Situation in the West Bank, in particular settlements', drawing us backwards to the debate we held in November last year even though the conflict is not exclusively about that, but also covers other issues such as security, borders, Jerusalem, water and refugees. In the case of the Israeli-Palestinian conflict we are facing a complex situation which cannot face only one-issue affair, such as the settlements. Therefore, if we want, in our capacity of the European Parliament, to facilitate peace talks between Israelis and Palestinians, we should try and find a constructive and balanced approach that would benefit the two sides alike. The European Union shall focus its resources, in due diligence, on initiatives and projects that could play a constructive role in creating a positive atmosphere in which Israel and the Palestinians could increase their bilateral cooperation and dialogue, while averting any projects which might alienate one of the sides and push cooperation and peace further away. All these projects should be done in line with existing agreements, and in coordination with both sides.

Rosa D'Amato (EFDD), per iscritto. – L'Alto rappresentante ha preannunciato l'imminente Consiglio di associazione, indetto con l'obiettivo di rafforzare le relazioni bilaterali tra l'UE e Israele.

Questo è avvenuto in contemporanea all'annuncio da parte di Israele di voler costruire 5 808 nuove abitazioni negli insediamenti in Cisgiordania e proprio nel periodo in cui la Knesset ha approvato il cosiddetto *regularisation bill*, che ha legalizzato retroattivamente l'accaparramento e l'occupazione della terra detenuta da privati palestinesi. In questo modo si è dunque spalancata la porta verso ulteriori annessioni ed occupazioni, garantendo, in totale spregio del diritto internazionale, la libera confisca del terreno palestinese da parte israeliana.

Nel frattempo proseguono le demolizioni di case e strutture palestinesi (ricoveri per animali, pannelli solari, cisterne per l'acqua, latrine), oltre a incidenti dovuti a interferenze illegali durante la distribuzione degli aiuti umanitari a Gerusalemme Est e nell'area C della Cisgiordania.

Mi spiace di non poter ottenere risposte dall'Alto Rappresentante, perché ci sono interrogativi che urgono attenzione. Perché ha deciso di agire per il rafforzamento delle relazioni bilaterali con un Paese che viola apertamente il diritto internazionale? Perché invece non pretende il blocco della politica degli insediamenti e non reclama la riparazione del danno derivante dalla distruzione di aiuti umanitari finanziati dall'UE?

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Nuestro Grupo ha conseguido frente a la derecha del Parlamento devolver a este punto su título sobre la «situación en Cisjordania, incluidos los asentamientos» aunque su mayoría ha impuesto que no se haya podido debatir y aprobar una resolución. Estamos alarmados por la situación en Cisjordania. Todavía más tras la posición del recién elegido Presidente estadounidense descartando un Estado en Palestina. Israel no hace nada para ayudar a la paz en oriente medio ni por la solución definitiva del conflicto con Palestina. De imponer la presencia armada en otro país e imponer el control sobre el movimiento de personas en otro país; de levantar un muro para separar vidas y esperanzas en otro país, Israel legisla ahora sobre territorio ajeno. Eso es inaceptable. La ley que regulariza los asentamientos israelíes en tierras palestinas, prepara el camino para la anexión de Cisjordania y destruye —poco a poco— la solución de los dos Estados. En los últimos veinte días Israel ha autorizado 5 800 asentamientos ilegales en Cisjordania y Jerusalén oriental. Por el camino de la colonización, la expansión ilegal, la discriminación, la exclusión y los hechos consumados, Israel se pone a las puertas de un nuevo conflicto.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Nuestro Grupo ha conseguido frente a la derecha del Parlamento devolver a este punto su título sobre la «situación en Cisjordania, incluidos los asentamientos» aunque su mayoría ha impuesto que no se haya podido debatir y aprobar una resolución. Estamos alarmados por la situación en Cisjordania. Todavía más tras la posición del recién elegido Presidente estadounidense descartando un Estado en Palestina. Israel no hace nada para ayudar a la paz en oriente medio ni por la solución definitiva del conflicto con Palestina. De imponer la presencia armada en otro país e imponer el control sobre el movimiento de personas en otro país; de levantar un muro para separar vidas y esperanzas en otro país, Israel legisla ahora sobre territorio ajeno. Eso es inaceptable. La ley que regulariza los asentamientos israelíes en tierras palestinas, prepara el camino para la anexión de Cisjordania y destruye —poco a poco— la solución de los dos Estados. En los últimos veinte días Israel ha autorizado 5 800 asentamientos ilegales en Cisjordania y Jerusalén oriental. Por el camino de la colonización, la expansión ilegal, la discriminación, la exclusión y los hechos consumados, Israel se pone a las puertas de un nuevo conflicto.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Wzywam palestyńskie władze do zaprzestania szerzenia nienawiści oraz podburzania do przemocy zarówno w szkołach jak i na przestrzeni areny publicznej. Wzniesienie niepokoju nie prowadzi do rozwiązywania konfliktu i nawiązania dialogu. Dlatego też zwracam się do Palestyńczyków zamieszkujących Zachodni Brzeg, którzy pójdą w tym roku do urn wyborczych, aby głosowali rozsądnie wykazując wsparcie dla polityki bez przemocy. W tym kontekście chciałbym również zwrócić się do palestyńskich władz o to, by dołożyły wszelkich starań w celu ochrony chrześcijan Zachodniego Brzegu, których liczba w ciągu ostatnich dekad nieustannie spada. Jest to spowodowane zastraszaniem, kradzieżą ziemi, a także marginalizacją społeczną. Bezpośrednie dwustronne rozmowy bez stawiania wstępnych warunków są jedyną realną drogą dla zapewnienia istnienia dwóch państw dla dwóch narodów, a także dla pokojowego rozwiązania konfliktu izraelsko-palestyńskiego. Aby zapewnić Unii wiarygodną pozycję, wzywam Wysoką Przedstawiciel do wzięcia pod uwagę izraelskiego stanowiska oraz bezpieczeństwa podczas wszelkich działań związanych z procesem pokojowym.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Despite the recent UN Resolution condemning Israel's expansion policy, the government has announced a new plan for housing units in the West Bank and East Jerusalem. Residential settlements in the Occupied Palestinian Territories are both in breach of international law and an obstacle to the peace process. How can the continuous demolition of Palestinian households and a disposition such as the Regularisation Law help the two-state solution? Is this Israel's recipe to reach stability? These provocative acts will only drag the region into more violence and extremism. With Donald Trump now in the White House, I fear that Israel's prime minister will seize his chance to open a forceful new phase of Israeli expansion into the Palestinian land. We need the EU to use its leverage as Israel's first economic partner. If we do not act now, the prospect of a two-state solution – just like Palestinian land – will vanish before our eyes.

Ramona Nicole Mănescu (PPE), *in writing*. – Instead of the envisaged debate on peace dialogue perspectives in the Middle East, we end up debating only one aspect related with the tensions and conflicts in region, and that is the settlements issue. The approach chosen by the EP, to act in a partisan manner, the continuous criticism towards Israel and the deliberate avoidance of any mention of the problems posed by the Palestinian Authority are disappointing. If we want to be helpful, it is important and necessary to have a parliament acting as a true balanced and fair mediator and to encourage bilateral negotiation between Israel and Palestine for peace based on a 'two states for two peoples' solution. The Palestinian Authority should put its effort on ending the policy of incitement to violence and use the European Funds for the benefit of its citizens. And Israel should continue to respect the Supreme Court decisions with regard to settlements, as it already happened in the case of Amona.

Péter Niedermüller (S&D), *írásban*. – Nehéz lenne letagadni, hogy mióta Donald Trump az Egyesült Államok elnöke, s kilátásba helyezte az Egyesült Államok Izraellel kapcsolatos politikájának a megváltozását, ismét felerősödtek az Izraellel szembeni ellenérzések. Ebben persze szerepet játszik a jelenlegi izraeli kormány telepítési politikája is, amelyet az ENSZ Biztonsági Tanácsa is elítélt. Ugyanakkor mindez nem jelenthet ürügyet arra, hogy itt, az Európai Parlamentben is automatikusan megismételjük az Izraelt elítélő szlogeneket. Nem lehet kétségbe vonni, hogy az újabb telepek létrehozása Ciszjordániában nem szolgálja a békét, a megegyezést. De az sem segíti a békét, ha egyoldalú határozatokat hozunk, s egyoldalúan csak Izraelt okoljuk a jelenlegi helyzetért.

Nem lehet megfélemedezni arról, hogy a telepépítéseknek Izraelben is jelentős ellenzéke van. Nem lehet megfélemedezni arról, hogy a Hamasz, a palesztin terrorizmus állandó veszélyt jelent Izrael számára, s erről sokkal kevésbé veszünk tudomást, mint a telepépítésekről. Nem lehet megfélemedezni a palesztin hatóságok békét nem szolgáló politikájáról sem. Az Európai Parlamentnek nem az a feladata, hogy egyoldalú állásfoglalásokban ítélje el Izraelt, hanem az, hogy kiegyensúlyozott politikával segítse elő a béke megteremtését. Az ilyen viták, mint a mai, nem feltétlenül szolgálják ezt a célt.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Kao što smo već mnogo puta isticali, cilj europskih institucija nije preuzimanje vodeće uloge u rješavanju spora koji ne pripada nama, nego pružati prijateljsku podršku u potencijalnom rješavanju sukoba i nestabilnosti koji traju već predugo. Pozdravljam viziju EU-a i cijele međunarodne zajednice o ponuđenom rješenju poznatijem po izričaju „dvije države za dva naroda”, koje je još u Oslu izraženo kao najbolje za sve. Pretjerano uplitanje u politike i unutarnje zakonodavstvo nije zadaća EU-a.

Radi se o sukobu čiji su korijeni duboki, a rješenja teška za postići, posebno kad se sukobu priključe i treće strane stoga naš cilj bi prvenstveno trebao biti pomoć pri stvaranju plodnih uvjeta za uspješan dijalog bez kojeg je nemoguće postići dogovor. Judeja i Samarija područja su koja su Židovi naseljavali tisućama godina, ona čine koljevku židovske civilizacije stoga bi se, prilikom pregovaranja o budućnosti ovih područja, trebalo uzeti tu činjenicu u obzir kao i dobrobit svih ljudi koji gravitiraju tom području.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Nuestro Grupo ha conseguido frente a la derecha del Parlamento devolver a este punto su título sobre la «situación en Cisjordania, incluidos los asentamientos» aunque su mayoría ha impuesto que no se haya podido debatir y aprobar una resolución. Estamos alarmados por la situación en Cisjordania. Todavía más tras la posición del recién elegido Presidente estadounidense descartando un Estado en Palestina. Israel no hace nada para ayudar a la paz en oriente medio ni por la solución definitiva del conflicto con Palestina. De imponer la presencia armada en otro país e imponer el control sobre el movimiento de personas en otro país; de levantar un muro para separar vidas y esperanzas en otro país, Israel legisla ahora sobre territorio ajeno. Eso es inaceptable. La ley que regulariza los asentamientos israelíes en tierras palestinas, prepara el camino para la anexión de Cisjordania y destruye —poco a poco— la solución de los dos Estados. En los últimos veinte días Israel ha autorizado 5 800 asentamientos ilegales en Cisjordania y Jerusalén oriental. Por el camino de la colonización, la expansión ilegal, la discriminación, la exclusión y los hechos consumados, Israel se pone a las puertas de un nuevo conflicto.

16. Bericht 2016 über Albanien (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Knuta Fleckensteina w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie sprawozdania Komisji za rok 2016 dotyczącego Albanii (2016/2312(INI)) (A8-0023/2017)

Knut Fleckenstein, Berichterstatter. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Sommer 2014 ist Albanien Kandidat für den EU-Beitritt, und seitdem macht Albanien stetige Fortschritte bei der Erfüllung der Beitrittskriterien beziehungsweise der noch ausstehenden sogenannten *key priorities*. Die größte Errungenschaft des Landes und aller politisch Verantwortlichen, der Regierungsmehrheit und der Opposition, ist ohne Zweifel die Verabschiedung einer umfassenden Justizreform. Ich beglückwünsche deshalb die Regierung und die Kolleginnen und Kollegen im albanischen Parlament, die durch ihre einstimmige Annahme der nötigen Verfassungsänderung den Weg für diese Justizreform frei gemacht haben.

Die Reform der albanischen Justiz ist ein Meilenstein, sowohl auf dem Weg in die EU als auch und vor allem auf dem Weg zu einem modernen Albanien – ein Albanien, dessen Bürger sich auf ihren Staat verlassen können, weil er ihre Rechte wahrt, schützt und verteidigt.

Mein Bericht spricht sich dafür aus, die Beitrittsverhandlungen mit Albanien zu eröffnen, wenn die ersten Schritte zur Umsetzung der Justizreform angelaufen sind. Denn dies sind ja auch dann die ersten Umsetzungsschritte beziehungsweise Voraussetzungen zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Das erfordert natürlich zunächst einmal einen „Vetting-Prozess“, bei dem alle Richter und Staatsanwälte einer Überprüfung unterzogen werden.

Am Vetting hängt die Glaubwürdigkeit und die Wirksamkeit der gesamten Justizreform. Ohne eine ernsthafte Überprüfung der Mitglieder der Justiz könnte es keine ernstgemeinte Justizreform geben. Die Justizreform ist ein langjähriger Prozess und die Implementierung wird parallel zu den Beitrittsverhandlungen weiterlaufen.

Für den Alltag der albanischen Bürger sind weniger Korruption und weniger Kriminalität, organisierte Kriminalität zentral. Albanien braucht anhaltende Erfolge bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität, nicht nur bei der polizeilichen Ermittlung, sondern auch bei der Strafverfolgung bis zur höchsten Ebene und bei der endgültigen Zerschlagung der kriminellen Netzwerke.

Die Verwaltungsreform muss weiterlaufen. Es geht nicht nur darum, dass die öffentliche Verwaltung Albaniens in der Lage ist, effizient mit der EU Beitrittsverhandlungen zu führen. Es geht vor allem darum, den Interessen der Bürger zu dienen und für ihre Belange da zu sein.

Der Bericht hat viele andere Punkte. Es geht um die Wirtschaft, um den Fortschritt im sozialen Bereich, um Umweltstandards, den Schutz von Minderheiten und eine verantwortungsbewusste Arbeit als Akteur in der regionalen Partnerschaft. Und natürlich geht es auch um einwandfreie, saubere Wahlen in diesem Jahr. *Vote buying* in einem Albanien auf dem Weg in die EU ist nicht denkbar.

Wir sind bereit, diesen Kurs mit voller Kraft zu unterstützen. Ich danke ausdrücklich meinen Schattenberichterstatlern für die gute Zusammenarbeit. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass das Europäische Parlament mit einer starken Stimme spricht, wenn es morgen den von mir vorgelegten Bericht verabschiedet.

Ian Borg, President-in-Office of the Council. – Mr President, I would like to thank the rapporteur. Let me first of all welcome the steady progress Albania has made in addressing the five key priorities of the opening of accession negotiations. These are positive signals, showing that Albania is on the right path, and we encourage it to continue these efforts.

Let me also mention, in particular, the major step Albania has taken with the pivotal constitutional amendments which opened the way to a comprehensive reform of the judicial system, as well as the continued efforts for reforming the public administration. Moreover, we also welcome the adoption of the decriminalisation legislation, which should enhance citizens' trust in their political representatives and public institutions. We now look forward to its effective implementation.

However, significant challenges lie ahead and further efforts are still needed. In particular, it will now be essential to pursue the comprehensive and thorough reform of the justice system, including the court system. This implies carrying out the re-evaluation of all the members of the judiciary. Efforts need to be intensified in the fight against corruption and organised crime, and it is important to achieve tangible and sustainable results in these two areas.

I would also like to underline that further progress is key to consolidate achievements towards a more efficient, depoliticised and professional public administration. Let me also reiterate the need for effective legislative and policy measures to reinforce the protection of human rights and anti-discrimination policies, including the equal treatment of all minorities and access to rights for persons belonging to them. Albania also needs to implement property rights.

The European Council will consider the opening of accession negotiations once Albania has met all the five key priorities, and this represents a strong incentive to move forward. A constructive and sustainable dialogue between the government and the opposition on EU-related reforms will be vital for the success of these endeavours. This will also be of particular relevance during the finalisation of its electoral reform, ahead of the next round of parliamentary elections, which are scheduled for June 2017.

Moreover, I would like to commend Albania's progress made in several aspects beyond these five key priorities. In particular, we welcome its generally constructive engagement in regional cooperation and good neighbourly relations, which remain an essential element of the enlargement process. In this respect, occasional actions and statements which negatively impact on good neighbourly relations are counterproductive and should be avoided. The Council also commends Albania for its full alignment with the EU's common foreign and security policy. Finally, we note the progress the country has made regarding its fight against radicalisation, extremism and terrorism, and we encourage further efforts in these fields.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, first I would like to thank the rapporteur, Mr Fleckenstein, for his work on drafting this text and his significant coordination efforts, and I would like to include in these thanks the shadow rapporteurs. The work finally resulted in a very balanced text. The resolution captures not only the progress that Albania has made in the past year but also the challenges that lie ahead in order to move the country closer to the European Union.

I particularly welcome the emphasis that this resolution places on the reform of the justice system. The consensual adoption in July 2016 of constitutional amendments that paved the way for a deep and comprehensive judicial reform was a major step for Albania on its EU path. The resolution is right to commend Albania strongly for these efforts. Similarly, the Commission agrees with Parliament's assessment that full and timely implementation of this justice reform remains the utmost priority in Albania.

Particularly relevant, of course, is the swift kick-off of the re-evaluation of judges and prosecutors, the so-called vetting process. The vetting process has now begun, with the establishment of the vetting bodies, and sustained commitment and focus in this area is necessary for Albania to further advance in its EU accession process.

The Commission's conditional recommendation on the opening of accession negotiations was clear in this regard. This judicial reform is a major demand from Albanian citizens and its successful implementation will foster public trust in state institutions, enhance the credibility and effectiveness of the justice system and contribute to the entrenchment of the rule of law throughout the country. Moreover, it will bring tangible benefits including economic stabilisation and an increase in foreign investments.

Beyond judicial reform, the resolution also provides a clear review of progress on other rule-of-law matters and key priorities for Albania, in particular, on the fight against organised crime and corruption. Albania needs to demonstrate further progress, with a view to establishing a solid track record of investigations, prosecutions and convictions in the fight against organised crime and corruption at all levels. High-level corruption needs to be tackled more effectively, and proactive and effective investigations need to be stepped up.

The same goes for the challenge posed by organised crime. More results are needed in dismantling organised criminal networks that operate locally, regionally and globally. In this regard, let me assure you that the Commission will be increasing its technical engagement with Albania on rule-of-law matters. This enhanced engagement will help Albania better address the challenges in this area.

I would also like to comment on the emphasis that the resolution attaches to a number of processes that fall outside the scope of the five key priorities but are nevertheless crucial to consolidating the credibility of the state and its institutions. For instance, as outlined in this resolution, Albania urgently needs to finalise the reform of the electoral system. Cross-party consensus is necessary to guarantee that outstanding OSCE/ODIHR recommendations are met. This includes, in particular, the transparency of party financing as well as the independence and professionalism of the electoral administration. Since general elections will take place on 18 June 2017, the focus must now be kept on visible and targeted adjustments to the electoral code.

Lastly, we agree with Parliament's assessment that the implementation of the decriminalisation process has brought a number of results. That being said, it must also be applied rigorously in view of the upcoming general elections.

The Commission maintains its strong commitment to supporting Albania's efforts to advance further towards European integration, and looks forward to continuing fruitful cooperation with the European Parliament in the months ahead.

Eduard Kukan, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, it is important to welcome Albania's continuous progress in EU integration. I hope this trend will continue and that we will be able to set a date for opening the accession negotiations soon. We should appreciate political consensus leading to adoption of the justice reform. Once implemented, it will significantly strengthen citizens' faith in the judiciary and the rule of law. I would like to stress my full support for this reform, and to the International Observation Mission, which is going to oversee its implementation. Albania should continue addressing the key priorities and show a credible track record for their implementation. This will make it possible to advance further in the integration process.

At the same time, sustainable political dialogue is crucial for the country. Therefore, I want to appeal to Albanian politicians to make efforts and address the OSCE recommendation before the upcoming elections. The elections are an important test for a functioning democratic system and a mature political culture. These elections will be also an occasion for political parties to observe the implementation of the decriminalisation law. It is a chance for a new political culture, avoiding the nomination of people with a criminal past to public office. My thanks to colleague Fleckenstein for the excellent work on this file and for a very good draft resolution.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, Mr President-in-Office, again I can state today without a shadow of a doubt that Albania has made tremendous progress towards meeting the political criteria for membership and the implementation of the five key priorities for the opening of accession negotiations and beyond that. Moreover, the Albanian ruling majority has proved its leadership and demonstrated its commitment to make every effort to ensure a constructive political dialogue and to build on the existing political consensus on EU integration to pursue their reform agenda.

National unity is needed to open the paths of the EU integration to Albania. I can assure that on this path you will constantly have our group's support and the European Parliament's support too. On 9 November last the Commission recommended conditional opening of the accession, and I hope that the Commission will confirm the opening of a chapter for Albania.

Ελένη Θεοχάρους, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κύριε Πρόεδρε, η Αλβανία έχει κάνει πραγματικά πρόοδο όσον αφορά τον εκδημοκρατισμό της χώρας και την απαγκίστρωση των εγκληματικών στοιχείων από την διοίκηση. Πρέπει, ωστόσο, να κάνει ριζικές μεταρρυθμίσεις όσον αφορά την δικαιοσύνη και τον σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Είναι υποχρεωμένη να προχωρήσει στις αλλαγές τις οποίες καταγράφει λεπτομερώς η έκθεση. Ένα σημαντικό πρόβλημα είναι δυστυχώς η μετατροπή της Αλβανίας σε εκτροφείο ακραίων μουσουλμανικών στοιχείων, με τη διείσδυση φανατικών μουσουλμάνων από την Τουρκία και τη Σαουδική Αραβία. Ταυτόχρονα, η Αλβανία εφαρμόζει πολιτική εθνικού ξεκαθαρίσματος της ελληνικής μειονότητας, παραβιάζοντας κάθε έννοια δικαίου στις μειονοτικές περιοχές, μετακινώντας μουσουλμανικούς πληθυσμούς στις νότιες περιοχές της χώρας και αλλοιώνοντας έτσι τη δημογραφική σύνθεση του πληθυσμού. Ο σεβασμός των δικαιωμάτων όλων των μειονοτήτων είναι απαραίτητη προϋπόθεση για τον εκδημοκρατισμό της χώρας και την πρόοδο της ενταξιακής διαδικασίας. Η ελληνική μειονότητα τελεί υπό διωγμό. Στις μειονοτικές περιοχές επικρατεί τρομοκρατία. Απαγορεύεται η χρήση της ελληνικής γλώσσας, γίνονται διοικητικές αλλαγές για να μην μπορούν οι μειονοτικοί να εκλέξουν όργανα τοπικής αυτοδιοίκησης. Καταπιέζονται οι Έλληνες όσον αφορά την εκπαίδευση των παιδιών τους και τη λειτουργία των μειονοτικών σχολείων και πανεπιστημίων, για την

άσκηση των θρησκευτικών τους καθηκόντων. Οι περιουσίες των Ελλήνων υφαρπάζονται από το αλβανικό κράτος, δίδεν για λόγους δημοσίου συμφέροντος και παραχωρούνται σε γνωστά εγκληματικά στοιχεία που συνεργάζονται με το αλβανικό κράτος. Ένα σημείο της έκθεσης το οποίο θα πρέπει να ξαναδούμε είναι ότι καλεί και τις δύο πλευρές, δηλαδή την Ελλάδα και την Αλβανία, να αποφεύγουν δηλώσεις που προκαλούν ένταση. Η επισήμανση αυτή είναι άδικη για την Ελλάδα, η οποία επί μακρόν φιλοξενεί Αλβανούς πολίτες, προσφέροντας τους εργασία, στέγη, εκπαίδευση και κάθε είδους βοήθεια ενώ, αντιθέτως, η αλβανική κυβέρνηση υποδαυλίζει αλυτρωτικές τάσεις και εδαφικές διεκδικήσεις σε βάρος της Ελλάδας. Προσφάτως υπήρξαν κρούσματα ακόμη και στον ελληνικό στρατό από φαντάρους αλβανικής καταγωγής, οι οποίοι φωτογραφίζονται να κάνουν το σήμα της Μεγάλης Αλβανίας, υποκινούμενοι προφανώς από τα Τίρανα. Δεν πρέπει να απομακρύνουμε τον αλβανικό λαό από την Ευρωπαϊκή Ένωση αλλά να του πούμε την αλήθεια και να δώσουμε στην ηγεσία του να καταλάβει ότι με τις τακτικές που υιοθετεί δεν βοηθά τον εξευρωπαϊσμό της χώρας. Με το να χαιδεύουμε την Αλβανία θα οδηγήσουμε την κατάσταση σε κάτι ανάλογο με αυτό που έγινε στην Τουρκία.

Ilhan Kyuchyuk, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I would like to congratulate the rapporteur, Mr Fleckenstein, for his significant efforts in the preparation of this progress report on Albania. In the light of this, we should clearly recognise Albania's role for regional stability in its full alignment with relevant EU declarations, demonstrating clear commitment to European integration.

As a Member of the European Parliament from a Balkan country, I fully support Albania's accession to the EU and I am very happy that the Foreign Affairs Committee voted with a full majority for the accession negotiations to be opened as soon as there is credible and sustainable progress in the implementation of judicial reform and in the fight against organised crime and corruption. During the past year, Albania has made progress in key reform areas in domestic policies, and for that reason the Commission recommended the opening of the accession negotiations. Of course, challenges persist and the upcoming parliamentary elections in June 2017 will be crucial to further advance the EU accession process.

I believe the best opportunity for Albania to show its commitments towards the EU is by ensuring free and fair elections. All political actors and institutions have to guarantee that the elections will be held in compliance with international standards, and civil society organisations have to participate actively in the overview of the whole electoral process. In this regard, I call on the Albanian authorities to take measures to facilitate the possibility for Albanian citizens residing abroad to vote in Albanian elections outside the country.

In conclusion, the report underlines the improved political climate in Albania and the fact that some key reforms were consensually adopted in the parliament, notably measures on judicial reform and reorganisation of the judiciary. It clearly highlights challenges that Albania is facing and some of the positive steps that the Government has taken to deal with them – for example, its efforts to counter violent extremism, and the adoption of key pieces of anti-corruption legislation. But more should be done to improve the climate of inclusion and tolerance of all minorities.

Τάκης Χατζηγεωργίου, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Αγαπητοί συνάδελφοι, μιλούμε για ένα κράτος, την Αλβανία, από τα φτωχότερα της Ευρώπης, το οποίο αντιμετωπίζει σοβαρότατα προβλήματα στη λειτουργία του. Υποστηρίζουμε την ενταξιακή πορεία της Αλβανίας, εφόσον αυτό είναι και η απαίτηση της πλειοψηφίας του αλβανικού λαού, ωστόσο, διαφωνούμε με την επιβολή οικονομικών μοντέλων που αποδεδειγμένα έχουν επηρεάσει σε τόσο αρνητικό βαθμό τους λαούς της Ευρώπης, όπως επίσης και με την απαίτηση για πλήρη ευθυγράμμιση της εξωτερικής πολιτικής της Αλβανίας με αυτή της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Έχουμε χρέος, ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, να εμβαδύνουμε τις σχέσεις μας με την Αλβανία και τον λαό της, να στηρίζουμε τη χώρα για την αντιμετώπιση των τόσο σοβαρών προβλημάτων που έχει, να στηρίζουμε τις προσπάθειες για εμβαδύση, κυρίως, του κράτους δικαίου, για αντιμετώπιση της διαφθοράς και του οργανωμένου εγκλήματος. Χρειάζεται στήριξη για να αντιμετωπιστούν ζητήματα όπως η φτώχεια, η κοινωνική ενσωμάτωση, η αρμονική συνύπαρξη και η προστασία των μειονοτήτων που ζουν στην Αλβανία και χρειάζεται η εμπέδωση των σχέσεων καλής γειτονίας με όλα τα γειτονικά κράτη.

(Ο ομιλητής αρνείται ερώτηση με γαλάζια κάρτα του κ. Frunzulica.)

Tamás Meszerics, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, let me first of all thank Mr Fleckenstein, the rapporteur, for the very balanced approach that he took as usual to this report and his very professional handling of the negotiations with the shadows. I think the quality of the text is largely due to his professionalism.

We are in desperate need of good news in the Western Balkans and it seems that Albania, just a few years ago one of the least likely providers of such good news, is able to provide us, and above all itself, with good news. I also would like to welcome the constitutional reform Albania has been successfully going through, which is a very difficult task – we all understand that – but we also know that when it comes to judicial reform it is the implementation which is the most difficult and the most important task. If Albania engages in this reform process according to its envisaged reform strategy, we will be very satisfied with that.

We Greens would be betraying our principles if we did not draw attention to some of the environmental concerns over hydroelectric plants threatening one of the most beautiful regions in the West Balkans, the Vjosa river. We urge the Albanian Government to reconsider those plans. We also believe that Albania should finally get rid of the practice of blood feuds because it is a threat to its most vulnerable children. Finally, while Albania's reforms are not needed because of the EU but because of Albanian citizens, we should then keep our end of the bargain and engage very soon with the accession negotiations.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, les rapports se suivent et se ressemblent. Toujours cette litanie, «l'Albanie, le Kosovo, la Turquie auraient une vocation européenne». L'élargissement serait par définition bénéfique. Alors, il faut s'élargir, il faut élargir et on s'arrange avec la réalité, renvoyée à plus tard.

La réalité, la voici: l'Albanie est un État mafieux; la corruption et les trafics y sont endémiques; les réformes cosmétiques destinées à faciliter l'adhésion ne trompent que vous; les conflits des Balkans ne sont pas éteints comme les agissements de la Bosnie ou du Kosovo contre la Serbie nous l'ont montré; enfin, vous risquez de nous soumettre aux mains de cette mafia albanaise – la pire –, qui contrôle plus de la moitié du commerce de la drogue, du sexe, du trafic d'organes et de l'immigration en Europe.

C'est une trahison contre la civilisation européenne, c'est une trahison qui nous oblige, la France et bientôt d'autres pays, également, à quitter vos institutions européennes.

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök

Андрей Ковачев (PPE). – Г-жо Председател, г-н Комисар, ще се спра само на два елемента: първо на правата на малцинствените общности и след това на пътната и мобилна инфраструктура. Зачитането на правата на малцинствените общности е един от важните критерии, които кандидат-членките трябва да изпълнят по пътя към присъединяване към Европейския съюз. В тази връзка искам да напомня за българското етническо малцинство – единственото непризнато историческо малцинство, подложено на жестока денационализация от страна на комунистическата пропаганда по времето на Титова Югославия от 1944 година насам.

Хората с български етнически произход в Албания според различни източници наброяват между 50 и 100 хиляди души и чакат от десетилетия да бъдат признати за официално малцинство. За разлика от други общности, които са компактни, българската е разпокъсана главно в три различни региона, които не са свързани помежду си. Българската общност също е религиозно многообразна. Например в Преспа преобладават православните християни, в Голо бърдо тя е предимно смесена мюсюлманска и православна, докато в района на Гора преобладават мюсюлманите.

Освен това искам да призова да се ускори изграждането на железопътната връзка и магистралата между Тирана и Скопие като част от коридор № 8, който трябва да свърже Албания, Македония и България. Г-н Комисар, нещо много важно: за да има контакти на Балканите, на Западните Балкани, трябва да се намалят или да се премахнат и роуминг таксите за мобилен интернет и за телефонни обаждания, като страните, които се присъединяват, да се присъединят и към общия дигитален пазар, още преди да са се присъединили окончателно към Европейския съюз.

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, volevo ringraziare il relatore per questa relazione e dire che questo è un anno importante per l'Albania. Sono anche particolarmente felice del parere positivo che è arrivato sull'apertura dei negoziati, che chiediamo da tempo. Il Parlamento giustamente riconosce i passi importanti compiuti da Tirana, in particolare la fondamentale riforma della giustizia, ricordando però che la coerente attuazione ed implementazione sono tanto importanti quanto l'adozione delle riforme e questo vale anche per le altre priorità fondamentali.

Servono ulteriori sforzi nell'attuazione della riforma della pubblica amministrazione e nella lotta alla corruzione e bisogna assicurare dei media indipendenti e pluralistici e anche i diritti delle minoranze. Questi, insieme a un sano dialogo politico tra la maggioranza e le opposizioni, sono condizione e presupposti indispensabili per una robusta democrazia.

Da ultimo, è importante che la commissione elettorale finisca i lavori in tempo per le prossime elezioni, tenendo in conto le raccomandazioni OSCE/ODIHR. Spero anche che si voglia considerare di far votare i tanti albanesi all'estero che mantengono vivo il rapporto con il proprio paese.

Monica Macovei (ECR). – Mulțumesc, doamnă președintă. Albania a făcut progrese remarcabile în parcursul ei european, în special în ceea ce privește reforma justiției, lupta împotriva corupției și cooperarea regională.

Toate acestea sunt deocamdată la nivel de lege. A existat consens între putere și opoziție – foarte bine – pentru adoptarea acestei legislații. Însă cel mai important lucru, știm cu toții, este implementarea. Procesul de selecție și de numire a judecătorilor trebuie să fie corect și independent, la fel anchete, la fel condamnări, făcute independent, de oameni independenți și profesioniști. Avem în iunie anul acesta alegeri în Albania și sper ca aceste alegeri să nu polarizeze puterea și opoziția, așa încât să pună în pericol reformele și aplicarea lor.

Aș vrea să reamintesc un lucru, valabil pentru toată lumea: singurul scop ca să câștigi puterea, pentru un partid politic sau pentru o persoană, este să îți servești națiunea și poporul și țara.

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! Die Kommission bemängelt zu Recht die fehlende Gleichberechtigung von Mann und Frau in Albanien.

Ich fürchte allerdings, das wird sich dort nicht so schnell ändern, sondern das Problem, so glaube ich, wird sich verschärfen, denn Albanien ist Mitglied der Organisation für islamische Zusammenarbeit. Es ist höchst pikant, dass diese internationale Organisation beispielsweise die Teilnahme der Schwulen- und Lesbenverbände an der UN-Konferenz für HIV im Juni 2016 in New York verhinderte. Diese Organisation für islamische Zusammenarbeit ist nichts anderes als ein Instrument des politischen Islams Saudi-Arabiens und weiterer 56 mehr oder weniger islamischer Staaten.

Mit Albanien würde somit dem politischen Islam Tür und Tor geöffnet, und das wäre nach meiner Einschätzung ein weiterer Anschlag auf die sogenannten hochgepriesenen europäischen Werte. Somit sind Beitrittsverhandlungen mit Albanien zum gegenwärtigen Zeitpunkt klar abzulehnen.

Jaromír Štětina (PPE). – Paní předsedající, pane komisaři, vítám zprávu Komise o Albánii jako další krok k integraci Albánie do Evropské unie a k zahájení přístupových jednání. Zpráva obšírně popisuje nedostatky, které brání integraci a odsunují asociaci na dlouhá léta.

Nezmiňuje však jeden z podivuhodných rysů albánské politiky. Tím je politická velkorysost, kterou Tirana nedávno projevila. V době, kdy Evropa žije uprchlickou krizí a xenofobní populismus jednotu Evropy nahlodává, Albánie dokázala v letech 2012 až 2016 projevit solidaritu. Přijala více než dva tisíce iránských mudžahedínů z uprchlického tábora Camp Liberty v Iráku.

Čin o to pozoruhodnější, že je Albánie jednou z nejchudších zemí Evropy. Čin, který nastavuje zrcadlo některým členským zemím EU neschopným integrovat ani několik stovek uprchlíků. Čin, kterým Albánie dokazuje, že je schopna ctít evropské hodnoty.

David-Maria Sassoli (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Albania prosegue la sua marcia per entrare in Europa. I progressi compiuti dal paese stanno andando nella giusta direzione. Mi rallegro, anche in qualità di presidente del gruppo di amicizia Unione europea-Albania, nel vedere che il governo albanese sta mantenendo fede agli impegni presi. C'è una grande partecipazione intorno a questo processo.

L'ingresso dell'Albania sarebbe una grande opportunità per poter collaborare, per poter investire in un paese dalle grandi potenzialità, in una fase storica europea in cui molte nostre imprese fanno fatica ad essere competitive nel mercato globale. L'analisi dei vari criteri di processo di adesione dimostrano evidenti progressi nel settore della giustizia e per quanto riguarda gli interventi indirizzati a combattere la criminalità organizzata. Sul tema dei diritti umani, il quadro legislativo è in linea con gli standard europei, in particolare sul tema della libertà di espressione. Sappiamo quanto l'Unione europea sia sensibile su questo tema. Una richiesta di adesione, signora Presidente, che dimostra quanto sia miope la critica del variopinto mondo populista e antieuropeo. Chi è fuori dall'Unione europea sa benissimo quanto vantaggioso sia stare dentro e partecipare da europei alle sfide globali.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаеми колеги, с разочарование научих, че колеги са поискали разделно гласуване по текстове на доклада, които предвиждат защитата на правата и законните интереси на българската общност в Албания. Категоричен съм: необходими са допълнителни условия да се защитят правата на хората с български етнически произход в района на Преспа, Голо бърдо и Гора, като бъдат включени в законодателството и гарантирани на практика.

Само през 2016 година над 2500 човека от Албания са поискали да възстановят своето гражданство на основа на своя произход. Там действат три български училища в Тирана, Корча и Билища, възстановява се църквата „Св. Николай“ в село Стеблево, област Голо бърдо, действа и църквата в село Гиновец. Стотици българи от Албания учат във висши учебни заведения, десетки се върнаха преподаватели в Елбасан и Тирана.

Кой ще посмее да отрече правото на тези хора да се самоопределят, както те желаят? Нали това се предполага, че трябва да се прави в тази зала? Нали на всяка сесия гледаме подобни въпроси, доклади, които защитават пламенно точно същите права на подобни общности по целия свят, извън Европейския съюз, от Китай до Екваториална Гвинея. Това би било шинично и нагло. Би било недопустим двоен стандарт и погазване на всички принципи, за които се говори в тази зала. Това би било унижително съучастие в продължаващите престъпления на коминтерновската пропаганда на Балканите.

Призовавам всички колеги да гласуват с два плюса при разделното гласуване на параграф 24 от доклада на колегата Флекенщайн.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, I would like to welcome the very constructive report by my colleague Fleckenstein, because Albania is making encouraging progress in EU integration. In particular, their constitutional amendments from July 2016 will open the way to important judicial reform, which of course needs to be carried out. Continued cooperation and constructive dialogue between different political parties is vital and commendable and remains essential not only for Albania, but as a positive example for the whole region. So Albania has deserved the Commission's recommendation to open accession negotiations.

Albania has also been active in regional cooperation, and I am impressed by its human dimension by accepting hundreds of UN-protected Iranian refugees from Iraq, where their lives were in imminent danger.

Last but not least, I would like to call on all political forces to address clearly and resolutely the claims of the recent Communist regime to agree on a moral and political assessment of these horrible deeds, providing us finally with truth and justice for the victims.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Hahn, δεν άκουσα κουβέντα από σας για την προκλητικότητα και το ανθελληνικό παραλήρημα της Αλβανίας, το οποίο δεν έχει σταματημό. Δεν σας άκουσα να λέτε τίποτα για την παράνομη αρπαγή των περιουσιών 123 οικογενειών της ελληνικής εθνικής μειονότητας της Βορείου Ηπείρου από τους Δρυμάδες της Χειμάρρας. Δεν σας άκουσα να λέτε τίποτα για τους βανδαλισμούς ενάντια στα σπίτια Ελλήνων της ελληνικής μειονότητας. Κύριε Hahn, η αναβίωση του αλβανικού εθνικισμού είναι ιδιαίτερα ανησυχητική. Πρέπει να αντιληφθεί η Αλβανία ότι οφείλει να σέβεται τα δικαιώματα της ελληνικής εθνικής μειονότητας της Βορείου Ηπείρου, τα οποία καταπατά βάνανσα, μιας μειονότητας με πληθυσμό άνω των 250.000 ατόμων, μιας μειονότητας η οποία στις 17 Φεβρουαρίου, σε τρεις ημέρες, θα γιορτάσει την επέτειο συμπλήρωσης 103 ετών από την ανακήρυξη της αυτονομίας της Βορείου Ηπείρου, στις 17 Φεβρουαρίου του 1914. Επιπλέον, τα Τίρανα με μοχλό τους Τσάμηδες και το Κόσοβο, έχουν αρχίσει πλέον να υποδαυλίζουν μια κατάσταση ανεπίτρεπτη. Προωθούν την αλυτρωτική ιδέα της Μεγάλης Αλβανίας και διεκδικούν αλλαγές συνόρων στα Βαλκάνια και εδάφη τα οποία ανήκουν στην Ελλάδα. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να λάβει μέτρα, να προστατεύσει την ελληνική εθνική μειονότητα της Βορείου Ηπείρου. Είμαι κάθετα αντίθετος με την έναρξη προενταξιακών διαπραγματεύσεων Ευρωπαϊκής Ένωσης-Αλβανίας.

„Catch the eye” eljárá

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem pozorně poslouchal celou debatu. Jako člověk, který byl v České republice odpovědný za reformu justice a za spravedlnost musím říci, že jsem velmi rád, že jedna z těch pěti priorit je spravedlnost a reforma justice a že to je téma číslo jedna v této debatě.

Ale musím také odpovědně říci, že reforma justice není pouze o změnách zákonů, není to pouze o institucionální nezávislosti justice a o případném rychlém přezkoušení soudců, je to proces na roky, je to proces velmi dlouhý, a já moc prosím Komisi a pana komisaře, aby si toto uvědomili. Abychom pouze formálně neřekli, že Albánie splní podmínky právního státu tím, že zavede určité zákony, ale právní stát fakticky musí fungovat. Bude tedy třeba zkoumat, jak tyto reformy v praxi budou působit, zda opravdu povedou k tomu, že justice bude nezávislá, že bude zbavena korupce a že se opravdu reálně svou výkonností a rozhodováním přiblíží evropským standardům.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Albania ha compiuto progressi importanti negli ultimi anni, ma deve ancora completare un percorso di riforme. Penso all'adozione e alla riforma della Costituzione, che apre la strada ad una profonda e globale riforma della giustizia, la cui attuazione è essenziale per la lotta contro la corruzione e il consolidamento dello Stato di diritto.

L'Albania deve completare rapidamente la revisione del codice elettorale, tenendo conto delle raccomandazioni dell'Organizzazione per la sicurezza e la cooperazione in Europa e rafforzando la trasparenza del finanziamento dei partiti e l'integrità dei procedimenti elettorali. Purtroppo, la corruzione resta elevata e diffusa in molti settori e continua a costituire un grave problema in Albania, erodendo la fiducia dei cittadini nelle pubbliche istituzioni. Sussistono ancora altre sfide chiave che riguardano lo smantellamento delle reti della criminalità organizzata e la necessità di rafforzare la protezione dei diritti umani e dei diritti delle minoranze, ma l'Albania è sulla buona strada per aderire all'Unione europea.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar Hahn! Ich danke dem Kollegen Fleckenstein für seinen guten und fundierten Bericht über Albanien.

Ich meine, wir tun sehr gut daran, dieses Balkanland auf seinem Weg in die EU weiter kraftvoll zu unterstützen. Lassen Sie mich an dieser Stelle den katholischen Erzbischof von Tirana und Durres, George Frendo, zitieren: „Albanien hat keine Alternative zur EU. Freilich muss die Regierung noch einige Hausaufgaben machen. Da sind noch einige Reformen, die wir angehen müssen, vor allem bei der Rechtsprechung. Aber auch andere Dinge müssen angegangen werden, etwa die Kontrolle von Korruption und Fragen der sozialen Wohlfahrt. Außerdem braucht es neue Arbeitsplätze. Wir haben zu viele Arbeitslose im Land.“

Unterstützen wir das albanische Volk auf diesem Weg und machen wir unmissverständlich klar, wie wichtig der Kampf gegen Drogenhandel, Waffenschmuggel und Korruption ist! Hier liegt es am albanischen Volk selbst, Stolpersteine aus dem Weg zu räumen, die auf dem Weg in die EU stören. Aber wir müssen, wir können helfen.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Poštovana predsjednice, dijalog među političkim strankama u Parlamentu, dijalog između Vlade i opozicije, omogućio je danas Albaniji ovako pozitivnu raspravu. To je glavna poruka koja mora ići prema albanskom političkom tijelu. Moramo jasno reći da podržavamo njihov dijalog i ustavne promjene koje su u tijeku. Očekujemo njihovu implementaciju, ali očekujemo još puno toga.

Očekujemo rješavanje problema korupcije, naravno, ali i prava manjina i slobode medija. Sve to bit će moguće isključivo upravo ako se dijalog unutar albanskog političkog tijela zaista i nastavi. Zato, ja se radujem i ovoj novoj inicijativi, jadranskoj trilaterali. Radujem se onom što Albanija radi u sklopu jadransko-jonske makrostrategije Europske unije. Radujem se svim njenim uspjesima, ali očekujemo da to što je započeto, zaista nastavi i implementira.

Jiří Maštálka (GUE/NGL). – Paní předsedající, návrh zprávy o Albánii za rok 2016 obsahuje z informačního a analytického hlediska řadu zajímavých informací. Zároveň podle mě obsahuje argumentačně zbytečná, ale výrazně zdůrazněná konstatování, například, že proces přistoupení Albánie k EU se těší široké podpoře veřejnosti. Asi by se těžko albánská vláda tohoto procesu účastnila proti vůli veřejnosti.

Těžiště dokumentu tvoří výčet problémů, které jsou z hlediska situace v Albánii a jejího zájmu o členství zásadní. Mám na mysli vysoký stupeň kriminality, korupci zasahující vrcholovou politiku nebo diskriminaci žen. Zpráva sice na jedné straně chválí Albánii za pokrok, zároveň ale jasně konstatuje, že výše uvedené problémy jsou zásadního rázu a jejich faktická existence musí mít při hodnocení priority před formálními kroky v oblasti legislativy či reformy justice. Je tedy otázkou, jak je možné správně chápat kupříkladu věrohodný pokrok v boji proti organizované trestné činnosti a korupci. Doporučuji dát Albánii více času.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej, najprej bi se želel zahvaliti gospodu Fleckensteinu za odlično pripravljeno besedilo resolucije, za ves njegov vložen trud in delo, ki ga je vložil v to poročilo, in bilo je zelo konstruktivno in poučno sodelovati z njim.

To, kar je izpostavil že poročevalec v samem besedilu resolucije, Albanija dela stalen napredek na področju reform, ki zadevajo EU. Seveda je tu še veliko prostora za izboljšave, tudi na področju reform, ki se tičejo boja proti korupciji, svobode medijev in pa seveda tudi upravnih zmogljivosti.

Želel bi pa samo opozoriti, kot poslanec Zelenih, še na okoljevarstveno perspektivo in sicer še posebej zato, ker sem zaskrbljen nad podatkom Evropske komisije, da je kar 44 od skupno 71 hidroelektrarn, ki so planirane za gradnjo v Albaniji in načrtovane v okoljevarstvenih zaščitnih območjih, vključno seveda z reko Vjoso, in na to bi rad posebej opozoril.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la relazione del collega Flechenstein, che ringrazio molto per gli sforzi profusi, presenta molto bene il quadro attuale del paese e mi trova d'accordo con quasi tutto ciò che riguarda l'anticorruzione, la criminalità organizzata, le necessarie riforme amministrativa ed economica, nonché la libertà dei media e la tutela delle minoranze.

La massima priorità riveste senz'altro proprio la concreta implementazione invece della riforma del settore giudiziario per vincere le grandi, enormi sfide in tema di legalità che ancora attraversano l'Albania. Un paese che da sempre è un'area di transito tra Oriente e Occidente e proprio per questo intravedo una grande possibilità di sviluppare, unendo a questo paese, l'Albania, gli altri paesi del bacino del Mediterraneo, un'area di cooperazione e di pace.

Il cammino è ancora lungo verso l'adesione, ma deve essere un cammino fatto di progresso e di sforzi veri non solo sulla carta. Deve essere un obiettivo da raggiungere appunto con i fatti e, se saranno questi i presupposti, il nostro sostegno in questo percorso non mancherà.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, όποιες προσπάθειες και αν καταβάλει η αλβανική κυβέρνηση για να δημιουργήσει προϋποθέσεις ενάρξεως των συνομιλιών για την ένταξη της χώρας στην Ευρωπαϊκή Ένωση, τις υπονομεύει ουσιαστικά η ίδια για δύο λόγους. Ο πρώτος λόγος είναι ότι, είτε υποθάλπει, είτε ανέχεται τη δράση ορισμένων ακραίων κύκλων της χώρας, οι οποίοι στο πλαίσιο των σχεδίων για δημιουργία Μεγάλης Αλβανίας εκφράζουν επεκτατικές βλέψεις επί εδαφών όλων των γειτονικών χωρών. Σε ό, τι αφορά την Ελλάδα, αυτές τις απαράδεκτες βλέψεις έχει εκφράσει επισήμως ο ίδιος ο Πρωθυπουργός της Αλβανίας. Άρα, λοιπόν, η Αλβανία δεν δημιουργεί προϋποθέσεις για καλή γειτονία. Ο δεύτερος λόγος είναι η συνεχιζόμενη απαράδεκτη καταπάτηση των δικαιωμάτων της ελληνικής μειονότητας της Βορείου Ηπείρου. Γνωρίζετε πολύ καλά τα μέτρα της αστυνομικής τρομοκρατίας που λαμβάνονται κατά της ελληνικής μειονότητας, το γκρέμισμα των ορθοδόξων ναών, την απαγόρευση διδασκαλίας της ελληνικής γλώσσας στα σχολεία και πολλά άλλα. Όλα αυτά θα διορθωθούν, εάν η Ευρωπαϊκή Ένωση αποφασίσει να διακόψει άμεσα τις ενταξιακές διαδικασίες με την Αλβανία.

Franc Bogovič (PPE). – Iskrena pohvala in zahvala in čestitke najprej gospodu Fleckensteinu za odlično poročilo. Na drugi strani pa tudi albanski vladi in vsem, ki delujejo v Albaniji, za napredek, ki je bil prepoznan v tem poročilu. Napredek, ki ga je tudi Komisija zaznala in na neki način ustvarja pogoje za odpiranje prvih poglavij v predpristopnih pogajanjih.

Nadaljevanje ustavnih in pravosodnih reform, prav tako boj proti korupciji in kriminalu, so ključne naloge, ki jih mora Albanija narediti v naslednjih letih, in skozi proces približevanja Evropski uniji je najboljša pot, da se naredi demokratizacija države, na eni strani, na drugi strani, da se izboljša sodelovanje v regiji, prav tako pa, da se, preko tudi s pomočjo berlinskega procesa in podobnega, vzpostavi boljše pogoje za delovanje mladih.

Veseli me, da je v berlinskem procesu sedaj organizacija, ki bo skrbela za sodelovanje mladih v celotnem območju Zahodnega Balkana, in s tem se vzpostavljajo pogoji tudi za izboljšanje položaja v celotni regiji.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, I believe Albania has made progress on its succession-related reforms. It has notably embarked on a comprehensive judicial reform process, which has been a major demand from Albanian citizens. Albania should now ensure that the judicial and other key reforms are being implemented. The judicial reform will allow Albania to move forward on other key priorities as well, such as the fight against corruption and organised crime.

Accession negotiations should be opened as soon as there has been credible progress on the implementation of the judicial reform. I welcome the inclusion in the report of the need to reinforce the legislative framework for the protection of the rights of national minority, especially those of the Greeks who represent the largest national minority in Albania, but also Macedonians, Montenegrins and Romanians, who unfortunately are only recognised as a cultural minority rather than a national minority.

We should by all means send a clear message to the Western Balkans that one day they will become part of the European Union. I also congratulate the rapporteur.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl poděkovat zpravodaji za velmi kvalitně připravenou práci a zároveň ocenit pokrok, který učinila Albánie na cestě do Evropy. Nepochybně ty dobré zprávy, které jdou z této země, je důležité ocenit, přestože víme, že určité problémy nadále ještě jsou k řešení, to není cesta, kterou by Albánie zvládla určitě za několik málo let.

Ale já bych chtěl rovněž upozornit na to, co zde řekl již můj kolega pan poslanec Štětina. Je důležité zmínit, jakým způsobem – aktem milosrdenství – Albánie přistoupila k vyzvednutí uprchlíků, kteří se nacházeli na iráckém území. Byli to především iránské uprchlíky, kteří se ocitli v takovém bezvládí. Já velmi oceňuji tento krok ze strany albánské vlády, myslím, že nám to ukazuje skutečný akt milosrdenství. Proto bych byl velmi rád, kdybychom i toto ocenili. Uprchlíci potřebují například zdravotní péči, kdybychom i v této věci se snažili Albánii pomoci.

A „catch the eye” eljárás vége.

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, the Commission will welcome the adoption of the resolution on Albania and will continue to rely on the views expressed by the European Parliament in its upcoming engagement with Albania. Since Albania was recognised as a candidate country in 2014, it has consistently made steady progress on the five key priorities leading to the Commission's conditional recommendation in November 2016 to open accession negotiations. In light of this recommendation, the Commission would like to stress once again that the most important priority for Albania at the moment remains the implementation of justice reform and the swift kick-off of the process for the re-evaluation of judges and prosecutors. May I stress once again that it is about the process and not simply about adopting any kind of legislation. No, it is about a sustainable track record.

This vetting process has now started and the Commission is supporting and overseeing these efforts with the launch of the international monitoring operation last week as called for by the Constitution of Albania. We are therefore glad to have the European Parliament's support in these endeavours and are looking forward to its successful implementation, which will contribute to the entrenchment of the rule of law throughout the country. The observations in your resolution provide good guidance in this specific regard.

To conclude, I would like to reiterate that the Commission will continue to intensify its support, monitoring and assessment of the results that Albania will achieve on its reform path. Concrete results will not only bring the country closer to the European Union, but also guarantee that all Albanian citizens can rely on a functioning democratic state that successfully provides welfare, security and opportunities. I hope that all political actors in Albania will also work with this important objective in mind.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – Grazzi Madame Chair, grazzi lill-Kummissarju, grazzi lill-Membri kollha li pparteċipaw. Fuq kollox, niringrazzja lir-rapporteur, is-Sur Fleckenstein, tax-xoghol eċċellenti li ghamel. U nahseb li, kemm permezz tar-rapport tieghek, kif ukoll anke permezz ta' din id-diskussjoni li assistejna għaliha, nistghu niġbdu linja waħda li t-tliet istituzzjonijiet huma tal-istess fehma. Jirrikonoxxu l-hidma li ghamlet l-Albanija lejn l- "aċċessjoni" għas-shubija tal-Unjoni Ewropea. Ovvjament, issa kif qal anke l-Kummissarju, wiehed irid ihares lejn sfidi oħrajn li l-Albanija trid tilhaq u, b'mod partikolari, ir-riforma fil-qasam tal-ġustizzja, u ovvjament l-azzjonijiet sabiex jintlahqu l-hames prijoritajiet li rreferjna kemm-il darba għalihom f'dan id-dibattitu. Jibqa' l-fatt li l-Albanija hađu diversi direzzjonijiet fit-triq it-tajba. Ovvjament, l-Unjoni Ewropea tkun lesta sabiex tkun qieghda tassisti u tghin lill-Albanija u tiftah aktar negozjati kemm-il darba dawk il-kundizzjonijiet u dawk l- "areas" ta' prijoritajiet jintlahqu.

Knut Fleckenstein, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin! Es gibt in Deutschland ein Sprichwort, das heißt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Insofern ist genau richtig, was viele von Ihnen gesagt haben: Auf dem Papier etwas aufzuschreiben, ist in Albanien schon manchmal ziemlich schwierig. Aber die Umsetzung muss kommen, damit man auch sieht, dass das Ganze ein Erfolg wird.

Zweitens, Herr Borg: Lassen Sie uns gemeinsam Wort halten. Die Albaner haben es verdient, wenn sie eine ordentliche Wahl durchführen und mit der Umsetzung der Justizreform sichtbar beginnen, dass auch die Verhandlungen eröffnet werden und dass nicht noch einmal überlegt wird, und noch einmal überlegt wird, und noch einmal überlegt wird. Dann haben sie mehr getan als mancher, mit dem Sie bereits verhandeln.

Die Menschen in Albanien haben es dann auch wirklich verdient.

Dritter Punkt: Minderheiten haben Rechte. Sie haben diese Rechte natürlich auch in Albanien. Es gilt für alle Minderheiten. Wenn nicht einzelne in dem Bericht aufgeführt werden, so soll das nicht heißen, dass ich die Sorgen nicht sehe – auch nicht die Sorgen der griechischen und der bulgarischen Bevölkerung, und dass daran gearbeitet werden muss.

Was ich verhindern wollte, ist einfach, dass wir sozusagen die einzelnen Nationalitäten durchgehen und jede einzeln abhalten, und deshalb ist es vielleicht zu allgemein gehalten. Auch in meiner Fraktion gibt es eine Reihe von Menschen, die meiner Empfehlung, das nicht zu tun, nicht nachkommen werden und sicherlich auch, was die Bulgaren angeht, in diesem einen Änderungsantrag, anders stimmen werden, als ich es tue.

Letzter Punkt: Nun sind die Herren nicht mehr da – aber das, was die Vertreter der ENF heute hier gesagt haben, ist so weit weg von dem Albanien, das wir kennen, dass man es noch einmal erwähnen muss. Es ist einfach unmöglich, über Islamismus in einem Land zu reden, das vorbildlich – besser als bei uns manchmal – miteinander auskommt: die moslemische Bevölkerung, die katholische Bevölkerung und die orthodoxe Bevölkerung. Und zwar sehr viel besser, als es bei einigen von uns passiert.

Deshalb ein letzter Satz: Mir sind Abgeordnete im Europäischen Parlament aus einem reformierten Albanien hundertmal lieber als die ignoranten und intoleranten Leute Ihrer Partei, die meiner Meinung nach hier leider nichts zu suchen haben.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra 2017. február 15-én, szerdán kerül sor.

17. Bericht 2016 über Bosnien und Herzegowina (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Cristian Dan Preda által a Külügyi Bizottság nevében készített, a Bizottság Bosznia-Hercegovináról szóló 2016. évi jelentéséről folytatott vita (2016/2313(INI)) (A8-0026/2017).

Cristian Dan Preda, rapporteur. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je suis très content de pouvoir vous présenter aujourd'hui le contenu de ce rapport sur le rapport 2016 de la Commission européenne concernant la Bosnie-Herzégovine.

Monsieur le Commissaire, je voudrais vous féliciter pour tous les efforts que vous déployez au quotidien pour faire avancer la Bosnie-Herzégovine vers l'Europe, et cela d'autant plus que nous sommes tous, ici, des amis de la Bosnie-Herzégovine et souhaitons accompagner et aider le pays dans son intégration européenne.

L'année 2016 a été particulièrement riche pour ce qui est du parcours européen de la Bosnie. Elle a débuté par le dépôt officiel de la demande d'adhésion à l'Union européenne en février 2016 et s'est achevée par la remise du questionnaire de la Commission européenne en décembre dernier, décidée par le Conseil de l'Union au mois de septembre.

Le chemin parcouru est notable et nous nous réjouissons à l'avance de l'avis qui sera rendu prochainement par la Commission européenne et qui permettra, nous l'espérons, à la Bosnie-Herzégovine d'obtenir le statut de pays candidat. C'est l'un des derniers pays de la région à ne pas avoir encore franchi ce cap et je pense que les autorités tout autant que les citoyens ont besoin d'encouragements.

Nos encouragements concernent d'abord la coopération au sein du pays, puis avec la Commission européenne, tout au long de la procédure d'avis. C'est un processus lourd et exigeant, qui doit être pris très au sérieux, et qui sera un véritable baptême du feu pour le mécanisme de coordination sur les questions européennes, récemment approuvé.

Nous encourageons ensuite les autorités à rester sur la voie des réformes contenues dans l'agenda pour les réformes, approuvé en 2015. Ces réformes, socioéconomiques avant tout, sont nécessaires pour améliorer de façon sensible la vie des citoyens.

Nous signalons ensuite, comme nous l'avons fait l'année dernière, que les réformes politiques doivent également se poursuivre afin de transformer la Bosnie-Herzégovine en un État efficace, inclusif, démocratique et basé sur le règne de la loi. Cependant, comme on le note dans le rapport adopté au sein de la commission des affaires étrangères, les efforts communs de réforme continuent à être entravés par des divisions ethniques et politiques. Des progrès doivent impérativement être faits sur des questions comme l'état de droit, la lutte contre la corruption et le crime organisé, la réforme de la justice et de l'administration publique.

Malgré tous les points positifs que nous avons pu observer ces derniers temps, des sources de préoccupation importantes persistent. Il en va ainsi des difficultés à établir un dialogue parlementaire institutionnalisé avec la Bosnie-Herzégovine du fait de l'impossibilité d'adopter les règles de procédure du comité parlementaire de stabilisation et d'association, ou du fait que des désaccords durables ont privé, encore une fois, les habitants de Mostar du droit de vote dans les élections locales. Le cas le plus préoccupant est peut-être le référendum sur le jour de la *Republika Srpska*, qui a constitué un coup sérieux porté à l'état de droit et une menace à la stabilité du pays.

Malheureusement, la polarisation de la société par des rhétoriques ethnonationalistes continue encore et risque toujours d'entraver l'avancée vers l'Europe.

C'est pourquoi nous voulons lancer aux autorités un signal fort pour la poursuite et l'accélération des réformes. Les sujets qui nécessitent une attention urgente ne manquent pas, à commencer par la lutte contre la corruption, que j'ai déjà mentionnée. Il reste beaucoup à faire pour établir aussi une administration professionnelle. L'efficacité du judiciaire et l'indépendance de la justice nécessitent également une attention particulière, entre autres. Dans la lutte contre le terrorisme et le crime organisé, nous attendons aussi plus de coordination et de détermination.

Enfin, mais nullement en dernier lieu, il y a beaucoup à faire pour améliorer le cadre stratégique légal et institutionnel pour le respect des droits de l'homme. Il faut prendre au sérieux les multiples formes de discrimination qui subsistent et qui sont listées dans le rapport, à commencer par la discrimination des citoyens constatée dans l'arrêt *Sejdić-Finci* et les décisions subséquentes de la Cour européenne des droits de l'homme.

Madame la Présidente, je terminerai sur cette idée d'inclusion qui devrait être porteuse d'espoir: inclusion des citoyens, plus de participation de la société civile, y compris sur la question de l'intégration européenne.

Ian Borg, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, let me start by welcoming Bosnia and Herzegovina's significant progress on its path to the European Union over the past year.

In February 2016 Bosnia and Herzegovina submitted its EU membership application and in September 2016 the Council invited the Commission to submit an opinion on the application, and significant progress has been made as a result of Bosnian and Herzegovina's return to the path of reform. Now it is crucial to maintain the positive momentum. Bosnia and Herzegovina should remain actively committed to the opinion process at all levels and to progress in providing their input to the Commission's opinion.

Let me also welcome the signature on 15 December 2016 of the adaptation protocol to the Stabilisation and Association Agreement, which takes into account Croatia's accession to the EU. The protocol provisionally entered into force on 1 February this year. It will allow Bosnia and Herzegovina to normalise trade relations with the Union and is thus an important element of the country's pathway in the EU integration process.

The Council shares the view expressed by this Chamber as regards the importance, for Bosnia and Herzegovina, of ensuring effective implementation of the reform agenda in line with the action plan agreed by the country's authorities. Implementation is for the benefit of Bosnia and Herzegovina's citizens. We expect the authorities to continue to pursue socio-economic reforms while also focusing on reforms in the field of the rule of law. These include the fight against corruption and organised crime, the fight against radicalisation and terrorism, and reform of the public administration. The functionality of Bosnia and Herzegovina's institutions, including an effective coordination mechanism on EU matters, remains a priority, and the Council calls on all levels of government in Bosnia and Herzegovina to ensure its swift and effective implementation. This mechanism, as rightly underlined in your resolution, is an essential tool for the country to be able to provide replies to the Commission.

I also want to reiterate the Council's serious concern about the unlawful holding of the entity-level referendum on Republika Srpska Day and the subsequent celebrations. Such actions challenge the cohesion, sovereignty and territorial integrity of Bosnia and Herzegovina. And let me stress here the Council's unequivocal commitment to Bosnia and Herzegovina's EU perspective as a single, united and sovereign country. In this context we encourage all authorities to increase the focus on sustainable reforms and to overcome divisive rhetoric rooted in the past. We encourage Bosnia and Herzegovina actively to promote reconciliation and to ensure the equality of all its citizens, in line with the recently adopted legislation on anti-discrimination and the EU acquis. Furthermore, the Council shares Parliament's concerns as regards the lack of progress in the area of freedom of expression and media, and we expect Bosnia and Herzegovina to intensify efforts to address these issues effectively.

To summarise, the Council expects the authorities of Bosnia and Herzegovina to ensure that the country's challenges are addressed in a constructive manner, in a spirit of dialogue and mutual understanding. From our side, we will continue to support the country in its efforts to implement the reform agenda and to advance further on its European path.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Madam President, Minister, honourable Members, I would like to thank first and foremost the rapporteur Mr Cristian Dan Preda for the report on Bosnia and Herzegovina. I really welcome the text which is balanced and largely in line with the Commission's 2016 report on Bosnia and Herzegovina. It reflects well the state of play in the country.

This report acknowledges Bosnia and Herzegovina's progress on the reform track, in particular regarding important steps such as: the adoption of a coordination mechanism for EU matters aimed at improving functionality and efficiency in the accession process, progress on the implementation of the reform agenda, and sustained determination to pursue further institutional and socio-economic reforms; the signature of the Stabilisation and Association Agreement protocol in December 2016; and finally the consideration of Bosnia and Herzegovina's membership application by the Council of the European Union in September 2016 and the invitation to the Commission to deliver an opinion on the merits of the country's application.

Concrete work has started in this respect with the questionnaire I handed over to the Bosnia and Herzegovina authorities in December 2016. All these efforts demonstrate the strong commitment of the country's authorities to decisively advance towards the European Union, deliver on the necessary reforms and meet its citizens' aspirations for a more prosperous future. The Commission is also fully dedicated to advancing Bosnia and Herzegovina's EU perspective and we appreciate the support this resolution provides for the EU's approach to the country, in particular the focus, through the reform agenda, on socio-economic, rule of law and public administration matters.

At the same time there are a number of challenges and outstanding issues on the country's EU integration path that remain to be addressed and which are included in this report. It highlights the need for the competent authorities to provide a single and coherent set of replies to the Commission's questionnaire. This is a key requirement in the opinion preparation process and the functioning of the coordination mechanism. Which working groups still need to be established, will be tested. The Commission shares the view that the authorities need to keep up their efforts on further implementing the agreed 2015-2018 reform agenda.

In addition to socio-economic reforms, I welcome the focus the authorities have put on strengthening the rule of law, including through the fight against corruption and organised crime, the reform of the judiciary and public administration. Another key outstanding issue is unemployment. The country suffers from the highest youth unemployment in Europe and its citizens expect jobs and economic opportunities, not nationalism and divisive rhetoric.

Madam President, honourable Members, let me also touch on two specific elements of the report, the reference to federalism and the reference to constituent peoples, where I would like to reiterate the Commission's position as expressed over the past years on this issue. The EU has no competence to prescribe the internal organisation of a country as long as that country is able to meet its obligation as an EU Member State, and there are various models among the EU Member States. Likewise, as for any EU- aspiring country, the Commission expects that the country progressively aligns its legal system, including its constitution, with the requirements of the EU *acquis*. At EU level, discrimination on criteria such as ethnicity is explicitly banned. It will be up to the Bosnia and Herzegovina authorities to find legal solutions, compatible with EU principles, providing for the equality of all citizens irrespective of criteria such as ethnicity. The Commission will thoroughly assess the compliance with the EU *acquis* in our future opinion on the merits of Bosnia and Herzegovina's application.

To conclude, I would like to stress that, during my latest visit to Sarajevo to hand over the Commission's questionnaire, I witnessed a positive dynamic. The progress that led to this event has shown that Bosnia and Herzegovina can deliver, and I will continue supporting the country in further delivering in the interest of its citizens. With this in mind I look forward to continuing our fruitful cooperation with the European Parliament in the months ahead.

David McAllister, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, also for my part I would like to welcome the 2017 draft report on Bosnia and Herzegovina. The text prepared by my distinguished colleague, Cristian Dan Preda, and adopted with overwhelming support in the Committee on Foreign Affairs, is indeed, as Johannes Hahn just put it, comprehensive, well balanced and reflects the state of play in this country. Congratulations.

Positive developments have been the result of reform efforts pursued over the last two years and should facilitate the country remaining on the path of the EU accession process. However, this country also continues to struggle with fragmentation, as well as ethnic and political polarisation. Necessary cooperation and coordination between the entities and all levels of government remain fragile and are often subject to nationalist rhetoric and actions. This is a pity. In order to improve its citizens' lives, additional measures need to be taken and implemented, including progressive alignment with our EU *acquis*. I would like to invite the country's authorities to maintain the reform momentum and to actively promote European values in order to advance the country's European perspective. 'Hvala na pažnji'.

Δημήτρης Παπαδάκης, εξ ονόματος της ομάδας S&D. – Κυρία Πρόεδρε, ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, φέρουμε ευθύνη να μην αποστείλουμε λανθασμένα μηνύματα που θα δημιουργούσαν περαιτέρω προβλήματα σε μια πολύπλοκη και αρκετά διχασμένη χώρα. Πρέπει να αναδείξουμε το γεγονός ότι η ευρωπαϊκή προοπτική της χώρας θα αλλάξει τα μέχρι σήμερα δεδομένα, θα επηρεάσει θετικά τον τρόπο με τον οποίο οι πολιτικοί πολιτεύονται στο εσωτερικό της χώρας και θα δώσει ελπίδα για ένα καλύτερο μέλλον σε όλους τους πολίτες της χώρας, ανεξάρτητα από την εθνική τους προέλευση ή τη θρησκεία τους. Σε αυτό το σημείο, θέλω να επισημάνω το γεγονός ότι είναι πολύ σημαντικό οι μεταρρυθμίσεις στη Βοσνία-Ερζεγοβίνη να προωθηθούν με ισορροπημένο τρόπο, με διαφάνεια και με διάλογο με τους κοινωνικούς εταίρους, ούτως ώστε να επιφέρουν θετικές αλλαγές στην καθημερινότητα όλων των κατοίκων της χώρας, εξασφαλίζοντας νέες θέσεις εργασίας με την απαραίτητη προστασία για τους λιγότερο ευνοημένους στην κοινωνία. Αυτό είναι πολύ σημαντικό, κυρίως, για τη νεολαία, ούτως ώστε να παραμείνει στη χώρα και να πιστέψει σε ένα καλύτερο κοινό μέλλον. Βεβαίως οι δυσκολίες παραμένουν και χρειάζεται ακόμη πολλή δουλειά και έμπρακτη εφαρμογή των συμφωνηθέντων. Όλες οι εμπλεκόμενες πλευρές πρέπει να εγκαταλείψουν τις εθνικιστικές εξάρσεις και να σκεφτούν το κοινό όφελος των πολιτών· οι γειτονικές χώρες πρέπει επίσης να συμβάλουν σε αυτό. Η πολιτική μας ομάδα τόνισε, από την αρχή των συζητήσεων για την έκθεση προόδου, τη σημασία της κοινωνικής διάστασης στην εν λόγω χώρα· σχετικές αναφορές περί τούτου συμπεριλαμβάνονται πλέον στην έκθεση. Η Ομάδα S&D θα επιμείνει στα ίδια δικαιώματα για όλους τους πολίτες και στην ανάγκη να δοθεί έμφαση στην προώθηση της συμφιλίωσης και στις κοινωνικά ευαίσθητες μεταρρυθμίσεις.

Bas Belder, namens de ECR-Fractie. – Toen ik in de vroege jaren 60 van de vorige eeuw geschiedenis studeerde, vrolijkte een buurman mij op met de voorspelling dat ik voor werkloze studeerde, geen baan in de toekomst. Gelukkig voor mij kwam dit sombere scenario niet uit, integendeel. Nog vóór mijn afstuderen stond ik voor een vrolijke klas op een middelbare school. Hoe anders, hoe ontmoedigend echter ogen de toekomstperspectieven voor jonge mensen in Bosnië-Herzegovina? Commissaris Hahn wees er ook terecht op. De harde cijfers spreken boekdelen: 67 procent van jongvolwassenen is werkloos en maar liefst 77 procent van hen zou het land graag willen verlaten indien mogelijk. Uit beschikbare gegevens blijkt trouwens dat bijna 150 000 jongeren inmiddels metterdaad zijn vertrokken.

Paragraaf 40 van het uitstekende rapport van collega Preda, waarvoor mijn complimenten, is dan ook volkomen terecht gewijd aan het ernstige probleem van de hoge jeugdwerkloosheid in Bosnië-Herzegovina en het gevolg daarvan, namelijk een eveneens hoge braindrain. Deze dagen namen wij kennis van het indringende essay van Adna Subašić, studente in Sarajevo “A life dilemma of young people in Bosnia and Herzegovina: leave or stay?”. Haar zelfkritische situatieschets, die ook kritisch is voor de apathie onder jongeren, vraagt om een werkelijk betrokken antwoord van de verantwoordelijke politici in Bosnië-Herzegovina en in de EU.

Jozo Radoš, u ime Kluba zastupnika ALDE-a. – Gospodo predsjednice, najprije bih želio zahvaliti kolegi Predi na dobrom Izvješću i suradnji, te iskazati službenu potporu ALDE grupe za put i napredak Bosne i Hercegovine na putu prema Europskoj uniji. Izvješće naglašava poteškoće s kojima se Bosna i Hercegovina suočava na socijalnom i gospodarskom planu, kao što su visoka nezaposlenost, korupcija i loše pravosuđe, ali i po pitanju ustroja zemlje, u smislu slabih institucija središnje države, sukoba nadležnosti vlasti raznih razina, te sporog donošenja odluka i česte blokade na svim razinama vlasti.

Primjerice, niz odluka Ustavnog suda Bosne i Hercegovine nije proveden, što dovodi do toga da se zemlja nalazi zapravo u bespravnom stanju, u pogledu funkcioniranja pravosuđa i pravne države. Jedna od takvih odluka jest odluka o izboru članova i funkcioniranju članova skupštine Federacije Bosne i Hercegovine, Doma naroda. U postojećim rješenjima, Bošnjaci mogu izabrati predstavnike Srba i Hrvata, imati većinu i formirati vlast bez sudjelovanja predstavnika koji su većinski izabrani od strane druga dva naroda. To je izigravanje načela o ravnopravnosti triju konstitutivnih naroda u Bosni i Hercegovini, izigravanje Ustava Bosne i Hercegovine, kao i izigravanje Dejtonskog sporazuma, na kojem počiva Bosna i Hercegovina.

Bosna i Hercegovina je prevažna zemlja. I zato smatram da bi Rezolucija Europskog parlamenta trebala preciznije, jasnije i odlučnije pozivati na rješenje svih ovih poteškoća s kojima se Bosna i Hercegovina suočava. Zbog važnosti Bosne i Hercegovine na tom prostoru, zbog nestabilnosti i nemira koji prijete cijelom prostoru, pozivam Europsku komisiju i Vijeće na snažniji angažman i u Bosni i Hercegovini, ali i na prostoru cijelog zapadnog Balkana.

Jaromír Kohlíček, za skupinu GUE/NGL. – Paní předsedající, Bosna a Hercegovina je poslední konstitutivní jednotka bývalé Jugoslávie, kterou se podařilo zlikvidovat v krvavé občanské válce. Vypukl zde podobný konflikt, jako kdysi mezi katolíky a protestanty v Irsku. Je smutné, že iniciátoři této války, nacionalisté muslimské a chorvatské entity, nebyli nikdy potrestáni a tak zvaný masakr v Srebrenici dodnes zůstal jedním ze zdůvodnění ostrakizace Srbů na Balkáně.

Současná zpráva vychází z fikce existence tří národů, které jsou vymezeny na konfesním základu. Ti, kteří podporovali hrůzné činy v období občanské války, svalují dnes vinu na Republiku srbskou a Mezinárodní trestní tribunál jedná právě v těchto intencích. V rozporu se stavem v některých zemích v současné EU, kde je slabá centrální vláda a silné postavení konstitutivní jednotek jednotlivých národů, například v Belgii, vyžaduje EU i projednávání zpráva co největší přiblížení k unitárnímu státu.

Zpráva se pozastavuje nad rozdíly mezi výsledky sčítání lidu, údajem nezbytným pro přípravu voleb. Při provedení statistickým úřadem v Sarajevu a statistickými šetřeními srbské entity s přihlédnutím k odlišné metodice je rozdíl pochopitelný. Velmi trapně působí snaha zakázat pravoslavný svátek. Jako by nebyl dostatek jiných důležitějších událostí. Vzhledem k tomu, že zpráva nevidí ani nebezpečí vznikajících *no go* zón v muslimské části státu, mám k jejím závěrům oprávněné zásadní výhrady.

Igor Šoltes, v imenu skupine Verts/ALE. – Torej, najprej bi se želel zahvaliti reporterju, gospodu Predi, in ostalim kolegom, poročevalcu v senci za sodelovanje, za vloženi trud in pa pripravo besedila resolucije o napredku BiH v letu 2016.

Bosna in Hercegovina je država, ki ni lahka zgodba, sooča se z veliko težavami, z veliko problemi, ni pa seveda tako brezupno, kot se včasih skuša prikazati. Seveda so tudi problemi na področju korupcije, na področju svobode medijev, izražanja, tudi seveda zelo perečega problema, kot je visoka stopnja brezposelnosti in pa slaba ekonomska situacija v državi, ki posledično vodi do velikega bega možganov. In mislim, da je tudi naša dolžnost, da pri tem pomagamo iskati rešitve, kako zadržati to dragoceno delovno silo doma.

Res je, seveda, da je Bosna in Hercegovina država, ki ji glede organizacije skoraj ni para, država kompromisov in mislim, da, seveda, tudi s to resolucijo pošiljamo določene signale v Bosno.

Mislim pa seveda, da, na kar se opozarja že kar nekaj let in so, seveda, bila jasna sporočila tudi komisarja in nekaterih naših kolegov, seveda, v Bosni še vedno obstaja, če rečemo, delitev etnične pripadnosti kot kriterija participacije pri oblasti, in tukaj bi še enkrat opozoril na sodbo Sejdić-Finci, ki mora seveda čim prej biti implementirana tudi v praksi (*predsedujoča je prekinila govornika*) vseh državljanov Bosne.

(Govornik je odgovoril na vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka (člen 162(8) Poslovnika))

Ivan Jakovčić (ALDE), pitanje koje je podizanjem plave kartice postavio. – Gospodine Šoltes, rekli ste da je Bosna i Hercegovina komplicirana država i mogu se složiti s vama, jer su način funkcioniranja i strukture zaista vrlo komplicirane.

Želio bih vas pitati da li se slažete sa mnom da su koncept države građana, po logici „Sejdić-Finci“, ali i koncept konstitutivnih naroda koji su omogućili kroz Dejtonski sporazum mir u Bosni i Hercegovini, što je i zapisano u Ustavu, pretpostavka za daljnji napredak Bosne i Hercegovine i njezin ulazak u Europsku uniju?

Igor Šoltes (Verts/ALE), *Odgovor na vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka.* – Hvala za vprašanje. Seveda se strinjam, da je mir ena od najpomembnejših vrednot v Bosni in Hercegovini, ki jo moramo seveda vsi podpirati.

Želel bi pa si, da bi, seveda, v tej participaciji, napredku in sodelovanju k temu trajnemu miru sodelovali vsi državljani Bosne in Hercegovine pod, seveda, enakimi pogoji in da bi torej vsi imeli tudi možnost sodelovanja in participiranja v družbi in pa seveda tudi pri oblasti. In mislim, da bi to pomenilo tudi en velik korak naprej. Predvsem pa je pomemben dialog, strpnost in sodelovanje.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, vous le notez dans vos considérants, la durabilité du processus de réconciliation en Bosnie-Herzégovine reste un défi. Je m'y suis rendue au mois de janvier dernier et j'ai constaté sur place que, certes, les accords de Dayton ne sont pas parfaits, mais ils ont permis de mettre un terme au conflit interethnique en Bosnie-Herzégovine. En prévoyant la partition du pays en deux entités autonomes, les accords garantissent le respect des identités particulières des populations locales.

Je constate dans votre rapport que, malheureusement, la perspective européenne fragilise cette réconciliation nationale. Dans votre bouche, l'unité devient uniformisation, mettant à mal les spécificités des communautés pour satisfaire votre obsession d'une UE élargie à l'infini. Vous avez quand même une drôle de vision de la démocratie quand vous forcez les différentes parties prenantes à avoir toutes le même point de vue sur le processus d'intégration. Ce n'est pas en pointant du doigt la République serbe de Bosnie, qui tente seulement de défendre ses intérêts vitaux, que vous maintiendrez la paix entre les différentes entités.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjednice, zahvaljujem gospodinu Predi na maksimalnom angažmanu oko ovog izvješća, ali i gospodinu povjereniku Hahnu na razumijevanju stanja u Bosni i Hercegovini. Zahvaljujem vam na tome što pratite i što ste danas spremni poslati jasni signal u Bosnu i Hercegovinu oko daljnjeg nastavka euro-atlantskog puta Bosne i Hercegovine. Smatram da je vrlo važno da ovaj Europski parlament, i ja vjerujem da će to napraviti sutrašnjim glasovanjem, pošalje jak signal u Bosnu i Hercegovinu da moramo nastaviti na ovom putu.

Pozitivna dinamika je vrlo važna. Ono što ovo izvješće sadrži ne mogu ovdje sada nabrajati, međutim, nakon svih ovih rasprava, ukazuje se potreba za izmjenom izbornog zakona. Ono što pozdravljam, to je po četvrti put u ovom izvješću naglašavanje principa federalizma, supsidijarnosti i decentralizacije, što mislim da je neophodno kako bi sva tri konstitutivna naroda i, naravno, manjine u Bosni i Hercegovini, uživali jednaka prava. Ovdje posebno ističem prava hrvatskog naroda, njihovo pravo na jezik, na TV kanal i sva ona prava koja im pripadaju i po Daytonskom sporazumu i po aktualnim, vrijedećim zakonima.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo predsjednice, čestitam izjavitelju, kolegi Predi na odličnoj suradnji na ovoj vrlo zahtjevnoj Rezoluciji. Od situacije u Bosni i Hercegovini kompleksnije su samo ideje kako razvijati odnose u zemlji najteže stradaljoj u ratovima iz devedesetih na području bivše Jugoslavije. Ovo je ipak prilika da postavimo pitanje što je danas prava realnost Bosne i Hercegovine?

Neovisno o nezakonitom referendumu u Republici Srpskoj, pred Bosnom i Hercegovinom stoje mnogi krupni socio-ekonomski i sigurnosni izazovi. Međutim, za razliku od drugih zemalja zapadnog Balkana, razlozi za blokade i krize u Bosni i Hercegovini pretežno su unutrašnjopolitički. Da je Bosna i Hercegovina drugačija država, njezine obveze na europskom putu mogle bi se podijeliti na lakše i teže, kratkoročne i dugoročne, ali u Bosni i Hercegovini svaki pomak u pravcu europske transformacije pogađa okoštali Dejtonski poredak. Politička proturječja, gospodarski problemi i socijalna neizvjesnost neće nestati preko noći jer su odraz osobito složenog državnog uređenja, koje stimulira kulturu konflikta, a ne dogovora.

Treba pozdraviti svako rješenje koje će biti posljedica unutrašnjeg konsenzusa, a ne vanjskog nametanja. Ono na što treba biti posebno osjetljiv jest ustavna jednakopravnost i ravnopravnost svih konstitutivnih naroda i građana Bosne i Hercegovine. Uz to, pravednu zastupljenost treba osigurati i drugim zajednicama. Principi konstitutivnosti federalizma vrlo su važni za funkcioniranje tako složene i asimetrične države kakva je Bosna i Hercegovina. Njihovo daljnje kršenje izložilo bi stabilnost zemlje većim rizicima od bilo kakvih vanjskih pritisa.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, Hrvate za Bosnu i Hercegovinu vežu povijesne, kulturne i rodbinske veze, a Republiku Hrvatsku najduža kopnena granica, obveze koje ima kao potpisnica Dejtonskog sporazuma, ustavna obveza zaštite Hrvata u BiH, kao konstitutivnog naroda, i značajna ekonomska razmjena. Stoga odgovorno tvrdim kako nikome nije više stalo do stabilnosti, održivosti i prosperiteta Bosne i Hercegovine nego hrvatskom narodu i hrvatskoj državi. No neće biti dovoljna samo dobra volja kako bi BiH profunkcionirala kao država.

Dejtonska formula odavno više ne odgovara potrebama bosanskohercegovačkog društva, a separatističke i centralističke težnje ometaju zarastanje ratnih rana i rad institucija. BiH mora postati decentralizirana zajednica triju ravnopravnih naroda koji upravljaju sami sobom, ne ugrožavaju druge i grade međusobno povjerenje na državnoj razini. To se može postići samo federalnim modelom kojim će i hrvatski narod dobiti ono što druga dva naroda već praktički imaju.

Edouard Ferrand (ENF). – Monsieur Preda, votre rapport est naïf et participe au suicide de la civilisation européenne. L'erreur originelle, c'est la création d'une entité musulmane en 1974 par Tito. Il n'y aurait jamais dû y avoir une nationalité musulmane, qui crée aujourd'hui un vrai problème.

Ce rapport est uniquement un rapport à charge contre la Republika Srpska. Vous mettez en cause de manière claire les accords de Dayton, qui ont le mérite au moins de créer deux entités. Les Serbes de Bosnie sont aujourd'hui ceux qui sont le plus attaqués. Ils cherchent à défendre leur identité et leur culture, ils cherchent à défendre leur politique et, aujourd'hui, la composante croate et musulmane est une composante qui veut justement aller vers l'adhésion à l'Union européenne pour faire céder les Serbes.

Aujourd'hui, il est temps d'ouvrir les yeux. La République serbe de Bosnie est une république qui a le mérite de pouvoir défendre son d'identité, et il faut aussi le souligner ici.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Dubravka Šuica (PPE), pitanje koje je podizanjem plave kartice postavila. – Kolega, ne mislite li da postoje različiti geopolitički utjecaji i različite geopolitičke sfere u tom dijelu Europe i ne mislite li da bi nama, kao Europskoj uniji, bilo važno imati mirno i pouzdano susjedstvo?

Edouard Ferrand (ENF), réponse «carton bleu». – Monsieur Preda, allez manifester contre la corruption à Bucarest! Selon moi, ils vous attendent, parce que je crois que la classe politique en Roumanie n'a pas de leçon à me donner.

Madame Šuica, pour vous répondre très clairement, aujourd'hui, il y a le problème de l'islamisme radical en Bosnie. L'entité musulmane a développé l'islamisme radical. Aujourd'hui, l'islamisme radical, ce qu'on appelle le djihadisme blanc en Bosnie, menace directement la sécurité de l'Union européenne.

Elnök asszony. – Képviselőtársaim, nyugalom! Nem engedek bekiabálást. Mindenkinek lehetősége és joga van, hogy hozzászóljon, kihasználja a rendelkezésre álló hozzászólási időt. Tartsuk tiszteletben a másoknak a véleményét, nincs kiabálás!

László Tőkés (PPE). – Elnök Asszony! Magyarország egyik legfontosabb regionális biztonságpolitikai érdeke, hogy a szomszédságában béke, biztonság és stabilitás legyen. Bosznia-Hercegovina stabilitása viszont nem csupán Magyarország, hanem az egész Nyugat-Balkán és Közép-Európa számára egyaránt fontos. Éppen ezért messzemenően támogatom Bosznia-Hercegovina európai integrációját. Gratulálok Cristian Preda képviselőtársamnak a jelentéshez, valamint elismerésemet fejezem ki az ország által elért eddigi eredményekhez. Szorgalmazom, hogy a továbbra is fennálló etnikai és politikai megosztottságon felülemelkedve, következetesen hajtsa végre a maga elé kitűzött reformterveket.

Bosznia-Hercegovina uniós integrációja csupán akkor lehet sikeres, hogyha az ország összehangolt módon halad a jogállamiság felé, ha a mélyen gyökerező korrupció elleni küzdelem jogi és intézményi kereteit megerősíti, az igazságszolgáltatás és a közigazgatás hiányosságait orvosolja, a nemzeti és kisebbségi közösségek védelmére szolgáló jogrendet pedig életbe lépteti. A kommunista és a háborús múlt kísért ebben a törekény jugoszláv utódállamban. Csak az igazság és a megbékélés, az emberi jogok és a demokratikus jogállamiság révén emelkedhet föl és juthat el az egyesült Európába.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I want to highlight the fact that progress towards candidacy to the EU is crucial for young people in Bosnia and Herzegovina, who crave a European future. They also need to play a full and active role in the negotiation process. But there are still key issues to resolve – in particular regarding peace-making, reconciliation and strengthening relations between communities.

Here again, I want to reiterate the importance of people-to-people contacts and civil society initiatives, in particular through the use of arts and culture, which are tools for both empowerment and intercultural dialogue. The perfect example is a pan-European arts and democracy project called 'The Complete Freedom of Truth': it won a European Citizens' Award in 2015 and it continues to grow and to develop young leaders.

I also want to recall the role of women, including some from my own north-west England constituency, who have made and continue to make a crucial contribution to the reconciliation process for building a more coherent and harmonious society.

Željana Zovko (PPE). – Gospođo predsjednice, Poštovani povjereniče, zahvaljujem kolegi Predi na kvalitetnom izvješću. U prethodnim rezolucijama ovaj je Parlament ukazao kako je federalizam, a ne unitarizam ili separatizam, jedini integrativni faktor koji donosi mir i sigurnost u Bosnu i Hercegovinu. To je srednji put kojim se zemlja treba vratiti iz dva desetljeća dugog traženja modela kako pomiriti tri zajednice koje su prošle teški rat i traže zajedničku budućnost uz uvažavanje svojih različitosti.

Protivnici tog srednjeg puta, odnosno federalizma, nude nam iste politike koje ne daju nikakve rezultate već 20 godina od Dejtonskog i Pariškog sporazuma. Konstitutivnost triju naroda temelj je Dejtonskog sporazuma, njezin integrativni faktor i garancija stabilnosti zemlje. Promjena izbornog zakona na temelju principa federalizma i legitimne zastupljenosti prvi je korak prema povratku povjerenja i stabilnosti da brojniji narod više neće drugom narodu birati političke predstavnike.

Zatim slijedi provedba presude Ustavnog suda koja će vratiti demokraciju u lokalnu zajednicu, kao što je slučaj u Mostaru, gradu taocu dugo godina nametnutog statuta koji se pokazao neustavnim. I na kraju, nadamo se otvaranju šire rasprave o izmjeni Ustava koji će konačno tri naroda u BiH učiniti ravnopravnim i sigurnim.

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, Čestitam kolegi Predi na ovom izvješću i zahvaljujem što su u konačnom tekstu usvojeni i moji amandmani koje sam podnijela s kolegama iz Kluba zastupnika Europske pučke stranke. Čvrsto podržavam europski put Bosne i Hercegovine i pozivam na provođenje nužnih reformi, uključujući i ustavne, koje će omogućiti potpunu funkcionalnost i stabilnost Bosne i Hercegovine te ravnopravnost svih konstitutivnih naroda. Za ostvarenje tog cilja treba razmotriti federalizaciju kao mogući model. Temeljna ljudska i građanska prava Hrvata na dnevnoj se bazi krše te su oni konstitutivan narod samo na papiru.

Tražimo jednakopravnost svih triju naroda da mogu izabrati svoje političke predstavnike, da djeca imaju obrazovanje na njihovom materinskom jeziku, da se medijski programi emitiraju na svim trima službenim jezicima Bosne i Hercegovine. Uz političke probleme koji se moraju nadići, u Bosni i Hercegovini postoje problemi vezani uz zaštitu okoliša i onečišćenje zraka koji izravno utječu i na hrvatske građane, posebice u Slavonskom Brodu. Smatram kako je napredak u ovom području bio slab te je potrebno poduzeti odlučnije korake.

„Catch the eye” eljárás

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, 2016 has been a year of progress in Bosnia and Herzegovina, with practical steps forward on its European path. That is why this report rightfully reflects the positive achievements in the country and focuses on the work on the outstanding issues in 2017.

I noted a growing interest from a number of MEPs in calling for electoral law reform and further decentralisation and federalism. I would like to know what exactly 'federalism' means. As it is, I am sorry, but for me it sounds like a call for the creation of new entities in a system which is more than complicated enough. So, let us define it.

I would argue that, in our resolution, we should concentrate on the reforms ahead for 2017 and our focus should be on the acute social and economic reforms required for implementation of the reform agenda: steps such as reform of the judiciary, implementation of constitutional court decisions and guaranteeing the equality and democratic representation of all the country's citizens.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, l'histoire est particulièrement lourde et douloureuse dans les Balkans, et l'Union européenne peut, de mon point de vue, et doit jouer un rôle essentiel dans l'aide à la réconciliation.

Je suis, bien sûr, satisfait du dépôt de la demande officielle d'adhésion et du regard bienveillant de la Commission.

Je remercie M. Preda de son rapport, qui est très complet et qui met en évidence les forces et les faiblesses de la demande d'adhésion.

Effectivement, la volonté d'adhésion à l'Union européenne doit s'accompagner d'efforts d'organisation administrative et politique. Un État de droit est évidemment la première marche à franchir, cet État de droit qui doit permettre de lutter contre la délinquance, contre la corruption et le crime organisé. Mais, bien entendu, il faut aussi, comme l'a justement souligné le rapporteur, que la Bosnie-Herzégovine mette en œuvre les réformes socio-économiques qui permettront aux jeunes, notamment, de recommencer à espérer dans leur pays.

Toutes ces réformes, l'Union européenne peut et doit les accompagner, mais elle ne pourra le faire sans l'aide de l'adhésion complète de toutes les populations, qui doivent être associées au processus.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Βοσνία-Ερζεγοβίνη πρέπει να λάβει μέτρα ώστε να καταπολεμηθεί το οργανωμένο έγκλημα και η διαφθορά που αποτελούν καθημερινή πραγματικότητα της χώρας. Επιπλέον, χρειάζεται να εφαρμοστούν μεταρρυθμίσεις που να περιλαμβάνουν εφαρμογή του κράτους δικαίου, αξιοκρατική δημόσια διοίκηση και σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Η Βοσνία δεν σέβεται τα ανθρώπινα δικαιώματα των μειονοτήτων, τόσο των Σερβοβόσνιων που έχουν επιστρέψει εκεί, όσο και των Ρομά. Είναι προφανές ότι η συμφωνία του Dayton δεν έλυσε τα ουσιαστικά προβλήματα που διχάζουν τους λαούς της Βοσνίας. Από τη μια πλευρά, οι Κροάτες εμφανίζουν τη δυσαρέσκεία τους που αναγκάζονται να μοιράζονται την επικράτεια της Βοσνίας με τους Βόσνιους Μουσουλμάνους, ενώ από την άλλη ο Σερβικός πληθυσμός της Βοσνίας-Ερζεγοβίνης επιθυμεί την απόσχιση της Σερβικής Δημοκρατίας από το Ομοσπονδιακό κράτος. Η κατάσταση είναι τεταμένη. Οι αρχές της Βοσνίας οφείλουν να λάβουν μέτρα για να εκτονωθεί η ένταση που υπάρχει και σε αυτό πρέπει να συμβάλει και η Ευρωπαϊκή Ένωση.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Gospodo predsjednice, Federalizacija Bosne i Hercegovine predlaže se od strane nekih političara kao rješenje problema na Balkanu i u Bosni. Dakle, u zemlji s četrnaest parlamenta, tri predsjednika, 130 ministara, predlaže se daljnja fragmentacija. Zemlja ne funkcionira s 14 parlamenata pa hajmo pokušati s 30, možda profunkcionira. Nije funkcionirala s dva dijela pa hajmo je podijeliti na tri, možda će biti bolje. Pa divno, svaka čast. Federalizacija je jedan deminutiv za daljnje etničko dijeljenje Bosne i Hercegovine.

Problem Bosne je da nacionalistička politika djeluje nekažnjeno zadnjih 20 godina. A nakon 20 godina, naravno da i drugi počnu razmišljati: „Zašto i mi ne bismo vodili takvu politiku, izgleda da se to očito isplati?“ Ako Europa želi pomoći Bosni da se pridruži EU-u, treba promovirati stvaranje funkcionalne države. Federalizacija, dijeljenja, entiteti, sve to treba zaboraviti. Pomozimo Bosni da postane funkcionalna i pravna država, sve će se ostalo samo srediti.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodo predsjednice, Sretna sam što je Bosna i Hercegovina pred drugom fazom puta prema Europskoj uniji, a to je stjecanje statusa države kandidatkinje i nadam se da će ovaj proces pripreme odgovora na pitanja iz upitnika, ali isto tako i analize odgovora u Europskoj komisiji, nakon toga biti brz i učinkovit te da će uz izmjenu izbornog zakona i uspostavu mehanizma koordinacije, Bosna i Hercegovina najkasnije do kraja ove godine postati kandidatkinja za članstvo i brzo prijeći u treću fazu formalnih pregovora.

Zašto je to važno? To je važno za modernizaciju i demokratizaciju države, za jačanje pravnog i političkog sustava u kojem se njeguju visoki standardi zaštite ljudskih prava, prava manjina i ono što je jako bitno, to je i odgovor kolegi, jednakopravnog sudjelovanja sva tri konstitutivna naroda u institucijama i procesima donošenja odluka u Bosni i Hercegovini. Po ekonomskoj snazi, Bosni i Hercegovinu potrebne su informacije (*govornici je oduzeta riječ*).

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la domanda di adesione all'Unione europea della Bosnia-Erzegovina dimostra che il progetto europeo è ancora forte, attrattivo e capace di dare impulso agli Stati per avviare radicali processi di riforma. La Bosnia-Erzegovina ha puntato a ristrutturarsi fino a diventare uno Stato pienamente inclusivo, funzionale e basato sullo Stato di diritto, che garantisca l'uguaglianza e la rappresentanza democratica di tutti i popoli.

Da sempre i fondamenti dello Stato di diritto costituiscono per la cultura politica europea qualcosa di non negoziabile. Per questa ragione, la Bosnia-Erzegovina non sarà un candidato con buone prospettive di adesione fino a quando gli sforzi di riforma saranno ostacolati da divisioni etniche e politiche, causate da tendenze disgregatrici che ostacolano il normale sviluppo democratico. Mi auguro che il paese continui con convinzione il lungo processo di avvicinamento all'Unione europea e che lo faccia con una rinnovata affermazione dei valori di cui l'Unione è portatrice.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, Referendumsko opstruiranje u Bosni i Hercegovini od strane nekih osoba iz Republike Srpske, pozivanje na unitarističku Bosnu i Hercegovinu od strane nekih Bošnjaka ili jednostrani pokušaj stvaranja trećeg entiteta od strane nekih Hrvata, idu u prilog razaranju Bosne i Hercegovine i stvaranju onoga što sigurno ne znači stabilna Bosna i Hercegovina.

Izgubio sam možda neke glasove, izgubio sam možda i neke prijatelje zbog toga što ovo govorim, ali sam uvjeren da to nije na dobrobit građana Bosne i Hercegovine, svih onih koji žele i vide sebe ovdje u Europskoj uniji. Zato se zalažem za decentraliziranu Bosnu i Hercegovinu u kojoj će svaki građanin biti građanin, ali u kojoj će i konstitutivni narodi biti konstitutivni narodi. Samo takva politika može biti mudra i efikasna, na dobrobit svih u Bosni i Hercegovini.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl poděkovat panu zpravodaji za velmi vyváženou zprávu a chtěl bych zde uvést, že já si přeji skutečně z celého srdce, aby se Bosna a Hercegovina stala kandidátskou zemí.

Vím, že tato země prošla složitým vývojem, já se k tomu vracet nechci, myslím si, že bychom měli ocenit reformy, které učinili za dva roky s tím, že v tomto roce je čekají další zásadní socio-hospodářské reformy, ale já nevím, která jiná organizace, světová organizace, by mohla problém Bosny a Hercegoviny pomoci vyřešit než Evropská unie, než organizace, která je v těsném sousedství této země.

Myslím si, že je skutečně naší povinností dát té zemi naději, pomoci jí překonat roztržitost a vlít naději do žil, protože toto je skutečně nezbytné, dát i mladým lidem v této zemi naději. Já bych se o to velmi rád snažil.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony! A nyugat-balkáni államok európai integrációjának folyamatában előrehaladásra van szükség. Bosznia-Hercegovina is végig kell menjen azon az úton, amelyet más államok már megtettek. Nem lesz rövid és könnyű ez az út, de mindannyiunk érdeke, hogy sikerrel záruljon. Az egymás mellett élő népek közötti megbékélés egykor kulcsfontosságú volt Nyugat-Európa társadalmi számára, ezért nem kell meglepődni rajta, hogy ez Kelet-Európában sem megy könnyen. Ráadásul itt nincs olyan gazdasági fejlődés, mint a második világháború utáni nyugaton, ezért sokkal nehezebb és lassabb ez a folyamat. Ha a térség államai nem nyújtanak vonzó kilátásokat a különböző nemzetiségű lakosok számára, akkor sajnos újra erőre kaphat a feszültség és a szembenállás. A gazdasági fejlődés tehát a békét szolgálja, ezért szükséges az állandó előrelépés a csatlakozási folyamatban. A mai bizonytalan világban Európa egysége nem lehet teljes a Nyugat-Balkán nélkül, ezért nem kérdés, hogy előbb vagy utóbb Bosznia-Hercegovina is EU tagállam kell legyen.

A „catch the eye” eljárás vége.

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, the Commission will welcome the adoption of the resolution on Bosnia and Herzegovina and may I say the Commission takes good note of this resolution and will take Parliament's views into account in its future engagement, including those expressed today.

I understand that there has been at times a difficult discussion as regards some elements and references to EU principles and values. Let me stress here that difficult issues will be progressively addressed throughout the country's EU integration process, starting with the future opinion of the Commission on the merits of Bosnia and Herzegovina's application for EU membership. The Commission will continue in this respect providing policy guidance to the country's authorities as to how to progressively meet EU accession criteria, including compliance with the EU acquis.

Finally, I would like to stress that the Commission in general, and myself in particular, will spare no effort in supporting Bosnia and Herzegovina on its path towards the EU. In this regard I am glad that the next Western Balkans 6 meeting within the connectivity agenda will take place on 16 March in Sarajevo.

The Commission will continue to keep Parliament informed on further developments regarding Bosnia and Herzegovina and I think there is probably no country in the region where talking about the 'process' – rather than just the term 'work in progress' – so precisely addresses the challenges we are facing in the country. It is definitely about the process and it is not simply about negotiating something. Indeed we have to give the country some time, some patience, but we should also be passionate to advance the country's European perspectives.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – Grazzi Madame Chair, grazzi wkoll lis-Sur Kummissarju, kif ukoll lilkom, Onorevoli Membri, b'mod partikolari lill-Onorevoli Preda tar-rapport u l-biċċa xogħol tajba li għamel, u tad-diskussjoni li kien hawn f'dan id-dibattitu u għal darb'ohra nixtieq nilqa' b'sodisfazzjon bħala Kunsill il-progress sinifikattiv li l-Bożnija u l-Herzegovina għamlu fil-mixja tagħhom lejn l-Unjoni Ewropea. Ahna qeghdin hemmhekk sabiex nagħtu s-“support” u l-assistenza kollha lill-Bożnija u l-Herzegovina, però l-ikbar sfida tibqa' proprju għall-mexxejja tagħhom f'dan ir-rigward. U allura nisperaw issa li jibqgħu kommessi wkoll dwar il-proċess tal-opinjoni fuq il-livelli kollha, u jiżguraw li jkun hemm progress sinifikattiv speċjalment fejn tidhol l-implimentazzjoni tal-agenda tar-riforma. L-iktar punt kruċjali, nemmnu wkoll kif irreferjna hafna minna għalih illejla, li jegħlbu r-retorika diviżiva ta' bejniethom. Grazzi hafna u kien ta' pjaċir li pparteċipajna f'dan id-dibattitu.

Preşedinte: IOAN MIRCEA PAŞCU

Vicepreşedinte

Cristian Dan Preda, *rapporteur*. – Monsieur le Président, merci à tous les collègues pour leurs interventions et, encore une fois, un grand merci au commissaire Hahn et à la présidence maltaise. Je voudrais souligner trois choses.

Premièrement, il y a en Bosnie la tentation de reporter les choses, de ne pas les faire au bon moment. On l'a déjà vu et j'espère que ce ne sera pas le cas. Je vois venir le danger justement au sujet du questionnaire. Ils ont déjà commencé, ici ou là, à dire que le questionnaire doit être soumis question par question au jugement politique. S'ils le font pour reporter la réponse, ce n'est pas bon du tout. Il y a de la patience, comme le commissaire Hahn le dit, mais la patience a aussi des limites.

Deuxièmement, je voudrais parler des réformes politiques. Nous avons mentionné dans notre résolution des principes politiques courants dans nos États, mais, bien sûr, ces principes politiques et le débat sur le fond politique ne doivent pas être un blocage, un obstacle pour les réformes politiques. Personne ne dit cela. D'autre part, si les Bosniens, les Croates, les Bosniaques et les Serbes sont capables de faire ces réformes, s'ils sont capables d'appliquer l'arrêt Sejdić-Finci, s'ils sont capables de faire une meilleure représentation électorale, pourquoi pas? Nous allons les féliciter. C'est à eux de le faire. Nous n'allons pas dicter de Strasbourg comment mener une réforme électorale. S'ils sont capables de le faire, bravo! Sinon, qu'ils ne bloquent pas les réformes économiques.

Troisièmement, tous les groupes politiques, à l'exception de celui de M^{me} Marine Le Pen, ont dit «oui» au soutien à la Bosnie. Il n'y a que ce seul groupe qui, en fait, représente la voix de la Russie. Tout comme en Republika Srpska, ce n'est pas le point de vue des Serbes de Bosnie-Herzégovine, mais les intérêts de la Russie qui sont exprimés. C'est fabuleux, d'ailleurs, de voir qu'un groupe politique comme celui dirigé par Marine Le Pen parle des intérêts des peuples quand on voit très clairement comment, dans cette assemblée, les intérêts de la Russie sont clamés haut et fort par ces membres du groupe de Marine Le Pen. Il faut que les gens de Bosnie-Herzégovine le sachent. Les seuls qui s'opposent ici, dans ce Parlement, au soutien à la Bosnie sont les amis de la Russie, les porte-parole de la Russie, et c'est honteux pour notre Parlement.

Președinte. – Dezbateră a fost închisă.

Votul va avea loc miercuri, 15 februarie 2017.

18. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2017 — Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2017 — Binnenmarktsteuerung innerhalb des Europäischen Semesters 2017 (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră comună privind:

— raportul lui Gunnar Hökmark, în numele Comisiei pentru afaceri economice și monetare, referitor la semestrul european pentru coordonarea politicilor economice: analiza anuală a creșterii pentru 2017 (2016/2306(INI)) (A8-0039/2017),

— raportul Yanei Toom, în numele Comisiei pentru ocuparea forței de muncă și afaceri sociale, referitor la semestrul european pentru coordonarea politicilor economice: aspecte legate de ocuparea forței de muncă și aspecte sociale în Analiza anuală a creșterii pentru 2017 (2016/2307(INI)) (A8-0037/2017) și

— raportul lui Antonio López-Istúriz White, în numele Comisiei pentru piața internă și protecția consumatorilor, referitor la Raportul anual referitor la guvernarea pieței unice în cadrul semestrului european din 2017 (2016/2248(INI)) (A8-0016/2017).

Gunnar Hökmark, rapporteur. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for the Annual Growth Survey, and my thanks go too to the shadow rapporteurs as we have had very fruitful and open-minded discussions and have achieved a good compromise. We are saying that, in order to secure economic growth, one can have a positive fiscal stance but it must be limited by the rules of the Stability Pact: positive in order to stimulate, stable in order to secure the preconditions for growth.

I would like to thank the Commission for its presentation of the growth situation in Europe, and, in the main, we can share its view. Growth is slow and it is fragile, largely because of the unique monetary policy, and this means that we need to make it more robust and to ensure that low growth can be transformed into high growth. That requires, of course, demand, but it also requires investment, it requires structural reforms and it requires stability. There are a number of key issues on which we need to move forward in order to be successful.

First of all, we need to recognise that the growth is uneven, it is different in the different Member States, which is why, at the same time, it is interesting and important to look at the aggregated development of the economy. We need, too, to recognise the different situations in different Member States and that requires flexibility in the policy mix as well as different reforms and different reform strategies.

However, it is important to note, first of all, that we have a tax load very much greater than that of any other competitive economy. We need to reform public services, to reform the labour market, to reform the rules for entrepreneurship – and we can see, in the differences between different Member States, that more can be done. We need to do more about qualitative budgeting because, at the same time as we have higher taxes than most other competing economies, we are not achieving the spending that we need from our public incomes.

The simple fact is that Member States need to start with the most important spending before dealing with things that are less important. We need to ensure that there are fewer hindrances to investment. We need to secure a responsible fiscal policy, creating certainty and stability. By that I mean qualitative budgeting, allowing for investments but also allowing for and securing the stability of our economies. And we need to ensure that we follow the rules. Following the rules entails two different dimensions: first of all, it opens the way for the positive fiscal stance the Commission is talking about, and it also ensures that the rules of the Stability Pact must be respected, because if they are not respected we will undermine the stability and the credibility of the European economy.

We have every opportunity to move ahead, and we need to do that on a platform involving all these different policies.

Yana Toom, raportöör. – Austatud istungi juhataja, head kolleegid! Kuigi alates 2013. aasta teisest poolest on töötuse määr Euroopa Liidus aeglaselt vähenenud ja tänaseks on loodud umbes 8 miljonit uut töökohta, ei saa me kuidagi loorberitele puhkama jääda. Töötuse määr on hetkel 8,6 protsenti. Need on septembri andmed. Kuid paljudes liikmesriikides püsib see endiselt veel kõrgem. Näiteks Tšehhis oli töötuse määr detsembris 3,7 protsenti, Kreekas aga 23,1 ja Hispaanias 19,2.

Lisaks kõrgele töötusemäärale hakkab silma ka naiste suhteliselt madal tööhõive. Aastal 2015 oli see 64,3 protsenti, mis on paraku oluliselt väiksem strateegia „Euroopa 2020” peamisest eesmärgist, milleks on 75%. Ka siin on riigiti suured erinevused. Näiteks Kreekas töötab 42,5% ja Rootsis koguni 74% naistest. Nii et statistika puhul on paraku tegemist n.ö haigla patsientide keskmise palavikuga. Mis tähendab, et antud raportis on suur roll ka riikidepõhistel soovitud, mille väljatöötamisega hakatakse õige pea pihta. Meie töö selle dokumendiga oli siiski n.ö universaalsete meetmete kooskõlastamine. Pärast ühiseid arutelusid kõigi fraktsioonide vahel leppisime kokku, et nendeks on.

1. Aktiivne tööhõivepoliitika ja vajadus edendada tööturul sotsiaalselt õiglasi reforme.

2. Selge eesmärk peab olema ebavõrdsuse ja palgavaesuse vähendamine.

Kuigi üks strateegia „Euroopa 2020” eesmärke on vähendada vaesuses ja sotsiaalses tõrjutuses elavate inimeste arvu vähemalt 20 miljoni võrra, siis eelmisel aastal kahanes see arv vaid 3-3,5 miljoni võrra. Samas aastal 2015 elas Euroopa Liidu 28 liikmesriigis 119 miljonit inimest vaesuse ja sotsiaalse tõrjutuse ohus.

3. Haridusvaldkonnas peame me eeskätt likvideerima lõhe hariduse ja tööturu vajaduste vahel. 15–29aastaseid mittetöötavaid ja mitteõppivaid noori on praegu Euroopa Liidus peaaegu 15% ja see rühm on tööturult kõrvalejäämise ohus. Siin on suur tähtsus mitteformaalse ja informaalse õppimise vormis omandatud teadmiste ja kogemuste valideerimise süsteemil. Paindlik haridustee saab olla abiks eeskätt haavatavate gruppide esindajatele, kelleks on noored, kolmandate riikide kodanikud ja pagulased.

4. Tööhõivenäitajad, nagu näiteks tööjõus osalemise määr, noorte töötus ja pikaajaline töötus, peavad olema osa igaaastase majanduskasvu analüüsist. Enamgi veel, need näitajad muudetakse võrdseks olemasolevate majanduslike näitajatega, mis võimaldaks teha liikmesriikides süvaanalüüsi ja hinnata olukorda põhjalikumalt.

5. Antud raportiga teeme sammu Euroopa sotsiaalstandardide kehtestamise suunas, mille väljatöötamisel tuleb tugineda riigipõhistele soovitudele.

6. Raportis rõhutatakse Euroopa Strateegiliste Investeeringute Fondi rolli, mis on ülioluline sotsiaalse, majandusliku ja territoriaalse ühtekuuluvuse tugevdamiseks. Samas me osutame tõsiasjale, et fondi töös tuleb pöörata rohkem tähelepanu n.ö territoriaalsele kaetusele, sest hetkel on toetusesaajate seas enam rikkamaid riike.

Viimaks tahaksin ma siiralt tänada kõiki variraportööre. See oli väga meeldiv ja konstruktiivne koostöö ning loodan, et me jätkame samas vaimus ka edaspidi.

Antonio López-Istúriz White, ponente. – Señor presidente, saludo al vicepresidente de la Comisión Europea, Valdis Dombrovskis, y a todos los colegas presentes. Valoramos hoy, en este debate, la gobernanza del mercado único. Valoramos todo lo que hemos realizado, que no es poco, y todo lo que queda todavía por hacer en este proyecto político único que es la Unión Europea.

Independientemente de las tormentas políticas que nos pueden sacudir, *brexit*, nuevos nacionalismos, o mejor dicho, oportunismos políticos de cariz populista a la derecha y a la izquierda, hay algo incontestable de lo que podemos estar orgullosos, el mayor logro de Europa, que es su mercado único. Un mercado de 500 millones de personas que, en los últimos cincuenta años, ha generado economías de escalas inimaginables para las empresas europeas, ayudándonos a crear una competitividad transnacional, nuevas oportunidades de negocio y nuevos puestos de trabajo. Un mercado único que ha contribuido, más que cualquier otra política adoptada en esta casa o en el Consejo, a integrar mejor a las empresas europeas ofreciéndoles cadenas de valor internacionales y, por ende, una competitividad a escala mundial.

El mercado único europeo ha aumentado la oferta de los consumidores, ofreciéndoles precios más reducidos, y ha permitido que los ciudadanos vivan, trabajen y estudien en el lugar que deseen. El entorno cambiante de la Unión, los efectos externos decurrentes de la globalización son desafíos permanentes para el mercado único, al que este se tiene que adaptar. Nosotros, como legisladores y cumpliendo el mandato político que nos fue otorgado por los ciudadanos, tenemos que permanentemente optimizar las políticas destinadas a consolidar la recuperación económica y a fomentar la convergencia hacia quienes obtienen los mejores resultados.

Los obstáculos detectados en los mercados de bienes y servicios son un freno para la productividad y la competitividad de la economía europea. Las empresas se sienten asfixiadas a menudo por normas desfasadas y excesivamente gravosas. En mi informe he querido destacar la necesidad imperiosa de eliminar barreras al mercado único y crear el entorno adecuado al crecimiento de nuestras economías. Al mismo tiempo, tenemos que estar especialmente atentos a la innovación y a las cadenas de valor mundiales que están creando nuevas e importantes oportunidades. Las tecnologías digitales están transformando muchos sectores industriales, permitiendo una producción más eficiente y unos modelos empresariales nuevos e innovadores. Cada vez más, los servicios y la industria se unen en ofertas empresariales limpias e inteligentes que aportan un mayor valor añadido a sus clientes.

Sin embargo, esta innovación también supone un reto para los modelos empresariales tradicionales y las relaciones entre consumidores y empresas. En este sentido, y para mejorar el modelo económico europeo y restablecer la competitividad, se requiere una combinación global de recursos públicos, reformas estructurales e inversiones selectivas. Todas las instituciones y Estados miembros de la Unión han de actuar conjuntamente si se quiere alcanzar una recuperación sostenible y revitalizar el proceso de convergencia. Para ello se requiere una intervención cercana al Parlamento Europeo y los Parlamentos nacionales, los interlocutores sociales, las autoridades nacionales, regionales, locales y la sociedad civil en su conjunto.

Ya está operativo el Plan de Inversiones, destinado a movilizar al menos 315 millones de euros en nuevas inversiones durante tres años y devolver la inversión a niveles sostenibles anteriores a la crisis. Este plan, anunciado e implementado en tiempo récord, tiene por objetivo estimular la financiación de la inversión, suprimir los obstáculos, incrementar la innovación y profundizar el mercado único. Europa pone el dinero, pero, como siempre, los Estados miembros desempeñan un papel fundamental en la consecución de estos objetivos, y debo decir que no siempre con éxito.

El informe de la Comisión de Mercado Interior y Protección del Consumidor, del cual fui ponente, presenta un texto consensuado entre las fuerzas políticas proeuropeas, que se identifican con una Europa mejor y más eficaz. En este sentido, IMCO focaliza su atención en tres aspectos fundamentales: fortalecimiento del pilar del mercado único dentro del proceso del Semestre Europeo, aprovechar el potencial del mercado único en los ámbitos fundamentales del crecimiento y reforzar la gobernanza del mercado único.

Pedimos a la Comisión Europea fortalecer el pilar del mercado único a través de un sistema de seguimiento periódico de determinación de las barreras específicas de cada país al mercado único y de evaluación de la integración y competitividad en el mercado único. Pedimos aprovechar el potencial del mercado recogiendo y trabajando la información obtenida de los Estados miembros, para remodelar, incorporar, aplicar y hacer cumplir el marco normativo del mercado único con el objetivo último de ofrecer resultados muy concretos a los ciudadanos.

A nuestro juicio, la Comisión Europea debe supervisar sistemáticamente la aplicación y el cumplimiento de las normas del mercado único mediante recomendaciones específicas por país, en especial cuando estas normas contribuyen a reformas estructurales. En este contexto, recuerdo que entre los objetivos del Plan de Inversiones para Europa, el Plan Juncker, se cuenta la supresión de los obstáculos, el incremento de la innovación y la profundización del mercado único. Quiero destacar, a este respecto, que mejorar el entorno de inversión implica fortalecer el mercado único aumentando la previsibilidad normativa, reforzando la igualdad de condiciones de competencia dentro de la Unión y eliminando los obstáculos a la inversión dentro y fuera de la Unión.

A pesar de la supresión de las barreras arancelarias en el mercado único, persiste un gran número de diversas barreras no arancelarias, y considero que el fortalecimiento del mercado único exige una actuación urgente a nivel nacional y de la Unión para eliminar este tipo de barreras.

Quiero agradecer, evidentemente, a mis compañeros y a los ponentes alternativos el buen trabajo realizado: creo que es para nuestra comisión motivo de orgullo que estemos trabajando en este sentido.

Jean-Paul Denanot, *rapporteur pour avis de la commission des budgets*. – Monsieur le Président, j'appelle aujourd'hui notre Parlement à intégrer dans sa réflexion trois axes particulièrement importants.

Premièrement, la question des dépenses des États, engendrées par les politiques liées à l'aide à l'alimentation, à la défense européenne et aux coopérations internationales, par exemple, devrait pouvoir être sortie des critères de convergence pour permettre de nouveaux investissements.

Deuxièmement, les politiques économiques de l'Union européenne, et en particulier de la zone euro, ne peuvent se cantonner au strict respect des critères aujourd'hui obsolètes et inefficaces. La réduction du déficit public doit se faire par la hausse des recettes fiscales en luttant contre la fraude fiscale, précisément, et en taxant davantage les transactions financières.

Troisièmement, aujourd'hui, il est temps pour l'Union européenne d'envisager la mutualisation des dettes souveraines excédant les 60 % fixés par les critères de convergence. Imaginons, par exemple, un fonds financier commun aux 19 pays de la zone euro qui permettrait alors de pouvoir, au moins partiellement, renégocier leurs dettes communes.

Jean Monnet disait dans ses mémoires: «Quand les hommes se trouvent dans une situation nouvelle, ils s'adaptent et changent. Mais aussi longtemps qu'ils espèrent que les choses pourront rester en l'état ou faire l'objet de compromis, ils n'écoutent pas volontiers les idées neuves». Écoutons les paroles de ce grand homme.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – President, Viçi President Dombrovskis, Onorevoli Membri, l-ewwel nett xtaqt niringrazzjakom tal-opportunità sabiex naghmlu l-intervent taghna hawnhekk, dwar it-tema tas-Semestru Ewropew ghal din is-sena.

Il-Kunsill jaghti importanza kbira lill-proċess tas-Semestru bhala qafas għall-koordinazzjoni tal-politika ekonomika. Il-koordinazzjoni hija ta' importanza partikolari matul żminijiet ta' incertezza meta l-Unjoni hija ppreżentata bi sfidi konsiderevoli.

Sabiex nibda fuq nota pożittiva, l-evidenza tissuggerixxi li l-kundizzjonijiet ekonomiċi fl-Unjoni Ewropea qed jitjiebu b'mod kostanti. L-irkupru qed jinfexx f'setturi differenti u madwar il-pajjiżi. Il-livelli tal-impjigi qed jiżdiedu u għamilna progress sinifikanti f'termini ta' tnaqqis tad-defiċit. Madanakollu, huwa ċar illi għad fadal hafna sfidi, it-tkabbir fl-Unjoni Ewropea għadu modest u l-attività tal-investiment għadha ma lahqitx il-livelli li qed nimmiraw għalihom. Barra minn hekk, l-irkupru ma kienx imqassam b'mod ugħwali fost l-Istati Membri u ċ-ċittadini. Livelli għolja ta' dejn u r-rati tal-qgħad jibqgħu sors ta' thassib. Għalkemm rajna hafna progressi f'xi Stati Membri, oħrajn għadhom qed jiffaċċjaw sfidi strutturali kbar. Fl-aħħar nett, l-iżviluppi internazzjonali reċenti qed jiġġeneraw incertezza interna kif ukoll esterna għall-Unjoni Ewropea tagħna. F'dawn iż-żminijiet ta' incertezza u ta' sfida jehtieg li nikkoordinaw il-politika tagħna u li ningħaqdu sabiex nippromwovu t-tkabbir sostenibbli u inklussiv fl-Ewropa.

Ejjew ninghaqdu sabiex naghtu spinta lill-investment, sabiex nippromwovu rkupru aktar robust u sabiex niżguraw rati tat-tkabbir tajba fit-tul. L-estensjoni tal-Fond Ewropew għall-Investimenti Strateġiċi, kemm f'termini ta' żmien u anke ta' kapacità finanzjarja, hija pass importanti lejn il-kisba ta' dan il-ghan. Il-Kunsill qed jistenna b'interess in-negozjati li jmiss tagħna u nittamaw li nilhqu qbil tajjeb dwar dan id-dossier malajr kemm jista' jkun.

Apparti l-Fond Ewropew għall-Investimenti Strateġiċi, jehtieg ukoll li naħdmu flimkien sabiex noholqu ambjent favor-evoli għall-investimenti billi nindirizzaw ukoll l-ostakoli għall-investimenti u billi ngħinu lill-intrapriżi ż-żgħira u ta' daqs medju sabiex jiksibu aċċess għall-fondi li huma jehtiegu. U għal dan il-ghan, il-Presidenza ser tkompli tmexxi 'l quddiem il-pjan ta' azzjoni dwar l-Unjoni tas-Swieq Kapitali.

Barra minn hekk, jehtieg li ninghaqdu flimkien sabiex nappoġġaw it-tkabbir f'politika fiskali intelligenti, filwaqt li naghtu attenzjoni mill-qrib lis-sostenibbiltà fit-tul tal-baġits u tad-djun tagħna. Il-Patt ta' Stabbiltà u Tkabbir u l-flessibbiltà li jipprovdi għandu jkun il-gwida tagħna f'dawn l-isforzi.

Jehtieg ukoll li nimplementaw ir-riformi strutturali neċessarji fis-swieq tal-prodotti u tax-xogħol tagħna sabiex inhejju lill-ekonomiji tagħna għall-isfidi li ġejjin. Ahna għandna nipprovdu l-edukazzjoni ta' kwalità għolja liċ-ċittadini żgħażaġh tagħna u ninvestu fil-hiliet tagħhom illum. L-investment fil-hiliet taż-żgħażaġh tagħna llum ifisser investment fl-Ewropa li tkun iktar ta' prosperità u produttiva għada pitgħada. Fi żminijiet ikkaratterizzati minn aktar protezzjoniżmu għandna niftakru li s-suq uniku huwa l-akbar vantaġġ tal-Unjoni Ewropea u li għandna ninghaqdu favur l-iżvilupp ulterjuri tiegħu, it-tkomplija tiegħu. Matul il-Presidenza nippjanaw li naghmlu progress b'rabta mas-suq uniku diġitali u s-suq intern tal-enerġija li t-tnejn li huma ser iġibu benefiċċji tangibbli għall-ekonomiji tagħna, għan-negozji tagħna u, fuq kollox, għaċ-ċittadini tagħna.

Ahna u nimplementaw din il-politika kollha, huwa kruċjali li naghtu attenzjoni speċjali lill-inkluzjoni soċjali, li hija kwistjoni ta' importanza partikolari għall-Presidenza Maltija. Ahna u nfasslu l-pakketti ta' rifoma, jehtieg li nżommu f'moħħna liċ-ċittadini tagħna kollha kemm huma, u li niżguraw li t-tkabbir ekonomiku, li qed naghmlu hilitna sabiex niksbu, ikun ta' benefiċċju għal kulhadd. F'dan il-kuntest il-hidma fuq il-pilastru Ewropew tad-drittijiet soċjali ser ikun ta' importanza partikolari għalina.

Wara li qrajt bir-reqqa tliet rapporti tagħkom dwar is-Semestru Ewropew jiena nilqa' bi pjaċir il-fatt li għandna bosta prijoritajiet komuni. U issa huwa importanti li niffukaw fuq l-implimentazzjoni shiħa tar-riformi ssuġġeriti fir-rakkomandazzjonijiet speċifiċi għall-pajjiżi u li nissorveljaw b'attenzjoni l-progress li jkun qed isir f'kull Stat Membru. L-Istati Membri għandhom ukoll jaqsmu l-esperjenzi tagħhom u jużaw eżempji tal-aħjar prattika sabiex jitgħallmu jappoġġaw lil xulxin fl-implimentazzjoni ta' dawn ir-riformi. U f'dan il-kuntest ninsabu kburin li flimkien, il-ġimgha li għaddiet, ilhaqna l-ftehim dwar il-programm ta' appoġġ għar-riformi strutturali. Il-programm ser itejjeb il-kapaċità amministrattiva u istituzzjonali tal-Istati Membri sabiex jiffaċilita implimentazzjoni aħjar tar-rakkomandazzjonijiet u sabiex jiżgura użu aktar effiċjenti tal-fondi tal-Unjoni Ewropea.

Fil-qosor, u biex nikkonkludi hawnhemm l-intervent tiegħi, mhux ser ikollna suċċess fit-tishih tal-klima soċjoekonomika għal Ewropa aħjar jekk ma naħdmux id fid u dan huwa l-prinċipju gwida li ntgħažel mill-Presidenza Maltija għad-dibattiti ministerjali li jmiss dwar is-Semestru Ewropew. Grazzi hafna.

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Maltese Presidency, honourable Members, I am pleased to have this opportunity to discuss the European Semester with you. Already, earlier this month, the European Parliamentary Week provided valuable exchanges. Events like this are important to enrich our dialogue and further improve the ownership and efficiency of the European Semester. Since its inception the European Semester has proven instrumental in fostering, guiding and supporting the reform process in the Member States and in improving their economic and social performance. This was true both during the crisis and in a more recent context of a moderate recovery.

Yesterday the Commission released the winter economic forecast. It shows the resilience of the European economy despite increased uncertainty. Growth at the end of the last year was better than expected and is expected to continue at a moderate but firm pace. For the euro area we see GDP growth of 1.6% in 2017 and 1.8% next year. The EU as a whole should follow a similar pattern, and is forecast to expand by 1.8% this year and the next. The EU's GDP is now higher than before the crisis and all Member States are set to grow for the next two years. The situation in public finances is also improving. The average budget deficit in the euro area is expected to go down from 1.7% of GDP in 2016 to 1.4% of GDP this year. The average public debt is also going down while remaining at still high levels: around 90% of GDP in the euro area and 85% of GDP in the EU as a whole.

Recently there have been some labour market gains that have supported the expansion of private consumption. Investment still remains relatively weak. Private consumption will remain the main driver of growth, supported by sustained improvements in employment and a nominal wage growth. The global economic context is also improving with global growth reaching 3.4% this year compared with 3% last year.

However, these positive trends go together with a number of challenges and uncertainties, both internal and external, that we need to tackle. Internally there are clear economic and social challenges such as continuously high unemployment and poverty levels, income disparities across and within countries, low productivity growth, and increasing divergence in productivity performance across firms and sectors. Public and private debt levels remain high. There are also persistent pockets of weakness in the banking sector, including high non-performing loans in several Member States.

The upcoming country reports will zoom in on where problems occur and where more determined strategies to deal with this issue are needed. The ongoing work to build a true capital markets union is also important in this respect as it aims at widening and diversifying companies' financing sources. And more integrated capital markets would also contribute to the development of a secondary market for non-performing loans. These challenges remain a drag on our immediate growth prospects, and long-term growth might also be affected as unused labour force and a relatively low level of productive investment can permanently impact our economic growth potential.

The over-arching message from the Commission's 2017 annual growth survey of last November is that we have to redouble efforts amongst a virtuous triangle of investment, structural reforms and responsible fiscal policies. In doing so we have to keep focus on social fairness and delivering an economic recovery that benefits all, notably the weaker parts of our societies. To strengthen the potential inherent in our economies, we need to continue in particular to strengthen investment in education, training and skills as well as in research and development and infrastructure. More efficient public procurement and full absorption of available EU funds can contribute to these objectives. Guaranteeing well-functioning product services and labour markets and promoting an effective uptake and integration of new business models should also remain priority areas for policy makers. National reforms and making the most of the single market in all sectors are essential. Sustainable public finances and remaining alert to the emergence of imbalances in the private sector are the foundation on which to build a sustainable growth.

All this is a sizeable agenda and the work on it continues. Next week the Commission will present its country-specific analysis in the country reports prepared by the Commission services. We will then have a sharper image of the challenges and progress made in each Member State. During the period of publication of the country reports, we will strive to make the most of our strengthened dialogue with Member States at all levels, notably through high-level visits to Member States. We have taken particular care to better include them in the writing phase of the country reports as well, and this continued dialogue is of utmost importance in order to come to a common understanding of the most pertinent policy issues.

For the 13 countries identified in the 2017 Alert Mechanism Report the country reports will include an in-depth review, analysing the presence and nature of macroeconomic imbalances. On the whole we can expect continued progress with imbalances gradually being worked out.

Also next week we will issue an Article 126(3) report for Italy. As you know there is a need for additional structural adjustment of at least 0.2% of GDP in order to achieve broad compliance with the preventive arm of the Stability and Growth Pact this year. The Italian Government has since made a clear and public commitment to adopt the additional measures by the end of April.

The Commission is expecting the national reform programmes and the stability and convergence programmes by mid-April. This year again the Commission encourages the close involvement of national parliaments, social partners, local authorities and all stakeholders in the preparation of national programmes. We will present as usual in May the 2017 set of the country-specific recommendations.

The Commission welcomes the European Parliament's active involvement in the debate on the European Semester; we pay close attention to your views. So I welcome the work done by the committees and Members of the European Parliament involved in the drafting the own-initiative reports and I look forward to a constructive debate on these reports today.

Krzysztof Hetman, autor projektu opinii Komisji Rozwoju Regionalnego. – Panie Przewodniczący! Zgodnie z roczną analizą wzrostu gospodarczego na rok 2017 możemy zauważyć w Unii Europejskiej pozytywne sygnały wzrostu gospodarczego i pobudzenia zatrudnienia, co oczywiście cieszy. Musimy jednak pamiętać, że ów wzrost w dalszym ciągu jest niestabilny i musimy zrobić wszystko, co możliwe, by go systematycznie zwiększać, jak również zwalczać wciąż wysokie bezrobocie. W tym kontekście chciałbym podkreślić ogromny potencjał polityki spójności, będącej główną polityką inwestycyjną Unii Europejskiej. Aby jednak ów potencjał mógł być w pełni wykorzystany, należy kontynuować i intensyfikować pracę w celu jej uproszczenia i usuwania niepotrzebnych barier dla beneficjentów. Konieczne jest również zwiększenie elastyczności we wdrażaniu funduszy, jak również likwidowanie obciążeń wynikających ze zbyt drobiazgowych i licznych audytów.

Julie Ward, rapporteur for the opinion of the Committee on Culture and Education. – Mr President, as rapporteur for the opinion of the Committee on Education and Culture I would like to recall that the EU and its Member States must refocus the delivery of the Europe 2020 objectives of smart, sustainable and inclusive growth, paying more attention to social education and employment targets, as well as properly recognise the contribution of culture in reaching the so-called AAA for the development and well-being of individuals and societies.

The Commission has already acknowledged that austerity has increased inequalities, social injustice and poverty in Europe. Children are among the most impacted and remain the group at the highest risk of poverty and social exclusion. If this situation is not properly addressed through decisive political action we risk excluding a great part of the next generation.

I am a proud co-founder of the parliamentary Intergroup on Children's Rights and I am proud that the European Semester report we are about to adopt includes a call to create a child guarantee in line with the 'Investing in Children' recommendations that will ensure that every child in Europe at risk of poverty, including refugees, has access to free health care, free education, free childcare, decent housing and adequate nutrition. Commission, do not let us down.

Sofia Ribeiro, em nome do Grupo PPE. – Senhor Presidente, o PPE dá nota positiva ao crescimento verificado por todos os Estados-Membros da União Europeia, bem como à diminuição do desemprego e, particularmente, do desemprego jovem.

Sendo estes os objetivos definidos pelo processo do Semestre Europeu, podemos congratular-nos com os resultados que estamos a obter. No entanto, esta satisfação não pode dar lugar a qualquer tipo de acomodação. Para além de continuarmos a prosseguir estes objetivos, temos de desenvolver políticas ambiciosas que se traduzam em maior coesão social e no reforço da sustentação económica da União Europeia e dos seus Estados-Membros, potenciando a nossa autonomia relativamente a possíveis choques externos que venham a surgir.

Esta ambição tem de passar pelo investimento no capital humano como forma de potenciar a produtividade, de adequar as competências dos trabalhadores às necessidades das empresas e de garantir a integração social dos mais desfavorecidos. Não esqueçamos, neste âmbito, o papel fundamental que a economia social desempenha.

Passa igualmente por uma abordagem individualizada dos desempregados a nível dos Estados-Membros, em especial os de longa duração, garantindo o apoio adequado no que respeita à formação e a mecanismos de reintegração profissional, trabalhando para que não redundem em processos de aproveitamento de mão de obra barata.

Implica ainda a definição de políticas que se sustentem no triângulo virtuoso do investimento, que traga retorno económico e social, na definição de reformas estruturais que garantam a sustentação do modelo económico e social europeu e a consolidação fiscal, garantindo um futuro decente para as futuras gerações.

Por muito tentador que seja focarmo-nos nos resultados atuais, temos de ser capazes de perspetivar o futuro. Por mais que sejamos politicamente tentados a dar respostas positivas momentâneas, temos o dever de garantir o modelo de desenvolvimento social que caracteriza a União Europeia e os seus Estados-Membros.

Pedro Silva Pereira, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, Senhor Comissário Dombrovskis, Caros Colegas, este é um momento importante para a legitimidade democrática do Semestre Europeu, o momento em que o Parlamento eleito pelos cidadãos se pronuncia sobre as orientações da política económica e orçamental e quero cumprimentar o relator, o Sr. Gunnar Hökmark, pela forma como cooperámos na elaboração do seu relatório, que é um bom compromisso entre as posições políticas divergentes neste Parlamento.

A questão central é clara: a política monetária do Banco Central Europeu não chega, nem para assegurar o crescimento sustentado da economia e do emprego, nem para promover um novo impulso para a prosperidade e para a convergência de que a Europa precisa.

Por isso, neste relatório, o Parlamento apoia uma estratégia que, não apenas nas palavras mas na realidade, assente num triângulo virtuoso de investimento público e privado, designadamente em infraestruturas, em reformas estruturais socialmente equilibradas e respeitadores dos direitos sociais e em finanças públicas responsáveis, com pleno respeito pela flexibilidade permitida pelas regras.

Mas há uma questão ainda que deve ser assumida: a proposta, a grande novidade da Comissão é a defesa de uma política orçamental moderadamente expansionista. Ora, esta novidade depois de anos de austeridade não é coisa pouca. O grupo socialista apoia esta proposta da Comissão e registamos com satisfação que o Parlamento vá, no seu relatório, declarar que este é um desenvolvimento importante, que permite a coordenação das políticas económicas e que aponta as oportunidades de que os Estados que têm margem orçamental dispõem para promover estímulos orçamentais, para fazer crescer a procura interna e a economia europeia.

Não faltará apoio à Comissão neste Parlamento para uma política orçamental mais expansionista.

Czesław Hoc, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Doceniając wielkie znaczenie europejskiego semestru, jako unijnego kalendarza koordynacji polityki gospodarczej państw członkowskich Unii Europejskiej, należy wskazać, że w ostatecznym raporcie pojawiły się – w mojej ocenie – pewne kwestie problematyczne. To są zapisy, które naruszają kompetencje państw członkowskich, na przykład wprowadzenie kwestii równości płci do narodowych programów reform, czy też kwestia równości płci wpisana do raportu w sposób nakazowy: gender w programach reform, gender w programach konwergencji, gender w programach na rzecz stabilności itd. Problematiczne są też zapisy promujące uchodźstwo jako siłę roboczą i czynnik wpływający na poprawę demografii w państwach Unii. W mojej ocenie należy dla każdego państwa członkowskiego Unii Europejskiej stworzyć obowiązek prowadzenia aktywnej, konkretnej i kompleksowej polityki prorodzinnej: stworzenie nowych miejsc pracy i budowy mieszkań dla młodych ludzi, z dewizą dla każdego państwa Unii Europejskiej, że dzieci to nie koszt, to radosna inwestycja.

Lieve Wierinck, *namens de ALDE-Fractie*. – Ik wil de rapporteur en mijn collega's bedanken voor de goede samenwerking. We hebben een goed evenwicht en dit ondersteunt het rapport van de Europese Commissie.

Enkele punten die voor ons belangrijk zijn: ten eerste moeten we duidelijk zijn over het economisch en budgettair beleid. We hebben stabiliteit nodig, zeker in het huidige economische en politieke klimaat. Daarom is het belangrijk dat de regels niet alleen op papier staan maar ook nageleefd en afgedwongen worden. Dit is essentieel voor het vertrouwen van bedrijven en investeerders en voor het vertrouwen van de burger in Europa.

Ten tweede herhalen we het belang van de hervormingen en het moderniseren van economieën. We vragen de lidstaten om de landspecifieke aanbevelingen beter op te volgen. Het potentieel voor economische groei, innovatie en investeringen is nog te beperkt. De eengemaakte markt is nog niet af en de regels worden niet overal op dezelfde manier toegepast. Onze bedrijven hebben hier last van. Zij moeten toegang krijgen tot risicokapitaal. We moeten blijven investeren in onderzoek en ontwikkeling, onderwijs en gezondheidszorg om in de wereld beter te kunnen concurreren.

Mijn laatste punt gaat over compromis X, dat het gisteren net niet gehaald heeft in ECON. Dit compromis voegt een nieuw element toe aan het verslag. Het vraagt meer aandacht voor de duurzaamheid van de budgetten. We zien vaak dat er een conflict is tussen politieke doelstellingen op de korte en lange termijn. Het doorschuiven van schulden naar de volgende generatie uit politieke kortetermijnoverwegingen vind ik economisch maar ook ethisch onverantwoord. Om dit tegen te gaan vragen wij aan de Commissie om een indicator te ontwikkelen dat het effect van het budget op de toekomstige generaties meet. Wij hopen dat deze transparantie helpt om betere budgettaire beslissingen te nemen, ook voor onze kinderen en kleinkinderen. ALDE heeft inmiddels gevraagd het compromis opnieuw in stemming te brengen in de plenaire vergadering met een hoofdelijke stemming.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, hay dos formas de hablar de las rentas mínimas: como un derecho individual y subjetivo a una vida digna para que ninguna familia quede por debajo del umbral de la pobreza —un objetivo al que la Unión Europea puede contribuir mediante la armonización al alza de la protección social, por ejemplo, mediante una directiva marco de rentas mínimas, como la que reclama el CESE—; o podemos hablar de rentas mínimas vinculándolas con el desmantelamiento de los derechos laborales, sin combatir la desigualdad económica y las políticas neoliberales que la causan, sino legitimando un sistema injusto al disimular sus efectos más graves.

De esto trata el Semestre Europeo y sus pretendidas recomendaciones sociales, condicionadas a reforzar el poder del capital sobre la economía, desde las privatizaciones hasta las desregulaciones. Es un debate que ilustro con la renta mínima, pero que es transversal a todos los debates de gobernanza y constitucionalismo europeo que hemos tenido hoy, de si es mejor añadir un pilar social a la eurozona o refundar Europa sobre elementos como la Carta Social, por ejemplo.

La socialdemocracia sigue defendiendo políticas económicas neoliberales a cambio de mínimos avances en la protección social, pero ambos objetivos son incompatibles en el largo plazo. Nosotros, sin embargo, sabemos que, sin situar los derechos sociales por delante de las libertades económicas, no hay espacio para mejorar la vida de los europeos.

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I want to focus mainly on the report from the Committee on Employment and Social Affairs, not least because my Group is not going to be supporting the Committee on Economic and Monetary Affairs report. We felt that the general message that if only we follow the Growth and Stability Pact all will be well, fails to give some real weight to the need to ensure we have balance between the economic development that we need and the social dimension of our considerations, given that we want to improve the quality of life and future prospects for many people within the European Union. And it is not just, I think, a question, as has been said earlier, about the pursuit of growth. It is a lot as well about its distribution, whether it is inclusive, whether it is actually reducing those gaps that we have, as well, of course, as its environmental effect.

We welcome the progress made on achieving a better balance between the economic and social dimensions. It is something that this Parliament has pushed for from the very start of this process. But we still want to assert that employment and economic indicators have to be on an equal footing, because this triggers an in-depth analysis and the corrective action that is necessary in relative Member States. There is certainly a need for corrective action if we are to tackle the gross inequalities that still exist in too many places: inequality of income, inequality of opportunity and too much of that lack of opportunity is still based on social class and discrimination. And some of us in this House, in fact I feel a majority, still think it is shocking that we actually have a gender pay gap and that so many people are unable to use their talents because of discrimination.

So we need to reduce those gaps to ensure that our social security systems can meet the needs of changing societies and our changing work patterns and provide a genuine work-life balance. We need to provide relevant lifelong learning, not least in STEM and digital skills so that people can find new employment in decent jobs that pay a living wage. And we still have too many people in poverty even if they are in work. So we really do need to take seriously the question about adequate minimum income schemes at whatever stage of life you are in.

As we have also been hearing, we still have far too many children disadvantaged from the very beginning of their lives and we do need to deliver on the child guarantee. And we also need to deliver on decent housing. This is an investment: it provides jobs, it provides social stability, better health and an important basis from which those that can find work can do so. And we would certainly agree about the engagement of stakeholders being crucial and this is something which Member States have yet to really improve.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, today's Annual Growth Survey report clearly warns that the eurozone's recovery is extremely fragile. Unemployment is declining modestly and growth is rising slowly, but dangerous economic conditions are not far away: EUR 1 trillion in non-performing bank loans, sky-high national debt and weak investment; and Italy is weak, while Greece is once again on the verge of collapse.

The United Kingdom is a vital trading partner essential to the jobs of millions of Europeans. Therefore, it is of vital importance that those involved in the Brexit negotiations seek an agreement that frees free trade and empowers the Europeans to pursue growth, rather than taking the line of those in this House, like Mr Verhofstadt and his followers, who wish to punish the UK for daring to leave the EU, or demand that Scotland leave too. These are the kamikaze messengers willing to sacrifice European jobs and prosperity on the dream of a failed ideology.

Burkhard Balz (PPE). – Herr Präsident! Die Stellungnahme zum Jahreswachstumsbericht 2017, die nun dem Plenum vorliegt ist, eine gelungene Stellungnahme.

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss fordert darin, dass die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaft weiter reformieren und wettbewerbsfähiger aufstellen, dass die Arbeitsmärkte offener und flexibler gestaltet werden, dass die Mitgliedstaaten ihren Einsatz zur Schulden- und Defizitreduktion engagiert fortsetzen, dass makroökonomische Ungleichgewichte innerhalb der Mitgliedstaaten anzuschauen sind – und zwar dort, wo sie die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Staates mindern –, dass die Rahmenbedingungen für private Investitionen, für Innovation, Bildung und Forschung verbessert werden, dass die Unternehmensfinanzierung verbessert und auf breitere Beine gestellt wird und dass die wirtschaftliche Konvergenz eine Angleichung nach oben und nicht nach unten werden muss.

In der Stellungnahme wiederholen wir sehr deutlich unsere Kritik an der fehlenden Beachtung der für die Mitgliedstaaten spezifischen Empfehlungen. Es ist meiner Ansicht nach nicht nachvollziehbar, dass gerade einmal 4 % der Empfehlungen umgesetzt wurden. Wir, das Parlament und die Kommission, können uns nicht gefallen lassen, dass die Mitgliedstaaten das Europäische Semester zu einem zahnlosen Tiger machen. Wenn schon der Semesterprozess nicht funktioniert, wie soll dann die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion funktionieren?

Im gleichen Atemzug sehen wir mit großer Besorgnis, dass acht Mitgliedstaaten im Herbst letzten Jahres keine regelkonformen Haushaltspläne vorgelegt haben. Das sind acht Euro-Staaten von 19, also zahlenmäßig fast die Hälfte. Das sind Tatsachen, die man weder schönreden noch verschleiern sollte. Wir haben immer unterstrichen, dass wir eine aggregierte Betrachtung der Eurozone kritisch sehen. Die nationale Souveränität und Eigenverantwortung muss respektiert, die eigene Problemlösung gefördert werden.

Ein positiver fiskalischer Kurs ist eine Ablenkung vom gemeinsamen wirtschaftspolitischen Rahmenwerk, die wir so nicht gutheißen können.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Marco Valli (EFDD), Domanda «cartellino blu». – Ringrazio il collega Balz per la risposta che mi darà. Lei ha detto che i paesi non rispettano quelle che sono le indicazioni date dalla Commissione. Io volevo sapere cosa ne pensa allora delle indicazioni che dà la Commissione sulla MIP, cioè quello che riguarda il processo di squilibri economici all'interno dell'area euro, per quanto riguarda il surplus della bilancia commerciale sulle partite correnti da parte della Germania. Sappiamo che c'è una regola che dice che oltre il 6 % queste partite correnti creano dei grossi squilibri e quindi dovrebbe agire per porre fine a questo squilibrio. Volevo capire cosa ne pensa e perché la Germania ripetutamente non segue queste raccomandazioni. Volevo una sua opinione in merito, grazie.

Burkhard Balz (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Das ist jetzt eine Frage, die natürlich vollkommen überraschend für mich kommt und der Kollege Valli mir auch noch nie gestellt hat.

Insofern will ich auch gerne darauf antworten. Ich glaube wirklich, dass dieser Semesterprozess im engeren Sinne von den Mitgliedstaaten ganz anders aufgefasst und eingehalten werden muss. Sicherlich gibt es eine Reihe von Mitgliedstaaten, die das bisher nicht gemacht haben, und ich bin darüber persönlich sehr enttäuscht. Ich kann nur eines sagen – weil immer wieder Deutschland angesprochen wird: Ich glaube, dass diese Europäische Union auch zu einem großen Teil deswegen wirtschaftlich durchaus in eine richtige Richtung gegangen ist, weil wir eben starke Länder haben. Das ist nicht nur Deutschland, es ist auch eine ganze Reihe von anderen starken Ländern und ich würde mir wünschen, dass wir viel, viel mehr von solchen starken Ländern innerhalb der EU hätten.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, le Semestre européen est un mécanisme de coordination des politiques économiques.

Oublier le volet social serait, il me semble, une grave erreur; d'où l'importance d'avoir introduit dans le Semestre une approche plus qualitative en matière d'emploi. Je remercie particulièrement la rapporteure Toom pour avoir intégré des préoccupations sociales dans son rapport, comme le renforcement de la garantie jeunesse, l'importance des politiques d'éducation, les aides aux microentreprises, la garantie de la durabilité des systèmes de sécurité sociale ou encore la participation des partenaires sociaux au Semestre.

Mais il nous semble, au niveau du S&D, qu'il manque des points essentiels dans ce rapport. C'est la raison pour laquelle nous proposons des amendements pour la plénière de demain, en ce qui concerne, par exemple, la question du droit syndical et de la négociation collective – qui sont les garants, en matière de travail, d'une meilleure cohésion sociale –, le salaire minimum décent, la lutte contre l'écart salarial, la qualité de l'emploi ou encore l'accès à un système de pension publique, digne et soutenable – mais pas soutenable uniquement du point de vue de la longévité, mais également d'autres réalités du monde des travailleurs.

Nous voulons aussi insister sur des plans de réforme basés sur la solidarité, l'intégration et la justice sociale, qui permettent de protéger les plus vulnérables et d'augmenter le niveau de vie de tous. Je suis persuadée que ces propositions raisonnables d'améliorations seront entendues par un grand nombre, demain en plénière, afin de nous permettre de faire un pas en avant pour le bien-être de tous les citoyens européens.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabierając głos w tej debacie, chcę zwrócić uwagę, że ożywienie gospodarcze w większości krajów Unii Europejskiej, w szczególności w wielu krajach południa strefy euro, jest słabe i nierównomierne, co więcej jest stymulowane głównie poluzowaniem polityki monetarnej Europejskiego Banku Centralnego, a także fiskalnej, oraz zewnętrznymi czynnikami o charakterze przejściowym, takimi jak na przykład niskie ceny ropy naftowej.

Na tym tle mój kraj Polska, nienależący do strefy euro, wykazuje stabilny i zrównoważony wzrost gospodarczy, który w roku 2016 wyniósł 2,8 % PKB, a w roku 2017 jest zaplanowany na poziomie 3,6 % PKB, przy jednoczesnym utrzymywaniu odpowiedzialnej polityki budżetowej, czego przejawem jest deficyt sektora finansów publicznych, utrzymywany wyraźnie poniżej 3 % PKB. Na najniższym od 27 lat poziomie jest także bezrobocie, które według klasyfikacji GUS na koniec 2016 roku niewiele przekroczyło 8 %, a na koniec 2017 roku będzie zdecydowanie poniżej tego poziomu.

Na tej podstawie chcę stwierdzić, że stan gospodarek i finansów publicznych krajów Unii posługujących się własnymi walutami jest jednak wyraźnie lepszy niż wielu krajów strefy euro, w szczególności krajów południa tej strefy.

Enrique Calvet Chambon (ALDE). – Señor presidente, señor vicepresidente de la Comisión, me congratula mucho el excelente trabajo desarrollado por la ponente Yana Toom y, por supuesto, por sus compañeros del grupo de trabajo, porque este informe, que trata del aspecto social del Semestre Europeo, es absolutamente esencial desde el punto de vista político, y más en este momento. Y es esencial porque es el informe que vuelve a poner al ciudadano europeo en el centro de las políticas y en el objetivo de las políticas, porque todo lo que se hace en el Semestre Europeo, incluidos los sacrificios, está hecho para los ciudadanos europeos, y ahí es donde conviene acertar.

No erremos el tiro; esto es el análisis de una serie de políticas coyunturales —un Semestre— y, particularmente, de políticas macroeconómicas y su eficacia sobre una serie de valores que ahora voy a decir. Esto no es un debate sobre el mercado de trabajo ideal o sobre unas cifras absolutamente disparatadas desde el punto de vista aritmético o unos objetivos estructurales de cómo llegar a las pensiones.

Lo que nosotros tenemos que hacer es ver cuáles han sido las consecuencias de las políticas en el empleo (considerado en sentido muy general: calidad, dónde han ido las bolsas de desempleo), en las desigualdades, cuya dinámica hay que romper de una vez, porque están siendo exageradas y porque dañan incluso el crecimiento económico, y no solo socialmente, y también en la financiación de las políticas sociales: cómo han ido, cómo hemos evolucionado.

En ese campo, y en la lucha contra la pobreza y la igualdad de género dentro las desigualdades, hay unas excelentes ideas, sugerencias, incluso exigencias, en el texto que mañana aprobaremos.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – O Semestre Europeu confirma, mais uma vez, a sua natureza com mais um ciclo de austeridade e de políticas neoliberais. Vinte e cinco anos após a aprovação do Tratado de Maastricht, é, hoje, por demais evidente que o euro e os seus instrumentos de governação económica não cumpriram minimamente as promessas de estabilidade, crescimento económico e coesão.

O euro é, hoje, reconhecido como um instrumento de divergência que desarticulou grande parte das economias dos Estados-Membros, impondo cortes no investimento, privatizações, ataques às funções sociais do Estado e aos seus serviços públicos.

Quinze anos depois da introdução do euro, Portugal está mais pobre e dependente, divergiu da média da União Europeia, debate-se com o fardo de uma dívida que lhe foi imposta pela troica e pelas políticas do euro e da União Europeia.

Perante este quadro, perante o profundo descontentamento das populações e dos trabalhadores, estes relatórios apontam para mais do mesmo: o mesmo triângulo infernal de austeridade que amarra os Estados nacionais e impede, com as ameaças do tratado orçamental, qualquer política alternativa.

O euro representa, hoje, parte do problema e não da solução. Neste sentido, entendemos que a libertação de Portugal dos constrangimentos do euro representa uma condição necessária e indispensável para voltar a colocar o nosso país no rumo ao desenvolvimento.

Dariusz Rosati (PPE). – Mr President, I am very happy that we are discussing in a much more optimistic mood than two or three years ago. And indeed we have grounds for that because the euro area has been growing, at least. But let me tell you that there is no room for complacency because there are a number of trends that in the past supported the recovery but right now they are weakened or even disappearing.

First, oil prices have started to rise again and will therefore act as an additional tax on output. The second thing is the euro which has strengthened against the other major currencies. And finally monetary policy has reached its limits and cannot provide any further stimulus to the European economy. So we have to rely on other measures and among them I think the most important are structural reforms and, of course, investment.

The problem with investment is that not only is public investment lagging behind, a long-term trend, but also, what is most important, private investment is not picking up, at least not to the extent expected. This calls clearly for more structural reforms aimed at improving the business climate and increasing the confidence of investors and consumers, and these are mostly tasks for individual Member States. There is not so much we can do at Union level. More action is needed on the part of the Member States.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, come ha sentito, le relazioni che sono state presentate relative al Semestre mettono in evidenza problemi che hanno tra di loro dimensione e carattere diversi, ma che hanno bisogno anche di essere messi in una giusta e logica sequenza data dalle loro dimensioni.

Il primo riguarda la crescita complessiva che è largamente insufficiente. Per farla crescere bisogna avere a disposizione un piano di investimenti pubblici e privati che ancora non c'è. Il piano Juncker ha mostrato tutti i suoi limiti e la sua inefficacia. Dentro questa crescita poi ci sono zone grigie, ma anche uniformità, ci sono territori nei quali bisogna puntare ad interventi mirati, a cominciare da quelli infrastrutturali per dare a quei territori la capacità di attrarre investimenti e capitali.

Poi c'è l'occupazione, l'occupazione difforme, anch'essa largamente insufficiente, con un problema evidente che riguarda da un lato le donne e dall'altro i giovani. Il programma Garanzia per i giovani non funziona, non è uno strumento per far crescere l'occupazione giovanile, è semplicemente una forma di protezione di chi non ha un lavoro e, attraverso la formazione, viene almeno protetto dai disagi che incontra.

Da ultimo vorrei dire che la governance del mercato interno ha mostrato nel corso di questi ultimi mesi tutte le sue crepe. Abbiamo bisogno di una migliore applicazione della normativa dell'Unione europea per far sì che i territori rappresentino davvero nel loro insieme un mercato unico e che come tale siano in grado di dare una prospettiva alle persone che vivono in quelle terre.

Dita Charanzová (ALDE). – Mr President, I will speak only with regard to the report by Antonio López-Istúriz White. The ALDE Group will support this report tomorrow. We are in favour of creating a real single market pillar within the European Semester, and this must be strengthened.

We need a system of regular monitoring so that we can identify country-specific barriers to the single market and stop any attempts by national, regional or local authorities to reintroduce national protectionism, be it the traditional economy or the collaborative economy. We must say no to attempts to divide the single market, and work instead to encourage measures that will lead to growth.

The ALDE Group also believes that evaluation of the state of single market integration should become an integral part of the economic government framework. I am proud to say that, according to a recent study on the single market, my country, the Czech Republic, is the third most integrated Member State. I would support an official report on this topic so that we do not have to rely solely on outside studies. Such reporting would be an important part of strengthening governments, and I hope that the Commission will work further to make this happen.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, l'examen annuel de la croissance se déroule dans un contexte que nul ne peut ignorer.

Ce contexte est marqué, d'abord, par la victoire de Donald Trump aux États-Unis, qui fait peser de lourdes incertitudes sur l'économie européenne à travers l'enjeu des relations transatlantiques, et laisse craindre la menace d'une baisse d'activité en Europe liée à un retour du protectionnisme aux États-Unis, un risque de guerre des devises, qui pourrait se matérialiser, ou une remontée excessive des taux d'intérêt. L'examen intervient aussi dans un contexte où l'Union européenne doit s'engager à négocier avec l'un de ses membres, le Royaume-Uni, une sortie avec des conséquences possibles pour sa propre économie dont personne ne mesure encore totalement l'ampleur. Il se déroule aussi dans un contexte où beaucoup de nos États membres sont confrontés à une montée du populisme face à laquelle nous devons, nous qui sommes convaincus qu'une solution doit venir de l'Europe, adapter notre stratégie de croissance à cette réalité.

Pour cela, nous avons besoin d'une réponse qui soit à la hauteur. Elle doit être claire, forte et articulée autour d'une vraie stratégie d'investissement, afin d'éviter une stagnation séculaire et permettre le développement d'une nouvelle économie sobre en ressources, respectueuse des êtres comme de l'environnement; bref, permettre à l'Union européenne de réussir sa transition écologique.

À cet égard, il est nécessaire, d'abord, de renforcer les infrastructures durables, y compris dans leur volet social. Ensuite, il faut s'attacher au verdissement de l'union des marchés des capitaux – vous n'en parlez quasiment jamais, cher Vice-président. Il faut prendre le pli, sinon nous n'avancerons pas. Enfin, il faut lancer une véritable réflexion sur la mise en place d'une taxe carbone qui nous permettra d'atteindre nos objectifs, tels que nous les avons définis à la COP21.

Enfin, il faut que la Commission poursuive le travail courageux qu'elle a engagé utilement autour de la définition d'une position budgétaire agrégée qui permette à chacun d'être gagnant dans une stratégie économique commune.

Róza Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Panie Przewodniczący! Już wielu z was, Koleżanki i Koledzy, podkreślało centralną rolę dalszego rozwoju jednolitego rynku w tym procesie, ale jeszcze raz, jako członek Komisji Rynku Wewnętrznego i Ochrony Konsumentów, chciałabym podkreślić kilka punktów: konieczność wypracowania zestawu narzędzi analitycznych, w tym wskaźników społecznych, aby móc naprawdę oceniać na bieżąco postępy w znoszeniu barier na wspólnym rynku. Musimy wzmocnić monitorowanie, ocenę prawidłowego i skutecznego wdrażania i stosowania przepisów regulujących nasz jednolity rynek. To jest bardzo duża rola – jeszcze raz podkreślam – dla krajów członkowskich i nasza komisja ponawia apel, aby bardziej skutecznie stosowały one narzędzia zarządzania jednolitym rynkiem. W krajach członkowskich trzeba unowocześnić administrację publiczną. Konieczne jest szybsze i lepsze wprowadzanie usług cyfrowych. A na zakończenie, cieszę się bardzo, że komisja proponuje jeden portal cyfrowy, aby dostęp do informacji był łatwiejszy. Ale zastanawiam się, czy należy koniecznie tworzyć nowy portal, czy byłoby może lepiej robić to w ramach już istniejącego portalu „Your Europe” czy „Twoja Europa”. Można go przecież rozbudować. Można go ulepszyć. A dobra i łatwa dostępna informacja dla wszystkich aktorów na jednolitym rynku to jest niezwykle ważny element, żeby osiągnąć sukces. To jest tylko kilka punktów, o których mówię, a które są potrzebne, żeby Unia Europejska rozwijała się dalej bez zbędnych barier.

Jutta Steinruck (S&D). – Herr Präsident! Immer wieder wird über die Krise der Europäischen Union diskutiert und darüber, dass die Bürger das Vertrauen in Europa wieder zurückgewinnen sollen. Ich hoffe nicht, dass das alles Sonntagsreden sind und dass morgen das Ergebnis der Abstimmungen über die vorliegenden Berichte auch diese Handschrift zeigt.

Unsere Anforderungen für ein soziales Europa sind klar. Dazu gehören unter anderem Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, existenzsichernde Löhne, denn Menschen müssen von ihrer Arbeit auch leben können, und zwar überall in Europa. Und das muss eine Richtlinie für gute Arbeit garantieren, so wie wir sie auch im Initiativbericht zur sozialen Säule gemeinsam beschlossen haben. Die muss auch deshalb im Europäischen Semester wieder auftauchen.

Auch bei der Einkommensverteilung in Europa muss sich etwas ändern – viele Kolleginnen und Kollegen haben es ja bereits angesprochen –, denn die Schere geht immer weiter auseinander. Der Niedriglohnsektor in Europa nimmt in einem erschreckenden Maße zu, auch da muss gegengelenkt werden.

Deshalb mein Appell an die Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und auch an jene, die heute Abend nicht da sind: Tragen Sie unsere Änderungsanträge mit, damit Europa tatsächlich auch ein sozialeres Gesicht bekommt!

Heinz K. Becker (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich begrüße ausdrücklich den Schwerpunkt einer größeren sozialen Dimension in den drei Initiativberichten zum Europäischen Semester, wo auch viele Forderungen des Parlaments an die Mitgliedstaaten enthalten sind.

Als Sozialsprecher und Seniorenpolitiker möchte ich mich hier speziell auf Generationenfragen konzentrieren. Die Arbeitslosigkeit in Europa sinkt zwar langsam, ist aber in zwei Bevölkerungsgruppen weiterhin sehr hoch: Bei den 15- bis 29-Jährigen sind immer noch 15 % weder in Ausbildung noch in Beschäftigung. Die Beschäftigungsquote von älteren Menschen steigt zwar langsam an, jedoch liegt der Anteil von Langzeitarbeitslosen im Alter ab 55 Jahren bei besorgniserregenden 67 %. Das ist nicht weiter akzeptabel. Die Mitgliedstaaten sind gefordert, die geeigneten Instrumente einzusetzen: Jugendgarantie, duale Ausbildung, verstärkte Qualifizierung ab 40, 45 Jahren. Auf EU-Ebene gibt es viel Unterstützung, aber vergessen wir nicht: Arbeitsmarktpolitik und Berufsbildung sind nationale Kompetenzen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das soziale Unternehmertum gefördert werden muss. Der Weg dafür ist seitens der Kommission exzellent vorgezeichnet. Das Europäische Parlament wird das auch aktiv unterstützen. Das Prinzip der Prävention im Gesundheitsbereich für Jung und Alt fehlt noch völlig. Hier haben wir eine Offensive zu starten als europäisches Großprojekt.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Róza Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Panie Kolego! Mówił tutaj Kolega, i bardzo słusznie, o wysokim bezrobociu wśród ludzi młodych, z którym trzeba walczyć, i o systemie dualnym, czyli kształceniu równocześnie teoretycznym i praktycznym młodzieży. W jaki sposób Kolega przekonywałby do wprowadzenia tego systemu kształcenia równocześnie teoretycznego i praktycznego kraje, które jeszcze tego nie zrobiły? Co jest najważniejszym elementem tego kształcenia i co prowadzi tak szybko do sukcesu?

Heinz K. Becker (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Liebe Kollegin! Ich bedanke mich für diese Frage, weil sie Gelegenheit gibt darzulegen, dass es überhaupt kein Patentrezept gibt, Regierungen von Konzepten zu überzeugen, außer der Tatsache, dass in mehreren Staaten als Best-Practice-Modell hier eindeutig die positivsten Erfahrungen gegeben sind. Das muss man studieren, man muss es übertragen, man muss es nicht imitieren, man muss es nicht völlig gleich gestalten, aber man kann daraus lernen und kann eigene Konzepte darauf aufbauen. Ich bin fest überzeugt, dass das die Zukunft ist. Ich glaube nur, der Leidensdruck auf die Politik ist hier noch zu gering.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señor presidente. Señor comisario, si hay un consenso generalizado en esta Cámara es que Europa vive una situación excepcional. La crisis de los refugiados, el *brex*it, el auge de los populismos. Pero ante esa crisis excepcional la respuesta que se da desde la Comisión Europea es prácticamente ordinaria, como si no hubiera pasado nada desde el año 2014. Y yo creo que es necesario dar un giro, un giro social y un giro también en la política económica, precisamente para combatir hoy los problemas que nos azotan en el conjunto de la Unión Europea.

Necesitamos una Europa más social. Necesitamos apostar por el incremento de los salarios, no solo para hacer una recuperación de carácter más justo, sino también y fundamentalmente para que la recuperación sea también más sostenida a lo largo del tiempo. Necesitamos apoyar más a los parados de larga duración. Necesitamos apoyar más, también, el empleo juvenil. Y necesitamos, también, impulsar la política expansiva no solo con el Plan Juncker, no solo apostando por la iniciativa público-privada, sino permitiendo también a los Estados miembros invertir en áreas estratégicas, aumentar la inversión pública.

Creemos que en esta situación debemos no solo aportar buenas palabras y buenas intenciones, sino que tenemos que encontrar soluciones contundentes para evitar que este año 2017 sea un año más en el déficit político y en la respuesta política de la Comisión Europea a los problemas que azotan a los ciudadanos.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – We stellen vast dat een volgehouden driesporenbeleid van investeringen, structurele hervormingen en gezonde overheidsfinanciën zijn vruchten begint af te werpen. Alle critici ten spijt moet iedereen toegeven dat het EFSI-Fonds werkt. Het doel was om tegen midden 2018 315 miljard extra investeringen in onze economie te pompen en volgens de recente evaluaties is de Commissie goed op weg om dat resultaat te behalen. De Belgen staan trouwens, met een output van 2,9 miljard, op een mooie zevende plaats in het Europese klassement.

Ten tweede worden echter ook structurele hervormingen doorgevoerd. De lidstaten zelf leren wel degelijk van elkaars goede voorbeelden, zodat de hervormingen van de arbeidsmarkt zorgen voor kwalitatieve jobcreatie. Ook daar liegen de cijfers niet. In het derde kwartaal van 2016 kwamen er maar liefst 2,8 miljoen extra vaste contracten bij. Dat is zes keer meer dan de tijdelijke jobs. Kwalitatieve jobs bieden bescherming, niet alleen omdat men centen verdient, maar omdat ze ook sociale bescherming bieden. Een adequaat sociaal stelsel wapent landen en hun burgers in tijden van economische terugval en daarom kijk ik straks ook uit naar het voorstel voor een Europese sociale pijler.

Het is evenwel een en-enverhaal. Het strikte pad van het stabiliteits- en groeipact mag absoluut niet worden verlaten. Kijken we naar de staatsschuld bijvoorbeeld: die gaat er in de hele Europese Unie gelukkig op achteruit maar België hinkt achterop met een openbare schuld van 107 procent van ons BBP. Een zwaard van Damocles hangt boven de toekomstige generaties. Hoog tijd daarom dat ook mijn land zijn verantwoordelijkheid opneemt en een schuldenrem bij wet verankert.

Jonás Fernández (S&D). – Señor presidente, en primer lugar me gustaría agradecer el tono de este informe anual sobre el crecimiento que ha elaborado la Comisión, porque probablemente sea la primera vez en la que la Comisión incorpora la necesidad de tener una aproximación global a la zona del euro.

Hasta ahora, en los últimos años, siempre había análisis país por país, y eso impide —o impedía— tener una visión global de cuál tiene que ser la política económica para el conjunto de la zona del euro.

En esta ocasión se hace. Y esa reflexión global lleva a la Comisión a asumir que es necesaria una política fiscal distinta, una política fiscal expansiva para el conjunto de la zona del euro, que probablemente tenga que combinarse con aproximaciones distintas en cada uno de los países.

Pero es muy necesaria esa aproximación global porque la política monetaria no es suficiente para reanimar el crecimiento, y necesitamos una política fiscal expansiva seria, que vaya unida también, por cierto, a lo que pedía mi colega Sergio Gutiérrez: la necesidad de construir el pilar social en la Unión Europea.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, comisario, lo primero que quería es felicitar al colega Hökmark por el trabajo realizado. La coordinación de las políticas económicas y presupuestarias dentro de la Unión Europea es la clave del Semestre Europeo y es nuestra responsabilidad contribuir a garantizar la convergencia y la estabilidad en la Unión Europea, contribuir a garantizar unas finanzas públicas saneadas, fomentar el crecimiento económico, prevenir los desequilibrios macroeconómicos excesivos y aplicar la estrategia Europa 2020.

Es cierto que la salida de la crisis comienza a ser una realidad y los últimos datos son positivos, como lo demuestra que el desempleo continúa cayendo y está ya a niveles de 2009, que la inflación se aproxima a los objetivos del Banco Central Europeo, y que el crecimiento ganó fuerza en el último trimestre de 2016. Pero no es menos cierto que todavía queda un largo camino por recorrer.

El Banco Central Europeo ha hecho su parte. La política monetaria por sí sola no es suficiente para estimular el crecimiento. Son necesarias las inversiones en sectores estratégicos, y también las reformas estructurales. La salida de la crisis pasa por un estrechamiento de la gobernanza económica y por continuar con las reformas a nivel nacional.

Esa es la única receta y España es un buen ejemplo. España lidera el crecimiento económico y la creación de empleo en la Unión Europea. Las reformas estructurales son la clave para salir de la crisis. Afrontémoslas sin miedo.

Georgi Pirinski (S&D). – Mr President, the Annual Growth Survey talks about focusing on social fairness to deliver more inclusive growth. I would like to ask the Commissioner whether he believes that the policy approaches which are built into the Commission's European Semester approach are actually delivering this focus on social fairness and inclusive growth?

Let us look at the data. There are some signs of recovery on the labour market but, as we have heard, growth is pretty moderate. The share of long-term unemployed is increasing, employment rates among low-skilled workers have continued to fall by 1.4% since 2014.

My question has to do with much of what colleagues have been saying. Is there not a realisation in the Commission that if you do not build a strong social component into the European Semester, it will not deliver what people are expecting? Namely build in the European pillar of social rights in the reading of the resolution that this House passed a couple of weeks ago. If that is not done, I believe that there will be a growing rejection by people of the very recipes that you are offering.

Anne Sander (PPE). – Monsieur le Président, comme chaque année, nous faisons aujourd'hui un point sur la coordination de nos politiques économiques et celles-ci commencent à porter leurs fruits. Je voudrais citer les 8 millions d'emplois créés depuis 2013 dans l'Union européenne et un taux de chômage qui diminue, certes lentement, mais qui néanmoins diminue.

Malheureusement, la reprise est très inégale en fonction des secteurs, en fonction des États membres et des régions, et je regrette que mon pays, la France, soit à la traîne dans cette embellie.

Dans cet examen de la croissance, nous listons des pistes pour renforcer notre compétitivité. Je voudrais insister sur deux aspects: l'aspect «compétences» et l'aspect «environnement favorable à la création d'emplois».

Sur les compétences, je voudrais d'abord dire que, pour favoriser l'emploi, il faut une formation adaptée aux besoins des entreprises. Comment comprendre que certaines petites et moyennes entreprises sont prêtes à embaucher mais ne trouvent pas les compétences pour répondre à leurs offres? Par conséquent, les États membres doivent vraiment réformer leur système éducatif et mettre également l'accent sur les compétences numériques. Il faut aussi améliorer la reconnaissance des compétences formelles et informelles.

Enfin, sur le volet entreprises, je crois qu'il est urgent de créer un environnement réglementaire stable et simple pour nos PME, qui sont les principales pourvoyeuses d'emplois.

Neena Gill (S&D). – Mr President, years of austerity measures have left the EU at a crossroads. Populism is rising, confidence in the establishment is at an all-time low, and the UK is leaving. Clearly, Europeans are dissatisfied and anxious. As the famous saying goes, 'It's the economy, stupid'. Therefore, I welcome that this House now considers taking a positive fiscal stance as an important political development. It may have taken us years to convince colleagues on the right on the need for more public investment, but I am glad we have got there, given the challenges that lie ahead for everyone.

It is good that the EU is experiencing green shoots of growth, but that should not make us complacent. The growth needs to be sustained by four points. CMU needs to become reality sooner rather than later. Future Basel reforms have to be mindful of the impact on the real economy. It is good that unemployment is reducing, but we need to make a greater impact on youth unemployment, and the Council and the Member States need to take seriously tackling tax evasion, which will bring back billions into the European economy.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Elnök Úr! Előre szeretném bocsájtani, hogy nagyra becsülöm az európai szemeszternek a jelentőségét és nagyon nagyra tartom azt a fejlődési pályát, amit az európai szemeszter tartalmában is leírt eddig. Meggyőződésem, hogy akkor használjuk ezt az eszközt megfelelően és hatékonyan, hogyha ez alkalmas arra, hogy valamennyi tagállamnál egyformán járjunk el, és ezek a reformtörekvések összehangoltak is legyenek, mert csak akkor tudja az európai szemeszter azt a funkciót betölteni, hogy egy közös cél érdekében használjuk mint eszközt. Ha a 2017-es szemeszterre nézek, akkor azt látom, hogy vannak olyan fontos tényezők, amelyek mellett nem mehetünk el. Az egyik ilyen fontos tényező, hogy az európai gazdaság továbbra is nagyon szerény mértékben növekszik. A másik, hogy a külső kockázatok viszont felerősödtek.

Éppen ezért meggyőződésem, hogy fokozni kell a hatékonyságot, és erre külön, célzottan oda kell figyelni a Bizottságnak. Ehhez az kell, hogy partnerség alakuljon ki még inkább a Bizottság és a szereplők között, benne a Parlamentet értem és benne a nemzeti szereplőket értem. Az kell ehhez, hogy az egyes mérőszámokat sokkal intenzívebben meg tudjuk vitatni, és célzottan fókuszáljunk a 2020-as célra is. Utoljára azt kell figyelembe venni, hogy számos jogszabályt fogadunk el, aminek az implementálása azonban akadályokba ütközik. Ezért erre külön kell fókuszálni.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'analisi annuale della crescita del 2017 continua a dipingere una situazione estremamente cupa per quanto riguarda i suoi aspetti sociali e occupazionali. In particolare, al netto di una sempre debole crescita, i livelli occupazionali, l'indebolimento dei salari e la crescente povertà lavorativa costituiscono un problema ormai protratto nel tempo.

In questo contesto diventa essenziale un'accelerata sulle politiche sociali comunitarie, esemplarmente delineate nella relazione che questo Parlamento ha adottato giusto il mese scorso sul pilastro dei diritti sociali. L'unica vera riforma strutturale di cui abbiamo urgentemente bisogno è la creazione di una vera Europa sociale.

A pochi mesi di distanza dalle celebrazioni dei sessant'anni dalla firma dei Trattati di Roma e a poche ore dal voto in Aula su relazioni importanti sul futuro dell'Unione, dobbiamo ottenere l'obiettivo di un'Europa più equa come priorità assoluta, ritrovando lo spirito dei padri fondatori e lavorando insieme.

Romana Tomc (PPE). – Želim spregovoriti nekaj besed o enotnem trgu in pravilih enotnega trga.

Veseli me, da vsi skupaj ugotavljamo, da smo že veliko naredili, vendar do cilja, da bi bil enotni trg resnično živ, žal še nismo nikoli prišli. Ukrepi posameznih držav v zadnjem času potrjujejo, da se od njega celo oddaljujemo.

Spremembe v okolju ne morejo biti izgovor za to, da puščamo trg razdrobljen in opravičujemo kršitve. Kljub odpravi tarifnih ovir na enotnem trgu, še vedno obstaja zelo veliko netarifnih. To ovira zlasti čezmejne dejavnosti malih in srednjih podjetij, nesorazmerne upravne zahteve, inšpekcije in sankcije predstavljajo odmik od dosežkov enotnega trga.

Veliko primerov je, naj omenim enega izmed zadnjih. Avstrija je z začetkom leta sprejela zakonodajo, ki močno ovira poslovanje podjetij iz drugih držav. Zato podpiram poziv, ki od Komisije zahteva odločno ukrepanje proti protekcionizmu držav članic. Države članice bi se morale vzdržati takih diskriminatornih ukrepov, kot so trgovinski, delovno-pravni ali davčni zakoni, ki izkrivljajo konkurenco.

Pravila so torej jasna, samo nekateri jih pač ne upoštevajo. Unija pa odreagira prepočasno ali pa sploh ne, ker nimamo dovolj razdelanih meril.

Veljajo tudi različni standardi in regulirani poklici – vse to so ovire za naš enotni trg. In dokler bodo obstajale, bo evropski potencial spodbujanja rasti, zaposlovanja in konkurenčnosti ostal neizkoriščen.

Siegfried Mureşan (PPE). – Mr President, this week we are witnessing several fundamental debates about the future of economic and monetary union and the shape of the European economy. The main question is what we can do to strengthen the economy of the European Union. The answer is that every Member State of the European Union has to have a stronger economy in order to make the economy of the Union as a whole much stronger. Member States have to converge, and they have to converge towards the level of the strongest and most competitive members.

How can we achieve this in practice? Firstly, the implementation of structural reforms, as outlined in the country-specific recommendations, is essential. Only 4% of country-specific recommendations are fully implemented, and more than 50% are not implemented at all. We have to support Member States in order to improve on the implementation of the country-specific recommendations and we have to find incentives for Member States to implement the reforms which we all know that they need, and which are written in the country-specific recommendations, but which are not yet implemented well enough. To strengthen our economies so that they can face the next crisis, improving their competitiveness and reforming is the best recipe.

The second element is trust. What improves trust in the Union's economy is its predictability and credibility. In this sense, respecting existing financial rules – the two-pack, six-pack and Stability and Growth Pact – is of the essence.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, I u ovom godišnjem pregledu rasta kao ključni prioriteti istaknuti su poticanje ulaganja, provedba strukturnih reformi i provedba odgovornih fiskalnih politika. Na njima inzistiramo već tri godine i vide se pozitivni pomaci. Zimske prognoze isto su tako optimističnije od jesenskih, očekujemo povećanje izvoza, rast investicija, pad nezaposlenosti i gospodarski rast u svim državama članicama. Ipak, svi priželjkujemo veći rast od prognozirano. Želimo vidjeti Europu kao globalnog lidera.

Za to moramo ubrzati donošenje odluka o novim poslovnim modelima koji omogućuju razvoj, npr. cirkularne ekonomije, digitalizacije, novih tehnoloških rješenja. Moramo jačati sustave financiranja i edukacije za poticanje inovacija i start-upova, omogućiti stvaranje scale-upova i dati punu podršku širenju i njihovom rastu, povezivati znanstvene institucije s gospodarstvom, biti spremni na rizik, a ne sve izvore financiranja poput EFSI-ja pretvarati u garancije za stabilne i sigurne investicije. Mjere koje svi zajedno poduzimamo su dobre, prioriteti koje smo postavili su neophodni, ali trebamo djelovati brže i konkretnije odgovarati na potrebe naših poduzetnika i građana.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, coming from Romania where a critical 20% of young people are inactive and not in education or training, where a similar rate of children leave school early and where opportunities for adults to benefit from lifelong learning are still very scarce, I can only welcome the emphasis on education in the growth survey and the joint employment report. Without reassuringly dealing with our gaps in the education system, there can be no proper foundation for future economic growth, competitiveness or social development. Every young person who falls through the cracks of inadequately designed education systems, or who fills the ranks of the long-term unemployed and is pushed to the margins, is also an asset lost for the whole of society. Acknowledging that this area is a Member State competence, I can only repeat my calls for my country to increase investment in the public education system, reform it to better match economic and social challenges and be more supportive towards the disadvantaged. And this better use of structural investment funds and the youth guarantee would be essential, just as an efficient uptake of the newly designed instruments for the skills agenda and the structural reform support programme.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já budu hovořit ke zprávě Výboru pro zaměstnanost a sociální věci, tedy z hlediska zaměstnanosti a sociální politiky, které jsou důležitou součástí Evropského semestru na rok 2017. Zpráva konstatuje zlepšení a oživení hospodářství, pokles nezaměstnanosti, ale přesto nezaměstnanost mladých lidí je i nadále velkým problémem. 4,2 milionu mladých nezaměstnaných, to je stále velký úkol, který musíme řešit. Zpráva jasně hovoří o přínosech rozpočtové odpovědnosti a vyzývá k podpoře malých a středních podniků, které jsou doslova motorem evropské ekonomiky, vždyť tvoří 90 % všech evropských podniků. Velká část zprávy se správně zaměřuje na podporu vzdělávání a mládeže, včetně uznávání dovedností z neformálního vzdělávání a na kvalitu odborného vzdělávání. V oblasti zaměstnanosti klade důraz zejména na aktivní politiku zaměstnanosti, zejména vůči kategoriím osob, které jsou ohroženy nezaměstnaností, ať už jsou to ženy či zdravotně znevýhodněné osoby. Posílit by se měla rovněž dimenze Evropského investičního fondu a dále zaměřením na snižování chudoby, které je cílem Evropy 2020. Tuto zprávu mohu podpořit, protože má správné důrazy a priority.

Verónica Lope Fontagné (PPE). – Señor presidente, llevamos tiempo debatiendo temas de gran importancia actual y futura, como son los retos demográficos derivados del envejecimiento, y la cohesión económica y social, en especial en relación con el empleo, la lucha contra la pobreza y la exclusión social.

Sin embargo, y pese a la necesidad de seguir avanzando en estos aspectos, considero que estamos dejando en un segundo plano la vertiente territorial necesaria para lograr un desarrollo armonioso de la Unión.

Procedo de Aragón, una región en la que, además del envejecimiento de la población, gran parte de su territorio sufre problemas de despoblación y de dispersión. A este respecto, a lo largo de los últimos años, he presentado junto con varios compañeros muchas enmiendas que se han aprobado tanto dentro como fuera del Semestre Europeo, y ahora es el momento de que se conviertan en medidas concretas.

Como Aragón, hay muchas regiones en España y en el resto de Europa con los mismos problemas. Por ello, sería conveniente que Europa y los Estados miembros se planteen la elaboración de un plan europeo que haga frente a este reto.

Señor Dombrovskis, si no actuamos pronto y conseguimos que estas regiones sean capaces de fijar población y, en particular, favorezcan la permanencia de los jóvenes en sus territorios, corremos el riesgo de condenar a la desaparición muchas de estas zonas europeas.

Procedura „catch the eye”

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'inizio della crisi economica risale al 2008, eppure l'Unione europea continua ad attraversare un periodo di stagnazione con una lenta ripresa economica. Lo slogan «consolidare la ripresa e promuovere la convergenza» mal si addice a quelle parti d'Europa, e sono tante, che pagano le conseguenze sociali del prolungato periodo di elevata disoccupazione.

Il Semestre europeo finalizzato al coordinamento delle politiche di bilancio degli Stati membri pone tra i suoi obiettivi l'equità e la protezione sociale delle fasce più vulnerabili. Ma questi obblighi sembrano essere posti in secondo piano. Recenti studi dell'OCSE e del Fondo monetario internazionale sottolineano che le disuguaglianze sociali in Europa sono tra le cause della mancata ripresa economica.

Non potremo parlare di crescita senza garantire investimenti nelle infrastrutture sociali e di sostegno per aiutare chi è stato colpito più duramente dalla crisi economica. Finché i diritti sociali non verranno anteposti alle libertà economiche non tuteleremo adeguatamente i diritti di tutti i cittadini europei.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, όπως επισημαίνεται στα συμπεράσματα του Συμβουλίου ECOFIN, η ανάπτυξη και η απασχόληση στις χώρες της Ένωσης παρεμποδίζονται από τον κίνδυνο που ενέχουν ορισμένες μακροοικονομικές ανισορροπίες. Όμως, κύριε Dombrovskis, δεν ακούσαμε τίποτε για τις μακροοικονομικές ανισορροπίες που προκαλεί στην ευρωζώνη η Γερμανία, της οποίας το εμπορικό πλεόνασμα έφτασε στα τέλη του 2016 στα ύψη, στα 253 δισεκατομμύρια EUR και της οποίας το πλεόνασμα στο ισοζύγιο τρεχουσών συναλλαγών ξεπέρασε ακόμα και της Κίνας και έφτασε στα 266 δισεκατομμύρια EUR. Τι έχετε να πείτε, λοιπόν, κύριε Dombrovskis, γιατί δεν παίρνει μέτρα η Επιτροπή κατά της Γερμανίας που με τα υπερβολικά πλεονάσματα παραβιάζει το Σύμφωνο Σταθερότητας; Διότι η Γερμανία αυτή τη στιγμή χαλινάγωγεί ουσιαστικά και χειραγωγεί την ευρωζώνη και απομυζά τον πλούτο του ευρωπαϊκού Νότου. Ταυτόχρονα, τα μέτρα που παίρνετε εις βάρος του ευρωπαϊκού Νότου, τα μέτρα λιτότητας και βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής, διαλύουν την ανάπτυξη. Περιμένουμε μια απάντηση σε αυτό το κρίσιμο θέμα, κύριε Dombrovskis.

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io per il mio gruppo ho seguito quasi sempre le discussioni che riguardano il Semestre e su questa discussione – devo dire la verità – abbiamo fatto addirittura dei passi indietro, in quanto tutto quello che riguarda la questione degli equilibri, come evidenziava il collega greco che ha parlato prima di me, non è assolutamente preso in considerazione.

Noi abbiamo uno squilibrio evidente da parte della Germania e per quanto ne dicano Draghi e la Merkel io non penso che i tedeschi abbiano iniziato a innovare nel 1999. Posso farvi vedere il grafico: da quando è entrato in vigore il vincolo di cambi fissi euro, che non è un'unione monetaria vera ma un vincolo di cambi fissi, la Germania ha goduto di una moneta sottovalutata per la sua economia e ha iniziato a creare questo surplus. Ora sta fagocitando e disintegrando il mercato interno dell'Unione europea e dell'area euro e anche esternamente se questo squilibrio è evidenziato da vari report del Fondo monetario o quant'altro. Quindi bisogna evidenziare questi problemi, altrimenti quello che voi volete difendere, cioè la moneta unica, è indifendibile e quindi bisogna assolutamente abbandonarla prima che un paese stacchi la spina unilateralmente.

(Înceierea procedurii „catch the eye”)

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, first of all I would like to thank everyone very much for this interesting and fruitful exchange of views on the European Semester. This will certainly feed into our further work in this regard. As I mentioned in the introductory remarks, following the impetus given by the autumn economic governance package, the European Semester is now entering the country-specific phase where we will also be closely engaging with national stakeholders, with governments, parliaments, social partners and other stakeholders.

On discussions on the macroeconomic imbalances procedure: for the first time this year our country reports will also contain a deeper assessment of the implementation of company-specific recommendations in different Member States. This will, of course, also imply country-specific recommendations relating to the surplus countries, something which has been raised by several Members. Indeed that is the reason why Germany, along with some other countries, is already now seen as having economic imbalances, because a current account surplus is about the reference value and this is also part of macroeconomic imbalances.

But that is not the only part of the macroeconomic imbalances, of course. We see that there are also a number of important imbalances in other countries that need to be addressed with equal urgency and equal determination.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – Grazzi Sur President, grazzi wkoll lill-Viċi President Dombrovskis u lill-Membri kollha li pparteċipaw, kif ukoll anke rapporteurs u d-diversi kummissjonijiet li kienu rrapprezentati.

Nahseb illi indirizzajt diversi punti importanti, u r-rimarki taghkom żgur se jinghataw piż ukoll fid-diskussjonijiet li se jkollna fi hdan il-Kunsill u d-diversi oqsma li intom irreferejt għalihom waqt din id-diskussjoni: l-importanza ta' oqsma bħall-edukazzjoni, il-kompetittività, l-ambjent u anke l-politika soċjali.

Ir-rapporti fuq il-pajjiżi li ser tippubblika l-Kummissjoni l-gimgha d-diehla tirrappreżenta wkoll pass importanti fuq dan il-proċess tas-Semestru Ewropew, u allura se jkunu qeghdin janalizzaw il-progress illi sar u l-isfidi illi fadlilna quddiemna f'kull Stat Membru differenti. Allura meta nkunu qeghdin nahdmu fuq dan is-Semestru Ewropew u niddibattu rakko-mandazzjonijiet ta' kull pajjiż speċifiku, nahseb li l-iktar haġa importanti huwa li nżommu f'moħħna li dan il-proċess għandu jilhaq kemm jista' jkun ċittadini, u b'dan il-mod anke nkunu qeghdin inżidu wkoll l- "ownership" ta' kull nazzjon. U allura nixtieq infahhar l-inizjattiva li ttiehdet f'dan ir-rigward, inkluż anke d-djalogu li ser ikun hemm f'kull kapitali u l-konsultazzjoni mal-imsieħba soċjali.

U nahseb li d-dibattitu tal-lum, anke jekk jeżistu d-differenzi fuq kif wiehed jaħsiha dwar dan il-proċess, għandna hafna aktar x'għaqqadna u fuqieħ nibnu, sabiex inkomplu nikkooperaw flimkien u nkomplu nahdmu għall-isfidi li se joffrilna l-futur u allura anke nsibu s-soluzzjonijiet bejnietna, naqsmu l-għarfien li għandna sabiex nindirizzaw dawn l-isfidi għall-ġid taċ-ċittadini Ewropej kollha kemm huma.

Gunnar Hökmark, *rapporteur*. – Mr President, I would like to thank the Commission and the Council. I think there are some main conclusions from these debates. First of all, we must not be complacent about what has been achieved. It is a slow growth, and it is fragile due to the unique monetary policy we have. Unemployment is still far too high. Investments are still far too small, and growth is far too slow. We need to do more. The aggregated level is important to see, but it is important to see also the different developments in different countries, because there we can see that different policies have been giving different results. We have countries with quite better growth, and we have those who are lagging behind. We have those who have dealt with the deficits, and we have those who are still suffering from the deficits. So learning is important, and that is why the country-specific recommendations are important to discuss and to follow up on. And I think some of the most important issues are the need to go ahead with structural reforms, to consolidate, but also when you have a positive fiscal stance to do it in the framework of the Stability Pact and the limits

we have there.

May we also remember that the main social issue we have to address is the emergence of new jobs, stability and a qualitative budgeting that is ensuring that we are giving priority to the most important task we have in the public spending and in our welfare nations: the security for people to know that you can get a job. That requires reforms, stability and certainty, and that is the framework for the country-specific recommendations that we need to have.

Yana Toom, *rapporteur*. – Mr President, I want, first of all, to thank my colleagues and the Commission Vice-President for a very fruitful discussion. We may disagree on the ways of achieving our goals but what unites us is the European project itself.

Looking at the European semester from the point of view of the Committee on Employment and Social Affairs, I would like to remind all of us that unemployment and poverty are dangerous, and not only in terms of economic development. They can also undermine European integration as a political project, and if we want to convince people that they need more Europe, or even that they need the European Union as such, they should be able to see the benefits of integration in their everyday life. Let us make an effort.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Andrejs Mamikins (S&D), *zilās kartītes jautājums*. – Liels paldies jums, Toom kundze, par to, ka jūs pieņēmt manu zilās kartītes jautājumu!

Es uzmanīgi noklausījos šīs debates, un tiešām tās ir ārkārtīgi svarīgas gan Parlamentam, gan visai Eiropas Savienībai.

Tomēr mans jautājums būtu — kuru no izdebatētajām problēmām vai tēmām jūs uzskatāt par pašu galveno, kas steidzami jāatrisina gan Parlamentam, gan Eiropas Savienībai kopumā?

Yana Toom, *rapporteur, blue-card answer*. – As I understand it, I only have 30 seconds, which means that I am not able to answer your question, as we really have a huge number of problems here. But, as I said, from the point of view of the Committee on Employment and Social Affairs, for which I am rapporteur, the main thing is, of course, the increasing – or possibly decreasing but still high – social inequality in the European Union.

Prešedinte. – Debaterea a fost încheiată.

Votul va avea loc miercuri, 15 februarie 2017.

Declarații scrise (articolul 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Nors ir siekiame ekonomikos augimo ir darbo vietų kūrimo visoje Europos Sąjungoje, tačiau dar daugelyje valstybių narių situacija negerėja, ypač socialinių reikalų, užimtumo ir švietimo srityse. Europoje ypač išaugo vaikų skurdas – net apie 20 milijonų vaikų skursta arba balansuoja ant skurdo ribos. Taigi raginu Komisiją ir valstybes nares sukurti Vaikų garantiją, t. y. priemonę su tam specialu biudžetu, pagal kurią kiekvienas vaikas Europoje galėtų gauti nemokamas sveikatos ir vaikų priežiūros, ugdymo, deramo apgyvendinimo ir tinkamos mitybos paslaugas. Taip pat turime kuo didesnę dėsni skirti ir moterų skurdui, nes šiuo metu didžiausią mažiausias pajamas ir pensijas gaunančių asmenų dalį sudaro moterys. Norėčiau paraginti Komisiją ir valstybes nares nustatyti konkrečias rekomendacijas ir priemones, siekiant sumažinti vyrų ir moterų darbo užmokesčio ir pensijų skirtumą. Taigi, Komisija ir valstybės narės, atsižvelgdamos į pateiktas EP rekomendacijas, savo politinėse programose turėtų užtikrinti ir įgyvendinti, kad visiems žmonėms būtų suteikta reikalinga ir atitinkama socialinė apsauga, prieinamumas prie sveikatos ir socialinių paslaugų, reikėtų didesnio pažeidžiamų grupių įtraukimo į darbo rinką, dirbančiųjų skurdo mažinimo, lyčių lygybės skatinimo. Be to, būtina skatinti sveikatą ir saugą darbe, stiprinti darbuotojų, dirbančių darbą be garantijų, pagal netipines darbo sutartis, teises ir užtikrinti didesnę savarankiškai dirbančiųjų socialinę apsaugą.

Barbara Kappel (ENF), *in writing*. – The report stresses the need for structural reforms; it falls short on crucial areas such as enforceability and concrete measures. On the one hand, the low implementation rate of country-specific recommendations is deplored, but on the other hand, the good performance of those countries who did reform structurally is not mentioned, while these best practices can spur countries falling behind to take the necessary measures. On the one hand, the report stresses the necessity of labour market reforms, but on the other hand, makes this conditional on full respect for social dialogue. Does this mean social dialogue can effectively block labour market reforms deemed necessary? On the one hand, the report recognises the futility and adverse effects of quantitative easing by the ECB, but on the

other hand claims it has stimulated growth in the eurozone and warns of the effect of rising interest rates on the ability of indebted countries to improve their public finances. These are just three examples of the seemingly contradictory recommendations in the report, which only entered the report via the shadow meetings and have sadly degraded it from being a useful regulatory guideline to several pages of highly-politicised empty rhetoric.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Le processus du Semestre européen (SE) a commencé avec l'Examen annuel de croissance (AGS): c'est l'occasion pour la Commission de se féliciter des résultats de sa politique d'austérité, alors que les chiffres du chômage, notamment chez les Jeunes, demeurent alarmants. Malgré une volonté affichée de «mettre sur un pied d'égalité le pilier social et le pilier économique de l'UE», l'objectif de la gouvernance reste invariable, à savoir imposer les réformes structurelles, en accompagnant la conversion à l'ultra-libéralisme de l'ensemble des institutions nationales.

On le sait pourtant, la croissance reste atone, et l'espace européen, loin d'être un espace de liberté, organise le dumping social et le chaos migratoire. Pire encore: aucune priorité d'action sociale n'est réservée aux citoyens européens! L'ensemble des outils européens, à commencer par le Fonds Social Européen (FSE) ou la Garantie pour la Jeunesse servent à financer l'intégration des migrants sur le marché du travail des États membres. La seule vertu du SE consiste à renforcer la tutelle européenne sur les politiques économiques et sociales des États membres, le fameux «pilier social» n'étant qu'un nouvel outil de communication de la Commission visant à déjouer les critiques!

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Wir brauchen eine Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik. Im neunten Jahr der Krise müssen wir der neoliberalen Sparpolitik endlich den Rücken kehren und mit öffentlichen Investitionen Beschäftigung schaffen. Das „European Semester Package“ der Kommission geht hier in die richtige Richtung mit den Schwerpunkten auf soziale Gerechtigkeit und expansive Fiskalpolitik. Aber schöne Worte alleine reichen nicht aus. Die Mitgliedsstaaten müssen sich nach wie vor an die strikten Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts halten. Wir können uns nicht aus der Krise herausparen. Investitionen in die Zukunft müssen durch mehr Flexibilität möglich sein. Eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik muss aber auch heißen, sich nicht nur an Wachstumszahlen zu orientieren. Vielmehr müssen Wohlstand und Wohlbefinden der Europäerinnen und Europäer in den Mittelpunkt gerückt werden.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Szemeszter keretében a 2017. évi növekedési jelentés felvázolta a legsürgesebb gazdasági és szociális prioritásokat, amelyekre az EU-nak és a tagállamoknak összpontosítaniuk kellene. A Bizottság elnöke kijelentette, hogy a cél egy olyan gazdasági fellendülés megvalósítása, amelynek előnyeit mindenki, de különösen társadalmaink kiszolgáltatottabb rétegei érzékelik, és amely fokozza a méltányosságot, valamint erősíti egységes piacunk szociális dimenzióját. Ma Magyarországon éppen ez az a réteg, amely a közszférát teljes egészében átszövi, a magyar kormány működését alapjaiban meghatározó korrupció miatt semmit nem érzékel a gazdaság esetleges növekedéséből. Hiába tűzi ki a Bizottság a beruházási tevékenység élénkítését célul, vagy sürgeti a strukturális reformok végrehajtását, amíg a magyarországihoz hasonló mértékű tagállami korrupció létezik az EU-ban, addig nem lehet tartós változásokat elérni.

A legkiszolgáltatottabb magyar polgárok még az elmúlt időszakban jelentkező kedvező globális hatásokat sem érezheték, mivel azt mind felszívta az állami korrupció. Eközben növekedett a társadalmi egyenlőtlenség, valamint a kirekesztettség és a szegénység kockázata. Nem is szólva arról, hogy a jelenlegi nemzetközi helyzetben, a tagállami korrupció nem csak gazdasági, de komoly biztonságpolitikai veszélyt is jelent az EU számára. Ezért sürgetem, hogy a jövőben, többek között az Európai Szemeszter keretein belül is fordítson nagyobb figyelmet a Bizottság a tagállami korrupcióra, és határozottabban lépjen fel az ellen.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – W ramach realizacji założeń europejskiego semestru z zakresu zatrudnienia i aspektów społecznych za kluczowe uznaję wyróżnienie trzech elementów. Przede wszystkim podkreślam potrzebę reform ukierunkowanych na projekty edukacyjne i szkoleniowe dostosowujące umiejętności młodych ludzi do obecnych i przyszłych wymogów rynku pracy. Apeluję tym samym o stałe zaangażowanie UE na rzecz programu „Erasmus+” oraz wyrażam moje poparcie dla Inicjatywy na rzecz zatrudnienia ludzi młodych, stanowiącej narzędzie pomagające państwu członkowskiemu zapewnić młodym ludziom wsparcie dostosowane do ich potrzeb.

W tym kontekście pragnę także zwrócić uwagę, że sektory kultury i kreatywny znacznie przyczyniają się do wzrostu zatrudnienia. Ponad 6 milionów osób w UE pracuje w sektorze kulturalnym, co oznacza, że jego wspieranie przynosi wymierne korzyści w postaci tworzenia nowych miejsc pracy i zwalczania bezrobocia. W związku z tym apeluję o większe wykorzystanie unijnych programów finansowania, zwłaszcza takich jak „Horyzont 2020” i EFIS, właśnie do tego celu.

W końcu przypominam również, jak ważną rolę powinny odgrywać nasze działania na rzecz lepszego informowania o wszystkich funduszach i programach europejskich mogących wspierać przedsiębiorczość, inwestycje i dostęp do finansowania, takich jak np. Erasmus dla przedsiębiorców, Europejskie Służby Zatrudnienia, program COSME, program UE na rzecz zatrudnienia i innowacji społecznych czy wspomniany już Europejski Fundusz na rzecz Inwestycji Strategicznych.

19. Bankenunion – Jahresbericht 2016 (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul Danutei Maria Hübner, în numele Comisiei pentru afaceri economice și monetare, referitor la uniunea bancară – raportul anual pe 2016 (2016/2247(INI)) (A8-0019/2017).

Danuta Maria Hübner, rapporteur. – Mr President, I would like to start by saying that the Banking Union has, in my view, been one of the most significant steps taken to respond to the financial crisis, and it is a precious achievement. Since mid-2012 when it was initiated, we have come a long way towards addressing the negative feedback loop and other damaging procyclical ties between banks and sovereigns. However, like the economic governance which we have been intensely discussing during the session, also the Banking Union is halfway through. We have unfinished business with the European Deposit Insurance Scheme (EDIS), with the fiscal backstop, with possible changes in the prudential treatment of sovereign debt to further dealing banks and sovereign, and with possible transfer of the full responsibility for emergency liquidity assistance to the central level.

We also have legacy issues to deal with, such as non-performing loans. What I intended to do with this report was to give a critical overview of the challenges we are facing, while not pre-empting the outcome of the legislative discussions on EDIS, as well as on the new banking package that amends CRR/CRD, BRRD and the Single Resolution Mechanism regulation. The recommendations of the report concern all the pillars of the Banking Union, the supervision resolution and deposit insurance, and it looks into a variety of issues.

Through excellent cooperation with other colleagues, we have built broad consensus on this comprehensive report and we look with much detail into all areas where recommendations can be made. The report has become a helpful stock-taking exercise before handing over to the colleagues leading the legislative discussions. I hope the messages will be taken into account and will feed into legislative debates. However, there are also broader issues in this report which will not be dealt with in the current Commission banking package. I am especially thinking of the fiscal backstop. It needs to be done, and actually there is agreement to establish it. The current solution, credit lines between national governments and the ESM, is not sufficient to overcome the banks' sovereign vicious circle and do away with the bailouts. Ultimate liability for the financing of the backstop should rest with the banking sector, and not with taxpayers. The backstop should be fiscally neutral over the medium term.

There is another set of issues which will not be part of the current negotiations on the banking package because global guidance is needed there. I am thinking here of internal models to calculate capital requirements and the prudential treatment of sovereign debt. In the case of internal models, work is being done at the level of the Basel Committee and also in the EU, at the level of the EBA and of the ECB, as regards the harmonisation of the financial of testing of models.

We need to balance the creation of a level playing field between small and large banks and the transparency and comparability of capital requirements, with the need for risk sensitivity and the possibility to use specific information from banks that can bring useful refinement to the model. In the case of the prudential treatment of sovereign debt, we would like to better reflect the risks involved, and we also hope, with the differentiated capital treatment, to incentivise diversification of exposures across sovereigns. This has to be balanced with the need to keep some kind of safe asset to retain a benchmark for price formation on our financial markets, and not to procyclically penalise financially fragile governments.

To conclude, let us not forget that with the UK out of the Union, all Member States except Denmark are committed to joining the euro in the future, so we should encourage those countries to see the benefits of joining the Banking Union and of benefiting through Banking Union membership from participation in the decision-sharing mechanism between home and host countries that we have established for the resolution of banks.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, first of all I would like to thank Ms Hübner for her annual report on the Banking Union. It provides an excellent overview of how much has been achieved since the financial crisis and clearly identifies much of what remains to be done. The Banking Union is central to the new regulatory and supervisory architecture we have put in place. Its main role is to maintain a strong banking system which can effectively finance the needs of the wider economy and encourage economic growth. Ms Hübner's report is broad in scope, so let us focus on the main measures essential to strengthening the Banking Union.

First, we need to improve the existing institutional framework. That is why the Commission supports a call to reduce national options and discretions, to promote consistency in bank supervision across participating Member States. We will work to achieve this by amending existing banking regulations. The creation of the Single Supervisory and Resolution Mechanisms has improved the coherence of the approach taken by supervisory authorities across the EU. It should now be possible to support a better use of bank capital and liquidity resources across the Banking Union. We are aware that some Member States will have concerns about hosting banks from other EU countries, so our banking proposals aim to extend the use of liquidity and capital waivers with strong safeguards.

Secondly, to reduce risks in the banking sector, our EU banking reform package aims to strengthen the prudential framework and to increase banks' ability to absorb losses in times of crisis without the help of taxpayers' money. As set out in your report, the EU regulatory framework must be proportionate and respect diversity in the European banking sector. This is particularly true for smaller banks, for which we want light reporting and disclosure requirements.

EU banks are significantly stronger than they were before the crisis. This is in large part due to their own efforts to adjust their business models, but also thanks to the regulatory reform we introduced, and better supervision. But non-performing loan ratios remain high in some Member States. The Commission is working with those Member States to encourage the gradual reduction of non-performing loans. Banks' exposure to sovereigns is another area where the Commission is engaged to find a workable solution. We share Parliament's views that the problem carries many implications. As was agreed in the June 2016 Council conclusions, it is important to await the outcome of the Basel Committee talks before taking a decision at European level. The Commission welcomes the report's call to complete the Banking Union with a common deposit insurance scheme. We are committed to working with the Parliament and Council to take this forward. Further progress is also needed to build up a sufficiently large and readily available common backstop as a significant strengthening of the Single Resolution Mechanism's credibility.

Looking beyond the financial risks facing the banking sector, the Commission agrees with Parliament about the need for our financial institutions to have in place strong and well-functioning IT systems. We are committed to working on measures to boost cyber security in the financial sector, and in particular we support facilitating the exchange of sensitive information between banks to prevent cyber attacks while, of course, protecting the use of personal data.

These are just some of the areas that struck me in your report. We share the view that we have strong foundations on which to build, but progress is still needed in a number of important areas. Overall, we can be optimistic about the opportunity to refine our work so as to continue meeting our financial objectives while supporting growth and investment in Europe.

Burkhard Balz, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Bankenunion hat zu einer umfassenden Verlagerung von nationalen Kompetenzen auf die europäische Ebene geführt.

Es wurden mit der europäischen Bankenaufsicht und dem europäischen Abwicklungsmechanismus neue, bislang nie dagewesene Strukturen geschaffen. Es liegt nun an den EU-Institutionen, diese Strukturen mit Glaubwürdigkeit und Inhalt zu füllen und vor allen Dingen fortlaufend zu überprüfen. Es liegt auch an den EU-Institutionen, die richtige Balance zwischen notwendiger europäischer Aufsicht und notwendiger nationaler Aufsicht sicherzustellen, denn beides hat seine Berechtigung und gehört zusammen.

Mit dem Jahresbericht zur Bankenunion 2016 hat die Berichterstatterin einen sehr guten Bericht vorgelegt. Der Bericht macht deutlich, dass die Risikoreduzierung im Bankensektor weiter voranschreiten muss, und zwar sowohl durch den Gesetzgeber als auch durch die Aufseher. So muss das anhaltend hohe Level von ausfallgefährdeten Krediten in einigen Mitgliedstaaten nach wie vor adressiert werden. Die Bankenunion wird gerne als Weg bezeichnet, um die Verbindung zwischen Banken und Staatsfinanzierung zu kappen. Dafür reichen aber nicht die Strukturen der Bankenunion alleine, sondern es muss ein Umdenken in der Risikobetrachtung insgesamt gegeben sein.

Wir müssen die europäische Abwicklungsbehörde mit Durchgriffskräften ausstatten, die hier rechtzeitig unglaublich ein Eingreifen zum Schutz der Steuerzahler und Sparer erlaubt. Wir müssen sicherstellen, dass die Finanzinstitute umfassende Kapital- und Fremdkapitalpuffer in hoher Qualität für mögliche Abwicklungssituationen bereithalten. Die internationalen Anforderungen sind hierbei ein wichtiger Maßstab für die globale Wettbewerbsfähigkeit unseres Bankensektors. Gleichzeitig muss die EU sicherstellen, dass ihr richtigerweise für die Bankenunion gewählter risikoorientierter Ansatz angewandt und umgesetzt wird.

Die Bankenunion wird Schritt für Schritt weiter konkretisiert und verbessert. Die EU-Kommission ist seit Ende letzten Jahres in der Pflicht, eine Prüfung der europäischen Bankenaufsicht vorzunehmen. Wir zählen darauf, dass sie unsere kritischen Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge auch mit einfließen lässt.

Mady Delvaux, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, je voudrais d'abord féliciter Danuta Maria Hübner qui a œuvré pour le consensus le plus large possible pour que, justement, les messages du Parlement soient entendus, qui rappelle les requêtes formulées dans le rapport sur l'Union bancaire de l'année dernière, mais qui fait aussi le suivi de ce qui marche et de ce qui marche moins bien dans l'Union bancaire.

Il faut souligner qu'il y a des avancées notables: le système créé avec la directive relative au redressement des banques et à la résolution de leurs défaillances (BRRD) et la directive relative aux systèmes de garantie des dépôts (DGSD) prend de plus en plus forme, le mécanisme de supervision unique fonctionne, le travail des équipes de surveillance prudentielle conjointe permet le développement d'une expertise et de connaissances partagées, le mécanisme de résolution est entré en vigueur au 1^{er} janvier 2016, le fonds de résolution unique commence à être doté.

Mais nous n'ignorons pas que des hypothèques pèsent lourdement sur la stabilité et la durabilité de notre système bancaire et, donc, sur l'économie européenne. Je ne vais mentionner que les créances douteuses, le traitement prudentiel de la dette souveraine, la question des aides d'État et, surtout, le fait que l'Union bancaire n'est pas complète. Il manque le troisième pilier, il n'y a pas de dispositif de soutien budgétaire. Le risque des «*too big to fail*» n'est pas éliminé et, sans préjuger les discussions sur les différents points, il y a urgence à compléter l'Union bancaire dans l'intérêt de l'économie réelle, mais surtout pour rassurer et protéger les dépôts des citoyens.

Il reste donc de grands dossiers à finaliser et, en même temps, il faut veiller au fonctionnement quotidien et assurer que la cohérence entre réglementations qui se chevauchent soit garantie, voire établie, que des ressources adéquates soient disponibles et que la sécurité informatique soit davantage prise en compte. Bref, il faut légiférer, mais en même temps, veiller à une mise en œuvre correcte de la réglementation.

Sander Loones, *namens de ECR-Fractie*. – Wanneer een bank in de problemen komt wordt de rekening altijd doorgeschoven naar de belastingbetaler. Hoe we daaraan een eind kunnen maken, is een vraag waarmee wij ons hier in de Europese Unie moeten bezighouden. Hoe kunnen we dit verband breken? We hebben een hele reeks regels ingevoerd die onze banken veiliger moeten maken, maar ons werk is nog lang niet af.

De Europese Centrale Bank voert nu een monetaire politiek die ons financieel systeem opnieuw onveiliger maakt. Gratis geld zorgt ervoor dat mensen op zoek gaan naar hogere rendementen en dus ook meer risico's opzoeken. Aan de andere kant zien we dat de Italiaanse banken al jarenlang het water aan de lippen hebben staan, dat ze bijna verdrinken en dat we er eigenlijk dag na dag moeten voor zorgen dat ze het hoofd boven water houden.

Dat alles wijst op die oude ziekte van de Europese Unie: als wij al regels hebben, dan worden die veel te veel omzeild, dan worden die niet genoeg gerespecteerd, niet goed genoeg toegepast. En vandaag zien we dat nog maar eens. Die spiraal moeten wij doorbreken. Van die kwalijke gewoontes moeten wij af. Zo moeten wij ook een einde maken aan de staatssteun voor de banken. We zetten hier opnieuw een grote stap vooruit.

Ramon Tremosa i Balcells, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the banking union is an EU project after the creation of the euro and it is fundamental for the future of our currency. The absence of European financial supervision was one of the reasons that brought us to the financial crisis. National financial supervision is less effective as banks globalised their activities. The ECB has been reliable and has won strong credibility. The contrast with some national central banks is huge.

Yesterday, for instance, the former President of Banco de España, Miguel Ángel Fernández Ordóñez, as well as his supervisory team, were indicted by the Spanish justice on charges of allowing irregularities in Bankia's initial public offering in July 2011. Bankia's IPO was done, even though Banco de España knew that it was close to bankruptcy. It was just done because of the close relations between the Banco de España and Bankia's Director, Rodrigo Rato. Thousands of people lost their savings and Bankia was bailed out for EUR 23 billion, paid thanks to a European bail-out. This is why the banking union is so important: to say goodbye for ever to the bad practices of many national supervisors in many national central banks in Europe.

I would like to call attention to the amendment to be tabled with the Greens and ECR: the use of public money to bail out banks has to be only in exceptional cases. If the rules of the banking union are not followed, as may happen now in Italy, our future will be full of more public deficits and a new banking crisis will put the euro at risk. Only if all Member States comply with banking union legislation will it be possible to create a European deposit guarantee to complete our project and give extra assurance to citizens and investors.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Marco Valli (EFDD), *Domanda «cartellino blu»*. – Grazie Ramon per aver accettato la mia domanda. Sulla questione relativa ai crediti deteriorati volevo sapere, visto che ha citato l'Italia, se i crediti che erano stati inseriti all'interno di quelle valutazioni, che non sono poi state fatte in Germania, per quanto riguarda le banche dei Länder tedeschi, cosa ne pensa lei, visto che attacca l'Italia dicendo che non abbiamo risolto il problema dei crediti deteriorati, mentre in Germania un intero sistema bancario come quello dei Länder è fuori dalla vigilanza unica. Io credo che ci siano anche lì grosse valutazioni da fare sul rischio di queste banche.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. Caro collega, devo dire che se in Germania le piccole casse di risparmio sono fuori dalla supervisione europea, se ci sono perdite, solamente i *German taxpayers*, i tedeschi, pagheranno per gli errori che può fare la Bundesbank e non ci sarà un effetto di queste perdite su tutta l'Europa. Devo anche dire, per esempio, che nel caso di Bankia il Primo ministro spagnolo Rajoy diceva sempre «it's too big to fail», ma questo non è vero perché l'ex Commissario Almunia, che era anche spagnolo, diceva che in Germania ci sono banche più grandi di Bankia che sono state chiuse per non causare perdite per i *taxpayer*. Devo dire che, in questo senso, se l'Italia deve essere coerente, non può firmare l'Unione bancaria nel 2014, come ha fatto Renzi, e dopo dire che adesso faremo un *bailout* come abbiamo fatto tutta la vita perché ci sono perdite per gli investitori.

Matt Carthy, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, banking union was founded on the promise of ending the days of taxpayer-funded bail-outs, a laudable aspiration. As a representative from Ireland, where our people were saddled with over EUR 60 billion in private European bank debt, and have subsequently suffered from years of austerity at the hands of the Troika and governments led by Fianna Fáil and Fine Gael, I can say it is an aspiration we would share. But the truth is that the promise of the banking union was – and is – a false promise.

In recent months, we have seen and heard the first real test of the new rules on bank recovery and resolution in the Italian banking crisis. Commissioner, I wish you and your team would have the courage to admit that the banking union's stated goal of ending public bail-outs and solving the 'too big to fail' problem has failed spectacularly. Italy makes it clear for the world to see that taxpayer-funded bail-outs can, and will, continue under these weak and loop-hole-ridden rules.

The European Central Bank revised its calculation on how big the Monte dei Paschi di Siena (MPS) capital shortfall was and did not even bother to tell us why. Is MPS actually solvent? If not, it does not qualify for public assistance. We need rules that truly prevent taxpayer-funded bail-outs; we need to address the bad loan problem by ending the savage austerity agenda championed by this Commission; and we need finally to step up and address the 'too big to fail' problem by introducing bank structural reform that actually separates commercial and investment banking. Otherwise we are set to repeat history, and it will be the ordinary, decent families of Europe who will again pay the price.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'analisi che faccio dell'Unione bancaria è molto critica perché quest'Unione purtroppo ha creato ulteriori stabilità invece che andare a parare realmente sulle cause delle crisi bancarie sistemiche. Avremmo dovuto fare una reale separazione bancaria tra banche di investimento e banche che fanno attività del credito. Questo non è stato fatto e si è trovata una soluzione alternativa che crea però dei conflitti di interesse.

Adesso vediamo il primo pilastro supervisione, dove c'è il rischio credito messo sotto una lente di ingrandimento, mentre gli asset di terzo livello e tutto quello che è rischio finanziario, derivati e quant'altro, dove son piene le banche francesi e le banche tedesche, non vengono presi in considerazione. Guarda caso le banche tedesche e le banche francesi oggi fanno offerte d'acquisto per le banche italiane, che sono messe sotto pressione da quei crediti deteriorati che loro hanno scorporato con grossi contributi pubblici negli scorsi anni. Quindi non accetto morale dai deputati tedeschi e francesi e quant'altri che hanno speso centinaia di miliardi per salvare le loro banche e molto probabilmente coprire favori della loro politica nei confronti di imprenditori e quant'altri.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Vice-président, l'Union bancaire, heureusement pour les Européens, n'a encore jamais été vraiment utilisée. Seul Chypre, en 2013, a servi de laboratoire d'essai à la Troïka pour tester le *bail-in*, cette technique inique de renflouement des banques par ses propres clients, soi-disant pour protéger les contribuables.

Depuis, l'Union européenne est passée en force et en urgence pour préempter la souveraineté bancaire des États membres de la zone euro et des citoyens, et confier la supervision à la BCE.

L'Union bancaire est en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2016 et autorise légalement les institutions européennes à ponctionner les comptes bancaires des clients en cas de crise bancaire. Ce MRU, le mécanisme de résolution unique par l'Union européenne, constitue une répression financière intolérable contre les citoyens. Cette méthode est un scandale démocratique, une remise en cause du droit de propriété et un vol légalisé, dénoncé par les patriotes du Front national, qui confirme notre analyse politique sur les conséquences de la crise de 2008 et de la nocivité de l'euro.

J'accuse l'Union européenne et la BCE d'avoir mis en place en 2016 un régime de totalitarisme financier pour sauver les banques et l'euro à tout prix. Pourquoi? Parce qu'en réalité le système bancaire européen est en état d'urgence. C'est justement le premier constat de ce rapport Hübner. La BCE et le FMI s'inquiètent aussi des 1 000 milliards d'euros de créances douteuses qui rongent les bilans des banques. Et ils ont raison, en témoignant la situation critique de la Deutsche Bank, en Allemagne, et la crise bancaire italienne.

Tout cela prouve bien que les tests de résistance rassurants de 2014 étaient, en réalité, complètement bidonnés.

Tout comme le Front national, l'Autorité bancaire européenne (ABE) de surveillance des banques lance une nouvelle alerte sur la solvabilité des banques européennes. Pour l'ABE, les actifs toxiques des banques en faillite, c'est un peu comme la poussière: on la cache dans les *bad banks*, qui finiront elles aussi par faire faillite et qui seront, au final, encore renflouées par les contribuables européens.

Cette solution que vous refusez, celle de la séparation et de la scission bancaire, est celle de l'indépendance vis-à-vis des banques privées, et elle demande du courage politique. Or, s'il y a bien une caractéristique propre à l'Union européenne, c'est sa fidélité sans faille aux lobbies privés et son désintérêt à l'égard des peuples.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, primero quisiera felicitar a mi colega Danuta Hübner por su informe, y decir que la unión bancaria constituye un componente indispensable de la unión monetaria y un pilar fundamental de una verdadera unión económica y monetaria. Pero la unión bancaria no es solo necesaria para garantizar la estabilidad y restablecer la confianza en los bancos de la zona euro; también es esencial para aumentar la integración financiera, para reducir el riesgo en el sistema bancario europeo y el riesgo moral, para contribuir a que se rompa el vínculo entre los bancos y la deuda soberana, y para fomentar el reparto de riesgos en el seno de la unión monetaria.

La unión bancaria desempeña un papel fundamental en la financiación de la inversión y, por lo tanto, en el fomento del crecimiento y la creación de empleo en la Unión. Apostamos entonces por la unión bancaria en respuesta a la crisis financiera y ya hemos logrado los dos primeros pilares: el Mecanismo Único de Supervisión y el Mecanismo Único de Resolución. Debemos continuar avanzando en esta dirección, asegurando que el reparto y la reducción de riesgos avanzan en paralelo. Por eso debemos avanzar en las negociaciones para crear un Fondo Europeo de Garantía de Depósitos que complete la unión bancaria y que garantice que el dinero de los contribuyentes esté protegido ante posibles futuras crisis.

La unión económica y monetaria se encuentra en muchísimo mejor forma hoy de lo que estaba antes de la crisis financiera, pero completar la unión bancaria es un paso necesario para continuar avanzando hacia una verdadera unión económica y monetaria de los Estados miembros.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, personne ne vous étonnera en vous disant que le groupe socialiste plaide fortement pour compléter l'Union bancaire afin que le troisième pilier soit enfin en place et que l'Union bancaire soit dotée de ce *fiscal backstop* (dispositif de soutien budgétaire) qui lui fait toujours défaut.

Nous ne souhaitons pas non plus que votre projet d'une union des marchés des capitaux vienne se substituer à cet achèvement de l'Union bancaire ou même que ce marché des capitaux soit un outil pour abaisser la qualité réglementaire.

Je ne sais pas si l'intransigeance peut être toujours bonne conseillère, mais je note que ceux qui demandent l'application la plus stricte des règles du pacte de stabilité ne sont pas toujours les plus fervents partisans d'un déblocage des négociations sur le paquet EDIS. Or, s'ils veulent restaurer la confiance des investisseurs privés, qui semble être l'alpha et l'omega de leur doctrine économique, il faudra bien qu'ils accélèrent le pas.

Concernant le rapport de Danuta Hübner, je veux mentionner trois choses qui me semblent importantes.

Tout d'abord, sur l'affaire des prêts non productifs, il me semble que la proposition que vient de faire le président de l'ABE de créer une «bad bank» doit être examinée attentivement.

Ensuite, regardons ce qui se passe du côté des États-Unis pour éviter que ne se remette en place un système bancaire parallèle dans lequel nos banques européennes déverseraient leurs risques.

Enfin, dernier point, je crois que nous attendons de votre part un réajustement des compétences entre les différents mécanismes au vu de l'expérience acquise. Nous attendons ces propositions avec intérêt.

Stanisław Ożóg (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie i Panowie! Chcę podkreślić, że przy tak kontrowersyjnym i w sumie trudnym temacie, jakim jest unia bankowa, sprawozdawczyni udało się wyważyć poprawki i osiągnąć kompromisy łączące uwagi prawie wszystkich opcji politycznych. Do sprawozdania włączyła wiele poprawek mojej frakcji politycznej dotyczących między innymi zagrożonych kredytów restrukturyzacji długu, zaangażowania w dług państwowy, wprowadzenia wskaźnika dźwigni. W sprawozdaniu poruszono problem przestrzegania przepisów w kwestii publicznej dla banków. Zaproponowano usprawnienia działania systemu unii bankowej. Polska, moja delegacja, jest jednak sceptyczna wobec stworzenia kontynuacji unii bankowej. I pomimo że raport jest opracowany bardzo dobrze, jest bardzo wyważony, nie możemy go poprzeć. Wstrzymamy się od głosu.

Jonás Fernández (S&D). – Señor presidente, discutimos hoy un informe importante que votaremos en los próximos días, que apuesta claramente por cerrar el modelo de unión bancaria. En el primer semestre del año 2012 la zona euro estuvo muy cerca del abismo. Creímos por momentos que el euro podía desaparecer y fue el compromiso en el verano de ese 2012 para la creación de la unión bancaria lo que nos salvó del desastre. Y he de decir que desde entonces la crisis empezó primero a desacelerarse y ahora estamos en una situación un poco más optimista, pero con problemas. Pero esa unión bancaria que se puso en marcha en 2012 necesita ser completada, y necesitamos aprobar ya un fondo europeo de garantía de depósitos.

No podemos estar esperando, seguir con las instrucciones de dilación, de dilatación de la negociación por parte del Consejo. Y en el Parlamento tenemos que avanzar rápidamente, con un *fiscal backstop* que cierre el modelo de una vez.

Procedura „catch the eye”

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'elevato livello di crediti deteriorati desta non poca preoccupazione. L'Unione europea deve spingere per la costituzione di una *bad bank* che è obiettivamente l'unica via di uscita per gestire gli oltre mille miliardi di euro di crediti deteriorati dell'eurozona, consentendo alle banche di vendere i crediti problematici al loro valore economico reale. Serve una risposta forte alla persistente instabilità del contesto bancario in Europa. È condivisibile l'invito del Fondo monetario internazionale ad introdurre cambiamenti profondi, sia nei modelli economici delle banche sia nella struttura del sistema, per garantire a livello europeo un sistema bancario sano.

La crisi ha evidenziato carenze nell'architettura globale della moneta unica. Penso sia arrivato il momento di finalizzare la creazione di un sistema europeo di assicurazione dei depositi, che potrebbe rappresentare il terzo pilastro dell'Unione bancaria ed affiancarsi ai sistemi di garanzia dei depositi, garantendo così un livello più elevato di tutele patrimoniali a fronte dell'emersione dei rischi di default per gli enti creditizi europei.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, μια υγιής Τραπεζική Ένωση προϋποθέτει, πρώτα από όλα, διαχωρισμό επενδυτικών και εμπορικών τραπεζών. Χρειαζόμαστε δηλαδή, κύριε Dombrovskis, ένα είδος ευρωπαϊκού *Glass-Steagall Act*. Δεύτερον, υπάρχει ανάγκη για ένα ευρωπαϊκό σύστημα εγγύησης καταθέσεων. Τα κράτη μέλη διέθεσαν τρισεκατομμύρια ευρώ για να διασωθούν τις τράπεζες. Είχαμε, δηλαδή, κοινωνικοποίηση των ζημιών των τραπεζών, και αυτά όλα τα πλήρωσαν οι φορολογούμενοι. Έτσι, για να σωθούν οι τράπεζες, αυξήθηκε το δημόσιο χρέος. Με το πρώτο μνημόνιο στην Ελλάδα, διασώθηκαν γερμανικές και γαλλικές τράπεζες που κατείχαν ελληνικά κρατικά ομόλογα, ύψους 150 δισεκατομμυρίων EUR, και αφού σώθηκαν οι τράπεζες, και στην Ελλάδα αλλά και σε όλη την Ευρώπη, επιτίθενται πλέον κατά των δανειοληπτών, οι οποίοι έχουν φτωχοποιηθεί από τη λιτότητα και την ανεργία και δεν μπορούν πλέον να πληρώσουν τα δάνειά τους. Χρειαζόμαστε, λοιπόν, ένα δημόσιο ταμείο για τα κόκκινα δάνεια και στην Ελλάδα και στην Ευρώπη για να μην αρπάξουν τα «κοράκια» τις περιουσίες των δανειοληπτών.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, I am grateful to Ms Hübner for her excellent report and to those who took the floor to make interventions. Everything you said points to the importance of having a robust and stable financial system, while at the same time ensuring that banks are able to play their role in lending to the wider economy to support growth and jobs.

To address some points raised by Ms Berès on the Capital Markets Union and the Banking Union, it must be very clearly stated that we see the Capital Markets Union as a complement to the Banking Union and not as a replacement. We obviously do not expect capital markets to replace banks in their role of financing the real economy. Indeed, those are complementary projects and need to be seen as such.

I also touched upon completion of the Banking Union, including through the European Deposit Scheme and a common backstop for a single resolution fund. As always, we emphasise that risk sharing and risk reduction must go hand in hand, so we also need to drive forward our risk reduction agenda through our bank reform package and other initiatives which we presented in November of last year, but not limited to that. We count on your continued support in moving forward this important regulatory agenda.

Danuta Maria Hübner, rapporteur. – Mr President, I would like once again to use this opportunity to thank colleagues for being open to building a broad consensus around the report. As you are here with us, Vice-President Dombrovskis, I would also like to thank you for your positive reactions and I take them as a commitment on the Commission's part to take on board our recommendations as elements for your further work. We also hope that issues related to the completion of the banking union will find a place in your White Paper. I would like to say that, of course, we all know that it is unfinished business, that it is a living project and there will be improvements and there will hopefully be completion of the banking union, but we believe that it is not only about legislation and the missing elements of the legislative framework. This is absolutely crucial, but we also believe that it is important to ensure that the existing institutions within the banking union develop the best possible practices in their current work.

Președinte. – Dezbaterile au fost închise.

Votul va avea loc miercuri, 15 februarie 2017.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

(Ședința a fost închisă la ora 23.35)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/2671

18.4.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. FEBRUAR 2017

(C/2024/2671)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 13. bis 16. Februar 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	4
4. Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU/Kanada – Abschluss des CETA EU/Kanada – Abkommen über eine strategische Partnerschaft EU/Kanada (Aussprache)	4
5. Erklärung des Präsidenten	40
6. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll	41
7. Abstimmungsstunde	41
7.1. Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU/Kanada (A8-0009/2017 - Artis Pabriks) (Abstimmung)	41
7.2. Abschluss des CETA EU/Kanada (B8-0141/2017, B8-0142/2017, B8-0143/2017, B8-0144/2017, B8-0145/2017, B8-0146/2017) (Abstimmung)	41
7.3. Abkommen über eine strategische Partnerschaft EU/Kanada (A8-0028/2017 - Charles Tannock) (Abstimmung)	41
7.4. Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit EU/Mongolei (A8-0382/2016 - Helmut Scholz) (Abstimmung)	41
7.5. Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit EU/Mongolei (Entschließung) (A8-0383/2016 - Helmut Scholz) (Abstimmung)	42

Inhalt	Seite
7.6. Übereinkommen über den Handel mit Zivilluftfahrzeugen (Anhang „Erfasste Waren“) (A8-0007/2017 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández) (Abstimmung)	42
7.7. Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Investitionen in CO ₂ -effiziente Technologien (A8-0003/2017) (Abstimmung)	42
7.8. Ablehnung gemäß Artikel 105 Absatz 3 GO: technische Regulierungsstandards für die Anwendung von Positionslimits für Warenderivate (B8-0139/2017, B8-0147/2017, B8-0148/2017) (Abstimmung)	42
7.9. Bericht 2016 über Albanien (A8-0023/2017 - Knut Fleckenstein) (Abstimmung)	42
7.10. Bericht 2016 über Bosnien und Herzegowina (A8-0026/2017 - Cristian Dan Preda) (Abstimmung)	42
7.11. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2017 (A8-0039/2017 - Gunnar Hökmark) (Abstimmung)	42
7.12. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2017 (A8-0037/2017 - Yana Toom) (Abstimmung)	43
7.13. Binnenmarktsteuerung innerhalb des Europäischen Semesters 2017 (A8-0016/2017 - Antonio López-Istúriz White) (Abstimmung)	43
7.14. Bankenunion – Jahresbericht 2016 (A8-0019/2017 - Danuta Maria Hübner) (Abstimmung) . . .	43
7.15. Biologische Pestizide mit geringem Risiko (B8-0140/2017) (Abstimmung)	43
8. Stimmerklärungen	43
8.1. Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU/Kanada (A8-0009/2017 - Artis Pabriks) .	43
8.2. Abschluss des CETA EU/Kanada (B8-0141/2017, B8-0142/2017, B8-0143/2017, B8-0144/2017, B8-0145/2017, B8-0146/2017)	48
8.3. Abkommen über eine strategische Partnerschaft EU/Kanada (A8-0028/2017 - Charles Tannock)	50
8.4. Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Investitionen in CO ₂ -effiziente Technologien (A8-0003/2017)	51
8.5. Bericht 2016 über Albanien (A8-0023/2017 - Knut Fleckenstein)	54
8.6. Bericht 2016 über Bosnien und Herzegowina (A8-0026/2017 - Cristian Dan Preda)	54
8.7. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2017 (A8-0039/2017 - Gunnar Hökmark)	55
8.8. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2017 (A8-0037/2017 - Yana Toom)	55
8.9. Binnenmarktsteuerung innerhalb des Europäischen Semesters 2017 (A8-0016/2017 - Antonio López-Istúriz White)	56
8.10. Biologische Pestizide mit geringem Risiko (B8-0140/2017)	56

Inhalt	Seite
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	56
10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	56
11. Terrorismusbekämpfung (Aussprache)	56
12. Verstärkter Abgleich mit den relevanten Datenbanken an den Außengrenzen (Aussprache)	78
13. Informationsaustausch im Bereich der Strafverfolgung in der EU und Ersetzung von Instrumenten aus der Zeit vor dem Vertrag von Lissabon (Aussprache)	90
14. Zivilrechtliche Regelungen im Bereich Robotik (Aussprache)	101
15. Zustimmung der Kommission zum überarbeiteten Plan Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen (Aussprache)	118
16. Europäische Cloud-Initiative (Aussprache)	130
17. Investitionen in Beschäftigung und Wachstum – Maximierung des Beitrags der europäischen Struktur- und Investitionsfonds – Verzögerte Umsetzung der operationellen Programme der ESI-Fonds – Auswirkungen auf die Kohäsionspolitik und das künftige Vorgehen (Aussprache)	138
18. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	153
19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	154
20. Schluss der Sitzung	154

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. FEBRUAR 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.05)

Presidente. – Vorrei proporre alla Plenaria di iniziare fra cinque minuti perché, a causa delle dimostrazioni che ci sono attorno al Parlamento, molti deputati stanno ancora arrivando in quanto le auto non potevano uscire dal garage. Quindi vi propongo di riprendere la seduta fra cinque minuti per permettere al maggior numero possibile di deputati di arrivare in Parlamento. Mi scuso con la Commissaria Malmström e vi ringrazio per la comprensione nei confronti dei vostri colleghi. Fra cinque minuti riprendiamo la seduta.

(La seduta, sospesa alle 9.05 , è ripresa alle 9.15)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

4. Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU/Kanada – Abschluss des CETA EU/Kanada – Abkommen über eine strategische Partnerschaft EU/Kanada (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca, in discussione congiunta,

— la raccomandazione di Artis Pabriks, a nome della commissione per il commercio internazionale, concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione dell'accordo economico e commerciale globale (CETA) tra il Canada, da una parte, e l'Unione europea e i suoi Stati membri, dall'altra (10975/2016 — C8-0438/2016 - 2016/0205(NLE) (A8-0009/2017),

— la dichiarazione della Commissione sulla conclusione del CETA UE-Canada (2017/2525(RSP), e

— la raccomandazione di Charles Tannock, a nome della commissione per gli affari esteri, concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione, a nome dell'Unione, dell'accordo di partenariato strategico tra l'Unione europea e i suoi Stati membri, da una parte, e il Canada, dall'altra (14765/2016 — C8-0508/2016 - 2016/0373(NLE) (A8-0028/2017).

Artis Pabriks, rapporteur. – Mr President, sometime before 2009 in one of the major provinces of Canada, Quebec, the idea of CETA was born. Today is the day when we can decide how to go forward with this deal. I would say it is a judgment day, because since 2016 we have discussed in the European Parliament – more than 18 times in different large groups – what this trade deal really means for us. We have been taking into account most, if not all, of the concerns that have been raised by analysing the previous trade deals with other countries, and I think that we can say with great confidence that this trade deal, in many ways, a golden standard for future trade deals in the world.

I would also like to say that CETA is a litmus test for our European Union policies. We are standing at the crossroads, and we can take one of two directions. The first direction is protectionism, provincialism, decline and the building of walls. Do we really want it? I do not think so – at least, I do not want it. The second direction is openness to the world, it is leadership, it is effective decision making, it is growth, and finally, also, the bringing of wealth to our Union and each and every nation and Member State here on the European continent. Of course, the CETA trade deal is not a cure, a medicine, for each and every disease. We must understand that. It is comprehensive, but it will not solve all the problems that our workers, small and medium enterprises and people are facing. It is not meant to do this, and this is why I would like to say to those who are not listening to the facts but following the alternative news and not trying to go into depths of the analysis of this trade deal: please do not bark up the wrong tree. Try to find other solutions for other existing problems, but go forward with this deal.

As regards CETA, it has two very important aspects for us included in this deal. One is the geopolitical aspect, another is the purely trade and economic aspect. As regards geopolitics are concerned, the Canadian nation has always stood for the same values that we stand for here in Europe. There is no other nation outside the European Union so like us as the Canadians. Sometimes, I think they are even closer to us than some of our Members from time to time (that was a bit of a joke). They have been sending their soldiers since the First World War to defend our freedoms and our liberties. They died in the Second World War for our freedoms and liberties, and even now, when the European Union is facing security challenges at its external borders, Canadian soldiers are again on our sandy beaches in northern Europe. Thank you to Canada for this.

Secondly, if we are speaking about the economy, there is a number of things that this trade deal will deliver. It will deliver trade in goods and decreased tariffs. It will deliver additional possibilities for services. It will give us the possibility to join procurement in Canada, which has not happened before. Geographic indications, a lot of geographic indications for many of our producers, and of course the investment part. So from that perspective, I would say that every country, just like my small country, Latvia, will benefit from this. Our products which are now sold in Canada – Latvian products, for instance, and also Swedish or German or French products – will be between 8% and 12% cheaper after the trade deal is passed. It is a good thing. The world is watching us. The world is watching the European Union and which direction we will take. Will we take the direction of protectionism and closedness, or will we fight for liberal democratic values, for growth and for the new golden standards of international trade? It is a unique chance for the European Union now to take again a leading position in the global economy and global politics, and in many ways the vote for CETA will decide this. Never before has the world needed such a strong Europe at this moment, and it needs guidelines for good trade. CETA is like a lighthouse for these guidelines, for many who are searching for wealth and trade. Please do not switch off this light. Vote for CETA.

Charles Tannock, *rapporteur*. – Mr President, Canada enjoys one of the closest possible relationships with the European Union. It is a country that shares a common culture – ‘*c’est un pays bilingue*’ – with two EU languages as national languages, and that has a healthy respect for democracy and the rule of law. That we are set to ratify the Strategic Partnership Agreement (SPA) and Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) later today demonstrates the value that we in the European Union place on that strong, traditional and lengthy relationship.

Canada, with its similar levels of GDP per capita, as an advanced economy and a NATO Member State further cements ties and mutual interests. For example, there are two extracts from the SPA that, to my mind, sum up exactly what this is all about and what it stands for. The first reads, ‘The Parties shall implement this Agreement based on shared values, the principles of dialogue, mutual respect, equal partnership, multilateralism, consensus and respect for international law.’ The second extract reads, ‘Recognising that sustainable globalisation and greater prosperity can only be achieved through an open world economy based on market principles, effective regulations and strong global institutions [...]’. I think these two passages sum it all up, illustrating exactly what the SPA and CETA are all about, namely ambitious, free-trade, liberal multilateralism. These are the values that they seek to embody and defend, at a time when they need defending more than at any other time in the European Union’s recent history.

Whilst my main area of concern, as *rapporteur*, is the SPA, it is important that we consider this alongside CETA and the wider international political climate in which we now find ourselves. Whether we look to the election of President Donald Trump in the United States or, in my personal view, the regrettable decision of my country, the United Kingdom, to leave the European Union, or the rise of populist, protectionist parties across Europe, it is clear that the merits of free trade, multilateralism and the liberal international world order are, unfortunately, being questioned by many, and we must stand up and fight for them. Such questions can be answered only by concrete results. This means increasing trade, creating economic growth, providing jobs and creating a safe and secure world.

The SPA and CETA will, hopefully, do exactly these things, and I can illustrate what can be achieved by defending these values that they are based on. To focus on some of the main headlines of the SPA in the areas where coordination of efforts is envisaged, I will take a few areas of particular interest. Preventing nuclear proliferation; ensuring the effective working of the International Criminal Court, now increasingly challenged; strengthening counterterrorism efforts and combating the financing of international terrorism; enforcing consumer protection; fighting the trade in illicit drugs; tackling cybercrime; and discussing the High North Arctic Strategy, increasingly threatened by an expansionist Russia – these are just a few examples of what is envisaged in the SPA.

Much of what we see in the SPA is, in fact, the development of long-standing links and coordination. I am proud to say that 2017 marks the 40th anniversary of the initial political agreement between Canada and the European Union, all the way back to 1977, a testament to the long and enduring links between the two sides. It was only a year later that, as a student, I found myself living for several months, in 1978, in Canada and appreciating at first hand the strong bonds and common culture that bind us together.

Existing cooperation between Canada and the EU and its Member States spans a number of key policy areas: for example, the Europol Agreement, active since 2005, which provides a valuable vehicle for the sharing of data and information in the fight against international crime and terrorism; Canada's consistent military contributions to the common security and defence policy of the European Union; and our frequent meetings with Canadian parliamentarians when they participate in joint electoral observation missions with the OSCE and NATO parliamentary assemblies. Furthermore, the visa liberalisation agreement, in place since 2015, will now be completed and extended to the entire European Union, as agreed.

Trump's attitude to NATO and to the North American Free Trade Agreement (NAFTA) will also bind Canada closer to the European Union on both defence and commercial policies. The EU already enjoys close political and trade relations with Mexico, making it a reliable ally against any US attempts to undermine NAFTA. Although the United Kingdom is, unfortunately, leaving the European Union, Malta and Cyprus will still provide an important Commonwealth link.

To conclude, the SPA comes at a time of increasing scepticism about free trade and multilateralism among certain elements of the political class and voters. I believe that the strong relationship and record of cooperation between the European Union and Canada can therefore be a much-needed poster child for those values at this critical time, and that the benefits and prosperity brought by increased trade and cooperation fostered by these agreements are in both Europe's and Canada's interest.

(Applause)

Presidente. – Come sapete, le regole sono sempre uguali per tutti. Se sono flessibile in occasione di certi dibattiti nei confronti di alcuni parlamentari, lo sono anche nei confronti degli altri. È sempre stato così e così sarà anche oggi. Vi prego certamente di non abusare della flessibilità.

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, first of all I would like to extend my deepest sympathy to the Canadian people for the terror attack they suffered two weeks ago.

Je suis québécoise, nous sommes tous québécois.

With Canada, we share the democratic values of openness and tolerance. We cooperate in tackling common challenges such as migration, sustainable development, climate change and terrorism. The two agreements that we are discussing here today – the free trade agreement (CETA) and the Strategic Partnership Agreement – together offer an opportunity to upgrade our EU-Canada relationship. Those agreements strengthen both our economic relations and our geopolitical alliance, reflecting our partnership, which is both unique and distinctive, making that partnership deeper and more powerful, reaffirming our fundamental values and political principles and using them to shape globalisation, with an institutional framework that allows for deeper exchange, to help each side serve its citizens in the 21st Century.

CETA will benefit EU citizens and business. Exports to Canada today support around 900 000 European jobs. But the 70 000, or perhaps a little more, EU companies who export to Canada face many obstacles. These obstacles are particularly burdensome for small and medium-size companies, which make up about 80% of the total. CETA helps those companies in many ways. It removes almost all tariffs from day one. Exporters stand to save over EUR 500 million a year, and that is a lot of money, especially for the small companies. It also cuts red tape, the lengthy customs and duplicative certification procedures which small businesses can ill afford. It opens up markets in services and public procurement on all levels, and it protects over 140 of the most traded geographical indications, helping European farmers sell more of their high-quality products in Canada. Trade policy is about opening markets, but it is also about our values, so CETA is a progressive agreement with a progressive partner, upholding our standards and protecting our sensitivities. Nothing in this agreement undermines a government's right to regulate in the public interest; nothing in this agreement affects the safety of food we eat or the products we buy; nothing prevents governments from providing public services or bringing these services back to the public domain if they have been privatised; nothing requires privatisation of water or healthcare, and nothing changes the prerogative of EU lawmakers to set EU rules under EU procedures. In particular, decision-making in the CETA joint committee cannot circumvent or derogate from EU Treaty requirements, particularly the role of the EU institutions in making policy. CETA will not change food safety standards or any other EU requirements; only the EU institutions can do that, and Member States may also adopt relevant legislation for that. The Commission will fully abide by EU internal processes, as defined by the Treaties, before taking any position in the CETA committee, and there can be no doubt that the role of this Parliament will be both fully respected and your contribution is also welcomed.

I know this Parliament has concerns and had concerns about the private ad hoc arbitration known as the Investor-State Dispute Resolution (ISDS), so we have reformed it. Your role here has been critical in shaping the new investment court system. This new system guarantees a government's right to regulate; it uses public courts, qualified judges, transparent proceedings, an appeal mechanism and a strict code of ethics, and this Parliament will be involved in selecting its tribunal members, similar to its involvement for ECJ judges. As you know, with Canada we are right now working on the international scene to promote the idea of a multilateral investment court.

CETA is a modern, new kind of agreement, promoting our values of free, fair and sustainable trade. Canada and the EU pledge to effectively implement major international agreements on labour and the environment. These provisions are ambitious, but they are also binding and legally enforceable, and they are having an effect: Canada is on the path to ratify the last outstanding core labour convention on collective bargaining. The agreement contains a mechanism to review these provisions, notably on enforcement, and I commit, as I have written to you in letters, to set in motion this review mechanism soon after CETA is provisionally applied. To feed into this review, I intend to open a broad and inclusive debate on sustainable development provisions in our free trade agreements, involving all stakeholders, including of course this Parliament.

The Strategic Partnership Agreement accompanies and complements CETA, reinforcing our partnership, deepening contacts and coordination in areas like foreign security and defence policy, migration, counterterrorism, human rights, sustainable development and climate change – areas where we can work, and where we are already working together, to make life better for our citizens and promote a progressive international agenda rooted in our principles.

Honourable Members, we are at a time where many stand against what the EU stands for – openness, international cooperation, freedom to trade, etc. – and those who oppose those principles often also question the foundation and the future of the EU itself. Against those trends, we have the chance to work with like-minded partners to show that protectionism does not work: that putting up barriers and building walls is not the answer. Good, efficient fair trade agreements with like-minded partners are the answer, and we have this opportunity today by consenting to the two agreements.

I would like to end by thanking the rapporteur, Mr Pabriks, and of course Mr Tannock on the Strategic Partnership Agreement, the shadows, and many more who have worked for a long time on this agreement. I am looking forward to the debate, and hopefully a successful vote. Thank you very much.

Charles Tannock, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs*. – Mr President, as I have already mentioned, the Strategic Partnership Agreement (SPA) will have an important role within security. We saw attempts for the Passenger Name Record Agreement to go before this Parliament, and it was referred to the ECJ. I hope that eventually comes to fruition. There is also the creation of a Joint Ministerial Council and Joint Consultative Council for the first time, which will enable senior policymakers on both sides of the Atlantic to exchange ideas. On how to mitigate the effects of climate change, Canada and the European Union will have to look at this very carefully, particularly with the risk of the melting of the ice sheets in the High North and the increased migratory pressures from Sub-Saharan Africa

impacting on the EU with climate change, a very important common shared challenge. President Trump's repeated threats to pull America out of the Paris climate change agreement means an additional threat to global stability which the EU, together with Canada, will have to face together.

Lastly, the SPA and CETA will become the model for the European Union to conduct future advanced close trade and political relations with third-country partners, including, in all probability, the so-called bespoke deal with the European Union currently envisaged with the UK and the British Government after Brexit. So let us hope that this is a successful model, so that the UK itself can negotiate something similar after Brexit.

Georgi Pirinski, *rapporteur for the opinion of the Committee on Employment and Social Affairs*. – Mr President, the Committee on Employment and Social Affairs in its opinion of 8 December last, stressed that decent job creation, balanced wage increases and expanded entrepreneurship possibilities must be the defining criteria for giving consent for the conclusion of CETA. The Committee found, however, that the agreement seriously fails and falls short on all three scores.

Real world models and assessments indicate no more than a 0.018% increase in overall EU employment over six to ten years, with significant sectoral dislocations and increases in long-term unemployment. Income gaps are projected to widen between skilled and unskilled workers. There is no single chapter with specific measures in favour of SMEs, and finally, the privileged status of investors under the Investment Court System stands in stark contrast to the mere consultations envisaged for protecting labour interests and rights.

Hence the Committee's recommendation to Parliament is to decline to give its consent for the conclusion of CETA.

(Applause)

Bart Staes, *Rapporteur voor advies van de Commissie milieubeheer, volksgezondheid en voedselveiligheid*. – De Commissie milieu, volksgezondheid en voedselveiligheid adviseert met een grote meerderheid om CETA goed te keuren. Als rapporteur probeerde ik op een eerlijke, maar kritische manier CETA te evalueren. Ik nam daarbij als uitgangspunt onze resolutie van april 2015 over TTIP. En mijn inziens voldoet CETA op vier voorwaarden niet.

Eén, er is geen expliciete vermelding voor het voorzorgsbeginsel. Twee, de regelgevende samenwerking, die weliswaar vrijwillig is, is niet beperkt tot welbepaalde sectoren waar de EU en Canada een gelijk beschermingsniveau hebben. Drie, CETA bevat bepalingen over publieke en sociale diensten die de beslissingsruimte van de lidstaten aantasten. Vier, CETA bevat bepalingen die onze ggo-wetgeving op termijn ondermijnt.

Daarenboven is er het ICS-arbitragemechanisme, dat zorgt voor een parallelle jurisdictie voor buitenlandse investeerders, waarbij de soevereiniteit van lidstaten wordt aangetast. Verder uitte ik als rapporteur bezorgdheid over de bepalingen inzake chemischmiddelenwetgeving, de negatieve lijst inzake publieke en sociale diensten, de ondermijning van de standaarden inzake pesticidenresidus, de regelgeving inzake hormoonverstoorders, de bedreiging van de riek-tot-vorkaant-pak in de voedselveiligheid en de kwalijke bepalingen met invloed op ons klimaat- en energiebeleid.

Een overgrote meerderheid van collega's in de ENVI-Commissie had daar geen oren naar, ondanks de bezwaren van miljoenen burgers. Ik moet u dus als rapporteur aanbevelen CETA goed te keuren, zelf zal ik wellicht tegenstemmen.

Presidente. – Oggi è un dibattito particolarmente delicato. Tutti avranno la possibilità di esprimere le proprie idee e le proprie posizioni. Quindi vi prego di rispettare da una parte e dall'altra gli oratori che sostengono tesi differenti dalle vostre. Non tocca al Presidente decidere quale deve essere la posizione del Parlamento, sarà l'Aula sovrana, oggi durante il voto, a decidere quale sarà la posizione del Parlamento.

Passiamo ora agli interventi a nome dei gruppi. Il primo è quello dell'on. Weber per il Partito popolare europeo.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir spüren schon in den ersten Minuten, um was es heute geht. Es geht um die Diskussion zwischen Gefühlen, zwischen Angstmachen und zwischen Fakten. Wir werden nachher der Kollegin Le Pen zuhören –

(Zwischenrufe)

jeder darf hier seine Meinung sagen, und jeder darf zuhören, okay?

Wenn nachher die Kollegin Le Pen das Wort ergreifen wird, dann wird sie Angst machen vor Handel. Sie wird sagen, dass sie Kanada ablehnt. Sie wird sagen, dass sie Australien ablehnt. Sie wird sagen, dass sie Neuseeland ablehnt. Sie will eine komplette Abschottung Frankreichs herbeiführen, und sie macht den Menschen Angst – den Bauern, den Arbeitnehmern, so, wie wir das erlebt haben. Ich sage dazu: Diese Modelle gab es ja bereits. In Europa gab es bereits Länder, die sich komplett abgeschottet haben, beispielsweise Albanien unter einem Diktator, der komplett alle Grenzen aufgebaut hat. Le Pen will aus Frankreich ein großes Albanien machen, das nicht in die Zukunft geführt wird, sondern das sich abschotten will.

Wir als EVP-Fraktion glauben an die Fakten, wir glauben an Fakten. Und wenn wir zum Beispiel auf Südkorea blicken, das letzte Abkommen, das wir vor fünf Jahren abgeschlossen haben – liebe Kollegin Le Pen und liebe Kollegen –, hat zu einer Exportsteigerung von 55 % geführt, 17 Mrd. EUR wurden mehr exportiert, das hat 14 000 neue Jobs geschaffen. Insgesamt 30 Millionen Jobs in Europa hängen vom Export ab. Das sind Fakten. Da kann man natürlich Emotionen dagegensetzen. Wir als EVP glauben weiter an die Fakten.

Ich bedanke mich bei der Kommissarin Malmström für ihre engagierte Arbeit. Das ist ein tolles Abkommen, das Sie uns heute vorgelegt haben. Dank der Bürgerbeteiligung, der Verbraucherschutzverbände und der Gewerkschaften ist es gelungen, die Sorgen aufzunehmen und viele Sorgen auch zu entkräften. Und ich muss auch deutlich machen: Mit wem sollen wir denn überhaupt noch Gespräche führen können, wenn wir nicht mit Kanada, einem hochentwickelten demokratischen, partnerschaftlichen Land, Gespräche führen und diese Gespräche auch entsprechend abschließen können?

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss leider auch etwas parteipolitisch werden in der Debatte, weil wir natürlich wissen müssen, wer dieses Parlament führt und wer in die Zukunft dieses Kontinents führt. Und Gianni, da muss ich leider Gottes feststellen, dass die sozialdemokratische Fraktion zutiefst gespalten ist. Die sozialdemokratische Fraktion kann keine Orientierung geben, wie es in Europa weitergeht. Die Hälfte ist für CETA, die andere Hälfte ist gegen CETA. Und die Grünen müssen sich ganz kritisch die Frage stellen lassen, ob sie denn in guter Gesellschaft sind, wenn sie mit Le Pen und den Kommunisten gleichzeitig gegen CETA Stimmung machen. Diese Frage muss man stellen dürfen. Ich glaube, dass die Grünen und die Verbraucherschutzverbände viele wichtige Debatten geführt haben, aber jetzt sollten sie auch anerkennen, dass wir auf einem guten Weg sind und dass das Abkommen ein gutes Abkommen ist.

Zu guter Letzt zwei kurze Punkte. Das eine ist der Entscheidungsprozess. Ich glaube, wir müssen feststellen, wenn wir uns CETA vergegenwärtigen, dass wir zukünftig klare Zuständigkeiten in Europa brauchen. Die Diskussion um die Wallonie – wir als EVP respektieren jedes Parlament in Europa, uns sind Föderalismus und Regionalität wichtig. Aber wir brauchen Zuständigkeiten, die klar sind in der Zukunft, damit die Menschen wissen, wenn Europa Freihandel diskutiert, dann muss das Europäische Parlament der Ort sein, wo über CETA zukünftig final und einzig und allein abgestimmt wird.

Zu guter Letzt: Das ganz große Bild ist, dass wir Donald Trump haben. Und Donald Trump hat TPP gekündigt. Er will Mauern bauen. Und wir als Europäer wollen an diesem Tag, mit dieser Abstimmung heute deutlich machen, dass wir nicht Mauern aufbauen wollen, sondern wir wollen Brücken bauen, wir wollen Partnerschaft. Und deswegen wird meine Fraktion für CETA stimmen.

(Beifall und Buhrufe)

Presidente. – Durante gli interventi dei rappresentanti dei gruppi non concederò «blue card», perché ripeto che è un dibattito delicato e invito tutti quanti a rispettare le idee degli altri. Ogni gruppo avrà facoltà di esprimere le proprie idee e le proprie posizioni. Questa è la democrazia e quindi vi prego di rispettare i vostri colleghi, anche se esprimono idee differenti dalle vostre.

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, ho ascoltato toni trionfalistici che non condivido. E ho ascoltato, da ultimo, provocazioni del collega Weber, che non sono rispettose del dibattito libero, franco e serrato che c'è stato nel gruppo dei Socialisti e dei Democratici. Il mio gruppo chiede rispetto. Noi non siamo una caserma e non lo saremo mai.

Voglio dire subito che per noi Socialisti e Democratici il CETA non è un modello, ma è solo l'inizio di un cambio nella politica commerciale europea. C'è chi pensa che ciò che sta accadendo nel mondo non debba condizionare e influenzare le nostre riflessioni, che si possa andare avanti mettendo la testa sotto la sabbia. Noi non siamo tra costoro. Trump non è Obama, e noi dobbiamo riflettere su ciò che sta avvenendo. Trump ha approfittato di una visione ingenua della globalizzazione. Gli accordi commerciali sono pensati solo per interessi di grandi imprese. Contro questa visione della globalizzazione i nostri elettori si stanno rivoltando.

Noi sosteniamo il CETA in quanto parte di una presa di coscienza che serve una nuova politica commerciale. Ci va dato atto che in questi mesi ci siamo impegnati per migliorare il CETA e anche grazie al nostro lavoro oggi abbiamo un accordo migliore del passato. Abbiamo superato l'ISDS che, se non modificato, sarebbe stato il cavallo di Troia con cui le multinazionali avrebbero insidiato i nostri sistemi giuridici. Al suo posto ora c'è un meccanismo con un appello, con giudici al di sopra di qualsiasi conflitto d'interessi, ed è anche grazie al nostro lavoro di Socialisti se i servizi pubblici non saranno toccati, così come i diritti dei lavoratori.

Questi miglioramenti li abbiamo potuti ottenere anche grazie al lavoro della Commissaria e soprattutto grazie a un partner, il Canada, a cui ci legano valori e speranze comuni, un paese con cui condividiamo l'ambizione di costruire un nuovo sistema multilaterale più democratico, una globalizzazione positiva diversa da quella perseguita sino ad ora. Ringrazio il Premier Trudeau, che sappiamo essere con noi in questa battaglia contro i virus del populismo e dell'isolazionismo.

Questo accordo è per noi l'inizio, ma occorre una più ampia e limpida agenda progressista del commercio internazionale, sulla base della quale noi valuteremo gli accordi futuri, a partire da quello tra Unione europea e Giappone. Noi non daremo più il nostro voto se non ci sarà una nuova agenda progressista sulla politica commerciale e non tolleremo mai più che ci siano strumenti di risoluzione delle controversie simili all'ISDS. Vogliamo maggiore trasparenza nei negoziati e vogliamo che l'adesione agli standard più avanzati in materia di diritti dei lavoratori diventi la norma. Insomma, il nostro sostegno non è un voto per conservare, ma un voto per cambiare. È un modo per ascoltare le preoccupazioni dei nostri cittadini. Vogliamo cambiare questa globalizzazione, non vogliamo subirla.

Syed Kamall, on behalf of the ECR Group. – Mr President, what is the Canada-EU Trade Agreement (CETA) really about? It is about new jobs created by Polish fruit exporters or Italian tie makers facing lower barriers to selling their products in Canada, it is about cheaper prices and more choice for consumers, and it is about allowing our small businesses to bid for public procurement contracts in Canada. My ECR Group supports CETA and other trade agreements because international trade is between willing sellers in one country and willing buyers in another country.

Opponents of international trade will often highlight the losses, but they fail to point to the often larger gains which are dispersed across a nation or across international borders. I am not saying that we should ignore these legitimate concerns. We should encourage lifelong learning programmes for workers in declining companies and sectors to retrain for new roles in the face of globalisation and new technology. We should address the concerns of both Canadians and citizens of EU countries who accuse each other of having lower environmental and labour standards. Both cannot be right. And we should also remind the anti-capitalists over there, and the anti-globalisation movement over here, that they are in fact the true friends of the multinationals, for it is often the multinationals with their armies of lawyers and lobbyists who call for, or shape, the regulatory barriers which keep smaller businesses confined to their local markets.

(Applause)

So the ECR Group will vote for CETA, as an opportunity to show the world that the EU is open for business, an opportunity for small businesses to create more jobs and opportunities for everyone, not just a privileged few or the large multinationals, to benefit from open trade. We support CETA.

Marietje Schaake, *namens de ALDE-Fractie*. – Met ons debat vandaag besluiten we zeven jaar hard werken en onderhandelen voor een resultaat waar we trots op mogen zijn. We hebben banen en groei nodig en CETA levert kansen voor Europese bedrijven door markttoegang. We wilden garanties dat hoge standaarden milieu, mens en consument beschermen en we kregen die. We drongen aan op drastische hervorming van investeringsbeschermingen en we zien dat een nieuw model veel beter werkt en dat Canada dit integraal omarmde. We realiseerden een einde aan bureaucratische rompslomp voor kleine, maar ook grote bedrijven. We hebben ingezoomd op elk detail om de vele vragen, verzoeken, zorgen en wensen van maatschappelijke organisaties, van bedrijven, experts en burgers recht te doen.

Maar laten we ook uitzoomen en de context waarin we vandaag stemmen helder voor ogen houden. Met president Trump in het Witte Huis wordt een duidelijke Amerikaanse koerswijziging ingezet en leiderschap voor open economieën, open samenlevingen en een sterk multilateraal systeem moet nu vanuit ons in Europa komen. Té veel grote machten zouden liever zien dat globalisering en handel kan zonder eerlijke standaarden of eerlijke concurrentie of respect voor mens en milieu. Maar juist nu moeten wij dit moment aangrijpen om door te werken aan een ambitieuze handelsagenda, diepgeworteld in de waarden die we allemaal koesteren.

We kunnen ons geen betere partner voorstellen dan de Canadezen, het meest Europese land buiten de Unie, zeker onder leiding van premier Trudeau. Terwijl wij Canada bezochten met de internationale handelscommissie, werd Brussel getroffen door de walgelijke terroristische aanslagen en ik zal de massale steun van de Canadezen nooit vergeten. Hele ijshockeystadions vol. Dit bevestigt slechts dat onze bondgenootschap niet alleen diep in de geschiedenis verankerd is, maar vandaag nog zeer persoonlijk ervaren wordt en zeker toekomstbestendig is.

Ik wil tot slot benadrukken hoezeer CETA een liberaal succes is, maar ik wil iedereen die zijn of haar nek uitstak en aan dit verdrag werkte, vaak tegen de stroom in, daarvoor bedanken: commissaris Malmström van de Commissie, maar ook alle Canadezen voor het geduld dat ze hebben moeten opbrengen in deze zeven jaren hard werken. Maar het resultaat mag er zijn.

Anne-Marie Mineur, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Dit zijn een paar handtekeningen van de 3,5 miljoen mensen die zich verzetten tegen CETA en dat is maar een deel van de miljoenen mensen die hebben gedemonstreerd tegen CETA. En dan heb ik het nog niet over de 150 000 mensen die bezwaar hebben gemaakt tegen elke vorm van arbitrage en de ruim 2000 gemeenten en regio's die zich CETA- en TTIP-vrij hebben verklaard.

Niemand heeft ook maar één onvriendelijk woord gericht tegen Canada. Maar met vrienden maak je niet een dergelijk slecht verdrag, gebaseerd op wantrouwen en ten koste van heel veel mensen. Ik maak me oprecht grote zorgen over dit verdrag. Het is een verdrag dat ervan uitgaat dat elke regel die de handel beperkt een verkeerde regel is, die geschrapt moet worden en daardoor staan de regels voor voedselveiligheid onder druk. Onze volksgezondheid wordt bedreigd, milieubescherming staat op de helling en ook onze autonomie op het gebied van regelgeving staan onder druk. We leveren ons uit aan multinationals. Daarmee verzwakken we niet alleen onze rechtsstaat, we zetten ook onze democratie op het spel.

Dat is niet alleen mijn mening. Het is ook wat we hebben gehoord van rechters, juristen en advocaten, van vakbonden, consumentenorganisaties en belangenvereniging voor het midden- en kleinbedrijf, van boeren, natuurbeschermers en milieuorganisaties, van ngo's, die onderzoek hebben gedaan naar geldstromen, naar transparantie en ontwikkelingssamenwerking. CETA is een bedreiging voor ons allemaal en ik begrijp de liberalen niet dat ze de democratie en de rechtsstaat laten ondergraven. Ik snap de EPP niet dat ze de boeren en het midden- en kleinbedrijf laat verkommen. En ik snap al helemaal de sociaal-democraten niet, die niet opstaan tegen dit soort verdragen, die geen enkele garantie bieden op succes, die veel risico's opleveren en waar bovendien nog tientallen open vragen bij zijn. CETA is een slecht verdrag. Het is alleen maar goed voor multinationals en daar zijn wij niet door verkozen. Wij zijn verkozen door de miljoenen mensen die ons vragen hun belangen te verdedigen. *People before profit*. Stop CETA.

Yannick Jadot, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, il y aurait donc les gentils Canadiens avec qui nous allons avoir l'accord le plus beau que l'Europe n'ait jamais signé. Mieux, grand hasard de l'histoire, nous signons cet accord alors qu'un dirigeant xénophobe, raciste et sexiste dirige les États-Unis. Je voudrais vous rappeler, Monsieur Weber, que M. Trump est un conservateur élu par les Républicains, il fait donc partie de votre famille politique à l'échelle internationale.

De l'autre côté, il y aurait les salariés et leurs syndicats, les consommateurs et leurs organisations, la société civile et ses millions de personnes qui ont signé des pétitions. Il y aurait les PME et il y aurait ces parlementaires inaptes au bonheur que vous leur proposez, rabougris sur eux-mêmes, repliés sur le vieux monde et l'espace ancien. Mais avez-vous oublié qui a négocié cet accord? C'est M. Harper, climato-sceptique, qui aujourd'hui conseille les multinationales; c'est M. - Barroso, ancien président de la Commission européenne, qui aujourd'hui conseille Goldman Sachs; c'est M. De Gucht, ancien commissaire au commerce, qui aujourd'hui conseille les multinationales.

L'aboutissement de ce processus de dérégulation et de privatisation de la norme, c'est justement le gouvernement de M. Trump, où ce ne sont pas les commissaires et les anciens Premiers ministres qui passent vers les multinationales, mais les multinationales qui sont au gouvernement Trump.

Nous sommes dans un moment trop précieux et trop rare de notre histoire, pour ne pas regarder ce qui justifie et explique les Brexit, ce qui explique les Trump... C'est la mondialisation que vous construisez qui explique en partie cela. Vous alimentez le feu dont se nourrissent les extrêmes droites pour dire à quel point la globalisation, l'autre, la différence, c'est toujours mal. Il faut absolument construire, Madame la Commissaire, une globalisation de la régulation si nous ne voulons pas que l'Europe continue à se disloquer. Si nous ne voulons pas des Brexit, si nous ne voulons pas plus de Trump, plus d'extrême droite, il nous faut faire de l'Europe le pilier de la régulation publique de la mondialisation. Cela veut dire des droits humains, des droits sociaux et l'environnement au-dessus des droits commerciaux et de l'investissement.

Le TAFTA et le CETA, c'est exactement l'inverse. Vous nous dites que vous protégez les emplois: vous-même, dans l'audition de la commission du commerce international et celle de l'emploi et des affaires sociales, vous avez dit «on ne sait pas si cela va créer de l'emploi». La seule étude qui existe table sur moins de 100 000 emplois en Europe. Vous prétendez défendre le climat avec M. Trudeau. Or, M. Trudeau, il y a deux jours, était avec Donald Trump pour remettre en service le projet de pipeline Keystone XL, que Barack Obama avait supprimé parce qu'il considérait qu'il était «climaticide». C'est votre Commission, Madame, qui refuse de légiférer et de réglementer les perturbateurs endocriniens pour protéger la santé.

Alors, oui, nous voulons un partenariat avec les Canadiens, avec les Américains, avec tous les autres, mais sur le climat, sur les droits sociaux, sur la lutte contre les paradis fiscaux, sur la supervision bancaire, et de tout cela, il n'y a rien dans ces accords! Défendons la démocratie, défendons la souveraineté démocratique, défendons la souveraineté juridique européenne, défendons un grand projet de l'Europe pour contrer une mondialisation de dérégulation, une mondialisation qui concentre les pouvoirs dans les mains de quelques multinationales et de quelques multimilliardaires. Faisons autre chose de l'Europe, sinon elle se disloquera, c'est ce à quoi vous contribuez aujourd'hui.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, il CETA non è un trattato di libero scambio, è una riforma istituzionale occulta, concepita in stanze segrete da tecnocrati non eletti e camuffata da trattato internazionale.

Da tre anni il Movimento 5 Stelle prova a mettervi in guardia, ma non è servito a nulla. Non è servito dirvi che il CETA porterà una crescita irrisoria dello 0,01 % all'anno, che farà perdere il lavoro a 200 000 europei, che porterà a una contrazione dei salari reali tra i 300 e i 1 300 EUR. Non è valso a nulla ricordarvi che le importazioni di grano, carne o mais cresceranno vertiginosamente di tre, quattro, sette volte, o che un'azienda agricola canadese è venti volte più grande di una europea, con buona pace dei nostri piccoli agricoltori.

Signora Commissaria, dopo il voto di oggi il CETA entrerà nella vita dei nostri cittadini. Gli europei se lo troveranno a tavola. Una colossale fregatura, visto che in Canada l'81 % del mais e l'80 % del grano sono OGM, la carne contiene ractopamina e altre sostanze attualmente vietate in Europa, ma che in futuro sarà facilissimo rendere legali grazie al CETA.

Se ufficialmente il CETA promette di non fare entrare gli OGM, in realtà passeranno tutti dalla porta sul retro, perché il trattato incorpora lo stesso grimaldello già usato con successo dalle *corporation* americane per attaccare il blocco europeo alla carne con gli ormoni, cioè le pericolosissime norme sanitarie dell'Organizzazione mondiale del commercio.

In più acqua, sanità e servizi che oggi sono pubblici saranno sottoposti a un'ondata di privatizzazioni e liberalizzazioni irreversibili e nessuno potrà opporsi perché il CETA istituirà un tribunale sovranazionale con il potere di condannare gli Stati che oseranno mettere i bastoni fra le ruote delle *corporation* e dei loro profitti. Una vergognosa giustizia privata a cui avranno accesso anche tre quarti delle imprese americane che operano in Europa, triangolando le azioni legali tramite le loro filiali in Canada.

Ma soprattutto il CETA è un assegno in bianco. Colleghi, forse credete di sapere cosa state per firmare ma non è così. Il CETA crea un organismo tecnocratico e non eletto che potrà interpretare a piacimento i protocolli del trattato, e non si tratta di poche pagine ma del 75 % delle 1 500 pagine che lo compongono, alcune delle quali sono state lasciate volutamente in bianco. Tutto questo senza nessun, ripeto nessun, controllo democratico.

Per questo, colleghi, ve lo dico un'altra volta: il CETA non è un trattato, non è un accordo, ma è un colpo di Stato silenzioso, è una riforma istituzionale travestita da trattato e noi dobbiamo fermarlo.

Marine Le Pen, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, après sept ans de négociation, ce traité entre l'Union européenne et le Canada, frère jumeau du traité transatlantique, va être refusé ou accepté par ce Parlement.

Le traité CETA a été soigneusement caché à tous les citoyens. Il n'a presque jamais été discuté devant les grandes instances de débat que sont les médias car aucun de vous ne veut ni ne peut le défendre publiquement. Ah! Voter, caché dans l'ombre, vous aimez bien cela, mais débattre en pleine lumière, vous détestez! Pire, les députés du parti socialiste, qui sont souvent d'une grande indulgence sur le CETA devant ce Parlement, font semblant de s'y opposer dans quelques médias confidentiels. Les UMP français ont tous voté pour le CETA en commission mais s'y disent opposés lorsqu'on les questionne.

Quand les peuples comprendront tous ces mensonges, ils ne vous feront plus jamais confiance. Voilà pourquoi ce traité est un traité scélérat vis-à-vis des peuples européens. Il supprime la quasi-totalité des droits de douane sur les produits échangés entre l'Union européenne et le Canada et détruira, une fois de plus, des centaines de milliers d'emplois en Europe, des dizaines de milliers en France. L'agriculture et l'élevage, déjà laminés par tous les traités de libre-échange que vous avez déjà signés, continueront leur descente aux enfers. Nos éleveurs, mis en concurrence avec des éleveurs canadiens 35 % moins chers, risquent de fermer le rideau en masse.

Je vous le demande solennellement: n'avez-vous pas honte de détruire ainsi ceux qui vous nourrissent?

Pour aplanir le terrain de jeu des multinationales, vous bradez notre droit à réglementer et alignez les normes avec celles du Canada, interdisant ainsi à nos citoyens la protection qu'ils attendent de leurs représentants politiques. Malheureusement pour eux, les profits des multinationales vous intéressent plus que la protection des citoyens et de l'environnement.

Les différents comités que vous mettez en place comme ces mécanismes de coopération réglementaires obscurs sont de nature supranationale, ne sont contrôlés par personne, tant et si bien que de grands juristes français se posent la question de leur constitutionnalité.

Pour parachever le tout, vous créez une justice privée d'exception pour permettre aux multinationales d'attaquer les États afin que plus aucune réglementation ne déplaie à ces nouveaux seigneurs des temps modernes.

Ceux qui rendront justice dans ce tribunal ne sont pas des juges, fonctionnaires publics neutres, ce seront le plus souvent des avocats d'affaires en droit international, en conflit d'intérêts car ayant touché des honoraires de ces mêmes multinationales ou de leurs consœurs.

Enfin, les services publics si importants pour les classes moyennes et populaires devront fonctionner dans une logique purement marchande, à l'exception de quelques services régaliens.

Voilà le tableau désastreux du traité CETA. Si ce traité est voté dans quelques heures, cela démontrera, une fois de plus, à tous les Européens votre incapacité à les défendre et l'importance cruciale pour chaque peuple de retrouver sa souveraineté, sa capacité à décider librement de son avenir.

La seule chose rassurante est que le peuple français aura une possibilité pour revenir sur ce traité et tous les autres traités scélérats, avec l'élection présidentielle de mai 2017, tant il est vrai que c'est aux nations de négocier leur politique commerciale et non à une structure non élue qui ne représente que ses propres intérêts et non ceux des peuples.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η CETA υπηρετεί τα συμφέροντα των μονοπωλίων και αποτελεί σχέδιο ενιαίας αγοράς για την παραπέρα αύξηση των καπιταλιστικών κερδών, με σημαντικές γεωπολιτικές προεκτάσεις. Οι μεγάλοι επιχειρηματικοί όμιλοι της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Καναδά επιδιώκουν να αποκτήσουν προβάδισμα κερδοφορίας σε βάρος των ανταγωνιστών τους. Σημαντικό ρόλο σε αυτούς τους ανταγωνισμούς παίζουν ιδιαίτερα οι όμιλοι των Ηνωμένων Πολιτειών, με την ισχυρή θέση που έχουν στον Καναδά. Η CETA ανοίγει τον δρόμο για την αμφισβήτηση και την κατάργηση όποιων εργατικών δικαιωμάτων έχουν απομείνει ακόμα όρθια, με μαζικές απολύσεις και στις δύο πλευρές του Ατλαντικού. Στο όνομα της προστασίας των επενδύσεων και της επιχειρηματικότητας, κατοχυρώνεται η μέγιστη δυνατή ελευθερία κίνησης κεφαλαίων, εμπορευμάτων και υπηρεσιών, συνθλιβοντας, μεταξύ άλλων, τους μικρομεσαίους αγροτοκτηνοτρόφους, καταργώντας στοιχειώδεις περιβαλλοντικούς κανονισμούς και όποια ελάχιστα επίπεδα ασφάλειας στα τρόφιμα και στην προστασία του περιβάλλοντος προβλέπονταν ακόμη μέχρι σήμερα. Αίρονται και τα τελευταία εμπόδια για τα μονοπώλια, για την απελευθέρωση κρατικών και άλλων υπηρεσιών, σηματοδοτώντας την ανεμπόδιστη παράδοσή τους στο κεφάλαιο. Η κατά παραγγελία σύσταση επενδυτικών δικαστηρίων στοχεύει να εξασφαλίσει εγγυημένα κέρδη για τα μονοπώλια, όχι μόνο απευθείας από τις επενδύσεις τους, αλλά και μέσω αποζημιώσεων. Σοβαρές είναι οι ευθύνες της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ στην Ελλάδα και μεγάλη η κοροϊδία της, που ενώ έχει συνυπογράψει τη CETA στο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, στελέχη του ΣΥΡΙΖΑ παρουσιάζονται ως διαμαρτυρόμενοι. Το Κομμουνιστικό Κόμμα της Ελλάδας καταψηφίζει την αντιλαϊκή αυτή συμφωνία που δεν επιδέχεται ούτε συστάσεις, ούτε διορθώσεις. Ο αγώνας ενάντια στις συμφωνίες και στα συμφέροντα του κεφαλαίου είναι μέρος της πάλης για την εξάλειψη των αιτιών της καπιταλιστικής εκμετάλλευσης, για την ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Daniel Caspary (PPE). – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Heute ist ein guter Tag für Europa, für Kanada und für die Welt.

Wir gestalten nämlich heute die Welt mit. Warum tun wir das? Wir tun das, weil Globalisierung stattfindet. Wir wollen aber nicht, dass in einem immer enger verflochtenen Umfeld der Reichste, der Größte, der Unfairste entscheidet, wo es langgeht, sondern wir wollen, dass in einer zusammenwachsenden Welt die Macht des Rechts gilt.

Deshalb ist es ein guter Tag für unsere Bürger, für Europa und die Welt, wenn freiheitliche Demokratien in Kanada und Europa Globalisierung gestalten und Völkerrecht setzen.

Wir nehmen aber auch wahr: Viele Menschen haben Sorgen. Sie haben Sorgen um ihre Zukunft. Sie haben Sorge vor den immer schnelleren Veränderungen. Sie haben Sorgen wegen der vielen halbweisen und unwahren Behauptungen, die über dieses Handelsabkommen in die Welt gesetzt werden.

Deshalb möchte ich noch einmal ganz klar sagen, worum es geht und worum es nicht geht: Es geht um Wachstum und Beschäftigung und es geht nicht um niedrigere Umwelt-, Sozial- oder Verbraucherschutzstandards. Es geht um besseren Marktzugang für unsere kleinen und großen Unternehmen und es geht nicht um eine Zwangsprivatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge. Es geht um den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor Benachteiligung im Ausland und es geht nicht um die Beschränkung politischen Entscheidungsspielraums oder die Entmachtung nationaler Gerichte.

Deshalb ist unser Ergebnis als EVP: Wir sagen Ja zu CETA, weil Abschottung auf allen Seiten nur Verlierer produziert. Wir sagen Ja zu CETA, weil wir die Chancen verwirklichen wollen, die vor uns liegen. Wir sagen Ja zu CETA, weil wir der Globalisierung endlich Regeln geben wollen.

In diesen unsicheren Zeiten suchen die Menschen nach Halt und Führung. Es ist Zeit, sie ihnen zu geben, und das CETA-Abkommen ist hier ein guter Baustein.

(Beifall)

Sorin Moisă (S&D). – Madam President, we have reached the final stage of a lengthy and difficult process of exercising democratic scrutiny over the negotiation and approval of CETA. The S&D Group has followed closely, as have many colleagues in this House, the negotiations since before what I would call its first conclusion in September 2014. We have voiced concerns, demanded changes and achieved most of those already on the occasion of what was effectively the second conclusion of the negotiations in February 2016. The most important of these was the removal of the old, toxic, ISDS from the Treaty and its replacement with a public system, the new ICS.

In the past year, we have also contributed to, and closely scrutinised and debated, what became the new CETA package submitted to the European Parliament for consent today. We welcome, as a Group, the fact that many of the citizens' concerns have been addressed through clarifications and commitments from the Commission and the Canadian authorities, through the joint interpretative instrument and the other instruments in the package. CETA is not perfect, far from it, but it is an important step in the right direction: a more progressive trade policy where the benefits are widely spread among all citizens.

The S&D Group has tabled its own consensual resolution which clarifies what we mean by progressive trade agreements by spelling out clearly what we like about CETA, and what we do not like about CETA and expect to be further corrected in CETA where agreed, or in future trade agreements more widely: better provisions on sustainable development and a sanctions-based approach; further improvements to the ICS system and full European Parliament involvement in the designation of judges; better forms to cover the protection of public services; and improved transparency for all trade agreements in future.

The S&D Group has decided to vote in favour of CETA. This is because most of us believe CETA is good for our economy, particularly for SMEs, and it does not threaten our choices, values or laws. But it is also an act of trust and an offer of partnership towards the EU institutions, notably the Commission and the Council, with which we want to work together for a better trade policy, and towards Canada, which is a country that shares our values, our objectives and our hopes for a better future.

David Campbell Bannerman (ECR). – Madam President, today marks a milestone, when the European Parliament votes on, and I earnestly hope approves, the most ambitious, modern and largest trade agreement with a developed nation that the EU has ever concluded. As ECR Group shadow rapporteur on the EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), I have worked for years on this, as have others like my colleague, Charles Tannock, on the parallel Strategic Partnership Agreement.

The CETA trade deal will eliminate 99% of non-agricultural tariffs, saving EU exporters almost EUR 500 million a year immediately, and will deliver near-complete market access both ways. This includes the best-ever services deal and it will also give European companies access to Canadian procurement markets for the first time. In addition, it contains mutual recognition of professional qualifications for midwives, architects, lawyers and doctors, but there is no free movement and no access fees payable either way. It would make a very good template for Britain.

Once fully implemented, the agreement is expected to increase bilateral trade in goods and services between the EU Member States and Canada by 23% or GBP 19 billion. It has, however, taken too long (seven years) to get to this point. Two years were wasted on EU human rights demands, and another two years on the question of investor disputes, with the unacceptable Investor-State Dispute Settlement (ISDS) system being replaced by the better Investment Court system. The EU must reflect on the time it takes to get agreements with any major trading partner negotiated if they are going to be taken seriously in future. If CETA fails, any credibility the EU has in negotiation will be lost, including with Britain, so this is a vital vote from all our perspectives.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Karin Kadenbach (S&D), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Wir haben von Ihnen und auch von Ihren Kollegen von der EPP gehört, dass alle Ihre Überlegungen auf Fakten beruhen.

Ich hätte jetzt einfach nur das Interesse, zu erfahren, welche Fakten untermauern, dass dieses Abkommen mit Kanada, das ja den Handel in beide Richtungen extrem beschleunigen und verstärken wird, im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Klimawandel von Vorteil ist? Wo können wir aus diesem Abkommen ableiten, dass wir zu den CO₂-Emissionsreduktionen in Europa und in Kanada beitragen werden?

David Campbell Bannerman (ECR), *blue-card answer*. – I think the fact, as with all free trade agreements, is that it is better for people on the high street. It actually reduces the cost of food, for example seafood and meat coming from Canada. That is good for the poorest people in Europe. So that is what these free trade agreements are about. It is good for jobs, our ability to sell services to Canada, and to break into provincial government in Canada. It is good for that, and all of this comes without actually selling out in terms of workers' rights, or social or environmental protection. So it is a good deal. For heaven's sake, support it, otherwise we will not get any other deal done by the EU.

(Applause)

Hannu Takkula (ALDE). – Arvoisa puhemies, parlamentti on keskustellut tästä CETA-sopimuksesta jo kuukausia ja voi todeta, että valitettavasti CETA on saanut vähän huonon maineen, kun se on liitetty aina TTIP-sopimukseen ja nähty pelkkänä Troijan hevosena, kun tosiasiaa tämä sopimus on täysin erillinen kokonaisuus.

Kanada ei ole sama asia kuin Yhdysvallat, Kanada on Kanada, tämä on ehkä hyvä muistaa, kun tätä sopimusta käydään läpi. Tämä CETA-sopimus tarjoaa eurooppalaisille pk-yrityksille mahdollisuuden löytää Kanadasta uusia markkinoita ja helpottaa palvelujen kauppaa monilla aloilla.

Tällä hetkellä Euroopan unioni tarvitsee edistysellistä kauppasopimusta, Euroopan unioni tarvitsee globaaleja markkinoita. Me tarvitsemme Kanadan kaltaisia saman mielisiä, samat arvot omaavia kumppaneita. CETAssa nämä asiat yhdistyvät, ja toivon syvästi, että kollegoilta löytyy vielä perinteistä EU-henkistä kauppapolitiikkaa, sitä ajattelua, että me emme ole kallistumassa väärällä tavalla vihervasemmiston mukaan "trumpilaiseen" ajatteluun, vaan me haluamme kehittää ja luoda kaupalle sääntöjä maailmanlaajuisesti ja olla edelläkävijänä maailmankaupan järjestystä luotaessa.

(Puhuja lupasi vastata työjärjestyksen 162 artiklan 8 kohdan mukaiseen sinisen kortin kysymykseen).

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – CETA jest według pana dobre dla małych i średnich przedsiębiorstw, CETA jest dobre dla eksporterów europejskich. Nie wiem, czy pana zdaniem CETA jest złe dla międzynarodowych koncernów? A może warto otwarcie powiedzieć, że to tak naprawdę o ich interesy chodzi, a nie przedsiębiorców w Europie, nie naszych rolników, nie Europejczyków?

President. – I did not get the entire English translation and I gather colleagues had a problem. Was there a problem with the English booth and could we have a translation of the question please?

Could I get some guidance from the booths as to whether they heard the question or do I need to repeat it?

Could you perhaps repeat it briefly, Mr Jurek?

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Mówił Pan o małych i średnich przedsiębiorstwach, które Pana zdaniem mają skorzystać na umowie CETA, o zaletach dla eksportu europejskiego. Dlaczego nie mówił Pan o międzynarodowych koncernach, głównym beneficjencie tego układu? Czy Pana zdaniem międzynarodowe koncerny ulokowane w Kanadzie na tym stracą?

Hannu Takkula (ALDE), *vastaus sinisen kortin kysymykseen*. – Kiitos tästä kysymyksestä, ja toteaisin, että kun aikaa on yksi minuutti, niin kaikkia asioita ei voi tuoda siinä esille.

Mutta toteaisin näin, että suuryritykset, monikansalliset yritykset pärjäävät jo tällä hetkellä. Heillä on omat globaalit verkostonsa, mutta pienet ja keskisuuret yritykset – niiden tarvitsee myös päästä paremmin markkinoille viemään omia tuotteitaan, ja tämä on tällä hetkellä iso ongelma. Heillä ei ole sellaisia varoja tai juristiarmeijaa, että he pääsisivät noille markkinoilla.

Toisaalta niin kuin totesin, työllisyyden kannalta tätä tarvitaan. On hyvä muistaa se, että vapaakauppa luo työpaikkoja. Automatisaatio, robotit ja tekoäly vievät niitä. Me tarvitsemme tervettä vapaakauppaa ja nimenomaan pk-yrityksiin se painopiste.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viel gäbe es zu sagen und ich hätte gerne meine Rede einfach beiseite gelegt, um auf die Argumente, die hier ausgetauscht wurden, einzugehen.

Aber lassen Sie mich bekräftigen: Das Abkommen enthält noch immer – obwohl Sie, Frau Kommissarin, versucht haben, die großen Defizite der Ära De Gucht wegzuverhandeln beziehungsweise die größten Unsicherheitslücken zu schließen –, gravierende Mängel. Die Logik von Sonderrechten für ausländische Investoren bleibt trotz Reformen Ihrerseits am ISDS-System bestehen. Die Aufnahme von Negativlisten, erstmalig für die EU-Freihandelsabkommen, öffnet weiteren Liberalisierungen den Weg, in allen Wirtschaftsbereichen, auch für die kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die ausgefeilten Klauseln zur Regulierungszusammenarbeit lassen das vereitelte *Right to regulate* auf sehr dünnem Eis dastehen, gerade weil CETA als sogenanntes lebendes Abkommen vereinbart ist. Wir leben also noch immer auf einer Baustelle, trotz sieben Jahren Verhandlungen und 1 600 Seiten Text. Da CETA aber mehr ist als ein Handelsabkommen, sondern auch wesentlich mit beeinflussen wird, wie wir künftig auch in Bezug auf Klimawandel und notwendige Veränderungen unserer Wirtschaftsweise, Industrie 4.0 eingeschlossen, produzieren, kann ich nur sagen: Es ist nicht zukunftsfähig.

Ska Keller (Verts/ALE). – Madam President, I would like to thank the millions of people all over Europe and in Canada who have been mobilising around this agreement. I want to say to them: you have achieved, at least, reforms, even though we think they are far from enough, and you have ensured a Europe-wide debate on trade. This is a big achievement, and without you we would never have got that far.

The Commission and many colleagues say that the EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) is a new-style agreement, but beware: it is not. It is an agreement of the very old sort. It is an agreement for putting investor rights over people's interests, for liberalisation without end, and for harming the climate, the environment and also social standards. On transparency it is even worse than the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP).

And to all who think that Canada is a beacon of liberalism, well, as was mentioned, CETA was not negotiated by Prime Minister Trudeau. It was negotiated by his predecessor and by your predecessor, Commissioner, Mr De Gucht, along with Mr Barroso – and if I were a Social Democrat I would get pretty nervous around that. But anyway, if the idea is that we like CETA because Canada is nice, then we should all be aware that the Commission is negotiating on many fronts, with many countries. So who are colleagues then willing to reject because they are less nice?

I think we need cooperation with countries, especially with nice countries like Canada, and we need to trade and not just for the maple syrup. But we need to do it differently. Trade needs to be good for workers and employees, for consumers, for small-scale enterprises, for society as a whole, and not just for the super-big companies. And agreements need to set good standards, and – especially in these times – we need to work together for climate change, as this is our last chance to uphold international law because it is being challenged. All this we need and all this is not in CETA, and therefore the Greens/EFA Group is rejecting CETA.

But no matter how the vote goes today, this is only the beginning of a struggle for fair trade and good cooperation, and we are ready for it.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tomáš Zdechovský (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Paní Kellerová, Vy velmi často kritizujete všechny obchodní dohody a my jsme si na Vaši rétoriku zvykli. Ale uvádíte celkem, řekl bych, falešné argumenty, třeba ve své řeči jste řekla, že CETA je zájmem investorů a ne zájmem lidí. Mohl bych se Vás zeptat: Investoři nejsou lidé? Nejsou to obyčejní lidé, kteří chtějí taky žít, nejsou to jejich daně, ze kterých Vy jste tady v této instituci placena?

Ska Keller (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Thank you for that question, because indeed, I do believe investors are very normal people: they need to have rights like everybody, like all of us, like everyone in Europe and in Canada and elsewhere. That is why investors should have exactly the same rights as people and also be able to claim those rights before the courts – courts that we can all go to, but not special courts where only investors can go, because investors have rights but they should have not have more rights than us normal people, the people in Europe and in Canada and elsewhere.

President. – Before I give the floor to our next speaker, could I just say that there were two requests for blue cards. I will take one and I may indeed have to drop the blue cards if our time is running out. So just bear that in mind.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Madam President, I will begin by quoting from an earlier speech I made on TTIP: trade should be about economic benefits, not political goals, and yet the Commission consistently exploits trade agreements in order to advance its own political agenda. And I refer you to Commissioner Malmström, who is here for once. At the confirmation hearings, there the Commissioner stated in prepared remarks that trade is a powerful foreign policy tool and that it must support Europe's wider international goals. The intention is clear: Member States are being forced to barter and – if you can forgive the pun – trade away their sovereignty in order to support the EU's foreign policy. This is sheer vanity. The EU should not manipulate the trade of the Member States in order to promote the foreign policy pretensions of a wannabe European superstate.

(Applause from some quarters)

Now, to the detail, and this is particularly important: in CETA, there is no clause, none, that confers freedom of movement on the citizens of Canada, nor freedom of movement into Canada for citizens of the EU Member States. It is a fact that the European Union has well over 100 trade agreements if you include GSP and GSP+, and all of these it is only the EFTA countries, of which there are four, whose specific form of trade agreement with the EU has a clause that confers freedom of movement. Nevertheless, it is endlessly asserted that any access at all to the EU single market requires freedom of movement. The facts are clear: this is wrong. This is completely untrue. It is erroneous; it is total tosh. And it is a tragedy for the integrity and credibility of our politics that many of those who stand in the way of Brexit persist in putting forward this false fact. That is fake news; that – Labour MEPs in particular, and they know who they are – that is the big lie.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Janice Atkinson (ENF), *blue-card question*. – Do you not agree with me that the whole basis of negotiating a trade agreement would be that you actually put somebody in charge who knows what they are doing. Why have we got a former socialist sociology lecturer from Sweden negotiating on behalf of the UK, which will bind us after Brexit? She's not qualified to do the job.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *blue-card answer*. – If I may say so, I would point out that, at the hearings, three political groups voted against the confirmation of the present EU Trade Commissioner, and if only the ECR had joined us she probably wouldn't have happened. As it is, we have somebody who is completely unqualified, and that is the person who the 27 other Member States are unfortunately stuck with.

President. – Colleagues, let me just say that the Commissioner was approved by Parliament and that is why she is in this position.

There is no need to wave, I can see you, sir. Could you just listen? Please sit down.

I have made the announcement and I think we can defend the Commissioner's right to be here. We will now continue with our list of speakers.

Matteo Salvini (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, non parlo agli inutili esponenti della Commissione europea, che sono sordi, ma parlo ai cittadini italiani ed europei che ci stanno seguendo fuori da questo palazzo.

Oggi siete complici dell'ennesimo regalo alle multinazionali e alla finanza. Ci rimetteranno il posto di lavoro in Europa circa 200 000 lavoratori: operai, agricoltori, piccoli imprenditori. Oggi voi scegliete di portare sulle tavole dei nostri figli la carne agli ormoni e il grano OGM, magari trattato con pesticidi vietati in Europa, dopo il riso della Birmania, l'olio della Tunisia, i pomodori e le arance del Marocco, voi, nel nome del vantaggio di pochi, riempite le tavole delle schifezze di altrettanto pochi, oltretutto permettendo l'arrivo in Europa di tutto il finto «Made in Italy», il finto prosciutto di Parma, il finto parmigiano reggiano, la finta mozzarella. Datele ai vostri figli quelle schifezze! Noi vorremmo che ciascuno potesse mangiare quello che la terra e il mare e il buon Dio ci ha dato. Quarantamila posti di lavoro in Italia, quarantamila posti di lavoro in Francia: a rimetterci saranno sempre i soliti, a guadagnarci sarete voi.

Però io vi dico che la Brexit, Trump e le elezioni in Olanda, in Francia, in Germania, in Italia e in Austria stanno dimostrando che i popoli si stanno svegliando. Quindi fate in fretta a fare gli ultimi regali ai vostri amichetti, perché i popoli stanno arrivando a prendervi. Preparatevi a far le valigie per andare o in Canada o in Cina, che vi aspettano a braccia aperte.

(L'oratore rifiuta di rispondere a una domanda «cartellino blu» di Hilde Vautmans (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento)).

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Pani Przewodnicząca! Argumenty zwolenników CETA są demagogiczne, kłamliwe i fałszywe. Argumenty przeciwników CETA są demagogiczne, kłamliwe i fałszywe. Arystoteles mówił, że demokracja to rządy osłów prowadzonych przez hieny. Poziom dyskusji w tym Parlamencie pokazuje, że jest znacznie gorzej.

Ponieważ diabeł tkwi w szczegółach, wyrażę tylko zaniepokojenie, że traktat ten otacza mgła niejasności. Dotyczy to zwłaszcza najważniejszego punktu traktatu, mianowicie arbitrażu. Zgadzam się, że prywatny arbitraż jest lepszy od sądów państwowych podatnych na korupcję i naciski polityczne – zwłaszcza dziwię się polskiemu posłom, którzy na polskich sądach nie zostawiają suchej nitki – jednak byłbym spokojniejszy, gdyby traktat stanowił, że superarbitrzy muszą pochodzić ze Szwajcarii, Japonii lub innych krajów, w których jeszcze dominuje uczciwość. A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

President. – Again, just before I give the floor to the next speaker, we are very tight on time and the vote is long and must begin at 12.00. So I will not take any more blue cards, in order to give colleagues who have indicated that they wish to speak an opportunity to do so at the end of the debate.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Madam President, the world is watching. Make no mistake: we are going to do a lot more today than just agree on CETA. For one thing, we are going to prove our credibility. With the conclusion of these negotiations we are going to prove that during difficult geopolitical times, when populism triumphs, we can set and support good international trade practices. With this Agreement we show that we are going to set certain rules that can be established for future agreements on trade around the world. If we can agree with Canada, if we can push forward to improve trade relations with Canada, if we can show the positive impact on citizens, on industry and on employment, this Agreement will show that this is the way to go. I believe that is why we should support it, because it is just one step towards reshaping the world in a positive manner.

Elena Valenciano (S&D). – Señora presidenta, debemos darle un poco de perspectiva a este debate y, por cierto, respeto para las posiciones divergentes, menos arrogancia por parte de algunos de los portavoces. Lo cierto es que Europa está en una encrucijada, en un momento muy crítico y se enfrenta a un desafío proteccionista y hostil, por primera vez, por parte de la administración Trump. Nos enfrentamos a un desafío territorial y político por parte de Rusia, un auge imparable de China y su modelo, una vecindad sumida en la inestabilidad y un nacionalpopulismo rampante en las propias instituciones europeas. ¿Qué le queda a Europa sino consolidar o tratar de consolidar un bloque de valores comunes? ¿Y qué país puede hacerlo mejor, con Europa, que Canadá?

No tenemos tantos compañeros de viaje que compartan nuestros valores en el mundo actual. Yo no creo que este Acuerdo sea la panacea de nada ni sea el mejor acuerdo posible. Es el que hoy hemos conseguido. Por cierto, con muchas modificaciones que hemos introducido, también, los socialistas. Es un paso más en una dirección que yo creo que es la adecuada, aunque no es ni mucho menos nuestra meta.

Los socialistas no queremos una globalización sin control ni tampoco queremos levantar muros proteccionistas. Frente a ambos extremos, queremos un mundo abierto a los intercambios, pero con reglas democráticas, con control público. Queremos que el comercio sea libre, sí, pero justo.

Jan Zahradil (ECR). – Paní předsedající, já tady reprezentuji Českou republiku, to je malá, exportně orientovaná země. Náš obchod s Kanadou dosahuje objemu miliard korun a 60 % našich exportérů jsou malé a střední podniky. Nejsou to žádné velké korporace. Vyvážíme tam strojírenské výrobky, elektrotechnické výrobky, výrobky z plastu, z gumy, motorové součásti, výrobky optiky, výrobky lékařské, lékařská zařízení a také potravinářské výrobky. To všechno se samozřejmě usnadní, obchod s těmito komoditami, pokud dohoda CETA vstoupí v platnost, protože všechny přírážky, tarify, cla klesnou postupně na nulu.

Je tedy celkem jasné, že já tady budu lobbovat za tuto dohodu, protože je v zájmu mé země, její ekonomiky, našich zaměstnanců a zaměstnavatelů, aby ta dohoda vstoupila v platnost, a myslím, že pro jednu má zase Evropský parlament dobrou příležitost udělat něco pozitivního, schválit tuto dohodu. Já se za to velmi přimlouvám.

Dita Charanzová (ALDE). – Madam President, first of all I would like to thank Madam Commissioner for not giving up, for being determined and, Commissioner, for all your efforts invested in the successful conclusion of this agreement. It is also thanks to you that we can today take this important step and give our clear 'yes' to the economic and trade agreement between the EU and Canada, the most comprehensive agreement concluded so far. It will create new business opportunities for EU businesses, especially SMEs. Not only that, it will facilitate access to public tenders at federal, provincial and local level in Canada. It will take care of European geographical indications, including Czech beer.

Madam Commissioner, the EU needs to show now, more than ever, that it has not resigned, unlike some others, on the liberalisation of trade at international level, but not only that, the EU should stand ready to shape it. Instead of closing our borders with protectionism we have to lead by example and make sure that there can be more such agreements with our key trade partners.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señora presidenta, señorías, un clamor popular rodea hoy el Parlamento, pero la sordera de muchos de ustedes llevará a los europeos a creer menos aún en esta institución, dando alas a quienes rompen Europa, a quienes quieren levantar muros y a quienes quieren resucitar los fascismos otra vez.

Hoy, la casa de la democracia vende la democracia a las multinacionales. Están ustedes ciegos ante nuestros jefes, la ciudadanía. Son más de tres millones de firmas, más de dos mil municipios y regiones, sindicatos, jueces, oenegés, consumidores, agricultores, ganaderos, trabajadores públicos, ecologistas y pequeños empresarios los que dicen ¡no! al CETA. ¿Es que no los oyen? ¿A quiénes escuchan ustedes?

Y me dirijo ahora a mis compañeros socialistas, a mis compañeros del grupo socialista, y especialmente a mis compatriotas del PSOE, cuyo propio sindicato, la UGT, les está pidiendo que voten en contra. ¿Se dan ustedes cuenta de la enorme traición que cometen ustedes a las trabajadoras? ¿Con quién está hoy su lealtad? ¿Están, acaso, buscando un sitio en un consejo de administración?

Hoy es un día triste, pero la democracia se abrirá paso en los Estados. Seguimos en pie, voz en alto, diciendo ¡no! a la constitución de las multinacionales, ¡no! al CETA.

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was sich in den letzten Jahren mit CETA abgespielt hat, ist einer Demokratie unwürdig. Die Verhandlungen waren geheim, nicht einmal wir als gewählte Abgeordnete durften die Unterlagen einsehen, aber die Lobbyisten der Konzerne spielten kräftig mit.

CETA ist gespickt mit Paragrafen, die nichts mit Handel zu tun haben, sondern mit Demokratieabbau und mit Einschränkungen des Arbeitsrechts. CETA verlangt Schiedsgerichtsverfahren, die uns Steuerzahlern Milliarden aus der Tasche ziehen. Natürlich wollen die Konzerne auch an das Geld, das wir in den Gemeinden für die Daseinsvorsorge – für Schulen, Abfallwirtschaft, Stromversorgung – ausgeben. CETA baut unser Sozialwesen weiter ab. CETA gibt also dem großen Geld immer mehr Macht über uns.

Hören Sie endlich auf, gegen die Bürger zu arbeiten, lehnen Sie CETA ab! Es zählt: Mensch vor Profit.

Petr Mach (EFDD). – Paní předsedající, já podporuji dohodu CETA o zóně volného obchodu mezi Evropskou unií a Kanadou. Dohoda hlavně odstraňuje cla a překážky ve vzájemném obchodu a podle mě je skvělé, že Evropská unie bude mít méně peněz z cel a že tyto peníze zůstanou v kapsách lidí. Naši občané budou moci nakupovat kanadské zboží a Kanadáné zboží z EU levněji, tedy bez cel. Zvýší se tak o kousíček svoboda a životní úroveň lidí. Je to mnohem lepší dohoda než nechvalně známá dohoda TTIP, zejména pokud jde o arbitráže.

Jsem pro volný mezinárodní obchod a upřímně předpokládám, že nezávislá Velká Británie si sjedná velmi podobnou dohodu s Kanadou. A kdyby má země, Česká republika, byla nezávislým státem, tak bych podporoval, aby měla podobnou dohodu s Kanadou také. Třeba bychom dokázali sjednat ještě stručnější a lepší dohodu, ale princip mezinárodního volného obchodu podporuju.

Marcel de Graaff (ENF). – Ik condoleer de bevolking van Canada en de EU-lidstaten met deze overeenkomst. CETA is een volgende stap naar dictatuur en armoede. Dictatuur, omdat de multinationale ondernemingen het voor het zeggen krijgen. Elke EU-richtlijn en elke nationale wet die de economie raakt, kan voortaan worden opgevat als het opwerpen van een handelsbarrière. En armoede, omdat de multinationale ondernemingen hun producten laten maken in de goedkoopste landen, goedkoop qua lonen en goedkoop qua eisen ten aanzien van milieu- en arbeidsomstandigheden. Het voordeel van lage prijzen voor de burger wordt tenietgedaan door het verdwijnen van banen en lagere lonen.

Maar er is hoop. Steeds meer burgers in de EU doorzien de leugens van de gevestigde orde en sluiten zich aan bij de patriotten. Wij vertegenwoordigen het volk. Wij strijden voor hun vrijheid. Het einde van de EU nadert en CETA zal haar ondergang niet keren.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, πιστοί στις επιταγές του διεθνούς μεγάλου κεφαλαίου, των πολυεθνικών και στο ιδεολόγημα της παγκοσμιοποίησης, θα ψηφίσετε σήμερα μία κατάπτυστη εμπορική συμφωνία. Επειδή, μάλιστα, γνωρίζει η Επιτροπή πως η συμφωνία δεν θα υπερψηφιστεί σε όλα τα εθνικά κοινοβούλια, προσπαθεί να την επιβάλει μέσω του Δούρειου Ίππου της προσωρινής εφαρμογής. Δεν σας ενδιαφέρει καθόλου το γεγονός ότι θα δώσετε με αυτό τον τρόπο ένα ακόμη πλήγμα στις μικρές επιχειρήσεις. Δεν σας ενδιαφέρει που βιοπαλαιστές δεν θα καταφέρουν να αντέξουν στην επίθεση των πολυεθνικών. Άλλωστε, αυτοί δεν έχουν λομπήστες και τεράστια ποσά για δωρεές και χρηματοδοτήσεις, ώστε να επηρεάζουν τις αποφάσεις, δεν έχουν μέσα μαζικής ενημέρωσης να προπαγανδίζουν συνεχώς. Έχουν μόνο την ψήφο τους, όσο και αν σας ενοχλεί αυτό και θα ήλατε να μπορούσατε να την καταργήσετε. Όμως η ψήφος των πολιτών είναι αυτή που θα καταστήσει τη δική σας ψήφο, σήμερα, άνευ σημασίας. Ευτυχώς, θα υπάρξουν σύντομα εθνικές κυβερνήσεις σε πολλά κράτη της Ευρώπης και η CETA δεν θα είναι παρά ένα κομμάτι χαρτί χωρίς καμία ισχύ. Πρέπει μόνο οι πολίτες να κάνουν υπομονή και να προσπαθήσουν να αντέξουν, για όσον καιρό θα την εφαρμόζετε.

Franck Proust (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, on se moque beaucoup des faits alternatifs que l'administration de M. Trump utilise pour évoquer sa vérité. Ils ont pourtant été inventés depuis longtemps par les ONG, les collectifs et les extrêmes, ici, sur le CETA. Vous avez beau présenter les faits de l'accord en y adjoignant des déclarations claires, les arguments n'ont malheureusement plus de place. La délégation française du PPE, elle, a cherché dans les moindres détails les garanties que cet accord, qui est bon, soit également bien appliqué, car c'est là l'essentiel.

Mais une inquiétude subsiste: la filière bovine souffre d'une crise et le CETA ne doit en rien l'amplifier. Quelles garanties apportez-vous sur les clauses de sauvegarde? La vigilance de la droite française sera à son maximum sur la réactivité de la Commission en cas de distorsion ou de chute des prix. À ce titre, le Canada a prévu un programme d'aide de 350 millions de dollars afin de compenser les effets négatifs du CETA sur son secteur laitier. Je souhaite donc, Madame la Commissaire, demander au nom de ma délégation que de telles modalités financières soient débloquées pour la filière bovine européenne.

Bernd Lange (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Klar, das CETA-Abkommen ist nicht perfekt. Aber gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Sorgen und Befürchtungen der Menschen hier aufgenommen und Verbesserungen erkämpft.

Das, glaube ich, muss man bewerten, um zu sagen: Dieses Abkommen ist ein Schritt in die Richtung der Gestaltung der Globalisierung. Wir haben ja dafür gesorgt, dass private Schiedsgerichte auf den Müllhaufen der Geschichte kommen. Wir haben dafür gesorgt, dass Daseinsvorsorge gesichert wird und auch die Rekommunalisierung von dem Handelsabkommen unbeeinträchtigt ist. Wir haben dafür gesorgt, dass das universelle Arbeitnehmergrundgesetz, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation verankert werden und auch durchsetzbar gestaltet werden. Wir haben dafür gesorgt, dass unser Vorsorgeprinzip gesichert ist, dass also kein Hormonfleisch und keine GVO-Lebensmittel durch dieses Abkommen nach Europa kommen.

Also, das ist eine Messlatte für alle Abkommen – für zukünftige, aber auch für bestehende. Ich glaube, die privaten Schiedsgerichte müssen auch aus allen anderen Abkommen verschwinden. Aber ich bin auch der Überzeugung, dass dieses Abkommen nicht das Ende der Geschichte ist. Wir müssen weiter für vernünftige Abkommen streiten. Zum Beispiel für die Verbesserung der Durchsetzbarkeit von Nachhaltigkeit, für die Bekämpfung der Korruption, für die globalen Nachhaltigkeitsziele. Das muss auch in zukünftige Abkommen hinein.

Angesichts einer globalen Situation, wo mehr und mehr Protektionismus herrscht, wo mehr und mehr das Recht des Stärkeren gilt, brauchen wir stabile Regeln. Globalisierung können wir nicht abschaffen. Globalisierung müssen wir gerecht gestalten.

Emma McClarkin (ECR). – Madam President, I would like to say this: 'O Canada', how long the EU has kept you waiting. After seven long years, the champions of free trade have battled through, and now we are at the final furlong. To be clear, CETA is an ambitious, modern and comprehensive trade agreement, which will bring tremendous benefits to the EU as a whole and to each one of the Member States. Once fully implemented, it is expected to increase bilateral trade between the EU and Canada by 23%, representing approximately EUR 26 billion per year. It will lead to the creation of jobs and economic growth, allowing small and medium-size enterprises access to the Canadian market, free of barriers. As a champion of free trade, I welcome this Agreement and look forward to seeing a positive vote in this Chamber today. In times of growing protectionism, the EU must not underestimate the benefits of trade agreements like this, especially when we are negotiating with reliable and strategic partners such as Canada who are, and remain, our allies.

Urmaz Paet (ALDE). – Madam President, first I should say that Trade Commissioner Cecelia Malmström has done very good and serious work in preparing this Agreement. The EU-Canada Trade Agreement is a good and modern trade agreement that will help boost trade and economic activity, and it has many advantages which have all been listed many times here already, including opening markets to goods, benefiting SMEs and opening up their procurement market. It also allows us to promote and protect our shared values. CETA will help create jobs and economic growth which is very much needed.

But this deal also has more significant value. It is the most elaborate deal with a successful OECD country, and in coming to an agreement with Canada we show that this kind of agreement can be done, and this is a very important message. It is also an important deal geopolitically. The EU and Canada must strengthen and hold their alliance in this changing, unstable environment. CETA is a good indication that where there is a will, there is a way.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Madame la Présidente, ceux d'entre nous qui voteront ce traité porteront une lourde responsabilité au regard de l'emploi, de l'environnement, du progrès social, de l'agriculture et de l'alimentation. Ils vont contribuer à enfermer les peuples dans une véritable camisole de force.

En effet, comment accepter d'appliquer un accord si néfaste de manière provisoire sans l'aval des parlements nationaux? Comment accepter un mécanisme dit de coopération réglementaire, qui adaptera la législation nationale et européenne a priori, c'est-à-dire avant même leur élaboration par les parlements? Et pour cadénasser l'ensemble, des tribunaux arbitraux condamneront les États et les peuples, s'ils n'obéissent pas aux ordres des multinationales.

Notre Parlement se grandirait à dire «non» à la constitutionnalisation du droit des affaires contre les droits humains, «non» à ce coup d'État institutionnel au service des puissances industrielles et financières!

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! CETA steht nun vor der Abstimmung. Das Ergebnis scheint leider schon festzustehen. Warum auch wäre sonst der kanadische Premierminister bereits heute in der Tagesordnung verankert? Und letztlich bleiben unsere Kritikpunkte nach wie vor im Vertragstext enthalten, wie zum Beispiel Schiedsgerichte als Paralleljustiz, wie die sogenannten *joint committees*, durch welche unsere nationalen parlamentarischen Meinungsbildungen ausgehöhlt werden, wie die Abschaffung des Vorsorgeprinzips, wodurch der Verbraucherschutz in Europa geschädigt wird, und wie die enormen Importkontingente zu Niedrigpreisen, die unsere Landwirtschaft zerstören werden.

Ich sage klar und deutlich Ja zum Handel, aber Nein zum Abbau von nationalstaatlichen parlamentarischen Kompetenzen, Nein zur Umgehung der demokratischen Gerichtsbarkeit und Nein zur Entmündigung der Bürger in Europa. CETA ist und bleibt ein trojanisches Pferd, das die europäischen Werte gefährden und dramatisch verletzen wird.

Santiago Fisas Ayxelà (PPE). – Señora presidenta, comisaria, muchas gracias por su trabajo: tiene el total apoyo de nuestro grupo político.

En estos tiempos de incertidumbre, es importante que la Unión Europea dé una señal clara de que apuesta por la apertura, por estrechar lazos con nuestros socios, por el comercio internacional, y qué mejor señal que la ratificación del Acuerdo con Canadá. Juntos podemos sentar las bases del comercio internacional del futuro, un comercio basado en nuestros principios y valores que respeta los altos estándares que ambas regiones compartimos.

El CETA es un acuerdo moderno, ambicioso y equilibrado, y sería deseable que pueda servir de modelo para otros acuerdos comerciales. El futuro de la Unión Europea pasa por el comercio exterior, del que depende gran parte de nuestro crecimiento económico y la creación de empleo.

Este Acuerdo es bueno para Europa, para las pymes, y es bueno para el presente y el futuro de los ciudadanos europeos. Los que están en contra del CETA, están a favor de las políticas de Trump.

David Martin (S&D). – Madam President, even when I disagree with them, I normally understand where my colleagues in the Greens and my friends on the left are coming from, but frankly in relation to CETA I just do not get it.

CETA creates employment opportunities. CETA protects public services, no forced privatisation, no ratchet clause. CETA defends our right to regulate, so No Frankenstein foods in our market, no threat to food safety. It contains an ambitious Labour Chapter. It commits our partners to multilateral environment agreements at a time when Trump threatens the Paris Accord, a vital thing. It kills investor-state dispute settlement (ISDS) and replaces it with a modern, fair system of investment protection.

So what is it beyond the rhetoric, beyond the words that this is good for corporations, what is it in CETA that they really object to, because I do not hear it? I hear a lot of words, but I hear no substance in their objection to CETA, and that is what they should be standing up for. We live in a world that faces real dangers of protectionism. With this progressive deal, Canada and the EU are not only keeping markets open, they are keeping those markets open on the basis of common values, and that is something we should applaud.

Joachim Starbatty (ECR). – Frau Präsidentin! Ich habe die Debatte hier aufmerksam verfolgt und habe hier eine bizarre Koalition festgestellt: Die Grünen, Marine Le Pen und GUE sind einer Meinung, was CETA angeht. Als Herr Jadot seine Rede gehalten hat, kam frenetischer Beifall von der Koalition von Marine Le Pen. Das ist die Realität, die sich hier darstellt. Und wir wissen aus der Geschichte: Das sind diejenigen, die sich immer gegen Offenheit und Freihandel gestellt haben. Das wissen wir, und das haben wir hier bestätigt gesehen. Und dann greift Herr Jadot Trump scharf an mit denselben Argumenten, die auch Herr Trump vertritt. Also er greift Trump an, spielt aber die Karte von Trump. Das sollte man sich einmal klarmachen. Mir geht es darum, dass die Feinde des Freihandels und die Freunde des Protektionismus sich einmal ihre Argumente klarmachen und selber mal durchdeklinieren.

Louis Michel (ALDE). – Madame la Présidente, chers collègues, je voudrais d'abord commencer par féliciter la commissaire Malmström pour l'extraordinaire patience, la remarquable compétence et la disponibilité, surtout, dont elle a témoigné pour faire face, souvent, à des outrances et à des contrevérités. Car, enfin, le CETA va-t-il nous forcer à manger du poulet chloré, du bœuf aux hormones, des OGM ou encore à démanteler nos services publics? Bien sûr que non! Ce qui n'est pas possible aujourd'hui ne le sera pas plus demain. Nous resterons libres de renforcer encore davantage nos normes de qualité et de développer nos services publics.

Est-ce que nous octroyons aux multinationales un poids démesuré qui va nuire à notre système juridique? Bien sûr que non! La volonté d'établir une nouvelle cour internationale ne fait que renforcer notre capacité à faire respecter les règles à l'échelle mondiale et à en inspirer de plus sévères si nous le souhaitons.

Chers collègues, si nous ne pouvons pas signer un accord avec le Canada, avec qui, alors, pourrions-nous encore en signer un? Qui peut croire sincèrement qu'un pays de 35 millions d'habitants, dont les performances démocratiques et les protections sociales et environnementales sont souvent supérieures aux critères de nombreux États européens, pourrait dévoyer le modèle économique, social et politique de la première puissance économique mondiale?

Ceux qui s'opposent à cet accord et qui abusent de la bonne foi des citoyens nient les progrès sociaux, humains et économiques du libre-échange, voilà la vérité.

En fait, c'est un blocage idéologique, rien de plus!

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, sarebbe una buona battuta se non fosse una tragedia. Sarebbe una buona battuta dire che il CETA è la risposta progressista al protezionismo di Trump e al populismo delle destre.

Voi ponete in alternativa al protezionismo di Trump un'altra forma di protezionismo. Proteggete il diritto al profitto, istituite un diritto ineguale che protegge le multinazionali, protegge il profitto, gli investimenti e le multinazionali prima delle persone. Anche noi abbiamo una forma di protezionismo. Vogliamo proteggere il lavoro, l'ambiente, la salute alimentare, i cittadini e le cittadine europee. Vogliamo proteggere la democrazia.

Voi dite che il CETA creerà posti di lavoro. Peccato che gli studi hanno dimostrato che saranno persi 230 000 posti di lavoro, di cui 200 000 soltanto in Europa. Trudeau l'ambientalista che ha dato il suo via libera all'oleodotto Keystone negli Stati Uniti, plaudendo al famigerato Trump. Trudeau che si accinge ad esportare in Europa quel petrolio estratto dalle sabbie bituminose e dagli scisti che la direttiva ci invitava a tagliare.

Voglio dire un'ultima cosa: i Socialisti ci avevano annunciato la fine della grande coalizione. Oggi ci dimostrano che la grande coalizione continua. Noi restiamo in coalizione con i cittadini ...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

President. – I hate to say this, but your last words were wasted and, with respect, I did give you extra time. I am trying to be fair to everybody and I need to be strict. I would just like to advise colleagues who have come into the Chamber that we announced earlier that there will be no further blue cards. That is for the information of colleagues who have joined us.

Salvatore Cicu (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, credo che in maniera responsabile e seria dobbiamo dire che oggi discutiamo su un buon accordo di libero scambio e discutiamo anche finalmente di una prospettiva di politica commerciale dell'Europa, di un'Europa che esiste, di un'Europa che costituisce un modello, un punto di riferimento, che realizza la possibilità di far capire che bisogna poter vincere le sfide se ci si prepara alle sfide. Intendo dire che questo libero scambio offre l'opportunità di uscire fuori dallo stallo dei mercati italiano, francese, spagnolo ed europeo, che sono nello stallo più totale.

Il Fondo monetario internazionale dice che il 90 % si può realizzare come sviluppo fuori dai confini dell'Europa. Allora io credo che seriamente l'approfondimento vada nella direzione di capire come e in che modo il processo di internazionalizzazione della nostra piccola e media impresa, con una dimensione adeguata, con un accesso di credito opportuno e con la possibilità di managerialità, vada realizzato per confrontarsi e per realizzare questi obiettivi. Il tempo a disposizione è poco e noi naturalmente come delegazione italiana sosteniamo questo accordo.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei allen unterschiedlichen Meinungen zu CETA sollten wir doch gemeinsam auch unser Abkommen über strategische Partnerschaft positiv bedenken.

Das ist wichtiger denn je: Die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur-, Außen- und Sicherheitspolitik, Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Wirtschaft und Tourismus. Es gibt in Zukunft einen gemeinsamen Kooperationsausschuss und regelmäßige Konsultationen und das begrüßen wir sehr. Es geht nämlich um gemeinsame Werte: um Freiheit und Demokratie, Toleranz und Rechtsstaat, und um eine klare gemeinsame Stellung gegen Ausgrenzung und für ein gleichberechtigtes Miteinander.

Ich habe nicht den Eindruck, dass diese Werte sich im Moment rasend vermehren. Umso wichtiger ist es, dass wir mit Freunden zusammenarbeiten, die zu diesen Werten stehen. Vielleicht ist es in der Vergangenheit bei uns so gewesen, dass immer, wenn wir über den großen Teich geschaut haben, wir die Kanadier nicht richtig gesehen haben, weil so ein großes Vereinigte Staaten von Amerika dazwischen lag.

Nein, es wird Zeit – auch nach den letzten Entwicklungen –, dass wir aufstehen, dann kann man über manches hinwegsehen und man sieht seine wahren Freunde. Ich freue mich auf diese bessere Zusammenarbeit mit unseren Freunden in Kanada.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Pani Przewodnicząca! Relacje polsko-kanadyjskie mają charakter strategiczny, nie koniunkturalny, potwierdzony wielokrotną walką o naszą wolność. CETA nie jest umową idealną. Nie ma zresztą umów idealnych. Chociaż jej szanse świetnie opisał czeski poseł Jan Zahradil. Tę umowę oceniał jednak jako dodatkowy element naszej architektury bezpieczeństwa. Relacje transatlantyckie wzmacniają Polskę, również w układzie wewnątrz-europejskim.

Sylvie Goulard (ALDE). – Madame le Président, il faut entendre les inquiétudes des peuples, mais il ne faut pas non plus suivre toutes les angoisses quand on détermine une politique.

Je tenais à dire que M^{me} Malmström et la Commission agissent dans le cadre de pouvoirs qui leur ont été conférés dans les traités démocratiquement. Les parlements nationaux ont accepté que les compétences commerciales soient exclusivement exercées au niveau européen. Il n'y a pas eu d'entourloupes, il y a eu des débats dans tous nos pays quand nous avons pris cette décision. Je fais confiance non seulement à la commissaire, mais aussi à la Commission pour également exercer, à l'avenir, tous les devoirs de sauvegarde qui seront nécessaires.

Le Canada, que je tiens à saluer, est un pays démocratique et doté de règles. C'est un de nos alliés et – j'attire l'attention des Français sur ce point – c'est aussi un pays qui est en partie francophone et envers lequel nous devons faire preuve d'une certaine solidarité. La France est un pays qui a de grandes difficultés en matière de commerce extérieur. Nous accusons un déficit de 48 milliards d'euros pour l'année 2016, donc les débouchés avec un pays sûr, juridiquement proche de nous, sont toujours bons à prendre dans des conditions encadrées. Nous comptons sur vous pour les faire respecter, Madame le Commissaire.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL). – Madame la Présidente, cet accord est mauvais pour la France et mauvais pour l'Europe. Il est une contribution aggravante à la crise écologique et sociale de la civilisation humaine, parce qu'il ne comporte pas la moindre mention au traité sur le climat de Paris, qu'il encourage l'importation des énergies fossiles les plus sales du monde, qu'il encourage l'agriculture la plus brutale, la plus cruelle et la plus déloyale, et qu'il instaure des tribunaux spéciaux qui permettent aux grandes entreprises d'ester contre les lois des peuples, mais il accepte en même temps le dumping social d'un pays qui n'a pas signé la convention de l'Organisation internationale du travail sur les négociations.

Ce texte n'aurait jamais pu être adopté ni même négocié si ma patrie s'y était opposée, et le gouvernement de mon pays porte une responsabilité particulière en cet instant. De même qu'ici, dans cette assemblée, cet accord ne serait pas accepté si le groupe social-démocrate ne donnait pas son appui. C'est en définitive un très mauvais coup contre l'Europe et contre ma patrie qui va se commettre. Les générations futures s'en souviendront – je veux le croire –, au moins à l'élection présidentielle française de 2017.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl (PPE). – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als stellvertretende Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Kanada habe ich CETA seit Beginn der Verhandlungen verfolgt.

Nach zahlreichen Gesprächen auf beiden Seiten des Atlantiks ist es höchste Zeit, die Ziellinie zu überqueren, und ich bin zuversichtlich, dass wir heute unseren Teil dazu beitragen werden. CETA ist für die Zukunft gedacht. Der ist nicht nur für jetzt und für uns. Wir müssen uns positionieren: als Europäische Union, als Europäer in einer Welt in Veränderung. Wir wollen diese Veränderung gestalten, und da bleibt nicht viel anderes übrig, als endlich zu handeln. Dies ist ein Zeichen, dass wir es können.

Wir sollten allerdings auch nicht so tun, als ob Investitionsschiedsgerichte bisher nicht existieren. Nein, sie existieren schon. Verschließen wir nicht die Augen für die Realität: CETA wird dieses System verbessern. Das begrüße ich.

Als Letztes: Mich wundert in dieser politischen Situation sehr, dass Rechts und Links exakt die gleichen Argumente benutzen und dann noch glauben, sie hätten beide recht.

Miroslav Poche (S&D). – Paní předsedající, paní komisařko, Evropská unie a Kanada udržují bezmála čtyřicet let velmi dobré obchodní i politické vztahy. Ty je nutné prohlubovat i v oblastech nejenom obchodních, ale i bezpečnostních, ochrany klimatu nebo životního prostředí. Z tohoto pohledu je dohoda o strategickém partnerství zcela jistě přínosem pro obě strany.

Nesmíme však zapomínat, že Kanada bude mít vždy nadstandardní vztahy například se Spojenými státy nebo zeměmi bývalého Britského společenství. Není možné pod vlivem brexitu a vítězství Donalda Trumpa opustit pragmatický přístup při vyjednávání mezinárodních smluv. Současná kanadská reprezentace nám může být blízká hodnotově a může nám být i sympatická. Na druhou stranu na tom nemůžeme ale stavět naše vztahy k ní, není možné přistupovat dvojím metrem k TTIP a CETA. Obě dohody jsou vyjednány špatně a my musíme najít odvahu hledat nové znění této obchodní dohody a odmítnout tento návrh.

Bernd Kölmel (ECR). – Frau Präsidentin! Wir reden heute über CETA. Allerdings nutzen einige das, um einen Stellvertreterkrieg zu führen gegen die Folgen der Globalisierung. Das ist schade, denn CETA ist ein hervorragend verhandeltes Handelsabkommen zwischen zwei Partnern, die die gemeinsamen gleichen Werte vertreten. Insofern ist es ausgesprochen unfair, die Folgen der Globalisierung, die man ja tatsächlich durchaus kritisch betrachten kann und wo man durchaus auch überlegen kann, wie man die abmildern kann, jetzt an dem Verfahren zu CETA festzumachen. Die Globalisierung findet statt, ob wir das wollen oder nicht. Also müssen wir sie, so gut es geht, gestalten. Das ist bei CETA meines Erachtens der Fall.

Ich danke insbesondere unseren kanadischen Freunden auch sehr, dass sie bereit waren, auch nach Abschluss der Verhandlungen die Verhandlungen für einen Teil, nämlich den Bereich der internationalen Handelsschiedsgerichte, nochmal zu öffnen. Das war nicht selbstverständlich. Und als Vorsitzender der EU-Kanada-Delegation bin ich dafür besonders dankbar.

Iuliu Winkler (PPE). – Madam President, we need to protect European industries and European farmers and to support and protect our SMEs, start-ups and exporters. We also need to protect and promote our service industries, innovation and European IPR. I believe that there is a broad consensus on this both inside and outside this House.

But how can we achieve this? Is protectionism the best protection that we can provide? The history of the global economy and trade in the last hundred years teaches us that protectionism is a poor tool. The cost of protectionist measures has always turned out to be higher than the short-term gain of such measures. The best we can do for European industries, SMEs and farmers is to actively promote their interests. Today that means providing for a fair, modern, 21st century trade agreement with a like-minded partner. Today that means approving CETA.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sono dell'opinione che gli accordi di libero scambio dovrebbero essere effettivamente posti al servizio di obiettivi più vasti, quali l'occupazione, i diritti umani, la coesione e lo sviluppo sostenibile.

Mi domando se possiamo dire che il CETA risponde a questi diversi obiettivi e confesso davvero che ho grande difficoltà a rispondere positivamente a questa domanda. Seconda considerazione: sembra esserci in questo Parlamento un'opinione prevalente che ritiene che questo accordo possa diventare un modello di riferimento per la prossima generazione di accordi. Io la penso diversamente e non ritengo che il CETA possa essere l'inizio di un nuovo corso.

Infine, voglio ricordare a lei, signora Commissario, che i rischi di ritorno al protezionismo e a guerre commerciali non si combattono con una critica promozione della liberalizzazione e della deregolamentazione degli scambi e degli investimenti, come lei immagina, ma cambiando radicalmente l'approccio fin qui seguito, ed è quello che dobbiamo fare davvero anche con il voto.

James Nicholson (ECR). – Madam President, Commissioner, CETA has been many years in the making and we are now at the final stage. Canada is a country very similar to ourselves. If we cannot do a trade deal with Canada, who can we do a trade deal with? There are many historical ties between my constituency of Northern Ireland, and Canada, and we have significant economic ties today. For instance the Canadian company Bombardier has operations in Northern Ireland and I hope that once this deal is in place it will strengthen and deepen those ties.

We all know that any trade deal is not perfect and CETA comes with positives and also negatives, we are well aware of that. When the United Kingdom eventually leaves the European Union and embarks on its own trade policy, I hope it takes a balanced approach. The government seems to believe at the moment that we can do deals quickly. I believe quick deals are bad deals for the people. Throughout discussions on CETA, TTIP and Mercosur, I have repeatedly made the point that the European Union must not use agriculture as a bargaining chip, and I will continue to make that case as the United Kingdom embarks on its own bilateral trading relationships.

Tokia Saïfi (PPE). – Madame la Présidente, le CETA est un accord intéressant et équilibré. Il représente de nombreuses opportunités pour nos entreprises. Nous avons entendu les préoccupations des citoyens et c'est la raison pour laquelle nous allons suivre de très près la mise en œuvre de l'accord s'il est ratifié.

La Commission devra respecter ses engagements et déclarations. Les clauses de sauvegarde devront être déclenchées immédiatement en cas de difficulté d'un secteur et, à cet égard, une attention particulière devra être portée au secteur agricole.

Madame la Commissaire, les inquiétudes exprimées reflètent une défiance grandissante vis-à-vis de la politique commerciale de l'Union et doivent obtenir des réponses. Nous devons développer une transparence maximale autour des négociations.

À l'heure où, aux États-Unis, Donald Trump a fait le choix du protectionnisme, nous devons renforcer nos liens avec des partenaires qui, comme le Canada, partagent nos valeurs.

Enfin, je regrette que M^{me} Le Pen évoque le vote en commission des députés Les Républicains car elle semble oublier que, ce jour-là, elle était absente et qu'elle n'a pas voté.

Jeppe Kofod (S&D). – Fru Formand! Fru kommissær Malmström! Vi politikere har en simpel pligt til altid at stræbe efter bedre standarder, efter bedre beskyttelse af arbejdere, miljøet, klimaet og folkesundheden. Vi må altid sætte menneskers ve og vel over hensyn til profit. Det er principper, værdier og holdninger, der for mig er helt ufravigelige. Og sådan skal det være!

I CETA-aftalen har vi for første gang for alvor skrevet disse garantier, ja disse værdier direkte ind i en handelsaftale. Sammen med Canada åbner vi et nyt kapitel for fair og bæredygtig handel. Vi lægger den med rette forhadte ISDS-mekanisme i graven, og vi slår fast med syvtommersøm, at virksomheder ikke kan sagsøge lande, fordi de mister indtægter på grund af skrappe, nye nationale eller europæiske regler. Det er kun folkets demokratiske, valgte repræsentanter, der skal lave love, og det skal de kunne gøre frit. Blandt andet derfor støtter jeg som socialdemokrat CETA-aftalen og håber, at den bliver vedtaget senere i dag. Tak for ordet.

Christofer Fjellner (PPE). – Fru talman! Efter sju år så är vi äntligen här, men jag känner mig kluven.

Jag är glad att vi ska få godkänna avtalet, men jag är beklämd över att det sitter så hårt inne, att så många extremister härinne och annorstädes ägnat så mycket tid och kraft till att försöka stoppa ett samarbets- och handelsavtal med Kanada; att man med lögnar eller "alternativa fakta", som de kanske kallas nu för tiden, försökt att kidnappa det här avtalet för att istället driva sin egen agenda på höger- och vänsterkanten av nationalism och socialism. För det är här man ser att de är samma andas barn. Det är när det handlar om att försvara protektionism och sätta upp gränser som högerextremer och vänsterextremer möts.

Men det här är ett bra avtal. Det är ett väldigt bra avtal. Det tar bort 99 procent av alla tullar, det skapar jobb i de över 900 000 företag som är beroende av handeln med Kanada, och indirekt skapar det jobb i hela Europa.

Men det handlar inte bara om Kanada. Det handlar om vår trovärdighet på den internationella scenen. Kan vi inte ens sluta ett avtal med Kanada, då lägger vi ner vår möjlighet att påverka världshandeln. Det har inte Europa råd med, det har inte världen råd med och därför ska vi rösta ja idag.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señora presidenta, vamos a decidir hoy qué modelo de comercio internacional defiende la Unión Europea, si el proteccionismo de Trump, «América primero», o los principios y valores primeros a través de una política comercial que pone reglas a la globalización para que sea más justa. Una política comercial que no se limita solo a suprimir barreras comerciales, sino a garantizar y promover los estándares sociales, laborales y medioambientales de la Unión Europea en el resto del mundo.

El CETA no es un acuerdo perfecto. Ningún acuerdo lo es. Siempre hay margen de mejora, y ese es nuestro papel, pero con el CETA, gracias al trabajo de muchos -también, desde luego, de nuestro Grupo-, hemos dado pasos importantes en materia de transparencia, de desarrollo sostenible, de participación de la sociedad civil y de defensa de nuestro Estado del bienestar y de los servicios públicos.

El CETA es una oportunidad, porque con este Acuerdo nos comprometemos con nuestros socios canadienses a avanzar hacia una globalización más justa y solidaria. Y a mis compañeros de la GUE españoles les digo que ser de izquierdas no es ser proteccionista ni nacionalista. Si creen eso, les superan por la izquierda Donald Trump, Marine Le Pen y los compañeros antieuropeístas de la bancada de la extrema derecha.

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Šiandien ratifikuojame labai svarbų, Europos Sąjungai labai reikalingą susitarimą, moderniausią susitarimą Europos Sąjungos istorijoje, susitarimą, kurį pasiekė dvi demokratijos – Europos Sąjunga ir Kanada, mūsų susitarimą su tas pačias vertybes gerbiančia Kanada, kurioje, atleiskite už palyginimą, gyvūnų teisės yra labiau gerbiamos negu žmogaus teisės kurioje nors kitoje mūsų šalyje partnerėje, su kuria mus sieja laisvosios prekybos susitarimai. Kritika dėl to, kaip viešosios paslaugos reglamentuojamos šiame susitarime, yra visiškai nepamatuota (kalbu apie švietimą, apie sveikatos apsaugą ir apie aplinką). Neabejoju, kad, kai susitarimas ims galioti, Europos Sąjungos piliečiai, darbininkai ir kompanijos greitai pajus jo naudą, kaip buvo ir Europos Sąjungos ir Korėjos susitarimo atveju. Naudą pajus ir Lietuvos eksportuotojai. Remiu šį susitarimą.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, la caricature selon laquelle il n'existe que deux écoles en matière de commerce international – l'école du protectionnisme, prônée par les populistes, et l'école de l'ultralibéralisme, partagée par une grande majorité de ce Parlement – est insupportable. Je dirais même que cette conception bipolaire est suicidaire aujourd'hui pour l'Europe.

L'Europe est capable de faire mieux, l'Europe mérite mieux. À l'heure où tous s'interrogent sur leur avenir et où la rupture de confiance vis-à-vis du système politique et du système économique est à son paroxysme, nous, dans cette assemblée, nous allons signer un accord. Nous allons voter un accord «*business as usual*»; un accord qui donne plus de droits aux multinationales; un accord qui fragilise les services publics, les agriculteurs, les PME et les pays les moins exportateurs; un accord qui place les droits des investisseurs au-dessus des droits sociaux et des droits environnementaux; un accord qui n'est pas un accord de nouvelle génération, mais un accord du passé. C'est la raison pour laquelle je voterai contre.

Viviane Reding (PPE). – Madame la Présidente, chers collègues, on entend tout et son contraire sur le CETA.

Je voudrais un instant revenir aux faits car voter pour le CETA, c'est garantir la réciprocité, soutenir nos PME, promouvoir des produits de qualité, protéger les consommateurs et défendre nos artistes. Voter contre, c'est pérenniser la justice privée et refuser des normes internationales élevées en matière sociale, environnementale et agroalimentaire.

Voter pour le CETA, c'est fixer le modèle de référence pour de futurs accords internationaux et réguler la globalisation en parfaite adéquation avec nos valeurs et nos intérêts. Voter contre, c'est consentir au manque de réciprocité et à l'absence de règles.

Voter pour le CETA, c'est protéger et partager les valeurs, bétonner les normes et créer des emplois. C'est la raison pour laquelle je vote pour le CETA, afin d'affirmer le leadership de l'Europe et d'entériner un accord qui est dans l'intérêt des citoyens et des entreprises, et qui bétonne nos valeurs et nos systèmes démocratiques.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il CETA contrasta con principi e standard che ritengo assolutamente non negoziabili, dall'approccio alla sicurezza alimentare alle misure sugli interferenti endocrini, dagli impegni per il raggiungimento degli obiettivi climatici ed energetici ai livelli massimi per i residui di pesticidi, dal meccanismo di arbitrato agli spazi per l'intervento dei privati nei servizi pubblici, dal rischio d'ingresso di prodotti OGM alla tutela delle produzioni di qualità.

In Europa abbiamo 1 300 prodotti alimentari ad indicazione geografica, 2 800 vini e 330 distillati. Di questi il CETA ne tutelerà solo 173. Molte denominazioni di origine, dunque, che siamo abituati a considerare indicative di prodotti di qualità, con forte legame al territorio, non saranno protette oltreoceano. È davvero un peccato che il CETA non abbia segnato una discontinuità e che l'Europa non abbia orientato i negoziati ad una maggiore protezione dei diritti dei consumatori, del principio di precauzione e delle clausole di protezione dell'ambiente. Io voterò contro perché il CETA non porta alcun beneficio ai cittadini europei.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señora presidenta, señora comisaria, señorías, este Acuerdo con Canadá llega en un momento muy particular de nuestro calendario, cuando se ha caído la primera prioridad de la política comercial de la Unión Europea, que era el Acuerdo con los Estados Unidos.

La Unión Europea es el principal bloque exportador del mundo de bienes; es el principal bloque exportador del mundo de servicios; principal inversor y receptor de inversión extranjera directa, y uno de los principales bloques importadores.

En contra de lo que se ha dicho, este Acuerdo es un paso decidido en la buena dirección y es un acuerdo equilibrado, justo, que redundará en beneficio de los intereses de nuestros ciudadanos, creando prosperidad y empleo.

Por lo tanto, quisiera felicitar a la Comisión por esta negociación y, aunque a mí me hubiera gustado que hubiera podido concluirse en un plazo de tiempo más breve —siete años es demasiado largo—, creo que va a marcar un hito este Acuerdo.

Y, por lo tanto, animaría a la Comisión a que, en el plazo que queda de su mandato antes del fin de esta Comisión Juncker, concluyera los acuerdos pendientes, y me gustaría citar, entre algunos, Japón, Australia, Nueva Zelanda y, por supuesto, Mercosur.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, o acordo comercial com o Canadá é de importância estratégica para a União Europeia, sobretudo depois de Trump, e é a resposta necessária contra a perigosa ilusão do isolamento e do protecionismo.

Este é também um bom acordo, um acordo equilibrado do ponto de vista económico, que ilumina tarifas e permite o acesso ao mercado, e é uma nova referência para o comércio internacional, um acordo progressista para uma globalização mais regulada.

Hoje, podemos dizer que demos ouvidos aos cidadãos e que este acordo, por pressão deste Parlamento e da sociedade civil, respeita os valores ambientais, sociais da União Europeia, o nosso direito a regular no interesse público.

Foi por pressão deste Parlamento e do grupo socialista que o sistema privado de arbitragem foi substituído por um novo sistema de arbitragem pública e é porque este acordo foi melhorado que a sua versão final merece a confiança dos cidadãos e merece o voto favorável deste Parlamento Europeu.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Niektórzy tu mówią cynicznie do nas, do zwolenników CETA: „Pokazujecie państwo, jak bronicie obywateli Europy”. To ja na to powiem: „Pokazujecie państwo, jak cynicznie okłamujecie obywateli Europy, bo prezentujecie tu kłamstwa i opowiadacie bzdury”. Tym, co mówią: „Jesteśmy przeciwko CETA, bo liczy się człowiek”, ja powiem: „Jesteśmy za umową CETA, bo liczy się człowiek”. CETA to most przez Atlantyk łączący przyjaciół we współpracy na rzecz dobrej przyszłości. Niższe ceny, wyższa jakość, bezpieczeństwo obywateli, ochrona demokracji, ochrona praw człowieka i praw pracowniczych, a także ochrona środowiska i klimatu – to jest CETA. To są wartości, których chcecie tu bronić, a jednocześnie jesteście przeciwko CETA. Musicie się zdecydować.

Emmanuel Maurel (S&D). – Madame la Présidente, plus nous avançons dans ce débat sur le CETA, plus j'ai l'impression que nous discutons en réalité d'un accord du Vieux Monde, parce que, contrairement à bien des collègues, je crois que le CETA n'est pas du tout un modèle pour l'avenir.

D'abord, il passe à côté de toutes les grandes réussites de la diplomatie multilatérale des dernières années: la COP 21 sur le climat, l'accord du G20 sur l'évasion fiscale, il n'en parle pas. Surtout, aux grands défis d'aujourd'hui – changement climatique, creusement des inégalités, défiance démocratique –, le CETA n'oppose que des réponses passésistes. Toujours plus de libéralisation, toujours moins de services publics, toujours plus de concurrence, toujours plus de pouvoir pour les multinationales... Je crois que ce n'est pas la voie que nous devons emprunter et je reprends la formule d'une collègue à l'instant: «L'Europe, elle mérite mieux.»

Chers collègues, certains nous disent aujourd'hui que c'est soit Donald Trump et Marine Le Pen, d'un côté, soit le CETA, de l'autre – franchement, nous pourrions nous garder de ce type de caricature. Je pense que l'Europe mérite mieux, elle peut mieux et, heureusement, nous avons de formidables points d'appui, comme en témoignent la mobilisation de la société civile et la résistance de certains gouvernements. Alors, nous pouvons aller de l'avant et imaginer une autre politique commerciale.

Fernando Ruas (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, este acordo, iniciado em 2009 e concluído em 2014, é, em nossa opinião, bastante completo, moderno, transparente, também voltado para o futuro. Acreditamos que, doravante, vai trazer benefícios para as empresas, para os trabalhadores e para os consumidores. É que, para lá da eliminação de 98 % dos direitos aduaneiros, este acordo prevê também a salvaguarda dos serviços públicos, audiovisuais, dos transportes e dos produtos agrícolas mais sensíveis.

Com este acordo, haverá a garantia de proteção de 143 indicações geográficas europeias, 20 das quais são portuguesas. Importante também, na nossa opinião, é o reconhecimento mútuo de certificação para muitos produtos, bem como o reconhecimento de um conjunto alargado de profissões, desde engenheiros a arquitetos ou advogados, a manutenção de elevados padrões em matéria ambiental, de segurança alimentar, saúde e direitos dos consumidores, sempre com respeito pelo cumprimento das regras e dos regulamentos europeus é também um aspeto gostamos de marcar.

Estou certo que a União Europeia irá beneficiar com este acordo e o meu país não será exceção, pois Portugal tem atualmente mais de mil empresas a exportar para o Canadá, sendo 89 % pequenas e médias empresas que asseguram 12 mil postos de trabalho.

É, pois, por isso, que vou votar a favor do CETA.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! CETA ist kein Teufelswerk, da irren viele Kritikerinnen und Kritiker.

Aber CETA ist ein Vertrag, der intransparent verhandelt wurde und der meiner Meinung nach nicht die richtigen Antworten auf die Globalisierung gibt. Wir haben heute schon mehrmals die Frage gehört: Wie können wir Globalisierung gerecht gestalten? CETA in vorliegender Form leistet dazu keinen Beitrag. Deshalb kann ich CETA nicht zustimmen.

CETA ist noch nicht gut genug. Nun, was lehrt uns CETA? Auf jeden Fall, dass wir es künftig anders machen müssen. Vielleicht wäre es gut, wieder zurück zu klassischen Handelsabkommen zu kommen und die regulatorische Kooperation in sektorspezifischen Abkommen zu regeln. Essenziell ist aber, die nationalen Parlamente, die Zivilgesellschaft, die NGO sowie das Europäische Parlament von Beginn an an den Verhandlungen teilhaben zu lassen und während der Verhandlungen regelmäßig darüber zu informieren, die Bedenken ernst zu nehmen, die Haltung der Bürgerinnen und Bürger respektieren und mit einzubeziehen. Nur auf diese Weise kann die europäische Handelspolitik wieder an Legitimation gewinnen. Was bei CETA schief gelaufen ist, darf sich nicht wiederholen!

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir erleben soeben eine Auseinandersetzung zwischen Verantwortung übernehmen und Ängste schüren, zwischen Globalisierung regeln und sich abschotten, zwischen Zukunft gestalten und Chancen verspielen, zwischen Bewertung des Verhandlungsergebnisses und *fake news*, zwischen ernsthaften sachlichen Debatten und einem unaufrichtigen parteitaktischen Doppelspiel.

Ich bin froh, dass die Mehrheit der Abgeordneten der Europäischen Volkspartei, der Liberalen, der Konservativen und auch der Sozialdemokraten die Sorgen der Menschen ernst nimmt und sich nach intensiver Debatte entschieden hat, für das Handelsübereinkommen zu stimmen, weil wir das Ergebnis geprüft haben und weil die Sorgen und Fragen der Menschen in diesem Abkommen auf dem Boden der Rechts- und Wertegemeinschaft der Europäischen Union beantwortet werden.

Wer sich abschottet, verliert. Wir gestalten. Wir wollen die Chance nutzen!

Андрей Ковачев (PPE). – Г-жо Председател, споразумението е в интерес на европейските граждани и на бизнеса. То означава растеж и нови работни места, без да се застрашават европейските стандарти в нито една сфера, въпреки безпардонните лъжи, които чуваме днес от някои от колегите.

Българската икономика зависи от износа на стоки и услуги, който е около 80 процента от brutния вътрешен продукт. Тя има нужда от преки чуждестранни инвестиции и свободен достъп до пазари и на трети страни. Затова България, както и Европейският съюз като цяло, ще спечелят от споразумението, от безвизово пътуване, от по-лесно признаване на професионални квалификации и по-добър достъп до пазара на труда, от по-ниски разходи за износителите, от възможности българските фирми да участват в търгове за обществени поръчки и отварянето на канадския пазар.

Споразумението не е в ущърб на малките и средните предприятия, а в тяхна полза. Големите и без споразумението могат да оперират глобално. В продължение на месеци бяхме засипвани с апокалиптични сценарии: споразумението ще залее Европа с ГМО, ще зароби европейските народи, ще доведе до колапс в икономиката. Когато споразумението започне да се прилага, ще стане ясно колко плоски са били тези лъжи. Много е по-лесно да се поддадем на популизма, но е по-отговорно да обясним на гражданите ползите от това споразумение.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, the EU was founded 60 years ago on the principles of four freedoms. Our rapporteur, Mr Pabriks, told us today that the EU has a choice between future openness or protective and angry closing into ourselves. Also, some time ago, Pope Francis spoke to the European Parliament of his impression of a wary and ageing Europe, reminding us of a grandmother, hesitant and defensive, but now also believing in political horror stories. Only opening up will bring wide-ranging success and well-being to the citizens of Europe.

The EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) constitutes a key means of rejuvenating the EU's dynamics because every additional billion of EU exports supports 14 000 jobs in Europe. It is, in fact, a crucial test of the EU's credibility, self-respect and reaffirmation of our founding principles of four freedoms.

Commissioner Malmström, *tack så mycket* for your dedication, faith and persistence.

Richard Corbett (S&D). – Madam President, is it in order for Members to absent themselves from the debates and leave big placards rather than actually take part in the debate?

President. – I do not have the Rules of Procedure, but we take note of your comment.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, yo quiero manifestar mi apoyo al CETA y al Acuerdo de Asociación Estratégica con Canadá. Compartimos con este país muchos valores y objetivos. Son, además, nuestros socios en la OTAN y cooperamos estrechamente para hacer frente a desafíos globales como el cambio climático. También apostamos por el multilateralismo y por el respeto del Derecho internacional. El Acuerdo de Asociación Estratégica mejorará nuestro diálogo y coordinación.

El acuerdo CETA es el acuerdo de libre comercio, como ya se ha dicho, más moderno que la Unión Europea ha negociado. Permitirá un mejor acceso para nuestras empresas al mercado canadiense de alto poder adquisitivo. Además de un sistema innovador para la resolución de conflictos entre inversores y Estados, el CETA establece una amplia apertura en materia de contratación pública, lo que me parece muy importante, pues permitirá a las empresas europeas participar en contratos públicos también a nivel de provincias y municipios en Canadá. Es el acuerdo más amplio abierto en esta materia por este país. El CETA dinamizará las relaciones económicas y comerciales con Canadá.

En el mundo de hoy no se puede estar contra el comercio internacional. Todo lo contrario, el comercio trae prosperidad, beneficia a los consumidores y también crea empleo, tan necesario en Europa.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Frau Präsidentin! Die CETA-Gegner haben uns einzureden versucht, Kanada mit seinen 36 Millionen Einwohnern sei für die Europäische Union eine existenzielle Bedrohung.

Ein Land, in dem die Queen das Staatsoberhaupt ist, wo Französisch gesprochen wird, der Staat die Medikamente bezahlt, in dem es eine sozialliberale Regierung gibt, die großzügig Flüchtlinge aufnimmt. Was für ein Unsinn. Wenn es uns als Europäer nicht gelingt, mit diesem Land ein Abkommen zu schließen, dann können wir alle anderen Verhandlungen sofort beenden.

Ich will es hier mal deutlich sagen: Ich habe auch den offenen Brief der Grünen, von Reinhard Bütikofer und den Kollegen, gelesen. Ich finde, es ist sowohl ahistorisch als auch scheinheilig zu sagen: Rechte Abschottung á la Marine Le Pen oder Donald Trump ist schlecht, linke Abschottung á la ATTAC oder Verdi ist super. Rechter Nationalismus á la UKIP ist schlecht, linker Nationalismus á la Jean-Luc Mélenchon ist gut. Es gibt auch keinen Unterschied zwischen rechten alternativen Fakten von Donald Trump und linken alternativen Fakten von der Linkspartei und anderen. Beide sind Lügen.

Stimmen wir diesem Abkommen zu! Eine weltoffene Haltung heißt, Brücken über den Atlantik zu bauen, und nicht, Mauern zu errichten.

(Beifall)

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin! Ich werde heute für das CETA-Abkommen stimmen. Ich komme aus einer exportstarken Region, aus dem Land Hessen, das ist Frankfurt und Umgebung. Wir haben ein starkes Interesse daran, dass sich auch der Handel mit Kanada verbessert, insbesondere auch für die Klein- und Mittelbetriebe, die es bisher schwierig hatten, in diesem Land Fuß zu fassen.

Ich bin immer wieder überrascht, welche seltsamen Konstellationen sich gegen dieses Abkommen finden. Das ist dann in Deutschland von Sahra Wagenknecht bis zur AfD-Vorsitzenden, das ist dann von Donald Trump bis Mélenchon, von Marine Le Pen bis zu einigen deutschen Sozialdemokraten, was ich außerordentlich bedaure.

Von daher hoffe ich, dass wir mit diesem Abkommen ein Zeichen setzen für eine neue Generation von fortschrittlichen Freihandelsabkommen, die als Vorbild auch für künftige Abkommen dienen können. Deswegen bitte ich alle herzlich, diesem Abkommen zuzustimmen.

Catch-the-eye procedure

Seán Kelly (PPE). – Madam President, as a member of the Committee on International Trade, and of the Delegation for relations with Canada in the last mandate, I have been following this agreement all that time. I must say I am somewhat amazed at the alternative facts which are now in vogue in this establishment and around the world. You could say this is the age of alternative facts.

One of them, which has been flying around my Twitter feed over the last few days, says CETA will put 90 million jobs at risk. That is nearly half the jobs in the European Union and this from a country, Canada, which has only 35 million people itself. These are the facts being perpetrated and which the people out there protesting today believe.

If I thought it was going to cost 90 million jobs I would be against it too. In actual fact, it is the opposite. We are in favour of it because it is going to create jobs. It is going to create jobs in Europe, in Ireland, and that is what we want. The agreement with South Korea created 210 000 jobs, and yet the Canadian agreement is going to cost us jobs? Is this logical? No.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, este un moment istoric pentru Uniunea Europeană, pentru că este primul acord de liber schimb pe care Uniunea Europeană îl încheie cu o altă economie majoră din cadrul OCDE.

Personal, cred în nevoia acordurilor comerciale încheiate cu alte țări non-europene, dar, evident, pe principiul câștig-câștig. Piața internă are nevoie să se dezvolte, să își internaționalizeze afacerile, în special IMM-urile. Totdeauna, când închei un acord, trebuie să te gândești ce pierzi și ce câștigi. Nu poți să pretinzi să câștigi doar tu. De aceea eu susțin acordurile comerciale, concomitent cu măsuri de apărare comercială – și aceasta este datoria Comisiei.

Temerile mele de la începutul negocierilor au fost spulberate, cele legate de standarde de produs și de mecanismul juridic. Până la urmă, avem de luat o decizie economică, dar și politică și totdeauna trebuie să știm să alegem varianta cea mai bună, pentru că soluția ideală nu există. Așadar, cred că avem datoria să susținem dezvoltarea pieței interne prin acorduri comerciale bune, nu să închidem piața internă.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođa predsjednice, oko CETE se digla nepotrebna prašina, a ljevičarske krajnje stranke i nevladine organizacije namjerno su je vezale uz TTIP kako bi izazvale konfuziju javnosti. CETA je u svojoj srži puno transparentniji i benevolentniji sporazum, koji europskim tvrtkama otvara jedno bogato tržište zemlje koja ne predstavlja nikakvu ugrozu za Europu. Nema crnog scenarija. Problema će naravno biti, ali zar nemamo problema u Europskoj uniji između država članica? Naravno, te probleme rješavamo novim pregovorima, a s Kanadom ih možemo rješavati i sustavom sporova.

Kolegice i kolege, ako nismo sposobni sklopiti sporazum s jednom benignom Kanadom, onda s kim jesmo? Slobodna je trgovina između Europe i Kanade prilika za obje strane. Za Hrvatsku je to prilika da se još bolje ekonomski poveže sa svojom dijasporom u Kanadi i vjerujem da ćemo biti hrabri i iskoristiti ovu priliku.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, comisaria, gracias a usted y a su equipo por el gran trabajo realizado.

Vamos a apoyar el CETA porque favorece a las pymes, que son las principales creadoras de empleo en la Unión Europea; porque abre nuevas oportunidades de intercambio en sectores en los que somos líderes mundiales en calidad y tecnología, incluidas las producciones primarias de alta calidad —lo que solo puede reforzar esta posición—; y porque compartimos con Canadá valores y principios que van a salir reforzados, al crecer con un Acuerdo que los hace más presentes y fuertes en el comercio mundial.

Esta es la mejor respuesta frente a otros estándares sociales o medioambientales que, sin acuerdos como este, encuentran más facilidades para prosperar.

El equipo de comercio de la Comisión Europea ha demostrado en esta legislatura conocimiento, capacidad real para hacer evolucionar realidades hasta ahora inmóviles —como el sistema de arbitraje— y sensibilidad social y capacidad de interlocución.

Oportunidades como las que abre este Acuerdo son siempre mucho más que un no.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, I am here to represent the people and I would imagine most of us are here to represent the people. The problem is that the person who went out and negotiated this agreement has said that she does not take her mandate from the people. What sort of a democracy is this, where we send someone out to negotiate on our behalf and she brazenly says to us that she does not take her mandate from the people? I suppose she is being honest, unlike a lot of the other Commissioners.

The Committee on Employment and Social Affairs is against this agreement because it will cost 204 000 jobs, and if Mr Kelly, MEP, thinks this is an alternative fact let him go into the Employment Committee and call them liars. The great irony, though, is that the man who casts doubt on the unemployment that will be occurring actually comes from a party with a leader who is openly a liar, and I can say that because it is official.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Madam President, I would vote in favour of CETA if I could judge that the balance of interests is correct, but I do not think so. I think it weighs heavily on the side of enterprises and investors but, having said this, I look very much forward to working with the Commissioner on the new trade agreements where this balance will be set right.

I welcome, Commissioner, your suggestion on broad consultation on how to embed sustainable development in a legally binding way in the Treaties. I also believe that Parliament has to support you when you call for the Council to publish negotiation mandates at an early stage in the future, because that would be the right way to proceed from now on.

At this moment we are dealing with the CETA Agreement and let me say that, even if Canada is a very nice country and Trudeau is a very nice guy, some Canadian mining companies are not best known for their responsibility and accountability, and this may be felt even in my country, Finland.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i carnevali passano ma certe maschere restano. Le maschere dell'ipocrisia di quanti spacciano il CETA per un semplice e banale accordo con il ridente Canada, fondato su principi e valori comuni, una pietra miliare del commercio sostenibile. Togliete la maschera e dite la verità. La verità sulla finta abolizione degli ISDS, sui conflitti di interesse delle corti arbitrali, sui nostri diritti costituzionali calpestati a favore delle multinazionali. La verità sulle privatizzazioni e liberalizzazioni selvagge di acqua, sanità e servizi pubblici. La verità su 230 000 lavoratori europei di cui avete svenduto per trenta denari impiego e dignità.

Noi portavoce del Movimento 5 Stelle abbiamo scelto da che parte stare: dalla parte di chi non vuole farsi consumare dal consumismo, dalla parte di chi difende il diritto di tutti contro il profitto di pochi, dalla parte di tre milioni e mezzo di firme di cittadini europei. No al cavallo di Troia e al TTIP, no al CETA!

(End of catch-the-eye procedure)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members of this House, it has indeed been a very long and interesting debate. We are here discussing a trade agreement. Trade has made the European Union the biggest economy of the world. It has benefited the prosperity and welfare of Europeans. Trade with other countries outside the European Union has created millions of jobs, 31 million in the export sectors and many, many millions in the import sectors. Countries are queuing up to make trade agreements with us but they are, of course, looking very carefully at what is going to happen today, whether we are a reliable partner or not. Trade globally has lifted millions and millions of people out of poverty, so trade is a good thing, but of course trade needs to be regulated in trade agreements and that is what we are discussing here today.

This is not business as usual; this is a new type of trade agreement. It has economic advantages: we are taking away tariffs, we are increasing market access, we have achieved the recognition of many important geographical indications, we are taking away red tape and this is beneficial. After all, most small and medium-sized companies – 80% of the 70 000 companies who today export to Canada are SMEs – have smaller margins than the big companies because the latter can always manage. SMEs benefit from lower tariffs, from increased market access, from less red tape. We are taking away tariffs, for instance on textiles of 18%, on shoes of up to 18%, on machinery of 9%. These are not small sums for small companies, and many of them are also involved in exporting geographical indications. We know that

trade works. The trade agreement with South Korea has increased exports by impressive figures and created many jobs.

This is also an agreement about values, about the right of governments to regulate, about maintaining our high standards, about labour rights, about environmental rights, about sustainable development, about reforming the old ISDS system – because it was not invented in CETA, it has existed since 1959, it was invented in Germany. All countries, except Ireland, have ISDS clauses. We have made them more democratic, more transparent and introduced a more ethical system. You, here in the European Parliament, have been very active in that transformation.

(The President interrupted the speaker to call for less noise in the House)

J'allais juste répondre aux collègues français qui ont exprimé leurs inquiétudes par rapport au secteur bovin. J'ai discuté avec le commissaire Hogan et M. le Président Juncker, et nous allons vous adresser une lettre pour répondre plus en détail à vos questions.

Je peux vous affirmer qu'en ce qui concerne l'accord avec le Canada, celui-ci a été bien conçu, en tenant compte de la sensibilité de ce secteur. Je reste convaincue que les importations n'auront pas un effet dramatique sur le secteur. Les services de la Commission assureront le suivi régulier des importations en question, y compris le taux de remplissage des contingents, en utilisant tous les instruments dont nous disposons afin d'être en mesure de réagir avec efficacité et rapidité en cas de distorsion. Vous aurez plus de détails dans une lettre à la fin de cette semaine.

Actually, honourable Members of this House, for years many of you have been calling for trade agreements which include sustainable development, human rights, labour rights, environment, climate, animal rights. All this is in this unique agreement, but it does not include anything which forces any municipality, country or region to implement privatisation. It will not lower standards, and it will not deprive the governments of their right to regulate in the interests of their citizens. Things that are forbidden on the European market today will remain forbidden, and the Joint Committee will not change anything in our legislation. That is for the EU institutions, including you, to do.

We are making this agreement with Canada, and I would like to salute the presence of the Minister of International Trade, Mr Champagne, who is in the Tribune here today. Canada is a democratic country which shares so many of our values, which is committed to the rule of law, to human rights, and which plays an important international role in defending the multilateral system. They have a strong public sector and they are committed to working with us to shape globalisation.

(Interruption by the President)

President. – Sorry, Commissioner, please take a breath for one moment.

I am not going to resume this debate until we have some semblance of order and silence because the Commissioner is responding in detail to questions raised during the debate. Please bear with us. We have two more speakers and then we vote. Commissioner, again, apologies for the interruption.

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, Canada is committed, in the framework of CETA and of our partnership agreement, to working with us on all the issues that you have mentioned, shaping globalisation to set strong international rules, faithfully respecting the mandate given to us in the Commission by the Member States and expressed in the resolution of this Parliament. Twenty-eight governments have signed this agreement, and it has been done in transparency. The CETA texts have been public since September 2014. The old Investment Court System (ICS) reform has been public for a year. The original version has been online for two and a half years. There have been 12 meetings on this with the European Parliament, nine meetings with the Committee on International Trade, three workshops, two EP delegations, and I could go on. It has not been negotiated in secret. Honourable Members will be involved in the implementation of all this, and we will work with you in order to make sure that we reform and look at how we can become better in the implementation of the sustainable development chapter. I do respect – and that is perfectly normal – that there are different views on this. You can be in favour and you can be against.

(The President interrupted the speaker to call for less noise in the House)

I respect that there will be people voting in favour and against, but calling a trade agreement with Canada a *coup d'état* is, frankly, going too far.

(Applause)

So, voting in a few minutes on the two agreements we have in front of us will enable us to take a great economic and geopolitical opportunity, deepening economic relations, affirming our social and environmental protection, showing that trade and values can go hand-in-hand, and strengthening a shared partnership. I hope that you will vote in favour of these two agreements that will send a strong signal to our friends in Canada, and also to the rest of the world.

(Applause)

Artis Pabriks, *rapporteur*. – Madam President, I will not repeat all those arguments in favour of trade agreements between the European Union and Canada because it was very well argued by all the Commission recently.

(The President called for quiet in the House)

I would like very much to thank all those shadow rapporteurs like Mr Moisă, Ms Schaake, David Martin and others, who contributed so that this trade agreement here in Parliament is of such a high quality. Thank you to all of you. I would also like to agree with speakers such as Alexander Graf Lambsdorff and others who noted that, once more, the far right and the far left of this House are united against everything that is good for the European Union.

(Applause from certain quarters)

If anybody is taking away jobs, if anybody is taking away the wealth of the people of Europe, if anybody is loosening the foundations of European nation states, then turn to these radicals on both sides.

I believe that we will vote today correctly to the benefit of the European Union. I would also like to say that already next week, we will have the first national parliament – that of my country, Latvia – that will ratify this agreement, and the other countries will be able to follow. Those who want to listen to facts and not to be 'trumped' by alternative arguments to the right and left, should rather listen to what kind of benefits this will bring after it comes into force provisionally. I believe that this vote is the right vote for our Member States and for the European Union as a whole. Let's go forward.

(Applause)

Charles Tannock, *rapporteur*. – Madam President, what has been very clear to me today in the debate is that – across the House, other than for a minority of alarmist, protectionist and isolationist voices on the far left and right of the Chamber – there is near-universal appreciation for the strong ties that exist between Canada and the European Union. Our shared culture, democratic norms and history bind us together in a way that is unique. It is vital that the EU champions those shared values to maintain the levels of prosperity and success that we enjoy today and to stand together as strong advocates for free trade and liberal multilateralism across the globe.

The EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) and the Strategic Partnership Agreement (SPA) will act as a model for future trade and political relationships between the European Union and third countries. This is also a potential model around which the United Kingdom could base its future trade relationships with the EU post-Brexit. Fighting international crime and terrorism, tackling climate change and ensuring continued space for economic growth and job creation in an era of globalisation and technological change are all issues that cross borders, and they can only be tackled by democracies like Canada and the EU Member States working together.

As these changes take effect, it is vital that we all pull together to ensure that they work for all our citizens, and that we do not allow our economies to drift towards the simple allure of nationalism, isolationism and protectionism that can only lead to less prosperity and security for our citizens. It has taken many years to reach today and to conclude these deals, but as we are now finally moving in this House to ratify the SPA and CETA, it is clear that this time and effort has been very well worthwhile.

(Applause)

President. – I would like to thank the Commissioner and you too, honourable Members, for your cooperation in this lengthy and important debate.

I have received six motions for resolutions tabled in accordance with Rule 123(2) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Le Traité de libre-échange UE-Canada, dit CETA, va achever de faire de nos régions désindustrialisées des cimetières commerciaux. Lorsque le Premier Ministre canadien, Justin Trudeau, est venu s'adresser aux eurodéputés, il s'est réjoui du fait que les consommateurs européens pourront désormais acheter à bas prix les «magnifiques bottes d'hiver canadiennes Mukluks», du fait de la disparition des tarifs douaniers entre l'UE et le Canada. N'en déplaise à Monsieur Trudeau, les européens ne sont pas seulement des consommateurs prêts à faire tourner la machine commerciale canadienne. Ce sont des artisans, commerçants, ouvriers qui, à l'image des entreprises Bata et André, ont fait vivre pendant près d'un siècle des milliers de familles et exporté le savoir-faire français partout dans le monde. À l'image de l'usine Bata d'Hellocourt, surnommée «Bataville», mis à genoux par la concurrence asiatique déloyale, c'est aujourd'hui à la marque «Andre» du groupe Vivarte de subir la mise à mort du libre-échange sauvage. Avec le nouveau traité CETA, nos TPE-PME françaises vont désormais être condamnées à lutter contre des multinationales canadiennes sans plus bénéficier de la protection douanière. Monsieur Trudeau, vous oubliez que, lorsque les emplois disparaîtront, les consommateurs aussi.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Λόγω ανυπέρβλητου προσωπικού κωλύματος δεν μπορούσα να βρισκόμαι στο Στρασβούργο στις 15 Φεβρουαρίου ώστε να συμμετάσχω στην ψηφοφορία για τη συμφωνία «CETA» ανάμεσα στον Καναδά και την Ε.Ε. Αν ήμουν παρών, θα καταψήφιζα τη συμφωνία αυτή, καθώς συμμερίζομαι την άποψη ότι η CETA, παρά κάποιες βελτιώσεις που σημειώθηκαν, κυρίως μετά από προτάσεις των κρατών μελών κατά την περίοδο ολοκλήρωσης των διαπραγματεύσεων, εξακολουθεί να έχει στο τέλος ένα αρνητικό ισοζύγιο για τις ευρωπαϊκές οικονομίες και κοινωνίες. Σε αυτή τη βάση, θα καταψήφιζα τη σχετική συμφωνία, όπως έπραξε η κοινοβουλευτική ομάδα της Ευρωπαϊκής Αριστεράς GUE/NGL στην οποία ανήκω.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. – Umowa gospodarczo-handlowa między UE i Kanadą (CETA) proponuje zniesienie niemal wszystkich cel i barier pozataryfowych oraz liberalizację handlu usługami między jej partnerami. Ma także otworzyć kanadyjski rynek przetargów publicznych dla europejskich przedsiębiorstw. W 2015 roku wartość towarów importowanych z Kanady wynosiła 28,3 mld euro, a eksportowanych – 35,2 mld euro. Szacuje się, że kwoty te mogą wzrosnąć o 20% po wdrożeniu powyższego porozumienia. W kwestiach najbardziej spornych, które budziły najwięcej kontrowersji, UE i Kanada potwierdziły, że kraje mają prawo do stosowania własnych przepisów. Kolejną taką kwestią był mechanizm rozwiązywania sporów na linii inwestor-państwo. Został on ostatecznie zastąpiony przez Sąd Inwestycyjny, który zapewni kontrolę rządu nad wyborem arbitrów oraz wzmocni przejrzystość całego procesu. Dzisiaj zgłaszujemy również nad Umową o partnerstwie strategicznym między UE i Kanadą, która uzupełnia umowę CETA, wzmacniając dwustronną współpracę w takich obszarach jak polityka zagraniczna i bezpieczeństwa, przeciwdziałanie terroryzmowi, zwalczanie przestępczości zorganizowanej, zrównoważony rozwój, badania i kultura. Mimo wielu atutów CETA pozostaje wciąż sporo niejasności, jak choćby ta dotycząca zgodności umowy z Traktatami, dlatego nie poprzę tego porozumienia.

Ian Hudghton (Verts/ALE), in writing. – MEPs received very large numbers of messages from constituents, expressing opposition to this CETA deal. I am not against trade deals. Scotland is a trading nation, with a long history of building valuable commercial links around the world. I want that to continue. Although I acknowledge that changes in the CETA deal have been achieved, these improvements had been strongly resisted, and only very grudgingly given when serious democratic challenges have been mounted, such as the Wallonian opposition to the original text and the threat of resistance to ISDS in this Parliament.

αποφέρει στην Ελλάδα πάνω από 185 εκατομμύρια EUR. Ταυτόχρονα, η CETA ευνοεί τον κυριότερο καναδό παραγωγό δηθεν «φέτας», ο οποίος, σημειωτέον, είναι Σκοπιανός!!! Ο αγώνας κατά της CETA συνεχίζεται.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – L'accord économique avec le Canada nous engage sur le plan sociétal. Il met en jeu nos modèles agricoles, nos marchés publics, nos systèmes juridiques et les normes européennes sanitaires ou encore environnementales. Or, en l'état, trop d'incertitudes demeurent sur le plan juridique, économique ou environnemental.

C'est pourquoi j'appelle à voter contre cet accord. Il ne s'agit pas de voter contre le Canada. Ce n'est pas parce que le Canada est une démocratie que cet accord est forcément bon et que nous devons arrêter de penser et de prendre du recul sur un texte qui va durablement impacter la politique commerciale de l'UE.

Sur le plan économique, les résultats seront pratiquement inexistantes, de l'aveu même de la Commission. Sur le plan juridique, l'on ne sait pas encore quelle forme prendra le mécanisme d'arbitrage. Sur le plan environnemental, le principe de précaution risque d'être mis à mal par le processus de «reconnaissance d'équivalence».

Je considère aussi que le processus de négociation n'a pas permis de créer les conditions d'un véritable débat transparent. Le débat public va maintenant pouvoir continuer dans chaque État membre en vue du vote des parlements nationaux.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le CETA en l'état n'est pas acceptable, car c'est un accord de nouvelle génération qui vise à harmoniser les normes. Or il n'offre pas la garantie de tirer celles-ci vers le haut. Ces normes sont essentielles et profondément culturelles. S'il est envisageable de faire des compromis en matière de droits de douane, on ne peut faire par contre, aucune concession en ce qui concerne les normes européennes. Imaginons quel pourrait être l'impact sur l'alimentation ou les exigences sociales, si les garde-fous n'étaient pas clairement établis. Aujourd'hui, l'Union européenne négocie de grands traités commerciaux considérant le commerce comme l'alpha et l'oméga du développement, sans définir au préalable son positionnement tant d'un point de vue économique, qu'aux niveaux social et environnemental. L'objectif qui sous-tend ce type d'accords est la coopération et la convergence réglementaire en vue de supprimer les barrières non-tarifaires au commerce, mais sans régler au préalable la question des différences au niveau des réglementations et des aides publiques, l'Union européenne court le risque d'une concurrence déloyale entre Canadiens et Européens. Ce sont, entre autres, les raisons pour lesquelles je vote aujourd'hui contre le CETA.

Monika Smolková (S&D), *pisomne*. – V ostatnom období sme poslanci EP pod väčším tlakom občanov EÚ, a to pre obchodnú dohodu medzi EÚ a Kanadou. Aj tento tlak mňa osobne prinútil k tomu, aby som počúvala argumenty občanov, ale aj odborníkov. Aj dnes, keď o zmluve CETA rokujeme v pléne, máme možnosť si vypočúť argumenty od našich kolegov poslancov za, ale aj proti. Ja sa chcem pridať na stranu tých, ktorí dohodu podporia. Aplikáciou dohody by mal vzrásť vzájomný obchod až o 12 miliárd ročne, takisto by sa mal podporiť hospodársky rast a tvorba nových pracovných miest. Pre mňa je presvedčivým argumentom aj fakt, že tovar dovážaný z Kanady musí spĺňať všetky pravidlá stanovené EÚ. Ďalší dôležitý argument je aj to, že Kanada bude uznávať viac ako 140 tradičných a chránených výrobkov vyrábaných v EÚ len v určitej oblasti. Presvedčili ma aj argumenty eurokomisárky pre obchod Cecílie Malmströmovej, ktorá objasnila, že dohoda s Kanadou neznamená privatizáciu verejných služieb, nepovedie k zníženiu štandardov pre spotrebiteľov, a tiež vysvetlila úlohu arbitrážnych súdov. Od dohody medzi EÚ a Kanadou očakávam prínos aj pre Slovensko, a to nie len pri obchodnom styku, napríklad v automobilovom sektore, ale aj pri vzájomných výmenách skúseností medzi našimi a kanadskými vzdelávacími a vedeckými inštitúciami.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Danes je Evropski parlament pustil na cedilu Evropejce in v ospredje postavil interese korporacij in brezkompromisno kapitalistično logiko, s tem pa poteptal naše socialne in delavske pravice, javno zdravje, prehranske standarde, naravne vire, temeljna načela demokracije in vladavino prava.

Evropski hram demokracije je s tem povsem ignoriral do sedaj enega največjih množičnih državljanskih uporov, ki je združil več milijonov državljanov, nevladnih organizacij, predstavnikov sindikatov, lokalnih skupnosti, strokovnjake in druge, a vse to očitno ni bilo dovolj.

Takšna poteza je v času, ko imajo ljudje vse bolj občutek, da ne odločajo o ničemer več ter da se ključne odločitve sprejemajo daleč stran, predvsem v vsemogočnih centrih kapitala, še toliko bolj zaskrbljujoča. Ali ni že skrajni čas, da se pri vprašanjih, ki so tako bistvenega pomena za našo prihodnost, upošteva glas ljudi, ki je tukaj jasen?

Sam sem glasoval proti sporazumu, ki zasleduje ozkogledno in pogoltno trgovinsko politiko in ogroža temeljne postulate naše družbe, namesto da bi uveljavljal pravično in transparentno trgovinsko politiko, ki se ne igra z usodami in pravicami ljudi.

Sedaj pozivam parlamente držav članic, da v postopku ratifikacije pokažejo posluh za državljane ter Ceti odrečejo svojo podporo. Očitno nacionalni parlamenti ostajajo zadnji branik evropskih standardov in evropske demokracije.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Podpiram sporazum CETA, saj menim, da gre za sodoben sporazum, ki ponuja zelo dobro podlago za sodelovanje, brez nevarnosti, da se znižajo evropski standardi.

To ne ocenjujem le na podlagi splošnih ocen, ampak na podlagi tega, da sem sporazum tudi podrobno pregledala. Razumem zaskrbljenost ljudi glede ohranitve evropskih standardov, pridobljenih pravic in vpliva korporacij, vendar so skrbi odveč.

V preteklem letu je ostalo očitno, da pri nasprotovanju CETI ne gre toliko za vsebino, ki je mnogi sploh ne poznajo, ampak bolj za vprašanje nasprotovanja globalizaciji in širjenje populizma. Nevarno bi bilo, da bi se EU gospodarsko zaprla sama vase. Z odpravo carin bo na primer mogoče kupovati izdelke na e-bayu brez dodatnih stroškov. Diplome, ki so pridobljene v Sloveniji, bodo veljale brez dodatnega preverjanja, podjetja, ki svojo priložnost iščejo z izvozom na kanadski trg, pa bodo poslovala z manj birokratskimi ovirami.

Protekcionizem, monopoli in politika izolacije v globalnem svetu ne prinašajo pozitivnih izidov, kvečjemu nasprotno, povzročajo nepopravljivo škodo gospodarstvu ter blaginji evropskih državljanov.

(The sitting was suspended for a few moments)

(Noisy protests in the public gallery)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

5. Erklärung des Präsidenten

Presidente. – Oggi siamo chiamati ad esprimerci anche sull'accordo economico e commerciale con il Canada. È stato un processo lungo e non privo di ostacoli. Credo che sia stata manifestata la posizione contraria. Questo Parlamento è una casa di vetro e le regole devono essere rispettate da tutti. Ci sono stati molti che si sono espressi contro questo accordo. Molti cittadini hanno manifestato fuori da quest'Aula per esprimere le loro idee. L'importante è che si rispettino sempre le regole e che si rispettino le idee degli altri.

Il Parlamento deve essere protagonista. Il mio impegno è quello di fare in modo che le decisioni prese da quest'Aula permettano al Parlamento europeo di essere al centro dell'attività politica, perché i cittadini che noi tutti rappresentiamo debbono sapere che i loro rappresentanti difendono i loro interessi.

Come al solito, io non voterò, non perché io non abbia le mie idee ma perché, a mio giudizio, la posizione del Presidente deve essere la posizione adottata dal Parlamento.

James Carver (EFDD). – Mr President, ahead of such a controversial vote I thought it might be quite nice to break the tense atmosphere here with some good news and point out that on 6 February 2017 Her Majesty the Queen celebrated her sapphire jubilee: 65 years on the throne in the United Kingdom. I think colleagues would like to join me in paying their respects to Her Majesty the Queen, especially colleagues from the Commonwealth, from Malta and from Cyprus.

Elena Valenciano (S&D). – Es solo una pregunta, señor presidente, porque no he entendido. Es una pregunta: ¿usted no va a votar hoy o no va a votar nunca?

Presidente. – Non ho mai votato come vicepresidente e non voterò mai quando presiederò la seduta. È una mia scelta personale, lo potrei fare, ma la posizione del Presidente deve essere la posizione del Parlamento.

6. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll

7. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

7.1. Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU/Kanada (A8-0009/2017 - Artis Pabriks) (Abstimmung)

7.2. Abschluss des CETA EU/Kanada (B8-0141/2017, B8-0142/2017, B8-0143/2017, B8-0144/2017, B8-0145/2017, B8-0146/2017) (Abstimmung)

7.3. Abkommen über eine strategische Partnerschaft EU/Kanada (A8-0028/2017 - Charles Tannock) (Abstimmung)

7.4. Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit EU/Mongolei (A8-0382/2016 - Helmut Scholz) (Abstimmung)

— Prima della votazione:

Helmut Scholz, rapporteur. – Mr President, dear colleagues, I want to draw your attention to the forthcoming file, the partnership agreement with Mongolia, which has been negotiated and concluded, and finally today we can give consent to this agreement. Unfortunately, we did not have the chance to discuss the content, and I want to draw your attention in particular to the fact that we need the opening of a representation of the European Union in Mongolia to accompany the future cooperation and political, economic and cultural relationship with this important country in Asia.

7.5. Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit EU/Mongolei (EntschlieÙung) (A8-0383/2016 - Helmut Scholz) (Abstimmung)

7.6. Übereinkommen über den Handel mit Zivilluftfahrzeugen (Anhang „Erfasste Waren“) (A8-0007/2017 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández) (Abstimmung)

7.7. Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Investitionen in CO₂-effiziente Technologien (A8-0003/2017) (Abstimmung)

— *Dopo la votazione:*

Ian Duncan, rapporteur. – Mr President, I would like to thank all my colleagues who helped us get to this point. There is an expression in the English language, which is called ‘squeaky bum time’. I think we have lived through that today and yesterday and for several months. I would now like to request a mandate to refer this back to committee in order to begin interinstitutional negotiations.

(La richiesta di rinvio in commissione è approvata)

7.8. Ablehnung gemäß Artikel 105 Absatz 3 GO: technische Regulierungsstandards für die Anwendung von Positionslimits für Warenderivate (B8-0139/2017, B8-0147/2017, B8-0148/2017) (Abstimmung)

— *Prima della votazione:*

Anneliese Dodds (S&D). – Mr President, I am very sorry to take up 60 seconds of your time, but I think it is essential people in this Chamber know what they are about to vote on. Charities, religious groups and many businesses support rejection of this technical standard because they are concerned about the impact of speculation on food commodity prices. Many of you will know that those spikes in food commodity prices have been linked to famine in some countries, pushing millions of people into poverty. We are asking for a very small change to tighten up rules. National regulators will still have the power to loosen those rules if they have to, and farmers who use derivative markets to hedge their bets are accepted. Please, whatever group you are in, reject these technical standards.

— *Dopo la votazione sulla proposta di risoluzione del gruppo socialista:*

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass zur Ablehnung die qualifizierte Mehrheit notwendig ist. Deswegen ist Stimmengleichheit auch noch weit weg von der qualifizierten Mehrheit, und deswegen macht es auch keinen Sinn, darüber jetzt zu diskutieren.

7.9. Bericht 2016 über Albanien (A8-0023/2017 - Knut Fleckenstein) (Abstimmung)

7.10. Bericht 2016 über Bosnien und Herzegowina (A8-0026/2017 - Cristian Dan Preda) (Abstimmung)

7.11. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2017 (A8-0039/2017 - Gunnar Hökmark) (Abstimmung)

7.12. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2017 (A8-0037/2017 - Yana Toom) (Abstimmung)

7.13. Binnenmarktsteuerung innerhalb des Europäischen Semesters 2017 (A8-0016/2017 - Antonio López-Istúriz White) (Abstimmung)

7.14. Bankenunion – Jahresbericht 2016 (A8-0019/2017 - Danuta Maria Hübner) (Abstimmung)

7.15. Biologische Pestizide mit geringem Risiko (B8-0140/2017) (Abstimmung)

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

8. Stimmerklärungen

8.1. Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU/Kanada (A8-0009/2017 - Artis Pabriks)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jens Rohde (ALDE). – Hr. formand! Da jeg skulle ind i Parlamentet i morges, lå der en masse unge mennesker på jorden herude foran indgangen og demonstrerede. Og jeg vil sige, at det synes jeg var temmeligt opløftende. Alt den stund, at når unge mennesker sidder på gaden i køer, så er det oftest, fordi de sidder og venter på en iPhone eller et eller andet, men her der er det nogen, som valgte at stå op – eller rettere at lægge sig ned – for en politisk idé, som de tror på. Det synes jeg er al ære og respekt værd. Men når det er sagt, så stopper enigheden så også. For jeg har valgt at stemme for CETA-aftalen, og det gør jeg simpelthen, fordi jeg som udgangspunkt synes, at frihandel er godt. Den er endnu bedre, når det er sådan, at den er reguleret. Det er min opfattelse, at både hvad angår retssystemet, hvad angår beskyttelse af forbrugere og miljø og hele den politiske åbne proces, der har været om denne aftale, så står vi i dag med verdens bedste frihandelsaftale. Og i en tid, hvor vi har en præsident Trump, som forsøger sig med at isolere og med protektionisme, da synes jeg, at det skridt, vi har taget i dag fra europæisk hold og fra canadisk hold, er det helt rigtigt signal at sende til omverdenen.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej, CETA ni v interesu ljudi, pač pa je v interesu kapitala, ki vlada politiki, in to se je danes pokazalo tudi na današnjem glasovanju. Danes je Evropski parlament pustil na cedilu Evropejce, ki so glasno protestirali, tudi tu pred Evropskim parlamentom, proti sporazumom, ki ogrožajo tudi okolje, ki pravzaprav posegajo v prihodnost tudi generacij, ki šele prihajajo.

In seveda z argumenti, ki ne zdržijo. Tak sporazum ne bo prinesel gospodarske rasti, celo še več, iz izkušenj, ki jih ima Kanada s podobnim sporazumom z Ameriko pomeni izgubo delovnih mest in tveganje na mnogih področjih, tudi na področju okolja, delavskih in socialnih pravic.

Sedaj so na vrsti nacionalni parlamenti in upam, da bo tudi slovenski med njimi, ki se bo postavil na zemljevid branika prihodnosti naših generacij.

Vicky Ford (ECR). – Mr President, removing barriers to trade boosts growth, encourages innovation, raises wages and gives consumers greater choices, and in the case of the EU-Canada deal it even gives us cheaper chocolate. This is a good deal. But the Canada deal is not the best template for the future relationship between the UK and Europe, as our own trade is much more sophisticated and intertwined, especially in key 21st-century economic sectors. High product standards underpinned by the mutual recognition principle is what this relationship is based on, and I hope that the UK-EU deal will be a much more advanced and future-looking partnership.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, аз гласувах против СЕТА, защото не смятам, че тя е в интерес на България. Годишни наред земеделците в страната се свива. С падането на вносните квоти и на вносните мита за Канада българското производство най-вероятно само ще получи допълнителна конкуренция. Във вътрешния и в европейския пазар сериозна част от продуктите са с преходни квоти, например за телешко и свинско месо са пряка заплаха за тези сектори в България. Също така нито един български продукт, защитен с географско значение, не е включен в СЕТА. Техните производители не са предпазени от имитация и злоупотреба на канадския пазар.

Още повече, че отделно от това Канада е петият производител на ГМО храни в света. В тази връзка Европейската комисия твърди, че канадските храни ще трябва да спазват европейското законодателство. Но това означава да се обозначават храните. Това не означава, че тези храни нямат да бъдат разпространявани. Те ще бъдат разпространявани неограничено и тези храни ще се купуват от най-бедните слоеве в Европа, включително и от българи, и от български пенсионери.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, he dicho «no» al CETA porque se perderán más de doscientos mil puestos de trabajo en la Unión Europea. He dicho «no» al CETA porque aumentarán las desigualdades, caerán los salarios y aumentará el desempleo de larga duración. He dicho «no» al CETA porque se desequilibran las relaciones laborales en favor de las multinacionales, que tendrán tribunales de arbitraje para atacar los derechos de los trabajadores. He dicho «no» al CETA porque Canadá es un país que ni siquiera ha firmado el Convenio de la OIT sobre el derecho a la negociación colectiva.

Y no soy yo quien lo dice: fue este Parlamento cuando votó su Resolución sobre el empleo y el CETA. Lamento que hoy ignore sus propias palabras y prefiera defender a las grandes multinacionales antes que a los propios trabajadores y trabajadoras. La lucha sigue y no nos rendiremos. ¡No al CETA, no al TISA y no al TTIP!

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor presidente, hoy no es un buen día: hoy se acaba de aprobar aquí en el Parlamento Europeo el CETA, el Acuerdo con Canadá.

Nosotras, desde la izquierda europea, hemos votado «no» pero, claro, aun así, se ha aprobado con 408 votos a favor del Partido Popular Europeo, de los liberales y la gran mayoría de socialdemócratas, incluido el PSOE. La gran coalición funciona aquí a la perfección. Pero no hemos perdido esta batalla, porque esto acaba de empezar.

Ahora el CETA debe ser ratificado, debe ser votado en todos los Estados miembros y es ahí donde tenemos que redoblar nuestros esfuerzos. Esto solo lo vamos a parar si somos miles, millones en las calles, organizadas, las fuerzas políticas y sociales de toda Europa y de Canadá juntas.

Por eso, esto es una llamada más a participar en las campañas que están organizadas contra el CETA, contra el TTIP y contra el TISA. Vamos a seguir en esta lucha, y como siempre, desde Izquierda Unida, también estaremos ahí.

Diane James (NI). – Mr President, today, in the face of absolute commercial trade logic, the EU Parliament actually capitulated and gave away a huge amount in terms of what is common sense in trade policy. Everything about trade policy is about generating jobs and protecting people; it is not about succumbing to lobbyists and to bigger principles from the big corporates. But that is what we gave away today and, in doing so, the United Kingdom may well have given away the protection that the National Health Service has enjoyed.

Indisputably, what was also sanctioned today was the investment and court system being brought into play. That is going to allow big corporates to sue governments if they want to. Is that really the future for trade policy across Europe? I do not think it is. So today a very, very disappointing decision by this Chamber.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, the EU is currently struggling with multiple crises, one of them being the new trends of protectionism that we see around the world, particularly from the Trump administration. Today has been different. Today, the European Parliament has been able to send a united strong signal to the world, a signal that we want to uphold the post-war consensus of openness and free trade. I am therefore very proud to have supported CETA today. It is an act of resistance against Mr Trump's new administration. It is an ambitious, modern, progressive deal that will, when it enters into force, abolish over 98% of the tariffs still in place today. It will open bidders for a public procurement on EU businesses, and it will also protect our environmental and social standards. Today, we have taken a good step. We should continue in that way.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, voting 'no' to CETA was a most difficult vote for me. I come from a small open economy, and I am in favour of free trade. Certainly in Ireland we need to trade in order to survive and thrive economically. I listened to the debate this morning and I heard people say, what about the geopolitical situation? The EU, of which I am a full supporter, is under attack from both inside and outside, and if we cannot do a deal with those decent Canadians, who can we do a deal with? Well, all of those arguments are valid, but you cannot vote on a very detailed trade deal on your gut feelings only. You must vote on the essential elements that are in the deal.

There are many elements I could comment on, but in my limited time I will mention just one, and that is the inclusion of investor courts in this deal. In one of his first addresses to this Parliament, President Juncker said: 'My Commission will not accept that the jurisdiction of courts in the EU Member States be limited by special regimes for investor-to-state disputes'. Yet that is precisely what we have in this agreement. And just as President Juncker would not accept it, neither can I.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, j'ai voté contre l'accord UE-Canada que tout le monde connaît sous le nom de «CETA».

En effet, contrairement à ce que répète la Commission comme un mantra, ce n'est pas un bon accord. Il est dangereux pour notre agriculture et la préservation de l'intérêt général. Les multinationales pourront contester les lois sociales ou environnementales qu'elles jugeraient potentiellement nuisibles à leur profit – qu'importe d'ailleurs, à cet égard, le nom du tribunal.

Il est aussi dangereux pour les services publics. Il ne fait que rééquilibrer une situation aberrante de réciprocité ou plutôt de manque de réciprocité, jusqu'à présent, dans l'accès aux marchés publics.

Il est antidémocratique du fait de l'opacité de sa négociation et du rôle quasi législatif illégitime donné au comité mixte, mais aussi parce que la majeure partie de cet accord, pourtant mixte, entrera en vigueur dans quelques semaines sans attendre l'avis des parlements nationaux nécessaire à sa ratification.

Sur ce sujet comme tant d'autres, le fossé entre les élites autoproclamées et les peuples ne cesse de se creuser.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor presidente, lo que hemos vivido hoy en esta Cámara es un esperpento. Los propios diputados y diputadas a este Parlamento votando en contra de este Parlamento, votando en contra de la democracia. Han votado que esta Cámara y el resto de Parlamentos nacionales y locales pierdan su poder, pierdan su soberanía para dársela al negocio, para dársela a los *lobbies*.

¿Cómo? Con el CETA, un tratado de libre comercio que antepone el beneficio privado a las personas y al planeta, que creará su propia justicia y que herirá de muerte a las pymes y a los pequeños agricultores y ganaderos.

Populares, liberales, socialistas de pegatina que votaron a favor: la semana que viene se os llenará la boca diciendo que necesitamos más Europa, pero vuestro modelo de Europa es un precipicio y la gente no va a seguirles a su precipicio. Más de tres millones y medio de firmas, más de dos mil municipios declarados libres de CETA. Este tratado no verá la luz. La gente lo va a enterrar para siempre a su paso por los Parlamentos nacionales.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, dilema je relativno jednostavna – Trudeau ili Trump, slobodna trgovina ili protekcionizam?

Kada sam nedavno čuo kako gospodin Trump govori o tome kako će biti manje automobila proizvedenih u Europi na američkim cestama i kako ih više ne želi vidjeti, bilo mi je jasno da će onda naši zaposlenici, naši radnici u autoindustriji u Hrvatskoj i njihovi kooperanti, koji su male tvrtke, doći u probleme. Jer će biti manje izvoza iz Europe u Sjedinjene Američke Države, i zato sam za slobodnu trgovinu.

Zato sam i za ovaj sporazum, jer sam siguran da ovakvi sporazumi omogućavaju i daju veću šansu, ne samo velikim kompanijama, već i malim i srednjim poduzećima.

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich habe gegen CETA gestimmt, weil er ein Abkommen ist, das unsere demokratischen Wurzeln wirklich angreift.

CETA ist das erste Abkommen in einer ganzen Reihe von Abkommen – wie etwa auch TiSA –, die eigentlich dazu da sind, die neoliberale Wirtschaftsform bei uns in der EU einzuführen. Sehr bald werden wir hier in diesem Haus nämlich über TiSA abstimmen. Dabei geht es immer um die gleichen Grundsätze, die Grundsätze der liberalen Wirtschaftsphilosophie. Es geht um Deregulierung, das heißt Abbau des staatlichen Einflusses, die Wirtschaft zu zügeln, es geht um Sozialabbau und es geht um Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Damit werden unsere demokratischen Grundsätze erschüttert. Deshalb habe ich gegen CETA gestimmt.

Agnes Jongerius (S&D). – Eigenlijk is het nog te vroeg voor een definitief oordeel over CETA. Door nu ja of nee te zeggen gaat de kans verloren om door te knokken voor een handelsakkoord dat model kan staan voor eerlijke wereldhandel. De onderhandelingen kennen nog vele open eindes.

Onder druk van onze fractie en van de samenleving is ISDS van de baan. Voor het beslechten van geschillen wordt nu gekozen voor ICS. Wij vinden dit geen perfecte oplossing, maar tegelijkertijd heeft de Commissie toegezegd door te onderhandelen om ICS om te vormen tot een internationaal publiek hof en daarmee komen ook de ruim 1 300 Europese ISDS-clausules te vervallen. We wachten die ontwikkeling dus graag af.

De PvdA wil verder dat milieu- en vakorganisaties het recht krijgen om juridisch op te treden ter bescherming van arbeids- en milieunormen. Ook hier heeft de Commissie toegezegd om samen met Canada nog voor deze zomer met een sanctiesysteem te komen dat kan omgezet worden bij schendingen van deze rechten. Het oordeel van het Europese Parlement is niet het laatste oordeel over CETA. Ook de nationale parlementen komen nog aan bod. En dan weten we genoeg voor een definitief oordeel.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, votei contra o acordo com o Canadá porque, embora afirmem que essas exportações nos vão salvar, deslocalizam as nossas produções e as nossas indústrias.

Quando nos dizem que vai haver produtos baratos nos mercados, estão a dizer-nos que vamos ter menos salário e que vamos ter menos ingressos na agricultura.

Votei contra o CETA porque põe a soberania dos povos nas mãos das grandes corporações transnacionais, porque põe em perigo a nossa vida, a nossa saúde, a nossa alimentação, os nossos serviços públicos, ensino, saúde, a nossa agricultura, as nossas pescas e as nossas pequenas e médias empresas.

Votei contra o CETA porque quero um futuro para nós, para as classes populares e para o nosso povo. Votei não, porque defendo o direito a decidir livremente sobre o nosso futuro, e peço que não se aplique este tratado até que os Parlamentos dos Estados digam a última palavra.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, free trade is something I believe it when it is fair and when it enables all the parties in each country to trade freely. But this EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) is not one of free trade. It is not one that is fair. It is not one that can be fair when the corporates were the only ones invited to make agreements in secret with the Commissioners, when investors will be able to sue freely through the new Investor Court system, and when corporations will actually be invited to make the rules.

There were no protections for the National Health Service, which is vital to the United Kingdom. Wallonia opposed it and was bought off. Our parliaments do not have the opportunity to vote on it before it is in place. People emailed me in their thousands: they have been ignored. Demonstrators were dragged away in this Chamber: they have been ignored. Huge corporates and wealthy bureaucrats won today. The people, democracy and trade lost.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasoval pro tuto dohodu o volném obchodu. Jsem velmi rád, že jsem byl u tohoto historického hlasování, a jsem přesvědčen, že tato dohoda povede k posílení obchodních vztahů mezi Evropskou unií a Kanadou. Já jsem ostatně příznivcem obecně principů volného obchodu, jsem odpůrcem cel a jiných obchodních bariér, proti kterým bychom jako Evropská unie měli vystupovat a bojovat.

Ostatně Evropská unie, jedna z myšlenek naší integrace, je právě volný pohyb zboží, služeb, kapitálu a osob, a tato dohoda do naší filozofie, naší spolupráce svobodných právních států zapadá. Jsem tedy velmi rád, že tato dohoda byla přijata a doufám, že se naplní odhady, že povede ke zvýšení obchodu mezi Evropskou unií a Kanadou, a to až o 20 %, a že přínos bude v řádech miliard eur pro obě strany a že povede k většímu množství volných pracovních míst, nikoliv k tomu, čím nás straší levice, že naopak pracovní místa ubudou.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Orędownicy CETA mówią, jak powiedział sprawozdawca rekomendujący zalecenie, że Kanada jest nam bliższa niż niektóre państwa Europy. Oczywiście ja bardzo podziwiam naród Kanady i jego udział w dwóch wojnach światowych po naszej stronie. To jest państwo, które jest z nami sprzymierzone. Ale kiedy słuchałem tego kolegi, to pomyślałem, że międzynarodowe koncerny ulokowane w Kanadzie są mu bliższe niż polscy czy greccy rolnicy. Tak naprawdę decyzję tę podjęto z pominięciem zasad, na które się często powołujemy. Mówimy o mniejszościach, ale czy ktoś pomyślał właśnie o rolnikach? Mówimy o równości podmiotów, a kto pomyślał o uprzywilejowaniu międzynarodowych koncernów w stosunku do naszych własnych przedsiębiorców? Mówimy o walce z populizmem, a ten traktat jest jednym wielkim dziełem populistycznego konsumpcjonizmu – dlatego głosowałem przeciw.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, dar ndóigh, mar a dúirt mé ar maidin, bhí mé i bhfabhar an tionscadail seo agus vótáil mé ar son na tuarascála agus ba mhaith liom na daoine a d'oibrigh ar an tionscadal seo ar feadh 7 mbliana a mholadh. Tá an-jab déanta acu; agus duine amháin ba mhaith liom a lua ná an Cathaoirleach ar Thoscaireacht Pharlaimint na hEorpa don Chaidreamh le Ceanada ar feadh 5 bliana, sin é an tUasal Bradbourn nach bhfuil beo a thuilleadh. Tá sé imithe ar shlí na fírinne. Ach gach cruinniú a bhí againn, bhí an t-ábhar seo ar an gclár agus bhí suim ar leith aige san ábhar seo. Ach inniu, tá dea-thoradh tagtha ar an obair a rinne sé. Bhí daoine ag déanamh agóide, agus mar sin de, agus tá sé sin go maith; ach caithfidh mé a rá gur fhreagair an Coimisinéir Malmström gach duine inniu mar d'inis sí cad atá i gceist sa chomhréiteach iontach seo.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem rovněž podpořil tuto dohodu o volném obchodu s Kanadou, protože podle mého názoru volný obchod, pokud mu nejsou kladeny administrativní nebo jiné překážky, prostě pomáhá. Jsem přesvědčen, že dobře zvládnutá obchodní pravidla a obchodní politika můžou naopak evropské hospodářství ještě více rozvíjet. Předpokládá se, že podle konzervativních odhadů tato dohoda při jejím vstupu v účinnost zvýší objem ekonomiky mezi těmito dvěma celky o 20 %. Ty konzervativní odhady hovoří o 12 miliardách dolarů. Odstraňuje se většina cel a poplatků. Já jsem přesvědčen, že tato dohoda nebude vést ke ztrátě zaměstnanosti, jak tvrdí levice, naopak že zaměstnanost podpoří. A rovněž jsem rád, že se podařilo ochránit i různá zeměpisná označení, jako je například české pivo nebo žatecký chmel. Takže i v tomto směru já dohodu vítám a pevně věřím, že přinese benefity, o kterých zde hovoříme.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr! A CETA veszélyezteti az uniós normákat a környezetvédelem, az élelmiszerbiztonság, a munkajog területén. Veszélyezteti a fenntartható európai mezőgazdaságot. A beruházásvédelmi bíróságok intézménye csorbítja a tagállami szuverenitást. Az uniós kvk-k 87%-a belső piacra termel, így nem ók jutnak ki a kanadai piacra, hanem az ottani tőkeerős vállalkozások jönnek majd ide. Az USA székhelyű cégek pedig leányvállalataikon keresztül, kerülő úton, a CETA előnyöket élvezve jelenhetnek meg az uniós piacokon. Az EP honlapja büszkén hirdeti: az Európai Parlament 751 képviselője Önöket, a polgárokat képviseli. Ezért szégyen, hogy ezt a globális cégek érdekeit képviselő megállapodást ez a parlament elfogadta.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, votei favoravelmente a celebração de um acordo económico e comercial global entre o Canadá e a União Europeia no reconhecimento que o Canadá é um importante parceiro e aliado comercial e de investimento para a União Europeia e que o acordo constitui um instrumento importante nos esforços da União Europeia para definir um contexto rigoroso quanto às normas do comércio mundial.

Nesta minha decisão, pesou o facto de hoje vivermos um tempo de incertezas e de ambiguidades e um recrudescimento de perigosas políticas protecionistas, que constituem um retrocesso ao sistema de comércio multilateral e bilateral e abrem uma incógnita sobre o futuro das relações comerciais.

Entendo, pois, que a União Europeia deve, assim, reforçar parcerias e modelos de cooperação mais intensas com Estados com que partilha uma comunhão de valores e interesses estratégicos.

No entanto, quero ressaltar que, em matéria ambiental, o CETA deveria ter sido mais ambicioso e consentâneo com os compromissos assumidos em Paris e até com o próprio projeto europeu em matéria de objetivos energéticos climáticos, que visam uma economia verde, sustentável, dando prioridade às energias renováveis e à luta contra as alterações climáticas.

Deveria ainda o CETA promover, de uma forma mais rigorosa, práticas agrícolas sustentáveis, uma vez que o nexó entre energia, alimentação e água é condição essencial para o bem-estar dos cidadãos, para a redução da pobreza e para o desenvolvimento sustentável.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořila dohodu s Kanadou stejně jako dalších 407 poslanců a poslankyň. Jsem ráda, že nakonec dohoda měla tak velkou podporu. Myslím si, že v této nejisté situaci potřebuje Evropská unie silného, stabilního partnera. Jsem také ráda, že tato obchodní dohoda není jen o obchodních vztazích, ale také o spolupráci v zahraniční a obranné politice, ve výzkumu, ve vzdělávání. Dohoda CETA jde nad rámec pouhého závazku k odstranění obchodních cel. Obsahuje také závazky k ochraně vysokých standardů v oblasti životního prostředí nebo pracovních podmínek, ochrany spotřebitelů a zeměpisných označení, jak už tady o tom hovořili kolegové. Dovozy kvóty a výhradu veřejného pořádku považuji za naprosto dostatečná ochranná opatření a záruky pro zajištění hospodářské soutěže.

Dámy a pánové, jsem velmi ráda, že Evropský parlament udělal tento důležitý krok.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, CETA is a landmark free trade agreement that would make both parties richer. By abolishing 98% of tariffs and other trade barriers, it would provide excellent opportunities for SMEs. It would also liberalise cross-border investment and trade in services. It would open competition for large government contracts, it would support enforcement of intellectual property rights and would facilitate mutual recognition in the extremely important services market.

Beyond the merits of the agreement itself, its adoption would also signify two essential things. It would reinforce that the EU still believes in the benefits of free trade and open markets that ensured its post-war prosperity, and that it is able to regain some of the trade negotiation credibility that it lost when it decided to give up its exclusive competence over the deal.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – A spoonful of tar, as the Polish proverb says, spoils a barrel of honey. There are several spoonfuls of tar in this barrel of honey. I voted for, because I like honey, but with a heavy heart. In fact, I support the position of Mr Petr Mach of the Bohemian Party of Free Citizens who proposes: dissolve the European Union, dissolve the Dominion of Canada, and let the Canadian provinces and European countries live happily under CETA .

8.2. Abschluss des CETA EU/Kanada (B8-0141/2017, B8-0142/2017, B8-0143/2017, B8-0144/2017, B8-0145/2017, B8-0146/2017)

Ustne vyjaśnienia dotyczące głosowania

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhor Presidente, este acordo entre as partes foi um acordo muito, muito parcial. De um lado, temos três milhões e meio de pessoas que assinaram, que nos enviaram as suas assinaturas, aliás, rejeitando este acordo. Temos também mais duas mil regiões que se declaram livres do CETA e do TTIP e, do outro lado, temos as multinacionais e o lucro.

A maioria deste Parlamento decidiu escolher as multinacionais e o lucro em vez de escolher aqueles que são os interesses dos cidadãos e das cidadãs. Para além disso, teve um comportamento, diria eu, estranho. É um Parlamento que vota a favor de um acordo maioritariamente, mas que não tem posição política sobre ele. Não é capaz de fazer uma resolução política que possa expor aquela que é a posição do Parlamento. Portanto, é um Parlamento que não pensa.

Por isso mesmo, quero dizer que os cidadãos e as cidadãs vão continuar a resistir e, seguramente, os Parlamentos nacionais terão que ouvir esses cidadãos e essas cidadãs.

O jogo não acabou ainda e eu fico seguramente do lado das pessoas, não fico do lado do lucro.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Parlamento europeo, tenuto al guinzaglio dalle multinazionali, ha appena approvato il CETA. Complimenti! Avete realizzato il primo colpo di Stato silenzioso della storia. Avete condannato i cittadini europei, eroso la sovranità e pugnalato al cuore la democrazia.

Per entrare in Parlamento questa mattina siamo tutti passati attraverso una manifestazione di centinaia di persone sdraiate davanti alle porte d'ingresso. Questa era la voce dei cittadini e non sono i primi ad opporsi al CETA. In 150 000 hanno scritto alla Commissione contro le malefiche clausole ISDS, 2 137 regioni e comuni si sono dichiarati liberi dal CETA e oltre tre milioni e mezzo di europei hanno firmato la petizione contro questo trattato, la petizione all'Unione europea con più firmatari mai realizzata.

Colleghi, voi li avete ignorati e, più che aver votato un trattato, voi avete tradito una fiducia. I vostri padroni saranno orgogliosi di voi e del vostro lavoro. Ma io, francamente, mi vergogno per tutti quanti voi.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, continuing my comments on the investor-state dispute courts, I want to say that we don't have special courts to enforce workers' rights, and we don't have special courts to enforce citizens' rights, yet this deal gives us special courts to enforce the rights of investors when they take on national governments. It's also worth saying that these courts are not answerable to any national court – not even to the European Court of Justice. And I don't believe European citizens support the inclusion of these outdated, unnecessary and – in my view – undemocratic regimes in any trade deal.

I have other significant issues with CETA. What about negative listing, where we in Ireland have one of the shortest lists when it comes to extra sectors to be excluded from liberalisation. I wonder how many of our politicians were involved in drawing up our short, miserable list of just three extra exceptions. And from an Irish perspective, the amount of beef with tariff-free access to the EU market will be very significant, and would pose significant challenges to our suckler herd. Add to that the impact of a hard Brexit with 63 million fewer consumers for tariff-free beef, and this has the potential to undermine the entire sector.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ευθύς εξαρχής είχα τοποθετηθεί ενάντια στη συμφωνία της CETA, και γι' αυτό και καταψήφισα τη Συνολική Οικονομική και Εμπορική Συμφωνία Ευρωπαϊκής Ένωσης-Καναδά, όπως επίσης και τη Συμφωνία Στρατηγικής Εταιρικής Σχέσης Ευρωπαϊκής Ένωσης-Καναδά. Θεωρώ ότι η CETA είναι μία συμφωνία, η οποία καταστρέφει την ευρωπαϊκή γεωργία, καταστρέφει την ελληνική γεωργία, δεν προστατεύει τα προϊόντα Ονομασίας Προέλευσης, όπως είναι η ελληνική φέτα και οι ελιές Καλαμών, ανοίγει το δρόμο στα Γενετικώς Μεταλλαγμένα, διαλύει τις εργασιακές σχέσεις, εμπορευματοποιεί τα δημόσια αγαθά, όπως είναι η υγεία και η παιδεία, ανατρέπει την αρχή της πρόληψης, η οποία είναι σημαντική για την προστασία της δημόσιας υγείας, είναι στην υπηρεσία των πολυεθνικών και, ταυτόχρονα, δημιουργεί ένα παραδικαστικό σύστημα, παρακάμπτοντας τα δικαστήρια των κρατών μελών. Επιπλέον, παρακάμπτει τα Κοινοβούλια των κρατών μελών που έχουν και την εξουσία και εκεί θα δώσουμε τη μάχη για να μην περάσει η CETA.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Poštovani predsjedniče, uostalom, koga se mi to bojimo? Bojimo se Kanade, najeuropskije države izvan europskog kontinenta. Više od 75 % stanovništva Kanade ima europske korijene.

35 000 000 stanovnika, koje ima Kanada, protiv jednog tržišta od 500 000 000 stanovnika, koje ima Europska unija. Mislim da se trebamo zaista zapitati koga se to mi bojimo. Definitivno sam siguran da je slobodna trgovina unutar Europske unije, ukidanje barijera unutar Europske unije, donijela bolju ekonomsku situaciju unutar Europske unije.

I Hrvatska ima odličan rast BDP-a u zadnjih nekoliko mjeseci, godinu dana, dvije, i to upravo zato što smo postali članica Europske unije. Upravo zato što smo iskoristili slobodnu trgovinu. Zato mislim da je slobodna trgovina ona trgovina koja omogućava gospodarski rast.

8.3. Abkommen über eine strategische Partnerschaft EU/Kanada (A8-0028/2017 - Charles Tannock)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, he votado en contra del CETA porque va contra los derechos sociales y solo beneficia a las multinacionales de los dos lados del Atlántico. Más de tres millones y medio de firmas de ciudadanos europeos pidiendo votar «no» al CETA que han sido literalmente tiradas a la basura por la gran coalición del PP, el Partido Socialista y Ciudadanos, estas firmas que tenemos nosotros en nuestros escaños.

El CETA pone en venta nuestros servicios públicos, nuestra salud, nuestros hospitales, nuestros colegios y, como decían las mareas, «nuestra sanidad y nuestra escuela no se venden, se defienden». Y eso es lo que hemos hecho justamente aquí.

El CETA pone en venta nuestra democracia. Los tribunales de arbitraje privados son un golpe al Estado de Derecho que anteponen los beneficios de las corporaciones al Derecho de los Estados. El CETA y las políticas neoliberales austericidas y los recortes son el caldo de cultivo perfecto para allanar el camino a los fantasmas del fascismo como Trump o como Le Pen.

Porque nuestras vidas valen más que sus beneficios, justamente por eso, he votado contra el CETA.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Powiem szczerze, że chciałem powiedzieć parę innych słów, ale mój przedmówca jednak sprowokował mnie do tego, żeby się odnieść do jego wypowiedzi. Jest to fantastyczna wypowiedź. Fantastyczna. Pan wymienił, jako ogromne zagrożenie dla Unii Europejskiej i społeczeństwa naszych państw członkowskich, wszystkie elementy, których nie ma w umowie CETA i które są wyłączone. Służba zdrowia, usługi komunalne, edukacja, kultura etc. są wyłączone. Dlatego mówiłem tutaj podczas wcześniejszego wystąpienia, że słyszymy tu kłamstwa i bzdury, ponieważ wymienia się tu kwestie i straszy się obywateli – mieszkańców Europy – sprawami, których nie ma w umowie CETA albo które są, ale zostały ograniczane, istnieją w związku z nimi gwarancje i zabezpieczenia. Dlatego bardzo się cieszę, że oczywiście oprócz kwestii, o której mówimy, także i sprawy dotyczące umowy CETA zostały załatwione pozytywnie. Można by spuentować i powiedzieć, że rozum dzisiaj nie umarł, a nacjonalizm i głupota przegrały.

Jens Rohde (ALDE). – Hr. formand! Jeg har al ære og respekt for dem, som gerne vil gøre sig til talsmænd for de 3,5 millioner, der har leveret underskrifter, men lad være med at gøre jer til »folkets stemme«, for så vil jeg gerne gøre mig til stemmen for de 496,5 millioner, der ikke har underskrevet en protest mod CETA-aftalen, og som godt ved, at dette er en aftale, som måske i virkeligheden er den bedste frihandelsaftale, vi nogensinde har set i verden. Og jeg vil gerne lige kort tage fat omkring det med det investment court system, som jo er blevet nævnt af mange som det helt store problem i denne aftale. Hertil er der bare at sige, at muligheden for at sagsøge stater jo ligger i stort set alle frihandelsaftaler i forvejen igennem det system, vi har i dag, som er et ad hoc-system. Nu får vi endelig et transparent system men en meget stringent code of conduct, og det bør være i alles interesse. Derfor et klart JA til denne aftale i dag.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, upravo zato što je slobodna trgovina omogućila ovakav rast naše ekonomije, europske ekonomije, praktički imamo situaciju u kojoj će se, uz odgovarajuće propise i ovaj sporazum, kanadsko gospodarstvo priključiti, na neki način, zajedničkom europskom gospodarstvu.

Multinacionalne kompanije djeluju i u Europskoj uniji, one su sveprisutne. Nemojmo zaboraviti da je naš sektor srednjeg i malog poduzetništva najvitalniji i najbolji sektor Europske unije. Upravo su to šanse zajedničkoga prožimanja naših gospodarstava, u tome vidim veliku šansu za srednja i mala poduzeća koja djeluju na području Europske unije i u Kanadi.

Vidljivo je da su krajnja ljevica i krajnja desnica protiv ovog sporazuma. Možda to nije čak ni tako čudno jer nemaju nikakvu ozbiljnu odgovornost nigdje, pa ni ovdje u Europskoj uniji, jer nigdje ne upravljaju, niti su na vlasti. Zato, ta krajnja neofašistička desnica i krajnja neokomunistička ljevica, zaista u ovom trenutku ne zaslužuju da ih slijedimo.

Michał Marusiak (ENF). – Panie Przewodniczący! Otóż przeżyliśmy tutaj spektakl popisów demagogii i popisów kłamstw propagandowych. Nie była to raczej debata polityczna, a szkoda. Tym bardziej szkoda, że *mainstream* polityczny, parlamentarny niejako wierzy w kłamstwa własnej propagandy. Oni są świetnymi propagandzistami, ale wiara w te ich kłamstwa propagandy szkodzi debacie politycznej i jej skutkom. Europa na tym bardzo dużo straci. Gdyby to była umowa o wolnym handlu, to miałyby jedno zdanie: „Zakazuje się ingerencji w kontrakty gospodarcze zawierane między obywatelami i firmami”, koniec. A jak się tworzy kilka tysięcy stron aktów prawnych, to tam są same nieszczęścia zaszyte i Europa za te nieszczęścia zapłaci, i to zapłaci drogo – to jest właśnie poczucie braku odpowiedzialności za losy europejskich państw i narodów. Źródłem nieszczęścia jest brak odpowiedzialności w tej Izbie, emanujący z tej Izby. Ja mam nadzieję, że opamiętają się europejskie parlamenty poszczególnych państw i że do takiego nieszczęścia nie dojdzie.

Nathan Gill (EFDD). – Mr President, I voted against CETA today. CETA negotiations were done behind closed doors, between the unelected Commission and the Canadian Government. On 14 October last year, the regional parliament of Wallonia in Belgium voted to block CETA. However, two weeks later, the Canadian Prime Minister was in Belgium signing the deal with the Commission. We do not fully know what was discussed behind closed doors, as is always the case with the Commission, but we do know that the documents were signed, despite elected representatives saying 'no' and the people saying 'no'. Welcome to democracy, EU style. CETA has not been designed to benefit my constituents. Instead it benefits big business and global cooperation.

8.4. Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Investitionen in CO₂-effiziente Technologien (A8-0003/2017)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich trage als Abgeordneter aus dem Ruhrgebiet Verantwortung in einer Region, die immer noch das industrielle Herz Deutschlands ist.

Wir sind stolz darauf in dieser Region, dass es immer noch einen hohen Besitz mit Industrie gibt. Dieser hohe Industriebesatz hat sich in der Vergangenheit bewährt, weil dies die Krisenresistenz der deutschen Wirtschaft verstärkt hat. Ich bin in der Vergangenheit bei der Entscheidung, die uns ins Haus stand – hinsichtlich der Reform des Emissionshandelsystems – mit großen Sorgen aus Betriebsräten und Gewerkschaften konfrontiert worden. Diese Sorgen habe ich heute in meinem Abstimmungsverhalten sehr ernst genommen, weil es uns darum geht, die Planbarkeit von Investitionen in der Zukunft und damit die Sicherheit von Arbeitsplätzen unserer Region sicherzustellen.

Mir ist klar: Klimaschutz und der Schutz industrieller Arbeitsplätze, das muss Hand in Hand gehen – das geht nicht gegeneinander –, und so habe ich mich heute in den Abstimmungen verhalten.

Vicky Ford (ECR). – Mr President, policies on energy and emissions are areas where countries need to work together. Carbon emissions are a real danger and the EU Emissions Trading System (ETS) has not worked. This is a good review: it focuses on those industries which produce the most emissions and it has simplified the rules for smaller companies. It will give industry the incentive to modernise and innovate and will help European countries to live up to their international commitments.

However, it is important that Europe remains a place in which it is attractive for industry to be located, and we must not simply export our energy-intensive sectors to other parts of the world. The tax on our borders was not the right solution and it is good to see that part of the package rejected. I am pleased that this work has been led by a British negotiator. I wish him and the rest of the team the best of the luck at the next negotiating stage, and I hope that in a post-Brexit world, the UK and EU will continue to work together on areas of mutual interest, like this.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να ευχαριστήσω σήμερα το Σώμα για την υιοθέτηση της τροπολογίας 149 που δίνει στην πατρίδα μου στην Ελλάδα τη δυνατότητα να επωφεληθεί από τη χρηματοδότηση του Ταμείου Εκσυγχρονισμού, στο πλαίσιο της αναθεώρησης της οδηγίας για το Σύστημα Εμπορίας εναέριων ρύπων. Ιδιαίτερος θα ήθελα να ευχαριστήσω τους 27 συναδέλφους του Ευρωπαϊκού Λαϊκού Κόμματος, χωρίς τους οποίους δεν θα κατορθώναμε να συγκεντρώσουμε τις 38 υπογραφές για να γίνει σήμερα η τροπολογία απόφαση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Χάρη στην τροπολογία 149, η Ελλάδα μπορεί να συμμετάσχει στο Ταμείο Εκσυγχρονισμού και έτσι διορθώνεται η στρέβλωση, ενθαρρύνεται στην πράξη η σταδιακή απεξάρτηση από το λιγνίτη και μπορούμε, με περισσότερη άνεση, να συμμετάσχουμε στην προσπάθεια επίτευξης των στόχων για την αντιμετώπιση της κλιματικής αλλαγής. Κυρίως όμως έχουμε την έμπρακτη αλληλεγγύη των συναδέλφων μας, ως απάντηση στον ευρωσκεπτικισμό και τον λαϊκισμό και σε όλους εκείνους που δεν αναγνωρίζουν ότι είμαστε στην Ευρωπαϊκή Ένωση για να εξασφαλίσουμε την πρόοδο, την ποιότητα της ζωής μας, την ασφάλεια των πολιτών, αλλά και τις θέσεις εργασίας.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, caithfidh mé a rá go bhfuil mé an-sásta leis an tuarascáil seo agus leis na leasuithe ar glacadh leo agus nár glacadh leo inniu. Bhí seans agam labhairt ar an ábhar seo sa Pharlaimint oíche Dé Luain agus na pointí a luaigh mé, glacadh leo inniu. Go háirithe, ní bheimid ag easpórtáil ár n-astaíochtaí de CO₂ go tíortha eile, ach ag an am céanna is féidir linn ár spriocanna maidir le COP21 agus COP22 a bhaint amach. Tá sé sin thar a bheith tábhachtach. Freisin, bhí mé sásta gur glacadh le PRODCOM in ionad NACE 4. Beidh sé sin an-tábhachtach don tionscadal déiríochta. Freisin, an meastachán cáilíochta: tá sé íslithe go dtí 0.12 in ionad 0.16, mar a mhol an Coimisiún agus tionscadal SHRINE; an t-ualach a bhí á chur orthu siúd, tá sé sin ardaithe anois. Dá bhrí sin, tá jab an-mhaith déanta ag Duncan, Belet agus De Lange agus na daoine eile a d'oibrigh ar an ábhar seo.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Nie ulega wątpliwości, że Unia Europejska jest na zakręcie. Dowodem tego jest chociażby nasza wczorajsza debata, podczas której przez wiele godzin zastanawialiśmy się, jak Unia ma wyglądać w przyszłości, jak ją zmieniać, żeby była lepsza dla swoich obywateli. Rozmawiamy o skutkach kryzysu finansowego z przeszłości, o kryzysie gospodarczym państw w strefie euro, przede wszystkim oczywiście o gwałtownym i olbrzymim napływie migrantów, uchodźców do Unii Europejskiej. Staramy się odpowiedzieć na pytanie jak sobie z tymi wszystkimi zagrożeniami poradzić. Wydaje mi się, że najmniej czasu poświęcamy gospodarce. Wydaje mi się, że najmniej czasu poświęcamy przedsiębiorcom, a przecież to gospodarka daje dochód państwom członkowskim i samej Unii Europejskiej. To przedsiębiorcy tworzą miejsca pracy, dzięki którym ludzie mają z czego żyć i mogą planować swoją przyszłość. Debata na temat ETS-u potwierdza to, że nie czujemy gospodarki i nie robimy wszystkiego, aby europejska gospodarka była silna i konkurencyjna na świecie.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Chciałabym skorzystać z okazji, by wyraźnie podkreślić, dlaczego uznałam za stosowne głosowanie przeciwko poprawkom 12 i 84 w ramach sprawozdania przyjętego przez Komisję Ochrony Środowiska w sprawie reformy systemu ETS. Poprawki te zawierały bardzo niebezpieczne zapisy w odniesieniu do funkcjonowania sektora cementowego i sektora wapienniczego. Zawierały nieakceptowalną propozycję wyłączenia tych sektorów z mechanizmu bezpłatnego przydziału uprawnień do emisji oraz objęcia obu sektorów bliżej nieokreślonym mechanizmem ochrony granic. Na takie działania i eksperymenty nie ma mojej zgody. Sektor cementowy i sektor wapienniczy stanowią ważne źródło dochodu gospodarczego w całej Unii Europejskiej. Tylko w moim kraju, w Polsce, w sektorze oraz w obsłudze sektora zatrudnionych jest około 30 tys. pracowników. Propozycje Komisji Ochrony Środowiska doprowadziłyby do drastycznego wzrostu kosztów produkcji, spadku inwestycji, niepoprawności prawnej i operacyjnej, obniżenia konkurencyjności sektora, a w konsekwencji do spadku zatrudnienia. Dlatego też głosowałam przeciwko wyłączeniu sektora cementowego i sektora wapienniczego z mechanizmu bezpłatnego przydziału uprawnień do emisji.

Michaela Šojdřová (PPE). – Pane předsedající, my jsme dnes odhlasovali důležitou změnu pro trh s povolenkami. Přbytek povolenek na trhu logicky vede k výraznému snížení jejich ceny, nedávno spadla cena emisní povolenky pod 4 - EUR. Nemůžeme se pak divit, že efektivita fungování tohoto systému je zpochybňována. Pokud chceme, aby daný systém efektivněji fungoval, a já předpokládám, že si to všichni přejeme, musíme se logicky snažit, aby se postupně počet povolenek v oběhu určitým způsobem snížil, ovšem úměrně tomu, co unese průmysl. Proto jsem nepodpořila snížení počtu povolenek o 800 milionů, jak navrhoval výbor ENVI. Zároveň jsem ale podpořila zachování lineárního redukčního faktoru na úrovni 2,2 %, a nikoliv jeho zvýšení. Dobře si uvědomuji, že zde proti sobě stojí zájem na ochranu životního prostředí a zefektivnění systému fungování povolenek proti udržitelnosti podnikání v některých odvětvích těžkého průmyslu. Myslím, že jsme dnes našli vyvážené řešení. Proto jsem hlasovala pro.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący, Szanowni Państwo! Głosowałam przeciwko ETS-owi w tym kształcie, który został dzisiaj przez Państwa zaproponowany. Dlaczego? Dlatego, że on jest niezgodny z zapisami traktatowymi, które dają państwom członkowskim prawo do kształtowania swojego koszyka energetycznego. Państwo, przegłosowując limity na poziomie 450 gram na kilowatogodzinę, chcą doprowadzić do wyłączenia możliwości finansowania modernizacji wszelkich elektrowni węglowych, a więc nie trzeba zmieniać Traktatu, żeby coś wyjąć z tego Traktatu. Można takimi sytuacjami jak dzisiejsza pozbawić państwo członkowskie tego, co jest mu w Traktacie zapewnione i zagwarantowane. Państwo powołują się często na ustalenia paryskie. Czyżbyście zatem Państwo zapomnieli, że w Paryżu doszło do końcowego ustalenia tylko dlatego, że nie wpisano do niego dekarbonizacji? Dziś jesteśmy świadkami dekarbonizacji. Spowodowali Państwo, że żadna instalacja węglowa nie będzie mogła skorzystać z funduszy przeznaczonych na modernizację, a nawet większość instalacji gazowych i, co ciekawe, tylko nieliczne instalacje gazowe produkowane w Niemczech. Tak się odbywa lobbing. Czy tego chcemy? Czy chcemy forsować jedne instalacje kosztem drugich, pozbawiając państwo członkowskie zapewnienia swoim obywatelom godnych warunków życia? Bo poprzez te regulacje państwo doprowadzą do pogłębienia ubóstwa energetycznego, do ucieczki emisji, a tym samym do wzrostu bezrobocia w Unii Europejskiej, a szczególnie w moim państwie, w mojej ojczyźnie, w Polsce.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, βασικό αίτημα της Ελλάδας εδώ και χρόνια ήταν να εξαιρεθεί από το σύστημα εμπορίας δικαιωμάτων αερίων ρύπων και τούτο διότι όσες χώρες είχαν ΑΕΠ χαμηλότερο του 60% μέχρι το 2013 πήραν αυτήν την εξαίρεση, όπως η Βουλγαρία και η Πολωνία. Η Ελλάδα ζητούσε αυτή την εξαίρεση. Κατέθεσα λοιπόν την τροπολογία υπ' αριθμόν 162 που όριζε το 2014 έτος βάσης, όταν και η Ελλάδα είχε ΑΕΠ χαμηλότερο του 60%. Αυτή θα ήταν μια ρύθμιση που θα ανακούφιζε τη ΔΕΗ, η οποία πληρώνει 400 εκατομμύρια EUR το χρόνο σε δικαιώματα αερίων ρύπων και θα της έδινε ταυτόχρονα τη δυνατότητα να προχωρήσει μέχρι το 2030 συνεχίζοντας να αξιοποιεί και το λιγνίτη που είναι βασικός παράγοντας για τη λειτουργία της ΔΕΗ. Όμως υπάρχει ένα ζήτημα: η υπ' αριθμόν 162 τροπολογία μου δεν μπόρεσε να ψηφοφορήσει, διότι θεωρήθηκε ότι καλύφθηκε από την υπ' αριθμόν 89 τροπολογία, τροπολογία όμως που δεν έχει καμία σχέση με την τροπολογία που κατέθεσα, αφού η δική μου τροπολογία αναφέρεται στο 2014 και η τροπολογία που ψηφίστηκε αναφέρεται στο 2013. Για τούτο ευθύνεται η νομοθετική ρύθμιση εδώ στην Ολομέλεια και θεωρώ απαράδεκτο το ότι δεν τέθηκε σε ψηφοφορία η τροπολογία που καταθέσαμε, η τροπολογία υπ' αριθμό 162.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, there is the law of unintended consequences, and then there is the law of unintended consequences as it applies to the European Union in its rule-making capacity. Here today we have a policy that says we want to try and reduce emissions and bring low-carbon investments to Europe, but the law of unintended consequences is very clear, in a very small rule that you heard about in this Chamber today from Members from Poland to Ireland to Greece and now the United Kingdom: the border adjustment mechanism will simply drive jobs out of the United Kingdom and across Europe.

We have in the British ceramic sector an industry of some 5 000 people. In concrete we are talking about 15 000 jobs and in industries such as our building industry 2.93 million jobs. All of them are under threat from the fact that this regulation will increase their costs and, as the Commission says, potentially close down 20 factories across Europe. It is a bad law and, once again, it has been made here.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Głosowałem przeciwko, ponieważ uważam te ograniczenia za skandal. Chodzi o to, żeby energię produkować w sposób możliwie najtańszy, bo dzięki temu korzysta konsument, dzięki temu tworzą się miejsca pracy – bo jak ludzie mniej wydadzą na energię, zostanie im więcej pieniędzy na kupienie czegoś innego i wtedy powstają miejsca pracy. To się również odbija na Śląsku, który tutaj reprezentuję, i na Zagłębiu Ruhry, które jest źle reprezentowane przez panią Merkel.

Proszę państwa, co więcej chciałem zauważyć jedną podstawową rzecz. Rośliny potrzebują emisji, potrzebują dwutlenku węgla, potrzebują ciepła. Rośliny rosną z dwutlenku węgla, rosną z ciepła. Ciepło i dwutlenek węgla są potrzebne roślinom. Kto nie chce dwutlenku węgla, ten zabija rośliny. Chcę przypomnieć, że w tej chwili, po zwycięstwie Donalda Trumpa już trwa śledztwo i ludzie z amerykańskiej Komisji Oceanów i Powietrza pójść niedługo do więzień za fałszowanie wyników badań, które spowodowały, że na konferencji paryskiej podjęto takie decyzje, jakie podjęto. I tu ci wszyscy w Europie też pójść do więzień.

Eleonora Evi (EFDD). – Mr President, we, the Five Star Movement, have always been very critical of ETS as we believe that the system simply does not work. Considering that we had to play this game again, we played it hard, supporting all the amendments to increase the ambition of the system as much as possible, such as 'rebasing', meaning adjusting the starting level to actual emissions in order to get rid of the huge surplus pollution permits and adopting the mechanism to include importers of cement and clinker. We do not believe that the inclusion of the maritime sector in the ETS would be a good deal for the environment. Shipping is a sector that has a big margin of improvement in terms of reducing its emissions by pushing the transition to less carbon fossil fuels in a stronger manner, rather than starting a market-based approach again. Nevertheless, the amendments have been rejected, and therefore we voted against the report.

I hope the EU will realise soon that trying to fix the ETS again will not bring any real reduction in emissions and any real investment in clean production. A new and alternative solution could finally be debated and hopefully adopted and implemented. The sooner this happens, the better for the climate.

8.5. Bericht 2016 über Albanien (A8-0023/2017 - Knut Fleckenstein)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε πρόεδρε, καταψήφισα την έκθεση του 2016 για την Αλβανία διότι, καταρχάς, διαφωνώ κάθετα με οποιαδήποτε προοπτική ένταξης της Αλβανίας στην Ευρωπαϊκή Ένωση και, δεύτερον, διότι η έκθεση δεν είναι ισορροπημένη. Η έκθεση μεροληπτεί υπέρ των Τιράνων διότι δεν αναφέρει βασικά ζητήματα, όπως είναι η συνεχής παραβίαση των δικαιωμάτων της Ελληνικής εθνικής μειονότητας της Βορείου Ηπείρου, οι παραβιάσεις που γίνονται από την πλευρά της κυβέρνησης της Αλβανίας, οι κατασχέσεις περιουσιών, οι κατεδαφίσεις Εκκλησιών, οι διώξεις, οι απειλές και κυρίως οι μετακινήσεις πληθυσμών στην περιοχή της Βορείου Ηπείρου προκειμένου να αλλοιωθεί η πληθυσμιακή σύνθεση. Επιπλέον, τα Τίρανα και η Αλβανία προωθούν αλυτρωτική πολιτική και καλλιεργούν την δήθεν αντίληψη της Μεγάλης Αλβανίας, μέσω της διεκδίκησης εδαφών τα οποία ανήκουν στην Ελλάδα. Αξιοποιούν τους Τσάμηδες για να δημιουργήσουν προβλήματα, τους Τσάμηδες οι οποίοι είναι εγκληματίες πολέμου και έχουν καταδικαστεί από δικαστήρια της Ελλάδος, τα Ειδικά Δικαστήρια Δωσιλόγων, γιατί ήταν συνεργάτες των ΣΣ κατά τη διάρκεια της γερμανικής κατοχής στην Ελλάδα.

8.6. Bericht 2016 über Bosnien und Herzegowina (A8-0026/2017 - Cristian Dan Preda)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Herr talman! Jag välkomnar de framsteg som Bosnien och Hercegovina har gjort under föregående år och hoppas att landet fortsätter på sin väg till EU:s framtida medlemskap. Därför tycker jag också att kommissionens godkännande av ansökan skickar rätt signal.

Jag skulle därför också vilja igen påpeka att i ett land med 14 parlament, 3 presidenter och 130 ministrar är allt tal om ytterligare federalisering nonsens som EU inte bör ägna sig att stödja.

Bosniens egentliga problem är att nationalistiska politiker ostraffat har kunnat hålla på i 20 år. Man har låtit dem hålla på, trots att det finns både medel och sätt att stoppa det. Så nu efter 20 år börjar också allt fler tänka "Men kanske vi också ska föra den politiken, det lönar sig ju".

Om EU ska hjälpa Bosnien med deras närmande till unionen bör vi minska stödet till nationalistiska och separatistiska krafter och istället främja skapandet av en fungerande rättsstat, satsa på att hjälpa landet att bli en fungerande rättsstat. Då kommer många av dagens problem att försvinna.

8.7. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2017 (A8-0039/2017 - Gunnar Hökmark)

8.8. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2017 (A8-0037/2017 - Yana Toom)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Pomimo tego, że miniony rok okazał się stosunkowo dobry dla europejskiej gospodarki i sytuacji na rynku pracy, to jednak nie powinniśmy zapominać o wciąż nierozwiązywanym problemach. Wydaje się, że z punktu widzenia długookresowych konsekwencji największym wyzwaniem jest wciąż wysokie bezrobocie wśród osób młodych. W całej Unii Europejskiej ponad 4 miliony ludzi w wieku 15-24 lat pozostaje bez pracy, a ci, którzy ją mają, bardzo często muszą pracować poniżej swoich kwalifikacji w niepełnym wymiarze czasu lub w tzw. elastycznych formach zatrudnienia. Sześć i pół miliona osób w tym przedziale wiekowym należy z kolei do kategorii NEET, co niejednokrotnie oznacza, że niełatwo będzie ich przywrócić na rynek pracy lub skłonić do podniesienia swoich kwalifikacji. Blisko 30% młodych osób nie ma pracy dłużej niż rok i trzeba będzie podjąć szczególnie intensywne działania aktywizujące ich zawodowo. Te wszystkie dane pokazują, że w przyszłości pojawią się ogromne problemy dla systemów zabezpieczenia społecznego, ale konieczność intensyfikacji działań przez publiczne i prywatne służby zatrudnienia jest bezwzględnie potrzebna. Rośnie w Europie całe pokolenie, którego znaczna część nigdy nie pracowała lub nie będzie miała stabilnego zatrudnienia, dlatego też konieczne jest podjęcie odpowiednich działań na wszystkich poziomach, w tym również Unii Europejskiej. Ponadto my, jako Parlament Europejski, musimy dopilnować w czasie przeglądu wieloletnich ram finansowych tego, aby zostało zagwarantowane odpowiednie i stabilne finansowanie wszystkich inicjatyw służących poprawie sytuacji młodych osób na rynku pracy. Dlatego też poparłam sprawozdanie dotyczące aspektów społecznych i zatrudnienia w rocznej analizie wzrostu na rok 2017.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, first of all I would like to thank the rapporteur, Yana Toom, for the very good report and acceptable proposals. We can see the disproportion in development between the economic and social dimension of the European Union. A big part of the social agenda was left to national states and very often these national states failed to provide adequate social protection for their citizens. From the other side, the European Union developed free movement of people inside the EU and the result of this imbalance is that many citizens move to other EU states with higher salaries and higher social protection.

In the last 25 years, my country, Latvia, has lost more than 35% of its population, partly because of low birth rates, but mainly because of migration to other EU countries. Thus places have been created in the EU where population density is very low. The economy cannot develop because of the declining number of workers, taxpayers and customers, the remaining population becomes older, and in these circumstances it is very hard to maintain and develop infrastructure and attract investment. This means the lack of prospects will push more young people to leave the country. Colleagues, we cannot move ahead without a common social policy. We have to break this taboo.

8.9. Binnenmarktsteuerung innerhalb des Europäischen Semesters 2017 (A8-0016/2017 - Antonio López-Istúriz White)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! To niezmiernie ważny dokument, ale pod jednym warunkiem – że wyciągane wnioski potem wprowadza się w życie, wykorzystuje w praktyce. Natomiast nie zawsze i nie ze wszystkim tak jest. Ja ze względu na niedługi czas, jaki mam do dyspozycji, skupię się tylko na jednej kwestii – partykularyzmach. Tworzymy jednolity wspólny rynek, natomiast niestety niemalże każdego dnia możemy usłyszeć doniesienia potwierdzające, że funkcjonują w Unii Europejskiej na wspólnym rynku różnego rodzaju partykularyzmy krajowe, regionalne, branżowe, sektorowe. Co najgorsze w tym wszystkim, że towarzyszy temu taka polegliwość, można by to tak odebrać, organów, które powinny dbać o uczciwą konkurencję na wspólnym rynku, łącznie niestety z Komisją Europejską. Wystarczy spojrzeć na dziwną i nieakceptowaną przeze mnie przewlekłość spraw dotyczących transportu międzynarodowego. Latami toczą się takie sprawy. Jak mogą przedsiębiorcy stabilnie pracować, zatrudniać swoich pracowników, świadczyć im to, co im się należy, skoro każdego dnia nie wiedzą, co ich spotka w drodze? Z tym musimy skończyć, żeby budować siłę europejskiej gospodarki.

8.10. Biologische Pestizide mit geringem Risiko (B8-0140/2017)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Głosowałam za wprowadzeniem biopestycydów niskiego ryzyka, czyli ograniczeniem pestycydów chemicznych, stanowiących część ksenoestrogenów, które są nie tylko odpowiedzialne za liczne choroby, zwłaszcza nowotworowe, ale powodują także poważne zanieczyszczenie środowiska, powietrza, wody i gleby. Poza argumentami przytoczonymi podczas debaty chciałabym zwrócić szczególną uwagę na bardzo ciekawe francusko-duńskie badania dotyczące znacznego zmniejszenia populacji dżdżownic pełniących w naturze funkcję użytkowania i utleniania gleby, których liczba i wymiary drastycznie się zmniejszają w ziemi poddawanej działaniu pestycydów chemicznych, a szczególnie fungicydów. Co prawda populacja dżdżownic w pewien sposób zmniejsza toksyczność tychże pestycydów chemicznych, jednak dżdżownice stanowią tylko jeden zbadany przykład degradacji środowiska gleby przez stosowaną chemię, dlatego istotne jest przyspieszenie procedur i badań nad pestycydami naturalnymi.

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam wyjaśnienia dotyczące głosowania.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 14.40 i wznowione o godz. 15.00)

Preşedinte: IOAN MIRCEA PAŞCU

Vicepreşedinte

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

11. Terrorismusbekämpfung (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind raportul Monikăi Hohlmeier, în numele Comisiei pentru libertăți civile, justiție și afaceri interne, referitor la propunerea de directivă a Parlamentului European și a Consiliului privind combaterea terorismului și de înlocuire a Deciziei-cadru 2002/475/JAI a Consiliului privind combaterea terorismului (COM(2015)0625 – C8-0386/2015 – 2015/0281(COD) (A8-0228/2016).

Monika Hohlmeier, Berichterstatlerin. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute hier im Europäischen Parlament die Diskussion dazu führen können, die den Kampf gegen den Terrorismus betrifft und die sich im Schwerpunkt mit der Strafrechtsrichtlinie, der Antiterrorismus-Richtlinie, auseinandersetzt.

Die Anschläge der vergangenen Monate, der vergangenen zwei Jahre, haben uns innerhalb der Europäischen Union immens aufgeschreckt. Viele Menschen wurden getötet, sie wurden verletzt, es gibt viele Betroffene. Und für uns innerhalb der Europäischen Union war es nicht ganz leicht zu verstehen, dass wir nunmehr das Ziel im Schwerpunkt des internationalen Terrorismus sind. Deshalb freue ich mich besonders, dass es gelungen ist, in dieser Richtlinie die wesentlichen Fragen der modernen und neuen internationalen Standards, die vonseiten der UN gesetzt worden sind, als auch der FATF in Fragen der Finanzierung von terroristischen Netzwerken sinnvoll einzubauen. Es dreht sich auf der einen Seite um die Überführung dessen, was wir an Rahmenbeschlüssen vonseiten der Innenminister hatten, nämlich schon bevor wir als Mitentscheider, als Europäisches Parlament, mitsprechen konnten. Dies musste überführt werden in eine Richtlinie.

Auf der anderen Seite dreht es sich aber auch darum, die neuen Herausforderungen anzugehen. Zu diesen neuen Herausforderungen gehört zum Beispiel das Thema Training von Terroristen, also entweder wenn du der Organisator, der *Facilitator*, bist oder der Finanzierer, oder jemand, der tatsächlich sich trainieren lässt für terroristische Anschläge. Dazu gehören die Fragen der Propaganda und auch der Rekrutierung von jungen Menschen, des Anwerbens von jungen Menschen für terroristische Zwecke.

Es gab auch hier die Diskussion: Was bedeutet Glorifizierung? Glorifizierung – man schaue sich einfach mal die Folgen von Bataclan an, wie die Darstellung im Internet durch die Propagandamaschine des IS gewesen ist. Die Glorifizierung der Täter und der Aufruf konkreter Art dazu, diesen Tätern nachzufolgen, ähnliche glorreiche Taten zu begehen. Das heißt, der Versuch, junge Menschen zu radikalisieren und für entsprechend verbrecherische und terroristische Ziele zu gewinnen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Terrorismusfinanzierung. Ein weiterer Schwerpunkt ist auch das Thema Beihilfe und Anstiftung zu terroristischen Straftaten. Es ist uns in dieser Richtung etwas Besonderes gelungen, und da bedanke ich mich ganz herzlich auch bei meinen Mitberichterstatern, bei Dir, liebe Caterina Chinnici, genauso bei meinem Kollegen Petr Ježek. Ich bedanke mich ganz herzlich bei der Kollegin Monica Macovei und auch in kritischer Diskussion bei Cornelia Ernst und bei der Kollegin Joly, weil wir wirklich versucht haben, im Besonderen das Thema Verpflichtung zum Informationsaustausch festzulegen. Zum ersten Mal haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet lassen, einen Informationsaustausch durchzuführen.

Wir haben aber auch gleichzeitig die Opferrechte gestärkt. Da danke ich im Besonderen meiner Kollegin Teresa Jiménez-Becerril Barrio und auch der Maite, die sich im Besonderen dafür einsetzen, dass die Rechte der Opfer gesehen werden. Sie werden nämlich Opfer, weil hier Terroristen gegen unser Wertesystem, gegen den Staat vorgehen. Und das bedeutet in der Konsequenz: Wir müssen den Opfern bessere Rechte einräumen. Dies ist in dieser Richtlinie gelungen.

Ebenfalls gelungen ist, dass wir eine gute Balance gefunden haben zwischen der Sicherheit auf der einen Seite, aber auch dem strikten Einhalten von Grundrechten, denn Sicherheit ohne Grundrechte geht nicht. Sicherheit dient den Grundrechten und muss sich an ihnen orientieren. Aus diesem Grund auch die ausdrückliche Aufführung der Grundrechtecharta in Artikel 23, die ausdrückliche Aufführung der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit. Auch die Klarstellung, dass man sich auch mal polemisch oder auch mal radikal äußern darf; das hat nichts mit Propaganda zu tun, das hat nichts mit Glorifizierung zu tun, das ist einfach Meinungsfreiheit und nichts anderes. Ich glaube, dass uns hier diese Balance sehr gut gelungen ist. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die bereit waren, hier so intensiv mitzuarbeiten, konstruktiv mitzuarbeiten. Ich bedanke mich bei der Kommission für die hervorragende Zusammenarbeit und für die Bereitschaft, immer auch mit neuen Ideen und Unterstützungskraft beizutragen, und ich bedanke mich beim Rat, bei der slowakischen Präsidentschaft, für die sehr konstruktive Haltung.

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members. Terrorism creates havoc. It takes away lives and leaves those of us who live on scarred forever. In the last 18 months, in particular, we have seen too many attacks and far too many victims. At the same time, the terrorist threat has continued to change and evolve. It is more than ever present and more indiscriminate. That is why I think we should be proud that, together, we have been able to reach this point on this very important piece of legislation.

I would like to thank the Council for the work they have done, and, in particular, the Parliament and the rapporteur, Ms Hohlmeier, for their commitment and the effort made to review this counter-terrorism directive. It will contribute greatly to the effective work done by law enforcement authorities and prosecutors in countering the terrorist threat, and this will contribute to making our lives safer, without compromising our values, which are the very same values that the terrorists seek to harm. Fundamental rights are and must remain at the heart of our action.

As Ms Hohlmeier said, with this piece of legislation we are also aligning the EU definitions of terrorist offences with the standards agreed under the Council of Europe Convention on Terrorism.

Let me highlight very briefly the main elements of the text. First, it will criminalise travel for the purposes of terrorism. Not only will it be a crime to travel from the EU to conflict zones to participate in terrorist activities but also, thanks to the support of people in this House, it will cover those coming to the EU with terrorist intent, including terrorist fighters. Second, an efficient exchange of information is key to combating the terrorist threat. The new rules will strengthen the obligation to exchange information and will make the Member State receiving information responsible for taking appropriate action.

Last, but by no means least, the new law will make a real difference for victims. It builds on existing rules, reinforcing in particular the immediate and coordinated nature of the response to victims of a terrorist attack, including legal aid and medical treatment. It also strengthens the rights of cross-border victims, who will get help with information and referrals to relevant services.

I am happy to say that this piece of legislation shows that the EU is able to act in a swift and united manner. The political agreement on the directive was reached in less than a year. Now, we need to make sure that implementation follows with the same speed. The Commission is ready to support the Member States in this task and will organise transposition workshops in the coming months.

Let me conclude, Mr President, by saying it is clear that an effective response to terrorism is a complex and challenging process, which includes the fight against radicalisation as well as the efficient exchange of information between all relevant parties. That is why I would like to reiterate the Commission's support for the joint statement by the three EU institutions which accompanies the agreement on this directive, expressing commitment to take forward action in all of those fields.

I am also glad that, later this afternoon, we are going to have the opportunity to discuss in more depth the crucial issues of information exchange and interoperability.

Roberta Metsola, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the terrorist attacks in Europe that we have witnessed in the last years shocked us all, but our grief and our anger gave way to a grim resolve to counter the terrorist threat and to address both the immediate danger of more attacks and the causes of radicalisation that plague our societies. The attacks on our soil were no random attacks. Paris, Nice, Brussels, Berlin, were all targeted because these cities are the very embodiment of what Europe stands for. They were planned to strike the maximum amount of panic into all of us and designed to make us feel unsafe doing the things we always do, and living the lives that we want to live. They failed because fear did not define us, but determination did. And with this report we are going some way in ensuring that our systems adapt to the reality under which we find ourselves and ensure that we remain one step ahead of criminals and terrorists while respecting the values we cherish in Europe.

We are coming down harder on those so-called foreign fighters, EU nationals who travel to conflict zones only to return radicalised and recruit more people for their murderous cause. We are pushing forward concrete plans for better cooperation between Member States, and we come down on hate preachers or anyone who incites terrorism. Crucially, the report also lays down provisions that will allow victims of terrorism to receive all and whatever assistance they may require. Finally, allow me to thank the rapporteur for her very excellent work in pushing this file through, and urge you all to vote in favour of the report tomorrow so that we can send the strongest possible signal to our citizens.

Caterina Chinnici, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, desidero innanzitutto ringraziare la relatrice, la collega Monika Hohlmeier, e tutti i colleghi relatori ombra per l'impegno e lo spirito costruttivo dimostrato nelle diverse fasi del negoziato interistituzionale che ha portato al testo che ci apprestiamo a votare.

La direttiva sulla lotta contro il terrorismo è un importante documento legislativo con il quale l'Europa pone la base comune per armonizzare le legislazioni nazionali degli Stati membri, alcuni dei quali, purtroppo anche di recente, hanno vissuto drammatici attentati terroristici.

Ritengo che come Parlamento siamo riusciti a dare un buon contributo al testo, introducendo nel bilanciamento fra sicurezza e rispetto dei diritti misure particolarmente significative per il contrasto al terrorismo, tra cui l'obbligatorietà dello scambio di informazioni, nell'ottica di un incremento della cooperazione e del coordinamento fra forze di polizia giudiziaria e di intelligence. Troppe volte, infatti, in quest'Aula ci siamo ritrovati a discutere del fatto che un tempestivo scambio di informazioni avrebbe forse potuto prevenire drammatici attentati.

La direttiva consegna poi agli Stati membri alcuni strumenti normativi finalizzati a contrastare il finanziamento del terrorismo, ma anche a spezzare il crescente rapporto di collaborazione fra gruppi criminali e formazioni terroristiche. Penso alla confisca o alla punibilità di alcuni reati connessi all'attività terroristica come la produzione di documenti falsi o il traffico di beni culturali. Tuttavia, dovremmo ancora lavorare per arrivare ad una rapida approvazione di ulteriori misure che contrastino il finanziamento al terrorismo, quale ad esempio la revisione della direttiva antiriciclaggio.

Last but not least, voglio citare le disposizioni dedicate alla tutela e al sostegno delle vittime del terrorismo e sono soddisfatta dell'accordo raggiunto, che pone in capo agli Stati membri l'assistenza medica e psicologica e il sostegno legale nei confronti di chi ha subito un attacco mirato a destabilizzare uno Stato o un governo.

Monica Macovei, în numele grupului ECR. – Domnule președinte, după șoc și lacrimi după atacuri teroriste, după moarte, am făcut ceea ce trebuia să facem: ne-am adunat și am lucrat un pachet împotriva terorismului, un pachet de mai multe legi care vor fi votate în mare parte în această sesiune.

Vrem să ne apărăm valorile, vrem să ne apărăm stilul de viață, nu vrem să-l schimbăm, dar trebuie să ne apărăm împotriva celor care vor să ne distrugă și valorile și stilul de viață și toată istoria civilizației și civilizația la care am ajuns astăzi.

Această nouă directivă, directiva pentru combaterea terorismului, îi pedepsește pe cei care finanțează, organizează sau facilitează călătoriile către zonele unde operează Statul Islamic. De asemenea, îi pedepsește pe cei care organizează antrenamente pentru luptători sau finanțează acte teroriste.

Incitarea la terorism și distribuirea publică a mesajelor, inclusiv mesajele care glorifică actele teroriste, vor fi acum definite ca activități teroriste. Deci vom avea noi infracțiuni în ceea ce privește activitățile teroriste, care vor trebui transpuse în legislația statelor membre.

Amenințarea terorismului nu este o chestiune de moment, ci una pe termen lung. Este de necontestat că avem nevoie de un răspuns unit pentru a ne proteja și a rezista împreună la pericolul terorismului.

În primul rând, trebuie să vorbim despre dreptul la viață. Dreptul la viață este primul drept care trebuie protejat pe lumea aceasta pentru că fără dreptul la viață nu există nici un alt drept și, deci, amenințarea reală vine de la cei care urmăresc să distrugă dreptul la viață.

Îi mulțumesc Monicăi Hohlmeier pentru cum a condus munca pe acest raport și o felicit încă o dată și eu îndemn pe toată lumea să voteze acest raport.

Petr Ježek, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, while the terrorist threat in Europe remains at a critical level and as ISIS loses ground in the Middle East, this threat and the one posed by their returning foreign fighters is likely to persist. Whereas responsibility for security lies primarily with Member States, recent terrorist attacks in Europe have shown that no country can manage on its own.

We need to adapt our counterterrorism measures to this reality and add a truly European approach. 82% of Europeans want Europe to do more to combat terrorism and 69% consider its current measures to be insufficient. I believe that this new directive is part of our response to their demands. It will strengthen the EU's arsenal against terrorism by criminalising acts such as receiving training for terrorism or travelling for terrorist purposes, while, of course, preserving fundamental rights and freedoms. Giving Member States harmonised judicial tools should also facilitate their cooperation. This is key for me and my group, and we will not give up on this.

I would like to thank the rapporteur, Monika Hohlmeier, the shadows, the Commissioner, his team and the Slovak Presidency. Well done, well done.

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! In Ungarn wurde kürzlich der Syrer Ahmed zu zehn Jahren Haft verurteilt, weil er sich an Protesten gegen die Schließung der Grenze beteiligt hatte.

Als Terroristen hat man ihn verurteilt, weil es die ungarischen Antiterrorgesetze auch so hergeben. Nur, er ist kein Terrorist – er hat demonstriert. Mehrfach wurden diese Gesetze schon vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen ihrer unklaren, viel zu weiten Definitionen gerügt. Ich frage Sie: Ändern wir mit der Richtlinie etwas Substanzielles daran? Nein, ich glaube es nicht.

Die Terrorismusdefinition in der Richtlinie bleibt nach wie vor verwaschen. Im Gegenteil, man muss sich fragen, wie sicher Demonstranten – Andersdenkende – noch ihre Rechte ausüben können. Auch die strafrechtliche Verfolgung der Verherrlichung von Terrorismus ist ein hehres Ziel und ich kann das nachvollziehen. Aber die Anbindung an einen wirklichen Terrorakt ist viel zu schwach.

Zum Paragraphen vom Reisen zu strafbaren Zwecken: Ich kann Sie verstehen, ich weiß was gemeint ist. Aber wir bewegen uns wirklich auf dünnem Eis, weil der Unterschied zwischen strafbarer und erlaubter Handlung allein in der Terrorabsicht liegt, und das ist schwer zu ermitteln.

Natürlich, Terror muss bekämpft werden. Auch wir sehen das so. Wir brauchen einen komplexen Umgang damit. Das fängt bei vernünftiger Ausbildung für Polizei und Justiz an. Bessere Koordinierung der Behörden, ernst zu nehmende Aussteiger- und Opferschutzprogrammatik, Prävention und Aufklärung von der Schule an. Denn weder die Probleme noch die Lösungen liegen allein im Strafrecht.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Csaba Sógor (PPE), *blue-card question*. – Do you know how many passports this Ahmed had? Seven.

Cornelia Ernst (GUE/NGL), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Das ist nicht die Frage. Man muss jemanden, der beispielsweise Steine wirft, sehr wohl auch für das, was er macht, verurteilen. Das ist gar nicht mal die Frage, da kann man gerne darüber sprechen. Meine Frage war eine andere, die es zu beantworten gilt.

Ist dieser Mann ein Terrorist? Und da sage ich: Nein. Aber die ungarischen Gesetze erlauben das, weil die Definition von Terrorismus unglaublich breit ist. Das hat, wie gesagt, der Gerichtshof auch schon mehrfach kritisiert.

Eva Joly, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, Ahmed, dont le cas vient d'être évoqué par ma collègue, a donc été poursuivi pour des motifs prétendument terroristes. Pourquoi? Parce qu'il essayait simplement d'apaiser les tensions entre policiers et migrants à la frontière en disant à chacun de reculer à l'aide d'un mégaphone. A-t-il cherché à contraindre indûment le gouvernement hongrois? Est-ce cela le terrorisme?

En France, un internaute qui a eu le mauvais goût de baptiser son accès wifi «Daech 21» a été condamné à trois mois de prison pour apologie du terrorisme. Est-ce vraiment cela l'apologie du terrorisme?

Ne soyons pas dupes. Les lois antiterroristes sont régulièrement utilisées de manière abusive ou à d'autres fins, en violation de nos droits et libertés. Les exemples sont déjà trop nombreux. Nous ne souhaitons pas voir la liste s'allonger encore.

L'harmonisation pénale des lois antiterroristes au niveau européen est évidemment un objectif louable et nécessaire, mais l'harmonisation doit être précise afin de limiter les interprétations pouvant porter atteinte à nos droits et libertés.

Malheureusement, cette directive contient un trop grand nombre de notions aux contours flous. Dans le climat actuel, l'Europe ne peut pas se permettre de laisser des failles dont les gouvernements pourront si facilement abuser. Cette directive criminalise la provocation indirecte au terrorisme alors que nul ne sait ce que recouvre cette notion vague et que les risques pour la liberté d'expression et d'information sont réels.

La définition d'«infraction terroriste» est également problématique car elle inclut, par exemple, les actes susceptibles de causer une perte économique majeure. Les gouvernements n'auront aucun scrupule, nous le savons bien, pour utiliser cette large définition dans le but de museler les actes de désobéissance civile et environnementale allant contre leurs intérêts.

Enfin, la valeur ajoutée de la criminalisation du voyage n'a pas été démontrée. Un individu suspecté de terrorisme peut déjà être arrêté en raison de cette suspicion. Nul besoin de criminaliser les voyages en tant que tels. Le risque que cette disposition soit détournée et abusivement utilisée de manière discriminatoire est, lui, réel.

Plutôt que de multiplier les motifs d'incriminations aux contours flous et dangereux, il faut se concentrer sur l'essentiel: l'échange d'informations automatique et obligatoire et une plus grande coopération entre États membres. Tous les récents attentats ont révélé des failles béantes dans ce domaine. Qu'attend-on pour prendre des mesures qui ont une réelle valeur ajoutée dans la lutte contre le terrorisme?

L'hypocrisie des États membres en matière de lutte antiterroriste est criante.

Laura Ferrara, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il terrorismo che oggi combattiamo agisce con modalità operative, comunicative e di finanziamento inedite. Esso rappresenta una minaccia interna che si manifesta attraverso attori singoli o anche attraverso gruppi che con facilità si muovono tra i confini degli Stati membri. Pensare di poterlo sconfiggere con le sole politiche nazionali è illusorio.

Nell'intento di dare allora una risposta europea ad un fenomeno transnazionale e a un pericolo imminente, abbiamo cercato di conciliare l'esigenza di rafforzare le misure di contrasto al terrorismo con la tutela dei diritti e delle libertà fondamentali. Da un lato, abbiamo chiesto dunque maggiore collaborazione tra gli Stati membri, certi che un migliore scambio di informazioni e una cooperazione obbligatoria tra le autorità giudiziarie rappresentino un'efficace misura di contrasto all'attività dei gruppi terroristici.

Dall'altro lato, come Movimento 5 Stelle abbiamo presentato degli emendamenti volti a definire meglio le fattispecie di reato, tenendo fermo ad esempio il basilare principio di materialità e rispettando la locuzione latina *cogitationis poenam nemo patitur*. Abbiamo difeso la libertà di espressione su Internet e sui social media, chiedendo che ogni intervento repressivo sulla rete debba essere soggetto al controllo dell'autorità giudiziaria. L'equilibrio tra libertà e sicurezza di eterna discussione è dunque basilare per lo Stato di diritto. La lotta al terrorismo e in generale la tutela della sicurezza non devono rappresentare il grimaldello per limitare o peggio ancora reprimere diritti fondamentali, ma devono essere sempre funzionali alla tutela dei diritti e delle libertà individuali.

Come evidenziato poi nella relazione sulla lotta alla criminalità organizzata, di cui sono stata relatrice, è necessario infine il completamento del quadro giuridico europeo con un approccio globale, affrontando dunque anche la stretta e preoccupante interconnessione tra terrorismo e criminalità organizzata, che spesso collaborano e si fondono per trarre reciproci vantaggi, spesso di natura economica.

Janice Atkinson, on behalf of the ENF Group. – Mr President, I am not going to pretend to Sir Julian that it is easy, but the EU does not actually help itself. There are some simple steps that we can take. First, we close our borders and we have to abandon Schengen. Unpalatable as it is in here, that is the only way to stop the spread of terrorism. The nation states have to pay their fair share into NATO, as you have been told by Mr Trump. Nation states have to take responsibility for their own borders, not Guy Verhofstadt's idiotic idea of a barny EU army. Let us join Trump in banning travel from those states which are exporting hate and terrorism. We have got to build our own walls. Let us tear up the passports of those who are travelling to train as terrorists. They will not be stateless. It is not against international law. They will be citizens of ISIS. That is what they want. At home what we can do – and I suggest you do it in your own states as well – is to increase the recruitment of the police force, the armed services, prison officers; border control is

essential, as are our intelligence services. Let us protect our citizens, because the EU's policies put us in danger.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Hilde Vautmans (ALDE), “blauwe kaart”-vraag. – Ik wil de collega toch even op iets wijzen. U zegt hier: “We kunnen niet omgaan met het krankzinnig idee van Guy Verhofstadt voor een Europees leger.” Ik wil u toch zeggen dat de eurobarometer een bevraging is bij de Europarlementsleden, bij alle burgers van Europa, en dat daar heel duidelijk uit blijkt dat 80 procent van onze onderdanen willen dat Europa werk maakt van een Europese defensie. Dus zo krankzinnig is dat idee niet.

Ik wil u er ook op wijzen dat als u de uitgaven voor defensie van de 28 lidstaten bekijkt, u zal constateren dat wij de helft uitgeven van Amerika met een rendement van slechts 15 procent. Mag ik u vragen: bent u niet voor een besparing, zodat we al die middelen bundelen en de output beter is en zo onze Europese burgers beter kunnen beschermen?

Janice Atkinson (ENF), *blue-card answer*. – Well actually, as a Thatcherite and Reaganite conservative, yes, I do want to conserve money – but money is being spent, wrongly, especially the waste that goes on in this place. We should be reinforcing our borders. That is the only way we can do it, and actually investing in our own border-force people and across that. And there was a survey by the Chatham House institute back in the UK that said that 80% of your citizens do not want Muslim migration. So you're not listening, are you? And who is it who is causing all the terrorism? It is the basis of ISIS, it is Muslim terrorism. It is Islam.

Diane Dodds (NI). – Mr President, my constituency has long been plagued by the scourge of terrorism. Successful attacks are now thankfully irregular and generally isolated. Nevertheless, we must maintain vigilance and remember the victims. The murderous campaign of the IRA left much hurt and devastation, many empty chairs. The people of Northern Ireland know and understand the need to stand firmly with our European neighbours against the scourge of terrorism. We must never allow terrorists to control the narrative, indulge their revisionism or glorify their deeds to radicalise a new generation. We have some in Northern Ireland who propagate such revisionism. They seek to revise history to justify their evil deeds. Instead, we must give victims a voice. They require protection, specialist support to respond to their specific needs. And as we assist victims, so too experience has taught us to guard against complacency.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE). – Κύριε πρόεδρε, η νέα ευρωπαϊκή νομοθεσία είναι πιο αναγκαία από ποτέ, όχι γιατί η τρομοκρατία ήρθε στην Ευρώπη για να μείνει αλλά γιατί η τρομοκρατία εξελίσσεται σε βάρος της ευρωπαϊκής ιδέας και των Ευρωπαίων πολιτών και κυρίως των επόμενων γενεών. Αξίζουν συγχαρητήρια στη Monika Hohlmeier και τους συνεργάτες της που εκπόνησαν ένα επικαιροποιημένο και ισορροπημένο νομοθετικό κείμενο που ποινικοποιεί τη συμμετοχική δράση, τον τρόπο οργάνωσης, τον τρόπο εκπαίδευσης, τα ταξίδια για σκοπούς τρομοκρατίας και την χρηματοδότηση των τρομοκρατών. Κυρίως πρέπει να αντιληφθούμε ότι είναι το πρώτο κείμενο στο οποίο οι δράσεις των τρομοκρατών επικαιροποιούνται ως προς την ποινική απαξία από τη μια πλευρά και από την άλλη προστατεύονται τα θύματα και οι οικογένειες των θυμάτων που μέχρι σήμερα δεν είχαν τύχει της ευρωπαϊκής ομπρέλας προστασίας. Επιπλέον, η διεθνής δικαιοδοσία, ειδικά για το αδίκημα της εκπαίδευσης έχει μεγάλη σημασία. Έχει σημασία να προωθηθεί και να διαφημιστεί αυτή η Ευρωπαϊκή νομοθεσία διότι η τρομοκρατία δεν κάνει διακρίσεις ανάμεσα στα κράτη μέλη και αφορά όλους μας.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Der internationale Terrorismus ist eine der größten Bedrohungen der Gegenwart, er bringt unendliches Leid über die Betroffenen. Wir konnten uns vor wenigen Wochen selbst hier in diesem Haus davon überzeugen, als wir die *testimonials* der jesidischen Sacharow-Preisträgerin hören konnten. Der internationale Terrorismus versucht vor allem, die Fundamente unserer freien Gesellschaft zu zerstören. Ich fürchte, dass dieses bedrohliche Szenario uns noch lange begleiten wird.

Dem internationalen Terrorismus ist mit nationalstaatlichen Methoden alleine nicht beizukommen. Etwas, was seinem Charakter nach nicht nationalstaatlich ist – der IS – versteht sich selbst als *stateless actor* – etwas, das er nicht ist. Er muss daher in erster Linie von der internationalen Gemeinschaft bekämpft werden

Die Resolution 2178 des Sicherheitsrates bietet einen sehr guten definitorischen Rahmen und verpflichtet die Staaten, die tatsächliche oder beabsichtigte Reise in andere Länder im Kontext terroristischer Aktivitäten zu kriminalisieren, ebenso die Propaganda und die Ausbildung. Es ist daher sehr wichtig, dass wir, die Union, mit dieser Richtlinie über Terrorismusbekämpfung endlich über einen entsprechenden Rechtsrahmen verfügt. Der bisherige Rahmenbeschluss war dazu nicht ausreichend und die Rechtslage in einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich.

Die Richtlinie ist ein sehr wichtiger Schritt. Sie erlaubt koordiniertes und systematisches Handeln der Polizei- und Justizbehörden. Wir sollten uns aber nicht in Sicherheit wiegen und glauben, dass damit das Problem bereits gelöst wäre. Es bedarf der zügigen Implementierung, es bedarf einer Verbesserung der begleitenden Maßnahmen, der Deradikalisierungsarbeit und der Arbeit in den Gefängnissen, und es muss vor allem auch die Strafverfolgung intensiviert werden, nicht nur unter den Zurückkehrenden. Vor allem bedarf es auch in den Herkunftsregionen, wo die Straftaten begangen werden, der Mitwirkung unabhängiger Rechtsprechung.

Helga Stevens (ECR). – Morgen zal het Europees Parlement normaal gezien een nieuwe anti-terrorismerichtlijn goedkeuren. De bedoeling is te komen tot gemeenschappelijke definities voor terroristische misdrijven, waaraan ook meteen minimumstraffen worden gekoppeld. Het terroristisch motief geldt voortaan als een verzwarende omstandigheid. Online haatberichten van de IS-sympathisanten bijvoorbeeld zullen nu overal in de EU moeten worden vervolgd en verplicht offline gehaald. Ook is hacking van kritische infrastructuur, reizen en rekrutering met terroristische motieven verboden.

Tegelijk is er aandacht voor de slachtoffers. De richtlijn bepaalt dat lidstaten concrete maatregelen moeten nemen om terreurslachtoffers en/of hun families beter te helpen op medisch, psychisch en juridisch vlak. Efficiënte hulp, een snelle juridische afhandeling van schadeclaims en het uit de wereld helpen van de administratieve lijdensweg om erkend worden als terreurslachtoffer, dat is het doel. Na de aanslagen in Brussel van 22 maart vorig jaar bleek dat er op dat vlak ook in mijn land nog veel ruimte voor verbetering was. Daarom is N-VA tevreden met het voorstel.

Angelika Mlinar (ALDE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Wir erleben zurzeit, wie auf nationaler Ebene Bürgerrechte angegriffen und teilweise auch demontiert werden, in dem panischen Versuch, die Bedrohung durch Terroristen in den Griff zu bekommen.

Mir scheint fast, dass genau dasselbe nun auch auf EU-Ebene passiert. Wir sind dabei, ein Gesetz zu verabschieden, ohne dessen langfristige Auswirkungen auf die Grundrechte zu berücksichtigen. Ein Gesetz, das Handlungen, die meist überhaupt keinen direkten Zusammenhang mit dem Terrorismus haben, bereits im Vorhinein kriminalisiert. Damit schaffen wir die Grundlage für präventive Gesetzgebung im Strafrecht und die Gefährdung der Unschuldsvermutung.

Das Beispiel von Ahmed H. vom November 2016, eines Bewohners Zyperns, der aufgrund eines angeblichen Terroraktes zu zehn Jahren Gefängnis in Ungarn verurteilt wurde, ist schon erwähnt worden. Es beweist, dass der Begriff Terror hier definitiv falsch und viel zu weit ausgelegt wird. Unser Ziel muss es sein, ein Gleichgewicht zu schaffen zwischen dem berechtigten Wunsch nach Sicherheit und dem Wunsch, Grundrechte und Freiheit zu schützen. Im Zweifel für die Sicherheit kann sicher nicht die Lösung sein.

Als Gesetzgeberinnen haben wir die moralische Verpflichtung, Gesetze nicht auf Basis von Panikmache zu verabschieden, denn das schafft sicher kein Vertrauen.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, as someone who has spent decades involved in conflict resolution, I am disappointed at the security-driven approach that is contained in this directive. In order to deal with conflict we have to address the causes of conflict. What is the political context? What is the social and economic context? What avenues exist to address grievances and pursue legitimate political objectives? Not all situations are the same and the right to assist is valid in certain circumstances. But let us be clear. IS murder indiscriminately. They oppress and abuse people of all faiths and none. So processes of conflict resolution will not apply in all situations. However, increased repression is more likely to fuel further acts of violence than to reduce them. And limiting civil rights and freedom of expression will not make society safer. According to the European Parliament's research services, all of the stakeholders that followed this legislative file have expressed serious concerns about this directive, and they should be listened to.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Diane Dodds (NI), blue-card question. – Thank you for accepting the blue card. You talk about IS murdering indiscriminately. Would you agree with me that the IRA also murdered indiscriminately? To the families of those who died at Kingsmill and the family of Edgar Graham, who is today in the news in a controversy because the law lecturer in Queens University refused to condemn that murder, would you also agree that those were indiscriminate acts?

Martina Anderson (GUE/NGL), blue-card answer. – Thank you, Diane, for that question. I think what is important for all of us who have come from a situation where we are emerging from conflict is to show and demonstrate in a parliament like this that building peace is more important than fighting a war.

We, you and I, could trade statistics of incidents and tragedies, and that, of course, would keep us all looking backwards. There are lots of families, and you have mentioned some here today, who, without doubt, deserve the kind of justice that they are seeking. This week I had three families over here in this Parliament – the brother of Pat Finucane and the daughter of a woman who was murdered by the British state, by British soldiers, and a son whose father had been killed, respectively 42 and 46 years ago. These people are just looking for a basic inquest. They are looking for the Stormont House agreement to be taken forward.

I know the Commissioner is very aware of the work that we have done thus far, and we would hope that he and others would support the kind of conflict resolution that we are involved in.

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Was gut ist an dieser Richtlinie, das liegt auf der Hand.

Wir harmonisieren die Straftatbestände im Bereich der Terrorismusbekämpfung, wir schaffen einen besseren Schutz für die Opfer von Anschlägen und wir sorgen dafür, dass der Informationsaustausch – und auch vor allen Dingen die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus – verbessert werden. Aber diese Richtlinie schießt im Ergebnis über das Ziel hinaus. Problematisch wird es da, wo wir neue Straftatbestände schaffen, die es so in vielen EU-Ländern bisher nicht gibt. Die unklar sind, etwa, wenn es um Reisen innerhalb der Europäischen Union geht oder wenn es darum geht, dass die Möglichkeit eines erheblichen wirtschaftlichen Schadens bereits die Definition des Terrorismus eröffnet.

Das eigentliche Problem ist doch, dass wir die schon bestehenden terroristischen Straftaten nicht wirklich verfolgen. Statt also neue Tatbestände zu schaffen, sollten wir uns darauf konzentrieren, die bessere Zusammenarbeit in Europa, zum Beispiel durch Ermittlungsteams bei Europol und durch eine bessere Ausstattung von Polizisten zur Verfolgung dieser Straftaten zu verbessern.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Monika Hohlmeier (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich wollte den Kollegen schlicht und einfach fragen: Was heißt hier neue Straftatbestände?

Möchtest du in der Tat, dass sich jemand in Syrien in einem Terrorcamp ausbilden lassen kann, dort Straftaten begehen kann, hierher zurückkehren kann und eine Attacke vorbereiten kann, ohne dass wir vor dem Attentat die Person festnehmen, entsprechend vor Gericht bringen und die Richter dann darüber richten können, wie diese Person zu verurteilen ist?

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Vielen Dank für die Frage, Monika! Das Problem liegt ja nicht darin, dass wir nicht heute schon Straftaten im Bereich der Vorbereitung terroristischer Anschläge verfolgen, etwa wenn jemand in ein Terrorcamp reist und wieder zurückkehrt mit der Intention, einen Anschlag zu begehen. Das wird heute schon unter Strafe gestellt. Das Problem hier ist, dass selbst Reisen innerhalb der Europäischen Union unter Strafe gestellt werden, und meiner Kenntnis nach gibt es innerhalb der Europäischen Union solche Terrorcamps noch nicht. Ich finde, da muss man einfach entsprechend der Verhältnismäßigkeit sagen: Die Reisefreiheit innerhalb der Europäischen Union sollte nicht derart hinterfragt werden.

Kristina Winberg (EFDD). – Herr talman! Terrorattackerna har blivit så många att vi knappt reflekterar över dem längre och media har köpt bilden av att varje dåd är helt fristående och har inget med det andra att göra. Man tror att det är ensamma galningar som utför dessa dåd.

Det förslag vi debatterar idag är bra på det sättet att det sätter press på länder att angripa problem med jihadresor och delar av samhället som blir radikaliserade med mera. Detta är bra i en tid där vi kommer att få se mer attacker på europeisk mark, särskilt nu när Islamiska staten tappar mark i Syrien och Irak.

Ett annat förslag som påstår sig bekämpa terrorism men som i själva verket bara berör laglydiga medborgare är de föreslagna ändringarna av EU:s vapendirektiv. På ett desperat sätt angriper EU hederliga jägare, sportskyttar och vapensamlare. Hela civilförsvaret sätts i gungning eftersom möjligheten att äga och transportera vissa vapen blir indirekt olagligt.

Förslaget är dessutom så idiotiskt skrivet att även de främsta experterna på området inte kan förklara hur EU-kommissionen har tänkt i det här fallet. Kommissionen inför nya termer och visar att de inte ens har en basal förståelse kring hur dessa vapen fungerar och vad ett magasin är och så vidare.

Kommissionen visar tydligt här att man avser att bekämpa lagliga vapen, som nästan aldrig används i masskjutningar, istället för att angripa ett problem kring smuggling av illegala vapen, särskilt från Slovakien, som har varit källan till flera av dessa. Ska svenska laglydiga medborgare få lida bara för att EU till varje pris vill ha öppna gränser? Vad har Anders Ygeman egentligen sagt i rådet när detta förslag har diskuterats? Frågorna är många och jag börjar söka svaren.

Jag kommer från och med nästa vecka att besöka berörda jägare och vapensamlare för att ta reda på hur det ligger till.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, le terrorisme islamiste est une barbarie qu'il faut combattre sans faiblesse. C'est pourquoi j'approuve le rapport Hohlmeier, qui s'efforce de lutter contre celui-ci, malgré toutes ses insuffisances rappelées à l'instant par M^{me} Winberg. J'exprime toutefois deux regrets.

Le premier, c'est que le terrorisme islamiste a profité de la porosité des frontières extérieures de l'Union européenne, c'est-à-dire de l'échec terrible du système Schengen. Les Français sont bien placés pour le savoir, car les terroristes du Bataclan sont presque tous venus de l'étranger. Or, le rapport refuse de reconnaître cette évidence.

Le second regret, c'est que le rapport n'utilise jamais le mot «islamiste». Il parle du terrorisme en général, alors que c'est bel et bien du terrorisme islamiste dont il est question. Je condamne cette lâcheté car, comme le disait Albert Camus, «mal nommer les choses, c'est ajouter au malheur du monde».

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε πρόεδρε, οι διάφορες μορφές τρομοκρατίας, γενικότερα και η ισλαμική τρομοκρατία, ειδικότερα, αποτελούν αυτή τη στιγμή την μεγαλύτερη πραγματική απειλή εναντίον της ασφάλειας των λαών των χωρών της Ευρωπαϊκής Ενωσης. Αν και η ευθύνη για την αντιμετώπιση της τρομοκρατίας ανήκει στα κράτη, η αποτελεσματική καταπολέμηση της επιτυγχάνεται εντούτοις με μία ολοκληρωμένη συνεργασία όλων των χωρών του κόσμου και της Ευρώπης σε όλους τους τομείς αλλά ιδίως στο νομικό, στο κοινωνικό και στο δικτυακό πεδίο. Όμως όση συνεργασία κι αν επιτευχθεί μεταξύ των αστυνομικών και των υπηρεσιών πληροφοριών των χωρών, όσες πληροφορίες κι αν ανταλλάγουν μεταξύ τους, όση νομική κάλυψη και αν παρασχεθεί στις κατασταλτικές τους δραστηριότητες, αυτά είναι μεταγενέστερα βήματα. Πρέπει να προηγηθούν η σωστή διαπαιδαγώγηση των νέων, ούτως ώστε να μην είναι ευάλωτοι στην προπαγάνδα της τρομοκρατίας και κυρίως της ισλαμικής, πρέπει να εκλείψουν από τα κράτη της Ευρώπης οι περιπτώσεις αποκλεισμού και περιθωριοποίησης κοινωνικών ομάδων που ενισχύουν την τρομοκρατία και, τέλος, πρέπει να γίνεται σωστός έλεγχος των εξωτερικών συνόρων. Αυτή η αποστολή πρέπει να ανατεθεί στις δυνάμεις ασφαλείας και τις ένοπλες δυνάμεις κάθε χώρας ...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Frank Engel (PPE). – Monsieur le Président, je voulais commencer par exprimer mon doute qu'Albert Camus se réjouirait de l'appropriation qui est abusivement faite de lui par le Front national dans cette enceinte.

J'aurais tout de même envie de dire au représentant du Front national et à la collègue de je ne sais quel parti britannique, sans doute un peu à côté de la plaque, vers la droite, qui a parlé avant, que ce ne sont pas les frontières le problème car ceux qui commettent des attentats en plein milieu de l'Europe sont nés ici, ont été radicalisés ici, ont peut-être fait un voyage en dehors de l'Europe et en sont revenus. En fin de compte, ce sont nos citoyens qui ont fait une erreur dans leur parcours. Je ne les en excuse pas et je voudrais qu'ils soient condamnés pour cela, une fois appréhendés. Mais je refuse et je dénonce cette attitude bête, foncièrement bête, qui consiste à dire aux Européens que la misère vient de l'extérieur. La misère, c'est dans nos banlieues mal gouvernées qu'elle est produite, que ce soit en France, en Belgique, aux Pays-Bas ou au Royaume-Uni. La misère, la radicalisation en Europe, c'est une réalité. La radicalisation dans nos prisons, c'est une réalité. La radicalisation dans nos structures sociales défailtantes est une réalité.

Notre problème, c'est que nous prêchons souvent les bonnes choses mais nous peinons à les appliquer. Dès lors, je salue tous les nouveaux éléments contenus dans la législation présentée par M^{me} Hohlmeier, mais je souhaiterais également que nous insistions beaucoup plus encore sur le renforcement rigoureux de ce qui existe déjà.

(L'orateur refuse une question «carton bleu» de Georgios Epitideios)

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Úr! Az elmúlt évek terrortámadásai nyomán a polgárok Európában – azt gondolom mindenütt – joggal féltik a biztonságukat és joggal várják el a kormányaiktól, hogy megvédjék őket a terroristáktól. Ezt azonban csak akkor tudjuk megtenni, akkor lehetséges, ha hajlandók vagyunk szembenézni a tényekkel. Éppen ezért egyértelműen el kell határolódnunk az európai szélsőjobboldal aljas politikai kampányától, amely közvetlen összefüggéseket tételez fel a menekültek, a migráció és a terrorizmus között. Félelmet keltenek és gyűlöletet keltenek. Tudjuk, hogy az elmúlt évek borzalmas merényleteit – erre utalt éppen Engel úr előttem – itt Európában született, itt szocializálódott fiatalok követték el, akik a társadalom peremére szorultak, akik nem találták meg a boldogulásukat az európai társadalomban. A mi feladatunk az, hogy megtaláljuk a radikalizációnak az ellenszerét.

És ebben az egyre súlyosabb büntetések, az értelmetlen szigor, mindenki megfigyelése és lehallgatása, be- és elzárkózás nem fog segíteni! Sokkal inkább arra van szükség, hogy határozott lépéseket tegyünk a titkosszolgálatok együttműködése tekintetében. Hogy világos és célzott megfigyelésekkel próbáljuk megzavarni és megszüntetni a radikális iszlám köröknek a szervezkedéseit. De ami mindennél fontosabb: határozott és egyértelmű lépéseket kell tennünk a társadalmi integráció és a befogadó társadalom irányában, hogy a második és harmadik generációs bevándorlók itt, ezekben a liberális demokráciákban találják meg a jövőjüket, ne pedig a radikális iszlámban.

James Nicholson (ECR). – Mr President, when we are talking about combating terrorism, we must pay tribute to the men and women of the armed forces and the police, who have given service and made sacrifices in tackling the terrorist threats. During the decades of terrorism in Northern Ireland, the police and the army sought to prevent terrorists from plunging my region into anarchy and civil war, and now we have a witch-hunt against elderly former soldiers who are being questioned and brought before the courts in connection with events that happened more than 40 years ago. Meanwhile, the 200 IRA terrorist suspects have been getting letters of comfort and others have received royal pardons. There are some people, including in this Parliament, who are trying to rewrite the history of Northern Ireland's past. I sincerely hope we do not let them do it. We have had many atrocities and I could go on and deliver them at great length from Warrenpoint to Tullyvallen to Harrods to Warrington and all over the United Kingdom.

Let me make it very clear: all terrorism is wrong and cannot be condoned, nor can it ever be justified by anyone. We must keep a sense of proportion and ensure that, in investigating the past, we do not focus disproportionately on the actions of those who sought to keep our community safe and who suffered grievously in the process. I would urge all Members not to be taken in by the cynical self-serving attempts to whitewash the crimes of history. And yes, Mrs Hohlmeier, you are so right. The victims are the most important, not the victim-makers.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señor presidente, en efecto, las víctimas son lo más importante, y Albert Camus dijo: «Ante el mal, ante la muerte, el hombre pide justicia desde lo más profundo de sí mismo.». De eso va también esta Directiva.

La actualización de la Directiva era necesaria porque el terrorismo globalizado exige una armonización, al menos europea, de los tipos penales, con justicia, sin excesos. No hay otra manera de evitar la impunidad, y no todos los países estaban preparados.

Hay dos «pero», sin embargo, al resultado tras el diálogo tripartito —aunque debo agradecer a la ponente y a los colaboradores el esfuerzo que han hecho—: uno, el intercambio de información, que ha quedado limitado al intercambio judicial, y no policial; y dos, los inocentes, las víctimas del terrorismo, que seguirán teniendo derechos y tratamientos muy dispares —en muchos casos, muy deficientes— según su nacionalidad, incluso ante el mismo atentado.

Hay quien considera que las víctimas no necesitan una directiva propia y específica; yo creo que sí. No porque sean más graves los delitos, sino porque los terroristas utilizan nuestra vida para condicionar a la sociedad entera, y cada nuevo atentado abre las heridas de las víctimas anteriores. Las dos cosas tendrán que modificarse en algún momento.

Nathan Gill (EFDD). – Mr President, I believe it is important that we stress the importance of education, and engagement with those vulnerable to radicalisation, in combating terrorism. Nothing can justify extremism, but we must acknowledge that it does not arise in a vacuum. Narratives of grievances, actual or perceived injustice, promised empowerment and sweeping change become attractive where human rights are being violated, good governance is being ignored and aspirations are being crushed.

Violent extremists have been able to recruit over 30 000 foreign fighters from over 100 nations to travel to Syria, Iraq, Libya, Yemen and Afghanistan, according to the UN Secretary-General. Some of them will no doubt be horrified by what they see and will be anxious to put those experiences behind them, but others have already returned to their home countries to spread hatred, intolerance and violence in their own communities.

We will not be successful in combating terrorism unless we can harness the idealism, creativity and energy of young people and others who feel disenfranchised. Young people must be viewed as an asset and must be empowered to make a constructive contribution to the political and economic development of their societies and nations. We must offer them a positive vision in their future, together with a genuine chance to realise their aspirations and their potential.

The same applies to those states we have neglected, whether economically or politically.

Our security services can only do so much to protect us, and as we are constantly told, the terrorists only have to get lucky once. We need to change hearts and minds, and while strengthening legal definitions and formalising cooperation might help, ultimately we need to successfully challenge the whole ideology behind the extremist narrative.

Mario Borghezio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa direttiva scopre l'acqua calda, ci parla di terrorismo e non osa chiamarlo col suo nome: terrorismo islamista! Che coraggio ci vuole? Manco quello avete! Qualcuno dice che non bisogna parlare di frontiere e attacca il collega, che ne ha parlato molto bene, giustamente. È vero, vengono dalle *banlieue*, ma poi scappano in Italia dalla Germania o dopo il Bataclan, tranquilli come turisti tranquilli che nessuno controlla visto che non ci sono più le frontiere. Ha ragione Lebreton allora!

Libera circolazione per tutti, anche per quelli che fanno propaganda, come i signori Fratelli musulmani che si infiltrano addirittura nei governi e fanno i consulenti dei nostri governi. Volete libera circolazione per tutti, ma non per i cacciatori. Le armi dei cacciatori sono pericolosissime, non quelle dei lupi solitari, non quelle dei jihadisti. Non ci sono misure concrete contro i jihadisti. Come li si cerca? Non c'è la proposta di sezioni specializzate di magistratura che siano in rapporto diretto con le polizie e coi servizi per fare delle sentenze efficaci.

Mi lasci concludere, caro Presidente, bisogna avere il coraggio di prendere misure serie. Ricordiamoci delle vittime, alle quali voi non pensate, che oggi soffrono negli ospedali e nei centri di rieducazione. Nessuno li aiuta. Anche le vittime italiane di Nizza, abbandonate dall'Europa e dall'Italia, una vergogna!

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Mr President, your methods of fighting terrorism are like putting oil on fire. Listen: first, we must introduce the death penalty. We cannot win when they can kill us and we cannot kill them. Some terrorists are not ready to die, for example those who killed at Charlie Hebdo. Second, every man should have a gun. It will not help in most cases, but in some it will.

Three, no social benefits to immigrants. They must work, and work hard, like the American immigrants in the nineteenth century, for small money. They must not have strange thoughts in their minds: they must work and not think about something. Four, no wall will stop terrorists: we must agree that there will be terrorism and live with it. Far more people die in car accidents than through terrorism and we do not care, or we do not get hysterical about it.

And the last thing: stop the journalists. What the terrorists want is to be famous and to spread hysteria in society. The journalists should cut off the terrorists: no photographs; no interviews with terrorists. The terrorists should be hanged the next day, there should be no names and they should be buried under the pigsty. This will minimise terrorism.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), pregunta de «tarjeta azul». – No sé si darle más tiempo al señor Korwin-Mikke, pero yo sí le quiero recordar una cosa. Para combatir el terrorismo, como para combatir cualquier tipo de crimen, hay que basarse en cuatro acciones, en cuatro «P»: hay que prevenir, hay que perseguir, hay que proteger y hay que penalizar —no a los periodistas, por cierto, no a los periodistas—.

Hay que prevenir a través de la inteligencia, de la cooperación, y tenemos un Centro Europeo de Lucha contra el Terrorismo que es clave, es una plataforma esencial para desarrollar una inteligencia europea.

¿No cree usted que para perseguir hace falta una fuerza policial y judicial conjunta? ¿No cree que para proteger a las víctimas, a las personas vulnerables, hace falta la cooperación de las instituciones? ¿Y que, para penalizar, hacen falta directivas que verdaderamente castiguen a los que cometen crímenes?

Janusz Korwin-Mikke (NI), blue-card answer. – One justice and one hangman is enough.

Alessandra Mussolini (PPE). – Signor Presidente, mi scusi, ma noi qui stiamo discutendo di diritti umani e di una direttiva ottima che li tutela. È possibile che lei non blocchi un oratore che sta parlando in continua violazione dei diritti umani? Almeno una parola la dica!

President. – As I understand it, this was a blue card to me, not to Mr Korwin-Mikke. Mr Korwin-Mikke, do you consider that you answered Ms Becerra Basterrechea?

Janusz Korwin-Mikke (NI). – I have one right: to be protected by the state and not by the inefficient bureaucracy that cannot help.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, nejdříve mi dovolte, abych poděkoval paní Hohlmeierové a jejímu týmu za výbornou práci. Ta směrnice opravdu nepokrývá všechno, ale myslím si, že je stále více aktuální a že hodně témat, která jsme chtěli ve směrnici mít, je v ní zmíněno. I když směrnice svým způsobem reaguje na útoky v Paříži, tak si myslím, že se stala po útocích v Berlíně stále více aktuální. A proto jsem rád, že i řada z vás, milí kolegové, zde zmiňujete práva obětí trestných činů. Protože na oběti trestných činů a oběti terorismu se často zapomínalo.

Minulý rok se potvrdila obava Europolu, který došel k závěru, že je velmi opodstatněné očekávat, že náboženstvím inspirovaná teroristická skupina opět podnikne teroristický útok někde v Evropě. A tato obava trvá i nadále. Je tedy nutné, abychom intenzivně bojovali proti terorismu a předcházeli podobným útokům. V Evropě je nyní několik tisíc občanů Evropské unie, neříkám mimo Evropskou unii, kteří jsou podezřelí ze zapojení do bojů v Iráku a Sýrii. Nikdo však není schopen určit přesný počet. Ať už se jedná o zahraniční vracející se bojovníky nebo o osamělé vlky, Evropská unie musí být schopna se s těmito lidmi adekvátně vypořádat. A vypořádá se s nimi pouze tak, když budeme mít sjednocené trestní právo v těchto věcech.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, les attentats que nous avons connus ces dernières années ont apporté l'horreur, mais ils ont aussi permis de réaffirmer la fermeté de nos condamnations. Avec cette nouvelle directive, nous montrons une nouvelle fois notre détermination à lutter contre le terrorisme. Ce texte définit les actes qui doivent être criminalisés, améliore la protection des victimes et renforce l'échange d'informations sur les enquêtes pénales. Ces trois axes sont fondamentaux et – je l'espère – partagés.

Au sein du Parlement européen, la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures (LIBE) prend une part active à la lutte contre le terrorisme. Dans son action, on notera le renforcement de la protection de nos frontières extérieures, l'harmonisation de la criminalisation entre les États membres, la lutte contre le financement du terrorisme et la criminalité organisée, ou encore la coopération entre les États et avec les agences européennes. Le Parlement européen fournit ce travail avec le souci de garantir l'équilibre entre la sécurité et la protection des libertés fondamentales.

Si je tiens, aujourd'hui, à souligner la réalité de ce travail, c'est parce que j'ai été surprise d'apprendre que nous aurions besoin d'une nouvelle commission spécifique à la lutte contre le terrorisme. Ses objectifs sont, certes, encore flous: il s'agirait de mettre en lumière des manquements des autorités nationales dont les pays ont été touchés par les attentats. Soit! Mais que cherchons-nous à faire? Que voulons-nous prouver? Pointer les responsables? Évaluer si c'est la faute de l'Europe, celle de Schengen ou celle du voisin? S'agit-il de faire le même travail d'enquête que les députés nationaux en France, en Belgique, voire en Allemagne? S'agit-il de prendre d'autres positions que celles dégagées par LIBE, qui est une commission parlementaire compétente et expérimentée, ou bien de laisser prospérer l'exploitation des attentats à des fins politiques en cette année électorale dans plusieurs États européens?

Vous l'aurez compris, cette hypothèse de commission spéciale ou de commission d'enquête m'apparaît comme une polémique dans un champ qui mérite surtout qu'on les évite.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Proponuję debatę poważną – powaga sytuacji jest naprawdę rzeczą istotną. Nasi wyborcy oczekują od nas poważnych debat, poważnych rozwiązań, a nie dyskusji, które myślę, że wręcz urągają powadze naszego Parlamentu. Te proponowane rozwiązania są krokiem naprzód. Ale to też nie jest tak, że nie podlegają krytyce. Myślę, że w tej chwili z punktu widzenia przeciętnego Polaka, Niemca, Francuza, Brytyjczyka, Czecha czy Duńczyka kwestia bezpieczeństwa w kontekście terroryzmu jest kwestią absolutnie podstawową i wyborca, którego tutaj reprezentuję, jest gotów na zwiększenie uprawnień różnych instytucji, które się bezpieczeństwem zajmują, kosztem jego właśnie bezpieczeństwa. Musimy o tym pamiętać. Starajmy się wychodzić naprzeciw tym oczekiwaniom.

Nathalie Griesbeck (ALDE). – Monsieur le Président, je me réjouis que demain, après le vote, nous puissions avoir un arsenal consolidé pour lutter ensemble et de façon aussi harmonisée que possible contre le terrorisme.

À travers ce texte, les États membres vont enfin adapter leur législation nationale relative aux infractions terroristes puisqu'en la matière, comme chacun l'a dit plus ou moins positivement, il n'y a pas de frontières alors qu'il existe des freins entre les différents codes de droit pénal des États membres.

Ce texte est un vrai progrès qui prend en compte les nouvelles formes de terrorisme, les nouveaux *modus operandi*, le phénomène des combattants étrangers, les voyages à but terroriste, la propagande, la provocation, le recrutement sur internet, ainsi que les familles des victimes.

C'est un progrès qui va permettre à toutes les autorités judiciaires d'appréhender avec plus d'efficacité ce fléau et de livrer à la justice les auteurs.

Je salue aussi le renforcement du dispositif d'échange d'informations entre les autorités judiciaires, même si je regrette, pour conclure, que les États membres n'aient pas suffisamment soutenu notre proposition d'échange obligatoire entre les autorités. Quand les États vont-ils comprendre que ce n'est pas en gardant précieusement ce type de données que nous réussirons demain à répondre, ensemble, aux défis mondiaux et colossaux auxquels nous sommes confrontés?

Nicolas Bay (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, vous abattez les digues et vous vous étonnez qu'il y ait des inondations. Comment être surpris par la multiplication des actes terroristes lorsque vous encouragez sans cesse la libre circulation des biens et des personnes, et donc des armes et des terroristes? Vous ne cessez en fait d'illustrer le fameux proverbe chinois: «lorsque le sage désigne la lune, l'idiot regarde le doigt».

Non seulement vous restez focalisés sur les conséquences mais, de surcroît, vous vous acharnez contre ceux qui, comme nous, désignent les vraies causes du terrorisme en Europe. Vous ne les voyez pas parce que vous ne voulez pas les voir, sinon il vous faudrait reconnaître les terribles erreurs que vos amis, vos prédécesseurs et vous-mêmes avez commises en ouvrant grand les vannes de l'immigration.

Les bien-pensants s'entêtent, en effet, à nier le lien évident entre immigration et terrorisme. Pourtant, je l'ai dit il y a quelques jours, et je le répète aujourd'hui, dans cet hémicycle: tous les terroristes qui ont frappé la France ces vingt dernières années sont immigrés ou issus de l'immigration. Il y a bien sûr d'autres facteurs, mais si vous continuez à refuser de considérer cette cause première fondamentale qu'est l'immigration massive et incontrôlée, alors vous condamnez nos peuples à subir toujours plus d'attentats islamistes sur notre sol.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr! Személyes biztonságuk a legfontosabb. Amennyiben kétségek merülnek fel azzal kapcsolatban, hogy a legitim erőszak birtokosa – az állam – képtelen fenntartani a rendet és a biztonságot, akkor az az élet egyéb területein is bizonytalanságot és káoszt szül. A terrorizmus és a szervezett bűnözés egyre fokozódó összefonódása azt jelenti, hogy rendszerszintű fenyegetésekkel nézünk szembe: régi igazság, hogy a bűnüldözésnek tartania kell a lépést a bűnözéssel. Ezért minden lehetséges eszközzel, ugyanolyan szervezettséggel kell fellépni a terrorizmus ellen, amilyen eszközökkel a terroristák és az őket támogató hálózatok a polgáraink életére törnek. Nem tűrhetjük el, hogy területünkön kiképzik ezeket az embereket, radikalizálják, majd konfliktusos területre utazzatják őket, ahonnan könnyedén visszatérhetnek.

A bűnsegédletről és felbujtásról szóló fogalmainkat újra kell gondolnunk és a kibertérben elkövetett cselekményeket kiemelt figyelemmel kell követnünk. A hírszerzési értesülések széleskörű megosztása nagyfokú bizalmat feltételez a tagállamok között, ám mindenképpen szükséges lépés. Egyazon fenyegetésekkel nézünk szembe, ezért a fellépésünk is csak összehangolt lehet. A mai Európában az az egyik legjobb dolog, hogy tulajdonképpen akadályok nélkül utazhatunk a tagállamok között. Ezt persze a terroristák kihasználják, de a helyes reakció a hatékony megelőzés és a kemény fellépés, nem pedig a határok visszaállítása és a bezárkózás. Ha ezt választjuk, akkor máris nyertek.

Ana Gomes (S&D). – Esta diretiva, suscitada pelos ataques terroristas de novembro de 2015, em Paris, visa harmonizar a legislação penal, melhorar a troca de informação e impedir mais ataques terroristas. O Parlamento conseguiu melhorar várias disposições, alertando para o perigo de respostas a quente, desenquadradas de uma estratégia global de combate à radicalização.

A diretiva tem três principais problemas. Primeiro: ofensas criminais não adequadamente definidas, deixando a porta aberta a interpretações que podem restringir, desproporcionadamente, direitos fundamentais. O combate ao terrorismo em plataformas como a Internet tem de se fazer de forma inteligente e tecnicamente eficaz, o que é muito diferente de criminalizar o próprio uso da Internet. Grave é também a Comissão, que promete melhor legislação, ter mais uma vez dispensado a avaliação de impacto. Terceiro: a terminologia *foreign fighters* está errada. A esmagadora maioria dos terroristas que atacaram na Europa são europeus, desintegrados mas aqui nascidos e criados; não precisaram de viajar para o estrangeiro.

Fundamental para combater o terrorismo não está nesta nem em nenhuma diretiva. Exige que os governos, os nossos governos, abandonem políticas autoritárias neoliberais, que sonem fontes para equipar e treinar polícias e forças da lei, que criem guetos e segregação nas nossas cidades, que transformem as prisões em centros de radicalização em vez de reabilitação. E é preciso que esses mesmos governos parem a importação para mesquitas europeias de propagandistas do fundamentalismo wahabita.

(A oradora aceita responder a uma pergunta segundo o procedimento «cartão azul», nos termos do artigo 162.º, n.º 8, do Regimento)

Petras Auštrevičius (ALDE), blue-card question. – Nobody doubts the necessity to fight terrorism. Terrorism is like a disease, it spreads around, but it overcomes and oversteps the boundaries of the European Union. The European Union is bound to cooperate with neighbouring countries, but the diverse descriptions of terrorism sometimes from third countries is used as a pretext for political prosecution. Colleague, would you agree that the European Union as such and Member States have to be very vigorous, even selective, in cooperating with some neighbouring countries when it comes to the fight against terrorism in order to protect the political freedoms of citizens and respect freedoms as such?

Ana Gomes (S&D), blue-card answer. – I know that several anti-democratic, autocratic governments are using the excuse of terrorism, and the obsession with the fight against terrorism, to actually suppress basic freedoms and suppress legitimate criticism and dissent. We cannot align ourselves with that and that is also why we need to be very critical about what is happening inside the EU and that is why I am also critical about some of the solutions that are in this Directive that, in my view, put in question disproportionately, or may put in question disproportionately, the fundamental rights of the European citizens themselves.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Panie Przewodniczący! W proponowanym przez Komisję tekście w sprawie zwalczania terroryzmu znajduje się zapis, że zagrożenie terrorystyczne w ostatnich latach narasta i szybko się zmienia, a w jednej z poprawek dodaje się, że walka z terroryzmem pozostaje głównie w gestii państw członkowskich. Proponuje się też, aby w obliczu ataków terrorystycznych, które odnotowano w Europie w roku 2015 i 2016, koordynować działania przeciw terrorystom na płaszczyźnie unijnej. Przypomnę, że do tej pory Unia Europejska pozostawała bierna, a piętnowała współpracę państw członkowskich ze Stanami Zjednoczonymi w obszarze zwalczania terroryzmu. Przykładem jest chociażby kuriozalna komisja do spraw więzień CIA, która funkcjonowała w szóstej kadencji Parlamentu Europejskiego. Jak widać, dopiero bezpośrednie zagrożenie życia naszych obywateli atakami terrorystycznymi skłania do zmiany. Lepiej późno niż wcale. Zgadzam się z koordynatorem Unii Europejskiej do spraw zwalczania terroryzmu, który stwierdza, że skuteczna reakcja wymaga całościowego podejścia i długofalowych starań.

Heinz K. Becker (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich werde hier mit Stolz darüber sprechen, was hier jetzt zur Beschlusslage vorliegt. Ich erkenne, dass die Antiterrorrichtlinie ein Herzstück dessen ist, was die Sicherheit Europas in Zukunft gestalten kann. Ich bin froh, dass Kommission und Parlament hier auch eindeutig an einem Strang ziehen. Ich gratuliere allen Mitgliedern im LIBE-Ausschuss, allen voran der Berichterstatterin Monika Hohlmeier und den Schattenberichterstattern, zu dieser Leistung.

Wir können Terrorvorbereitungen und Propaganda über das Internet den Stecker herausziehen. Wir können der Terrorfinanzierung den Hahn abdrehen. Wir können effektiv gegen *foreign fighters* – ja, das sind europäische Staatsbürger – und islamistische Radikalen vorgehen, auch wenn die Terrorakte gar nicht stattgefunden haben. Wir haben neue strafrechtliche Rahmen zu einer wirksamen Verfolgung, und erstmals werden die Mitgliedstaaten zu einem Datenaustausch verpflichtet – eine längst fällige Maßnahme, denn kein Mitgliedstaat in der EU kann nur eine der Herausforderungen alleine meistern.

Bei terroristischen Straftaten inkludiert sind Cyber-Angriffe, Attacken gegen Wasser- und Stromversorgung. Wir gehen sehr weit. Und ich erkenne, dass die Internetplattformanbieter von uns noch mehr verpflichtet werden müssen, Inhalte zu löschen. Bei Gewinnen von Milliarden Dollar ist kein Aufwand zu hoch.

Christine Revault D’Allonnes Bonnefoy (S&D). – Monsieur le Président, face à la menace terroriste, les États membres ne peuvent pas agir seuls. Nous avons besoin d’une Europe unie, forte et cohérente pour répondre à cette menace globale.

Ce rapport affirme l’exigence de coopération pour permettre à l’Union européenne de renforcer son arsenal de lutte contre le terrorisme. C’est grâce à une meilleure coopération et à une mutualisation de nos capacités que nous pourrions mieux nous prémunir face aux attaques.

Je me félicite des dispositions sur l’obligation d’échanger les informations pertinentes sur les enquêtes pénales entre les États membres, ainsi que sur la confiscation des actifs et des fonds utilisés dans le cadre d’activités terroristes. Les sociaux-démocrates ont toujours exigé un meilleur partage des informations et une politique offensive contre le financement du terrorisme.

Je salue aussi les propositions pour l’amélioration des droits des victimes du terrorisme, mais la bataille est loin d’être terminée, car l’expérience nous a appris que le texte n’aura de réelle portée que si tous les États membres se conforment aux engagements de transposition.

Nous, députés européens, avons encore un rôle à jouer. Je serai très attentive à l’évaluation de la Commission sur la mise en œuvre du texte afin de vérifier sa valeur ajoutée. Elle me permettra également de m’assurer du respect total des droits fondamentaux, des libertés et de l’état de droit. Les politiques de sécurité mises en œuvre par les États ne peuvent en aucun cas déroger à ces valeurs fondamentales.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor presidente, comisario, gracias Mónica por tu compromiso con las víctimas. A ellas les dedico este informe.

Señorías, cuando hablo de terrorismo, de cómo combatirlo y prevenirlo, puedo decir que me va la vida, porque la vida es lo que arrebataron unos terroristas de ETA a mi hermano y a su mujer.

No importa de dónde venga el terrorismo —si es nacionalista, si es islamista—, el objetivo es el mismo: el exterminio de quienes no piensan como ellos.

He oído en esta Cámara que no hay que tener prisa, que no hay que exagerar. Con todos mis respetos: contra el terrorismo, la buena voluntad no basta. Lo que nos sirve contra el terrorismo es la inteligencia, la firmeza y la unidad, y este informe responde a lo que nos piden los ciudadanos: poder vivir en paz sin que una bomba o un tiro en la nuca viole el más sagrado de sus derechos, el derecho a la vida.

Celebro que se haya dado un paso de gigante en la asistencia a las víctimas europeas, pero necesitamos una directiva específica para víctimas del terrorismo, porque los crímenes del terrorismo son crímenes de lesa humanidad y es la sociedad al completo, señoras y señores, la verdadera y última víctima del terrorismo.

Jeroen Lenaers (PPE). – De afgelopen maanden en jaren is de wereld getuige geweest van de barbaarsheid van terrorisme en de weerzinwekkende daden van terroristen. Het is dan ook terecht dat veiligheid en het bestrijden van terreur de allereerste prioriteit van de Europese Unie is. Er is al veel gebeurd. We hebben de PNR-richtlijn aangenomen. We hebben een nieuw mandaat van Europol met meer ruimte om online radicalisering tegen te gaan. We stemmen morgen ook over betere controle aan de buitengrenzen. We hebben ingezet op betere bescherming van de buitengrenzen.

Dit verslag is een andere belangrijke stap en ik feliciteer collega Hohlmeier en de schaduwrapporteurs met het goede resultaat, want het is belangrijk. De mensen die kwaad in de zin hadden wisten de afgelopen tijd de zwakke plekken in Europa maar al te goed te vinden. 28 verschillende landen met 28 verschillende aanpakken, dat was te versnipperd om effectief te zijn. Deze richtlijn zet een hele goede stap in de juiste richting door één lijn te trekken waar het gaat om het strafbaar stellen van het uitreizen voor terreur, het deelnemen aan een terroristische organisatie, het ronselen van terroristen, het financieren van terroristen en ook het verheerlijken van terroristen – want daar is vandaag al veel over gezegd.

En ja, wij koesteren de vrijheid van meningsuiting. Wij koesteren dat als één van de belangrijkste fundamenten onder onze samenleving. Maar er bestaat ook zoiets als een collectieve verantwoordelijkheid, een niveau van minimale beschaving dat wij van iedereen in de Europese Unie mogen verwachten. En het verheerlijken van terreur hoort daar niet bij en moet keihard aangepakt worden.

Alessandra Mussolini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io volevo iniziare diversamente, ma devo fare una precisazione, perché alcuni colleghi volevano, in modo colpevole, trasformare questa direttiva che, come ha detto bene la collega Hohlmeier, è una direttiva contro il terrorismo, in una direttiva contro la comunità musulmana. È esattamente l'opposto. Noi dobbiamo invece collaborare con la comunità musulmana e trarre vantaggio dall'integrazione, non dobbiamo isolare la comunità musulmana.

Quindi, sentendo delle affermazioni che parlano di terrorismo islamista, mi chiedo cosa significa. Significa che esiste un terrorismo islamista e che poi ci sono altre forme di atti terroristici di serie B e di serie A? Questa è una cosa molto grave, è un principio molto grave. Quindi ottima è la direttiva, ottimo è lo scambio di informazioni, perché non solo armonizza e serve proprio per coordinare all'interno degli Stati membri, ma perché lo scambio di informazioni prope-deutiche è fondamentale perché cambiano purtroppo le modalità degli atti del terrore. Una volta l'autobus che si va a schiantare a Berlino, un'altra volta quello che è accaduto negli aeroporti. Quindi, molto bene le nuove fattispecie di reato, che non vengono inventate dal Parlamento, ma che si attagliano alle nuove forme di atti criminali di Internet. Ho finito, signor Presidente. Ottima la direttiva, bisogna votarla.

Arnaud Danjean (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, le terrorisme, nous le savons bien, est une guerre asymétrique qui cherche non seulement à détruire des vies, à faire des victimes, mais plus encore, à fracturer nos sociétés, à jouer sur les ressorts émotionnels, parfois les plus sinistres, et à faire sa propre publicité idéologique.

Alors, face à ce défi extrêmement complexe, qui est mutant, plastique, tout autant sécuritaire que sociologique, éducatif ou politique, nous devons avoir une réponse adaptée. Celle-ci ne peut pas passer uniquement par l'émotion, qui est légitime, mais qui souvent nous conduit à prendre des mesures spectaculaires mais pas forcément efficaces.

De ce point de vue, je me réjouis que la directive qui est discutée aujourd'hui, enrichie par le travail de Monika Hohlmeier, apporte des réponses concrètes, professionnelles et concourt véritablement à l'amélioration de ce qui est fondamental, c'est-à-dire notre arsenal législatif, harmonisé à travers toute l'Europe. Il est tout à fait essentiel d'avoir ce socle commun.

Il faut aussi articuler beaucoup mieux les dimensions de renseignement, de police et de justice, et ne pas les confondre. J'entends beaucoup trop de collègues, ici, faire une confusion entre l'échange d'informations et de renseignements de différentes natures. Je ne sais que trop bien que, avant de se coordonner et de partager l'information, il faut la collecter, et quand on regarde ce qui s'est passé dans nos différents pays, on voit que bien souvent, les dysfonctionnements touchent d'abord la collecte d'informations avant même l'échange d'informations.

Oui, donc, à des plateformes européennes améliorées, renforcées aux niveaux judiciaire et policier, mais attention à ne pas créer de confusion ni de superstructure inutile qui vienne compliquer le travail opérationnel plus qu'elle ne l'améliore.

Axel Voss (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren extrem verschlechtert und deshalb dürfen wir auch nicht bei Straftatbeständen stehen bleiben.

Die permanente Bedrohung zwingt uns eigentlich dazu, zu überlegen, wie wir das besser machen können, auch die Polizei und die Sicherheitsdienste besser ins Zentrum zu rücken. Die innere Sicherheit wird sonst aus dem inneren Gleichgewicht der Europäischen Union verdrängt. Deshalb muss Terrorbekämpfung eine der Prioritäten sein. Deshalb ist auch der Bericht, den Monika Hohlmeier hier ausgehandelt hat, ein wichtiges Instrument dazu.

Unser Anspruch sollte doch sein, hier die Anschläge von Paris, Brüssel, Nizza und Berlin entsprechend auch zu verhindern. Deshalb sollten wir die terroristischen Netzwerke – *foreign fighters*, Einzeltäter besser herausfiltern können. Die Datenanalysen bieten hier auch immer bessere Lösungen, ohne immer gleich den Abbau der Grundrechte durch den bösen Staat zu beschwören. Aber Datenschutz muss eben auch über den Lebensschutz gehen.

Was wir meines Erachtens brauchen, ist einmal – wir haben das schon auf den Weg gebracht –, Frontex personell und sachlich zu stärken und auszustatten. Wir brauchen die intelligenten Grenzen, um die Ein- und Ausreise zu regulieren, wir müssen PNR umsetzen, wir brauchen die Vernetzung der nachrichtendienstlichen polizeilichen Datenbanken aller EU-Staaten, den Zugriff auf Eurodac, das Umsetzen von Prüm hinsichtlich auch der Datenbanken zu DNA, Fingerabdruck etc., Kraftfahrzeug, Registerabgleich, ECRIS und die Stärkung des Antiterrorssystems, sowie auch hohe Standards für Waffenschutz.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Panie Przewodniczący! Przede wszystkim gratuluję Monice Hohlmeier tego wyważonego sprawozdania. Terroryzm jest jednym z najważniejszych zagrożeń europejskiej jedności, jednym z argumentów w dyskusji o kształcie Europy, ale tak naprawdę argumentem przeciwko Europie otwartej i wspólnej, i dlatego bardzo ważne jest, byśmy go skutecznie zwalczali. Nie ma żadnych wątpliwości, że bezpieczeństwo jest teraz naszym priorytetem, że potrzebujemy w tym celu zacieśnienia współpracy, wymiany informacji, wzmocnienia kontroli, szczególnie w obrębie granic zewnętrznych. Potrzebujemy bardziej efektywnych służb wywiadowczych i zdecydowanych działań wobec osób i grup, które stanowią zagrożenie, ale również potrzebujemy skutecznych mechanizmów społecznej i ekonomicznej integracji w Europie, bowiem rozwarstwienie społeczne, izolacja kulturowa, społeczne getta to wylęgarnie radykalizmów. Tego powinniśmy unikać i dlatego bardzo popieram zaproponowane rozwiązania, które przedstawiają całościowe i wyważone propozycje.

PRÉSIDENCE: Sylvie GUILLAUME*Vice-présidente**Interventions à la demande*

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, comisario, los socialistas españoles en el Parlamento Europeo tenemos las mejores razones para apostar por una actualización de la Directiva relativa a la lucha contra el terrorismo, y aportar toda la experiencia dolorosa de muchos años de combate contra el terrorismo. Para empezar, contra el terrorismo de ETA, ciertamente no islamista, pero que sí nos enseñó la importancia de la cooperación europea y de la lucha de alcance europeo.

En primer lugar, la tipificación de la glorificación, lo que llamamos en España la apología y el enaltecimiento del delito. En segundo lugar, el refuerzo de la agravante del reclutamiento de menores, personas especialmente vulnerables. Tercero, el reforzamiento del bloqueo de webs, de la prevención de ataques informáticos a los sistemas de inteligencia antiterrorista y del decomiso de bienes procedentes de la actividad terrorista, pero, muy importante, seguramente lo más importante, el refuerzo de la protección de las víctimas con apoyo psicológico, emocional, jurídico especializado y económico y financiero, porque esta es una clara enseñanza de la lucha española contra el terrorismo.

Queda perfeccionar el viaje de ida y de vuelta del reclutamiento de terroristas y, también, la protección de las víctimas.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, Europska se unija svakodnevno suočava s rastućom terorističkom prijetnjom, a tome je kumovao prvenstveno ekstremno liberalan pristup migracijskoj politici i politici azila.

Kada otvorite granice milijunima ljudi iz drugog kulturno-civilizacijskog kruga koji ne pokazuju želju integrirati se, a pritom ni vi sami ne činite previše da ih integrirate već pokušavate svoju kulturu prilagoditi njima, onda ne čudi da u tom trenju između dva strana tijela dođe do iskre i nastane požar. Sada taj požar moramo gasiti, a prvi korak je kvalitetno definiranje kaznenih djela terorizma i djela povezanih s terorizmom na europskoj razini.

Očekujem i da se razmjena informacija među nadležnim tijelima država članica učini još bržom i učinkovitijom, a reforma NATO-a, koju možemo iščitati između redova od pobjede Donalda Trumpa na predsjedničkim izborima u Americi, također otvara mogućnost da se NATO konkretnije pozabavi borbom protiv terorizma.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, en la lucha antiterrorista es urgente pasar de las palabras a los hechos, y la clave es el intercambio leal, inmediato y con todas las garantías legales de los datos relevantes para poder detectar y prevenir posibles actos terroristas y aprovechar en este empeño todos los recursos disponibles.

Tipificar nuevos delitos para castigar la instrucción y reclutamiento de terroristas es interesante, pero sin datos compartidos no sirve para nada.

En varios Estados, algunos cuerpos compiten; en otros, por razones exclusivamente políticas, se prescinde de experiencia, conocimiento y presencia en el territorio como los que tienen, por ejemplo, las policías de Euskadi o Cataluña, a las que se sigue discutiendo si deben o no integrarse en esta dinámica europea de intercambio, mientras los diez millones de europeos a los que protegen asisten atónitos al ninguneo.

Mejorar es tan fácil en esta cuestión como querer hacerlo.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία πρόεδρε, καταρχάς θέλω να καταδικάσω με τον πιο έντονο τρόπο όλες τις τρομοκρατικές επιθέσεις που έλαβαν χώρα στην Ευρώπη αλλά και στην Τουρκία. Καμιά δικαιολογία δεν μπορεί να υπάρξει για αυτές. Ταυτόχρονα όμως πιστεύω πως πρέπει να δούμε, εδώ στο Κοινοβούλιο, και τις αιτίες που προκαλούν αυτές τις τρομοκρατικές επιθέσεις, αιτίες που δεν είναι άλλες από τους πολέμους και τη φτώχεια. Μέσα σε αυτό το Κοινοβούλιο υπάρχουν ευρωβουλευτές που εκπροσωπούν κράτη που συνέβαλαν στους πολέμους, που γέννησαν αυτό το πνεύμα του κακού. Αναφέρομαι, αν θέλετε, και στον κύριο Tony Blair, ο οποίος έσπευσε στο Ιράκ προς αναζήτηση μίας μπουκάλας χημικών, από την οποία μπουκάλια χημικών έβγαλε προς τα έξω αυτό το μεγάλο πνεύμα του κακού. Οι παρεμβάσεις σε άλλα κράτη πρέπει να σχετίζονται με την παιδεία και να μην εκλαμβάνονται από τους πολίτες αυτών των κρατών ως επεμβάσεις στην πολιτική τους. Κλείνω με το εξής: μπορούμε να συμβάλουμε στην ανάπτυξη των κρατών που μας περιβάλλουν αλλά όχι με τρόπο που να

εκλαμβάνεται ως επέμβαση στην πολιτική των κρατών αυτών, γιατί η Αραβική Άνοιξη στο τέλος κατάντησε Αραβικός Χειμώνας.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Vsi smo lahko žrtve terorizma in tudi predvsem žrtve strahu pred terorizmom. In naša dolžnost, kot odgovornih ljudi in posameznikov, je, da ne širimo strahu pred terorizmom na način, ki seveda lahko zbudi kontrareakcije.

Pozdravljam seveda direktivo, ki bo povečala izmenjavo podatkov in sodelovanje, tudi varnostnih služb. Imam pa seveda določene pomisleke pri definiciji novih kaznivih dejanj, ker gre za občutljivo temo, ki dejansko posega na človekove pravice, in je dostikrat v zgodovini različna in nejasna interpretacija kaznivih dejanj povzročila tudi zlorabe. Zato moramo biti tukaj izrecno jasni in pa seveda izjemno precizni.

Krepijo se tudi pristojnosti različnih represivnih organov in opozarjam samo na to, da varnost in človekove pravice ne stojita en nasproti drugemu, ampak sta zaveznika, zato pa moramo poskrbeti z zakonskim okvirjem.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία πρόεδρε, είναι παράλογο το γεγονός ότι κάνουμε περισσότερες συζητήσεις και εκδηλώσεις στο Κοινοβούλιο για την ισλαμοφοβία, την ξενοφοβία και τα ανθρώπινα δικαιώματα των λαθρομεταναστών, παρά για τον αυξανόμενο κίνδυνο και τα θύματα της ισλαμικής τρομοκρατίας. Οι εθνικιστές, ασκώντας το θεμελιώδες δικαίωμα της έκφρασης της άποψης τους, αποτελούν τις μόνες φωνές λογικής και αντίστασης αλλά κατηγορούνται συστηματικά ως λαϊκιστές. Ας σταματήσει επιτέλους η ρητορική μίσους και το πογκρόμ πολιτικών και μη διώξεων κατά των εθνικιστών. Εμείς πιστεύουμε στις παραδόσεις των πατέρων μας και απαιτούμε την εδραίωση της τάξης, της ασφάλειας και της κοινωνικής ειρήνης. Κάποιοι έχουν επιβάλει μια ρητορική κατά των χριστιανών και υπέρ των ισλαμιστών, στο όνομα της πολυπολιτισμικότητας, της ανεκτικότητας και του σεβασμού των ανθρώπινων δικαιωμάτων. Η ισλαμική τρομοκρατία δεν αντιμετωπίζεται με εκθέσεις του Κοινοβουλίου και ευχολόγια. Πολεμάται με κάθε διαθέσιμο μέσο στη ρίζα του, δηλαδή στις ισλαμικές χώρες που την παράγουν, όπως είναι η Τουρκία, η Σαουδική Αραβία και το Κατάρ. Σε αντίθετη περίπτωση, η Ευρώπη θα αντιμετωπίσει μελλοντικά τα αποτελέσματα των αποφάσεών της.

Marlene Mizzi (S&D). – Illum id-dinja qed tiffaccja organizzazzjonijiet terroristiċi aggressivi hafna li l-mira tagħhom hija li joqtlu, idghajfu s-socjetajiet moderni u demokratiċi, jheddu l-hajja, il-libertà, l-ugwaljanza u l-fraternità, imma fuq kollox li jxerrdu il-biża'. L-organizzazzjonijiet terroristiċi qed isiru transnazzjonali, organizzati tajjeb logistikament, bl-iskop li jfixklu l-funzjoni normali tas-socjetà tagħna. Ikolli nghid li, sa ċertu punt, irnexxielhom!

Wara l-attakki terroristiċi tas-sena li għaddiet, f'għadd ta' pajjiżi Ewropej, in-nies huma mwerwrin u m'għadhomx iħossuhom żguri f'pajjiżhom. Għaldaqstant, ma hadthiex b'sorpriza li aktar minn 80% taċ-ċittadini Ewropej iħossu li l-għlieda kontra t-terroriżmu u r-radikalizzazzjoni għandhom ikunu l-ewwel prijorità għall-Ewropa, u jemmnu li hemm bżonn azzjoni komuni mill-Unjoni Ewropea fil-għlieda kontra t-terroriżmu. Wasal iż-żmien li nintebhu li għandna wisq x'nitlifu – u n-nuqqas ta' azzjoni mhix għażla!

Għalhekk irridu nsahħu mill-gdid l-azzjonijiet biex inkopru kull aspekk ta' terroriżmu, minn prevenzjoni għal protezzjoni u għal prosekuzzjoni.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η καταπολέμηση της τρομοκρατίας απαιτεί μια συνολική προσέγγιση, μια προσέγγιση η οποία άπτεται διαφόρων τομέων, της πολιτικής, της οικονομίας, της κοινωνίας και της εκπαίδευσης. Καταρχάς πρέπει να υπάρξει πρόληψη και καταπολέμηση της ριζοσπαστικοποίησης, η οποία επιτυγχάνει ακριβώς διότι διάφορες μουσουλμανικές χώρες ασκούν σημαντική επιρροή και στους δικούς τους πληθυσμούς αλλά και στους πληθυσμούς της ίδιας της Ευρώπης. Δεύτερον, υπάρχει ένα πολιτικό πεδίο που πυροδοτεί τη ριζοσπαστικοποίηση των μουσουλμανικών πληθυσμών και αυτό είναι οι επεμβάσεις της Δύσης στον αραβικό κόσμο. Ένα επόμενο θέμα που πρέπει να κοιτάξουμε, είναι η τεράστια αποτυχία των πολιτικών που άσκησαν διάφορες χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην προσπάθεια να εντάξουν τους διάφορους μουσουλμανικούς πληθυσμούς. Αν απέτυχαν, ήταν ακριβώς διότι τους περιθωριοποίησαν σε επίπεδο κοινωνίας και οικονομίας. Το συμπέρασμα είναι ότι χρειάζονται συνολικές προσεγγίσεις για να αντιμετωπίσουμε την τρομοκρατία.

Илхан Кючюк (ALDE). – Уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, безспорно тероризмът се явява най-голямата глобална заплаха за 21-ви век. Под варварските терористични атаки попадат невинни жертви по цял свят без значение на тяхната етническа и религиозна принадлежност. Европейският съюз не прави изключение, а проблемът с т.н. „чуждестранни бойци“ и евентуалното им връщане в Европейския съюз е съвсем реален. Ето защо ние се нуждаем от всеобхватен подход и дългосрочен ангажимент, за да гарантираме сигурността и мира на нашите демократични и свободни общества.

В тази връзка напълно подкрепям предложението за директива относно борбата с тероризма. Тя има добавена стойност за Европейския съюз, тъй като с нея се създава хармонизирана основа за наказателното право. Държавите членки следва да продължават да полагат усилия за предотвратяване на тероризма чрез координиране на своите стратегии и обмен на информация. Необходимо е да прилагат добри практики както на равнището на Съюза, така и на национално равнище. Но и да актуализират националните си политики за превенция в съответствие със стратегията на Съюза за борба с радикализацията и набирането на терористи.

(Fin des interventions à la demande)

Julian King, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you for this debate. I would like to say first that I agree with all of those who have underlined the importance of working on the causes of terrorism and, in particular, the need to tackle radicalisation in our communities.

Second, I agree that we need a range of measures to tackle terrorism, some of which fall outside the scope of this Directive. But I do hope, and I urge you, to support this directive because it transposes the provisions that were set out in the recently-passed UNSCR, provisions of the Council of Europe and the provisions of the Financial Action Task Force based at the OECD. It reinforces information exchange and it strengthens victim support.

Third, I think we have all agreed that terrorists do not just target one Member State or another, they target our way of life and our values, and the Commission stands second to no-one in its support for fundamental rights, including the freedom of expression, which is an essential foundation of our society. Those rights are enshrined in the Charter and the Charter will steer the implementation of this directive. We, the Commission, will report on the implementation of the directive and that report will in particular assess the directive's impact on fundamental rights.

Lastly, our response, as many speakers have underlined, needs to be comprehensive and sustainable. It needs to build on trust and effective cooperation between these institutions and our Member States. From the Commission's side we will continue to focus on strengthening the fight against terrorism by depriving terrorists of the means they use to commit their attacks and by enhancing our defences and building our resilience, and we shall continue to maintain the closest possible engagement with you, with this House, as we take that work forward.

Monika Hohlmeier, *Berichterstatterin*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich sehr, sehr herzlich für die vielen sehr konstruktiven und hervorragenden Beiträge der Kolleginnen und Kollegen bedanken, die die Richtlinie unterstützen. An die Adresse der Kritikerinnen und Kritiker habe ich eine Bitte: Ich bitte wirklich, den Text genau durchzulesen. Denn manche Behauptung, die hier aufgestellt worden ist, lässt sich nicht mit dieser Richtlinie begründen. Die Richtlinie sieht ausdrücklich eine genaue Definition terroristischer Taten vor, wie zum Beispiel die Entführung eines Flugzeugs, wie zum Beispiel die Vergiftung von Wasseranlagen, wie zum Beispiel den Besitz von nuklearem oder radiologischem Material mit dem Ziel, ein terroristisches Attentat zu begehen. Also, die Definitionen sind ganz, ganz klar und nicht schwammig. Sie müssen entsprechend in nationales Recht umgesetzt werden.

Als Zweites: Bei den Reisen innerhalb der EU muss vonseiten der Ermittlungsbehörden der Beweis erbracht werden, dass jemand konkret eine terroristische Tat plant. Nur dann kann entsprechend gegen die Person ermittelt werden. Und es ist dann egal, ob er von Syrien kommt oder ob er von Brüssel nach Paris oder von Düsseldorf nach Paris reist. Wir müssen die Täter aufhalten, bevor sie ein Attentat begehen, und nicht anschließend die Toten und Verletzten beklagen. Wir müssen verhindern, dass es überhaupt erst entsteht.

Des Weiteren: Die Unschuldsvermutung und die Garantien für die Grundrechte sind in Artikel 23 ganz präzise ausgeführt. Die Unschuldsvermutung darf nicht eingeschränkt werden, Verfahrensrechte sind zu gewährleisten, Grundrechte sind einzuhalten, Meinungs- und Pressefreiheit ist ein Grundrecht und ist ausdrücklich erwähnt. Aus diesem Grund: Wir geben keine Grundrechte auf, sondern wir schützen diese Grundrechte auch vor Terroristen, die gar nicht wünschen, dass man solche Grundrechte hat. Sie kämpfen gegen unsere westlichen Werte, sie kämpfen gegen unsere europäischen Werte. Wir kämpfen dafür, dass wir diese europäischen Werte einhalten können und dass sie nicht durch Terroristen zerstört werden. Dafür dient diese Richtlinie als rechtmäßiges Instrument.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi 16 février 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – De versterking van de Europese samenwerking in de strijd tegen de terreur is een topprioriteit. Met deze nieuwe EU-richtlijn wordt de gezamenlijke aanpak van de terreur en de Syriëstrijders in de lidstaten opgevoerd. Met deze maatregelen zetten we een cruciale stap in de richting van een veel nauwere en efficiëntere samenwerking tussen de nationale inlichtingendiensten. Ze zullen onderling automatisch informatie uitwisselen bij het opsporen van terroristische activiteiten en informatie over verdachte en veroordeelde terroristen met Europol delen. Dat is de enige goede manier om terreuracties te voorkomen en de terreurdreiging te tackelen.

Voortaan moeten alle lidstaten ook systematisch controles uitvoeren aan de buitengrenzen van de Unie. Dat is uiteraard in het belang van alle Europeanen. Het is een cruciale ingreep om onze open binnengrenzen, om Schengen te beschermen. Het is een hoofdplicht voor de EU, die we nu in de praktijk ook moeten en zullen waarmaken.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Párizs, Brüsszel, Nizza, Berlin – ártatlan polgári áldozatok százai haltak meg az ezen városokban a közelmúltban elkövetett terrorcselekményekben. Az európai polgárok biztonságának garantálása a nemzeti kormányok és az Európai Unió első számú prioritása kell hogy legyen. A veszély, hogy további terrorcselekmények történnek, valós. Több mint ötezer uniós állampolgár hagyta el Európát, hogy részt vegyen a Szíriában és Irakban folyó harcokban, és a visszatérők száma folyamatosan nő. A harcedzett, erősen radikalizálódott visszatérő állampolgárok hatalmas veszélyt jelentenek. Rendkívül fontos ezért a ma tárgyalt irányelv, hiszen büntethetővé teszi a toborzás és kiképzés kísérletét, a terrorista kiképzésben való részvételt, a terrorizmus céljából történő külföldre utazást, illetve ennek szervezését, elősegítését, a terrorista bűncselekmények finanszírozását. Az Europol 2016-ban figyelmeztetett, hogy nagy valószínűséggel újabb terrorcselekmény várható Európában. A magyar kormány elkötelezett Európa biztonságának növelése, az állampolgárok védelme mellett, Magyarország támogat minden olyan intézkedést, mely előmozdítja az európai polgárok biztonságának szavatolását.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Борба с тероризма не означава да се притаяваме и да се молим той да ни отmine, затваряйки си очите. Мултикултурната политика на Европа вкара тези терористи в нашите земи. Превърна квартали от иначе изконни европейски градове в ислямски анклав и територии, в които полицията не може дори да си помисли да влезе.

Това изключително отвратително явление, което се пренесе в рамките на нашия Съюз, може да се пребори само с общи усилия на всички страни членки и изобщо на всички държави на континента ни. Още повече че освен младите джихадисти от редиците на ИД, които се връщат в Европа и се превръщат в самотни вълци, вече наблюдаваме и сливане на организираната престъпност с терористични организации. Затова приканвам всички страни членки, в това число и България, да осъвременят законовите си рамки за борба с тероризма и организираната престъпност така, че да можем по-лесно да се борим с явлението „тероризъм“, което се е превърна в бич на днешна Европа!

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A párizsi terrorcselekmények rámutattak arra, hogy a hatályos európai terrorellenes szabályozás számos hiányosságot hordoz magában. Az irányelv célja, hogy kiküszöbölje ezeket és naprakésszé tegye a terrorista bűncselekményekre adott büntetőjogi választ az Európai Unióban, integrálja az új nemzetközi jogi jogforrások releváns előírásait, biztosítsa az Unió területén a terrorista cselekmények egységes értelmezését. Az ún. „külföldi harcos” viszonylag új keletű jelenségére való válaszként új tényállásokat is tartalmaz az irányelv, mégpedig a toborzás és kiképzés kísérletét, a terrorista kiképzésben való részvételt, a terrorizmus céljából történő külföldre utazást, a terrorizmus céljából külföldre utazás szervezését vagy egyéb módon történő elősegítését és különböző terrorista bűncselekmények finanszírozását is.

Azáltal, hogy ezek a cselekmények büntethetőek lesznek, lehetővé válik a potenciális elkövetők kiszűrése és ezáltal újabb terrorcselekmények megelőzése. Üdvözlendő, hogy az új tényállások mellett az irányelv kiemelten foglalkozik a terrorizmus áldozatainak nyújtott védelem és segítségnyújtás kérdésével is. A magyar kormány a kezdetektől támogat minden olyan intézkedést, amely kézzelfoghatóan növeli Európa biztonságát, így az uniós terrorellenes keret korszerűsítését is. Az európai polgárok biztonságának garantálása első számú prioritás kell, hogy legyen mindnyájunk számára, hiszen nem létezik szabadság biztonság nélkül.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O argumentário não é novo. É necessário «responder» aos atentados em solo europeu e «dar combate» aos chamados «combatentes estrangeiros». Do terrorismo e destes ditos combatentes, das suas origens e causas, nem uma palavra de enquadramento e de responsabilização da UE no fenómeno. A proposta legislativa visa a criminalização de «atividades relacionadas com práticas terroristas». A ausência de uma definição de «terrorismo», e o âmbito lato e pouco enquadrado com que as medidas e pessoas jurídicas suscetíveis de serem acusadas são propostas, levarão à generalização da criminalização por «práticas ligadas ao terrorismo», com questionável causalidade. A simples prática de visitar um website, ou de viajar para determinadas regiões poderá constituir base legal para detenção e criminalização. Os EM passarão a dispor de livre arbítrio para o encerramento de websites, sem necessidade de autorização judicial. Num momento em que as instituições da UE tanto falam da pretensa «radicalização», contribuem para esticar a corda da marginalização e exclusão, acirrando estigmas e sentimentos de repulsa de parte a parte. Trata-se de uma perigosa iniciativa legislativa que prossegue a deriva securitária da UE, consolidando uma Europa Fortaleza que faz tábuas rasas dos mais basilares direitos e liberdades, impondo o controlo, o registo, a criação de perfis, a censura.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – To dobrze, że Parlament Europejski po raz kolejny zajmuje się postępowaniem w zwalczaniu terroryzmu. Niestety, w ostatnich latach wzrosły w Europie zagrożenia terrorystyczne, czego widomym przejawem były w ostatnim czasie zamachy w Nicei i Berlinie. Terroryści działają bez żadnych skrupułów, a ich celem jest sianie strachu i walka z zachodnią cywilizacją. Zaproponowana dyrektywa moim zdaniem słusznie rozszerza definicję przestępstw terrorystycznych. W myśl nowej propozycji, za przestępstwa terrorystyczne będzie się uważało nie tylko zamachy na ludzi i obiekty, ale także ataki na systemy informatyczne i bazy danych, infrastrukturę krytyczną, jak np. elektrownie, czy systemy bankowe. Za słuszny uważam obowiązek wprowadzenia przez państwa unijne karalności publicznego pochwalania terroryzmu, udziału w szkoleniu terrorystycznym oraz podróżowania w celach terrorystycznych.

Jeżeli wprowadzimy konsekwentnie w prawie europejskim proponowane zmiany, to bez wątpienia utrudni to działalność terrorystów.

12. Verstärkter Abgleich mit den relevanten Datenbanken an den Außengrenzen (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Monica Macovei, au nom de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures, sur le renforcement des vérifications dans les bases de données pertinentes aux frontières extérieures (COM(2015)0670 — C8-0407/2015 — 2015/0307(COD)) (A8-0218/2016).

Monica Macovei, *Raportoare*. – Doamnă președintă, dacă vrem siguranță înăuntrul Uniunii Europene, atunci trebuie să securizăm granițele externe ale Uniunii Europene și asta am făcut prin acest regulament, regulament comun al Parlamentului European și al Consiliului, prin care întărim granițele externe, întărim verificările la granițele externe ale Uniunii Europene.

Pe scurt, ce aduce nou această propunere de regulament: verificarea persoanelor care intră și ies în Uniunea Europeană, prin orice graniță externă a Uniunii Europene, în bazele de date – și mă voi referi la aceasta imediat: în bazele de date. Asta înseamnă o schimbare a situației de astăzi, în care cetățenii Uniunii Europene nu sunt verificați la intrarea și la ieșirea din zona Schengen, iar cetățenii care nu aparțin Uniunii Europene, ci sunt din state terțe, sunt verificați numai la intrare, și nu și la ieșire.

Deci, ceea ce schimbăm este că toată lumea, și cetățeni UE, și cetățeni non-UE, va fi verificată atât la intrare, cât și la ieșire și nu vorbim numai de spațiul Schengen, ci de întreaga Uniune Europeană, deci de granița externă a Uniunii Europene.

Vor fi verificați cum? Vor fi verificați în bazele de date. Bazele de date obligatorii de verificat, de folosit de către statele membre sunt, potrivit acestei propuneri de regulament, Sistemul de Informații Schengen și baza de date privind documentele pierdute sau furate a Interpolului.

De asemenea, regulamentul prevede verificarea în orice altă bază de date europeană relevantă. Ar putea fi: baza de date Visa sau, pe viitor, pentru că încă nu s-a adoptat, baza de date Exit a persoanelor care intră sau ies din Uniunea Europeană.

Sigur că aceste baze de date trebuie să fie pline de informații complete, corecte și transmise imediat de statele membre. Aici fac din nou un apel către statele membre, că toată această cooperare și toată această construcție pe care noi o facem depinde de rapiditatea și de acuratețea datelor pe care le trimit în bazele de date, pentru că statele membre sunt cele care alimentează bazele de date, deci au o mare răspundere să trimită rapid, complet și corect informațiile.

Verificarea fiecărei persoane are și câteva excepții, tocmai pentru a nu îngreuna traficul la frontieră. Pentru frontierele terestră și maritimă există posibilitatea ca, oricând, atunci când este un trafic foarte mare de călători, de cei care trec frontiera, să se ceară să se facă controale țintite, pe bază de informații, deci să fie controlate doar anumite persoane, verificate în bazele de date doar anumite persoane pentru care există informații. Evident, acest lucru poate fi făcut cu acordul Comisiei și după o evaluare a riscurilor.

Pentru granițele aeriene există o perioadă de tranziție de șase luni de zile, în care statele membre sunt obligate să-și achiziționeze toate echipamentele necesare pentru aceste verificări, echipamente și pentru trainingul persoanelor care lucrează în aeroporturi. Această perioadă de șase luni poate fi mărită până la 18 luni de către Comisie, atunci când se cere acest lucru de un stat membru pentru anumite aeroporturi. Nu e necesar, de exemplu, să ceri pentru toate aeroporturile dintr-o țară. Aici trebuie să dovedești că încă mai ai probleme structurale și probleme de tehnică.

Aș vrea să dau un exemplu despre cum va fi făcut acest control, ca să înțeleagă toată lumea. Este, practic, o scanare a documentului de călătorie, a pașaportului și, dacă într-una din aceste baze de date apare o informație despre persoana respectivă, atunci pe ecranul celui care controlează apare informația și persoana respectivă trece în alte verificări. Deci nu e vorba de o verificare rând de rând în bazele de date. Este o singură interfață unde îți apare un steguleț roșu dacă găsești acel nume într-una din bazele de date menționate, ceea ce înseamnă că nu ar trebui să dureze mult această verificare în bazele de date.

Vreau să mai precizez că pentru toate aceste echipamente și pentru tot acest training există un fond european pentru securitate internă, care se află la Comisie, la Directoratul General pentru Migrație și Afaceri Interne, DG HOME, și din care statele membre vor primi bani pentru a cumpăra aceste echipamente și pentru training.

De asemenea, aș mai vrea să precizez că acest regulament, această propunere de regulament – sper ca mâine să fie votată și să fie regulament – se completează cu alte prevederi, pe lângă cele din directiva privind combaterea terorismului despre care am discutat mai devreme și pe care o votăm mâine. Avem și alte prevederi care, de exemplu, prevăd echipe mobile, care să poată să vină în ajutor, dacă este nevoie, la o graniță externă, imediat să prevăd ca, din statele membre care se află în interiorul Uniunii și nu au graniță externă de apărare, să se trimită personal corespunzător să ajute statele membre care sunt la granița Uniunii. Adică să fie un efort comun de apărare a granițelor noastre.

În final, aș vrea să mulțumesc tuturor colegilor pentru colaborare, pentru cum am lucrat. Nu a fost un drum scurt, nu a fost un drum ușor, dar am ajuns să ne înțelegem, cu înțelepciune și să facem un regulament, spun eu, bun, pentru cetățenii Uniunii Europene. Iarăși, e foarte important cum va fi aplicat de statele membre și cum va fi pus de oamenii de la frontieră în practică.

Julian King, *Member of the Commission*. – Madam President, in the wake of the terrorist attacks in Paris, the Commission proposed the amendment to the Schengen Borders Code introducing systematic checks for all citizens at our external borders. As we have just heard, these checks are vital to stopping, amongst others, potential terrorists, not just from coming into the EU, but also to prevent them from travelling to conflict zones.

On behalf of my colleague, Commissioner Avramopoulos, as well as myself, I would like to say how grateful we are to the Parliament, and in particular to the rapporteur, Mrs Macovei, for the work that they have done on this important dossier. The amendment will oblige Member States to carry out systematic checks on all persons crossing an external border. They will be checked – as Mrs Macovei has just set out – against law enforcement databases, notably the Schengen Information System, to verify that they do not pose a threat to public order or internal security. This obligation will apply at all external borders – air, sea and land – both at entry and exit.

However, if a systematic consultation of databases leads to a disproportionate impact on the flow of border traffic, then Member States will have the option of carrying out targeted checks against the databases, provided that they first carry out an appropriate risk assessment. In the case of airports – again, as we have just heard – this option is generally only available for a transition arrangement of six months unless an airport has specific infrastructure problems, in which case an exception can be made to extend that transition period up to 18 months.

The EU will provide financial assistance to Member States to help them implement the new rules and in turn – like others here – I trust that the Member States will do their utmost to be ready on time and that the new measures will translate into immediate and tangible results.

The amended Schengen Borders Code, together with the European border and coast guards, are crucial in our bid to preserve freedom of movement within the Schengen Area and to ensure the security of our citizens. We now need to press ahead with work on reinforcing the management and security of the EU's external borders, including the work on the entry-exit and ETIAS proposals. This is all part of returning to a fully functioning Schengen Area from which all our citizens benefit.

Marielle de Sarnez, *rapporteuse pour avis de la commission des affaires étrangères*. – Madame la Présidente, désormais, le contrôle à toutes les frontières extérieures de l'Union européenne – terrestres, maritimes et aériennes – sera obligatoire pour tous les citoyens de l'Union et pour tous les ressortissants des pays tiers. Cette révision du code frontières Schengen est une réponse directe aux attaques terroristes commises sur le sol européen et, en particulier, je ne peux l'oublier, à Paris.

Cette modification permettra d'instaurer un contrôle systématique des personnes à l'entrée et à la sortie du territoire européen, ainsi qu'une vérification systématique dans les bases de données.

Cette décision est de nature à redonner de la crédibilité à Schengen, à condition qu'elle soit appliquée rapidement et réellement à toutes nos frontières et qu'elle soit assortie de la mise en place effective de corps de garde-côtes et de garde-frontières européens.

Tous les grands ensembles du monde ont des contrôles effectifs à leurs frontières extérieures, il est temps que l'Union européenne se dote des mêmes moyens au service de la sécurité et de la protection de nos concitoyens.

Barbara Kudrycka, *w imieniu grupy PPE*. – Jak zapewnić większe bezpieczeństwo Europejczykom? Między innymi wzmacniając ochronę zewnętrznych granic Unii Europejskiej. Dlatego ogromnie ważne jest, że po roku niełatwych negocjacji osiągnęliśmy porozumienie z Radą oraz Komisją. Uzgodniliśmy wspólnie, jak poprawić nasze bezpieczeństwo. Dziękujemy pani Macovei, naszej sprawozdawczyni, oraz wszystkim kolegom, którzy pracowali nad osiągnięciem wspólnego konsensusu. Zgodziliśmy się, że zewnętrzne granice Unii muszą być trudniejsze do sforsowania dla tych, którzy chcą do niej wjechać nielegalnie i ze złymi zamiarami. Muszą być bardziej nieprzeniknione dla siatek terrorystycznych i muszą być lepiej zarządzane. Zwiększona kontrola na granicach zewnętrznych pozwoli na to, by sukces integracji, jakim jest strefa Schengen, umożliwiły nieskrępowane podróże Europejczyków wewnątrz Wspólnoty. To jeden z ważnych naszych symboli Europy. Nie wyrzekajmy się jej. Nowe wyzwanie to, jak sobie poradzić z terrorystami, którzy mają obywatelstwo Unii Europejskiej i powracają do Europy odpowiednio przeszkoleni. Tylko zwiększona kontrola na granicach zewnętrznych, również na lotniskach, może w tym pomóc. I od państw członkowskich zależeć będzie, jak to zorganizują, by nie zwiększać kolejek do kontroli paszportowej korzystając z karencji przewidzianej w rozporządzeniu. Teraz najważniejsze jest, aby państwa członkowskie zgodnie wymieniały się danymi, regularnie aktualizowały swoje bazy oraz wymieniały się najlepszymi praktykami. Jeśli istniejące systemy informacyjne będą w pełni wykorzystywane, wówczas można będzie zapewnić ich interoperacyjność. To z pewnością ułatwi szybkie i jednoczesne przeszukiwanie i weryfikację baz danych i na zasadzie „hit or no hit” i nie powinno powodować specjalnych utrudnień. Unijne prawo do swobodnego przemieszczania się nie może być wykorzystywane przez przestępców, zwłaszcza po powrocie z terenów objętych konfliktami zbrojnymi. Skuteczne i systematyczne kontrole zewnętrznej granicy Unii mogą w tym pomóc.

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Pred sabo imamo poročilo o spremembah mejnih pravil, ki uvajajo močno poostren nadzor nad vsem potniki, ki prehajajo zunanje meje Unije. Poleg sistematičnega preverjanja identitete, uvajamo tudi obvezno preverjanje za vse potnike zoper morebitne grožnje v bazah podatkov.

Z rezultatom v moji politični skupini nismo zadovoljni. Nova pravila na mejah imajo namreč tudi pomanjkljivosti in neuravnoteženo naslavljajo varnostne grožnje. Od pravil sistematičnega pregleda bo namreč moč odstopiti v zelo omejenih primerih – želeli smo več prožnosti. Ob tem se sprašujem, kako učinkovito bomo po novem nadzor v praksi mejni policisti sploh lahko izvajali, še zlasti na letališčih.

V Sloveniji bomo verjetno že to poletje priča dolgim kolonam na meji s Hrvaško, preko katere številni prehajajo za dopustovanje. V zgolj nekaj mesecih število prehodov doseže več milijonov.

Kaj hitro se lahko tako majhna država znajde v zelo težki situaciji. Na eni strani sprejemamo nove in nove ukrepe za strožji nadzor zaradi varnostnih groženj. Na drugi strani podaljšujete nadzore na notranjih mejah, denimo med Avstrijo in Slovenijo. In Slovenija je zaradi tega že protestirala pri Evropski komisiji.

Kako naj torej razložim svojim državljanom, da lahko država postane žep, pri čemer bo za prehod države potrebno večurno čakanje zaradi novih sprememb pravil tako na severni kot južni meji?

Vsekakor podpiram, gospod komisar, ukrepe za večjo varnost. Ampak želim, da so ti bolj uravnoteženi v nadaljevanju, ne le da meje postanejo zgolj le bolj odporne, ampak da ostanejo ali postanejo še bolj prijazne za vse potnike.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Met dit akkoord dat we met de Raad hebben bereikt, is voortaan een uitgebreide screening mogelijk van alle EU-burgers, waaronder terugkerende Syriëstrijders met een Belgisch paspoort. Dit komt geen dag te vroeg. Vandaag is er wettelijk slechts een minimale controle mogelijk van reizigers met een EU-paspoort die van buiten Schengen op een Europese luchthaven landen. Dit is binnenkort verleden tijd want mede dankzij de N-VA worden de regels nu verstrengd. Binnenkort zullen alle reizigers onderworpen worden aan een systematische controle. Een uitstekende zaak voor de veiligheid van onze burgers.

Concreet wordt de Schengengrenscontrole aangepast die de praktische invulling van controles aan de Europese buitengrenzen bepaalt. Zo zal sneller vastgesteld worden of reizigers die Europa willen binnenkomen door een politie- of inlichtingendienst gezocht worden en of hun paspoort vals of gestolen is. In plaats van verder te reizen, worden criminelen dankzij de nieuwe regels meteen gearresteerd. Zo zetten we in op de verdere versterking van onze buitengrenzen.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, ALDE will support this report but not with great enthusiasm. First of all, as so often, there was no impact assessment. It seems the Commission does not consider that necessary when it is about security and fundamental rights. I also think that the justification used, namely the Paris attacks, is a very strange one, because what turned out to be the case was that Member States were not sharing information and terrorists were able to cross internal borders without problems; so this does not seem to me to be a coherent vision on security and external border control but the usual Pavlov reflexes and salami tactics.

We are, however, pleased that we got at least one thing, namely that compulsory checks will be limited to well-defined databases, rather than the rather general reference that was included initially, namely checks against 'all relevant databases', which might be anything. Because what has also become clear is that the Member States actually fail to make full use of the Schengen Information System (SIS). We have a system in place and Member States are not using it, they are not feeding information into it, and they are not checking it. So again we are finding solutions to the wrong problem. I wish that the Member States would finally do their duty and accept that there is an obligation to use the existing systems rather than, every time it turns out they failed to share information, coming up with something new.

We also wanted a risk-based system, proportional and necessary, rather than the default setting of systematic checks. We wanted risk assessment at the European level, based on common European criteria, but that was impossible.

Finally, and this was also one of the priorities of Parliament, we wanted equal treatment of land, air and sea borders, and we did not get it. I think this is crazy, because if everybody is submitted to systematic checks at airports, but there can be exceptions for land and sea borders, then you do not need to be a rocket scientist to figure out that, next time, you take the car. I am not really sure what this is going to add, but because we made some minimal progress here, ALDE will nevertheless support it.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Bardzo dziwię się tym wątpliwościom, ale chciałbym być precyzyjny. Jakie to prawo podstawowe zostanie naruszone w wyniku obiektywnej i intensywniej kontroli granicznej? Czy pani może wskazać takie prawo podstawowe, które będzie naruszone?

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card answer*. – Well, the whole idea in a democracy is that the powers of public authorities are limited to what is necessary and proportionate, and that also applies to things like privacy, for example, or other fundamental rights. So why would you allow authorities to do more than is necessary if you know that it is excessive? Besides, this is not only about fundamental rights. This is also about effectiveness. If we are all talking about the need for more security, then why don't we tackle the real problem, namely the insufficient sharing of information between Member States – in some cases, the actual refusal of Member States to share information – rather than creating new IT systems the whole time (paid for by public money, incidentally), if we know that it is not going to solve the problem?

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, mon groupe est résolument opposé à cette modification du règlement de Schengen visant soi-disant à établir des contrôles des frontières systématiques et obligatoires.

C'est un nouvel étage dans la construction d'une Europe-forteresse sécuritaire, qui prend une nouvelle tournure depuis 2015 au nom de la lutte contre le terrorisme et de la soi-disant crise migratoire, en confondant sans état d'âme l'un et l'autre et en alimentant, de fait, le racisme et la xénophobie. Les États membres adhèrent à cette construction qui leur permet de se décharger de leurs responsabilités sur le dos de l'Union européenne.

Ce règlement ne peut être vu indépendamment des autres textes, qui nous sont actuellement soumis, et notamment des mal nommées «frontières intelligentes». Ce texte va permettre de contrôler les ressortissants des pays tiers à leur entrée et, désormais, à leur sortie et, pour faire bonne mesure, on y ajoute les citoyens européens.

Mais en pratique, les contrôles seront aléatoires, on ne consultera les bases de données pertinentes qu'en cas de doute sur la validité des documents de voyage. Les États membres pourront suspendre les contrôles obligatoires pour fluidifier le trafic. Surprenant! Et certaines catégories de personnes pourront également en être exonérées.

Au final, donc, ce dispositif est vraiment à géométrie variable. J'y vois en réalité beaucoup d'hypocrisie, pour ne pas dire de cynisme, au détriment des droits fondamentaux, sans que le droit à la sécurité et, surtout, le droit à la sûreté de nos concitoyens en soient pour autant renforcés.

Ulrike Lunacek, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Commissioner, colleagues, people watching in the galleries, for me this revision of border checks is a very telling example of ad hoc legislation and of symbolic politics, because we haven't had an impact assessment by the Commission. I know you weren't there, Commissioner, when we started debating that, but this is something which the Commission hasn't proven, it hasn't given us any proof that this will really make us more secure. No impact assessment was carried out. Indeed, it might be [questioned] whether it's really suitable for catching terrorists. It is already possible now to have non-systematic checks of EU citizens coming in and out, and what is done now is done without any [grounds for] suspicion. For me and for us as Greens this revision is not necessary and it is not proportionate, as others have already said.

Let me give you one example, because the problem is that Member States don't feed all the information they have into the Schengen Information System. I can give you a very concrete example. One of the Brussels attackers, Salah Abdeslam, passed through my home country, Austria, from Budapest with some people he took up in Budapest at the train station there. He passed from there to Austria, and there was a police patrol controlling him; they had an alert, but they didn't say it was because of terrorism. So the Austrian Police a couple of days later informed the Belgians. Well, that was too late and the problem is that the Belgian authorities didn't [give any] inform[ation]. So we have to solve that first before we control each and every EU citizen coming in and out. This simply will not make Europe more secure.

Laura Ferrara, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la modifica del codice frontiere Schengen dovrebbe essere finalizzata ad agevolare l'individuazione di chi rappresenta una minaccia per l'ordine pubblico e la sicurezza interna dell'Unione europea. Una di quelle più difficili da identificare è rappresentata dai flussi dei *foreign fighters*. A tal fine, alle frontiere esterne dell'Unione europea tutti, compresi i cittadini europei, saranno sottoposti a controlli sistematici tramite verifiche delle informazioni documentali e biometriche contenute nelle pertinenti banche dati esistenti.

Solo nel caso in cui i controlli sistematici abbiano un impatto sproporzionato sul flusso del traffico dei viaggiatori, gli Stati membri interessati avranno la possibilità di effettuarli in modo mirato, a condizione che una valutazione dei rischi dimostri che tale deroga non danneggi la sicurezza interna dell'Unione. Ci siamo chiesti se non fosse più efficace prevedere come regola, e non come eccezione, i controlli mirati, eseguiti su segnalazioni condivise tra gli Stati a seguito di attività di intelligence, ma purtroppo poi in commissione ha prevalso l'opinione contraria. Un punto focale è rappresentato dalla necessità di migliorare il dialogo tra le banche dati e l'interconnettività tra queste e le infrastrutture preposte alla gestione delle frontiere esterne, nel pieno rispetto delle norme in materia di protezione dei dati e dei diritti fondamentali.

Laurențiu Rebega, în numele grupului ENF. – Doamnă președintă, stimați colegi, pe linia politică a grupului nostru, în fața amenințărilor majore pe care le prezintă migrația ilegală și terorismul, apreciez ideea de a se întări controalele la frontieră. Am de făcut însă trei observații.

Prima se referă la hipertrofierea documentelor și legislației comunitare în domeniu. Pe măsură ce terorismul este mai rapid, mai direct și mai eficace, birocrăția europeană despică firul de păr în patru. Față de rapiditatea amenințărilor, reacțiile Uniunii sunt de dinozaur – și știm cu toții ce s-a întâmplat cu dinozaurii.

A doua observație se referă la golirea de conținut a noțiunii de libertate de mișcare. Sub justificarea securității se construiesc uriașe baze de date care scapă oricărui control democratic. Încet-încet, libertatea de mișcare a cetățenilor este transformată în libertatea de suspectare a cetățenilor de către instituțiile supranaționale.

În fine, a treia observație, mai punctuală de data aceasta, se referă la statele Uniunii care nu sunt în Schengen. Acestea, conform raportului, nu au drepturile statelor Schengen, dar au aceleași obligații ca statele Schengen. Cu alte cuvinte, discriminare pe față. Este incorect și umilitor.

Steven Woolfe (NI). – Madam President, last year the leader of the German country, Mrs Merkel, entered a monumental madness by opening the borders to millions of people who fled into that country. Since then, we have seen the impact of that across her nation. We have even now seen her making apologies for the mistakes that she said she made. On this side of the house, you heard people say that you needed to have border controls – checks to ensure that the people coming into the country, were not terrorists, could not commit crimes. Well, we were ridiculed, name-called: xenophobes, racists, casually thrown out. And yet here, in this paper today, and I quote from its own line, says that border controls are in the interests of Member States. Those of us on this side of the House who have been saying that for years are now vindicated. Only the people of Europe are saying 'why did it take you so long to come to the same conclusion?'

Roberta Metsola (PPE). – Madam President, we are facing security challenges that are unprecedented. We must have modern legislation in place to respond to new and evolving threats. Controls at external borders are key to ensuring proper freedom of movement and security within the Schengen Area because, in our opinion, one simply cannot exist without the other.

Having systematic checks for persons enjoying the right of free movement across external land, sea and air borders is necessary and it is being required. In recent years, Europe has learned some very difficult lessons. As we have seen, the phenomenon of foreign fighters continues to plague our communities. We cannot allow terrorists to hide behind the protection afforded to them by their European passports. The reinforcement of checks will make it easier for our law enforcement agencies to identify those people at the border.

With Islamic State losing ground in its traditional strongholds, it is becoming more likely that more of the approximately 5 000 foreign fighters in conflict zones will attempt to return to Europe. The measures being proposed are a clear and important response in terms of keeping our citizens safe. We simply must know whether people coming or going pose a threat to our internal security. We must have more security on our external borders while ensuring that our controls are efficient and secure.

I would like to thank the rapporteur and all the shadow rapporteurs who have worked so hard on this proposal and I hope that tomorrow's vote will mean one more step, maybe a small step but an important step for our citizens' security.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Kolléga! Én azt szeretném megkérdezni, hogy amikor Ön azt mondja, hogy egy pici, de mégis előrelépés a polgárok biztonsága érdekében. Én azt gondolom, hogy egy erődítménnyel kapcsolatos hisztéria az sokkal inkább gondot okoz az emberek lelkében, mint egy hatékony és szakmailag is megalapozott munka. Én úgy gondolom, a határvédelem az szakembereknek a kérdése és nem pedig az, hogy itt a politikusok hogyan hergelik a különböző népeket. Ez lenne tehát a kérdésem.

Roberta Metsola (PPE), *blue-card answer*. – Thank you for the question. Well, I agree with your last point, that we should not be spreading fear, and I think that having necessary and proportionate responses to the very threats that are creating insecurity amongst our citizens would be one way of doing that.

And I really believe, yes, that politicians, who would like to send a very strong message in order for our citizens – who vote for us to be in these positions – to feel safer, that we should be the ones to respond. Not with hysteria, not with far and extreme populism, but in order to send a very necessary and proportionate response. I believe that, if done properly, without hysteria, then with this proposal and this assertion we can actually send the message that our citizens would like to receive.

Tonino Picula (S&D). – Gospodo predsjednice, tragične posljedice nedavnih terorističkih napada u Francuskoj, Belgiji i Njemačkoj ukazale su na mnoge slabosti postojećeg sustava kontrole na granicama Europske unije. Nema ni prakse razmjene podataka među članicama. Ali predložena kombinacija sustavnih kontrola dokumenata i osoba u relevantnim bazama podataka konačno će omogućiti sinergiju u strukturi sustava. Trebamo podržati prijedloge koji omogućavaju veću sigurnost građana, no moramo naglasiti da će ovaj prijedlog imati implikacije na tehničke, tehnološke, administrativne i kadrovske aspekte granične kontrole. Osobito na najfrekventnijim graničnim prijelazima u vrijeme godišnjih odmora.

Valja voditi računa o jačanju kapaciteta za ovakve provjere, jer je postojeća tehnologija potkapacitirana i ne omogućava dovoljno brzo izuzimanje biometrijskih podataka, njihovu provjeru u postojećim i pohranu u novim sustavima. Također, neke članice i dalje imaju granične kontrole unutar Schengena. Kada tome dodamo prijetnje određenih članica Schengena blokadom granica u turističkoj sezoni članicama koje to još nisu, a pod izlikom provedbe ovog prijedloga, naziru se nepotrební problemi u njegovoj implementaciji.

Šteta što završna verzija ne sadržava neke kvalitetne prijedloge Parlamenta usvojene na odborima. Politička realnost, međutim, zahtijeva jačanje sigurnosti Unije i zato ću podržati ovaj prijedlog. No, trebamo paziti da ne otežamo prelazak granica onima koji na to imaju pravo. Ovaj sigurnosni instrument ne smije se zloupotrebjavati u političke svrhe.

Daniel Dalton (ECR). – Madam President, as we all know, Europe is facing huge security concerns from the current terrorist threat, and the introduction of systematic checks at the EU's external borders is a tool that can contribute to dealing with the increase in foreign terrorist fighters. So I support this targeted response in order to increase the security in Europe, and I welcome this report from my colleague Ms Macovei. However, this approach can only work if there is access to reliable data in EU databases, such as the Schengen Information System, and national and international databases. So, strengthening information systems and working towards interoperability is vital to the success of these checks.

I also welcome the flexibility in the regulation that will allow targeted checks. Overall, this is not a silver bullet, but if implemented properly it can play a useful part in shoring up Europe's security at the point of entry in order to detect threats from terrorism and serious organised crime. I support this approach, but I also look forward to the Commission ensuring that Member States live up to their obligations.

Gérard Deprez (ALDE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, en tant que démocrate du groupe ALDE, je suis tout à fait favorable à l'adoption de ce règlement, qui va obliger les États membres à des vérifications systématiques de toutes les personnes, citoyens ou ressortissants de pays tiers, qui franchissent la frontière extérieure. Pourquoi? Parce que nous savons que bon nombre des auteurs des attentats qui ont ensanglanté nos pays ont été formés à l'étranger et sont rentrés en traversant la frontière extérieure. Parce que nous savons qu'il y a encore en Syrie, en Iraq et en Libye quelque 2 500 combattants européens et qu'au fur et à mesure du recul de Daech, beaucoup d'entre eux reviendront en traversant forcément la frontière extérieure.

Dans ces conditions, c'est une nécessité impérieuse de procéder à des contrôles systématiques pour diminuer les risques d'attentats. Cela dit, je veux souligner que le corollaire obligatoire de ces contrôles systématiques est que les États membres communiquent les informations qu'ils détiennent sur les personnes suspectées de terrorisme afin que ces informations soient disponibles pour les gardes-frontières. Si ce n'est pas le cas, les contrôles renforcés seront un épouvantail inutile et coûteux, et une vraie fable médiatique.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora presidenta, las fronteras de la Unión Europea son, a día de hoy y según diferentes organizaciones, las más peligrosas del planeta para las personas migrantes y demandantes de asilo. Tenemos constancia de que numerosas fronteras de la Unión Europea, como el caso de las vallas de Ceuta y Melilla, son lugares sin ley, donde las fuerzas de seguridad actúan de espaldas al Derecho. Ahí, la violencia policial y las devoluciones en caliente son rutinarias y a las personas que llegan les es imposible pedir asilo. Con esta reforma, que habla de la gestión de flujos humanos como si de objetos se tratara, lo que ustedes pretenden es convertir la libertad de movimiento en un presunto delito.

Para sacar adelante su plan xenófobo, no les importa acabar con la Convención de Ginebra, devolver a la gente a las bombas o tratar como delincuentes a quienes pretenden entrar en nuestro continente. El refuerzo de fronteras es directamente responsable de las más de cinco mil muertes en el Mediterráneo y, también, de las muertes en la frontera terrestre entre Turquía y Bulgaria. El problema es que ustedes tratan como delincuentes a las personas refugiadas y migrantes cuando los peligrosos son ustedes, que pretenden aprobar legislaciones que van en contra de los derechos humanos.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señora presidenta, los controles de nuestras fronteras exteriores son, junto a otras herramientas de inteligencia criminal, una de las principales salvaguardas que tenemos para mantener la seguridad del espacio Schengen. La amenaza de los combatientes retornados es real y debemos hacerle frente.

El terrorismo viene también de ciudadanos europeos radicalizados. Los últimos datos indican que en torno a cinco mil ciudadanos europeos podrían haber viajado a zonas de conflicto para unirse a grupos terroristas. Muchos de ellos pueden haber vuelto ya o podrían hacerlo en breve. La amenaza es evidente.

Mucho se ha discutido sobre la proporcionalidad y la necesidad de esos controles. Respeto y defiendo la necesidad de este debate, que a su vez estamos reproduciendo en otros muchos proyectos legislativos.

Yo, como ponente del paquete sobre fronteras inteligentes, he abordado la cuestión y, por ello, creo sinceramente que es compatible velar por nuestra seguridad con la defensa de los derechos individuales. Este acuerdo lo logra y, por ello, felicito a la ponente.

Hablamos de seguridad envuelta en derechos y en garantías. El ámbito territorial de este informe abarca controles fronterizos en tierra, en mar y en aire, miles de puntos con especificidades propias que hacen de esta tarea un reto aún mayor, y es a mi juicio aceptable el periodo transitorio fijado para las infraestructuras aeroportuarias.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, comisario, hace un momento debatíamos aquí, en el Parlamento Europeo, la modificación de la Directiva relativa a la lucha contra el terrorismo y la importancia de poner en común toda la información disponible, con todas las bases de datos y toda la tecnología a disposición de la Unión Europea, que no es poca.

Es importante prevenir los ataques informáticos a los sistemas de inteligencia, es importante transmitir información bajo control judicial y con todas las garantías; pero si es importante reforzar las bases de datos en las fronteras exteriores de la Unión, más importante es todavía que esto no convierta las fronteras exteriores de la Unión en un infierno que sea impenetrable, incluso, para los ciudadanos europeos.

Por eso llamamos la atención sobre la necesidad de que los controles y su refuerzo no sean sistemáticos, sino que lo sean exclusivamente cuando estén racionalmente subordinados a la seguridad, y exista la flexibilidad suficiente como para que esos controles puedan relajarse tanto en su intensidad como en su dimensión temporal, en su alcance temporal, siempre que sea posible atendiendo a la seguridad y, sobre todo, en aras del libre tránsito y circulación de los ciudadanos europeos dentro de las fronteras interiores de la Unión, porque eso es Schengen, el acervo máspreciado de la construcción europea.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Chcę zdecydowanie poprzeć to rozporządzenie. To jest właśnie to, co Unia Europejska powinna czynić, i to wzmocni i uczyni bardziej efektywną kontrolę na granicach zewnętrznych, będzie także inspirować państwa do lepszej kontroli. Wraz z innymi instrumentami, takimi jak dyrektywa o ochronie danych pasażerskich i dyrektywa antyterrorystyczna, składa się ono na efektywną politykę bezpieczeństwa i, prawdę powiedziawszy, nie rozumiem tych głosów, nie rozumiem, dlaczego część lewicy powiada, że jest to rozwiązanie antydemokratyczne. ALDE jest obojętne. Ktoś powiedział, iż zajmujemy się tym tylko dlatego, że były zamachy w Paryżu, ale przecież przed zamachami w Paryżu blokowaliście dyrektywę o PNR. Nie można co do istoty interpretować wolności w kategoriach zupełnie nieograniczonych, przeciw bezpieczeństwu. Ład jest podstawą wolności. Jeśli Europa nie będzie bezpieczna, trudno będzie promować wolność, dlatego warto poprzeć to rozporządzenie.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, it is delusional to think that collecting more data on ordinary citizens will make Europe a safer place. Everybody wants European citizens to be safe, but this regulation would not have prevented the attacks that took place across Europe. It will not work because the massive collection of data is not targeted. It is an infringement of the civil liberties of EU citizens and residents. It is invasive and unnecessary. The Commission has not even made an impact assessment to justify the regulation before pushing it through.

If Europe wants to prevent terrorism, it needs better use of existing data, better cooperation between Member States, police and public prosecutors, and it needs to promote conflict resolution instead of fanning foreign conflicts and wars. The European institutions should concern themselves more with the protection of citizens' civil liberties and less with treating ordinary citizens as subjects.

Мария Габриел (PPE). – Г-н Комисар, скъпи колеги, нашият основен приоритет е сигурността на европейските граждани. Явлението „чуждестранни бойци – терористи“ изисква отговори и повече конкретни действия. Днешният доклад е стъпка в правилната посока. Ето защо аз също приветствам въвеждането на задължителни проверки при влизане и излизане в рамките на Европейския съюз на граждани на трети страни, както и системни проверки на лицата, ползващи се с право на свободно движение в Европейския съюз.

Разкриването, както и предотвратяването на пътувания с цел подкрепа на терористични актове е ключов приоритет за нас. В същото време искам да обърна специално внимание, че гарантирането на сигурността в Европейския съюз няма как да бъде ефективно, ако предвидените мерки изключват държавите членки извън шенгенското пространство, но имащи външни граници в Съюза.

В тази връзка не трябва да губим от поглед нуждата за приобщаване към Шенген и предоставянето на пълен достъп до базата данни на шенгенската информационна система на страни като България. Липсата на обмен на информация е пречка за укрепването на сигурността на външните ни граници. За да продължава България да се справя успешно с пазенето на външната граница на Съюза, страната има нужда от пълния набор от инструменти.

Нека не забравяме: гарантирането на сигурността в Европа зависи от гарантирането на сигурността и в България. Страната очаква този положителен знак.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, au regard de l'état actuel des menaces, je ne peux qu'insister sur la nécessité de mieux gérer nos frontières extérieures communes et d'assurer la liberté de circulation à tous au sein de l'espace Schengen. C'est à cette condition qu'il fonctionnera à nouveau normalement, et tel est bien notre but, car le retour aux frontières nationales n'est pas une option.

Cependant, deux remarques sont ici nécessaires. Premièrement, le groupe des sociaux-démocrates restera vigilant quant à une accumulation des contrôles, des vérifications et des bases de données. Nos efforts pour la sécurité de nos concitoyens pourraient en devenir contre-productifs. Deuxièmement, je serai attentive sur la mise en œuvre pratique de ces mesures par les États membres, notamment la nécessité, pour les aéroports, d'adapter leurs infrastructures pour l'application des contrôles systématiques.

Je ne souhaite pas que la situation de la directive «PNR» se reproduise. Le Conseil avait également fait pression sur le Parlement pour l'adoption rapide du texte, alors que l'on constate aujourd'hui que seulement quatre États membres sont sur le point d'avoir un PNR opérationnel.

La sécurité est l'affaire de tous. C'est par une meilleure coopération de l'ensemble des acteurs tant européens que nationaux que nous pourrions agir efficacement contre les menaces actuelles.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, pojačani priljev ljudi u Europsku uniju izravna je posljedica ratova i lošeg ekonomskog stanja u susjednim regijama, a s tom ćemo realnošću nažalost biti suočeni i u narednim godinama. Svi vjerujemo u skori završetak rata u Siriji, ali njegove ćemo posljedice sigurno osjećati dugo nakon što sami rat bude okončan.

Znajući koliki je pritisak na vanjske granice Unije i kolika je nestabilnost stvorena u pojedinim državama članicama, neodgovornim politikama prema migrantima i povratkom dijela ISIL-ovih boraca u Europu, bojim se da smo malo zakasnili s pooštavanjem kontrola na vanjskim granicama.

No, bolje ikad nego nikad! Nadam se da je ovo samo početak jedne pametnije politike, kojom ćemo svim svojim građanima zajamčiti višu razinu sigurnosti. Ne budemo li to u stanju učiniti, doći će do dodatnog zatvaranja svake države u sebe, a time će brojni pozitivni učinci europskih integracija preko noći biti poništeni.

Carlos Coelho (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Presidente do Conselho, Senhor Comissário King, Cara Colega Monica Macovei, a introdução de controlos mais estritos através da consulta sistemática das bases de dados existentes – europeias e nacionais – é um bom exemplo de como podemos dar mais segurança, no imediato, aos cidadãos europeus.

Para garantir que o Espaço Schengen permanece um espaço de liberdade, segurança e justiça, temos de atuar nas fronteiras externas e assegurar a melhor cooperação possível internamente.

É, por isso, crucial que possamos garantir o pleno controlo devido de quem atravessa a nossa fronteira externa, como estas alterações pretendem – não apenas de quem entra, mas também de quem sai, não apenas a nacionais de países terceiros, mas também europeus.

Queremos otimizar a utilização dos sistemas de informação, como o SIS, o Sistema de Informação de Schengen, de forma a potenciar a partilha da informação e a cooperação entre os Estados-Membros para dar a máxima eficácia a estas alterações ao Código de Fronteiras Schengen.

É, por isso, que a proposta apresentada pela Comissão, no passado mês de dezembro, para alterar o SIS não pode ser desligada destas medidas. E, com isto, termino, Sra. Presidente. A segurança dos europeus não se garante por camadas isoladas; a segurança dos europeus faz-se de forma planeada, garantindo uma atuação equilibrada, porque é nossa obrigação zelar pela segurança, mas também pela liberdade, incluindo a liberdade de circulação de todos os europeus.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le verifiché alle frontiere esterne dell'Unione restano una delle principali misure di salvaguardia dello spazio senza controllo alle frontiere interne. Si tratta di verifiche che sono effettuate nell'interesse di tutti gli Stati membri, dirette a prevenire qualsiasi minaccia, anche nel caso in cui, e l'abbiamo visto nei recenti attentati di Parigi e Bruxelles, tale minaccia provenga da cittadini dell'Unione. Grazie alle nuove tecnologie disponibili e alle banche dati nazionali ed europee a loro disposizione, le guardie di frontiera situate nelle frontiere esterne dell'Unione potranno effettuare delle verifiche sistematiche e mirate a tutti i cittadini europei.

Il rispetto del diritto resta tuttavia per noi il principio prioritario a base di questo regolamento. L'accertamento dell'identità e della validità del documento di viaggio va sempre eseguito nella piena osservanza del diritto dell'Unione sancito nella Carta dei diritti fondamentali, in particolare per i diritti al rispetto della vita privata, alla protezione dei dati e alla libertà di circolazione e di soggiorno.

Емил Радев (PPE). – Г-жо Председател, дами и господа, контролът по външните европейски граници винаги е бил и ще продължава да бъде една от най-важните гаранции за сигурността в рамките на Съюза и за защита на правото на свободно движение на европейските граждани. Вярвам, че въвеждането на систематични проверки по външните граници на Европейския съюз не само за граждани на трети държави, но и за всички европейски граждани, ще подпомогне работата на службите за сигурност в залавянето на хора, представляващи терористична заплаха.

Това досие е изключително важно за моята страна България, която защитава една от най-трудните европейски външни граници, тази с Турция. България многократно е доказвала, че когато разполага с необходимата информация от европейските партньори, тя успешно се справя с противодействие на тероризма.

Опитът на България доказва обаче, че за да бъде успешна новата политика на систематични проверки, съответните бази данни трябва да бъдат редовно запълвани с информация от различните служби и всички държави членки трябва да имат пълен достъп до тези системи, най-вече ШИС. С други думи, за да бъдат успешно засилени сътрудничеството и обменът на информация между европейските служби за сигурност, всички държави по външните граници на Европейския съюз трябва да се присъединят към Шенген.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, při předcházející rozpravě jsem poukázal na to, že do Evropské unie přichází tak zvaní zahraniční bojovníci a další osoby, které prošly boji či výcvikem v oblastech konfliktů. Tito lidé se po zavedení schengenského systému mohou volně pohybovat po našem území a my nejsme schopni kontrolovat jejich pohyb ani nejsme schopní je sledovat.

Je proto tedy bezesporu zásadní, abychom se starali o to, že kdokoliv, kdo překračuje vnější hranice Evropské unie, nepředstavuje hrozbu ani pro vnitřní bezpečnost, ani pro veřejný pořádek. Musíme tedy zavést nejen systematické kontroly na hranicích, ale také efektivně využívat systém SIS a databázi Interpolu, která eviduje ukradené či ztracené dokumenty. Takováto mezinárodní spolupráce je nutná, protože Evropská unie nemůže bojovat proti terorismu sama, natož tento boj vyhrát.

Interventions à la demande

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, che l'Europa sia nell'occhio del ciclone per la minaccia terroristica è un dato oggettivo. La proposta della relatrice Macovei è di rendere sistematici i controlli in uscita alle frontiere esterne dell'Unione con l'ausilio di banche dati e dispositivi biometrici. Credo che questa ipotesi vada valutata nel quadro complessivo della riorganizzazione dei sistemi di difesa europei, coordinandola con altre azioni intraprese ed in programma.

Ritengo sia necessario chiarire il meccanismo di modulazione dei controlli sull'intensità del traffico in uscita che, oltre a non ostacolare la fluidità degli spostamenti, deve anche garantire la parità di trattamento tra i cittadini. È fondamentale che l'Europa rispetti il principio di proporzionalità e che ogni intervento mirato ad innalzare il livello di sicurezza non alimenti, come spesso accade, ingiustificate limitazioni delle libertà personali. In definitiva, l'opportunità dei controlli in uscita va valutata alla luce dei dati concreti, informazioni di intelligence e ricerche specifiche e non facendo leva sulle paure dei cittadini o sul ricordo ancora doloroso degli attentati in Europa.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, τον τελευταίο μήνα έχω επισκεφθεί δύο νησιά του Αιγαίου, τη Χίο και τη Σάμο, και το Σάββατο θα επισκεφτώ τη Λέσβο. Σε όλα αυτά τα νησιά υπάρχουν τουλάχιστον 16.500 πρόσφυγες και παράνομοι μετανάστες εγκλωβισμένοι. Επικρατεί αγανάκτηση μεταξύ των κατοίκων των νησιών, η οποία έχει γίνει ακόμη μεγαλύτερη διότι ένα επιτυχημένο σύστημα χορήγησης βίζας κατά την είσοδο στο λιμάνι έχει σταματήσει. Αυτό το σύστημα ονομάζεται «GATE VISA SCHENGEN» και συνίσταται στο να μπορεί κανείς να πάρει βίζα στο λιμάνι που θα προσεγγίσει το πλοίο, αφού κατέβει στο λιμάνι. Αυτή τη βίζα μπορούν να την πάρουν τουρίστες όπως είναι οι Κινέζοι, οι Ρώσοι και άλλοι υπήκοοι τρίτων χωρών και να περάσουν από απέναντι, από την Τουρκία, από το Κουσάντασι, εκεί όπου είναι η Έφεσος, και να επισκεφθούν τη Σάμο. Αυτό λοιπόν το σταματήσατε. Επιτρεπόταν επί τέσσερα χρόνια ως πιλοτικό πρόγραμμα και έχει σταματήσει με απόφαση της Επιτροπής. Σας υπέβαλα γραπτή ερώτηση και θέλω μία απάντηση, έστω και σήμερα, να μου πείτε τι θα γίνει. Θα συνεχιστεί αυτή η εξαίρεση; Διότι δεν είναι δυνατόν να απαγορεύουμε τους νόμιμους τουρίστες και να έχουμε χιλιάδες παράνομους να έρχονται στα νησιά.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Vsi bi si želeli, da bi bili naši državljani varni, da torej bi obstajala učinkovita zaščita pred terorizmom.

Ta uredba je verjetno potreben, vprašanje pa je, ali je zadosten pogoj za to, s čimer naj bi seveda se obranili pred terorizmom. In pregled državljanov na vseh zunanjih mejah EU za preprečitev terorizma se mi zdi verjetno kar zapleten ukrep, zlasti glede njene realizacije in glede tehničnih priprav, izmenjave evidenc, vsega tistega, kar je potrebno za to.

Treba pa je seveda vedeti, da teroristi, ki so povzročili napade v Parizu in tudi drugje, niso prišli od zunaj, so tukaj pri nas. In ravno zato se mi zdi, da je potrebno tukaj imeti občutek za sorazmernost.

Predvsem bi pa rekel, če bi ta ukrep bil učinkovit, ali boste torej, spoštovana Komisija, zahtevali od držav članic, da porušijo zidove notranjih meja, poberejo žice in torej sprostijo prost pretok blaga, storitev in ljudi skladno z ustavo Evropske unije.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ο κανονισμός για την διεξαγωγή συστηματικών ελέγχων από τα κράτη όλων όσων ταξιδεύουν προς και από αυτά κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση. Πριν όμως πραγματοποιηθούν αυτοί οι έλεγχοι, θα πρέπει να έχουν προηγηθεί έλεγχοι και καταγραφή των προσφύγων και των μεταναστών, παρανόμων και μη, στα εξωτερικά σύνορα της Ευρώπης, ούτως ώστε να μην επιτρέπεται η παρείσφρηση ή να καταβάλλονται τουλάχιστον προσπάθειες για τη μείωση της παρείσφρησης τρομοκρατών μέσα στα κράτη αυτά, όπως δυστυχώς έχει συμβεί ήδη. Αυτή η αποστολή πρέπει να ανατεθεί στις αρχές ασφαλείας του κάθε κράτους, οι οποίες και την εμπειρία διαθέτουν αλλά και τη θέληση να φέρουν εις πέρας αυτή την αποστολή. Στη συνέχεια διαβιβάζουν οι αρχές τις πληροφορίες που συγκέντρωσαν στις αντίστοιχες αρχές των άλλων κρατών και έτσι θα έχουμε μια σωστή αντιμετώπιση του φαινομένου της τρομοκρατίας και δεν θα αντιμετωπίζουν προβλήματα οι ταξιδιώτες που ταξιδεύουν στα κράτη της Ευρώπης.

(Fin des interventions à la demande)

Julian King, Member of the Commission. – Madam President, thank you for this debate which I will give a full account of to my colleague Commissioner Avramopoulos, who regrets that he cannot be with us this afternoon. Thank you also for the work that has been done on this proposal, which I agree has been strengthened by those discussions.

As we heard in the previous discussion, security is one of the major concerns of our citizens and we believe that the reinforcement of checks against relevant databases will reinforce our external borders and strengthen our knowledge about who enters and leaves our shared space, and that can have an impact. I have seen myself at Charles de Gaulle Airport, where they already implement the systematic checks, the impact that that can have in terms of the increased knowledge about people who are arriving and, in a significant number of cases there, the controls that they were able to conduct as a result of that knowledge.

We are not, in these proposals, creating new databases. This is about checks against the relevant specified databases. But I do agree completely with those who have underlined how important it is that those databases are properly used and properly supplied by the Member States, in particular, the most important and significant of these databases, I believe, the Schengen Information System; which is precisely why, in the proposals that the Commission brought forward in December, which you are going to be discussing, we have made a number of suggestions for strengthening the Schengen Information System and, for the first time, we are proposing the introduction of an obligation on Member States to share information with that system regarding terrorism. I hope that you will support that.

I agree that we need borders that are not just resilient but also functioning and that is why, as a number of speakers have underlined, there are elements of flexibility that are included in these proposals and those depend on risk assessment. So I hope you will support those elements of the proposal as well.

We do need to be very careful about effective implementation; on this, as on all of the issues relating to this area of the security union. That is why I am glad that the Commission has undertaken to present an evaluation on the implementation of these proposals to Parliament within two years following the entry into force of the regulation.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu demain.

Déclarations écrites (article 162)

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Klausimas, dėl kurio šiandien diskutuojame, buvo ilgą laiką aptarinėjamas Piliiečių laisvių komitete, kurio esu narys. Be abejonės, išorės sienų kontrolė ir jų apsauga vis dar yra veiksmingiausias būdas ilgalaikiam ES saugumui užtikrinti. Juk išorės sienų kontrolė yra vykdoma tam, kad būtų užtikrintas visos ES ir jos piliečių saugumas. Vienas iš tokios kontrolės tikslų yra prisidėti prie kovos su nereguliuojama migracija ir su prekyba žmonėmis, užkirsti kelią visoms vidaus saugumo grėsmėms. Tokiais atvejais yra patartina sustiprinti išorės sienų apsaugą tam, kad būtų veiksmingiau identifikuoti tie asmenys, kurie planuoja slėpti savo tikrą tapatybę. Bet ši sistema negali tapti draudimo sistema, reikia vadovautis sveiku protu siekiant išspręsti šitą klausimą. Be abejonės, pasieniečiai privalo turėti galimybę priimti sprendimą dėl tam tikrų duomenų bazių netikrinimo, jei kalba eina apie asmenį, besinaudojantį laisvo asmenų judėjimo ES teise, jeigu iš įvertinimo tampa aišku, kad šis asmuo nesudaro pavojaus bet kurios ES valstybės vidaus saugumui. Prie tokių asmenų turime priskirti visus vaikus iki 12 metų amžiaus ir nepilnamečius, keliaujančius su tėvais, moksleivius, keliaujančius su organizuotomis ekskursijomis, o taip pat asmenis, turinčius diplomatinį pasus. Turime neužmiršti, kad tarnybų, saugančių sienas, efektyvumas priklauso nuo jų finansavimo lygio, todėl ES privalo ženkliai paremti tas valstybes, kurios turi ES išorines sienas.

13. Informationsaustausch im Bereich der Strafverfolgung in der EU und Ersetzung von Instrumenten aus der Zeit vor dem Vertrag von Lissabon (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la déclaration du Conseil et de la Commission sur l'échange d'informations en matière répressive dans l'Union et le remplacement des instruments antérieurs au traité de Lisbonne (2017/2504(RSP)).

Ian Borg, President-in-Office of the Council. – Madam President, strengthening the exchange of information is one of the measures which were agreed by the Council as a response to the terrorist attacks in Paris and Brussels. Besides the enormous importance of collecting information, it is equally important to join up the dots and make the best use of the information.

Last June, the need to address the issue led the Council to endorse a roadmap on information exchange and information management in the Justice and Home Affairs area, including interoperability solutions. The roadmap contains no less than 50 practical short and medium-term actions and long-term orientations. The implementation of those actions is monitored by the Standing Committee on Operational Cooperation on Internal Security. The essence of the roadmap is to make sure that the practitioners have access to the information they need. It provides a coherent framework for a more integrated EU information architecture in the Justice and Home Affairs area. This must obviously happen in full respect of fundamental rights and data protection rules.

Improving information exchange and implementing the roadmap has been a priority of the previous Presidencies and it continues to be a priority for our Presidency. I believe that, based on available statistics, it is fair to say that there has been substantive progress in increasing the information exchange, both among the Member States and with Europol, over the past year. Let me give you some figures to demonstrate this point. For instance, in the third quarter of 2016, more than 200 000 messages were exchanged via the Secure Information Exchange Network Application amongst the Member States, and between the Member States and Europol. This is an increase of 16% compared to the same quarter of the year before, 2015. Regarding new cases, nearly 11 000 new cases were initiated via the same network application in the third quarter of 2016, which amounts to an increase of 6% compared to 2015.

As regards the use of Europol's databases, both the input of data and the number of searches in the Europol information system substantially increased in 2016. The number of searches conducted in this database even set a new record in the third quarter of last year, reaching more than one million searches for the first time. I am aware of the fact that using the existing tools is only one part of the process. The implementation of many of the actions of the roadmap and achieving interoperability of information systems will require certain legislative changes. Important work in this direction is ongoing in the high-level expert group which the Commission set up last April and in which the European Parliament participates. Once the group's report is presented to Parliament and the Council in April, our common role as co-legislators will be crucial when addressing some of the challenges ahead.

Regarding the various legal instruments, I would like to make the following points. Regarding the exchange of information on terrorism offences, the Council, throughout the negotiations last year on the Counter-Terrorism Directive, was actively engaged in seeking a compromise with Parliament on strengthening the exchange of information. I am glad that Parliament has just had a debate on the directive and will vote on it tomorrow. I would like once again to thank Ms Hohlmeier and her colleagues for their work on the directive.

The directive will strengthen the European Union's legal framework to prevent terrorist attacks, notably by criminalising acts such as training or travelling for terrorist purposes, and it also reinforces the rights of the victims. This morning we had the opportunity to address the media, together with the rapporteur and Commissioner King, on the expectation that tomorrow's vote on this directive would now pave the way to its adoption. The political agreement on the directive envisages that Member States will be obliged to exchange relevant information gathered in criminal proceedings wherever such information could be used in the prevention, detection, investigation or prosecution of terrorist offences, and irrespective of whether there has been a request to that effect.

To ensure better compliance by Member States, an explicit obligation for the receiving competent authorities to take active follow-up measures on such information is also introduced. At the same time Parliament, the Council and the Commission agreed that to ensure efficient and timely exchange of information on terrorism, measures in a broader policy context are necessary. In a joint statement the three institutions underlined the necessity of making full use of all the existing Union instruments, channels and agencies to exchange information. A swift implementation of all adopted Union legislation in this field is key.

Madam President, I will stop here – though I can see that in the time that I have been addressing the House, it is no longer Madam President but Mr President – and I now look forward to listening to your debate in the House and responding later.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you for this opportunity to discuss this question of EU law enforcement information exchange. Forgive me in advance if some of this gets a bit technical. I know that there are many experts here who can match, indeed far exceed, my technical expertise.

EU Member States are in the front line for dealing with many of these issues to do with tackling terrorism, security, and law enforcement. But we can, and should, do all we can at the EU level to help and assist and support EU Member States and EU Member States' agencies. Information sharing is a key part of that, as we all recognise, and indeed the Member States and their agencies recognise.

Unfortunately, and we have already talked about this in earlier discussions this afternoon, some of the recent attacks have shown some weaknesses in the way that information is currently being shared across the European Union and, more generally, in the way that some of these systems are operating currently, including how they operate with each other. The Commission has consistently called on Member States to exploit fully the potential of the existing information systems at EU level. And we work to support the Member States in doing this with funding, expertise and by getting them to share best practice.

As I have said on several occasions before this House, EU instruments can only bring added value on the ground, if and when they are fully implemented by the Member States and applied in practice. This is why a key aspect of our work towards an effective and sustainable security union is better application and implementation of existing EU instruments. It is one of the pillars of our work towards a stronger and smarter set of information systems and greater interoperability; it is a key part of the work of the high-level expert group to assess various options and make recommendations to that end.

The Commission assists Member States in every possible way to ensure the proper implementation of our agreements, but where necessary we do not shy away from enforcing the law, including the use of infringement procedures.

Let me turn to some of the key instruments and give you a brief update on where we stand in terms of their implementation and their use. The main instrument, we have already touched upon it earlier this afternoon, that I am going to address, is the Schengen Information System (SIS). It is the most widely used information-sharing system in Europe and I believe it is a real operational success, thanks in part to our collective – and I include very much the work of the Parliament here – support and work to raise awareness. There is a clear upward trend in the way Member States are using the SIS. To take just one example, there has been a significant increase in checks by, and involvement of Member State security services with this system. An 800% increase in the discreet and specific check alerts issued by those services over the last two years. So I believe we are moving in the right direction, but there is still a long way to go. We need to make technical and operational improvements to the SIS if it is to become more effective and efficient, as we all want.

That is why, as I have just said in finishing the last debate, in December, the Commission presented a set of proposals to improve the technical functioning of SIS, to streamline national processes and to strengthen data protection by introducing additional safeguards. In doing so, we propose to turn the current Council decisions on the SIS – which are pre-Lisbon instruments and part of the so-called former third pillar – into regulations to be adopted under the ordinary legislative procedures.

From the various improvements tabled I would highlight one in particular: for the first time, we propose to make it obligatory for Member States to issue alerts in SIS for persons related to terrorist offences. I hope you will support that and we stand ready to examine whether such mandatory obligations for information-sharing could/should be introduced for other EU databases. It is important that the co-legislators work together for the swift adoption of these proposed measures.

In parallel we are continuing to work with the Member States to ensure the full implementation and effective use of all of our information exchange tools. One well-known tool is the Prüm framework for exchanging data regarding DNA, fingerprints and vehicle registration, and for enhancing cross-border cooperation against crime and terrorism. We are focused on getting to full implementation of this system, which, as you know, was agreed some years ago. Despite all the efforts we have made collectively there are five Member States that still do not comply with the requirements of the Prüm Decision. That is why, for the first time in relation to a former third-pillar instrument, infringement proceedings were launched in September last year. All five Member States have responded; we are looking at their replies and, in the light of those, we will need to take a decision on next steps. We have also got the high-level expert working group looking into the challenge of strengthening and improving the functioning of Prüm cooperation.

Another instrument that I want to pause on is the Council framework decision referred to as ‘the Swedish initiative’, well known to you here. It provides a common legal framework for the effective and expeditious exchange of information and criminal intelligence between Member States’ law enforcement authorities. Now good progress has been made, and only one Member State has not notified transposition. But some Member States use the Swedish framework decision more extensively than others – to put it politely – and overall there remains room for improvement. That is why the Commission is currently looking at the Member States’ use of the Swedish initiative and why we plan to launch a compliance study to look into this in more detail. It will help us to determine what is needed to ensure a better use of this important instrument.

The last instrument I want to pause on is Council decision 2005/671 on the exchange of information on terrorist offences. This legislation, again well-known to you, requires Member States to designate contact points with responsibility for sending information on terrorist offences to Europol and Eurojust. It defines a minimum base for what types of information should be shared with the two agencies. It requires Member States to transmit information on terrorist offences to Eurojust, Europol and other Member States concerned, unless this would jeopardise ongoing investigations. Information sharing with Europol and Eurojust has increased significantly over the last year. For instance, the number of foreign terrorist fighters communicated to Europol and entered into its Europol information system increased from 3 740 entries in December 2015 to 7 884 entries in December 2016.

The volume of data concerning foreign terrorist fighters shared with Europol's Focal Point Travellers – Europol's specialist team of analysts and experts who work on analysing information around foreign terrorist fighters – increased almost threefold over the course of 2016. Now I take this progress to be encouraging, but the level of engagement still differs between different Member States. The obligations in the Council decision will be strengthened through the Directive on combating terrorism which you are voting on tomorrow. Thanks to the work of the Parliament, the Directive will make the exchange of information mandatory and include an obligation for the receiving Member State to take appropriate action when they get information.

Finally, let me say a few words about our work on information systems and interoperability and the preparatory work at senior officials level that is currently being done by the high-level expert group. President Juncker's State of the Union address in September and the European Council conclusions of December, refer to the importance of overcoming the current shortcomings in information management and improving the interoperability and interconnection between existing information systems.

To accelerate the work of the high-level expert group, the chairman presented an interim report last December. We discussed the findings with some of you in the LIBE Committee in January and I look forward to continuing a discussion on this important subject.

Today I would just like briefly to refer to the interim report's recommendations. First, the Group suggests ways to improve data quality in EU Information Systems. The Commission welcomes this, as information systems are really only as effective as the quality of the data they hold and we intend to pursue the proposals put forward by the Group.

Second, the Group proposes to look at a European portal capable of searching simultaneously all relevant EU databases to which the person conducting the search has access rights. Again this would seek to make better use of existing systems in full compliance with existing rules on access, the use of data and data protection rules. I think it is a good suggestion which I commend to you.

More generally the process we initiated last year with a strategy presented in April, the setting-up of the high-level expert group, allows us to address shortcomings in the EU information systems in an inclusive and transparent way. The high-level expert group will present its final report later this spring, and, on this basis, the Commission will consider if, and if so what, further measures might increase the effectiveness and help address the current security threats. Any proposals – I think it goes without saying – for amending the existing legal framework will of course need to be taken forward with you in the normal way. On that and indeed all of these issues to do with information exchange, I look forward to continuing the close dialogue that we have between the Commission and the Parliament because these subjects merit it.

Monika Hohlmeier, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Ratspräsidentschaft! Ich bedanke mich erst einmal für die sehr ausführlichen Antworten.

Trotzdem will ich ein paar kritische Nachfragen stellen. Erst einmal empfinde ich es als sehr gut, dass wir uns über den Ersatz der *pre-Lisbon instruments* unterhalten, denn seit dem Lissabon-Vertrag haben wir Mitbestimmung im Europäischen Parlament in diesen Fragen. Es ist notwendig, der Terrorismusrichtlinie, die wir morgen verabschieden werden, weitere rechtliche Instrumente in der Umsetzung folgen zu lassen. Wir unterhalten uns derzeit sehr stark und berechtigt über das Thema Terrorismus. Wir haben jedoch auch andere Formen der internationalen Schwerekriminalität – im Besonderen der organisierten Kriminalität –, die sich zum Teil gemeinsam mit Terrornetzwerken faszinieren, gegenseitig unterstützen und damit zum Teil auch staatsgefährdende Formen entwickeln.

Ich halte es für besonders wichtig, dass wir uns erstens beim Thema Informationsaustausch vergewissern, dass tatsächlich alle Mitgliedstaaten Informationen einspeisen, dass die Informationen analysiert werden – zunächst auf nationaler Ebene, dann zusammengeführt auf europäischer Ebene – und dass wir der Analyse von Informationen deutlich mehr *manpower* und auch technische Ausstattung zukommen lassen, denn der präzisen Analyse von Informationen ist es zu verdanken, wenn wir schwere Straftaten verhindern können, und nicht ausschließlich dem bloßen Ansammeln von Informationen.

Als Zweites halte ich es für sehr wesentlich, dass wir auch die Dateneinspeisung in das SIS gewährleisten. Es sind jetzt Jahre, dass wir darüber diskutieren, und es gibt immer noch welche, die nicht einspeisen – ich möchte es nicht glauben! Aber langsam sollte es der Letzte begriffen haben. Des Weiteren wäre eine gemeinsame Liste der Gefährder notwendig, und es wäre ganz wesentlich, die *Joint Investigation Teams* mit weniger Bürokratie und mehr Geld zu versorgen, damit wir grenzüberschreitend mehr Zusammenarbeit haben und weniger ineffektive bürokratische Strukturen.

Claude Moraes, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for his comprehensive assessment. Commissioner, you mention that colleagues here can match you for technical detail. Sadly, we cannot match you for speaking time, so I am only going to identify one or two of the issues that you spread over 12 to 14 minutes.

Ms Hohlmeier mentioned the pre-Lisbon instruments. Let me say first of all that we must be there; this is why Ms Hohlmeier mentioned the pre-Lisbon instruments. I want to say to Mr Borg: thank you to your JHA Council for keeping up the pressure, and we as a Parliament will want to see the Council face to face, because this is very much about the Member States.

The Commissioner mentioned the Prüm Convention. I only have two minutes, so let me mention the Prüm Convention. In terms of intelligence cooperation this, as the Commissioner mentioned, is the building blocks, the vehicle licensing, the DNA databases. All of the things he said were correct: evaluation, implementation, ensuring that there is cooperation, and ensuring at the bottom of this that there are fundamental rights, the Police Directive. But in the end, if the Member States are not willing to share the basic information, as we saw with the Prüm Convention and as we now see with continuing infringement procedures by the Commission, then we don't have the genuine sharing of intelligence and police information, and that is the problem.

So, before we have any new legislation or any new avenues, we must have a proper structure in sharing of information which has all of these elements together, which takes the valuable private information of individuals to fight the crime or terrorism that invades our fundamental freedoms. This is the really important area when we see record numbers of searches on the SIS database, when we see records being made on the Europol searches, all of the things that the Commissioner mentioned. The High Level Working Group on Interoperability is now one of the key challenges for us.

I think Parliament is doing its work. There are experts here. In fact, the small number of Members here in the Chamber now are experts, as you as you rightly identified. We are doing our work to ensure that this balance is created, but the key, as the Commissioner said, is implementation and evaluation, and of course we will do our work in relation to fundamental rights. This is such an important area because as soon as there is a terrorist attack, everyone says: have we had the intelligence-sharing? We need to answer, intelligently and with practicality in this House, that we have also done our job.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Momenteel moet slechts in uitzonderlijke gevallen informatie worden gedeeld. Maar gezien de veranderde veiligheidssituatie is het de vraag of de uitwisseling van informatie tussen lidstaten aangaande terreur en zware criminaliteit vrijblijvend moet blijven. Mijn partij is voorstander van een doorgedreven informatie-uitwisseling omdat het de veiligheid bevordert. Daarnet hadden wij het over de grensbewakingsverordening, waarmee systematische checks worden ingevoerd voor iedereen die de Europese Unie binnenkomt of verlaat, onder meer via internationale luchthavens. De bedoeling is om zowel EU- als niet-EU-burgers te onderwerpen aan een screening door het raadplegen van de EU-databanken, zoals het SIS-systeem, en internationale databanken, zoals het SLTD-systeem. Het spreekt voor zich dat die databanken relevante data moeten bevatten.

Daarnaast verplicht de anti-terreurrichtlijn waarover morgen wordt gestemd de lidstaten om relevante inlichtingen inzake strafonderzoeken te delen met andere EU-landen. De uniforme definities voor terreurmisdrijven moeten dat ook vergemakkelijken.

Tegelijkertijd begrijpen wij dat inlichtingendiensten misschien net minder informatie zullen uitwisselen indien zij verplicht worden werkelijk alles te delen met de landen die zij niet volledig vertrouwen. Dat de Raad nu denkt aan een richtlijn voor een strikter rechtskader voor de uitwisseling van informatie en inlichtingen tussen rechtshandavingsinstanties op het niveau van de Unie, is alvast een interessante optie. Het is echt van belang om tot een evenwichtige en breed gedragen oplossing te komen.

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, nous convenons tous que l'échange d'informations est essentiel.

Monsieur le Commissaire, je ne vais pas parler technique aujourd'hui. Vous nous avez donné une leçon, je ne vais donc pas m'aventurer aussi loin.

Je ne conteste pas les progrès qui ont été enregistrés ces dernières années dans l'échange d'informations mais, Présidence du Conseil, c'est bien la moindre des choses après les événements que nous avons connus. L'augmentation qui est constatée montre bien à quel point c'était insuffisant antérieurement. Par conséquent, la nécessité reste la même et les quelques progrès accomplis ne sont pas suffisants.

Je prends bonne note, par ailleurs, de ce qu'a dit le commissaire – et je m'en réjouis – en ce qui concerne la création du groupe de haut niveau sur l'interopérabilité. Il est quand même extraordinaire, Monsieur le Commissaire, qu'il ait fallu attendre la création de dix à douze systèmes de collecte d'informations au niveau européen, dans des matières très différentes, avant qu'on ne se préoccupe véritablement, de manière systémique, de leur interopérabilité. Ce n'est pas une critique, vous n'en êtes pas responsable.

Par ailleurs, je veux saluer, avec insistance, la proposition de la Commission, qui vise à rendre obligatoire le signalement des personnes suspectées de terrorisme dans le système d'information Schengen. Mais ce n'est pas suffisant, tout le monde en convient. Cette obligation ne concerne qu'une seule banque de données, le SIS, et une seule catégorie de personnes suspectées, les terroristes. Est-ce que je me trompe, Monsieur le Commissaire?

D'autre part, la base à partir de laquelle fonctionnent toujours les services répressifs en matière d'information est antérieure à Lisbonne. Nous sommes toujours dans le pré-Lisbonne. Or, la période transitoire pour les actions dans le domaine de l'échange d'informations, telle qu'elle est énoncée dans le protocole 36 des traités de l'Union européenne, a expiré le 1^{er} décembre 2014, Monsieur le Commissaire, et il est prévu, dans la déclaration 50 qui y est jointe, que le Parlement européen, le Conseil et la Commission vont chercher à adopter des actes juridiques modifiant ou remplaçant les actes de l'Union qui ont été adoptés avant l'entrée en vigueur du traité de Lisbonne.

Alors, Monsieur le Commissaire, à quand cette proposition?

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Wenn wir über Terrorismusbekämpfung reden, dann müssen wir natürlich auch über den Datenaustausch sprechen und darüber, wie die beiden *Council decisions* aus 2005 und 2006 tatsächlich umgesetzt werden. Und siehe da: Bei den meisten Terroranschlägen der letzten Zeit zeigt sich, dass es genau daran mangelt. Irgendwelche Verdächtigen sind schon ganz lange verdächtig, werden dann inhaftiert, mangels Beweisen wieder rausgelassen, um irgendwann doch an Tatorten aufzutauchen. Der notwendige Datenaustausch – das wissen wir doch – funktioniert nicht vorne und nicht hinten.

Ich frage mich, wieso einer in einem Land der EU als Terrorverdächtiger bekannt ist und das andere Nachbarland das nicht weiß. Bleiben drei Möglichkeiten: Entweder – und das haben Sie ja gesagt, Mister King – die Mitgliedstaaten setzen EU-Recht nicht richtig um, oder die Informationen, die getauscht werden, sind die falschen, oder beides. Genau deshalb brauchen wir dazu eine umfassende qualitative Evaluierung der bestehenden Instrumente auch in den Mitgliedstaaten. Und es geht darum, nicht massenhaft noch mehr Datenbanken zu erstellen, noch mehr Daten anzusammeln, sondern einen gezielten Austausch hinzubekommen. Nur so kommen wir voran – und das ist das, was wir fordern.

Jan Philipp Albrecht, *on behalf of the Vets/ALE Group*. – Mr President, Commissioner King, it is exactly what you have outlined here: the better use of the existing infrastructure that we have in place, especially when it comes to the Europol Information System, the Schengen Information System, and those databases which we already have in place for the exchange of information on risks and on suspects. That is what we have to improve and I really appreciate that you are taking this on your agenda and I would really see that Member States are supporting you in making better use of these systems.

Because what we have been talking about for years is very often the wrong way, to say that the systems are too few, that there should be more systems in place, that there should be more pots of data in place, because we have just been saying that more data would do the trick. But the point is that very often we have the data, as has been said often in this debate, and it is not being used. One case we saw recently was the Berlin attacker who was very well known to the intelligence services in Germany at least, and who, even after this attack in Berlin, was fleeing through some Member States, even France which is in a state of emergency, with a weapon in his hand, and I think that shows very much that we have to divert away from spending big money into new systems, rather than investing, and that should be our focus in the cooperation between the police authorities, for example in the field of joint investigation teams with Europol.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, ima li bolje teme od ove za dokazati kako nijedna država članica ne može sama, kako moramo surađivati, kako nas je problem migracija i terorizma pozvao na suradnju. Ne samo da države članice nisu razmjenjivale podatke, ne da pokrajine nisu razmjenjivale podatke, nego čak neke gradske četvrti nisu međusobno surađivale, ako se sjetimo posljednjih terorističkih napada. To je pitanje koje moramo svi samima sebi postaviti. Danas smo ovdje čuli da želimo manje birokracije, ali ipak više tehnike i da se ne smijemo opet svi zaplesti u novu birokraciju, nove sustave. Imamo puno različitih sustava, ali ne radimo na njihovoj interoperabilnosti. To je ono što želimo poručiti danas i Komisiji i Vijeću – interoperabilnost je neophodna.

Mi, kao Europski parlament, nakon Lisabonskog sporazuma dobili smo pravo suodlučivanja i na nama je ta odgovornost, ali isto tako veća je odgovornost na državama članicama i danas se postavlja pitanje što je to schengenski sustav, što je to SIS, na koji način razmišljamo o onim zemljama koje jesu države članice, a koje nisu dijelom schengenskog sustava.

Konkretno, dolazim iz Hrvatske, radimo sve da ispunimo sve kriterije, čekamo evaluaciju i želimo biti dio tog sustava kako bismo ravnopravno surađivali i ravnopravno mijenjali podatke. To je tema koju danas možda treba otvoriti, kako pet zemalja još uvijek ne razmjenjuje podatke, ali tako i pet zemalja još uvijek nisu članice tog sustava, pozivam i Komisiju i Vijeće, a i članove određenih odbora u ovom Parlamentu, da nam pomognu da postanemo dijelom tog sustava kako bismo zajedno surađivali i razmjenjivali podatke koji su obveza. Pozdravljam novu Direktivu koju ćemo sutra usvojiti.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, after the terrorist attacks in the United States of America, the European Council stated at its extraordinary meeting in September 2001 that terrorism is a real challenge to the world and to Europe, and that the fight against terrorism would be a priority objective of the European Union. The Council decided to increase cooperation between Europol, Eurojust, the EU intelligence services and police forces, and adopted some decisions.

Although the situation in the EU has changed since that time, the current legal framework at European Union level for the exchange of information and intelligence is still mostly subject to pre-Lisbon instruments. The EU Treaties enable the adoption of legal acts amending or replacing the acts of the Union in the fields of police cooperation and cooperation in criminal matters which were adopted before the entry into force of the Lisbon Treaty.

After numerous terrorist attacks in Europe, the European Council promised to make some changes and to improve the exchange of information to address the current security challenges facing the EU. So we need change to strengthen the legal framework for the exchange of law enforcement and intelligence information at European Union level and we need Parliament's participation in this process.

Jeroen Lenaers (PPE). – Na iedere terroristische aanslag in Europa horen we achteraf dat de samenwerking en het delen van informatie tussen lidstaten, tussen veiligheidsdiensten van lidstaten, niet optimaal was. We hebben hier vanuit het Europees Parlement dan ook regelmatig een oproep gedaan aan de lidstaten om actie te ondernemen op dit gebied. Dat is heel terecht. Het gebrek aan samenwerking tussen lidstaten verslechtert het gevoel van veiligheid voor onze burgers en er is ook al heel wat gebeurd. De Commissaris wijst terecht ook op het Prüm-systeem en Claude Moraes, onze collega, noemde dat ook als een hoeksteen van die uitwisseling. Tegelijkertijd hoor ik van veel mensen uit de praktijk dat het Prüm-systeem verouderd en langzaam is en ik zou graag vragen aan de Commissaris of hij daar iets over kan zeggen.

Maar er is meer gebeurd. We hebben de artikelen over het delen van gegevens in de terrorismerichtlijn waarover we morgen stemmen. We hebben dezelfde artikelen in de PNR-richtlijn. We zien – dat merkte de Commissaris terecht op – een toename in het delen van gegevens via Europol. We werken aan de interoperabiliteit. Dat is allemaal heel goed maar het is niet genoeg en het feit dat wij nog steeds werken met Raadsbesluiten uit 2005, 11-12 jaar geleden, zegt eigenlijk alles. We kunnen niet de terreur van morgen bestrijden met de instrumenten van gisteren. We moeten actie ondernemen en we zullen daarbij moeten leren van onze fouten. En om te leren van onze fouten zullen we die fouten moeten onderzoeken.

Gezien het transnationale karakter van veel van de aanslagen die in de afgelopen jaren gepleegd zijn, zou zo'n onderzoek op Europees niveau moeten plaatsvinden. Ik ben dan ook een grote voorstander van het voorstel van Manfred Weber om vanuit het Europees Parlement zo'n onderzoekscommissie op te richten en ik vraag aan alle collega's om dat ook van harte te ondersteunen.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, adoptarea Tratatului de la Lisabona a însemnat cel mai important pas pentru reformarea și consolidarea Uniunii Europene de la înființarea acesteia.

În același timp, realitățile din zilele noastre ne demonstrează că există însă restanțe din partea statelor membre, care creează dificultăți majore în vederea îndeplinirii angajamentelor și obligațiilor asumate pentru asigurarea securității și stabilității la nivelul Uniunii Europene.

Recentele atacuri armate din diverse orașe și capitale din interiorul Uniunii ne arată că terorismul a devenit o reală amenințare pentru viața și securitatea cetățenilor Uniunii Europene.

Răspunsul la această problemă trebuie să cunoască o abordare transfrontalieră, iar, în acest sens, autoritățile din statele membre trebuie să aibă acces într-un termen cât mai scurt posibil la date relevante incluse în dosare, la documente, elemente de informare, obiecte sau alte mijloace de probă reținute în legătură cu infracțiunile de terorism comise în alt stat membru.

Instituțiile Uniunii Europene trebuie să depună toate eforturile în vederea creării unor instrumente actualizate și adoptării unui cadru juridic eficient, riguros și armonizat.

Acestea trebuie să responsabilizeze statele membre în vederea îndeplinirii obligațiilor instituite în sarcina lor și anume aceea de a furniza reciproc informații privind infracțiuni de terorism și nu numai și, subliniez, nu numai, care să permită luarea deciziilor în timp real.

Doar prin consolidarea cadrului juridic al Uniunii și a cooperării dintre statele membre se va putea combate terorismul în toate formele sale, asigurându-se, totodată, respectarea unui drept fundamental al unui cetățean și anume dreptul la viață.

Zgłoszenia z sali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane komisaři, já jsem velmi pozorně poslouchal Vaše vystoupení, které bylo opravdu rozsáhlé a kvalitní, a děkuji za něj, nicméně celá ta debata, která zde probíhala, jasně ukázala, že klíčovým problémem je neochota jednotlivých členských států sdílet informace. To si myslím, že je asi největší problém, a i když zítra přijmeme směrnici, která stanoví nové povinnosti pro členské státy, tak se domnívám, že je třeba, aby Komise a Rada permanentně tlačily na členské státy a upozorňovaly na to, že bez ochoty jednotlivých států žádný sebelepší systém fungovat nebude. To je zkrátka realita a jakéhokoli přijetí nových předpisů tu situaci bez ochoty členských států nevyřeší.

Osobně jsem chtěl vyzdvihnout otázky Europolu a jeho nového protiteroristického centra, jak vnímám první výsledky, a Vy jste to také zmiňoval, toto centrum začíná dobře fungovat a narůstá množství informací, které jsou takto vyměňovány. Proto prosím o větší finanční podporu tohoto institutu.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Mr President, Mr Borg, Commissioner King, the European Union's area of freedom, security and justice was created to ensure free movement of persons and to provide its citizens with a high level of security. In recent years terrorism has become a real challenge to the world and to Europe. Therefore, to make the fight against terrorism a priority objective of the European Union, as the Council stated many times, requires better collaboration between Europol, Eurojust and Member States' intelligence services.

I agree with Commissioner King that some of the recent terrorist attacks showed the weaknesses in the sharing of information between Member States. Information exchange needs to be improved at their level in order to facilitate the performance of EU bodies. In this matter, the role of the European Parliament as a co-legislator is more than necessary in improving the legal framework to ensure that certain information vital for law enforcement authorities is exchanged in good time within the Union, but of course, not forgetting data protection.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Consiglio europeo ha più volte ribadito il suo impegno a migliorare lo scambio di informazioni al fine di affrontare le attuali sfide in termini di sicurezza cui l'Unione europea deve far fronte.

Tuttavia, il quadro giuridico attualmente in vigore per tale scambio tra le autorità incaricate, compreso lo scambio di informazioni in materia di reati terroristici, è ancora in gran parte sottoposto a strumenti precedenti al trattato di Lisbona. La lentezza con cui l'Unione sta lavorando in materia di prevenzione non è ammissibile, specie in un momento storico in cui i cittadini europei avvertono maggiormente il bisogno di sicurezza.

Ritengo indispensabile che la Commissione agisca con risolutezza, avviando una procedura di infrazione nei confronti degli Stati membri reticenti nella condivisione delle informazioni a cui sono obbligati dall'attuale quadro giuridico, e nel frattempo avanzi un'ambiziosa proposta di direttiva volta a garantire un quadro giuridico conforme e più rigoroso per lo scambio di informazioni in materia di applicazione della legge e di intelligence a livello di Unione.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, τα θέματα εσωτερικής ασφάλειας και δημόσιας τάξης, όπως είναι η αντιμετώπιση της τρομοκρατίας, ανήκουν στην αποκλειστική αρμοδιότητα των κρατών μελών της Ένωσης. Ταυτόχρονα, είναι δεδομένο ότι κατά τη συγκέντρωση στοιχείων πρέπει να τηρούνται οι συνταγματικές προϋποθέσεις που υπάρχουν σε κάθε κράτος και βεβαίως να διασφαλίζεται η προστασία των ιδιωτικών δικαιωμάτων. Φυσικά, η ανταλλαγή πληροφοριών μεταξύ των κρατών μελών είναι ιδιαίτερα χρήσιμη. Δεν θα πρέπει να ξεχνούμε ότι το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο έχει επανειλημμένα τονίσει την ανάγκη να βελτιωθεί η ανταλλαγή πληροφοριών, κυρίως στον τομέα της επιβολής του νόμου, ενώ προβλέπεται επίσης και η ενίσχυση του προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Αστυνομικής Υπηρεσίας. Είναι δεδομένο ότι το ισχύον ενωσιακό δίκαιο για την ανταλλαγή πληροφοριών πρέπει να εκσυγχρονιστεί και σε αυτό το πλαίσιο γίνεται και η παρούσα συζήτηση, διότι μέχρι σήμερα συγκαταλέγεται στα μέσα που προϋπήρχαν της Συνθήκης της Λισαβόνας. Επομένως, είναι σημαντική η ανταλλαγή πληροφοριών, είναι σημαντική και η παρέμβαση της Ευρωπαϊκής Επιτροπής και της Ευρωπαϊκής Ένωσης, υπό τον όρο όμως της τήρησης των προϋποθέσεων που έχουν σχέση με τα θέματα της προστασίας των ιδιωτικών συμφερόντων.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, comisario King, de reforzar el intercambio de información disponible entre agencias policiales y judiciales para combatir mejor la amenaza terrorista hemos hablado mucho esta tarde en el Parlamento Europeo, y quiero decir dos cosas con total concisión.

La primera: hay que reforzar la interoperabilidad, porque tenemos el SIE, el SIS (primera y segunda generación), tenemos PNR y ninguna inversión será bastante si no garantizamos la disponibilidad de toda la información y la voluntad política de las autoridades policiales y judiciales para compartirla.

Y la segunda, jurídica: hace tiempo que caducó el período de cinco años establecido por el propio Tratado de Lisboa para adaptar a Lisboa todo el instrumental de cooperación en materia de información previsto en las Decisiones de 2005 y la Decisión marco de 2006.

Por eso es imprescindible, primero, que la Comisión ofrezca una evaluación de incumplimiento y exija el cumplimiento de esos instrumentos previos a Lisboa.

Pero, en segundo lugar, que garantice la adecuación definitiva de esa Decisión de 2005 y de la de 2006 —la Decisión marco— al Tratado de Lisboa con plena garantía de los derechos fundamentales de los europeos.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule Borg, domnule comisar, eforturile de prevenire și combatere a terorismului trebuie să se intensifice, suntem cu toții de acord, având în vedere atacurile din ultimul an.

Prezentul raport este binevenit, dar este esențială implementarea măsurilor și colaborarea între statele membre. Așa cum se arată și în raport, lupta împotriva terorismului este o luptă la nivel mondial și Uniunea Europeană nu poate aborda și câștiga de una singură.

Comunicarea și transmiterea informațiilor este importantă, dar nu și suficientă. Rezoluția Consiliului de securitate ONU din 2014 le impune statelor membre obligația de a incrimina anumite infracțiuni legate de terorism și trebuie, domnule comisar, să urmăriți acest lucru dacă se aplică.

Ați vorbit de sistemul de informare Schengen, e foarte bine. Problema e că noi avem granițele Uniunii Europene și în afara spațiului Schengen și trebuie să faceți tot ce este posibil ca și statele care nu sunt în Schengen să intre în schimbul de informații, pentru că, până la urmă, trecerea teroriștilor e transfrontalieră și noi trebuie să ne preocupăm de granița Uniunii Europene.

Sper, totuși, că vom face pași pentru a combate terorismul și a asigura pacea în lume, pentru că pacea salvează vieți omenești.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, Council decisions on data exchange between Member States should take into account the provisions as agreed in the Lisbon Treaty. This should have been done years ago, but unfortunately nothing has been done yet. This matter is of utmost importance for the security of European citizens. There is an urgent need to improve information sharing among and between the Member States, and for instruments such as the new so-called Police Directive on data protection, providing a high level structure for information exchange. I believe it is important to ensure fundamental rights protection as well, the necessity and proportionality of what is exchanged, and the data protection and privacy issues on how the data is exchanged and between whom – speaking now about the respective institutions.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Julian King, Member of the Commission. – Mr President, I shall follow the discipline of previous speakers. We are all agreed that it is absolutely crucial that we fully exploit the potential of existing information systems at EU level, and that means making sure that all Member States implement what they have agreed to do and that we also find ways of encouraging the effective use of these tools by frontline practitioners on the ground, with effective cooperation between police, border guards and immigration officers.

For me, implementation is absolutely the priority, and that applies whether the instrument in question is a pre-Lisbon instrument or one that has been adopted since by Parliament and the Council. To support that implementation, we have funding: we have the Internal Security Fund (ISF), which continues to fund national programmes in this area, and we have extra funding that has been dedicated to supporting the agencies, notably Europol to reinforce staffing for the new European Counter Terrorism Centre (ECTC). We have expertise and we have the sharing of best practice. We will continue to support all of those means.

We will also continue to look at what we need to do to plan for the future and to adapt the information tools we have to make them as effective as possible, and that applies to the Prüm Convention as well, although I have to say, in direct response to a direct question, that right now, as of today, we do not have a proposal on Lisbonisation. That question remains open, and if that can help effective implementation we will certainly examine it.

You, the European Parliament, continue to play an absolutely key role because, as today's debate has shown, you rightly point the finger at areas where further improvement is needed, and that helps maintain pressure. It maintains pressure on the Member States, as we have been discussing, but, frankly, it also maintains pressure on the Commission to continue the important work on implementation that we have all agreed is at the heart of making progress.

Przewodniczący. – Bardzo dziękuję, panie komisarzu za taki, jak pan się wyraził, zdyscyplinowany sposób, ale te wymogi dyscypliny pana nie dotyczą. Tym niemniej dziękuję, to było bardzo uprzejme z pana strony.

Panie ministrze, pana restrykcje czasowe też nie dotyczą.

You are free to take as much time as you wish. However, we would be grateful for a comprehensive summary.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – Jiena wkoll insegwi l-istruzzjoni tieghek. Hadt pjaċir nisma', l-ewwel nett lill-Kummissarju, illi ta spjegazzjoni dettaljata tal-hidma li qiegħda ssir, anke mill-aspett tal-Kummissjoni Ewropea u b'mod partikolari lilkom, il-Membri, li kollha, ovvjament, nifhem anke s-sentiment u napprezza s-sentiment tal-argumenti tagħkom. Kienu interventi interessanti kollha kemm huma. Segwejt b'attenzjoni kemm tal-Onorevoli Hohlmeier kif ukoll anke tal-Onorevoli Moraes u tal-Membri kollha, però dawk b'mod partikolari.

Qabel xejn nibdew billi nserrhu ras din il-Kamra li l-Kunsill huwa kommess sabiex ikompli mhux biss jara l-implimentazzjoni tar- "roadmap", imma anke biex nahdmu flimkien sabiex intejbu anke aktar qsim tal-informazzjoni bejn l-Istati Membri. Però, ovvjament, tifhmu illi, bhala Kunsill, m'ahniex f'pożizzjoni li, fil-parametri tal-prerogattivi istituzzjonali, nipprovdu informazzjoni speċifika fuq il- "compliance" jew le ta' Stati Membri relatati ma' strumenti speċifiċi u nahseb li din, ovvjament, ilkoll nafuha. Però, ovvjament, ser inkomplu nimpenjaw rwieħna, kif kont qed ngħid, sabiex nahdmu flimkien u jkun hemm aktar qsim tal-informazzjoni, mhux biss bejn l-Istati Membri imma anke mal-aġenziji, kif ukoll anke ntejbū l-interoperabilità li ġiet riferuta anke f'diversi interventi tagħkom; mhux biss fuq dawk is-sistemi li għandna llum, imma anke dawk is-sistemi li wieħed jista' jkollu fil-futur.

U allura, kif għidt fl-introduzzjoni, inharsu 'l quddiem b'interess u stennija għall- "outcome" li ser ikollna mill-grupp ta' esperti għolja f'dan ir-rigward. Nirringrazzjakom u nharsu 'l quddiem sabiex inkomplu nahdmu flimkien ukoll.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A partilha de informação é um pilar fundamental na estratégia de segurança interna da União. É já um lugar-comum, infelizmente, reconhecer que a cooperação dos Estados-Membros neste domínio está ainda longe de ser perfeita.

No entanto, a União está possivelmente a sofrer uma das mais intensas reformulações dos seus sistemas de informação, com alterações ao SIS, VIS e EURODAC, a par da criação do novo sistema de entrada e saída e o ETIAS.

Em paralelo, ainda que idealmente devesse estar a montante, o Grupo de Alto Nível Para os sistemas de informação e a interoperabilidade publicará, em maio deste ano, o resultado do seu trabalho.

É evidente que as decisões de PRUM e a Decisão do Conselho para a partilha de informação no âmbito do terrorismo devem ser adaptadas aos novos desafios e ao novo enquadramento jurídico Tratado de Lisboa.

Contudo, precaução aconselha-se. Qualquer alteração deverá ser feita tendo em conta toda a paisagem dos sistemas de informação – apenas assim será possível assegurar a eficácia, a proporcionalidade e a necessidade. Caso contrário, não estaremos a proteger os nossos cidadãos.

Czesław Adam Siekierski (PPE), na piśmie. – Należy ciągle dbać o jakość dialogu między państwami członkowskimi UE oraz wymianę informacji w ramach stosownych instrumentów, aby zapewnić odpowiedni poziom bezpieczeństwa wewnętrznego w UE. Koniecznym jest uzyskanie jeszcze większej wydajności instrumentów wymiany informacji oraz wyeliminowanie jakichkolwiek istniejących luk. Definicja terroryzmu nie jest zamknięta i już obecnie powinna zostać rozszerzona. Również Parlament Europejski powinien jednoznacznie opowiadać się za zwiększeniem skuteczności swoich działań, dążeniem do umocnienia zaufania ze strony obywateli. Metoda wspólnotowego podejmowania decyzji powinna ukierunkować się na wykorzystanie w tym kontekście możliwości nadanych traktatem lizbońskim. Sama wymiana informacji to jednak nie wszystko, konieczne jest skuteczne reagowanie i koordynacja, w przeciwnym wypadku trudno będzie skonstruować sprawnie funkcjonującą sieć podmiotów z różnych krajów UE mających dostęp do czytelnym i jednoznacznym danych generowanych z przeznaczeniem do wykorzystania przez różne jednostki związane z bezpieczeństwem. Potrzebna jest również intensywna praca reprezentantów na forum organizacji międzynarodowych, dalsze wzmacnianie Wspólnej Polityki Zagranicznej i Bezpieczeństwa, troszczenie się o pokój i rozwój w sąsiedztwie UE oraz upowszechnianie najlepszych zasad i wartości demokratycznych.

14. Zivilrechtliche Regelungen im Bereich Robotik (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Mady Delvaux w imieniu Komisji Prawnej zawierające zalecenia dla Komisji w sprawie przepisów prawa cywilnego dotyczących robotyki (2015/2103(INL)) (A8-0005/2017).

Mady Delvaux, rapporteure. – Monsieur le Président, robot, intelligence artificielle, *internet of things*: autant de concepts avec lesquels nous devons nous familiariser. Ils ne relèvent pas de la science-fiction: toutes sortes de robots sont déjà sur le marché, de nouveaux robots plus autonomes sont en train d'être développés dans les laboratoires. Il est donc urgent que le débat le plus large possible ait lieu et qu'il ne reste pas cloisonné dans le cercle des scientifiques et des ingénieurs, car il s'agit d'organiser, pour le bien de l'homme, l'interaction des êtres humains avec ces nouvelles machines de plus en plus autonomes.

Je voudrais clarifier d'emblée deux points: premièrement, les robots ne sont pas des hommes et il n'est pas question de les assimiler à l'être humain, et deuxièmement, l'industrie et la recherche robotiques européennes sont très performantes et nous entendons les soutenir. La robotique et l'intelligence artificielle sont des secteurs d'avenir. Il est important que l'Europe reste compétitive sur le marché mondial. C'est pour cela que le moment est venu d'énoncer des principes qui serviront de balises et d'encadrement pour le développement de la robotique. Il faut réglementer, sans excès, lorsque c'est nécessaire.

En premier lieu se pose la question de la responsabilité civile en cas de dommage causé par un robot. Deux options se présentent: soit la responsabilité stricte, soit la gestion fondée sur les risques, mais l'essentiel est qu'il y ait réparation des dommages causés. Il faut accélérer la standardisation. Pour assurer le plus haut niveau de sécurité possible, il faut établir des protocoles. Pour ce qui est des tests, pourquoi ne pas créer en Europe des zones où toutes sortes de robots puissent être testés en grandeur nature dans la vie réelle?

Le plus grand défi consiste en l'application de la réglementation sur la protection des données. Les robots collectent et reçoivent des masses d'informations de tous genres: à qui appartiennent ces données, qui y a accès? Le rapport propose une charte éthique, un code de déontologie pour les programmeurs, car nous voulons des robots dont les actions servent le bien-être des humains et qui respectent la dignité, la vie privée et la liberté. Nous insistons sur la nécessité de la transparence, que les actions des robots soient expliquées et explicables, et qu'elles soient compréhensibles pour le commun des mortels.

Le déploiement de robots aura des incidences sur tous les aspects de la vie et donc sur le travail. Les études divergent: certains prédisent une destruction massive d'emplois, d'autres sont moins pessimistes et considèrent que les emplois détruits seront compensés par la création de nouveaux emplois. Il est cependant clair que nos manières de travailler changeront et que nos systèmes éducatifs se trouveront confrontés à des défis énormes pour assurer la requalification de ceux qui sont en activité et former des jeunes à des professions qui n'existent pas encore.

Le rapport n'est pas technophobe, il identifie les apports positifs: les robots pourront effectuer des travaux dangereux ou pénibles, ils faciliteront le travail de beaucoup de professionnels, ils favoriseront l'intégration des personnes ayant un handicap. Mais personne ne peut prédire si les robots détruiront plus d'emplois qu'ils n'en créeront.

En revanche, j'écoute mes concitoyens et j'entends une grande inquiétude chez beaucoup d'entre eux. Je considère donc qu'il faut les prendre au sérieux, se préparer à différents scénarios et réfléchir aux solutions envisageables. Si, effectivement, le travail devient rare, il faut s'assurer que tous nos citoyens disposent d'un revenu suffisant pour vivre une vie digne. C'est la raison pour laquelle je plaide pour un débat rationnel, appuyé par de l'expertise et des études, sur l'option d'un revenu universel et, évidemment, la manière de le financer en cherchant des sources de financement alternatives. Je ne souhaite pas que le débat soit tué avant d'avoir commencé.

Pour terminer, je voudrais remercier mes collègues qui ont permis d'enrichir ce rapport, le secrétariat, les services du Parlement et surtout l'équipe STOA qui nous a accompagnés dans cette formidable aventure.

Michał Boni, *rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Mr President, (inaudible) opportunities of robotics. Let us take the most recent ones. Firstly, the fast development of learning machines requires rules, European harmonised standards and the possibility to register all artificial intelligence and have it monitored. Secondly, ethical principles and respect for fundamental rights are crucial. This should begin from the moment constructors start the work with algorithms on privacy and security, to make those by default.

Thirdly, it is crucial to raise awareness and avoid, through ethical guidance, the emotional dependency of humans cooperating with robots. Fourthly, this is not the time for strong regulation. It is better to use the soft-law principles approved by all stakeholders in the Code of Conduct, using existing laws and adjusting them to the new challenges. Fifthly, this is not the time for new taxes, but we have to continue work on the liability problem. Sixthly, we need transition-period programmes for workers so that people can adjust to the new challenges both mentally and professionally. This is better than a general basic income.

Now it is time to hear from the Commission.

Georg Mayer, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr*. – Herr Präsident! Die Thematik, mit der wir uns heute hier beschäftigen, ist sehr weitreichend und sehr wegweisend.

Ich glaube, dass wir die Dimensionen, die das noch betreffen wird, aus unserem heutigen Gesichtspunkt noch gar nicht abschätzen können. Diese Entwicklung hat das Potenzial, unser Leben nachhaltig und groß zu verändern. Es geht nicht darum, menschliche Fähigkeiten zu ersetzen, sondern es geht darum, die menschlichen Fähigkeiten zu ergänzen. Das wird eben nicht nur den Bereich Verkehr betreffen, das wird nicht nur den Bereich Gesundheitsdienste und Rettungswesen betreffen, sondern das wird sehr viele Lebensbereiche betreffen, an die wir heute noch gar nicht denken.

Ich hatte die Möglichkeit, die Stellungnahme des TRAN-Ausschusses zu verfassen. Diese wurde auch mit großer Mehrheit in dem Ausschuss angenommen. Der Verkehr ist natürlich eine Thematik, die besonders vom automatisierten Bereich betroffen ist. Das ist nicht nur der Verkehr, wie wir ihn heute kennen, zu Luft, zu Wasser und zu Land, sondern es ist alles Denkmögliche, was es in Zukunft im Bereich Verkehr geben wird oder geben kann. Ich habe besonderes Interesse an dieser Thematik, weil in meiner Heimatstadt Graz in Österreich bereits die ersten Versuche bei zwei Automobilentwicklern anlaufen, was automatische Fortbewegung betrifft. Das Thema – wie schon gesagt – wird uns noch lange beschäftigen. Es steckt ja eigentlich noch in den Kinderschuhen. Umso spannender und umso größer werden die Herausforderungen, die noch auf uns warten und auf uns zukommen.

Carlos Moedas, *Member of the Commission*. – Mr President, on behalf of my colleague Věra Jourová let me start by thanking the rapporteur, Ms Delvaux, and all the MEPs involved. This is a crucial report on all the legal questions related to development of robotics and artificial intelligence. This House, to my knowledge, will be one of the first to have a clear and comprehensive position on robotics and artificial intelligence, a topic that is getting great public attention, and rightly so. Your text highlights the challenges and opportunities of this sector, and points towards a clear need for a coherent European approach. You are also calling for Europe to have a strong presence and investment in its technology in order to maintain leadership. In the European Commission, we have long recognised the importance and the potential of robotics and artificial intelligence, and the need for significant investment in these areas. We have set an ambitious public and private partnership for robotics in Europe: Sparc. This partnership not only brings the academic and research institutions, industry and business together, but also looks into questions related to ethics and law. Sparc is by

far the biggest civilian research programme in this area in the world, with EUR 700 million from EU funding from Horizon 2020 to be leveraged up to EUR 2.8 billion by private investment.

Ladies and gentlemen, for a very long time, robots were a kind of a futuristic idea. Today, they are a fact of life. They are operational in our industry and used in many sectors of the economy and life. Robots in the internet of things are going to be the internet of the intelligent things, and they will move beyond manufacturing and industry into areas such as transportation, medicine, care for the elderly, and financial services. As Mr Mayer said, they will complement human skills. And let me tell you that this is only the beginning. Without doubt, we need to frame and facilitate the technical revolution brought by autonomous systems, because we all want Europe to remain the leader in this field and make sure robotics and artificial intelligence continue to bring benefits to European citizens, industry and especially SMEs and start-ups that are active in this sector. As Commissioner for Research, Science and Innovation, I recognise that we have to further invest in scientific understanding of the technical aspects of artificial intelligence and of its socio-economic impacts, as well as of its consequences for the rule of law, fundamental rights and democracy.

But let me stress that moving forward in this area needs to be guided by an ethical approach based on principles and values enshrined in the Treaty on the European Union and in the Charter of Fundamental Rights.

Let me now comment in particular on your request for the Commission to come forward with a legislative proposal on civil liability for damage caused by robots. First, as you know, we already have EU legislation applying to robots. The Machinery Directive, the General Product Safety Directive, the proposed legislation on medical devices, and the regulation on common rules in the field of civil aviation currently under revision also includes concrete measures to ensure the safe operation of civil drones. And the new General Data Protection Regulation that will also be fully applicable to any kind of processing of personal data, which includes artificial intelligence and robots.

Second, we are obviously looking at any need for adjustment of the current legislation. And third we are well aware that legal certainty on liability is of paramount importance for innovators, investors and consumers, providing them with the legal certainty they need. But the complexity of digital technologies makes it particularly difficult to determine who is liable and to what extent in case of failure. That is why the Commission has put in its communication and presented a communication last month on building up a European data economy. We are consulting with a wide range of stakeholders on the new challenges in this field, covering the liability questions relating to autonomous systems. Simultaneously, we are evaluating the Product Liabilities Directive with regard to emerging technologies.

Fourth, testing and experimenting will be important as will gathering data and gaining experience. This in turn will then help us with designing a suitable legal framework. On the communication on building a new European data economy, we included plans for cross-border corridors to test connected automated driving.

My fifth and final point on the question of legislation is to underline the importance of smart legislation, technologically neutral and future proof when dealing with technologies and jobs. As Ms Delvaux said, we cannot even imagine what they will be in the future.

Honourable Members, I agree with you that the impact of digitalisation on our societies and our labour market needs to be closely monitored and anticipated, and we have to improve our understanding of this phenomenon. The different studies that have assessed that evolution reached diverging conclusions from catastrophic predictions on the labour market to a positive impact on job creation. In 2015, the Fraunhofer Institute indicated that EU companies which are intensive users of robotics are less likely to offshore production to low-cost regions because robots improve their cost production so much that they can stay in high-wage regions and create other jobs. We all know that technological change will not only replace or change existing tasks, but it will, as Mr Mayer said, create new jobs in services, it will complement human skills. Robots are also used in many areas with labour shortages such as healthcare, farming and even manufacturing. Many robots do tasks that are repetitive and dangerous for humans, such as inspecting oil tanks or welding metal parts. Far from replacing humans, robots allow the workforce to focus on other more economically useful, creative or social activities where robots cannot and will never replace us.

The Commission is fully aware of the challenges ahead and has already launched concrete measures to address them. We adopted a New Skills Agenda for Europe, the Digitising European Industry blueprint and, last December, we launched a Digital Skills and Jobs Coalition, which aims at equipping the workforce at large with the necessary digital skills to thrive in a digital workplace.

Ladies and gentlemen once again, I would like to thank the European Parliament for this timely and comprehensive report and for the support for our activities. The issues raised and the measures proposed will need broader consultation and an in-depth analysis of their impact and consequences before we can draw conclusions, including on the possible legislative needs. Thank you for attention and I'm looking forward to our discussion.

Przewodniczący. – Dziękuję bardzo, panie komisarzu! Z dużą satysfakcją odnotowuję pana wystąpienie jako odpowiedź na apel pani Delvaux czy zacytowanie pana Mayera. To znaczy, że my prowadzimy tutaj debatę. Bardzo dziękuję za to, panie komisarzu.

Ádám Kósa, A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság véleményének előadója. – Tisztelt Kollégák! A másfél éves közös munkát megköszönve jelentéstevő asszonynak, a Foglalkoztatási és Szociális Szakbizottság részéről kezdeményezzük, hogy meg kell vizsgálni, hogy a robotok elterjedése vajon önmagában jólétet és fejlődést hoz-e akkor, amikor már most látjuk, hogy sokszor nincs szükség az emberek munkájára a hagyományos termelési és szolgáltatási struktúrákban. Rövid és középtávon a robotika és a mesterséges intelligencia valóban előnyöket ígér, de féltő, hogy nem tud olyan mértékben növekedni az ezen a területen megjelenő munkahelyek száma, mint ahány munkahely várhatóan megszűnik.

A következő generációknak megfelelő oktatással meg kell adni a felkészítést ezekre a kihívásokra. Választ kell találni arra, hogy mi lesz akkor, ha a most meglévő humán képességek mesterséges vagy genetikai továbbfejlesztése révén vagy kiegészítése révén szuperképességekkel rendelkező emberek jelennek meg. A jelentés lehet az első lépés afelé, hogy az Európai Unió és a tagállamok komolyan vegyék ezeket a kérdéseket.

Kaja Kallas, rapporteur for the opinion of the Committee on Industry, Research and Energy. – Mr President, books and movies are very good starters for emotional discussions about robotics, but they are not very good to be basing our decisions on. Our role as decision makers is not to get emotional but to look at the facts and shape our serious and forward-looking EU policies on robots and artificial intelligence.

If we think about robots in terms of *Star Wars* and *Terminator*, we get it wrong. Robots and artificial intelligence are already here in our daily lives, helping us to solve complex tasks. I said 'helping' because robots need to compliment humans: both need to, and can, work as a team. Our role is to drive policy that makes individuals active consumers of robots rather than passive ones. We cannot, however, have active and empowered individuals if we shift all the responsibility onto robots or manufacturers if something goes wrong. This is the problem with the strict liability approach or an electronic personality for robots.

Last but certainly not least, we should not forget that developing autonomous robots and putting them on the market requires risk-taking investment and vision. So let us focus not only on precaution but also on innovation. Introducing a tax on robots, for instance, will simply kill innovation and drive the engineers developing robots elsewhere, and we will be left using the robots instead of creating them. Forward-looking and pro-innovation EU policy should exist not only in words but also in action.

Dita Charanzová, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. – Mr President, unlike the fears raised in the report, we should limit ourselves to the current realities of robotic systems and what is needed to help develop the regulatory environment to allow their increased use and manufacturing in Europe. As legislators we need to keep our vision closer to the ground. While I am honoured that the report makes note of the important role of the Czech nation in the creation of the word ‘robot’ and in our literature as a Czech, I believe it is wrong to mix science fiction and a real need to address issues like liability.

We must reject the belief that robots are going to steal everyone's job. This is simply not true. We must reject that we are creating ‘electronic persons’: I am sorry, but robots are not humans, it is pure science fiction to think otherwise. We must reject attacks on robots, and a new EU agency. The bottom line: go and see the robots that exist today and those in development. They are already transforming our industry and society and I believe for the better. This transformation is not something to fear.

By 2025, in less than 10 years, robotics could add more than EUR 1 trillion to our European economy. The benefits far outweigh any risks. But if we are to succeed in this field, we must ensure that the rules of the single market apply fully.

Cristian-Silviu Buşoi, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety*. – Mr President, medical robot devices already provide better diagnoses and better insight into treatment, care and rehabilitation options, and will move forward the boundaries of medicine in the future.

The Committee on the Environment, Public Health and Food Safety focused in the opinion on the importance of keeping the patient-doctor relationship as regards to diagnosis, treatment and follow-up. We also focused on the importance of medical education and the training of health professionals: human care-givers will still be needed and will continue to provide an important source of social interaction. We emphasised, too, the importance of minimising the possible environmental and ecological footprint of robotics and maximising the potential for making processes more resource efficient.

Assessment of the long-term moral and ethical implications of new technologies before and throughout their development is imperative. And, last, but not least, we need safety safeguards and standard safety certification procedures, and adaptation of the legislation on patient privacy, medical professional secrecy and data protection in the area of public health. The provisions on the aspects mentioned above were adopted with a large majority in the Environment Committee and I was happy to see that Ms Delvaux took these ideas on board in the final Committee on Legal Affairs report.

Therese Comodini Cachia, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, working on this report has brought me in touch with several people who are passionate about using robotics to address daily challenges and to continue to increase knowledge of our world. We should be proud of this European industry and we should give it a reliable European framework within which it can continue to grow. Robotics and connectivity go beyond borders: innovation is carried out by experts from several Member States working together. This collaboration requires our support.

The report starts a debate on robotics and brings to the fore different possibilities and solutions. The report is prescriptive only on one element: robots are not human; no matter how autonomous and self-learning they become, they do not attain the characteristics of a living human. Our work discusses solutions to liability for damages caused by robots. Who will be responsible? How will any legal solution affect the development of robotics, those who own them, and victims of the damage? The current legal framework on liability may not entirely work for robotics, so we need to consider the impact of different solutions to make sure that harm caused to persons and to our environment will be addressed. Ethical considerations also need to be made, so we can set an ethical framework within which robotics will develop. In all of this we have to understand how robotisation of industry and professions will affect our workers and our professionals, and find ways to provide the right skills and support. Allow me also to thank Ms Delvaux and all the rapporteurs who have worked on this report. I think that together we have managed to produce a report which deserves a plenary vote in favour.

Virginie Rozière, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, je voudrais remercier la rapporteure pour ce rapport passionnant qui nous amène à penser l'avenir et à dépasser notre vision du monde tel qu'il est.

C'est aussi un rapport courageux, parce qu'on est parfois un peu saisi de vertige devant l'ampleur du champ que nous devons défricher. C'est vrai qu'il pourrait être plus confortable de détourner le regard en imaginant que si on refuse de regarder ces questions, elles disparaîtront d'elles-mêmes, ou alors de s'en remettre uniquement à l'industrie en se disant que d'un strict point de vue économique, elle saura trouver des solutions.

Au contraire, je pense qu'un cadre juridique sûr, fondé sur les valeurs du projet européen, des valeurs humanistes, est à la fois un atout pour les entreprises européennes et un gage de bien-être et de sécurité pour les citoyens européens.

Quelles sont ces questions auxquelles nous sommes confrontés? Des questions juridiques sur la responsabilité, la sécurité et la propriété intellectuelle; des questions éthiques sur le respect de la vie privée, la bioéthique et la démocratie, sur la transparence des décisions; et puis des questions sur l'organisation même de la société: quelle répartition des richesses et quel impact sur le marché du travail?

Pour terminer, je voudrais rapporter à tous ceux qui refusent le débat, qui disent que ceux qui posent la question ne connaissent rien à la technologie, les mots d'Elon Musk, qui s'y connaît un petit peu en matière d'innovation technologique. Il y a deux jours, il déclarait: «il y aura de moins en moins de tâches qu'un robot ne pourra pas accomplir et mieux qu'un être humain. Ce n'est pas une chose que je souhaite, c'est une chose qui va très probablement arriver et un revenu universel d'une sorte ou d'une autre va devenir nécessaire.»

Alors, mes amis, n'esquivons pas le débat, nous avons beaucoup à réfléchir et à débattre ensemble pour inventer les solutions de demain.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR*. – Г-н Председател, уважаеми представител на Комисията, уважаеми колеги, все още имам основателни съмнения относно този доклад като цяло. Моите съмнения са от морално, етично и всякакво друго естество и се колебая дали да не препоръчам да се гласува отрицателно по доклада на моята група.

Съгласен съм, че роботиката и изкуственият интелект са много бързо напредващи технологии в някои сектори и обсъждането на произтичащите от това въпроси е необходимо. Но нека повтора своите притеснения, особено когато става дума за това законодателно предложение. Не само че има въпроси, свързани с етиката, морала и общественото въздействие, които трябва да бъдат обстойно разглеждани, но има и много по-важни, по-фундаментални въпроси, като например прилагането на т.н. „универсален подход на действие“ по този въпрос.

Освен това, уважаеми дами и господа и колеги, разликата между технологичния напредък в страните членки от централните и периферните райони на Европейския съюз не са взети предвид в разглеждания документ. Не на последно място, тежестта ще падне върху потребителите. Това предложение, което в един момент би могло да се превърне в законодателство на Европейския съюз, има способността да задължи гражданите на всички държави членки да платят още повече осигуровки, разноски, които ще финансират нова схема за застраховане на работи, както е Агенцията за роботика и изкуствен интелект. Нито застрахователите, нито самата индустрия биха подкрепили тази поддранила инициатива.

Твърдо смятам, че на този етап законодателното предложение е твърде ранна стъпка и смятам, че е необходимо по-задълбочено проучване и обсъждане.

Jasenko Selimovic, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, by 2025 more than 20% of European citizens will be over 60. While increased life expectancy represents a significant resource to EU societies, it will also demand fundamental reforms of the health care sector as well as [engendering a] need to tackle a higher prevalence of injuries and diseases. Cyber physical systems (CPS), so-called healthcare robots, will incontestably be part of this solution. Robots and smart devices will be more and more incorporated into diagnosis, treatment and care at hospitals and healthcare centres. The development of new technological devices will lead to healthier societies and quicker recovery times, and will decrease the number of medical errors. Furthermore, CPS is a growing market in healthcare, and will create numerous jobs and businesses in the medical field. I therefore take a positive view of the major positive outcomes for the healthcare sector throughout the EU.

I therefore also support the report even if I found it sometimes fearful. In particular it mentioned the future discussion that will need to be had on the costs of medical secrecy, legal liability and patients' privacy.

Jiří Maštálka, *za skupinu GUE/NGL*. – Pane předsedající, slovo robot a robotika bylo dáno lidstvu velkým českým spisovatelem a dramatikem Karlem Čapkem. A dokonce již před devadesáti lety odhadl, na jaké problémy lidstvo s roboty a robotikou narazí. Postupující automatizace je realitou, před kterou nemůžeme strkat hlavu do písku. Ocítáme se v podobné situaci, v jaké byli dělníci v manufakturách, když jejich práce začala být nahrazována stroji.

I dnes bychom se měli zajímat především o dopad rozvoje robotiky na pracovní trh. Zatímco Evropská komise ve svém programu SPARC počítá s investicemi v hodnotě 8 miliard EUR na podporu robotiky, protože ta by měla pomoci vytvořit do roku 2020 celých 240 000 nových pracovních míst v průmyslu i dalších odvětvích, jsou známé i studie, které prokazují čísla naprosto opačná až katastrofická.

Například jen v České republice by do roku 2025 mělo přijít o práci až 140 000 lidí a zaniknout by měla řada oborů. Ať už se naplní kterýkoli z nastíněných scénářů, je evidentní, že pro mnohé končí doba, kdy se jedna práce, jedna profese, stala obživou na celý život. Reagovat bude muset zejména oblast školství, důraz musí být kladen na vzdělávání v nových, kreativních a do budoucna perspektivních oborech. Jak správně uvádí ve své zprávě paní zpravodajka, budeme muset najít odpovědi nejen na právní, ale i etické a sociální otázky spojené s robotikou.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Kaja Kallas (ALDE), *blue-card question*. – You referred to the industrial revolution and machines taking over the jobs of humans, but don't you agree that actually the machines took over the really back-breaking jobs that humans did and the humans could then do something else?

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty*. – Nepochybně máte pravdu a mohl bych odpovédět citací Karla Marxe, že když stroje uvolní člověka, tak bude mít člověk to nejcennější, to je vlastní čas.

Jan Philipp Albrecht, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kollegen! Ja, wir stehen am Anfang einer zukunftsweisenden Gesetzgebung zu dem ganzen Themenbereich Robotik, und Frau Delvaux' Bericht ist ein wichtiger erster Schritt hin zu einer Debatte über die Frage: Welche Regelungen sind notwendig, was für Fragen müssen wir beantworten? Aber Robotik und künstliche Intelligenz sind keine Science fiction mehr, sie finden statt, und sie sind bereits unter uns. Unter uns sind Roboter. Die Frage, welche Regeln es braucht, vor allen Dingen bei der Haftung, vor allen Dingen bei den Sicherheitsstandards, die müssen wir jetzt beantworten.

Ich bin ein bisschen überrascht, wie zurückhaltend die Europäische Kommission an dieser Stelle ist, dass sie immer wieder darauf verweist, welche Probleme es gibt und wie kompliziert die Fragen sind. Wir sind der Meinung, dass es, gerade wenn es um Haftungsfragen geht, um die Frage der Verantwortung, dass hinter jeder Entscheidung eines Roboters oder einer intelligenten Maschine natürlich eine natürliche oder juristische Person stehen muss, dass es da keine Haftungslücken geben darf und dass wir Folgenabschätzungen, Technikfolgenabschätzungen verpflichtend einfordern müssen, dass wir auch einfordern müssen, dass es einen Rahmen dafür gibt, wie zum Beispiel das Vorsorgeprinzip fest verankert wird in dieser Frage. Das sind wichtige Regelungsbereiche, die jetzt beantwortet werden müssen. Und da geht es auch zum Beispiel um die Frage von Sicherheitsstandards, Haftung für fehlende Standards. Wenn sich jemand einhackt in das intelligente selbstfahrende Auto und das auf der Autobahn bei 70, 80 Sachen auf null herunterbremsst, dann ist das ein Problem, das wir heute haben. Und darauf müssen wir jetzt Antworten finden.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i grandi progressi della robotica e la possibilità che l'intelligenza artificiale superi l'intelligenza umana impongono delle riflessioni etiche e morali alle quali non possiamo sottrarci.

Le questioni etiche non riguardano solamente l'interazione uomo-macchina, ma anche i problemi ontologici relativi all'identità personale, con riferimento agli interventi bionici volti a recuperare o potenziare le capacità sensomotorie e cognitive degli esseri umani, e il tema della responsabilità, che si presenta in tutta la sua drammaticità, soprattutto con riferimento ai droni per uso militare. Chi è responsabile delle violazioni umanitarie compiute attraverso il loro utilizzo?

E ancora il tema riguardante la capacità di compiere scelte in situazioni estreme, dove la componente etica rappresenta un elemento determinante della scelta. Come si comporterebbe un'auto senza guidatore se dovesse scegliere, in caso di un improvviso sbandamento, tra l'incolumità del passeggero dell'auto e quella di un gruppo di persone ai margini di una strada. La relazione sulla robotica affronta questi temi, tracciando un percorso possibile che merita di essere ulteriormente esplorato.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, les robots intelligents sont devenus une réalité. Ce sont des machines programmées pour prendre des décisions, comme, par exemple, les voitures sans conducteur ou encore certains robots chirurgicaux. Le rapport Delvaux a raison de s'en préoccuper, car leur intelligence dépassera, dans un proche avenir, les capacités intellectuelles de l'être humain. Il faut donc encadrer leur utilisation par des principes éthiques, tels que le respect de la vie privée et de la liberté humaine.

Sur le plan de la responsabilité, hélas, le rapport Delvaux préconise des solutions dangereuses, car il ne se borne pas – comme il aurait dû le faire – à recommander la mise en place d'un régime d'assurance obligatoire et d'un fonds de garantie. Il envisage, en effet, la création d'une personnalité juridique spécifique aux robots, ce qui reviendrait à considérer les robots comme – je cite – «des personnes électroniques responsables».

Je m'élève contre cette perspective pour deux raisons: d'abord, parce qu'elle exonérerait leurs fabricants et leurs utilisateurs de toute responsabilité, ce qui réjouirait sans aucun doute de puissants lobbies; ensuite et surtout, parce que j'estime, comme Jacques Maritain, que la personne humaine possède une surexistence spirituelle à laquelle aucune intelligence artificielle ne saurait être comparée.

Pavel Svoboda (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, předně bych rád poděkoval paní zpravodajce Delvauxové a všem kolegům z výboru JURI, kteří se podíleli na této zprávě. Mě to těší i osobně, protože v mé zemi, v Česku, se tomuto oboru věnuje velké úsilí. Ostatně samo slovo robot nám daroval český spisovatel Karel Čapek.

Tato zpráva správně nepřináší legislativní návrhy, ale nastoluje základní otázky, kterými bude třeba se legislativně zabývat. Cílem zprávy je zajistit, aby na jejím základě právní řád mohl i v budoucnosti plnit základní funkci, totiž poskytovat právní jistotu výrobcům a uživatelům. Zahájením diskuze poskytneme Evropské unii šanci, aby na poli robotiky se stala tím, kdo stanovuje standardy. Podporuji tuto zprávu jako celek, ale v některých bodech, zejména pokud jde o vytvoření zvláštního právního statusu robotů či o základní příjem, podpořím pozměňovací návrhy. Myslím, že bychom se tím příliš vzdálili předvídatelné realitě.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, în primul rând vreau să o felicit pe raportoare pentru acest document care definește normele de drept civil privind robotica. Importanța acestui raport este dată de tendințele reale din industria și economia europeană.

În ultimii ani, vânzările de roboți au crescut în medie cu 17% pe an, în timp ce, doar în 2014, vorbim de o creștere de aproape 30% generată de ultimele evoluții în materie de autovehicule.

De fapt, depunerile anuale de brevete pentru tehnologia robotică s-au triplat în ultimul deceniu și multe state, precum Japonia, Statele Unite, China sau Coreea de Sud, au în vedere măsuri normative legate de robotică și inteligență artificială.

Raportul definește principiile generale privind dezvoltarea roboticii și aduce reglementări care fac activitatea economică în acest domeniu predictibilă și coerentă atât pentru industrie, cât mai ales pentru lucrători și utilizatori.

Un aspect important subliniat în raport este posibilitatea de a crea o agenție europeană pentru robotică și inteligența artificială. Susțin acest demers care poate ajuta actorii publici relevanți să aibă o perspectivă clară asupra oportunităților și provocărilor. Mi-aș dori evident ca această agenție să fie creată, de ce nu, în țara mea, România.

Arne Gericke (ECR). – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wissen Sie, was das ist? Ja, ein billiger Groschenroman. Wissen Sie, was das ist? Der Delvaux-Bericht zu Robotik.

Der Unterschied: keiner! Mit Ausnahme der Tatsache, dass Letzterer gemacht ist, um Gesetz zu werden. Ich meine damit jetzt nicht nur die von der Kollegin aus einem Science-Fiction-Roman kopierten Verhaltensregeln für Roboter. Nein, viel schlimmer ist Ihr Vorschlag einer rechtlichen Persönlichkeit für Roboter, auch wenn Sie das immer wieder bestreiten. Das ist ein bioethisches No-Go. Liebe Frau Delvaux, wenn Sie sagen, Sie planen das nicht, dann erklären Sie mir Ziffer 56 und ich zitiere: „Es gilt, einen speziellen rechtlichen Status für Roboter zu schaffen, damit für die autonomen Roboter ein Status als elektronische Person festgelegt werden kann.“ Das ist nichts anderes als ein Persönlichkeitsrecht für Roboter. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützen Sie bitte unsere Änderungsanträge vier bis acht.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

Evelyn Regner (S&D), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – (Die Rednerin spricht ohne Mikrofon.) ... geschaffen hat, ist eine juristische Person, hat Rechtspersönlichkeit. Sehr viele andere Gesellschaftsformen haben das auch. Wenn von Robotern gesprochen wird, so hat Frau Delvaux das an die Spitze gestellt, und wie aus dem Bericht ersichtlich ist, handelt es sich eben eindeutig um Maschinen. Haben Sie den Bericht tatsächlich gelesen?

Arne Gericke (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Ja, natürlich handelt es sich um Roboter. Aber es gibt ja immer wieder Passagen drin, die eindeutig etwas anderes behaupten. Ich denke, das sind Lücken, die wir wieder schließen müssen, damit nicht irgendein Auto doch eine Rechtspersönlichkeit bekommt und der Hersteller dafür nicht haftbar zu machen ist. Das ist genau das, was wir vermeiden wollen. Das bedeutet nicht, dass der gesamte Bericht in Frage gestellt wird. Aber es gibt Passagen, die da einfach noch korrigiert werden müssen.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, identificamos várias lacunas no relatório. Por um lado, não defende que o desenvolvimento destas áreas se submeta aos interesses nacionais, suportado em políticas públicas de investimento, investigação e desenvolvimento.

Ao mesmo tempo, faz uma abordagem muito restrita dos impactos no mundo do trabalho, nomeadamente o aumento da precarização, do empobrecimento, do desemprego e da liquidação de direitos laborais e sociais, omitindo os interesses do capital no seu desenvolvimento, para aumentar a exploração com vista à maximização do lucro.

Incompreensível também é a ausência de qualquer referência e condenação à relação da robótica com o seu uso para fins militares e securitários. Distanciamo-nos da abordagem de harmonização legislativa nesta matéria e da criação de mais uma agência que contribua para condicionar e limitar a capacidade de cada Estado em desenvolver-se na base dos seus superiores interesses. A abrangência de áreas de influência e intervenção do desenvolvimento deste setor confirmam-no como de enorme complexidade, exigem prudência na discussão e que se prossiga com o aprofundamento da reflexão.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Arvoisa puhemies, ehkä eniten huolta julkisuudessa on herättänyt kysymys siitä, että miten robotisaatio vaikuttaa työllisyyteen ja sosiaalipolitiikkaan. On selvää, että tähän liittyy varmasti valtava työpaikkakato, mutta myös mahdollisuus synnyttää uusia työpaikkoja.

Jotta robotisaatio ei johtaisi kasvavaan eriarvoisuuteen ja syrjäytymiseen yhteiskunnasta, on toimittava juuri niin kuin kohdassa 44 Delvaux'n mietinnössä esitetään. Olisi käynnistettävä osallistava keskustelu uusista työllisyysmalleista ja vero- ja sosiaaliturvajärjestelmien kestävydestä, jotka perustuvat riittävään tulotasoon, mukaan lukien mahdollisesti käyttöön otettava yleinen perustulo.

Juuri tällaista keskustelua Euroopan unionin jäsenmaissa ja EU:n toimielimissä nyt tarvitaan, koska muuten voi käydä niin, että uhkat voittavat mahdollisuudet.

Dario Tamburrano (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, fin da quando abbiamo acceso il primo fuoco, realizzato la prima freccia e sviluppato le tecniche agricole, la tecnologia è stata uno dei motori, forse il più potente, del cambiamento.

Miliardi di persone hanno in tasca apparecchi come questo così ubiquitari, veloci e connessi, inimmaginabili solamente pochi anni fa. Eppure sono ancora molte le cose da normare nelle ICT, nonostante il *World Wide Web* si sia diffuso oltre vent'anni fa. Per citarne alcune di attualità qui, il *geoblocking*, la privacy in rete, la responsabilità e la proprietà intellettuale.

Come legislatori dovremmo intercettare in anticipo i cambiamenti e definire quadri regolatori in maniera rapida che non arrivino ad approvazione già vecchi e inadeguati. Quindi è nostra responsabilità intervenire prima che il futuro che si intravede oggi diventi rapidamente un presente senza regole.

L'intelligenza artificiale, infatti, è già in grado di autoapprendere e l'evoluzione dei sistemi cyberfisici che ne consegue genererà assai presto enormi cambiamenti sociali, produttivi, economici e culturali, positivi e negativi. Tra quelli negativi ci aspetta una rapida disoccupazione tecnologica senza precedenti. La Banca di Inghilterra stima che in Gran Bretagna scomparirà un lavoro su due entro il 2020. Entro lo stesso anno, secondo il *World Economic Forum*, si perderanno 7 milioni di posti nelle 15 economie più industrializzate del mondo di lavoro, rimpiazzati da soli 2 milioni di nuovi lavori. Sappiamo bene come dal lavoro derivino la capacità di spesa dei cittadini e il gettito fiscale che sostiene il sistema pubblico del welfare e della sanità.

A questo quadro si aggiunge la crescente concentrazione della ricchezza globale. Secondo Forbes, nel 2010, 388 persone possedevano la ricchezza del 50 % dell'umanità, nel 2014 sono diventati 85, nel 2016 62, per arrivare a 8 persone, secondo i dati citati a Davos poche settimane fa.

Non possiamo sottrarci all'affrontare le questioni citate, così maiuscole e correlate. Sosterremo con vigore questa risoluzione laddove affronti la sostenibilità dei nostri sistemi fiscali e di sicurezza sociale, prendendo in esame l'introduzione di un reddito di base generale. La relazione Delvaux è il testo più lucido e lungimirante che ho letto e al quale ho avuto l'onore di collaborare in questi due anni al Parlamento europeo. Mi auguro che non venga stravolto domani al voto.

Joëlle Mélin (ENF). – Madame la Présidente, donner la personnalité juridique à des non- humains, qualifiés de personnes électroniques techniquement plus performantes, leur ouvre à très court terme des droits inévitablement supérieurs à ceux des humains potentiellement faillibles. C'est déjà une réalité aux États-Unis, il est donc très tard pour se poser des questions.

Aux États-Unis, il est clairement envisagé de ne plus assurer les humains en cas d'accident avec des véhicules autonomes, ceux-là mêmes qui sont construits sous l'impulsion de Uber, associé à Google. Dès lors, il n'y aurait plus, à terme, que des véhicules autonomes donnant à Uber, une fois de plus, un monopole sur les véhicules à moteur. Des prévisions très sérieuses anticipent plus de 400 000 pertes d'emploi chez les conducteurs de poids lourds nord-américains. En Europe, déjà frappée par un chômage massif, ce sont probablement des millions d'emplois qui seront perdus et un revenu universel ne suffira pas à amortir la flambée de la pauvreté.

Il est indispensable d'aller vers le progrès, mais s'engager sur cette voie juridique est proprement suicidaire pour nos travailleurs.

Axel Voss (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Ich danke der Berichterstatlerin Mady Delvaux für diesen legislativen Initiativbericht über dieses so wichtige Thema Robotik und künstliche Intelligenz. Ich danke auch unserer EVP-Berichterstatlerin Theresa Comodini Cachia für ihren Einsatz und ihre Mühe, die den Bericht nach unserer Ansicht noch besser gemacht haben.

Wie lassen sich eigentlich Wettbewerbsprinzipien in der neuen digitalen Welt sichern? Ein systematischer Blick auf die Geschäftsmodelle und Infrastruktur zeigt eigentlich, wo die soziale Marktwirtschaft in Gefahr ist. Wir müssen uns eben auch vergegenwärtigen, dass menschliche Kompetenzen mehr und mehr durch Algorithmen ersetzt werden und dass unser Rechtssystem durch die zunehmende Entgrenzung in diesem Bereich darauf eben einfach nicht vorbereitet ist.

Natürlich gefällt es mir auch nicht, wenn in der Zukunft Roboter irgendwie Gerichtsurteile fällen. Trotzdem können wir uns diesem Wandel der Zeiten eigentlich nicht verschließen. Die Digitalisierung schreitet hier in einem Eiltempo voran, und darauf müssen wir reagieren. Im Grunde wartet Europa auf Regulierung, während andere Regionen dieser Welt schon lange auf der Überholspur sind. Neue Herausforderungen bieten auch neue Chancen, und unserem Verständnis nach muss der Mensch beziehungsweise müssen unsere Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der Entwicklung stehen. Dafür brauchen wir die Sicherheit der Daten, die Sicherheit unserer Infrastruktur, die Sicherheit unserer Ideen sowie eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, die weiterhin Arbeitsplätze bietet, die wiederum dem Einzelnen ein Leben in Würde ermöglichen. Deshalb bedarf es nicht aller Themen wie das Grundeinkommen, was bei uns etwas schwierig diskutiert wird.

Elena Gentile (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è evidente che si intrecciano, nella nostra discussione, valutazioni e riflessioni importanti e anche decisive per la vita delle persone, per l'economia e per il lavoro che sarà, dentro una cornice etica e morale che ci richiama anche alle nostre responsabilità di decisori.

Mentre salutiamo positivamente l'introduzione della robotica, nell'ambito dei sistemi di salute e di cura, di riabilitazione, di presa in carico delle persone fragili e con limitazioni dell'autonomia personale, convinti che l'utilizzo delle nuove tecnologie, soprattutto in campo sanitario, migliorerà la performance del sistema, anche con un evidente e non trascurabile impatto sui costi del sistema pubblico, richiamiamo l'attenzione sull'imprescindibilità del valore della relazione medico-paziente, operatore-paziente, come ulteriore elemento di garanzia, convinti che il binomio uomo-macchina costituisca una straordinaria opportunità per migliorare la qualità della vita e il benessere delle persone.

Infine, la diffusione dell'utilizzazione delle macchine intelligenti porterà purtroppo alla decimazione degli occupati con profili poco qualificati, alla necessità di costruirne altri con competenze più raffinate. Per questo bisognerà attrezzarsi in tempo, con investimenti adeguati sia per la formazione di nuove competenze, sia per sostenere in un sistema di welfare consapevole e responsabile coloro i quali saranno inevitabilmente espulsi dal mondo del lavoro.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, robotiikka nähdään usein uhkana eikä vähiten siksi, että sen ajatellaan vievän työt monelta sektorilta. Itse uskon kuitenkin yhteiskuntien sopeutumiskykyyn, sillä olemme jo selviytyneet kolmesta teollisesta vallankumouksesta, joten miksi emme selviäisi neljänneestä.

Inhimillisen ja automaattisen työn rinnakkaiselo tulee vaatimaan sekä työntekijöiltä että työnjohdolta uusia valmiuksia ja koulutusjärjestelmämme ja sopimusjärjestelmämme päivitystä. Uskon kuitenkin, että voimme suhtautua tähän käynnissä olevaan muutokseen uteliaisuudella ja optimismilla. Me tarvitsemme eurooppalaista sääntelykehikkoa, joka tukee automaation, tekoälyn ja robotiikan kehitystä ja hyödyntämistä.

Tärkeintä on kantaa vastuu siitä, että muutos on johdettua ja hallittua ja työvoiman koulutus- ja työllistymismahdollisuuksista huolehdittu. Haluan EU:n toimivan tässä asiassa tienraivaajana eikä se saattaa itseään liian hitaasti reagoiden asemaan, jossa muut sanelevat globaalit ehdot ja standardit.

Karima Delli (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, il aura fallu attendre trente ans pour que le politique daigne enfin se pencher sur le cadre légal des robots. Trente ans que Hollywood nous dit tout sur les promesses de l'innovation – pensez à *Retour vers le futur* – comme à ses dangers potentiels – pensez à *Terminator*. Trente ans que la robotisation, nos concitoyens la vivent au quotidien: en bien, quand elle rend leur vie plus pratique; en mal, quand elle leur pique leur emploi.

Les transports sont concernés et cela pose de nombreuses questions. Pensez à la voiture autonome: l'innovation, on en a besoin pour reconvertir l'industrie automobile européenne, pour passer aux voitures, aux camions, aux bus électriques, connectés et autonomes. Mais qui sera responsable en cas d'accident? Le constructeur? La voiture? Les passagers?

Cela vaut évidemment pour les drones aussi. On sait que les constructeurs fraudent pour les tests de pollution, alors comment s'assurer qu'ils ne frauderont pas lors de certains tests de conformité? Comment anticipe-t-on les aspects qui touchent à la cybersécurité, à la protection des données? Comment être sûr qu'une main humaine pourra reprendre le contrôle au moindre problème?

Tout cela rend indispensable de mettre le principe de précaution au cœur de nos travaux, pour l'innovation, mais surtout pour l'humanité entière.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președinte, în primul rând aș dori să felicit și eu pe doamna Delvaux și pe cei pe care au lucrat la acest raport pentru eforturile depuse.

Asistăm astăzi la o revoluție industrială în care inteligența artificială și robotica au devenit cele mai importante tendințe tehnologice ale secolului. Dezvoltarea acestora a dus la creșterea eficienței economiilor, dar și a nivelului de siguranță în sectorul comercial, al transporturilor, al serviciilor medicale și al educației. Nu mai puțin important este faptul că s-au creat locuri de muncă în domeniul dezvoltării tehnologice, fiind încurajate cercetarea și inovarea.

Comisia și statele membre au însă obligația de a fi preocupate în vederea asigurării unui transfer eficient de la cercetare, la comercializarea și utilizarea pe scară largă a acestor tehnologii, asigurându-se totodată că siguranța este pe deplin respectată.

Noile cuceriri în materia roboticii au demonstrat însă că este nevoie de un cadru juridic actual care să determine continuarea și dezvoltarea cercetării în domeniu, dar care să asigure și o protecție eficientă persoanelor care interacționează cu astfel de roboți.

Subliniem, astfel, necesitatea elaborării unui set de norme juridice ancorate în realitate privind răspunderea civilă pentru prejudiciile cauzate de roboți. Este important, astfel, să vorbim nu doar de eficiență, dar și de transparență și mai ales de consecvență în realizarea securității juridice în întreaga Uniune Europeană, de care să beneficieze atât consumatorii, cât și întreprinderile.

Iar în acest context este important, de asemenea, ca activitatea desfășurată de roboți și sistemele de inteligență artificială să respecte legislația Uniunii în ceea ce privește protecția datelor, dar mai ales a vieții private a cetățenilor.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Wir erleben gegenwärtig eine geradezu inflationäre Verbreitung von Robotern, entscheidungsfähigen Maschinen, die miteinander kommunizieren können.

1,7 Millionen sollen bereits aktiv sein, das ist fast die Einwohnerzahl Lettlands. Viele Menschen beunruhigt das. Die Entwicklung lässt sich freilich nicht aufhalten, aber man kann, man muss sie steuern. Das ist die Position der Sozialdemokraten. Wir wollen die Digitalisierung als Chance sehen und diesen Prozess mitgestalten. Deshalb sind wir auf die Arbeit von Mady Delvaux stolz, der mit dem Bericht ein ganz großer Wurf gelungen ist.

Der Initiativbericht fordert die Kommission auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zivilrechtliche Grundsätze formuliert. Solche Fragen lassen sich nicht mehr nationalstaatlich regeln, hier bedarf es globaler Normierung. Wenn die Europäische Union gemeinsam agiert, dann ist es möglich, dass die globalen Standards europäischen Maßgaben folgen. Es gibt diesen europäischen Hebel, das haben wir etwa beim Datenschutzpaket gesehen.

Der Einsatz von Robotern wirft aber auch eine ganze Menge von ethischen und gesellschaftspolitischen Fragen auf. Ich begrüße es, dass der Bericht auch diese Fragen nicht ausspart und vielmehr eine konstruktive Diskussionsgrundlage thematisiert.

José Bové (Verts/ALE). – Madame la Présidente, je voudrais également féliciter la rapporteure parce qu'il n'était pas évident de démarrer ce rapport.

Un certain nombre de points me posent tout de même problème. J'en aborderai deux. Le premier, c'est l'emploi des mots et les mots veulent dire quelque chose, aussi bien en français qu'en anglais. Aux articles 36 et 38, quand on parle de «réparer», au niveau médical, cela ne me pose pas de problème, mais quand on parle d'«amélioration» ou d'«enhancement», là, on est sur un sujet qui n'a rien à voir.

Qu'est-ce que cela traduit? Cela traduit le projet qui se développe aussi aux États-Unis de manière très forte: le projet des transhumanistes, de l'homme augmenté.

Sur ce point, je crois qu'il faut que nous soyons très fermes. C'est pour cette raison que j'aimerais que demain, pendant le vote, on supprime cette notion d'«homme amélioré». Selon moi, c'est fondamental.

La deuxième problématique, c'est la question du droit. Sur ce point, tout comme les autres collègues, je pense aussi que l'utilisation des mots est dangereuse parce que, jusqu'à présent, le droit des personnes ne touche que des humains ou des groupes d'humains. Je crois qu'il faut donc retirer aussi cette partie.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já osobně vítám to, že dnes zde projednáváme zprávu, která se týká občansko-právních aspektů v robotice. Myslím si, že do budoucna bude opravdu třeba upravit některé vztahy, jako je otázka odpovědnosti autonomních robotů za škodu, kterou způsobí, bude třeba řešit otázku případného systému pojištění za škodu, která těmito stroji může být způsobena.

Na druhou stranu mi připadá zpráva příliš rozsáhlá. Je tam celá řada věcí, která podle mého názoru s tímto tématem nesouvisí. Myslím si, že otázky, které mají sociální charakter, jako je otázka zavedení všeobecného základního příjmu, to jsou věci, které s občansko-právními aspekty robotů nesouvisí, a třeba pro mě to přináší určitý problém, zda zprávu bez dalších otázek podpořit.

Stejně tak bych chtěl říci, že mám problém už se zmiňovaným statutem elektronické osoby. Zkrátka a dobře, evropské právo, které pochází z římského práva, dva tisíce let rozeznává fyzickou osobu a právnickou osobu. Je to jasné, je to dané, je to náš civilizační základ. A vytvářet nyní nějakou jinou formu osoby mně připadá jako absolutní a zásadní revoluční zásah do evropského pojetí civilního práva a bez nějaké další rozsáhlé debaty to považuji opravdu za věc, se kterou bych nechtěl tady příliš žonglovat, nechtěl bych ji příliš pokoušet a příliš ji s takovou lehkostí psát této zprávě.

Marju Lauristin (S&D). – Madam President, I want to start mainly from the opposite position compared to the previous speaker. I think that maybe as this report is so systemic, so comprehensive in all of this area, it is showing us how many unsolved issues, new ideas and new concepts we clearly need in order to come to very specific implementation as the legislation.

I am also very glad that Commissioner Moedas, who is responsible for research, is here because this report also shows that there is an area of research which is most vital and which is underdeveloped – the area of research dealing with technology-society interactions. We have neurosciences dealing with this interaction at a micro level, but we have very little research dealing with technology-society interaction at the macro and middle level.

I insist that the Commission really should do what the Committee on the Internal Market and Consumer Protection is also proposing: to have special grants, money and focus in research on this horizontal, comprehensive, holistic approach uniting humanities, social sciences, technological sciences and real sciences.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, non bisogna mai avere paura della tecnologia, ha consentito l'evoluzione del mondo. Certo, la tecnologia storicamente riduce il numero di posti di lavoro e cambia spesso in profondità le modalità con le quali l'attività lavorativa viene prestata. Però spetta alla politica utilizzare la ricchezza che la tecnologia crea per compensare questi vuoti. Governare e gestire il processo è compito nostro, non è automatico. Per questo dobbiamo fare cose molto precise, che riguardano la politica economica, la formazione, la ricerca, ma guai ad ostacolare e a contrastare la tecnologia. Sarebbe un comportamento sbagliato e regressivo.

Aggiungo che la dimensione giuridica e quella etica riguardano le persone e non le macchine. È difficile individuare le responsabilità delle macchine, ma questo non deve portarci a confondere i due ruoli. Io credo che l'etica riguardi gli umani. Allora è chi crea le macchine che deve essere sottoposto ad un criterio di responsabilità etica, non certo la macchina, sarebbe fuorviante.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! Roboter eröffnen wunderbare Möglichkeiten, sie nehmen uns Arbeit ab. Und deshalb gilt es, den Produktivitätsgewinn – also das, was wir von ihnen jetzt irgendwie Positives erhalten – der intelligenten Helfer auch entsprechend gerecht zu verteilen. Nennen wir es Robotersteuer, nennen wir es Maschinensteuer – wie auch immer. Auch ein Grundeinkommen ist eine Option. Nur sollten wir eben das ganze Bild sehen und diesen Gewinn auch entsprechend gerecht aufteilen, damit wir unsere Sozialsysteme auch für die Zukunft sichern können.

Wir haben in Europa nun die einmalige Chance, aber auch die Verpflichtung, zu diesen Rechtsfragen und zu den ethischen Fragen nicht mehr Stellung zu beziehen, sondern es ist ein Arbeitsauftrag an Sie, sehr geehrte Kommission, da entsprechend auch etwas zu machen zu den Haftungsfragen, aber vor allem auch zu den ethischen Grundsätzen, die ich für ganz besonders wichtig halte beim Entwickeln von Robotern, wie beispielsweise – so wie es der Bericht vorsieht – einen Verhaltenskodex für die Robotik-Ingenieure vorzusehen oder auch einen ethischen Leitrahmen, der sich an unseren Grundsätzen und Werten, wie wir sie in der Grundrechtecharta festgelegt haben, orientiert.

Herzliche Gratulation an Mady und alle, die daran mitgearbeitet haben. Aber jetzt liegt vor allem viel Arbeit vor uns.

Guillaume Balas (S&D). – Madame la Présidente, tout d'abord, je voudrais vraiment dire merci à Mady Delvaux et le lui dire deux fois.

La première, c'est parce que ce rapport est l'un des plus intéressants sur lesquels il m'ait été donné de travailler et qu'il se situe – je vais y revenir – dans la prospective. Or, qu'attend-on des hommes et des femmes politiques, des responsables que nous sommes, des élus, si ce n'est justement d'essayer de prévoir et d'anticiper pour répondre au mieux aux mutations qui vont évidemment s'abattre, si jamais nous ne faisons rien, sur nos concitoyens?

La deuxième raison pour laquelle je voudrais la remercier, c'est que son rapport a mis le Parlement européen en relief puisqu'en France, il a beaucoup été débattu et a justement éveillé les consciences sur ces sujets. Je voudrais dire que ceux qui ont peur, notamment, des voies qui sont tracées sur la question du revenu universel ou de la raréfaction du travail devraient bien lire le rapport. Il n'est pas dit qu'il faut les mettre en place, mais simplement qu'il faut y réfléchir et que la Commission doit être une vigie pour faire des propositions.

Si jamais nous enlevons tout cela du rapport, alors nous allons l'affaiblir considérablement. Il ne s'agit en aucun cas d'obligations, mais d'une perspective de débat et il faut donc appuyer ce rapport en entier, avec tout ce qu'il comporte.

Catch-the-eye-Verfahren

Marijana Petir (PPE). – Gospođa predsjednice, neosporno je da su roboti budućnost te da će nam uvelike olakšati mnoge poslove, već sada to čine. Međutim, ono što mene zabrinjava u ovom izvješću, a zbog čega sam i podnijela amandmane zahvaljujući podršci kolega, jest stvaranje pravnog statusa elektroničke osobe za robote koji donose autonomne odluke i djeluju neovisno o ljudima. Pravo proizlazi iz života. Roboti su proizvod ljudskog uma i ljudskih ruku, ali su objekti, a ne osobe. U njima nema života i ne možemo im dati status elektroničke osobe.

Ljude i robote ne možemo staviti na istu razinu. Stvaranje pravnog statusa za robote uzročno-posljedično bi značilo odricanje od odgovornosti njihovih proizvođača ili vlasnika. Ovo bi bio pravni presedan za koji nitko ne zna kako bi uopće bio ostvariv. Pozivam vas da glasujete za naše amandmane, a protiv stvaranja pravnog statusa za robote te da jasno ukazete na to da roboti nisu jednakovrijedni i jednakopravni s ljudima.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, lo sviluppo della robotica e dell'intelligenza artificiale certamente contribuirà nel prossimo futuro ad un considerevole miglioramento della nostra qualità di vita in diversi settori quali l'assistenza medica, i trasporti e la produzione industriale.

La probabile diffusione su larga scala di questi dispositivi ci impone però come legislatori di definire un quadro giuridico che ne regoli le implicazioni e i risvolti etici e legali senza ostacolarne lo sviluppo e tenendo conto del fatto che la tecnologia evolve molto velocemente. Molte delle proposte incluse nella relazione sono assolutamente condivisibili.

Tuttavia, vorrei soffermarmi sul rapporto tra robot e bambini. In effetti, già oggi l'interazione tra minori e tecnologie, quali smartphone, computer e videogiochi, comporta talvolta casi di dipendenza che potrebbero essere accentuati da dispositivi dotati di intelligenza artificiale avanzata.

Il futuro quadro giuridico dovrà quindi tener conto dei possibili rischi derivanti da un attaccamento emotivo tra robot e bambini quali dipendenza, isolamento, marginalizzazione sociale, considerando anche la previsione di processi educativi volti a fornire ai più giovani una capacità di riflessione critica nei confronti dei robot.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, σας εύχομαι καταρχάς καλή επιτυχία στα καθήκοντά σας ως Αντιπροέδρου του Σώματός μας. Την περίοδο 2010-2014 υπολογίζεται ότι η μέση αύξηση των πωλήσεων των ρομπότ ανήλθε σε 17% ετησίως ενώ μόνο το 2014 οι πωλήσεις σημείωσαν αύξηση κατά 29%. Ο τομέας της νοημοσύνης των μηχανών προσφέρει τεράστια οικονομική και κοινωνική ανάπτυξη, βελτιώνοντας τις συνθήκες διαβίωσης. Παρά τα αναμφισβήτητα πλεονεκτήματα που προσφέρει ο κλάδος της ρομποτικής, οι μελλοντικές εφαρμογές του ενδέχεται να επιφέρουν σημαντικές μεταβολές στην αγορά εργασίας και να καταστήσουν απαραίτητη πλέον μια διαφορετική προσέγγιση στο θέμα της εκπαίδευσης, της επαγγελματικής κατάρτισης και της κοινωνικής πολιτικής. Καθίσταται επομένως αναγκαίο για την Ευρωπαϊκή Ένωση να προβεί από τώρα στη θέσπιση νομικών διατάξεων ή νομοθετικών αλλαγών, έτσι ώστε να ληφθούν υπόψη οι επικείμενες εφαρμογές αυτών των τεχνολογιών. Ταυτόχρονα, πρέπει να προσέξουμε ούτως ώστε η επικείμενη ανάπτυξη της ρομποτικής να μην οδηγήσει σε υψηλή συγκέντρωση πλούτου στα χέρια λίγων.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, προφανώς η συγκεκριμένη έκθεση είναι προϊόν συμβιβασμών, όμως γενικά επιτρέπει την εξασφάλιση εργασιακών δικαιωμάτων και της πρόσβασης στην αξιοπρεπή εργασία και συνταξιοδότηση. Ο καθορισμός χρήσης ρομποτικής δεν πρέπει ούτε να στοχεύει, ούτε να υπονομεύει τη βελτίωση της φυσικής ανθρώπινης υποστάσεως. Πρέπει να διασφαλίζεται πως οι ήδη υπάρχουσες τάσεις της οικονομίας και της παραγωγικής διαδικασίας θα συνεχίσουν να υπηρετούν το κοινωνικό σύνολο με επικαιροποιημένους κανόνες και δικλίδες ασφαλείας. Απεύχομαι το ενδεχόμενο αύξησης των ανισοτήτων στην κατανομή του πλούτου και διαβλέπω αντικατάσταση της ανθρώπινης εργασίας δίχως πλήρη αναπλήρωση των χαμένων θέσεων. Η υστέρηση των συνταξιοδοτικών εισφορών απειλεί το μέλλον της απασχόλησης και τη βιωσιμότητα των συστημάτων κοινωνικής πρόνοιας και ασφάλισης. Είναι ευπρόσδεκτη όμως η δυνατότητα επιβολής φόρου επί της εκτελούμενης ρομποτικής εργασίας ή η επιβολή τέλους χρήσης και διατήρησης ανά ρομπότ για τη χρηματοδότηση της υποστήριξης και επανεκπαίδευσης ανέργων, των οποίων οι θέσεις έχουν μειωθεί ή καταργηθεί με σκοπό τη διατήρηση κοινωνικής συνοχής και ευμάρειας.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Rozwój robotyki postępuje coraz szybciej i jest nie do powstrzymania. W mojej opinii to dobra wiadomość. To coraz większy rynek produktów i usług w każdej niemal dziedzinie. Innowacyjne rozwiązania z zakresu robotyki sprawiają, że rzeczywistość, w której żyjemy, zmienia się bardzo dynamicznie i choć otwiera to potencjał nowych możliwości dla naszych obywateli, stanowi też ogromne wyzwanie. Czekają nas w związku z tym zmiany na rynku pracy. Aby móc się do nich dobrze dostosować, musimy przede wszystkim dysponować wiarygodnymi analizami i danymi na temat wpływu robotyki na popyt, na poszczególnie stanowiska i kompetencje na rynku pracy. Ważne jest także, aby nasze polityki zatrudnienia i polityki społeczne były elastyczne i potrafiły

reagować na te zmiany w taki sposób, aby zapewnić pracownikom dobrą jakość pracy przy zachowaniu odpowiedniego poziomu zabezpieczenia społecznego.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I welcome the ethical development of robotics, which has the potential to transform our lives. However, I would like to issue a word of warning so that we can begin to prepare for what will inevitably be a huge amount of enforced leisure time for millions of people across the globe.

When robotics do most of the work, how will we spend our time? Vegetating in front of a screen in passive mode, watching poor quality TV, or engaged in life-enhancing activities that promote personal and community development, and connect us with the wider world?

I would like to propose that we embrace the concept of occupational literacy now, and take steps to train ourselves and future generations through innovative life-long learning, and promote active engagement in arts and sport, so that co-existence with robotics will be harmonious and of benefit to the human race, not a curse for future generations.

The idea of occupational literacy also relates to citizenship. If we are not taught the processes of government, or critical-thinking skills, we do not have the occupational literacy to effectively engage in democratic processes.

Die Präsidentin. – Danke schön. Es tut mir leid, aber aus Zeitgründen kann ich nicht allen das Wort geben, die sich gemeldet haben. Es sind noch einige, die sich gemeldet haben, aber ich bitte um Verständnis dafür, dass es einfach nicht geht. Wir müssen in unserer Tagesordnung auch weiterkommen.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Carlos Moedas, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank everyone for the inspiring discussions tonight. We have touched really upon a very broad array of complex issues: technology and society – Ms Lauristin brought us that issue which for me is fundamental in terms of research; jobs; regulation, with Ms Charanzová; and education, there we had Mr Maštálka, Mr Kósa and Ms Kyllönen who brought us the big changes that will have to take place in education. Also Ms Rozière with *la valeur humaniste*, very important for our debate, and also sectors like health – Mr Buşoi and Mr Selimovic brought these to the table. So there was a really fantastic discussion with so many ideas for the future. But one thing that was clear from our discussion is that we all agree, and I think Ms Kallas was the first to say it, that we want to promote innovation, we do not want to stop innovation, and that has to be very clear and I was very happy that we agree on that.

But there is a political choice to make, to think what we want for the future and I think we agree that we don't want robots to replace us; we want robots to get us to be better at doing things that we can't do alone. We want them to really augment our abilities and get us to a better place. Not so long ago in real time the following experiment was carried out: experts, medical experts, looking at scanners of lung cancer compared to machines, looking at the same scans. The results were staggering: machines were 50% better than doctors. But more than that, the false negatives – meaning when you miss cancer and you put someone in danger – was zero for the machine and 7% for great medical experts. That changes the profession but changes it in a good way, because the machines will never be able to relate the whole human body and the different diseases; they will be very good at this specific task and the doctors will be good at the other task, which is to relate all the tasks [to each other].

So robotics changes jobs, it is true, and makes us better, to focus on what we are good at. I believe that we can digitalise everything but we cannot digitalise experience, we cannot digitalise the experience of life, we cannot digitalise the experience of what we do. So I believe that we will have a better future, it will be a future that will entail complex policy changes, and that is why this report is so important. That is why we need together to shape this process and create the framework which allows robotics and artificial intelligence to create all the desired advantages – and there are so many – while safeguarding the fundamental values of our society and important features of our economy, striking the right balance between all the interests at stake.

Mady Delvaux, rapporteure. – Madame la Présidente, je voudrais remercier tous les intervenants. Les discussions d'aujourd'hui ont surtout montré, comme celles que nous avons eues en commission, la multitude et la complexité des questions qui se posent d'un point de vue légal, éthique, mais aussi sociétal.

Je voudrais simplement dire que le rapport demande à la Commission de nous proposer des réglementations pour réguler ce qui doit l'être, notamment la responsabilité. De plus, c'est un rapport qui veut lancer un débat. Aujourd'hui, nous ne sommes pas à la fin de l'histoire mais seulement au début, et il faut que nous pensions le monde de demain.

Avec tout ce que j'ai découvert, je dis «oui» à l'innovation. J'ai pleine confiance dans la créativité de nos chercheurs et de nos scientifiques. Mais je ne peux pas ignorer la peur et les craintes des personnes que je rencontre et je n'ai pas l'arrogance de leur dire que leurs craintes ne sont pas justifiées parce que tout ira pour le mieux dans le meilleur des mondes. Il faut les prendre au sérieux et leur donner des réponses. C'est pour cette raison que je demande l'ouverture de débats.

Je voudrais aussi insister sur la question qui fâche de la personnalité juridique. Il n'est pas dit dans le rapport qu'il faut accorder une personnalité juridique aux robots. Si vous l'avez bien lu, dans ce rapport, nous demandons à la Commission d'explorer, d'analyser et de considérer les implications de toutes les solutions légales qui sont en discussion au regard de la personnalité juridique des robots, pour ce qui concerne la responsabilité, et donc l'indemnisation pour les dommages subis.

Par ailleurs, je m'étonne qu'un parlement refuse un débat sur des idées qui sont dans le monde intellectuel, qui sont publiées dans des livres et qui représentent des écoles de pensée avant même que ce débat n'ait été engagé.

Par conséquent, tout ce que je demande, c'est qu'on regarde tranquillement, qu'on argumente, qu'on écoute et qu'on décide après.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 16. Februar 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – Este relatório apresenta a questão da robótica como algo ilimitado e independente da nossa vontade e que apenas não podemos fazer nada além de regulamentar. No considerando Q afirma-se que existe a possibilidade de que a longo prazo a inteligência artificial chegue a superar a capacidade intelectual humana; bom, mas a «inteligência artificial» é criada pela capacidade humana e, portanto, como toda a tecnologia não será neutra, estará ao serviço das classes dominantes. Eu entendo que o primeiro passo desta regulamentação deve ser pôr os limites até onde e como queremos utilizar esta tecnologia, porque afinal de contas a tecnologia deve ser um instrumento para procurar o bem-estar e facilitar as atividades às pessoas, mas nunca para substituí-las. E, certamente, não podemos consentir que os avanços na robótica sejam utilizados para que uns poucos consigam dominar o mundo com este processo de concentração de riqueza através do espólio dos recursos naturais e a despossessão das classes populares. Não pode ser utilizada para destruir e precarizar o emprego; para continuar com as guerras; ou para desumanizar a medicina ou a assistência e os cuidados dos idosos e idosas, por exemplo. Concorro, precisamos regular, pôr limites para proteger a sociedade.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Robotertechnik, die digitale Vernetzung von Mensch und Maschine, bringt neue Stufen der Automatisierung und damit eine Veränderung der Arbeitswelt mit sich. Dafür brauchen wir umfassende Analysen zur Beschäftigungsentwicklung. Sie sollten beschreiben, wie sich die Digitalisierung quantitativ und qualitativ auf die Arbeitswelt auswirkt. Bisher geltende Standards müssen auf die digitalisierte Arbeitswelt und neue Arbeitsformen übertragen werden. Darunter fallen: Soziale Absicherung, Arbeitszeit, Mitbestimmung und Arbeitsschutz, Koalitionsfreiheit, Weiterentwicklung beim Arbeitnehmerdatenschutz. Sowohl beim Arbeitnehmerdatenschutz als auch beim Gesundheitsschutz müssen die Roboter-Mensch-Beziehungen miteinbezogen werden. Die rasante Weiterentwicklung der technischen Ausstattung und deren Möglichkeiten machen zudem es notwendig, dass lebenslanges Lernen zum zentralen Element der Digitalisierung wird. Es muss ein Recht auf Weiterbildung für Arbeitnehmer geben, um sicherzustellen, dass Menschen mit den Anforderungen im Beruf Schritt halten können. Letztlich müssen auch Vorschriften über die Folgenhaftung von Robotern angepasst werden. Bei der Anpassung des Regelungsrahmens für Robotik und digitale Wirtschaft ist die regelmäßige Einbindung der Sozialpartner unerlässlich.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Voitures sans conducteur, automates industriels, robots d'accompagnement à la personne, robots sexuels, ...: la robotique est devenue une composante importante de notre quotidien. Aujourd'hui, nous votons pour un cadre européen sur les règles de la robotique. Il s'agit là d'une première européenne et probablement mondiale afin de faire passer officiellement la robotique de la science-fiction à la réalité.

Même si la thématique est enthousiasmante, elle ne doit pas nous faire oublier les questions liées à l'emploi et la lutte contre les inégalités. Anticiper les changements, c'est la meilleure manière de les maîtriser. La question de l'emploi doit être mise au centre des priorités pour défendre les droits des travailleurs et les accompagner dans ces changements ainsi que les modes de financement des impacts sociaux.

Nous demandons également, à travers ce texte, que soit traitée et mise en avant la question des inégalités. En effet, sans encadrement, le développement de la robotique pourrait avoir pour conséquence de concentrer de manière importante les richesses et le pouvoir entre les mains d'une minorité. L'Europe a un rôle à jouer aussi sur cet aspect.

15. Zustimmung der Kommission zum überarbeiteten Plan Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Zustimmung der Kommission zum überarbeiteten Plan Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen (2017/2526(RSP)).

Pascal Arimont, *Verfasser*. – Frau Präsidentin, werte Evelyn, auch Glückwunsch von meiner Seite zum Amt der Vizepräsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kommissarin! Ich werde Ihnen heute Abend zwei einfache Fragen stellen, und ich glaube, Sie würden diese einfachen Fragen auch eigentlich gerne mit Nein beantworten.

Ich stelle aber die erste Frage: Ist diese deutsche Pkw-Maut EU-rechtskonform? Ich möchte an dieser Stelle auch eine ausgewiesene Expertin in diesen Fragen zitieren, die hat nämlich gesagt: Eine Straßennutzungsgebühr ist nur dann EU-rechtskonform, wenn sie nicht aufgrund der Staatsangehörigkeit diskriminiert. Das sage nicht ich, das sagten Sie, Frau Kommissarin Bulc, zu Beginn der Einleitung des Vertragsverletzungsverfahrens im Juni 2015. Lassen Sie uns dementsprechend von diesem Grundsatz ausgehen. Wurde diese Diskriminierung durch die vermeintliche Einigung inzwischen aus der Welt geschafft? Meiner Meinung nach nicht. Nach wie vor werden EU-Ausländer im Ergebnis stärker belastet als deutsche Staatsangehörige. Oder einfach ausgedrückt: Ein belgischer Autofahrer mit einem Euro-6-Wagen bezahlt die Maut, ein deutscher Autofahrer nicht. Daher die Antwort auf die erste Frage „Ist das neue deutsche Mautmodell EU-rechtskonform?“. Nein, ist es nicht.

Ich komme zur zweiten Frage: Ist diese Maut ein Symbol für gute europäische Zusammenarbeit? Auch hier die Antwort: Nein, ist sie nicht. Ein europäisches Mautsystem gibt es zurzeit nicht. Diese Maut verletzt die Grundprinzipien unserer Union, die aber Sie und die Kommission schützen müssen. Es darf nämlich nicht das Gefühl bestehen, dass unsere europäischen Partner Straßen Deutschlands auf Kosten der Nachbarn finanzieren. Denn was wäre dann die Folge? Die Folge wäre langfristig, dass wir an den Grundprinzipien des Binnenmarkts und des Zusammenlebens in Europa rütteln. Darum darf diese Maut auch keinen Platz in Europa haben, besonders nicht in unserer Zeit, in der so viele an der EU zweifeln.

Frau Bulc, Sie haben es also in der Hand. Das Verfahren liegt zurzeit auf Eis. Darum ein eindringlicher Appell an Sie: Setzen Sie das Vertragsverletzungsverfahren fort, ansonsten werden Mitgliedstaaten klagen. Und zweifeln Sie nicht daran: Diese Idee gewinnt immer mehr an Unterstützung, denn es geht um mehr als die Maut, es geht um die Grundprinzipien unserer Europäischen Union.

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you for giving the Commission the opportunity to clarify its position on the German road-charging reform. I know this issue has stirred up a lot of emotions, in Germany as well as in neighbouring countries, and this is why I would like to focus today on facts.

First, the Commission has consistently promoted, and continues to promote, road-charging in line with the ‘user and polluter pays’ principle’. In our view, this is the most sustainable and fairest way to ensure infrastructure financing, and this is clearly referable to taxation.

Secondly, there is at this stage no specific EU legislation on road-charging for passenger cars, only for heavy goods vehicles. There is also No EU law on vehicle taxation of passenger cars. Both remain national competences. This being said, it is vital that Member States respect the EU Treaty. This includes, of course, the principle of non-discrimination based on nationality, and yes, I still stand for that. So let me be very clear: foreign drivers cannot be discriminated against.

Thirdly, the Commission has been in discussions with the German authorities on their road-charging reform for several years. Since the beginning, the Commission has raised several reservations concerning the German plans. These reservations were only partly taken into account by the German authorities while drafting the first version of the laws. This is the reason why the Commission was able to react only a week after the adoption of these laws by starting an infringement case. The launch of this infringement case had the immediate effect of Germany suspending implementation of the PkW-Maut.

The Commission had two main concerns relating to discrimination against foreign users. First, the one-to-one vehicle tax compensation of German vehicle owners, and second, the excessively high prices of shorter vignettes, purchased mainly by foreign vehicle-owners. The launch of the infringement case did not stop discussions with the German authorities. The Commission indicated repeatedly that it would continue, as is often the case during infringement procedures, to try to find a solution without having to go to court, and on 1 December Minister Alexander Dobrindt and I were able to announce publicly that we had reached a political understanding on the way forward. That’s it.

I am very pleased that the German authorities recognised the need to amend the two laws to meet the following principles. Firstly, the German vehicle tax law should be based on environmental logic and avoid one-to-one compensation of all German-owned vehicles. Secondly, the prices for short-term vignettes should be reasonable and proportionate to ensure that foreigners, who usually buy these vignettes, are not discriminated against in favour of German users, who would, in general, buy annual vignettes.

On this basis, the German Government issued new legislative proposals just three weeks ago on 25 January. These proposals will now have to be examined and voted on in the German Parliament.

In the meantime, the infringement case is still there and, as you know, infringement cases are matters strictly between the Member States and the Commission and therefore I cannot discuss the details of the case. I am fully aware of the concerns of neighbouring Member States which believe that the amended German PkW-Maut and vehicle tax law may still be discriminatory, but it is way too early to reply to these concerns as the new laws have not yet been debated and voted on in the German Bundestag.

When these new laws are adopted, and only then, will the Commission assess them and decide on further actions. The infringement case will be closed if, and only if, the Commission is convinced that the German laws do not discriminate against foreign drivers.

It is very important for me and the European Union that Germany now agree to put their road-charging reform in the context of a future EU-wide system. As you know, the Commission is currently preparing a revision of EU legislation on road-charging as part of the road initiatives. The plan is to adopt them this spring.

On road-charging we are considering proposing rules that underpin non-discrimination of foreign vehicle-owners and pave the way for an EU-wide system. This could include for the first time passenger cars, excluded so far, and remove obstacles for operators to provide EU-wide toll services. This would ensure equal treatment of all vehicles – passenger cars and heavy goods vehicles – and better services to users related to payment of tolls, especially for cross-border traffic. It will also represent a major step in delivering on our low emission strategy adopted last summer.

I will now be more than happy to reply to all your questions and hopefully clarify all your doubts related to this case.

Claudia Schmidt, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, geschätzte Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die deutschen Mautpläne zeigen uns doch die Probleme auf, die wir heute in Europa haben.

Erstens scheint die Kommission Probleme damit zu haben, bei großen Mitgliedstaaten den gleichen Maßstab anzulegen wie bei den kleinen. Zur Erinnerung: In Europa gilt doch wirklich immer noch die Stärke des Rechts und nicht das Recht der Stärkeren.

Zweitens: Nach der Vorlage im Bundestag hat Kommissionspräsident Juncker im Mai 2015 persönlich eine Prüfung der Maut wegen erheblicher europarechtlicher Zweifel angekündigt. Im September 2016 beschließt die Kommission, Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen, und am 3. November wird dann überraschend eine Einigung verkündet. Frau Kommissarin, was hat sich geändert? Nach wie vor zahle ich mit dem gleichen Auto auf der gleichen Strecke mehr, nur weil ich ein österreichisches Kennzeichen habe, Schadstoffklasse hin oder her. Diskriminierung bleibt Diskriminierung.

Drittens: Obwohl Verkehrsminister Dobrindt eine weitere Europa-Distel in seiner Sammlung verdient, so möchte ich auch eine Lanze für den deutschen Ansatz brechen. Wenn es eine europäische Lösung im Zuge der Revision der Eurovignetten-Richtlinie gibt, dann müssen die nationalen Steuern runter gehen. Wenn aber – wie im vorliegenden Fall – nur die Nachbarländer die Entlastung für deutsche Steuerzahler tragen sollten, dann ist das nicht akzeptabel. Die Kommission ist gefordert hinzusehen. Die grenzüberschreitende Mobilität soll und darf nicht bestraft werden. Autofahrer, egal welcher Nationalität, sind nicht das Freiwild für Finanzminister und Populisten – siehe Artikel 18. Ich hoffe, die Kommission überdenkt ihren Standpunkt.

(Beifall)

Ismail Ertug, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Vorsitzende! Schön, Sie dort zu sehen. Ich danke auch der Frau Kommissarin für die Vorstellung. Sehr geehrte Frau Kommissarin! Sie als Vertreterin der Europäischen Kommission sind Hüterin der Verträge. Ich weiß, ich behaupte das, dass Ihnen das alles nicht recht ist, dass Sie heute hier sind. Aber Sie müssen das nun vertreten, was letztendlich auf oberer Ebene – zwischen Herrn Juncker und Frau Merkel – eingetütet worden ist, um eben innerhalb der Bundesregierung, innerhalb der CDU und der CSU, eine Friedenspfeife zu rauchen und zumindest ein problematisches Feld, nämlich die Ausländermaut, wegzuräumen.

Dennoch, liebe Frau Kommissarin, bleibt es dabei, dass die Fragen, die die Kollegin Schmidt gerade gestellt hat, noch auf dem Tisch liegen. Ich möchte daran erinnern, dass wir zu Beginn dieser Periode, als dieser Vorschlag auf dem Tisch lag, wiederholt miteinander gesprochen haben. Wir haben all diese Komponenten besprochen, dass sie letztendlich nach wie vor nicht dazu beitragen würden, das Ganze, was als Ausländermaut vonseiten der CSU begonnen hat, hier letztendlich europarechtskonform zu machen. Es ist nach wie vor so, dass Sie gerade auch zugegeben haben, dass es eine Eins-zu-eins-Kompensation für deutsche Autofahrerinnen und Autofahrer nicht geben wird. Und Sie geben auch weiterhin zu, dass es letztendlich dem *user and polluter principle* entsprechen muss. Da frage ich mich: Wo entspricht dieser Vorschlag eben diesem *user and polluter principle*?

Und ich möchte Sie auch fragen, Frau Kommissarin: Was hat denn die Europäische Kommission dafür im Gegenzug bekommen? Ist es wahr, dass die Europäische Kommission die Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland für die EETS-Gesetzgebung dadurch aufgekauft oder zumindest eingekauft hat? Ist das richtig? Ja oder nein?

Und außerdem, sagen Sie ganz offen: Warum hat letztendlich genau in der Woche, in der der CSU-Parteitag in Bayern stattgefunden hat, diese Äußerung oder zumindest dieser Deal stattgefunden?

All das stinkt bis zum Himmel, und deswegen ist diese Ausländermaut aus verschiedenen Gründen und auch deshalb nicht europarechtskonform.

Roberts Zile, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, the Commission is fighting very strongly, in some cases, against keeping the rule of law in certain Member States. It is not always the case but it reminds me of a point famously made by George Orwell about equality: I do not want to see it here.

I think we all understand that there could be only three reasons why the Commission put the infringement procedure on hold. Initially, you said, Commissioner, that it would be better to negotiate with the German Government before the measure became law; now, when it has become law, you are waiting to think what to do. I think there is a contradiction in that statement.

Other possible reasons could be that the Commission made legal mistakes when it started infringement proceedings – and if that is not the case, I would like more information about the changes – or that the German Government has made enough political statements to remove discrimination against car owners from other countries and drivers of environment-friendly cars? If there is some other reason, then we need to understand what that reason is.

Gesine Meissner, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin!

Ich habe hier einen Artikel, Sie können ihn da unten natürlich nicht sehen. Aber da steht drauf: Gemeinsam gegen die Maut.

Das ist ein Artikel aus Niedersachsen und den Niederlanden im Grenzgebiet gemeinsam. Da ist es so, dass auch unsere Landesregierung – ich komme aus diesem Landesteil von Deutschland – total dagegen ist, diese Maut einzuführen. Es ist nämlich so: Wir haben gerade im Grenzgebiet zu den Niederlanden eine Euregio-Region. Die ist ganz bewusst eingerichtet worden, um grenzüberschreitend Verkehre zu haben, zu arbeiten. Es gibt viele Menschen, die in den Niederlanden wohnen und in Niedersachsen arbeiten. Bei uns in Niedersachsen gibt es mehr Arbeitsplätze, dort gibt es also mehr Menschen, die die Arbeitsplätze füllen können. Das wird massiv unterlaufen. Es gibt zu wenig öffentlichen Nahverkehr, man ist auf das Auto angewiesen und das heißt, es zahlen eben nur die einen und die anderen nicht.

Es ist ja auch so, dass durch die deutsche Maut, wenn man ein umweltfreundliches Auto hat – was ja im Prinzip nichts Schlechtes ist, Euro 6 –, dass man sogar an der Maut verdienen kann. Herr Dobrindt sagt eben heute noch: Die Deutschen zahlen nicht mehr. Das heißt: Wer bezahlt das denn dann? Frage ist natürlich aus deutscher Sicht: Gibt es überhaupt genug Einkünfte? Ist das nicht vielleicht ein Nullsummenspiel? Aber das müssen wir in Deutschland diskutieren.

Generell denke ich tatsächlich, dieses Prinzip *user pays, polluter pays*, ist natürlich gut. Es wäre am besten, wenn wir gar keine Kfz-Steuer hätten, überall in allen europäischen Ländern, und man nur, wann immer man fährt, bezahlen würde. Das wäre das Gerechteste und das Beste. Das geht natürlich jetzt im Moment nicht, weil wir nicht einfach sagen können: Alle müssen die Kfz-Steuer abschaffen.

Nur, das, was wir jetzt auf dem Tisch haben, ist tatsächlich keine gute Blaupause. Als Letztes: Es ist auch nicht kilometerbasiert, es ist nicht so, dass man bei jedem Kilometer bezahlt. Es gibt noch verschiedene Abschnitte – Monat und so weiter. Das ist nicht das, was wir brauchen, und das ist viel zu bürokratisch.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Paní předsedající, paní komisařko, zcela jistě nikdo nemůže zpochybnit fakt, že Německo má právo na to zavést mýtné pro osobní auta na svých dálnicích. Ovšem pevně věřím v to, že musíme po německé straně požadovat – a prosím vás, aby to bylo nejenom ve formě slov, ale konkrétních činů právě ze strany Komise –, aby se tak nedělo způsobem, který je diskriminační vůči řidičům z ostatních členských zemí.

Koncept německého mýtného považuji za diskriminační, protože znamená, že se všem Němcům náklady na mýtné do značné míry vrátí a poplatky tak de facto budou platit pouze cizinci. Chci zde deklarovat, že pokud se potvrdí, že vzniknou pro členské země negativní diskriminační dopady, měl by tuto problematiku projednávat také soud, a nikoliv jen Evropský parlament.

Žádáme pouze férové podmínky, které budou pro všechny strany stejné. Jako přímo volení zástupci z 28 členských zemí máme přece morální povinnost dohlížet na to, aby se jednalo se všemi občany stejně, a neměli bychom přihlížet, když se některým vytahují peníze z kapes, zatímco těm druhým nikoliv.

Víte o tom problému dlouho a dlouho jste de facto bohužel nic nedělali. Teď nastal čas, že pokud nic neuděláte, tak to bude horší a horší a jenom dokážete evropským občanům, že Evropská komise když má, tak nečiní a jenom kouká. Já si myslím, že by to byla škoda a věřím Vám v tom, co jste nám řekla, že to bude jinak.

Michael Cramer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Pkw-Maut für Ausländer handelt es sich nicht um eine Premiere.

Schon 1990 wollte der damalige Verkehrsminister Zimmermann die Lkw-Maut durchsetzen und die Kfz-Steuer für Lkws senken. Hat die Kommission Nein gesagt? 1992 hat der Europäische Gerichtshof gesagt: Das ist europafeindlich. Damit war es beerdigt. 2004 wollte die damalige Bundesregierung dasselbe probieren. Die Kommission hat wiederum gesagt: Das ist europafeindlich. Sie wurde dann trotzdem eingeführt. Jetzt kommt Alexander Dobrindt mit dem dritten Versuch. Ich sage immer: Aus Fehlern wird man klug. Aber für Alexander Dobrindt waren zwei nicht genug.

Warum ist es so? Die Maut ist europafeindlich, sie verhindert den grenzüberschreitenden Verkehr. Das kostet. Nur die Ausländer zahlen – nicht die Deutschen. Das geht nicht. Zudem ist die Vignette unökologisch und unsozial, weil der, der 10 000 Kilometer im Jahr fährt, genau soviel bezahlt wie der, der 200 000 Kilometer fährt. Das hat doch mit dem *User and polluter pays principle* überhaupt nichts zu tun.

Deshalb muss das gestoppt werden, und ich kann nicht verstehen, dass die Kommission anfangs gesagt hat: Das ist europafeindlich, und nachher, nachdem sich Juncker mit der CSU in Bayern getroffen hat – übrigens an der Kommissarin vorbei –, dass dann alles legal sein soll. Das geht nicht. Der Bundestag muss es noch beschließen. Aber wenn er das beschließt, dann finde ich, weil das unsozial ist, dann müsste nicht nur die SPD, sondern auch die CSU das S im Namen streichen, weil das total unsozial ist.

Georg Mayer, im Namen der ENF-Fraktion. – Frau Präsidentin! Rechtswidrig, ganz klar rechtswidrig ist dieser Deal. Auf mehreren Ebenen rechtswidrig ist dieser Deal. Ich sage nur: versteckte Diskriminierung – das haben wir heute schon gehört –, Verursacherprinzip. Frau Kommissarin, Sie sind ganz bestimmt jetzt der falsche Ansprechpartner. Ich hätte mir gewünscht, dass der Verhandler dieses Deals uns hier Rede und Antwort steht.

Das ist ein Deal, geschätzte Kollegen und Frau Kommissarin, der auf Kosten vieler Autofahrer geht, der auf Kosten vieler österreichischer Einpendler, die nach Deutschland einpendeln, geht. Das ist ein Deal – und das wissen Sie genau –, der im Hinterzimmer in Brüssel im Old Boys Club verhandelt wurde. Das ist ein Deal, wie wir schon so viele und schon so oft in dieser Europäischen Union gesehen haben. Manche sind eben gleich, und manche sind eben gleicher. Die Linie zieht sich durch, das ist ja auch verständlich. Die Linie ist auch konkludent und am Ende des Tages verständlich aus Sicht der Europäischen Union und derer, die die Verantwortung dafür tragen. Sie brechen – und nicht biegen – Ihre eigenen Regeln, die Sie beschlossen haben, nur weil es gerade politisch opportunistisch ist. Das schafft – und das kann ich Ihnen sagen – sicherlich kein Vertrauen in diese Union. Sollte diese Maut so durchgehen, sollte die Kommission das tatsächlich durchlassen, dann kann ich Ihnen sagen, dass wir in Österreich ganz bestimmt eine ähnliche Regelung implementieren werden.

Wim van de Camp (PPE). – Het blijkt ook weer vanavond dat tol een gevoelig onderwerp is. De burgers in Europa willen waar voor hun geld en willen ook geen grensbeperkingen.

Het is al gezegd, de gebruiker betaalt en de vervuiler betaalt. Dat zijn goede principes. In dat opzicht is de start van de Duitse toldiscussie niet juist. Wij van de PPE bestrijden het heffen van tol niet, net zoals wij in Nederland geen tol willen, dat moet duidelijk zijn. Maar compensatie voor alleen de Duitse burgers, dat leidt tot discriminatie en dat is in strijd met de Europese wetgeving. Groene auto's compenseren, dat is prima, maar dan ook groene auto's van de hele EU en niet op een manier zoals nu is aangegeven in de Duitse voorstellen. Het is mij niet duidelijk waarom de commissaris de inbreukprocedure heeft stopgezet. Ze wil daar niets over zeggen aangezien de onderhandelingen nog gaande zijn, maar de gevoeligheid brengt wel met zich mee dat ik deze vraag stel.

En dan tot slot, het uitblijven van één Europees tolsysteem zal leiden tot meer nationale systemen en dat is funest. Dus maak alstublieft haast met het tot stand brengen van dat systeem.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Eine Maut, die im Endeffekt nur Ausländer bezahlen, kann es im Europäischen Binnenmarkt einfach nicht geben. Das ist unsolidarisch, das ist unfair und verletzt das Grundprinzip der Nichtdiskriminierung. Ich möchte aber auch darauf hinweisen: Niemand will Deutschland daran hindern, eine Maut einzuführen. Bezahlen sollen sie aber alle, die die deutschen Straßen nutzen, egal mit welchen Kennzeichen.

Als Sozialdemokratin setze ich mich auf EU-Ebene für das Verursacherprinzip ein. Das bedeutet: Wer Straßen mit dem Auto nutzt – egal ob privat oder kommerziell –, soll dafür bezahlen. Für die Abnutzung, für die ausgestoßenen Schadstoffe und für den Anteil am Verkehrsaufkommen. Im Europäischen Parlament ist es uns gelungen, eine länder- und fraktionsübergreifende Entschließung auf den Weg zu bringen, die das Ziel verfolgt, den Grundsatz der Nichtdiskriminierung zu achten und die politische Zusammenarbeit in Europa zu stärken. Das Europäische Parlament und die deutschen Anrainerstaaten treten gemeinsam dafür ein, dass in Europa für alle das gleiche Recht gelten muss. Deshalb fordere ich Sie auf, Frau Bulc, Ihren Standpunkt zu überdenken.

Kosma Złotowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Nikt nie ma oczywiście wątpliwości, że wydatki na modernizację i budowę infrastruktury pochłaniają ogromne kwoty. Każde państwo członkowskie je ponosi i jest to w pełni zrozumiałe, że odpowiedzialność za dobry stan dróg i wynikające z niego bezpieczeństwo jest ponoszona w części przez ich użytkowników. Dlatego warto podkreślić, że samo wprowadzenie opłat drogowych nie jest przedmiotem tej debaty. Problemem, który tu omawiamy, jest dyskryminacja i system, który ewidentnie stawia w uprzywilejowanej pozycji tylko obywateli jednego państwa członkowskiego. Możemy mieć do czynienia z sytuacją, w której z ponoszenia tych opłat w Niemczech będą zwolnieni kierowcy, którzy najczęściej z tych dróg korzystają, a koszty poniosą kierowcy zagraniczni, w tym w dużej mierze kierowcy z Polski. Trudno zrozumieć postępowanie Komisji, która pomimo pierwszej właściwej reakcji wstrzymała procedurę wyjaśniania zastrzeżeń co do zgodności tego pomysłu z prawem europejskim, choć główny zarzut wciąż jest aktualny. Oczekujemy jasnych odpowiedzi, na jakich warunkach Komisja wstrzymała procedurę o naruszenie prawa i jak ma zamiar zabezpieczyć kierowców podróżujących przez Niemcy przed dyskryminacją ze względu na narodowość.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, first of all I have a few words of appreciation to the Commissioner. You acted quickly at the beginning, Commissioner, and I think that was decisive. Secondly, I also appreciate your intention to submit European legislation to the Council and Parliament. I have one comment: at this time, it is not just about the *Maut*. You talk about the internal market, and we hear much rhetoric about completing the internal market but, at the same time, we are creating more and more obstacles at national level.

The issue on which we differ, and where we have certain reservations, concerns where we are today. We all know about, and have spoken unanimously today about, the deficiencies of the new proposal. We know what the position is, so we do not need to wait for an explanation by the Bundestag. You know what it is, and at this stage you have two options: either, with the support you have heard in this Parliament, and it is a majority support, you enter into negotiations with the Germans and/or you utilise the infringement procedures that you have available. There is no other option because we are heading towards a dead end.

Martina Michels (GUE/NGL). – Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Die geplante Autobahnmaut ist ein Prestigeobjekt eines deutschen Ministers.

Das ist im übrigen genau derjenige, der Griechenland am liebsten vor Jahren schon aus dem Euro geworfen hätte. Seine deutsche Regionalpartei, die CSU, hält bekanntlich insgesamt nicht viel von deutscher Integration. Ganz abgesehen davon kostet die Maut die öffentliche Hand am Ende voraussichtlich mehr, als sie einbringt. Das bestätigen alle bisherigen Kalkulationen. Das Ganze ist am Ende ein schlechter Wahlkampfag, der zudem von nationalem Egoismus zeugt.

Frau Kommissarin, legen Sie uns bitte glaubhaft dar, was Sie über Nacht überzeugt hat, dass die Ausländermaut, wie sie in Deutschland allenthalben genannt wird, auf einmal im Einklang mit EU-Recht steht und dass sie auch als nichtdiskriminierend wahrgenommen wird. Es geht nämlich auch um dieses Signal. Soll ausgerechnet Deutschland dafür stehen, dass es Eintritt beim Grenzübertritt verlangt? Wir wollten doch in Europa die Grenzen öffnen, oder? Mein bayrischer Kollege Ertug hat bereits die wichtigsten Fragen genannt. Wir warten auf eine Antwort.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ehrlich gesagt kann ich die ganze Aufregung über die Einführung der deutschen Pkw-Maut überhaupt nicht verstehen.

Erstens: In vielen europäischen Mitgliedstaaten gibt es Mautsysteme, also können auch wir in Deutschland ein Mautsystem einführen. Zweitens: Was wir in Deutschland mit der Maut machen, ist doch genau das, was zur Finanzierung für Infrastruktur auf europäischer Ebene von Kommission und Parlament immer vorgegeben wurde, nämlich dass der Nutzer zahlt. Drittens: Höhe der Mautgebühr. Diese orientiert sich am Schadstoffausstoß. Also, eigentlich müssten Sie, lieber Herr Cramer, und die Grünen doch glücklich sein, dass das das Kriterium für die Höhe der Mautgebühr ist.

Und nun zur angeblichen Diskriminierung. Ich kann diese nicht erkennen, und die Frau Kommissarin hat es zu Recht ausgeführt: Jeder Nutzer unserer deutschen Autobahnen soll künftig zahlen, und ich betone: jeder Nutzer – egal, welche Staatsangehörigkeit er hat.

Es ist auch die Frage der Steuer angesprochen worden. Die Reduzierung der Kfz-Steuer ist Sache der Mitgliedstaaten. In Österreich gibt es auch die Pendlerpauschale. Auch da ist eine steuerliche Vergünstigung für die in Österreich fahrenden Autofahrer vorgesehen. Das ist in Ordnung. Damit ist es bei uns auch in Ordnung.

Ein letztes Wort noch zu unseren österreichischen Freunden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich am Wochenende von München nach Bozen fahre, dann zahle ich gerade mal knappe 40 Euro für Straßenbenutzung. Ich muss die österreichische Zehn-Tages-Vignette zahlen, ich zahle für die Europabrücke, ich zahle die italienische Maut. Also wenn ich das mal mit unserer Zehn-Tages-Vignette vergleiche, die kostet von 2,50 Euro bis maximal 20 Euro, dann ist es ja fast ein Schnäppchen.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Michael Cramer (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Niebler, kennen Sie ein Land in Europa, wo eine Maut eingeführt ist, die nur der Ausländer zahlt? Ich kenne das nicht. Das ist das Hauptprinzip. Bei der Kontrolle werden in Deutschland nur Autos mit ausländischem Kennzeichen kontrolliert, aber nicht die Deutschen. Das ist eine doppelte Diskriminierung. Das dürfen wir nicht zulassen. Das ist europafeindlich und damit legen Sie denen, die gegen Europa sind, den roten Teppich aus. Die haben endlich einen Grund, wieder gegen Europa zu sein. Deshalb müssen wir uns dagegen wehren.

Angelika Niebler (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Kommen Sie mal runter und lassen Sie bitte mal die Kirche im Dorf. Ich kann nur sagen: Sie wollen es halt nicht verstehen. Sie wollen es einfach nicht verstehen. Jeder Autofahrer, der auf deutschen Straßen fährt, wird die Maut bezahlen, egal, welche Staatsangehörigkeit er hat. Also jeder Österreicher, jeder Schwede, auch jeder Deutsche zahlt künftig die Maut, wenn sie eingeführt ist.

Ich kann darin keine Diskriminierung erkennen. Steuerliche Erleichterungen hat es auch bei der Einführung anderer Mautsysteme schon gegeben. Als die Lkw-Maut in UK eingeführt wurde, ist natürlich auch die Steuer für die Lkw reduziert worden. Also, Sie machen aus einer Mücke einen Elefanten. Ich möchte noch einmal betonen – es gibt in fast allen europäischen Ländern Straßenerhebungsgebühren und ich denke, dass auch wir Deutsche das Recht haben, diese einzuführen.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani poseł, chyba pani wie, że dyskryminacja – nawet jeżeli jest ubrana w kategorie pozornie niedyskryminacyjne – jeżeli ma godzić w część użytkowników, pozostaje dyskryminacją. Państwo w gruncie rzeczy odwołują się do logiki narodowej, która byłaby całkowicie usprawiedliwiona, gdyby nie to, że się umówiliśmy, że jej nie stosujemy. Domagacie się od innych, żeby z niej rezygnowali, a potem nagle mówicie: dla Niemiec obrona własnych interesów jest czymś zupełnie naturalnym i będziemy ją stosować. Albo myślimy w kategoriach europejskich, albo nie!

Angelika Niebler (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ – Also, wir werden ja die Diskussion über eine europäische Lösung weiterführen. Die Kommissarin hat ja heute angekündigt und mehrfach schon vorgeschlagen, dass wir auch an europäische Lösungen denken.

Aber nochmal: Fakt ist, dass wir in vielen europäischen Ländern Straßenbenutzungsgebühren haben, in über 20 Ländern gibt es unterschiedliche Arten der Erhebungen. Und insofern ist es auch fair für Deutschland, eben diese einzuführen. Es ist rauf und runter durchgeprüft worden, es sind Korrekturen vorgenommen worden, das Verfahren ist in Deutschland noch nicht abgeschlossen worden. Ich kann nur sagen: Ich erkenne keine Diskriminierung in unserer deutschen Maut. Wer das glaubt, der möge bitte Klage beim Europäischen Gerichtshof erheben, und dann haben wir einmal Sicherheit, in welcher Form Straßenbenutzungsgebühren in Europa erhoben werden können. Aber ich bleibe dabei: Unsere Maut ...

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

Olga Sehnalová (S&D). – Paní předsedající, paní komisařko, jedním ze základních principů, na nichž je postaveno fungování Evropské unie, je nediskriminace osob na základě státní příslušnosti.

Německo předložilo návrh na vytvoření systému zpoplatnění silnic, který vyvolal obavy kvůli diskriminaci zahraničních řidičů. I přes změnu původně navržených zákonů má být možnost odpočtu silničního poplatku z roční daně z motorových vozidel zaručena pouze vozidlům registrovaným v Německu.

Proto bych se i já ráda zeptala Komise, která je považována za strážkyni Smluv a vytváří protiváhu k zájmům členských států, zdali je opravdu politická dohoda s německými představiteli skutečně plně v souladu s právem Evropské unie. Na odpovědi totiž závisí i důvěryhodnost Komise v tom, že měří všem stejným metrem, a o tom nejsem přesvědčena.

Peter van Dalen (ECR). – Ik ben voorstander van een kilometerheffing voor automobilisten. Het is logisch dat gebruikers aan de infrastructuur die ze gebruiken meebetalen, maar die heffing moet wel eerlijk plaatsvinden. Duitsers en niet-Duitsers moeten gelijk worden behandeld. Wanneer bijvoorbeeld Duitsers worden gecompenseerd via de motorrijtuigenbelasting, dan is dat pure discriminatie. Dat is een hoofdzonde in de Europese Unie en daar ligt de kerntaak voor deze Commissie. Dat moet de commissaris glashard uitzoeken.

Ook is het essentieel dat de Duitse tol op een slimme, klantvriendelijke manier wordt geheven. Een vignet is een verouderd systeem. Ik dacht dat de Duitsers altijd zo modern waren en voor digitalisering en dat soort dingen meer. En dan komen ze met een vignet uit de vorige eeuw! Gebruik dan een systeem van GPS-registratie, dan kun je differentiëren op basis van kilometers en type voertuig. Een eenvoudige, groene en vooral eerlijke kilometerheffing, daar heb ik geen problemen mee, niet in Duitsland en niet in Nederland. Maar de Commissie moet die bal checken.

Matthijs van Miltenburg (ALDE). – Mevrouw de commissaris, de heer Ertug zei het al, u bent hoedster van de Europese verdragen maar toch lijkt hier een deal gesloten te zijn, niet op juridische gronden, maar op politieke gronden. U bent ervan overtuigd dat het nieuwe Duitse tolplan conform het Europese recht is. Waarom stuurt u dan geen diepgaande juridische analyse naar het Europees Parlement?

Een tweede punt – en dan citeer ik uit uw eigen emissie-arme strategie -, overall in de Europese Unie moet worden overgeschakeld naar een wegenbelasting op basis van daadwerkelijk gereden kilometers. Ik ben het daarmee eens maar het Duitse tolplan staat daar haaks op. Er is totaal geen verband met daadwerkelijk gereden kilometers.

Dit Duitse tolplan is discriminerend, is slecht voor het milieu, is slecht voor Europa. Niet de inbreukprocedure moet in de ijskast, maar dit Duitse tolplan.

Anne Sander (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, j'ai cosigné cette question orale, car j'ai du mal à comprendre en quoi ce nouveau péage sur les routes allemandes est conforme au droit européen, alors que les Allemands eux-mêmes en sont exonérés.

Cette injustice est particulièrement mal comprise dans les zones frontalières. Que répondre aux 30 000 travailleurs frontaliers alsaciens qui franchissent chaque jour la frontière ou à ces voyageurs occasionnels qui traversent le Rhin? Qu'il faut payer, alors que d'autres ne payent pas.

Le péage en tant que tel n'est pas le problème. L'Allemagne est libre de sa fiscalité. La difficulté est qu'encore une fois, les habitants des zones frontalières subiront de nouvelles tracasseries administratives et financières qui se doubleront, cette fois-ci, d'un profond sentiment d'injustice.

Inés Ayala Sender (S&D). – ¡Felicidades! Enhorabuena, señora presidenta, por su primera presidencia. Señora comisaria, yo, la verdad, la aprecio mucho y sé que tiene además usted mucha energía, pero ya ha llegado el momento de dar un golpe en la mesa y hacerse tomar en serio. Porque, desde luego, está pasando: cada vez hay más reglas nacionales, cada vez son reglas más discriminatorias y obstaculizadoras. Ahora ya es el culmen, o sea, la gota que rebasa, porque ya es por nacionalidad y, además, en Alemania. Y yo creo que hay que imponerse. Aquí, mire usted, tiene toda la fuerza del Parlamento. Le tiene que servir, porque, desde luego, no podemos seguir en esta situación.

Tiene usted que imponerse porque, si no, todo lo que habíamos ido construyendo se va a deshacer a base de reglas discriminatorias por naciones y por países, y además, a espaldas de la Comisión. Porque no entiendo cómo el señor Dobrindt tiene las narices de decirle a usted una cosa y luego va a su Congreso y dice la contraria. Dice que sí, sí, que los ciudadanos alemanes no van a pagar. De manera que tiene que aclararnos eso. Por lo tanto, yo le pregunto dos cosas: si el recurso por infracción está suspendido o no, y qué calendario prevé usted para la solución.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Kennen Sie Pippi Langstrumpf? „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.“

Unsere deutsche Pippi heißt Alexander Dobrindt. Sein größter Wahnwitz: die Maut, entstanden als Wahlkampfdiee am bayrischen Stammtisch, vielleicht nach vier, fünf Bier, da war Dobrindt noch Generalsekretär und Wadenbeißer der CSU. Ein Jahr später aber ist er Verkehrsminister und zuständig. Bis zur Unkenntlichkeit verbogen hat er die rechtswidrige Ursprungsidee. Am Ende gab es ein Ja von Juncker unter Freunden, ohne Rechtsgrundlage. Es war ein Ja für die Minus-Maut.

Dank Dobrindt arbeiten wir Deutschen an einer Maut, die unsere Nachbarn brüskiert, Familien benachteiligt und laut ADAC ein Minus von 250 Millionen Euro einfährt. Ein Minus, ja! Das kann ich keinem Bürger erklären. Deshalb meine Bitte an all die Kollegen, die eben hier von einer Klage sprachen: Bitte klagen Sie! Sie sparen uns Deutschen damit großen Unsinn und Hunderte Millionen Euro. Noch besser: Solidarisieren wir uns und kämpfen im Parlament gemeinsam für ein mautfreies Europa!

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, comisaria, la base jurídica que llevó este tema al Tribunal Europeo de Justicia fue nada menos que el incumplimiento de los artículos 18 y 21 — no discriminación por razón de nacionalidad y libre circulación de bienes y servicios — del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Más que un acuerdo bilateral, que parece no resolver el problema de fondo, la solución definitiva depende del esperado sistema de tarificación vial europeo que prevenga y evite esta quiebra, una norma que debe garantizar que esta vía directa de financiación de infraestructuras sea compartida y progresiva, vinculando aportación e intensidad y frecuencia de uso y la calidad y condiciones de la infraestructura. Su puesta en marcha y la capacidad que puede tener para reducir el déficit en toda la Unión y descarbonizar el transporte puede ser, además, un estímulo para invertir en los equipos que necesitamos para convertir las carreteras europeas en una referencia mundial como espacio inteligente y seguro. En este marco es igualmente inaplazable un sistema europeo de telepeaje. No valen las soluciones individuales.

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, paní komisařko, infekce národního egoismu působí plíživou erozi vnitřního trhu Evropské unie. Německý návrh mýtného k tomu přispívá. Komise by měla být strážkyní evropské integrace, a proto věřím, že prokáže i v tomto případě schopnost plnit tuto úlohu. Podle ustálené judikatury Soudního dvora jsou nepřipustná omezení svobod vnitřního trhu, nejen ta diskriminační, ale dokonce i taková, která činí využívání svobod vnitřního trhu méně atraktivním, jsou-li nepřiměřená. A obávám se, že i toto je případ německého mýtného. Je také potřeba myslet na to, aby dobře fungovala příhraniční spolupráce. Obávám se, že německý návrh mýtného je překážkou takovému dobrému fungování.

Tiemo Wölken (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Als deutscher Abgeordneter vertrete ich die Bürgerinnen und Bürger, die in der Grenzregion zu den Niederlanden wohnen.

Europa wird nicht hier im Europäischen Parlament lebendig, sondern vor Ort, dort, wo die Menschen über Landesgrenzen hinweg zusammenleben. Die Mautpläne des deutschen CSU-Verkehrsministers machen Europa ungerechter und weniger offen. Das lehne ich aus Überzeugung – wie meine meisten Kolleginnen und Kollegen – hier ab. Für die Menschen der Grenzregion ist es das normalste der Welt, mit dem Auto über die Grenze zu fahren. Grenzüberschreitende Netzwerke in dieser Region, wie die Ems-Dollart-Region oder die Euregio, zeigen die tiefe Verflechtung der deutsch-niederländischen Beziehungen.

Mein Wahlkreis profitiert enorm von einem Europa der Freizügigkeit und in der nicht diskriminierenden Straßennutzung zwischen Niederlande und Deutschland. Die Maut halte ich für eine Konjunkturbremse, da sie es weniger attraktiv macht, über die Grenze zu fahren, einzukaufen oder einen Wochenendausflug zu machen. Unter der Maut werden auch Arbeitsplätze leiden, und sie diskriminiert Ausländer im Gegensatz zu deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern – auch wenn die Kollegin von der CSU das nicht so sieht.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, έχουμε μία κλασική περίπτωση, μία κραυγαλέα περίπτωση παραβίασης της Συνθήκης της Ευρωπαϊκής Ένωσης διότι έχουμε διάκριση λόγω ιθαγένειας κατά την άσκηση των δικαιωμάτων των πολιτών της Ένωσης, όπως είναι δηλαδή το δικαίωμα της ελεύθερης κυκλοφορίας και το δικαίωμα στην εργασία. Τουτό λοιπόν συμβαίνει διότι η βινιέτα η οποία επιβάλλεται στα αυτοκίνητα που δεν έχουν γερμανικές πινακίδες μπορεί να είναι η ίδια, όπως είπατε, με εκείνη που επιβάλλεται στα αυτοκίνητα με γερμανικές πινακίδες, αλλά τα αυτοκίνητα με γερμανικές πινακίδες παίρνουν πίσω ένα μέρος αυτού του ποσού το οποίο έχουν δώσει. Άρα λοιπόν έχουμε έτσι μια έμμεση διάκριση εις βάρος των αυτοκινήτων που δεν έχουν γερμανικές πινακίδες. Πρόκειται για κλασική περίπτωση της παραβίασης της Συνθήκης της Ευρωπαϊκής Ένωσης και απευθύνομαι στην κυρία Bułc και της λέω ότι δεν είναι δικαίωμα της Επιτροπής να αποφασίζει, όποτε εκείνη θέλει, και να παραπέμψει ένα κράτος στο Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Ήδη υπάρχει απόφαση του Ευρωπαϊκού Διαμεσολαβητή ότι αυτό το δικαίωμά σας ελέγχεται και ελέγχεται για κακοδιοίκηση ...

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, chers collègues, je m'exprimerai en mon nom propre pour vous dire que je ne vous comprends pas. Je vais prendre la défense de l'Allemagne, une fois n'est pas coutume.

Les Allemands ont payé leurs autoroutes par leurs impôts. La différence est là: les étrangers n'ont pas payé ces autoroutes par leurs impôts. La seule chose à faire, c'est l'équivalence.

Je prends l'exemple des Français. Ils ont payé leurs autoroutes d'abord par les impôts. Ensuite, il y a eu des concessions: ils paient doublement. C'est pour cela que, dans notre programme, nous voulons redonner aux Français leurs autoroutes. La seule chose, en effet – et je le dis en tant qu'Alsacien –, c'est qu'il est tout à fait normal que lorsque je bénéficie des infrastructures allemandes, je paye ces infrastructures. La seule chose, c'est que, lorsqu'on bénéficie des infrastructures françaises, on participe également à celles-ci. Le dommage, c'est que les camions qui ne veulent plus payer du côté allemand viennent du côté français et que là, on ne les fasse pas payer.

Jeroen Lenaers (PPE). – Europese leiders in Europese hoofdsteden hebben de mond vol over Europese samenwerking en het wegnemen van barrières. Toch zien we dagelijks in de praktijk dat er aan de grenzen steeds meer nieuwe obstakels bijkomen en het zijn vooral bewoners van grensregio's, zoals in mijn eigen mooie Limburg, die daar de dupe van worden. Mensen in grensregio's die in de dagelijkse praktijk voortdurend over de grenzen heen gaan om te werken, om te wonen, om te winkelen, om naar de dokter te gaan. Deze mensen worden nu geconfronteerd met discriminatie en worden verder ontmoedigd om over die grenzen heen te gaan.

Wij moeten er hier voor zorgen dat we grenzen afbreken en dat we geen nieuwe grenzen opwerpen. Grensregio's zijn de proeftuinen van Europese samenwerking. Als we daar op deze manier mee omgaan zie ik de toekomst van de EU somber in. Daarom zeg ik aan u, commissaris: blijf u verzetten tegen deze Duitse tol zolang die discriminatie inhoudt, al is het maar een heel klein stukje. Wij zullen dat vanuit het Europees Parlement hier in ieder geval blijven doen.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, nu cred că ați avut ocazia să vedeți așa o majoritate largă care susține, din stânga până în dreapta, aceeași problemă. Problema nu ține de taxarea autostrăzilor – sigur, am avut două excepții, dar cred că n-au citit bine întrebarea noastră – nu e problema taxării autostrăzilor, ci modalitatea de taxare.

Vreau să vă sugerez, doamnă comisar, pentru că am încredere în dumneavoastră, să dați înregistrarea din această seară domnului Juncker, ca să înțeleagă și le mulțumesc colegilor din Germania, indiferent din ce grup politic sunt, că au înțeles ce înseamnă Europa. Dați înregistrarea din această seară domnului Juncker, pentru că dumneavoastră aveți cartoful fierbinte în mână. Nu puteți singură rezolva dar, iată, această unitate și solidaritate din această seară vă poate ajuta să rezolvați problema.

Nu trebuie să mai avem un asemenea caz și un precedent și așteptăm răspuns la toate întrebările. Mulțumesc tuturor colegilor care au susținut această întrebare.

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

(End of catch-the-eye procedure)

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Mr President, I would like to express my thanks for all the comments and for the opportunity to have this very extensive debate about the PkW-Maut here in the Chamber. I hope that this debate has been as useful for you as it has been for me. Let me once again reassure you that the Commission, as guardian of the Treaties, will ensure that there is no discrimination based on nationality.

For now, we will have to wait for the outcome of the vote in the German Bundestag on the PkW-Maut and the vehicle tax. When this has taken place, the Commission will assess the law and will take a final decision on the case. I would like just to stress that currently the infringement procedure is not closed, but on hold, to allow time for revision of the law. This practice has been used before in different cases and I see no reason why it should not be used in this case.

Let me reply to some of your many questions and concerns. Is the Commission satisfied with the outcome? The Commission strongly favours road-charging in line with the 'user and polluter pays' principle'. There is no doubt about that. Therefore it is positive that Germany is moving towards road-charging for passenger cars as many other Member States have already done in the past. It is also positive that the German authorities agreed to amend their legislation as requested by the Commission. This should ensure a fair treatment of EU citizens and should incentivise the use of cleaner vehicles, but, at this point, I cannot speculate on the final outcome of the law. The Commission will only be able to comment after the law has been presented and confirmed.

As far as the questions relating to the European Court of Justice are concerned, let me explain that the aim of infringement cases is to bring national legislation into line with EU law. It is not the aim, per se, to bring Member States to the European Court of Justice. But also let me stress once again that the Commission will not close the infringement procedure until German legislation has been satisfactorily amended in accordance with EU law. I would also like to say very clearly that all infringement procedures are managed by the Commission in the collegial manner. The PkW-Maut procedure is no exception.

Regarding the Commission apparently changing its position, allow me to comment on that as well. The Commission did not change its position at any stage of the process. The infringement case was launched based on the identification of very clear breaches of EU law. The political understanding which was reached between Minister Dobrindt and me in December specifically addresses these same breaches. I would like to underline that the Commission always, and consistently, acts as the guardian of the Treaties.

You also speculated that the talks with Germany were kept secret. Infringement cases are matters strictly between the Commission and the Member States in question. It is usual practice for the Commission to have bilateral discussions with Member States in order to find solutions and Germany is no exception here. But let me say that the Commission has been as transparent as possible in its proceedings, including with public statements. When taking further steps in the infringement procedures, this was also publicly announced and, on the day of the political understanding, this was announced in a press conference by Mr Dobrindt and myself. I was very clear in that press conference about the position of the Commission.

Let me also stress that, in the absence of EU legislation on charging and vehicle taxation for passenger cars, we have to ensure that Article 18 of the Treaty, on non-discrimination, is respected. As I said earlier, we believe that one way to avoid discrimination is to apply charges and taxes based on different criteria, for instance on environmental performance and the infrastructure use of vehicles. This is precisely what we expect from the new German law.

And what about the claims made by neighbouring Member States? I am very attentive to the voices of Member States. I have been listening to them and this underlines the need to establish, as soon as possible, an EU-wide system for road-charging. I am glad to say that we have already taken many of your comments on board and they will be presented soon. I am also aware that the Committee on Transport and Tourism is preparing a resolution on the PkW-Maut, which will be voted in plenary in March. I look forward to seeing the resolution and hope that the debate today has been informative in this regard.

Before I conclude, please allow me to restate what is at the heart of our forthcoming road initiatives. We want to take decisive steps towards decarbonisation, promoting a well-functioning, fair, social and efficient internal market, favouring innovation, digital solutions and investments. Any debate on road-charging has to be placed in this perspective. I can only hope that I can count on your support for an EU-based tolling system.

President. – Thank you very much indeed. May I just emphasise what you said at the end about counting on our support. Yes, I think the whole debate was guided precisely by that objective.

The debate is closed.

The vote will take place in the March II session.

Written statements (Rule 162)

Andor Deli (PPE), írásban. – Szerintem a mai vita teljesen címet és témát tévesztett. Két okból is. Elsősorban csupán egy tervezetről van szó, amelynek alkalmazása még el sem kezdődött. Másodrészt pedig a bemutatott útdíjmodell tervezete semmiképp sem nevezhető diszkriminatívnak. Amivel véleményem szerint egyes kollégáknak gondjuk van, az a nemzeti hatáskört képező regisztrációs adó kérdése. Ami azonban egyértelmű, hogy nem szabad összehasonlítani a dolgokat. Mindeközben nem vitázunk azokról a nagyon is hatályos és alkalmazott tagállami jogszabályokról, amelyek egyre több tagállamban vannak jelen és egyértelműen a fuvarozás európai belső piacának fragmentációját eredményezik, sokszor ellehetetlenítve a vállalkozások, különösen a kkv-k munkáját, veszélyeztetve ezzel az európai gazdaság fő motorjának, a közúti fuvarozásnak az erősödését. Ha már vitázunk, releváns és valóban európai hatáskörbe tartozó dolgokról kellene azt tennünk. Köszönöm!

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Nie ulega wątpliwości, iż nakładanie opłat za korzystanie z autostrad jest wyłączną kompetencją państw członkowskich. Nie ulega jednak również wątpliwości, że owe opłaty powinny być nakładane w sposób niedyskryminujący, sprawiedliwie obciążając wszystkich uczestników ruchu drogowego. Pierwotna propozycja Niemiec obciążająca opłatą za przejazd autostradami wyłącznie obcokrajowców była w oczywisty sposób niezgodna z unijnym prawem i słusznie skierowana została do Trybunału Sprawiedliwości.

Nowa propozycja, będąca efektem kompromisu pomiędzy rządem Niemiec a Komisją Europejską, jest lepsza w stosunku do pierwotnej, ale w moim przekonaniu nie usuwa ona podstawowego zarzutu, jakim jest dyskryminacja użytkowników autostrad będących obcokrajowcami. Niemieccy kierowcy otrzymają bowiem zniżkę w podatku drogowym, która de facto będzie rekompensatą za konieczność zakupu winiety. W moim przekonaniu zatem zawarty kompromis jest niestety jedynie próbą zatuszowania problemu, a nie jego rozwiązaniem.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Szanowni Państwo! Proponowany przez Niemcy system poboru opłat drogowych narusza zasadę równego traktowania mieszkańców Unii Europejskiej. Nie może być zgody na to, że kierowcy z innych krajów mają płacić określone kwoty za przejazd, podczas gdy kierowcy niemieccy mają mieć ulgę w podatkach. W efekcie opłaty za przejazd przez Niemcy będą płacić tylko obcokrajowcy. Jednocześnie rozczarowująca jest postawa Komisji, która zdaje się dopuszczać tego typu rozwiązanie. Chcę podkreślić, że każdy kraj ma prawo wprowadzać opłaty za przejazd, ale wszędzie, gdzie one funkcjonują, obejmują takim samym poziomem mieszkańców danego kraju jak i obcokrajowców.

Na koniec smutna refleksja – takie działanie i postawy, o których dzisiaj mówimy, zniechęcają i rozczarowują obywateli UE.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Orice sistem de rambursare directă sau indirectă bazat pe naționalitate este greșit și contrar principiului european de libertate a mișcării. De aceea, consider că decizia guvernului german de a institui vinieta pentru autoturismele care circulă în Germania este una discriminatorie și distorsionează piața de transporturi din întreaga Europă. Este evident că, prin faptul că proprietarii de mașini înmatriculate în Germania primesc o deducere de impozit după plata vinietei, cei din alte state membre sunt dezavantajați, iar acest lucru afectează în mod direct competitivitatea firmelor străine. În acest context, mă aștept ca executivul european să fie ferm în respectarea principiilor stipulate în Tratatul privind funcționarea Uniunii Europene și să se pronunțe în cel mai scurt timp cu privire la legalitatea vinietei pentru autoturismele care se deplasează în Germania. În același timp, sunt de părere că avem nevoie la nivel european de un cadru legislativ comun, precum și de un sistem de taxare eficient care, pe de o parte, să reflecte ambiția Uniunii în ceea ce privește mediul înconjurător, iar pe de alta, să țină cont de posibilitățile financiare ale diferitelor state membre.

16. Europäische Cloud-Initiative (Aussprache)

President. – The next item is the report by Jerzy Buzek, on behalf of the Committee on Industry, Research and Energy, on the European Cloud Initiative (2016/2145(INI)) (A8-0006/2017).

In order for there not to be any delay, as I understand that Mr Buzek is not yet with us and in order not to keep us waiting, I propose Commissioner, if you agree, that we will start with your introduction and hopefully in the meantime Mr Buzek will arrive.

Carlos Moedas, *Member of the Commission*. – Mr President, last year on 19 April the Commission launched the European Cloud Initiative with the ambition of ensuring that science, businesses, public services could reap all the benefits of the so-called 'big data revolution'. Today we produce 2.5 billion – billion – bytes of data per day. That is, as someone once put it, four Eiffel Towers of Blu-ray discs per day, so the fundamental question for us tonight is really how we should deal with it, and the Cloud Initiative is part of the answer to this question.

The Communication proposed the creation of an inclusive, European, open science cloud, deploying an efficient European data infrastructure to address such enormous data flows and opening up the user base to the public sector and industry. As Commissioner for research, science and innovation, I have followed very closely the work of this House and it culminated with the adoption of the report in front of us today.

Let me say a word of gratitude to the Chair, Jerzy Buzek, for stepping up as a rapporteur, and to Mr Boni and Ms Maydell for their work in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) and the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO). I knew from the beginning that the contribution of this Parliament would be a valuable support for our strategy for an open and trusted cloud-based data environment geared to the scientific community.

We are now deeply committed to engaging with all relevant stakeholders to ensure that the European Cloud Initiative can achieve its objectives. We are now discussing sustainable funding and implementation instruments with the Member States, research infrastructures, scientific communities and other key players. But let me assure you that we are here to tell you that your advice will be followed, that the Commission has already started to implement the initiative very much along the lines that you suggest.

First, on the European Open Science Cloud the Commission is preparing a roadmap for governance and financing to be presented to, and discussed with, the Member States in the course of 2017. Our aim is very simple. We want our 1.7 million European scientists to have the best services for text and data mining, the best data management plans and the best training programmes. We made open data the default in Horizon 2020, starting in 2017. In other words, we kind of transformed an exception into a rule simply because we intend and we believe that the Commission should lead by example.

We will fund a pilot project on the European Science Cloud to ensure that the governance in the European Open Science Cloud is truly representative of European science, that it create synergies amongst existing and future initiatives of this kind.

Over the year, we will do more. We will define a governance board before the end of 2017 and we will work on making all our research data fair; findable, so scientists can identify each piece of data in a unique way; accessible, so it can always be obtained freely; interoperable, because science is today at the intersection of disciplines; and reusable, because you cannot lose important data after you have used it, you have to be able to use it in different disciplines at different times. So if we want better research, if we want better science and if we want better innovation, it is essential to be able to set these fair principles of data as the global standard, so we all speak to same language and we can advance in science.

After addressing you on the Science Cloud, let me now give you some information about the European data infrastructure, a European high performance computing strategy under development with Member States and European industry. This includes a pooling of the necessary investments at all levels to create a world-class pan-European high performance computing and big data ecosystem by 2023.

We want this ecosystem to be built on two exascale computers. That means a billion operations per second, which is basically one thousand times faster than today's supercomputers. The Commission agrees that the take-up of high performance computing services by businesses, consumers, public administrations and scientific sectors requires seamless user-friendly access with appropriate levels of data protection, security and services to ensure trust and confidence in their use. I believe the key for the future in terms of data is about exactly these two principles: trust and confidence.

And so in this context, on 10 January last, the Commission adopted the Communication on Building a European Data Economy. That deals with additional big data issues. It advocates reducing barriers to the free flow of data. It looks into questions of ownership, access to data, liability in the context of data-driven processes and autonomous systems. It puts emphasis on measures necessary to ensure an open and competitive economy without unjustified lock-in effects. As regards widening the benefits of the European Cloud Initiative to industry, the Commission is considering several proposals on the supply and demand side and on the extension to SMEs.

Let me finish by reiterating that the Commission is fully committed with you to supporting science, industry and public authorities in Europe, access to world-class data infrastructures and cloud-based services as they become the decisive factors for success in this digital era. In a recent visit to Heidelberg I saw how the Institute of Bioinformatics generates more than EUR 1.3 billion per year of value just by having made one very simple choice: scientific information freely available to the global science community. That is the way we are going. That is the way we will have to go, thanks to your report.

Michał Boni, *rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, deputising for the rapporteur*. – Mr President, Commissioner, first of all I would like to thank my colleagues, shadow rapporteurs from the Committee on Industry, Research and Energy, because I was a shadow there and rapporteur for the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, for the great cooperation which has resulted in us getting this report into a positive shape.

We need open science followed by open innovation in Europe. We have to overcome all institutional and mental barriers to create a good background for the European Open Science Cloud initiative. It is key to use the Horizon 2020 sources more strongly and faster, to speed up modern science developments, especially to start with the European supercomputer, to attract scientists to be more open, to ensure interoperability and technological support for the secure cloud, to involve all partners in the data computing processes. We need to share data and the results of research under conditions of security, privacy protection and modernised intellectual property. Open access to data, based on clear rules, better usage of text and data mining possibilities are the new drivers. Open data-driven science and the Big Data-driven economy are two sides of the same coin. Opening the data is the future. Locking up is the past.

Eva Maydell, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. – Mr President, this initiative enables Europe to open a new page in the history of our continent so that we can prove we are a continent of innovation, of places where it can happen, a continent open for business.

In the Committee on the Internal Market and Consumer Protection we want to put forward three key points, and I would like to thank our colleagues in the Committee on Industry Research and Energy for taking them on board. First of all, the initiative should deal with what the sector is willing to do and wants to do. Second of all, it has to have a regional approach: newer Member States also have to have a key role in the discussions in bringing forward this initiative. Third, we need European legislation to guarantee the free flow of data. We want the free flow of data to be the fifth freedom in Europe. I really hope that the European Cloud for Open Science could become one of those key successful projects in Europe, just like projects such as Erasmus, the abolition of roaming or the European Fund for Strategic Investment.

I would like to thank everyone who pulled together on this text and ensured that we managed to fight the populist approach and that it did not block our way in pushing the initiative forward.

Pilar del Castillo Vera, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, comisario, yo quisiera empezar por agradecer el esfuerzo que han hecho los ponentes alternativos y, muy especialmente, mi colega Michał Boni, porque las circunstancias en las que la posición de la Comisión ITRE se ha configurado han sido especialmente complejas y difíciles, y hemos tenido, al final, una magnífica posición, un magnífico documento en la Comisión ITRE.

La economía de datos se está configurando como el principal motor del crecimiento y de la competitividad en todo el mundo, también en Europa.

Hasta ahora, prácticamente, la generación de datos tenía un perfil y era una fuente de naturaleza esencialmente personal, vinculada a redes sociales, vinculada también al comercio electrónico. Pero ahora estamos ante una situación emergente, y cada vez más cristalizada, donde los datos que proceden de la conexión máquina a máquina se están convirtiendo y van acabar convirtiéndose en el corazón de la economía del conocimiento, de la economía de los datos.

Dadas las fortalezas que tiene la industria de manufactura europea —su capacidad de exportación, etcétera—, estamos ante una enorme posibilidad nueva y, en ese sentido, esta propuesta de computación en nube para la ciencia abierta, pero también para aplicarla posteriormente a la industria y a otros sectores, me parece esencial.

Dan Nica, *în numele grupului S&D*. – Domnule președinte, domnule comisar, salut inițiativa Comisiei în domeniul cloud computingului, ca element al punerii în aplicare a strategiei pentru piața unică digitală și a pachetului privind digitalizarea industriei europene, susținând astfel creșterea economiei digitale europene, contribuind la competitivitatea întreprinderilor și serviciilor europene și consolidând poziția pe piața mondială. Deoarece beneficiile cloud computingului sunt esențiale pentru creșterea durabilă, crearea de locuri de muncă și pentru cercetători, este important să se reducă fragmentarea infrastructurilor digitale, să se asigure guvernanța și finanțarea corespunzătoare pentru cloudul european.

Dezvoltarea tehnologiei 5G și noile reguli ce vor fi instituite de Codul european de comunicații electronice ar trebui să facă cloudul european pentru știință deschisă mai atractiv, asigurând servicii de internet de înaltă calitate și o infrastructură nouă de calitate superioară. De asemenea, elaborarea unor standarde clare pentru interoperabilitate, portabilitatea datelor și acordurile pentru nivelul serviciilor în domeniul tehnologiei cloud va asigura un grad sporit de certitudine și transparență, atât în beneficiul utilizatorilor, cât și al furnizorilor de servicii cloud.

Stimate domnule comisar, raportul adoptat în cadrul Comisiei ITRE și pe care îl discutăm astăzi cred că se bucură de o mare susținere în Parlament și, de asemenea, și din partea Comisiei. Pentru a asigura succesul acestei inițiative, aș dori să vă întreb ce măsuri are în vedere Comisia pentru a stimula participarea IMM-urilor europene și a sectorului privat în producerea de echipamente, programe informatice și pentru infrastructura europeană de date și, de asemenea, cum putem asigura resursele financiare necesare acestei inițiative.

Zdzisław Krasnodębski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! EKR w pełni popiera ideę udostępniania wszystkich danych naukowych opracowanych w ramach programu „Horyzont 2020” za pośrednictwem europejskiej chmury dla otwartej nauki. Ale mamy wątpliwości co do roli i wartości udziału Komisji Europejskiej w kształtowaniu przyszłości tego sektora w związku z rozwojem infrastruktury i wykorzystywaniem zasobów. Uważamy, że kwestią nadrzędną jest, by takie prace były prowadzone przez sektor branżowy i uwzględniały realia rynkowe. Komisja Europejska nie powinna zanadto ingerować w działanie rynku w tym zakresie.

Prezentowane przez Komisję scentralizowane podejście uniwersalne dla wszystkich („one size fits all”) nie jest właściwym rozwiązaniem. Poza tym zgodnie z komunikatem europejską inicjatywę dotyczącą przetwarzania w chmurze powinno zasilić finansowanie w ramach programu „Horyzont 2020”, ale jednocześnie stwierdza się, że w okresie pięciu lat konieczne będą dodatkowe inwestycje publiczno-prywatne w wysokości 4,7 mld euro. Komisja nie podaje, na jakiej podstawie ustaliła, że będą konieczne inwestycje tej wielkości.

Cora van Nieuwenhuizen, *namens de ALDE-Fractie*. – Ik wil graag eerst de schaduwrapporteurs en in het bijzonder collega Boni bedanken voor de goede samenwerking bij dit verslag. Ik pleit voor een sterk signaal van het Europees Parlement inzake dit *European Cloud Initiative*. Ik wil graag dat we kunnen zeggen: we zijn “*proud of the Cloud*”. Want voor onze internationale concurrentiekracht is het cruciaal dat Europa zo snel mogelijk beschikt over een ultramoderne digitale infrastructuur. Eigenlijk is dat een no-brainer als je bedenkt dat alle sectoren van de economie digitaliseren. Door het *internet of things* groeien datastromen explosief. Als we bedenken dat 80 procent van de data die nu opgeslagen is in de afgelopen twee jaar is verzameld, dan kun je zien hoe snel dat zal gaan.

Dit initiatief slaat de brug tussen data en digitalisering, vooral ook door de *Open Science Cloud*. Door deze kans te grijpen kunnen we extra groei en banen creëren. De *Open Science Cloud* zal miljoenen wetenschappers in Europa, onafhankelijk van landsgrenzen of specifieke onderzoeksgebieden, toegang geven tot heel veel nieuwe data waar ze nu niet gemakkelijk bij kunnen. Maar natuurlijk moeten ook andere gebruikers kunnen profiteren van de *Open Science Cloud*. Bedrijven moeten goedkoop en gemakkelijk toegang tot *big data* krijgen, waardoor zij nieuwe innovatieve producten kunnen ontwikkelen. Door de cloud te gebruiken kunnen zij hun IT-kosten gemiddeld met 20 tot 50 procent omlaag brengen.

Dus, onze digitale infrastructuur moet van de hoogste kwaliteit zijn en ik ben blij dat de Commissie inzet op drie cruciale terreinen: de supercomputers, hogesnelheidsverbindingen en de massaopslag van data. In het bijzonder ben ik blij met de miljard euro die de Commissie vrijmaakt voor quantumonderzoek, want deze nieuwe generatie supercomputers zal alle huidige computers de baas kunnen. We moeten ervoor zorgen dat Europa de koploper blijft en ik ben blij dat de Raad dit ook serieus oppakt. Morgen mag ik bijvoorbeeld ook aanwezig zijn op een conferentie op Malta over de quantumcomputer.

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Não havendo na União Europeia servidores com capacidade suficiente para armazenar os dados da investigação, isso faz com que os investigadores tenham que recorrer a outros lugares e que armazenem fora da União Europeia, sem a proteção de dados ser salvaguardada. O mesmo se aplica em relação ao acesso: há problemas de acesso por não termos esta capacidade no quadro da União Europeia.

Este projeto que se apresenta hoje é um projeto ambicioso, mas para que funcione na sua plenitude é necessário, em primeiro lugar, que o sistema seja mantido no domínio público, garantindo o uso e o acesso a toda a comunidade, desde investigadores a pequenas e médias empresas e outros setores da indústria; em segundo lugar, garantir a portabilidade e a interoperabilidade dos dados; em terceiro lugar, proteger os dados pessoais e da investigação ao abrigo da legislação que já temos e não ceder nem um milímetro.

A iniciativa europeia para a nuvem é um projeto fundamental para a sociedade digital, mas não podemos deixar que os interesses privados se sobreponham e, por isso, podemos mesmo acabar com as parcerias público-privadas. Creio que seria um erro, em termos de acesso e daquilo que deve ser o fundo deste projeto, que creio ser de extrema importância.

E, por último, por último, especialmente para o Sr. Comissário e para o seu assessor, Alfredo Sousa Jesus, imaginem a sociedade em que viveríamos hoje se Marx tivesse tido a oportunidade de partilhar toda a sua obra na nuvem.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Een paar jaar geleden konden we nog zeggen dat *Cloud computing* iets was voor de toekomst. Nu is het eigenlijk de gewoonste zaak van de wereld om je gegevens buiten je eigen harde schijf op te slaan. Maar dat opslaan doen we wel heel erg vaak buiten de Europese Unie en dat is niet goed, want buiten onze jurisdictie kunnen we overheden, bedrijven, wetenschappers en burgers niet beschermen. Amerikaanse bedrijven moeten de NSA laten meekijken en laten we het over Russische bedrijven maar niet hebben. En dat is ook niet goed, want persoonsgegevens beschermen is enorm belangrijk, zeker in tijden van Trump en Poetin.

Dus dit *Cloud Initiative* - en ik zeg het niet vaak - is een echte win-winkans. We kunnen onze achterstand in *cloud computing* ombouwen naar een voorsprong. Dat is goed voor onze portemonnee en het is goed voor onze privacy. Maar dan wil ik u vragen, meneer de commissaris, om op te houden met luisteren naar bedrijven als Hewlett-Packard en Amazon, Amerikaanse bedrijven die graag de monopoliepositie willen hebben op de cloud. Door open standaarden af te dwingen verkleinen we dat risico. Door onze wetten op gegevensbescherming, ook in de cloud, heel strak te handhaven, hebben wij een aanbod ook voor bedrijven van buiten de Europese Unie. Dan zie ik hele goede kansen.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, comme vous le savez, ce rapport était à l'origine mon rapport.

Mon souci avait été de: maîtriser la filière, à la fois le *software* et le *hardware* au niveau d'entreprises européennes, c'est-à-dire d'entreprises véritablement européennes ayant leur siège en Europe, fabriquant en Europe et ayant des capitaux européens; maîtriser la sécurité avec des clés de sécurité qui le permettent et, entre autres, les clés quantiques; maîtriser la notion d'ouverture, parce qu'il faut que l'ouverture ne soit pas simplement à sens unique et qu'elle ne serve pas que les puissances étrangères, alors que les États-Unis ou la Chine se protègent avec la notion d'ouverture; maîtriser la propriété de la donnée suivant le principe qu'elle appartient véritablement à celui qui la fournit.

J'ai été étonné. Je me suis entouré d'une équipe de 25 spécialistes et de 5 coordinateurs, spécialistes également dans ce secteur. Nous avons découvert, Monsieur le Commissaire, que certaines entreprises – les premières en Europe – n'avaient pas été consultées. Nous avons découvert que vous mettez d'énormes moyens dans les supercalculateurs, mais que vous abandonnez par ailleurs le quantique, par exemple, ou d'autres secteurs comme les microprocesseurs, qui représentent 20 fois le marché des superordinateurs. Nous avons découvert que votre politique est surtout celle des lobbyistes étrangers.

Ces faits – j'ai donné tous les travaux à la Commission –, mes collègues les refusent. La réalité est renvoyée à plus tard. Je crains malheureusement, Monsieur le Commissaire, que cette politique soit un échec et je tiens donc à vous dire que si je n'avais pas déjà eu des raisons de sortir de cette Europe, maintenant, j'en aurais une de plus.

Diane James (NI). – Mr President, I do not wish to be a spoilsport, but may I just introduce a dose of reality to this particular debate? This project is forecast to cost EUR 6.7 billion, which includes a 4.7 billion financial shortfall. That means that no one has defined where almost EUR 5 billion of the costs will be found. Secondly, there is no explanation from the Commission as to how or why this concept will work any better than existing readily available storage systems. Thirdly, there is no road map to show how national governments might be persuaded of any of the benefits, given existing global and fully international alternatives. Fourthly, there is no impact assessment on national legal competences such as posting of data and spectrum issues.

Now everything points to the sort of debacle that even the United Kingdom has had with big IT projects, and I have to admit that; with the huge costs involved with all of the aspects that have not been addressed, I really do feel that giving the green light to this tomorrow is not going to be the right decision, and I ask that the rapporteur takes these points on board and asks the committee to look at it again.

Paul Rübig (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte mich bei Kommissar Moedas recht herzlich bedanken für diese Initiative, die Europa stärken wird. Kollege Boni hat es gut auf den Punkt gebracht, dass es um den Schutz der personenbezogenen Daten in einer zertifizierten europäischen Cloud geht. Wir wissen, die Cloud Select Industry Group hat sich um einen *Code of Conduct* bemüht, der für Europa Standards setzen wird. Diese Standards brauchen wir global, damit die europäische Cloud-Industrie in diesem Bereich eine starke Rolle bekommt. ENISA und ETSI sind hier *key player*, und ich kann den beiden Organisationen nur gratulieren, dass diese Initiative wirklich nachhaltige europäische Erfolge auch für die kleinen und mittleren Betriebe bringen wird.

Wir brauchen natürlich auch ein *Cloud-Computing-Compliance-Control-Katalogsystem*, um hier Standards zu setzen, die es uns ermöglichen, das Misstrauen und die Vertrauenskrise, die es in diesem Bereich gibt, zu beseitigen. Wir brauchen ein europäisches Cloud-Gütesiegel, das die Datenhaltung bei den europäischen Cloud-Anbietern auch in europäischen Rechenzentren sicherstellt und der vollständige *source code* in Europa dementsprechend verfügbar ist. Wir brauchen das europäische Recht und die europäischen Datenschutzbestimmungen, um dieses Cloud-Gütesiegel umsetzen zu können. Dann bleiben auch die Steuern und Abgaben in Europa, und IT-Dienste werden zu unserer Infrastruktur beitragen können.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Europäische Clouds tragen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Europa bei und stellen gerade dann, wenn ein hohes Datenschutzniveau gewährleistet ist, auch einen Wettbewerbsvorteil dar.

Das habe ich vor vier Jahren hier in diesem Haus bei einer Debatte gesagt. Seither ist viel passiert. Das Datenvolumen hat sich vervielfacht, die technischen Möglichkeiten haben sich entscheidend verbessert. Auf unserem Gebiet ist aber wenig geschehen. Deshalb ist die Initiative der Kommission zu begrüßen. Es sollte aber nicht bei Ankündigungen und Schönrederei bleiben.

Damit dies nicht passiert, brauchen wir mehr Mittel – deutlich mehr Mittel und rasch –, und wir sollten auch die europäischen Wettbewerbsvorteile deutlich machen. Dazu gehört das hohe Datenschutzniveau auf diesem Kontinent. Wir sollten uns bewusst sein, dass eine Europäische Cloud-Initiative nicht nur auf die Forschung ausgerichtet sein sollte, sondern auch auf die Bedürfnisse der privaten User Bezug nehmen sollte.

José Blanco López (S&D). – Señor presidente, Europa tiene un magnífico ecosistema de investigación e innovación, 1,7 millones de investigadores, 70 millones de profesionales en ciencia y tecnología. Pero siempre hay un «pero». Somos buenos inventando nuevas tecnologías digitales pero fallamos en la explotación comercial de estas ideas. Somos buenos desarrolladores de aplicaciones pero para plataformas de terceros. Europa es la mayor productora de datos científicos del mundo, pero, una vez más, la fragmentación y las insuficiencias de nuestras infraestructuras nos impiden aprovechar todo el potencial de esos datos.

La Iniciativa Europea de Computación en la Nube es imprescindible y urgente. Necesitamos un entorno virtual para almacenar, compartir y reutilizar los datos generados por ese universo de investigadores y tecnólogos a través de disciplinas y de fronteras. Necesitamos ganar capacidad de supercomputación y eso requiere recursos económicos para hacer posible desplegar la capacidad de la supercomputación, conectividad ultrarrápida y soluciones en nube de alta capacidad a través de una infraestructura de datos europeos. Y para hacer posible que todas las regiones de la Unión Europea participen, que no haya nuevas brechas.

Yo, desde luego, apoyo y animo a la Comisión y a los Estados miembros a hacer realidad estos objetivos, poniendo los recursos económicos necesarios para financiar iniciativas en que nos jugamos el ser o no ser de la competitividad mundial de Europa.

Carlos Zorrinho (S&D). – Sr. Comissário, vivemos um tempo de aceleração no acesso e processamento de dados. A sociedade digital que está a emergir no mundo atual é desenhada sobre um magma constituído por quantidades cada vez maiores de dados. A União Europeia precisa de uma infraestrutura robusta para o seu armazenamento, conectividade de alta velocidade e capacidade de transporte e computadores com elevada capacidade de processamento e, a partir daqui, temos que definir prioridades, temos que apostar na inovação dos serviços para os cidadãos, na integração das pequenas e médias empresas nas cadeias de valor e, com isso, temos que conseguir melhorar as respostas em áreas como a segurança, a proteção da privacidade, a saúde e a qualificação das pessoas.

A iniciativa Wifi for EU, que contribui para um acesso universal e de elevada qualidade à Internet, independentemente da condição económica e do local geográfico, pode ser utilizada para testar a promoção da inclusão associada a esta iniciativa. Deixo-lhe, Sr. Comissário, este desafio.

E também temos que melhorar a conectividade a outras zonas do globo. O cabo submarino entre a Europa e o Brasil é também importante para o sucesso desta iniciativa.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, salut acest raport privind Inițiativa europeană în domeniul cloud computingului și îmi exprim încrederea că poziția Parlamentului va fi luată în considerare de către Comisie.

Industria de cloud se dezvoltă foarte repede și se estimează că va ajunge la aproape 45 de miliarde de euro în 2020. De fapt, este suficient să ne uităm la faptul că 25 % din firmele europene folosesc deja cloudul pentru stocarea mailurilor sau documentelor, iar o treime dintre acestea utilizează inclusiv aplicații financiare sau de gestiune în cloud. Cu toate acestea, aproape jumătate din companii consideră cloudul încă un risc important de securitate și justifică nefolosirea tehnologiei prin absența competențelor.

De fapt, dacă Uniunea Europeană vrea să investească cu adevărat în această tehnologie, trebuie să acorde sumele de bani necesare. Ne lipsesc 4,7 miliarde de euro pentru finanțarea inițiativei. Avem doar 12% din Fondul european de investiții strategice îndreptate către digital și vrem să avem soluții.

Trebuie să acționăm direct, rapid în educație, în sectorul public, în educarea companiilor, pentru a avea un cloud european. Domnule comisar, aveți sprijinul Parlamentului European pentru asta, fiți puternic.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor presidente, señor comisario, como muy bien sabe, la economía de los datos es el paso irrenunciable o irremediable en la economía digital.

Celebro el llamamiento que se hace en el informe a la ciencia abierta, por los avances que va a suponer en el conocimiento y en la propia economía. Necesitamos para ello una infraestructura, como es el iCloud, que debe ser ambiciosa y, por supuesto, con financiación suficiente.

Considero que la coordinación por parte de la Comisión es clave para que sea un éxito.

También considero que la participación pública y privada es imprescindible para poder aprovechar todos los avances y las oportunidades que se nos ofrecen. Para ello, creo que esa participación debe serlo en el sentido del acceso a la información, y también en el soporte de esta infraestructura.

Catch-the-eye procedure

Lambert van Nistelrooij (PPE). – Mr President, I wanted to say to the Commissioner that this is a really timely proposal. In the past, when we talked about the cloud development, we missed the bus and came too late. Here we have an excellent Horizon 2020 programme, we have excellent universities and we have all those campuses all over Europe specialised to combine them and to enable them. So I would like to congratulate you.

The second thing concerns the human resources that we need to make this happen, to make this fly. In my region, in relation to the big data initiative you have just mentioned, there is now a new academy, which started last year in combination with big data, science, ethics and entrepreneurship. So you can see that, from different angles, this might be a very powerful and timely initiative, not repeating the last years where we lost out to the United States, as I heard a minute ago.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το υπολογιστικό νέφος έχει σχέση με την αποθήκευση, επεξεργασία και χρήση δεδομένων από απομακρυσμένους υπολογιστές στους οποίους εξασφαλίζεται πρόσβαση μέσω του Διαδικτύου και βοηθά τους χρήστες να εξοικονομήσουν χρόνο και χρήμα. Το υπολογιστικό νέφος δίνει στους χρήστες τη δυνατότητα να έχουν σχεδόν απόλυτη ευελιξία, όσον αφορά τον χώρο αποθήκευσης και τα εργαλεία που χρησιμοποιούν. Υπολογίζεται ότι τα έσοδα από το υπολογιστικό νέφος στην Ευρωπαϊκή Ένωση θα μπορούσαν να φτάσουν τα 80 δισεκατομμύρια EUR μέχρι το 2020. Ωστόσο, υπενθυμίζεται ότι η προστασία προσωπικών και ευαίσθητων δεδομένων οφείλει να έχει προτεραιότητα έναντι της ελεύθερης κυκλοφορίας των δεδομένων. Τέλος, οποιαδήποτε πολιτική πρωτοβουλία για το υπολογιστικό νέφος στην Ευρώπη πρέπει να ανταποκρίνεται στις ανάγκες και να ωφελεί τις μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις και κυρίως τους καταναλωτές σε ευρωπαϊκό, εθνικό, περιφερειακό και τοπικό επίπεδο.

(End of catch-the-eye procedure)

Carlos Moedas, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable Members very much for this interesting debate and all the questions which we received and which we have discussed.

I will start by quoting Mr Boni, who said that open data is the future and locking up is the past. We have the opportunity not to miss this boat of open access, open data, open science and openness to the world. So I really warmly appreciate your calls during this debate to speed up implementation, to invest in a world-leading capacity, to set up a governance structure with a membership that is truly representative of European science, to protect people's data and privacy, and to ensure that European industry and the public sector benefit fully from it.

The Commission knows that it can count on the European Parliament as a true partner to realise these objectives in full. Thank you very much for this discussion and for your comments. I am a great believer that this is the way to go. This is the way to go so that we can have better science. Our scientists, whom I meet every day, tell us that they want to have this cloud. They need this cloud. This cloud is about being better, being able to mine text and data better than others, and having access to information that can create ideas. Those ideas can create companies and those companies will create the jobs of the future.

President. – Commissioner, I would like to express my appreciation of your efforts in terms of entering into debate. It is not always the case that Commissioners react to the questions that have been posed, and that is what I would like to encourage so that the European Parliament is an arena of real debate.

Michał Boni, deputising for the rapporteur. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for his explanation and his determination to establish a European Open Science Cloud because this really is our future. I would also like to thank all my colleagues, who have mentioned many issues here. I think that we can conclude by talking about five conditions for open science data, for the development of the Open Science Cloud Initiative.

Firstly, infrastructure – how to make the infrastructure much more adjusted. We need to develop 5G, we need to have this European supercomputer, and we need to develop and have a network of European high performance computing centres. Secondly, principles: we need a much more secure cloud and we need to implement the General Data Protection Regulation (GDPR) and privacy protection. We also need, I think, to discuss how to use anonymisation in processing the data.

Thirdly, cooperation of all partners, because I think it is very important to involve scientists, to involve universities, to involve business and to involve citizens. Fourthly, we need to promote this solution because there are many mental barriers, including in our universities among our scientists. And last, but not least, we need to discuss financial resources for the development of those issues because this is very crucial, so we need to discuss how to use money from Horizon 2020, but we also need to discuss now what will happen after 2020.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 16 February 2017.

Written statements (Rule 162)

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Con mia interrogazione del dicembre 2014 «Internet e servizi universali» ho presupposto che nell'Agenda digitale i servizi ICT vengano considerati servizi pubblici fondamentali. In due anni la necessità sempre maggiore di garantire privacy del dato e massima inclusività, velocità nella installazione delle reti, idoneità di piani di *backup* e rispetto dell'ambiente in internet ha reso sempre più attuale questa definizione.

Sono soddisfatto della risposta che ho ricevuto nel febbraio 2015 dal commissario Oettinger visto che la Commissione ribadisce il proprio impegno nei confronti degli obiettivi dell'Agenda digitale europea e che la banda larga è essenziale perché i nuovi servizi online raggiungano una massa critica.

Tuttavia i recenti sviluppi sociali, economici e tecnologici impongono alle istituzioni UE di riesaminare il contenuto del servizio universale a livello dell'UE per tutelare i servizi accessibili al pubblico. Il *cloud* è un servizio per me universale e come tale deve essere garantito. Non è un caso, infatti, che la creazione del miglior ambiente possibile con dati di alta qualità, analisi dei dati e servizi sicuri rende sempre più competitive le nostre PMI.

Algirdas Saudargas (PPE), *raštu*. – Europos debesijos iniciatyva atsirado kaip bandymas atliepti į skaitmeninio amžiaus iššūkius. Duomenų ekonomika tampa vienu pagrindinių ekonomikos varikliu dabarties pasaulyje. Duomenys, užuot turėję tik lokalų pobūdį, dabar įgyja globalias pasiekiamumo galimybes. Ši debesijų iniciatyva yra pribrendusi ir tikėtina, kad padės efektyviai spręsti duomenų saugojimo, apdorojimo ir mainų klausimus pačioje ES, o tuo pačiu padidins Europos Sąjungos ekonomikos konkurencingumą. Vienas iš dokumente minimų tikslų yra skaitmeninės ekonomikos plėtra. Atviras debesijos projektas pasitarnaus ne tik mokslui, bet ir privačiam sektoriui. Pritariu dokumente išsakytiems teiginiams apie asmens ir mokslo duomenų apsaugą, pasinaudojant jau galiojančiais ES teisės aktais, tačiau turi būti išlaikytas balansas tarp visuomenės ir asmeninių interesų. Debesų kompiuterija nėra tik techninių sprendimų klausimų visuma. Tai pačios Europos informacinio saugumo klausimai. Siekiant išvengti duomenų fragmentacijos, reikia ne tik suvienodinti ES valstybių narių laisvo duomenų judėjimo teisinę bazę, bet peržiūrėti ir modernizuoti autorių teisių klausimus.

17. Investitionen in Beschäftigung und Wachstum – Maximierung des Beitrags der europäischen Struktur- und Investitionsfonds – Verzögerte Umsetzung der operativen Programme der ESI-Fonds – Auswirkungen auf die Kohäsionspolitik und das künftige Vorgehen (Aussprache)

President. – The next item is the joint debate on

— the report by Lambert van Nistelrooij, on behalf of the Committee on Regional Development, on investing in jobs and growth – maximising the contribution of European Structural and Investment Funds: an evaluation of the report under Article 16(3) of the CPR (2016/2148(INI)(A8-0385/2016),

— the oral question to the Commission on delayed implementation of European Structural and Investment (ESI) Funds operational programmes – Impact on cohesion policy and the way forward by Iskra Mihaylova, on behalf of the Committee on Regional Development (O-000005/2017 – B8-0202/2017) (2016/3008(RSP)).

Lambert van Nistelrooij, rapporteur. – Mr President, thank you for having us here at this timely moment: I see that the Commissioner has just arrived and I especially want to address her.

Mr President, Commissioner Crețu, let us carry out a sort of mid-term balance on how we are performing. How are we performing in this cohesion policy, in the regional policy? I thank the Commission and all the colleagues for all the facts and figures and materials that we got on this Article 16(3) report. There are a lot of positive numbers in terms of growth and jobs. We support 150 000 startups. We have the creation of more than 500 000 jobs. This is substantial, and we also see a real shift from the infrastructure – roads and roads, bridges and bridges – of the last period to a knowledge-driven economy, to applied science, ICT, the green economy and social cohesion.

This renewed policy definitively leads to more local and European added value. We see commitments in the social field, especially for younger people to bring them to a job. The ex-ante conditionalities we have formulated lead to a more integrated policy and a better structured and targeted result. We initiated a package of simplification synergies with other funds and performance-based budgeting. It was something new in this House. The practical reflection and the relation with the European Semester is established. Cohesion concerns three-fourths of the country-specific recommendations, and we made a performance framework as an example, as I said, of this performance-based budgeting.

And on this basis we had studied and debated, I asked the Commission to come with three points of action. First, a cohesion master plan rescheduling the 2014-2020 period on the basis of the approvals of the operational programmes and the consequences for payments in the next years. N+3 has not helped to speed things up, and the austerity on the national level brought serious constraints in the co-financing. We need a new payment plan until 2023. I ask you to include three aspects in this cohesion master plan: taking away the hindrances to the expenditure in the Member States; clarifying the effects of the late start-up in the 2017-2023 period, not having this great backlog of bills in the next years to come; and clarifying the effects of the late start for the next years: N+3 will lead to performance payments in the years until 2023. Does this materially extend the period 2014-2020? Will the experience of 2014-2016 be repeated? Member States were still working to finalise the programmes and came with very late agreed programmes for the new period. Let us learn from these consequences.

I can just mention two other points. In Bratislava, the informal meeting on cohesion had a very positive assessment on how we have changed our methods, but there was also a proposal, an initiative from you, Commissioner, to present another way of communication, to come forward with a new communication plan. On the communication plan, let the European star shine, I mean the projects and those people in it.

My last point is territorial cohesion. I want to underline this smart specialisation approach and the wish of Parliament in my report to come forward with a bigger envelope in the total cohesion amount for this cross-regional and cross-country cooperation.

Iskra Mihaylova, *author.* – Mr President, this is not the first time in this House that the Committee on Regional Development has asked the Commission to respond to the issue of slow implementation. Just last year we adopted a similar resolution on accelerating the implementation of cohesion policy. Three years have now passed since the start of the new programming period and we are still seeing delays. They have resulted in significant setbacks to project implementation at local, regional and national level, as well as a considerable decrease in payment appropriations compared to last year.

We are concerned that this situation will lead to high levels of decommitments in the years to come. It also calls into question the goals and targets of cohesion policy and the smooth implementation of all the projects and operational programmes. While new requirements, such as those on thematic concentration and financial management, ensure increased performance they have also slowed down the implementation process.

With this in mind, we underline the importance of simplification. We also encourage the Commission to increase flexibility in relation to the priorities in its operational programmes and to improve coordination between European structural and investment funds and other financial instruments, particularly the European Fund for Strategic Investments. We welcome the support provided through the Taskforce for Better Implementation but we believe more can be done to assist the managing authorities and speed up implementation.

The Regional Development Committee therefore calls on the Commission to present an implementation action plan in the first quarter of 2017. This should assess the cause of the current delays, and it should be drawn up in close cooperation with the Member States, with the aim of accelerating the implementation of operational programmes. The Regional Development Committee wants to know how the Commission will increase flexibility and avoid decommitments. This is the first part of our question.

Secondly, how will the Commission ensure the full implementation of the payment plan by 2023? Thirdly, we are asking how the Commission will increase technical assistance for the managing authorities.

We ask the Commission to come forward with the solution to these issues in the Cohesion Forum and the 7th Cohesion Report. We urge the Commission to address these questions and deliver an implementation action plan in order to speed up the implementation of cohesion policy for this period. We hope that the lessons learned from these delays can inform the debate on the future European structural and investment funds post-2020. Bearing in mind the importance of this debate, we need to follow the situation with regard to implementation in the current planning period, and it is extremely important to encourage Member States to take special measures to improve implementation, otherwise we will have a not-very-successful period, which will lead to more debates concerning the future of the core of cohesion policy and the core results of the policy.

When we talk about the delay in payments and the delay in implementation, we are actually talking about delay in pursuing the main goals of cohesion policy: making the European economy more competitive and creating jobs and growth around Europe.

Georgi Pirinski, *rapporteur for the opinion of the Committee on Employment and Social Affairs.* – Mr President, firstly I would like to express my sincere appreciation to the rapporteur Mr van Nistelrooij for his truly constructive collaboration and partnership in including in the report important Committee on Employment and Social Affairs (EMPL) considerations.

Regarding the objective of maximising the contribution of European Structural and Investment Funds, I would like to highlight two issues of particular concern. One is the serious concern and disappointment of EMPL about the late adoption of the European Social Fund operational programmes due to the considerable novelties introduced for the 2014-2020 period, which has led to administrative difficulties despite efforts for simplification, thus bringing about the urgent need for both the Member States and the Commission to accelerate the implementation of operational programmes. And second, the request of EMPL to the Commission to ensure that the specific objectives of ESF programmes relating to Europe 2020 headline targets, and to the earmarked budget of 20% of the ESF for spending on social inclusion, are fully achieved by closely monitoring the correct implementation of the actions on the ground.

Corina Crețu, *membră a Comisiei*. – Domnule președinte, onorabili membri ai Parlamentului European, dragi colegi, bună seara. Aș vrea să mulțumesc Comisiei pentru dezvoltarea regională a Parlamentului European pentru această întrebare orală. Îi mulțumesc doamnei Mihaylova. Îi mulțumesc, de asemenea, domnului van Nistelrooij pentru raportul din proprie inițiativă privind impactul politicii de coeziune și calea de urmat.

Comentariile dumneavoastră, ale tuturor, sunt foarte importante pentru noi. După cum știți, Grupul de lucru pentru o mai bună implementare face eforturi și va continua să funcționeze și pentru perioada 2014-2020. De asemenea, cooperarea transfrontalieră, la care s-a referit domnul van Nistelrooij, este foarte apropiată de sufletul meu și vom veni în lunile următoare pentru a arăta un studiu privind impactul acestor politici transfrontaliere. Cred că aceste studii sunt foarte importante, într-o perioadă în care încercăm să arătăm că vrem să construim legături între țări, și nu ziduri care să separe cetățenii Uniunii Europene.

În ceea ce privește întrebarea orală, aceasta vine, cred, la timpul potrivit. O serie de membri din Parlament și-au exprimat îngrijorarea în ceea ce privește întârzierile investițiilor prin fondurile de coeziune. Bineînțeles că înțeleg aceste îngrijorări exprimate de dumneavoastră. Le-am exprimat și eu, la rândul meu, statelor membre, în repetate rânduri, pentru că politica de coeziune reprezintă, după cum știți, principala forță de investiție a Uniunii Europene. După cum subliniază domnul van Nistelrooij în raportul său, investițiile prin politica de coeziune sunt necesare acum, mai mult decât oricând, pentru a favoriza creșterea economică și crearea de locuri de muncă, pentru a reduce disparitățile dintre regiuni, precum și pentru a aborda într-o manieră personalizată nevoile specifice ale tuturor regiunilor noastre, în care trăiesc 500 de milioane de cetățeni.

Permiteți-mi să vă asigur însă că este exact ceea ce se întâmplă pe teren, acolo unde este nevoie și unde contează cu adevărat. Valoarea proiectelor selectate, cele care sunt în curs de implementare în prezent, ne oferă o imagine clară a ceea ce face cu adevărat politica de coeziune. Până în momentul de față, peste 176 de miliarde de euro au fost deja investite în economia reală în perioada 2014-2020, ceea ce se va reflecta în curând în plăți efectuate de către Uniunea Europeană către statele membre.

Este exact ceea ce s-a întâmplat în perioada 2007-2013. Peste 315 000 de proiecte sunt în curs de desfășurare în toate regiunile Uniunii Europene, asigurând sprijin pentru 140 000 de întreprinderi, zeci de mii de gospodării ce vor beneficia de acces la conexiune în bandă largă, peste 8,5 milioane de cetățeni care se vor bucura de facilități ale apelor reziduale corespunzătoare, infrastructură îmbunătățită pentru mii de cercetători și – lucrăm îndeaproape cu comisarul Moedas în acest sens –, școli noi pentru mii de elevi din Uniunea Europeană.

Avem numeroase exemple de proiecte care sunt simbol pentru Uniunea Europeană. Nu aș vrea să vă rețin atenția cu ele, pentru că știu că în fiecare regiune, în fiecare stat membru aveți exemple de acest fel.

Eu cred că succesul investițiilor prin politica de coeziune nu ar trebui să fie cuantificat în funcție de cât de multe facturi sunt trimise la Bruxelles și achitate, ci, mai degrabă, în funcție de modul în care programele sunt implementate în mod concret pe teren. Sunt de acord cu domnul van Nistelrooij, pentru că, am spus-o de nenumărate ori, calitatea trebuie să prevaleze asupra rapidității și rezultatele trebuie să fie bune în ceea ce privește absorbția, dar nu facem absorbție doar de dragul absorbției. Dorim proiecte concrete, de calitate, care să răspundă ex ante condiționalităților, să răspundă reformelor structurale, să facem această trecere de care vorbeați, de la infrastructură la cercetare, dezvoltare, competitivitate, sprijinirea întreprinderilor mici și mijlocii, care reprezintă coloana vertebrală a oricărei economii.

În ceea ce privește raportul dumneavoastră, Comisia salută și apreciază, așa cum spuneam, opinia domnului van Nistelrooij și vrem să vă asigurăm că facem tot ce putem să reformăm în continuare această politică de coeziune, pentru ca aceasta să devină mai eficientă, prin întărirea sprijinului către economia bazată pe cunoaștere, prin crearea unor instrumente precum cadrul de performanță, condiții prealabile pentru investiții eficiente, e-Cohesion, pentru desemnarea autorităților care asigură regularitatea cheltuielilor și care garantează siguranța juridică.

Totuși, trebuie să amintim responsabilitatea statelor membre. Până la urmă, este vorba de responsabilitate împărțită. Statele membre și regiunile sunt cele care trebuie să utilizeze aceste posibilități pe care Comisia Europeană le pune la dispoziție. Sunt primele responsabile pentru selectarea și implementarea proiectelor. Bineînțeles că trebuie să lucrăm împreună pentru întărirea capacității administrative. Așa cum spuneam, în foarte multe cazuri, capacitatea administrativă este mai importantă decât banii, pentru că, uitați, suntem în situația în care avem bani la Bruxelles, dar nu avem proiecte contractate, proiecte de calitate și o capacitate administrativă corespunzătoare.

Vă mulțumesc foarte mult. Mi-aș fi dorit să am mai mult timp, dar vreau să vă asigur că monitorizăm îndeaproape implementarea programelor din perioada de programare 2014-2020, pentru a ne asigura că plățile sunt în conformitate cu angajamentele. Sunt de acord cu dumneavoastră că am făcut o mare greșală în ultimii ani, pentru că nu am comunicat suficient despre ceea ce a făcut politica de coeziune, cum a schimbat în bine viața cetățenilor și, astfel, am ignorat toate atacurile la adresa Uniunii Europene și am ajuns în această situație, în care tot ceea ce este rău vine de la Bruxelles și tot ceea ce este bun vine din statele membre. Cred că trebuie să subliniem mai mult ceea ce facem și fiecare să ne asumăm partea de responsabilitate în ceea ce privește implementarea proiectelor.

Banii există. Așteptăm contractări din partea statelor membre, proiecte de calitate care să răspundă nevoilor cetățenilor din fiecare regiune.

President. – Thank you, Commissioner. I am sure we will have an opportunity to listen to your closing remarks and we will have more time then.

Νικόλαος Χουντής, Συντάκτης της γνωμοδότησης της Επιτροπής Πολιτισμού και Παιδείας. – Κύριε Πρόεδρε, μιλώντας για τα Επενδυτικά και Διαρθρωτικά Ταμεία, κυρία Επίτροπε, μάλλον πρέπει να εξηγήσουμε ότι πολιτική συνοχής δεν υφίσταται ουσιαστικά από το 2014. Από αναπτυξιακός πυλώνας, με στόχο την έκφραση της ευρωπαϊκής αλληλεγγύης, μετατράπηκε σε ένα ακόμα εργαλείο στην υπηρεσία ακραίων δημοσιονομικών προσαρμογών και των πολιτικών λιτότητας της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τα Διαρθρωτικά ταμεία και τα Επενδυτικά Ταμεία έχουν μπει σε ένα πλαίσιο αυστηρών οικονομικών κανόνων. Θεσμοθετήθηκε η παράλυσή τους, αφενός, με την απειλή της αναστολής και του παγώματος της βοήθειας όταν μια χώρα δεν συμμορφώνεται με τους μακροοικονομικούς όρους, και αφετέρου, με το ανεπαρκές χρηματοδοτικό πλαίσιο που τους αναλογεί για την περίοδο 2014-2020, μειωμένο κατά 8,4%, σε ένα ήδη χαμηλό Πολυετές Δημοσιονομικό Πλαίσιο. Δεν είναι δυνατόν, κυρία Επίτροπε, να αντιμετωπιστεί το πρόβλημα της απασχόλησης και της ανεργίας και να υπάρξει πραγματική σύγκλιση όταν αυτό έχει σαν προϋπόθεση – για να πάρεις δηλαδή τα χρήματα αυτά – να εφαρμόζεις πολιτικές λιτότητας και πολιτικές απορρύθμισης της ανεργίας ...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Viorica Dăncilă, Raportoare pentru aviz Comisia pentru agricultură și dezvoltare rurală. – Domnule președinte, doamnă comisar, fondurile structurale și de investiții europene trebuie să fie folosite pentru promovarea unor sisteme de învățare pe tot parcursul vieții și de calificare de calitate, care să faciliteze adaptarea lucrărilor la realitățile în schimbare ale mediului profesional, precum și crearea și promovarea unor locuri de muncă de calitate, cu accent pe zonele rurale unde femeile și tinerii sunt categoriile cele mai afectate de șomaj.

Consider că Uniunea trebuie să colaboreze strâns cu statele membre, pentru ca la implementarea programelor de dezvoltare rurală să fie integrată pe deplin dimensiunea de gen, iar o atenție particulară să fie acordată proiectelor care vizează tineretul.

Pe de altă parte, Fondul european agricol pentru dezvoltare rurală joacă un rol important, mai ales dacă avem în vedere gradul de flexibilitate promovat la nivel european cu scopul de a răspunde cât mai eficient nevoilor teritoriale specifice și atingerea celor 3 obiective transversale privind inovarea, mediul și atenuarea schimbărilor climatice.

Daniele Viotti, relatore per parere della commissione per i bilanci. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, avendo lavorato su questo dossier a nome della commissione per i bilanci, mi preme in particolare sottolineare la dimensione e l'implicazione finanziaria della valutazione dei Fondi strutturali e di investimento. Le criticità sono ben note. Ci sono spesso difficoltà nella designazione dell'autorità di gestione e, per alcune regioni europee, i tassi di assorbimento rimangono molto bassi, spesso vergognosamente bassi.

Inoltre, l'elevato rischio di accumulo delle domande di pagamento per la rubrica 1b del nostro bilancio rischia di rendere molto difficile l'esecuzione finanziaria, come previsto dal nostro Quadro finanziario pluriennale ed è dunque necessario che le tre Istituzioni lavorino insieme per definire al meglio la chiusura del periodo 2016-2020. Questa programmazione ha visto anche un deciso aumento degli strumenti finanziari. Anche in questo caso, è necessario che la Commissione e il Parlamento vigilino al massimo punto, ricordando sempre il principio di unità di bilancio e del controllo democratico delle spese effettuate con il denaro pubblico.

Signor Presidente, chiudo ricordando che la revisione dei regolamenti sui fondi strutturali doveva essere un'occasione per migliorare l'efficienza delle norme e non un tentativo di cambiare in peggio la filosofia che sta alla base della nostra grande politica regionale.

Kosma Złotowski, *autor projektu opinii Komisji Transportu i Turystyki*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Europejskie fundusze strukturalne i inwestycyjne to narzędzie niezwykle potrzebne i ważne. Pozytywne efekty wykorzystania tych środków widać na każdym kroku, szczególnie w nowych państwach członkowskich, takich jak np. Polska, gdzie były one impulsem do przyspieszenia rozwoju mojego kraju w wielu obszarach.

Czy EFSI działają perfekcyjnie? Oczywiście, że nie. Musimy lepiej dbać o synergię między różnymi funduszami, o lepsze identyfikowanie celów wydawania tych środków i o usuwanie kolejnych barier administracyjnych w dostępie do tych środków dla samorządów i małych i średnich przedsiębiorstw.

Jako odpowiedzialny za przygotowanie opinii Komisji Transportu, szczególnie chcę podkreślić rolę w EFSI w procesie budowy infrastruktury. Bez cienia wątpliwości można powiedzieć, że bez tych środków ukończenie sieci TEN-T w docelowym kształcie byłoby niemożliwe. Zmiana modelu funkcjonowania funduszy strukturalnych jest potrzebna, bo wyzwania rozwojowe stale się zmieniają, jednak pokładanie zbyt dużego zaufania w różnych rodzajach instrumentach finansowych może zaszkodzić realizacji ich głównego celu – wyrównywaniu różnic między państwami i regionami Unii.

Andrey Novakov, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, in my opinion, cohesion policy is no longer just a policy. It is part of the common values we share and it delivers more results than many of our other policies combined. 15 million people were supported by the Social Fund; 10 million people gained internet access because of structural funds, 5 000 new roads were built, 30 000 were rebuilt, 1 000 miles of railroad network were created, 100 000 start-ups were supported, and I can go on and on with these statistics. However, the late implementation of that policy will harm not just certain projects, but our entire image in the Union. Therefore, a grand master plan is needed. Firstly, Member States are lagging behind in the schedule. We should explore the possibility of extending the programme period for some operational programmes. We should explore the benefits of having a monofund, keeping the same share of different funds, but operating under a single rule book. This would cut red tape and increase the absorption rate. Last, but not least, managing authorities should go to the beneficiaries, not the other way around. Such mobility would increase the absorption rate and keep the error rate low, especially in mountain regions, remote regions and rural regions. We have to speed up, we have to promise and we have to deliver. Our citizens deserve it.

Constanze Krehl, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in diesem Saal schon oft diskutiert, dass sich die Europäische Union in einer schwierigen Situation befindet.

Das ist leider nichts Neues. Aber ich glaube, wir haben mit der Kohäsionspolitik einen Schatz in der Hand. Nämlich über 350 Milliarden Euro, die wir in die Zukunft der Regionen, in die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger, investieren können. Der Bericht von Lambert van Nistelrooij bietet uns die Chance, einmal zu gucken, wie im Moment der Istzustand der Kohäsionspolitik ist und welche Notwendigkeiten sich für uns ergeben, wie wir in Zukunft auf Herausforderungen reagieren können und reagieren müssen.

Eines ist uns allen klar: Wir müssen mit der Kohäsionspolitik, mit den Steuergeldern, die uns zur Verfügung stehen, sehr sorgsam umgehen. Ich glaube, das hat das Parlament gemacht, indem es den Rechtsrahmen verhandelt hat und damit auch die Kohäsionspolitik deutlich reformiert hat. Wir haben darauf gedrängt, gemeinsam mit der Kommission, Ergebnisorientierung umzusetzen. Wir haben gesagt, wir wollen das Geld, das wir zur Verfügung haben, auf einige wenige Prioritäten konzentrieren. Wir haben durchgesetzt, dass die Partner vor Ort in die gesamte Arbeit einbezogen worden sind.

Mittlerweile sind die operationellen Programme installiert und die Projektarbeit beginnt. Wir müssen aber auch darauf achten, dass wir eine sorgsame Kommunikation durchführen. Denn wie oft wissen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort überhaupt nicht, dass die Europäische Union sie an vielen Projekten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft finanziell unterstützt? Wir müssen darüber reden, wenn wir wollen, dass die Bürger den Mehrwert, den die Europäische Union ihnen zur Verfügung stellt, unterstützen. Wie viele von den vielen Jugendlichen, denen wir mit unserer Jugendinitiative Arbeit gegeben haben, Qualifikationen gegeben haben, wissen denn, dass es die Europäer sind, die das unterstützt haben?

Natürlich brauchen wir Flexibilität für unerwartete Herausforderungen. Aber ich glaube, wir müssen eine Balance zwischen den Herausforderungen und den Zielen der eigentlichen Kohäsionspolitik finden, nämlich der sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Kohäsion. Finanzinstrumente können an der richtigen Stelle und zum richtigen Zeitpunkt gut geeignet sein, diese Ziele zu verfolgen. Aber sie sind kein Wundermittel und nicht überall und nicht für alles einsetzbar.

Das Europäische Parlament muss das immer wieder abwägen und entscheiden, zum Wohle aller europäischen Bürgerinnen und Bürger, für die Entwicklung aller europäischen Regionen. Das sollten wir in diesem Bericht von Herrn Lambert von Nistelrooij unterstützen. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg für die zukünftige Kohäsionspolitik.

Branislav Škripek, za skupinu ECR. – Vážený pán predsedajúci, kohézne fondy už roky predstavujú pre štáty východného bloku vítanú pomoc. Popri kritike EÚ nesmieme zabudnúť oceniť snahu vyrovnáť rozdiely medzi regiónmi Európy. Ako tieňový spravodajca ECR oceňujem prácu pani poslankyne, pani spravodajkyne na tomto uznesení, ktoré sa snaží hľadať spôsoby zlepšenia prístupu našich občanov k týmto prostriedkom. Súčasťou takého prístupu musí byť aj schopnosť reflexie na problémy, ktoré vznikli pri naplňaní platobných programov.

Správa žiada Komisiu o plán, ktorým sa urýchli aj uľahčí vykonávanie operačných programov. Sťažený prístup k eurofondom spôsobený neskorým uzatváraním zmlúv medzi Komisiou a členskými štátmi komplikuje situáciu najmä žiadateľom. Následne sú prostriedky z fondov nedostatočne čerpané. Jedným z možných riešení je znížiť administratívnu náročnosť, s ktorou sú žiadatelia zaťažovaní. Eurofondy by mali byť jednoduchšie, programový systém transparentnejší. Dobrým nástrojom je elektronická kohézia, ktorá však stále nie je plne funkčná.

Prihovám sa najmä za mladé ambiciózne projekty na Slovensku. Ich rozvoj dusí byrokracia, všade prítomná korupcia. Vytvoríme im také kontrolované podmienky, v ktorých sa im bude dobre pracovať a nebudú sa musieť báť korupcie, potom nebudú musieť odísť zo svojej vlasti za lepšími podmienkami do zahraničia.

Cieľom všetkých, ktorí sa podieľame na tvorbe legislatívy pre využívanie kohéznych fondov, musí byť predovšetkým maximalizovanie benefitov z konkrétnych projektov financovaných zo spoločných európskych peňazí. Dosiahneme to zjednodušaním vo všetkých ohľadoch, a nie komplikovaním života prijímateľov týchto prostriedkov. Ďakujem za pozornosť.

Matthijs van Miltenburg, namens de ALDE-Fractie. – Ik wil allereerst een opmerking maken over het prima verslag van de heer van Nistelrooij over investeren in banen en groei. Ik ben erg blij dat er in dit verslag een heel sterke koppeling wordt gemaakt tussen het cohesiebeleid en het Europees semester.

Landspecifieke aanbevelingen, structurele hervormingen en investeringen moeten hand in hand gaan. In sommige Europese landen heeft de jarenlange inzet van Europese fondsen helaas niet geleid tot het gewenste succes en veelal is dat omdat er te weinig hervormd is. Investeren in Europese banen en groei rendeert slechts als de basis op orde is, als lidstaten hun verantwoordelijkheid nemen om hun economie en hun arbeidsmarkt te hervormen. Indien nodig, dan moeten de operationele programma's in de toekomst worden aangepast precies om ze in overeenstemming te brengen met de landspecifieke aanbevelingen. Ik wil graag van mevrouw de commissaris horen wat haar mening hierover is.

Dan een punt over de vertragingen bij de uitvoering van de operationele programma's. Eigenlijk gaat het daarbij om de problematiek van de betalingen die nu opnieuw ontstaat, en om het voorkomen van problemen na 2020, met het nieuwe cohesiebeleid. De Europese Commissie moet heel snel met een actieplan komen voor de aanpak van de betalingsplafonds, dit om een oplopende betalingsachterstand aan het einde van de huidige programmaperiode te voorkomen.

Maar we moeten vooral ook leren van het verleden met het oog op de toekomst. Laten we daarom met z'n allen, Commissie, Parlement en Raad, ervoor zorgen dat het wetgevingsproces ter goedkeuring van het volgende meerjarig financieel kader nu eens tijdig wordt afgerond. Dan kan ook het regelgevende kader voor toekomstig cohesiebeleid spoedig daarna worden vastgesteld en dan kunnen we eindelijk een keer zonder vertraging van start gaan, ditmaal op 1 januari 2021.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, simplifier les règles et les procédures est une nécessité. Nous en convenons tous. Mais si la programmation des fonds accuse des retards, cela est dû aussi au fait qu'il n'y a pas de cohérence de l'ensemble des politiques européennes car vous savez que les politiques d'austérité ont grevé la capacité des États à cofinancer. C'est pourquoi je veux insister sur cette nécessité de cohérence des politiques communautaires.

Par ailleurs, nous devons faire attention à ce que l'ensemble des procès d'intention faits à la cohésion, qui sont parfois injustes, ne viennent fragiliser la politique qui tempère très concrètement les effets désastreux de la crise et des politiques mises en œuvre.

Au fond, plus la crise s'installe, plus la crise s'aggrave et plus nous avons besoin d'une grande politique de cohésion performante. C'est ce à quoi nous travaillons, notamment en perspective de l'après-2020.

Bronis Ropė, *Verts/ALE frakcijos vardu*. – Nežinau, ar reikėtų padėkoti darbotvarkės sudarytojams už tai, kad į vieną sujungė du panašius, labai svarbius klausimus dėl Europos struktūrinių investicinių fondų vėlavimo ir dėl jų poveikio augimui ir užimtumui. Kiekvienas jų nusipelno atskiros diskusijos, nors juose būtų naudojami panašūs argumentai. Būdamas Žaliųjų šešėliniu pranešėju dėkoju abiem pranešėjams už konstruktyvų bendradarbiavimą. Mūsų nuomone, abu pranešimai parengti neblogai, tačiau abiejuose matoma ta pati negera tendencija – labai didelės ir neaiškos, neapibrėžtos viltys, siejamos su „naujomis lankstumo formomis“ tarp prioritetų ir tarp veiklos programų. Turime pagrindo įtarti, kad tai gali vesti į lėšų perpumpavimą į investicijoms imlesnius, bet su sanglauda mažiau susijusius projektus. Tas pats taikytina ir dideliame susižavėjimui finansinių instrumentų galimybėmis. Šie instrumentai kelia grėsmę, jog jiems skirtos lėšos apskritai gali netapti realiomis investicijomis, o likti sukurti finansiniame sektoriuje. Ir faktas, kad vėluojama pradėti įgyvendinti bent trečdalį struktūrinių fondų programų, čia neturėtų būti pagrindų tokių „inovacijų“ pateisinimui. Mums reikia plačios sanglaudos politikos, orientuotos į regionų poreikius, o ne galimybės europinės investicijas nukreipti į lengviausiai įgyvendinamas sritis ar investicijas į finansų sektorių.

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, la relazione del collega Van Nistelrooij contiene un'analisi completa dello stato attuale della politica di coesione e delle sfide che ci aspettano da qui alla negoziazione del post 2020. Ci sono diversi aspetti condivisibili, come la critica netta all'EFSE, il rilievo dell'assenza di dati sugli effetti e sui risultati prodotti dagli strumenti finanziari o il debole legame esistente tra questi e gli obiettivi generali dell'Unione europea.

Sono positive anche le parti sulla necessità di rafforzare le capacità amministrative e sulla qualità della spesa. Apprezzo l'accoglimento di un nostro emendamento, che sottolinea come in futuro serva un assorbimento più rapido dei finanziamenti disponibili ma con una progressione più equilibrata delle spese durante il ciclo di programmazione. Questo anche per evitare il frequente ricorso ai progetti retrospettivi o coerenti, spesso miranti a evitare il disimpegno automatico alla fine del periodo di programmazione.

Ci sono però due questioni molto critiche, ossia lo stretto legame della politica di coesione con il Semestre europeo e la menzione delle riforme strutturali, previa possibile modifica dei programmi operativi degli Stati membri nel post 2020. Fatto rilevante anche perché il programma di sostegno alle riforme strutturali sottrarrà 142 milioni di EUR alla politica di coesione per destinarli appunto alle riforme strutturali.

Rispetto ai ritardi della politica di coesione sono purtroppo note la conclusione tardiva dei negoziati sul Quadro finanziario pluriennale 2014-2020 e l'adozione in ritardo dei regolamenti sui Fondi strutturali e di investimento europei, che a loro volta hanno rallentato il processo di attuazione degli accordi di partenariato e dei programmi operativi.

Va rilevato che alcune regioni hanno visto approvato il loro programma operativo solo a ottobre e alcune anche a dicembre 2015. Bisogna ammettere, però, che parecchi ritardi derivano dagli Stati membri e dalle regioni. Queste necessitano di rafforzare la loro capacità amministrativa e dimostrare la reale utilità dei progetti che vengono attuati. Anche qui poi troviamo l'aspetto negativo dato dalle riforme strutturali e dal loro peso specifico sulle spalle dei cittadini.

Senza contare poi che ci sono domande aperte che richiedono risposte urgenti. Da chi dipendono i ritardi nella designazione delle autorità di gestione, di certificazione e di audit, con conseguenti ritardi nella presentazione delle domande di pagamento? Da chi dipende la vertiginosa accelerazione dei pagamenti nel 2016 a quasi nove anni dall'inizio della programmazione? È utile solo per evitare il disimpegno?

Noi siamo per una critica forte e severa di assurde regole quali il Patto di stabilità e le riforme strutturali, ma lo siamo perché vogliamo un'Europa dei cittadini e della solidarietà. Anche domani, quando discuteremo del dossier sui disastri naturali, vedremo chi si schiera veramente, non a parole, dalla parte della gente e dei valori europei.

Steeve Briois, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, des dizaines de rapports, de débats, de trilogues et d'échanges de vues pour en revenir toujours à cette même question: pourquoi les 454 milliards d'euros issus des fonds européens ne permettent-ils toujours pas de réduire les disparités régionales?

Vous aurez beau mener des campagnes de communication – avec, d'ailleurs, l'argent public – pour tenter de convaincre les peuples d'Europe de l'utilité de l'Union européenne, les faits restent néanmoins têtus. La concentration thématique, élaborée pour éviter le saupoudrage des fonds, délaisse les zones rurales et périurbaines au profit des grandes métropoles. La complexité administrative inhérente à la bureaucratie décourage de nombreux bénéficiaires et porteurs de projets de recourir aux fonds européens. Enfin, l'introduction de critères ex ante conditionne l'attribution de ces fonds structurels à la mise en œuvre de politiques d'austérité ultralibérales dans les États membres.

Souvenez-vous, il y a à peine quelques semaines, vous discutiez de la suspension des fonds destinés à l'Espagne et au Portugal, qui ne respectaient pas leurs objectifs de déficit public, vous faisiez mine de vous indigner et de vous y opposer, mais le mal est fait. Cette épée de Damoclès a définitivement discrédité les Fonds ESI, utilisés pour contraindre les États membres à respecter les injonctions de Bruxelles. La seule issue pour ces fonds européens reste leur renationalisation au profit de nos compatriotes qui en ont plus que jamais besoin.

Joachim Zeller (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt wohl kein politisches Feld und keine Politik in der Europäischen Union, mit der europäischer Zusammenhalt und europäische Solidarität sichtbar gemacht werden können als mit der Kohäsionspolitik und mit den Strukturfonds. Gleichwohl denke ich, dass die beiden Berichte, die hier vorliegen, aber auch unsere Anfrage, die wir stellen, zur rechten Zeit gestellt werden, denn wir sind mitten in der eigentlichen Umsetzungszeit der neuen Förderperiode.

Wir müssen aber feststellen, dass viele Mitgliedstaaten noch mit der Abarbeitung der alten Förderperiode, die 2013 ausgelaufen ist, beschäftigt sind, mit neuen Projekten noch nicht begonnen wurde und wir hier zu erheblichen Verzögerungen bei der Kohäsionspolitik kommen. Sie ist damit in eine Schräglage geraten, die es dringend erforderlich macht, uns darüber zu unterhalten, wie wir denn hier weiter vorgehen können. Einmal in der Beschleunigung dessen, wofür die Strukturfonds auch gedacht sind, nämlich in der Umsetzung europäischer Ziele und Inhalte. Dazu gehört eine Debatte, die wir jetzt darüber anzetteln sollten, ob die Europa-2020-Strategie noch die Strategie ist, die die Grundlage bildet für die Umsetzung der Strukturfonds, oder ob es in der Zwischenzeit neue Herausforderungen gibt, die eine stärkere Flexibilität notwendig machen. Und gleichzeitig müssen wir mit der Debatte beginnen, wie es nach 2020 weitergehen kann, einmal in der Sicherung der finanziellen Anteile für die Strukturfonds, aber auch in der Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, queria, antes de mais, agradecer aos senhores relatores os documentos que nos apresentaram e os indicadores que nos dão para o futuro da Política de Coesão. Estes relatórios mostram que a Política de Coesão não é despesista, é uma política de investimento.

Há que assumir e bem que o PIB não pode ser o único indicador para a distribuição dos fundos. Taxas de desemprego, pobreza, qualificação, constrangimentos geográficos e estruturais são também indicadores fundamentais.

Quando se fala de governação, fica claro o envolvimento do poder local na lógica dos ILDD. Este poder deve e tem de ser ouvido pois é o que está mais próximo dos cidadãos.

Mas também creio que deveríamos criar um mecanismo de supervisão de projetos de menor dimensão pois alguns desses projetos não trazem valor acrescentado ao Plano Europeu: é o caso da destruição de pontes e de muralhas históricas na cidade do Funchal com o dinheiro do Fundo de Coesão. Não se ouviram os especialistas nem se ouviu a população e eu não tenho forma de explicar aos cidadãos dessa região que há dinheiro europeu a ser usado para destruir aquilo que é património de todos.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, tijekom razdoblja od 2014. do 2020. kohezijska politika temeljito je izmijenjena, što sada zahtijeva promjenu mentaliteta i metoda rada na svim razinama upravljanja, uključujući horizontalnu koordinaciju, uključenost dionika te, u što većoj mjeri, lokalnog razvoja pod vodstvom zajednice.

Nažalost, početkom svakog novog programskog razdoblja suočavamo se s istim, tj. starim problemima, kao što su sporo započinjanje nekih programa, nedostatak upravljačkih sposobnosti za složene projekte, administrativno opterećenje u državama članicama, prekomjerna regulacija i naravno, greške u postupcima javne nabave. Stoga pozdravljam uvođenje zajedničkih pokazatelja, koji bi omogućili mjerenje rezultata i njihovo uspoređivanje sa standardom.

Smatram da se rad na pokazateljima mora nastaviti, kako bi se poboljšao dokaz o financiranju sredstvima iz fondova ESI i optimizirao odabir projekata. Državama članicama, regijama i lokalnim zajednicama potrebno je pružiti tehničku, stručnu i praktičnu potporu tijekom prijavljivanja za financiranje.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, η διοχέτευση των πόρων από τα Ταμεία της Ένωσης στην πραγματική οικονομία αντιμετωπίζει, κατά τη γνώμη μου, τρία σημαντικά εμπόδια. Το πρώτο είναι ότι υπάρχει λογιστική και όχι αποδοτική διαχείριση των πόρων. Υπάρχει, δηλαδή, απλή επίτευξη των στόχων σε αριθμητικό επίπεδο που, συχνά, δεν αντιστοιχεί σε εισροή των πόρων στην πραγματική οικονομία. Για παράδειγμα, στην Ελλάδα παρουσιάζονται δαπάνες 1,6 δισεκατομμυρίων EUR για το 2016 και εσείς, ως Επιτροπή, είστε ευχαριστημένοι και η κυβέρνηση μιλάει για υπερκάλυψη του στόχου αλλά οι επιχειρήσεις, οι start-up, τα εκπαιδευτικά και ερευνητικά ιδρύματα ψάχνουν να βρουν πού είναι τα λεφτά. Τα κονδύλια δεσμεύονται αλλά δεν διοχετεύονται άμεσα στην πραγματική οικονομία. Το δεύτερο εμπόδιο είναι οι χαμηλές επιδόσεις του Ευρωπαϊκού Κοινωνικού Ταμείου και της Πρωτοβουλίας για την Απασχόληση των Νέων. Αν οι αριθμοί έδιναν δουλειές, τότε δεν θα ήταν η ανεργία των νέων στο 45%. Στην έκθεση που παρουσιάζει ο κ. van Nistelrooij επισημαίνονται οι ελλείψεις στην υλοποίηση των προγραμμάτων του Ευρωπαϊκού Κοινωνικού Ταμείου. Το βέβαιο είναι ότι χρειαζόμαστε βιώσιμες δουλειές για τους νέους μετά την εκπαίδευση ή τη μαθητεία και αυτό πρέπει να γίνει άμεσα. Το τρίτο πρόβλημα είναι οι καθυστερήσεις στην υλοποίηση των προγραμμάτων, οι καθυστερήσεις που οδηγούν σε αναποτελεσματικότητα της διαχείρισης των χρημάτων των ευρωπαϊών φορολογουμένων, κάτι που είναι πανευρωπαϊκό ζήτημα. Οφείλουμε να απαντήσουμε με βιώσιμες δουλειές που προκύπτουν από τα κονδύλια του Ταμείου Συνοχής, σε συνεργασία και με συμμετοχή στη χρηματοδότηση από εργασία όπως είναι το Ευρωπαϊκό Ταμείο Στρατηγικών Επενδύσεων του σχεδίου Juncker. Οφείλουμε να δώσουμε απαντήσεις με αληθινές δουλειές. Αυτή είναι η αποστολή μας και είμαι σίγουρη ότι θα εργαστείτε για αυτό.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, la politica di coesione è a un giro di boa, impigliata in un dibattito tra valutazione delle novità introdotte dall'ultima riforma e necessità di revisione e cambiamento. Ma è una politica imprescindibile, perché in Europa permangono enormi differenze di sviluppo tra diverse regioni.

La riflessione sul futuro della politica regionale dovrebbe tenere maggiormente conto del fatto che la politica di coesione è allo stesso tempo vittima e migliore alleata dei territori, che con le loro specificità ne determinano l'implementazione. Dare giusto risalto ai progetti realizzati attraverso i fondi strutturali è importante perché avvicina i cittadini alle politiche europee ed è da sprone per le altre amministrazioni attraverso lo scambio di buone prassi.

C'è però bisogno di evolvere su due direttrici: flessibilità e semplificazione. Non si possono seguire solo le logiche del rispetto delle regole dello zero virgola. Ad esempio, invece di pensare a sospendere i pagamenti per Spagna e Portogallo in deficit di bilancio, la politica di coesione dovrebbe essere sospesa a quei paesi che non mostrano solidarietà e rifiutano il ricollocamento dei migranti.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Crețu, η ημικρατική γερμανική εταιρία Fraport αγόρασε αντί πινακίου φακής 14 περιφερειακά αεροδρόμια στην Ελλάδα. Σύμφωνα με όσα υπέγραψε, όφειλε να καταβάλει 1,2 δισεκατομμύρια EUR αλλά ήδη είχε πάρει «προίκα» 520 εκατομμύρια EUR, αφού στα αεροδρόμια Θεσσαλονίκης και Χανίων είχαν εκτελεστεί έργα ΕΣΠΑ σημερινής αξίας 520 εκατομμυρίων EUR. Οι κανονισμοί των Διαρθρωτικών Ταμείων απαγορεύουν την ιδιωτικοποίηση έργων ΕΣΠΑ τουλάχιστον για 10 χρόνια. Άλλωστε, αυτό απαγορεύεται και από τις διατάξεις του άρθρου 107 της Συνθήκης περί κρατικών ενισχύσεων. Στη συνέχεια, η Fraport ενέταξε το σχέδιό της στο σχέδιο Juncker απ' όπου θα λάβει επένδυση ύψους 400 εκατομμυρίων EUR. Επίσης επιδιώκει να λάβει δάνεια 300 εκατομμυρίων EUR από την Ευρωπαϊκή Τράπεζα Επενδύσεων, από την EBRD και με εγγύηση του ελληνικού Δημοσίου. Θαυμάστε, λοιπόν, πώς αξιοποιεί μια εταιρεία τα Διαρθρωτικά και Επενδυτικά Ταμεία και αποκτά, με αέρα κοπανιστό, τα 14 περιφερειακά αεροδρόμια στην Ελλάδα. Θέλω μια απάντηση στο θέμα αυτό. Θα παραμείνω μέχρι το τέλος της συζήτησης, γιατί είναι παράνομο αυτό που γίνεται, γιατί δεν μπορεί έργα ΕΣΠΑ να ιδιωτικοποιούνται.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, pozdravljam povjerenicu i čestitam prvo kolegi Van Nistelrooiju na izvrsnom izvješću. Čestitam kolegi Novakovu što je ponovno pokrenuo rezoluciju o ubrzavanju kohezijske politike. Sličnu smo imali u svibnju prošle godine. Već tada smo upozoravali da će se dogoditi smanjenja plaćanja u europskom proračunu za kohezijsku politiku i sve se zaista ostvarilo. U 2016. godini, 7,2 milijarde manje, a u 2017. godini smanjenje proračuna za plaćanja za 25%.

To su velika, značajna sredstva koja su trenutno potrebna svim našim državama članicama, regijama, gradovima, općinama, ruralnim područjima za vrlo konkretne razvojne projekte, zapošljavanje, rast i razvoj. Želimo ubrzati gospodarski rast. To su sredstva za te svrhe. Nažalost, ona su se smanjila za čitavu četvrtinu. Povjerenice, prošle godine smo vas u onoj rezoluciji tražili da vi napravite akcijske planove, a onda da zajedno pratimo njihovu provedbu i implementaciju, da skupa s vama sudjelujemo i radimo s državama članicama na ubrzanju provedbe.

Tražili smo analize izvješća konkretnih problema po državama članicama i onda akcije vezane uz edukacije koje će se provoditi u državama članicama. Nažalost po toj rezoluciji nismo dobili nijedan dokument, nijedan akcijski plan, nijedno izvješće. Nadam se da ovo neće biti još jedna rasprava i da ćemo po ovoj rezoluciji dobiti sve tražene dokumente.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, čestitam izjavitelju, kolegi Van Nistelrooiju. Ulaganja iz europskih strukturnih investicijskih fondova imaju presudnu važnost u smanjenju gospodarskih, socijalnih i teritorijalnih nejednakosti europskih regija. U proteklom proračunskom razdoblju BDP *per capita* u takozvanim konvergentnim regijama povećao se za 2,2%, a generirano je 600 000 novih radnih mjesta. Radi se o najvažnijem, a često i jedinom instrumentu javnih ulaganja u Uniji pa maksimizacija učinaka ovih investicija mora biti prioritet. Svako daljnje kašnjenje u provedbi operativnih programa negativno bi utjecalo na planirano ostvarenje ciljeva održivog rasta i razvoja.

Jednako je važno osigurati da članice postignu jednaku razinu kapaciteta za rad s financijskim instrumentima te dodatnu fleksibilnost. Komisija pritom treba osigurati potrebnu tehničku pomoć i savjetodavne usluge. Pozdravljam predloženo vraćanje opozvanih sredstava u proračun Europske unije. Kohezijska politika odražava jednu od najmarkantnijih vrijednosti Unije, solidarnost, pa je treba nastaviti efikasnijim korištenjem raspoloživih sredstava, tematski fokusiranu s boljim odnosom urbanog i ruralnog, jednostavnijim procedurama i boljom komunikacijom s građanima.

Pascal Arimont (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was braucht die Europäische Union aktuell nötiger denn je? Eine einfache Frage, eine einfache Antwort: Richtig – die EU braucht Erfolgsstorys! Diese Erfolgsstorys müssen wir aber nicht erfinden oder künstlich mit Marketing versehen. Nein, diese Erfolgsstorys liegen direkt vor uns, vor unserer Nase. Ich denke da an den neuen Radfahrweg, an die Kulturhalle im Dorf, an grenzüberschreitende Krankenhausstrukturen oder das Viertelhaus, in dem Integration von Arbeitslosen stattfindet. Das angeblich so bürgerferne Europa steht auf jedem Marktplatz, an jeder Ecke, wird aber von den meisten Passanten ständig übersehen. Dank der EU-Regionalpolitik fließt europäisches Geld in Tausende gute und konkrete Ideen direkt vor der Haustür eines jeden Europäers.

Das alles und noch vieles mehr gäbe es ohne Europa nicht, nur leider wissen das die Bürger oft nicht. Europa ist unermüdlich überall am Werk, bleibt aber weitestgehend unsichtbar. Hier muss sich etwas tun! Die europäische Idee muss und kann besser erzählt werden. Ganz besonders im Bereich der Regionalpolitik hat Europa so viel Positives und Mutmachendes zu bieten, und dazu muss auch die Kommission verstärkt beitragen. Die angesprochene Verzögerung bei der Annahme und Umsetzung von Förderprogrammen ist in diesem Zusammenhang ein erhebliches Hemmnis. Die EU-Regionalpolitik muss sich in diesem Punkt bei der Umsetzung ändern: schneller, besser, weniger Bürokratie und besser erzählt. Dann werden wir noch viel mehr Menschen mit guten Ideen für gute Projekte begeistern können.

Monika Smolková (S&D). – Vážený pán predsedajúci. Európske fondy sú hlavným investičným nástrojom v mnohých štátoch EÚ, kde tvoria 60 až 80 % celkových verejných investícií. Aj z tohto dôvodu súhlasím so spravodajcom, že o každom inovatívnom projekte, ktorý na svoju realizáciu dostal finančné prostriedky z EÚ, sa musia dozvedieť občania. Tiež súhlasím aj s tematickým zameraním, pretože je to cieľová politika, ktorá vytvára nové pracovné miesta, prináša pridanú hodnotu, pomáha zaostalým a znevýhodneným regiónom.

Tu by som chcela uviesť aj konkrétny príklad o podpore zaostalých regiónov, ktorú v mojej krajine, na Slovensku, už realizujeme. Na začiatku sa vypracovali akčné plány pre každý jeden zaostalý okres osobitne a do ich vypracovania sa zapojili starostovia, primátori, podnikatelia, vzdelávacie inštitúcie, ale aj občianska spoločnosť. Potom nasledovali výjazdové rokovania vlády SR v danom okrese, kde ich za prítomnosti spracovateľov akčných plánov vláda aj schválila. Za dôležité považujem, že kompetentní ľudia z daného regiónu rozhodovali o tom, na čo sa využijú finančné prostriedky z eurofondov a z podpory vlády, koľko pracovných miest sa vytvorí v konkrétnych obciach a mestách, a tiež, že o takejto cielej podpore sú obyvatelia daného regiónu informovaní na začiatku, ale aj v priebehu. Ďakujem.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, doamnă comisar, în primul rând aș dori să-l felicit pe domnul Lambert pentru susținerea neobosită a politicii de coeziune.

Uniunea Europeană trece astăzi printr-o perioadă dificilă pe plan economic, social și politic, iar populismul și extremismul au nevoie de răspunsuri ferme și imediate.

Politica de coeziune, alături de alte politici, constituie fundamentul Uniunii Europene. Astăzi este nevoie mai mult decât oricând de o politică de investiții eficientă, capabilă să genereze creștere economică prin ocuparea forței de muncă și care să fie, mai ales, apropiată de cetățeni.

Dezvoltarea cercetării și inovării, care să permită stimularea și întărirea întreprinderilor mici și mijlocii, trebuie să rămână un obiectiv pentru noi toți.

În același timp, trebuie să avem în vedere mai departe combaterea disparităților sociale, a șomajului, dar mai ales trebuie să aducem valoare adăugată prin care să se sporească încrederea cetățenilor în Uniunea Europeană.

Este nevoie, de asemenea, de creșterea vizibilității politicii de coeziune, care este un factor generator de creștere a PIB-ului, inclusiv în statele net donatoare, prin investițiile din regiunile de convergență.

Subliniez astfel importanța implicării și participării cetățenilor în elaborarea și aplicarea politicii de coeziune, iar beneficiarii trebuie să fie adevărații ambasadori ai acestor politici.

Există, totodată, realități, însă care nu pot fi ignorate, și aici mă refer la procedurile dificile de achiziții publice care sunt în prezent principalele piedici în calea implementării politicii de coeziune.

Recomand, în acest sens, să acordăm o prioritate deosebită simplificării și eliminării procedurilor inutile, dar și crearea unui cadru de reglementare în funcție de nevoile specifice și provocările cu care se confruntă regiunile.

Elena Gentile (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, la commissione REGI ha presentato questa interrogazione perché è estremamente preoccupata per i ritardi nell'attuazione dei piani operativi a titolo dei fondi SIE, perché questo ritardo si traduce nella mancata riduzione delle disparità regionali che può contribuire a minare la coesione sociale, economica e territoriale dell'Unione europea alla base della stessa politica di coesione.

I ritardi nelle designazioni delle autorità di gestione si traducono in ritardi nei pagamenti intermedi che, al 30 novembre 2016, erano ben al di sotto di quanto inizialmente previsto. I fondi SIE sono finalizzati a ridurre appunto le disparità regionali, generare crescita intelligente, inclusiva e sostenibile, finalizzata anche alla creazione di posti di lavoro di qualità nei nostri territori e al miglioramento della qualità della vita dei cittadini.

Tuttavia, le nostre preoccupazioni vanno oltre e riguardano la ricerca anche delle cause. Appaiono diverse le capacità locali e nazionali di attuare politiche efficaci e tempestive. Tra i principali fattori che hanno determinato questa disparità innanzitutto quelli di natura prettamente regionale: la disponibilità di capitale umano, la capacità imprenditoriale innovativa, la qualità delle istituzioni locali. Ad essi si aggiungono quelli di natura macroeconomica a livello nazionale – lo stato della finanza pubblica, i sistemi fiscali, il costo del lavoro – che si sommano a quelle di natura sovranazionale come le regole del bilancio.

Signora Commissario, la nostra preoccupazione riguarda, più in generale, anche il futuro della politica di coesione. Ogni dibattito sul futuro della politica di coesione non potrà prescindere da alcuni punti cardine. È di fondamentale importanza che la nuova politica di coesione sia mantenuta, difesa e innovata, rendendola più immediata, più efficace e più semplice nelle sue procedure nell'architettura generale.

Ecco perché, signora Commissario, chiediamo a lei, e quindi alla Commissione, la presentazione di un piano di accelerazione delle politiche di coesione, regole più semplici e chiare per consentire un'attuazione più rapida ed efficace dei piani operativi, un approccio orientato ai risultati per rispondere per davvero alle esigenze dei territori e delle persone.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, em primeiro lugar, os meus parabéns ao meu colega, o relator deste importante documento. Tenho algumas perguntas para fazer à Sra. Comissária. Pergunto-lhe se sabia que, em 2016, há mais de 13 mil milhões de euros que não foram pagos e que, portanto, não foram executados, só na política de coesão. Os Fundos Europeus de Investimentos Estratégicos são fundamentais para a competitividade, para o crescimento económico e para o emprego. Mas quem são os responsáveis por esta não execução? É a Comissão? São os Estados-Membros? É a burocracia? Não tenho dúvidas de que temos de diminuir a burocracia.

Também não tenho dúvidas de que temos de acelerar: já estamos em 2017 e o quadro financeiro acaba em 2020 (os fundos da política de coesão). Também temos de fazer outra coisa, que é promover sinergias.

Sou o relator do Plano Juncker do Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos. É essencial que haja uma articulação entre este Fundo, o Plano Juncker e os Fundos Estruturais de Investimento, nomeadamente os fundos da política de coesão.

Dou-lhe um outro dado: em 31 de janeiro de 2017, estavam ainda por nomear 127 autoridades de gestão de um total de 564 autoridades de gestão. Isto é inaceitável! 127 autoridades de gestão por nomear? De quem é a culpa desta não nomeação?

Sem a nomeação destas autoridades, não haverá lugar a pagamentos e é essencial que os montantes do orçamento da União Europeia e destes fundos cheguem à economia.

Louis-Joseph Manscour (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, avec un budget de 351 milliards d'euros pour la période 2014-2020, la politique de cohésion constitue le premier poste de dépenses de l'Union européenne et permet de réaliser de nombreux projets cruciaux pour le développement de nos régions.

Néanmoins, la conclusion tardive des négociations du cadre financier pluriannuel (CFP) et la complexité des règles de gestion des Fonds structurels ont entraîné de nombreux retards dans l'adoption des programmes opérationnels. Comme vous le savez, la mise en œuvre tardive de ces programmes fait courir un risque de dégageant d'office, éventualité regrettable lorsque beaucoup de régions, encore durement touchées par la crise, ont un réel besoin de ces financements.

La révision à mi-parcours du CFP offre une opportunité pour simplifier tant la gestion que l'accessibilité des fonds et améliorer leur efficacité. Néanmoins, j'appelle à la grande vigilance quant à l'accroissement des synergies entre les fonds structurels et les instruments financiers, sous peine d'assister à une financiarisation de la politique de cohésion.

Julie Ward (S&D). – Mr President, for years European cohesion policy has, through the Structural and Investment Funds, played a significant role in fostering the social, cultural and economic vibrancy of both rural and urban areas across the EU, including the UK. Loss of these funds would therefore be a real blow for local economic growth in communities.

In my region, Greater Manchester's programmes for supporting people into work are underpinned by European money. Since early 2014, its Working Well pilot programme has so far engaged 4 000 residents who are on employment and support alliance to help overcome their barriers to work. The initiative will run until 2020 and is reliant on GBP 12 million yet to be received from the EU to help a further 15 000 who are on out-of-work benefits or in low-paid work.

Brexit provokes many questions, including whether the UK Government will replace EU funds lost to the regions beyond 2020. It is imperative that Theresa May presents us with a long-term commitment to secure investments at a local level.

Corina Crețu, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, thank you very much for your contribution to our debate today. I am very glad that, despite the many criticisms I heard, it is clear we in this House all care about cohesion policy. As Mr Zeller and many of you put it, this is the most visible policy we have that has changed people's lives over the past 40 years since the creation of the European Regional Development Fund (ERDF). I think this debate could not be more timely.

I heard a lot of comments about delays. They were referring to the limited amount of Commission payments but, in fact, spending and project selection rates in 2016 are similar to 2009 levels in the previous programming period. Once all the designated authorities are in place, I am sure we will have invoices and we will have a flow of reimbursement of contributions by Member States which are now paying from their national budgets.

As I said, the reality on the ground is completely different. We have 315 000 projects already up and running, raising investments to over EUR 107 billion. We have action plans for all operational programmes and, as I said, it is not just about quantity, it is also about quality. The recent reformed cohesion policy, to which the European Parliament contributed so much, introduced a range of tools that made this policy more effective.

Of course we know it is sometimes hard to accept the preconditions, but they are very important for efficient investment. That is why, in the last parliamentary term, you approved this new reformed cohesion policy. I am convinced that we can do even better. When we spoke here before the Committee on Regional Policy the key word was simplification, but when I go to the Committee on Budgetary Control the key word is control, and we have to find the right balance because both are right. We need simplification and, at the same time, we need better control over how taxpayers' money is used.

You are right, honourable Members, about simplification but I would like to tell you, Mr Fernandes and Mr Buda, that shared management also means the sharing of responsibilities between the Commission and Member States. You know very well, for instance, Mr Buda, that in many Member States, including the country we both know best, there are many requirements that are not EU requirements. It is also about red tape, gold-plating, adding requirements at national level, and we also have to convince Member States about simplification for the beneficiaries. As you said, and you are right, the beneficiaries should be our ambassadors – the presidents of regions and the mayors – because this is the only policy which is working hand in hand with local citizens' representatives.

So please spread the word among your colleagues in this House. Maybe you come from a town where people do not know how many things were done by the European Union. I do not know how many people in Naples know that the metro was funded by the European Union. I do not know how many people in Athens know that the metro there was funded by the European Union. And, by the way, provide us please with all your requirements because we are ready to address them.

We pushed hard on the Greek authorities to accelerate the implementation of the metro in Thessaloniki. I think it is unacceptable for a country in which we have invested EUR 80 billion since 1981, where everything – the provision of thousands of schools, hospitals, highways and bridges – has been accomplished with European money, then to say that cohesion policy does not exist. In Greece, 75% of all public investment is provided by the European Union, so we have to be honest with ourselves. Look at the picture: how was Greece before 1981 and how is Greece now?

(Inaudible interjection by Mr Marias)

Please send me a written letter.

I would just like to say that the cohesion policy works, it delivers and it really changes people's lives. I am very glad to hear that we need technical assistance but we cannot give technical assistance without knowing the requirements of the Member States. We have so many European instruments which are not used by the Member States and they do not ask for these instruments to be activated, which are subsidised 100% by the Commission. We have very few requirements from the Member States and from the regions.

We are here to help. We are here to improve this policy, and I am here to fight for this policy post-2020. All the political groups know that we are already working together with the Committee of the Regions, and with you, for a better and more effective European policy.

President. – Thank you very much indeed for making an effort to answer the questions. I would like to emphasise that we, as parliamentarians, have opportunities to do that too. And, vis-à-vis the national parliaments, you made the point about gold-plating and the need for simplification. I think that we share these objectives and that every single institution could still do more.

Lambert van Nistelrooij, rapporteur. – Mr President, it is an honour to hear this broad debate today, with all the contributions. Let me highlight three points.

The first point is about the effect of this kind of debate. As Ms Maletić said, we had already had a resolution before, and there was not really a follow-up. Tomorrow this House will agree on a resolution. In the resolution is a clear request, without any doubt, and you could also hear it today, that you want to have a master plan on acceleration. And this is not a theoretical thing. The last subject we debated was about the cloud, wasn't it, the science cloud? But this is not a cloud, this is an agreement between the Commissioner and Parliament to come with an acceleration plan. And this means that you look and tell us honestly: what does it mean if you start three years later? What is the effect on bills? Because we don't want to have again the backlog of bills that we had last time. It was a shame for Parliament and the other European institutions.

My second point: you heard several contributions about, as they say in Germany, *Bürgernähe*, it means closeness to the citizens. If the Member States don't like to show that they could perform better with European money, go directly to those who act in the programmes, the youngsters who get these qualifications, etc. It was Juncker, exactly in the place where you sit now, who said we need the story of normal people, the volunteers, but also those in real programmes. So let the star shine, I mean with those who really feel that Europe is important for them, and bypass the Member States. So do not just say it but modernise and change your communication policy.

My third point – it's late but not too late – I don't want to have these type of debates repeated and repeated. Maybe in the omnibus we can find a little loophole to get some legal restrictions so that we can throw them out, for instance, in the interest of this better communication. Thank you very much for being here so late, all of you.

President. – I have received one motion for a resolution tabled in accordance with Rule 128(1).

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 16 February 2017.

Written statements (Rule 162)

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Europejskie fundusze strukturalne i inwestycyjne stały się w ostatnich latach jednym z głównych źródeł inwestycji publicznych. W niektórych krajach członkowskich ponad 60% inwestycji finansowanych było z tego źródła. Wydaje się, że wypełniły one swoją rolę, szczególnie w okresie kryzysu budżetowego. Dzisiaj powinniśmy się zastanowić, jak podnieść ich efektywność i zwiększyć wartość dodaną.

Fundamentalnym problemem w wielu państwach członkowskich jest wysokie bezrobocie, szczególnie wśród osób młodych z niedopasowanymi do potrzeb pracodawców kwalifikacjami. Obecnie jednak, niejednokrotnie barierą uniemożliwiającą znalezienie zatrudnienia są problemy infrastrukturalne. Dlatego też dobrze byłoby pomyśleć, jak efektywnie pogodzić ze sobą potrzeby związane z rozwojem niezbędnej dla nowoczesnej gospodarki infrastruktury, np. zwiększenia dostępności szerokopasmowego internetu na obszarach wiejskich, z koniecznością dostosowywania systemów kształcenia i szkolenia do wymogów nowoczesnej gospodarki. Sytuacja na rynku pracy zmienia się bardzo dynamicznie i musimy znaleźć właściwe mechanizmy reagowania również na poziomie unijnym. Konieczne jest uproszczenie i uelastycznienie dostępności do środków z funduszy. Zmiany, które wprowadzono w ostatnich latach, przyniosły wręcz przeciwnie rezultaty, np. opóźnienia w faktycznym wdrażaniu polityki spójności.

Dobrze, aby Komisja, Rada oraz rządy wyciągnęły wnioski z bieżącego okresu programowania i nie popełniły ponownie podobnych błędów. Nie możemy pozwolić sobie na osłabianie skuteczności jednego z niewielu instrumentów pobudzania wzrostu gospodarczego i kreowania nowych miejsc pracy.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos en un momento crítico para la política regional europea. No sólo porque los fondos disponibles difícilmente son suficientes para las necesidades de regiones devastadas por el desempleo y la precariedad como son las de las periferias Sur y Este de la UE. Sino porque la orientación de estos fondos cada vez corresponde menos a las necesidades objetivas de estas regiones y sí a su integración dependiente en el Mercado Único. Más aún, su creciente combinación con instrumentos financieros como el EFSI y los efectos de la Gobernanza económica, que contemplan la suspensión de los fondos si no se aplican recortes en el gasto público, los están convirtiendo en una palanca más de la financiarización y desregulación de la economía. Debemos repensar la política regional como una política redistributiva, de solidaridad entre regiones y desarrollo del modelo productivo en las periferias. De lo contrario, muchas regiones de Europa se verán condenadas a la pobreza y a la emigración.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Prezentul Europei, dificil sub multiple aspecte, aduce în prim plan necesitatea unei abordări emoționale a politicilor sale, respectiv a fundamentării acestora, mai mult decât oricând, pe satisfacerea nevoilor cetățenilor europeni: locuri de muncă sigure, nivel ridicat de trai, coeziune socială, scăderea șomajului, prin intermediul valorificării instrumentelor sale financiare. Atingerea obiectivelor Europa 2020 este posibilă prin maximizarea sinergiilor dintre fondurile structurale, fondurile de investiții europene și alte instrumente ale UE, care să contribuie la sporirea eficacității programelor și proiectelor aferente. Însă fundamentul maximizării acestor sinergii este dat de ansamblul mecanismelor și platformelor instituționalizate extinse de cooperare, care trebuie să prezinte inclusiv realizările programelor și proiectelor de cooperare, poveștile de succes, contribuind astfel la creșterea vizibilității acestora și a gradului de conștientizare al opiniei publice privind importanța contribuției respectivelor instrumente financiare la dezvoltarea comunității și la creșterea investițiilor în crearea și securitatea/siguranța locurilor de muncă.

18. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**20. Schluss der Sitzung**

(The sitting closed at 23.15)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/2672

18.4.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. FEBRUAR 2017

(C/2024/2672)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 13. bis 16. Februar 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Luftfahrtstrategie für Europa (Aussprache)	4
3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	16
3.1. Die Lage der Menschenrechte und der Demokratie in Nicaragua und der Fall Francesca Ramirez	16
3.2. Hinrichtungen in Kuwait und Bahrain	20
3.3. Guatemala, insbesondere in Bezug auf die Lage von Menschenrechtsverteidigern	26
4. Begrüßung	31
5. Ansprache von Justin Trudeau, Ministerpräsident Kanadas	31
6. Abstimmungsstunde	35
6.1. Die Lage der Menschenrechte und der Demokratie in Nicaragua und der Fall Francesca Ramirez (RC-B8-0156/2017, B8-0156/2017, B8-0158/2017, B8-0160/2017, B8-0163/2017, B8-0168/2017, B8-0169/2017) (Abstimmung)	36
6.2. Hinrichtungen in Kuwait und Bahrain (RC-B8-0150/2017, B8-0150/2017, B8-0151/2017, B8-0154/2017, B8-0155/2017, B8-0161/2017, B8-0162/2017, B8-0165/2017) (Abstimmung)	36
6.3. Guatemala, insbesondere in Bezug auf die Lage von Menschenrechtsverteidigern (RC-B8-0152/2017, B8-0152/2017, B8-0153/2017, B8-0157/2017, B8-0159/2017, B8-0164/2017, B8-0166/2017, B8-0167/2017) (Abstimmung)	36

Inhalt	Seite
6.4. Terrorismusbekämpfung (A8-0228/2016 - Monika Hohlmeier) (Abstimmung)	36
6.5. Verstärkter Abgleich mit den relevanten Datenbanken an den Außengrenzen (A8-0218/2016 - Monica Macovei) (Abstimmung)	36
6.6. Mögliche Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union (A8-0390/2016 - Guy Verhofstadt) (Abstimmung)	36
6.7. Verbesserung der Arbeitsweise der Europäischen Union durch Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon (A8-0386/2016 - Mercedes Bresso, Elmar Brok) (Abstimmung)	37
6.8. Haushaltskapazität des Euro-Währungsgebiets (A8-0038/2017 - Reimer Böge, Pervenche Berès) (Abstimmung)	37
6.9. Zivilrechtliche Regelungen im Bereich Robotik (A8-0005/2017 - Mady Delvaux) (Abstimmung)	37
6.10. Europäische Cloud-Initiative (A8-0006/2017 - Jerzy Buzek) (Abstimmung)	37
6.11. Investitionen in Beschäftigung und Wachstum – Maximierung des Beitrags der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (A8-0385/2016 - Lambert van Nistelrooij) (Abstimmung)	38
6.12. Luftfahrtstrategie für Europa (A8-0021/2017 - Pavel Telička) (Abstimmung)	38
6.13. Verzögerte Umsetzung der operationellen Programme der ESI-Fonds – Auswirkungen auf die Kohäsionspolitik und das künftige Vorgehen (B8-0149/2017) (Abstimmung)	38
7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	38
8. Stimmerklärungen	38
8.1. Terrorismusbekämpfung (A8-0228/2016 - Monika Hohlmeier)	38
8.2. Mögliche Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union (A8-0390/2016 - Guy Verhofstadt)	39
8.3. Zivilrechtliche Regelungen im Bereich Robotik (A8-0005/2017 - Mady Delvaux)	41
8.4. Investitionen in Beschäftigung und Wachstum – Maximierung des Beitrags der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (A8-0385/2016 - Lambert van Nistelrooij)	42
8.5. Luftfahrtstrategie für Europa (A8-0021/2017 - Pavel Telička)	42
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	43
10. Petitionen: siehe Protokoll	43
11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	43
12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	43

Inhalt	Seite
13. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	43
14. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	43
15. Unterbrechung der Sitzungsperiode	43

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. FEBRUAR 2017

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

1. Eröffnung der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 8.30.)

2. Luftfahrtstrategie für Europa (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη αφορά τη συζήτηση επί της έκθεσης του Pavel Telička, εξ ονόματος της Επιτροπής Μεταφορών και Τουρισμού, σχετικά με τη στρατηγική για τις αερομεταφορές στην Ευρώπη (2016/2062(INI) (A8-0021/2017))

Pavel Telička, rapporteur. – Mr President, in the recent past we have not had that many opportunities to praise the European Union for something very concrete and tangible but I must say that the aviation sector has been a success, and it has been a success thanks to the European Union. Imagine air transport twenty years ago, and the possibilities and opportunities for consumers, for us travellers; I think that flying away for a weekend somewhere in Europe at low cost was difficult to imagine. In fact, aviation at that time was for maybe a limited number of people. This is a concrete result of the Single European Sky and the liberalisation that we managed to pursue at European Union level.

Now, increased aviation transport does not mean that we do not face any challenges. In fact, I could name at least some of them: environmental targets, certainly. I do not think anybody would deny today that we need to continue with lowering emissions from air transport. Competition with third countries, digitalisation – it is now more than a year ago that the Commission came with its plan to address these and some other challenges. In fact, it proposed to start negotiations with our main partners, to revise the rules on the European Aviation Safety Agency, and tap EU potential for growth by revising some internal regulations. This is, of course, very welcome and we have already started working on some of it, but, at the same time, we still are still awaiting some of the proposals.

The aviation sector undoubtedly requires heavy investment in a fast-evolving environment. If we want to be efficient, then we need to set a clear vision for this sector, for the investments we make today and in the future. We need to have a vision for the next, even I would say, 50 years. This is, to a certain extent, the purpose of this report, to try to find some practical alternatives for what is not working today and to make some proposals for the future. I am afraid I cannot list all of them today, but at least allow me to make a few points.

First of all, develop a connectivity index based on added value of all modes of transport, in order to rationalise investment and improve the overall resilience of the transport network in Europe, while improving connectivity. This index can help policymakers to take the appropriate decisions without undermining territorial cohesion.

Secondly, a trans-European motorway of the sky, to limit the impact of possible disruptions to where they occur, thereby allowing EU flights to pursue their journey. This was the subject of a bit of a debate in meetings with some of my colleagues. I promised that I would make it clear to the Commission that this completely means that we are putting an EU stamp on a part of the airspace and saying that in this airspace the EU should have priority over national flights. I would like to stress that this is not against national sovereignty and it is not against the right to strike. On the contrary, this is only about recalling some obligations that we should have towards the European Union.

I will be very brief on the European Aviation model. We need to stop thinking that we will solve problems of competition with our partners by putting an end to competition. This is only going to be detrimental to passengers. Competition is an opportunity for our airlines. We need to provide them with the right safeguards, of course, and this is why the European Parliament will be following closely the negotiations on air agreements. I find intermodality a very important element of this report because quite often when we talk specifically about aviation as a transport mode, we tend to take it separately from other modes of transport.

Finally, on security, there is no need to recall why this is a major concern now. Of course, we need better coordination of EU intelligence and we should make sure we make the most up to date technology equipment, but we should also be careful not to overburden passengers. That is why the Commission is invited to consider the creation of an EU pre-check system where passengers could voluntarily register in order to go through smooth security checks once at the airport. There are many more [topics] in the draft aviation strategy and maybe we will have an opportunity to debate them today.

Ole Christensen, *ordfører for udtalelse fra Udvalget om Beskæftigelse og Sociale Anliggender*. – Hr. formand! Jeg vil gerne takke mine kolleger både i Beskæftigelses- og Transportudvalget for at stå sammen i kampen for bedre forhold i europæisk luftfart. Der er her og nu brug for bedre regler. De regler, vi har i dag, virker simpelthen ikke godt nok. Det er til stor skade for både lønmodtagere og for de virksomheder, der opfører sig ordentligt. I jagten på billige billetter ser vi et ræs mod bunden, mod dårligere vilkår, lønninger, man ikke kan leve af, og en ekstrem kreativ udnyttelse af reglerne. Tiden er kommet til at tage ansvar og sikre ordentlige forhold. Ingen arbejdstager skal være i tvivl om, i hvilket land man skal betale skat, og i hvilket land man har sin sociale sikring. Vi skal af med alle kreative ansættelsesformer, der forsøger at omgå dette. Med vedtagelse af denne betænkning skal vi i Europa-Parlamentet stå sammen og presse Kommissionen til at komme med konkrete forslag, som kan sikre en fair konkurrence og ordentlige arbejdsforhold. Vi skal handle nu, ellers ser det sort ud for den europæiske luftfarts fremtid!

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Honourable Members for the opportunity to address them today and to exchange views on aviation matters. I welcome your own-initiative report, which provides a comprehensive view of the aviation sector. I would like to thank Mr Telička and Mr Christensen for their hard work, as well as the other committees involved. Aviation clearly matters to our economy and citizens. We are talking about more than two million direct jobs and a direct contribution of EUR 110 billion to the EU economy. EU aviation today represents 26% of the world market. It therefore deserves all our attention.

It is clear that we have our work cut out – all actors, both at national and European level – so allow me to turn to the key points raised in your report. First, regarding the internal market, I fully support swift progress on the blocked aviation files. Each year around EUR 5 billion are wasted because we have not been making progress with the Single European Sky. I fully agree with your call for completing the EU single market for aviation. In this regard, the Commission will launch this year a feasibility study for the creation of a single European upper airspace to see how that could contribute concretely to the efficiency of our skies.

On foreign investment, the Commission welcomes your continued support and interest in the EU-level comprehensive aviation agreements. In line with our commitments, we will keep you fully informed at all stages of the negotiations. Related to the competitiveness of the EU aviation sector, I take note of the emphasis you put on attracting foreign investment. This is closely linked to the importance of having fair competition. We are currently working on new measures aimed to promote or safeguard regional and overall connectivity in Europe, as announced in the Aviation Strategy. These measures are expected in the spring and should include the following: first, new guidelines on ownership and control rules to bring clarity and facilitate their application; second, new guidelines on public service obligation; third, a proposal to replace Regulation No 868/2004 on unfair practices with more effective instruments, our objective being to present a credible instrument that will allow us to act effectively when EU air carriers are injured because of the discriminatory practices originating from third countries; and last, but not least, guidelines for ATM service continuity.

On the third topic, standards, let me first say a few words on safety. I am pleased to note your support for our proposal on the revision of the aviation safety basic regulation and in particular that EASA should be equipped with sufficient resources and staff. I look forward to a dialogue on this file, which should have started this Monday, and I sincerely hope that a new date will be agreed without further delay. A lot of progress has been made so far and I am confident that we will conclude this file under the Maltese Presidency.

On the environment issue, following ICAO's landmark agreement, we are now focused on getting the global scheme up and running. We are serious about achieving carbon-neutral growth for aviation and we will provide technical and financial assistance to make it happen globally. Aviation is a global business and no country must be left behind. In its proposal adopted earlier this month, the Commission is proposing to continue with the current geographic scope of the EU emissions trading systems for aviation, covering flights between airports in the European economic area. This will ensure a level playing field and equal treatment for all airlines flying in Europe.

On social issues, let me now touch upon the social policy elements of your report. As noted in our Aviation Strategy, aircrew face legal complex issues due to their high mobility. In May 2016 the Commission published guidelines to help pilots and cabin crews by clarifying the legal regime applicable to mobile workers. Furthermore, the EU Court of Justice is expected this year to provide interpretation of these matters, in particular as regards the home base of aircrews. We are evaluating the concept of whether this notion of principal place of business is still fit for purpose. This is part of our ongoing evaluation of the air service regulation and this work should be completed next year, as foreseen in the Aviation Strategy.

The Commission is committed to strengthening social dialogue in aviation. The Sectoral Social Dialogue Committee on Civil Aviation offers opportunities for the aviation social partners and the Commission to better assess and address together the social challenges of aviation. Moving on to safety, let me be clear that the same safety standards apply to everyone, regardless of their employment relationships. Safety is our top priority and EASA is continuously examining the safety aspects of emerging business models. We will continue to closely monitor developments in the market and take action where necessary. Social dialogue is essential. The Commission is active and works closely with social partners, the Member States and all stakeholders when addressing these matters.

Tibor Szanyi, *A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság véleményének előadója.* – Elnök Úr! Magam részéről is üdvözlöm, hogy a légiközlekedési ágazat előtt álló kihívások kezeléséről szóló bizottsági stratégia a versenyképesség növelése mellett az utasok és a munkavállalók jogainak nagyobb védelmét és magasabb szintű biztonsági, valamint környezetvédelmi standardokat is érvényre kíván juttatni – ahogy épp az imént biztos asszony is szólt erről. Mindez összhangban van az ENVI szakbizottság véleményével is, amely szerint a légiközlekedési ágazatnak fontos szerepe van a környezeti hatások enyhítése terén. Ehhez azonban sok tennivalója van az ágazatnak az új technológiák kifejlesztése, illetve a kutatás-fejlesztés terén.

Ezúton szeretném megköszönni azoknak, akik az ENVI vélemény kialakításában segítettek engem, mint jelentéstevőt. Végezetül a tagállamok szerepét is meg kell említenem. Szorgalmazom, hogy tegyenek lépéseket az Egységes Európai Égbolt megállapodás végrehajtásával és a légi utasok jogairól szóló rendeletek felülvizsgálatával kapcsolatban.

Anneleen Van Bossuyt, *Rapporteur voor advies van de Commissie interne markt en consumentenbescherming.* – In de Commissie interne markt en consumentenbescherming zijn we resoluut gegaan voor een betere passagiersbescherming. Vandaag worden de passagiers al te vaak in het ongewisse gelaten als ze problemen ondervinden met hun vliegtuigreis. Waar kunnen ze een klacht indienen? Wie kan hen de meest actuele informatie geven, enzovoort?

Bovendien vinden wij ook dat wie offline en wie online een vliegtuigreis boekt, dezelfde rechten en plichten moeten hebben. Consumenten misleiden door een eindprijs aan te rekenen die heel erg veel verschilt van de prijs die in het begin getoond wordt, moet uit den boze zijn. Ook het veiligheidsaspect mag niet ontbreken. We moeten inzetten op nieuwe controletechnologieën en ook op proportionele straffen voor wie zich niet aan de standaarden houdt, wat dan weer bijdraagt aan een veiligere reisomgeving en kortere reistijd.

Ten slotte, als rapporteur voor IMCO, ben ik teleurgesteld dat er niet meer elementen van onze teksten werden opgenomen. Ze zijn immers volgens ons noodzakelijk bij het uitbouwen van een sterke en allesomvattende luchtvaartstrategie.

Deirdre Clune, *on behalf of the PPE Group.* – Mr President, at the outset I would like to thank Mr Telička on behalf of the PPE members in the Committee on Transport and Tourism for his good work in facilitating our views and preparing this report.

As we look back over the last 20-30 years and look at the benefits of liberalisation and single skies in our airspace and what that has meant for businesses, for jobs, for tourism, connecting people, regions and cities – that was bold, that was ambitious and that has led to the growth of low-cost airlines connecting people across Europe. Now we need the next tranche, the next wave of ambition. The aviation agreements are urgent and they need to progress, and I think this was outlined clearly in the committee's report.

Europe is important in terms of aviation but that importance is slipping, and we now see growth in the Middle East, Asia and the Pacific area. So we need to facilitate our European airlines and the aviation sector to tap into the growth potential of the fast-growing external markets. We know well the benefits of external aviation agreements. I mean, look at Morocco, at the way activity has doubled, the Balkan states, doubled, similarly with Canada and the US.

So the aviation air agreements, we have seen, are urgent, are important. We also need to look at ourselves and recognise that there are difficulties. Congestion is going to be a difficulty. We know that by 2035 two million flights will be lost due to airport capacity shortage in our airports. That will cost money and that will cost jobs. We also have the challenges of environmental targets and, of course, the files that are still sitting have not been resolved: single European sky, slot regulation, passenger rights.

Commissioner, this is a time when European aviation is a success, it has been a success and it can be a success again if we equip our aviation sector to deal with the challenges that it faces today.

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, en primer lugar felicitar al ponente, el señor Telička, por la apertura y la paciencia que ha tenido para negociar en un informe que él preveía como estrategia de futuro, es decir, algo muy concreto y basado esencialmente en el espacio aéreo superior como un elemento de tirar hacia el futuro, aunque, por otro lado, necesitábamos también —como él ha dicho— echar la vista atrás y adoptar un enfoque holístico, precisamente en un momento clave del cambio en el ámbito del sector de la aviación. Y, por lo tanto, volver la vista del cielo a la tierra supone también tener en cuenta que el crecimiento exponencial que ha conllevado la democratización de los viajes con esa apertura del mercado ha acarreado también algunos problemas; por ejemplo, problemas de capacidad aeroportuaria.

Y, en ese sentido, yo creo que están bien algunas de las propuestas que aparecen y que hemos intentado plantear para facilitar, a través de la mejora de la capacidad aeroportuaria, la cohesión territorial y la puesta en valor de los aeropuertos regionales, tal vez la idea de ir hacia el futuro. Unos clústeres que tuvieran los enlaces ferroviarios que estamos intentando darles a través de las redes transeuropeas podrían ser una fórmula para mejorar nuestra capacidad.

También es importante —y yo se la agradezco— la sensibilidad en relación con la parte social. Yo creo que ahí también teníamos la necesidad de equilibrar, porque el éxito para los viajeros es necesario equilibrarlo con mejoras y trabajos decentes para los trabajadores; porque si no ganan, no viajan, y necesitamos que tengan mejores salarios y más decentes para que también sean capaces de viajar y, por lo tanto, no sustraer con el espacio aéreo superior a las empresas de sus obligaciones sociales y responsabilidades.

En cuanto a la técnica y la tecnología, yo creo que ahí tenemos el planteamiento, la necesidad de una mejor financiación. Por lo tanto, en el nuevo MFP tendremos que prestar mucha atención al Mecanismo «Conectar Europa», a mejorar la financiación y también, al FEIE. En cuanto a las normas internacionales, le agradezco su lucha y su energía, señora comisaria, ante la OACI, y también deberíamos hacerlo ante la OIT, para conseguir estándares de calidad social, medioambiental y de calidad técnica a nivel europeo e imponerlos al resto de las regiones a nivel global.

Y, finalmente, romper una lanza, hacer hincapié en la posibilidad de una idea que yo le dejo aquí encima de la mesa, que es ir hacia un reciclaje reglamentado de los aviones en el marco de la nueva economía circular que la Unión Europea está lanzando como idea clave.

Jacqueline Foster, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, first of all I would like to pay huge thanks to Pavel Telička. It has been excellent to work so closely with him again on this fantastic new aviation report, 99% of which is excellent in my opinion and has my full support. However, a serious problem arose because the Committee on Employment and Social Affairs was granted exclusive competence on the Social Agenda under Rule 54. Unbelievably their text infers that professional pilots on European airlines are employed on illegal, bogus contracts, thereby putting passengers in danger. None of their references are evidence-based and, in addition, comments regarding business models, such as 'home base' criteria, also have no place in this report, showing breathtaking ignorance, as 70% of flights across Europe come under general aviation.

Aviation is the most highly regulated form of transport. It is held to the most stringent legal safety standards with contracts of both pilots and crew having to be compliant with EASA EU OPS and flight time limitations. Therefore, these accusations are misleading, provocative and have no foundation. To make matters worse, we have been unable to amend the contribution by the Employment Committee. We have already made numerous references to good working conditions, high-skill jobs and training throughout the report, not least because all of us here support good jobs and good contracts of employment.

To conclude, this sends out the wrong signals for this committee. To suggest it is not safe for European citizens to fly on European carriers is quite disgraceful. Why should they book flights? Therefore, I am not prepared to appease this ill-thought through element of the report which has been included and which we have been unable to change, but I thank [Mr Telička] again for the hard work, and I know he understands this position. I hope this message has got through, Commissioner, namely that we have to be very careful when we allow other committees to have so much input on certain dossiers. This was incorrect; an opinion would have been quite sufficient. Thank you. This is the Committee on Transport and Tourism, and our focus is on transport.

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Ja, die Kommission hatte schon einen sehr guten Vorschlag für die Luftverkehrsstrategie in Europa gemacht.

Jetzt gibt es einen sehr guten Bericht von Pavel Telička, dem ich auch ganz herzlich danken möchte. Es ist tatsächlich so: Wir haben immer mehr Menschen auf der Welt und da wird auch die Luft immer voller – nicht nur mit Passagieren, sondern auch mit Fracht, die transportiert werden muss. Ich finde es eine gute Idee, dass Pavel Telička sagte: Wir brauchen so eine Art *Motorway in the air*. Das haben wir schon: Wir haben Autobahnen, wir haben Meeresautobahnen, nun brauchen wir auch Autobahnen – obwohl es natürlich keine Autos sind – in der Luft. Wir müssen uns also wirklich Gedanken machen, wie man dort allen Platz schaffen kann.

Dann müssen wir dabei alles erfassen, was fliegt. Es geht ja nicht nur um die großen Passagierflugzeuge, es geht auch um kleine Privatflugzeuge, es geht um Drohnen, es gibt vieles, was reglementiert werden muss, und das ist hier auch alles erfasst und benannt. Wir brauchen einen fairen Wettbewerb, nicht nur zwischen den Flughäfen. International: Frankfurt zum Beispiel – ich bin nun Deutsche – hat seine Bedeutung als Umsteigeflughafen schon verloren und wurde von Istanbul überholt. Es ist auch so, dass gerade bei den Luftverkehrslinien viel Konkurrenz ist, wo man sich fragt: Ist das immer alles noch fair? Brauchen wir neue Spielregeln?

Natürlich brauchen wir Innovation. Wir müssen im Luftverkehr umweltfreundlicher werden. Ich warte schon auf das erste Flugzeug, das mit Algenkraftstoff betrieben wird – das wäre wirklich genial. Es gibt beim Flugzeugbau auch Kreislaufwirtschaft. Darüber habe ich mich schon vergewissert.

Als Letztes: Natürlich müssen wir faire Arbeitsbedingungen haben, denn das bedeutet dann auch vernünftige Sicherheit. Wir brauchen mehr Passagierrechte und wir brauchen einen einheitlichen europäischen Luftraum. Ich beschließe das ganz bewusst damit. Diese Gesetzgebung ist seit zwei Jahren blockiert. Es ist eigentlich verrückt, dass bei uns Zickzack geflogen wird statt klare Linien. Das wäre viel effizienter und viel besser für die Umwelt. Darum müssen wir alle dafür streiten, dass das endlich kommt.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, paní komisařko, dovoluji mi poděkovat panu zpravodaji nejen za jeho zprávu, ale také za to, že ustoupil od svého prvotního záměru a ve významnější míře se ve své zprávě věnuje právě sociálním bodům. Bylo tak sice učiněno na tlak ze strany Výboru pro zaměstnanost a sociální věci, ale i tak jsem ráda, že nyní pak kolega vidí spojitosti mezi dobrými pracovními podmínkami a kvalitou služeb. Já tedy nemůžu souhlasit s tím, co řekla kolegyně Fosterová, a domnívám se, že je dobře, že tuto zprávu připomínkovaly také další výbory.

S radostí také kvituji to, že zpráva vyzývá agenturu EASA a členské státy, aby v zájmu zajištění bezpečnosti letectví nadále prověřovaly nové obchodní modely a modely zaměstnávání. Jsem přesvědčena, že zvláštní pozornost by měla být věnována např. smlouvám na nulový počet hodin, které považuji za mimořádně nespravedlivé vůči zaměstnancům. Jsem sice pro silné evropské letectví, ale to nesmí být vytvářeno na bedrech zničených pracovníků, na kterých kvalita služeb stojí a padá. Musíme to umět spojit a já si myslím, že se to panu kolegovi povedlo, a za to bych mu chtěla moc poděkovat.

Jakop Dalunde, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! Flygtrafiken ökar idag kraftigt. Det är visserligen positivt med en ökad mobilitet, men samtidigt måste vi inse att utsläppen från flyget eskalerar klimatförändringarna. Vi behöver en politik som ökar mobiliteten men samtidigt minskar utsläppen.

För oss gröna är det av största betydelse att flyget – precis som alla andra transportslag – betalar sina klimatkostnader och minskar sin miljöpåverkan. Varken nuvarande utsläppshandel, teknikutveckling eller andra satsningar, som gröna inflygningar, räcker för att åstadkomma detta. Vi vill skapa rättvisa spelregler som förbättrar konkurrenskraften för miljövänliga alternativ såsom utbyggnad av höghastighetslinjer, bekväma nattåg eller även stöd till utveckling av mer hållbara drivmedel för flyget.

Det är orimligt att flyget inte ska stå för sina egna kostnader, att de ska slippa betala skatt och moms och att så många flygplatser subventioneras med skattemedel.

Till sist: Igår röstade vi om reformen av EU:s utsläppshandel. Den var tänkt att även sätta ett tydligt pris på flygets klimatpåverkan. Tyvärr blev omröstningen igår ännu en tandlös reform som inte kommer ta oss närmare att uppfylla Parisavtalet.

Därför måste enskilda medlemsländer kunna gå före och visa grönt ledarskap och sätta ett rättmätigt pris på flygets klimatpåverkan. Därför röstar vi gröna nej till denna flygstrategi, som ensidigt prioriterar kortsiktig tillväxt och konkurrenskraft och som vägrar att ta ansvar för klimatet.

Rolandas Paksas, *EFDD frakcijos vardu*. – Aš manau, kad pranešimas gana pozityvus. Aš suprantu, kad Europos Sąjungos aviacijos strategijos pagrindiniai aspektai yra konkurencija, saugumas, bendro Europos dangaus klausimas. Tai labai svarbu. Aš suprantu, kad pranešėjo Pavelo Teličkos pateikti pasiūlymai, pradedant aviacijos modelio plėtojimu, baigiant saugumo gerinimu, yra būtini. Taip pat manau, kad Europos Sąjungos politika oro transporto srityje turėtų būti pakeista nuo griežto reguliavimo vidinės konkurencijos srityje ir baudėjų pozicijos iki siekio užimti dominuojančią poziciją pasaulinėje oro transporto rinkoje, užimant plėtros ir vystymo koordinatoriaus vaidmenį. Maži oro uostai turėtų tapti Europos Sąjungos prioritetu, todėl raginu Komisiją jiems skirti ypatingą dėmesį ir valstybėms narėms suteikti daugiau veiksmingų finansinių priemonių ir instrumentų, padėsiančių išlaikyti mažus regioninius oro uostus, ypač periferijoje. Bet, kaip žmogus, daugiau kaip 40 metų turintis aviacijos piloto licenciją, p. P. Telička, kai ko nesuprantu. Kaip nesuprantu ir mano kolegos aviatoriai, bent jau šito aš neradau pranešime. Aš nesuprantu, kodėl nuolat kalbėdami apie jaunimo užimtumą mes nekalbame apie dėmesį, paramą sportinei aviacijai, sportiniams aerodromams. Aš nesuprantu, kodėl nekontroliuojamai, tiesiog nesulaikomai auga reikalavimai aviacinėms organizacijoms, ypač toms, kurių daugelis yra visuomeninės. Kodėl reikalavimai privatiems naudotojams, keturių, dviejų vietų lėktuvams taip auga, kad greitai jie bus tokie pat kaip Boeingo kompanijos reikalavimai? Aš nesuprantu, kad inžinieriai-konstruktoriai, kurie kuria naujus, greitus, saugius lėktuvus ir kovoja dėl kiekvieno greičio kilometro, o mes, atvažiavę į oro uostą, praleidžiam valandų valandas laukdami patikros praėjimuose. Aš nesuprantu daugelio lėktuvų užlaikymų. Aš manau, kad tai šiuolaikiniame technikos amžiuje nelemia vien tik meteorologinės sąlygos. Aš taip pat nesuprantu, kaip yra ginamos piliečių teisės, kai, atvažiavę į oro uostą, jie randa aviacinę kompaniją streikuojančią. Aš to pasigedau strategijoje, p. P. Telička. Matyt, kad senas lakūnų posakis „Kur prasideda aviacija, ten baigiasi tvarka“ dar ilgai bus naudotinas.

Marie-Christine Arnautu, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, j'ai travaillé pendant plus de trente ans à Air France et j'ai pu malheureusement constater les méfaits de la concurrence exacerbée dans le domaine de l'aviation. À force de trop vouloir et de trop souvent déréglementer pour des motifs de rentabilité, l'Union européenne a créé un cadre qui, en définitive, bénéficie bien davantage aux compagnies étrangères et aux *low-cost* qu'à nos compagnies nationales historiques, qui paient aujourd'hui cette chasse excessive aux économies.

Le constat est sans appel, que ce soit pour les grands opérateurs historiques ou les principaux aéroports, les évolutions à grande échelle se passent hors de l'Union européenne. Seule l'industrie aéronautique semble tirer son épingle du jeu, mais à quel prix? Malgré ses succès commerciaux, par exemple, le groupe Airbus a recours aux délocalisations, baisse ses budgets consacrés à la recherche et développement, et diminue ses effectifs.

Aussi, je conteste vigoureusement l'expression «tendance inadmissible au protectionnisme», que M. le rapporteur a inséré dans son texte, parce que je crois que c'est la logique inverse qui est inadmissible, celle qui préside pourtant dans les institutions de l'Union européenne depuis quarante ans et qui érige le libre-échange en dogme au nom d'une sacro-sainte concurrence libre et non faussée, dont on voit bien qu'elle est un leurre, y compris dans le secteur aérien confronté, ces dernières années, à la concurrence déloyale des compagnies du Golfe.

Finalement, je ne m'étonne pas trop, Monsieur le Rapporteur, que vous partagiez la vision mercantiliste de la Commission, puisque vous avez vous-même été membre de cette institution, mais je considère, pour ma part, qu'il est parfaitement approprié que les autorités publiques défendent l'emploi de leurs nationaux et protègent leurs entreprises. Si certains estiment que prôner un cadre protecteur pour notre secteur aérien est populiste, alors je l'accepte volontiers comme un compliment. Je ne me résous pas, en effet, à voir plusieurs compagnies aériennes disparaître ou passer dans l'escarcelle des compagnies étrangères, parce que les États ne sont pas autorisés à les sauver. Je ne me résous pas non plus à l'émergence de ces nouveaux modèles économiques que sont le *pay-to-fly*, les sociétés boîte aux lettres, les contrats «zéro heure» et le faux travail indépendant.

Sur ce dernier point, je ne peux, par contre, que me réjouir des recommandations émises par la commission de l'emploi et des affaires sociales, mais je reste circonspecte tout de même sur la volonté de la Commission de les appliquer, parce qu'en général, celle-ci est peu encline à sanctionner ce type de comportement, qui nuit pourtant à la sécurité des personnels navigants et des voyageurs. Preuve en est qu'aucune compagnie *low-cost* ne figure parmi les dix premières compagnies aériennes du classement Jacdec. C'est pourquoi, sauf réponse convaincante de M. le rapporteur, je m'abstien-drai sur ce rapport.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, βιώνουμε και στην Ελλάδα τον Ενιαίο Ευρωπαϊκό Ουρανό, τη στρατηγική αερομεταφορών της Ευρωπαϊκής Ένωσης για ιδιωτικοποίηση υποδομών, υπηρεσιών και του εναέριου χώρου, με την παράδοση – από την κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ που ακολουθεί στα χνάρια των προηγούμενων – δεκατεσσάρων αεροδρομίων στην κοινοπραξία Fraport-Κοπελούζου. Οι εργαζόμενοι της πολιτικής αεροπορίας, όλοι οι εργαζόμενοι στα αεροδρόμια, μένουν κυριολεκτικά στον αέρα, μη γνωρίζοντας αν θα έχουν δουλειά και δικαιώματα. Η ασφάλεια των πτήσεων τίθεται σε κίνδυνο με τη λογική κόστους-οφέλους. Ο τουρισμός που εξυπηρετείται από τα αεροδρόμια παραδίδεται σε διασυνδεδεμένους μεταφορικούς και τουριστικούς ομίλους. Κρατικές υπηρεσίες, όπως είναι η Πυροσβεστική, τίθενται στην υπηρεσία του ιδιώτη. Παραδίδεται ο έλεγχος του εθνικού εναέριου χώρου σε ιδιωτικά μονοπώλια και πολλαπλασιάζονται οι κίνδυνοι που απειλούν τα ζωτικά κυριαρχικά δικαιώματα της Ελλάδας σε μια περιοχή όπως το Αιγαίο και σε μια χρονική περίοδο που αυτά αμφισβητούνται ευθέως από την τουρκική ηγεσία, με καθημερινή αμφισβήτηση των συνόρων, εναέριων και θαλάσσιων, αλλά και της Συνθήκης της Λοζάνης που τα καθορίζει. Ο λαός να σταματήσει την παράδοση των αεροδρομίων! Ενιαίος δημόσιος φορέας αερομεταφορών για τις λαϊκές ανάγκες και όχι μονοπωλιακά κέρδη!

Wim van de Camp (PPE). – In de eerste plaats ook mijn dank aan de rapporteur voor dit verslag. Ik denk dat het een heel goed beeld geeft van wat wij op dit moment in Europa willen met de luchtvaartsector. De luchtvaartsector is een zeer uitdagende sector, maar het is ook een emancipatiesector. Er zijn veel Europese burgers die nu kunnen vliegen naar vakantieadressen en daar kan je veel over zeggen maar het is wel emancipatie.

Ik wil vier onderwerpen onder de aandacht brengen vanochtend, in de eerste plaats de innovatieve kracht van de sector. De Commissie vervoer zal volgende week een bezoek brengen aan Toulouse en aan de Airbusfabrieken om te zien hoe het gesteld is met de innovatie in Europa. Het tweede punt is de concurrentie. We hebben inderdaad zware concurrentie in de sector, niet altijd eerlijk en zeker van buiten de EU. Vervolgens het sociale aspect. Ik heb me nogal gestoord aan het gedrag van de Commissie werkgelegenheid. Als je medebeslissingsrecht hebt over een INI-verslag van TRAN dan ga je toch zeker niet een bericht schrijven dat twee keer zo lang is als het hoofdbericht. In deze sector moeten we ook niet alles bevriezen en met name de jonge piloten verdienen meer aandacht.

Isabella De Monte (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, l'aviazione rappresenta un elemento chiave del sistema del trasporto aereo, che è indispensabile al fine di garantire la connettività all'interno e all'esterno dell'Unione. Nell'ambito di una pianificazione strategica del sistema aeroportuale europeo, ritengo sia fondamentale valorizzare tanto gli *hub* internazionali quanto gli aeroporti regionali.

Questi ultimi contribuiscono alla creazione di occupazione e allo sviluppo del turismo e favoriscono la regolazione del traffico nei principali scali europei, promuovendo l'integrazione e la crescita delle aree remote. Quindi ho accolto con favore la comunicazione della Commissione europea sulla nozione di aiuto, in quanto sottolinea che il sostegno pubblico ai piccoli aeroporti, che servono prevalentemente un'utenza locale, non risulta idoneo a incidere sugli scambi tra gli Stati membri. Per queste ragioni ritengo importante sostenere, anche attraverso gli aiuti di Stato, l'investimento e il funzionamento nei piccoli aeroporti con traffico commerciale esiguo, che quindi non possono entrare in situazioni di concorrenzialità con gli altri *hub*.

Peter van Dalen (ECR). – Aanvankelijk gaf de heer Telička in zijn verslag heel veel aandacht aan innovatie, concurrentievermogen en collectiviteit. Dat zijn op zich heel belangrijke onderwerpen, maar de luchtvaart kampt wel met grotere problemen. In een hard gevecht om de laagste prijs knippen diverse prijsvechters hun piloten af. Dat gaat zelfs zo ver dat piloten moeten betalen om te mogen blijven vliegen. Dat is een constructie die bekend staat als *pay to fly*. Dat dit voor én de piloten én de consument een groot probleem is bleek vorig jaar uit de studie van de London School of Economics. Daarin gaven veel piloten aan dat ze te maken hebben met vermoeidheidsklachten en die vermoeidheidsklachten worden door dit soort luchtvaartmaatschappijen eigenlijk helemaal niet serieus genomen.

Ik maak me grote zorgen om die situatie. *Pay to fly* is een absurde constructie en staat eigenlijk voor een organisatiecultuur met grote risico's. Ik begrijp daarom heel goed dat diverse pilotenorganisaties beginnen, of al begonnen zijn, om dit juridisch aan te vechten en deze constructies onderuit te halen. Het is ook terecht dat ze dat doen. Gelukkig heeft de rapporteur uiteindelijk ook deze punten in zijn verslag overgenomen en daar ben ik blij mee. Door die verandering, door die aanpassing kan ik nu ook het verslag steunen.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, rakkaat kanssamatkustajat, käyttäisin hyväkseni tilaisuutta kysyä komissaari Bulcilta biopolttoaineiden käytöstä ja nimenomaan toisen sukupolven ja erityisesti jäte- ja tähdephajaiten biopolttoaineiden käytöstä.

Lentoliikenteen päästöjen vähentämiseksi saadaan säännöllisesti palautetta siitä, että biopolttoaineita mielellään käytettäisiin, mutta hinta on usein kolme kertaa kalliimpi kuin perinteinen fossiilinen verrokki. Jos me haluamme, ja toivottavasti edelleen haluamme, päästä Pariisin ilmastopimuksen mukaisiin tavoitteisiin, kaikki toimenpiteet – niin lentoliikenteessä, merenkulussa kuin muussakin liikenteessä – täytyy tehdä. Toivoisinkin, että komissio ottaisi askeleita eteenpäin, niin että tästä fossiilisesta polttoaineriippuvuudesta päästäisiin vähän muihinkin polttoaineisiin.

Karima Delli (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, merci à notre rapporteur, M. Telička.

Le secteur aérien est un secteur dynamique en pleine croissance: + 5 % par an. En termes d'émissions de CO₂, cela se traduira par des niveaux multipliés par sept d'ici 2050, parce que ce secteur représente déjà, à lui seul, 3 % des émissions de CO₂ globales. Par conséquent, à lui seul, le secteur aérien met en péril les objectifs de la COP21. Selon moi, nous n'avons pas de place pour un tel développement sans un virage technologique et sans une contrainte forte, notamment sur le carbone émis.

Outre le climat, l'autre problème, c'est que ce secteur est dérégulé. La compétition est inéquitable avec les *hubs* aéroportuaires et les compagnies du Golfe; la compétition intermodale est injuste, par exemple avec le ferroviaire, parce que le kérosène n'est pas taxé. Nous avons évoqué les problèmes sociaux, avec un emploi salarié toujours plus précaire – c'est le cas du *pay-to-fly*, des contrats «zéro heure» des équipages –, alors que le lien est évident entre conditions sociales et sécurité.

Par conséquent, aujourd'hui, c'est un secteur qui doit prendre en compte, de manière importante, le volet environnemental, le volet social, mais aussi le volet technologique.

Franck Proust (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, l'aviation et le secteur aéronautique, qui emploient directement des centaines de milliers d'individus en Europe, dont près de 190 000 en France, sont de véritables piliers de croissance pour l'Europe. La Commission européenne l'a bien compris lorsqu'elle a présenté, en décembre 2015, sa communication sur une stratégie de l'aviation pour l'Europe.

Nous débattons aujourd'hui d'un rapport complet qui prend en compte des enjeux essentiels pour faire de ce secteur un outil au service du renforcement de l'Europe, tant sur son marché intérieur que sur la scène internationale.

Sécurité aérienne, avec la réforme de l'AESA, ciel unique européen, droits des passagers aériens, l'accord mondial de plafonnement des émissions et, enfin, la dimension internationale de la stratégie aviation sont des axes prioritaires qui devront guider l'action de la Commission et des États membres au-delà de la stratégie de l'aviation elle-même.

Je veux insister sur un point: comme en sport, je me bats pour que les règles du jeu soient les mêmes pour tous. Or, il reste encore tant à faire en matière de lutte contre les pratiques commerciales déloyales! Nous devons prendre conscience de la nécessité de défendre nos compagnies aériennes européennes et nos aéroports.

Aussi, Madame la Commissaire, je vous demande de mener à bien la réforme du règlement sur les pratiques déloyales ainsi que sur les négociations avec les pays tiers. C'est en trouvant de nouveaux relais de croissance et en luttant contre les pratiques commerciales déloyales que le secteur aérien européen retrouvera des perspectives d'avenir solides.

Lucy Anderson (S&D). – Mr President, the continuing success of our aviation sector is very important for Europeans, as travellers and also as workers. I very much welcome the excellent work done by many MEP colleagues in producing our views on an overarching aviation strategy. This work has included engaging constructively with the Commission's focus on a forward-looking framework for regulation of the sector on the basis of a common European vision. Making the Single European Sky a reality, regardless of national demarcations, would benefit all of us. I, and many others, will be doing everything we can to ensure that the UK plays a full part in this project in the years to come.

On the details of this report, I believe that we as MEPs have a duty to promote the reduction and minimisation of environmental damage done by aviation and to encourage a shift to other, more sustainable forms of transport where appropriate. It is fair to say the report could possibly have done more in this respect, but I still think we should support it. However, it is extremely welcome that we are voting today in support of calls to protect the rights of workers throughout the sector. In contrast to what some others have said, most reasonable people in this Parliament agree there is ample evidence of the problems of precarious employment in the sector for pilots, cabin crew and ground staff and we must address this together.

Kosma Złotowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani komisarz! Branża lotnicza odgrywa bardzo ważną rolę w generowaniu wzrostu gospodarczego, miejsc pracy i w kreowaniu innowacji. Troska o ten sektor jest więc w pełni uzasadniona. Europejskie linie lotnicze, w tym Polskie Linie Lotnicze, generują zyski i radzą sobie bardzo dobrze na rynku światowym. Należy im w każdy możliwy sposób pomagać w rozwoju, także przez negocjowanie korzystnych umów dwustronnych. Cieszę się, że właściwą uwagę pan Telička poświęcił w tym sprawozdaniu kwestii dostępności transportu lotniczego, która wygląda bardzo różnie w poszczególnych regionach i w poszczególnych państwach członkowskich. Przy obecnym poziomie mobilności możliwość skorzystania z przystępnych cenowo połączeń i portów lotniczych stosunkowo blisko miejsca zamieszkania jest niezwykle ważna. Można tę dostępność zapewnić dzięki swobodnej konkurencji na rynku lotniczym, także z udziałem podmiotów spoza Unii i linii niskokosztowych, oraz odpowiedniemu poziomowi inwestycji w infrastrukturę.

Oczywiście wszystkie inicjatywy na rzecz przyszłości transportu lotniczego muszą traktować bezpieczeństwo pasażerów jako priorytet. Nie można się jednak zgodzić na lekkomyślne wykorzystywanie tego argumentu we wszystkich sporach, także w sporach między pracodawcami i pracownikami.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, πήρα το λόγο για να σας ζητήσω να υπερψηφίσετε την τροπολογία 2 μετά την παράγραφο 15 που αναφέρεται στην ακύρωση της παραχώρησης 14 κερδοφόρων περιφερειακών αεροδρομίων στην Ελλάδα στη Fraport. Πρόκειται για χαρακτηριστική περίπτωση αποικιακής σύμβασης. Είναι αποτέλεσμα πολιτικού εκβιασμού καθώς ετέθη ως προαπαιτούμενο για την υπογραφή του τρίτου μνημονίου. Παραβιάζει τους κανόνες της Ευρωπαϊκής Ένωσης περί κρατικών ενισχύσεων και ανταγωνισμού. Τεχνικός σύμβουλος της διαδικασίας παραχώρησης ήταν η εταιρεία Lufthansa που είναι μέτοχος της Fraport. Η ίδια η Fraport ανήκει κατά μεγάλο ποσοστό στο γερμανικό κρατίδιο της Έσσης, με συνέπεια αυτή η συμφωνία να αποτελεί παραχώρηση δημόσιας περιουσίας ενός κράτους μέλους σ' ένα άλλο κράτος μέλος. Συνολικά οι όροι της σύμβασης εξαιρούν την εταιρεία από μια σειρά δεσμεύσεις και υποχρεώσεις οικονομικού χαρακτήρα προς το ελληνικό δημόσιο, τους εργαζόμενους και τις τοπικές δημοτικές αρχές. Αγαπητοί συνάδελφοι, αν θέλουμε να σταθεί στα πόδια του ο ελληνικός λαός, δεν θα το κάνουμε αφαιρώντας τη δημόσια περιουσία του. Γι' αυτό σας καλώ και πάλι να υπερψηφίσετε αυτή την τροπολογία που ζητάει την ακύρωση αυτής της αποικιακού τύπου σύμβασης που έχει δρομολογηθεί.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, first of all, I would like to say to the Commission that they always claim to take an integral approach to all kinds of challenge and, indeed, we have had a couple of nice strategic reports from DG MOVE on the future of transport. But when we go into very sectoral approaches suddenly this integral approach is lost. The strategy on aviation is really a very one-sided approach, looking only at the problems of unfair competition internationally and, of course, some issues we have in the European airspace. The rapporteur, unfortunately, did not take the integral approach that is needed for the aviation sector.

I am happy that, in relation to the social pillar, the report has been corrected and improved. However, on the environmental side it hardly does anything: it does not even mention the Paris Agreement. When everyone is shouting about how important that is and yet it is not even mentioned in discussion of this sector it shows that the integral approach is still lacking. When we take sectoral approaches, let us ensure that we know it is about economic, social *and* environmental policies. This report does not do enough in that regard, so I will vote against it.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, la aviación es, como tantos otros, un sector afectado por la liberalización impuesta por la Comisión y las privatizaciones de los Estados miembros. España es un claro ejemplo. La privatización de AENA gestionará las infraestructuras aéreas pensando en la obtención de beneficios a costa de la calidad de los servicios para los pasajeros y trabajadores.

Con las liberalizaciones y las privatizaciones se ha producido un claro deterioro de las condiciones de trabajo en el sector. Mientras los servicios aéreos han crecido un 47 % en las últimas décadas, el empleo no crece, y los contratos temporales y precarios, incluidos los de cero horas, se han convertido en una norma habitual.

Hay que reforzar la negociación colectiva y escuchar las demandas de los sindicatos para evitar que cambios en las concesiones de los aeropuertos o las bases de operación de las compañías deriven, como ahora, en un empeoramiento de las condiciones laborales. Evitemos el dumping social y, desde luego, no avancemos en las privatizaciones.

Διαδίκασια «catch-the-eye»

Seán Kelly (PPE). – Mr President, (*inaudible*) with airlines and aeroplanes, and we are very grateful to all the carriers who take us around Europe every week. Especially coming from the island of Ireland, I must pay tribute to both Ryanair and Aer Lingus for their courtesy and efficiency at all times.

Also, coming from the island of Ireland means I am very conscious of the Brexit negotiations coming up and of the effect that a hard Brexit, with Britain outside of the single market and possibly the customs union, is going to have, especially in the haulage sector. I can see, because of the major difficulties in transporting goods across Britain and on to the European Union, a huge demand for both maritime and air transport in relation to cargo, and this is going to increase the pressure.

I agree with my colleague Mr Eickhout, and others, that the Paris Agreement has to be taken into consideration. We have to look at ways of reducing emissions, while maybe meeting increased demand, and that is a big challenge for us.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, vreau să felicit raportorii și pe toți colegii care și-au adus aportul la acest raport.

Ca membru al Comisiei TRAN, înțeleg importanța sectorului aviației în contextul strategiei de conectivitate, competitivitate, dar și de dezvoltare a turismului. Cred că este nevoie ca și Consiliul să dea dovadă de voință politică în sprijinul dezvoltării potențialului aviatic.

Doamna comisar, sunt convinsă că știți foarte bine că dezvoltarea aviației influențează competitivitatea, mobilitatea, dar și dezvoltarea economică în piața unică. Chiar Comisia a estimat că se produc pierderi de aproximativ 5 miliarde de euro pe an din cauza că „cerul unic european” înregistrează întârzieri.

În același timp, există probleme încă legate de calitate și de siguranța pasagerilor și cred că este nevoie să țineți cont de măsuri concrete în sensul protecției pasagerilor, dar și al îmbunătățirii calității serviciilor.

Salut Comunicarea Comisiei intitulată „O strategie în domeniul aviației pentru Europa” și încercările de eliminare a barierelor, dar o doresc aplicată în practică. Voi vota acest raport și sper ca propunerile pe care le primiți astăzi, doamnă comisar, să le în transformați în măsuri concrete.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η νέα στρατηγική για τις αερομεταφορές πρέπει να στοχεύει στην ενίσχυση της βιομηχανίας και του τουρισμού. Αυτό σημαίνει, κυρίως, μέτρα κατά των μονοπωλιακών καταστάσεων, όπως η περίπτωση της Fraport, στην οποία παραχωρήθηκαν, αντί πινακίου φακής, 14 περιφερειακά αεροδρόμια στην Ελλάδα και μάλιστα παραχωρήθηκαν με «προίκα», αφού στα αεροδρόμια Θεσσαλονίκης, Χανίων και Σκοπέλου εκτελούνται έργα ΕΣΠΑ, ύψους 520 εκατομμυρίων EUR, γεγονός που απαγορεύεται από τους κανονισμούς της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Επισημαίνεται ότι η Fraport εκμεταλλεύεται το αεροδρόμιο της Φρανκφούρτης και αεροδρόμια στα Βαλκάνια. Δεδομένου ότι μέτοχος της Fraport είναι η Lufthansa, καθίσταται σαφές ότι η Fraport έχει πλέον μονοπωλιακή θέση στην ελληνική αγορά, μετατρέποντας την Ελλάδα σε γερμανικό τουριστικό προτεκτοράτο. Πρόκειται για μία αποικιοκρατικού τύπου παραχώρηση ελληνικής δημόσιας περιουσίας σε γερμανική κρατική επιχείρηση, στο πλαίσιο των μνημονιακών επιταγών. Πρόκειται για παραχώρηση που διαλύει τις εργασιακές σχέσεις και θέτει κρατικές υπηρεσίες στην υπηρεσία της Fraport, όπως, δηλαδή, συμβαίνει με την Πυροσβεστική και το ΕΚΑΒ. Υποστηρίζω την τροπολογία για την κατάργηση της παραχώρησης των 14 περιφερειακών αεροδρομίων στη Fraport.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, esta é uma estratégia em que não nos revemos e que condenamos. Denunciamos os seus verdadeiros objetivos, promover um oligopólio pan-europeu da aviação que resultará numa maior perda de soberania nacional num setor altamente estratégico e importante para o desenvolvimento dos Estados-Membros, mas também a intensificação da exploração dos trabalhadores, com a expetável desregulação laboral, o aumento da precariedade e a redução de salários.

Esta é uma estratégia nascida no seio das grandes multinacionais do setor, criada por elas e para elas, privilegiar os acordos europeus com mercados emergentes ou as recomendações para a revisão de um conjunto de regulamentos e diretivas ou o aumento do investimento público numa lógica de nacionalizar custos e privatizar lucros servem, exclusivamente, os interesses dessas multinacionais.

Por fim, o relatório é forçado a reconhecer o brutal impacto que o processo de liberalização teve sobre as relações laborais, mas é incapaz de propor qualquer medida que inverta esse rumo; antes pelo contrário, só tem como resposta o ainda maior aprofundamento da liberalização do setor.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il trasporto aereo è la pietra angolare della mobilità europea ed è la modalità principale per rendere concreta la libertà di movimento garantita dai trattati. La nuova strategia per l'aviazione europea deve innanzitutto mirare a mantenere elevati standard qualitativi e di sicurezza per il trasporto passeggeri, a terra e in volo, anche attraverso incentivi all'innovazione e investimenti mirati nelle tecnologie digitali.

Lo spazio aereo rientra nel mercato unico dell'Unione europea e un suo utilizzo inefficiente o irrazionale, come quello causato da pratiche nazionali divergenti per procedure operative, tasse e prelievi, causa disagi concreti per i cittadini, un aumento dei costi e dei tempi di volo, oltre che maggiori consumi di carburante e più elevate emissioni di CO₂.

In definitiva, il settore dell'aviazione necessita di un'opera di razionalizzazione e di rinnovamento. Questa deve partire dalle Istituzioni europee, affinché si ottengano risultati armonici e si mantengano come obiettivi prioritari la sicurezza e l'accessibilità del trasporto.

(Τέλος παρεμβάσεων με τη διαδικασία «catch-the-eye»)

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Mr President, there are many issues and many questions but first let me say thank you very much again to both rapporteurs, Mr Telička and Mr Christensen, for a very comprehensive report and a very fruitful discussion. I would like to respond to all of you, but the time is really limited, so I will try to focus only on a couple of issues. I hope we can have a further discussion through the bilateral meetings on all the topics you raised.

First, just very quickly, on biofuels: in our low emission and mobility strategy we were very clear about the importance of alternative energies for transport. I have to say that, for aviation, biofuels are currently the only alternative which we will fully support.

On the topic of multimodality, which rolls with the same topic, and air quality, multimodality is certainly a very positive environmental impact, notably regarding local air quality, so we designed the TEN-T corridors fully multimodal. It has been estimated that many of the indirect CO₂ emissions at airports originate from surface access transport. Developing important public transport systems is therefore key, both for environmental reasons and for fairer competition between airport modes, and we are pursuing this goal.

On regional airports: these deliver very positive economic and other benefits for the communities they serve. In recent years, regional airports have begun to pursue commercial objectives and are competing with each other to attract air traffic. In this new competitive environment, public funding of regional airports may distort competition between regional airports, so allow me at this point to also mention state-aid rules, which are necessary to ensure a level playing field between regional airports. Our guidance makes clear under which conditions public funding can be justified.

Regarding the pre-check and pre-clearance programmes, the Commission is aware that at least one important international partner has commenced and implemented an expedited screening programme, so-called PreCheck, for so-called 'trusted travellers'. As a prerequisite, such travellers need to enrol and a programme determines the level of risk posed by the individual. This issue is therefore worth exploring further.

Pre-clearance: the Commission has noted the US Preclearance programme which aims at facilitating and rendering more expeditious the process of their arrival in the US. A number of major airports in the Union and their respective state's authorities has been approached and consulted, in order to have such an arrangement in place. This needs a series of procedural and infrastructural modifications to the current configuration in place at Union airports. EU funding on preclearance will be considered further.

Regarding pay-to-fly: new employment models have emerged, such as pay-to-fly for flight crew. There is no evidence that safety is negatively impacted but the Commission and the European Aviation Safety Agency (EASA) are continuing to monitor the pay-to-fly scheme.

I have already used up my time, so I am happy to discuss all other questions at the bilateral meetings. Thank you very much for your attention and I am really happy that we are on board together to make sure that aviation remains one of the success stories of the European Union.

Pavel Telička, *rapporteur*. – Mr President, let me start by first of all thanking my colleagues Ms Clune, Ms Foster and Ms Ayala Sender. I must say I have truly enjoyed working jointly with you and I appreciate your input. You have contributed immensely.

Secondly, in reaction to some of the comments: Mrs Konečná said that she is happy that I backed off on the social issues. Well, I am afraid that she cannot recall the deliberations because she did not have the time to join us for one single meeting, otherwise she would know that the social aspects were present from the very beginning. The difficulty that I had was when we received an opinion from the Committee on Employment and Social Affairs which was as long as the draft report itself. Then it was extremely difficult to accommodate it. I think we need to have a certain sort of discipline. So I am glad that, together with the rapporteur from the Employment Committee, we then managed to shrink it, but as I say, it has always been present.

Secondly, on the COP: you know, it depends how we write reports. We can have a report of 20-30 pages mentioning the COPs, as important as they are – COP21 certainly – all the elements, all the documents, but nobody will read it. I am rather in favour of reports that will outline exactly the tools, the instruments with which we will manage to do it. I invite you to have a look at, for example, the connectivity index. It is there; I mean this is the tool with which we can really arrive at the outcome.

I do have a dream. My dream is that I wake up one day in the morning, I decide with the family or without to fly in the evening; that I will look at the internet, I will buy an integrated ticket which will take me from my village to Prague, then to the airport, then from the airport to another airport, and then by train – integrated ticketing, integrated modes of transport; that I will get to the airport and I will be safe; that there will be pre-screening with no extra hassle, but still security will matter; I will fly on a plane, whether it is European or international, which will have low emissions, which will be quiet, a plane with a rested crew, etc.; I will arrive without any disruption of traffic.

So this says what this report is aiming at, and I believe that if we vote for it this is yet another important step in the right direction. So thank you very much indeed. I am sure that gradually, with an active Commission, with an ambitious Commissioner, we will be able to make the dream come true.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη 16 Φεβρουαρίου 2017.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Avec la politique d'ouverture à la concurrence du secteur européen de l'aviation civile, les compagnies aériennes européennes sont soumises à deux pressions concurrentielles: d'une part, le développement de la filière *low cost* et, d'autre part, la concurrence exacerbée de compagnies aériennes, notamment de pays du Golfe, qui seraient dopées par des aides publiques de ces États (qu'il s'agisse d'aides directes ou d'une fiscalité particulièrement avantageuse). Cette situation s'est traduite, comme dans tous les secteurs soumis à une forte pression concurrentielle en raison de politiques agressives de libéralisation, par une dégradation des conditions de travail des salariés des compagnies aériennes européennes. Ainsi, certains abus comme les contrats «zéro heure» ou le travail «indépendant» sont désormais avérés dans certaines de ces sociétés. Ce rapport, qui fait suite à la stratégie pour l'aviation publiée par la Commission européenne en décembre 2015, préconise, en particulier, l'instauration rapide du «ciel unique européen», mais fait l'impasse sur les mesures concrètes permettant de redresser la situation des compagnies européennes. L'absurdité du dogme antiprotectionniste apparaît au grand jour à l'heure où nos concurrents font un usage généreux de méthodes soumises, dans les États de l'Union, à des limitations légales strictes.

3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

3.1. Die Lage der Menschenrechte und der Demokratie in Nicaragua und der Fall Francesca Ramirez

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση σχετικά με την κατάσταση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και της δημοκρατίας στη Νικαράγουα και την υπόθεση της Francesca Ramirez (2017/2563(RSP))

Jiří Pospíšil, Autor. – Pane předsedající, dnes jsme se zde sešli, abychom projednali případ, a řekl bych příběh, aktivistky za lidská práva a ekologické bojovnice Francisky Ramirezové, která se snaží v Nikaragui vést svoji organizaci, která se jmenuje Rada na ochranu země, jezera a suverenity, a se svými kolegy se snaží pokojně protestovat proti megalomanskému plánu nikaragujské vlády prosadit a vytvořit průplav mezi Atlantským a Tichým oceánem.

Celý tento projekt je doprovázen mnoha otázkami, je spojen s netransparentností celého projektu, s tím, že čínský investor získal mimořádná oprávnění od nikaragujské vlády. A co je podstatné, je zřejmé, že nikaragujská vláda a státní orgány šikanují tyto aktivisty, kteří na problémy poukazují a protestují proti nim. My dnes přijímáme usnesení, kde žádáme vládu, aby nešikanovala lidskoprávní aktivisty a nechala je pokojně protestovat.

A to si myslím, že je klíčové, protože být zde může být určitý vládní projekt, tak občané mají právo proti němu protestovat a vyjadřovat svoje názory a tím uplatňovat svojí svobodu projevu.

Ryszard Czarnecki, autor. – Panie Przewodniczący! Pani komisarz! Szanowni państwo! Przed chwilą mówiliśmy o lotnictwie w Europie. To ważne dla obywateli naszych krajów. Teraz zaczęliśmy temat, który jest ważny dla wizerunku Unii Europejskiej, bo istotne jest, żebyśmy nawet w czasach dużego kryzysu instytucjonalnego i ekonomicznego w Europie pokazali, że są pewne wartości, które nie są na sprzedaż.

Jeśli tymi wartościami, które nie są na sprzedaż w Unii Europejskiej, jest obrona praw człowieka tam, gdzie są one łamane, myślę, że z Nikaraguą mamy problemy od bardzo wielu lat. Dobrze, że nasz Parlament ponad podziałami politycznymi zajmuje się tą skromną kobietą – Franciską Ramirez – która broni praw miejscowej ludności, ponieważ tej miejscowej ludności są zabierane za bezcen działki pod budowę elektrowni. I dobrze, że w tej w sprawie zabieramy głos. Tak naprawdę robimy to w pewnym sensie dla siebie po to, żebyśmy mogli powiedzieć sobie w przyszłości, że staraliśmy się bronić praw człowieka. Być może po latach uznamy, że była to jedna z ważniejszych działalności w tym parlamencie.

Dita Charanzová, autora. – Señor presidente, ya es hora de que hablemos de Nicaragua en esta Cámara. La situación de los derechos humanos y la democracia se ha ido deteriorando desde hace años y, por lo tanto, acojo positivamente esta primera Resolución de esta legislatura sobre Nicaragua. No se trata solo del canal interoceánico y la represión contra manifestantes que ejercen su derecho a la libertad de asociación y expresión.

Francisca Ramírez es solo un ejemplo de centenares de voces opositoras al Gobierno, que sufren una represión cada vez más dura. El Gobierno ha estado sistemáticamente socavando los procesos democráticos y los derechos de sus ciudadanos para consolidar su control del país. El ejemplo más reciente de esto se ha dado en las últimas elecciones de noviembre, que marcaron el final de un proceso electoral amañado e injusto.

En respuesta a todo esto, esta Resolución pide que la Unión Europea vigile la situación y, si es necesario, evalúe las posibles medidas a adoptar con Nicaragua, un país cosignatario del Acuerdo de Asociación con América Central. El Gobierno de Ortega nos ha demostrado una y otra vez su verdadera cara e intenciones. No podemos actuar de manera reactiva y esperar hasta que se produzcan más violaciones o acabaremos con otra Venezuela en América Central. Por eso, pido a la alta representante que comience ya a investigar medidas que se puedan aplicar para evitar que esto pase.

Soraya Post, författare. – Herr talman! Isidro Baldenegro López var bonde, miljöaktivist och ledare för ursprungsbefolkningen i Tarahumara. För en månad sedan mördades han i norra Mexiko. För ett år sedan mördades Berta Cáceres, också hon ledare för ursprungsbefolkningen och miljöaktivist i Honduras.

De här fallen läste jag om i tidningen Economist i veckan. Latinamerika, skriver Economist, är världens dödligaste plats för dem som kämpar för att rädda natur och miljö.

I Nicaragua har vi just nu att ta ställning till fallet Francisca Ramírez, ännu en modig kvinna från ursprungsbefolkningen som trotsar hot och trakasserier från myndigheterna för att stoppa ett massivt kanalbygge som hotar ursprungsbefolkningens jordbruk.

Dessa miljöaktivister sätter sina liv på spel för att rädda planeten. De behöver vårt stöd. Den här resolutionen stöttar också förhandlingsprocessen mellan Nicaragua och Organization of American States samt en viljeförklaring som båda parter ska skriva under före slutet av februari. Det är ett viktigt steg mot större rättssäkerhet. Att försöka rädda planeten ska inte vara förenat med hot, trakasserier och livsfara.

Molly Scott Cato, author. – Mr President, Francesca Ramirez leads the Council for the Defence of the Land, the Lake and Sovereignty, a peaceful resistance movement against the interoceanic mega-dam project which is going ahead unlawfully and without prior consultation with the local community. This mega-dam project would destroy the homes and livelihoods of thousands of indigenous people and small farmers, devastate fragile ecosystems across approximately 400 000 hectares of Nicaraguan land and further increase the country's debt.

The seizure and damage of Ms Ramirez's vehicles by the state authorities signals the Government's determination to go ahead with this damaging mega-project and its willingness to intimidate those who oppose it.

This resolution condemns such intimidation and underlines the need to abandon the interoceanic dam project in order to prevent the irreversible damage it will cause. We are only sorry that we were not able to support the joint resolution because it was turned into a vehicle for general political criticism of the Nicaraguan Government. While we agree with many of the criticisms, we believe that this is a misuse of the human rights urgencies process of this House.

Seán Kelly, on behalf of the PPE Group. – Mr President, I support this resolution. I think we must do everything in our power, in the light of the Association Agreement between the EU and the countries of Central America, to hold Nicaragua accountable to the standards and respect due to the rule of law, democracy and human rights, and this is not the case at the moment. The use of State power to intimidate journalists, exclude the opposition from political life and effect full control under the judiciary system has resulted in pervasive public corruption.

The Presidential elections in 2016 have resulted in complaints about a lack of transparency, given the absence of independent observers, as well as the fact that the single party regime makes it undemocratic. And of course, the work and personal safety of human rights defenders in Nicaragua is threatened by State-related retaliation to their activism. Notably, the case of the arbitrary detainment of environmental activist Francesca Ramirez and her family. They deserve our support, and her colleagues also, and we must work as a Union to try and get Nicaragua to be fairer in their dealings with these people.

Javi López, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, en este punto hablamos sobre la situación que padece Nicaragua y, especialmente, hacemos referencia al acoso que ha recibido una activista medioambiental en el país: el caso de Francisca Ramírez, que, protestando frente a una megaobra que se va a producir en el país —que no ha tenido el estudio medioambiental necesario, que no ha tenido la concertación en el país necesaria en una obra de estas características—, se ha visto acosada por el Gobierno. Y nosotros debemos denunciarlo, evidentemente.

Y también, de telón de fondo —y esto la Resolución lo recoge—, estamos viendo cómo el sistema institucional del país se ha ido debilitando, tanto por lo que se refiere al Estado de Derecho como al pluralismo político: en las anteriores elecciones la Unión Europea no participó como observador, no pudo hacerlo; hace dos elecciones fue muy, muy crítica; y hemos visto también cómo había graves casos de corrupción.

Pero hay que decir que tenemos que ser proporcionales y no podemos utilizar algunos países como arma arrojadiza política o ideológica entre nosotros; y equilibrados, porque también, por ejemplo, hablamos de otra Resolución, en este caso con varios asesinatos en otro país centroamericano —varios asesinatos, repito, varios, no como el caso de acoso de Francisca Ramírez—, como es Guatemala.

Poner el foco al final en los acuerdos, las negociaciones que están produciéndose hoy con la Organización de Estados Americanos, con el Gobierno, que esperemos que mejoren la situación del país, y en eso la Unión Europea tiene que ayudar.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nonostante condividiamo molti passaggi di questa risoluzione, abbiamo deciso di non firmarla. È vero che molti passaggi sono giusti, ma è anche vero che, secondo noi, doveva concentrarsi maggiormente sul caso di Francesca Ramirez e sulla costruzione del Canale interoceanico da parte dei cinesi. Invece, le questioni principali hanno finito per essere marginalizzate per concentrarsi su una questione politica.

Ancora una volta ci troviamo di fronte all'ennesima violenza contro difensori dei diritti umani e comunità indigene in America centrale. La paura che abbiamo è che si possa ripetere un caso come quello di Berta Cáceres in Honduras e dovremmo evitare e scongiurare che si rivelino casi del genere.

Ci sono di mezzo il progetto di costruzione di questo Canale interoceanico e gli interessi economici di quei pochi che da questo canale appunto guadagneranno un grosso profitto. Dovremmo imparare da errori che abbiamo commesso nel passato per cercare di essere più fermi, più decisi e più diretti quando facciamo queste risoluzioni e andare al sodo e non utilizzarle per critiche politiche, spesso anche strumentali.

Διαδικασία «catch-the-eye»

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione politica del Nicaragua si va deteriorando sempre più. Nel paese dell'eterno Presidente Daniel Ortega permangono evidenti contraddizioni sociali e un sempre maggiore distacco tra la maggioranza della popolazione e il governo.

Il Nicaragua torna a fare notizia sui mezzi di informazione internazionale per la mancanza di democrazia, il progressivo deterioramento dello Stato di diritto e la violazione dei diritti umani. Hanno riacceso le proteste internazionali le notizie relative alle minacce nei confronti di Francesca Ramirez, contadina nicaraguense che si batte contro la costruzione di un canale navigabile tra il Mar dei Caraibi e l'oceano Pacifico, un'opera faraonica che prevede anche il trasferimento di ben 10 000 contadini senza rimborsi adeguati.

Francesca Ramirez si batte in difesa dei contadini nicaraguensi e per la salvaguardia dell'ambiente. Gli atti di intimidazione e di violenza nei suoi confronti vanno condannati con determinazione. L'Unione europea e la comunità internazionale devono fare pressione sulle autorità del Nicaragua, affinché questa coraggiosa contadina e la sua famiglia siano tutelate.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, τάσσομαι υπέρ του ψηφίσματος, το οποίο άλλωστε έχω υπογράψει. Η συμφωνία του Προέδρου της Νικαράγουας Daniel Ortega με την κινεζική εταιρία Hong Kong Nicaragua Canal Development για τη διάνοξη μιας διώρυγας που θα συνδέσει τον Ατλαντικό με τον Ειρηνικό Ωκεανό οδήγησε χιλιάδες πολίτες σε διαμαρτυρίες. Η συντονίστρια του Εθνικού Συμβουλίου για την υπεράσπιση της γης, της λίμνης και της εθνικής κυριαρχίας, Francisca Ramírez, πρωτοστατεί στο κίνημα των πολιτών της Νικαράγουας που αντιτίθενται στη δημιουργία της παραπάνω διώρυγας, αφού το κόστος της υπολογίζεται σε 50 δισεκατομμύρια δολάρια και η κατασκευή της αναμένεται να επιφέρει πλήγμα στο περιβάλλον αλλά και να περιορίσει τα κυριαρχικά δικαιώματα της χώρας, εκτοπίζοντας ταυτόχρονα 30.000 πολίτες, κυρίως φτωχούς αγρότες και μέλη αυτόχθονων πληθυσμών, τους οποίους η κυβέρνηση δεν συμβουλευτηκε καν πριν λάβει την απόφασή της. Η Francisca Ramírez έχει γίνει στόχος εκφοβισμού, έχει υποστεί αυθαίρετη κράτηση, ενώ τόσο αυτή όσο και τα μέλη της οικογένειάς της έχουν δεχθεί επιθέσεις σε αντίποινα για τον ακτιβισμό της, και όλα αυτά από τις κυβερνητικές αρχές της χώρας. Εκτιμώ επομένως ότι η κυβέρνηση της Νικαράγουας πρέπει να σεβαστεί τις αντιδράσεις των πολιτών της χώρας και να σταματήσει να εμποδίζει την άσκηση του δικαιώματος στην ελεύθερη έκφραση γνώμης.

(Τέλος παρεμβάσεων με τη διαδικασία «catch the eye»)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for bringing up this case. As you know, the European Union follows very closely the situation on human rights in Nicaragua and we had been monitoring the case of Ms Ramirez. In this instance, the European Union delegation contacted her to find out her situation during the police seizure of her vehicles, which she finally recovered. International media attention probably played a role in the rapid return of her property. This is, of course, a satisfactory outcome for an unfortunate situation that could have been avoided in the first place.

The EU, however, remains vigilant. The authorities of Nicaragua must ensure that all human rights defenders can express their legitimate opinions without fear of retaliation. Through continuing contacts and monitoring, the European Union draws attention, whenever it is necessary, to human rights issues and specific situations. Increased visibility, as has been the case with Ms Ramirez, may help to resolve or minimise human rights organisations' and defenders' difficulties.

EU officials at all levels have regular contact with key local and international civil-society organisations, human rights organisations and activists. When necessary, the EU delegation and Member States have raised – and they will continue to raise – human rights issues with Government officials.

The EU and the Member States have a number of programmes and projects to support Nicaraguan and other Central American civil-society organisations. Like any other civil-society organisation, Francesca Ramirez's organisation can apply to benefit from EU development cooperation funds, and information sessions are regularly held at local level in order to explain the process to all the interested organisations.

Among the human right priorities, the delegation and Member States' embassies present in Nicaragua have decided to focus on improving the rule of law, promoting gender and LGBTI rights, as well as social, education health rights, and encouraging civil society to participate actively in the national development agenda and in the defence of fundamental rights.

I would like to take this opportunity to reassert the European Union's commitment to human rights in Nicaragua and to reiterate the EU's pledge to contribute to human rights defenders' security, well-being and dignity.

Πρόεδρος. – Έχω λάβει έξι προτάσεις ψηφίσματος για την περάτωση αυτής της συζήτησης.

Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη 16 Φεβρουαρίου 2016.

3.2. Hinrichtungen in Kuwait und Bahrain

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη αφορά τη συζήτηση σχετικά με τις εκτελέσεις στο Κουβέιτ και στο Μπαχρέιν (2017/2564(RSP))

Cristian Dan Preda, auteur. – Monsieur le Président, le groupe PPE condamne fermement les récentes exécutions à Bahreïn et au Koweït ainsi que le fait que ces deux pays ont mis fin au moratoire sur la peine de mort mis en place il y a de nombreuses années. Même s'il s'agit de crimes graves, le recours à la peine de mort est inacceptable.

En même temps, je regrette le fait que le débat au sein du Parlement sur cette question essentielle ne soit pas basé sur la défense des valeurs de l'Union et des droits de l'homme, mais sur la solidarité envers certains pays ou régimes.

La gauche plurielle, y compris les *cinque stelle* et autres suivistes, imposent à l'ordre du jour uniquement les exécutions dans les régimes dirigés par des sunnites. Leurs amis chiites doivent, en quelque sorte, être protégés. Or, cela est inacceptable! En Iran, il y a plus d'exécutions que dans tous les pays dont la gauche nous oblige à parler.

J'appelle donc mes collègues des autres groupes politiques à ne pas négliger ces cas plus alarmants et à discuter ensemble de ces graves violations des principes fondamentaux dans tous les régimes, chiites comme sunnites.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), Domanda «cartellino blu». – Caro collega, io ho sentito una cosa che veramente non so se sia un errore di traduzione o quant'altro. Lei ha detto che noi sosteniamo la pena di morte nei regimi sciiti? Il Movimento 5 Stelle? Se lei mi trova un solo atto, in tanti anni di lavoro in Parlamento, in cui noi abbiamo sostenuto la pena di morte nei regimi sciiti, io veramente alzo le mani. Spero che sia stato solamente un errore di traduzione. Lo richiario: il Movimento 5 Stelle è contrario alla pena di morte ovunque nel mondo.

Cristian Dan Preda, auteur, réponse «carton bleu». – Monsieur Castaldo, vous devez être content, vous avez les applaudissements de M^{me} Vergiat. Le problème, c'est qu'à chaque fois que nous discutons des urgences, seul le groupe PPE propose de discuter des exécutions perpétrées dans cette grande région du monde tant par des régimes chiites que sunnites. Nous sommes les seuls!

À chaque fois que les autres groupes politiques proposent des urgences, c'est uniquement à partir de la perspective iranienne. Ils sont un peu orientés en fonction des volontés de Téhéran et non de nos valeurs fondamentales.

Πρόεδρος. – Ως Πρόεδρος, οφείλω να επισημάνω ένα πρόβλημα, το οποίο που έχει τεθεί από συναδέλφους προερχόμενους από ένα ευρύτατο πολιτικό φάσμα και νομίζω ότι πρέπει να επικεντρωθούμε σε αυτό και να μην μετατρέπουμε την εύλογη καταδίκη του Κουβέιτ και του Μπαχρέιν για τις εκτελέσεις σε ζήτημα μικροκομματικής αντιπαράθεσης.

Mark Demesmaeker, Auteur. – Nog geen acht maanden geleden veroordeelden wij hier de politieke arrestaties in Bahrein. Een jaar geleden stelden wij de folterpraktijken in het land aan de kaak. Tevergeefs, de mensenrechtensituatie gaat er niet op vooruit. Integendeel, het regime draait de duimschroeven aan, maakt het leven van mensenrechtenactivisten en oppositie zo goed als onmogelijk.

Vandaag staan we hier opnieuw. Deze keer betreuren we 3 doden. Het zijn de eerste executies in Bahrein sinds 2010 na een omstreden proces en we vrezen dat er nog meer aankomen. Ik wil het volgende duidelijk maken aan de Bahreinse autoriteiten. We veroordelen altijd en overal blind geweld, moord en terrorisme. Maar, ongeacht de zwaarte van de misdrijven, de leeftijd van de daders, het verloop van de rechtsgang, voor dit Parlement is het recht op leven een basismensenrecht waar niet aan te tornen valt. Ik denk aan de woorden van Catherine Ashton: *“The death penalty can neither reverse the crime it seeks to punish nor mitigate a victim's loss. It should be a relic of the past”*. Helaas, de doodstraf is in Bahrein geen reliek, maar opnieuw enge realiteit anno 2017.

Tot slot wil ik alle Europese instellingen en lidstaten aansporen om in hun betrekkingen met Bahrein het belang van de fundamentele mensenrechten te benadrukken.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI*Wiceprzewodniczący*

Marietje Schaake, author. – Mr President, we are deeply disturbed by the executions in Bahrain and Kuwait in January. The EU is against the death penalty, no matter in which country it is performed, no matter for what crime; 160 UN member states have abolished the death penalty or do not practise it, and that list should grow. In Kuwait on 25 January, 25 people were executed, 5 of them were actually foreign citizens and there are serious concerns about whether they had a fair trial under the current system in Kuwait. But in Bahrain on 15 January three people were executed by a firing squad, and we are well aware of the lack of fair trial standards as well as allegations of forced confessions under torture, which adds to the concern that we already have about the death penalty, also regarding the circumstances in these cases. The Office of the High Commissioner for Human Rights of the UN said it was appalled, and shares our concern about the lack of a fair trial. We ask the Kuwaiti and Bahraini authorities to become the leaders that they can be in the Middle East and adopt a moratorium on the death penalty. We particularly call on His Majesty Sheikh Hamad bin Isa Al Khalifa of Bahrain to halt the executions of two prisoners on death row, Mohammed Ramadan and Hussein Moussa. We call on both the Kuwaiti and Bahraini authorities to invite the UN Special Rapporteur on torture and inhumane treatment, and to grant him full access to detention facilities to investigate the circumstances.

There is an urgent need in both these countries for upholding human rights and respecting them, including fair trial standards, and in Bahrain we see specifically that revoking citizenship puts people in a terrible situation; this is illegal and it must stop. We have also called urgently and repeatedly for the recommendations of the BiCi report to be implemented, and we repeat this call again today.

Soraya Post, författare. – Herr talman! Naturligtvis så fördömer också den socialdemokratiska gruppen de här dödsstraff.

EU har tydliga riktlinjer. Vi förespråkar ett avskaffande av dödsstraffet i linje med internationell rätt och EU:s stadga om de grundläggande rättigheterna. I artikel 2 i stadgan står "Var och en har rätt till liv. Ingen får dömas till döden eller avrättas."

Därför är det högst oroväckande att både Kuwait och Bahrain nu återupptagit avrättning av medborgare efter ett längre uppehåll. Detta är oacceptabelt. Rätten till liv är grundläggande. Inte ens Internationella brottmålsdomstolen, som behandlar brott mot mänskligheten och folkmord, får utdela detta straff för förövare.

I det fall vi nu får rapporter om från Kuwait och Bahrain uppfylls inte rättsprocessens minimikrav. Människor döms till döden efter summariska rättegångar och efter erkännanden under tortyr.

Rätten till liv är det grundläggande för en stat att beskydda. Här ser vi vikten av att parlamentet tar ännu tydligare ställning och inför ett ännu tydligare proaktivt arbete för att uppfylla målsättningen om ett universellt avskaffande av dödsstraffet.

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Monsieur le Président, les exécutions, le 15 janvier dernier, de Ali Al-Singace, Abbas Al-Samea et Sami Mushaima sont un triste symbole. Ils ont été exécutés une semaine après leur condamnation, prononcée sur la base d'aveux dont il fait peu de doutes qu'ils ont été extorqués sous la torture.

Ali, Abbas et Sami sont les premières personnes à être exécutées depuis 2010. Les premières à l'être pour motifs politiques depuis 1996. Cela justifie amplement notre résolution, qui s'appuie sur les déclarations de l'ONU.

Il est peut-être encore temps de sauver Mohammed Ramadan et Hussein Moussa, condamnés à mort dans les mêmes conditions.

Nous pouvons aussi nous inquiéter de la reprise des exécutions au Koweït, où sept personnes, presque toutes étrangères, dont trois femmes, viennent d'être pendues alors qu'il n'y avait pas eu d'exécution dans ce pays depuis 2013. Dans les deux pays, la torture est malheureusement monnaie courante, tout comme la déchéance de nationalité.

Il faudrait aussi dénoncer la situation des Bidounes, littéralement des sans-droits apatrides particulièrement discriminés, ou encore celle des travailleurs migrants.

Je regrette le «deux poids, deux mesures» pratiqué par certains groupes politiques, comme nous venons de le voir dans le précédent débat, et M. Preda vient de nous faire une triste caricature.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Tomáš Zdechovský (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Já bych měl, paní Vergiatová, na Vás otázku. Vy jste hovořila o vynucených doznáních a zmanipulovaných procesech. Můžete uvést konkrétní zdroje Vašich tvrzení? Můžete uvést také, kolik vlastně bylo v Bahrajnu vykonaných poprav? Jak třeba bahrajnský režim pokročil v otázce lidských práv? Je tam nějaká pozitivní progres?

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), réponse «carton bleu». – C'est bien de me poser une question, mais c'est mieux de m'écouter avant de m'en poser une.

J'ai effectivement dit que ce qui nous inquiétait dans la situation du Bahreïn et qui justifiait notre résolution, c'est le fait qu'il y avait eu un moratoire et que les exécutions avaient repris. Cela me paraît clair.

Par ailleurs, comme le dit notre résolution – si vous l'avez lue –, les soupçons de torture reposent sur les déclarations des ONG, et les plus grandes d'entre elles. Ces soupçons ont été repris par l'ONU, et il me semble que c'est une source fiable.

Alyn Smith, author. – Mr President, we have had good joint working across this resolution. I do regret that the ECR was not able to be part of the compromise, eventually, but we did work hard to get a decent text before the House. It is right that where Member States have allies and have interests, the European Union is a community based on values and as a collective we can exploit and voice our values and it is right that we remain vocal within that discussion. The EU, acting as a collective, can achieve more than our individual Member States – my own in particular has not entirely clean hands in this discussion – but as a collective we can be true to our values and it is right that we should speak truth to our friends.

In Bahrain and Kuwait there is a sense that they are somehow singled out unfairly for criticism, on a regular basis. It is barely eight months since our last resolution on Bahrain as well, but that is because, actually, it is a compliment. There is scope for a dialogue, there is scope for a discussion with those two countries, and there is scope for progress which we can support within those countries with our expertise.

I would refer particularly to paragraph 9 of the resolution: the resolution calls on the Bahraini Government to fully implement the recommendations of the Bahrain Independent Commission of Inquiry. Progress and reform is absolutely vital and we will continue to support that progress.

Fabio Massimo Castaldo, autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Ali Al-Singace, Abbas al-Samea e Sami Mushaima, domenica 15 gennaio, alle prime luci dell'alba, hanno ricevuto quattro pallottole in petto, poco meno di una settimana dopo che la Corte di Cassazione aveva confermato le loro condanne a morte per l'uccisione di due poliziotti nel 2014.

Si tratta delle prime esecuzioni dal 2010 in Bahrein. Sono stati torturati fino a confessare. Non sono stati informati neanche dell'esecuzione, così come i loro familiari che non hanno nemmeno potuto assistere alle cerimonie funebri. Esattamente dieci giorni dopo in Kuwait sono stati impiccati sette prigionieri, anche qui le prime esecuzioni in quattro anni, e un processo equo è una chimera. Crudele, inumana, incapace di deterrenza, crimine irreversibile: questa è la pena di morte ovunque nel mondo!

Altri due uomini adesso rischiano in Bahrein di essere trucidati dal sistema, dallo Stato, nei prossimi giorni, se non ci sarà un perdono reale che noi invochiamo per mettere fine a questa pratica atroce e anacronistica. I valori e i principi selettivi e secondo interessi commerciali appartengono ad altri partiti e gruppi politici di quest'Aula. Per il Movimento 5 Stelle non si raggiungerà mai la giustizia uccidendo un essere umano, né in Bahrein, né in Kuwait, né in nessuna parte del mondo, Iran compreso.

Tomáš Zdechovský, za skupinu PPE. – Pane předsedající, vždycky když se narodí člověk, je to dobrá zpráva od Boha, že jsme ho ještě nepřestali bavit. A proto je mi vždycky líto, když dojde k tomu, že je někomu násilně život odebrán. A ještě více mi je to líto, když je odebrán od někoho, kdo je považován za partnera Evropské unie.

V případě Bahrajnu už tady máme třetí rezoluci, která se týká naléhavých případů, a tak, jak zmínil Cristian Preda, je bohužel politováníhodné, že nevěnujeme pozornost také dalším zemím. Nikdy tady na evropské úrovni jsme neprobírali naléhavé rezoluce u případů občanů Íránu. Málo se věnujeme případům poprav třeba v Bělorusku a v dalších zemích. A myslím si, že to je pro nás, pro politiky, velikánská výzva k tomu, abychom tuto situace změnili. Já osobně říkám za PPE: je neakceptovatelné jakékoliv odejmutí života člověku. Život jsme člověku nedali, nemáme právo mu ho vzít.

Ana Gomes, em nome do Grupo S&D. – Nesta resolução, condenamos vigorosamente as recentes execuções no Koweit e no Barém, países onde a justiça não tem credibilidade.

Em Manama, a forma como a polícia tem enfrentado os protestos dos últimos dias pelo aniversário da revolta de 2011, mostra que a situação de direitos humanos se tem agravado, com crescentes violações, incluindo execuções sumárias e tortura.

É fundamental que as autoridades do Barém parem as execuções de Mohammed Ramadan e Hussain Ali Moosa, a quem foi negado um processo justo, e se comprometam imediatamente com a abolição da pena de morte, que parem a repressão e restaurem a liberdade de ação do partido da oposição al-Wefaq, que libertem os presos políticos e ativistas de direitos humanos como Nabeel Rajab e que restitua a cidadania a Sheikh Issa Ahmad Qassim e outros dissidentes, a quem foi, ilegal e arbitrariamente, revogada.

Para a própria segurança e estabilidade do Barém, será vital que as autoridades se empenhem, finalmente, no diálogo para uma reconciliação. Isso, obviamente, implica a participação dos representantes da população majoritária xiita.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Ich will mich auf die Vorfälle in Bahrain konzentrieren, wegen der Besonderheit, dass dort ein sunnitisches Herrscherhaus auf die mehrheitlich schiitische Bevölkerung Druck ausüben will.

Diese drei Männer aus Bahrain sind zum Tode verurteilt worden für eine Tat, die sie mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht begangen haben. Es liegt nahe, dass diese Maßnahme die mehrheitlich schiitische Bevölkerung einschüchtern sollte. Die Angeklagten wurden im Februar 2015 zum Tode verurteilt, legten dagegen jedoch Berufung ein und begründeten diese damit, dass ihre Geständnisse unter Folter erzwungen worden waren. Die Berufung wurde kurz vor der offiziellen Erschießung der Männer verworfen. Als im Zuge des inszenierten Arabischen Frühlings auch Unruhen in Bahrain ausbrachen, wurde die Gelegenheit vom sunnitischen Herrscherhaus genutzt, um die schiitische Bevölkerung zu dezimieren. Als dann drei Jahre später eine Bombe drei Polizisten tötete, wurden erneut Schiiten dafür verantwortlich gemacht und drei Verdächtige innerhalb kurzer Zeit und trotz ziemlich dünner Beweislage festgesetzt.

Es werden seit der gezielten Destabilisierung der Länder in Nordafrika und im Nahen Osten religiöse oder ethnische Konflikte ausgetragen, die hätten verhindert werden können, wenn man nicht auch von EU-Seite die US-Außenpolitik vor Ort unterstützt hätte.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, in Europe we are against capital punishment in principle, but let us not forget it is up to every sovereign state to decide about this. Kuwait and Bahrain decided to have a moratorium on executions for the past 6 years, and this is something encouraging. Now they have resumed executions, of ten people, on an exceptional basis. This is very much deplorable, but my problem is that this debate is somewhat out of the context of urgency because at the same time, we know that during this year in Iran ten times more people have been executed. Where are our urgent motions for resolutions [about that]? And so I am afraid that, in neglecting Iran and bashing Kuwait and Bahrain – Bahrain is very good in providing religious freedom and tolerance – we are in a way introducing double standards, so the PPE Group has decided to abstain from this vote.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I would like to express many thanks to all those who work to raise human rights issues in this House. This is not the first time that we have spoken about the situation in Bahrain, sadly, and our message must be clear. The death penalty is always wrong, and even more so when young men are tortured into confession and then executed. All of us here must be clear that Muhammad Ramadan and Hussein Moussa must not be executed, and that the death penalty must be abolished in Bahrain, as elsewhere, including Iran.

Upholding human rights and democracy makes a country stronger, not weaker. If Bahrain wants to present itself as a beacon of progress in the Middle East, then its Government must conduct itself accordingly. Instead of putting Nabeel Rajab through yet another hearing on 21 February, release him and all other political prisoners. All EU Member States, and especially the UK, must put human rights first and insist that these rights are upheld, instead of trading in arms.

Zgłoszenia z sali

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, as execuções de três homens, de confissão xiita, foram as primeiras levados a cabo no Barém, desde julho de 2010. No Koweit, onde, neste preciso momento, 50 pessoas estão no corredor da morte, a execução de sete prisioneiros constituíram as primeiras penas de morte desde 2013 e esta pena continua a ser aplicável mesmo em caso de ofensas não violentas, incluindo o tráfico de droga, em flagrante violação do Direito Internacional.

Estas condenações, cruéis e desumanas, representam um grave retrocesso em matéria de direitos humanos e, infelizmente, refletem uma tendência de crescente recurso à pena de morte e de levantamento das moratórias no golfo árabe, colocando em perigo a já frágil estabilidade da região.

Caros Colegas, o meu país, Portugal, foi das primeiras nações no mundo inteiro a abolir a prática abjeta da pena de morte, decisão essa que muito me orgulha e, na altura, o próprio Vítor Hugo referiu que Portugal dava um exemplo à Europa. Espero que hoje, a Europa, especialmente este Parlamento em pleno século XXI, seja também um exemplo para o resto do mundo, condenando veementemente estas penas, apelando à comutação das penas dos restantes condenados e reiterando o seu compromisso com a abolição universal da pena de morte em todo o mundo, onde se inclui, também, o Irão.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa deve ribadire il suo ruolo guida nella lotta per l'abolizione della pena di morte e per una moratoria sulle esecuzioni in tutto il mondo. Purtroppo negli ultimi anni abbiamo assistito ad una recrudescenza delle esecuzioni in molti paesi, anche dov'era in vigore una moratoria.

In Medio Oriente assistiamo a una vera e propria ondata di esecuzioni capitali. In Kuwait, dopo quattro anni di moratoria, sono stati impiccati 7 dei 57 condannati che si trovano attualmente nel braccio della morte. All'inizio di gennaio, il Bahrein ha interrotto una moratoria che durava da sei anni, eseguendo le condanne di tre persone, tutte legate ad ambienti dell'opposizione politica.

Bisogna raccogliere l'appello del Santo Padre e abolire la pena di morte, legale o illegale che sia e in tutte le sue forme. Molto resta da fare. È stata abolita la schiavitù. Bisogna abolire la pena di morte ovunque, bisogna liberare il mondo da questa pena crudele e inumana.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η κατάσταση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και του κράτους δικαίου στο Μπαχρέιν και στο Κουβέιτ είναι ιδιαίτερα ανησυχητική. Και οι δύο χώρες προέβησαν τον Ιανουάριο στην άρση του μορατόριουμ για τις εκτελέσεις θανατικών ποινών. Οι αρχές του Μπαχρέιν, για πρώτη φορά από το 2008, εκτέλεσαν τρεις Σίιτες Μουσουλμάνους. Στις πληροφορίες που έρχονται στο φως, γίνεται λόγος και για βασανιστήρια, για να αποσπάσουν οι αρχές του Μπαχρέιν ομολογίες. Στο Κουβέιτ εκτελέστηκαν 7 άτομα στις 25 Ιανουαρίου. Πρόκειται για τις πρώτες εκτελέσεις που έγιναν στο Εμιράτο από το 2013. Τα γεγονότα αυτά αποδεικνύουν ότι οι εκτελέσεις πολιτών αυξάνονται σε όλη τη Μέση Ανατολή. Οι θανατικές καταδίκες, τα βασανιστήρια και κάθε μορφή σκληρής και απάνθρωπης ταπεινωτικής μεταχείρισης και τιμωρίας απαγορεύονται από τις διεθνείς και ευρωπαϊκές συνθήκες, απαγορεύονται παντού στον κόσμο, είτε σε Σιιτικά, είτε σε Σουνιτικά μουσουλμανικά κράτη. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να στείλει ένα μήνυμα: η καταπάτηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων δεν μπορεί να γίνει ανεκτή.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le autorità del Bahrein e del Kuwait hanno riesumato la pena di morte, aprendo il 2017 con rispettivamente 3 e 7 esecuzioni. Peraltro, in questi casi non vi sono solo state le esecuzioni, che già di per sé rappresentano una delle pratiche più barbare esistenti, ma sono state anche constatate diverse altre violazioni. I processi sono risultati sommari, gli imputati hanno accusato le forze di polizia di torture e maltrattamenti. Il ritorno alla pena di morte, inoltre, ha scatenato il malcontento popolare, creando instabilità nei paesi.

Ora io voglio dire una cosa. Ascoltando gli interventi dei colleghi Preda, del collega Kram, a me sembra assurdo che, parlando di diritti umani, ancora stiamo a discutere su giustificazioni, ci mettete l'Iran, non ci mettete l'Iran. Ma è logico che lo stesso tipo di pratiche, le stesse violazioni valgono in maniera uguale in qualsiasi parte del mondo. Siete voi che continuate a portare avanti la logica dei due pesi e due misure, che se lo fa uno Stato amico è una carezza, se lo fa uno Stato ostile è una violazione gravissima dei diritti umani. In questa ossessione che avete nel cercare di ricomprendere l'Iran in qualcosa che non c'entra – anche le altre violazioni in Iran è ovvio che sono violazioni che vanno condannate in maniera uguale – vi confermate dai seguaci di Trump, che criticate tanto. Avete la stessa ossessione.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for raising these cases of recent executions in Bahrain and in Kuwait. As you know, and all of you said, the European Union has a strong principled position on the death penalty and it is always worth reaffirming this, in particular in cases where countries have not implemented the death penalty for some time, thus giving rise to the hope that a de facto moratorium will be applied.

On 15 January 2017, the Bahraini authorities carried out the execution of three people who were convicted of a bomb attack against the police which killed three policemen, including an Emirati officer. As we stressed in the statement made by the spokesman for the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, this case was particularly disappointing as it represented a serious step back, given that Bahrain had suspended executions for seven years.

In addition, civil-society organisations have voiced concerns about possible violation of the right to a fair trial and due process for the three convicted, and an allegation of torture during the investigations. Most of all, we are concerned that this case might result in a resumption of executions in Bahrain. We are following, in particular, the cases of Mohammed Ramadan and Hussein Moussa, which bear strong similarities with the case of those recently executed.

On 25 January 2017 the Kuwaiti authorities executed seven people – four men and three women convicted for different criminal offences. This is the first execution in Kuwait since 2013. The External Action Service also issued a public statement on this case expressing our wish to see Kuwait returning to its previous de facto moratorium.

Although recognising the serious nature of the crimes involved, we thought it was useful, because it always is, to reiterate the EU's opposition to the use of the death penalty in all circumstances, without exception. The use of the death penalty represents an unacceptable denial of human dignity and integrity and, contrary to what some people argue, experience worldwide has demonstrated that it also fails to act as a deterrent to crime. In addition, it makes any miscarriage of justice – and those can happen in any legal system – irreversible.

We look forward to continuing to engage with you and we will continue to do our utmost to ensure that this issue will be raised with the relevant authorities in Bahrain and Kuwait, as in any other country which applies the death penalty – because, of course, there are still many.

We are aware that the fact of the death penalty is recognised in the legal systems of these countries but we know that authorities in other countries in similar situations have developed a pragmatic approach and have started to apply a moratorium. That is what we constantly encourage countries such as Bahrain and Kuwait to do. We will continue also, through the work with like-minded partners, with civil society and in various multilateral forums, to promote a global moratorium on the death penalty. We will be looking forward to working with you on this.

Przewodniczący. – Otrzymałem siedem projektów rezolucji złożonych zgodnie z art. 135 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 16 lutego 2016 r.

3.3. Guatemala, insbesondere in Bezug auf die Lage von Menschenrechtsverteidigern

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad siedmioma projektami rezolucji w sprawie Gwatemali, w szczególności sytuacji obrońców praw człowieka (2017/2565(RSP)).

Gabriel Mato, autor. – Señor presidente, querida comisaria: veinte años de los Acuerdos de Paz de Guatemala; largo camino recorrido, pero aún mucho por recorrer.

Mientras haya una sola víctima defensora de los derechos humanos, no podremos sentirnos satisfechos —todo lo contrario— ni en Guatemala ni en ningún sitio. Pero con igual vara de medir: no podemos mirar a algunos Gobiernos mientras dejamos de mirar a otros que mantienen presos políticos —y hoy va mi recuerdo para Leopoldo López en su tercer aniversario de prisión—.

La Resolución que presentamos es, sobre todo, equilibrada. Valoramos los pasos dados por el Gobierno —que son muchos— y les alentamos a seguir en esta lucha, pero también mostramos nuestra preocupación por una situación de violencia no erradicada.

Solicitamos implicación de las instituciones, también de la Unión Europea, en todos los ámbitos, y abogamos por redoblar los esfuerzos contra cualquier tipo de violencia, presión o intimidación: cero impunidad.

Es una apuesta clara por la libertad, la democracia y el respeto de los derechos humanos en Guatemala y en cualquier parte del mundo. Los derechos humanos son universales y no tienen nacionalidad.

Ignazio Corrao, autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il rispetto dei diritti umani in Guatemala non è mai stato esemplare, ma ultimamente la situazione è peggiorata drammaticamente. In questo contesto preoccupano particolarmente l'alto numero di aggressioni nei confronti dei difensori dei diritti umani e di coloro che si sono impegnati nella lotta contro l'impunità e la corruzione, così come l'attacco a magistrati e operatori del diritto.

Non sorprende poi che queste violazioni siano spesso direttamente o indirettamente riconducibili all'attività di multinazionali senza scrupoli che operano in quel territorio. La stessa storia del Guatemala ci insegna, sin dai tempi della «United Fruit Company» e del governo americano, di cosa siano capaci gli investitori senza scrupoli. Ma la cosa più grave è che queste ignobili condotte continuino indisturbate anche nel XXI secolo.

Il Parlamento si è già espresso in maniera molto netta in materia di responsabilità delle imprese multinazionali per le violazioni dei diritti umani. Non possiamo permetterci passi indietro. Questo è il momento di mettere da parte l'ipocrisia e il sostegno soprattutto a qualche potente lobby e cercare di fare qualcosa di concreto nei confronti degli autori intellettuali di queste violazioni dei diritti umani. Possiamo farlo e se non lo facciamo la storia ce ne chiederà conto.

Monica Macovei, autoare. – Domnule președinte, în Guatemala există o stare de nesiguranță, ca și cum viața oamenilor depinde, așa, de cum bate vântul, de fapt de cum vrea guvernul.

Sistemul de justiție este corupt, dar nu numai atât, sistemul de justiție este și supus intimidării și hărțuirii din partea guvernului.

Acum haideți să ne imaginăm cum arată un sistem de justiție care este și corupt și hărțuit și intimidat. E o combinație letală, practic nu există un sistem de justiție viabil în Guatemala.

În ceea ce privește apărătorii drepturilor omului, și aceștia sunt supuși unor hărțuiri și unor acte de violență și unor amenințări, iar în ultimul an 14 au fost omorâți; 14 oameni, 14 apărători ai drepturilor omului au fost omorâți.

Lumea se revoltă și ce face guvernul din Guatemala? A decis să militarizeze ordinea publică – prin urmare acesta este răspunsul tipic al unui guvern de dictatură: nu ne place justiția, nu ne plac drepturile omului, nu ne plac oamenii care apără drepturile omului și atunci hai să militarizăm. Sigur că asta a stârnit proteste în rândul populației, în special al populației indigene.

Foarte pe scurt, cer guvernului din Guatemala să garanteze că toți apărătorii drepturilor omului vor putea să-și facă treaba și anchete eficiente, efective, cu rezultate pentru cei care au fost omorâți.

Beatriz Becerra Basterrechea, autora. – Señor presidente, señora comisaria, hace justo un año viajé a Guatemala como vicepresidenta de la Subcomisión de Derechos Humanos y allí fui testigo de la extrema violencia y de la inseguridad que sufren los defensores de derechos humanos, los periodistas, los jueces, los líderes indígenas —doblemente si son mujeres—, pero fui también testigo del admirable trabajo que la Comisión Internacional contra la Impunidad está haciendo, y también del profundo sentido de la justicia de los guatemaltecos.

Hoy, en febrero de 2017, Guatemala está en plena reforma constitucional y tiene una oportunidad histórica para dar marco legal y garantía a la independencia de la justicia, a la lucha contra la impunidad, al derecho de los pueblos indígenas a la consulta previa, al establecimiento de un mecanismo de protección de defensores de los derechos humanos, y a que los Principios Rectores de las Naciones Unidas sobre las empresas y los derechos humanos se apliquen completamente.

Nosotros como Unión Europea vamos a estar apoyando y vigilando este proceso. Bueno, excepto los colegas de Izquierda Unida, que dicen defender al pueblo, pero no sabemos a cuál. Desde luego, no al de Guatemala.

Soraya Post, författare. – Herr talman! Läget i Guatemala är mycket allvarligt: över trettio mord och mordförsök på människorättsaktivister och journalister under de senaste tolv månaderna. Det talar sitt tydliga språk.

Att försvara mänskliga rättigheter i Guatemala är livsfarligt. Att kämpa för att upprätthålla grundläggande demokratiska principer för yttrandefrihet görs med livet som insats. Detta drabbar särskilt de människorättsförsvarare som redan är utsatta: kvinnor och ursprungsbefolkningen.

Dessa fall av mord och mordförsök måste få en säker rättsprövning. Parlament och medlemsstater måste och kommer noga att följa utvecklingen i landet. Vi vill stödja de steg som tagits i rätt riktning och fördömer alla former av rättsosäkerhet, straffrihet eller korruption.

I november kommer läget att utvärderas i FN:s universella periodiska översyn av Guatemala. Vi kan inte vänta till dess. Säkerhetsläget måste ställas till rätta per omgående. Människor ska inte riskera livet för att upprätthålla grundläggande universella principer om mänskliga rättigheter.

Marina Albiol Guzmán, autora. – Señor presidente; Sebastián Alonso Juan, defensor de derechos humanos asesinado a tiros mientras participaba en una manifestación en contra de un megaproyecto hidroeléctrico en Huehuetenango; Laura Leonor Vázquez, activista opositora del megaproyecto minero conocido como la Mina de San Rafael, asesinada también a tiros. Así, hasta una macabra cifra de dieciséis defensoras asesinadas y más de doscientos cincuenta ataques el último año en Guatemala. ¿Qué tienen en común todas estas personas que sufren estos ataques?

Bueno, pues algo que este Parlamento y que también la señora Becerra se niegan a aceptar: son defensores de derechos humanos, líderes sociales que se oponen y luchan contra megaproyectos de multinacionales que les condenan a elegir entre emigrar o ser explotados. Hablamos de proyectos hidroeléctricos como Pojón II y Renace, proyectos mineros como Fénix o petroleros como el de la empresa francesa Perenco en El Petén, todos ellos megaproyectos de empresas transnacionales europeas.

Hay que señalar que hay una responsabilidad de la Unión Europea en estas violaciones de derechos humanos relacionadas con las actividades de esas transnacionales en esos países, gracias a los acuerdos de libre comercio de la Unión Europea.

Ernest Urtasun, autor. – Señor presidente, celebramos que se redacte esta Resolución. La verdad es que la situación ha ido a peor en materia de violencia y de impunidad.

En el último año, hemos tenido muchos muertos y muchos ataques a defensores de derechos humanos, activistas ambientales, incluso a personas como el director de la Comisión Internacional contra la Impunidad, que ha sido víctima también de ataques contra su persona, con lo cual creo que es una Resolución muy pertinente.

También creo que es necesario decir que, más allá de lo declarativo, hemos de ser capaces de ver qué puede hacer la Unión Europea para cambiar este clima de impunidad, y hay algunas cosas que creo que son importantes.

Primero: apoyo a la Fiscalía General y a todos sus esfuerzos contra la impunidad. Esperamos de la Delegación y de las instituciones de la Unión Europea que lo apoyen.

Segundo: está todo el mecanismo puesto en marcha en aplicación de la sentencia de la Corte Interamericana de Derechos Humanos para proteger a los defensores. Eso hay que apoyarlo hasta el final, es muy importante.

Tercero: en la reforma del sistema constitucional judicial, tenemos noticias de que el Parlamento guatemalteco puede llegar a diluir la reforma. Es muy importante que esa reforma se apruebe en su integralidad y, por lo tanto, también queremos pedir a las instituciones europeas y a la Delegación que insistan en esta línea.

Pavel Svoboda, za skupinu PPE. – Pane předsedající, paní komisařko, je prokázáno, že úroveň hospodářského rozvoje je přímo úměrná míře právního státu. Guatemala trpí u politických kauz beztrestností i za nejzávažnější trestné činy – vraždění obránců lidských práv – a brutálním nátlakem na justiční orgány. Násilí ale zasahuje i kmeny původních obyvatel této země. S takovou úrovní právního státu není divu, že ani po hospodářské stránce se zemi nedaří dobře. Možná by Guatemala nemusela být třetím největším příjemcem rozvojové pomoci od Evropské unie ve střední Americe, kdyby náš tlak na změnu poměrů byl o něco silnější. I zde můžeme něco zlepšit.

Za prvé více provázat dodržování lidských práv na poskytování rozvojové pomoci. Za druhé vyslyšet tu část dnešní rezoluce, která vyzývá všechny členské státy k ratifikaci dohody o přidružení mezi EU a střední Amerikou. Ta umožní i formálně vést s Guatemalou tak zvaný politický dialog a tak zlepšovat stav lidských práv této překrásné země.

Ramón Jáuregui Atondo, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente. Esta es una Resolución que contiene tres grandes apartados, señorías. De una parte, una llamada a la solidaridad con un pueblo que sufre, un pueblo en su conjunto que está sufriendo una situación horrible. Pero es, sobre todo, un abrazo a los que defienden los derechos humanos y las libertades, a los oenegés, a los defensores de derechos humanos, que son los que están siendo víctimas de esta situación horrible que vive Guatemala.

Y es, también, una condena al crimen organizado, al narcocrimen, que es en gran parte el causante de los problemas que sufre el pueblo de Guatemala. Es también una exigencia al Gobierno de Guatemala para que avance en la defensa de los derechos humanos y en la protección de los defensores de los derechos humanos. Es, también, una llamada al Gobierno de Guatemala para que asegure la independencia del poder judicial y la investigación a fondo de los criminales y, sobre todo, es una llamada al Gobierno de Guatemala para que siga luchando contra el crimen y contra la corrupción en ese Estado.

Y, por último, es una llamada a la Unión Europea para que ayude a Guatemala. No para que le restrinja las ayudas, para que le ayude a combatir lo que está sufriendo.

Dita Charanzová, en nombre del Grupo ALDE. – Señor presidente, la base fundamental de una democracia es una sociedad civil fuerte y dinámica. Para tener una sociedad civil activa, otros elementos también tienen que estar presentes. Por ejemplo, un nivel mínimo de protección garantizado por el Estado. Los derechos humanos tienen que estar fundados en un Estado de Derecho y protegidos por un sistema judicial independiente. Tenemos que decirlo claramente. Las condiciones en Guatemala no son solo preocupantes y arriesgadas para los defensores de los derechos humanos sino para el pluralismo y la democracia en todo su conjunto.

Guatemala ha dado grandes pasos en la persecución penal de casos de corrupción y violaciones de derechos humanos. Pero, a pesar de esto, sigue habiendo casos trágicos de asesinatos selectivos contra periodistas y defensores de los derechos humanos en el país. Como Unión Europea debemos fortalecer nuestra cooperación con Guatemala para ayudar a este país a promover y consolidar una agenda en materia de derechos humanos.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, impunity, violence and security threats have hindered progress towards more efficient law enforcement in Guatemala, whereas human rights defenders have been subjected to numerous forms of abuse and even murder, as has been outlined by some of my colleagues, one of whom actually visited Guatemala. This is not acceptable, and we have to speak out against it. Also, the participation of Guatemalans in the drug-supply and illegal-migration route between Central America and the United States is a matter of major concern, leading to all kinds of corruption, violence, murders and misery for thousands of people.

Therefore with my parliamentary colleagues, I wish to express my support for law-enforcement efforts and a strengthening of the judiciary in Guatemala. Also, as my colleague Mr Svoboda pointed out, if we are providing development aid we should just insist on certain standards. I think sometimes we are too easy and too slack in this regard and it is something that I think we really have to look at where there are continuous abuses of human rights, and indeed murder, of those who are trying to defend human rights.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já se chci přihlásit k tomuto usnesení, které bylo připraveno mými kolegy. Považuji za velmi dobré a správné, že hovoříme o ochraně lidských práv v Guatemale. Jak už zde několikrát bylo řečeno, je to země, kde je jedno z největších vnitřních násilí, je to země, kde je na počet obyvatelstva nejvíce vražd na světě, ale současně se pouze čtyři procenta těchto vražd dostanou před soud a pachatelé jsou odsouzeni.

Bylo zde již řečeno, že oběťmi vražd jsou často ochránci lidských práv, aktivisté, novináři, a je tedy zřejmé, že my jako orgán, který kritizuje porušování lidských práv kdekoli na světě, musíme kritizovat situaci v Guatemale.

Snad je trochu povzbuzující to, že guatemalská vláda chce provádět změny, které by mohly vést k tomu, že justice v Guatemale bude do budoucna lépe fungovat. Měli bychom tedy s Guatemalou vést aktivní dialog a tlačit guatemalskou vládu k tomu, aby opravdu provedla reformy justice, které povedou k tomu, že vraždy do budoucna budou vyšetřovány a pachatele postaveni před soud a odsouzeni.

Zgłoszenia z sali

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa non può rimanere indifferente rispetto agli episodi di violenza che stanno colpendo esponenti di organizzazioni in difesa dei diritti umani in Guatemala, tra i quali si registrano solo nel 2016 ben 14 omicidi. I più colpiti dagli atti intimidatori sono attivisti che lottano contro l'impunità e la corruzione e per la tutela dell'ambiente, spesso divenuti vittime di vere e proprie campagne di diffamazione da parte di imprese locali.

L'Europa deve sostenere le autorità del Guatemala, affinché si attivino per individuare e processare gli autori di tali atti criminali e si adoperino per riconoscere pubblicamente come legittima l'attività degli attivisti per i diritti umani, contrastando i messaggi di odio a loro indirizzati.

È necessario che il programma di tutela dei difensori dei diritti umani, sancito da una sentenza del 2014 della Corte interamericana dei diritti umani, venga completamente implementato. In questo senso l'Europa può e deve fare sentire la propria voce, rafforzando la cooperazione con il Guatemala per sostenere il paese nel percorso di affermazione della democrazia e dei diritti umani.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι επιθέσεις εναντίον των υπερασπιστών των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στη Γουατεμάλα αποτελούν καθημερινό φαινόμενο, ενώ ήδη από το 2015 έχουν γίνει καταγγελίες από Μη Κυβερνητικές Οργανώσεις για εννέα δολοφονίες ακτιβιστών, οι οποίοι αντιτάχθηκαν σε σχέδια κατασκευής υποδομών ή έναρξης λειτουργίας μεταλλείων και ορυχείων. Οι επιθέσεις της κυβέρνησης της Γουατεμάλας έχουν ως στόχο, κυρίως, όσους υπερασπίζονται τη γη και ιδίως στις περιοχές όπου οι κοινότητες των ιθαγενών απορρίπτουν τα σχέδια των πολυεθνικών για την εκμετάλλευση του πλούτου της Γουατεμάλας. Επιπλέον, οι αρχές της χώρας στρέφονται εναντίον όχι μόνο των ακτιβιστών αλλά και των δικαστικών αρχών που αναλαμβάνουν να διερευνήσουν τις επιθέσεις κατά των ακτιβιστών. Απέναντι στην καθημερινή παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, η Ευρωπαϊκή Ένωση καλείται να καταδικάσει την ανελευθερία λόγου που υπάρχει στη χώρα, την καταπίεση των τοπικών πληθυσμών και, ταυτόχρονα, να στείλει ένα μήνυμα στις κυβερνητικές αρχές της Γουατεμάλας ότι πρέπει επιτέλους να σταματήσουν να καταδιώκουν τους υπερασπιστές των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, varie volte Amnesty International ha denunciato la difficile situazione dei difensori dei diritti umani in Guatemala. Tanti sono gli episodi registrati di uccisioni, minacce e torture, finalizzate soprattutto ad impedire agli attivisti lo svolgimento delle proprie attività. Spesso, infatti, sono costretti ad abbandonare le proprie abitazioni e il proprio paese.

I principali soggetti a rischio sono gli attivisti che si occupano dei diritti economici, sociali e culturali. Gli episodi di violenza avvengono all'interno di un clima di totale impunità per gli autori. Ho fiducia che, anche per mezzo del Parlamento europeo, si possa fare pressione sul governo del Guatemala perché venga tutelata la sicurezza degli attivisti, adottando concrete misure per proteggere e prevenire, indagare e punire gli abusi e le minacce ai danni dei difensori dei diritti umani. È necessario che nel paese si ponga fine all'impunità degli autori di questi crimini, che è motivo di allarme per la comunità internazionale.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, a execução de três homens, peço desculpa, enganei-me, o legado de 36 anos de conflito interno e violência, os elevados índices de pobreza, o narcotráfico, a proliferação de armas, a fragilidade das instituições e uma cultura de impunidade tornam a Guatemala um dos países mais violentos do mundo.

Esta violência atinge de forma dramática os defensores dos direitos humanos, especialmente os ambientalistas e os defensores do direito à terra, como as estatísticas ilustram. Além de outras formas de intimidação, não contabilizáveis, entre janeiro e novembro do ano passado, foram registados mais de 200 casos de agressões e 14 assassinatos e este ano, 2017, conta já com o triste registo do homicídio de mais dois ativistas: Laura Leonor Vásquez Pineda e Sebastián Alonso Ruan.

Se, em 2012, as relações da União Europeia com a Guatemala foram reforçadas com a conclusão do acordo de associação com a América Central, a Europa não pode deixar de, agora, a partir desta Casa, encorajar o Governo do Presidente Jimmy Morales e as autoridades guatemaltecas a elaborar e implementar políticas públicas de proteção dos defensores dos direitos humanos contra o crime organizado e enviar um claro e inequívoco sinal de apoio a todos aqueles que, apesar das intimidações, se batem corajosamente por uma justiça independente e pelo fim da impunidade na Guatemala.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, we are indeed very concerned about the number of murders of human rights defenders in Guatemala, especially the case of Sebastian Alonso Juan, and the continuous and increasing number of killings of human rights defenders in Guatemala. The promotion of human rights is a key principle which guides our action globally and therefore we follow closely the situation in the country.

While the overall population in Guatemala is suffering from widespread violation of human rights and violence, human rights defenders continue to be particularly affected, especially indigenous leaders, journalists, trade unionists, LGBTI communities and members of the judiciary. Although in 2015 and 2016, reports of aggression incidents have fallen compared to previous years, assassinations have increased and acts of intimidation and defamation are on the rise. Fourteen activists were killed last year alone, and the year of 2017 has sadly already witnessed the murder of yet another human rights defender.

The EU has strongly condemned these hideous crimes and urged the effective prosecution of material and intellectual authors. Limited capacities and resources have hindered the provision of an adequate response by the State's institutions, and together with a perception of corruption and impunity, provoke mistrust of the institutions. This makes EU cooperation and partnership with Guatemala to consolidate institutions even more important.

The Guatemalan authorities have taken a series of decisions that point in the right direction and therefore deserve praise and support, such as the extension of the mandate of the International Commission against Impunity in Guatemala up to 2019 and the prosecution of alleged corruption cases, including at high level. Still, more needs to be done to address the situation.

This year will be of significant importance for Guatemala with the preparation of the 28th session of the Human Rights Council Universal Periodic Review. Numerous legislative initiatives are being discussed in the Congress, inter alia the constitutional reforms, that many of you referred to, in the justice sector, the policy of the protection of human rights defenders, the abolishment of the death penalty, which if properly designed and adopted and effectively implemented may constitute significant progress for human rights.

Other areas for further progress include the establishment of a mechanism for free and informed prior consultations in line with ILO Convention 169, and the implementation of precautionary measures granted by the Inter-American Commission on Human Rights to activists. Respect for human rights is a key commitment of the EU agenda in Guatemala. The EU is supporting and encouraging efforts on human rights challenges, including women and children's rights, prison conditions, police behaviour, allegations of torture, corruption, collusion and impunity.

The EU has also renewed its support to the International Commission against Impunity and will further engage to support anti-corruption and prevention of violence against women and children. The EU Special Representative for Human Rights also visited Guatemala last June and had the opportunity to recall the imperious necessity to improve the situation.

And finally, I would like to take this occasion to pay tribute to all the activists that selflessly and at great risk continue to fight for human rights, good governance and the rule of law in Guatemala.

President. – Madam Commissioner, thank you for your important speech.

Otrzymałem siedem projektów rezolucji złożonych zgodnie z art. 135 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 16 lutego 2016 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Questa risoluzione condanna con la massima fermezza i recenti omicidi commessi in Guatemala nel 2016. Esprimo la mia preoccupazione per le gravi difficoltà affrontate dai difensori dei diritti umani nello svolgimento delle loro attività. E' necessario mettere a punto una strategia pubblica per la protezione dei difensori dei diritti umani, come indicato dalla Corte interamericana dei diritti dell'uomo nel 2014. Invito infine, a livello generale, le istituzioni dell'UE a concludere accordi vincolanti a livello internazionale volti a rafforzare il rispetto dei diritti umani, in particolare per quanto riguarda le imprese aventi sede nell'UE che operano in Paesi terzi

4. Begrüßung

President. – We also have the pleasure of having with us today in the visitors' gallery a delegation from the Georgian Parliament, led by our colleague Ms Tamara Khulordava, within the framework of the fourth meeting of the EU-Georgia Parliamentary Association Committee, which has just taken place. I am very happy to welcome you to our plenary, especially on this occasion, and I am certain that you have had productive discussions with our Members.

(The sitting was suspended for a few moments)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

5. Ansprache von Justin Trudeau, Ministerpräsident Kanadas

President. – Dear colleagues, I welcome the Prime Minister of Canada, Mr Justin Trudeau.

Bienvenue, Monsieur le Premier ministre.

You are the the first Canadian Head of Government to address this plenary. We are proud to have you here with us in Strasbourg. Canada and Europe share common languages, history, friendship, and a common vision for the future. Our shared values must inspire our efforts in dealing with global challenges.

Notre histoire, nos racines et notre amitié profonde vont bien au-delà de l'aspect purement commercial. Il est important de rappeler que nous avons combattu, à maintes reprises, coude à coude, et que certains sont morts pour défendre la liberté. Monsieur le Premier ministre, nous n'oublierons jamais le sacrifice du Canada pour libérer l'Europe et pour défendre la démocratie chez nous.

Nous partageons la même vision d'un monde ouvert et de la nécessité de collaborer pour apporter des réponses concrètes aux problèmes de nos citoyens, qu'il s'agisse de la lutte contre le terrorisme, de la sécurité, de la gestion des flux migratoires, de la croissance et de l'emploi ou du changement climatique.

As you know, yesterday a large majority of the European Parliament voted in favour of both the EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement and the Strategic Partnership Agreement with Canada. This followed an extensive and thorough debate in which part of this Assembly expressed strong concerns. We respect these differences. However, we now also have a responsibility to continue to provide accurate and complete information to our citizens on the substance of this agreement. Prime Minister, the floor is yours.

(Applause)

Justin Trudeau, *premier ministre du Canada*. – Monsieur le Président Tajani, distingués parlementaires, Mesdames et Messieurs, bon avant-midi.

C'est un privilège pour moi d'être ici aujourd'hui. C'est la première fois qu'un Premier ministre canadien en poste prend la parole devant le Parlement européen. Aussi, je tiens sincèrement à vous remercier de m'accorder cet honneur.

Comme vous le savez, j'étais à Bruxelles, il y a quelques mois, pour signer officiellement l'accord économique et commercial global et l'accord de partenariat stratégique. Le Président Tusk, le Président Juncker, le Premier ministre Fico et moi-même avons fait un grand pas en vue d'approfondir notre relation et d'accroître les échanges commerciaux libres et progressistes entre le Canada et l'Union européenne. Et hier, nous avons franchi une étape importante.

This year we celebrate 41 years since the diplomatic mission of the European Commission was established in Ottawa, which noticeably happened under a different Prime Minister Trudeau (*«plus ça change...»*), and over the course of our historic partnership Canada and the EU have stood side by side on the things that matter, things like maintaining global security, advancing the values of peace and justice, creating good jobs for our people through trade and investment. We have worked together on climate change and on the rights of women and girls around the world. And, my friends, I am confident that we will achieve tremendous things together in the years to come for the countries we represent and, most importantly, for the people we serve.

The European Union is a truly remarkable achievement and an unprecedented model for peaceful cooperation. Canada knows that an effective European voice on the global stage isn't just preferable, it's essential. We know that the EU is the world's largest donor of development and humanitarian assistance and that together your Member States constitute one of the world's largest economies. You are a vital player in addressing the challenges that we collectively face as an international community. Indeed, the whole world benefits from a strong EU.

(Applause)

Au nom des Canadiens, je tiens à vous remercier pour cette relation soutenue et respectueuse ancrée dans notre culture, notre histoire et notre amitié. En fait, les liens qui unissent le Canada et l'Union européenne sont devenus un exemple de collaboration internationale.

J'aimerais remercier Dan Costello, l'ambassadeur actuel du Canada auprès de l'Union européenne, d'avoir servi notre pays de façon exemplaire.

Je dois aussi remercier et souligner le travail extraordinaire de notre négociateur en chef pour cet accord historique, Steve Verheul, pour son service exceptionnel, son travail acharné tout au long de chacune des étapes qu'il a été nécessaire de franchir ces dernières années. Merci.

Je tiens aussi à souligner la nomination de notre nouveau porte-parole senior pour le continent européen, notre nouvel ambassadeur pour l'Union européenne et pour l'Allemagne, l'honorable Stéphane Dion. Stéphane, qui est pour moi un ami proche et un mentor, est un homme qui s'est longtemps battu pour faire de notre pays un endroit meilleur pour tous les Canadiens. Il représentera fièrement le Canada, avec courage et conviction, alors que nous amorçons ensemble ce nouveau chapitre important.

Maintenant, permettez-moi de souligner encore une fois à quel point je suis honoré de représenter le Canada dans ce lieu historique aujourd'hui. C'était une priorité pour moi de venir à Strasbourg et de m'adresser à vous, parce que j'accorde beaucoup de valeur à notre relation et à ce que nous partageons.

I believe that the relationship between Canada and the EU is so resilient because it is centred on an important bedrock of common values, values that shape and define us, values that Canadians and Europeans share. You see, collectively, we believe in democracy, transparency and the rule of law. We believe in human rights and we believe in inclusion and in diversity. We know that, in these times, we must choose to lead the international economy, not simply be subject to its whims, and we know that the state has an important role to play, not only in supporting its people, but also in creating the conditions for progress. And to this last point, we have just demonstrated to the world that we collectively value trade and the promise of prosperity for all our citizens that comes with it.

Hier, en plus d'avoir ratifié l'accord de partenariat stratégique, ce Parlement a voté en faveur de la ratification de l'accord économique et commercial global (AECG). Après des années de négociation, cet important accord commercial s'apprête à franchir la ligne d'arrivée. Je pense que nous pouvons tous nous entendre pour dire que l'AECG était un projet extrêmement ambitieux et, donc, s'avérera aussi être l'une de nos plus grandes réalisations.

J'aimerais exprimer ma sincère reconnaissance à l'ancienne ministre du Commerce international du Canada, qui est maintenant notre ministre des Affaires étrangères, Chrystia Freeland, encore une fois, à notre négociateur en chef, Steeve Verheul, ainsi qu'à leurs homologues de l'Union européenne pour les efforts inlassables qu'ils ont déployés en vue de conclure cet accord.

Je suis certain que notre nouveau ministre du Commerce international, François-Philippe Champagne, sera une voix forte pour le Canada sur la scène internationale au cours des prochaines années. Je sais que je peux compter sur les nombreux talents de François-Philippe pour travailler avec la communauté d'affaires et tous les citoyens dans le but de franchir les étapes nécessaires afin que cet accord atteigne son plein potentiel.

Now let's be clear. A deal as ambitious as CETA takes a lot of hard work. Every one of us in this room knows that it wasn't easy. It took a lot of back and forth. It took extended discussions and negotiations, meetings in Canada, meetings in Europe. We can't overstate how important it was to get this deal right. Trade needs to work for people, for people who are struggling to make ends meet and raise their families, for people who worry that their future or their children's future won't hold the same promise and opportunities that it did for past generations. The people we represent will support trade if it creates better jobs and makes their lives more affordable. That's what they expect of us, and I for one fully intend to make sure that we deliver.

(Applause)

My friends, we are all seasoned politicians in this room. We know it is always much, much easier to point out problems than it is to solve them. It's harder to work to build than it is to tear things down. Well, with CETA we have built something, something important, especially at this moment, on your continent and mine. Now we need to make it work for your people and mine. If we are successful, CETA will become the blueprint for all ambitious future trade deals. If we are not, this could well be one of the last. So make no mistake about it, this is an important moment. The motto of the European Union, «United in Diversity», is a great reminder of what can be accomplished when we recognise that we are stronger, not in spite of our differences but because of them.

(Applause)

Now we live in a time when many people are worried that the current system only benefits society's luckiest few, and their concern is valid. The anxiety people have toward the economy and trade, the worry that our kids won't have access to the same jobs and opportunities that we had, can be addressed only if we ensure the trade is inclusive so that everyone benefits. And this agreement, the Comprehensive Economic and Trade Agreement, delivers just that, because at its heart CETA is a framework for trade that works for everyone.

Cet accord mènera à la création de bons emplois bien rémunérés pour la classe moyenne. Il permettra d'assurer le bien-être des familles et contribuera à faire croître et à renforcer nos communautés.

Disons que vous êtes un jeune entrepreneur qui propose un nouveau produit ou une solution novatrice et que vous faites face au grand défi d'atteindre de nouveaux consommateurs: l'AECG vient de vous ouvrir la porte vers de nouveaux marchés.

Vous êtes un consommateur qui souhaite acheter des biens importés, mais vous les trouvez trop chers? Prenons, par exemple, les magnifiques bottes d'hiver Mukluks fabriquées par Manitobah, une entreprise canadienne fondée par des autochtones, sont actuellement assujetties à une taxe européenne de 17 %. Grâce à la ratification de l'AECG, ces tarifs douaniers sont éliminés et vous, en tant que consommateur, pourrez payer moins cher lorsque vous passerez à la caisse si vous voulez de magnifiques bottes d'hiver!

Trade that is free and fair means we can make the lives of our citizens more affordable and create more jobs, it means that manufacturers can expand their products' global reach, gaining market share, and successfully compete with the best in the world. And it means that folks working in service sectors like engineering, architecture and information technology will see greater predictability and transparency when dealing with international clients. At the end of the day, both Canada and the EU want to do what is best for our people. We want hard-working people to make a good living and support their families. We want mums and dads to be able to give their kids better opportunities than they ever had. We want each generation of Canadians and Europeans to be better off and to have a higher standard of living than the one that preceded it.

Deals like CETA, which is centred on the idea of trade that is both free and fair, will get us there at the end of the day by making it easier to buy and sell products. We can expand opportunities for our businesses, both back in Canada and right across the EU, for everyone – for small businesses, for entrepreneurs, for hard-working farmers and fishers. We can create jobs for the middle class and make sure that the benefits of trade reach our citizens.

Mais, soyons clairs, il ne s'agit pas uniquement de commerce, d'importations, d'exportations ou de profits; il s'agit d'améliorer la vie des gens. L'AECG est un plan d'action complet pour assurer une coopération économique responsable entre les pays. Cet accord moderne, axé sur l'avenir, est le reflet d'un agenda commercial réellement progressiste avec des dispositions qui protègent la capacité qu'ont les sociétés à favoriser l'intérêt public.

L'AECG assure que les gouvernements peuvent continuer de protéger leurs citoyens: protéger la main-d'œuvre, promouvoir les pratiques responsables en matière d'investissement, assurer la salubrité des aliments et la sécurité des consommateurs, renforcer la gestion des forêts, des pêches et de l'aquaculture, et assurer la bonne gestion de l'environnement.

Mes amis, il s'agit véritablement de l'un des accords commerciaux les plus durables et progressistes au monde. À tous les députés présents, merci du travail acharné que vous avez accompli au cours des dernières années pour faire de cet objectif ambitieux une réalité. Je sais que tous nos citoyens s'en trouveront mieux servis.

Canada and the European Union have been friends, partners and allies for a very long time, and our natural, easy relationship is grounded in what we have in common. We share goals and aspirations for a better, safer and fairer world. We want to do what is right by the workers and families we were elected to represent. And we embrace change, seeking the opportunity to lead in a global economy that is constantly evolving. CETA and the SPA, these landmark agreements, are a direct reflection of what we have in common, and they will serve to benefit Canadians and Europeans alike for generations to come. In the things we have agreed upon so far, and in the discussions that lie ahead, the Canada-EU strategic partnership will forever be rooted in respect with an eye to the future. My friends, dear colleagues, it's safe to say that this is just the beginning for Canada and the European Union. The best is very much yet to come.

Merci à tous.

President. – Thank you very much, dear Prime Minister. Your visit to Strasbourg is only the beginning of a new season of better cooperation between the European Union, the European Parliament and your country, Canada.

Soyez, encore une fois, le bienvenu à Strasbourg. Soyez, encore une fois, le bienvenu en Europe. On vous y attend pour une deuxième visite!

(La séance est suspendue de 11 h 30 à 12 heures)

IN THE CHAIR: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vice-President

6. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

— *before the beginning of the vote:*

Sander Loones (ECR). – Wij stemmen vandaag hier in de plenaire over drie verslagen over de toekomst van de Europese Unie. Ik zal het hebben over het verslag-Berès/Böge. Volgens mij kunnen we vanmiddag niet stemmen over dit verslag hier in de plenaire omdat de tekst die hier voorligt niet dezelfde tekst is als die waarover maandag gestemd is in commissie-ECON/BUDG.

Maandag is niet gestemd over compromis J van de tekst. Ik heb de stemlijst hier bij mij. Over die tekst is niet gestemd, maar ik zie wel dat compromis J en dus de punten 2, 3 en 4 voorkomen in de tekst waarover wij hier vanmiddag in de plenaire zouden moeten stemmen. Dit kan niet. Dit is een andere tekst dan de tekst in commissie. De tekst is ook niet, via amendementen of zo, vandaag hier ter tafel gebracht. Dus dit is een andere tekst. En het is toch ook een belangrijke tekst, het gaat over inhoud, namelijk over de Parlementsvoorzitter die moet doorverwijzen naar de Raad, enzovoort. Dus ik denk oprecht dat we over deze tekst niet kunnen stemmen en dat het federale Europa eventjes zal moeten wachten.

President. – Mr Loones, I take this as a motion to postpone the vote. We will come to that when we come to the report. I will get back to you with the information.

Eugen Freund (S&D). – Mr President, I want to express my dismay at the way the drivers here in Strasbourg were treated. They have been working diligently for us for eight, ten, fifteen years and from one day to the next they were let go, without any letter of appreciation – nothing. I think this is a disgrace for this institution.

(Applause)

Der Präsident. – Vielen Dank Herr Kollege. Die Zustimmung der Kollegen zeigt, dass Sie da einen wunden Punkt angesprochen haben. Wir werden das aufnehmen und uns darum kümmern.

6.1. Die Lage der Menschenrechte und der Demokratie in Nicaragua und der Fall Francesca Ramirez (RC-B8-0156/2017, B8-0156/2017, B8-0158/2017, B8-0160/2017, B8-0163/2017, B8-0168/2017, B8-0169/2017) (Abstimmung)

6.2. Hinrichtungen in Kuwait und Bahrain (RC-B8-0150/2017, B8-0150/2017, B8-0151/2017, B8-0154/2017, B8-0155/2017, B8-0161/2017, B8-0162/2017, B8-0165/2017) (Abstimmung)

6.3. Guatemala, insbesondere in Bezug auf die Lage von Menschenrechtsverteidigern (RC-B8-0152/2017, B8-0152/2017, B8-0153/2017, B8-0157/2017, B8-0159/2017, B8-0164/2017, B8-0166/2017, B8-0167/2017) (Abstimmung)

6.4. Terrorismusbekämpfung (A8-0228/2016 - Monika Hohlmeier) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Cornelia Ernst, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Ich beantrage im Namen meiner Fraktion nach Artikel 59 Absatz der 3 Geschäftsordnung, dass über die Änderungsanträge zuerst abgestimmt wird und erst danach die Schlussabstimmung erfolgt.

Dafür gibt es auch zwei hinreichende Gründe. Der erste Grund ist: Die Änderungsanträge beziehen sich auf ganz wesentliche Grundrechte und auf die Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien, die wir tatsächlich auch realisiert wissen wollen. Es geht auch um die Wahrung des Verhältnisses zwischen Freiheit und Sicherheit in der Terrorismusbekämpfung.

Der zweite Grund ist, dass Trilogie natürlich intransparent sind und wenigstens mit den Änderungsanträgen deutlich gemacht werden sollte, in welchen Grundfragen der Dissens innerhalb des Europäischen Parlamentes besteht. Deshalb bitten wir um Zustimmung.

Der Präsident. – Also: Der Antrag lautet: Nicht jetzt über die Einigung des Kompromissänderungsantrags 101 abzustimmen, sondern erst alle Änderungsanträge je einzeln, bevor zu einer Abstimmung kommen.

Ich lasse darüber abstimmen.

(Der Antrag wird abgelehnt.)

6.5. Verstärkter Abgleich mit den relevanten Datenbanken an den Außengrenzen (A8-0218/2016 - Monica Macovei) (Abstimmung)

6.6. Mögliche Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union (A8-0390/2016 - Guy Verhofstadt) (Abstimmung)

6.7. Verbesserung der Arbeitsweise der Europäischen Union durch Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon (A8-0386/2016 - Mercedes Bresso, Elmar Brok) (Abstimmung)

6.8. Haushaltskapazität des Euro-Währungsgebiets (A8-0038/2017 - Reimer Böge, Pervenche Berès) (Abstimmung)

Der Präsident. – Herr Loones, beantragen Sie die Verabschiebung der Abstimmung über diesen Bericht?

Sander Loones (ECR). – Voor de duidelijkheid, dit is geen uitstel van stemming. Dit kán gewoon niet. De tekst die nu voorligt is een andere tekst dan de tekst die gestemd is in commissie. En er is ook geen amendement ingediend om de fout recht te zetten. Dus wij kunnen vandaag daarover niet stemmen. Dit is geen politieke keuze. Dit is een technisch-juridisch feit, dat moet worden rechtgezet. Het is niet iets dat we kunnen oplossen door hier daarover te stemmen.

Der Präsident. – Herr Loones! Die Dienste versichern mir, es handele sich um ein formal korrektes Vorgehen, das Plenum ist souverän. Sie können das Plenum bitten, die Abstimmung zu verschieben. Wenn Sie das nicht tun, werden wir jetzt darüber abstimmen.

Also bitten Sie das Plenum, die Abstimmung über den Bericht zu verschieben, oder stimmen wir jetzt ab?

Sander Loones (ECR). – Dan vraag ik de stemming over het uitstel.

Der Präsident. – Gibt es jemanden, der für diesen Antrag reden möchte?

Fabio De Masi (GUE/NGL). – Mr President, I would like to speak in favour of the motion from Mr Loones because his argument seems only rational. We are a European Parliament so there should be proper translation in any language.

Der Präsident. – Gibt es jemanden, der gegen diesen Antrag reden möchte?

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, je crois que vous avez parfaitement résumé la situation. Chacun connaît le texte tel qu'il a été déposé. Nous venons de voter les rapports Verhofstadt et Brok-Bresso. Il est temps maintenant de voter le rapport Böge-Berès. Nous nous prononçons donc contre ce report.

(Die Verschiebung der Abstimmung wird abgelehnt.)

Gianni Pittella (S&D). – Signor Presidente, mi consenta di fare una cosa inusuale, mi affido alla sua comprensione. La collega Mercedes Bresso non è qui, ma ha collaborato in maniera assolutamente intelligente e attiva, insieme ai colleghi Berès, Brok, Böge e Verhofstadt, alla costruzione di un'intesa su queste relazioni. L'Europa e il Parlamento europeo danno una risposta importante: più crescita, la capacità di ripensare e rivedere il *Fiscal Compact*, l'assicurazione sulla disoccupazione per i giovani, un'Europa che sa rispondere alle sfide dei cittadini. Per questo ringrazio Mercedes Bresso e ringrazio tutti i relatori e la maggioranza che ha votato queste relazioni.

Der Präsident. – Der Dank an Frau Bresso ist angekommen.

6.9. Zivilrechtliche Regelungen im Bereich Robotik (A8-0005/2017 - Mady Delvaux) (Abstimmung)

6.10. Europäische Cloud-Initiative (A8-0006/2017 - Jerzy Buzek) (Abstimmung)

6.11. Investitionen in Beschäftigung und Wachstum – Maximierung des Beitrags der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (A8-0385/2016 - Lambert van Nistelrooij) (Abstimmung)

6.12. Luftfahrtstrategie für Europa (A8-0021/2017 - Pavel Telička) (Abstimmung)

6.13. Verzögerte Umsetzung der operationellen Programme der ESI-Fonds – Auswirkungen auf die Kohäsionspolitik und das künftige Vorgehen (B8-0149/2017) (Abstimmung)

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

8. Stimmerklärungen

8.1. Terrorismusbekämpfung (A8-0228/2016 - Monika Hohlmeier)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Michaela Šojdová (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěla říct, že jsem podpořila návrh směrnice o boji proti terorismu. Považuji to za jasnou odpověď občanům, kteří se obávají o svou bezpečnost, a myslím, že je to právě to, co očekávají od Evropského parlamentu i od Evropské unie. Vítám sjednocení skutkových podstat napříč členskými státy. Směrnice zavádí trestné činy vycestování do zahraničí za účelem terorismu, trestní postih školitelů teroristů, účast na činnostech teroristických skupin atd.

Návrh směrnice také odpovídajícím způsobem reaguje na fenomén rostoucího počtu jedinců, kteří cestují do zahraničí za účelem terorismu, tak zvaných zahraničních bojovníků. Směrnice tedy zavádí povinnou výměnu informací o pohybu potenciálních pachatelů teroristických činů a dává více práv obětem teroristických činů a posiluje jejich ochranu v oblasti zdravotní péče, právní pomoci.

Myslím, že návrh směrnice je tedy opravdu zdařilou aktualizací trestněprávní legislativy, která povede k větší soudržnosti vnitrostátních ustanovení trestního práva, a reaguje tak na bezpečnostní výzvy, kterým Evropská unie čelí.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Mr President, while I agree with the general objective of harmonising the definition of terrorist offences at European Union level, I believe the directive contains also many flaws and challenges.

Firstly, I am concerned about the definition of terrorist offences in Article 3 since they include the destruction of infrastructure likely to cause major economic loss. I am also alarmed by Article 5 on public provocation to terrorism, which criminalises the indirect provocation to commit terrorist offences. Finally, I am also critical of Article 9 on the criminalisation of travelling. I still do not see the point of criminalisation of travelling in itself, since other offences are enough to prosecute suspected foreign fighters. I think, in that case, we are going too far and we need to have more clear definitions.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, the first rule of government is to protect the people of your country, but in Brussels and Paris and in Germany, the governments of Europe and the European Union failed, as innocent people were murdered by terrorists – both home-grown and those that used Schengen and the open border system to infiltrate Europe and kill those people. You have criticised Hungary for taking its own measures. You have criticised people like myself on this side of the House, who suggested before Merkel made her monumental failure of opening the doors to Germany, that you should have checked the people coming in. You should have ensured that security was there, but no, you would rather call us xenophobes and racists, instead of listening to the sensible truth.

But this report still does not go far enough. It is simply a sticking plaster, and until you put in proper border controls there will be more terrorism on this continent.

8.2. Mögliche Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union (A8-0390/2016 - Guy Verhofstadt)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, cum arată viitorul Uniunii Europene ? Dacă proiectăm o Uniune cu două viteze, nu va arata bine, iar acest proiect asta propune: o Uniune cu două viteze.

De aceea am votat împotriva acestui raport.

Da, Uniunea a fost lovită de crize la care a răspuns greoi și inefficient, de multe ori prea târziu, dar soluția nu este o uniune a statelor din zona euro și răspunsul este numai o uniune a statelor membre unită.

Unde a dispărut principiul „unită în diversitate”? A rămas doar așa un slogan, nu mai este o realitate pentru noi?

Da, trebuie să ne reformăm, trebuie să reformăm instituțiile europene, trebuie să fie mai puține instituții, trebuie să avem grijă cum cheltuim banii, trebuie să fim mai transparenți, trebuie să fim mai cumpătați în cheltuieli.

Da, toate acestea sunt adevărate. Trebuie să avem un singur sediu, de asemenea, al Parlamentului European, dar, repet, nu o uniune cu două viteze.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, nämä kolme EU:n toimintaa koskevaa mietintöä lähtevät siitä, että toimiva unioni tarkoittaa yhteistä valtiovarainministeriä, yhteistä ulkoministeriä, kärkiehdokkaita, pienempää komissiota, yhteisvastuuta veloista ja yhteistä budjettia euroalueelle.

Kannatan eurooppalaista yhteistyötä, ja siinä tulee tapahtua muutoksia, mutta eivät rakenteet ratkaise nykyisiä ongelmia, ellei ole yhteistä tahtoa, ellei ole visiota, ellei ole suuntaa, ellei ole selkeitä suunnitelmia.

Kaikista näistä mietinnöistä puuttuvat esitykset. Ne eivät ratkaise niitä ongelmia, joita meillä on. Meiltä puuttuu työpaikkoja, meiltä puuttuu talouskasvua, eriarvoisuus sen sijaan kasvaa, on veropakoilua. Näissä ei ole mitään vastauksia näihin.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, this week we had a serious debate in the European Parliament about the future of Europe. We discussed not only how to develop the European Union but also this issue: is there a future for the European Union? It is rather symbolic that this question has become topical after 60 years of existence of the common European project.

The European Union now is a big building under construction. The construction work is going very slowly. The inhabitants are not satisfied because the living conditions in an uncompleted building are not good. Some of them are trying to find a simple solution to stop the construction of the common building: they invite us to return to having separate national states. In my point of view, we cannot return to the past and national states only. We have to complete our building, and only then will we receive the full positive effect of it.

One of the main elements of this European building is common social policy. We need not only a common market, the free movement of capital and the workforce, but also the robust basis of common social standards in the EU.

Jens Rohde (ALDE). – Hr. formand! Jeg stemte for Guy Verhofstadts betænkning. Det var ikke noget svært valg, for jeg er erklæret føderalist, men det var faktisk ikke derfor, jeg stemte for den. Det er i erkendelse af, at vi står med et Europa, som i forhold til at løse de store udfordringer, vi har i denne tid, i forhold til at løse den tryghedskrise, der er hos borgerne i Europa, er nødt til at erkende, at vores samarbejde på mange måder hviler på et dysfunktionelt grundlag, som skyldes en systemfejl. Derfor er der behov for, at nogle tør tænke nye tanker, og der er behov for, at regeringscheferne også erkender, at der er behov for ændringer i strukturen af vores samarbejde.

Men jeg vil dog anholde en enkelt ting, når jeg nu har sagt, at jeg har stemt for, og det er de elementer, som har med den politiske fordelingspolitik at gøre, de hører nemlig ikke hjemme sådan en betænkning. For eksempel har »Financial Transaction Tax« jo intet med føderalisme at gøre. Det er et spørgsmål om socialisme eller liberalisme, og alle disse politiske ting skal der være plads til inden for en føderal union, og derfor burde det have været taget ud af betænkningen. Men ikke desto mindre en udmærket betænkning.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem zprávu pana Verhofstadta nepodpořil, osobně se domnívám, že je nutné bavit se o tom, jak řešit problémy Evropy, ale podle mého názoru odpovědí na současné problémy není další zrychlená integrace.

Domnívám se, že pokud bychom šli cestou, kterou navrhuje zpráva pana Verhofstadta, tak naopak kroky, které jsou zde obsaženy, povedou k tomu, že v některých členských státech budou narůstat nálady proti evropské integraci, a může se stát, že příklad brexitu mohou následovat i jiné země.

Já jsem proto proti zprávě hlasoval, právě proto, že bych se nerad dočkal dalšího rozpadu Evropské unie. Jsem příznivcem evropské integrace, ale návrh, který dneska byl schválen, je podle mě zcela utopistický, je slepou cestou a je velmi vzdálen reálným náladám občanů Evropské unie v jednotlivých členských státech. Takže já doufám, že nakonec skončí jen u této teoretické zprávy.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Sprawozdanie Guya Verhofstadta to negacja Europy takiej, jaka ona jest. W tym sensie jest on zaprzeczeniem tej jedności europejskiej, na jaką się powołuje. Jeżeli chcemy naprawdę Europy solidarnej, powinniśmy się kierować krótką, prostą zasadą: tyle wspólnych kompetencji, instytucji, ile wspólnych wartości i interesów. Dzisiaj niestety Europa przeżywa głęboki kryzys moralny i nie jest wspólnotą wartości, natomiast na szczęście Europa pozostaje wspólnotą losu. Mamy wspólną historię, mamy wspólne instytucje i mamy poczucie potrzeby wspólnoty interesów. Jednak jeżeli na tej bazie mamy budować rzeczywistą solidarność europejską, to przede wszystkim ci, którzy o niej mówią, jeżeli naprawdę jej chcą, powinni zdobyć się na wzajemny szacunek i porzucić arogancję i federalistyczny fanatyzm.

Michał Marusik (ENF). – Panie Przewodniczący! Głosowałem przeciwko z powodów zasadniczych. Realizujemy projekt, który jest sprzeczny z założeniami, a założenia były słuszne. Unia Europejska miała być jakimś forum porozumienia niepodległych i suwerennych państw dla zapewnienia pokojowego rozwoju Europy. Tymczasem realizujemy projekt zupełnie odmienny. Realizujemy projekt, który pozbawia państwa niepodległości i suwerenności, który gwałci tę suwerenność i niepodległość, narzucając jakieś uniwersalne dla wszystkich prawa i zasady. Gdyby takie prawa i zasady odpowiadały każdemu państwu, to już w każdym państwie od dawna by funkcjonowały. Jeżeli są różne rozwiązania prawne, bo różne są problemy poszczególnych państw, to należy to uszanować, więc należy uszanować intencje tej Unii i doprowadzić do pokojowego rozwoju niepodległych i suwerennych państw w Europie. Za takim projektem się opowiadam, dlatego głosowałem przeciwko.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Mislim, da, čeprav je ta resolucija s tesno večino vseeno danes bila potrjena, je prav, da se začnemo pogovarjati tudi o prihodnosti Evropske unije v smislu redefiniranja institucij, ker to, kar imamo dandanes, se je pokazalo v času krizi, tako ekonomskih kot seveda migrantskih in kriz vrednot, kot organizacija, ki potrebuje preveritev, potrebuje novo svežino in zato mislim, da je na mestu, da odpremo tudi teme, kakšna bo prihodnja vloga Evropskega parlamenta, posebej še v odnosu do Komisije na eni strani in pa v odnosu do Sveta.

Včasih se zdi od zunaj relativno nenavadno, da, seveda, lahko Svet pomembno vpliva na odločitve Parlamenta in tudi, ko Parlament izglasuje določene zakone, vedno, seveda, potrebuje še soglasje in privolitev Evropskega sveta.

In tu se postavlja še posebno vprašanje o vlogi nacionalnih parlamentov in o tem je treba spregovoriti.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL). – Monsieur le Président, ce rapport, comme les deux autres, souffre du même mal: il prétend reconnaître la liberté des peuples, à condition que celle de l'argent soit protégée. C'est la doctrine de l'ordolibéralisme.

Je préfère vous dire que, même si vous mettez sans cesse en avant la nécessité d'une Europe de la guerre, rebaptisée «Europe de la défense», pour réunir les peuples européens, vous n'arriverez à rien aussi longtemps que vous ne voudrez pas de l'harmonisation sociale, aussi longtemps que vous ne voudrez pas de l'harmonisation fiscale, aussi longtemps que vous ne voudrez pas de l'indépendance à l'égard de l'OTAN.

Vous ne laissez qu'une seule perspective aux peuples qui, eux, veulent la paix, le progrès social et l'indépendance: qu'ils viennent à se dire «cette Europe-là, ou bien on la change, ou bien on la quitte». Ce qui est commencé, ce n'est pas le changement positif attendu, c'est que les gens commencent à quitter l'Europe.

Il est pitoyable que votre réponse au Brexit soit seulement l'Europe de la défense et la constitutionnalisation des droits de la finance.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, člověk už by opravdu skoro podlehl zoufalství, když vidí stále stejné lidi, jak poskytují stále stejné špatné odpovědi na klíčové otázky evropské integrace. Pan Verhofstadt, autor této zprávy, je jedním z nich. On stále sní o centralizovaném „eurostátu“, sní o tom, že se veškerá moc přesune do Bruselu, do institucí, jako je Evropský parlament, Evropská komise.

Bohužel, většina Evropského parlamentu, byť tedy naštěstí už je to slabá většina, na to pořád slyší. A to je přesně cesta opačným směrem, než bychom se měli vydat. My nepotřebujeme centralizovaný superstát, my potřebujeme pružnou, decentralizovanou, vícerychlostní Evropu a já bych se té Evropy více rychlosti opravdu nebál, protože to je jediné, co může vyvést architekturu Evropské unie ze slepé uličky.

Pro české voliče bych doporučil, aby si tu zprávu přečetli a aby si především přečetli, kdo z českých poslanců EP pro ni hlasoval. Já jsem to tedy rozhodně nebyl.

8.3. Zivilrechtliche Regelungen im Bereich Robotik (A8-0005/2017 - Mady Delvaux)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Alex Mayer (S&D). – Mr President, ahead of this vote I thought I should do some research. So a couple of weeks ago I met a robot. As science fiction hasn't yet become science fact, I also met experts from the world-class Cranfield University in my constituency. They told me how robotic technology is developing and highlighted the challenges that lie ahead. We discussed rapid changes in the workplace with more automation, safety issues as people work more closely with robots, and the ethics of self-learning robots. I have seen at first hand the speed this sector is moving, and as technology moves quickly it is important that legislation keeps up, which is why I voted in favour of today's report.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, first of all, I would like to thank rapporteur Mady Delvaux for her excellent report. We in the European Parliament have started a very important discussion, a discussion of the future of mankind. Robots will play a significant role in our future life, and we have to start to think about the important elements of this new reality.

A central part of this report is the issue of liability. The civil liability for damage caused by robots is a crucial issue which needs to be analysed and addressed at Union level as soon as it possible. The Commission has to carry out an impact assessment for a compulsory insurance scheme which includes the possibility of giving the legal status of an electronic personality to robots, in order to facilitate compensation for victims when human responsibility cannot be fully attributed. It is vitally important for the legislature to consider the legal and ethical implications and effects without stifling innovation, and of course I voted in favour.

Branislav Škripek (ECR). – Vážení pán predsedajúci, iste nikto nepochybuje, že sme svedkami novej priemyselnej revolúcie. Každý deň čítame o veľkých pokrokoch v súvislosti s robotizáciou, čo môže vyvolávať, pocit ako by sme už začali žiť v dobe sci-fi filmov. Takýto pokrok prináša ľudstvu neuveriteľné možnosti na zlepšenie života. Možno ale niekedy iba také zdanlivé. Na druhej strane táto oblasť vyvoláva, otvára veľké množstvo otáznikov a rizík. Stroje už dnes v mnohých prípadoch nahrádzajú ľudí v pracovnom procese. Ako bude v praxi vyzeráť plne robotizovaný pracovný trh, v skutočnosti nikto nevie. Podľa OECD je Slovenská republika v tomto ohľade druhou najohrozenejšou ekonomikou z pohľadu zvyšovania nezamestnanosti. Rovnako je nebezpečné, aby sa transhumanizmus stával zákonom. Ľudské práva prináležia výsostne človeku. Prisudzovať ich umelej inteligencii je úplne proti prirodzenému stvoriteľskému poriadku. Obávam sa následkov takéhoto konania. Uznesenie neprináša odpovede, ale vnáša do tejto témy iba väčší zmätok. Je potrebné, aby všetky nadnárodné spoločnosti a vedci, ktorí stoja v pozadí robotizácie, prebrali zodpovednosť za tento vývoj, a je nevyhnutné garantovať, že za tým musí stáť rozhodnutie človeka.

8.4. Investitionen in Beschäftigung und Wachstum – Maximierung des Beitrags der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (A8-0385/2016 - Lambert van Nistelrooij)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, pentru perioada 2014-2020 au fost alocate peste 450 miliarde de euro în fonduri structurale și de investiții.

Politica de coeziune este încă percepută ca o politică de cheltuieli, deși ea este, de fapt, o politică de dezvoltare și de investiții.

De exemplu, în România, cu acești bani trebuie să încurajăm IMM-urile, să susținem cercetarea, inovația, să creăm și să diversificăm locurile de muncă, să dezvoltăm infrastructura, de asemenea, trebuie investiți acești bani în zonele defavorizate geografic sau aflate la limita sărăciei.

Mă bucur că un obiectiv important al Comisiei pentru 2014-2020 este continuarea simplificărilor pentru beneficiarii fondurilor structurale și de investiții. E foarte importantă simplificarea pentru că accesul la aceste fonduri este mai ușor, ca și controlarea modului în care se folosesc banii.

Alți factori esențiali sunt interesul, transparența și competența autorităților centrale și locale care gestionează acești bani.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, having been on the Regional Development Committee in the last legislature, I saw how difficult this topic was, and how hard people like Mr Van Nistelrooij and Mr Albrecht worked and became experts in the field. When they say something one should listen, as they know what they are talking about.

One of the points I want to highlight here is their comment on visibility. Given that 30% or more of our budget goes in cohesion funding and that in many Member States 60% to 80% of public investment comes from the European Union, I wonder whether the people who are benefiting from it know of it? Indeed, I heard in relation to Brexit that some people who voted against were actually being employed and being paid by European funds but did not even know it. So from here on, with money that is spent in cohesion funding there must also be absolute certainty that this is communicated to those who benefit and to the public.

8.5. Luftfahrtstrategie für Europa (A8-0021/2017 - Pavel Telička)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Diane James (NI). – Mr President, I chose not to support the vote on Aviation Strategy for Europe today, 16 February 2017. As part of its Brexit strategy for the United Kingdom, the country is pushing ahead with its own agenda for aviation with the 'Sky's the Limit' Coalition, representing airlines and airports. UK Air Traffic Control has welcomed the publication of the UK Government's airspace and noise policy as a first step towards modernising United Kingdom airspace – including, I might add, that for drones. In contrast, the European Union strategy is beset with problems associated with fulfilling aspects relating to other European Union policies, not least emission limitations. I could not support a strategy which would prove a drag anchor on the United Kingdom's lead in this critical area of expertise.

Der Präsident. – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

10. Petitionen: siehe Protokoll

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

13. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

14. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

15. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 13.15 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

C/2024/2674

18.4.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. MÄRZ 2017

(C/2024/2674)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 1. und 2. März 2017

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	3
3. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	3
4. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll	3
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	3
6. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Rates (Artikel 69d GO): siehe Protokoll	3
7. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	3
8. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	3
9. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	3
10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	3
11. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	4
12. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4

Inhalt	Seite
13. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll	4
14. Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	4
15. Arbeitsplan	4
16. Erklärung des Präsidenten der Kommission über das Weißbuch über die Zukunft der Europäischen Union .	5
17. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 9. und 10. März 2017 (Aussprache)	29
18. Umgang mit dem Problem des Verschwindens minderjähriger Migranten in Europa (Aussprache)	41
19. Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern (Aussprache)	55
20. Die vor Kurzem erfolgte teilweise Entkriminalisierung von häuslicher Gewalt in Russland (Aussprache) . . .	68
21. Verstöße gegen die derzeitigen Rechte von im Vereinigten Königreich wohnhaften Unionsbürgern, sich frei zu bewegen, und Einsatz von Ausweisungen nach sechs Monaten (Aussprache)	75
22. Ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern unter den Richtern am Gerichtshof (Aussprache)	84
23. Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente im Energiebereich (Aussprache)	88
24. Optionen, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern (Aussprache)	95
25. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	107
26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	112
27. Schluss der Sitzung	112

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. MÄRZ 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta il 16 febbraio 2017.

(La seduta è aperta alle 15)

2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

3. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

4. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

6. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Rates (Artikel 69d GO): siehe Protokoll

7. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

8. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

9. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

11. Mittelübertragungen: siehe Protokoll**12. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll****13. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll****14. Weiterbehandlung der Entschlüssen des Parlaments: siehe Protokoll****15. Arbeitsplan**

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, ai sensi dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione di giovedì 16 febbraio 2017, è stato distribuito. Sono state presentate le seguenti proposte di modifica:

mercoledì:

Comunico di aver ricevuto una richiesta da parte dell'onorevole Terry Reintke.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Mr President, I would like to bring to your attention the recent case of Deniz Yücel, a German-Turkish journalist, who has been detained in a Turkish prison for more than two weeks now. He, together with 150 Turkish journalists, deserves our solidarity. This House should not only demand a strong and decisive reaction from the Commission and the Member States, especially the German Government, but we should also request a debate on the situation of journalists imprisoned in Turkish prisons, for the upcoming Strasbourg session.

Let us demand the release of journalists detained in Turkey. Journalism is not a crime: it is the basis of democracy.

(Applause)

Presidente. – Onorevole, anch'io sono preoccupato per la libertà di espressione in tutto il mondo – un attimo, sto rispondendo all'onorevole Reintke – se il suo gruppo parlamentare intende chiedere un dibattito su questo argomento, durante la prossima Conferenza dei presidenti ne discuteremo. Attendo la proposta del suo gruppo parlamentare.

Ha chiesto la parola l'onorevole Spinelli.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi appello all'articolo 22 del regolamento – e mi rivolgo a Lei, Presidente – perché sono stupita da quanto ha detto ieri alla stampa sugli accordi di rimpatrio in Libia.

Senza che il Parlamento ne avesse ancora discusso, e conoscendo le obiezioni di tanti deputati, si è dichiarato favorevole a campi di detenzione in Libia, dove migranti e rifugiati potranno essere rinchiusi – cito – anche per anni. Il mio gruppo, ma non solo, è contrario all'accordo, anche l'ONU ritiene la Libia uno Stato non sicuro. Nell'intervista, Lei dice che non dovranno essere campi di concentramento – e ci mancherebbe – non so però come l'Unione possa garantirlo, non essendo la Libia un protettorato.

Sono stupita perché, a suo tempo, Lei promise di essere un Presidente rispettoso delle diversità di quest'Aula, temo sia una promessa non mantenuta.

Presidente. – Grazie onorevole Spinelli, non ho mai parlato di campi di concentramento, questa parola non appartiene al mio linguaggio, e sono contrario a qualsiasi campo di concentramento, sia esso di tipo nazista, sia esso di tipo comunista. Quindi sono contrario anche ai campi di concentramento in qualsiasi parte del mondo.

Ho soltanto detto che i profughi, gli immigrati che devono rimanere in Libia e che rimangono in Libia devono essere accolti in campi dove ci siano medici, medicinali e devono essere trattati nel rispetto totale della dignità della persona. Ho detto soltanto questo, e non ho mai parlato di campi né di detenzione né di concentramento, questo non fa parte della mia cultura politica, onorevole Spinelli.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, dovolu mi upozornit na to, že bychom se měli držet jednacího řádu a pokud někdo chce vznést jakoukoliv námitku, tak by měl na začátku podle čl. 184 písm. a) jednacího řádu uvést, podle kterého článku tuto námitku vznáší. Jinak toto není Parlament, ale je to kabaret, každý si tady může vystupovat a může vás tady napadat, jak chce.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, on behalf of the Group of Friends of European Ukraine, I would like to draw your attention to the third anniversary of the victory of Euromaidan. The Maidan Revolution of Dignity was a game-changing event not only for Ukraine: its significance is huge for today's Europe and the whole free world. The Ukrainian nation chose to be European, free and democratic.

During the struggle, Putin disclosed his true face by occupying Ukraine and launching a war in eastern Ukraine. Despite the huge human and financial losses, Ukraine remains a solid member of our European family and is showing a true example of real change. The EU must respond adequately, inter alia by finalising visa-free travel for Ukraine as soon as possible.

Colleagues, to all of us in Europe the Maidan revolution is a reminder of freedom and of the price paid for it. That should not be underestimated in these turbulent times. Glory to the heroes of Maidan.

Presidente. – Io apprezzo tutti gli interventi, ma vi ricordo che stavamo discutendo dell'approvazione dell'ordine del giorno. È lecito criticare il Presidente, è lecito dire tutto quello che si vuole in quest'Aula, però vi prego di rispettare le regole e rispettare gli altri colleghi, se no veramente diventa una gran confusione.

Dicevamo, mercoledì c'è una dichiarazione del Presidente della Commissione sul Libro bianco sul futuro dell'Unione, sarà aggiunta come primo punto all'ordine del giorno. Secondo, la relazione dell'onorevole Jáuregui Atondo sulla «e-democrazia nell'Unione europea: potenziale e sfide» è rinviata alla tornata di marzo II. Terzo punto: la seduta proseguirà fino alle ore 24.

Ci sono obiezioni? L'ordine del giorno è così modificato.

Giovedì la commissione giuridica ha approvato la seguente relazione dell'onorevole Ferrara sull'immunità parlamentare, conformemente all'articolo 9, paragrafo 8, del regolamento del Parlamento, detta relazione sarà aggiunta alle votazioni di giovedì. L'ordine del giorno è così modificato.

L'ordine dei lavori è così fissato.

16. Erklärung des Präsidenten der Kommission über das Weißbuch über die Zukunft der Europäischen Union

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Presidente della Commissione sul Libro bianco sul futuro dell'UE [2017/2559(RSP)].

Voglio ringraziare il Presidente della Commissione e l'intera Commissione per aver deciso di presentare in Parlamento, il giorno stesso dell'approvazione del Libro bianco sul futuro dell'Europa, questo testo di dibattito. È importante che questa istituzione, che è l'unica eletta direttamente dagli europei, abbia un ruolo centrale nel dibattito per un'Europa più efficace e più vicina ai nostri cittadini.

Come tutti sapete e come la Commissione sa, nell'ultima plenaria sono state approvate tre relazioni degli onorevoli Verhofstadt, Böge-Berès e Bresso-Brok, che hanno aperto il dibattito in seno al Parlamento. Credo che questo dibattito debba continuare anche nella prossima plenaria e in vista della dichiarazione congiunta per la celebrazione del sessantesimo anniversario della firma dei trattati di Roma il 25 marzo prossimo. Questo anniversario a mio parere non deve esistere solo come un momento celebrativo, ma deve rappresentare l'occasione affinché le istituzioni europee si mettano ancora di più all'ascolto dei cittadini, lavorando insieme per rispondere alle loro preoccupazioni.

Jean-Claude Juncker, *President of the Commission*. – Mr President, honourable Members of this House, ladies and gentlemen, later this month in Rome, 27 of our Member States will stand shoulder to shoulder in peace, solidarity and friendship to mark the 60th anniversary of the Treaties of Rome, and I would like to see the President of Parliament associated with these ceremonies. However, this will not simply be a birthday celebration. It should also be the birth moment of the European Union of 27, and as we turn the page and commence a new chapter in our history, it is time we sought new answers to a question as old as our Union is young: quo vadis Europa at 27?

Europe's founding fathers were visionaries. Altiero Spinelli and Ernesto Rossi, imprisoned by a fascist regime, dared to dream of a place where allies and adversaries would unite. Unable to speak freely, they penned the manifesto for a free and united Europe, which had to be circulated secretly in Rome among the Italian resistance movement in 1943. In writing this manifesto, this new chapter, Spinelli and Rossi decided not to cling to the darkness surrounding them in their Ventotene prison cells. They stretched out their arms to the light instead. They dreamed of a better future and paved the way towards it.

Sixty years later, this should be an inspiration for us. With nothing to dim our voices, would we be forgiven for not speaking up? In 60 years' time, what will our grandchildren say of our legacy? I want them to be proud, as Spinelli and Rossi would probably have been today.

Now is our time to be pioneers and to carve out a vision so that we may work hand in hand, united at 27, towards our future.

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen! Jeden Tag ändert sich die Welt um uns herum. Die Änderungen und Veränderungen sind rasant. Globalisierung, Terrorismus, Migration, die Auswirkungen neuer Technologien auf Gesellschaft und Arbeitsplätze verändern den Alltag der Europäer tiefgreifend. Umstände, Verhältnisse, Zusammenhänge wechseln nicht jährlich, monatlich oder wöchentlich, sie wechseln täglich – so sehr und so schnell, dass wir manchmal außer Atem kommen.

Vor uns liegen große Herausforderungen und hohe Hürden. Sie sind groß und hoch, aber mitnichten unüberwindbar. Entweder werden wir von solchen Entwicklungen überholt, niedergewalzt, oder wir lassen uns auf sie ein, gestalten sie und ergreifen die neuen Chancen, die sie mit sich bringen. Europa darf nicht müde werden. Europa muss hellwach sein und Chancen und Möglichkeiten aktiv, manchmal auch proaktiv, nutzen. Wie es mein Freund Frank-Walter Steinmeier gesagt hat: Wenn wir anderen Mut machen wollen, brauchen wir selbst welchen. Die Zukunft Europas darf nicht zur Geisel von Wahlperioden, Parteipolitik oder kurzfristig innenpolitisch aufbereiteten Erfolgsmeldungen werden. Der Brexit, so bedauerlich und schmerzhaft er auch sein mag, wird die Europäische Union auf ihrem Marsch in die Zukunft nicht stoppen können – wir machen weiter, wir müssen weitermachen!

Wohin gehst du, Europa? Quo vadis, Europa? Wohin steuert das Europa der 27? Es gibt eigentlich keinen besseren Zeitpunkt und auch keinen anderen Zeitpunkt als jetzt, um diese zugegebenermaßen schwierige Debatte zu führen. Alle Überlegungen und Debatten darüber, welchen Weg wir einschlagen, müssen eine wesentliche Aufgabe im Blick haben, und die Lösung dieser Aufgabe muss unser aller Handeln bestimmen.

Seien wir ehrlich: Viel zu lange war das, was die Menschen von Europa erwarteten, zu weit entfernt von dem, was Europa bieten und leisten konnte. Unsere Aufgabe wird es sein, deutlich zu machen, was Europa kann und was Europa nicht kann. Nehmen wir zum Beispiel die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und im Besonderen der Jugendarbeitslosigkeit. Wir treffen uns Gipfel um Gipfel und versprechen die Arbeitslosenzahlen, im speziellen die Jugendarbeitslosigkeit, abzusenken. Dabei liegt dies weit außerhalb der alleinigen Möglichkeiten Europas. Auf europäischer Ebene können wir keine Wunder vollbringen, wenn die nationalen Maßnahmen zu kurz greifen. Wir können Ausbildungsprogramme finanzieren, Investitionen stimulieren – Letzteres übrigens nicht ohne Erfolg – doch das führt nicht automatisch und per se zu einem systematischen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der EU-Haushalt steuert lediglich 0,3 % zu den europäischen Sozialhaushalten bei – 0,3 %! Die Mitgliedstaaten bringen 99,7 % auf. Zu behaupten, Europa stünde alleine in der Verantwortung, wenn es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht, ist schlicht falsch.

Dann sollen wir auch nicht so tun, als könne alleine Europa das Problem lösen. Wir und die Mitgliedsstaaten sollten dies endlich zugeben. Wir sollten Menschen nicht glauben machen, dass wir die Sonne und den Mond herbeizaubern können, wenn wir höchstens ein Teleskop liefern können. Wir sollten aufhören, Absichten anzukündigen und sollten uns stattdessen stärker auf die Bereiche konzentrieren, in denen wir handfeste Ergebnisse liefern können.

Der Ausgangspunkt für das Weißbuch der Kommission, das ich Ihnen heute vorlege, ist folgender: Es ist an der Zeit – ich wiederhole mich –, dass wir klarstellen, was Europa leisten kann und was nicht. Viel zu oft wird die Debatte über Europas Zukunft auf mehr oder weniger Europa verkürzt. Dieser Ansatz führt aber in die Irre, wie alle übertriebenen Vereinfachungen in die Irre führen. Im Weißbuch stellen wir verschiedene Wege für die Zukunft der EU-27 vor: fünf Szenarien für die Europäische Union der 27, wenngleich es in der Wirklichkeit mehr Möglichkeiten geben kann. Nicht alle Szenarien finden die spontane Zustimmung der Kommission, aber alle fünf Szenarien sind im Gespräch, ergo müssen wir uns mit ihnen beschäftigen. Wir müssen darlegen, zu welchen Folgen jedes einzelne dieser Szenarien führen kann.

Schauen wir uns ein erstes Szenario an, das auf eine Fortsetzung der bisherigen Politik abstellt. Als diese Kommission antrat, habe ich diesem Haus versprochen, die Dinge anders anzugehen, um das Vertrauen der Menschen wiederzuerlangen, und in weiten Teilen gelingt uns das hoffentlich auch. Die Kommission hat bereits große Fortschritte dabei erzielt, den althergebrachten Reflex zu brechen, jeden Aspekt im Alltag der Menschen regulieren zu wollen und uns in alles einzumischen. Die Menschen wollen nicht, dass wir Vorschriften für Toilettenspülungen oder für die Höhe von Kinderschaukeln erlassen. Wir haben Hunderte von Vorschlägen zurückgezogen und schlagen anstatt 130 Initiativen pro Jahr, wie in früheren Jahren üblich, lediglich 23 neue Initiativen pro Jahr vor. Wir konzentrieren uns auf die großen Dinge, die für den Menschen wirklich wichtig sind. Und trotzdem wird die Kommission in allen Hauptstädten, in fast allen nationalen Parlamenten, manchmal auch hier, in fast der gesamten Presse der Überregulierung bezichtigt. Dieses permanente Brüssel-Bashing macht keinen Sinn, weil dieses Brüssel-Bashing seit dem Amtsantritt dieser Kommission keine Grundlage hat. Es täte uns allen im Übrigen gut, wenn wir mit diesem Brüssel-Bashing, diesem European-Union-Bashing aufhörten. Dies ist sehr oft ein Ersatz für nationale Versäumnisse. Wir können so weitermachen, all unsere Energie darauf zu lenken, Ergebnisse in wichtigen Bereichen zu erzielen und unsere positive Agenda, die die Zustimmung dieses Hauses gefunden hat, voranzubringen. Vollendung des Binnenmarktes, des digitalen Binnenmarktes, der Energieunion, der Kapitalmarktunion und der Verteidigungsunion. Das tun wir auch. Und das werden wir tun. Doch die Frage muss erlaubt sein, ob das ausreichend ist.

Wir könnten auch den entgegengesetzten Weg einschlagen und uns als Europäische Union der 27 ausschließlich auf den Binnenmarkt beschränken: Szenario 2. Falls sich die Mitgliedsstaaten in immer mehr Politikbereichen nicht auf eine gemeinsame Haltung verständigen können, falls immer mehr Regierungen die Kommission zu einem simplen Binnenmarktverwalter degradieren möchten, wäre dies womöglich die einzige gangbare Lösung. Unsere Lösung, meine Lösung ist das nicht. Die europäische Union ist mehr als eine mehr oder weniger gehobene Freihandelszone. Europa ist mehr als Markt, Waren und Geld. Der Binnenmarkt und der Euro sind keine Ziele an sich. Sie haben dem Menschen und den Menschen zu dienen. Trotzdem gibt es Regierungen, die die Rolle der Europäischen Union und ergo der Kommission zurückdrängen möchten auf die Binnenmarktverwaltung. Ich bin strikt dagegen!

Dann gibt es eine dritte Option, ein drittes Szenario. Müssen alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union immer im gleichen Tempo voranschreiten? Wenn wir im Kreise der 27 keine Einigung erzielen können, weder was Ziele noch die Wege dahin betrifft, dann sollte es denjenigen, die in verschiedenen Bereichen vorankommen wollen, erlaubt sein, weitere Fortschritte dort zu machen, wo sie ihnen notwendig erscheinen. Gleichzeitig müssen die anderen, die nicht am Start dabei sein können oder nicht am Start dabei sein wollen, die Möglichkeit haben, sich Absichten und Taten der Erststartenden später anzuschließen.

Doch wie würde sich ein solches System auswirken? Für eine kleine Anzahl von Ländern könnte dieser Ansatz große Fortschritte mit sich bringen. Für Länder, die in einem derartigen Rahmen etwa sämtliche Informationen in der Terrorismusbekämpfung austauschen, ein wirkliches europäisches Asylsystem einrichten und Verteidigungskapazitäten zusammenlegen möchten, wäre dies ohne jeden Zweifel ein gangbarer Weg. Es könnte jedoch auch ein kompliziertes System konzentrischer Kreise entstehen, in dem viele Länder außerhalb des Orbits zentraler politischer Strategien kreisen würden. Dadurch wäre Europa noch schwerer verständlich, als es ohnehin schon ist. Wie erklärte man beispielsweise den Menschen, dass Europa für die Harmonisierung von Frequenzen zuständig ist, auf denen autonom fahrende Fahrzeuge bei einem Unfall den Rettungsdienst anrufen können, allerdings nur in den Ländern X, Y und Z, und daher bekämen sie keine Hilfe, wenn sie im Land A unterwegs sind. Die Schwierigkeiten dieses Ansatzes sehen wir bereits

heute, wenn wir versuchen zu erklären, dass Europa teilweise für die Überwachung der Schengen-Außengrenzen zuständig ist, aber eben nur teilweise. Und trotzdem: Die Vorstellung, dass einige Mitgliedstaaten in Teilbereichen voranschreiten und denen die Bahn brechen, die sich erst später anschließen möchten, darf nicht ohne weiteres ad acta gelegt werden. Diese Form der Avantgarde zielt nicht auf Exklusion, sondern auf spätere Inklusion. Ich kann ehrlich gesagt dieser Vorgehensweise einiges abgewinnen. Ziel muss es bleiben, zu 27 voranzumarschieren. Wenn sich dies aber als unmöglich erwiese, muss man der Koalition der Integrationswilligen die Erlaubnis zum Weiterfahren geben. Europäische Erfolge waren fast immer das Werk vorausseilender Pioniere. Siehe Schengen, siehe Euro.

(Beifall)

Es gibt aber noch eine vierte Möglichkeit: Die EU-27 könnte gemeinsam beschließen, in einer etwas kleineren Anzahl von Bereichen vereint mehr zu tun. Also in Bereichen, in denen unsere europäischen Maßnahmen einen echten Mehrwert erzielen würden und in denen die Menschen zu Recht mehr von uns erwarten: Szenario Nummer 4. Dies würde letztlich bedeuten, dass wir nach dem Prinzip 'weniger ist mehr' verfahren. Beispiele für Bereiche, in denen die Bürger mehr von uns erwarten, sind die Sicherheitspolitik und das sogenannte Dieselgate. Eine echte Europäische Agentur für Terrorismusbekämpfung, die Informationen über Grenzen hinweg austauscht und Verdächtige systematisch beobachtet, könnte – davon bin ich überzeugt – einen greifbaren Mehrwert für unser aller Sicherheit bieten. Genauso müssen sich europäische Verbraucher, die durch technische Manipulationen von Automobilherstellern in die Irre geführt werden, auf eine EU-Agentur verlassen können, die Sanktionen gegen Täuschungsunternehmen durchsetzen kann und dafür sorgt, dass diese auch Schadensersatz – und zwar überall – leisten müssen. Anstatt die Menschen dadurch zu enttäuschen, dass wir scharf formulierte Schreiben versenden, in denen wir die Mitgliedstaaten zum Handeln auffordern, müssen wir sicherstellen, dass diesen Aufforderungen auch Folge geleistet werden kann.

Schließlich – Szenario 5 – könnten die Mitgliedstaaten auch beschließen, mehr Befugnisse und Ressourcen zu teilen und mehr Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Sie könnten so Vollgas geben, das neu geordnete Gemeinsame in die Zukunft hinein gestalten und die Leadership der Europäischen Union sicherstellen. Klimaschutz: Hier muss Europa weiterhin eine Vorreiterrolle spielen, egal was jenseits des Atlantiks ins Haus steht. Nachhaltige Entwicklung: eine europäische Daueraufgabe. Verteidigung: Hier müssen weitere eigenständige Beiträge Europas in Aufstellung gebracht werden.

Toutes ces perspectives, toutes ces esquisses, tous ces projets théoriquement possibles sont des choix qui s'offrent à nous.

Tout en ayant refusé l'idée qu'il faudrait réduire l'Union européenne à l'état de zone de libre-échange, ce qui n'est pas mon concept et qui ne correspond pas aux ambitions de l'Europe, je ne vais pas vous dire ma préférence absolue aujourd'hui parce que, en fin de compte, ce n'est pas à moi seul – et je le regrette – ni à la Commission de faire ces choix *'in splendid isolation'*.

Je n'ai pas voulu présenter les vues définitives de la Commission. Je ne procède pas, alors que c'est devenu la mode, par 'exécutive audace'. La parole sera à votre Parlement, aux parlements nationaux, aux gouvernements, à la société civile, bref, aux citoyens. Contrairement à ce qui, jadis, fut la règle, la Commission ne prescrit pas, ne dicte pas, n'instruit pas. Elle veut être à l'écoute avant de se prononcer définitivement. Pas de diktat – cela ne correspond pas à mon tempérament – mais de l'écoute. Je ne suis pas un dictateur, mais j'aime dire les choses comme je les vois. J'aimerais annoncer la couleur, ma conception de l'Union européenne dès aujourd'hui, et je mesure la déception de ceux qui auraient voulu que je le fasse. Mais nous préférons écouter avant de dire. À ceux qui voudraient qu'avant le débat, la Commission dise ce qu'elle voudrait être, je dirai qu'il ne faut pas confondre *leadership* et diktat. Contrairement à ce qui a été fait jusqu'à présent, nous voulons d'abord écouter avant de nous prononcer. Cela peut conduire – je l'ai lu – à des déceptions majeures, mais c'est une méthode qui fait honneur à la démocratie non seulement représentative mais aussi entière.

Parler d'institutions, de révision des traités, de procédures institutionnelles – débat qui agite ceux qui sont installés dans le confort de la bulle bruxelloise, qu'il faudra, à tout prix, que nous quittions tous ensemble – ne m'intéresse pas pour l'instant. D'ailleurs, un tel discours n'intéresserait pas les citoyens. Vous, qui faites des réunions dans tous vos pays, vous a-t-on jamais posé une question sur l'équilibre des pouvoirs entre le Conseil, la Commission et le Parlement? Jamais! Jamais je n'ai eu à répondre à une telle question! C'est donc un débat typiquement bruxellois qui, mis à part ceux qui sont installés dans le confort de la bulle bruxelloise, n'intéresse personne. Il ne faudrait donc pas conduire ce débat.

Viendra, j'en suis certain, le jour où les traités devront être adaptés à une volonté collective, mais à une volonté collective à naître. Car elle n'existe pas aujourd'hui. Pour pouvoir donner corps à cette volonté collective, il nous faut un véritable débat, un débat honnête sur l'Europe et sur ce que les citoyens attendent de l'Union européenne. Cette conversation vertueuse ne doit pas avoir lieu seulement à Rome ou encore à l'occasion de nos nombreux sommets ou de nos nombreux débats ici même. Elle doit avoir lieu dans les villes et les régions, partout en Europe. C'est avec vous, Mesdames et Messieurs les députés, et avec les États membres que nous tiendrons une série de débats sur l'avenir de l'Europe. Chaque voix, même minuscule, à peine audible même, doit être entendue. Les citoyens nous diront ce qu'ils attendent de l'Union européenne. Ils exprimeront vraisemblablement leurs doutes, leurs interrogations, mais aussi leurs espoirs. À nous d'y répondre. Le Livre blanc, que je vous invite à lire, y compris son introduction et l'échange des arguments pour et contre, nous aidera à formuler les bonnes réponses.

Au cours des prochains mois, la Commission apportera de nouvelles contributions à ce large débat avec une série de documents de réflexion et de propositions plus précises portant sur les grands enjeux dont demain sera fait. Nous présenterons nos idées sur le renforcement de la dimension sociale, débat à mes yeux essentiel et auquel j'apporte toute mon attention.

Ceux qui applaudissent, lorsqu'on parle d'Europe sociale, ne font pas la majorité dans cette salle. Honte à vous! Parce que l'Europe sociale est un enjeu principal pour les décennies à venir.

Nous présenterons nos vues sur l'approfondissement de l'Union économique et monétaire et, notamment, sur les mécanismes qui amélioreront la très nécessaire coordination des politiques économiques. Nous présenterons nos vues sur la maîtrise de la mondialisation et nos réflexions sur l'avenir de la défense de l'Europe et l'avenir des finances de l'Union européenne.

En matière de défense, il est évident que les États européens devront augmenter leur budget militaire, mais la stabilité planétaire n'est pas seulement fonction de l'ampleur des budgets militaires. La stabilité internationale, mondiale, planétaire est aussi fonction de la dimension des budgets d'aide au développement et du financement de la lutte contre le changement climatique. Réduire les budgets de l'aide au développement, remettre en cause les engagements qui furent les nôtres et ceux des autres en matière de changement climatique – je parle de la COP 21 – nuira gravement à la stabilité intégrale. L'Union européenne doit porter et continuer à porter ces messages. La stabilité, ce n'est pas seulement l'affaire des armées, c'est aussi l'affaire de ceux qui veulent aider ceux qui sont en retard à rejoindre ceux qui sont en avance. La stabilité, ce sont les dépenses militaires, mais pas exclusivement; c'est aussi l'aide au développement et la lutte contre le changement climatique.

Mesdames et Messieurs, vous vous êtes déjà penchés sur toutes ces questions et nous nous réjouissons à l'idée de continuer à travailler avec vous et notamment avec les rapporteurs qui ont vu leurs rapports adoptés récemment.

Je prends rendez-vous avec vous en septembre, lors du discours sur l'état de l'Union, où je développerai davantage ces idées, pas avant, mais après avoir écouté les uns et les autres.

J'aimerais que le Conseil européen donne en décembre ses orientations pour un processus qui atteindra son apogée lors des élections européennes en 2019.

En 2019, nous avons rendez-vous avec le suffrage universel européen. Ce sera d'abord un rendez-vous d'explications. Explications entre les forces politiques, c'est-à-dire entre les familles politiques, qui devront dire comment elles voient l'Europe de 2025 et au-delà. Je voudrais que le processus démocratique engagé en 2014 connaisse son prolongement, c'est-à-dire qu'en 2019, les partis européens présentent au choix de l'électeur des têtes de liste, exigence qu'il faudra que nous respections pour que la démocratie européenne fonctionne et reste crédible. En 2019, nous ne pourrons pas renoncer à l'acquis que nous avons réalisé en 2014, ensemble. Je salue d'ailleurs amicalement les candidats qui n'ont pas eu la chance que j'ai pu avoir.

(Jean-Claude Juncker réplique à M. Verhofstadt qui disait hors micro: 'La prochaine fois'.)

Les citoyens européens doivent pouvoir décider qui sera le prochain président de la Commission européenne. Les citoyens doivent pouvoir faire leur choix, pas les officines gouvernementales. Je ne serai pas candidat à un deuxième mandat, comme je l'ai dit dès le premier jour.

(Applaudissements venant de la droite de l'hémicycle.)

(En réaction à ces applaudissements) J'avais pour intention de ne jamais décevoir l'extrême-droite, j'ai réussi.

Je ne serai pas candidat à un deuxième mandat, mais, croyez-moi, je ne suis ni fatigué ni à court d'idées, au contraire, et vous allez le voir.

Monsieur le Président, l'Europe s'est relevée des cendres de la Seconde guerre mondiale pour réaliser l'impossible: mettre fin à cette éternelle tragédie européenne qui, en fait, nous obligeait – les peuples, leurs dirigeants – à choisir entre la guerre et la paix. Dans le monde d'aujourd'hui, plus de quarante guerres et conflits militaires font rage, mais pas un seul ne se déroule sur le sol européen proprement dit. Vu de plus loin et à partir d'autres continents, l'Europe continue à rester une chose magnifique: avoir réuni tout un continent, avoir mis un terme à ce funeste décret d'après-guerre qui voulait que l'Europe, à tout jamais, soit scindée en deux blocs, y avoir créé un espace de stabilité, de prospérité et d'égalité nous vaut l'admiration du monde entier. Très souvent, j'ai l'impression que les autres nous admirent et que nous-mêmes, il nous arrive de nous détester.

Mais cette Europe, celle que je décris, n'est pas un acquis, ni une évidence. L'Europe a toujours été et reste aujourd'hui et pour toujours un choix délibéré, qu'il faut défendre contre vents et marées, contre l'assaut de ceux qui ne veulent pas comprendre le cours de l'histoire. Les choix que nous faisons maintenant, aujourd'hui, demain, dans deux ans et d'ici 2025 doivent tenir compte de leurs implications, non seulement pour nous, mais surtout pour les générations à venir. Parce que nous serons jugés, non pas sur ce qui nous a été légué, mais sur ce que nous laisserons en héritage. Nos citoyens nous disent souvent que nous devons faire les choses différemment. Oui, nous y sommes prêts, mais il ne faut pas vouloir tout changer. Nous devrions essayer de mieux comprendre les contraintes et les chances d'une application correcte du principe de subsidiarité, qui ne doit pas devenir un ersatz pour la solidarité, laquelle doit, elle, rester le principe directeur de toutes nos actions européennes et nationales. Très souvent, en écoutant ceux qui se font l'avocat du principe de subsidiarité, j'ai l'impression que, comme ils ne veulent pas parler de solidarité, ils préfèrent parler de subsidiarité. Il s'agit de bien comprendre la signification exacte du concept de subsidiarité.

Monsieur le Président, nous n'avons pas le droit d'être – comment dire – patriotes contre les autres. Le patriotisme du XX^e siècle se décline en deux dimensions: un patriotisme heureux, accepté et acceptable vers l'intérieur, et la solidarité, qui est le prolongement du patriotisme heureux vers l'extérieur. Il y a des valeurs qui doivent continuer de nous unir: la paix, la démocratie, la solidarité, l'état de droit – qui doit être la règle qui sous-tend notre vivre-ensemble très souvent menacé –, la dignité et l'égalité de tous les êtres humains, ainsi que la liberté de la presse. Regardez ce qui se passe en Turquie où l'on emprisonne, sans raison aucune, des journalistes allemands parce qu'ils ont osé dire ce qu'il fallait dire! Les valeurs, oui, ce qui inclut le refus du rejet de l'autre, de celui qui est différent de nous, mais qui n'est pas moins noble que nous-mêmes.

Nous ne pouvons pas accepter que les voix de ceux qui défendent ces valeurs, dont je voudrais qu'elles soient universelles, soient noyées dans le vacarme des slogans nationalistes qui font du patriotisme une arme contre les autres. Le patriotisme n'est plus un patriotisme lorsqu'il se dirige contre les autres. L'Europe, elle, doit rester une force mondiale positive. Nos sociétés européennes sont bâties sur l'ouverture et nous devrions en être plus fiers. D'autres préfèrent se refermer sur eux-mêmes et tourner leur regard vers l'intérieur. Le nombrilisme fait des progrès angoissants à travers la planète. Mais une telle attitude n'est ni dans notre nature, ni d'ailleurs dans notre intérêt. La démocratie – la démocratie entière – est un produit européen et nous la défendrons partout et de toutes nos forces. Alors, ayons le courage, la patience et la détermination qui sont nécessaires aux longs trajets et aux grandes ambitions.

L'Europe continue à être une grande ambition. Une ambition qui a derrière elle et devant elle un long trajet. Nous avons aujourd'hui le choix entre plusieurs chemins, certains plus pernicieux que d'autres, d'autres plus porteurs d'avenir que d'autres.

Monsieur le Président, quel que soit le choix que nous ferons, la destinée de l'Europe à Vingt-sept est entre nos mains. Entre nos mains, oui, mais elle est d'abord et avant tout une affaire de cœur et une affaire de valeurs, de valeurs qui donnent sa véritable dimension à la raison d'État européenne. Je ne suis pas en train de citer un poème européen, je décris une nécessité continentale.

(Applaudissements)

Esteban González Pons, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to thank President Juncker for having chosen the European Parliament as the first place to present this White Paper. The anniversary of the Treaties of Rome will be something other than a celebration: it will be a farewell to the United Kingdom and it will be the birth of the Union with 27 Member States.

We have done many things wrong before arriving at this point. Brexit is not the cause. Brexit is the last consequence and we must be sure it remains the last consequence. If Brexit is a divorce, the anniversary of the Treaties of Rome should be a time to renew the commitments between us and the Union. We are all facing serious challenges: globalisation, terrorism, migration and the refugee crisis, climate change and so on. The question is simple: how do we want to deal with those challenges?

How do we move forward? But also, do we want to move forward? This is a legitimate question too because I know that I want to move forward, but we cannot simply blame those who do not want to go further than we are now, by calling them anti-European. We are all Europeans. Europe belongs to all Europeans, no matter whether they come from the north, the south, the east or the west. Europe belongs to all of us.

That is why I thank the Commission for having presented five different scenarios, even knowing that none of them will be fully accepted. For my Group, for example, a sixth scenario could also be possible: merging the other five because they are not mutually exclusive. I agree with President Juncker that the time has come to align expectation with reality. It is time to say what you can do, and not promise what you cannot do. It is time to defend Europe because it is the best bastion against nationalism and populism. What Member States must do is to stop blaming Europe for what Europe cannot do because it does not have the tools. This is a wrong and dangerous game and Brexit is one of the consequences.

Whatever road we take, we must take it in unity and with consensus because these two words have given us 60 years of peace. We may have forgotten where we come from. We come from war, death, poverty and hunger. We come from lack of freedom. We may have forgotten why unity is so important. We may have forgotten to explain that there is no alternative to the Union – not in the past, not now, and not in the future. The Union was – and will be – the best instrument for peace. So, when a country as important as the United Kingdom leaves us, we have to ask ourselves the question: are they leaving us because peace is already consolidated or because peace is no longer important? I cannot understand it.

To conclude, this debate is necessary: a debate about the future that we want for ourselves and for our children. This debate starts today, right here, right now, in the European Parliament. This Parliament must be fully involved from now on. Every single Member, every single Committee and every single body of this House must be involved. Europeans must be the owners of their own future, and this Parliament is the way forward for them. This debate means that the Council, the Commission and the Parliament have realised one thing: that the Union is built from its citizens and not from the institutions. As Manfred Weber said today, it is now or never. Well done, Mr Juncker.

(Applause)

Gianni Pittella, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I know you, President Juncker, as a devoted pro-European, a man who all his life has fought to make Europe better and stronger. But the White Paper the Commission is now presenting has disappointed us now that Europe is faced with unprecedented challenges: a protectionist US President, Russia and China on the rise, and the bloody war on our doorstep from which millions of people are running for their lives; now that populists show their ugly face in every corner of Europe; now that hardworking families all over Europe are struggling to make ends meet and are worried about their children's future; now that our common European House, which has sheltered us for decades, has to weather the toughest storm ever. Now you are presenting us with a reflection paper and scenarios instead of a clear plan to fortify our House to weather this storm. You are right, President Juncker, in showing all the political difficulties, because the difficulties are real; but it is necessary, it is essential, to indicate one political priority, one political option, because the European Commission is not a bureaucratic body but a political body, and you know very well that we support you for this reason. I can only see one option, the fifth option, because it is the only viable option: to work together as Europeans and to do much more together, because together we are stronger.

There is so much left to do. Our House needs a strong Social Pillar to protect our citizens. And it needs European fiscal capacity. We must complete the European monetary union and build a sustainable Europe capable of fighting climate change and creating jobs and growth. We must combat tax fraud, and the project of a common European army is now more important than ever. We have to defend our inclusiveness without leaving aside the eastern countries. We can only achieve this if we stay united as Europeans. President Juncker, I call on you and on your Commission to take on your responsibility. You are the guardians of the Treaties, the guardians of the common European good and our common European future at this time. We ask you to show leadership and urge the Council to take on their historic duty.

In a couple of weeks, we will celebrate the anniversary of the Rome Treaties. Only some years after a terrible world war in Europe, political leaders had the courage to commit to European unity and explained to their citizens why we Europeans are stronger together. After decades in which Europe has brought us peace and prosperity, is it really too much to ask of this generation of leaders to commit to Europe and make it stronger for the future? Let us not give up. Let us show political leadership in the fight together for a Europe that is better and stronger, so that our children and their children will have a good future.

(Applause)

Ulrike Trebesius, im Namen der ECR-Fraktion. – Vielen Dank, Herr Vorsitzender! „Quo vadis, Europa?“, fragen Sie, Herr Juncker, und das ist eine gute und richtige Frage zur richtigen Zeit. Die EU und die Eurozone stehen vor Herausforderungen, derer sie nicht Herr werden. Zu nennen sind insbesondere die Folgewirkungen der Gemeinschaftswährung Euro, die Europas Bürgern einen epochalen Schaden zugefügt hat. Die Krise schwillt weiter und die bisherige Politik – nämlich Zeit zu kaufen – funktioniert nicht.

Ja, die EU hat für Frieden gesorgt, aber inzwischen wird im Zusammenhang mit der EU nur noch der Frieden beschworen. Erinnern wir uns: Einst sollte die EU und insbesondere die Euro-Zone auch für Wohlstand und für Wachstum sorgen – diese Hoffnungen sind fehlgeschlagen. Das ist auch kein Betriebsunfall, sondern die Folge von Zentralismus und Größenwahn. Die gescheiterten Konzepte der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zentralisierung gehören in die Mottenkiste.

Leider finden sich solche Ideen auch noch in Ihrem Papier, Herr Juncker. Beispielsweise in Szenario 5, wo die Politik in das Innovationscluster nach dem Vorbild von Silicon Valley gerückt werden soll. Herr Juncker, Sie sind bereits ein kleines Stück auf dem richtigen Weg gegangen, sich von überholten Ideen zu verabschieden. Sie müssen noch ein Stück weitergehen. Innovation und Wandel funktionieren von selbst, wenn die Politik gute Rahmenbedingungen schafft. Wenn Staaten Industriepolitik wollen, dann sollen sie dies auf eigene Verantwortung und auf eigene Kosten tun.

Ihr Szenario 2, die EU auf den gemeinsamen Markt zu beschränken, ist deshalb nicht unvernünftig! Die Friedenswirkung der wirtschaftlichen Integration bliebe so erhalten. Ich gebe aber zu, dass es für die EU weitere Anliegen gibt, eine funktionale Rolle zu übernehmen – beispielsweise die Terrorabwehr und den Grenzschutz.

Ihr Konzept 4 steht unter der Überschrift „weniger machen und das effizienter“! Grundlegend ist diese Idee, die EU auf einige Bereiche zu beschränken, gut und der richtige Ansatz. An dieser Stelle sollten wir weitergehen. Wir sehen an der schnellen Abfolge und dem Wandel der Krisenszenarien der letzten Jahre, dass wir Politikbereiche kaum auf ewig festzurren können. Flexibilität ist notwendig. Es muss klar sein, dass die in Szenario 4 genannte Kooperation eine freiwillige Beteiligung an einzelnen Programmen bedeutet und die Nationalstaaten die Möglichkeit bekommen, je nach Bedarf aus Programmen auszusteigen oder neue Kooperationen einzufügen. Die Zeiten ändern sich, und die EU braucht institutionelle Regeln, die eine Anpassung an neue Herausforderungen ermöglichen. Niemand kann hier im Hause voraussehen, wo Kooperationen in 10 oder 20 Jahren Sinn machen und wir sollten zukünftigen Generationen – das haben Sie zurecht angesprochen – diese Freiheiten auch lassen.

Herr Juncker, Sie sind hier vielleicht schon einen Schritt weiter als unser Kollege Verhofstadt, der seine Brexit-Lektion noch nicht gelernt hat und den europäischen Bürgern weiter ein zentralisiertes Wohlfühlglück aufzwingen möchte. Bitte kommunizieren Sie das doch! Es wird höchste Zeit, dass sich dieses Parlament von einer Politik des Wunschdenkens verabschiedet. Und zuletzt: Ihre fünf Szenarien legen doch eine gewisse Flexibilität nahe. Wie schade, Herr Juncker, dass Sie diese Flexibilität nicht gegenüber David Cameron so formuliert haben, denn dann wären die Briten sicherlich noch Mitglied dieser Europäischen Union. Vielen Dank.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I find it a crazy idea that it is now Mr Juncker's fault that there is a Brexit. I thought it was more or less an internal catfight within the Conservative Party that was the reason for Brexit.

It is crazy how some people then blame this House here and say that it is the cause. But that said, I welcome the contribution from the Commission and I certainly welcome your introduction, Mr Juncker, because you made mention of the founding fathers: Altiero Spinelli, and I could add Paul-Henri Spaak, I could add Heinrich von Brentano, founding father of the German *Grundgesetz*, and I could add Jean Monnet and Robert Schuman. I could even add Winston Churchill, because from 1946 to 1951 — a part that was forgotten by Mr Boris Johnson in this biography of Winston Churchill — he was the leader of European integration and of the future European Union.

That said, it is important to recognise one thing here, which is that, before we go to Rome for the festivities, what we want today is something different from the Treaty of Rome, because the Treaty of Rome was a customs union. It was maybe the right answer in 1957 but, let us be honest, it is not the answer to the challenges we are facing today.

I think it is very important to talk about the founding fathers because they had more ambition than just the Treaty of Rome. The Treaty of Rome was a fall-back option, a fall-back solution, because they were not able — because of the 'no' vote in the French National Assembly — to make a defence union, to make a political union, and to make an economic union. It is wise to remember what they wanted after the Second World War, which was to create a Union that was capable and decisive.

But what is our problem today? You will find it in your five scenarios. You have given us five scenarios but what I remember from your introduction is that we can forget the first three. Let us talk about scenarios four and five, and I think that is the right decision to make, but, let us be honest: what is lacking in the European Union of today? Why are we not capable of stabilising our neighbourhood? It is because we do not have the capabilities to do so. Why are we not capable of finding a solution to the migration crisis and the refugee crisis? Because we have no capabilities to do so at European level.

Why are we not capable of cleaning up our banks, eight years after Lehman brothers? Eight years after, we are still facing problems with an unrealised banking union, with no recovery fund and so on. Why? Because we have no European capacities and capabilities.

And finally, why do we not have big European internet companies? If we talk about Apple, Microsoft, Amazon, Samsung, they are all American or Asian. And why? Because we do not have a completed digital market in the European Union: No European capacities, for example for a European telecom authority or a digital authority, as you propose in your fourth scenario. That is the lesson.

We are still a loose confederation of nation states based on the unanimity rule, and if there is one country blocking — and you know this better than I do, Mr Juncker, having been a Member for a long time of the European Council — if only one member says 'no', then we apply the unanimity rule and we do not go forward.

Too little, too late — that is the consequence of the absence of the European capacities and European capabilities that we desperately need.

So we do not need to start asking whether it is four, five, or three, because we are already familiar with the different circles in the European Union. We have 50 exceptions in the European budget. There are 50 different circles in the European Union. The question now is how can we overcome that? How, for one, do we convince European leaders at national level to make the jump forward that we desperately need? That is the question, and therefore our proposal from Parliament, in our papers and in the reports that have been discussed and approved two weeks ago, is to start an interinstitutional reflection.

We alone cannot decide this. You alone, Mr Juncker, cannot decide from your side in the Commission. Even the Council cannot do that – and maybe they do not have the inspiration to do it. So our plea, Mr President of the Commission, is that you back our proposal for an interinstitutional reflection from day one, from now on, so that we are not only talking about Brexit here in this House, but we also open an offensive – a positive, optimistic reform of the Union in parallel with Brexit. And it is not only a negative story of one country leaving us, but also a story of 27 who know that their destiny in the future will be in unity, together, in the European Union.

Patrick Le Hyaric, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, prenons acte de votre profession de foi selon laquelle votre Commission, Monsieur le Président, n'impose pas, ne prescrit pas.

Si c'est vrai, alors il vous faudra prendre appui sur ce que vivent et disent les citoyens – les travailleurs, les paysans, les chômeurs, les jeunes – et organiser un grand débat citoyen européen; des sortes d'états généraux pour une refondation de l'Union européenne.

Les défis sont trop importants, trop inquiétants pour ne pas changer de cap. L'enjeu n'est pas de procéder à un simple toilettage de la façade: il faut repenser, il faut se refonder et il faudra bien faire un bilan de l'application des traités.

Tant que l'Union européenne ne sera pas l'affaire des peuples-mêmes, tant qu'elle ne prendra pas en compte leurs aspirations à mieux vivre, tant qu'elle ne sera pas un projet pour la justice, l'égalité, la solidarité, la démocratie, le bien-être humain et environnemental, elle continuera d'être rejetée.

Tant qu'elle ne sera perçue que comme un système d'étranglement de la Grèce ou une sorte de police des dépenses publiques, tant qu'elle sera une forteresse pour les migrants, mais un paradis pour la libre circulation du capital, elle continuera d'être rejetée.

Tant qu'elle roulera en covoiturage avec les milieux d'affaires et les fonds financiers au détriment des travailleurs, elle sera rejetée.

Voilà pourquoi, Monsieur le Président Juncker, on peut imaginer un autre scénario, un scénario qui parte des gens eux-mêmes, des salariés, des créateurs, de la jeunesse.

Lancez un grand débat public populaire européen préparant une conférence européenne de refondation démocratique, sociale, écologique, féministe, en vue de construire un nouveau projet européen. Ne pas le faire condamnera l'idée européenne elle-même.

Commencez d'ailleurs, entre nous, par consulter les peuples sur le projet de libre-échange avec le Canada: ce serait un acte montrant que l'Europe est un atout pour transformer la mondialisation.

Remplacez le concept de concurrence généralisée par celui de coopération, l'austérité par une nouvelle répartition des richesses et une nouvelle manière de les produire, le chômage et la précarité par une sécurité sociale professionnelle, l'actuelle politique agricole commune par une nouvelle politique agricole et alimentaire qui prendrait en compte l'emploi et la santé.

Imaginons une nouvelle politique de l'industrie de demain et du numérique, un grand projet de coopération avec les pays du Sud. On peut agir pour que les milliards de liquidités que fournit la Banque centrale européenne servent des projets pour l'emploi et de nouveaux services publics.

Lançons un grand plan contre l'évasion fiscale et un projet d'harmonisation fiscale et sociale visant la justice.

Le projet européen pourrait se relancer en amendant le fonds que vous avez créé pour en faire un fonds pour le développement social, humain et environnemental qui, en même temps, pourrait refinancer les États surendettés.

Monsieur le Président, nous ne devons pas rater ce moment historique. Écoutez les peuples, associez-les à un nouveau projet.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, c'est peu de dire que l'Union européenne n'est pas au mieux de sa forme, et je vous remercie donc, Monsieur le Président Juncker, de venir avec des propositions.

Vous tentez dans votre document de répondre à la question du «comment». Nous pensons qu'avant de répondre à cette question, il faudrait s'interroger sur le «pourquoi», et en particulier pourquoi un nombre croissant de nos concitoyens sont devenus défiants, voire ouvertement hostiles à l'idée même de construction européenne.

Il est clair qu'à leurs yeux, l'Union européenne a perdu en légitimité. Il y a évidemment la question de la légitimité institutionnelle: l'Union serait trop éloignée, trop opaque; les décisions y seraient prises de manière trop dissimulée par des politiques qui n'assumeraient pas suffisamment leurs responsabilités. Si tel était le diagnostic, on s'attendrait à des propositions ambitieuses sur le plan de la transparence et du contrôle démocratique, et tout cela est nécessaire.

Mais je pense que la défiance a des racines plus profondes, car si c'est de légitimité qu'il s'agit, c'est bien de légitimité par le résultat. En effet, à quoi peuvent mener un grand marché et une monnaie uniques, combinés à la concurrence fiscale et sociale? À quoi peuvent mener des traités de libre-échange et des normes de réglementation qui érigent en norme absolue et supérieure le droit au profit, sinon à l'enrichissement des détenteurs du capital au détriment de tous les autres? C'est cela, je pense, qui est à la source des gros bataillons de nos concitoyens qui rejoignent les eurosceptiques, voire les europhobes.

Si l'Union européenne était un véhicule, il s'agirait moins aujourd'hui de discuter de sa forme, du nombre de sièges ou même de la vitesse de ce véhicule que de sa motorisation et, surtout, de sa direction. Monsieur Juncker, si je peux me permettre, vous nous proposez de faire du surplace, de faire marche arrière, de faire marche avant ensemble ou dans des groupes différenciés, mais toujours dans une direction, comme si l'idée d'un changement de cap était tout simplement impensable.

Vous avez eu le courage, Monsieur Juncker, de nous poser le diagnostic correct lorsque nous avons été confrontés au défi de l'asile et de l'immigration. Vous nous avez dit – et vous aviez raison – que, si nous voulons garder cet espace de libre circulation auquel nous tenons tant – et nous y tenons –, nous ne pouvons pas ne pas avoir une politique commune d'asile et d'immigration et une gestion commune de nos frontières. Vous avez eu ce courage.

Curieusement, face à l'explosion des inégalités et à une monnaie unique qui tangué – et c'est peu dire –, vous n'avez pas le courage de dire la vérité historique. Il n'y a aucune – je dis bien aucune – union monétaire dans l'histoire de l'humanité qui ait tenu sans union fiscale, sans union sociale et, dès lors, sans union politique et démocratique. C'est cette contradiction-là que nous devons aujourd'hui résoudre si nous voulons conserver le marché et la monnaie uniques, et nous le voulons.

Si nous voulons reconquérir, Monsieur le Président, le cœur et l'esprit de nos concitoyens, il est urgent, à nos yeux, de reconnecter la construction européenne à ce qui était son ambition initiale, c'est-à-dire assurer la paix sur ce continent – et cela reste d'actualité – par l'extension de la démocratie et par une prospérité partagée. Si nous voulons reconnecter l'Europe à cet objectif, nous devons abandonner cette idée de concurrence fiscale et sociale pour aller vers la convergence, autrement dit remettre la dignité de tous, et pas la prospérité de quelques-uns, au cœur du projet européen.

Gerard Batten, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, the White Paper on the future of the European Union follows the usual format that we are used to. It recognises the problems facing it, but fails to understand that many of these were created by the EU in the first place. The solution is always the same, namely for the EU to have yet more power in order to solve the problems that it created, and that always means yet more integration – political, fiscal and economic.

The Paper acknowledges that the current economic crisis particularly affects the younger generation. It quite rightly wants to ensure that every generation is better off than the previous one. It acknowledges that the effect on the young is particularly felt within the euro area and, in the same paragraph, it goes on to say 'this highlights the need to complete economic and monetary union'. It defies belief that Mr Juncker, or anybody else, can fail to understand that the European single currency is the single biggest reason for the catastrophic levels of youth unemployment in countries like Portugal, Spain and Greece. The austerity measures designed to keep the euro alive just make things worse.

The Paper does not once mention the British referendum. If Mr Juncker tried to understand the reasons why the British voted to leave, it might help him understand what is needed to reform the European Union. Sadly, I do not think he is going to do that but, happily, Britain will not be part of it.

(Applause)

Vicky Maeijer, *namens de ENF-Fractie*. – De Europese Unie is in verval en de steun voor uw Europese project brokkelt af. Onder anderen de Nederlanders zeiden al nee tegen de Europese grondwet en tegen het associatieverdrag met Oekraïne. En nu vertrekt de eerste lidstaat, omdat de Britten nee zeiden tegen de EU.

Ik ben blij voor hen. Maar in een tijd dat de bevolking snakt naar vrijheid, is het enige waar u hier mee bezig bent het in stand houden van de Brusselse droom. Want de toekomstplannen van Juncker voor de Europese Unie zijn meer van hetzelfde: meer, meer, meer Europese Unie. De voorzitter van de Europese Raad, Donald Tusk, wil de lidstaten zelfs opnieuw trouw laten zweren aan het Europese project. Wie verzint zoiets? Hoe wereldvreemd bent u eigenlijk? U speelt met de toekomst van miljoenen burgers die u niet vertegenwoordigt en die u helemaal niets hebt gevraagd.

De heer Juncker zegt nu dat hij iedere burger, iedere stem wil horen. Maar mag ik u een paar citaten van dezelfde man in herinnering brengen? Over het Franse referendum in verband met de Europese grondwet zie hij: "If it is a yes, we will say: on we go. If it is a no, we will say: we continue." En over Griekenland: "When it becomes serious, you have to lie".

Voorzitter, dát is democratie in de Europese Unie, dát is waar Brussel hier voor staat. Dit soort voorstellen van ongekozen EU-bazen zal bij de Nederlanders alleen maar het gevoel bevestigen dat we af moeten van de verstikkende EU, op weg naar soevereiniteit, op weg naar vrijheid.

Diane James (NI). – Mr President, I would like to thank Mr Juncker very much indeed for coming to the Chamber this afternoon and for outlining his White Paper.

Mr Juncker, it was very nice to see you and I will regret losing you in two-and-a-half years' time when you go into retirement. But the legacy you will leave, sir, in terms of the White Paper that you have outlined this afternoon is really quite dangerous and a real delusion in terms of denial of what has happened. Everything that has happened in the European Union in the last few days – and last few years for that matter – has been because of lack of action: the lack of sensible action, or the lack of action full-stop. And so what you see across the European continent is the emergence of all the threats and all the issues that you have highlighted in your White Paper, but there is nothing in the White Paper that gives citizens across Europe the opportunity to voice their discontent – via referenda, for instance – and actually highlight to you what is wrong.

We all wish the European Union project a future. There are 27 Member States that want that to happen. There is one Member State that has made the right decision to walk away. But, sir, can I just implore you to look at that White Paper? You have signalled with your fifth option what your preference is, but I ask you again, for the sake of 440 million citizens, please go back to a blueprint and come up with something new, something that does not just paper over the cracks and look backwards for solutions, rather than looking forward for what is actually required.

Presidente. – Possiamo ora agli altri oratori. Siamo in forte ritardo, sono stato flessibile con i presidenti dei gruppi, ora vi chiedo di rispettare rigorosamente il tempo a voi assegnato, non potrò neanche concedere il «cartellino blu» perché, ripeto, il ritardo è molto forte.

Paulo Rangel (PPE). – Mr President, I would like to congratulate President Juncker on the decision to present the White Paper to the Parliament and to present it to the press in the presence of the Parliament. This is a good sign as it shows what you think about the future of Europe, namely that it has to be a democratic construction, a democratic building.

I would also like to congratulate you – and to disagree with the Socialists – because I think it is a good idea to present five scenarios and not only one solution. The problem of the future of Europe is not the Commission and its view, it is not the European Parliament and its view, but is really the responsibility of the Member States and now the Member States, within their national parliaments and their national public opinion, will have to say what they want. They have to be confronted with their own responsibilities. I think that this is a very important step to bring transparency, democracy and legitimacy to this process of reforming the European Union in the near future.

Finally, I would like to say that the EPP Group has approved its own strategy. We are totally committed to the idea of a social market economy, to innovation, development, growth, the creation of jobs and prosperity, and to moving forward in defence and security reforms that lead towards a kind of European defence union.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, I would say that the problem is not that the Commission is coming forward with scenarios, because that is interesting. Nevertheless, the expectation will be of the Commission saying that we can consider these scenarios but that there is a choice, which is the choice the Commission is proposing.

Why is that so? Because we are in such a situation, with these overlapping crises and these so-called existential crises, that the key question in the current situation is not whether we need to have better European solutions or to go backwards. This is not the central question. The central question is about how we can deliver better European solutions, because we have a majority in favour of better European solutions.

I am sure that majority exists here in this House; I am sure, of course, it exists in the Commission; and I am sure that majority exists among European citizens. Why? Because it is evident that, in order to deliver better labour conditions and better large-scale investment, we need better European solutions. The same goes for trade, defence, security and migration. So let us focus the discussion on how to deliver these better European solutions. I hope this will be the central question for the period to come.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Hr. Formand! Hvis vi skal vælge den rigtige fremtid for EU, er det vigtigt, at vi starter med at slå en ting helt fast: Brexit var ikke sygdommen, det var symptomet på sygdommen. Sygdommen er et EU, der i alt for mange år har bevæget sig langt længere i integration og i en føderal retning, end medlemslande og ikke mindst befolkningerne i EU har ønsket.

Derfor er det helt centrale nu, at Kommissionen har spillet ud til medlemsstaterne og sagt: Skal vi gå i en retning, der betyder mindre EU, et mere reformeret EU, tilbage til ideen om det indre marked som omdrejningspunktet og ikke den føderale union? Hvis vi gør det, tror jeg, vi har en fremtid som et europæisk fællesskab, der bygger på fælles værdier. Går man derimod videre i den føderale retning mod en europæisk superstat, er jeg sikker på, at Brexit kun er det første i en række lande, der hellere vil søge deres lykke uden for fællesskabet end indenfor. Det burde være bekymringen, både hos Kommissionen og hos EU-føderalisterne i dette hus.

Jeg håber, vi vælger den fornuftige vej. Jeg håber, vi vælger den vej, der betyder et samarbejde, vi kan være sammen om, og ikke en føderal union, som vi alle ønsker at komme ud af.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señor presidente, *monsieur* Juncker, hablo en nombre de la Alianza Libre Europea en este Parlamento. Con el *brexit* sabemos que el futuro de Europa será necesariamente diferente en algunos meses. Para prepararlo, debemos tomarnos seriamente nuestro propio eslogan: «Unidad en la diversidad».

Hasta ahora ha sido posible que cada Estado miembro vaya prácticamente por su cuenta, y así no hay Unión. En el futuro, la Unión solo será posible si se cumplen dos condiciones: primera, que la Unión Europea reconozca el valor de naciones de dimensiones medianas y acoja a antiguas naciones, declaradamente, explícitamente proeuropeas, como Escocia y Cataluña; segundo, que todos los Estados, los actuales y los que se agreguen, acepten que el respeto a la diversidad solo se consigue si al mismo tiempo se aceptan lazos y compromisos comunes que les obliguen y que les hagan más fuertes. Es decir, para la Europa del futuro, mayor diversidad, con una más eficaz unidad.

Solo así serán creíbles los valores de la Unión Europea.

Rolandas Paksas (EFDD). – Kelias į federalizmą, apie kurį mes šiandien diskutuojame, mano nuomone, bus pats tiesiausias kelias į Europos subyrėjimą. Negi mes pasirošę tuo keliu eiti? Matyčiau kitą kelią. Ne dviejų greičių, ne Europos federalizacijos, bet Europos kelią į vienybę ir laisvę. Laisvų, lygiateisių tautų Europa – tai vienintelis kelias, kuris gali mus suburti bendram siekiui už Europos išlikimą ir jos ateitį.

Matyčiau kelią į Europą be išgalvotų baimių, į Europą be iškreipto liberalizmo, be aklo kapitalizmo, ne tokia, kurioje apologetai nebemato išnaudojamo žmogaus, kur dauguma politikų nebeturi atsakomybės, o dauguma valdininkų – sąžinės. Negi mes nusiteikę stiprinti būtent tokią Europos Sąjungą? Negi mes nusiteikę didžiųjų valstybių problemas spręsti mažųjų sąskaita? Šiandien aš matau norą į paribį nustumti tas valstybes, kurios iš tiesų yra už valstybių sandraugą, už tikrą Europos Sąjungos reformą, o ne jos pavertimą Jungtinėmis Europos Valstijomis.

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man den Ausführungen des Herrn Kommissionspräsidenten, aber auch jenen der Chefs der Pro-EU-Fraktionen hier sein Gehör schenkt, hat man ein bisschen den Eindruck, als wäre hier gerade die versammelte Kapitänsbrücke der Titanic angetreten und verschließt Auge und Ohr davor, dass in dieses europäische Konzept längst schon Wasser eingedrungen ist.

Ich verstehe nicht, warum man hier nicht Einsicht darin hat, dass gerade die Fehlentwicklungen der Zentralisierung in den vergangenen Jahren hier das Problem sind, und unbeirrt in die falsche Richtung weitermachen möchte. Es gäbe genug Konzeptvorschläge, diese Europäische Union zu verändern, sie zu redimensionieren und damit in eine gute Zukunft zu führen. Beispielsweise liegt der Vorschlag auf dem Tisch, die Europäische Kommission zu halbieren, das Europäische Parlament zu redimensionieren und damit den Mitgliedstaaten wieder mehr an Entscheidungsräumen möglich zu machen.

Aber das alles ist offensichtlich für Sie zu wenig interessant, weil Sie genau diesen Schritt weiter und weiter verfolgen wollen, Europa zu zentralisieren, während Ihnen auf der anderen Seite die Bürger Europas davonlaufen und Sie eigentlich Europa einen sehr, sehr schlechten Dienst erweisen, wenn Sie genau diese verfehlten Konzepte weiterentwickeln, statt den Nationalstaaten wieder mehr an Möglichkeiten zu überantworten.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση που ανοίγει, και με τη Λευκή Βίβλο, έχει στόχο να κάνει πιο αποτελεσματική την Ευρωπαϊκή Ένωση στην επίθεσή της ενάντια στους λαούς, σε συνθήκες εντεινόμενης λαϊκής δυσαρέσκειας. Φανερώνει τη διαπάλη με τους ανταγωνιστές της διεθνώς, τους σφοδρούς ανταγωνισμούς στο εσωτερικό της Ευρωπαϊκής Ένωσης, στο έδαφος της ανισομετρίας, ανάμεσα σε κράτη μέλη και μερίδες του κεφαλαίου, όπως και την ανάγκη της Ευρωπαϊκής Ένωσης να κερδίσει χρόνο.

Καμία από τις πέντε εκδοχές που προτείνονται δεν έχει σχέση με τα λαϊκά συμφέροντα. Όποιο σενάριο και αν ακολουθηθεί από την Ευρωπαϊκή Ένωση και τις κυβερνήσεις της, οι εργαζόμενοι θα είναι οι πολλαπλά χαμένοι και τα μονοπώλια οι ωφελημένοι και πολλαπλά κερδισμένοι που θα θησαυρίζουν. Οι εργαζόμενοι, από την ίδια τους την πείρα, μπορούν να βγάλουν συμπεράσματα ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι ένωση του κεφαλαίου και ότι οι στόχοι που υπηρετεί όλα αυτά τα χρόνια είναι βαθιά αντιλαϊκοί. Η Ευρωπαϊκή Ένωση ούτε αλλάζει, ούτε βελτιώνεται. Άμεση ανάγκη και διέξοδος είναι να δυναμώσει η λαϊκή πάλη ενάντια στην Ευρώνηση και το καπιταλιστικό σύστημα, για την εργατική εξουσία, με αποδέσμευση από την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Herbert Reul (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident! Wir sind uns ja einig: Europa hat große Leistungen vollbracht. Das bestreitet eigentlich keiner. Und deshalb ist es wichtig. Es ist aber auch unbestritten, dass Europa offensichtlich in der Zustimmung der Menschen und sogar eines Staates an Zustimmung verloren hat. Da hilft es auch nicht, das gesundzubeten, oder zu beschwören, wie toll dieses Projekt ist. Es hilft auch nichts, von morgens bis abends das kaputtzureden, was gut ist, und nur über das Schlechte zu reden.

Und deshalb, Herr Kommissionspräsident, bin ich Ihnen außerordentlich dankbar für diese Art des Vorgehens, die Sie jetzt gewählt haben: Endlich einmal nicht nur eine Vorlage der Kommission, die sagt: „So wird's gemacht.“, sondern ein nachdenkliches Papier mit Alternativen. Damit hat man die Chance, die Menschen und auch uns alle wieder mitzunehmen auf ein Zukunftsprojekt hin, die Leute zusammenzuführen, darüber nachzudenken, was ist der Vorteil beim Weg A, beim Weg B, beim Weg C oder D, einfach mal abzuwägen, was man dann am Ende will, was man denn noch hinkriegt, wo der gemeinsame Nenner ist. Darum geht es doch im Moment. Und wenn jetzt nur wieder ein Papier vorgelegt wird und jeder betet seine Sachen runter, die einem wichtig sind, rasen wir doch wieder vor die Wand.

Ich finde es außerordentlich intelligent und super hilfreich, dass dieser Weg gewählt wird. Ich glaube, der ist richtig, denn natürlich muss man da einmal ein paar Fragen beantworten, was Europa kann und was Europa nicht kann – der Frage kann man doch nicht ausweichen. Hier wird ständig von dem Thema Jugendarbeitslosigkeit geredet – mit Recht. Und Präsident Juncker hat präzise beschrieben, dass genau dieses Beispiel dazu geeignet ist, zu erklären, warum wir das Ding vor die Wand fahren: Weil wir uns überfordern, weil wir das gar nicht können, was wir da leisten sollen, weil wir gar nicht zuständig sind. Es ist doch viel klüger zu sagen: Was machen wir? Wir machen das, was alle Staaten als klug empfinden, was Europa gemeinsam machen kann, weil ein Staat es alleine nicht mehr hinkriegt. Und um die anderen Sachen muss sich auch jeder zu Hause ein bisschen kümmern.

In diesem Sinne: Herr Präsident Juncker, ich bin Ihnen wahnsinnig dankbar dafür, dass dieser Versuch gemacht wird. Das macht natürlich nur Sinn, wenn wir uns jetzt alle auf diesen Weg einlassen. Wenn jetzt jeder wieder seine Programme runterbetet, dann fährt das vor die Wand. Und wenn beim nächsten Rat wieder nur jeder erzählt, was er will und was er nicht will, ist es auch vorbei.

Herzlichen Dank, das ist eine Riesenchance!

Kathleen Van Brempt (S&D). – Mr President, President Juncker, today in Belgium it is *Complimentendag*. Do you know what that means? It means giving compliments to each other, it is a very special day, so let me start with a compliment. You have written a very comprehensible White Paper, something one can easily understand: I can give it to my mother who is 68 years old, or to my daughter who is nine years of age, and they will understand it. It is a good start to a discussion.

But having said that, our Group is also disappointed because, here in Parliament, all of us are elected to prepare the future of Europe, and that means getting into the concerns of Europe, and you know very well what they are. If you look at the great challenges of Europe, they are migration and security, solidarity – or the lack of solidarity – and growing inequalities. You mentioned the social pillar, and, of course, climate change. If you want to address those things – and we need to do that, it is our mutual responsibility – then you need a Union in which we work much more closely together.

So you do not need all these scenarios. We know which scenario we need to prepare the future of Europe.

Pascal Durand (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur Juncker, j'aimerais tellement vous croire lorsque vous dites que vous avez l'Europe sociale au cœur et que vous voulez effectivement qu'elle devienne une priorité. Nous sommes tous d'accord ici – vous aviez dit d'ailleurs en prenant vos fonctions que c'était peut-être la Commission de la dernière chance –, nous sommes tous conscients qu'il y a un problème majeur avec l'Union européenne actuellement.

Sans faire de procès d'intention, comment voulez-vous que nous puissions étudier des scénarios de solutions alors que nous n'avons pas partagé de diagnostic commun sur les raisons pour lesquelles l'Union européenne est en crise et en difficulté?

Je n'entrerai pas dans le détail de votre dernier scénario – qui, manifestement, a votre préférence. C'est simplement le même que le premier, sauf qu'on enlève les chaussons pour mettre des baskets, mais on va toujours au même endroit et toujours sur le même chemin.

Monsieur Juncker, nous devons – comme M. Verhofstadt l'a clairement dit – nous poser la question des blocages dans cette Europe et nous demander, pour pouvoir effectivement avancer, quelles sont les réformes que nous devons mettre en œuvre afin de pouvoir transformer cette Union européenne?

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, Lei ha detto nel Suo discorso che la moneta unica, il mercato unico oggi sono al servizio dei cittadini.

Io Le posso dimostrare esattamente il contrario ed è per questo che i cittadini si stanno disaffezionando al progetto, proprio perché c'è questo conflitto di interessi, su cui si fonda l'Unione europea, e il fatto che presenti Lei queste proposte, dopo essere stato il Presidente di un paradiso fiscale – di fatto, il Lussemburgo – per vent'anni, fa salire ulteriormente questa disaffezione dei cittadini verso l'Unione europea e le proposte che potete portare in questo ambito.

Volete veramente che la gente si affezioni al progetto europeo? Allora, partiamo da tre punti fondamentali: primo, liberiamoci da chi ha palesi conflitti d'interesse come Lei; secondo, discutiamo di alternative alla moneta unica e a questo mercato unico, mettendoli veramente al servizio delle persone – non solo dei grandi portatori d'interesse; terzo, coinvolgiamo i cittadini in questo processo. Vogliamo referendum e democrazia diretta che devono essere i pilastri della nuova Europa altrimenti i cittadini si chiederanno sempre: chi comanda l'Europa, noi o le lobby?

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Najbliższa przyszłość, czyli rok 2017, zadecyduje o dalszych losach Unii Europejskiej, czyli odpowie na pytanie „Quo vadis, Europo?”. Będą to wydarzenia krajowe z Europą w tle, bo oprócz uruchomienia procedury Brexitu za dwa tygodnie idą do wyborów Holendrzy, później odbędą się rundy prezydenckie we Francji, a następnie wybory niemieckie. Te wybory i rozstrzygnięcia krajowe będą miały większy wpływ na przyszłość Europy niż nawet najlepiej opracowana biała księga i najlepiej zorganizowane święto 60-lecia traktatów rzymskich – oby było jak najlepiej zorganizowane, ale już święto 50-lecia było raczej świętem elit niż samych Europejczyków. Chociaż te rozstrzygnięcia będą miały charakter krajowy, to jednak agenda tych wyborów będzie w pełni europejska. Migracja, uchodźcy, terroryzm, przyszłość strefy euro, wspólna obronność – to jest ryzyko i to jest szansa. Ryzyko dlatego, że na tym terenie w natarcu były i są siły populistyczne i ksenofobiczne, ale w tym jest również szansa dlatego, że one żyją z lęków autentycznych i realnych, tylko nie dają żadnej prawdziwej odpowiedzi. Takiej odpowiedzi oczekujemy od Komisji – na razie mamy scenariusze, to jeszcze nie jest plan. Ale w przyszłym tygodniu, nie mając jeszcze tego planu, możemy dokonać aktu pożądanej ciągłości pośród wielu niepewności, to znaczy przedłużyć mandat Donalda Tuska jako szefa Rady Europejskiej. Niech tak się stanie.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur Juncker, je vous remercie d'avoir choisi le Parlement européen pour présenter votre Livre blanc – Parlement européen qui, vous le savez, vient d'adopter trois rapports qui pourraient apporter une contribution forte au cycle de débats que vous venez d'ouvrir.

En ce qui concerne ce Livre blanc, je vois bien que vous étiez obligé de mettre sur la table plusieurs scénarios. Il me semble qu'il n'y en a qu'un qui soit vraiment viable. Il a besoin d'être nourri; il doit être la base à partir de laquelle nous convaincrions nos électeurs – les citoyens européens – que c'est la voie à suivre.

L'année 2017 est une année que vous avez définie dans toute son amplitude jusqu'à sa conclusion au Conseil européen de décembre, et c'est ce chemin que nous devons accompagner. Or, sur ce chemin, il y a des rendez-vous électoraux, et je vois votre Livre blanc – que vous nous présentez ici, au Parlement européen, alors que nous-mêmes avons déjà apporté nos contributions pour nourrir cette réflexion – comme une interpellation des capitales.

Il faut que les questions et les scénarios que vous présentez soient perçus comme des alternatives dans chacune des capitales au moment où les États membres se prononceront pour dire ce qu'ils veulent pour eux-mêmes, mais aussi où ils choisissent de dire ce qu'ils veulent pour l'Europe.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, Lei oggi ci presenta un Libro bianco sul futuro dell'Unione.

Se aveste il coraggio di scrutare la vostra coscienza, dovrete presentarcene anche un altro: il Libro nero del passato recente, delle diseguaglianze, della povertà e dell'esclusione sociale. Il punto di partenza è ciò che l'Europa può fare? Glielo dico io, cosa deve fare: cambiare politiche e finalità in tutti i vostri scenari. Vuole un esempio? Nella vostra risposta unica alle migrazioni, cancellate la già scarsa flessibilità dell'attuale Dublino, non esiste un meccanismo di redistribuzione preventivo obbligatorio e permanente. La vostra solidarietà esiste solo a parole, perché le regole diranno altro.

La vostra difesa comune non punta alla riduzione dei costi e dei doppiopioni per reinvestire i risparmi nel sociale, ma si basa invece sull'aumento della spesa per costruire una superpotenza militare che per ora è priva persino di un interesse veramente comune e quando critica la Turchia – Presidente – si ricordi che quell'accordo illegale con Ankara, l'ha voluto Lei e la Sua Commissione, senza neanche un voto di questo Parlamento. Come sempre, chiedete solo più strumenti per imporre meglio le politiche sbagliate e gli errori di questi anni. Alla vostra mancanza di autocritica, ai vostri carri davanti ai buoi, noi diciamo no. Perché senza una vera Europa sociale, non c'è Europa, ma l'Europa sociale qui ancora non c'è.

Franck Proust (PPE). – Monsieur le Président, il y a ceux qui s'affirment et ceux qui se résignent, il y a les réalistes et ceux qui jouent sur les peurs, il y a ceux qui travaillent pour l'avenir avec pragmatisme et ceux qui s'isolent. Croire en l'Europe, ce n'est pas une option, c'est une nécessité. Mais croire ne suffit pas: il faut agir, car l'instabilité géopolitique actuelle nous pousse à réinventer notre projet.

La Commission européenne esquisse aujourd'hui différents scénarios pour l'avenir de l'Europe. Cette réflexion, nous allons la mener à vos côtés, avec pragmatisme et sans dogmatisme. Les vendeurs de rêves doivent le comprendre. Ici, au Parlement, nous travaillons pour construire une Europe qui agit et qui gagne. Le Brexit éveillera les consciences. Oui, les négociations seront difficiles, mais elles doivent l'être, car l'Europe à la carte n'est pas une solution. J'ai confiance en Michel Barnier pour mener à bien ce processus, et les Britanniques et tous les Européens se rendront compte de ce que perd le Royaume-Uni en quittant l'Union européenne.

Soixante ans après la signature du traité de Rome, une seule question doit guider notre action: quelle Europe voulons-nous vraiment? Préparer l'avenir de l'Europe, c'est agir sur des priorités sans naïveté pour le renforcement de la sécurité et de la lutte contre le terrorisme, pour un contrôle accru de nos frontières, pour aller chercher la croissance là où elle se trouve, à l'extérieur, en promouvant une défense commerciale intelligente, et pour une relance de la politique industrielle.

Il faudra du courage pour affronter les mensonges de tous ceux qui rêvent de la fin de l'Europe. Ils proposent l'affaiblissement de notre continent et de nos États, mais nous, nous travaillons au renforcement d'une communauté de destins qui protège et, surtout, qui soit respectée dans le monde.

Elena Valenciano (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur Juncker, vous avez raison, dans les gouvernements des États membres, il n'y a pas de volonté collective et il faut le montrer du doigt. Vous avez raison aussi lorsque vous dites que l'Union européenne n'est pas une évidence, et vous avez raison de lancer un appel pour reconstruire le consensus européen. Mais vous avez tort de ne pas montrer le chemin, car les ennemis de l'Europe, ceux qui s'attaquent à nos valeurs, ne vont pas s'arrêter, ils ne vont pas attendre la fin de nos délibérations.

Monsieur Juncker, je vous suggère donc d'agir, de montrer le chemin, d'avoir le courage de marquer du sceau européen les solutions que les citoyens attendent de nous.

Il nous faut du courage. Vous savez, Monsieur Juncker, la mélancolie n'a jamais réussi à changer les choses. Je vous ai trouvé un peu triste. Il nous faut du courage, à vous et à nous, parce que dehors, les citoyens attendent une réaction.

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! Åter en gång har jag lyssnat till herr Junckers tal; åter igen har jag slagits av hur tröttsamt och uppreparande det är med samma gamla felaktiga lösningar. Det är precis som om man är oförmögen att lägga örter mot marken och lyssna på vad folket i Europa säger. Hälften av Europas befolkning har ingen tilltro till EU längre. Ni ser det i valdeltagandet: 42 procent av Europas befolkning röstade senast.

Och vad har ni för lösning på det? Jo, lösningen är mer EU, mer av samma politik, mer av samma misslyckande som har tagit er hit där ni är idag, när hälften av Europas befolkning inte har tilltro till EU längre. Det måste vara uppenbart att det inte fungerar längre. Det måste vara uppenbart att det krävs nya tag. Fortsätter man i denna riktning är EU dömt att misslyckas, i den form vi ser idag.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, I would like to thank Mr Juncker. You are right, Mr Juncker, that we are standing at a crossroads, not because of Brexit – which I am very sorry about – but because of a lack of agreement between Union members and because of the unwillingness or inability of many politicians to explain the importance of the Union for the future. So we are in a situation where every kind of future is possible. It will depend on our decision and on the decision of every European.

We need to understand the achievements we have made in recent decades. We should also understand the weaknesses that we are now facing and we must be fully aware of the consequences of each decision. By presenting the White Paper, Mr Juncker, you are forcing us to understand what the options at this crossroads are. I believe that this White Paper will help us to decide, correctly and wisely, about our future in developing the joint project of a joint Europe for the good of us all and of our people.

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, I would like to thank President Juncker for this White Paper. We need a strong Europe and we need leadership on the challenges of globalisation that no country can deal with by itself. That is clear. We need to harvest the good side of globalisation but we also need to deal with the negative side.

We need a solidarity pact between the European Member States and the EU as such, to stop the race to the bottom, for example on tax and corporate taxation. We can see that there is a race to the bottom on tax payment, we can see the EUR 1 trillion cost every year of tax evasion and tax avoidance in Europe: EUR 2000 per citizen per year, money that could be spent to protect our welfare state.

We also need to stop the race to the bottom on workers' rights, decent salaries and decent working conditions. So we need a solidarity pact that can protect the worker in the age of globalisation, and we need leadership on the migration crisis, not only patrolling our EU external borders but also fighting the root causes of migration and the refugee crisis, which is the biggest refugee crisis since the Second World War.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, in the times we are living in we need a strong Europe, but we also need to understand that visions are more than institutions. Visions are never about institutions.

Sometimes I feel that we underestimate how much we have achieved in recent decades: reunification, the single market, what could be the most competitive global economy if we take the right decisions, the fact that we can create financial stability and ensure we have the scientific research that can make us leaders, and the fact we have such a strong political identity that other parts of the world and our neighbours lean towards our values. That is what we are capable of.

We have achieved not just unification: we have achieved the opportunities to take decisions. Sometimes I feel that we lack the real political will to take these decisions because we fall into the trap of ever-ongoing discussions about institutions to replace the old institutions. We do, of course, need to discuss the balance of powers, but we can do that only if we put unity before uniformity and accept that Europe's strength is plurality, openness, the safeguarding of our values and the eagerness and willingness to take political decisions to make the visions come true.

That is more important than these discussions about institutions. They are very important, but the vision of a strong Europe is stronger.

Tanja Fajon (S&D). – Mr President, I have really tried to understand President Juncker's approach today, but I have to say that I have difficulties. I am not sure if it is the right one.

You have spoken about five scenarios, Mr Juncker, and you are actually referring the decision to the national capitals. I know that the Commission does not have the power to discuss levels of integration but I think that, more than ever, we need clear leadership, with vision and concrete proposals. I agree with you that we need a sincere, open dialogue with our citizens and collective motivation but, again, I hope that the way you choose today is the right one.

My strong vision is like yours: to have a Europe that is not divided; to have an open and modern Europe, peaceful and with real security and wellbeing for everyone.

One thing I would like to say is that the biggest priority for Socialists and Democrats is the asylum system, with genuine reform of the Dublin arrangements, and I do not see that as an absolute priority of this Commission. Also, when we speak about immigration, we need a system truly based on solidarity. We have to go back to a fully restored Schengen and not have border controls: there are no grounds for having them introduced.

Viviane Reding (PPE). – Monsieur le Président, je crois qu'il faut choisir notre voie, et au plus vite. Je suis d'accord avec ceux qui disent que discuter, discuter, discuter... ne mène à rien. Il faut agir, et puis l'Europe à la carte, cela suffit!

Le sursaut dont l'Europe a besoin ne peut venir que d'un noyau de pays européens prêts à aller de l'avant vers une Europe de la sécurité, mais avec des instruments communs, vers une Europe de la paix, avec des capacités de défense commune et un véritable ministre des affaires étrangères, vers une Europe de la prospérité, avec un budget digne de ce nom pour investir dans la jeunesse, dans le progrès social et dans les infrastructures numériques et énergétiques, vers une Europe de la liberté, avec la conditionnalité des Fonds européens au respect du droit et des valeurs de l'Union, et vers une Europe de la démocratie, avec un président directement élu et un Conseil des ministres statuant à la majorité simple.

Pour relever ces défis, nous devons reformer l'Europe autour de ceux qui ont de l'ambition pour notre Union. Alors, réformons l'Europe avec des actions communes et concrètes. La souveraineté des générations futures, leur capacité à décider de leurs propres règles et à maîtriser leur propre destin en dépend.

Roberto Gualtieri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ciascuno dei primi quattro scenari che Lei ha indicato – signor Presidente – contiene elementi di verità.

La dinamica incrementale innescata dal trattato di Lisbona non va sottovalutata, il mercato interno resta la nostra leva più potente, l'integrazione differenziata è uno strumento fondamentale che già esiste, e sussidiarietà e proporzionalità sono principi che si possono e si devono implementare meglio. Tuttavia, è evidente che solo facendo di più e insieme in alcune aree fondamentali, potremo affrontare le sfide che abbiamo dinanzi a noi.

In particolare, è evidente che occorre completare l'Unione economica e monetaria, se vogliamo renderla sostenibile e fattore di crescita. Per chi condivide la stessa moneta, ridurre la disoccupazione non è un optional ma una necessità, altrimenti vincerà chi pensa che occorre recuperare sovranità monetaria e svalutare. Il Parlamento ha mostrato che è possibile farlo sulla base dei trattati esistenti e conservando l'unità del quadro giuridico dell'Unione e ha proposto di realizzare uno scambio tra convergenza rafforzata delle politiche economiche e costruzione di una capacità fiscale per sostenere gli investimenti e assorbire gli shock.

Capiamo che il momento politico ha consigliato di rinviare questa discussione, ma essa non può essere lasciata cadere e il Parlamento europeo farà sentire forte la sua voce.

Victor Boştinaru (S&D). – Domnule preşedinte, vorbesc în numele delegaţiilor social-democrate ale statelor deja vechi „noi membre” ale Uniunii Europene.

Evaluarea Comisiei, chiar dacă poate fi tehnic corectă, mă îngrijorează. Responsabilitatea primordială a Comisiei e aceea de a asigura leadership şi direcţia evoluţiei Uniunii Europene, nu aceea de a fi un think-tank. Într-unul din cele mai dramatice momente ale Uniunii Europene reafirmarea solidarităţii între toate statele membre reprezintă un imperativ. Da, solidaritate, inclusiv prin prezervarea unei politici de coeziune solide.

Noi ne opunem ideii unei Europe cu două sau mai multe viteze, care este periculoasă, iar momentul ales pentru prezentarea ei este cel mai nepotrivit cu putință. Această propunere nu poate decât să genereze noi diviziuni, îngrijorare, frustrări și chiar umilință, inclusiv în societăți profund convinse de importanța proiectului european și dispuse să coopereze loial și în toate formele pentru consolidarea Uniunii Europene, așa cum este cea din țara mea.

Așa că, domnule președinte, nu vă asumați această direcție de acțiune. Ea nu poate decât să creeze noi disensiuni și tensiuni între statele membre și va avea cu siguranță un impact negativ asupra alegerilor europene din 2019 care ar putea să devină o amenințare pentru proiectul european.

Procedura «catch-the-eye»

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, rozhodně tato bílá kniha jako analýza možných scénářů je lepší než zpráva o reformě institucí, kterou jsme nedávno přijali. Konečně nabízí scénáře, které jsou realistické. Nenalhávejme občanům, že zajistíme to, co zajistit nemůžeme, protože Evropská unie k některým věcem nemá kompetence.

Evropská unie samotná přece nemůže zajistit pracovní místa pro všechny, nemůže zajistit bydlení pro všechny, dát garanci za péči o bydlení pro všechny děti a mladé lidi. Evropská unie nemůže přijmout všechny uprchlíky, kteří chtějí bezpečný život.

Občané Evropské unie velmi dobře rozumí tomu, že Evropská unie všechno toto zajistit prostě nemůže. Ale očekávají, že Evropská unie prostřednictvím svých institucí a prostřednictvím vlád národních států bude dělat to, co dělat musí a co vyplývá ze závazků, které jednotlivé státy přijaly. To znamená, že Evropská unie musí zajistit fungování volného pohybu osob, služeb, zboží a v situaci ohrožení bude chránit bezpečnost svých občanů a bude reagovat na to, aby byla připravena na ochranu svých vnějších hranic.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie Presidente Juncker per aver voluto presentare qui in Parlamento europeo il Libro Bianco sul futuro dell'Europa.

Penso che questo Libro bianco possa aiutare a far sì che il vertice di Roma non sia solo un'occasione celebrativa dei sessant'anni, ma anche una riunione nella quale si parli veramente del rilancio dell'Europa. Ha detto bene Presidente Juncker, va posto fine alle continue critiche all'Unione europea. È tempo di rilanciare l'Europa unita a 27, fare di più e farlo tutti insieme, perseguendo l'idea di un'Europa a grande velocità e non a due velocità. È questo l'unico scenario possibile per un'Unione possibile, lo scenario migliore per il futuro dell'Europa.

A questo Libro bianco sul futuro dell'Unione dovranno seguire relazioni sulle singole questioni: la zona euro, il pilastro sociale, il bilancio comunitario, la lotta al cambiamento climatico, il patto di stabilità e crescita, la politica estera e di sicurezza, relazioni da adattare al tipo di integrazione che dovrebbe essere poi fatta propria dagli Stati membri. Insomma, spero davvero – Presidente Juncker – che il Libro bianco da Lei presentato sul futuro dell'Unione possa rappresentare il certificato di nascita dell'Europa a 27.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, αφού ο παλιός πολιτικός κόσμος της Ευρώπης απέτυχε, αφού γέμισε την Ευρώπη με εκατομμύρια φτωχούς, αφού γέμισε την Ευρώπη με στρατιές ανέργων, αφού τα έκανε θάλασσα, τώρα ρίχνει λευκή πετσέτα, εγκαταλείπει, κι όχι μόνο αυτό, αλλά ρίχνει τα βάρη στους ίδιους τους ευρωπαϊκούς λαούς.

Τώρα θυμήθηκε τους ευρωπαϊκούς λαούς ο κύριος Juncker και ζητάει την άποψή τους, τους ευρωπαϊκούς λαούς που συνεχώς επιμένουν ότι πρέπει να σταματήσει η λιτότητα, πρέπει να υπάρξει δίκαιη κατανομή του πλούτου που παράγεται στην Ευρώπη, τους ευρωπαϊκούς λαούς που ζητούν τη διαγραφή του χρέους γιατί η Ευρώπη έχει μετατραπεί σε μια Ευρώπη δανειστών, σε μια Ευρώπη όπου ορισμένα κράτη είναι οφειλέτες και ορισμένα άλλα κράτη είναι δίδεν δανειστές, τους ευρωπαϊκούς λαούς που ζητούν το σεβασμό της δημοκρατίας, την οποία δεν σέβεται η τρόικα στην Ελλάδα και σε άλλες χώρες. Ζητούν το σεβασμό της εθνικής κυριαρχίας, ζητούν το σεβασμό πολλών πραγμάτων, ζητούν το σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Αυτά, λοιπόν, έχασε ο κύριος Juncker να μας πει. Αυτή, λοιπόν, είναι η απάντησή του; Οι λαοί απαιτούν αλλαγή στην Ευρώπη.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, este Livro Branco sobre o futuro da União Europeia parte de premissas erradas, parte de um diagnóstico errado da atual situação, que ignora as raízes da crise e do progressivo afastamento das populações face a este processo de integração.

Hoje, camadas cada vez mais amplas da população e dos trabalhadores veem na União Europeia um problema e uma ameaça aos seus rendimentos e aos seus direitos. E este pensamento não decorre de nenhuma avaliação subjetiva – decorre da aplicação concreta das políticas da União Europeia, que impuseram aos povos da Europa os cortes salariais, os aumentos de impostos, as privatizações e a degradação das funções sociais do Estado.

Ao mesmo tempo, esta mesma Europa favorece os grandes grupos económicos, com políticas à medida dos seus interesses. Aqui reside a causa do euroceticismo, mas também as razões da estagnação económica e do crescimento das desigualdades sociais. Sem reconhecer esta realidade, não haverá Livro Branco que possa resolver os problemas da Europa.

Krisztina Morvai (NI). – Köszönöm szépen kedves Tajani elnök úr, nem azért fogok önről szépeket mondani mert szót adott, de azt is köszönöm, de ezt már előre elterveztem, hogy szépet fogok mondani, ugyanis remek volt az önnel készült interjú a német sajtóban a migrációval kapcsolatban. Remélem Juncker úr is olvasta, mert ő ugye él-hal azért, hogy az európai embereknek a gondolatait, szemléletét megismerje, hát most a migrációval kapcsolatban megismerhette, Tajani úr ugyanis pontosan azt közvetítette, amit a humánusan gondolkodó európai emberek a menekültkérdésről és a bevándorlásról gondolnak.

Két pillér, az egyik, hogy gyökerében kell a problémát kezelni, tehát mondjuk Afrikában, meg a nyomorúságos szegény országokban, a gazdaság stabilizálását kell elérni. A másik pedig, hogy akik viszont menekülnek, háborúból vagy egyéb közvetlen veszélyből, őket a lakóhelyükhöz minél közelebb, a saját földrészükhöz kell lehetőség szerint biztonságba helyezni, normális emberi körülmények között, orvosi ellátással, gyógyszerekhez hozzáféréssel, satöbbi.

Rögtön tudtam, hogy ezen ki fognak készülni egyes képviselőtársaim. Kérdezem önöket, miért ilyen hisztérikusan reagálnak, miért beszélnek itt koncentrációs táborról, miért akarják önök mindenáron a sokmilliósv bevándorlást rákényszeríteni Európára? Ha tényleg biztonságot akarnak ezeknek a nyomorult embereknek, akkor miért nem hiszik el, hogy ez a jó megoldás, amit Tajani mondott?

(*Fine della procedura «catch-the-eye»*)

Jean-Claude Juncker, Président de la Commission. – Monsieur le Président, je dois dire que les débats se suivent et se ressemblent. Les débats au Parlement européen ont ceci de particulier qu'on n'écoute pas ceux qui ont parlé, mais qu'on lit le texte qu'on avait préparé. C'est cela un débat? C'est le contraire. Je ne vais donc pas me répéter, parce qu'on ne m'écouterait pas une deuxième fois. Vous lirez, c'est peut-être plus facile que d'écouter.

À ceux qui pensent que la Commission a mal choisi son sujet, je répondrai simplement qu'en Europe, il ne faut jamais essayer d'innover. Trop nombreux sont les classiques, les traditionnalistes, les réactionnaires et les conservateurs qui n'acceptent pas qu'on change de méthode.

On a critiqué la méthode qui fut, celle qui consistait en des propositions de la Commission parfois réfléchies mais jamais discutées avec le grand public. Maintenant, la Commission propose autre chose: nous soumettons à la méditation de tous, y compris de cette assemblée, différents scénarii, qui ne trouvent pas tous mon approbation – vous avez bien senti que, parmi les options que nous présentons, il y en a une qui me plaît beaucoup plus que les quatre autres.

Mais si nous n'en présentions qu'une, nous tuerions le débat. On crie sur tous les toits d'Europe qu'il faut débattre, qu'il faut que nous retrouvions le chemin vers nos concitoyens, nos électeurs – qui sont des citoyens et pas seulement des électeurs – et lorsqu'on le fait, on le critique. Mais «merde!», dirais-je si on n'était pas au Parlement européen. Que voulez-vous que nous fassions?

Le groupe socialiste – et mon ami Gianni qui n'est plus là, alors que normalement il est présent – critique la Commission pour ne pas avoir dit quelle option aurait sa préférence. Alors, je voudrais tout de même, en toute amitié, que le groupe socialiste, d'ici quinze jours, en identifiant ceux qui sont pour l'option 1, 2, 3, 4 ou 5, me fasse parvenir son opinion sur la question. N'oubliez pas de parler aux Premiers ministres socialistes, ne l'oubliez surtout pas. Vous n'êtes pas Premiers ministres, malheureusement pour vos pays, mais ils le sont et pensent le contraire de ce que vous dites.

Le Président. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

José Blanco López (S&D), por escrito. – Es preocupante la falta de impulso al proyecto europeo que percibimos en la Comisión y sobre todo en el Consejo. Llegamos al aniversario del Tratado de Roma con una falta notable de ambición y de perspectiva y, sobre todo, de soluciones a los problemas reales de los ciudadanos europeos. Al frente de la Unión se debe trabajar con ambición, concreción y determinación. Los gobiernos de los Estados miembros no demuestran voluntad colectiva de reconstruir el consenso, principal motor de la Unión. Es especialmente importante consolidar ese consenso político europeísta para mantener viable el proyecto europeo, tras el *brexít* y la tensión con los nacionalistas/populistas. La Comisión debe seguir marcando el camino del proceso. El libro blanco sobre el futuro de la UE es un ejercicio de prospectiva insuficiente para ver claramente qué futuro tiene Europa y si merece la pena seguir confiando en él. Los ciudadanos esperamos soluciones que requieren acción y coraje. El libro blanco no necesariamente las recoge, es un mapa de opciones teóricas. En nuestra opinión, la Comisión debería haber establecido un diagnóstico sobre lo que no funciona en la UE y los Estados miembros mostrar una clara voluntad política para avanzar hacia una Europa más fuerte.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), por escrito. – Nos preocupa la falta de impulso al proyecto europeo que percibimos en la Comisión y sobre todo en el Consejo. Llegamos al aniversario del Tratado de Roma con una falta notable de ambición y de perspectiva, y sobre todo de falta de soluciones a los problemas reales de los ciudadanos europeos. Al frente de la Unión se debe trabajar con ambición, concreción y determinación. Los gobiernos de los Estados miembros no demuestran voluntad colectiva de reconstruir el consenso, principal motor de la Unión. Es especialmente importante consolidar ese consenso político europeísta para mantener viable el proyecto europeo, tras el *brexít* y la tensión con los nacionalistas/populistas. La Comisión debe seguir marcando el camino del proceso. El libro blanco sobre el futuro de la UE es un ejercicio de prospectiva insuficiente para ver claramente qué futuro tiene Europa y si merece la pena seguir confiando en él. Los ciudadanos esperamos soluciones que requieren acción y coraje. El libro blanco no necesariamente las recoge, es un mapa de opciones teóricas. En nuestra opinión la Comisión debería haber establecido un diagnóstico sobre lo que no funciona en la UE, y los Estados miembros mostrar una clara voluntad política para avanzar hacia una Europa más fuerte.

Lorenzo Cesa (PPE), per iscritto. – La Commissione europea guardiana dei Trattati, ci pone davanti uno scenario con cinque ipotesi possibili per il futuro dell'Europa. Adesso tocca al Parlamento europeo, come espressione della volontà dei cittadini, aprire una discussione sulla base di queste ipotesi, per trovare una risposta alle sfide che la nostra Unione affronta. Dalle nostre discussioni, dovrà scaturire l'Europa che vogliamo.

La direzione ormai più auspicabile da prendere è quella di una Europa a più velocità, una Europa differenziata che avanzi rapidamente e in maniera efficace coinvolgendo gli Stati che chiedono maggior integrazione. Questa soluzione ha una sua logica a sé stante, le sfide sono tante e l'Europa unita, in quanto prima potenza economica del mondo, ha una responsabilità a livello internazionale che non può ignorare. Dobbiamo evitare però di lasciare indietro qualcuno, ricordando i nostri valori: Europa significa principalmente solidarietà.

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich befürworte das Vorgehen des Kommissionspräsidenten und seinen gewählten Ansatz. Das Weißbuch stellt die richtige Grundlage für eine breite Debatte dar, die wir in den kommenden Monaten führen müssen – und zwar unter Einbeziehung aller Beteiligten: der europäischen Institutionen, der nationalen Parlamente, der Regionen und Kommunen und der gesamte Zivilgesellschaft. Die fünf möglichen Szenarien skizzieren verschiedene Optionen, wo die Union in Zukunft stehen könnte. Für mich ist klar: Europa muss sich bewusst sein, dass es nur als geeintes Europa nicht in der Bedeutungslosigkeit versinkt; was aber nicht heißen kann, dass jeglicher nationaler und kultureller Unterschied nivelliert werden muss. Insofern gilt das Leitmotiv von Juncker unverändert: Europa muss stark in den großen Dingen sein und sich in den kleinen Dingen zurücknehmen.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Nos preocupa la falta de impulso al proyecto europeo que percibimos en la Comisión y sobre todo en el Consejo. Llegamos al aniversario del Tratado de Roma con una falta notable de ambición y de soluciones a los problemas reales de los ciudadanos europeos.

Al frente de la Unión se debe trabajar con ambición, concreción y determinación. Los gobiernos de los Estados miembros no demuestran voluntad colectiva de reconstruir el consenso, principal motor de la Unión. Es especialmente importante consolidar ese consenso político europeísta para mantener viable el proyecto europeo tras el *brexit* y la tensión con los nacionalistas/populistas.

La Comisión debe marcar el camino del proceso. El Libro Blanco sobre el futuro de la UE es un ejercicio de prospectiva insuficiente para ver claramente qué futuro tiene Europa y si merece la pena seguir confiando en él. Los ciudadanos esperamos soluciones que requieren acción y coraje. El Libro Blanco no necesariamente las recoge, es un mapa de opciones teóricas.

En nuestra opinión, la Comisión debería haber establecido un diagnóstico sobre lo que no funciona en la UE y haber ofrecido soluciones concretas.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – Nos preocupa la falta de impulso al proyecto europeo que percibimos en la Comisión y sobre todo en el Consejo. Llegamos al aniversario del Tratado de Roma con una falta notable de ambición y de perspectiva, y sobre todo de falta de soluciones a los problemas reales de los ciudadanos europeos. Al frente de la Unión se debe trabajar con ambición, concreción y determinación. Los gobiernos de los Estados miembros no demuestran voluntad colectiva de reconstruir el consenso, principal motor de la Unión. Es especialmente importante consolidar ese consenso político europeísta para mantener viable el proyecto europeo, tras el *brexit* y la tensión con los nacionalistas/populistas. La Comisión debe seguir marcando el camino del proceso. El libro blanco sobre el futuro de la UE es un ejercicio de prospectiva insuficiente para ver claramente qué futuro tiene Europa y si merece la pena seguir confiando en él. Los ciudadanos esperamos soluciones que requieren acción y coraje. El libro blanco no necesariamente las recoge, es un mapa de opciones teóricas. En nuestra opinión la Comisión debería haber establecido un diagnóstico sobre lo que no funciona en la UE, y los Estados miembros mostrar una clara voluntad política para avanzar hacia una Europa más fuerte.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Heute wurde von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ein Weißbuch mit fünf Szenarien für die Zukunft der Europäischen Union präsentiert, in welchem Wege zur Wahrung der Einheit der EU-27 aufgezeigt werden sollen. Drei der beschriebenen Wege bzw. Szenarien würden einem Realitätstest unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen wohl kaum standhalten, während zwei davon einer näheren Betrachtung bedürfen: Das erste Szenario, mit dem Namen „Those who want more do more“, skizziert ein Europa der Willigen, welche in bestimmten Politikbereichen verstärkt zusammenarbeiten, um gemeinsam schneller voranzuschreiten. Eine Vorgehensweise, die auch heute schon durch das im Vertrag von Lissabon vorgesehene Instrument der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ möglich ist. Im zweiten Szenario, mit dem Namen „Doing less more efficiently“, fokussiert die Europäische Union ihre Ressourcen auf eine ausgewählte Anzahl von „großen“, d. h. bedeutenden Themenfeldern und überlässt andere den Mitgliedstaaten. Eines dieser Themenfelder könnte beispielsweise eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik darstellen. Abschließend lässt sich festhalten, dass dieses Weißbuch und die Aussprache über die Zukunft der Europäischen Union zwar wichtig und aufgrund der ergebnisoffenen Herangehensweise auch erfreulich ist, jedoch reichlich spät kommt. Taktische Überlegungen in Bezug auf das anstehende Wahljahr 2017 dürften ein wesentlicher Grund für diese Aussprache sein.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), *kirjallinen*. – Nähdäkseni meillä on tasan yksi järkevä vaihtoehto: EU:n ja yhteistyön vahvistaminen. Maailmanpolitiikka on epästabiilissa tilassa, eikä Euroopan todellakaan kannata nyt ryhtyä itse heikentämään itseään.

Eurooppalaiset populistit ovat väläyttelleet mahdollisuutta kaventaa eurooppalaista yhteistyötä niin, että ainoastaan sisämarkkinat jätettäisiin ja poliittinen yhteistyö karsittaisiin pois. Näin ei missään tapauksessa pidä tehdä – ei, vaikka pelkäisi populistien menestyvän kansallisissa vaaleissa. Jos EU:sta riisutaan politiikka, jää käteen vain rahan etu. Silloin esimerkiksi ihmisten ja ympäristön hyvinvointi, kuluttajansuoja, työnteekijöiden suoja, veronkiertoa vastaan taistelu ja muut erittäin tärkeät asiat jäisivät pois.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Nos preocupa la falta de impulso al proyecto europeo que percibimos en la Comisión y en el Consejo. Llegamos al aniversario del Tratado de Roma con una falta notable de ambición y de perspectiva, y sobre todo de falta de soluciones a los problemas reales de los ciudadanos europeos. Al frente de la Unión se debe trabajar con ambición, concreción y determinación. Los gobiernos de los Estados miembros no demuestran voluntad colectiva de reconstruir el consenso, principal motor de la Unión. Es especialmente importante consolidar ese consenso político europeísta para mantener viable el proyecto europeo, tras el *brexit* y la tensión con los nacionalistas/populistas. La Comisión debe seguir marcando el camino del proceso. El libro blanco sobre el futuro de la UE es un ejercicio de prospectiva insuficiente para ver claramente qué futuro tiene Europa y si merece la pena seguir confiando en él. Los ciudadanos esperamos soluciones que requieran acción y coraje. El libro blanco no necesariamente las recoge, es un mapa de opciones teóricas. En nuestra opinión la Comisión debería haber establecido un diagnóstico sobre lo que no funciona en la UE, y los Estados miembros mostrar una clara voluntad política para avanzar hacia una Europa más fuerte.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Prin propunerile Comisiei Europene pentru viitorul UE, cuprinse într-un document numit „Carta Albă”, se va decide până la sfârșitul anului asupra viitoarei direcții a Uniunii. Cele cinci scenarii de lucru nu sunt exhaustive și nici nu se exclud unul pe altul și consider că documentul nu propune o Europă cu două viteze, deoarece fiecare stat membru are posibilitatea de a se integra sau nu.

Această viitoare Cartă Albă va încerca să introducă niște reguli noi la care statul membru poate adera sau nu, intrând astfel într-o categorie sau alta. De exemplu, referitor la fondul de securitate constituit după criză, fiecare stat membru a avut posibilitatea de a adera, acesta fiind și cazul României.

Consider că această Carte Albă va propune un mecanism de aderare similar. Și, nu în ultimul rând, Uniunea Europeană funcționează cu o nouă procedură pentru votul cu majoritate calificată, iar aproximativ 80% din întreaga legislație a UE este adoptată prin această procedură. Acest lucru limitează posibilitatea formării unei despărțiri nete, în două categorii, a statelor membre.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Euroalue on ollut erilaisten talouskriisien kourissa pian puolet siitä ajasta, jona euro on ollut käytössä. Nykyisenlainen kompromissieuro on osoittautunut kestävämmäksi kokeiluksi. Asia tehtiin selväksi jo viiden presidentin kertomuksessa. Siinä suosittelut muutokset olivat suurisuuntaisia ja toistaiseksi voimassa oleviin EU:n perussopimukseen verrattuna radikaaleja. Lähtökohta, että jos euro ei voi mukautua erilaisten euromaiden tarpeisiin, on jäsenmaiden mukauduttava euron edellytyksiin, edustaa sanelupolitiikkaa, jota toteutetaan euromaiden kansalaisten hyvinvoinnin kustannuksella.

Parlamentti on viime aikoina saanut eteensä vain vaihtoehtoja liittovaltioon etenemisen edistämiseksi. Ota tai jätä -valintatilanne johtaa skenaarioon 1. Se ei ole vahvistanut Eurooppaa, kuten on todettu. Valitettavasti integraation syventämisenkään ei ole tehnyt Eurooppaa vahvemmaksi, vaan integraation syventäminen talouden kustannuksella on aika ajoittunut mieleen Neuvostoliiton. Eurooppa on vahva vain, jos sen talous on vahva. Mahdollisesti joidenkin jäsenmaiden voi olla tarpeen itse vahvistaa talouttaan euroeron avulla. Markkinoiden häiriöttömän toiminnan, talouskasvun ja työllisyyden varmistamiseksi on tärkeää luoda viralliset väylät eurosta eroamiselle niille, jotka siihen vaihtoehtoon päätyvät. Vain siten voidaan taata markkinoiden nopea rauhoittuminen ja eurooppalaisten hyvinvointi.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – It might make sense to open the discussion about the future of Europe with a discussion about its past, its history. Frequently I get the feeling, in this Parliament and elsewhere, that such discussions too often take exclusively an ideological perspective – that of pilgrims intent on reaching the new Jerusalem. Moreover they get bound to technocratic approaches that are grounded in neo-liberalism. Even the social dimension, when it is included, gets relegated to a policy chapter, calibrated in positivist terms.

Perhaps what we need is a self-critical, historical review of what the European project has been, set in a framework of the realities of European history since the French Revolution. Perhaps what we need is an acknowledgement and examination of the failures as well as the achievements of the European project over the last sixty years – seen not in contingent terms but as strategic responses undertaken in historical time. These need to be reinforced if their outcome was good for the European peoples, and reversed where they have been mistaken. Decisions about the future of Europe must be built on an honest, critical assessment of our recent past. Unfortunately, this terrain has been abandoned to populists and demagogues.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európska únia stojí po tzv. brexite na križovatke a musíme sa rozhodnúť, akou cestou sa vydáme. Z hľadiska záujmov Slovenska je pre nás nepripustný každý variant, ktorý ráta s dvojrýchlostnou Európou, ale aj taký, ktorý predpokladá federalizáciu Európskej únie. Žiaden z predložených variantov nie je konečný. Európska únia by sa v budúcnosti mala sústrediť na pozitívnu agendu, ktorá prináša občanom a firmám konkrétne výsledky. Príkladom je energetická únia a jednotný digitálny trh. Mala by sa tiež prehlbovať integrácia spoločného trhu a posilniť mechanizmus dodržiavania pravidiel v rámci eurozóny. Európa tiež potrebuje spoločne čeliť súčasným výzvam, ako je masová migrácia, bezpečnostné riziká vyplývajúce z terorizmu a ruskej rozpínavosti a hrozba globálnych obchodných vojen. Na to potrebujeme účinné a efektívne nástroje v podobe úradov, ako je európska pohraničná a pobrežná stráž a, samozrejme, konsenzus v otázkach zahraničnej a obchodnej politiky. Naopak Európska komisia aj Parlament by mali celkom opustiť pole kultúrnych a etických otázok a nič neriešiacich vyhlásení a rezolúcií k rôznym podružným témam. Osobne sa prikláňam ku kombinácii variantov číslo jedna a štyri. Otvára možnosť pre širokú celospoločenskú diskusiu, ktorú akútne potrebujeme. Správne nastavenie priorít a ich dôsledné dodržiavanie môže Európsku úniu naštartovať a znížiť vnútorné trenia medzi jednotlivými členskými štátmi.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – „Quo vadis Europa celor 27?“, este întrebarea lansată astăzi de Președintele Comisiei în plenul reunit la Bruxelles.

Prezentând Carta albă despre viitorul UE, Președintele Juncker a trecut în revistă cinci scenarii posibile propuse dezbaterii publice: de la o Uniune cât mai profund integrată politic la varianta Europei cu două viteze, coșmarul statelor din estul continentului, și până la o Uniune minimală, redusă la statutul de zonă de comerț liber. Dezbaterea preconizată este mai mult decât necesară.

Cred că miza cea mai importantă este mobilizarea cetățenilor, motivarea lor pentru a participa la consolidarea noii UE, care, pentru întâia oară în istoria ei, își va vedea unul dintre membri plecând. Pentru a avea viitor, UE trebuie să recâștige încrederea cetățenilor ei, proiectul european trebuie să redevină generator de adevărate speranțe și chiar iubire.

Dintre cele cinci scenarii, eu cred în materializarea celui de-al șaselea: Uniunea Europeană a cetățenilor ei. Aceasta este o uniune a regiunilor și comunităților. Reconstruită pe regiunile ei, UE va deveni mai eficientă și va fi capabilă să pună în valoare economiile locale. Prețuind sincer toate comunitățile sale naționale, etnice și lingvistice, Europa comunităților va pune cetățeanul cu adevărat în centrul reconstrucției sale.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

17. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 9. und 10. März 2017 (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on preparation of the European Council meeting of 9 and 10 March 2017 (2016/3019(RSP)).

Chris Agius, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, honourable Members, the 28 Heads of State or Government will be meeting in Brussels next Thursday, 9 March. On Friday, 27 leaders will discuss their own preparations. I know you had intensive discussions last month on the future of Europe, and I am aware of your contributions. Today, however, I will concentrate on what is expected to happen next week.

The discussions will focus on citizens' main concerns, namely growth, external security and migration. Let me take these subjects one by one. The emphasis will be, first and foremost, on economic issues with a number of important subjects featuring under the title Jobs, Growth and Competitiveness. Against the backdrop of the latest forecasts, leaders will have a political discussion on the economic situation in Europe. The outlook overall is positive. The European Council debate will certainly look at how best to use this positive momentum.

The leaders will also touch upon trade. This subject has come to the forefront lately, not least because of recent declarations on the subject by one of our transatlantic partners. It is therefore a good time for Europe to send a clear signal and reaffirm its belief in free and fair trade and the greater good that comes from sharing its benefits. I will take this occasion to thank you for giving your consent to the deal on the EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA). It was an important step forward for all of us, and it is crucial for the credibility of the Union.

The last element under this economic chapter is the single market. The leaders will look at efforts to deepen the single market in all its dimensions. Together, Parliament and Council have made good headway – most recently concerning the digital single market, with breakthrough agreements on roaming and portability. But a lot remains to be done and, if we are to meet the deadline we have set for ourselves of completing the single market by 2018, there is no time to lose.

The second item on the agenda will be external security and defence. This topic was already discussed last December, as leaders are determined that Europe needs to do more for its own security. A new momentum has developed: in March they will want to reinforce that message and ensure that the whole agenda moves forward as quickly as possible.

Another topic that leaders are following closely is migration. It was added to the agenda after discussions at the last informal meeting in Malta. The leaders want to review what has been done to implement the decisions taken in February and to keep the pressure high, so that efforts are pooled to tackle the Central Mediterranean route. With the start of spring around the corner, leaders want to avoid any repetition of the tragedies of last year. Of course, in parallel, work continues on all elements of the EU's comprehensive approach and we will maintain vigilance on other migratory routes.

There was also another outcome of the Malta summit. The leaders decided to have a political discussion in March on the Western Balkans. Signs coming from that region in recent months are increasingly worrying. Leaders want to dedicate time to discussing the situation in detail and to send a strong signal of EU commitment to the region.

Lastly, the European Council is expected to note the absence of consensus on the European Public Prosecutor's Office proposal, paving the way for reinforced cooperation on the issue.

Thank you very much for your attention. I am looking forward to this debate.

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, if you will allow, we would like to share this introduction from our side. Commissioner Avramopoulos will go deeper into the migration issue.

But first, we had a very interesting discussion just a little while ago about the future of Europe. It was quite a visionary discussion and next week's Council will not, hopefully, be as visionary because the purpose of next week's Council meeting is rather to concentrate on short-term delivery, which is very important from the point of view of our citizens. The first priority for the Commission next week will be to see the meeting of the leaders in the European Council take concrete steps forward to deliver on jobs, growth and competitiveness.

Unemployment is still too high across Europe, but it is now at its lowest level since 2009. We are moving in the right direction, but risk persists and we are not yet where we want to be. To continue our good progress, the Commission would like to see the European Council give its support next week to the swift extension of the European Fund for Strategic Investments (EFSI). This will allow us to keep investing across Europe in projects which stimulate economic growth and create jobs for Europeans. In one and a half years EFSI has already financed projects worth EUR 30 billion, and this is expected to trigger around EUR 170 billion in additional investments throughout Europe.

The European Council will also talk about trade policy, which is another important policy area from the point of view of job creation. We need more rule-based trade. We hope that the European Council will acknowledge the important vote in Parliament on the approval of our progressive trade agreement with Canada and I take this opportunity to praise you for this important decision. Even those in this House who voted against the Agreement with Mr Trudeau's Canada were quite impressed by his presence. So let me remind you of his words on this issue: 'We must choose to lead the international economy, not simply be subject to its whims'.

You know by now that this Commission does not believe naively in trade. This is why we want the European Council to give political impetus next week to our efforts to equip the Union with modernised tools to tackle unfair trade. When others step back from rule-based trade, the European Union must step forward and we have others, such as Japan, Mexico, Mercosur and India, willing to do likewise and make sure that the rules of the game are the rules which best serve and protect our citizens and our societies. Rule-based trade is the way to govern globalisation and that is why Europe must move on with this agenda.

I would now like to ask Commissioner Avramopoulos to continue on the other subject.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Madam President, the other topic which Heads of State and Government will need to discuss next week, as Mr Katainen said, is migration. Even if we make progress in the management of the migratory flows, the situation is still very fragile. We all need to be committed to implementing the agreed – I repeat, the agreed – measures and finding a way forward to complete the structural reforms. The credibility of our actions inside the Union, at our borders and in our migration management, is central to building mutual trust and to enabling us to act in a collective way.

Our comprehensive European agenda on migration contains elements of solidarity and responsibility. It demands that we take forward each element in parallel with the others. The success of one reinforces the others. In all areas we must both show solidarity and assume responsibility. Now is the moment to prove what we really mean whenever we make reference to this basic principle upon which Europe is built. And the more effectively we work with third-country partners on tackling the root causes of migration, the greater our capacity to ensure a fair and effective system of asylum and migration management here in the European Union.

March 2017 will be a month when many people look to Europe's past, and many people look to Europe's future. In the Commission, we will make sure that we also shape Europe's present.

Françoise Grossetête, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Président du Conseil, Monsieur le Vice-président de la Commission, Monsieur le Commissaire, ce débat s'inscrit véritablement dans la continuité du débat que nous avons eu précédemment sur l'avenir de l'Europe. De plus, il s'inscrit à un moment crucial et hautement symbolique puisque, en ce mois de mars, nous allons fêter les soixante ans du traité de Rome et nous devrions ouvrir aussi les négociations du Brexit, symbole des crises que doit affronter l'Union européenne.

Les tensions avec la Russie, le terrorisme, la guerre en Syrie, la crise économique, la crise migratoire, la nouvelle politique des États-Unis... Le monde vit sur un volcan qui, loin d'être éteint, peut à tout moment se réveiller. Face à ces menaces, l'Europe est un dernier îlot de stabilité qu'il est impératif de préserver. Pour cela, il nous faut mettre en œuvre une politique de défense commune, préalable indispensable à la protection de nos frontières et à la défense de nos valeurs dans le monde.

Pourtant, l'Union européenne apparaît à nos concitoyens de moins en moins comme une communauté, mais de plus en plus comme un assemblage d'égoïsmes nationaux. Il est grand temps de mettre les chefs d'État ou de gouvernement face à leurs responsabilités: veut-on poursuivre la construction de l'Europe ou la détricoter? Ce fut le sujet du débat précédent. À ce titre, je félicite la présidence maltaise qui ne ménage pas ses efforts pour pousser un agenda ambitieux. C'est le cas, par exemple, en ce qui concerne les investissements: Monsieur le Vice-président, vous avez parlé des efforts de l'EFSD, l'union des marchés des capitaux, tous ces investissements qui doivent nous permettre de soutenir l'industrie et l'innovation et de créer les emplois que nos citoyens réclament.

Je me réjouis aussi qu'un accord ait pu être trouvé en ce qui concerne le programme de soutien aux réformes structurelles 2017-2020. Ce programme doit maintenant être mis en œuvre le plus rapidement possible car, ne nous y trompons pas, la convergence de nos politiques économique, sociale, fiscale est indispensable au renforcement de la zone euro. À cette fin, il est urgent que des réformes de fond soient conduites dans de nombreux États membres, particulièrement en France. L'euro doit être un instrument de la puissance européenne, mais nous ne pourrions rien construire sans confiance et sans des bases économiques et sociales solides, au risque de voir notre maison commune s'effondrer sur ses fondations.

Alors que repli sur soi et protectionnisme semblent être devenus la règle depuis l'élection de Donald Trump, notamment, l'Europe doit continuer à porter, sans naïveté, un message d'ouverture. Notre continent peut faire du développement des échanges commerciaux un formidable atout économique.

L'Europe doit être au rendez-vous, le monde nous regarde. Le Parlement européen, au nom des citoyens, doit continuer à être la force motrice pour engager un sursaut européen. Ne nous laissons pas impressionner, l'histoire démontrera que nous avons raison.

President. – I know that there are indicators for blue cards, but I am following the advice of President Tajani and I will not accept blue cards because of time constraints.

Maria João Rodrigues, on behalf of the S&D Group. – Madam President, this debate shows that there is a connection between preparing for the European Council and the previous debate on scenarios for Europe. I can see that this European Council is trying to put into practice Scenario 5, namely working together to come up with better European solutions.

This is the case with regard to investment and to completing the single market with the digital and the energy union. This is also the case regarding the need to manage migration and to build up a real European asylum system. This is also the case regarding the trade agreement which was completed with Canada and which paves the way for a new generation of trade agreements, if some new concerns are introduced. This is also the case with regard to defence.

So on this European Council agenda you have many critical issues where we need to deliver better European solutions. Nevertheless, let me underline that when it comes to growth, we really want more of it because the current European Semester clearly shows that there is a limit to the growth strategy we are following in Europe. Up to now we been driven by exports. We have nothing against this, but we feel this is the right moment to bet on domestic demand, which means reducing social inequalities. This is the second source of growth in Europe which should be strengthened.

Then, if this is the case, all these outcomes of the European Council should pave the way for a good declaration at the Rome Summit. Let me underline this: we should not just commemorate the 60th anniversary. We need to use the opportunity to pave the way for the future, which means having a declaration that highlights the importance of the European social pillar and of a real reform of the euro area to deliver upward economic and social convergence, as well the need to come up with a European defence strategy and to make Europe a central entity for cooperation at the level of good trade agreements and good strategic partnerships and support for the multilateral system. So these are the expectations for the Rome Declaration.

Geoffrey Van Orden, on behalf of the ECR Group. – Madam President, on economic issues businesses need regulatory certainty and economic stability if they are to grow. As the United Kingdom will undoubtedly be leaving the European Union in the next two years or so, and given the intensity and importance of the economic relationship between the UK and its continental neighbours, it is clearly in the interests of both the EU and the UK that the new strategic partnership, based on amicable and sensible arrangements, is agreed as quickly as possible. We start from a position of regulatory equivalence and mutual recognition of standards – maximum continuity and deep mutual market access will therefore be a great economic reassurance on both sides of the Channel.

In terms of internal security, it is clearly in the interests of all our nations that the opportunities for cooperation between our police, security and intelligence agencies is maximised. Many of the problems that have been identified following terrorist attacks in recent years concern the workings of security agencies within States, rather than between them. Bilateral and multilateral cooperation between countries has generally been good, and Europol has often played a useful role in this. The United Kingdom has highly effective and internationally respected security and intelligence capabilities. They have proved their value across Europe and beyond, and it is very much in the interest of the EU in particular, as well as the UK, that arrangements are put in place to ensure that these operational relationships are maintained in the years ahead.

On defence, while some transatlanticists here suggested EU defence ambitions are about reinforcing NATO, the reality is different. The ambition is for an autonomous military capability and just at the time when the democracies need to be standing together in solidarity, when that great transatlantic security bond of NATO should be revitalised, the EU is pursuing a separate agenda. This is dangerous. Some have suggested that the new US administration was anti-NATO and this underlined the need for some separate agenda. Nothing could be further from reality and the new American President has underlined yet again his strong support for NATO.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, in fact the three topics on the European Council's agenda – economy, security and what we call the political model – have to be in balance and I think that these three topics have to be a clear priority.

As far as the question of security is concerned, let us be honest. What has the European Union achieved in diplomatic terms in recent months and years? How strong and heavyweight a player have we been? I must say that it is not too optimistic and it is a matter of fact that you can hardly be a heavyweight diplomatic force without having defence and military capacity. That is the reality. That is also why we are not present in a number of important negotiations on critical conflict issues, which have had an impact on us, but which we have certain limits in influencing. So in this respect I do not agree with the previous speaker. It is a question of our credibility and I believe that a European defence is necessary to assert true security with goals, means and a strategy. It is crucial that together we pool our political will and capabilities.

On the second issue, economics and especially on trade, I agree with Vice-President Katainen that CETA has to be ratified. I also believe that we need necessary and finely-tuned defence mechanisms. But what I believe even more is that we, as a heavyweight in economic terms well beyond our demography, should use that. It is not just a question of negotiating with Japan and other countries at a time when we are at, shall we say, a standstill with the US. Why do we not have our own agenda that we impose on the Americans? Our negotiating position is already influenced by that. There will of course be limits to it and we will have to see.

Finally, on migration, this is not the end of it. The migration problem will still be with us for many years to come. I believe that we need a true migration policy that will provide all the incentives and the tools that we need, but at the same time will take into account our own interests and also the specifics of the individual Member States. So I expect that the European Council will deliver on this. To be honest, what the Presidency has told us today is not convincing. It is not an input into the political debate but has rather more technocratic elements.

Miguel Viegas, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, a União Europeia e o seu processo de integração estão numa crise profunda, mas é uma crise que não é conjuntural – decorre antes da sua matriz liberal e profundamente antidemocrática.

Perante esta crise, que é indisfarçável, o próximo Conselho irá naturalmente debruçar-se sobre as habituais soluções destinadas apenas a iludir a opinião pública.

Contudo, os povos da Europa não querem mais do mesmo, não querem mais um aprofundamento dos pilares da União Europeia militarista, liberal e federalista. Não querem mais uma fuga para a frente, que ignore por completo as causas reais da actual crise.

O Livro Branco sobre o futuro da Europa propõe cinco cenários. Para nós, falta um sexto, de rotura com este processo de integração neoliberal, uma rotura que abra as portas à construção de uma outra Europa, ao serviço das populações e dos trabalhadores, uma Europa de cooperação, sem o CETA, onde todos os povos sejam respeitados na sua soberania e no seu direito a decidir do seu próprio modelo de desenvolvimento.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, creo que somos conscientes del año difícilísimo que va atravesar el proyecto de integración, en una crisis ya muy profunda, y tengo que decir que la impresión es de una paralización preocupante de las instituciones. Y lo digo también por el Libro Blanco que se nos ha presentado hoy, por parte de la Comisión Europea, que es más un ejercicio prospectivo más digno de un *think tank* que de una institución como la Comisión Europea, de la que hubiéramos esperado que nos diera unos mensajes y un camino y una apuesta política más clara.

Este Libro Blanco parece confirmar, de alguna manera, lo que ya nos dejó entrever el señor Juncker en el último debate del Estado de la Unión: que la Comisión es cada vez más un secretariado del Consejo y cada vez tiene menos papel político, lo cual es muy preocupante.

Mire, necesitamos una dirección clara y es evidente que, en estos momentos, tenemos un bloqueo en el Consejo muy claro de determinadas direcciones que necesitamos tomar.

Pero sí esperamos de la Comisión que dé algunas direcciones claras: reforma de la eurozona, pilar social, democratización. Y ya que en el próximo Consejo van a hablar mucho de inmigración, reforma en el sistema de asilo y cambio en nuestras políticas en relación con el asilo y a la inmigración que hasta ahora han sido auténtico un desastre.

Steeve Briois, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, pendant que nos agriculteurs crèvent la bouche ouverte, la Commission européenne nous informe qu'elle détourne le Fonds européen agricole pour le développement rural afin de financer l'installation des migrants clandestins.

Vous devriez rougir de honte pour les 30 % d'agriculteurs français qui gagnent moins de 350 euros par mois. Déjà confrontés à la suppression des quotas laitiers ainsi qu'à la concurrence internationale déloyale, ils n'ont pas cette même chance de pouvoir bénéficier de la Commission, de leurs dirigeants, qui préfèrent, eux, négocier dans leur dos des traités de libre-échange comme l'AECG, qui – je vous le rappelle – signera l'arrêt de mort de notre agriculture.

Cette Union européenne-là était censée défendre la sécurité, la prospérité et le pouvoir d'achat. Or, cette Union européenne-là fait totalement l'inverse, car les peuples européens veulent tout simplement quitter cette Union européenne qui impose, à la schlague, les politiques d'austérité dans les États membres.

Espagne, Portugal et maintenant Italie: tous sont menacés de sanctions financières s'ils ne parviennent pas à réduire leur endettement. Au Royaume-Uni, ils ont dit «oui» au Brexit et, contrairement à ce que racontent les prétendus experts, l'économie britannique se porte bien mieux qu'ailleurs en Europe, avec une hausse des exportations ainsi qu'une baisse du chômage.

L'année 2017 portera le coup de grâce à cette Union européenne vacillante. Aux Pays-Bas, en France et en Allemagne, les peuples vous balayeront définitivement pour, enfin, construire une Europe des nations et des libertés.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Asszony, köszönöm szépen, az Európai Tanács jövő héten visszatér a munkahelyek, foglalkoztatás témájára, idézek a dokumentumból: „azért, hogy az Európai Unió polgárai élvezhessék a gazdasági jólétet és a virágzást”. Hát, finoman próbálok fogalmazni, azért nem ajánlanám, hogy az Európai Unió egyetlen illetékese is mondjuk egy kelet-magyarországi faluba elmenjen ezzel a szöveggel, mert hát elég temperamentumos nép vagyunk, vagy legalábbis előtte kössön valami komolyabb biztosítást.

Tehát nincs jólét kérem szépen, nincsen virágzás, hagyjuk abba ezt az álmodozást, és amit végre csinálni kellene tizenhárom éve, mondjuk a hazám esetében az Európai Unióba való belépés után, az az, hogy mutassunk föl számokat. Ezalatt a tizenhárom év alatt, meg előtte a csatlakozási folyamatban mennyi európai uniós pénz lett belepumpálva, – most párthovatartozásra tekintet nélkül mondom – a közép- és kelet-európai országokba, és nézzük meg, hogy a korrupció vagy mi más volt az oka annak, vagy pedig ezek a pénzek visszavándoroltak a kedves nyugati barátainkhoz és a különböző multinacionális cégekhez, vagy különben miért maradt el a polgárosodás, miért él annyi ember nyomorúságban, közmunkából vagy pedig összeszerelő műhelyekben, szalag mellett, teljes bizonytalanságban, minimális, alacsony, Nyugat-Európában elképzelhetetlen bérekért dolgozva?

Ezt kellene végre megnézni, nem a nagy szövegeket ismételgetni évről évre.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI*Wiceprzewodniczący*

Przewodniczący. – Bardzo proszę o nieprzekraczanie limitu czasu, w przeciwnym razie będę musiał odbierać głos.

Wzorem moich poprzedników informuję, że nie będę udzielał głosu w ramach „niebieskiej kartki”, mamy bowiem duże opóźnienie.

György Schöpflin (PPE). – Mr President, it seems to me that major issues have been raised this afternoon and these issues are customarily described as ‘the future of Europe’, but even more significant is the question: what kind of Europe should we be discussing? To my mind, it should be a Europe that is not merely acceptable to the citizens, but responds to their concerns, and in this connection let me ask, as Parliament’s rapporteur: what exactly is happening to the European Citizens’ Initiative? It is after all in the Treaty, in Article 11, and has achieved no success at all. It is a prime instrument for connecting citizens and Europe.

The President of the Commission, Mr Juncker, has rightly urged that we should stop Brussels-bashing; in exactly the same way we should stop Member State-bashing. We should be clear. A Europe based on mutual respect, on parity of esteem, is the Europe that works. It follows that the European political system has three components: Brussels, the citizens, and the Member States. They all have legitimate roles to play; they depend on each other. If these basic principles are not observed then the objectives of the March summit – growth, external security, migration – will be that much more difficult to attain.

Tanja Fajon (S&D). – V sklepih vrha sta dva odstavka, namenjena migracijam. Vam, spoštovani komisar, zaupam in podpiram vaša prizadevanja in če se vrnem k dogovoru z Malte – nujno je potrebno izvajati.

Izboljšati moramo predvsem humanitarne razmere v Libiji v tesnem sodelovanju z Mednarodno organizacijo za begunce in komisariatom Združenih narodov za begunce. Libija ne sme postati žep. Če tam izbruhne vojna, bomo priča novi humanitarni katastrofi. In nujno je sodelovanje z južnimi sosedi Libije. Naj v tem kontekstu pred vrhom omenim še zahodni Balkan. Ne smemo pozabiti na države ob zahodnobalkanski migrantski poti.

Nadaljevati je treba izgradnjo zmogljivosti, krepiti regionalno sodelovanje. Unija mora biti ključna igralka pri vzdrževanju krhke politične stabilnosti na zahodnem Balkanu. To je naša neposredna sosesčina, s številnimi izzivi, in zato je še toliko bolj pomembna pot vodje evropske diplomacije Federice Mogherini – kmalu – na zahodni Balkan.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Mr President, on energy union and Nord Stream II, I expect that, instead of meeting Gazprom envoys, the Commission will ensure EU jurisdiction over the project, publish analyses requested by the Council, including from DG Energy, and supports Ukraine and other CEE countries politically. By doing this, the Commission will bring credibility and solidarity back to the concept of energy union.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señor presidente, el próximo Consejo Europeo ahonda en los pecados originales, a pesar de ver cómo se desinfla este proyecto insolidario, esa Unión Europea de centro y periferia cuyo dogma neoliberal empobrece y desindustrializa, creando una Europa de desigualdad y precariedad.

Dicen que se centrarán en el empleo, en el crecimiento y en la competitividad. Ya lo conocemos. ¿Empleo? Precario, para trabajadores pobres. Y crecimiento y competencia de las grandes empresas y de sus cuentas de resultados. No me acuerdo ya del plan de empleo juvenil o de esos planes de industrialización del principio de la legislatura.

Hablan de defensa europea y mienten, porque es una defensa supeditada a la OTAN, es decir, a los planes geopolíticos estadounidenses. Y hablan como si los refugiados fueran una catástrofe natural, y preparan deportaciones masivas y hasta detenciones de menores. Y luego hablan de Trump. Y, no contentos con subcontratar con la dictadura de Erdogan, pretenden subcontratar a un Estado fallido y destruido por la OTAN, como Libia. Siguen el camino de su fracaso.

Mario Borghesio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo sentito poche e generiche frasi da parte del rappresentante della Commissione sulla questione dell'immigrazione.

Io vorrei sapere qualcosa di preciso di quello che stiamo facendo con la Libia, perché è stata fortemente sottolineata l'importanza degli accordi con la Libia, ma poi non se n'è più saputo niente. In realtà, noi abbiamo, da una parte, un governo Sarraj che è nelle mani dei Fratelli Musulmani, cioè dei cartelli islamisti e, dall'altra, la povera Italia che non riesce a concludere niente con un paese di questo genere. Un conto è fare dei patti e reclamizzarli, magari attraverso i media europei molto compiacenti verso la Commissione, un conto, invece, è realizzare poi questi patti, dare concretezza a questa azione che dovrebbe anche tutelare sul piano umanitario.

Non sappiamo dove siano questi richiedenti asilo, non sappiamo come siano trattati, non sappiamo quale sia il ruolo di queste milizie, non sappiamo che cosa avvenga dai porti della Cirenaica che non sono certamente controllati dal regime di Sarraj. Questa è una situazione estremamente confusa, non chiara, sulla quale la Commissione europea rifiuta di dare risposte chiare e di dire la verità, noi vogliamo sapere la verità, cosa succede in Libia sull'immigrazione.

Tibor Szanyi (S&D). – Köszönöm szépen Elnök Úr, igen, *point of order* szeretnék tenni, napirendi kérdést vetnék föl. Én értem azt, hogy idő szűkével Tajani úr megtiltotta a kékkártyás lehetőségnek a használatát, ezt az alelnökök is követik, viszont ezt én megértem, de ez esetben teljesen elfogadhatatlannak tartom, hogy rendre az összes hozzászóló öt, tíz, húsz másodperccel, sőt harminc másodperccel meghaladhatja kereteit.

Én konkrétan azért jöttem ide, hogy ezt a vitát meghallgassam, és egyben kérdést szerettem volna föltenni néppárti képviselőknek, hogy ők hogyan viselik azt, hogy a szóvirágok mellett szótlánul tűrik, hogy Orbán Viktor ezrével és tízezzel ad ki vízumokat ellenőrizetlen embereknek ebben az Európán Unióban.

De hozzászöszem, hogy ez a lehetőségem most nincs meg, viszont szeretném Elnök Urat arra kérni, hogy vagy tartjuk az időket vagy nem.

President. – Mr Szanyi, the second part of your speech was not a point of order.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε πρόεδρε, στις 7 Φεβρουαρίου το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο έλαβε απόφαση να παραταθούν για τρεις ακόμη μήνες οι έλεγχοι στα εσωτερικά σύνορα της Γερμανίας, της Αυστρίας, της Δανίας, της Νορβηγίας και της Σουηδίας για να παρεμποδιστεί η είσοδος παράνομων μεταναστών στις χώρες αυτές. Με αυτή την απόφαση, όχι μόνο καταργείται στην πράξη η Συνθήκη Schengen, αλλά παράλληλα επισημοποιείται, θεσμοθετείται θα έλεγα, η αδικία και η διαφορετική μεταχείριση μεταξύ των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Κατά ποια λογική οι πέντε προαναφερθείσες χώρες κινδυνεύουν περισσότερο από τους παράνομους μετανάστες από ό,τι κινδυνεύει η Ιταλία και η Ελλάδα, οι οποίες είναι χώρες με εξωτερικά σύνορα, είναι χώρες εισόδου στην Ευρωπαϊκή Ένωση και σε αυτές συρρέουν εκατοντάδες χιλιάδες, αν όχι εκατομμύρια, παράνομοι μετανάστες και τούτο όχι για να εγκατασταθούν σε αυτές, αλλά διότι έχουν ωθηθεί να φτάσουν εκεί από την εσφαλμένη πολιτική ανοικτών συνόρων που έχουν εφαρμόσει και οι πέντε χώρες που προανέφερα. Άρα, λοιπόν, δεν είναι δυνατόν να δεχτούμε αυτή την πολιτική. Όταν το Συμβούλιο λαμβάνει τέτοιες αποφάσεις γι' αυτά τα θέματα, φανταστείτε με ποιο τρόπο θα λάβει αποφάσεις και για τα άλλα σοβαρά θέματα, όπως είναι η ανάπτυξη, η άμυνα και η ασφάλεια, η αντιμετώπιση της ανεργίας και γενικώς το μέλλον της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rat wird sich auch berichten lassen über Reformen und Reformbemühungen der Staaten des westlichen Balkans, und er wird feststellen: Es hat Fortschritte gegeben, und es ist noch viel zu tun. Aber das alleine reicht nicht mehr aus. Wir müssen uns sehr bemühen, weil der Weg doch lang und steinig ist, auch während dieser Veränderungsphase die Menschen in den Ländern zu erreichen.

Russland investiert im westlichen Balkan, China tut das, die Türkei tut das, Saudi-Arabien tut das, und die Menschen sehen die Moscheen und sehen die Leistungen, die dort gebracht werden. Und wir schaffen es nicht einmal, ein Emaillechild mit der europäischen Fahne an die Projekte zu nageln, die wir geschaffen haben. Stattdessen bieten wir dem einfachen Bäcker in Belgrad an, dass wir nun Kapitel 16 eröffnen. Kein Mensch in Belgrad – außer den Politikern – weiß, was Kapitel 16 ist. Wenn wir uns um die Menschen auf dem Balkan nicht mehr bemühen, werden die aufgrund der langen Zeit, die wir brauchen, irgendwann ein bisschen die Lust verlieren, auf dem Weg mitzulaufen.

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute eine große und wichtige Rede des Kommissionspräsidenten gehört, der endlich einmal eine Debatte eröffnet hat, statt ein Ziel vorzugeben und es ungeachtet aller Kritik zu verfolgen. Ich glaube, dass es wichtig ist – eine Chance für die Europäische Union –, die Kurskorrekturen vorzunehmen, die die Europäische Union vornehmen muss. Und deshalb liegt der Ball jetzt beim Rat. Der Rat sollte auf seinem nächsten Treffen genau diese Debatte eröffnen, sie in die Gesellschaft hineintragen, der Rat sollte darauf aufmerksam machen, dass Europa die unterschiedlichsten Möglichkeiten hat, sich zu entwickeln.

Es ist schon sehr bemerkenswert, wenn man sich die einzelnen Optionen anschaut, die der Kommissionspräsident vorgetragen hat, dass darunter auch die Option ist, zu sagen: Wir sollen künftig weniger machen, uns auf das Wichtige konzentrieren und das Wichtige sollen wir besser machen als zuvor. Denn das heißt doch aus dem Munde des Kommissionspräsidenten nichts anderes als dass sich die Europäische Union bislang verzettelt hat. Sie hat viel zu viel gemacht, sie hat Unwichtiges gemacht und sie hat das Wichtige nicht gut gemacht. Eine solch kritische Rede des Kommissionspräsidenten über seine eigene Arbeit, über die Arbeit dieser Kommission und die Arbeit dieses Hauses haben wir noch nie gehört. Es ist bemerkenswert, dass er sie gehalten hat, und am Rat ist es, mit derselben Ehrlichkeit zu den Bürgern Europas zu sprechen. Vielen Dank.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Unglaublich, was wir heute hier sowohl vom Rat wie von der Kommission hören! Man hat nichts erreicht. Die Umverteilung klappt nicht. Dublin klappt nicht. Schengen klappt nicht. Und stattdessen möchte man jetzt fünf Wege eines neuen Europas vorstellen, wo wir uns vielleicht etwas Neues raussuchen können. Werte Kolleginnen und Kollegen, können Sie sich nicht vorstellen, warum die Engländer die EU verlassen haben? Weil man nicht auf das Volk gehört hat. Weil sie Angst vor der Einwanderung, Angst vor der Immigration haben. Vor dem, was auf Europa zukommt. Machen Sie doch endlich mal eine Politik für die Völker Europas! Mangels dessen, dass es ein Volk Europas nicht gibt, sprechen Sie von Bürgerinnen und Bürgern und vergessen die Volkssouveränität. Denn wir als Abgeordnete sind zunächst einmal unserem Volk gegenüber verpflichtet, und dann Europa.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, señores del Consejo, señores de la Comisión, yo creo que hay una gran coincidencia en esta Cámara y en toda Europa sobre cuatro urgencias importantes: en inmigración; en pilar social; en crecimiento y empleo; y en defensa europea, sobre la que últimamente se habla mucho. Quiero centrarme en esta idea para señalar que, probablemente, estamos ante uno de los momentos más críticos para la defensa y la seguridad de Europa, pero también ante una extraordinaria oportunidad para construir este pilar de la Unión Europea en el que los padres fundadores pensaron ya.

Mi pregunta o mi cuestión es para decirles que... atención con la financiación de un nuevo esfuerzo en materia de seguridad, porque muy probablemente no estamos en condiciones de decir a los ciudadanos que hay que recortar presupuesto o política social para gastar en defensa.

Y creo que es el momento de hacer una defensa común, pero hay que hacerla con unos recursos propios que la propia Unión Europea construya al servicio de esta urgencia y de este objetivo.

Esta es una idea que hay que barajar, porque la defensa es necesaria, pero con fuentes y con recursos propios de la Unión Europea, no con el presupuesto de los Estados miembros.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, le Conseil européen se tiendra à un moment où nous ne saurons pas ce qu'auront fait les Britanniques. Alors, dans l'attente du dépôt des instruments de l'article 50, ce Conseil européen de printemps devra, comme vous l'avez dit, se préoccuper de la question de l'investissement.

Au-delà de l'ESF, je crois que pour l'Union européenne, ce dont nous avons aussi besoin aujourd'hui, c'est d'un investissement qui soit maintenu au service de l'investissement social et de la transition écologique dans laquelle l'Union européenne doit s'engager.

En outre, pour la première fois, ce Conseil européen aura à adopter une recommandation spécifique pour la zone euro. Selon moi, c'est une avancée absolument majeure lorsque l'on cherche à améliorer la coordination des politiques économiques au sein de cette zone. Cela doit devenir un outil régulier pour pouvoir piloter les politiques économiques des États membres de manière agrégée au service de l'investissement et de l'emploi, plutôt que d'un cycle d'austérité qui a trop duré au sein de l'Union européenne.

Lors de ce Conseil, vous parlerez du marché intérieur. S'agissant de l'union des marchés des capitaux, faisons attention à ce que ce projet soit recentré en fonction de la nouvelle donne liée aux débats du Brexit.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, teme na Vijeću sljedećeg tjedna zaista su važne, od izbora predsjednika za drugu polovinu mandata, ekonomskih pitanja, migracija i stanja na zapadnom Balkanu.

Dobro je da eurozona raste četrnaest kvartala za redom, nezaposlenost pada, a GDP jača u svim članicama, ali lijepim vijestima bi trebalo priključiti recimo dogovor o jačanju europskih sigurnosnih mehanizama. Trebamo ozbiljnu integraciju sigurnosne i obrambene politike. Nemogućnost Unije da građanima pruži sigurnost može ih trajno udaljiti od zajedničkih, a usmjeriti isključivo prema nacionalnim rješenjima.

Pozdravljam raspravu Vijeća o jačanju napetosti na zapadnom Balkanu. Stabilnost ove regije ovisi o rezultatu sučeljavanja dva procesa: napretku država na putu pridruživanja Europskoj uniji i procesa koji to ugrožavaju zbog interesa suprotnih vrijednostima eurointegracija. Naša podrška prvom procesu je ključna. Međutim, kakvu europsku perspektivu nudimo ovim zemljama? Na primjer, koncept Europe koncentričnih krugova ozbiljno bi ugrozio europsku perspektivu ne samo u zemljama kandidatima, nego i u novijim zemljama članicama.

Zgłoszenia z sali

Seán Kelly (PPE). – Go raibh maith agat, a Uachtaráin agus tá áthas orm cúpla focal a rá ar an ábhar so.

Looking at the discussion here this afternoon and the topics on the agenda, it is all very positive. We want to create trade, free and fair, complete the single market by 2018, further jobs and growth in the European Union, improve our competitiveness and extend the European Fund for Strategic Investments, which, as Mr Katainen, who has done so much work for it, pointed out, has spent EUR 30 billion generating EUR 170 billion in investment. That is a significant sum and obviously a very positive development.

But I would ask the question: what credit does the European Union get for all this good work? I would say, very little. So I think from now on we need to have, alongside everything we do, a communication strategy for our citizens, and also, as President Juncker pointed out, it is time to stop Brussels-bashing. I would say it is time to lash back at the Brussels-bashers. Lash back at the Brussels-bashers. That is very important as well.

Go raibh maith agat, a Uachtaráin.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, al prossimo Consiglio sarà necessario dare priorità alle politiche di occupazione, crescita e competitività, continuando sulla strada dei progressi compiuti finora.

È necessario rilanciare gli investimenti e proseguire le riforme strutturali per modernizzare le nostre economie. In questo quadro, solo politiche di bilancio responsabili, ma nettamente orientate alla crescita possono contribuire a porre l'attuale ripresa su una base più sostenibile e a promuovere la crescita e l'occupazione.

Ugualmente urgente è un piano comune in materia di difesa, assieme al rafforzamento dei legami con la NATO. In questo momento storico, con un'America improvvisamente divisa, uno sforzo economico rilevante degli Stati membri, ma non solo, verso una difesa comunitaria sarebbe il segno tangibile che gli ideali alla base dell'Unione sono ancora forti e condivisi.

Mi auguro che si dimostri altrettanta coesione nella discussione sulla rotta nel Mediterraneo, luogo in cui l'Italia impiega quotidianamente energie e risorse per far fronte ad un'emergenza che riguarda tutta l'Europa.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, dear colleagues, the meeting of the EU Council is an important occasion for EU leaders to address, firstly, the economic situation in Europe, trade policy, progress made on files related to the single market strategy, as well as the first phase of the 2017 European semester.

On migration, leaders will have to review what has been done to implement the decisions taken at the informal summit in Malta on 3 February concerning the central Mediterranean route. Priorities include training, equipping and supporting the Libyan National Coastguard and making further efforts to disrupt the business model of smugglers through enhanced operational action by involving Libya and relevant international partners. Moreover, the Council should assess the implementation of its December 2016 conclusions on external security and defence. In this regard it is clear that something new is necessary. In a challenging geopolitical environment, EU cooperation on external security and defence has to be strengthened. We really need a future defence union.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο της 9ης και 10ης Μαρτίου θα πρέπει να ασχοληθεί σοβαρά με το ζήτημα της μετανάστευσης. Αυτή τη στιγμή με βάση τα στοιχεία που έχει δώσει η ίδια η Επιτροπή, από την Ελλάδα έχουν γίνει μόνο 9.566 μετεγκαταστάσεις προσφύγων. Υποτίθεται ότι θα έπρεπε να έχουν γίνει και να ολοκληρωθούν μέχρι τον επόμενο Σεπτέμβριο 66.400 μετεγκαταστάσεις, δηλαδή μέχρι στιγμής έχει γίνει μόνο το 1/6 των μετεγκαταστάσεων. Η Γερμανία όφειλε να πάρει από την Ιταλία και την Ελλάδα με μετεγκατάσταση 25.094 άτομα. Έχει πάρει μόνο 2.442, δηλαδή ούτε το 10%. Επομένως, πρέπει να υπάρξει αποφασιστική ρύθμιση στο θέμα αυτό, πρέπει να υπάρξουν μέτρα κατά των κρατών που δεν εκτελούν τις μετεγκαταστάσεις και ταυτόχρονα, κύριε Αβραμόπουλε θα πρέπει να ληφθούν μέτρα, ούτως ώστε να υπάρξει αποσυμφόρηση των νησιών του Αιγαίου. Υπάρχουν 16.500 πρόσφυγες και παράνομοι μετανάστες που βρίσκονται σε Λέσβο, Χίο, Σάμο. Κάτι πρέπει να γίνει με την αποσυμφόρηση των νησιών του Αιγαίου.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, precisamos absolutamente de investir na segurança e defesa dos nossos cidadãos, mas isso só acontecerá se o fizermos coordenadamente, no quadro da política comum de segurança e defesa e de uma estratégia de segurança interna.

Mas, para isso, precisamos de mais recursos nacionais e de um orçamento europeu adequado. Se o Conselho Europeu se empenhar no combate à selva fiscal e ao branqueamento de capitais e financiamento do terrorismo, travando paraísos fiscais, *onshore* e *offshore*, então, os Estados-Membros poderão recuperar ativos substanciais para investir na nossa segurança e defesa. Um imposto sobre as transações financeiras seria um passo decisivo nesse sentido.

Quanto à tentativa imoral de externalizar as nossas responsabilidades na gestão das migrações e na proteção dos refugiados, através da criação de *hotspots* na Líbia, que ninguém conseguirá gerir num país destruído e sem governação, por falta de Europa, a menos que os governos europeus tenham a coragem de pedir um mandato internacional, invocando a legítima defesa, e tenham a coragem de pôr botas no terreno – muitas botas no terreno –, garantindo a segurança e a defesa de todos na Líbia e de todo o território líbio, e não só na zona marítima e costeira.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Mr President, there has been plenty of discussion this afternoon about the future and the past. The Commission must also live in the present. Since the Bratislava summit in September we have been working hard to deliver on a unifying set of priority issues.

Today President Juncker has again shown his commitment, and the commitment of the whole Commission, to delivery by presenting his White Paper in line with the promise made before this House in his State of the Union speech. Life goes on and our work goes on. The European Union is 60 years young. That means that we are old enough and wise enough not to get distracted from the task at hand today. We are also young enough, energetic enough and enthusiastic enough to make sure we deliver what we promise.

Next week's European Council must be about delivery. Delivery is the most important point on this issue. Europe needs to deliver on migration, deliver on jobs and prosperity, deliver on security, and deliver on all of its agreed priorities. The European Commission will continue to deliver.

Chris Agius, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, thank you for a useful exchange, which I will convey to the President of the European Council. Let me use these concluding remarks to underline the importance for the European Union, for all of us, of the two principles: responsibility and delivery.

The European Council, as is its prerogative, draws the way forward and provides strategic guidance. This is reflected in its conclusions in the form of objectives and deadlines. It is then our responsibility – the responsibility of both the Council and the Parliament – to work together to deliver on this guidance. With your help, with your ideas and with your energy, the Presidency has already been able to deliver on important tasks set by the European Council. I hope there will be many, many more. In the end, this is what matters to citizens, not institutional wins, but responsibility and delivery from the lawmakers. Thank you for your help in achieving that ambition.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

David McAllister (PPE), *schriftlich*. – Am 9. und 10. März tagt der Europäische Rat in Brüssel. Die Gipfelteilnehmer werden sich unter anderem mit der Lage auf dem westlichen Balkan befassen. Im Auswärtigen Ausschuss haben wir zuletzt intensiv über die angespannte Situation in der Region diskutiert. Die Hohe Vertreterin Federica Mogherini reist in diesen Tagen in alle sechs Staaten des westlichen Balkans. Das ist ein richtiges Zeichen. Diese Woche haben wir im Auswärtigen Ausschuss die Berichte des Europäischen Parlaments über Serbien, Mazedonien, Montenegro und Kosovo beraten und abgestimmt. So unterschiedlich die Länder auch sind, eine Botschaft ist in allen Berichten identisch: Der westliche Balkan muss auch in Zukunft eine Priorität der auswärtigen Politik der Europäischen Union bleiben. Diese Länder sind uns durch viele kulturelle, wirtschaftliche und politische Verbindungen sehr nah. Durch ihre geopolitische Lage – umschlossen von Mitgliedstaaten der Europäischen Union – sollten wir ein ganz besonderes Interesse an einer positiven Entwicklung der Region haben. Die Menschen vor Ort wollen eine stabile und friedliche Zukunft. Mit der Europäischen Union ist dies möglich.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió idén lesz 60 éves. A Brexit nem azt jelenti, hogy az EU nyugdíjba vonul 60-ik születésnapján. Éppen ellenkezőleg, a Brexit esély arra, hogy Európa megújuljon. Megtartson mindent, ami jó és megváltoztasson mindent, ami rossz. A demokrácia, a piacgazdaság a modern társadalmunk alapjai ma veszélyben vannak. Populisták, nacionalisták, szélsőségesek támadják, akik a múlt megbukott ideológiával próbálnak szavazatokat nyerni rövid távú céljaik eléréséhez. Ezek a vezetők maguk alatt vágják a fát. Ideig-óráig lehetnek nyertesek. De ha szétesik, Európa cudar világ jön, orosz-kínai befolyási övezetté válunk. A szélsőséges nacionalista erővel csak veszíthetünk.

Európa 60. születésnapja nem a nyugdíj kezdete, hanem éppen ellenkezőleg: új anyakönyvi kivonatot kell kiállítanunk Európának. Új fejezetet kell nyitnunk, ahol a problémákra, a bajokra nem az a megoldás, hogy csak később döntünk, vagy újabb bizottságot állítunk fel a bajok megvizsgálására. Európa most kezdődő új fejezetében az emberek jólétére és biztonságára kell koncentrálni kizárólag. Minden politikánkat az kell, hogy vezérelje: az emberek jobban élnek és biztonságban vannak. A britiek „lelépési” pénzt, 60 milliárd eurót fordítunk arra, hogy legyőzzük a globalizáció melléktermékét: a társadalmi egyenlőtlenséget. Használjuk arra, hogy a piacgazdaságot mindenki érdekébe állítjuk, növekedést indítunk be és újra éllesztjük a hatvan éve tartó európai álmot. Azt az európai álmot, miszerint a gyermekek jobban élnek, mint a szüleik.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Euroopa peab iseenda kaitsmiseks ja turvalisuse suurendamiseks tegema senisest palju rohkem ning olema proaktiivsem. Ülemkogu arutelu peab selgelt edasi arendama viimase aasta jooksul hästi edasi liikunud kaitsekoostöö temaatikat. Euroopa riikide kaitsekoostöö on seni olnud tagasihoidlik ja loodetud on peamiselt NATOle. Euroopa peab ise palju rohkem panustama ning kasutama ära kõik võimalused turvalisuse ja kaitsevõime suurendamiseks ja seda ka Euroopa Liidu kontekstis. ELi riikidel tuleb sarnaselt NATO liikmesriikidele seada oma eesmärgiks 2% SKPst kulutamise kaitsele. Samuti on ELil võimalik toetada NATO infrastruktuuri, nagu kasarmute, teede jne loomist, kaitsetööstuse koostööd ja arendamist ning kaitseväe-Schengeni loomist. On selge, et praegu on õige hetk hästitoimiva Euroopa kaitsekoostöö ülesehitamiseks.

Czesław Adam Siekierski (PPE), na piśmie. – Ostatnie dni poprzedzające kolejne posiedzenie Rady Europejskiej stanowią ważny moment refleksji i zastanowienia się nad tym, jakim kwestiom powinno się nadać priorytet, o czym rozmawiać najwięcej. W czasach, kiedy Europa boryka się z licznymi wyzwaniami i problemami wymagającymi podejmowania szybkich i zdecydowanych działań, nie możemy również zapominać o dokładnej analizie źródeł i przyczyn bieżącej sytuacji. Należy wyciągać wnioski z decyzji dobrych, a może nawet bardziej z tych mniej skutecznych, oraz identyfikować nowe źródła zagrożeń i nowe możliwości. Dobrą okazją ku temu będzie zbliżająca się 60. rocznica podpisania traktatów rzymskich.

W kontekście spotkania Rady Europejskiej w marcu ważnym tematem powinna być oczywiście gospodarka, w tym szczególnie jej dalsza cyfryzacja umożliwiająca usprawnienie procesów produkcyjnych oraz handlu. Nieustannie kluczowym tematem pozostaje również dbałość o rozwój i podtrzymanie funkcjonowania jednolitego rynku UE. W sposób szczególny trzeba dbać o to, aby panowała na nim swoboda przepływu towarów, kapitału, ludzi i usług, nieograniczana nieuczciwymi praktykami handlowymi czy też utrudnieniami o charakterze pozataryfowym. Nie może zabraknąć również zwrócenia uwagi na kolejne kroki mające na celu złagodzenie konsekwencji kryzysu migracyjnego oraz pracę nad usprawnieniem funkcjonowania granic zewnętrznych UE, co jest naturalną konsekwencją zniesienia granic między państwami członkowskimi – granica zewnętrzna UE staje się jej jedyną granicą.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), na piśmie. – Kwestie bezpieczeństwa i obronności na stałe zagościły na agendzie szczytów Rady Europejskiej. Biorąc pod uwagę dzisiejszą sytuację międzynarodową, to dobrze. W chwili obecnej kluczowe jest, by decyzje, które zapadły na poprzednim szczycie, szczególnie te dotyczące wdrażania Globalnej Strategii czy European Defence Action Plan, zostały wdrożone przy pełnym zaangażowaniu państw członkowskich. Ważne jest także, by UE i jej państwa członkowskie sprawniej funkcjonowały wewnątrz, ale także współpracowały z NATO.

Podczas ostatniej Konferencji Bezpieczeństwa w Monachium Federica Mogherini powiedziała, że w ciągu ostatnich 7 miesięcy podjęto już 42 wspólne projekty między NATO i UE. To krok w dobrym kierunku. Nowa amerykańska administracja także wymaga od Europy większego zaangażowania w Sojusz Północnoatlantycki, co należy przyjąć ze zrozumieniem i świadomością wyzwań. Należy więc zakasać rękawy. Mam także nadzieję na ponowny wybór Donalda Tuska na Przewodniczącego Rady Europejskiej. Jakikolwiek zmiany na tym stanowisku nie będą służyły stabilizacji sytuacji w Europie. Ponadto Donald Tusk wykazał się przez dwa i pół roku swojego urzędowania przewodnictwem, którego UE w tych trudnych czasach bardzo potrzebuje.

18. Umgang mit dem Problem des Verschwindens minderjähriger Migranten in Europa (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Komisji w sprawie zwalczania problemu zaginięć dzieci migrujących w Europie (2017/2566(RSP)).

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, protecting children, especially those in migration, is a top priority of our policies. By securing the future of children, Europe is securing its own future and not only that. Children in migration need to be protected, assisted and offered durable solutions at all stages of migration. We have to ensure that they are not exploited, abused or trafficked.

This challenge is becoming even more pressing given that, in 2016, children represented 26% of the arrivals by sea. This is an almost tenfold increase since 2010. Many of them are unaccompanied minors. Moreover, shortly after their arrival in Europe, an increasing number of minors abscond or disappear. In spite of the efforts taken at European and national level, the situation of minors remains unsatisfactory and protection gaps must still be filled. Ensuring adequate assistance, in terms both of material supply, adequate reception and care and of legal information and psycho-social support, is key to building trust and avoiding absconding.

The Commission is working on concrete and comprehensive actions to ensure the protection of children in migration. The European Agenda on Migration and the Action Plan on Unaccompanied Minors constitute our starting point. The Commission will also follow up on the conclusions of the 10th European Forum on the Rights of the Child, organised in November 2016, and on the outcome of the recent 'Lost in Migration' conference organised by Missing Children Europe in Malta in January.

In Greece, the Commission is actively supporting the appointment of a child protection officer in each hotspot. Here, the availability of sufficient dedicated reception facilities remains a challenge both on the islands and on the mainland. Over 1 000 unaccompanied children are still awaiting a shelter placement. EU funding is available under the Asylum, Migration and Integration Fund to support capacity building, provide relevant infrastructure and develop operational actions in frontline Member States. Additional funding is also available under the Rights, Equality and Citizenship Programme to improve child protection in migration.

In 2017, priorities on combating violence against children and women explicitly include children in migration. Funding under the Emergency Support Instrument has also been made available for child protection activities. The European Asylum Support Office (EASO), the European Border and Coast Guard and Europol are also supporting frontline Member States in identifying unaccompanied minors and providing information on relocation. They offer capacity-building activities and collaborate with public security departments for investigations on smuggling and trafficking. Ensuring legal means of transfer is another key aspect to prevent minors absconding and falling into smugglers' traps.

The Dublin system, including transfers and family reunification, and the relocation schemes must work efficiently and fast. All those involved need to collaborate better to implement these procedures smoothly. For the moment, only 205 unaccompanied minors have been relocated from Greece and Italy and, as we all understand, this is unsatisfactory.

However, the Commission is working closely with Member States in this respect. It has deployed dedicated teams in frontline Member States to address this matter. Moreover, last year's proposals to reform the Common European Asylum System aim at strengthening the guarantees available for vulnerable persons, including children. The proposals include provisions on safe accommodation in suitable reception facilities, and prompt and effective guardianship for unaccompanied minors who apply for asylum.

In the absence of travel documents, fingerprinting is one of the very few options for identifying a person. For this reason, last year's reform proposals also aim to lower the minimum age for fingerprinting from 14 to six years old, with a view to reducing the risk of minors going missing.

Swift progress on all asylum proposals is now needed in the European Parliament and the Council. If children go missing, they have to be found, and they have to be found fast. Existing instruments to report and record child disappearances must be fully used. The Schengen Information System (SIS) constitutes the only Europe-wide information exchange on missing persons in general. For this system to be useful, missing children must be reported to the police and other relevant responsible authorities. They, in turn, should immediately record the disappearance in the Schengen Information System, attaching photographs and fingerprints and indicating that the child is unaccompanied. Currently the information system stores information on about 100 000 missing persons in 29 European countries, out of which about 65 000 are children.

In 2016, 5 687 persons were found on the basis of SIS. In addition, the Commission has recently proposed to improve the information system. For instance, we suggest having a new type of preventive alert for missing unaccompanied children, to be issued in cases when a child is particularly at risk. Better use must also be made of the existing 'Missing Children' hotline (116 000). For instance, all reception centre managers should report all cases of children going missing via this hotline.

As you can see, many actions are ongoing to protect children better in migration, and the European Union will step up its efforts. The migration crisis has been exploited by ruthless criminal networks, involved in trafficking in human beings, to target the most vulnerable, in particular women and children. It is our duty to protect children. We need to focus on prevention, the quality of care and protection. We must reinforce our fight against the criminals, mobilise and inform public opinion and put pressure on Member States to use all tools available to protect children in migration. Let us live up to the challenge and address it by using all resources in a united and coordinated manner.

Anna Maria Corazza Bildt, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for his commitment. A real tragedy is unfolding in Europe, which needs urgent and concrete action. More than a year ago, Europol sounded the alarm when tens of thousands of migrant children went missing. They had been trafficked, abused, exploited and exposed. It is happening today in Europe. We are far away from a zero tolerance policy against traffickers and smugglers.

With the Intergroup on Children's Rights in this Parliament, together with Missing Children Europe, we have been at the forefront in putting this emergency at the top of the EU agenda. We call on the police to prioritise missing children, without double standards between European and migrant children. We need effective rules for cross-border cooperation and increased cooperation with Europol, filling the existing gaps. We need to allocate more resources to hotlines, to help report disappearances and build trust with migrant children to prevent them from running away, to make sure children remain in the protection system and to provide them with a safe environment and decent living standards.

Children must be registered when entering the European Union and I support the Commissioner's reform proposal for EURODAC, moving to take fingerprints from the age of six, to be able to protect them and to trace them. Member States need also to increase their interoperability between the Schengen and the Visa Information System and, as we revise the asylum package, we cannot sacrifice children. Europe should mean safety for them. What if it was our child missing?

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Za desetine tisočev izgubljenih migrantskih otrok, o katerih danes govorimo, so krive kriminalne združbe in ne delujoča azilna politika Evropske unije.

Imamo striktna in zavezujoča pravila za članice, ko obravnavajo iskalce azila, posebej otroke brez spremstva. Ampak to velja v teoriji. V praksi sistem ne deluje. Imamo zelo slabo izmenjavo informacij, neenotna mnenja, kako posodobiti azilni sistem. Način obravnave otrok brez spremstva je po državah neenoten.

Nekatere države sploh nimajo institucije, ki bi bila odgovorna za te otroke. Na vseh teh področjih velja prava zmešnjava. Z izvajanjem dublinske uredbe pošiljamo nemočne otroke po Evropi sem ter tja kot pakete.

Ukrepi, ki bi mladoletnike morali ščititi, jim nuditi varnost, zaradi česar so prišli na naša tla, jih dejansko poženejo v beg. Jih prisilijo, da poniknejo, izginejo. Odprite časopis ali internet. Zanjih dve leti se o tej problematiki pišejo ene in iste zgodbe. Na ravni Unije pa še vedno ni koraka naprej.

Zakaj ni akcijskega načrta? Zakaj mladoletniki niso prioriteta?

In ustno vprašanje mojih kolegov je dovolj natančno. Zato tudi jaz pričakujem bolj natančne odgovore. Predvsem pa zahtevam načrt za reševanje teh otrok in njegovo dosledno izvajanje.

Monica Macovei, *în numele grupului ECR*. – Mulțumesc. Peste 10 000 de copii au dispărut din centrele de recepție după ce au intrat în Europa odată cu fluxul de migranți, așa cum arată datele Europol.

În 2016 numai în Italia au ajuns peste 13 000 de minori neînsoțiți. Mulți au parcurs un drum foarte periculos pe ruta Africa de Nord-Europa.

Cum procedăm pentru a proteja acești copii? Cum facem ca acești copii să nu devină victime sigure ale traficului, inclusiv de organe, ale exploataării sexuale, ale abuzurilor? Putem face asta în mai multe feluri: prin numere de urgență, prin măsuri care să reunifice familiile, personal calificat în centrele de recepție și, de asemenea, colectarea datelor biometrice de la o vârstă cât mai mică, începând cu șase ani, așa cum se propune și de comisar în regulamentul Europol. Este foarte importantă găsirea acestor copii pentru că numai așa îi putem readuce în siguranță.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Mijnheer de commissaris, ik ben blij met alle woorden die u hier sprak. Maar ik zou graag daden zien. Een jaar geleden kwam Europol al met het cijfer van 10 000 vermisten in Europa. Vandaag maakt Child Focus België bekend dat er in België 116 nieuwe dossiers zijn geopend. Vorige week was ik op bezoek in Duinkerken, op twee uur rijden van Brussel. Ik nodig u graag uit om eens mee te gaan kijken naar het Franse opvangkamp aldaar. Honderd niet-begeleide minderjarige asielzoekers zitten er in houten barakjes, zonder zorg, zonder onderwijs en zonder iemand te zien om een asielaanvraag in te dienen. Dat is het Europa van 2017! Dat mogen we niet tolereren.

Ik vraag u officieel om een echt actieplan met goede opvang en korte procedures. Daarbij moet echt worden ingezet op de strijd tegen mensensmokkelaars en worden gezorgd voor de uitwisseling van *good practices*. Waar kinderen zitten, moeten instanties foto's nemen opdat men niet pas na 8 of 9 dagen per e-mail een melding doet als er een kind wordt vermist. Weet u, mijnheer de commissaris, als mijn hond vanavond niet thuiskomt, dan ga ik harder zoeken naar mijn hond dan Europa zoekt naar de 10 000 vermiste kinderen.

Kom met dat actieplan. Ik breng u graag de aanbevelingen van de conferentie in Malta. Ik was daar zelf en ik wil ze u persoonlijk overhandigen. Daar staan heel concrete dingen in!

Marina Albiol Guzmán, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, perdonen, pero es que a mí me parece increíble todo lo que estoy oyendo aquí en estos momentos. Parece que ahora están ustedes preocupadísimos por los menores migrantes, pero no piensan en los menores cuando se construyen vallas, cuando cierran fronteras, cuando niegan visados, cuando abren centros de detención o cuando firman acuerdos con Turquía, Afganistán o Libia y alimentan a las mafias. Y todo lo que sucede con los menores es fruto de esas políticas que ustedes no cuestionan.

Un buen ejemplo de las consecuencias que tienen estas políticas para los menores es la situación en Melilla. Allí hay centenares de menores atrapados —algunos, en centros; otros, muchos, en la calle, sin escolarizar— y al Gobierno de España no se le ocurre otra cosa para solucionar esta situación que ponerse a negociar un acuerdo con el Reino de Marruecos para deportarlos, para deportar a los menores.

Esto no soluciona nada, esto lo que hace es enviar el problema lejos para que no nos moleste.

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I think we are all agreed that we need a joined-up system that is going to protect children and ensure that their best interests are at the heart of what we do. We know that we need to develop a system that youngsters trust and will engage with, and that protects them, informs them properly, has effective legal guardians and will cooperate across borders where necessary. We know that we need governments to step up, and indeed to step in, to help those countries under particular pressure.

As the Commissioner said, the offers are pretty poor at the moment and even those offers made are not always taken up. So I think we need to think seriously about how we improve that. But we do need, as others have said, a system that works in reality. It is no surprise that kids will believe smugglers' promises to reunite them with family when we see the reality of what many of those minors currently face and the lack of information they get.

We only have to look at the scandal of Calais in terms of child protection: children identified there by civil society organisations, not the authorities, a Supreme Court judgment to remind the British Government of their obligations, a totally inadequate system of cooperation and transfer between France and the UK, and still poor delivery even now. The French are closing the centres that they took unaccompanied minors to and the British Government thinks it has done its job, although there are still at least 1 000 who have, potentially, the legal right to be there under Dublin.

So we really do need to make our system start working. I look forward to the infringement proceedings that I hope the Commission will bring against Member States.

(Applause)

Gerard Batten, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, the United Nations Refugee Agency estimates that 35% of migrants entering the European Union since January 2016 were children. In 2015, 85 482 unaccompanied minors applied for asylum in the EU, which was three times the 2014 figure. Now it seems that thousands of these children have gone missing, their fate unknown.

Are we to believe these children were sent abroad unaccompanied? Are we to believe that in a single year 85 000 minors made their own decision to make their way to Europe entirely on their own? Of course not. They were trafficked by criminal gangs, but someone had to pay the gang first and, presumably, that was their parents or families. The EU Schengen Area and open borders policy has helped to create an immigration and asylum racket: get the children in first and then the families can follow. The innocent victims of this racket are the children themselves.

Mara Bizzotto, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa dovrebbe aiutare i bambini che scappano dalla guerra, ma non lo fa e mi chiedo: non lo fa per incapacità o per complicità; è incapace o complice dei delinquenti, dei trafficanti di essere umani che organizzano viaggi della morte?

Perché l'Unione europea lascia morire ogni anno centinaia di bambini nel Mar Mediterraneo? Perché non si creano corridoi umanitari per accogliere in Europa, in modo legale e sicuro, i veri profughi, evitando così l'arrivo di tanti clandestini che vengono sfruttati dalla malavita per il commercio di droga, per la prostituzione minorile e per il traffico di organi?

Ogni giorno in Italia scompaiono 28 minori non accompagnati. L'associazione Penelope è venuta qui al Parlamento a chiederci di affrontare a livello europeo il fenomeno delle migliaia di minori non accompagnati scomparsi. Questa associazione, che in Italia fa un lavoro straordinario e aiuta le famiglie e le persone scomparse, è venuta anche a chiedere aiuto, il nostro aiuto, per i 1 600 minori, cittadini italiani scomparsi. Non dimentichiamoci di questi bambini – 1 600 – che sono cittadini europei e che sono spariti nel nulla.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor presidente, la situación es alarmante. Unicef ha señalado que, en el año 2015, 96 000 menores no acompañados solicitaron asilo —un 20 % del total de los niños— y Europol estima que el 27 % del millón de migrantes que llegó a Europa en 2015 eran menores. Tenemos que hacer frente a este drama entre todos: la Unión y cada uno de los Estados miembros.

En primer lugar, debemos buscar a los menores desaparecidos, ya que muchos están siendo expuestos a todo tipo de malos tratos por parte de bandas criminales y están siendo víctimas de explotación sexual. Además, debemos asumir responsabilidad, ya que muchos de ellos han desaparecido estando en centros de acogida europeos. Los niños, al sentirse desprotegidos e inseguros, deciden huir, y es entonces cuando fácilmente pueden caer en manos del crimen organizado.

Para evitar estos hechos, es necesaria la reforma de la Directiva de las condiciones de acogida: es fundamental.

En reubicación, es urgente que los menores sean atendidos y sean reubicados y reasentados, y rápido, sobre todo los de Grecia e Italia.

Y quiero pedir especial protección para los niños con bebés, niñas y niños que vienen siendo padres, y para esos pido especial protección. Y además es urgente la asignación del tutor: una asignación no diferida, una asignación inmediata.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il Commissario Avramopoulos per le sue dichiarazioni.

I dati citati dal Commissario, come i dati pubblicati proprio ieri dall'UNICEF sui minori scomparsi, dimostrano la gravità della situazione ed evidenziano la necessità di porre in atto una strategia complessiva a livello europeo, fondata sul principio del superiore interesse del minore. Le istituzioni europee devono quindi sforzarsi di garantire coerenza fra tutte le proposte che costituiscono la riforma del sistema di asilo, e mi riferisco in particolare alla proposta di revisione del regolamento di Dublino che mantiene, anche per i minori, il criterio della responsabilità del paese di primo approdo, con il rischio di spingere indirettamente i minori ad intraprendere movimenti secondari per trasferirsi clandestinamente nel paese membro in cui desiderano presentare domanda di asilo.

Come è stato detto in occasione della conferenza «*Lost in migration*» tenutasi a Malta, per tutelare i minori sul territorio europeo, dobbiamo fare in modo che essi possano presentare la domanda di asilo nello Stato in cui si trova, eventualmente, una persona con dei legami familiari. E se, per tutelare i minori, è apprezzabile la proposta inserita nel sistema Eurodac di introdurre i dati biometrici per i minori, addirittura già a partire dai sei anni, è necessario però che questo avvenga in presenza di adeguate garanzie, con personale specializzato e con tutte le cautele necessarie ad evitare traumi per i bambini.

Ed è fondamentale trasmettere fiducia ai bambini migranti, assicurare loro dignitose condizioni di accoglienza, assegnare a ciascun minore un tutore adeguatamente formato che valuti quale sia per lui il migliore interesse e promuovere iniziative che nel lungo periodo ne favoriscano l'integrazione.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI*Wiceprzewodniczący*

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Hr. formand! Det er desværre lige så forudsigeligt, som det er frygteligt, at det er de svageste, nemlig børnene, som det går hårdest ud over, når man ser det asylkaos, som er skabt i disse år i Europa. Løsningen er lige så logisk, som den har været svær for EU-landene at komme frem til, nemlig at det handler om at tage fat om problemets rod, altså handler om, at vi får afhjulpet de mekanismer, der gør, at menneskesmuglere kan lave en guldrandet forretning ved at misbruge folks håb om at komme til Europa, herunder at misbruge børn – noget af det frygteligste, man overhovedet kan forestille sig.

Så det er ikke et spørgsmål om, at alle her i salen synes, der er frygteligt, når børn bliver misbrugt, også i denne sammenhæng. Spørgsmålet er, hvordan vi får afhjulpet dette problem mest effektivt, og her handler det altså om at afhjælpe de faktorer, der gør, at menneskesmuglere kan lave denne forretningsmodel.

Endelig skal vi også huske at screene de ældste af børnene, for vi ser i hvert fald i Danmark masser af sager, hvor voksne påstår at være børn og blandt andet kommer ind på asylfaciliteterne for børn og der misbruger de mindre, uledsagede flygtningebørn. Det er også en problemstilling, der skal tages op i denne sammenhæng.

Nathalie Griesbeck (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, on tourne en rond. Il y a un an exactement, Europol nous annonçait la disparition de 10 000 enfants migrants, et tout le monde se scandalisait de ces disparitions, alors que nous dénoncions cela depuis des années. Soit. Aujourd'hui, un an après, on est toujours là à débattre et à redébattre.

Pourtant, les solutions existent pour protéger ces enfants. On les connaît et, Monsieur le Commissaire, vous les avez rappelées: identification immédiate, enregistrement, désignation immédiate d'un tuteur, mise à l'abri et numéro de téléphone gratuit. Ce sont des mesures plutôt simples et rappelons qu'on parle, grosso modo, de 90 000 enfants face à une Europe d'un demi-milliard de citoyens.

Mais ces mesures, il faut les vouloir et vouloir les mettre en place. Monsieur le Commissaire, aujourd'hui, je ne vais pas du tout dénoncer l'inaction de la Commission, bien au contraire. Mais au fond, ce n'est pas ici, dans cette enceinte, qu'il faudrait débattre, mais plutôt au cœur des parlements nationaux, car ce sont les États qui pêchent et qui, comme dans beaucoup d'autres domaines, manquent cruellement de volonté politique et manient l'hypocrisie en ne respectant ni les engagements ni les législations européennes.

Arrêtons d'accuser l'Europe pour ce qu'elle ne peut pas faire. Soyez, Monsieur le Commissaire, notre porte-parole pour mettre les États membres au pied du mur. C'est un scandale pour ces enfants et une honte pour les citoyens européens.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor presidente, señor comisario, es nuestro deber, ha dicho, pero he de decir que están fallando estrepitosamente. Y los responsables tienen nombre y apellidos: son los Estados miembros y sus políticas que, como casi siempre, están ausentes de este debate. Menores no acompañados están sufriendo violencia física y sexual y amenazas. Y esto favorece a las mafias y sus redes de tráfico, por ejemplo, en Hungría, Bulgaria o Croacia, según informa Save the Children.

Pero también sufren violencia a manos de policías y militares, y también hay que decirlo. En Europa hay cárceles temporales para estos niños, que siguen siendo objeto de devoluciones en caliente. Y si muchos prefieren la calle a los campamentos, es por miedo a la violencia o a ser deportados. No olvidemos que sus familias han vendido todo lo que tienen para que ellos puedan viajar y tener una oportunidad, con la presión psicológica que ello conlleva.

Señorías, los menores son los más vulnerables, y muchos están siendo tratados con violencia en Europa. Lo hecho y no hecho hasta ahora es vergonzoso, y ni tan siquiera tienen aún procedimientos comunes de identificación y seguimiento de estos menores.

Kristina Winberg (EFDD). – Herr talman! Diskussionen kring barn och särskilt ensamkommande barn har varit felaktig från första början. Jag kan förstå att många av er har fått fel bild. Ofta när man pratar om migration och barn hittar media en bild på ett litet barn, ofta en flicka, en bild som indirekt säger att barnet har kommit bort från sina föräldrar under flykten till Europa. Naturligtvis är bilden en annan.

Om det är något land som känner till fenomenet ensamkommande barn är det vi i Sverige. Vi tog emot 35 000 under år 2015. Anledningen till att ensamkommande valde Sverige är ju naturligtvis tvädelad: välfärd och ålderstester. Sverige har fortfarande inte fått igång några tvingande ålderstester för asylsökande. Tänk om det är en stor grupp som avviker medvetet för att ta sig till det land som de ville till från början istället? Tänk om det är en grupp där de flesta påstår sig vara sjutton år och sedan magiskt har fru och barn när de får sin asylansökan beviljad?

Мария Габриел (PPE). – Г-н Председател, по последни данни на Върховния комисариат на ООН едно от всеки четири лица, търсещи убежище, е дете. Всички цитираме стряскащата цифра от над десет хиляди деца мигранти, които са изчезнали в Европа. Точният брой обаче на изчезналите деца остава неизвестен. Голяма част от случаите са недокладвани поради липса и на централен регистър. Това води до създаване на погрешни данни. Необходимо е наистина информацията да се споделя на европейско ниво, така че тя да бъде достъпна за всички държави членки.

Второ, превенцията – ключова дума. Превенцията на случаите на изчезнали деца мигранти трябва да бъде в центъра на миграционната политика на Европейския съюз. Продължителните административни процедури, липсата на информация и доверие в местните власти, неподходящи приемни условия, както и практиката на задържане са само някои от факторите, които допринасят за случаите на изчезване. Необходими са конкретни усилия в тази насока, за да не позволим тези деца да станат жертва на криминални мрежи и трафиканти, да предотвратим случаите на повторни изчезвания.

Поздравления за усилията Ви, господин Комисар! Въпросите като условията на прием, ролята на Фронтекс, Евродак, всичко това е значителна стъпка напред. Трябва всички да подходим с отговорност към тези досиета, за да може да гарантираме предоставянето на сигурна среда за децата мигранти, както и подобрена система за проследяване с цел осигуряване на ефективна закрила.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Vor fast einem Jahr haben wir hier sehr emotional über diesen Sachverhalt diskutiert, und es gibt sie immer noch, die verschwundenen Kinder. Das müsste Sie, Herr Kommissar Avramopoulos, eigentlich nervös machen – im Interesse der Kinder und Jugendlichen, aber auch im Interesse der Sicherheit in Europa. An Ihrer Stelle würde ich mir auch Gedanken machen, ob es auch vielleicht damit zusammenhängt, dass der Umsiedlungsprozess aus Griechenland immer noch nicht in Gang gekommen ist und dass so immer noch tausende Kinder fest sitzen, die nichts zu verlieren haben, und nicht wenige davon werden Opfer krimineller Banden.

Ich würde mir nicht nur Gedanken machen, wie der Umsiedlungsprozess beschleunigt werden kann, sondern vor allem, wie man zwischenzeitlich die Bedingungen für die Kinder verbessern kann. Ich habe die Zustände in griechischen Flüchtlingslagern gesehen und ich kriege diese Bilder nicht aus dem Kopf. Wir sollten alles tun, um die Kinder nicht alleine zu lassen. Wir brauchen diesen vielzitierten Aktionsplan, sonst werden wir hier im nächsten Jahr wieder genau das gleiche diskutieren, und das sollten wir eigentlich nicht.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Cieszę się, że mogę przemawiać. Poprzednie moje wystąpienie niestety musiało być anulowane, ponieważ siedziałem na Pańskim miejscu.

Mówimy o dramatach, ludzkich dramatach, bo zaginięcie dziecka dla każdego rodzica jest tragedią. Sam mam trójkę dzieci i myślę, że większość z nas doskonale zdaje sobie sprawę z tego dramatu i rozmiaru tego dramatu. Wydaje mi się, że tym bardziej powinniśmy starać się inwestować środki finansowe poszczególnych państw członkowskich, a również Unii Europejskiej, w krajach, z których ci ludzie wyjeżdżają, uciekają. Myślę, że im większe inwestycje i poprawianie poziomu życia ludności poza Europą, tym mniej tego typu tragedii na starym kontynencie, naszym kontynencie. Myślę, że warto, by w tej dyskusji to wybrzmiało.

Monika Hohlmeier (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss man feststellen, dass die Mitgliedstaaten die Kernaufgabe haben, sich um vermisste Kinder zu kümmern, die in ihren Gebieten sind. Das ist erst einmal ihre Hauptaufgabe, ihre Kompetenz. Offiziell hat die Europäische Kommission nicht einmal eine Kompetenz dafür, weil das der Vertrag von Lissabon nicht vorsieht. Wenn es in Belgien in Unterkünften Probleme gibt, hat der Staat Belgien und seine Regierung die Verpflichtung, genauso wie in Deutschland oder wie in Frankreich.

Aber ich habe konkrete Bitten in den Feldern, in denen wir – glaube ich – etwas tun können, und zwar im Besonderen im Bereich der Hotspots, wo die meisten unbegleiteten Minderjährigen ankommen. Wäre es eine Möglichkeit, Herr Kommissar, dass wir im Bereich von Frontex und EASO gesonderte Einheiten schaffen, die sich um unbegleitete Minderjährige bei der Ankunft kümmern, und dafür vielleicht auch ein eigenes Personalkontingent vorsehen, um die jeweiligen Behörden vor Ort auch dazu zu bringen, unbegleitete Minderjährige von Anfang an, wenn es geht, getrennt unterzubringen, ihnen gesonderte Unterstützung zukommen zu lassen, und das vielleicht auch zum Teil mit Unterstützung europäischer Mittel?

Eine zweite Bitte: Im Bereich von Europol gibt es zwar Einheiten zum Kampf gegen Menschenhandel, Einheiten zum Kampf gegen Zwangsprostitution, Versklavung und ähnliches, aber es gibt kein spezifisches beziehungsweise kein ausreichendes Personal, das sich um die Frage der verschwundenen Kinder oder der bedrohten Kinder kümmern kann. Wäre es möglich, hier in diesen Bereichen ganz gezielt eine Aufstockung bei Europol vorzunehmen, um gezielte und rasche konkrete Schritte von unserer Seite aus ergreifen zu können?

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Úr, miközben az Európai Menekültügyi Rendszer különös figyelmet fordít a kísérő nélküli gyermekekre, fiatakorúakra, a magyar kormány tovább szigorítaná a menekültekkel kapcsolatos törvényeket. Ennek keretében olyan jogszabály készül, amely a 14-18 év közötti, kísérő nélküli gyermekeket, fiatalokat kivéve a gyermekvédelmi törvény hatálya alól. Ez azt jelenti, hogy ezek a gyerekek nem kerülnek gyermekotthonokba, nem kapnak kirendelt gyámot, speciális védelmet. A javaslat azt is tartalmazza, hogy a kiskorúak is automatikusan őrizetbe kerüljenek, és a tranzitónában létesítendő konténertáborokban kell megvárniuk a menedékkérelmi eljárás végét.

Ez a tervezet semmiben sem felel meg az ENSZ gyermekek jogairól szóló egyezményének, sérti a magyar állam alkotmányos kötelezettségét, valamint az emberségből fakadó védelem elvét. Itt és most hívom föl az Európai Parlament és a Bizottság figyelmét, a magyar kormány újabb embertelen intézkedésére. Meggyőződésem, hogy morális kötelezettségünk mindent megtenni annak érdekében, hogy ebből a javaslatból soha ne lehessen tényleges törvény.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, τα παιδιά είναι τα μεγάλα θύματα της προσφυγικής κρίσης. Περισσότερα από 89.000 ασυνόδευτα παιδιά ήρθαν στην Ευρώπη το 2015 και 10.000 παιδιά πρόσφυγες έχουν εξαφανιστεί, σύμφωνα με στοιχεία της Europol. Στην Τουρκία είναι πάρα πολλές οι περιπτώσεις ασυνόδευτων παιδιών που πέφτουν θύματα εμπορίας, κακοποίησης και εκμετάλλευσης.

Υπολογίζεται ότι, στην Ελλάδα, το 40% περίπου των προσφύγων που βρίσκονται στη χώρα είναι παιδιά. Θέλω να επανέλθω, κύριε Αβραμόπουλε, στο θέμα της αποσυμφόρησης των νησιών του Αιγαίου, διότι, σύμφωνα με στοιχεία, στους 16.500 ανθρώπους που βρίσκονται στα νησιά, το 40% τουλάχιστον είναι παιδιά. Υπενθυμίζω την απάντηση που μου δώσατε προ ημερών για το θέμα αυτό, όταν είπατε ότι μπορούν πλέον οι ευπαθείς ομάδες να πάνε στην ηπειρωτική Ελλάδα, και σας παρακαλώ να το δείτε άμεσα το θέμα αυτό διότι είναι πολύ σημαντικό. Είναι ανάγκη να μπορέσουν αυτοί οι άνθρωποι, αυτά τα ασυνόδευτα παιδιά, να πάνε στην ηπειρωτική Ελλάδα και να μην συνωστιζονται στα νησιά του Αιγαίου. Μπορεί να δοθεί άμεση λύση στην αποσυμφόρηση των νησιών του Αιγαίου κατά 40%.

Alessandra Mussolini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei fare un esempio concreto, perché ho ascoltato bene le parole del Commissario.

Quando le persone più vulnerabili, che sono i bambini, arrivano in uno Stato membro in Europa, che cosa sono? Sono un numero, quel numero sparisce, quel numero non lo trovi più. Negli hotspot quando vengono registrati, prima delle registrazioni, noi dobbiamo dar loro protezione immediata. Perché non eliminare questo numero che, a mio modo di vedere, è una vergogna e non dar loro immediatamente una carta di protezione? Perché sono detentori di diritti.

Poi: eliminazione dei trasferimenti, perché da un trasferimento all'altro negli Stati membri noi li dobbiamo ridurre al minimo, proprio solo nel superiore interesse del minore, perché tra un trasferimento e l'altro si possono perdere, sono bambini che quando arrivano nello Stato membro già sono stati abusati, violentati, ne abbiamo visti veramente in condizioni tremende. L'ultimo, e lo dico, no ai trasferimenti e un impegno economico importante, perché per la tutela occorre un impegno economico, se non ci sono soldi, non ci sono neanche tutele.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, le 12 septembre 2013 déjà, nous votions une résolution qui condamnait les lacunes en matière de protection des mineurs non accompagnés au sein de l'Union et dénonçait les conditions d'accueil, souvent déplorables, de ces mineurs ainsi que les nombreuses violations de leurs droits fondamentaux dans certains États membres.

Quatre ans plus tard, 10 000 mineurs ont disparu selon Europol. C'est un détestable bilan et une faillite collective. Les mineurs non accompagnés constituent l'une des populations les plus vulnérables et, pourtant, leurs droits sont bafoués dès leur arrivée en Europe, avec la rétention, la lenteur des procédures et les regroupements familiaux qui ne se font pas, autant de raisons qui les poussent à fuir au risque de tomber aux mains des trafiquants.

Nous pouvons empêcher cela, notamment en arrêtant les transferts de mineurs au titre du règlement de Dublin, en interdisant la rétention des mineurs ou en relocalisant ceux qui sont arrivés. Pour cela, il faut remettre au centre du processus l'intérêt supérieur de l'enfant, et j'ai le regret de dire que reprendre les transferts vers la Grèce n'est pas une bonne voie à suivre, car ce principe aura un impact direct sur les mineurs, dont les conditions d'accueil restent inacceptables, notamment dans les pays de première entrée.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señor comisario, Canadá es un ejemplo y una referencia en el mundo en el tratamiento a los menores refugiados y, particularmente, a los menores acompañados. ¿Por qué no lo es la Unión Europea?

Ayer mismo sostuvimos en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior una audiencia muy intensa en la que pudimos escuchar testimonios desgarradores, pero también propuestas de respuesta a la problemática de los menores no acompañados en la Unión Europea.

¿Qué espera la Comisión para exigirles esas respuestas a los Estados miembros? Este asunto lo debatimos aquí en abril del año pasado, lo votamos y escuchamos de la Comisión el compromiso de traer aquí un plan específico de medidas ante el drama, la tragedia de los menores no acompañados. Todavía lo estamos esperando.

Estamos reformando el sistema europeo de asilo; ahí es donde tenemos que encuadrar la reforma de la Directiva de acogida y de los procedimientos de acogida y de los procedimientos de protección a los menores no acompañados para que, de una vez, la Unión Europea esté a la altura de lo que promete y dé una respuesta que sea una medida de su altura, de su estatura moral ante esa tragedia de diez mil niños desaparecidos en la Unión Europea —según Interpol— pero, sobre todo, de un 20 % de menores no acompañados, del conjunto de los menores que demandan refugio, siendo como son el eslabón más vulnerable de la cadena del refugio, pero también de la explotación de personas.

Zgłoszenia z sali

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, všichni se shodujeme, že děti jsou těmi nejzranitelnějšími, těmi nejvíce nevinými oběťmi v té vlně migrantů, kteří přišli do Evropy. A Evropa by měla dokázat, že si je vědoma své odpovědnosti a dokáže hájit nejlepší zájem dítěte.

Jaké je tedy řešení? Už jste tady o tom mnozí z vás hovořili. Děti musí být identifikovány, musí získat ochranu a péči, kterou potřebují. Myslím, že nikdo z nás nebude litovat prostředků na naplnění těchto opatření. Je potřeba vyčlenit řádné finanční prostředky a také personální kapacity. Nemáme v tom žádné omezení. Chci vás, pane komisaři, vyzvat, abyste si byl vědom toho, že máte naši plnou podporu pro všechna legislativní opatření i finanční opatření ke snímání otisků prstů, k identifikaci dětí a k finančním zajištěním pro zařízení, kde bude o děti adekvátně pečováno.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i minori non accompagnati che arrivano in Europa lungo la rotta del Mediterraneo centrale sono vittime di violenze di ogni genere, sono la categoria più a rischio.

Secondo il rapporto UNICEF «Un viaggio mortale per i bambini», pubblicato recentemente, dei 181 000 migranti e profughi arrivati in Italia, circa il 30 % sono minori e nove su dieci di essi sono arrivati sulle coste italiane non accompagnati. Inoltre, dei 4 579 migranti che nel 2016 si stima siano morti durante la traversata del Mediterraneo, si ritiene che 700 fossero minori. Europol ha fatto sapere che almeno 10 000 bambini migranti e rifugiati sono scomparsi in Europa nel 2016; molti di questi minori vengono arruolati nel mondo della microcriminalità dove subiscono vari tipi di sfruttamento. Questi sono i numeri di un'Odissea.

È necessario e urgente mettere in campo una strategia globale volta a proteggere tutti i minori migranti, così come annunciato nell'agenda europea della migrazione; i minori non accompagnati devono essere tutelati e protetti contro ogni minaccia. Questa deve essere una priorità assoluta dell'Europa, l'Europa la facciamo anche così.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, nestanak djece migranata u Europi u 21. stoljeću skandalozna je pojava pred kojom se doista trebamo sramiti. Jamčiti sigurnost onih koje odlučimo primiti, naša je dužnost i ova je užasna pojava još jedan pokazatelj da smo zagrizli više nego što možemo prožvakati.

Toleriranje ilegalne migracije ogromnih razmjera dovelo je do ovog sramotnog problema, i bez ozbiljne revizije naše useljeničke politike i politike azila, on neće biti riješen. Ilegalne migrante na naš teritorij dovode kriminalci, krijumčari ljudi. Što smo mi otvoreniji za takvu vrstu migracije, to više ljudi želi doći na takav način, a krijumčarima posao cvijeta.

Ono što se često ne uzima u obzir jest da kriminalci imaju svoje partnere u Europi pa im dio migranata, koji su nezaštićeni i predstavljaju laki plijen, samo prosljeđuju za druge kriminalne aktivnosti. Stanimo na kraj ilegalnoj migraciji i riješimo ovaj problem jednom zauvijek.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, comisario, esta declaración era imprescindible si tenemos en cuenta que Europol puso cifras para medir el problema: 10 000 menores no acompañados desaparecieron en 2015. Significa que en algún momento hubo constancia de dónde estaban y quiénes eran, pero lo peor es lo poco que sabemos de lo que ocurre con ellos y lo mucho, triste y grave, que podemos imaginar. Si las personas en busca de asilo son ya vulnerables, los menores, las mujeres y otros colectivos con necesidades especiales nos recuerdan la intensidad de un drama que necesita ya medidas urgentes.

La trata de seres humanos, que «caza» entre personas desesperadas y que se ayuda de nuevas tecnologías para encontrar a sus víctimas, se combate mejor con la cooperación policial y judicial, la definición de un delito específico, una atención especial en los puntos de entrada, con una rápida asignación de tutorías e inserción en programas de integración. Pero necesitamos, señor comisario, saber dónde están estos niños y necesitamos exigir a los Estados miembros su colaboración en estas políticas.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, ευχαριστώ τον κύριο Επίτροπο για τη συμβολή του στη συζήτηση. Εμένα, καταρχήν, με στενοχωρεί το ότι επαναλαμβάνουμε μια συζήτηση που έγινε προ έτους, πράγμα που δείχνει ότι, δυστυχώς, πολύ λίγα πράγματα καταφέραμε. Θα αποφύγω να πω ότι πρέπει να σταματήσουμε τις αιτίες που δημιουργούν το πρόβλημα, δηλαδή τους πολέμους, γιατί θα ακουστεί πρωθύστερο. Ήδη βρίσκομαστε μπροστά στο πρόβλημα και αυτό είναι που πρέπει να αντιμετωπίσουμε.

Υποστηρίζω όλες τις προτάσεις που ακούστηκαν γιατί κινούνται προς τη σωστή κατεύθυνση. Θέλω να υπογραμμίσω ιδιαίτερα την πρόταση να συζητηθεί το ζήτημα και στα εθνικά κοινοβούλια. Τα κράτη μέλη πρέπει να αναλάβουν τις ευθύνες τους. Τέλος, θέλω να πω κάτι που δεν έχει λεχθεί μέχρι στιγμής: πρέπει τα μέσα ενημέρωσης να ανοίξουν τα μάτια των πολιτών. Πρέπει να έχουν αυτό το θέμα στην ατζέντα τους, έτσι ώστε κάθε χρήσιμη πληροφορία να δίδεται εκεί που πρέπει.

Julie Ward (S&D). – Mr President, the number of what we call unaccompanied minors has reached a record of more than 95 000 last year. Those children are at serious risk of abuse, trafficking and exploitation, and they experience dramatic situations on a daily basis. It is not a question of money. It is a question of political will. We are dealing with human beings, and the most vulnerable of human beings, children. We should not be lecturing other countries about human rights whilst we let this happen on our own continent.

Beyond the issues of relocation and procedure we must have put in place mechanisms to support and heal children who very often experience immense suffering and trauma, often resulting in serious mental health issues. This must be done by taking into account the special needs of children with disabilities, and young women and girls, and we must also give these children access to education. It is a human right.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, escutámos as suas preocupações e prioridades espúrias e as intenções securitárias para resolver esta atroz realidade.

Registamos como sacodem a responsabilidade da violação dos direitos das crianças, uma violação que se soma às muitas violações de direitos humanos que hoje ocorrem em solo europeu e que resultam das vossas criminosas políticas migratórias.

Discutamos as causas deste flagelo. Discutamos como o Regulamento de Dublin e os objetivos da vossa revisão em curso do sistema de asilo desrespeita e impede o direito à reunificação e à vida familiar.

Falemos de como as vossas políticas de muros, de externalização de fronteiras, de retorno e de repulsão alimentam as redes de tráfico de seres humanos e a exploração sexual de mulheres e crianças.

Rejeitamos a vossa histeria securitária, que privilegia a identificação, a recolha de dados dactilográficos desde os seis anos e até a detenção, imagine-se, ao invés de garantir o cumprimento dos direitos fundamentais da criança à proteção e à integração. Tenham vergonha, Senhor Avramopoulos.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, in January 2016 Europol revealed that at least 10 000 migrant and refugee children were missing in Europe. This is a terrible drama, a terrible strategy, and very difficult to explain. It is clear that Europe has to act to tackle the disappearance of migrant children with every possible means and as soon as possible.

I believe the Commission should inform us when it is going to present a comprehensive strategy to protect all children in migration, as announced last May in the European agenda on migration, and how it will address the clear conclusions and recommendations made during the 10th European Forum on the Rights of the Child and the 'Lost in Migration' Conference in Malta. Moreover, I would like to know what the Commission is doing to support Member States in relocating more children from Greece and Italy.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η αύξηση της εξαφάνισης παιδιών-μεταναστών εντός της Ένωσης δείχνει τον βαθμό σήψης του δυτικοευρωπαϊκού πολιτισμού. Συγχρόνως αποκαλύπτει την κουλτούρα και τη νοοτροπία του μεγαλύτερου μέρους της εξτρεμιστικής μουσουλμανικής κοσμικής θεώρησης, όπου η γυναίκα και το παιδί αποτελούν εκμεταλλεύσιμα προϊόντα. Εκατοντάδες οι αποδείξεις και τα στοιχεία που μαρτυρούν ότι τα εξαφανισμένα παιδιά πέφτουν θύματα παιδικής δουλείας και εμπορίας οργάνων.

Η ανθρώπινη ζωή παράγει χρήμα και η ανθρώπινη αξιοπρέπεια εξαγοράζεται. Διακινητές δουλέμποροι, αριθμός εργαζομένων σε ΜΚΟ, συμμετέχουν σε ένα διεθνές κύκλωμα που γιγαντώνεται λόγω της ανυπαρξίας, ανοχής και ανικανότητας της πολιτισμένης Ευρώπης. Μόνη λύση είναι ο πλήρης εθνικός έλεγχος των εξωτερικών συνόρων, όπου τα παιδιά θα τυγχάνουν της αρμόζουσας προστασίας και όπου οι διάφοροι επιτήδριοι και οι μουσουλμάνοι γονείς που εγκαταλείπουν τα παιδιά τους θα τιμωρούνται παρδειγματικά.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, desde que a Europa o revelou, em janeiro de 2016, que, então, já 10 000 crianças migrantes e refugiadas haviam desaparecido em solo europeu, que fizeram a Comissão e o Conselho para proteger estas crianças e muitas mais não acompanhadas que chegam à Europa e impedir que caiam nas mãos de traficantes de seres humanos, predadores de todo o tipo e redes criminosas, incluindo terroristas?

Na Suécia, há uns meses, polícias disseram-nos, contristados, que, se uma criança sueca desaparecesse, revolviam o país – mas, se fosse migrante ou refugiada, não havia meios.

Que Europa é esta em que, para tudo, os nossos governantes invocam razões de segurança, mas nela falham clamorosamente, falhando na recolocação e no reagrupamento familiar de refugiados, incluindo requerentes de asilo, incluindo menores, arrastando processos de nomeação de tutores, acesso ao ensino, aconselhamento legal, especializado e apoio psicológico, devolvendo crianças afegãs à procedência, a pretexto de que vêm de um «safe country»?

De facto, assim, alimenta-se o negócio sinistro dos traficantes e põe-se em causa a nossa segurança coletiva.

Maria Grapini (S&D). – Mulțumesc, domnule președinte, domnule comisar, copiii trebuie protejați indiferent în ce țară trăiesc, așadar și copiii refugiați. Dacă cifra este adevărată, 35% dintre migranții intrați sunt copii neînsoțiți, numărul este enorm. Cum ajung acești copii neînsoțiți? Aici cred că trebuie să căutăm cauza și apoi soluțiile. Totdeauna trebuie să mergem la cauză. Este greu de crezut că minorii au decis să plece fără părinți. Mult mai sigur pare a fi de fapt traficul copiilor, traficul copiilor fără părinți.

Domnule comisar, eu cred că trebuie să acționăm pe două planuri. Primul plan este ca statele membre și Comisia să găsească soluții de protecție a copiilor care ajung în Europa, dar cealaltă soluție este să facem ceva să oprim conflictele.

Și vă întreb direct, domnule comisar, există în momentul de față o colaborare între instituțiile internaționale ONU, UNICEF, Comisia Europeană, Crucea Roșie Internațională, statele membre, organizații locale, pentru că altfel cauza nu va fi rezolvată și rămânem în continuare cu un flux de copii care vin în nesiguranță și sunt traficați. Mulțumesc.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Mr President, let me start by expressing my thanks for your contribution to this debate and for your interventions that call for actions to protect children. A few of you, I believe, did not hear my introductory remarks, but most of you were here, and I believe that the common conclusion is that we share the same concerns and objectives. I can assure you that the Commission is working on concrete and comprehensive actions to protect children in migration and offer them a future.

Tomorrow the Commission will adopt a package of reports that show that all actions are interlinked. Relocation – and this was underlined by some of you earlier – is the key solidarity measures also for migrant children, and I agree with you that that this situation is unsatisfactory. All migrants eligible in Greece and in Italy should be relocated before September. It is a deadline for all Member States, and I believe that all of them will take up their responsibilities and will move swiftly to the implementation of this relocation scheme. Relocation of unaccompanied minors should increase as a matter of absolute priority for us and for all of us. I said at the beginning that detention is a tool of last resort that should not be excluded per se, but only used in cases where it is in the best interest of the child.

Let me stress that the European legislation requires Member States to place minor migrants only in specialised detention centres that are adapted for migrants so that they have access to leisure activities. Sometimes, as I said before, this is for their own protection because let us be clear: the reality out there on the ground is not ideal. We have to prevent minors falling into the hands of unscrupulous smugglers and traffickers that wait outside open detention centres, so closed centres can be appropriate in some cases.

Some of you, like me, have been visiting these places. Children are the easiest victims of smugglers and traffickers. Colleagues, our primary, common goal is to protect children and I would like also to call on NGOs with expertise to support the authorities of Member States under pressure even more. The protection of children of course needs to be regulated, but it is the responsibility of our societies, of all of us as a whole, and the Commission has taken the lead on that but, as was said very correctly before, Member States should take their share and I fully agree with the proposal to sensitise and mobilise your colleagues in the national parliaments. We have to address this issue together, united, and I do not think there is one person among you, or among the Members of the Commission or among your colleagues in the national parliaments, that does not share our determination, our commitment, to safeguard and support this vulnerable group of the migrants that have decided to cross rough seas, fire, dictatorships, difficulties and dangers in order to come to Europe. It is our duty and it remains, as I said before, our top priority to address this very, very sensitive issue.

Przewodniczący. – Dziękuję za tę ostateczną deklarację, którą pan złożył. Proszę zauważyć, że mówiliśmy o dzieciach. Nigdy nie mówiliśmy o uśmiechu dziecka, radości dziecka, wręcz o czymś zupełnie innym. Oczekujemy zatem na konkretne kroki.

Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The scale of disappearance of migrant children is absolutely shocking. Research by Missing Children Europe estimates that up to 50% of unaccompanied children in certain reception centres in the EU go missing. We are told by Europol that there is a ‘tremendous amount of crossover’ between smugglers smuggling refugees across borders and gangs ensnaring people for forced sexual and labour exploitation. Yet the issue is not confined to the country of origin. If a child is abducted in Spain, they could easily travel as far as Sweden or any of a dozen countries without them or their kidnappers ever being subject to a passport check. The opportunity to catch the perpetrators is lost, and the problem is incredibly difficult to tackle when we do not even know which country a criminal or victim is in. If the European Union truly cares about security, it will rethink the Schengen Agreement, which leads to the unrestricted freedom of movement of traffickers and their victims.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – When historians look back at the migration crisis, there will be many things that they will say Europe should have done differently. Fifty per cent of all children who arrive at reception centres in Europe go missing, the majority of them lost within the first 48 hours of arrival.

These minors, who have very often been separated intentionally from their family members by traffickers, are often subjected to kidnapping, sexual exploitation, slavery, the tracking of organs, prostitution and even forced drug smuggling. This is not the life for a child. This has resulted in one of the largest atrocities of this migration crisis and it cannot continue to go ignored. But with only four Member States having legal or procedural regulations on missing migrant children, we still have a long way to go. I can think of no greater need for children, than the need for protection. And these children, like all children, deserve it too.

Rosa D’Amato (EFDD), *per iscritto*. – I dati di Europol parlano chiaro e in Europa sarebbero scomparsi oltre 10 mila minori rifugiati.

Questi bambini, il più delle volte privi di documenti e spesso senza adulti che li accompagnano, rischiano di finire preda di organizzazioni criminali internazionali che hanno l’obiettivo di ridurli in schiavitù o di sfruttarli sessualmente, quando non addirittura per la compravendita di organi. Il panorama giuridico europeo è frammentato e farraginoso, privo di una strategia unitaria che possa permettere una lotta efficace alla sparizione dei minori migranti. Sarebbe invece opportuno intervenire tempestivamente per fare in modo che si adotti un protocollo unico, che consenta la loro identificazione al momento dello sbarco o comunque dell’arrivo, della loro registrazione in un database condiviso a livello UE e l’immediato affidamento a servizi di tutela dei minori.

In caso di sparizione sarebbe opportuno intervenire con la massima urgenza, diramando segnalazioni e avvisi a ogni autorità competente in ciascuno Stato membro. Serve inoltre una politica di contrasto duro ed efficace a ogni forma di sfruttamento e sottrazione dei minori immigrati e la Commissione dovrebbe agire in via prioritaria su questo argomento e non limitarsi a spendere parole, tanto belle quanto vacue.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A migránsok közül is az Európába igyekvő gyermekek vannak leginkább kitéve a zaklatás és a kizsákmányolás veszélyeinek, valamint ők esnek a leghamarabb az emberkereskedők áldozatául, ezért saját védelmük érdekében fontos, hogy regisztrálva legyenek, ezzel megakadályozva elkallódásukat. A migráns gyerekek eltűnését úgy lehet a leghatékonyabban megakadályozni, ha a hazájukhoz közeli táborok életkörülményeinek javítása révén el tudjuk érni, hogy életüket kockáztatva és számtalan veszélynek kitéve magukat ne kelljenek útra Európa felé.

Ennek egyik legfontosabb eleme a megfelelő oktatáshoz való hozzáférés biztosítása, ugyanis ez elengedhetetlen a gyermekek egészséges fejlődéséhez, de saját közösségük jövője szempontjából is – nem eshetnek ki egész generációk az oktatásból. De ugyanúgy fontos a megfelelő egészségügyi ellátás biztosítása is számukra. Magyarország is ezért támogatja a libanoni, jordániai, iraki menekülttáborokban az oktatás biztosítását, szorgalmazza kórház építését.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Il rapporto pubblicato dall'Unicef dall'emblematico titolo «Un viaggio mortale per i bambini» fotografa una situazione drammatica che per dovere morale, senso di giustizia, onestà politica e istituzione non possiamo non vedere.

Dei 181 436 migranti e profughi arrivati in Italia nel 2016, 28 223 sono minori. Nove su 10 sono minori accompagnati. Ogni giorno ne scompaiono 28. Dopo le violenze, le torture, i traumi di un viaggio attraverso l'inferno, in Europa non trovano una accoglienza adeguata, così molti scappano, fanno perdere le proprie tracce, continuano ad essere vittime perfette, perché indifese, di una criminalità senza scrupoli. Non ci sono minori migranti e minori europei, minori profughi e minori cittadini, ci sono bambini e ragazzi che l'Europa ha il dovere di distinguere dagli adulti. I minori hanno bisogno di cure diverse, di attenzioni diverse, di spazi dedicati e di un percorso, un progetto, che li possa portare, se non a dimenticare, a superare tanto dolore.

Oggi la Commissione europea approva la sue raccomandazioni per la politica di migrazione, che non possono non contenere un capitolo dedicato ai minori che scappano dalla guerra e arrivano in Europa. Regole che devono riguardare tutti gli Stati membri. Che nessuno si senta assolto, perché siamo tutti coinvolti.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – V řadě zemí EU se v posledních dvou letech objevily tisíce nominálně nezletilých migrantů. Zdá se, že těžší z informací o zvláštních podmínkách dětí, které jako migranti přijdou do EU. Vzhledem k tomu, že nemají žádné osobní doklady a věk se na pohled opravdu spolehlivě určit nedá, je řada těchto migrantů řazena mezi nezletilé na základě vlastního prohlášení. V proslulé „džungli“ u města Calais byli nominálně dospělí a nominálně nezletilí. Dospělí byli přemístěni do různých utečeneckých zařízení po celé Francii, zatímco „nedospělí“ se nakonec do Anglie dostali. Nejsem si jist, zda podobná politika je správná, ale chápu, že u mladších migrantů je větší šance ovlivnit jejich postoje výchovou. Přesto se nemohu ubránit přesvědčení o tom, že se o své občany má starat především země jejich původu, a nikoliv jimi zvolená a „zřejmě i někým doporučená“ země. V zásadě je jedno, zda se jedná o oficiálně pohřešované nedospělé migranty nebo o ty, jejichž pobyt je známý. V řadě zemí EU tyto postoje oficiálních míst výrazně zesilují xenofobní nálady a zvyšují preference extrémní pravice. Tím i narůstá riziko sebeobtržky projektu Evropské unie.

Kati Piri (S&D), *schriftelijk*. – Duizenden alleenreizende kinderen zijn de afgelopen jaren zoek geraakt in Europa. Zij lopen het gevaar slachtoffer te worden van uitbuiting, gedwongen prostitutie, en zelfs illegale orgaanhandel. De EU en de nationale regeringen zouden er goed aan doen dit probleem hoog op de agenda te zetten, zowel voor de veiligheid van deze kinderen als voor onze eigen veiligheid. Zij zijn immers een makkelijke prooi voor georganiseerde misdaad en extremistische aanslagen.

Het is bizar dat Europa niet eens voor deze meest kwetsbare migranten kan zorgen. Onze regeringen moeten simpelweg zorgen voor fatsoenlijke opvang, betere monitoring en het nakomen van eerder gemaakte afspraken over de herplaatsing van vluchtelingen uit Griekenland en Italië. Zo zijn er in Griekenland 500 alleenstaande kinderen die al maanden aan alle voorwaarden voor herplaatsing voldoen, maar desondanks nog altijd niet door andere Europese landen zijn overgenomen. Het is een schande!

Soraya Post (S&D), *skriftlig*. – 10 000 migrerande barn är försvunna i Europa. Dessa siffror hör vi om och om igen. Men de försvunna barnen är inte försvunna, de lever och finns mitt ibland oss. De försvinner av rädsla för att skickas tillbaka. När barnen inte har någon trygg plats tar de tillflykt till det ställe som tar emot dem. De hamnar hos organiserade gäng, de säljer droger för att överleva, de blir sexuellt utnyttjade, utan tillgång till skola, sjukvård eller någon av alla de rättigheter barn har. Det är vuxna som har tagit deras rätt till en trygg plats. Det är vuxna som tagit bort deras hopp. Vissa barn är så utlämnade att de väljer att ta sitt liv. Vi behöver ge dessa barn deras rätt till en självklar plats i världen: vi måste ge barnen uppehållstillstånd och göra det omedelbart genom en generell amnesti. Barnen behöver veta att de är önskade. Som Olof Palme sa: det finns inte dina ungar eller mina ungar, det finns bara våra barn. Och detta behöver barnen veta. I dag, i denna minut.

Емил Радев (PPE), *в писмена форма*. – Информацията за изчезналите 10 000 деца мигранти е притеснителна по две причини. От една страна, това са деца, за които ние имаме задължението да се грижим с особено внимание, имайки предвид, че някои от тях са загубили родителите си. От друга страна, ако толкова много деца успяват да избягат от зоркото око на службите, представете си още колко и какви хора използват мигрантските маршрути, за да достигнат до Европа и после да изчезнат.

Необходими са повече действия на европейско ниво за защита на децата мигранти, като например борба срещу трафика на хора, предоставяне на специални грижи за непридружените деца, засилване на сътрудничеството и обмяна на информация между службите за сигурност по отношение на изчезналите деца, дори и чрез създаване на специализиран отдел в Европол.

Необходимо е и чрез предстоящите промени на европейското законодателство да гарантираме, че непридружените деца мигранти получават квалифицирани и обучени настойници. Децата мигранти не са престъпници, но могат да се превърнат в такива, ако попаднат в ръцете на трафиканти на хора, организирани престъпни групи и дори терористични мрежи. Затова справянето с проблема на изчезналите деца мигранти е в интерес както на тяхната сигурност и благосъстояние, така и на европейската сигурност.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Lisabonská zmluva zakotvuje ochranu práv detí ako jednu z úloh Európskej únie, a to jednak vnútorne (v rámci EÚ), ako aj vo vzťahu k tretím krajinám. V posledných obdobiach do Európy, žiaľ, ročne prúdia tisíce detí pochádzajúcich z tretích krajín a migrujúcich bez sprievodu svojich rodičov alebo zákonných zástupcov. Dôvodom, prečo je tomu, tak je mnoho, no niektorí sú utečencami a utekajú pred vojnou, ozbrojeným konfliktom, prenasledovaním či diskrimináciou v krajine pôvodu. Je však mnoho detí, ktoré utekajú pred chudobou a v Európe hľadajú lepší život a prácu. Čo osobne považujem za najsmutnejšie, je to, že mnohé z týchto detí sú častými objektmi obchodovania s ľuďmi, nútenej práce či vykorisťovania. Ak by sme aj opomenuli motív cesty týchto migrujúcich detí, s ľútosťou musím konštatovať, že tieto deti sú extrémne zraniteľné a náchylné stať sa obeťou prostitúcie, zneužívania na pornografiu, otrokom detskej práce, obchodu s drogami a ďalších foriem zločinnosti. Za mimoriadne alarmujúci problém považujem miznutie migrujúcich detí, ktoré sú spomedzi migrantov najzraniteľnejšími, pretože v živote, kde sa ocitli, sú akoby neviditeľné a bez vlastného hlasu.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE), γραπτώς. – Ένα χρόνο μετά την κατάθεση σχετικής κοινοβουλευτικής ερώτησης για την εξαφάνιση, κατ' εκτίμηση, 10.000 ανήλικων προσφυγόπουλων στην Ευρώπη, η κατάσταση όχι μόνο δεν έχει αλλάξει αλλά φαίνεται να είναι χειρότερη απ' ό,τι γνωρίζουμε. Τα στοιχεία πλέον μιλούν ακόμη και για 30.000 αγνοούμενα παιδιά, τα οποία μέχρι στιγμής αδυνατούμε να εντοπίσουμε και να βοηθήσουμε να επανενωθούν με τις οικογένειές τους. Πολλά από αυτά πιθανολογείται ότι έχουν πέσει θύματα εκμετάλλευσης, ιδίως σεξουαλικής, από δίκτυα οργανωμένου εγκλήματος διακίνησης ανθρώπων και εμπορίας οργάνων (trafficking). Είναι γεγονός ότι η Ευρωπαϊκή Αστυνομική Υπηρεσία δεν διαθέτει ειδική μονάδα που να ασχολείται με τα αγνοούμενα παιδιά, ενώ ο συντονισμός των κρατών μελών στον τομέα αυτό είναι απογοητευτικός. Η καταγραφή των ανήλικων με τη λήψη δακτυλικών αποτυπωμάτων, λαμβανομένης υπόψη της ηλικίας τους και σε κάθε περίπτωση, όχι σε ανήλικους κάτω των έξι ετών, είναι ένα σημαντικό μέτρο για να αποφύγουμε νέα φαινόμενα εξαφάνισης παιδιών. Επιπλέον, είναι κεφαλαιώδους σημασίας να υπάρξουν πιο αποτελεσματικοί ευρωπαϊκοί κανόνες, που να αναγκάζουν τα κράτη μέλη να συνεργάζονται μεταξύ τους αλλά και με τη EUROPOL, για να γεφυρωθεί το υπάρχον κενό στη διασυνοριακή συνεργασία. Τα παιδιά είναι η πιο ευάλωτη ομάδα των μετακινούμενων πληθυσμών και αποτελεί χρέος της πολιτισμένης Ευρώπης να προστατεύσει το μέλλον τους.

19. Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia są oświadczenia Rady i Komisji w sprawie zróżnicowania wynagrodzenia ze względu na płeć (2017/2567(RSP)).

Chris Agius, President-in-Office of the Council. – Mr President, honourable Members, Commissioner Jourová, first of all let me thank you for the opportunity to intervene here today on the topic of the gender pay gap. Equality between men and women is a fundamental principle of the European Union. It is enshrined both in our Treaties and in Article 23 of the European Union Charter of Fundamental Rights.

In 1975, the Treaty of Rome was successfully invoked to defend the rights of an air hostess who worked for the Belgian national airline, Sabena. She felt it was unfair that she was paid less just because she was a woman. She demanded equal treatment and won her case in the European Court of Justice. That groundbreaking European Court ruling more than 40 years ago opened the way for the first European directives on gender equality. Mainstreaming this principle in all our activities represents an important mission for the Union. Promoting equal economic independence for women and men, including by closing the income gap, is a crucial element necessary to ensure de facto gender equality. However, as we all know, equality on paper does not always translate into factual equality. The principle of equal pay for work of equal value has long been enshrined in European law. Nonetheless, women in Europe continue to earn, on average, around 16% less than men. In some Member States, the gender pay gap is over 20% and when it comes to pensions the situation is even bleaker, with a gap of 38.5% on average across the European Union.

The causes of the gender pay gap are many. However, an important underlying problem is that society seems to value women's work, paid or unpaid, less than the work of men. Firstly, the sectors employing a majority of women are also those sectors where pay tends to be the lowest. These include care work, cleaning services, casual work and so on. Secondly, women tend to be employed in more junior positions compared to men, a phenomenon we call the glass ceiling. Thirdly, women often have less continuity in their careers, as compared to men. This is because they so often give up their jobs or reduce their working hours in order to work at home. Finally, there is the crucial issue of lack of transparency in pay. It is hard to fight unfairness when unfairness is hidden. These challenges are common in all Member States, however their extent, dimension and context all differ from one Member State to another. This is why the actions that need to be taken in order to address this complex issue of the gender pay gap vary accordingly. Gender equality policies are essential instruments in economic terms. They also lead to greater prosperity, competitiveness and employment. They increase inclusiveness and social cohesion.

Honourable Members, what measures should be taken to close the gender pay gap? Greater pay transparency can help the underpaid fight for their rights. Jobs should be classified mutually and fairly. Also, we must focus on the quality of jobs: while flexibility is important, it should not be forcibly imposed on workers, for example, in the form of precariousness or involve involuntary part-time work. Moreover, more women are needed in company boardrooms and in other decision-making groups. Finally, we must ensure that both sexes can benefit from the opportunities offered by the digital economy, the green revolution, robotics and by the many other transformative developments in the labour market. To achieve this, we should start with education, as gender stereotyping starts very early in our lives. We should encourage more girls to study science, engineering, technology and maths. The IT sector, of course, is another area where women are under-represented and where their talents are needed.

We also need to take a closer look at the concept of a correct work-life balance. This can be addressed through a variety of measures, which include better access to childcare and child services for dependents, as well as flexible work arrangements or leave provisions. This is true also for men. In this context, the Council looks forward to the forthcoming initiative from the Commission on improving the work-life balance.

I would like to thank the European Parliament for its continuous commitment to maintaining the issue of the gender pay gap on the European agenda. I believe this is an issue on which our two institutions have much common ground. The Council has, in particular in the last two years, worked on the gender pay and pensions and on women in poverty. On Friday, the Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council will discuss measures to enhance the skills of women and men in the labour market. In this context, ministers will also consider further measures aimed at addressing the gender pay gap. Moreover, in the context of the European semester, the Council will adapt recommendations to improve women's labour market outcomes and to reduce the gender pay gap. To summarise, we must continue to work together. Only by turning words into actions will we succeed. Thank you very much for your attention.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, equality between women and men is a fundamental value of the European Union, enshrined in the Treaty from the very beginning. The Treaty of Rome, whose 60th anniversary we will remember in a few days, already included a provision on equal pay, opening the way for a broader gender equality policy in Europe later on.

Over the last 60 years, women have reaped the benefits of education and massively entered into the labour market. Sixty per cent of new graduates today are women. Yet, after undeniable encouraging developments, the gender pay gap seems to have stabilised at 17% in the EU. Compared to men, women are also less likely to be in paid employment, to sign permanent and stable work contracts, and they tend to work fewer hours. The glass ceiling still exists: although women have made inroads into economic decision-making positions, less than 5% of company leaders in the EU are women.

So it is clear that to finally erase the gender pay gap, we have to do much more. We know the gender pay gap has various root causes and my aim is to have a set of different measures to effectively tackle these roots. In other words, each of those sources of pay gap requires different solutions.

In 2014 we adopted a Recommendation on strengthening the principle of equal pay between men and women through transparency. We proposed a package of measures which could be adopted by Member States to effectively fight the direct discrimination in pay for work of equal value, and we work with the Member States to assess how these measures were implemented and how it works in practice. Ladies and gentlemen, I can only share with you that our assessment is that transparency is very important but it does not do magic.

Discrimination, which means different pay for the same work, is already prohibited by EU law, so we are pushing for better enforcement of the legislation in force. But discrimination is unfortunately not the only cause of the gender pay gap. We witness the horizontal segregation of the labour market. Women tend to be grouped in sectoral jobs which are under-paid and valued less, such as the social care sector, for instance. It is our intention to support both women and men to go for the less and non-traditional jobs. A good example is the digital sector, already mentioned here by the Presidency, where there are only 30% of women, and we know it is the sector of the future. We pay for projects to get more girls and women into this sector. And, yes, education is the way to solve this problem as well.

There is also an issue of part-time jobs. It is clear that during some period of time people might need to use the working arrangement to better reconcile work and private duties. However, it should not be a rule that only women are going for part-time jobs, and there needs to be a guarantee for employees who choose the temporary arrangement to resume full-time work. It is one of the provisions we intend to promote in the package of measures to improve conditions for working parents and carers, the so called 'work-life balance package', which is a joint initiative with Commissioner Thyssen. The Commission should adopt this package of legislative and non-legislative measures on 21 April.

One of the big challenges is the unequal sharing of care responsibilities between women and men. Among the working population, women spend on average 21 hours a week on caring and household activities compared to nine hours spent by men. It has a lifelong effect on women's careers, earnings and unfortunately also pensions, where we now have a harmful 40% gap as a reward to women for their lifelong care for their families.

All this shrinks their economic independence. This is not acceptable: all talents must be properly valued and recognised; and a better work-life balance should be sought for both men and women. When providing parents with choice and opportunities, we also aim to eradicate the negative lifelong effect of 'no-choice available' on women's careers, earnings and pensions. I already said in one of the plenary sessions when we discussed the pay gap and work-life balance initiative that it is our duty to remove the barriers for working parents to combine better work and family duties and it will be the free choice of people to use these opportunities. This is the philosophy which you will see in the package on work-life balance which we are preparing.

This is, as you know, one of our initiatives for 2017, and this is also an initiative related directly to the European Pillar of Social Rights. The Commission is also undertaking a number of policy and awareness-raising actions to address the gender pay gap. As you know, we initiated the European Equal Pay Day; we encourage the exchange of best practices among Member States and we co-finance Member State initiatives through the Structural Funds and actions by civil society. Talking of Structural Funds, there will be a very rich chapter in the new package on work-life balance to encourage the Member States to use better and more intensively the EU Structural Funds for creating more and better and affordable social care facilities, whether it be crèches, kindergartens or facilities for caring for seniors, because this money should serve people. I cannot imagine many more and better opportunities to use this money for a really good purpose. Ladies and gentlemen, I look forward to the debate with you now.

Przewodniczący. – Bardzo dziękuję, pani komisarz. Wysłuchaliśmy dwóch oświadczeń, obraz wydaje się dość klarowny. Oba oświadczenia są w podobnym duchu, nie ma istotnych rozbieżności, natomiast wydaje się, że deklaracje, które padły, oznaczają, że zarówno Rada, jak i Komisja mają zamiar spełniać swoje funkcje.

Zanim państwa pożegnám, dziękując za 60 minut spędzonych razem, chciałbym zapowiedzieć, że nie przewidujemy procedury „niebieskiej kartki” w tej debacie.

Elisabeth Köstinger, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Kommissarin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss im 21. Jahrhundert eine Selbstverständlichkeit sein. Leider – und gerade Sie, Frau Kommissarin, haben es ja bereits vorgetragen – gibt es diese Einkommensunterschiede noch immer, und wir alle sind wirklich sehr stark gefordert, um vor allem die Ursachen innerhalb Europas zu bekämpfen und somit eben zum Schließen dieser Einkommensschere wirklich beitragen zu können. Ich bin der Meinung, dass vor allem eben auch dieses Fehlen von Frauen in zum Teil technischen Berufen maßgeblich dazu beiträgt, und wir schon auch – und es wurde bereits angesprochen – vor allem im Bildungsbereich hier sehr stark ansetzen müssen, um Frauen zu ermutigen, gerade eben jene Berufe wahrzunehmen, die in ganz Europa eigentlich sehr stark nachgefragt sind.

Frauen nehmen sich aber sehr oft im Berufsleben zurück, weil sie einer Mehrfachbelastung mit Familie und Kinder und sehr oft auch dem Pflegebereich ausgesetzt sind. Auch hier glaube ich, ist es sehr wichtig, im Sozialbereich für unterschiedliche Möglichkeiten zu sorgen und die Frauen hier stärker zu entlasten. Beziehungsweise möchte ich auch zu bedenken geben, dass sehr viele Frauen für sich dieses Lebenskonzept aussuchen und beispielsweise als Hausfrauen zu Hause bleiben. Ich glaube, dass sollte auch ein Bereich sein, den wir noch viel stärker wertschätzen sollten. Frauen nehmen sich aber auch in Gehaltsverhandlungen zum Teil sehr stark zurück. Auch hier muss man sehr früh bei Mädchen ansetzen, ihnen dieses nötige Selbstbewusstsein mitgeben, und eben auch diese Karriereperspektive bieten. Sehr wichtig wird es für uns auch sein, den *pensiongap*, den wir aufgrund dieser sehr starken Unterschiede im Einkommen wahrnehmen, entsprechend schließen zu können, denn vor allem Altersarmut betrifft auch sehr stark die Frauen.

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señora comisaria, nadie puede presumir de vivir en una sociedad moderna cuando datos como los que hoy se han planteado aquí nos reflejan que las mujeres cobran una media europea de un 16 % menos que los hombres por un mismo trabajo. Y hablamos de media europea... porque hay países, como el mío, como España, donde según informes como los que han lanzado estas últimas semanas los sindicatos, estamos en una brecha del 23 %.

Por lo tanto, estos datos nos tienen que hacer ver la necesidad de impulsar políticas reales y plantearnos objetivos para reducir esta brecha salarial. Porque si seguimos a este ritmo, los datos nos dicen que nuestras nietas habrán conseguido el objetivo de la igualdad salarial, que tardaremos más de 70 años en conseguir la igualdad salarial.

Por lo tanto, seamos conscientes de la necesidad de poner objetivos claros. Planteemos la reducción del 2 % en cada país, cada año, de brecha salarial. Planteemos una auditoría —la transparencia es fundamental para poner un espejo a aquellos que no están cumpliendo con la legalidad— y seamos capaces de dar también a los interlocutores sociales el papel que deben tener para prevenir esta situación.

Una sociedad no se puede denominar como justa cuando las mujeres están en una situación de desigualdad como la que tenemos en estos momentos en la Unión Europea.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Janusz Korwin-Mikke (NI), *blue-card question*. – Do you know which was the place in the Polish theoretical physics Olympiad, the first place of women, of girls? I can tell you: 800th. Do you know how many women are in the first 100 chess players? I can tell you: not one. Of course women must earn less than men because they are weaker, they are smaller, they are less intelligent, and they must earn less. That is all.

Iratxe García Pérez (S&D), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Mire, señor diputado, según usted, según sus teorías, yo no tendría derecho a estar aquí como diputada, y sé que le duele. Sé que le duele y le preocupa que hoy las mujeres podamos estar representando a los ciudadanos en igualdad de condiciones con usted. Yo aquí vengo a defender a las mujeres europeas de hombres como usted.

Jana Žitňanská, *za skupinu ECR*. – Vážená pani komisárka, pomerne často sa na Slovensku stretávam s ľuďmi, ktorých by možno dnešná debata o rodovom znevýhodnení nezaujala, no napriek tomu sa ich bytostne, prakticky dotýka. Ide o ľudí v povolaniach, ktoré sú podľa mňa jedny z najnáročnejších. Ide o zdravotné sestry, učiteľky, profesionálne i neprofesionálne opatrovatelky. Nemyslím si, že je našou úlohou hodnotiť, ako a prečo sa pre svoje povolanie rozhodli, no ak môžem na tomto krátkom priestore niečo spomenúť, dovoľte mi osobnú skúsenosť.

Poznám veľa príbehov, kedy až vlastná skúsenosť ukázala otcom rodín, mužom, že usilovať o lepšie finančné podmienky, dostupnú a kvalitnú starostlivosť o deti, seniorov a zdravotne znevýhodnených je tou najlepšou investíciou do spokojnej spoločnosti v budúcnosti. Budem rada, ak téma rodovej nerovnosti pri platoch nezostane len „ženskou témou“. Potrebujeme otcov, manželov, partnerov, poslancov a mužov politikov, ktorí zabojujú tiež za lepšie podmienky spolu s nami.

Angelika Mlinar, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Wir müssen endlich aufhören damit, an den Mythos der Gleichberechtigung zu glauben; er ist schlicht und ergreifend noch nicht Realität. „Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit“ ist eines der Grundprinzipien der Europäischen Union, welches seit 1957 in den Verträgen eingebettet ist. Und dennoch gibt es ein *gender pay gap*, unterschiedliche Bezahlung für Männer und Frauen in jedem einzelnen Mitgliedstaat.

Viele Länder feiern den sogenannten *equal pay day* – jenen Tag des Jahres, an welchem Frauen eigentlich beginnen, für ihre Arbeit genauso viel Geld zu bekommen wie ihre männlichen Kollegen. Der *equal pay day* in Österreich ist der 4. März, in der EU allgemein der 2. März. Bis dahin arbeiten die Frauen in Österreich 63 Tage lang, in der EU 61 Tage lang im Verhältnis zu ihren männlichen Kollegen eigentlich umsonst. Mädchen bekommen oft weniger Taschengeld als Buben oder ihre Brüder, und die Pensionen für Frauen betragen, wie von der Frau Kommissarin schon erwähnt, 40 % weniger als jene für Männer – innerhalb der gesamten EU.

Sie sehen: Für Frauen beginnt es mit der Einkommensungleichheit in der Wiege und endet sozusagen an der Bahre.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, a uma semana de uma data histórica ligada à luta emancipadora das mulheres, destacamos o agravamento da precariedade laboral e dos baixos salários que atingem as trabalhadoras, assumindo expressões particularmente chocantes e inaceitáveis nas novas gerações e em setores como a indústria têxtil, do comércio, do alojamento e da restauração ou dos serviços.

As discriminações salariais, diretas e indiretas, entre homens e mulheres têm causas, não surgem por geração espontânea. O capital e o patronato usam-nas para aumentar a exploração.

Discriminações alavancadas nas políticas de direita dos Estados-Membros e da União Europeia, indissociáveis do ataque à contratação coletiva e aos salários e da ofensiva contra os direitos laborais dos trabalhadores e das mulheres, em particular.

A superação destas desigualdades só será possível rompendo com as vossas políticas de classe, pondo fim à precariedade, limitando o recurso ao trabalho temporário, regulando horários de trabalho, sem que excedam as 8 horas diárias, garantindo o princípio de salário igual por trabalho igual e a valorização salarial, assegurando a devida proteção na e da maternidade.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, yo creo que la comisaria ha descrito muy bien el fenómeno. En toda la Unión Europea, con una brecha salarial de 17 %, si contamos el conjunto de ingresos nos vamos al 40. Y yo lo que tengo que decir es que las cosas no evolucionan. Estamos estancados, como se ha señalado.

Mucho tiene que ver también con el tipo de medidas, de reformas del mercado laboral, que hemos impulsado en los últimos años, porque, evidentemente, tenemos una problemática con el trabajo parcial, que, además, después tiene un efecto muy importante en la tasa de cobertura del desempleo y en las pensiones. El hecho de que cobren menos también tiene un efecto en las pensiones, porque tenemos una brecha en pensiones del 40 %.

Por lo tanto, yo creo que el fenómeno es compartido y que aquí hay que ser valiente. La cuestión de la transparencia por parte las empresas que se ha señalado es importante, pero, sobre todo, hay que recuperar una agenda de igualdad de género muy fuerte.

Tengo que decir al representante del Consejo que nos ha hecho un poco de notario de la realidad, ya que nos ha dicho que, si hubiera más mujeres en puestos de mando, esta situación mejoraría. Pues bien, tienen ustedes una Directiva, la de mujeres en los puestos de dirección de las grandes empresas, bloqueada. Sería una buena idea que la desbloquearan porque así eso permitiría también avanzar en este ámbito.

Barbara Kappel, im Namen der ENF-Fraktion. – Frau Präsidentin! Herr Minister, Frau Kommissarin! Die Erwerbsquote von Frauen steigt in den EU-Mitgliedstaaten zwar seit Jahrzehnten an, dennoch tragen Frauen in der Regel weniger als die Hälfte zum durchschnittlichen Haushaltseinkommen bei. Mein Heimatland Österreich ist eines jener Länder, in denen Frauen prozentuell am wenigsten beisteuern. Der Unterschied im Bruttostundenlohn liegt in Österreich bei 22,2 Prozent – das ist um ein Drittel mehr als in der EU. Das heißt, Frauen verdienen in Österreich pro Stunde im Durchschnitt um mehr als ein Fünftel weniger als Männer. Soweit zum Thema „gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“

Noch gravierender ist der Einkommensunterschied hochgerechnet auf das Jahreseinkommen. Österreichische Frauen haben ein durchschnittliches Jahreseinkommen, welches um 44,5 Prozent oder mehr als zwei Fünftel niedriger ist als jenes von Männern. Die Gründe dafür sind vielfältig. Wir haben einiges heute schon gehört: Es sind weniger Frauen in Management und Führungsaufgaben, Frauen erfüllen in einem viel stärkeren Ausmaß als Männer wichtige unbezahlte Tätigkeiten wie Haushaltsführung, Kindererziehung und Altenpflege, und müssen deshalb oft Teilzeitjobs annehmen. Frauen haben häufiger Karriereunterbrechungen und auch die Segregation am Arbeitsmarkt und in der Erziehung trägt dazu bei. Der Befund kann uns nicht beruhigen, deshalb müssen wir auf allen politischen Ebenen ansetzen, um diese Einkommensunterschiede auszugleichen.

Anna Záborská (PPE). – Nikto v tomto Parlamente ani vo verejnom priestore neobhahuje rozdiely v platoch mužov a žien vykonávajúcich rovnakú prácu alebo prácu rovnakej hodnoty. Je to určite dobrá správa a zaslúži si, aby sme o nej hovorili, hoci aj opakovane. Horšia správa je, že hoci tento Parlament prijíma stále ďalšie uznesenia, ktorými sa snaží znížiť neopodstatnené platové rozdiely medzi mužmi a ženami, už 11 rokov sa nenašla politická vôľa potrebná na novelizáciu smernice z roku 2006 o vykonávaní zásady rovnosti príležitostí a rovnakého zaobchádzania s mužmi a ženami vo veciach zamestnanosti a povolania.

To je frustrujúce nielen pre mňa ako poslankyňu, ktorá sa tejto téme venuje, ale najmä pre ženy a matky, ktoré platová diskriminácia postihuje a nemajú účinné nástroje na to, aby sa pred ňou bránili. To sa nezmení dovtedy, kým nevyriešime otázku ďalšej budúcnosti EÚ, o ktorej sme diskutovali na začiatku tejto schôdze. Pretože to, aké opatrenia prijíma na boj proti neopodstatneným platovým rozdielom medzi mužmi a ženami a či ich vôbec prijíma, závisí od toho, pre ktorý z Junckerových scenárov sa rozhodneme.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Gerbiama Komisare, teigiamai vertinu Komisijos ryžtą kovoti su moterų ir vyrų darbo užmokesčio skirtumu, tačiau, nepaisant visų pastangų, vis dėlto situacija nesikeičia. Nevienodi atlyginimai yra daugialypė problema, todėl be darbo užmokesčio skaidrumo, pirmiausia raginu valstybes nares nacionaliniuose įstatymuose įtvirtinti aiškią vienodo darbo užmokesčio apibrėžtį. Be to, taip pat labai svarbu apibrėžti, kas yra tas lygiavertis darbas, nes ES lygmeniu nėra nustatyta lygiavertčio darbo apibrėžtis ar aiškūs vertinimo kriterijai, kuriais remiantis būtų galima palyginti skirtingus darbus.

Vienas iš būdų nustatyti lygiavertį darbą – pasinaudoti lyčių požiūriu neutraliomis pareigybių vertinimo ir klasifikavimo sistemomis. Darbo užmokesčio skirtumas gali atspindėti ir darbo rinkos nelygybę, kurią iš esmės dažniau patiria moterys, ypač kalbant apie sunkumus derinant profesinę veiklą ir šeiminių gyvenimą. Ir dėl to moterys iš tikrųjų dažniau dirba ne visą darbo dieną, dažniau pertraukia savo profesinę karjerą, tai riboja jų galimybes mokytis visą gyvenimą, taip pat riboja ir jų profesinį tobulėjimą. Gerbiama Komisare, iš visos širdies prašau kaip galima greičiau pateikti teisėkūros ir neteisėkūros priemonių paketą dėl darbo ir šeimos suderinimo.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! W kontekście dzisiejszej sytuacji chciałabym zwrócić państwa uwagę na moją ojczyznę. Od wielu miesięcy w instytucjach unijnych trwa nagonka na Polskę. Jej podstawowym elementem jest powielanie kłamstw o sytuacji kobiet w Polsce, jak i o rzekomo łamanej demokracji. Są to oczywiste insynuacje, czego dowodem może być ostatnio opublikowany raport PwC „Women in Work Index 2017”, z którego wynika, że Polska znajduje się w czołówce państw z najniższą luką płacową – tylko 7%. Raport PricewaterhouseCoopers wskazuje również, że jeśli utrzymamy obecny trend zmian, to różnicę w wynagrodzeniach w Polsce uda się zniwelować już w roku 2021, czyli najszybciej spośród wszystkich badanych krajów OECD.

Szanowni państwo, tak się realnie mierzy równouprawnienie – nie w oparciu o kłamstwa, ale o fakty. Polska na tym polu odniosła wielki sukces. Bierzcie z nas przykład.

Marian Harkin (ALDE). – Madam President, the gender pay gap is the difference between what women and men earn on average per hour before tax. In general, women are not paid less than men for the same work, because that is illegal under EU law. Nonetheless, the gender pay gap is real, even when you factor in the difference in hours worked between men and women. That gap is especially wide in low paid jobs.

A recent study in Ireland showed that in 2015 we had a 14.8% difference in median pay between women and men. Crucially, that gap has widened by 80% since 2012, when it stood at 8.3%. This impacts throughout women's lives with knock-on negative effects on their pensions. The causes of the gender pay gap are complex. We have identified them and now we need to address them. An overarching way of doing this is to strengthen the gender mainstreaming approach throughout the entire lifecycle and to ensure work-life balance.

Dominique Martin (ENF). – Madame la Présidente, débattre aujourd'hui sur les écarts de rémunération entre hommes et femmes est à la fois primordial et futile. Primordial, car il est intolérable que, pour le même emploi, l'écart de salaires entre hommes et femmes soit environ de 9 %. Futile, car ce chiffre de 9 % ne reflète qu'une partie de la triste réalité. En effet, l'écart salarial annuel net est de 25 % si l'on prend en compte le temps partiel et la ségrégation professionnelle.

En mars 2015, je dénonçais déjà le scandale de ces femmes obligées de prendre un travail à temps partiel pour gagner 700 euros par mois, soit moins que le seuil de pauvreté. Aujourd'hui, c'est une femme sur trois qui travaille à temps partiel. La ségrégation professionnelle – le fait que les femmes et les hommes ne travaillent pas dans les mêmes secteurs, n'accèdent pas aux mêmes postes, aux mêmes responsabilités – influence aussi grandement cet écart de rémunération.

Dénonçons également l'exploitation de toutes ces femmes dans la grande distribution, dans les sociétés de nettoyage ou autre émanation de la mondialisation qui, pour un salaire de misère, ne maîtrisent même pas leur emploi du temps.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Szanowni Państwo! Dzisiaj rozmawiamy o luce płacowej. To jest ten wskaźnik, którego używamy do monitorowania i którego używamy do oceniania i Komisji Europejskiej, i państw członkowskich, jeżeli chodzi o sytuację kobiet.

Chciałabym zauważyć, że luka płacowa ilustruje i diagnozuje tylko fragment różnic płacowych i ekonomicznych pomiędzy kobietami i mężczyznami. Luka, której używamy w naszych statystykach, luka płacowa, odzwierciedla tylko różnice w stawkach godzinowych podstawy wynagrodzenia w danym sektorze gospodarki. To oznacza, że ten wskaźnik nie uwzględnia dodatków za staż, za funkcje, za pełnione stanowisko, za nadgodziny, za dodatkowe projekty. Nie uwzględnia środków takich jak nagrody, nie uwzględnia pozapłacowych dodatków, jak służbowe samochody, komórki, laptopy itd., które zazwyczaj kojarzone są z wysokimi stanowiskami, które bardzo rzadko przypadają kobietom.

Więc gdybyśmy chcieli naprawdę porównać zarobki kobiet i mężczyzn w obrębie branży, powinniśmy tak naprawdę zestawiać ich roczne PIT-y składane do urzędów skarbowych. Taka całościowa luka płacowa byłaby lepszym miernikiem różnic pomiędzy kobietami i mężczyznami na rynku pracy. Wiemy, że taka całościowa luka, bo ona jest zmierzona, wynosi w Unii Europejskiej około 38 %, a więc podobnie jak luka emerytalna, która również jakby obejmuje więcej elementów wynagrodzenia niż luka płacowa.

Pani Komisarz! Ja apeluję o zmianę metodologii wyliczania różnic w zarobkach i o zastosowanie luki całościowej lub luki emerytalnej jako wskaźnika różnic pomiędzy kobietami i mężczyznami.

Pina Picierno (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi è il 1° marzo, ed è in realtà, se ci pensiamo, il primo giorno di lavoro retribuito del 2017 per molte donne, ma non perché siano state in ferie da Capodanno ad oggi, non è questa la ragione, ma perché – se si tiene conto, naturalmente, della parità di mansioni rispetto ai colleghi uomini – hanno lavorato gratis per i primi due mesi. Questo ci dicono tutti gli studi che ricostruiscono la situazione rispetto al divario retributivo.

Perché, sì, nella nostra prospera, ricca Europa esistono ancora queste differenze enormi e sono differenze – colleghe – assolutamente inaccettabili, come avete detto. È inaccettabile anche che questa differenza diminuisca con questa velocità irrilevante, perché di questo passo arriveremo ad una parità di retribuzioni tra ottant'anni; probabilmente potranno raggiungere questo obiettivo le nostre nipoti e, concludo Presidente, quindi ci aspettiamo che la Commissione e gli Stati membri mettano ...

(la Presidente ritira la parola all'oratrice).

Julie Girling (ECR). – Madam President, equal pay for equal work is one of the European Union's founding principles and every Member State is bound to ensure that the principle of equal pay for male and female workers for equal work, or work of equal value, is applied. As Marian Harkin said, however, actually making sure this happens is only half of the problem.

The reasons behind the gender pay gap are complex. They overlap and there is no one solution to this issue, but there is absolutely no doubt at all in my mind that the gender pay gap is caused by direct discrimination: segregation in the labour market, traditional gender stereotypes and work-life balance issues. When combined, all these serve to reinforce gender inequality on a much broader scale. The impact of the pay gap extends even beyond retirement, as we have heard. The at-risk-of-poverty rate is around 22% for women over 65 – reflecting the inequality of pay.

What can we do? It is time that we took real action. We must extend the right to flexible work to all jobs. We must create a more effective policy on shared parental leave, with fathers getting at least three months' paid leave, and we must provide a mandatory scheme that includes funded training for women over the age of 40 who have done their duty in society, as they see it, to get back to work. Society must take responsibility for that.

Anna Hedh (S&D). – Fru talman! Alla här i kammaren vet, eller borde veta, att lönegapet mellan män och kvinnor i EU är enormt, inte minst med tanke på att det nu är år 2017 och att principen om lika lön skrevs in i Romfördraget för 60 år sedan.

Det borde vara en självklarhet att kvinnor och män får lika lön för lika arbete, men att hitta en lösning tar tydligen tid. Kvinnor utgör fortfarande en oproportionell andel av dem som jobbar deltid. De är också överrepresenterade i osäkra, otrygga anställningsformer. Enligt den senaste tillgängliga statistiken från Eurofond är trenden att deltidsarbete är något som ökar. Samma statistik från Eurofond visar också att kvinnor i familjer med barn under sju år tillbringar 32 timmar i veckan i betalt arbete och 39 timmar i obetalt arbete. För män är siffrorna 49 timmar betalt arbete respektive 15 timmar obetalt arbete.

I mitt hemland Sverige, som oftast används som ett föredöme i diskussionen om jämställdhet, når vi lika lön-principen om först 33 år med dagens tempo. I Sverige är löneklyftan 12,5 procent; i EU är den ännu högre och därför krävs det att vi vidtar faktiska åtgärder nu.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, last but not least, allow a male colleague to speak about the gender pay gap. Although women have as good, or better, qualifications than men in many cases, their skills are often not valued the same as men's and their career progression is slower. This results in an average gender pay gap of 16% in the European Union. Over the years it also results, among other factors, in a gender pension gap of around 39%. This situation is not acceptable and has to be addressed as soon as possible.

Equality between men and women is one of the fundamental values of the European Union but today we are reminded that it is not one of its fundamental realities. We must cut the gender pay gap by 2% each year over the next five years. The 2006 (recast) EU Gender Equality Directive provides guidance for Member States but I believe it is fundamental to have a revision of the recast Directive to introduce mandatory transparency of pay reports and gender action plans in companies in order to reduce the gap.

Catch-the-eye-Verfahren

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Madam President, to achieve equal pay for equal work is a top priority for women's empowerment and the lack of progress is frankly frustrating. The gender pay gap is a challenge throughout Europe in all kinds of jobs. Even in Sweden, my country, a champion of gender equality, women earn in a lifetime on average EUR 300 000 less than men. So what are we to do? There is no one-size-fits-all solution. It is a structural problem that needs to be dealt with from different angles and nationally.

Member States have to ensure that women have equal career opportunities in all fields, and this includes care facilities for children and a culture of shared family responsibility between men and women, to facilitate and encourage women entrepreneurship and to fight discrimination. The private sector, where the gender pay gap is more common, should take its share of the responsibility. It is important that we join forces at all levels to raise awareness, putting pressure on Member States to take concrete actions and share best practices.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in questi anni molti sforzi sono stati fatti per ridurre la disparità di salario fra uomini e donne in Europa.

I dati in tal senso sono incoraggianti, ma di certo non sono soddisfacenti. Oggi le donne tra i 30 e i 35 anni risulta abbiano in media un più elevato livello di istruzione e siano quindi più qualificate rispetto agli uomini di pari età, ma soltanto il 63 % di queste ultime svolge un'attività professionale, a fronte del 75 % degli uomini. Tale situazione di disuguaglianza, lo abbiamo detto, si manifesta anche in termini di divario salariale tra uomo e donna, divario che tende ad ampliarsi nelle pensioni.

Sono necessarie quindi politiche volte a modificare questa tendenza, a supportare le donne nell'esigenza di conciliare lavoro e famiglia, ma è necessario soprattutto investire nell'educazione, al fine di abbattere pregiudizi e discriminazione che ancora troppo spesso determinano un divario salariale tra uomini e donne.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, žena je kao majka i supruga stup svake obitelji, ali njezina krucijalna uloga u obiteljskom domu ni na koji način ne isključuje njezino profesionalno ostvarenje. Žalosno je da mnoge žene danas na tržištu rada nailaze na razne oblike diskriminacije, kojima nema mjesta u civiliziranom svijetu.

Postoje sve izraženije tendencije u europskoj politici da se ženu i muškarca u potpunosti izjednači i svede na isto, što smatram neprirodnim i kontraproduktivnim. Različiti smo i te razlike trebamo uvažavati. No tamo gdje nema razlika, gdje obavljamo isti posao, trebamo imati jednake uvjete rada. A naravno, podrazumijeva se – i jednaku plaću.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, comisaria, tenemos perfecta medida de la dimensión del problema, y para la celebración del Día de la Mujer Trabajadora quiero insistir en un cambio de perspectiva sobre la brecha salarial y el trabajo femenino.

La expresión en euros de la brecha salarial es solo parte de la factura que pagamos por no aprovechar al máximo el talento y las capacidades que despreciamos por culpa de la desigualdad. La diferencia de salarios entre hombres y mujeres es la traducción, en el mercado del trabajo, de la desigualdad, y eliminarla pasa por propiciar la conciliación y la corresponsabilidad —en casa, en el hogar— y por asignar responsabilidades sobre la base del mérito y la capacidad sin que el género penalice.

Mientras no solucionemos estos problemas, que empiezan por las actitudes personales de todos nosotros, las mujeres trabajaremos menos horas y en peores empleos, nos pagarán menos por cada hora trabajada y tendremos menos tasas de empleo y retiros más bajos.

Y un ejemplo de ese cambio de actitud es el debate de hoy: solo han participado cuatro hombres, y uno de ellos para insultarnos. Hay que cambiar también la actitud. Es un problema de todos. Es un problema social de hombres y de mujeres.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, I think we all agreed that equal pay is, first of all, a matter of elementary fairness, and the fact that we still have this average pay gap of 16-17% also shows, among other things, the lack of respect for women, which is so deeply rooted in traditions and stereotypes. So we need to be smart in introducing a combination of legislative and non-legislative measures in order gradually to change the situation and the conditions.

Yes, we heard here from several men – and the one who offended all of us reminded me of a discussion I had last year in New York with an African minister who had very similar opinions, and I realised how happy I am to live in Europe, even though we have all the problems we have discussed here. This is a good address for women, because the vast majority of us agree that there must be full respect for women, and that there is no reason for keeping the pay gap.

This is a matter of fairness, but keeping the pay gap and keeping the barriers for women who want to combine better family duties and work is also a matter of alarming economic short-sightedness, because we have very telling figures showing that not enabling women to go to work if they want to combine work with their family duties – with better help from men, of course – is a great waste of talent.

I am in frequent contact with IT companies and they desperately need talent, they need innovation, they need fresh thinking, and they are seeking women in this sector. They are also seeking women because women are more in tune with consumer thinking. Women comprise up to 70% of consumers, as measured by the volume of money invested, so there is a demand to have more women better educated for this sector.

Speaking also about those economic factors – and we need to speak about them because when we speak about this only as a gender problem it will not fly because the argument of unfairness, and I do not know why, is still not strong enough – in economic terms, society needs children. We heard the figures today in our new White Paper: the demographic trend in Europe is really alarming, and we need to think about it. Our societies, our economies, need to harvest what has been invested in the education of women. It is so short sighted not to help women to use their education in better jobs.

I could continue this economic argument but I will give you just two figures. We can see that keeping the barriers for women going to work if they so wish costs, in some Member States, up to 5% of GDP. This is a telling figure. There is another figure which I do not use very often but which is relevant, understanding that women's economic dependence on men leads to violence against women: that figure shows how much this horrible phenomenon in the EU costs. We have calculated that it is EUR 260 million a year in Europe. This is the cost of violence against women.

I could continue. I know we do not have much time, so I will conclude by saying that I take this gender pay gap very seriously, I understand all the complexity, and I can only repeat that we need to address all the sources of the pay gap and to come up with smart, well-targeted measures to get rid of it as soon as possible. Maybe we could discuss further whether there is a need for bigger sanctions, whether there is a need to encourage victims of discrimination to complain more often, and so on. There are very concrete measures which we want to introduce.

Chris Agius, President-in-Office of the Council. – Madam President, Commissioner, honourable Members, thank you once again for this timely and useful debate. It has shown once again the complex, but pressing nature of this problem. A cross-cutting life-course approach is needed. Each measure we take in each policy area is a part of the puzzle. The Presidency had decided to focus in particular on the issue of skills. On Friday, the Council will adopt a set of conclusions on enhancing the skills of women and men on the European Union's labour market.

Improving the skills of women will improve their situation on the job market and, later on, in retirement. It is a necessary step on the road towards equal economic independence. In its conclusions in the context of the European Semester on the Annual Growth Survey and the Joint Employment Report, the Council will note that more visibility should be given to the gender pay gap and the gender gap in coverage of pensions and that more efforts should be made to reduce them. Thank you once again for your attention.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – I dati relativi al divario salariale fra uomini e donne nell'Unione europea delineano un quadro complesso, e molto diversificato a seconda dell'area geografica. In particolare, è preoccupante vedere come in alcune regioni d'Europa gli squilibri salariali crescano invece che diminuire. Le disuguaglianze crescono o persistono nonostante le donne abbiano mediamente un titolo di studio più elevato degli uomini: le donne rappresentano il 60% dei laureati totali, e in media l'83% delle donne ha ottenuto almeno un diploma di istruzione secondaria superiore nell'UE, contro il 77,6% degli uomini.

Alla luce di questi dati sul livello di istruzione, è facile capire come la promozione dell'uguaglianza salariale fra uomini e donne sia indispensabile per tutte quelle imprese che vogliono investire nel talento e nella professionalità. Le donne nutrono aspettative sempre maggiori nei confronti della vita professionale, ed è dovere delle istituzioni europee incoraggiare questo percorso di uguaglianza in modo armonico per tutti gli Stati membri.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – Nadie puede presumir de vivir en una sociedad moderna cuando la realidad es que las mujeres cobran el 16,7 % menos que los hombres por un mismo trabajo. Y hablamos de media europea... porque hay países como España, donde según informes publicados recientemente por los sindicatos, la brecha puede alcanzar el 23 %. Estos datos nos tienen que hacer ver la necesidad de impulsar políticas reales y plantearnos objetivos para reducir esta brecha salarial. Porque si seguimos a este ritmo, hasta 2086 las mujeres no cobrarán lo mismo que los hombres, serán nuestras nietas las que consigan el objetivo de la igualdad salarial. Los socialistas pedimos la reducción del 2 % anual la de brecha salarial en cada país, la transparencia obligatoria de los informes sobre las remuneraciones, un plan de acción de género en las empresas, auditorías para reducir las diferencias salariales y apoyar a los interlocutores sociales para prevenir esta situación. Una sociedad no se puede denominar como justa cuando las mujeres están en una situación de desigualdad como la que tenemos en estos momentos en la UE. Las mujeres no somos ni más débiles ni menos inteligentes, somos iguales que los hombres y tenemos los mismo derechos.

Maria Grapini (S&D), în scris. – Doamnă Comisar, egalitatea de gen este un drept prevăzut în Tratatul de la Roma, dar, așa cum a spus reprezentantul Consiliului, în practică este o diferență între drepturile reglementate și cele reale.

Eu aș dori însă să privesc mai optimist acest subiect astăzi când sărbătorim venirea primăverii în țara mea, simbolul fiind „Mărțișorul” pe care femeile îl primesc de la bărbați. Cred, doamnă Comisar, că responsabilitatea realizării în fapt a egalității de gen revine mai degrabă statelor membre. Eu trebuie să spun că în țara mea s-au făcut mari progrese și în ceea ce privește implicarea femeilor în funcții de conducere și salarizarea.

V-aș propune, doamnă Comisar, să vă propuneți să aveți măsuri prin care să fie împărtășite exemple pozitive din unele țări, să continuați cu acțiuni de promovare a femeilor așa cum a fost cea a rețelei ambasadorelor femeilor antreprenor.

Dreptul femeilor de a primi o remunerație egală cu a bărbaților pentru același loc de muncă și aceeași responsabilitate trebuie respectat, iar rolul este atât al instituțiilor, cât și al societății civile și al ONG-urilor.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), por escrito. – Nadie puede presumir de vivir en una sociedad moderna cuando la realidad es que las mujeres cobran el 16,7 % menos que los hombres por un mismo trabajo. Y hablamos de media europea... porque hay países como España, donde según informes publicados recientemente por los sindicatos, la brecha puede alcanzar el 23 %. Estos datos nos tienen que hacer ver la necesidad de impulsar políticas reales y plantearnos objetivos para reducir esta brecha salarial. Porque si seguimos a este ritmo, hasta 2086 las mujeres no cobrarán lo mismo que los hombres, serán nuestras nietas las que consigan el objetivo de la igualdad salarial. Los socialistas pedimos la reducción del 2 % anual la de brecha salarial en cada país, la transparencia obligatoria de los informes sobre las remuneraciones, un plan de acción de género en las empresas, auditorías para reducir las diferencias salariales y apoyar

a los interlocutores sociales para prevenir esta situación. Una sociedad no se puede denominar como justa cuando las mujeres están en una situación de desigualdad como la que tenemos en estos momentos en la UE. Las mujeres no somos ni más débiles ni menos inteligentes, somos iguales que los hombres y tenemos los mismo derechos.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Με αφορμή την ευρωπαϊκή ημέρα ισότητας των αμοιβών, στις 3 Νοεμβρίου, ο κ. Timmermans δήλωσε ότι η Επιτροπή εργάζεται σκληρά για να εξαλείψει το μισθολογικό χάσμα που υπάρχει μέχρι σήμερα στις αμοιβές μεταξύ ανδρών και γυναικών στα κράτη μέλη της Ένωσης. Ωστόσο, μέχρι στιγμής η στάση της Ένωσης απέναντι σε ορισμένα κράτη μέλη της, όπως είναι η Ελλάδα, κάθε άλλο παρά βοηθά στην εξάλειψη του μισθολογικού χάσματος ανάμεσα στα δύο φύλα. Έτσι, στην πατρίδα μου η μερκελική λιτότητα και η βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή έχουν οδηγήσει την ανεργία των γυναικών στα ύψη, με τη διαφορά των συνολικών αποδοχών μεταξύ των δύο φύλων να ανέρχεται σε 45,2%. Η διάλυση του δημόσιου τομέα και η επιβολή ευέλικτων μορφών απασχόλησης έφερε πολλές γυναίκες στην οικονομική απόγνωση. Οι ανισότητες μεταξύ ανδρών και γυναικών έχουν αρνητικές συνέπειες για τις ίδιες τις κοινωνίες και λόγω αυτών των ανισοτήτων αδυνατούν να δημιουργήσουν βιώσιμη ανάπτυξη και κοινωνική συνοχή.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Od potpisivanja Rimskoga Sporazuma 1957. godine, kojim se zabranjuje diskriminacija na temelju spola u svezi s plaćama, žene se i dalje bore za jednakost i ravnopravnost na radnim mjestima. Nažalost, realnost je drugačija te pokazuje da žene u prosjeku zarađuju 17 % manje od muškaraca što kasnije utječe na nižu mirovinu i za 40 %.

Moram napomenuti da na razlike u plaćama veliki utjecaj imaju stereotipi i predrasude koji se baziraju na spolnoj diskriminaciji. Na primjer, žene se često grupira u sektore koji u prosjeku imaju niže plaće, manji društveni ugled i smatraju se tradicionalno ženskim zanimanjima, kao što su poslovi vezani uz skrb. Također, žene tjedno prosječno utroše 21 sat na neplaćene poslove, poput brige oko kućanstva i djece, dok muškarci samo 9 sati što ostavlja dugoročne učinke na ženske karijere, zarade i mirovine.

Problem na koji se želim fokusirati je slabiji kontinuitet radnoga staža kod žena. Žene imaju manju vjerojatnosti stalnog zapošljavanja i potpisivanja dugotrajnih ugovora radi odgovornosti koje imaju oko obitelji i djece. Povećanjem socijalne potpore i usvajanjem paketa mjera kojima bi se umanjile prepreke zaposlenim roditeljima omogućilo bi se ženama da budu majke bez straha za svoja radna mjesta i za egzistenciju sebe i svojih obitelji.

Pavel Poc (S&D), písemně. – Průměrný rozdíl mezi platem či lépe hodinovou odměnou Evropana a Evropanky vykonávající stejnou práci tvoří neuvěřitelných 16 procent. V případě některých států je však rozdíl ještě vyšší. Kupříkladu v České republice tato nerovnost dosahuje rekordních 21 procent. Případně mi naprosto nerealné, aby v 21. století ještě docházelo k tomu, aby při vykonávání stejného zaměstnání ženy musely pracovat až o 10 let déle, jen aby na konci své kariéry dosáhly stejné odměny jako i zástupci mužského pohlaví. Tato nesmyslná sociální nespravedlnost musí být co nejdříve odstraněna. Umělé vytváření rozdílů v ohodnocení jen na základě pohlaví nepředstavuje jen obyčejnou známku netolerovatelné diskriminace, ale vyúsťuje přímo do stavu, kdy je rizikem chudoby ohroženo daleko větší procento žen než mužů, a to ačkoliv ženy statisticky dosahují vyššího vzdělání. Věřím v to, že transparentnost představuje nutný nástroj, kterým proti diskriminaci na základě pohlaví můžeme úspěšně bojovat. Podporuji proto transparentnější systémy odměňování a audity, kterými budeme schopni odstranit finanční rozdíl dvou měsíců, který má prakticky ročně k dobru mužské pohlaví. Stojím pevně za požadavkem politické skupiny Socialistů a demokratů volajícím v průběhu dalších pěti let po snížení platového rozdílu mezi muži a ženami o dvě procenta. Odkládání vyřešení problému platového znevýhodnění milionů Evropanek je neospravedlivé.

Jutta Steinruck (S&D), schriftlich. – Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht in der Europäischen Union. Dass einige meiner Vorredner die ungleiche Bezahlung von Frauen selbst bei gleicher Qualifikation und Leistung für gerechtfertigt halten, ist erschreckend. Die Gender Pay Gap beträgt unbereinigt sage und schreibe 41% im EU-Durchschnitt! Das führt über die Jahre unweigerlich zu einem weiteren Problem: Der Abstand zwischen den Renten von Männern und Frauen beträgt 39%. Frauen sind somit häufiger von Altersarmut betroffen. Es gilt in Europa dringender denn je, diese Lücken zu schließen. Wenn wir so weitermachen wie bisher, dauert es noch bis zum Jahr 2069, bis Männer und Frauen endlich gleich bezahlt werden. Wir brauchen jetzt Transparenz über Entlohnung und Sanktionen für Unternehmen, die gegen die Gleichstellung bei der Bezahlung verstoßen. Wir brauchen bezahlbare und gute Betreuungsangebote, um Frauen bei der Kinderbetreuung und der Angehörigenpflege zu entlasten. Und wir brauchen einen Wandel in unseren Köpfen, welchen finanziellen Wert wir typischen Frauenberufen zumessen. Mit diesen Ansätzen müssen wir die Gender Pay Gap in den nächsten Jahren um 2% jährlich senken – das sind wir der Hälfte der Bevölkerung unserer Mitgliedsstaaten schuldig!

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Fontosnak tartom a férfiak és nők közötti bérszakadékról szóló vitát, hisz ma EU-s szinten mintegy 20 %-ra tehető a férfiak és a nők közötti bérkülönbség. Egy nőnek legalább 10 plusz munkaévet jelent, ha ugyanazt a fizetési szintet szeretné elérni, mint egy férfi. Az évtizedek óta problémát okozó béregyenlőtlenség mértéke tagállamonként eltér, de még mindig jelentős. Motiváló célzattal évek óta vannak figyelemfelhívó kampányok, mint például a tizenharmadik alkalommal megrendezett „Equal Pay Day” kampány. Sokszor azonban a férfiak és nők közötti egyenlőtlenség az egész munka-életcikluson végig kísérhető, az álláskereséstől kezdve a nyugdíjba vonulásig.

Az, hogy a nők vagy a férfiak vannak-e túlsúlyban, szektoronként változik, de sajnos általános, hogy a nők kevesebb százaléka jut vezetői pozícióba, szektorra való tekintet nélkül. A szégyenteljes helyzet megszüntetéséért eddig sajnos nem sokat tett a magyar kormány, habár ahhoz neki is hozzá kellene járulnia. Olyan azonnali lépéseket kellene kezdeményeznie, mint, hogy megfelelő szabályozással rászorítja a munkáltatókat a fizetési diszkrimináció megszüntetésére, vagy például garantálnia kellene a gondozói intézmények és az otthoni munka elismerését. Alá kell húznom azt is, hogy a bérezési diszkriminációhoz hasonló gondot jelent az EU-n belül a tagállami minimálbérek különbsége, valamint az európai minimálbér hiánya is, mely utóbbit közös európai szándék mentén kell minél előbb megvalósítanunk.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Alors que nous sommes en 2017 et que l'on ne cesse d'affirmer tous les efforts accomplis dans de nombreux domaines, il reste trop aisé de donner des exemples montrant que les femmes ne sont toujours pas mises sur un pied d'égalité avec les hommes. L'écart salarial fait partie de ces exemples et reste trop important, avec une moyenne de 16,7% en 2014. En effet, à travail égal, une femme est payée 83,6 centimes pour chaque euro payé à un homme. À ce rythme, l'égalité de rémunération ne serait une réalité qu'en 2084. Force est de constater que de nombreux efforts doivent encore être réalisés dans ce domaine. L'écart salarial est donc toujours une réalité, et les changements sont trop lents. Notre objectif devrait être, plus que jamais, de s'intéresser aux causes et conséquences de ces écarts afin de parvenir à diminuer ces différences persistantes entre hommes et femmes. Un autre objectif est de changer les mentalités, notamment au niveau de certains hommes, qui ne sont pas assez prêts à travailler sur ce problème. Comme je l'ai déjà dit, les hommes et les femmes ne sont pas et ne seront jamais les mêmes, mais ils devraient au moins avoir les mêmes droits.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Spoštovani predsedujoči, najlepša hvala za besedo. Žalosti me dejstvo, da ženske, ki so enako usposobljene in opravljajo enako delo kot moški, še vedno prejemajo nižji dohodek. Kljub vsem prizadevanjem EU je povprečna razlika v plačilu še vedno 16,1 %, pri čemer so precejšnje razlike med državami članicami. Tu smo ženske iz Slovenije sicer v prednosti pred drugimi Evropejkami, saj je razlika v plačah v naši državi najnižja. Vendar pa vseeno posledic neenakosti med spoloma, ki se ustvarjajo na področju zaposlovanja, ne podcenjujemo. Če bi dejansko obstajala enakost na trgu dela, bi tudi kot družba lahko izkoristili številne potencialne obeh spolov – to pa bi v končni posledici privedlo tudi do višje rasti BDP vseh posameznih držav članic pa tudi EU kot celote. Prav zato se moramo še naprej zavzemati za koncept enakopravnosti pri zaposlovanju ter za transparentnost plač. Kajti le tako bo EU lahko uresničevala načela, h katerim se je zavezala tudi v Pogodbi.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Nadie puede presumir de vivir en una sociedad moderna cuando la realidad es que las mujeres cobran el 16,7 % menos que los hombres por un mismo trabajo. Y hablamos de media europea... porque hay países como España, donde según informes publicados recientemente por los sindicatos, la brecha puede alcanzar el 23 %. Estos datos nos tienen que hacer ver la necesidad de impulsar políticas reales y plantearnos objetivos para reducir esta brecha salarial. Porque si seguimos a este ritmo, hasta 2086 las mujeres no cobrarán lo mismo que los hombres, serán nuestras nietas las que consigan el objetivo de la igualdad salarial. Los socialistas pedimos la reducción del 2 % anual la de brecha salarial en cada país, la transparencia obligatoria de los informes sobre las remuneraciones, un plan de acción de género en las empresas, auditorías para reducir las diferencias salariales y apoyar a los interlocutores sociales para prevenir esta situación. Una sociedad no se puede denominar como justa cuando las mujeres están en una situación de desigualdad como la que tenemos en estos momentos en la UE. Las mujeres no somos ni más débiles ni menos inteligentes, somos iguales que los hombres y tenemos los mismo derechos.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Como sabrán, la brecha salarial entre mujeres y hombres está, según datos de EUROSTAT, en torno al 17 %. En el día a día, millones de mujeres en toda la Unión Europea sufren una discriminación que podemos denominar como silenciosa, porque, bajo la apariencia de salarios similares, la precarización de los contratos, la temporalidad y el reconocimiento de plusas por categorías hacen que las mujeres perciban menor salario, lo que condiciona inequívocamente sus posibilidades de vida digna ahora y en el futuro, cuando reciban su jubilación. Como saben, el pasado año el Parlamento Europeo se pronunció periódicamente contra la brecha salarial y denunció la precarización. Como ejemplo, está la Resolución, aprobada el pasado 26 de mayo de 2016, sobre pobreza y perspectiva

de género. ¿Qué medidas ha llevado a cabo la Comisión Europea para atender las demandas que este Parlamento expresó en dicha Resolución, sobre todo en su apartado 17? ¿Qué han hecho los Estados miembros en el marco de sus reuniones en el Consejo? Me temo que si seguimos así, con esta parálisis institucional sin estrategia real de género, profundizaremos aún más en la desconfianza hacia las instituciones europeas que tiene la ciudadanía actualmente.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O agravamento da precariedade laboral e baixos salários, que atingem as trabalhadoras, assumindo expressões particularmente chocantes e inaceitáveis nas novas gerações e em sectores como as indústrias têxtil, do comércio, do alojamento e restauração, ou dos serviços representam um escândalo que importa denunciar em vésperas de mais um 8 de março. As discriminações salariais, diretas e indiretas entre homens e mulheres têm causas concretas. Não surgem por geração espontânea. As causas residem na exploração e nas políticas de direita dos Estados Membro e da UE que promovem esta exploração, com destaque para os ataques à contratação coletiva e aos salários, a ofensiva contra os direitos laborais dos trabalhadores que afetam sempre mais as mulheres como o demonstram todas as estatísticas sociais. A superação destas desigualdades só será possível rompendo com as políticas de classe, pondo fim à precariedade, limitando o recurso ao trabalho temporário, regulando horários de trabalho sem que excedam as 8 horas diárias, garantindo o princípio de «salário igual para trabalho igual» e a valorização salarial, assegurando a devida proteção na e da maternidade.

20. Die vor Kurzem erfolgte teilweise Entkriminalisierung von häuslicher Gewalt in Russland (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu der vor Kurzem erfolgten teilweisen Entkriminalisierung von häuslicher Gewalt in Russland (2017/2570(RSP)).

Frau Mogherini ist verhindert. Frau Jourová, Sie sprechen in ihrem Namen. Bitte schön!

Věra Jourová, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, I welcome this opportunity to discuss here, on behalf of Federica Mogherini, the recently adopted Russian law decriminalising some forms of domestic violence, in the context of other discussions we are having on issues related to gender and children. While no country is immune from domestic violence, unfortunately not even in the EU, the Russian Federation has always lacked comprehensive measures to prevent violence against women and children. Currently, according to statistics from the Russian Interior Ministry, about 40% of grave crimes in Russia are committed within the family.

In 2006, the United Nations Committee on Elimination of Discrimination against Women recommended that Russia adopted specific legislation on domestic violence, stepped up its efforts to protect victims of violence and promoted gender equality. In 2010 and 2013, the Committee under the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women found that Russia failed to implement these recommendations, and urged it to give priority to this issue. Russia is one of only three members of the Council of Europe that have not signed the Istanbul Convention, that is, the Council of Europe's Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence.

Most countries in Europe are taking measures to stop domestic violence and raise awareness of this serious violation of human rights. On the contrary, Russia's recent actions send the wrong message about the country's commitment to tackling violence against women and children. They also go against its responsibilities as a member of international organisations.

The recent law – adopted by the parliament and signed by President Putin – reduces ‘battery within the family’ from a criminal to an administrative offence for first-time offenders, and it weakens the sanctions. This is a clearly regressive step. It reverses some amendments to the criminal code adopted by the Russian Parliament itself in 2016, which treated violence against relatives as a criminal offence. The law was passed just weeks after the decision by the Russian Ministry of Justice to list the ANNA Centre as a ‘foreign agent’. The ANNA Centre is a Russian NGO renowned for its work on combatting domestic violence, including its reporting for the United Nations and the Council of Europe.

The European Union expressed its concern about this bill right after it was voted by the parliament, and before it was signed into law by President Putin. We addressed this issue in the Council of Europe on 1 February and in the OSCE on 2 February. After the law was signed, on 7 February, we confirmed our criticism through a statement. We now repeat our call on Russia’s institutions to reverse this law and to respect international human rights standards, implementing in full the recommendations of the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination against Women. The ratification of the Istanbul Convention would also be a very positive step.

There can be no excuse for domestic violence. Social norms can be no excuse; family culture can be no excuse. Social norms can change, but we need to work hard for this to happen. We need to work on education and on good laws, so that violence can be eradicated from family life. Reducing sanctions is clearly a step in the wrong direction. It can only leave those who need protection more vulnerable and weaker than before. Honourable Members, thank you for your attention and I look forward to our discussion.

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Warum reden wir hier in diesem Hause über diese Rechtsänderung in Russland? Weil wir leider feststellen müssen, dass es in der russischen Duma auch in diesem Fall keine Stimme, keine Lobby für die Schwachen in der Gesellschaft gibt. Und NGOs, die sich darum kümmern – wir haben es gerade gehört –, werden auf die Liste der ausländischen Agenten gesetzt. Stattdessen werden natürlich dann konsequent die Brutalen geschützt, ob sie jetzt Familienväter sind oder andere. Es ist auch ein Hinweis darauf, wie sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Warum gibt es denn in der nächsten Lebensphase dann ein Komitee für Soldatenmütter in Russland? Weil die sich um ihre Söhne Sorgen machen müssen, weil sie dort in vielen Fällen genauso brutal, bis hin zum Tode, behandelt werden.

Das ist ein Ausdruck für eine Verrohung der Gesellschaft insgesamt und auch der Sprache in diesem Land. Und ich glaube und fürchte, es soll allgemein die Sensibilität für Gewalt geschwächt werden, die Sensibilität dafür, dass man die Gesellschaft ja eigentlich in vielen Bereichen – in den Lehrplänen, in den Übungen an Schulen – militarisiert. Das alles ist aus meiner Sicht ein ganz böses Vorzeichen dafür, dass in dieser russischen Gesellschaft die gesamte Richtung nicht stimmt, und es beginnt mit den Kleinsten und Schwächsten in der Familie. Das ist zu verurteilen.

Elena Valenciano, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, efectivamente, Rusia ha emprendido una regulación del castigo a la violencia contra las mujeres, la violencia doméstica, que nos resulta inaceptable, y me parece muy importante que escuche que este Parlamento y que la Unión Europea lo condenan, y que piden que revise esa legislación. Tenemos un grave problema con la violencia doméstica y, desgraciadamente, no solamente en Rusia.

La comisaria ha pedido que Rusia ratifique el Convenio de Estambul. Estoy completamente de acuerdo, pero tenemos que reconocer que catorce Estados miembros de la Unión Europea no han ratificado el Convenio: Bulgaria, Croacia, Chipre, Chequia, Estonia, Alemania, Grecia, Hungría, Irlanda, Letonia, Lituania, Luxemburgo, Eslovaquia y el Reino Unido. Si queremos exigir a las autoridades rusas un cambio en esa legislación, si queremos de verdad proteger a las mujeres de todo el mundo, tenemos que dar ejemplo en la Unión Europea.

Y tengo, desgraciadamente, que hablar de mi país también, de España: desde que ha empezado el año, han sido asesinadas una media de dos mujeres por semana en nuestro país. Así que exijamos, pero demos ejemplo nosotros también.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Michaela Šojdřová (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Vážená paní poslankyně, jenom jsem se Vás chtěla zeptat, zda víte o tom, že Česká republika má již deset let platný zákon na ochranu proti domácímu násilí a že tento zákon je funkční.

Elena Valenciano (S&D), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Sí, hay muchos países que cuentan con una legislación sobre violencia doméstica, pero, perdonen, señorías, no hay más que ver la cifra de mujeres asesinadas y víctimas de violencia para que reconozcamos todos que es claramente insuficiente lo que estamos haciendo. He puesto mi propio país como ejemplo: se trata de proteger a las mujeres, más que una defensa de nuestra identidad nacional. Cualquier tipo de legislación que retroceda con respecto a la protección de las mujeres será criticada por esta diputada.

Monica Macovei, *în numele grupului ECR*. – Mulțumesc. Potrivit Amnesty International, o nouă lege din Rusia semnată de Putin pe șapte februarie anul acesta dezincriminează unele forme de violență domestică.

Amnesty International a atras atenția că aceasta este o încercare dezgustătoare de a bagateliza și mai mult violența în familie, o chestiune pe care conducerea Rusiei o minimizează de multă vreme. Prin această lege se ucide curajul și spiritul liber încă din familie inclusiv la minori. Copiii sunt crescuți să nu aibă curaj, să suporte violența, să suporte insulta și să aibă pumnul în gură. Nu putem avea curajul public dacă în familie suntem reduși la tăcere prin abuz și prin violență.

Iată ce ne așteaptă în Rusia sau cu Rusia sau sub Rusia – drepturile omului ca în Evul Mediu.

Renate Weber, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, an archaic justification for domestic violence in Russia says: if he beats you, it means he loves you. Recently the Russian Orthodox Church stated that corporal punishment, if reasonable and carried out with love, is an essential right given to parents by God. Unless paired with proof of broken bones, shattered jaws or damaged organs, the voices of the victims of domestic violence are silenced by this horrible law.

All the progress made by Russian NGOs that fought over the last two decades to offer more protection to women and children will have been in vain. The perversity of domestic violence lies in its intimacy and its loneliness: the shame that surrounds it, the fear of sharing the house with the abuser, and the undeniable hope that maybe, just maybe, tomorrow it will not happen again, put the victims in the most vulnerable position. A bruise is not a sign of love or respect or happiness. Fourteen thousand women die every year in Russia at the hands of their husbands. They all started with just a bruise.

What can we do now? Would political dialogue be able to reverse this legislation? Can we support the work of women's NGOs in Russia? Probably with difficulty, but I strongly believe that we cannot fail them.

Maria Lidia Senra Rodríguez, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, a descriminalização parcial da violência machista na Rússia é uma péssima notícia para todas as mulheres. É uma vitória do patriarcado que o Parlamento rebaixe as leis contra a violência machista e abra assim caminho para avançar com a impunidade destes delitos qua atentam contra as mulheres e violam os direitos humanos.

As agressões machistas no âmbito doméstico, mesmo quando não provocam lesões importantes, também são delitos. Produzem sofrimento e atacam a nossa autoestima, a nossa saúde e os nossos direitos.

Descriminalizá-los é um retrocesso que reforça o pensamento machista de que as mulheres são apenas propriedade dos homens, que poderão dispor mesmo das nossas vidas. Isto incentiva um machismo que assassina mulheres todos os dias. Só na semana passada, no Estado espanhol, foram assassinadas 5 mulheres.

Basta já! Tolerância zero. Nenhuma agressão sem castigo. É necessário passar das palavras aos atos. Por isso, pedimos, Sra. Comissária, intervenções com todos os meios ao seu alcance, incluindo uma diretiva europeia para terminar com a violência machista.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, colleagues, Commissioner, domestic violence is not a tradition. Beating up a spouse or child is not simply an administrative offence. Domestic violence is a criminal act, even if the recent law adopted in the Russian Parliament tells us otherwise. This law is not simply a legal change; it is a message. It is a message to all victims of domestic violence, to all Russian women, and to all women all over the world: we do not care about your concerns and we do not care about you.

That is why the European answer to this message should be: we do care; we care about any form of gender-based violence. Not only will we adopt the best legislation against domestic violence, starting with the ratification of the Istanbul Convention by the European Union, as well as all Member States, but we will also provide support and funding for women's shelters, support for victims and women's empowerment, starting with the 'She Decides' Fund. What a powerful message of strength and determination – I mean real strength and real determination, not the strengths that people such as Trump or Putin believe in – this would be to all European women, to all Russian women and to all women all over the world.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, les violences domestiques partout dans le monde doivent être combattues, et les victimes protégées et soutenues, nous sommes tous d'accord.

Quand j'ai vu ce débat à l'ordre du jour de nos travaux de ce soir, je me suis demandé de quel crime le gouvernement russe avait encore pu se rendre coupable. Mais contrairement à ce que vous prétendez, nulle part le texte adopté par la Douma à la quasi-unanimité ne légitime une quelconque violence ni conjugale ni familiale.

L'humanité est ainsi faite, la famille est sacrée pour tous – enfin presque tous, car on peut en douter à la vue des textes adoptés et des discours tenus dans cet hémicycle qui mettent gravement en danger l'équilibre familial traditionnel en s'attaquant à l'institution du mariage, en faisant la promotion de la théorie du genre ou en adoptant des mesures permettant la marchandisation du corps de la femme.

Alors, plutôt que de penser aux enfants russes recevant une éducation et, parfois, certes, des fessées de leurs parents, il serait peut-être plus avisé de votre part d'essayer de comprendre les raisons des monumentales fessées électorales que l'Union européenne va recevoir d'ici quelques mois.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *pregunta de tarjeta azul*. – Querida colega, ¿no considera que lo que está sucediendo en Rusia es una vuelta a la Edad Media patrocinada por el Estado?

Las mujeres y los niños no son sacos a los que golpear. El abuso físico, golpearlos físicamente, es algo inaceptable. Punto.

Tras firmar esta ley, el presidente de Rusia no debería llamarse Vladimir Putin, debería llamarse «Vladimir el terrible» o, quizá mejor, «Vladimir el apaleador».

(La oradora no recibe respuesta a la pregunta.)

Jaromír Štětina (PPE). – Paní předsedající, vážená paní komisařko, myslím, že to byl Solženicyn, kdo řekl: „Neznám žádného tvora pod sluncem, který by tolik vytrpěl jako ruská žena.“ Dost možná, že měl Alexandr Isajevič před očima stejně jako Někrasov statečné ženy děkabristů, ale zcela jistě měl na mysli tisíce ruských žen živořících v gulagu, na stavbě železničních tratí, na polích sovchozů. Měl na mysli hrůzy války, kdy ženy ztrácely své muže a syny. Měl na mysli statečné ruské ženy, které ve válce umíraly.

Alexandr Isajevič se dožil i čečenské války v devadesátých letech. Určitě věděl o ruských matkách, které chodily po kavkazských vesnicích a držely v rukou fotografie svých ztracených synů, těch synů, které ruská generalita nahnala na čečenská válečná jatka.

Solženicyn dobře znal tíhu ruské každodennosti. Věděl o tom, jak ruští muži utápějí svoji duši ve vodce, a soucítí s jejich ženami. Solženicyn se netajil úctou k ruským ženám. Škoda, že se nedožil nového zákona přijatého ruskou dumou, podle něhož se již domácí násilí na ženách nepovažuje za zločin, ale za pouhý přestupek. Byl by první, kdo by vysvětlil, odkud pochází násilí v ruské duši.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME*Vice-présidente*

Iratxe García Pérez (S&D). – Señora presidenta, hemos hablado en muchas ocasiones en este hemiciclo sobre la violencia de género diciendo que es la mayor lacra social que vive en estos momentos el mundo. Y también que no entiende de fronteras, que no entiende de territorios, que las mujeres están siendo asesinadas en el mundo por el mero hecho de ser mujer. Y nos encontramos ahora con esta situación, donde el Gobierno ruso aprueba una ley que dice que pegar una vez a la mujer no es delito; con datos tan escalofriantes como el que cerca de 14 000 mujeres al año son asesinadas en ese país.

Creo que es importante —ya lo hemos trasladado en otras ocasiones— la necesidad de que la política exterior de la Unión Europea tenga una dimensión de género, y, por lo tanto, traslade, en las relaciones con otros países y en la política de cooperación, esa dimensión de género para prevenir estas situaciones y para que las mujeres, dentro y fuera de la Unión Europea, sepan que cuentan con un altavoz en este Parlamento.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Madam President, thank you, Madam Commissioner, for your commitment on violence against women. Today, I wish to reach out to the women and children of Russia that have lost legal protection from domestic violence, to show them solidarity. The new Russian law trivialising domestic violence is a serious setback in combating violence against women. It sounds chilling that beating up your wife, your partner or child becomes simply an administrative offence, like wrongly parking your car, unless permanent damage is caused. It is even absurd to think that this kind of abuse by a loved one would not cause permanent damage to the victim. Domestic violence is violence. It is not a private issue, it is a crime, and it has to be treated as such. Traditional sexist maxims never justify this violence. Women's rights are human rights. These are universal values under the United Nations Charter.

It is not the West versus Russia. Or is it about ideology, patriotism, nationalism, a way to disempower women? We are not interfering in domestic affairs, but standing up for humanity. Russia is a member of the United Nations and the Council of Europe, and should behave as such, first of all by signing and ratifying the Istanbul Convention on Violence against Women. I call on the EU and on the Council of Europe to raise this issue in particular at the upcoming UN Conference on the Status of Women and to urge Russia to modify the law.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Wir erleben gegenwärtig eine Renaissance autoritärer Verhaltensweisen: Der starke Mann hat Konjunktur – nicht nur in der Politik. Durchgreifen, Fakten setzen, ohne mit anderen zu reden, drüberfahren – das sind Verhaltensweisen, die sich immer größerer Popularität erfreuen. Dazu gehört auch die Gewalt in der Familie gegenüber der Partnerin und gegenüber den Kindern – nicht nur in Russland, aber vor allem in Russland.

Der Beschluss der Duma vom 1. Februar, körperliche Züchtigung innerhalb der Familie nur mehr bei schweren körperlichen Folgen strafrechtlich zu verfolgen, ist ein Schlag ins Gesicht der zivilisierten Welt. Wer seine Familie liebt, der schlägt nicht zu. Zuschlagen ist kein Zeichen von Stärke, ganz im Gegenteil: Schwach ist, wer zuschlägt. Und ein Gesetz, das die Rücksichtslosen schützt, ist ein schwaches Gesetz.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, teoricamente, em 1718, a Rússia aboliu a segregação de género. 300 anos depois, no índice das desigualdades de género, a Rússia encontra-se nos últimos lugares da lista. Mantém-se um abismo no que diz respeito às oportunidades entre homens e mulheres.

Num país bastante populoso, com mais mulheres do que homens, elas ganham menos 32% do que eles. Numa Rússia moderna, que recusa a Convenção de Istambul, 90% dos casos de violência de género não são denunciados e usa-se isso, não para educar para a igualdade, mas para desculpar aquilo que deveria ser um crime público.

Quando a religião, a política e a justiça se confundem é muito perigoso. Quando a isso se junta a violência como cultura, a explosão é iminente. Esta não é uma questão cultural, é um problema político.

Vladimir Putin afirmou que a descarada ingerência da justiça na família é intolerável. Mas, Sr. Presidente, é mais intolerável a demissão descarada da política no cumprimento da democracia.

Interventions à la demande

Michaela Šojdrová (PPE). – Vážená paní předsedající, před dvaceti šesti lety to bylo v Moskvě, kde se členské státy OBSE shodly, že budou usilovat o vymýcení všech forem násilí na ženách. Je ironií, že po dvaceti šesti letech se všechny formy násilí na ženách opět vrací a ruší se ten tvrdší postih. Každá třetí žena v Rusku čelí domácímu násilí. Není to tedy proto, že by v Rusku nehrozilo násilí, ale naopak.

Předkladatelé argumentují tím, že se jedná o vnitřní záležitost tradiční ruské rodiny, a návrh dekriminalizuje domácí násilí vůči dětem i vůči manželově manželce. Jako trestný čin bude posuzováno vážnější násilí od zlomeniny výše. Za předchozího stavu bylo pro ženy velmi náročné domoci se pomoci. Nyní to tedy bude ještě složitější.

Nevím, jestli má smysl vyzývat prezidenta Putina, aby navrhl změnu zákona, když tento zákon před měsícem podepsal. Ale jsem přesvědčena o tom, že se musíme ozvat a podpořit ty, kteří mají tolik odvahy, že se proti násilí postaví. Očekávám, že to bude hlas církve a dalších organizací i jednotlivců, kteří boj za lidské a důstojné podmínky života v Rusku ještě nevzdali.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, ha destato notevole preoccupazione la legge per depenalizzare parzialmente i maltrattamenti in famiglia approvata di recente in Russia, nonostante le aspre critiche manifestate dalle associazioni per la difesa dei diritti umani.

La violenza domestica è, infatti, in qualunque paese del mondo, una violazione dei diritti delle donne, di particolare gravità, che provoca traumi indelebili anche nei bambini ed è purtroppo un problema che, spesso, piuttosto che essere denunciato rimane nascosto, protetto dalle mura domestiche e dalla complicità di un tessuto sociale chiuso ad ogni intervento dello Stato in quelle che vengono considerate solo questioni familiari.

A fronte dell'immediata denuncia dell'Alto rappresentante dell'Unione e di tutti gli Stati membri, che ha stigmatizzato l'operato della Russia, l'Unione europea deve impegnarsi con la massima determinazione per promuovere, attraverso la propria politica estera, l'eliminazione della violenza domestica anche fuori dai propri confini.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, comisaria, la decisión rusa que despenaliza la violencia doméstica va en dirección contraria al esfuerzo que se está realizando en todo el planeta por combatir la violencia de género. Es, además, una muestra más de la regresión que, desde el año 2014, observamos en materia de respeto a los derechos fundamentales en ese país.

El Servicio de Acción Exterior de la Unión Europea, el Consejo de Europa o las Naciones Unidas son algunas de las organizaciones internacionales que consideran que la despenalización de la violencia machista dentro del hogar desprotege a las mujeres, pero perjudica también a los niños y no es compatible con la Carta Social Europea que compromete a Rusia.

Nos sorprende, por ello, que esta Federación sea uno de los cuatro países, entre los cuarenta y siete del Consejo de Europa, que no han firmado el Convenio de Estambul, junto con los catorce miembros de la Unión Europea que han sido ya mencionados.

Toda nuestra solidaridad, pues, con las mujeres rusas y nuestro apoyo al Servicio de Acción Exterior de la Unión Europea en todas las acciones que emprenda para ayudar a revertir esta situación.

Patricija Šulin (PPE). – Dekriminalizacija družinskega nasilja je velik korak nazaj. Ženske pa na takšen način postajajo še bolj ranljive. To je tudi velik odmik od zastavljenih ciljev Evropske unije o enakopravnosti med spoloma.

V dokumentu Evropske komisije Strateško sodelovanje za enakost spolov 2016-2019 je navedenih pet ključnih področij ukrepanja, tudi spodbujanje enakosti spolov zunaj meja Evropske unije in boj proti nasilju, zato smo dolžni ostro obsoditi vsakršno nasilje, in to kjer koli na svetu.

Presentljivo pa je, da je predlog spornega amandmaja delo ženske. Ta primer je jasni pokazatelj, da je družinsko nasilje tesno prepleteno z nazori družbe in tradicijo. Zato si moramo še naprej prizadevati za večje ozaveščanje žrtev in preventivne ukrepe, o ničelni toleranci do nasilja pa seznaniti že deklice, saj je odnos do ženske v največji meri odvisen odvisen prav od vzgoje v družini.

V kolikor sklonimo glave pred rusko namero, ki je v navzkrižju z mednarodnimi zavezami človekovih pravic, potem kršimo lastne zaveze, saj je skrb za pravice žensk in njihovo dostojanstvo tudi temeljni pogoj za mir in varnost po svetu.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Madam President, I wanted to raise one additional concern. I am aware, from Georgia and Armenia, of the Russian influence in this regard. Exactly the same kinds of laws against domestic violence are being called into question by forces who consider that preventing and combating domestic violence represents something imposed by Europe and America and at odds with morality.

We have to be aware that this type of attempt to stop the fight against domestic violence is a very essential part of pro-Russian propaganda, which emphasises the so-called traditional values. We know what that means: 'traditional values' means that women are not allowed to decide on their lives and that they are subordinated to men. We have to be aware of this risk: it is spreading.

(Fin des interventions à la demande)

Věra Jourová, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, this has been a very useful exchange and I thank the honourable Members for their contributions. From this debate I conclude that we all share a common interest in using EU diplomatic power to its full potential in support of Russian citizens and of respect for human rights, international standards and human dignity in Russia.

No country is immune from domestic violence. In that regard, and in view of 2017 being the Year of European Action on Ending all Forms of Violence against Women, we will continue our efforts to promote the eradication of domestic violence and to support its victims within the EU as well as beyond our borders. May I close by signalling once again my appreciation of the European Parliament's role in keeping this important issue on the international agenda.

La Présidente. – Le débat est clos.

Declarations écrites (article 162)

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce débat relatif à la dépénalisation des violences conjugales et familiales en Russie est symptomatique de la désinformation permanente portant sur cet État dans les médias occidentaux. Aux termes de l'article 116 révisé du Code pénal russe, les violences conjugales ou familiales sans conséquences sur la santé seront désormais passibles de quinze jours d'arrêt administratif, de 30 000 roubles d'amende ou de 180 heures de travaux d'intérêt général. Cette réforme remédie à une incohérence juridique. En effet, les auteurs de violences sans conséquences sur la santé (comme les fessées, s'agissant des enfants) se voyaient auparavant soumis au droit pénal au prétexte de leur qualité de «proches» du plaignant. Des violences de gravité similaire, dont se serait rendu coupable tout autre individu, tombaient, quant à elles, sous le coup du droit civil. Les violences conjugales infligeant un dommage à la santé, si bénin soit-il, restent du ressort pénal et entraînent une peine allant jusqu'à deux ans d'emprisonnement. La réforme introduit également les ordonnances restrictives, inconnues, jusqu'alors, en droit russe. La société russe réprouve autant que les sociétés d'Europe occidentale les violences conjugales. Cette réforme vise simplement à prévenir toute immixtion de l'État dans la sphère familiale.

Indrek Tarand (Verts/ALE), kirjalikult. – Eesti riigipea, president Kersti Kaljulaid lausus äsja oma vabariigi aastapäeva kõnes järgnevat: „Vägivaldsed mustrid korduvad põlvest põlve, neid murda ei saa teisiti kui avaliku tähelepanuga, mis toob kaasa olulise nihke hoiakutes. Ei piisa, kui delegeerime selle probleemi politseile ja sotsiaaltöötajatele.” On äärmiselt positiivne, et president Kaljulaid liigub koduvägivalda käsitledes õiges suunas, kuid samas peame kurbusega tõdema, et meie suur idanaaber liigub täiesti vastupidises suunas. Selline suhtumine tõestab veel kord seda, et Venemaa ei ole hea partner Euroopa Liidule, seda nii energia valdkonnas kui ka teistes asjades. Olen seda Parlamendis korduvalt öelnud, aga võib-olla tõestab selline lähenemine mõnele kolleegile, et Venemaa mõttemaailm ja väärtused ei kattu meie omadega.

21. Verstöße gegen die derzeitigen Rechte von im Vereinigten Königreich wohnhaften Unionsbürgern, sich frei zu bewegen, und Einsatz von Ausweisungen nach sechs Monaten (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la question orale à la Commission sur les violations de l'actuelle liberté de circulation des citoyens de l'Union européenne séjournant au Royaume-Uni et le recours aux expulsions au bout de six mois, de Sophia in 't Veld, Catherine Bearder, Gérard Deprez, Cecilia Wikström, Maite Pagazaurtundúa Ruiz, Angelika Mlinar, Louis Michel, Nathalie Griesbeck, Beatriz Becerra Basterrechea, María Teresa Giménez Barbat, Yana Toom, Renate Weber, Javier Nart, Carolina Punset, Ivo Vajgl, Marian Harkin, Enrique Calvet Chambon et Marietje Schaake, au nom du groupe ALDE, Claude Moraes et Seb Dance, au nom du groupe S&D, Jean Lambert, au nom du groupe Verts/ALE, et Marie-Christine Vergiat, Cornelia Ernst, Barbara Spinelli, Marina Albiol Guzmán, Kostas Chrysogonos, Josu Juaristi Abaunz, Stelios Kouloglou, Merja Kyllönen et Paloma López Bermejo, au nom du groupe GUE/NGL (O-000008/2017 — B8-0204/2017) (2017/2572(RSP)).

Catherine Bearder, author. – Madam President, firstly my thanks go to Sophia in 't Veld, a D66 MEP who has helped enormously with this issue. This union of sovereign states has been clear over the years that the rights of their citizens are important and are to be protected, with the mutual recognition of qualifications, agreements on health and pension rights, and so on. Like many other MEPs I receive heartfelt emails from citizens living in the UK and across Europe. There are tens of thousands of EU citizens in the UK. They have paid their taxes, they have paid into our pension pots, and they are paying down our debts. They contribute to our society and our economy. The threats from Mrs May's government must be stopped now. No ifs, no buts. They are doctors, nurses, shopkeepers, students, teachers and others – they are not political bargaining chips.

There are many examples. There's the Romanian electrician forced to resign after threats and bullying. There's the Italian beautician who has been resident for 20 years, married to a Brit, but now threatened with deportation as she has no private health insurance. And the lists go on and on. They are real people, with real lives, who are worried and fearful. Is that how we should be treating people we promised we would welcome? My government needs to guarantee the rights of these people immediately and stop uncertainty. We need to protect the UK that I know: open, tolerant and united.

But it is for this House and its MEPs to speak for all European citizens. We are the ones who must fight for the rights that need to be protected. Brexit negotiations will be tough, and we all know it is easier to chop away rights than to protect them. So this House demands the Commission enforces EU rules and the British Government must respect those rules, respect the citizens, and respect the benefit that migrants bring.

Claude Moraes, author. – Madam President, before I say anything else I must put a clear question to Commissioner Jourová, on behalf of EU citizens. Now, and once Article 50 is triggered, will you, as the guardian of the Treaties, take action to ensure that the Free Movement Directive is properly applied in relation to both EU citizens in the UK and UK citizens in other EU countries?

Why must we ask this today? Because there is compelling and growing evidence, since the Brexit vote, from our constituency casework, responsible journalism and the voices of EU citizens themselves, that some EU citizens in the UK are experiencing great uncertainty about their position. There is suspicion that, far from protecting their rights in the sensitive transition period, the UK has already begun to use them as bargaining chips. We can detect this from the approximately 28% of EU citizen applicants for UK citizenship since the referendum who have had their applications rejected or declared invalid. It is well known that the procedure for some who have been living in the UK, sometimes for decades, involves having to fill in the notorious 85-page forms, which can often trigger delays and panic.

I do not have time here to recount the stories of heartbreak and stifling bureaucracy but we must ask if this amounts to a UK policy or to negligence in respect of individuals and families whom we are legally obliged to protect. The European Parliament will hold hearings to gather our own evidence and do our job, but the Commission can act right away.

The UK Government has a moral, political and legal duty to protect the rights of all EU citizens, not least because they contribute to our communities and our economy. They are vital. As Article 50 is triggered, hundreds of thousands of UK citizens in other EU countries will want the same equality and dignity that is afforded to EU citizens in the UK: not a negotiation, but a guarantee. The UK Government must do what is right. The Commission must engage and we, your MEPs, will represent you.

Barbara Spinelli, Auteur. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, se ci rivolgiamo alla Commissione con questa interrogazione è perché vogliamo dare voce agli oltre 3 milioni di cittadini europei che vivono in Inghilterra e al milione e più di cittadini britannici che vivono nell'Unione.

L'ansia degli uni e degli altri è grandissima e i loro diritti di circolazione, di soggiorno e di lavoro dovranno essere garantiti fin da ora e nella maniera più dettagliata nel futuro accordo di recesso. Contrariamente a quanto affermato dai fautori del Brexit, infatti, sarà estremamente difficile far valere i loro diritti acquisiti. Molte menzogne sono state raccontate in occasione del referendum, troppo silenziosi e reticenti sono stati su questo punto i fautori del «remain» ed è cruciale che la Commissione parli chiaro.

La House of Lords lo ha già detto in modo inequivocabile: in assenza di un accordo negoziato, le conseguenze della perdita dei diritti di cittadinanza europea saranno severe, per questo è importante sapere come la Commissione intende procedere per far fronte alle infrazioni di cui il Regno Unito si è reso responsabile negli ultimi anni con leggi molto restrittive sulla residenza dei cittadini europei in Inghilterra. Fino al giorno in cui si raggiungerà un accordo di separazione, il Regno Unito è soggetto al diritto europeo, alla direttiva sulla libera circolazione, e deve dunque rispondere delle eventuali violazioni unilaterali, allo stesso modo in cui sono obbligati a farlo tutti gli Stati membri. Fino ad allora l'Inghilterra non potrà limitarsi a dire che farà entrare dall'Unione solo «the brightest and the best», oltre naturalmente ai più benestanti come si ripromette di fare dopo l'uscita.

Jean Lambert, author. – Madam President, I think we are all aware that the UK is not the only Member State with issues regarding long-term residence and citizenship. We will discuss the others when the Petitions Committee brings forward their resolution. However, many EU 27 nationals do live in the UK and over a third of them live in my region of London. Some of them are my neighbours. And the lack of certainty over their future is causing huge concern, just as it is for UK nationals living in other Member States. You only have to read the testimonies on the 'Brexpats' website.

Much of this uncertainty could certainly be removed by the British Government. I think many of us will welcome tonight's vote in the House of Lords on the Article 50 bill, asking the government to introduce proposals within three months of the triggering of that Article, to ensure that EU citizens in the UK have the same residence rights after Brexit. In the meantime, as people have said, there are people in the UK from EU countries who have lived, worked, studied and retired there. Some have caring responsibilities and there I think we have an issue with the long-term residents directive. They do not want to be used as bargaining chips; they feel it is insulting and demeaning, and it is. Our government could at least be clear that these people are valued and it should strongly condemn the rising racism and xenophobia we are seeing in the UK.

A lot of the stress and the fear that we are seeing is also being caused by the attitude of the authorities. Certainly in terms of sickness insurance we know there has been a shift in position by the British Government over the last few years on the role of the NHS. We really hope that the Commission will get on, please, and introduce the infringement proceedings that have been hanging for so long. I think many of us would say from the case work that we are seeing, and indeed from the excellent LIBE petitions survey, that when you look at this, we either have a government that is dealing with wilful incompetence or targeted administrative efforts to actually delay, restrict, diminish – all of these words crop up time after time, and we would like some certainty, please, for our citizens and yours.

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, freedom of movement is one of the basic rights of EU citizens and the European Commission will continue to defend it as a top priority. The correct application of EU rules on free movement by all Member States is of fundamental importance – correct application by all Member States. And for as long as the UK remains a Member State, all rights and obligations continue to apply.

I am fully aware that EU citizens living in the United Kingdom are concerned about their future rights; EU citizens residing in the United Kingdom deserve to know what their rights will be in the UK after the UK leaves the European Union and, vice versa, the same applies to UK citizens residing in the other 27 Member States. The authors of the oral question are absolutely right: people need certainty and stability and they deserve respect and fairness. That is why I hope that this issue can be addressed as soon as possible. However, it is first for the UK to give effect to the outcome of the referendum vote. There can be no negotiation before notification, as you know. It is therefore not possible to be more precise at this stage.

Let me now refer to the individual questions. On the first question, concerning the statistics on the number of residence applications, residence refusals and expulsions from the UK, the Commission does not have up-to-date statistics on this matter. EU law on free movement of EU citizens does not oblige Member States to collect such data and share them with the Commission. Some data on numbers of issued residence documents are in the public domain, but there is little data on refused applications, and there is almost no publicly available data on expulsions and appeal rates.

Ever since the entry into force of the Free Movement Directive in 2006, the Commission has been working closely together with Member States to improve their ability to collect statistical data and share it. Unfortunately, progress is limited due to a lack of commitment on the part of Member States.

With regard to the infringement procedures, I would like to underline that the Commission takes appropriate action to address failures of any Member State to comply with their obligations under EU law. There are currently infringement procedures in this area against eight Member States. The two pending infringement procedures against the United Kingdom relate to access residence rights of economically non-active citizens, and rights of UK nationals returning to the United Kingdom after residing in another Member State. I would like to inform you that the Commission is assessing these cases carefully.

As regards the residence rights of economically non-active citizens, the Commission will take into account in its assessment the recent case law of the Court of Justice concerning the conditions to which Member States can subject the access to welfare benefits by economically non-active EU citizens in order to protect public finances. Please allow me to underline that the Commission is also carefully assessing the compliance with the provisions of the Free Movement Directive of the latest amendments to the UK legislation that came into force in February 2017.

With regard to your last question, the Commission attaches great importance to providing guidance to Member States in order to prevent breaches of EU law. Therefore, since the Free Movement Directive entered into force, the Commission adopted five official guidance documents: in 2008, the report on the application of the Directive; in 2009, guidelines for better transposition and application of the Directive; in 2010, the Handbook for the processing of visa applications; in 2013, the report on free movement and in 2014, the Handbook on marriages of convenience.

In addition to official guidance, the Commission has met experts from Member States twenty-four times in an expert group dedicated to the application of the Free Movement Directive. These meetings are a useful tool to communicate the Commission's interpretation on issues of practical application of EU law.

Last but not least, I would like to inform you that a few weeks ago, the Commission has made available an e-tool on free movement for national administration, together with its citizenship report issued by the Commission in January 2017. The Citizenship report sets out a number of actions to raise citizens' awareness of their rights and how to seek help if their rights are not respected.

Roberta Metsola, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, free movement is one of the cornerstones of our European project and we need to be vigilant in order to ensure that there are no unnecessary limitations to it by any Member State. The 'sufficient resources' argument is one that requires constant monitoring and, while it is fair that EU migration does not become a burden on the host state, this principle should not be abused by Member States, nor should it be used, as my colleagues have said, as a bargaining chip.

The UK remains a Member State of the EU and the Commission must insist that, until the moment it is not, any and all existing EU *acquis* needs to be respected, implemented and properly applied. In this respect, it is crucial that the Commission provides Member States, including the United Kingdom, with proper guidance to ensure the correct application of the Free Movement Directive and protect the rights of EU citizens.

This is an issue that is so personal for so many people. I have met countless Maltese citizens who live and work in the United Kingdom, and many UK nationals who live in my constituency of Malta and Gozo. They are worried. They are concerned that the life they have spent decades building is suddenly uncertain, they are anxious that after years of abiding by the law, working and paying taxes, they read reports that make them apprehensive. They should not be made to feel targeted. Their rights must be clarified sooner rather than later.

Richard Corbett, on behalf of the S&D Group. – Madam President, on behalf of the Socialist Group and especially the Labour members of the Socialist Group, let me say that the way the British Government appears to be intending to use European citizens living in the UK as pawns in the negotiation is a disgrace.

The good news is that an hour ago, in the House of Lords, the UK Government, the Conservative government, was defeated when the House of Lords adopted an amendment that obliges the government, if it is confirmed by the House of Commons, to settle this question as quickly as possible and in the shortest period ahead. If that is sustained, that is good news. But I fear that the Conservatives will use their majority in the House of Commons to overturn this amendment and go back to the status quo. It is a disgrace and we shall fight it all the way.

But we must do one more thing in this Parliament: we must be vigilant throughout the negotiations and look very closely at the deal that comes back, the so-called divorce deal, because if it does not respect citizens' rights we should refer it to the Court of Justice to verify its compatibility with the Treaties.

Anthea McIntyre, on behalf of the ECR Group. – Madam President, Britain has a long and celebrated history of immigration, a proud record of welcoming people from inside the EU and from across the world, and this will continue long after Brexit. Immigration has made our country stronger, richer and more tolerant. The Prime Minister was very clear about the value she places on the contribution of EU citizens to Britain, to its economy, its society and its culture. That is why securing the status of EU nationals residing in the UK, and of UK nationals residing in the EU, is a top priority for the Prime Minister. Any delay in reaching guarantees on this issue is a consequence of timing and procedure, not of political will.

Why are we not now debating how we can make freedom of movement work better? Why are we not debating how we can rebuild people's confidence in the principle? Why are we not debating how we can address the concerns regarding its implementation across the whole of Europe? For example, we could be addressing the concerns in Germany about access to public services and benefits. We could be addressing the demographic challenges that many EU countries face.

Our debates do nothing to convince people that we have solutions to the challenges we face – and then we wonder why voters are turning to the fringes of our political system for answers. Debates like this just fuel the scaremongers and spread fear amongst our citizens, who are already unsettled by the changing political landscape. We are missing an opportunity to strengthen our goal of a better Europe, and I am afraid that political point scoring ahead of the triggering of Article 50 will only weaken this House and its credibility.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), question “carton bleu”. – Tá tú ag caint ar an luach atá Theresa May á chur ar mhuintir na hEorpa. Cén luach atá curtha aici orthusan atá ina gcónaí i dTuaisceart na hÉireann; daoine a vótáil chun fanúint laistigh don Aontas Eorpach, go bhfuil faillí uafásach déanta orthu agus ní hamháin sin, ach go bhfuil baol anois ann go bhfuil donchaontú Aoine an Chéasta curtha i mbaol dá bharr seo? Ní fheicimse agus níl aon iontaobh agam go bhfuil Theresa May ag tabhairt aon aird nó aon aire dár muintir thuas sa Tuaisceart a bhí ag iarraidh fanúint san Aontas Eorpach.

Anthea McIntyre (ECR), *blue-card answer*. – The Conservative Party has always been the Conservative and Unionist Party. The Conservatives believe completely in Northern Ireland and in supporting the Northern Irish citizens of Great Britain. We are committed to ensuring that all parts of the country, Northern Ireland, Scotland, Wales and England, remain as a Union and together solve the problems that are inevitable in this Brexit process.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Seb Dance (S&D), *blue-card question*. – You say that this debate sends a signal – an unhelpful one, according to you. Surely the Government sends a much stronger signal than we ever could in this House? Is the fact that the Government is refusing now to acknowledge, and to protect, the rights of the three million citizens who live in our country not damaging our economy and damaging our public services – because we are sending a signal to these people that we do not want them? That is not British.

Anthea McIntyre (ECR), *blue-card answer*. – Were it true, it would not be British, and I would agree with you, but it is not true and you are doing our Prime Minister a great disservice if you think that she does not want to confirm the status of EU nationals residing in the UK. She has made that very clear, but she has also made clear that we want to protect the rights of UK nationals in the other European countries, and those two things go hand-in-hand.

If it were down to our Prime Minister alone, it would already have been sold. It is not Britain that is holding this up. It is other Member States that will not discuss this and will not agree it at this point.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora presidenta, señora comisaria, sí, mientras el Reino Unido siga siendo un Estado miembro de la Unión Europea, su Gobierno está obligado a respetar los Tratados que firmó, y la Comisión debe garantizar que se cumplen y actuar contra quienes lo vulneren.

Ante la colosal incertidumbre que el *brexit* ha generado, es nuestra obligación dar certezas a todos los ciudadanos europeos que durante años han vivido y contribuido legalmente al Reino Unido y a los países de la Unión. Gracias a la iniciativa de mi colega liberal Sophia in 't Veld, hemos constituido un grupo de trabajo en este Parlamento con un único y claro objetivo común: defender los derechos de los ciudadanos europeos residentes en el Reino Unido y los británicos residentes en la Unión.

Incluso antes del *brexit* la discriminación de mis compatriotas en el Reino Unido ya era una realidad. Lo conozco bien porque sigo de cerca el grupo de Facebook «Españoles en Reino Unido», que ahora se subtitula «Surviving Brexit». Pero, señora May, lo siento, los derechos no son negociables.

And the european citizens are not a bargaining chip.

Matt Carthy, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, I absolutely share the concerns of Members here tonight when they outline their frustration and anger at the failure of the British Government to outline its commitment to protect EU citizens living in Britain. But why should we be surprised that the British Government will not commit to protecting the rights of EU citizens in Britain when it will not protect citizens that it claims jurisdiction over? The people of the North of Ireland voted to remain part of the EU.

I am an Irish Republican. I have listened all my life to institutions like these, institutions like those in Westminster, telling me that the constitutional status of the North of Ireland could not change unless the majority of the people acceded to it. We all collectively came together in 1998 and accepted the Good Friday Agreement, which underpinned that principle. Well, we are saying tonight 'right back at you.' The people in the North of Ireland wanted, and want, to remain part of the EU. That decision must be respected, and we are depending on the EU to stand up for citizens in the North of Ireland because it is absolutely apparent that we cannot depend on the British Government to do so.

Raymond Finch, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, at a time when the people of Europe are calling for reductions in immigration and for stricter border controls, here you are going on and on, again. While you elitists may not want to accept it, the Brexit vote made a decision: the British people decide who comes to our country and who stays there. As for residence rights, the EU is scaremongering, as are all of you, and treating British expats and EU citizens as bargaining chips. It is an absolute disgrace and it is one more reason why we are glad to be out and why we are confident that we have made the correct decision. May you all suffer for what you are doing to those people.

(The speaker did not agree to take a blue-card question under Rule 162(8) by Anneliese Dodd)

Janice Atkinson, *on behalf of the ENF Group*. – Madam President, I am certainly not in favour of the EU, or the UK, using British citizens as a bargaining chip; it is quite disgraceful. Mrs Merkel and others could actually state very clearly now that they are not using people as bargaining chips, but they are choosing not to do so. What you do not recognise in this place is that the majority of British people said by vote that they are taking back control of their borders.

As Lord Tebbit, my hero, said in the House of Lords this evening: we will be putting British citizens first. He is back. Yes, the Lords did make a decision this evening, but guess what? Our Home Secretary has at least grown a pair of balls recently and is going to rescind it. They are going to overturn it because the British voted for Brexit. Yes, Ms Spinelli, we are going to have the brightest and best from around the world, from China, from India, and we are going to choose who come to our borders. Not you, Labour, you are out for another 20 years, out for a generation, and thank God for that. Roll on, Mrs May.

Jeroen Lenaers (PPE). – Madam President, over eight months have passed since 52% of British voters decided that the UK should leave the European Union. In those eight months the British Government has not triggered Article 50 and they have not opened up the opportunity to actually negotiate how best to arrange our divorce. So what have they done? They have confronted those Europeans who have applied for residence permits with a level of bureaucracy that I can only describe as ironic for a government that has spent so much time complaining about bureaucracy in the European Union. They have published new regulations on immigration and updated policy on the removal and revocation of European citizens, which has only created more fear, more chaos and more uncertainty for those Europeans living in the UK. They have sent letters to European citizens living in the UK for decades, often married to UK husbands or wives, to make sure they prepare for their departure. If this is Prime Minister May's idea of creating the grounds for a friendly negotiation, if this is the idea of a global Britain, then I would ask her to think again because this is not global Britain; it is certainly not noble Britain: it is Little Britain at its very smallest.

Soraya Post (S&D). – Madam President, many of us have received e-mails from concerned EU citizens in the UK. One group of people have not sent these letters, but they do have a lot to worry about. There are up to 300 000 Roma migrants in the UK. Recently, a report from the Institute for Public Policy Research warned that Roma EU migrants in Britain face a triple whammy of challenges, legal limbo in terms of residency, and an increase in racist attacks of 57% since the referendum. For them, having to leave Britain would mean not knowing if they would have to send their kids to bed hungry.

You will probably not receive any e-mails about this, but I would like to ask you, colleagues, to put some thought and action into the situation of the most vulnerable casualties of Brexit.

Емил Радев (PPE). – Г-жо Председател, свободното движение на хора в рамките на Съюза е едно от най-големите преимущества от членството, на което пряко се радват ежедневно милиони граждани на държавите членки. Премахването или ограничаването му би повлияло негативно върху живота на хората. Освен че е една от основните свободи, това е и ключово за развитието на европейската икономика, конкурентоспособност и бизнес.

В този контекст, бих искал директно да заявя, че опитите на британското правителство да ограничи правата на европейските граждани, живеещи или искащи да се установят на острова, са недопустими. Великобритания е и до момента на своето окончателно излизане от Съюза ще продължава да бъде държава член, и трябва да спазва изцяло съществуващото законодателство, включително принципите на свобода на движение и недопускане на дискриминация.

Осъждам опитите чрез лъжливи твърдения да се насява страх в британското общество, че половин България и Румъния ще се преселят във Великобритания. Трудностите при предстоящите преговори не са оправдание подобни безсъдържателни твърдения, касаещи една или друга държава членка, да служат като предлог за нарушаване на договорите и потъпкване правата на европейските граждани. Затова призовавам Европейската комисия да защити всички европейски граждани и да гарантира спазването на техните права за свободно движение и установяване навсякъде в Съюза, в това число и във Великобритания, дори и ако се наложи да се стартира наказателна процедура срещу последната. Необходима ни е повече информация за съществуващи случаи на нарушения и какви действия ще бъдат предприети за тяхното преустановяване.

Victor Negrescu (S&D). – Madam President, there are worrying signs of possible violations of the right to freedom of movement of European citizens in the UK. I made a list of examples in a petition signed by over 30 000 people that I submitted to this Parliament.

If we have this problem now, I am wondering what will happen after Brexit. We have to react from now on, to prevent any abuse, because this affects not only Europeans but also British people. Too often, populists talk in Britain about Eastern Europeans who come to take their jobs. Anyone who believes that we wanted to see 200 000 Romanian professionals – students, doctors and engineers trained in Romania – leaving for the UK is really crazy. At the same time, it is these so-called bad Europeans who buy British products and work with UK companies and will fight to protect the British people after Brexit.

I trust the EU and the British people will not let freedom of movement in the UK disappear, because together we are stronger. We have to give more freedoms and rights to Europeans in order to win against populism.

We do not need five scenarios: we need one good one to make Europe a better place for Europeans and British people, and freedom of movement is at the core of this project for the future.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, naváží na své kolegy ze skupiny Evropské lidové strany. Jsem rád, že dnes projednáváme tento bod, protože ve chvíli, kdy Velká Británie je součástí Evropské unie, je třeba, aby Komise učinila vše pro to, aby Britové dodržovali evropskou legislativu. To si myslím, že je základní postulát, který platí, a další debaty, které zde probíhaly mezi jednotlivými britskými poslanci, s tím základním problémem až tak nesouvisí.

Zkrátka a dobře, je zde jasná směrnice o volném pohybu a jasně se ukazuje, že Velká Británie tuto směrnici plně nedodržuje, že její obsah částečně vyprazdňuje. Je trochu škoda, paní komisařko, že nemáme bližší informace, že nemáme více statistik o tom, kolik občanů Evropské unie bylo v posledních letech z Velké Británie vyhoštěno, protože by to jasně potvrdilo to, že současná britská legislativa zužuje svobodu pohybu tak, jak ji upravuje evropská směrnice.

Vyzývám tedy stejně jako kolegové ze skupiny Evropské lidové strany Komisi, abyste tomuto problému věnovali mimořádnou pozornost, protože marná sláva, Evropská unie stojí na čtyřech základních svobodách, svobodě pohybu, svobodě kapitálu, svobodě služeb a svobodě zboží. Pokud bychom byli tolerantní k tomu, že jedna z těchto svobod bude omezoována, poškozujeme tím principy Evropské unie nehledě na to, jak dopadne samotný brexit a jaká práva po brexitu budou mít občané Evropské unie na britských ostrovech.

Proto, prosím, věnujte tomuto pozornost, chráníme tím principy Evropské unie.

Interventions à la demande

Julie Ward (S&D). – Madam President, I wanted to draw attention to the case of homeless European migrants who found themselves destitute and sleeping rough. In my constituency in north-west Manchester the Booth Centre is committed to helping rough sleepers to move off the streets and into stable homes. It is working in close partnership with many organisations, including local authorities, and they are very concerned about the recent increase in British Home Office activity around European migrants who are sleeping rough and at risk of mental health problems. This attack on rough sleeping has coincided with the Brexit campaign where European migrants have been stigmatised and hate crime has increased in my country.

The Booth Centre is actually fully committed to the voluntary assisted reconnection of destitute European migrants and in the last 12 months has organised the return of 141 people. They work with the individual to ensure that they have got a place to stay on their return and are linked to family, medical and social services. But the Home Office is at the moment riding roughshod over this and not working properly with the voluntary organisations that put these people's well-being at the core of their work.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το θέμα που συζητούμε είναι ιδιαίτερα σοβαρό, από την άποψη ότι παρατηρούνται πλέον προβλήματα στην ελεύθερη κυκλοφορία των πολιτών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, με αφορμή την απόφαση για Brexit και αυτό είναι βεβαίως πάρα πολύ σοβαρό διότι έχουμε πολλούς πολίτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης που εργάζονται στη Βρετανία και έχουμε και πάρα πολλούς Έλληνες οι οποίοι εργάζονται στη χώρα και ανησυχούν για τις προοπτικές που έχουν και τις προϋποθέσεις υπό τις οποίες θα μπορούσαν να συνεχίσουν να απασχολούνται στο Ηνωμένο Βασίλειο.

Υπολογίζουμε βεβαίως ότι η διαδικασία για την ολοκλήρωση της εξόδου της Μεγάλης Βρετανίας από την Ευρωπαϊκή Ένωση θα διαρκέσει δύο έτη. Είναι βέβαιο ότι σε αυτή την διετία θα πρέπει να εξακολουθήσουν οι πολίτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο Ηνωμένο Βασίλειο και βεβαίως και οι Έλληνες να ασκούν πλήρως τα δικαιώματά τους. Από κει και πέρα, θα πρέπει να υπάρξει πρόβλεψη για το τι θα συμβεί στο μέλλον.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, apprendiamo dal ministro degli Interni britannico che il principio di libera circolazione – come lo conosciamo – è destinato a cambiare in modo repentino, dopo il Brexit.

Resta comunque il fatto che uno dei pilastri fondamentali dell'Unione è il diritto alla libera circolazione e che su questo pilastro si uniforma tutta la normativa primaria, sia comunitaria sia nazionale. Certo, questo equilibrio è appunto messo in discussione dall'avvio della procedura ex articolo 50, ma va sottolineato che il diritto alla libera circolazione è sancito anche dall'articolo 45 della Carta dei diritti fondamentali. La circostanza eleva il livello di tutela del principio ad un rango superiore, in particolare se si considerano i diritti acquisiti e le aspettative di vita di coloro che hanno stabilito di vivere e non solo di risiedere nel Regno Unito.

Mi auguro che queste preoccupazioni non diventino strumento di pressione diplomatica e di trattativa, lasciando spazio alla adeguatezza sostanziale della tutela dei cittadini dell'Unione.

Branislav Škripek (ECR). – *(rečníka nepočúť, lebo nemá zapnutý mikrofón)*... ekonomické slobody sú tou hlavnou výhodou, pretože občania veria projektu európskej spolupráce. Európanmi sa ale budú cítiť len vtedy, ak budú v skutočnosti a naozaj rovnocennými občanmi. Dnes sme ale svedkami vzniku dvoch kategórií občanov. Hovoríme možno o konci Schengenu, hovoríme o rozdielnych pracovných podmienkach, hovoríme o rozdielnej kvalite potravín. Potom sa treba opýtať, či ešte hovoríme o Európskej únii.

V Spojenom kráľovstve takto dnes žije v neistote viac ako 100 tisíc Slovákov. Pracovníci z východnej Európy vždy boli pozitívnym prínosom pre krajiny starej Európy a do verejného rozpočtu Veľkej Británie prispievali viac ako piatimi miliardami eur/libier ročne. Aj Rakúsko chce obmedziť prídavky na deti slovenským pracujúcim, zvlášť opatrovatelkám, ktorých je tam 20 tisíc. Poctivo pracujú a odvádzajú dane v Rakúsku.

Nízke mzdy na Slovensku prinútili slovenských otcov a matky hľadať prácu za hranicami, aby ich deti mali lepšiu perspektívu. Voľný pohyb osôb členským krajinám neuškodil, ale pomohol. Chcem vyzvať Európsku komisiu, aby hájila záujem všetkých občanov EÚ, a lídrov členských štátov, aby hľadali rozumnú dohodu a kompromis.

(Fin des interventions à la demande)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, I would like to reassure you that the Commission is taking all necessary action to make sure that EU law is fully respected. Until the Treaties cease to apply to a Member State that has notified the European Council of its intention to withdraw from the Union, in accordance with Article 50, such a Member State remains a member of the EU, with all rights and obligations. EU law continues to apply in full to the United Kingdom and in the United Kingdom until it is no longer a member of the European Union.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – Free movement – which includes the rights of people to work and reside in other EU Member States is enshrined in the EU Treaties, including Article 21 of the TFEU and Article 45 of the Charter of Fundamental Rights, which reads that every EU citizen has a right to move and reside freely within the territory of the Member States. I believe this is a fundamental principle and that the UK, as a full member of the EU, must duly comply with this clause. I call on the Commission to provide us with any necessary statistics of any cases of unjustified expulsion or refusal and to ensure that the UK upholds the rights of EU citizens in the UK.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A liberdade de circulação e residência é um pilar fundamental da União. É a expressão maior da cidadania europeia. É o maior sucesso de e para os Europeus. É a maior conquista da Europa dos Cidadãos.

Para um país como Portugal, que sempre se voltou para o exterior, esta conquista reveste particular importância. A números de 2015, são mais de duzentos mil os portugueses que vivem no Reino Unido e que, enquanto cidadãos europeus, puderam beneficiar – sem serem discriminados pela sua nacionalidade – de todos os direitos acessíveis aos ingleses.

Assim, os relatos de que as autoridades britânicas estão a dificultar, por via administrativa, a residência de europeus, não podem passar impunes. Por enquanto, o Reino Unido permanece um Estado-Membro de pleno direito e, por isso, tem de respeitar as regras comunitárias. Em nome dos europeus, mas em particular dos milhares de portugueses que lá residem, este Parlamento tem de velar pelo estrito respeito dos direitos dos cidadãos europeus.

Ana Gomes (S&D), *in writing*. – Let me be clear: for the time being and at least for the next two years, the UK is a member of the EU, and therefore must apply EU freedom of movement laws. In case of breaches, the Commission must launch infringement proceedings and take the necessary measures to guarantee the full and unreserved implementation of EU law and, in this particular case, the respect for one of the Union's core principles.

Whenever the UK Conservative Government finds the courage to act on the result of the referendum that it called for and triggers Article 50 – nine months and counting! – the result of the exit negotiations will determine which rules will be applicable to EU citizens residing in the UK. Again, let me be clear: their protection is our absolute priority, as is protection of the values that should guide every decision taken by the Union. Please note: the promotion of fear, hate and xenophobia is not acceptable in this Union.

Ева Майдел (PPE), *в писмена форма*. – През 2016 г. ЕС беляза прогрес по ключовите си проекти, свързани със защитата на външните граждани, борбата с тероризма, единния цифров пазар, енергийния съюз, Фонда за стратегически инвестиции. През 2017 г. продължаваме да работим за сигурността и благосъстоянието на гражданите на Съюза, борим се за нови свободи, като например свободното движение на данни.

През 2016 г. гражданите на Великобритания избраха да не бъдат част от всички тези проекти и процеси след излизането си от ЕС. Преди „Брекзит“ да бъде факт обаче, Великобритания остава пълноправен член на ЕС. Едно от произлизащите от членството задължения е ангажиментът гражданите на ЕС да се възползват от свободното движение в Съюза. Важно е правата на трите милиона европейски граждани, живеещи във Великобритания, да бъдат гарантирани както сега, така и след „Брекзит“.

Заставам зад решението на Камарата на лордовете и разчитам, че то ще бъде финално. Един от фундаментите, на които е базиран ЕС, е принципът на правовата държава – той трябва да бъде спазван и отстояван без изключения. Недопустимо е граждани на ЕС да бъдат лишавани от правото си легално да работят и пребивават във Великобритания. Спазването на тази свобода следва да бъде зорко следено от Европейската комисия, а нарушаването ѝ – строго наказвано.

22. Ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern unter den Richtern am Gerichtshof (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la question orale au Conseil sur l'équilibre hommes-femmes parmi les juges de la Cour de justice, de Mady Delvaux, au nom de la commission des affaires juridiques (O-000149/2016 — B8-0203/2017) (2016/3025(RSP)).

Mady Delvaux, auteure. – Madame la Présidente, la Cour de justice est l'une des institutions importantes de l'Union européenne. En quelque sorte, elle symbolise l'état de droit, l'espace européen de justice, qui est un des piliers de notre démocratie. Le Parlement européen est très attaché au bon fonctionnement de la Cour de justice. Il l'a démontré par le passé en veillant à lui attribuer les ressources nécessaires. J'en veux pour preuve la bonne disposition de la grande majorité des membres du Parlement lorsqu'il s'est agi de réformer le tribunal. Sans enthousiasme, mais dans le but de permettre un bon fonctionnement du tribunal nous avons accepté, en octobre 2015, la proposition du Conseil, qui consistait à doubler le nombre de juges du tribunal, alors que le Conseil n'avait pas réussi à se mettre d'accord sur une augmentation moins importante du nombre de juges ou un système de rotation.

Le Parlement n'a donc jamais manqué d'apporter son soutien à la Cour quand on le lui demandait, parce que nous estimons que dans une démocratie, il faut garantir aux citoyens l'accès à la justice, des procès équitables dans des délais raisonnables et une justice efficace. Mais notre démocratie se distingue aussi par le respect des droits de l'homme, de nos valeurs, parmi lesquelles, évidemment, le principe de l'égalité.

Je voudrais rappeler ici que, lors de la réforme de la Cour de justice de l'Union, le Parlement avait insisté sur le respect de l'égalité entre hommes et femmes. Lors des trilogues, le Conseil avait promis et s'était engagé à proposer davantage de femmes aux postes de juges aussi bien à la Cour qu'au tribunal. Nous avons même introduit par amendement un calendrier sophistiqué qui permet aux États membres de nommer à chaque fois deux juges, ce qui aurait dû faciliter le respect de la parité. Nous savons évidemment que la nomination des juges n'est pas de la compétence du Parlement européen, mais je m'attendais à ce que les États membres respectent leur engagement. Or, que constatons-nous aujourd'hui? Sur les 28 juges de la Cour de justice, seulement 5 sont des femmes. Parmi les 44 juges du tribunal, on ne compte que 10 femmes. Soit 15 femmes sur un total de 72 juges. À peine 20 %.

Les représentants du Conseil me répondront que c'est l'héritage du passé. Soit. Mais comment expliquer alors que sur les 15 juges nouvellement nommés, trois seulement sont des femmes. C'est scandaleux et inacceptable. Je ne peux pas croire que dans nos États membres, il n'y a pas moyen de trouver des femmes juges capables de siéger à la Cour de justice ou au tribunal. De plus, je ne peux pas croire que les États membres ne s'engagent pas pour l'égalité entre hommes et femmes. Cela me semble élémentaire. Je rappelle que nous vivons au XXI^e siècle. Nos grands-mères ont été ridiculisées, mais elles se battaient pour avoir le droit d'étudier, d'accéder à des postes de responsabilité. Nous n'y sommes toujours pas. Nous avons une justice européenne rendue principalement par des hommes et un système judiciaire où manque le regard croisé des femmes.

En conséquence, ma question s'adresse aux représentants des États membres: qu'entendez-vous entreprendre pour respecter les engagements que vous avez pris de promouvoir la parité hommes-femmes lors de la nomination des juges à la Cour de justice européenne? Ne pensez-vous pas qu'une représentation équilibrée hommes-femmes est un atout pour la Cour de justice et pour une justice de qualité?

Enfin, je voudrais féliciter les États membres qui ont proposé des femmes et qui ont veillé ainsi à un meilleur équilibre hommes-femmes au sein de la Cour et du tribunal, et dans le même temps, je veux dire ma déception, voire mon mépris, pour les pays qui ne l'ont pas fait.

Chris Agius, President-in-Office of the Council. – Madam President, equality between women and men is a fundamental principle of the European Union, as we said earlier today in our debate on the gender pay gap. The equal participation of women and men in decision-making is a matter of justice, respect for human rights and good governance.

This was underlined by the Council in its conclusions of December 2015. On that occasion the Council also noted that there is still a need to achieve *de facto* gender equality in the European Union, which requires a multifaceted approach, including legislation, awareness-raising and positive action programmes.

The Council thus called inter alia on Member States' governments to promote a balanced representation of women and men in the political sphere, including nominations to high-level positions in the EU institutions. Against this background, it is not surprising that the importance of ensuring gender balance in high judicial functions was also reaffirmed in the context of the reform of the General Court, which was adopted in December 2015 and is currently being implemented.

As you know, this reform foresees an increase in the number of judges at the General Court in three stages. The first stage, the appointment of 12 additional judges, is currently being completed and the second stage is also in the process of being implemented with a view to reaching the number of 47 judges. Two appointments are still outstanding.

The final stage, in which the Court will comprise two judges per Member State, will be completed by 2019 and only then will it be possible to assess whether we have come closer to the objective of gender balance in the composition of the General Court. At present, out of a total of 44 judges at the General Court, ten are women and, among the 22 judges who were newly appointed in 2016, six are women. This is of course not yet satisfactory, even if there is a slight upward trend, which hopefully we will further consolidated.

What can we do in order to reinforce an equal gender representation among judges at the Court? Of course under the Treaty the appointment of judges and, by implication, the nomination of candidates, is the exclusive prerogative of the governments of the Member States. Neither the Council nor Parliament have any role in this respect. What the legislator can do – and has done in the context of the reform – is to create a legal framework which facilitates the nomination of one woman and one man by the Member States. The phasing in of new judges has been conceived in a way which ensures that over time the regular terms of office of the two judges of each Member State end at the same time. The idea is that this should make it easier for Member States to propose one woman and one man.

Regarding the selection procedure, the decisive criterion for the appointment of judges is not gender but merit. The Treaty provides that judges are to be chosen from persons whose independence is beyond doubt and who possess the ability required for appointment to high judicial office. Candidates are screened and interviewed by an independent panel of eminent persons, which has set very high standards in terms of qualification and independence and whose opinions on the candidates' suitability have so far always been followed by Member States' governments.

This has led many Member States to introduce internal procedures with an open call for candidates and an objective selection to identify the best candidate. This is a welcome development to ensure the highest quality of judges, but of course there is no guarantee that there will be a sufficient number of women among the candidates nor that the best candidate for a given position will be a woman.

This brings me back to my initial point, the Council conclusions of December 2015 on equality between women and men in the field of decision-making. In order to achieve de facto a more balanced representation of women and men in the General Court, we now need to concentrate on different aspects, such as awareness-raising and regular monitoring of progress made. These are no doubt the very legitimate objectives behind Ms Delvaux's question and I am confident that the views expressed in today's debate will be carefully examined and taken into account as much as possible in the capitals of the Member States.

Tadeusz Zwiefka, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Nie po raz pierwszy rozmawiamy o równouprawnieniu płci w różnych obszarach życia. Dzisiaj mówimy o tym bardzo specyficznym obszarze – o wymiarze sprawiedliwości, i to w wydaniu europejskim – w Europejskim Trybunale Sprawiedliwości. Rzeczywiście w grudniu 2015 roku zawarliśmy taką dżentelmeńską umowę z przedstawicielami Rady po to, by ukończyć legislacyjne podstawy kolejnej reformy Europejskiego Trybunału Sprawiedliwości – reformy, którą uznaliśmy za niezbędną. Mamy pełną świadomość, że to nie jest zapis, który kogokolwiek do czegośkolwiek obliuguje, ale jest to jednak dżentelmeńska umowa, umowa, której dotrzymania będziemy się domagać. I tutaj dziękuję bardzo Mady Delvaux za przygotowanie tego pytania.

Moja konkluzja jest taka: otóż obserwując zatrudnienie w obszarze wymiaru sprawiedliwości w państwach członkowskich, możemy dostrzec, że większość sędziów to są kobiety. Trudno jest mi sobie dzisiaj wyobrazić, że w tej wielkiej liczbie sędziów-kobiet nie znajdziemy takich pań, które spełniają najwyższe standardy wymagane przy obejmowaniu funkcji sędziego Europejskiego Trybunału Sprawiedliwości. Zatem apelujemy do państw członkowskich, aby zechciały brać to nasze porozumienie pod rozwagę, a mówię to ze spokojnym sumieniem, ponieważ mój kraj desygnował do Europejskiego Trybunału Sprawiedliwości dwie panie.

Jytte Guteland, för S&D-gruppen. – Fru talman! När Europaparlamentet och ministerrådet antog den nya förordningen för EU-domstolen var det en framgång för jämställdheten att vi fick igenom vårt krav om en jämn könsfördelning mellan män och kvinnor vid utbyggnaden av tribunalen. Därför är det mycket olyckligt att vi nu, vid tillsättningen, ser att endast fem av femton nya tillsatta domare är kvinnor. Det innebär att medlemsstaterna inte respekterar den här överenskommelsen med parlamentet.

Om vi menar allvar med att uppnå jämställdhet mellan kvinnor och män, vilket också förordas i vårt EU-samarbete enligt artikel 3 i fördraget, förutsätter det att EU-domstolen är jämställd. Det är också angeläget att vi speglar befolkningarna i EU. De 500 miljoner människor som bor och lever och verkar i EU har rätt till rättssäkerhet, och därmed till att vara speglade av domarkåren. Jag skulle vilja veta hur rådet tänker för att nu uppfylla sitt åtagande för att främja EU:s jämställdhetsmål och en balanserad könsfördelning i EU-domstolen?

António Marinho e Pinto, em nome do Grupo ALDE. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, Senhor Ministro, o Supremo Tribunal de Justiça da União Europeia tem 28 juízes, 11 advogados-gerais e um secretário. Num total de 40 membros, apenas 7 são mulheres, 5 das quais juízas e 2 advogadas-gerais.

São números que me envergonham enquanto europeu e que me fazem sentir que não está tão longe assim o tempo em que as mulheres estavam legalmente impedidas de aceder à magistratura.

Com estes dados, a União Europeia perde legitimidade para implementar políticas que imponham aos Estados-Membros e às empresas privadas o respeito pelo princípio da igualdade de género.

Esta desigualdade no Tribunal de Justiça da União Europeia não é responsabilidade apenas de homens, mas também de algumas mulheres. Quando, há cerca de ano e meio, em outubro de 2015, apresentei um relatório sobre a reforma do Tribunal Geral, propus uma alteração do respetivo regulamento que garantisse um efetivo número igual de juízes e de juízas.

Infelizmente não foram só homens que estiveram contra: algumas mulheres opuseram-se a essa proposta, pois estavam mais interessadas numa apressada e desnecessária duplicação do número de juízes desse tribunal do que na concretização histórica deste direito fundamental das mulheres europeias.

Jiří Maštálka, za skupinu GUE/NGL. – Paní předsedající, dnešní diskusi o potřebě vyrovnaného zastoupení mezi ženami a muži v profesi soudců u Evropského soudního dvora chápu jako upozornění na stále přetrvávající nerovnost mezi ženami a muži, proti čemuž chceme bojovat.

Myslím si ale, že bychom se měli soustředit především na problematiku uplatnění žen na trhu práce a jejich platové ohodnocení. Rozdíl v hodinové mzdě zaměstnaných mužů a žen je v Česku například dvacet dva procent. Nižší mzdy se samozřejmě promítají i do výše důchodů. Ženy se například po rozvodu s partnerem ocitají na samé hranici chudoby.

Dalším obrovským problémem je nedostatek dostupných služeb pro matky s dětmi, což vede k omezení uplatnění žen na trhu práce. Tento fakt zvyšuje sociální náklady státu. Genderová problematika je velice široká a já doufám, že se neomezíme pouze na případ Soudního dvora Evropské unie. Musíme udělat maximum, abychom ženám umožnili sladit rodinný život s nezbytným profesním růstem.

Heidi Hautala, Verts/ALE-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, arvoisa herra neuvoston puheenjohtaja, kun neuvosto ei kyennyt ratkaisemaan parhaalla mahdollisella tavalla tätä yleisen tuomioistuimen uudistusta, niin Euroopan parlamentti tuli avuksi. Me todellakin sitten hieman vastahakoisesti, mutta kuitenkin hyväksyimme sen, että tuomarien määrä kaksinkertaistetaan, ja me teimme poliittisen sopimuksen. Herra Zwiefka sanoi, että se oli herrasmiessopimus, mutta se oli poliittinen sopimus, jolla me päätimme, että vastaisuudessa pyrimme mahdollisimman tehokkaasti siihen tilanteeseen, että tuomioistuimessa on yhtä paljon nais- kuin miestuomareita.

Te käytätte valitettavasti hyvin perinteisiä argumentteja, kuten että sukupuoli ei suinkaan ratkaise, vaan ansiot, ja ettei ole mitään takeita siitä, että ehdokkaissa on naisia, ja totta kai paras valitaan. On kuitenkin kummallista, että tässä yhteiskunnassa ja Euroopan unionissa edelleen näitä ehtoja täyttävät sitten lähinnä vain miehet. Toivon, että neuvosto todella muistaa sen sopimuksen, jonka komissio, neuvosto ja Euroopan parlamentti tekivät.

Gilles Lebreton, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, l'égalité hommes-femmes est un principe juridique fondamental en France et en Europe. C'est aussi un principe fondateur de la civilisation européenne contemporaine.

Sur ce sujet comme sur tant d'autres, l'Union européenne est, hélas, incapable de montrer l'exemple. Seuls trois des quinze juges dernièrement nommés à la Cour de justice de l'Union européenne sont des femmes, ce qui manifeste un certain mépris à l'égard d'autres femmes qui avaient la compétence requise pour être choisies.

Il est urgent de réagir. Il faut réaffirmer avec force l'égalité de l'homme et de la femme à l'heure où Daesh et certains communautarismes prônent l'asservissement de la femme à l'homme. Si l'Union ne le fait pas, les peuples européens en tireront les conséquences.

Mais pour elle, il est sans doute déjà trop tard. En France, c'est bientôt une femme qui se chargera de faire respecter l'égalité hommes-femmes à la place de l'Union.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! 50 % der Bevölkerung sind Männer, 50 % sind Frauen. Da ist es insofern absolut logisch, dass diese Gleichstellung auch vor Gerichten und natürlich auch vor dem Europäischen Gerichtshof zu respektieren ist. Das Europäische Parlament hat es sich nicht einfach gemacht, sich eine Entscheidung abzurufen, als es darum ging, die Anzahl der Richter und Richterinnen zu erhöhen. Eine Bedingung war eindeutig, dass dementsprechend auch auf die Anzahl der Frauen Bezug genommen und die Anzahl der Richterinnen erhöht werden soll. Insofern kann man nur sagen: Der Rat hat dieses Prinzip nicht berücksichtigt. Und wir im Europäischen Parlament müssen uns in Zukunft sehr gut überlegen, inwiefern wir uns da auf den Rat auch verlassen, der uns entsprechend etwas zusichert und sich nicht daran hält.

Interventions à la demande

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych pouze poukázal na to, že ten podíl mezi muži a ženami je opravdu skoro vyrovnaný, padesát jedna ku čtyřiceti devíti procentům v evropské populaci, a že opravdu nevnímám žádný rozumný důvod pro to, aby podobný poměr nebyl i v zastoupení na Evropském soudním dvore.

Na druhou stranu si myslím, že by to nemělo být absolutní dogma. Já jsem příznivcem toho, aby nebyla ani diskriminace na základě pohlaví, prostě ti nejlepší právníci by měli zasedat v této tak vážené instituci, jakou je Evropský soudní dvůr. Já podporuji samozřejmě zastoupení žen, tu přechodnou kvótu, to znamená, aby bylo určité přechodné ustanovení, které umožní větší zastoupení žen na Evropském soudním dvoře. Ale skutečně nestigmatizujeme lidi podle toho, jaké mají pohlaví. Jsem přesvědčen, že jsme schopni dosáhnout rozumné dohody.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, da donna, già magistrato in Italia – un paese nel quale, oggi, il 50,6 % dei magistrati sono donne – mi rammarica notare come, in seno alla Corte di giustizia e al Tribunale, ancora persista una marcata disparità di genere.

Nonostante i provvedimenti adottati da questo Parlamento nel 2015 al momento della riforma della Corte di Giustizia e l'entrata in vigore di un regolamento che invita gli Stati a presentare alla Corte di Giustizia 2 giudici di sesso diverso, la tendenza non sembra essersi invertita. Dal 2016 in poi, l'unico nuovo giudice della Corte di giustizia è stato un uomo, mentre per quanto concerne il Tribunale, sono stati nominati ben 15 giudici uomini e solo 3 donne. È evidente, quindi – e mi rivolgo al Consiglio – che occorre continuare a sollecitare gli Stati affinché propongano una maggiore presenza delle donne nella Corte di giustizia, dove certamente sono in grado di portare capacità, competenza e impegno. Questo per dare concretezza al principio dell'equilibrio di genere negli Stati, ma anche nell'Unione.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το Δικαστήριο των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, το 1976, εξέδωσε την σημαντικότετη απόφαση Defrenne, μια απόφαση με την οποία καθιέρωσε την ισότητα των δύο φύλων ως προς τις αμοιβές σε επίπεδο Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων. Σήμερα όμως, στους κόλπους του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης, το ποσοστό των γυναικών είναι μικρότερο του 20%.

Το γεγονός βέβαια ότι σε πολλά ανώτατα δικαστήρια των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης υπάρχουν λίγες γυναίκες δεν μπορεί να είναι δικαιολογία για τα κράτη μέλη για να μην διορίζουν δικαστές γυναίκες, διότι έχουν το δικαίωμα να διορίζουν καθηγητές Πανεπιστημίου και άρα καθηγήτριες Πανεπιστημίου ή ακόμη και δικηγόρους. Επομένως, τα πράγματα είναι απλά: οφείλουν τα κράτη μέλη κατά τη διαδικασία διορισμών να λάβουν σαφέστατα υπόψη την αρχή της ισότητας των δύο φύλων και να διορίζουν και γυναίκες δικαστές στο Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, outside the famous British Old Bailey courtroom stands the statue of Lady Justice, a stark reminder that justice is for all. That principle goes back at least to Roman times, to the Roman goddess Justitia. Since the 16th century, Lady Justice has often been depicted wearing a blindfold, that shows that justice, true justice, is blind to wealth, power or other status, and in today's society we might well add gender, amongst other characteristics.

I do not think it is in any way a stretch to suggest that the same principles should apply to the appointment of judges. Equality of opportunity should exist for all. I do not care whether a judge is a woman or a man, black or white, rich or poor, straight or gay, religious or atheist. I only care for the job that they do. Appointments of judges must depend solely on their ability to apply the law diligently, without fear or favour. Equality of outcome is not, for these reasons, a valid target.

(Fin des interventions à la demande)

Chris Agius, President-in-Office of the Council. – Madam President, as I stated initially, the promotion of gender equality in high-level positions in the EU institutions, including in the Union courts, is an important political objective shared by our institutions. While in the most recent appointments at the General Court we have seen a slightly higher percentage of women than before, there is clearly still scope for improvement.

We could ask what else could be done to promote gender equality in the composition of the General Court. It is difficult to understand that, while in many Member States women are well represented in national judicial functions, this is still not the case in the European Union's Court. Perhaps it is due to the fact that, for judges at the General Court, relevant experience of at least 12 to 15 years is requested, and that women are less represented in this category of experienced lawyers and judges. Some paths towards improving the situation have been outlined, as I have already mentioned, in the Council conclusions of 7 December 2015 on equality between women and men in the field of decision-making, in which the Council called on governments and the social partners to establish far-reaching equal opportunities policies and to set targets and timelines to further develop and implement effective measures aimed at ensuring the balanced representation of women and men in decision-making and leadership, including training, mentoring and sponsoring schemes.

This could be food for thought, inter alia, as regards the preparation of suitable female candidates for judges' posts at the General Court, and might contribute, over time, to improving the overall gender balance among judges.

Finally, I think that we could again take stock of the situation once the last stage of the reform has been completed, which should be sometime in 2020. In the meantime, I am confident that discussions like this one contribute to the public debate on the issue and to awareness raising in the capitals. Thank you very much for this debate and for your attention.

La Présidente. – Le débat est clos.

23. Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente im Energiebereich (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Zdzisław Krasnodębski, au nom de la commission de l'industrie, de la recherche et de l'énergie, sur l'établissement d'un mécanisme d'échange d'informations en ce qui concerne les accords intergouvernementaux et les instruments non contraignants dans le domaine de l'énergie (COM(2016)0053 — C8-0034/2016 — 2016/0031(COD)) (A8-0305/2016).

Zdzisław Krasnodębski, sprawozdawca. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Nadrzędnym celem unii energetycznej jest zapewnienie bezpieczeństwa energetycznego jej członkom, które w dużej mierze zależy od dywersyfikacji dostaw. Zgodność umów międzyrządowych w dziedzinie energii z unijnym prawem jest jednym z warunków prawidłowego funkcjonowania wewnętrznego rynku energii, podniesienia bezpieczeństwa dostaw i dywersyfikacji. Jednak jak wszyscy wiemy, dotąd Komisja nie dysponowała skutecznym narzędziem przeciwdziałania zawieraniu umów niezgodnych z prawem unijnym, niezgodnych z celami Unii energetycznej.

Ponad rok temu, w grudniu 2015 roku, w parlamentarnej rezolucji dotyczącej unii energetycznej zwracaliśmy uwagę na małą przejrzystość umów międzyrządowych, na dostawę i tranzyt surowców energetycznych z państw trzecich lub budowę i wykorzystanie niezbędnej infrastruktury oraz zwracaliśmy uwagę na brak skuteczności dotychczasowych mechanizmów kontroli.

W lutym ubiegłego roku Komisja przedstawiła projekt modyfikacji decyzji w tej sprawie. Od tego czasu w ramach Komisji Przemysłu, Energii i Badań Naukowych prowadziliśmy intensywne prace, by ustanowić mechanizmy weryfikacji w stosunku do wspomnianych umów. Muszę tu podkreślić, że bez bardzo dobrej współpracy z kontrsprawozdawcami poszczególnych grup politycznych, z ich doradcami tak szybka ścieżka legislacyjna nie byłaby możliwa. Chciałem wszystkim bardzo serdecznie podziękować.

Ten okres bardzo wytężonych negocjacji przypadł na końcowy okres prezydencji słowackiej. Również z prezydenturą słowacką pracowaliśmy bardzo dobrze nad tym dokumentem. Chciałbym też podziękować przewodniczącemu ITRE, panu profesorowi Buzkowi, za zaangażowanie, współpracę, nie zawsze oczywistą wśród polityków o różnych orientacjach politycznych, ale myślę, że rzeczywiście była to bardzo dobra współpraca.

Jestem przekonany, że projekt decyzji, który mamy jutro uchwalić, może zapewnić obywatelom i państwom większe bezpieczeństwo energetyczne. To będzie zarazem pierwszy akt legislacyjny wdrażający założenia wspólnej strategii energetycznej 28 państw członkowskich. Oczywiście ten projekt jest rezultatem kompromisu osiągniętego w negocjacjach między grupami politycznymi w komisji oraz w negocjacjach z Radą, i jak każdy kompromis oznacza konieczność pewnych ustępstw. Najważniejsze postanowienia tego dokumentu to to, że projekty umów, które dotyczą dostaw lub przesyłu gazu ziemnego i ropy naftowej, będą weryfikowane przez Komisję Europejską, zanim zostaną ratyfikowane, czyli *ex ante*. Do tej pory mieliśmy do czynienia jedynie z weryfikacją *ex ante* i tylko pod kątem istniejących przepisów unijnych; teraz dodatkowym kryterium weryfikacji staje się również szeroko zdefiniowane bezpieczeństwo energetyczne.

Natomiast nie udało się w obecnym kształcie tej decyzji zamieścić weryfikacji *ex ante* umów dotyczących energii elektrycznej. Warto jednak podkreślić, że zgodnie z zapisem klauzuli rewizyjnej mogłyby one zostać włączone w zakres weryfikacji przy kolejnej aktualizacji przepisów. Klauzula weryfikacji *ex ante* nie obejmuje także tak zwanych instrumentów niewiążących oraz umów hybrydowych. Jeżeli chodzi o instrumenty niewiążące, to kryteria notyfikacji są w tym przypadku znacznie mniej restrykcyjne, jednak ważne jest to, że zostały one zdefiniowane w tej decyzji, co otwiera możliwość wprowadzenia bardziej szczegółowej weryfikacji tych instrumentów w przyszłości.

Projekt pomija też umowy hybrydowe, ale w ramach trójstronnych negocjacji Komisja zobowiązała się wydać oświadczenie, zgodnie z którym klauzula rewizyjna zawarta w artykule 10 decyzji umożliwia Komisji wystąpienie w przyszłości z wnioskiem o włączenie tego rodzaju umów w zakres weryfikacji. To są umowy, które zawierają państwa, rządy z podmiotami formalnie pozarządowymi, ale w których państwa trzecie sprawują dominującą rolę.

Dziękuję bardzo, jeszcze się wypowiem oczywiście na koniec naszej debaty.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Madam President, I welcome the excellent agreement reached at the last trilogue in December on the intergovernmental agreements (IGA) decision review between the European Parliament, the Council and the Commission. With this, we have reached a major political success that we have built together over the last months. I want to congratulate the rapporteur, Professor Krasnodębski, and the Members of the Committee on Industry, Research and Energy for their excellent work. I also want to congratulate the Dutch and the Slovak Presidencies for their support.

The review of the IGA decision takes place in the context of the Energy Union Strategy, the objective of which is to give European Union consumers – households and business – secure, sustainable, competitive and affordable energy supplies. In the current geopolitical climate, the Energy Union is essential to stimulate the production of renewables, improve energy efficiency and deliver a more integrated energy sector, which can ensure the security of supply and a successful energy transition, while promoting investment, growth and jobs.

With the agreement on the IGA decision, the first act to be agreed from the security of supply package we presented one year ago, we are giving a very powerful signal. We are showing that jointly, Parliament, the Commission and the Council attach great importance to bringing more coherence to our external energy policy, and that this external energy policy should be guided by respect for our internal rules and principles.

The current rules on intergovernmental agreements were agreed in 2012, and they require Member States to notify the Commission of their energy agreements with non-European Union countries only after they have been concluded (ex-post). The Commission has been notified of some 124 intergovernmental agreements under the 2012 rules. One third of the agreements related to energy infrastructure or energy supply contained provisions that were not compliant with European Union law. Moreover, it has proven very difficult to renegotiate or terminate intergovernmental agreements once they have been signed by the parties. In fact, no intergovernmental agreement has been successfully renegotiated as yet.

The review therefore has two main objectives: to ensure full compliance of IGAs with European Union law, thereby ensuring the proper functioning of the internal energy market, enhancing competition, and ensuring energy security. And to increase the transparency of IGAs in order to increase the cost-effectiveness of European Union energy supply and increase solidarity between Member States.

The deal is very relevant: for the first time, the principle of a mandatory ex-ante assessment by the Commission of gas and oil IGAs has been accepted, while electricity IGAs are still subject to a mandatory ex-post check. For the first time the role of non-legally binding instruments has been recognised, in full respect of the principle of subsidiarity and proportionality.

This will allow for more transparent and fully compliant IGAs in the future. This will increase our energy security and the functioning of our internal market. Of course, there should be no complacency, and the Commission will continue monitoring the development of the information exchange in the future. By 1 January 2020 we will issue a report on its implementation, to monitor the situation, notably regarding agreements between Member States and undertakings but also regarding electricity IGAs.

At the last trilogue in December, the Commission made a statement in that sense that will be attached to the Minutes of today's debate. On this basis, I am confident that the vote in plenary tomorrow will give a strong backing to the important agreement that we have achieved together.

WRITTEN STATEMENT BY THE COMMISSION

1. The review clause of this Decision (Article 10) covers the possibility for the Commission to assess whether it is appropriate to address agreements between Member States and undertakings from third countries, in the future, and to assess whether all instruments in this Decision are sufficiently addressed.

2. The Commission commits itself to make this assessment no later than 1 January 2020.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Bendt Bendtsen, *ordfører for udtalelse fra Udvalget om International Handel*. – Hr. formand! En mekanisme for udveksling af oplysninger er første spæde skridt på vejen til EU's energiunion. Det er godt for det videre arbejde med energiunionen, at vi nu får mulighed for at få et tidligt tjek af de olie- og gaskontrakter, som indgås med lande uden for EU. Vi øger nu gennemsigtigheden og har mulighed for at gribe ind, inden kontrakterne indgås. Man skulle ikke tro, at det tidlige tjek var en nødvendighed, men det er det desværre. Det viser sig, at op mod en tredjedel af tidligere indgåede kontrakter ikke var på linje med de beslutninger, vi ønsker i forbindelse med energiunionen og EU's indre marked. Jeg håber og tror, at det vil ændre sig til gavn for alle europæere.

Vladimir Urutchev, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, as the Commissioner stated, a number of existing intergovernmental agreements were not compliant with EU law. The high-profile example was the South Stream project. Moreover, it has proved very difficult, even impossible, to renegotiate or terminate such agreements. According to the new rules, Member States should inform the Commission in advance about their future gas and oil contracts with third countries through a formally established exchange mechanism. This mechanism will allow Member States to be aware early enough about non-conformity with EU law and to have the Commission's expertise on their side.

I would highlight the fact that this is the first dossier from the Energy Union strategy on which an agreement with the Council has been reached, and securing this agreement in a record time is a significant political achievement towards establishing the Energy Union.

The key objectives of the decision are to increase transparency of the energy market, to guarantee that intergovernmental agreements in the field of gas and oil are in line with EU law, and to strengthen the EU's resilience to gas and oil supply disruptions. It will equally increase Member States' negotiating power with third countries, as they benefit from the political and economic weight of the European Union. Subsequently, a high degree of transparency will also contribute to closer cooperation between Member States in the field of external energy relations and the achievement of long-term objectives relating to the functioning of the internal energy market.

More transparency and coordinated purchasing will eliminate market fragmentation in the EU. That is why I think this decision deserves our approval.

Miroslav Poche, *za skupinu S&D*. – Pane předsedající, Evropská unie dlouhodobě dováží víc jak polovinu spotřebovávané energie ze zahraničí. Velmi často ze zemí, které energetické suroviny považují za nástroj své zahraniční politiky, což je naprosto nepřijatelné. Evropa na to musí reagovat jednoznačnou a silnou pozicí při jednáních o energetických dodávkách. Proto je větší míra transparentnosti při vyjednávání mezinárodních dohod, zejména o dodávkách ropy a zemního plynu, více než potřeba.

Intenzivnější výměna informací a možnost, aby se Komise účastnila těchto jednání jako pozorovatel, je tou cestou, která musí vést ke zlepšení naší pozice. Komise musí prostřednictvím notifikace těchto smluv zajistit rovněž to, aby plně odpovídaly pravidlům vnitřního energetického trhu Evropské unie. Za pozitivní změnu považuji, že se tak nebude dít až poté, co jsou dohody uzavřeny, ale v průběhu jejich vyjednávání. Zatím dodavatelé stále aplikují pro jednotlivé země dvojí standardy, a to je zásadní problém. Vidím za tím jejich snahu oslabit silnou evropskou pozici, taktiku „rozděl a panuj“, dá se říci. Právě tomuto rozhodování musíme zabránit.

Uzavírané smlouvy musí zmírnit nepříznivý dopad na ostatní státy. Nové nastavení mechanismu výměny informací tak ve výsledku povede k posílení spolupráce, vzájemné důvěry, transparentnosti a prohloubení solidarity v rámci celé energetické unie, což považuji za základní předpoklad zajištění naší energetické bezpečnosti.

Angelika Mlinar, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Zuallererst möchte ich mich bei Ihnen, Herr Krasnodębski, als Berichterstatter bedanken. Sie haben wirklich ausgezeichnete Arbeit geliefert, und das erzielte Resultat spricht für sich.

Der ausgehandelte Beschluss setzt sich zum Ziel, die Schwächen des derzeitigen Mechanismus zu überwinden. Zum heutigen Stand müssen Abkommen der Kommission erst zur Untersuchung vorgelegt werden, nachdem sie ratifiziert wurden. Allerdings stellte sich heraus, dass Abkommen, die nicht mit dem Unionsrecht vereinbar sind, nur sehr schwer im Nachhinein neu ausgehandelt werden konnten. Mit dem morgen zur Abstimmung stehenden Beschluss wird sich dies ändern. Nun wird die Kommission vor der Unterzeichnung der Abkommen im Bereich Öl und Gas prüfen, ob diese mit dem Unionsrecht im Einklang stehen. Sollten die Mitgliedstaaten zudem von den Gutachten der Kommission abweichen, müssen sie ihre Beweggründe dafür schriftlich erläutern. Des Weiteren wird eine klarere Definition des Begriffs „zwischenstaatliches Abkommen“ eingeführt, in der auch internationale Organisationen enthalten sind.

Ich bin davon überzeugt, dass mit diesem Beschluss die Transparenz und die Kohärenz der EU-Außenbeziehungen im Bereich Energie wesentlich verbessert werden und die Verhandlungsposition der EU gegenüber Drittländern vor allem im Gasbereich gestärkt wird. Meine Fraktion, die Allianz der Liberalen und Demokraten, wird das unterstützen.

Νεοκλής Συλικιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, η τελική πρόταση, όπως έχει διαμορφωθεί μετά τους τριμερείς διαλόγους, όντως βελτιώθηκε σε επιμέρους σημεία. Χαιρετίζουμε, για παράδειγμα, τη διαγραφή της πρότασης για υποχρεωτική συμμετοχή της Επιτροπής στις διαπραγματεύσεις. Δυστυχώς όμως, ο βασικός στόχος για αύξηση των εξουσιών της Επιτροπής εις βάρος των κυριαρχικών δικαιωμάτων των κρατών μελών παραμένει. Οι διάφορες προτάσεις που παραμένουν, για μεγαλύτερη εμπλοκή της Επιτροπής στη διαδικασία, ακόμα και πριν από τη σύναψη των διακυβερνητικών συμφωνιών, με την υποχρεωτική εκ των προτέρων αξιολόγηση, είναι προβληματικές και περικλείουν κινδύνους. Δεν γίνεται τα κράτη μέλη να μην μπορούν να υπογράψουν, να κυρώνουν ή να συνομολογούν σχέδια των διακυβερνητικών συμφωνιών χωρίς την έγκριση της Επιτροπής, όπως ζητείται στην πρόταση που έχει κατατεθεί. Ιδίως από τη στιγμή που η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν κατόρθωσε ακόμη να αντιμετωπίσει τα σοβαρά προβλήματα που υπάρχουν στην ενεργειακή τροφοδοσία, καθώς πολλά κράτη μέλη (και περιοχές) της Ένωσης είναι απομονωμένα από τα μεγάλα ενεργειακά δίκτυα. Είναι πολύ επικίνδυνο να προωθούνται πολιτικές που περιορίζουν τη δυνατότητα των κρατών να διαμορφώνουν πολυδιάστατες ενεργειακές συμφωνίες βάσει των συμφερόντων του λαού. Αντ' αυτού, πρέπει να διασφαλίσουμε πως θα υπάρχει ενισχυμένος κρατικός έλεγχος και εθνική ευελιξία για τη διασφάλιση της ενεργειακής ασφάλειας στο λαό. Η προσπάθεια χειραγώγησης των κρατών από την Κομισιόν απαράδεκτη. Γι' αυτό και η GUE/NGL θα καταψηφίσει αυτή την πρόταση.

Indrek Tarand, fraktsiooni Verts/ALE nimel. – *If you allow me, I will speak in Estonian.* Austatud istungi juhataja! Mul on väga kahju, et fraktsioon GUE hääletab selle resolutsiooni vastu, sest see on väga hea resolutsioon. Just fraktsioon GUE võiks selle poolt olla, sest hr Krasnoděbski on teinud väga põhjaliku töö, mis viib meid sammukese lähemale Euroopa tegeliku energialiidu poole, ja EU energialiiduna võib ühel päeval olla palju tähtsam kui EU Euroopa Liiduna.

Mul oli väga suur au töötada koos hr Krasnoděbskiga ja see kogemus ütleb mulle, et teadlase taust Euroopa Parlamendis energiaküsimustes on väga oluline. Mitte igast poliitikust ei saa teadlast, aga heast teadlasest saab hea raportöör ja selle lausega ma ka oma sõnavõtu lõpetan.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Tarand, Sie dürfen selbstverständlich Estnisch sprechen. Wir haben hier die besten Dolmetscher der Welt, und sie sind auch spätabends noch fit und dolmetschen alles exzellent.

Roger Helmer, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, the explanatory statement for this proposal says its objectives are secure, affordable and sustainable energy. Yet for many years the EU has followed policies which have exactly the opposite effect. Germany, with the largest renewables investment, now uses increasing volumes of lignite. In the UK we are planning to use diesel generation as back-up.

The highly respected Economist magazine currently runs a front-page story entitled 'Clean energy's dirty secret'. I recommend it to colleagues. It says we have created regulatory and subsidy structures that militate against energy infrastructure investment and threaten security of supply. I quote: 'Green energy is eating its own tail'. Yet this proposal today amounts to little more than bureaucratic paper pushing. The explanatory statement concludes by saying the EU is torn apart by migratory and eurozone crises and desperately needs a success. Indeed it does, but this report will not deliver that success.

Jerzy Buzek (PPE). – Panie Przewodniczący! Ja nie zgodzę się z moim przedmówcą, jeśli chodzi o ocenę tego porozumienia, ale pozwolicie państwo, że zacznę od tego, od czego zaczęła większość przemawiających na tej sali, a mianowicie od gratulacji dla pana sprawozdawcy. To było pierwsze sprawozdanie pana profesora Krasnoděbskiego w Parlamencie Europejskim i skoro słyszy się takie słowa pochwały, to znaczy, że rzeczywiście było ono dobre. Ja to mówię, wiedząc oczywiście o ciepłych słowach, które on skierował pod moim adresem. Jestem przekonany, że mówimy bardzo szczerze. Widać z tego, że można w Parlamencie Europejskim skutecznie pracować ponad podziałami politycznymi w najważniejszych dla Unii Europejskiej i dla naszych obywateli sprawach. Zatem jeszcze raz gratuluję, również Komisji Europejskiej, co jest bardzo ważne, i dwóm zeszłorocznym prezydentom. Ten wynik nas naprawdę satysfakcjonuje.

To jest początek prawnych regulacji dotyczących unii energetycznej, pierwsza prawna regulacja, ale proszę pamiętać: największe trudności są zwykle z wdrażaniem tego, co wcześniej uchwaliliśmy. I to wszystko jest jeszcze przed nami. Liczą się nie tylko dalsze rozwiązania w ramach unii energetycznej, które już leżą na stole i nad którymi pracujemy i będziemy ciężko pracować w komisji ITRE, ale być może jeszcze ważniejsze jest to, by już dzisiaj mówić o tym, w jaki sposób my to wdrożymy i jak będziemy egzekwować. Ostatnie doświadczenia z napięciami wokół inwestycji Nord Stream 2 wskazują właśnie na to, że wdrażanie i egzekwowanie w Unii Europejskiej i w ramach unii energetycznej będzie najważniejsze.

Catch-the-eye-Verfahren

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl ve svém projevu nejprve omluvit pana kolegu poslance Kukana, který z nenadálých osobních důvodů nemůže vystoupit v jednacím sále. Nicméně já bych chtěl hovořit o energetické unii z pohledu bezpečnosti. Já jsem příznivcem toho, aby energetická bezpečnost a vnitřní trh byly velmi provázané. To, co řekl pan komisař Cañete ve svém úvodním vystoupení, je velmi důležité. Evropa je ohromný trh a my nedostatečně využíváme tohoto prostoru.

Jsem přesvědčen, že je důležité, v jaké době se stane energetická unie skutečnou prioritou Evropské unie a jejích institucí. Musíme sledovat transparentnost, to je nepochybné. Ve vyjednávání různých dohod Evropa představuje ohromný vnitřní trh a měli bychom na této skutečnosti vlastně plánovat naši budoucnost. Naše pozice velkého vnitřního trhu umožňuje vyjednat nejlepší podmínky. Já bych byl rád, kdybychom si toho byli vědomi.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, un mercato interno dell'energia non correttamente funzionante pone l'Unione in una posizione vulnerabile e svantaggiosa circa la sicurezza dell'approvvigionamento energetico e compromette i potenziali benefici per i consumatori e l'industria.

Obiettivo strategico dell'Unione dell'energia, infatti, è di consentire l'accesso a un'energia sicura, sostenibile e a prezzi concorrenziali. Sono dell'opinione che la costruzione di un meccanismo per lo scambio di informazioni, relativo ad accordi intergovernativi tra Stati membri e paesi terzi nel settore dell'energia, pur andando nella giusta direzione, limitando gli individualismi degli Stati membri, non soddisfa pienamente l'esigenza di informazione preventiva. Al pari degli accordi intergovernativi, le dichiarazioni congiunte tra Stati membri dell'Unione europea e paesi terzi devono essere esaminate prima della loro sottoscrizione, al fine di creare la necessaria certezza giuridica per gli investimenti. Solo un sistema di controllo equivalente dei contratti intergovernativi e degli strumenti non vincolanti può impedire che le parti possano trovare sotterfugi.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η ανταλλαγή πληροφοριών σε σχέση με τις διακυβερνητικές συμφωνίες στον τομέα της ενέργειας είναι σημαντική. Δεν πρέπει όμως να ξεχνούμε ότι πρόκειται για τομέα στον οποίο τα κράτη μέλη διατηρούν την εθνική τους κυριαρχία. Αυτό που προσπαθείτε να κάνετε τώρα, με την ex ante έγκριση, είναι να περιορίζετε ουσιαστικά τις κυριαρχικές εξουσίες των κρατών μελών. Τα κράτη μέλη οφείλουν να τηρούν το κοινοτικό δίκαιο. Έχουν δικαίωμα να υπογράφουν διεθνείς συμφωνίες. Μόνο αν παραβιάζουν το κοινοτικό δίκαιο, έχετε εσείς δικαίωμα, ως Επιτροπή, να προσφεύγετε στο Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης για να επιβάλει αυτό κυρώσεις. Διαφορετικά, δεν θα υπήρχε η έννοια της παραπομπής ενός κράτους μέλους για παραβίαση του κοινοτικού δικαίου. Θα είχατε εσείς τον ex ante έλεγχο στα πάντα και έτσι δεν θα υπήρχε αυτή η διαδικασία. Άρα, τα κράτη μέλη πρέπει να διατηρήσουν τις κυριαρχικές τους εξουσίες και αν παραβιάζουν το κοινοτικό δίκαιο, τότε να τα παραπέμπετε. Δεν μπορείτε όμως, διά της πλαγίας οδού, να παίρνετε αρμοδιότητες, ως Επιτροπή, τις οποίες δεν έχετε.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, podržavam ova nova pravila koja daju jaču snagu Komisiji, kako bi mogla zapravo i pomoći državama članicama u pregovorima s trećim zemljama oko uvoza energije.

Ono što osobno smatram jest da bi ex ante uvjete trebalo proširiti i na uvoz, odnosno ugovore vezane uz uvoz električne energije, pogotovo ako gledamo okruženje Europske unije, susjedne države koje, iako su članice energetske zajednice, ulažu u nove kapacitete termoelektrana na ugljen. Budući da one nisu obveznice emisije trgovanja ugljičnim dioksidom, također ne služe prekograničnom poboljšanju zagađenja država članica.

Smatram da bi Komisija trebala i u takvim slučajevima s državama članicama sudjelovati u pregovorima, jer se na taj način ugrožava konkurentnost na unutarnjem tržištu električne energije u Europskoj uniji.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, Members, thank you for your contributions to this debate. The Energy Union is one of the ten priorities of the Juncker Commission. Let me stress in this respect that reaching an agreement on one of the proposals of the Security of Gas Supply package adopted in February last year is an important step towards the realisation of the Energy Union. It is also important to show that we can do this in just 12 months. Many of you have stressed this issue, too. It shows that when there is the political commitment and we share the same clear objectives, we are able to offer concrete responses to the needs of business and of European citizens. Let us keep this positive spirit for the forthcoming negotiations on the Clean Energy for All Europeans package that is now on the table of the European Parliament and the Council.

Zdzisław Krasnodębski, *sprawozdawca*. – Dziękuję za pozytywną ocenę mojej pracy. To rzeczywiście jest moje pierwsze sprawozdanie legislacyjne w komisji ITRE; przedtem byłem autorem dwóch sprawozdań z inicjatywy własnej, które oczywiście nie mają takiego znaczenia prawnego jak to sprawozdanie, które jest rzeczywiście ważnym krokiem w kierunku realizacji unii energetycznej.

Ja się zgadzam z panem premierem Buzkiem, że najważniejsze jest wdrażanie, to, co zrobimy z tą legislacją. Tutaj bym zaapelował też do Komisji, żeby była odważna i konsekwentna, ponieważ pewne decyzje, które są podejmowane, takie jak decyzja w sprawie gazociągu OPAL czy brak decyzji w sprawie Nord Stream 2, powodują rzeczywiście, że w wielu krajach, których obywatele byli bardzo przekonani co do Unii Europejskiej i jej zalet, narasta sceptycyzm. Odwaga i konsekwencja jest niezwykle pożądana. I apeluję do Panów o to.

Natomiast chciałem się jeszcze odnieść do tej kwestii krytyki, która pojawiła się nie przypadkiem z lewej i z prawej strony. To często się zdarza na tej sali, że koledzy z lewej strony zgadzają się z tymi z prawej strony sali, prawica z lewicą. Więc obie te strony wyrażały zaniepokojenie, czy nie wkraczamy za bardzo tą legislacją w uprawnienia państw członkowskich, w ich suwerenność. Ja muszę powiedzieć, że pochodzę z ugrupowania politycznego i sam osobiście podtrzymuję pogląd, że tutaj niezwykle ważna jest dla nas suwerenność państw członkowskich w ramach Unii, uprawnienia państw członkowskich. Ale tę suwerenność państw członkowskich, państw narodowych w Unii powinniśmy budować wspólnie. Nie powinno być tak, panie profesorze Marias, kolega z grupy zgłaszał też uwagi krytyczne, nie może być tak, że suwerenność jednego państwa odbywa się kosztem naruszania bezpieczeństwa państw, członków tej samej Unii, w której wszyscy jesteśmy i której suwerenność wspólnie budujemy. To jest wartość, którą powinniśmy zachować.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 2. März 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Existujúci mechanizmus výmeny informácií ohľadom medzivládnych dohôd s tretími krajinami v oblasti energetiky sa zatiaľ ukazuje ako neúčinný. Jeho cieľom je kontrola súladu takýchto dohôd s právnymi predpismi a energetickými prioritami Európskej únie. Výsledkom má byť posilnenie vnútorného trhu a energetickej bezpečnosti EÚ a jej členských štátov. Na papieri to vyzerá dobre, prakticky v súlade so stratégiou energetickej únie. Reálny efekt je však momentálne zanedbateľný. Problémom je, že kontrola sa vykonáva ex post, čiže až po uzavretí akýchkoľvek dohôd. Napríklad krajiny primárne závislé od jedného dodávateľa fosílnych palív môžu byť tlačené do rôznych nevýhodných ústupkov.

Po uzavretí dohody je však na nápravu už príliš neskoro. Ako problematických bolo označených až 17 uskutočnených medzivládnych dohôd. Vstupovať do nich po podpise však bolo zbytočné. Navyše sa v mnohých prípadoch začali realizovať aj konkrétne s nimi súvisiace investičné projekty. Vzhľadom na vysokú závislosť EÚ od dovozu fosílnych palív z tretích krajín by namiesto byrokraticky náročného komplexného posudzovania stačilo povedať do akej miery tie medzivládne dohody prispievajú k diverzifikácii zdrojov a prepravných ciest. Z praktického hľadiska by sa to malo diať pred uzatvorením takýchto dohôd. To však nezávisí od EÚ, ale iba od vôle predstaviteľov jednotlivých členských štátov.

András Gyürk (PPE), *írásban.* – A 2006-os és 2009-es tél alapjaiban ingatta meg az addig stabilnak tartott európai földgázrendszert. Korábban elképzelhetetlennek tűnt, hogy az Unión kívüli politikai csatározások ilyen komolyan tudják befolyásolni hétköznapiainkat. Ugyan a földgázszállítás kimaradása felkészületlenül érte a tagállamokat, hála a közös erőfeszítéseknek és a szolidaritásnak, sikerült átvészelnünk ezt a veszélyes időszakot. Ezek a krízisek azonban nemcsak mint fenyegetések vonultak be az európai történelembe, hanem mint egy új korszak kezdete.

Az addig elszigetelt tagállami energiapolitikák elkezdtek közeledni egymáshoz és felértékelődött az ellátásbiztonság valamint a szolidaritás kérdésköre. Megkezdődött az igazi energiauniós integráció, elindult a szomszédos tagállamok hálózatainak összekötése és jelentős lépéseket tettünk a piacfejlesztés érdekében. Természetes, hogy egy ilyen integrációs folyamatból nem maradhatnak ki a sokszor legnagyobb volumenű, államközi szerződések sem.

Bizonyos mértékű informáltság és normakontrol képes lehet javítani a tagállamok alkupozícióján, ezáltal hozzájárulva az adott ország jólétéhez és versenyképességéhez. Nem szabad azonban, teljesen felrúgnunk a piacgazdaság egyik legalapvetőbb törvényét, az üzleti titokhoz való jogot. Az Uniónak ebben az esetben is meg kell találnia a megfelelő egyensúlyt: több Európa helyett a jobb Európára kell koncentrálni.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie.* – Ustanowienie mechanizmu wymiany informacji w odniesieniu do umów międzyrządowych i instrumentów niewiążących w dziedzinie energii jest niezwykle istotnym krokiem naprzód w kierunku silniejszej i bardziej zjednoczonej Unii Europejskiej na polu energii. Cieszę się, że umowy międzyrządowe będą podlegały analizie Komisji Europejskiej przed ich podpisaniem, gdyż dzięki temu nie tylko będziemy mogli mieć pewność, iż będą one zgodne z prawem europejskim, ale również pomoże to w dopilnowaniu, by nie były one efektem wykorzystywania pozycji siły nad państwem członkowskim przez państwa trzecie. Uważam jednak, że analiza ex-ante powinna dotyczyć nie tylko umów międzyrządowych, ale również instrumentów niewiążących, które pomimo swojego niewiążącego charakteru są też wykorzystywane w tak istotnych celach jak ustanawianie ram dla infrastruktury energetycznej czy dostaw energii, wpływając tym samym na rynek energii w sposób podobny do umów międzyrządowych.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito.* – Las reformas introducidas por el Parlamento Europeo no hacen sino reforzar los poderes de la Comisión frente a los Estados Miembros en la negociación de acuerdos intergubernamentales, con el fin de ajustarlos a la normativa europea. A pesar de que en el debate se han esgrimido argumentos tales como la necesidad de asegurar que las políticas de los Estados Miembros sean compatibles con los objetivos generales de las políticas energéticas de la UE (como son la eficiencia y seguridad energética), la propia Comisión reconoce que desea que los acuerdos intergubernamentales se revisen —esencialmente— para profundizar en la liberalización del mercado eléctrico y gasístico, tal y como marcan las directrices del tercer paquete energético y de la política de competencia. En este sentido, se trata de dotar a la Comisión de nuevos poderes formales e informales para desregular los mercados energéticos internacionales: poderes que, por cierto, no reclama en el ámbito de los acuerdos internacionales entre multinacionales privadas del sector energético. Creo que deberíamos ser más cautelosos, sobre todo en un momento en que la política energética exterior de la Comisión es más agresiva que nunca, como vemos con los ataques a Rusia y las peligrosas alianzas con países como Qatar.

24. Optionen, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Soledad Cabezon Ruiz im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über die Optionen der EU, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern (2016/2057(INI) (A8-0040/2017).

Soledad Cabezón Ruiz, ponente. – Señor presidente, queridos colegas, los sistemas sanitarios forman parte de la Europa social en la que los ciudadanos y las ciudadanas europeos se reconocen y que valoran especialmente; son cruciales para garantizar la cohesión social y también la productividad, que generan una sociedad sana. Pero se enfrentan a retos, como la sostenibilidad, debido al envejecimiento de la población, al incremento de las enfermedades crónicas, a la irrupción de nuevas tecnologías.

Pero, hoy, nos trae aquí, fundamentalmente, el incremento del gasto farmacéutico: un 17 % de todo el gasto en salud — un 1,4 % del PIB de la Unión Europea—.

Y es que los altos precios de los medicamentos nos han puesto, a los países desarrollados, en un escenario que no considerábamos que nos pudiese alcanzar algún día: la hepatitis C —una enfermedad con graves consecuencias, pero a día de hoy con tratamiento curativo— no ha podido aún aspirar a su erradicación, sino que estamos priorizando, a base de guía, su tratamiento, lo que se hace difícil de justificar desde el punto de vista ético. Pero el cáncer también amenaza con 24 millones de casos nuevos para 2030, con un incremento del 68 % respecto a 2012.

Pero esto no es cuestión de ética, también es cuestión de derechos. El artículo 35 de la Carta de los Derechos Fundamentales protege el derecho a la salud. El medicamento, como tal, no puede ser considerado un bien de consumo más, sino que tiene que ser especialmente regulado para que el paciente se encuentre en el centro del acceso al mismo.

Pero, además de los precios y la sostenibilidad, tenemos los problemas del desabastecimiento, la falta de adecuación a las necesidades por falta de interés comercial —en aspectos como la resistencia antimicrobiana— o la necesidad de poner incentivos —como es el caso de los medicamentos huérfanos—, problemas en la competencia para que entren los genéricos o falta de innovación con pequeñas modificaciones en muchos casos.

El precio de los medicamentos lo establece la industria sobre la base del valor, faltando otros equilibrios que garanticen el acceso a la ciudadanía. Los medicamentos huérfanos aumentan en un número que hace pensar que los criterios se están aplicando de forma incorrecta, debido a que generan un negocio rápido, un retorno rápido de la inversión.

Preocupan, como digo, los litigios en la competencia que dificultan la entrada de los genéricos. Todo ello parece que puede acabar desembocando o está desembocando en un modelo de negocio que dificulta el acceso a los medicamentos por parte la ciudadanía europea.

Los Estados miembros, con acuerdos confidenciales, con copago, en definitiva, con diferentes medidas, tratan de dar solución, pero, finalmente, lo que tenemos es un mercado más fragmentado y más desigual. La Comisión pone en marcha incentivos públicos, pero que tampoco garantizan ese retorno a la sociedad a través de un precio o un acceso justo.

Se nos hace crucial ese equilibrio de poderes y, para ello, el valor terapéutico añadido es crucial y tiene que ser establecido por la Comisión y los Estados miembros de forma coordinada.

Necesitamos, señor comisario, un marco legislativo en este sentido; también analizar otros criterios, por supuesto, económicos y sociales para que lo garanticen.

Necesitamos evaluar el verdadero impacto de la propiedad intelectual en la promoción de la innovación y en la calidad de la misma y, en definitiva, en el acceso a los medicamentos, el fin social que realmente justifica también este derecho fundamental.

Tenemos que evaluar los incentivos públicos puestos en marcha y también garantizar el retorno de la inversión justa con un precio adecuado y un acceso garantizado. Necesitamos un mejor marco que garantice la competencia y la entrada de los genéricos y un uso racional del medicamento.

Pero, muy especialmente, hoy quiero reivindicar —y no se puede demorar más— un plan que erradique la hepatitis C. Es inhumano, es insostenible que, a día de hoy, cuando tenemos medicamentos que salvan la vida de las personas, no seamos capaces de coordinarnos de forma suficiente para erradicar esta enfermedad.

En definitiva, en este informe se proponen medidas y acciones —estas y otras más—, y le pido al señor comisario que tome esta iniciativa y, antes de final de año, nos muestre una propuesta legislativa.

El Parlamento se suma al Consejo, a la ONU y a la OCDE. Es un clamor popular que tenemos que dar respuesta a esta justa demanda.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the House, and in particular the rapporteur, Ms Cabezón Ruiz, and the shadow rapporteurs, for your enormous efforts in preparing the report on access to medicines in Europe. I fully share your concern about the need to improve patients' access to medicines and to help ensure that all patients have timely access to innovative and affordable medicines everywhere in the EU. There should be affordable and innovative medicines for each and every European citizen.

The key question here is, of course, how do we balance the objectives of innovation, quality and affordability? On the one hand, we need to ensure that the industry develops truly innovative products that respect the strict rules of safety, quality and efficacy while, on the other hand, we need to make sure that this innovation remains affordable, and thus accessible, to patients throughout Europe. I support Member States' initiatives to help reduce the price of medicines and increase transparency, and the Commission has published a study on enhanced coordination across countries in this area. Together we can all do more for European patients.

Your report addresses the entire life cycle of an innovative pharmaceutical's initial research, regulatory approvals, market launch and, ultimately, entry into the market of generic competitors. Let me concentrate on two aspects which figure prominently in the report: first, health technology assessment and, second, the incentive schemes aimed at encouraging pharmaceutical companies to develop innovative products for unmet medical needs.

I would like to start with health technology assessments. As you rightly state, health technology assessments help Member States to ensure the sustainability of their health care systems, encouraging pharmaceutical companies to develop products with clear therapeutic value-added benefits for patients. In 2016 the Commission announced its intention to propose an initiative on strengthening European Union cooperation for health technology assessment in 2017. We are working intensively on this initiative, analysing the results of the public consultation and preparing the impact assessment.

In that context, I welcome the input provided by Parliament on health technology assessment. Concretely, your report recommends the harmonisation of health technology assessment tools and methodologies and that consideration be given to compulsory relative-effectiveness assessments at EU level, with a focus on medical and therapeutic aspects. I cannot, of course, yet indicate what the Commission will propose, as we need to finalise our analysis first. Your input will contribute to shaping the initiative. My aim is to come up with a proposal that has clear benefits for all – for patients firstly, for all European citizens and for Member States.

Secondly, let me turn to the incentive system for pharmaceutical companies. A key component of this system is patents. The aim of patents is to allow companies to recover long-term investment in the research and development of new products through exclusive rights. In the pharmaceutical sector these patent rights can be extended by so-called supplementary protection certificates. This extension can be used when research and development has taken a very long time. In addition to patent rights and the supplementary protection certificates, companies can also benefit from regulatory data protection and sometimes market exclusivity periods, for example to develop orphan drugs.

You will also remember that we announced our intention to improve the patent system in Europe in the Single Market Strategy. Let me reassure you that this work includes a reference to supplementary patent certificates for pharmaceuticals. It is currently ongoing. Let me add that we will soon launch a comprehensive study to look into the complex incentive system for pharmaceuticals, in line with the recent Council conclusions. This study will investigate the impact of the current regime on innovation, availability and accessibility. We expect to have the final results of the study at the end of this year. In the meantime we published, earlier this month, an inception impact assessment announcing an evolution of the supplementary protection certificates legislation. This assessment also identifies legislative and non-legislative options for the way forward, and we intend to launch a public consultation before the summer.

Let me stress that your own-initiative report will provide a very important contribution to this work. I would like to emphasise that, when it comes to incentive schemes, we already have, as you know, dedicated European rules which apply for specific types of products such as advanced therapies, paediatric medicines and orphan medicines.

First, in the field of paediatric medicines, as I explained last December in Strasbourg, we are currently preparing a second implementation report showing how the sector functions. We are currently analysing the results from the consultation so I am not yet in a position to draw conclusions at this stage.

Second, in the area of advanced therapies and orphan medicines, our current focus is on the effective implementation of the legislation. In particular, for orphan medicines, let me recall that the legal framework has, for the past 17 years, enabled a strong increase in research and development activities for rare disorders. Investment in this field was previously too scarce due to the very small numbers of patients concerned.

I recognise that, besides health technology assessments and the incentive schemes, there are many other very important aspects covered by your report. For example, you touch upon research pricing competition and international matters. You also comment on the new forms of regional cooperation between smaller groups of Member States, such as the one involving Belgium, the Netherlands, Luxembourg and Austria. Your report additionally calls on the Commission to submit a number of reports and to organise follow-up actions such as the creation of a new pharmaceutical forum. Be assured that we will carefully analyse these suggestions.

I believe we need to capitalise on the work already carried out in other forums. This is the case, for example, on the collection of pharmaceutical prices in the European database or on the guidance documents produced by international organisations. Very often this work is conducted in close cooperation with the Commission and Member States.

Let me conclude by expressing once again my sincere appreciation and gratitude for the strenuous efforts put into this important report. Let me remind you that the Commission is also working with Member States, in the Expert Group on Safe and Timely Access to Medicines for Patients, to optimise the use of the existing regulatory tools. I am encouraged by the fact that we all share a common vision, namely maintaining a favourable environment for real innovation in the EU, while ensuring that all European patients have timely access to truly innovative and affordable medicines of good quality and safety. In the light of that, I look forward to hearing your views.

Piernicola Pedicini, *relatore per parere della commissione per lo sviluppo*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la relatrice Cabezón per il lavoro che ha qui svolto, anche a nome dell'onorevole Corrao, della commissione sviluppo, visto che è stato ben recepito il lavoro che hanno fatto in quella commissione e nella commissione ambiente, soprattutto per i temi che sono stati individuati e sottolineati riguardo ai paesi in via di sviluppo.

Tuttavia voglio riportare il tema su quello che succede qui in Europa e soprattutto riguardo alla prevaricazione dei diritti fondamentali, come quello della salute. Cito Sofosbuvir, prima l'ha citato la relatrice, che può portare alla guarigione completa dall'epatite C e che viene venduto nell'Unione europea a 277 volte il prezzo di produzione; il vaccino per la pertosse si produce a un prezzo che è meno di un dollaro, ma nell'Unione europea viene venduto a 120 dollari; Erlotinib, per il tumore al pancreas, costa 15 000 euro a trattamento e produce un aumento medio di sopravvivenza di soli 15 giorni; Cetuximab, per i tumori del polmone, costa 80 000 euro a paziente e produce un aumento medio di sopravvivenza di un mese e mezzo soltanto.

Noi crediamo – dal nostro punto di vista – che nella relazione di iniziativa dell'onorevole Cabezón non si affrontano questi temi con la dovuta incisività. Ma il peggio viene da quegli emendamenti vergognosi del PPE e di ALDE che vogliono addirittura promuovere l'«innovazione incrementale». Siamo all'assurdo.

Qualunque medico sa molto bene che l'industria utilizza la strategia del «brevetto sempreverde», per conservare il più possibile il monopolio di un prodotto, apportando soltanto piccole modifiche come, ad esempio, l'aggiunta di un eccipiente. Su questo emendamento abbiamo chiesto il voto nominale perché tutti devono sapere chi sono quei gruppi politici che stanno dalla parte dell'industria che vuole fare profitto a tutti i costi sulla pelle dei pazienti, rendendoli di fatto malati cronici che non devono essere mai guariti, perché così, davvero, possono spremersi fino all'osso.

Eleonora Evi, *relatrice per parere della commissione per le petizioni*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i danni provocati dalle misure di austerità, con i tagli orizzontali ai bilanci in materia di sanità pubblica e l'indisponibilità di medicinali o il mancato accesso agli stessi a causa della loro onerosità rendono oggi impossibile il diritto alla cura ad un numero esponenziale di cittadini europei, soprattutto i più poveri.

Le disuguaglianze si stanno duramente accentuando ma, a livello europeo, continua a permanere una volontà politica finalizzata a mantenere lo status quo, aggravato da quel rapporto oscuro tra case farmaceutiche e pezzi delle istituzioni sul quale è evidente non si voglia assicurare piena trasparenza. Non si spiegherebbe altrimenti la decisione della Commissione Juncker di ritirare la proposta di modifica della direttiva 89/105/CEE sulla trasparenza delle misure che regolano la fissazione dei prezzi dei farmaci – direttiva che risale a ben 28 anni fa – e nonostante la Commissione stessa avesse ammesso che il quadro normativo oggi vigente non riflette più le modalità con le quali vengono definiti i prezzi dei medicinali. È uno stato di cose inaccettabile che mina ancora una volta la credibilità dell'esecutivo comunitario.

Françoise Grossetête, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, l'Union européenne est chargée par les traités de garantir l'égal accès de tous à la santé et, bien sûr, une santé de qualité et sûre. Mais c'est une mission oh combien complexe, si l'on tient compte de la fragmentation des systèmes de soins nationaux, des différences structurelles entre les États membres et de l'évolution de la science qui rend possible des innovations dont le coût ne fera, sans aucun doute, qu'augmenter.

Une mission dont nous avons pu cependant nous acquitter au mieux jusqu'à présent grâce à la mise en place d'un cadre réglementaire solide, avec la législation sur les médicaments humains, la directive sur les soins de santé transfrontaliers, le règlement sur les médicaments orphelins et beaucoup d'autres textes.

Ce cadre réglementaire a permis d'encourager la recherche et l'innovation, grâce à des incitations soigneusement ciblées, tout en améliorant l'accès aux traitements. Preuve en est, en France, par exemple, où les traitements innovants sont souvent rapidement disponibles et les frais de médicaments ont été stabilisés entre 2009 et 2014.

Les formidables innovations de rupture, qui arrivent enfin sur le marché, vont faire entrer la médecine dans une ère nouvelle et auront un fort impact sur les prix. Bien sûr, cela ne pose pas avec acuité la question de la pérennité de nos systèmes de soin, mais ce n'est pas pour cela que l'on doit baisser les bras. Or j'ai l'impression que c'est ce que certains ici ont voulu faire avec ce rapport, dont la version finale est heureusement bien plus mesurée.

Je mets sérieusement en garde cependant: ne ralentissons pas l'innovation de demain avec des calculs à court terme. La recherche médicale s'inscrit dans la durée et a besoin de visibilité et de stabilité.

Le défi de l'accès aux traitements passera par de nouveaux modèles commerciaux pour les laboratoires, une coopération renforcée entre les États membres, une harmonisation de l'évaluation des technologies médicales au niveau européen, l'évolution de la e-santé et du numérique et le développement de la prévention. Des solutions plus complexes, certes, mais plus durables. Pensons-y! Le coût de l'innovation est aussi le prix du progrès.

Carlos Zorrinho, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, no momento em que se debate a visão para o futuro do projeto europeu, precisamos cada vez mais de ação para que os cidadãos europeus sintam este projeto como seu.

Saúdo a relatora pelo excelente relatório que elaborou, mas agora é preciso passar à prática, e já! Os Estados-Membros têm de colaborar para combater a fragmentação do mercado. A Agência Europeia do Medicamento deve ser chamada, através do alargamento de competências, a apoiar este processo colaborativo. É necessária uma nova diretiva que garanta maior transparência dos procedimentos de fixação de preços e das garantias de reembolso.

Deve ser reforçado o esforço público de apoio e incentivo à investigação, em domínios como as doenças raras, que afetam nichos específicos, sendo depois esse esforço refletido na formação dos preços ou na perda de propriedade intelectual.

Para assegurar preços justos e acessíveis para os utentes e para os serviços de saúde, temos de estimular o uso dos medicamentos genéricos para aumentar a acessibilidade e apoiar a investigação em medicamentos inovadores para as doenças pediátricas.

A União Europeia e o projeto europeu tem de significar mais e melhor saúde para os seus cidadãos. Isso é possível e é absolutamente necessário.

Bolesław G. Piecha, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Dziękuję za to sprawozdanie. Zapewnienie stabilności systemów opieki zdrowotnej w dobie zwiększonych wydatków i starzenia się społeczeństwa wymaga prowadzenia wielu działań, również działań dotyczących dostępu do leków, ich ceny i dostępności. Głównie jest to kwestia wykorzystania Oceny Technologii Medycznych (HTA). To wykorzystanie powinno dotyczyć głównie leków generycznych i biopodobnych, ponieważ w dzisiejszych czasach te ceny bywają nieadekwatne do kosztów produkcji. Głównie trzeba wykorzystać konkurencję w sektorze leków niechronionych patentem (off-patent), bo to one generują konkretne oszczędności. W zakresie technologii lekowej popieram usprawnienie wymiany informacji. Istnieją przecież raporty krajowe HTA, a wymiana informacji powinna być dokładnie sprecyzowana, głównie jeżeli chodzi o zasady badań klinicznych, standardy, procesy. Natomiast bardzo bym był ostrożny przy ocenie ekonomicznej, ponieważ krajowe systemy różnią się, i pozwoliłbym, by ta część oceny była domeną państw członkowskich.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki” (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Janusz Korwin-Mikke (NI), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Ja mam takie pytanie: czy nie uważa pan, że najlepszym sposobem na zwiększenie dostępności leków byłoby, gdyby Unia skasowała wszelką legislację w tym gatunku, a także zakazała państwom wtrącania się do produkcji leków?

Bolesław G. Piecha (ECR), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Nie bardzo mogę się zgodzić z takim oto stawianiem problemu. Lek to nie jest zwykła substancja, to nie jest kawałek odzieży, marynarka, spodnie czy kromka chleba. Tutaj wymagane są bardzo szczegółowe badania, głównie bezpieczeństwa, efektywności, a co za tym idzie – głównie skuteczności. Nie można wracać do czasów sprzed stu lat, gdzie każdy komiwojażer mógł reklamować coś, co miało być lekiem, a lekiem nie było. To są zbyt duże pieniądze, zbyt duże zaangażowanie systemów finansowych państw członkowskich, żeby zostawić to biegowi wolnej konkurencji, wolnego rynku.

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Das ist ein wichtiges Thema, über das wir heute sprechen. Ich bedanke mich bei der Berichterstatterin für die umfangreiche Arbeit. Wir haben sehr lange und sehr intensiv diskutiert. Es geht darum, den Patienten in den Mittelpunkt zu stellen und dann bei einer älter werdenden Bevölkerung, bei teilweise mehr chronischen Erkrankungen, die wir leider haben, für möglichst alle Menschen den gleichen Zugang zu den Medikamenten zu schaffen und eben auch in der Forschung innovativ zu sein und letztlich zu bezahlbaren Medikamenten zu kommen.

Ich möchte eines jetzt hier sagen, weil das so ein bisschen im Raume stand: Ich halte es für falsch, den Forschern jegliche Ethik abzusprechen. Das klingt so ein bisschen durch. Es gibt viele Forscher im Bereich der Pharmazie, die den Menschen durchaus helfen wollen. Das ist eine wichtige Sache. Natürlich geht es dann darum, auch Absprachen zu treffen, länderübergreifend zu sehen, wie man sich gegenseitig unterstützen kann, zum Beispiel, wenn es irgendwo einen Engpass an medizinischer Versorgung gibt, wenn vielleicht eine besondere Seuche oder etwas anderes ausgebrochen ist, wo man tatsächlich sehen kann, welcher andere Mitgliedstaat vielleicht etwas vorrätig hat, wo man sich aushelfen kann. Es geht auch darum, sich bei der Forschung abzusprechen und auch zu sehen, dass die Preise nicht ins Uferlose gehen.

Aber ich möchte eines ansprechen, was ich auch für ganz wichtig halte: Die OECD hat festgestellt, dass mindestens 20 % der Gesundheitskosten nicht nötig wären, weil unnötige Behandlungen und unnötige Medikamentenvergabe durchaus zu berücksichtigen sind. Digitalisierung kann eine Menge bringen, das wurde auch schon angesprochen. In Griechenland hat man gemerkt, dass durch elektronische Verschreibung die Medikamentenkosten um 40 % gesenkt werden konnten. All das müssen wir in Betracht ziehen, um tatsächlich dafür zu sorgen, dass wir für die Menschen, die die Medikamente brauchen, das nötige Geld haben.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, v první řadě mi dovoluji poděkovat paní zpravodajce za její práci. Domnívám se, že dokument obsahuje zmínku o všech zásadních problémech, které dnes ztěžují přístup k léčivům občanům v Evropské unii.

Tím nejzásadnějším z mého pohledu je problém tzv. paralelního reexportu, který sužuje zejména státy, jako je ten můj. Je třeba, aby orgány Evropské unie i členské státy vynaložily maximální úsilí za účelem zabránění paralelnímu obchodu s farmaceutickými produkty na nejvýnosnějších trzích, neboť to vede k nedostatku řady léků, z čehož vznikají mimořádně velká rizika ohrožující zdraví občanů, kteří jsou často dokonce nuceni léčbu přerušit. Věřím, že tuto věc zpráva jasně říká.

Taktéž se domnívám, že se nám podařilo vyzvat k řešení zcela kontroly vymknutého práva duševního vlastnictví, které dnes umožňuje nové patentování produktu, který byl jen nepatrně upraven, s cílem prodloužit dobu ochrany léku na úkor hledání nových. Proto mě šokuje podání pozměňovacích návrhů pravice, která se snaží tyto odporné praktiky farmaceutického průmyslu dále chránit. Doufám, že kolegové vezmou rozum do hrsti a na něčem takovém se nebudou podílet.

Co by mělo být znovu akcentováno i v souvislosti se včerejším Dnem vzácných onemocnění je to, že vývoj nových inovativních léčiv se nemůže řídit pouze pravidly trhu a mantrou nákladů na zisk, jak už tady dnes řekl i pan komisař. Doufám, že se tímto dokumentem podařilo rozvázat ruce Komisi i členskými státy a ještě v tomto legislativním období se dočkáme nějakého řešení.

Mireille D'Ornano, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, combien de patients en Europe connaissent des difficultés croissantes d'accès à des médicaments, pourtant vitaux? Qu'il s'agisse de traitements anticancéreux contre l'hépatite C ou contre des maladies rares, certaines tarifications astronomiques relèvent d'un véritable scandale. Faut-il pour autant pénaliser l'industrie pharmaceutique créatrice tout de même de 800 000 emplois? Par ailleurs, je reste mesurée sur le recours à des outils juridiques comme les licences obligatoires favorisant la recherche et la conception de médicaments génériques mais en Europe.

Autre point, l'Union européenne ne saurait outrepasser ses compétences. Le remboursement est en particulier une décision souveraine des États et l'Union ne saurait imposer sa définition d'accès universel aux soins.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr, köszönöm a szót. A most tárgyalt jelentésből világossá válik, hogy az uniós gyógyszerpiac beteg, súlyos egyensúlyhiányban szenved. Megbomlott az egyensúly a köz- és magánérdek között. A kormányok kötelesek lennének a lakosság egészségvédelme érdekében biztosítani a gyógyszerekhez való hozzáférést, nyilván megfizethető áron.

A magánérdek, ezzel szemben a gyógyszergyártók profitja. Természetesen szükséges biztosítani a jövedelmezőséget az innováció, a kutatás szempontjából. Ugyanakkor a jövedelmezőség ennél jóval nagyobb. A gyógyszeripar a világ egyik legjövedelmezőbb üzletágává vált, és sajnos nem kis részben a szellemi tulajdon oltalmának indokolatlan, mesterséges kiterjesztésével. Az európai lakosság egészségének védelmében kötelességünk helyreállítani az egyensúlyt ezen a területen.

Pál Csáky (PPE). – Elnök Úr, néhány konkrétummal szeretnék hozzájárulni a vitához. Úgy vélem, hogy az Európai Bizottságnak folytatnia kell a gyógyszerészeti rendszer működésének értékelését. A begyűjtött adatok hozzásegíthetnek a fenntartható egészségügyi rendszerek biztosításához és innovatív gyógyszerek kifejlesztéséhez. Azt gondolom, hogy például az árak kérdésében, vagy a hamis gyógyszerek elleni küzdelemben, továbbá az információcsere terén az európai együttműködés intenzívebbé tétele kifejezetten szükséges.

Nem érték egyet azzal, hogy a gazdasági válságra, vagy megszorító politikák negatív hatásaira hivatkozzunk az egészségügyi rendszerek helyzetével kapcsolatban. Ez egyoldalú megközelítés. Közép-Európa tagállamaiban a gazdasági válságtól függetlenül, máig rosszabb az egészségügy helyzete, mint Nyugaton. A felzárkózás időt vesz igénybe, viszont minden eszközt meg kell ragadnunk arra, hogy elkerüljük azt, hogy a betegek gyógyulása és az egészség attól függjön, hogy melyik országban élünk.

Ezen a helyen említtem meg a gyógyszerek párhuzamos kereskedelmét, ez a mi országainkban is élő probléma, és gyógyszerhiányhoz vezet. Ennek megakadályozása érdekében az uniós intézményeknek és a tagállamoknak is lépniük kell, mert a minőségi és elérhető áru gyógyszer nem luxus. Nagyon fontos továbbá, hogy a tagállamok megosszák az információt, a szakértelmet és a bevált gyakorlatokat egymás között, hogy megelőzzék a gyógyszerek túlárzását, és biztosítsák a generikus termékek piacra jutását.

(A felszólaló hozzájárul egy, az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése értelmében feltett kék kártyás kérdés megválaszolásához).

Kateřina Konečná (GUE/NGL), otázka položená zvednutím modré karty. – Pane kolego, Vy jste řekl, že situace ve zdravotnictví ve střední Evropě je horší než v jiných členských státech Evropské unie. Já se Vás zcela konkrétně ptám: O jakých státech střední Evropy mluvíte? Protože já se domnívám, že zrovna v České republice, byť má své problémy, je zdravotní péče poskytovaná pacientům na velmi vysoké úrovni a nechci, aby o této zemi bylo mluveno tak, že je tam situace horší nebo že tam pacienti nemají přístup k léčbě.

Pál Csáky (PPE), odpoveď na otázku položenú zdvihnutím modrej karty. – *(rečníka na začiatku dobre nepočuť, lebo nemá zapnutý mikrofón)*...Budem odpovedať ... v slovenskom jazyku, aby ste to lepšie počuli. Do určitej miery súhlasím s vami. Ale myslím si, že máme „spoždení“ vo východnej Európe, to nemôžeme riešiť jedine nejakými vyhláseniami. Myslím si, že je potrebná spolupráca členských krajín a európskych inštitúcií a som presvedčený o tom, že aj v tejto oblasti rola alebo úloha Európskej komisie je nezastupiteľná.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è arrivato il momento di aggiornare la legislazione europea sui farmaci, un mercato che genera oltre 200 miliardi di euro di fatturato e che dà lavoro a oltre un milione di persone.

Un settore in crescita che però ha bisogno di regole avanzate, non solo per garantire la sicurezza dei medicinali, ma anche la qualità dell'innovazione e la sostenibilità dei sistemi sanitari per una popolazione che invecchia. I farmaci sono diversi dagli altri beni di consumo, le regole sulla proprietà intellettuale rischiano di confliggere con la tutela della salute, che chiede ai governi di garantire l'accesso di tutti ai medicinali.

Voterò quindi a favore di questa relazione, che chiede inoltre un maggiore investimento pubblico nella ricerca e vuole superare la frammentazione del mercato europeo e la disparità di accesso ai medicinali fra i cittadini europei. Vorrei inoltre sottolineare che c'è un tema legato anche allo spreco dei farmaci, che pure dovremmo affrontare, sul quale proprio oggi ho presentato un'interrogazione scritta alla Commissione, chiedendo agli Stati membri di attivarsi per promuovere il recupero dei medicinali validi e scaduti. Parliamo di tonnellate di farmaci che ogni anno finiscono nei rifiuti, procurando un importante danno ambientale, oltre che economico, per i sistemi...

(la Presidente ritira la parola all'oratore).

President. – Colleagues, if you get one minute from your Group please try to stick to one minute. We are way over time already. I will not have a catch-the-eye in this debate, I am afraid we cannot do it because we are way over time already. Please stick to your time slots.

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Mimo że projekt sprawozdania o unijnych możliwościach zwiększenia dostępu do leków wydaje się korzystny, jednak operuje dwuznacznościami, które mogą powodować zawyżanie przez koncerny kosztów badań i ceny leków wprowadzonych na rynek podobnie do opisywanej zasady określającej uczciwą cenę leku, która może zostawiać swobodę manipulowania w celu maksymalizacji zysków. Nowa dyrektywa Komisji ma regulować procedury ustalania cen leków i systemy refundacji, a jedyne kryterium, jakie zostało uznane za istotne, to kryterium wyzwań rynkowych. Systemy ustalania cen i systemy refundacji należą do kompetencji państw członkowskich, podczas gdy instytucje europejskie są kompetentne w zakresie ochrony konkurencji i wsparcia badań naukowych, co oznacza, że przez ten dokument organy Unii próbują wpływać na państwa członkowskie, by wprowadzały regulacje zgodne z ich oczekiwaniami, choć same organy Unii nie zostały traktatowo upoważnione do zajmowania się tego rodzaju problematyką.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, someone having to walk hundreds of kilometres to access medicine: you would probably think of sub-Saharan Africa and some unfortunate mother looking to help her child. In the Republic of Ireland, at the moment, we have such a situation: we have a mother called Vera Twomey who is trying to help her daughter Ava Twomey get access to medicine, and to do this she is walking hundreds of kilometres from her home to our parliament in Dublin.

The purpose of it is so she can get access to medicine based on tetrahydrocannabinol (THC). She currently can, in Ireland, get access to CBD, which is also a cannabidiol-based treatment, for her daughter. Her daughter suffers from a severe form of epilepsy called Dravet's syndrome. She suffers multiple seizures. If she could access THC, which she could in Germany, Poland, Great Britain and other countries, her seizures would stop.

What I suggest here is that the European Union concentrate on harmonising this, rather than concentrating on jumping through hoops about harmonising what we eat for our breakfast.

Андрей Ковачев (PPE). – Г-н Председател, много пациенти в Европа нямат или имат само ограничен достъп до жизненоважна диагностика и лечение. Неравенствата в достъпа до качествено здравеопазване в целия Европейски съюз са широко разпространени и за съжаление иновациите не достигат с еднаква скорост до всички страни членки. Макар правомощията в областта на лекарствената политика да са на национално ниво, според мен има и европейски решения за подобряване на сегашната ситуация. Лекарствените продукти са един от основните стълбове на здравната система, а не просто търговска стока. Съображенията, свързани с общественото здраве и интереса на пациентите, трябва да имат превес над икономическите съображения. Затова Европейската комисия трябва да следи внимателно ситуацията със паралелната търговия, за да не се допуска тя да води до недостиг на лекарства в някои държави, както например в България.

Смятам, че е контрапродуктивно да говорим за хармонизиране на цените на лекарствата в Европейския съюз. Икономическата ситуация е различна във всяка държава и цените следва адекватно да отразяват това. Това, което обаче можем да направим, е да хармонизираме оценката на терапевтичната добавена стойност на всеки лекарствен продукт, за да се ускори процесът по пускането им на пазара и да се избегне публикуване. В момента оценката се прави от двадесет и осем различни национални агенции, но някои държави изпитват сериозни затруднения поради липса на административен капацитет. В крайна сметка от това страдат пациентите, които са в неизгодно положение, защото нямат навременен достъп до необходимото лечение.

И най-накрая, бих искал да обърна внимание на един важен въпрос, който се отнася до сътрудничеството на регионално ниво.

Tiemo Wölken (S&D). – Herr Präsident! Der vorliegende Bericht macht deutlich, dass es eine wichtige Aufgabe für die Europäische Union ist, Patientinnen und Patienten in allen Mitgliedstaaten den Zugang zu Medikamenten in gleicher Weise zu gewährleisten. Artikel 17 der Grundrechtecharta verweist auf den Schutz des geistigen Eigentums. Wenn Firmen in Innovation und Forschung investieren, wird hierdurch eine Rendite auf die Investition sichergestellt. Eine Besonderheit stellt dabei aber der Arzneimittelmarkt dar, weil Arzneimittel nicht wie andere Güter betrachtet werden können. Artikel 35 der Charta verpflichtet die Staaten, den Zugang zu Arzneimitteln zu gewährleisten. Somit gibt es einen Zielkonflikt zwischen zwei Grundrechten, der zugunsten der Gesundheit der Europäerinnen und Europäer gelöst werden muss. Die EU muss sich dafür einsetzen, dass das Wohl der Patientinnen und Patienten und nicht der Profit im Vordergrund steht. Die Markteinführung von Generika ist dabei ein wichtiges Mittel, um den Wettbewerb anzukurbeln, Preise zu senken und für ein nachhaltiges und leistungsstarkes Gesundheitssystem zu sorgen.

Anna Záborská (PPE). – Zabezpečenie účinných, bezpečných a ekonomicky dostupných liekov je hlavne zodpovednosťou a úlohou členských štátov. Na úrovni EÚ je však potrebné podporovať legislatívne vedecko-výskumné informačné, ekonomické i finančné mechanizmy, ktoré napomôžu dosiahnutie tohto cieľa.

Predovšetkým treba zabezpečiť tvorbu a implementáciu účinných politík a podporu vývoja výskumu a výroby nových liekov v krajinách EÚ. Treba zvážiť politiky zamedzujúce a sťažujúce škodlivý outsourcing týchto kapacít z mimo územia EÚ so všetkými jeho negatívnymi dôsledkami. Trh musí viac odpovedať skutočným a definovaným zdravotným potrebám obyvateľov a neriadiť sa napríklad podľa medicínsky pochybných, módných či dokonca škodlivých life-stylových požiadaviek.

Pozornosť treba venovať aj liekom pre zriedkavé ochorenia a liekom na ochorenie ... liekom na ochorenia, ktoré možno v EÚ považovať za zanedbané. Úlohou ostáva aj zaistenie ochrany obyvateľstva pred nekvalitnými či podvodnými liekmi prenikajúcimi na územie EÚ. Rovnako dôležitá je ochrana obyvateľstva pred medicínsky nezdôvodniteľnými či priamo iracionálnymi liečiteľskými postupmi a prípravkami z okruhu tzv. alternatívnej medicíny. Je dôležité primerané zapojenie samotného pacienta, ktorý sa musí stať subjektom a spolutvorcom potrebných zmien.

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, I have listened to Members' comments and opinions with great interest and I am grateful for this rich exchange of views. This debate shows we share the aim of helping patients gain access to truly innovative medicines at affordable prices across the European Union. I would like to pick up a couple of points raised in your report and in the debate.

I support Member States' initiatives to help reduce medicine prices and increase transparency in the setting of such prices. Small countries have lower negotiating power and face particular difficulties. I welcome the ongoing cooperation amongst European Union countries in this regard. In addition, our European Union Joint Procurement Agreement enables Member States to buy medicines together under the same conditions. In fact, most Member States will buy pandemic vaccines together this year. Thinking about vaccines, vaccine shortages are indeed a major challenge. This is why we are setting up a joint action on vaccines with the Member States to help them forecast and manage vaccine needs.

Last and most important, the report provides a contribution to our ongoing work on health technology assessment. Once again, my aim is to come up with a proposal that has clear benefits for all, including, above all, European patients. Finally, I fully agree with the need for a strategic breakthrough on disease prevention to reduce the need for medicines, as expressed in your report.

Let me conclude by expressing again my gratitude to Ms Cabezón Ruiz and the shadow rapporteurs. Our discussions today demonstrate very well the value of effective and continuous dialogue, which I trust will continue as matters progress. I look forward to our future cooperation.

Soledad Cabezón Ruiz, Ponente. – Señor presidente, señor comisario, no puedo más que comenzar, para terminar, celebrando los anuncios que nos hace. Recogido el guante, muestra de su compromiso, anuncia que va a poner en marcha o van a hacer una propuesta sobre la evaluación de las tecnologías, en concreto de los medicamentos. Creo que eso vendrá a dar respuesta, que será muy importante para eso que aquí ha reivindicado algún grupo: la necesidad de tener un criterio objetivo para que podamos poner un precio justo y evitar el exceso de algunos casos, como aquí se ha puesto de manifiesto.

Celebro que vaya a revisar los incentivos para que cumplan el objetivo eficaz para el que están mandatados o que revise el impacto de la propiedad intelectual. Efectivamente, el informe también hace un llamamiento a la revisión de la Directiva; pide una estrategia, necesaria, para combatir la resistencia antimicrobiana; una estrategia contra el cáncer; también para medicamentos pediátricos; por supuesto, abordar el desabastecimiento de los países, sobre todo los países del Este; una mayor coordinación y transparencia entre los Estados miembros. En definitiva, es un panorama complejo, pero que creo que en el informe, con ayuda de todos, hemos sabido recoger, y hemos sabido apuntar para que se explore, para alcanzar lo que todos aquí —se ha visto— compartimos.

Compartimos, y creo que hay un consenso generalizado, la necesidad de garantizar la sostenibilidad de los sistemas sanitarios y de garantizar el acceso a los medicamentos por parte de la ciudadanía europea. No puedo más que terminar agradeciendo enormemente el trabajo de todos los ponentes alternativos —también de los ponentes de las opiniones de DEVE, de JURI y de PETI, con su contribución inestimable, y, por supuesto, su capacidad de diálogo—, para que consiguiéramos este informe, que contó con un amplio consenso en la comisión y que espero que mañana cuente con el mismo apoyo, para que podamos apoyar así las iniciativas que el comisario va a poner en marcha y, en definitiva, mejorar la calidad de vida de los ciudadanos europeos.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 2. März 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – La crisi finanziaria e le politiche di austerità stanno costringendo molti Stati ad effettuare ingenti tagli ai servizi essenziali come la sanità. Sono milioni i malati che non possono accedere a cure e medicinali a causa del prezzo. Sono presenti sul mercato medicinali che permettono il trattamento di numerose malattie ma con prezzi immotivatamente proibitivi.

Ad esempio, il Sofosbuvir è un farmaco usato per il trattamento dell'epatite C, che viene venduto all'interno dell'Ue a un prezzo che è 277 volte quello di produzione. I meccanismi della proprietà intellettuale, anziché venire incontro alle esigenze dei pazienti, vengono utilizzati dalle aziende farmaceutiche per massimizzare i profitti. Tutto ciò è in evidente contrasto con il diritto fondamentale alla salute.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), in writing. – Health expenditure remains constant even if the prices per patient of some new medicines are higher than in the past. It is true that during the debates on this report, the discussion on affordability of medicines was automatically related to 'fair price'. But what does fair pricing mean? From my point of view it means one that can reasonably be covered by patients and health budgets and that simultaneously continues to sustain research and development.

Currently, the high prices of many new medicines are challenging public healthcare systems or patients who have to pay for them out of their own pocket (as is the situation in most low- and middle-income countries). Therefore, we have to find solutions to overcome this situation by taking into account the economic circumstances and needs of the health system of each country, not by creating idealistic references for high-income countries in price setting, and highlighting the advantages of incremental innovation.

We also need to address the additional barriers which hamper patients' access to medicines, and which are not related to budgets: red tape and bureaucracy, lack of vision for the medium and long term, instability of legislation in many Member States, unpredictability, and a lack of dialogue and partnership.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Negli ultimi decenni i prezzi dei nuovi medicinali nell'UE sono aumentati al punto da diventare inaccessibili per molti cittadini. Per garantire quindi un migliore equilibrio tra gli interessi della salute pubblica dei paesi dell'UE e quelli dell'industria farmaceutica, ben venga questa proposta di iniziativa legislativa in cui si richiedono misure per migliorare la tracciabilità dei costi di ricerca e di sviluppo, i finanziamenti pubblici e le spese di marketing.

Mi rattrista però constatare che, mentre 11 milioni di italiani sono costretti a rinunciare alle cure mediche, alcuni politici lavorano per moltiplicare gli affari delle case farmaceutiche. Sappiamo bene che l'industria farmaceutica utilizza la strategia del «brevetto sempreverde» al fine di conservare il più possibile il monopolio di un prodotto, apportando soltanto piccole modifiche come, ad esempio, l'aggiunta di un eccipiente.

Sull'emendamento in questione abbiamo chiesto il voto nominale perché tutti devono sapere chi sono quei gruppi politici che lo supportano. È bene ribadire che noi del MoVimento 5 Stelle ci opponiamo, oggi come sempre, a quei gruppi politici che stanno dalla parte dell'industria e delle multinazionali farmaceutiche il cui unico interesse è fare profitto al costo più alto di tutti: quello della pelle e della salute dei pazienti.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την έκθεση, γιατί πραγματικά στηρίζει ουσιαστικά τους πολίτες στα θέματα που αφορούν την προσβασιμότητα στα φάρμακα και τη διεύρυνση των δυνατοτήτων επιλογών. Ο Χάρτης Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της ΕΕ αναγνωρίζει το θεμελιώδες δικαίωμα των πολιτών στην υγεία και την ιατρική περίθαλψη. Τα δημόσια συστήματα υγείας οφείλουν να διασφαλίζουν καθολική πρόσβαση στην υγειονομική περίθαλψη για όλους τους ευρωπαίους πολίτες. Θεωρούμε ότι τα φαρμακευτικά προϊόντα αποτελούν τον βασικό παράγοντα της ιατροφαρμακευτικής περίθαλψης, όπου όλοι οι πολίτες δικαιούνται πρόσβαση. Οι ψηλές τιμές των καινοτόμων φαρμάκων δεν παρέχουν προσβασιμότητα σε όλους τους πολίτες. Ο ανταγωνισμός αποτελεί ένα σημαντικό παράγοντα για να οδηγήσει σε μείωση των τιμών των φαρμάκων και έτσι να βελτιώσει τη πρόσβαση σε φάρμακα. Σημειώνουμε ότι οι δαπάνες για τον φαρμακευτικό κλάδο της ΕΕ ανήλθαν στο 17,1% των συνολικών δαπανών για την υγεία και στο 1,41% του Ακαθάριστου Εγχώριου Προϊόντος.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Dostęp do leków to jeden z ważniejszych tematów, jakimi zajmuje się rząd każdego państwa członkowskiego Unii Europejskiej. Z jednej strony, w obliczu rosnącej odporności na środki antybakteryjne musimy wspierać innowacyjność, która oczywiście kosztuje. Kosztuje zarówno firmy farmaceutyczne, jak i obywateli. Z drugiej strony, musimy mieć na uwadze fakt, że budżety służb zdrowia są z reguły bardzo napięte, a różnice w zamożności społeczeństw europejskich – ogromne. Dlatego cieszą zapisy sprawozdania, które zwracają uwagę na te problemy, wzywając m.in. do dostosowania ceny leków do stopnia zamożności populacji, promowania leków generycznych czy przyjrzenia się problemowi tzw. handlu równoległego, przez który bogatsze państwa członkowskie wykupują leki od swoich biedniejszych sąsiadów. Jednocześnie pragnę zauważyć, że zapisy dotyczące oceny jakości leków i proponujące wspólne kryteria mogą osłabiać autonomię państw członkowskich w decydowaniu o cenach i poziomie zwrotów za leki. Mam nadzieję, że Komisja nie zinterpretuje tych nieprecyzyjnych zapisów w ten sposób i nie zdecyduje się wkroczyć na obszar, w którym nie ma uprawnień traktatowych do działania.

Laurențiu Rebegea (ENF), *în scris*. – Este regretabil faptul că numeroși cetățeni din statele membre nu au acces la asistență medicală sau la medicamente și, mai mult, este extrem de îngrijorător că se înregistrează mii de victime din cauza lipsei de tratamente eficiente împotriva bolilor rare, precum și din cauza lipsei de acces la anumite tratamente sau a costului astronomic al acestora.

Statele membre trebuie să sprijine cercetarea și dezvoltarea bazate pe nevoile medicale ale cetățenilor, în scopul creării de medicamente inovatoare și producerii de medicamente generice la prețuri accesibile pentru toți pacienții. De asemenea, este necesară o mai mare transparență în ceea ce privește costurile investițiilor în cercetarea, dezvoltarea și inovarea farmaceutică, astfel încât consumatorul să nu ajungă să plătească, în final, de două ori pentru același produs.

Consider că statele membre trebuie să coopereze din proprie inițiativă, în special în ceea ce privește prețurile, rambursările și schimbul de informații. Îndemn factorii publici de decizie să ia măsuri proactive pentru ca medicamentele generice și biosimilare să devină disponibile în timp util pentru a reduce în mod real costurile și cheltuielile totale pentru medicamente, ținând seama întotdeauna de nevoia de a asigura aceleași efecte benefice și continuitatea îngrijirii pacienților.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Mesdames, Messieurs, chers collègues, je vous invite à voter en faveur de ce rapport. Depuis quelques années, les firmes pharmaceutiques demandent des prix exorbitants pour leurs nouveaux produits. Dans mon pays, en Belgique, on parle de plus de 43.000 euros pour le traitement de l'hépatite C, mais aussi de plus de 100.000 euros pour un an de traitement du cancer du sein. A terme, ces prix mettent en jeu le budget de la sécurité sociale. Par ailleurs, la réputation innovatrice des médicaments les plus chers est souvent surfaite. S'agit-il d'ailleurs bien d'innovations réelles ? Pour justifier les prix élevés, les firmes pharmaceutiques mettent en avant les coûts élevés de recherche et développement des médicaments. Mais combien coûte réellement le développement d'un nouveau médicament ? L'information n'est pas publique. Par ailleurs, une part importante de la recherche a lieu dans des universités financées par des fonds publics. Il est donc heureux que nous nous saisissons aujourd'hui du dossier. Je vous remercie pour votre attention.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Cunoscut este faptul că accesul la asistență medicală reprezintă un drept fundamental al tuturor cetățenilor. Ca atare, unul din obiectivele de bază ale UE și ale OMS, respectiv obiectivul 3 de dezvoltare durabilă, vizează tocmai asigurarea accesului indivizilor (pacienților) la medicamente. Evident, accesul la medicamente este dependent de existența la timp a medicamentelor și de gradul lor de accesibilitate pentru toți cetățenii, fără discriminare.

Însă există încă discrepanțe majore între sistemele publice de sănătate, ca și între sistemele farmaceutice din statele membre, la care se adaugă provocările generate de îmbătrânirea populației UE. Mai mult decât atât, accesul la medicamente este îngrădit fie datorită strategiilor de afaceri din domeniul farmaceutic (strategii de maximizare a profitului), fie din motive politice, legate de procesul de producție sau de distribuție sau chiar din cauza comerțului paralel, fie datorită veniturilor mai reduse ale unor state membre.

Însă, îmbunătățirea accesului la medicamente poate fi obținută și prin reducerea procedurilor administrative și a restricțiilor bugetare, prin dezvoltarea de medicamente biosimilare și inovatoare. De asemenea, implicarea tuturor celor interesați în domeniul medical (producători, cercetători, organizații de pacienți, instituții etc.), în vederea îmbunătățirii accesului la medicamente al cetățenilor Europei este esențială.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – W związku z dynamicznie rozwijającym się przemysłem farmaceutycznym Światowa Organizacja Handlu (WTO) zasugerowała włączenie leków w system patentowy i wprowadzenie ochrony praw własności intelektualnej dla przedsiębiorstw, związanych z opracowywaniem nowych leków. Prawo do ochrony praw własności intelektualnej jest prawem podstawowym zapisanym w art. 17 Karty praw podstawowych Unii Europejskiej. Ma ono na celu zapewnienie inwestorom/badaczom zwrot z inwestycji, gwarantując, propagując i pobudzając w ten sposób innowacje i badania z korzyścią dla społeczeństwa. Takie rozwiązanie mogłoby przynieść wiele korzyści, a rynek farmakologiczny mógłby się stać jednym z najbardziej atrakcyjnych i dochodowych rynków. Kolejnym ważnym aspektem przedstawionym w raporcie jest ujednolicenie dostępności oraz cen leków dla obywateli państw członkowskich. Ważne jest, aby zapewnić każdemu obywatelowi UE pełen dostęp do leków innowacyjnych, bezpiecznych pod względem jakości i sprzedawanych na rynku po przystępnych cenach. Dlatego uważam, że należy poprzeć propozycje, aby chronić prawa naszych obywateli zarówno w kwestii równego dostępu do leków, jak również prawa własności intelektualnej badaczy.

25. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen (Artikel 163 GO).

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor presidente, el Parlamento tiene que saber que la planta de la factoría Nissan, ubicada en Ávila, es una empresa fundamental para el desarrollo de nuestra tierra: cientos de familias dependen de ella directa o indirectamente.

La decisión de cancelar inmediatamente la fabricación del vehículo NT500, así como de reducir la fabricación del modelo NT400, a partir del próximo mes de abril, supondría la pérdida de 500 empleos directos y 300 indirectos y, sobre todo, contraviene el plan industrial vigente hasta 2023, cofinanciado con fondos comunitarios y dirigido, precisamente, a sostener la fabricación de estos vehículos.

Quiero hacer un reconocimiento expreso a la importancia de Nissan en Ávila y a todo lo que ha aportado durante años, pero lo importante en tiempos de incertidumbre es garantizar los empleos vinculados a mantener la producción.

Nadie puede perder su empleo. Cualquier solución debe pasar por el mantenimiento de la estabilidad del trabajo; cualquier solución debe pasar por el acuerdo aceptado por los trabajadores y no debe suponer una pérdida de salario retributivo, laboral o geográfico.

La Comisión tiene que comprometerse. Desde el Parlamento Europeo lucharemos por ello y estaremos vigilantes.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, we can see that the epidemic of military spending is spreading across western countries. According to the Stockholm International Peace Research Institute, the world's military spending may reach USD 1.7 trillion. More than half of this money is in NATO countries' military budgets: USD 980 billion.

But for some politicians this is not enough. US President Donald Trump made an announcement about increasing the military budget by USD 54 billion. Chancellor Merkel said recently that Germany will raise defence spending to 2% of GDP; some other European countries are going to do the same.

I would ask my colleagues whether they really believe that spending 20 times more than a potential adversary is not enough for defence. I doubt it. This is a neat trick whereby some lobbyists want to redistribute budget money from social and development objectives to the military.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Caros Colegas, assistimos a uma perigosa farsa sobre o suposto acordo amigável entre Portugal e Espanha sobre a construção de um armazém temporário de resíduos nucleares na central de Almaraz, que se comprometeram a iniciar um diálogo construtivo.

Qualificar o ATI de temporário é uma verdadeira farsa. O ATI é a própria chave da sobrevivência da energia nuclear em Espanha, que, desde 2010, deveria ter sido construído ao lado de Madrid, mas que a oposição do Governo de Castilla-La Mancha embargou.

A resposta para o drama das 5 centrais nucleares espanholas estarem já a 90% da sua capacidade foi Almaraz – a central obsoleta ao lado de Portugal, cujos solos o Conselho de Segurança Nacional Espanhol classificou de risco. Em 2008 e 2015, Portugal e Espanha assinaram protocolos para consulta em projetos transfronteiriços, pelo que este suposto acordo nada vem acrescentar de novo.

Irónico é que a Ministra do Ambiente de Espanha prometa agora toda a transparência aos vizinhos e amigos portugueses, numa retórica que a ninguém convence, alegando que o ATI é uma piscina que não tem impacto ambiental de maior e que até melhora a situação atual. Mais irónico e perigoso é o Governo de Portugal ter abdicado dos interesses nacionais, retirando a queixa contra Espanha.

Os portugueses não cedem a manipulações e só aceitam o encerramento da central de Almaraz.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Panie Przewodniczący! Kiedy świat cieszył się zakończeniem II wojny światowej, w Polsce trwało antysowieckie powstanie zbrojne, które objęło ponad 200 tys. obywateli, przyniosło tysiące ofiar zamordowanych strzałem katyńskim w tył głowy. Dla uczczenia ich pamięci od 7 lat obchodzimy Narodowy Dzień Pamięci Żołnierzy Wyklętych. W tym dniu sercem i myślami jestem w Polsce i z Polakami. Cześć i chwała bohaterom!

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, mulțumesc. Ne punem astăzi întrebarea încotro se îndreaptă Europa? Cred că înainte de a răspunde la această întrebare trebuie să răspundem de unde a pornit Uniunea Europeană?

Cu toții știm că lipsa de libertate, moartea, foametea, sărăcia și războiul în mod paradoxal au generat acest mare proiect. Iar astăzi putem constata că Uniunea ne-a asigurat timp de 60 de ani pacea și prosperitatea, ceea ce ne demonstrează că nu a existat, nu există și nici nu va exista o alternativă la Uniunea Europeană.

O Europă cu cercuri concentrice sau cu două viteze nu va fi un loc în care adversarii și aliații să se unească așa cum doreau părinții fondatori ai Uniunii Europene, dimpotrivă, această reconfigurare ar duce în mod cert la dezintegrarea proiectului european și de aceea România se pronunță pentru o Europă puternică, consolidată și unitară.

Indiferent de soluțiile pe care le vom urma ele trebuie să fie un rezultat al consensului, iar o Europă puternică este o asigurare de viață pentru toate statele membre.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, este viernes se cumple un año del asesinato de Berta Cáceres, defensora de derechos humanos, feminista y lideresa de la Copinh. A pesar de la condena unánime de este Parlamento y otras organizaciones internacionales, su asesinato a día de hoy sigue impune. Según Amnistía Internacional, hay lagunas judiciales y una vergonzosa ausencia de investigación efectiva. Esta situación es intolerable y envía un mensaje de impunidad, no solo ante este caso, sino también hacia los 123 activistas asesinados en Honduras desde el golpe de Estado de 2009.

Basta ya, señorías, de buenas palabras. Si queremos parar los asesinatos, hay que mandar un mensaje contundente. Se debe paralizar ya el acuerdo de asociación Unión Europea-Centroamérica, así como cortar la ayuda bilateral al Estado hondureño, en especial en el programa Eurojusticia. Hechos y no palabras: es lo que asegura que las violaciones de derechos humanos por Estados y por empresas no se mantengan impunes.

Michaela Šojdrová (PPE). – Vážení pane komisaři, já bych chtěla v tuto chvíli poděkovat všem, kteří pomohli Petrovi Jaškovi k tomu, že je na svobodě. Český humanitární pracovník byl vězněn čtrnáct měsíců v soudanských věznicích a nakonec nespravedlivě odsouzen ke dvaceti čtyřem letům vězení. Jeho jméno bylo součástí rezoluce, kterou přijal tento Parlament v říjnu loňského roku. Díky tlaku české, ale i evropské diplomacie mu v neděli 26. února soudanský prezident Umar Bašír udělil milost a nařídil jeho okamžité propuštění. Všichni jsme mohli vidět jeho velkou radost, když stál s českým ministrem zahraničí Zaorálkem a velvyslankyní v Egyptě Šmigolovou před odletem do vlasti.

Myslím, že spolu s diplomatickým tlakem Evropské unie to bylo právě velké diplomatické nasazení ministra Zaorálka a české velvyslankyně, které vedlo k propuštění Petra Jaška. Díky nim a díky Bohu je Petr Jašek živ a zdrav na svobodě. Je to povzbuzení pro nás pro všechny, láska a pravda zase jednou zvítězila.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señor presidente, en estos últimos días se están acelerando en España los juicios contra dirigentes independentistas catalanes por parte de los máximos tribunales de justicia.

Hace semanas pregunté a la Comisión qué pensaba sobre la independencia judicial en España, tal como está prevista en la Carta de los Derechos Fundamentales. La Comisión respondió haciendo un elogio vago, genérico de la independencia judicial e indicando que la Comisión se forma opinión a base de encuestas y del diálogo bilateral con las autoridades nacionales, que son precisamente las denunciadas.

Ya veo que no puedo esperar mucho de la Comisión Europea en este aspecto. Por ello, renuevo aquí mi denuncia.

En España es cada día más difícil encontrar jueces y fiscales de las más altas magistraturas que no dependan de la voluntad del Gobierno y del primer partido de la oposición: son elegidos por ellos y siguen las órdenes del fiscal general del Estado, nombrado también por el Gobierno.

En España, la separación de poderes es un deseo democrático aún no realizado.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea importa grano canadese che per le leggi nordamericane andrebbe smaltito come rifiuto, invece qui da noi in Europa diventa pasta, pane, pizze, farine e dolci.

Assistiamo ad una sorta di dumping al contrario, che danneggia l'agricoltura del Mezzogiorno e attenta alla salute dei consumatori. La prassi di miscelare grani contaminati con grani privi di contaminazione al fine di ottenere partite mediamente contaminate, sia pure entro i limiti di legge, è vietata, ma alcune industrie di trasformazione giustificano questa prassi come ineludibile per il loro know-how.

La Commissione deve assolutamente armonizzare a livello internazionale le soglie europee di micotossine, prima tra tutte il DON. A questa misura andrebbero affiancati il divieto d'uso di glifosato ai grani di importazione, il riconoscimento del ruolo sussidiario delle associazioni nelle analisi tossicologiche sui prodotti a base di cereali e il sostegno alle campagne di informazione sui consumatori. Alla fiducia di chi consuma e a strutture di chi lavora dobbiamo rispetto.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor presidente, decía el presidente de este Parlamento, al iniciar la sesión, que estaba muy preocupado por la libertad de expresión en el mundo. Yo quisiera invitar al señor Tajani a que viniera a España, donde esta semana se celebran siete juicios por comentarios en redes sociales.

Y es que en España hay represión, persecución y criminalización: por cuestionar la Casa Real, como el rapero Valtoryc; por un tuit, como Cassandra, Strawberry o Zapata; por un *sketch* de sátira política, como Facu Díaz; o, simplemente, por una obra de teatro irónica, como sucedió a los titiriteros hace ahora un año.

Estos son solo algunos casos, pero hay más. Y es que parece que en España por un tuit o por una canción puedes acabar entre rejas.

László Tőkés (PPE). – (A felszólalás első része technikai probléma miatt nem került rögzítésre.) Elnök Úr, mint a román államhatalom a marosvásárhelyi Római Katolikus Gimnáziumot meg akarja szüntetni. Erre a célra az országos korrupcióellenes ügyészséget használja fel, mely korrupció gyanúja ürügyén nem csupán az iskola igazgatóját függesztette fel, hanem jelenleg törvényellenes módon, a tanulók szüleit is százával zaklatja, és kihallgatásra rendeli be.

Ezzel együtt a megyei tanfelügyelőség jogsértő módon tiltotta a gyermekek elemi iskolába való beiratkozását. Veszélybe került a tanintézet mintegy négyszáz tanulójának az őszi beiskolázása, és magának az iskolának a léte forog kockán. Tiltakozom a magyar egyházi iskolákat sújtó, kisebbséggellenes diszkrimináció és hatalmi visszaélés, valamint a szülők megfélemlítése ellen. Antonio Tajani elnök úr közbelépését kérem az iskola, a szülők és a gyermekek védelmében.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, από τον Μάιο του 2010, εφαρμόζεται στην Ελλάδα το καταστροφικό μνημόνιο που έχει μετατρέψει τη χώρα σε ένα απέραντο κοινωνικό νεκροταφείο, με εκατομμύρια φτωχούς και με στρατιές ανέργων. Σαν να μην έφταναν αυτά, η Τρόικα συνεχίζει το «business as usual». Ήδη από εχθές, επέδραμαν στην Αθήνα οι εκπρόσωποι της Τρόικας και ζητούν μειώσεις συντάξεων που φτάνουν μέχρι το 35% αλλά και μειώσεις των εισοδημάτων μέσω της μείωσης του αφορολόγητου ορίου. Αντί, λοιπόν, να ανακεφαλαιοποιηθούν τα ασφαλιστικά ταμεία, τα οποία κατέστρεψε η Τρόικα με το PSI, τελικά στέλνει τους ήδη φτωχοποιημένους συνταξιούχους στον μνημονιακό Καιάδα. Αντί να δημιουργηθεί ένα δημόσιο ταμείο για τα κόκκινα δάνεια, η Τρόικα βγάζει στο σφυρί τα σπίτια των Ελλήνων. Αντί να γίνουν επενδύσεις, η Τρόικα δρομολογεί το ξεπούλημα της δημόσιας περιουσίας αντί πινακιού φακής. Ο ελληνικός λαός δεν ανέχεται πλέον τα μνημόνια και σύντομα θα πετάξει την Τρόικα έξω από την πατρίδα μας.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci informovat Parlament a Komisi, že v České republice byl odvolán ministr průmyslu a obchodu Jan Mládek, a to z toho důvodu, že nedostatečně hájil zájmy spotřebitelů a preferoval zájmy mobilních operátorů. Například dostatečně netlačil na odbourání cen roamingu a prosadil zákon o elektronických komunikacích, který poškozoval spotřebitele, místo aby dostatečně právě spotřebitele chránil proti poskytovatelům mobilních služeb.

Ministr je pryč, nicméně původní zákon, který je podle mého názoru v rozporu s evropským právem, s evropskou směrnicí, dále platí. Já jsem několikrát vyzýval Komisi písemně, aby se tímto zabývala a řešila situaci v České republice a tlačila na Parlament České republiky, na českou vládu, aby se změnila právní úprava, která bude chránit zájmy českých spotřebitelů stejně jako spotřebitelů v celé Evropě.

Takže vyzývám zástupce Komise, aby se tímto problémem dále zabývali a řešili nesoulad českého práva.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, razumijem zabrinutost javnosti u Republici Hrvatskoj zbog cijena prirodnog plina, pogotovo nakon liberalizacije koja je došla s novim promjenama zakona o tržištu plina. Međutim, posljednja odluka Vlade Republike Hrvatske o reguliranju veleprodajne cijene plina, zapravo nije u dugoročnom interesu Republike Hrvatske, odnosno u dugoročnom javnom interesu.

Razlog je što se na taj način odgađaju investicije u obnovljive izvore energije i to one koje trebaju iskoristiti lokalne potencijale, odlažu se investicije u energetske učinkovitost i u oba se slučaja zapravo ne otvaraju lokalna radna mjesta koja su toliko nužna za povećanje zaposlenosti građana u Republici Hrvatskoj. Također, ovakvom politikom dugoročno je ugrožena i sigurnost opskrbe Republike Hrvatske, zbog toga što će nesigurnost na kraju platiti ili građani ili HEP.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, la politique agricole commune est un terrible échec. En France 700 agriculteurs se sont suicidés l'an dernier et un agriculteur sur trois vit avec moins de 350 euros par mois.

Le commissaire à l'agriculture, Phil Hogan, a d'abord nié la gravité de la situation. Il s'avoue aujourd'hui complètement dépassé. Dans un entretien qu'il a accordé au journal *Libération* le 28 février, il estime qu'il faudrait accorder plus d'aides aux petites exploitations et moins aux grandes. Mais rien n'est fait.

Le problème est de toute façon plus profond. La PAC est responsable du désastre agricole parce qu'elle a imprudemment supprimé les droits de douane et favorisé délibérément la concentration des exploitations. La ferme des 1 000 vaches et son modèle de production: un modèle adapté à l'ultralibéralisme.

Si nous voulons préserver l'agriculture familiale, il faut donc complètement changer de modèle. En tant que Français, je préconise de remplacer la PAC par une PAF, une politique agricole française.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie i Panowie! Towarzysze i towarzyszki! Dzisiaj w Polsce obchodziliśmy Dzień Pamięci Żołnierzy Wyklętych, żołnierzy, którzy po drugiej wojnie światowej walczyli pod ziemią z komunistycznym okupantem Polski; walczyli po amnestii, walczyli do śmierci Stalina, a ostatni z nich poległ dopiero w 1963 roku.

Dzisiaj młode pokolenie Polaków przywraca pamięć o bohaterach walczących z komunizmem. Ci młodzi ludzie prosili mnie, żebym powiedział Państwu o żołnierzach niezłomnych i uczcił tym wystąpieniem ich pamięć. Mówimy im: „Cześć i chwała”. Mówimy: „Cześć i chwała bohaterom”, ale ilekroć wchodzę do tego budynku przez bramę z napisem Altiero Spinelli, powtarzam sobie ich zawołanie: „Precz z komunizmem. Śmierć komunistom”. Dziękuję za uwagę.

Pál Csáky (PPE). – Pán predseda, chcem vysloviť poďakovanie Európskej komisii, menovite podpredsedovi Timmermansovi a komisárke Jourovej za iniciatívnu spoluprácu. Na základe nášho dialógu Európska komisia vyhlásila v novembri minulého roku pilotný projekt Justice Programme: Europe of Diversities pre multijazyčné a multikulturálne spoločnosti v EÚ.

Tento týždeň som dostal správu, že táto výzva inšpirovala aj občianske organizácie v mojej krajine, Slovenskej republike, a predložili projekt pod názvom Better United in Europe. Je to pekný príklad pozitívnej odozvy myšlienky expertov Európskej komisie v spoločnosti členskej krajiny. Dúfam, že budú predložené ďalšie dobré projekty aj z iných krajín, a taktiež dúfam, že po úspešnom vyhodnotení pilotného projektu budeme pokračovať v spolupráci na základe tých istých princípov.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, el Gobierno español ha aprobado un decreto legislativo para abolir gradualmente el actual sistema de estiba portuaria y liberalizar este sector.

Este decreto se ha aprobado sin diálogo social. Va mucho más allá de lo que pedía el propio Tribunal de Justicia de la Unión; pone en riesgo la continuidad de los puestos de trabajo de los estibadores y precariza sus condiciones laborales. No tiene en cuenta las negociaciones que, durante dos años, han mantenido el sindicato y la patronal ni el hecho de que ambas partes habían cerrado ya acuerdos que eran perfectamente compatibles con la sentencia del Tribunal.

Apoyamos un modelo de estiba abierto y sin monopolios, pero que preserve, al mismo tiempo, los derechos de los empleados y garantice la dignidad en las condiciones laborales, la seguridad y la formación.

No queremos más trabajo precario ni despidos baratos; queremos empleo de calidad y unas políticas que lo fomenten y lo protejan. Mucho nos tememos que, en este caso, el Gobierno español también va en la dirección contraria.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, is é inniu an chéad lá de cheiliúradh Sheachtain na Gaeilge 2017. Is fiú a rá gur ceiliúradh idirnáisiúnta é seo, agus dá bhrí sin, táim thar a bheith sásta fáilte mhór a chur roimh thoscaireacht daltaí ó ghaelscoileanna éagsúla, Gaelscoil na Bruiséile ina measc, agus beidh siad ag teacht anseo an tseachtain seo chugainn chun na Parlaiminte. Glacfaidh na daltaí páirt i gcluichí rólghlactha trí mheán na Gaeilge.

Is díospóireacht bheo leanúnach í cearta teanga. In Éirinn, mar shampla, tá ár rialtas féin ag déanamh faillí ar ár bpobal Gaeilge le heaspa seirbhísí agus easpa aitheantais. Tá dearcadh rialtas na Breataine scannalach i dtaobh ár dteanga dhúchasach agus níl sé toilteanach Comhaontú Chill Rìmhinn a chomhlíonadh maidir le hAcht na Gaeilge. Tá sé chomh tábhachtach dár bhféiniúlacht, dár gcultúr agus do chearta daonna go seasfaidh an tigh seo lenár gcearta teanga. Is páirt dár bhféinmhuinín, dár n-éiceolaíocht agus dár gcultúr í an Ghaeilge. Bímis bródúil agus mórtasach aisti agus tugaimis teachtaireacht láidir do na glúine atá amach romhainn gur sheasamar an fód agus, gan dabht, tá an focal deireanach ag an mbean ón nGaeltacht sa tigh seo anocht, mar sin bainigí taithneamh as an gcuid eile den oíche.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! W jednej z holenderskich tak zwanych Levenseindekliniek, czyli klinik końca życia, zabito wbrew jej woli chorą na depresję, ale świadomą tego, co się z nią dzieje, i broniącą się kobietę. O jej losie zdecydowano na podstawie procedur eutanazyjnych. Tego makabrycznego aktu nie usprawiedliwi żadna ustawa, żadne poparcie społeczne, żadne partie polityczne, żadna władza. Wzywam do niezwłocznego zajęcia stanowiska wobec tej sprawy wiceprzewodniczącego Komisji Europejskiej pana Fransa Timmermansa, w którego kraju zresztą doszło do tej tragedii. Wszyscy musimy być świadomi, że przyzwalające milczenie urzędowych rzeczników praw człowieka będzie zaproszeniem do eskalacji podobnych nieludzkich praktyk. Oczekuję na reakcję władz Unii Europejskiej.

Der Präsident. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

27. Schluss der Sitzung

Der Präsident. – Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen danke ich der Kommission für ihre Anwesenheit. Ich danke den Dolmetscherinnen und Dolmetschern für ihre exzellente Arbeit bis spät in die Nacht und wünsche Ihnen allen eine gute Nacht.

(Die Sitzung wird um 23.40 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/2675

18.4.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 2. MÄRZ 2017

(C/2024/2675)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 1. und 2. März 2017

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Durchführung des Programms „Kreatives Europa“ (Aussprache)	3
3. Durchführung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (Aussprache)	20
4. Die gemeinsame Handelspolitik im Rahmen der Gebote in Bezug auf den Schutz der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten (kurze Darstellung)	34
5. Begrüßung	37
6. Abstimmungsstunde	38
6.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Marine Le Pen (A8-0047/2017 - Laura Ferrara) (Abstimmung)	38
6.2. Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen EU-Libanon (Beitritt Kroatiens) (A8-0027/2017 - Ramona Nicole Mănescu) (Abstimmung)	39
6.3. Abkommen zwischen der EU und Liechtenstein über zusätzliche Regeln in Bezug auf das Instrument für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa (A8-0025/2017 - Josef Weidenholzer) (Abstimmung)	39
6.4. Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente im Energiebereich (A8-0305/2016 - Zdzisław Krasnodębski) (Abstimmung)	39
6.5. Verpflichtungen im Bereich der Gegenseitigkeit bei der Wiedereinführung der Visumpflicht (B8-0173/2017) (Abstimmung)	39
6.6. Optionen, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern (A8-0040/2017 - Soledad Cabezón Ruiz) (Abstimmung)	39

Inhalt	Seite
6.7. Durchführung des Programms „Kreatives Europa“ (A8-0030/2017 - Silvia Costa) (Abstimmung)	39
6.8. Durchführung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (A8-0017/2017 - María Teresa Giménez Barbat) (Abstimmung)	40
6.9. Die gemeinsame Handelspolitik im Rahmen der Gebote in Bezug auf den Schutz der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten (A8-0012/2017 - Emma McClarkin) (Abstimmung)	40
7. Stimmerklärungen	40
7.1. Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente im Energiebereich (A8-0305/2016 - Zdzisław Krasnodębski)	40
7.2. Verpflichtungen im Bereich der Gegenseitigkeit bei der Wiedereinführung der Visumpflicht (B8-0173/2017)	41
7.3. Optionen, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern (A8-0040/2017 - Soledad Cabezón Ruiz)	42
7.4. Durchführung des Programms „Kreatives Europa“ (A8-0030/2017 - Silvia Costa)	45
7.5. Durchführung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (A8-0017/2017 - María Teresa Giménez Barbat)	46
7.6. Die gemeinsame Handelspolitik im Rahmen der Gebote in Bezug auf den Schutz der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten (A8-0012/2017 - Emma McClarkin)	49
8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	49
9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	49
10. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	49
11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	49
12. Unterbrechung der Sitzungsperiode	49

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 2. MÄRZ 2017

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 8.30)

2. Durchführung des Programms „Kreatives Europa“ (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Silvia Costa, a nome della commissione per la cultura e l'istruzione, sull'attuazione del regolamento (UE) n. 1295/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio, dell'11 dicembre 2013, che istituisce il programma Europa creativa (2014-2020) e che abroga le decisioni n. 1718/2006/CE, n. 1855/2006/CE e n. 1041/2009/CE (2015/2328(INI)) (A8-0030/2017).

Silvia Costa, relatrice. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, innanzitutto desidero ringraziare i relatori ombra per il loro grande apporto. È la prima volta che facciamo una relazione di implementazione di un programma pluriennale come Parlamento.

«Europa creativa» è l'unico programma diretto dell'Unione europea per il settore creativo, culturale e audiovisivo, che oggi coinvolge 39 paesi, con un budget di un miliardo e mezzo per il periodo 2014-2020. Un budget che ha registrato, in questi sette anni, un incremento del 9 %, ma rappresenta appena lo 0,15 % del bilancio europeo. Eppure ci sono alcune evidenze. La crisi europea rivela l'esigenza di un forte investimento nella cultura e nel dialogo interculturale e nella ricerca collegata alla cultura.

Le attività legate al patrimonio culturale sono una risorsa crescente di nuova occupazione, innovazione, competenze, inclusione sociale e turismo culturale. Inoltre, il settore culturale e creativo audiovisivo rappresenta ormai oltre il 5 % del PIL europeo, che diventa il 12 % se includiamo la moda e la pubblicità.

La grande quantità e qualità dei progetti presentati a «Europa creativa» dimostra una grande vitalità del settore, che però è prevalentemente costituito da soggetti no profit, piccole e medie imprese, istituzioni culturali e associazioni, che vanno sostenuti, accompagnati nella sfida del digitale, nella formazione di nuove competenze e favorendo la cooperazione, la mobilità di artisti professionisti e prodotti culturali, sostenendo le coproduzioni, le reti europee di professionisti, rafforzando la capacità industriale dell'audiovisivo europeo e il suo accesso al mercato anche estero, favorendo in particolare l'internazionalizzazione delle carriere.

Questi sono gli obiettivi più strategici di «Europa creativa»: avere riunito sotto un unico programma i precedenti programmi «Cultura» e «Media», pur mantenendoli distinti, con l'aggiunta di un settore trasversale si è rivelato utile per dare forza e maggiore visibilità al programma e per coordinare la *governance*, ma non ha ancora prodotto quei risultati di integrazione fra i diversi settori e progetti che ci aspettavamo. Purtroppo, «Europa creativa» soffre del suo stesso successo: il rapporto fra domande presentate e accolte è estremamente limitato, con un tasso di successo pari solo al 16 % per i progetti nel sottoprogramma «Cultura», e al 32 % per il sottoprogramma «Media».

Con questa relazione di implementazione chiediamo con forza alla Commissione europea e agli Stati membri una robusta integrazione dei fondi, in linea con le ambizioni del programma, ma chiediamo che finalmente la cultura diventi l'undicesima priorità almeno del programma della Commissione; non compare la parola.

Il testo che stiamo per votare chiede: miglioramenti alla gestione del programma, miglioramenti nella valutazione e nei criteri di valutazione dei progetti, per renderlo più accessibile, semplice, trasparente, capace di sostenere ogni settore e quindi essere più equilibrato fra i settori, i soggetti di piccoli e di grandi dimensioni e anche naturalmente l'equilibrio fra piccoli e grandi Stati membri (i partecipanti), dando spazio all'ambizione europea di contare sulla scena mondiale della cultura e insieme di sostenere la creatività di giovani, di realtà e di istituzioni storiche in cui riconosciamo le nostre radici, così come abbiamo apprezzato i bandi finalmente rivolti anche all'inclusione sociale e anche agli immigrati e rifugiati.

Sarà necessario riorientare il programma sulla qualità e il valore artistico delle proposte culturali – e non solo economico, come talvolta sembra prevalere – sostenendo l'integrazione con altri programmi e l'apertura a partenariati con paesi extraeuropei, soprattutto quelli che si affacciano nell'area mediterranea e in vista della nuova strategia per la diplomazia culturale e per l'Anno europeo del patrimonio culturale, fortemente voluto dal Parlamento per il 2018.

Chiediamo di superare gli attuali automatismi per salvaguardare la diversità della produzione audiovisiva europea, ma valorizzando le reali capacità di produzione e la circolazione di prodotti audiovisivi nonché un maggiore supporto alle posizioni europee e alle coproduzioni in ambito anche televisivo, con produttori indipendenti, e più accesso da parte delle sale cinematografiche e della distribuzione online.

Si deve fare di più per rafforzare le sinergie tra il programma «Europa creativa» e i diversi programmi pluriennali, in particolare Erasmus+ e Orizzonte 2020. Il collegamento fra ricerca, innovazione e cultura è assolutamente – e sono felice che ci sia il Commissario Moedas, perché so che è molto sensibile a questo tema – ma anche per l'innovazione nelle piccole e medie imprese culturali.

Vado alla conclusione. Siamo in attesa, infine, di conoscere gli esiti del nuovo strumento finanziario di garanzia che abbiamo fortemente voluto, dedicato a questo settore, poiché sono stati appena selezionati, da pochissimo, i primi due istituti finanziari europei e speriamo che anche altri possano essere selezionati per coprire con equilibrio il territorio europeo, ma chiediamo che sia dato seguito alla proposta di integrarli con l'EFSD, usandoli anche come *front-loading* per rafforzare la dimensione economica e imprenditoriale del settore.

Carlos Moedas, Member of the Commission. – Mr President, next year we will be celebrating, as you know, the European Year of Cultural Heritage. This is a perfect opportunity to bring Europe's cultural richness into the spotlight and to recall the shared values that connect us and make us stronger. So let me thank this House for its strong commitment to the Year of Cultural Heritage.

The European Year will also be an opportunity to take stock of what the Creative Europe programme is doing for the heritage sector in terms of cross-border cooperation, capacity building and awareness-raising, and more generally the European Year can showcase the positive impact of the programme on Europe's cultural and creative operators.

Your report comes at a very good moment, at a crucial moment – halfway through the programme's lifespan when we need to reflect on what we have achieved so far and start work to prepare the future. It is in our common interest to keep a critical eye on how the programme is implemented. I would like to thank Ms Sylvia Costa, as rapporteur, and the shadow rapporteurs for their positive and constructive recommendations. They will all be carefully taken into account in the ongoing mid-term evaluation of the programme.

Let me just make a couple of comments. First, the policy objectives of Creative Europe are to safeguard diversity – and here, as Commissioner for Research, I feel that this is the biggest asset we have in terms of innovation and science and technology, this diversity that your programme safeguards – and make the European cultural and creative sectors more competitive. While these aims remain valid, we are faced with new political and societal challenges such as migration and the rising of populism. Promoting cultural diversity goes hand in hand with opening up cultural participation to more citizens and showcasing our common values with and beyond Europe's societies.

I am very happy that Creative Europe has proven to be flexible enough to respond to these new challenges. To give you an example, in 2016, following the refugee crisis, we issued a specific call to support cultural projects working to help integrate refugees. At the same time, the number of countries in the EU neighbourhood participating in a programme is growing; negotiations with Israel and Tunisia are underway. This shows the potential of cultural cooperation as a public diplomacy tool in line with the recently adopted strategy of international cultural relations.

Your report calls for strengthening the cross-cultural and the cross-sectoral strength. I could not agree more. Key challenges such as globalisation, the digital transformation, skills development and access to financing are common to all cultural and creative players without undermining the specificities of each sector. We need to find ways to address these challenges in the framework of an integrated programme and reinforce the cross-sectional dimension further. Why? Because today, most innovations are at these cross-sections. We have discovered everything we could at the core of the disciplines. The new things are really at this border and that is one of the fantastic things about your programme.

We are already working on these and let me give you some examples. First, through dialogue with the stakeholders involved. We have been trying to keep abreast of the changing needs of the audiovisual and cultural sectors. Second, our cross-sectoral projects, such as creative hubs, are testing how best to promote innovation and ensure a structuring effect to support industry adaptations to an evolving ecosystem.

Finally, the Guarantee Facility – and you talk about it in your report – that Guarantee Facility is now in operation. It has been very well received with three agreements already signed with financial institutions in France, Spain and Romania, and there are more coming up.

Let me now come to the question of funding. I am fully aware that many high-quality projects cannot be funded due to the programme's small budget and Ms Costa just mentioned to me before we came in how small the budget is. I am equally aware of the frustration that this creates amongst applicants and potential applicants. As you rightly point out, this is especially relevant for cooperation projects under the cultural sub-programme.

We are trying to address this issue within our room for manoeuvre. First, the annual budgets are scheduled to increase until 2020. Secondly, we are thinking about creating a dedicated envelope for smaller cooperation projects – and you talked about it – that would allow us to reach out to new cultural organisations with little experience of working at European level and to involve more grass-roots organisations. Finally, we will continue to make the programme more easily accessible to smaller cultural operators and we are doing so by simplifying our application procedures. Simplifying is essential and is speeding up selection of the decisions by cutting the red tape where possible.

There is only so much we can do, as Ms Costa told me before we came in, with 0.15%, 0.14% of the multiannual financial framework (MFF) currently dedicated to Creative Europe. I am convinced that we can and should do better than that.

Let us be more ambitious for the future. I know I can count on your continued support in this respect, so let us make sure that Creative Europe can truly support and reinforce one of Europe's greatest assets: its culture.

Clare Moody, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgets*. – Mr President, the Creative Europe programme addresses two of the most fundamental issues that we face today. One is: what are the future jobs going to be? The other is: how in this divisive time do we bring people and communities together? When we look at the possibilities that the digital world of the 21st century will provide for skilled employment, the cultural sector is often rightly cited as the source of jobs long into the future. The new financial instrument aimed at SMEs only deepens the importance of this programme in supporting the growth of this sector.

Beyond the imperatives of growth, there is the separate work of bringing people together. In particular, this programme has now taken on the responsibility of supporting social inclusion for refugees. Ms Costa's excellent report highlights the strength of this work, but also importantly points to what can be done to improve its delivery. We must ensure it has the resources to fulfil its important role in our society.

Bogdan Brunon Wenta, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Na wstępie chciałbym podziękować pani poseł Coście za bardzo dobre sprawozdanie dotyczące wdrażania programu „Kreatywna Europa” oraz wzorową współpracę przy negocjacjach.

Pierwszy etap wdrażania programu oceniamy pozytywnie. „Kreatywna Europa” to stosunkowo niewielki program o szerokim zasięgu i dużych ambicjach. Potwierdził on swój niezwykle sukces, ponieważ z całej Unii z prośbą o dofinansowanie z funduszy europejskich wpłynęło aż 15 tys. projektów. Dlatego bardzo ważne jest zwiększenie, o czym zresztą tu już powiedziano, budżetu na ten program i o to apelujemy do Komisji i do państw członkowskich. Uważam także, że podprogram MEDIA musi mocniej skupić się na digitalizacji dziedzictwa filmowego, na partnerstwach między szkołami filmowymi i na wsparciu dla profesjonalnych sieci, z uwzględnieniem wszystkich graczy w sektorze, także autorów czy pisarzy. Zasady udziału w programie powinny być bardziej przejrzyste i bardziej transparentne, aby zwiększyć udział projektów w programie „Kreatywna Europa”.

Uważam, że ważnym elementem jest też otwarcie dialogu z sektorem muzycznym i nadanie konkretnej wagi temu sektorowi w programie „Kreatywna Europa”. Z zadowoleniem przyjmuję również uruchomienie w drugim semestrze 2016 roku instrumentu finansowego i gwarancji bankowych dla sektora kreatywnego. Ważne jest, żeby ten instrument działał jak najszybciej i najefektywniej. Umożliwi to małym przedsiębiorstwom sektora kultury i sektora kreatywnego uzyskanie kredytów bankowych do kwoty 750 milionów euro.

Luigi Morgano, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi la produzione di contenuti di qualità, la capacità di innovare, di narrare, di immaginare, di emozionare è diventata la nostra vera materia prima ed è fonte di occupazione, come è già stato sottolineato, in particolare giovanile.

«Europa creativa» – lo ha ricordato prima Silvia Costa – è l'unico programma diretto dell'UE per il settore creativo, culturale e audiovisivo. Si propone di salvaguardare e promuovere la diversità culturale e linguistica e coltivare e sostenere la competitività dei settori culturali e creativi. Un programma relativamente piccolo, diviso, come già ricordato, in due sottoprogrammi «Cultura» e «Media», ma assolutamente strategico, in particolare da quando, credo anche grazie alla caparbia tenacia della commissione cultura del Parlamento europeo, nel 2016 è stato dotato di un nuovo strumento finanziario transectoriale.

Uno strumento di garanzia importante, seppure con un bilancio oggettivamente contenuto, pari a 121 milioni di euro, e un fattore di moltiplicazione stimato al 5,7 che, come è stato ricordato dal Commissario, ha già portato comunque ad alcuni risultati concreti. Nei primi mesi di quest'anno sono stati firmati accordi per il sostegno alle piccole e medie industrie del settore, in Spagna, Francia e Romania. Purtroppo, il rapporto tra domande presentate e accolte resta il problema fondamentale, perché è troppo limitato. La soluzione passa da una necessaria semplificazione amministrativa già concordata, ma soprattutto da un più adeguato incremento della dotazione finanziaria, e il riferimento ad EFSI mi pare obbligato.

Dopo i primi due anni di attuazione quindi di questo programma, possiamo affermare che «Europa creativa» è un punto di riferimento fondamentale per l'arte e la cultura europea e bisogna anche dire che è molto popolare tra migliaia di cittadini.

Hans-Olaf Henkel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar Moedas! Sie sollten dieses Projekt nicht mit Kultur, sondern mit Wissenschaft und Wirtschaft begründen. Ich kenne wunderschöne italienische Opern, aber ich kenne keine europäische Oper. Ich lese portugiesische Literatur, aber ich habe noch nie ein Buch in europäischer Sprache gelesen. Ich gehe gerne zum Italiener essen, aber haben Sie schon mal in Brüssel ein europäisches Restaurant gesehen? Ich nicht. Und ich kenne auch niemanden, der einer europäischen Fußballmannschaft zjubelt.

Meine Damen und Herren! In meinem Land ist Kultur eine Verantwortung der Bundesländer. Es gibt in Deutschland keinen Minister für Kultur, und ich finde das richtig. Die Frage ist, warum wir uns in diesem Hause mit der sogenannten europäischen Kultur beschäftigen müssen. Jeder Versuch, den Bürgern weiszumachen, dass es statt italienischer, portugiesischer, britischer, schottischer, katalanischer Kultur nun eine europäische Kultur geben soll, ist nach meiner Meinung anmaßend. Es gibt sicherlich reiche Kultur in Europa, aber es gibt keine europäische Kultur. Jeder Versuch, eine europäische Kultur hier zu kreieren, ist nach meiner Meinung anmaßend. Die europäische Kultur ist deshalb so vielfältig, weil sie in den Ländern und in den Regionen entsteht. Der Versuch, ihr eine europäische Kultur entgegenzusetzen, ist nicht vielfältig, sondern einfältig.

Kaja Kallas, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, there was a sentence in an article in the *Guardian* about the age of robots which said: 'If you want a job, you must be as unlike a machine as possible: creative, critical and socially skilled.' Creativity in the age of the internet is everywhere. People write stories on their blog, they upload songs, they create short videos, and with innovation in robotics and artificial intelligence we will need more and more creative people.

Creativity should not only be supported by the Creative Europe programme, it should be part of every policy, as innovation should be. What is key to creativity, however, is diversity, and Europe has diversity: diversity of languages, of cultures and of history. Therefore, I believe that the Creative Europe programme should also nurture this diversity.

However, when we look at the share of financing that each Member State gets from this programme, most of the funding seems to go to the big five countries with high production capacity and, as I understand it, the same countries want an even larger share of the funding. Therefore I would stress the importance of the Creative Europe programme being open and fair to all creators and all projects, and not just the ones who might, on paper, get the bigger audience and be the most profitable, because this is not what the programme should be about.

I also believe that we should stress another point: although Europe is very diverse, consumers' wishes and behaviour are very similar everywhere. Technology has brought them choice – choice to access content from anywhere, at any time and on any device. No consumer wants to wait for six months or a year to see a movie on TV, and I do not think any creator wishes to limit the amount of people who will see their work. But, by staying stuck in our current models of movie distribution, of financing based on territoriality, and by lacking creativity ourselves in this respect, we are not helping either consumers or creators – maybe only the middlemen in between.

The Creative Europe programme should not forget its own name: 'Creative Europe'. It should support works that will be made widely available and accessible to all European citizens, not only in movie theatres but also online. It should promote innovative financing and distribution models that are not based on territoriality but on EU-wide access, and it should help to create an environment for European online platforms to start up and scale up, because if the idea of our current model is the best one for European creativity, why then do so many movies not even make it into cinemas? This is wrong, as is the idea that only our current model, largely based on territorial exclusivity, is the best one, when online platforms such as Netflix and Amazon have started to finance their own – very diverse and high-quality – content.

Martina Michels, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Bericht heißt es: Das Programm „Kreatives Europa“ ist Opfer des eigenen Erfolgs – zu viele Projektideen, zu wenig Budget. Was sagt uns das? Die Verantwortung der Mitgliedstaaten für Kultur sichert kulturelle Vielfalt, und regionale Kultur wird letztlich auch in anderen europäischen Programmen gefördert. Und trotzdem – Herr Henkel – braucht es auch eine europäische Kulturpolitik, die mehr bekommt als einen Katzentisch am Rande des europäischen Binnenmarktes.

Unsere Zukunft wird kein schillerndes Gewebe aus ökonomischen Kennziffern sein, mit Abschottungsstrategien werden wir nichts gewinnen. Aber unsere Zukunft hängt von unserer gegenwärtigen Fähigkeit ab, in vielen Sprachen zu kommunizieren, auch mit Musik und Bildern. Ein interkultureller demokratischer Dialog ist keine Selbstverständlichkeit, er ist im kulturellen Gedächtnis Europas eingraviert. Wollen wir über diese Schätze verfügen, müssen wir sie stärker fördern. Die Einbindung der Südlichen Partnerschaft Europas muss mit dem Programm „Kreatives Europa“ viel umfassender begleitet werden. Eine Aufstockung benötigen wir auch beim Teilprogramm „Media“. Film und moderne Medien brauchen genau wie Chemie oder Ingenieursleistungen gute Labore, Platz für Fehlversuche und Experimentierräume. Dafür brauchen wir mehr europäische Öffentlichkeit. Und dann ist die Frage nach einem aufgeschlossenen Publikum nicht nur eine Frage des besseren Marketings.

Um es kurz und deutlich zu sagen: Ja, Kultur kostet, doch Unkultur kostet mehr. Und deshalb werbe ich um Zustimmung.

Helga Trüpel, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das erste, was ich betonen möchte, ist, dass die europäische Kulturpolitik von einem demokratischen Kulturbegriff ausgeht. Es geht eben nicht um einen nationalistischen Kulturbegriff oder einen ethnischen oder gar einen rassistischen, sondern die europäische Kulturpolitik ist zutiefst davon geprägt, egalitär zu sein. Es geht um Vielfalt und auch um den Umgang mit kulturellen Minderheiten. Herr Henkel, Sie sind völlig auf dem Holzweg, wenn Sie behaupten, es würde hier um eine Homogenisierung oder um eine falsche Einschränkung gehen, es würde nur noch um europäische Kultur gehen. Das Interessante ist gerade, dass es um die Anerkennung der Vielfalt geht. Es geht darum, diese zu fördern und natürlich Künstler und Bürger in die Lage zu versetzen, die Vielfalt der europäischen Kulturen kennenzulernen, davon zu profitieren, sie wertzuschätzen, wirklich zu wissen, welchen kulturellen Schatz der Vielfalt es in der Europäischen Union gibt. Alles andere zu behaupten, ist fast schon böseartig, denn es geht gerade darum, den Menschen klarzumachen, welche Chancen sie mit der kulturellen Vielfalt in der Europäischen Union haben.

Es geht mir insbesondere darum, anzuerkennen, dass die europäische Kreativindustrie ein wesentlicher Beitrag zu dieser Vielfalt ist – auch zur europäischen Investitions- und Wirtschaftspolitik. Deswegen muss die Kreativindustrie auch ein wesentlicher Teil der europäischen Wirtschaftspolitik sein, und dieses Kulturprogramm muss vor allem leisten, den Eigenwert der Kultur anzuerkennen. Wir haben gerade im Kulturbereich viele Projekte, die *nonprofit* sind, die nicht mit großen Summen umgehen, aber in der Lage sind, wirklich in die Gesellschaft auszustrahlen. Projekte, die die Menschen auf einer Ebene ansprechen, wie andere Politiken es nicht können. Und dieser Teil ist an diesem europäischen Kulturprogramm „Kreatives Europa“ so entscheidend, und deswegen müssen wir es stärken und es nicht schlechtreden oder es klein machen. Sondern es ist ein wesentlicher Teil einer wirklich gut verstandenen europäischen Politik, die die Menschen erreicht, und zwar in ihren Herzen und in ihrer Vielfalt im alltäglichen Leben.

Deswegen ist es mir so wichtig, dass die Antragstellung auch gerade für kleine Projekte vereinfacht wird, weil sich viele enttäuscht davon fühlen, dass sie wenig Möglichkeiten haben, auf einfachem Wege, wenn es um kleine Summen geht, diese Programmanträge zu stellen – da kann einiges verbessert werden. Ich möchte auch nochmal betonen – wie schon etliche Kollegen vor mir –, dass der Kulturetat, wie er jetzt in der Europäischen Union ist, bei Weitem zu gering ist. Mit 0,15 % vom MFR reflektiert er eben nicht die wirkliche gesellschaftliche Bedeutung der Vielfalt der Kultur der Europäischen Union. Deswegen soll das dringend geändert werden, wenn es um die nächste finanzielle Vorausschau geht.

Zum Glück hat die Kommission ein neues Projekt für die Integration mit Kulturarbeit für die Flüchtlinge gestartet. Wir sind gestartet mit einer Summe von 1,6 Millionen. Das ist zwar besser als nichts, aber es macht angesichts der Aufgabe, die wir da haben, deutlich, dass das viel zu gering ist. Deswegen nochmal mein klares Petitum: Der Kulturetat der Europäischen Union für die Sicherung der Vielfalt und die Wertschätzung der Vielfalt muss angehoben werden!

Isabella Adinolfi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in primo luogo ringrazio la relatrice per il lavoro svolto. La relazione che oggi votiamo rappresenta un buon compromesso. Sono convinta infatti che il programma Europa creativa, seppur presentando alcune criticità, nel suo complesso debba essere considerato e giudicato positivamente.

Questo è vero soprattutto per quanto riguarda le opportunità che esso genera per le micro, le piccole e le medie imprese e sono d'accordo con la richiesta di aumentare i fondi a favore del programma. Invece, proprio per questo motivo, non giudico positivamente lo spostamento di fondi, di 3 milioni di euro, che verrà effettuato per il finanziamento dell'Anno europeo del patrimonio culturale nel 2018. Non credo, infatti, che questo tipo di operazioni possa essere avallato e non possiamo distrarre fondi da un programma che già risulta ampiamente sottofinanziato.

Ulteriori punti che mi sembrano degni di nota sono, da un lato, la necessità di snellire e semplificare le pratiche burocratiche per la partecipazione ai bandi – come hanno detto già molti colleghi. A tale riguardo, corretta è la richiesta di favorire l'impiego di strumenti digitali. Dall'altro, il riconoscimento che il sistema degli indicatori di rendimento del programma prendano in considerazione gli aspetti creativi e artistici, e non solo quelli puramente economici.

Tutti dovremmo considerare questo riconoscimento come di cruciale importanza, se crediamo nella creatività. L'aspetto creativo, per essere sviluppato appieno e generare opere di qualità, non può essere sempre soggiogato al rendimento economico. La spasmodica ricerca del profitto a tutti i costi uccide la creatività. Ben vengano quindi programmi come Europa creativa che si prefiggono forme di supporto pubblico, stando sempre attenti a forme di abuso.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, je salue le travail de la rapporteure avec laquelle je partage certains constats et préconisations pour la mise en œuvre du programme «Europe créative». Le rapport reconnaît, en effet, la complexité de la structure administrative et financière, notamment pour les PME, et exhorte la Commission à plus de simplification, en particulier pour les procédures de candidatures.

Je soutiens, par ailleurs, les recommandations de la rapporteure sur les projets de traduction littéraire, qui devraient prévoir la promotion du livre et de la lecture, objectifs fondamentaux, à mon sens, non seulement pour la santé de nos industries mais également dans leur dimension éducative.

J'ai cependant des réserves sur d'autres points. Cela ne vous surprendra pas.

Vous vous plaignez du budget limité, mais vous n'hésitez pas à soutenir et à vouloir pérenniser la mesure spécifique en faveur de l'intégration des réfugiés, dont le coût s'élève à 1 600 000 euros. Je vous rappelle que ce n'est pas aux États membres, ni aux contribuables européens, de soutenir vos délires immigrationnistes.

Je souligne également que vous venez de concéder au Conseil et à la Commission, lors du trilogue pour l'Année européenne du patrimoine culturel, que 4 millions d'euros proviendraient du budget «Europe créative» sur les 8 millions que va nous coûter au total cette opération de communication.

Dans cette logique, je m'oppose à toute augmentation de budget du programme et j'ai déposé des amendements afin de réaffirmer que, du fait de ce budget limité, le programme devrait se concentrer sur le financement des entreprises européennes. Je m'oppose donc à tout nouvel élargissement aux pays tiers.

De plus, je souhaite rappeler la nécessité de laisser la possibilité aux États membres de conserver leurs exceptions culturelles en garantissant que la culture reste en dehors des négociations des traités de libre-échange. Vous m'opposerez que c'est déjà le cas, mais il est toujours bon de rappeler des principes fondamentaux afin qu'ils ne cèdent pas aux sirènes du marché global.

Au final, si je compte m'abstenir sur ce rapport, je ne peux pas m'empêcher de constater avec tristesse votre capacité à rendre tiède même la meilleure des idées.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, δυστυχώς, το πρόγραμμα «Δημιουργική Ευρώπη», παρά τον όμορφο τίτλο του, αδυνατεί και αυτό να ανταποκριθεί στις προσδοκίες των Ευρωπαίων. Αντί να δημιουργήσετε ένα πραγματικό εργαλείο που θα βοηθήσει στην ανάδειξη του ευρωπαϊκού πολιτισμού και της πλούσιας παραδόσεως των εθνών μας, εσείς κατασκευάσατε στην ουσία έναν ακόμη μηχανισμό χρηματοδότησης. Ακόμα χειρότερα, η συμμετοχή δεκάδων Μη Κυβερνητικών Οργανώσεων αποδεικνύει αληθινούς τους φόβους μας ότι πολιτισμός για εσάς είναι μόνο ό,τι συμβαδίζει με τις ιδεολογικές σας θέσεις και εξυπηρετεί τα πολιτικά σας συμφέροντα.

Αδιαφορείτε τόσο για τις ξεχωριστές, διαφορετικές κουλτούρες των λαών μας, όσο και για τις ανησυχίες τους πως αυτές βρίσκονται σε θανάσιμο κίνδυνο. Σχετικά δε με τη νέα δημιουργία, τα πράγματα γίνονται ακόμα χειρότερα, αφού όλοι γνωρίζουν πως για να υποστηριχθεί ένα έργο πρέπει να παρουσιάζει συγκεκριμένα πολιτικά και πολιτιστικά διαπιστευτήρια. Τέλος, σχετικά με την ένταξη των λαθρομεταναστών, θεωρώ πως είναι άστοχη η ένταξη τέτοιας πρόβλεψης στο εν λόγω πρόγραμμα και ότι θέτει σε σοβαρό κίνδυνο την πολιτιστική ταυτότητα τόσο των Ευρωπαίων, όσο και των ιδίων των λαθρομεταναστών και των χωρών προέλευσής τους, συνιστά δε κεκαλυμμένη μορφή πολιτιστικού ιμπεριαλισμού.

Sabine Verheyen (PPE). – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Programm „Creative Europe“ mit seinen Hauptteilbereichen MEDIA und Kultur fördert in besonderer Weise kulturelle Vielfalt und Innovationen bei den Kultur- und Kreativprojekten in Europa und vor allem den kulturellen Austausch zwischen den einzelnen Regionen. Und Herr Henkel, kultureller Austausch ist das, was die Kultur in Europa, in jeder Region, immer wieder nach vorne gebracht hat. Stellen Sie sich den Kölner Dom ohne die Entwicklung der Gotik in Frankreich vor! Ich glaube, dass man vielleicht den Kulturansatz, den Sie hier sehr nationalistisch vorgetragen haben, nochmal überdenken sollte.

Auch bei diesem Programm sind wir – genau wie beim nächsten Tagesordnungspunkt, den wir nachher beraten – mit einer massiven Unterfinanzierung konfrontiert. Dies führt auch dazu, dass die Beteiligung kleinerer Projekte in den Programmbereichen nicht ausreichend ist. Hier müssen wir zu einer besseren Finanzierung und vor allem zu einer Verbesserung und Vereinfachung der Antragsverfahren kommen, damit auch kleine Kulturinitiativen und Projekte bessere Chancen zur Teilnahme an den Teilprogrammen erhalten. Ich halte es darüber hinaus für notwendig, dass bei der Ablehnung eines Projektantrags eine größere Transparenz gewährleistet wird, und dazu ist es wichtig, dass eine genaue und eindeutige Begründung für die Ablehnung eines Projektantrags erfolgt und den Antragstellern auch erläutert wird. Denn das hilft, das große Frustrationspotenzial bei einer Ablehnung auch zu senken. Des Weiteren bedarf es einer verbesserten Einbeziehung der Kultur- und Kreativwirtschaft auch in andere Förderprogramme der EU wie z. B. Horizont 2020, COSME, die europäischen Strukturfonds und den EFSI.

Erste Schritte, hier Synergien zu nutzen, sind bereits angegangen worden, aber lange noch nicht ausreichend, da diese Fonds nicht auf die spezifischen Bedürfnisse und die diversen Strukturen im Kultur- und Kreativsektor ausgerichtet sind und nicht ausreichend auf die Bedürfnisse eingehen. Mit dem branchenübergreifenden Aktionsbereich wurde zusätzlich zu den Teilprogrammen MEDIA und Kultur eine weitere Fördersäule geschaffen, die gerade für KMU und Kleinstunternehmen eine Chance sein kann, wenn das volle Potenzial dieses Aktionsbereichs auch wirklich genutzt und ausgebaut wird. Der Kultur- und Kreativsektor trägt mit 4,4 % des BIP der EU bei und schafft für 3,8 % der Erwerbstätigen in der EU Arbeitsplätze. Bei einer entsprechenden Förderung könnte auf Dauer das volle Potenzial dieser Branche als Quelle von Wachstum und Beschäftigung und als Triebfeder für kulturelle Vielfalt und grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausgeschöpft werden. Darauf sollten wir alle gemeinsam hinarbeiten!

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Hans-Olaf Henkel (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Verheyen, jeden Sonntagmorgen moderiere ich von elf Uhr bis zwölf Uhr eine Jazzsendung bei Radio Jazz Berlin – das können Sie sich mal anhören. Jazz ist auch aus kulturellem Austausch von verschiedenen Ländern entstanden, aber da gab es kein Brüssel, das dafür sorgen musste, dass so etwas passierte. Meinen Sie denn wirklich, dass wir Brüssel brauchen, um kulturellen Austausch zu haben? Würden Sie die gleiche Rede auch in Deutschland halten, wo wir nicht einmal einen Kulturminister und auch kein kulturelles Budget auf Bundesebene haben?

Sabine Verheyen (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Vielleicht sollten Sie sich zunächst einmal etwas deutlicher informieren. Es gibt einen Kulturstatssekretär, und der hat auch ein entsprechendes Budget. Der hat zwar nicht so viel, wie wir uns das wünschen, aber das ist in der Kultur – leider Gottes – in Europa, gerade auf der nationalen Ebene, ja immer so. Gerade weil eben viele nationale Regierungen und Behörden und Ministerien kein großes Interesse daran haben, auch noch den grenzüberschreitenden Austausch und den Kontakt zwischen Künstlern zu fördern, ist es besonders wichtig, dass wir hier diese Aufgabe von der europäischen Seite aus übernehmen und hier eine Unterstützung dafür liefern, dass sich Künstler und die Kreativwirtschaft gegenseitig befruchten können und eben genau solche Dinge auch in Zukunft möglich bleiben, dass nämlich Jazz sich bildet, der sich aus afrikanischen und amerikanischen Kulturen her zusammengemischt hat.

Wir haben vieles in Europa, das früher durch Königshäuser und durch diverse andere Strukturen gefördert wurde – nur die Königshäuser haben wir nicht mehr, und die Nationalstaaten versagen an vielen Stellen in diesem Bereich.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, след немската дискусия и аз искам да кажа няколко думи за оценката за изпълнението на програма „Творческа Европа“, която е чудесна възможност да направим равностойка за постигнатите резултати, както и да очертаем предизвикателствата и проблемите. В рамките на Европейския съюз това е единствената пряка програма, от която могат да се възползват секторите на изкуството, културата и аудиовизуалният сектор.

Както докладчикът Силвия Коста правилно подчерта, програмата страда от собствения си успех. Бюрократичните пречки при кандидатстване, заедно с ниския процент на одобрени проекти, заради малкото финансови ресурси, демотивира културните дейци да кандидатстват за финансиране по програмата. Ако трябва да бъдем по-конкретни, одобрените проекти по направление „Медия“ се равняват на 32% от подадените, а по направление „Култура“ те са едва около 15%. Наред с това, много предложения биват изключени поради високия праг на финансиране, който се оказва непосилен за културните сдружения с малък капитал. Европа е известна навсякъде по света със своето културно наследство, а средствата, заделени за култура, възлизат само на 0,14% от бюджета на Европейския съюз, което е меко казано смешно.

Говорейки за култура и колко важна е тя за духовното здраве и взаимното разбирателство на европейските граждани, бих искал да обърна специално внимание на механизма за финансиране на литературните преводи. Макар че един от приоритетите на подпрограма „Култура“ е насърчаването на литературния обмен на територията на Съюза, българските писатели, смея да твърдя, че са отявлено дискриминирани. В българските книжарници можете да намерите преводи от френски или от английски автори, но в същото време, например в Белгия, не може да се намери книга, преведена от български автор. По-големите и богати държави е нормално да имат възможността щедро да подпомагат превеждането на своите писатели на други европейски езици, но не така стои въпросът при нас. Читателите от други страни също трябва да могат да се наслаждат на произведения на писатели като Георги Господинов и Милен Русков.

Julie Girling (ECR). – Mr President, I would like to talk about this in the context of Brexit. The UK receives more funding than almost any other country through the Creative Europe Programme. Bringing together culture and media programmes is an important part of our membership of the European Union. Although in financial terms it is tiny, this is an area where we actually gain more than we put in.

One of the initiatives in this field is the European Capital of Culture. Truro, a city in my own region in the South-West has announced a bid to be the City of Culture in 2023. I understand that the UK Government has been positive about cities making their bids and I understand also that, at this moment, the Commission is sticking to its announcement that there will be two capitals in 2023, one from Hungary and one from the UK. That may change – who knows? – and it may well all become a sidebar in the big negotiation, but the advice for now is to carry on bidding. The UK is still a full and active member of the EU.

Having visited other European capitals of culture, most recently San Sebastián in Spain, I have seen at first hand the benefits such a successful bid can bring. However, I would add a note of caution as I would not want to see Cornwall, an area not known for being well off, overspend on a project which is inevitably something of a gamble.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, go raibh maith agat, bhuel ar an gcéad dul síos cuirim fáilte roimh ghnéithe áirithe den tuairisc seo agus aithním cé chomh tábhachtach agus atá sé polasaithe den sórt seo a chur i gcrích. É sin ráite, tá inní orm nach bhfuil an clár ag cur dóthain béim ar an earnáil chultúir agus ag deireadh an lae is iad an chéad ghlúin eile a bheidh thíos leis mar go gcaillfidh siad an saibhreas atá bainteach lenár gcultúr. 1.45 billiún euro thar thréimhse seacht mbliana agus an Coimisiún ag rá linn níos luaithe go mbeidh seans go bhfuil breis airgid ar fáil. Tuigeanann an Coimisiún gur éitheach é seo mar ní bheidh an t-airgead sin ar fáil. Ní bheidh sé sa bhuiséad. Tá Brexit ag tarlú mar is eol dúinn ar fad, tar éis 2020 ní bheidh an t-airgead ann chun é seo a chur mar thosaíocht. Ba chóir an fhírinne a insint mar gheall air sin agus gan a bheith ag cur dallamullóg ar dhaoine sa teach seo.

Tá sé soiléir nach bhfuilimid ag cur luach ar ár gcultúr. Feicimid an costas agus cén fáth nach féidir linn an luach sin a fheiceáil chomh maith. Tá luach ann don gheilleagar. Tá luach ann don earnáil chultúir agus tá luach ann i dtaobh fostaíocht a chruthú. Ní hamháin do na ceantair shaibhir ach do cheantair gur minic nach bhfuil acu ach a gcultúr mar ábhar luachmhar. Anois an t-am chun an fhís fhadtéarmach seo a chruthú don earnáil. Go raibh maith agat.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Jak słusznie powiedział pan Hans-Olaf Henkel, nie było kultury europejskiej. Była kultura katalońska, kastylijska, szwabska, bawarska, saska, czeska, angielska, szkocka, i to była różnorodność. Wy wszyscy mówicie o różnorodności i sądzę, że Wy chcielibyście mieć różnorodność, tylko powierzacie to urzędnikom, a biurokracja musi z konieczności ujednolicić wszystko.

Kiedys mieliśmy Marię Kallas, Edith Piaf, Annę German. Pan Henkel się myli – mamy również kulturę europejską. Aż wstyd powiedzieć – kulturę europejską reprezentuje Conchita Wurst, bo ona jest zrozumiała dla wszystkich Europejczyków.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěla zdůraznit, že Kreativní Evropa je vlastně jediný finanční nástroj Evropské unie, který podporuje tvůrce v oblasti umění včetně audiovizuálního a zapojuje kulturní instituce a správce památek. Jeho pozitiva jsou tedy ve vytváření nových možností financování společných kulturních a uměleckých projektů, spojuje tvůrce, správce kulturních památek a institucí.

Nejde o investiční akce, budování či rekonstrukce, ale jde o investice do lidského kapitálu, které se vyplatí. Umělci byli vždy lidé, kteří chápali kontext a viděli dál do budoucnosti. Jedině díky nim zde máme dědictví, na které se můžeme dívat a které poslouchat stovky let po jejich smrti.

Samozřejmě podpora kultury je především úkolem národních států. Ale role Evropské unie je v tom, že můžeme lépe využít společného evropského prostoru pro umělce i pro občany. Je to velká motivace a vzájemná inspirace, kterou nesmíme promarnit. Rozpočet je relativně nízký, bylo zde vzpomenuo 0,14 % víceletého finančního rámce. Mohli bychom říct téměř zanedbatelný vzhledem k tomu, jaké bohatství kultura poskytuje. Ale přesto má velký ohlas, velký zájem a nás musí mrzet a nesmí nás nechat chladnými to, jak nízká úspěšnost u programu kultury je, 15%. Co to je 15 % z těch, kteří žádají? Tady opravdu hrozí demotivace žadatelů.

Chci zdůraznit, že máme dobrou zkušenost s kontaktními místy v členských státech, není to o tom, že by se někdo nemohl dozvědět, jak čerpat. Naopak, zájem je veliký a kontaktní místa dělají dobrou práci. Usnesení našeho výboru žádá zvýšení finančních prostředků a zjednodušení administrativy. Myslím, že to není požadavek formální, ale že víme, proč žádáme a jaké bohatství Evropa v kultuře má.

Elena Gentile (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non vi è dubbio che la creatività, l'ingegno, le qualità artistiche del capitale umano, ossia il grande patrimonio che la storia d'Europa ha consolidato, siano il tessuto connettivo che sorregge quell'idea di comunità che deve ritrovare nella cultura della bellezza la cifra della sua crescita.

La cultura non conosce barriere, abbatte i muri, sostiene il dialogo tra le differenze, le valorizza intrecciando sentimenti positivi, diventa occasione per promuovere economia e lavoro di qualità. Quindi non solo più risorse, ma una nuova connessione tra programmi e strumenti, ma anche semplificazione, maggiore accessibilità e un deciso cambiamento rispetto a criteri di valutazione troppo rigidi e formali, che finiscono per penalizzare le idee più innovative e di qualità. Idee innovative che, proposte da una rete straordinaria di associazione di piccole e piccolissime imprese, risultano molto spesso penalizzati a fronte delle proposte del sistema industriale ovviamente meglio organizzato e strutturato.

La cultura è una straordinaria opportunità di emancipazione, se orienta i suoi linguaggi dentro una nuova cornice di solidarietà, di coesione tra i popoli, attraverso la rivalorizzazione delle più antiche tradizioni umanistiche di questo continente. Un'occasione per sconfiggere quindi la deriva populista xenofoba e razzista che sta contaminando negativamente l'Europa. Dunque, l'auspicio è che gli strumenti oggi a nostra disposizione vengano ripensati e riorientati anche per favorire, attraverso la cooperazione, una nuova connessione tra le sponde del Mediterraneo.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο σεβασμός της εθνικής ταυτότητας και των παραδόσεων των κρατών μελών της Ένωσης αποτελεί θεμέλιο λίθο για την Ευρώπη των κρατών-εθνών, για την Ευρώπη των πατρίδων, για την Ευρώπη των λαών. Θεωρώ, λοιπόν, σημαντικό το γεγονός ότι το 2018 έχει ανακηρυχθεί ως έτος της πολιτισμικής κληρονομιάς. Το πρόγραμμα «Δημιουργική Ευρώπη» εφαρμόζεται για την περίοδο 2014-2020 και έχει σαν στόχο την ενίσχυση του ευρωπαϊκού δημιουργικού τομέα, ώστε να προωθηθεί η βιώσιμη και χωρίς αποκλεισμούς ανάπτυξη στο εσωτερικό της Ένωσης. Το πρόγραμμα «Δημιουργική Ευρώπη» συνδέει τον πολιτισμό με τη δημιουργικότητα και βοηθά τον κλάδο της τέχνης και της δημιουργίας να προσαρμοστεί στην ψηφιακή εποχή. Όμως, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να δώσει μεγαλύτερη έμφαση σε χώρες όπως η Ελλάδα, εκεί όπου ο τομέας του πολιτισμού, της καινοτομίας και της έρευνας πλήττεται από τα μνημόνια, πλήττεται από τις πολιτικές λιτότητας και πρέπει, για τη χώρα αυτή, να αυξηθούν τα κονδύλια στους τομείς του πολιτισμού και της καινοτομίας.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, quiero empezar subrayando la importancia del programa Europa Creativa y felicitando a Silvia Costa por su trabajo. La cultura ocupa un lugar muy destacado en Europa y puede desempeñar un papel relevante en el proceso de construcción europea, contribuyendo a que los ciudadanos se acerquen más a este proceso. Ahora, cuando se observa un cierto desinterés o incluso una desconfianza respecto del proceso europeo por parte de los ciudadanos, es necesario que hagamos lo posible para que los ciudadanos lo conozcan mejor y lo sientan como propio y como útil.

La Unión Europea de hoy se apoya en unas bases históricas y culturales muy sólidas, compartidas por los pueblos europeos. La Unión Europea no es una construcción artificial, ni responde solo a un movimiento surgido tras la Segunda Guerra Mundial, sino que tiene raíces muy profundas, y esto lo tiene que conocer la ciudadanía europea.

En este sentido, me parece necesario destacar la importancia del programa de rutas culturales europeas, lanzado por el Consejo de Europa hace 30 años con la proclamación de los Caminos de Santiago como primera ruta cultural europea.

Señor comisario, debemos cooperar estrechamente con este programa del Consejo de Europa y ayudar a estas rutas, que me parecen un modelo de cooperación transfronteriza cultural. Estas rutas tienen relevancia turística y contribuyen así al desarrollo de zonas a menudo alejadas del circuito tan concurrido de sol y playa.

Estas rutas sirven también para preservar el patrimonio histórico y cultural europeo, tan rico y tan diverso, y al que se refiere la propia declaración —importante declaración— de Bratislava de hace unos meses. Estas rutas son también muy útiles para enseñar a los europeos y a los jóvenes los importantes vínculos históricos, culturales, artísticos, diría incluso espirituales, que nos unen a los europeos, poniendo así de manifiesto la profundidad y solidez de los cimientos de la construcción de la Unión Europea.

Como copresidente del Intergrupo de este Parlamento de Desarrollo del turismo europeo, patrimonio cultural, Camino de Santiago y otras rutas culturales europeas, le pido que este programa de Europa Creativa contribuya al mantenimiento, a la mejora, a la promoción de los itinerarios culturales del Consejo de Europa.

Monika Smolková (S&D). – V úvode chcem oceniť prácu spravodajkyne, pretože jej správa podáva ucelený pohľad na prínos programu Kreatívna Európa. Kultúra, kreatívny priemysel, to nie sú len odvetvia, ktoré nám prinášajú dobré pocity, zážitky, ale v skutočnosti majú význam aj pre hospodárstvo. V dnešnej nejednotnej Európe, pri silnejšom euroskeptizme, práve kultúra, história a spoločné hodnoty pevne a stabilne spájajú európske krajiny.

Program Kreatívna Európa finančne podporuje umelcov aj profesionálov z oblasti kultúry, ale aj preklady kníh, filmový priemysel, vytvára aj priaznivé podmienky pre mobilitu umelcov i umeleckých diel a zvyšuje kultúrne povedomie. Tradíciu podpory európskych miest kultúry považujem za veľmi úspešný projekt. Môjmu mestu, kde žijem, Košiciam, titul Košice – mesto kultúry v roku 2013 priniesol okrem množstva kultúrnych podujatí aj vytvorenie nových pracovných miest a doteraz historicky najväčší prílev turistov, čo má nezanedbateľný ekonomický prínos a propagáciu pre mesto a štát.

Kinga Gál (PPE). – Elnök Úr, tisztelt Kollégák! Mindig örömmre szolgál, amikor olyan programról dönthetünk, vitakozhatunk, amelyek közelebb viszik az Uniót a polgáraikhoz, és pozitívan hatnak a polgárok életére. A Kreatív Európa Program pontosan egy ilyen keretprogram, mely a kultúra, a kreativitás támogatását célozza Európa-szerte, sajnos alulfinanszírozottan.

Két vetületét emelném ki ennek, engedjék meg. Az általam társelnökként kisebbségi munkacsoportban több ízben foglalkoztunk már az e programhoz tartozó projektekkel, ugyanúgy, mint az európai kulturális fővárosokkal. Az a tapasztalat, hogy ezek a projektek fontos szerepet játszhatnak a hagyományos nemzeti és nyelvi kisebbségi közösségek életében, identitásuk megőrzésében a többség-kisebbség együttélésének előmozdításában. Ezeket a projekteket ilyen szempontból is támogatnunk kell a jövőben is.

A másik elem, amit kiemelnék, az európai kulturális és kreatív hálózatok fontosságát hangsúlyozva, az az európai tehetséggondozás témaköre. A magyar példára építve, ma már egy igen erős európai tehetségsegítő hálózat működik az Unióban. Ez segíti úgy a tehetségek felfedezését, mint fejlesztését és gondozását. Ez egy olyan terület, amelyre kiemelt figyelmet kell fordítanunk, és lehetővé kell tennünk, hogy az érintettek hozzáférjenek a megfelelő uniós támogatásokhoz, hiszen a táalentum olyan, mint egy természeti forrás, támogatása pedig befektetés a jövőbe.

Alex Mayer (S&D). – Mr President, juggling, hula-hooping and spinning plates is not something I would normally do as an MEP, but last week I swapped debating in this Chamber for trying out circus skills. I was in Great Yarmouth, in my constituency, to visit Sea Change Arts. Their director told me how the EU projects that they have taken part in have been transformational, in terms of both the money they received and the relationships built. They are now one of the leading international organisations for street arts and circus.

I know some of my political opponents get into a spin about EU projects, but I can see the true legacy of Britain's membership of the EU in events like Great Yarmouth's popular Out There festival. EU policy has played a significant role in creating and nurturing a vibrant cultural and creative sector across Europe. Long may it continue.

Santiago Fisas Aixelà (PPE). – Señor presidente, el programa Europa Creativa para el periodo 2014-2020 es, sin duda, el más ambicioso hasta la fecha, tanto en contenido como en forma, pero en esos tres años de ejecución se han observado varias deficiencias del programa. La Comisión de Cultura ha puesto de relieve estas cuestiones en el informe e instamos a la Comisión a actuar cuanto antes.

Hay una serie de prioridades que la Comisión debería llevar a cabo.

En primer lugar, debería perfilar el capítulo intersectorial: la Comisión debe verificar la utilidad y el funcionamiento del mismo, ya que los sectores se quejan de falta de acceso a los créditos. Los sectores audiovisuales se mueven en unos entornos muy competitivos y debemos dar a nuestros creadores los instrumentos necesarios para seguir produciendo piezas de calidad.

Además, la Comisión debería coordinar y reforzar las oficinas de Europa Creativa en los países participantes para facilitar el acceso de los creadores, crear sinergias y, así, mejorar el uso de recursos.

Y, en tercer lugar, y a pesar del aumento del 9 %, debe aumentarse el presupuesto destinado a este programa para permitir seguir desarrollando una cultura plural y diversa en el seno de la Unión Europea y los países de la vecindad. Debe, además, instarse a los países de la vecindad sur, que no forman parte del programa, a que se unan a ese espacio de diversidad cultural y oportunidades.

Debemos seguir apostando por la cultura europea: nuestro cine, nuestra música, nuestra literatura, nuestros artistas. Es esencial dar apoyo a estos sectores, facilitándoles la financiación, la formación y la discusión: se trata de la mayor riqueza con la que contamos.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Kultura nie jest objęta polityką wspólnotową i chcę wyraźnie podkreślić, że to dobrze. Nie jestem zwolennikiem poszerzania kompetencji instytucji europejskich jeszcze o kulturę. Natomiast w odniesieniu do programu „Kreatywna Europa” chcę powiedzieć trzy rzeczy, które są kluczowe. Po pierwsze, ten program powinien być maksymalnie odbiurokratyzowany i bardzo się cieszę z deklaracji, które dziś padły. Po drugie, decyzje powinny być podejmowane zdecydowanie szybciej, bo ten wolny tryb podejmowania decyzji, krótko mówiąc, szkodzi programowi. I trzecia rzecz kluczowa: w programie „Kreatywna Europa” tkwi szansa na to, aby wykorzystując obecne technologie cyfrowe, sprawiać, by w powiązaniu np. z programami stypendialnym takimi jak Erasmus + uzyskiwał wysoką efektywność.

Chcę podziękować pani Silvii Coście, która zakończyła swoją kadencję na stanowisku przewodniczącej Komisji Kultury, bo parę rzeczy się udało. Po pierwsze, rzeczywiście mamy program lekko odbiurokratyzowany. Po drugie, zlikwidowano wreszcie zaległości płatnicze. I trzecia rzecz: wygłoszone dziś deklaracje są efektem pracy całej komisji, aby ten program wraz z programami pilotażowymi stanowił pewne uzupełnienie rozmaitych innych narzędzi, którymi się posługujemy.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, üdvözlöm, hogy a jelentés külön kitér rá: a Kreatív Európa Program keretében finanszírozott projektek között 2017 után remélhetőleg nőni fog a kulturális sokféleséget, a kultúrák közötti párbeszédet és a többnyelvűséget előmozdító projektek száma.

A jelentéstevő, ezt a migránsok és menekültek Unióba történő jelentős beáramlásával indokolja. Nem kérdőjelezve meg ennek fontosságát, szeretnék rámutatni, hogy ezek a szempontok már eddig is hangsúlyos részét kellett volna képeznie a programnak. Nemcsak a migránsok vagy a jelentős létszámú migrációs háttérrel rendelkező uniós polgár miatt, hanem a mintegy 60 milliós őshonos nemzeti kisebbséghez tartozó uniós polgár miatt is. A kulturális sokféleség és a többnyelvűség előmozdítása nemcsak azért szükséges, mert új kisebbségek jelennek meg az EU területén, hanem azért is, mert évszázadok óta ugyanazon a területen élő nemzeti közösségek időközben kisebbséggé váltak egy tagállam területén.

Ezen alacsony pénzügyi kapacitással rendelkező kisebbségeket pedig azzal támogathatjuk nyelvük és kultúrájuk megőrzésében, ha a kulturális programok költségvetésének növelése mellett kiemelt figyelmet szentelünk a kisebbségi projekteknek, beleértve az anyagi támogatást is.

Procedura «catch-the-eye»

Maria Grapini (S&D). – Mulțumesc domnule președinte, domnule comisar, vreau de la bun început să felicit raporttoarea și pe toți colegii care au lucrat la acest raport.

Mă surprinde poziția unor colegi, o poziție egoistă aș califica-o pentru că aici nu vorbim de distrugerea culturii naționale, vorbim de o Europă unită în diversitate și în cariera mea am fost ministrul turismului și IMM-urilor și am văzut câtă legătură există între toate domeniile și cultură. Cultura de fapt creează punți între țările noastre, ne cunoaștem mai bine și de aceea consider că este necesar să finanțăm actul cultural pentru că în jurul oricărui obiectiv cultural – țara mea are un patrimoniu foarte bogat, în jurul lui se dezvoltă industria creativă, IMM-uri, locuri de muncă.

Mă surprinde încă odată ce spun colegii mei și îi întreb: dacă ar avea un vecin, casă lângă casă, despre care nu știu nimic, nu știu cu ce se ocupă, nu știu ce face, nu știu ce obiceiuri are, ar fi mai în siguranță decât dacă ar cunoaște ce face acel om de lângă ei?

Sustin și, domnule comisar, luați în calcul propunerea de finanțare pentru că aici vorbim de o cultură cu efecte radiale în toate domeniile de activitate și sper să se înțeleagă că Europa poate fi unită dacă ne cunoaștem valorile, patrimoniul cultural, tradițiile și, folosesc ocazia să spun că ieri în România s-a sărbătorit 1 martie, simbolul artă creativă – iată acest simbol, artă creativă.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, više od 8,5 milijuna radnih mjesta u Europskoj uniji je u kulturi i kreativnim industrijama, koje sudjeluju s ukupno 4,5 % BDP-a. Zaposlenost u ovim sektorima godišnje raste u prosjeku 3,5 %.

Upravo zbog toga program „Kreativna kultura” ključan je za stvaranje novih radnih mjesta i pomoć umjetnicima, kulturnim profesionalcima za europski film, glazbu, očuvanje baštine, ali i industriju video igara. Ključna je razmjena iskustava i znanja, te povezivanje država članica.

Kreativnu Europu moramo učiniti vidljivijom i prisutnijom među našim građanima, jer je upravo to program koji čini razliku, potiče europsku inovativnost i pozicionira nas kao lidere koji iznenađuju idejama i kreativnošću, koji oblikuju budućnost, ali na temeljima svoje kulturne baštine i tradicije.

Julie Ward (S&D). – Mr President, creativity and collaboration across borders are even more important in these days of extreme nationalism and xenophobia. The arts and culture touch us all as human beings, providing a unique and powerful means to change hearts and minds, to promote self-confidence and community cohesion, and to help people live together as good neighbours in an increasingly complex and frightening world.

The great city of Liverpool in my Northwest England constituency, a diverse city built on migrant labour by the way, was saved from obscurity through its designation as a Capital of Culture in 2008, delivering a world-class programme with a lasting legacy, contributing to the local tourism economy and its wealth of entrepreneurs. I can tell you, as somebody who worked in the arts before politics, that the Creative Europe programme, including in its previous incarnation, has been and still is of great interest to British artists and arts organisations, and that the tragedy of Brexit was not the choice of the people of Liverpool nor the wish of the wider arts and media community or their audiences across the whole of the UK, who voted overwhelmingly to stay in the EU and work together with their neighbours.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto complimenti all'onorevole Costa per l'ottima relazione.

Il programma «Europa creativa» si è rivelato utile per anticipare le nuove tendenze nei settori pertinenti, collegando la cultura e la creatività, promuovendo la circolazione di giovani artisti di talento, lo sviluppo del pubblico nell'ecosistema del mercato unico digitale e, in linea con la Convenzione dell'Unesco del 2005, la diversità culturale a livello internazionale.

«Europa creativa» ha fissato obiettivi, ha adottato una serie di criteri di valutazione, ma ha trascurato la qualità artistica delle proposte creative e culturali senza le quali l'arte rischia di diventare puramente commerciale. In questo modo, il programma finirebbe per premiare coloro che seguono il formato prescritto, invece di cercare di scoprire la vera qualità. Auspico che la promozione della qualità culturale e il valore intrinseco della cultura siano inclusi tra i criteri di valutazione e gli obiettivi della base giuridica del programma post-2020.

Il riesame intermedio dovrà rafforzare la formazione, lo sviluppo del pubblico, l'accesso ai mercati e l'inclusione sociale, in previsione del nuovo programma per il periodo 2021-2028.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, εμείς στηρίζουμε το πρόγραμμα «Δημιουργική Ευρώπη» γιατί είναι ένα πρόγραμμα που στηρίζει τον πολιτισμό και η Ευρώπη έχει γερά θεμέλια στον πολιτισμό. Θεωρώ όμως ότι πρώτιστο καθήκον της Ευρώπης είναι να στηρίξει και να διαφυλάξει και να προστατεύσει την δική της πολιτιστική κληρονομιά. Η Κυπριακή πολιτιστική κληρονομιά είναι ταυτόχρονα και ευρωπαϊκή. Γνωρίζει πολύ καλά η Ευρωπαϊκή Ένωση ότι εδώ και 43 χρόνια, σε ένα τεράστιο κομμάτι κυπριακού εδάφους, στο 37% του εδάφους της Κυπριακής Δημοκρατίας, καταστρέφεται καθημερινά η πολιτιστική και θρησκευτική κληρονομιά που είναι εκείνη της Ευρώπης. Θεωρούμε, κύριε Επίτροπε, και εκτιμούμε το έργο το οποίο επιτελείτε, ότι είναι ώρα να αναλάβετε πρωτοβουλία, αφ' ης στιγμής καταστρέφεται ένα τεράστιο, σημαντικό κομμάτι θρησκευτικής πολιτιστικής κληρονομιάς και θησαυρών στην κατεχόμενη Κύπρο, ώστε να υπάρξουν τρόποι για να διαφυλαχθεί και, αυτό που είναι το σημαντικότερο και το κυριότερο, για να χρηματοδοτηθούν προγράμματα που θα μας επιτρέψουν να αναστηλώσουμε όσα κατέστρεψε ο Τούρκος κατακτητής. Πρέπει βεβαίως να σταλεί ένα ξεκάθαρο μήνυμα και στην Τουρκία. Δεν μπορεί να είναι υπό ένταξη χώρα και την ίδια στιγμή, αυτή που θέλει να μπει στην Ευρωπαϊκή Ένωση, να καταστρέφει πολιτιστική κληρονομιά της Ευρωπαϊκής Ένωσης και να εμπορεύεται αυτούς τους θησαυρούς. Πιστεύω ότι έχει έρθει η ώρα της δράσης και ελπίζουμε και πιστεύουμε και στηριζόμαστε πάρα πολύ σε εσάς, κύριε Επίτροπε.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, last but not least, I welcome the success of the programming objectives of promoting European cultural diversity and strengthening the potential of the cultural and creative sector, although it is important to call strongly for an increase in the seriously under-financed Creative Europe budget in order to bring it into line with expectations. I believe we must continue to support the cultural, creative and audiovisual sector strongly, asking for an increased budget for the programme, both to meet expectations and to avoid frustration, together with better management of the existing programme, with more transparency and simplified procedures.

The creation of three new strands, on innovative crossovers, social inclusion and Creative Europe Mundus, to include third countries, will feature in our objectives and priorities. We have to make Europe first.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Carlos Moedas, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank everyone for this very interesting debate and for all the ideas that came out of the discussion.

I think everyone talked about diversity. Everyone used that word as something that we should really cherish and I think that, more than ever, we need in Europe a creative and cultural programme.

As Commissioner for Innovation and as someone who lived abroad for a long time, firstly I believe deeply that we have a European culture and those of you who, like me, have lived abroad felt that every day when you lived outside of Europe. You feel that you have a culture that is different to others because it is a culture of diversity, because you think differently, you feel differently, because you are more intolerant of inequality, because you feel yourself, when you are abroad, that you are closer to your European friends.

I lived for years outside of Europe and most of my friends were always Europeans because we speak that language of diversity, of understanding others. I think that it is very important to realise that, even with that diversity of languages, we are so close, much closer than you might think, and especially when you live abroad, as I have lived.

The second point that came from the discussion that is essential is that innovation comes from these intersections — these intersections of disciplines, these intersections of science and art and music – and so many of you here referred to that. In 2015 I was at the Nobel Prize Award Ceremony and the person who won the Nobel Prize for Medicine was a woman called Tu Youyou. This woman is not a medical doctor; it is a very interesting fact that most of the Nobel Prizewinners are not specialists in their own field. They come from other fields. They come from those intersections.

Tu Youyou saved millions of people because she discovered a cure for malaria. She discovered that cure for malaria because she was reading a poem in a book that was more than 1 700 years old. By reading that poem she found a plant called Artemisia and then she found through that poetry how she could extract that plant, Artemisia, in a way that would save people. She found this cure that has saved millions of people and I think that that is the future – the future is this cross between culture and science and art. If we want to be at the edge, if we want to be at the best that technology does, that science does, we have to be at these borders of culture and arts and science.

Thank you so much for the very interesting debate. It was a great place to be this morning, listening to all of you, believers in Europe and believers in this programme, as I am.

Silvia Costa, relatrice. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono molto felice di questo bel dibattito a cui tanti colleghi generosamente hanno partecipato e li ringrazio anche delle parole che hanno avuto nei miei confronti e ringrazio molto l'attenzione vera del Commissario Moedas.

Io condivido perfettamente questa sottolineatura che Lei ha fatto: l'innovazione sempre di più si colloca ormai nella capacità di integrarsi fra i vari settori, fra i vari linguaggi e anche fra le diverse discipline. Penso che questa sia la sfida per la seconda parte del settennio per «Europa creativa» che su questo fronte deve fare molto di più, ma credo che sia un problema interno al programma, ma anche esterno.

Se ne parlava prima, dobbiamo assolutamente conseguire – come abbiamo chiesto – una maggiore attenzione trasversale, anche delle diverse DG e delle diverse competenze perché, con Erasmus+, con Orizzonte 2020, con i fondi strutturali si avviino maggiori integrazioni e chiediamo naturalmente un rafforzamento serio e importante del budget. Avete sentito che tutti i colleghi parlavano della frustrazione di tanti operatori della cultura che alla fine si stancheranno di proporre – questo è tremendo, in un momento come questo, della crisi che viviamo in Europa, che è una crisi culturale; sarebbe strano che finalmente non si mettesse la cultura nelle priorità del programma Juncker.

La seconda valutazione – non posso rispondere a tutti, però raccolgo alcune delle questioni più importanti e comuni – un dilemma c'è stato fra diversità e unità e accompagna l'Europa dal suo nascere, è chiaro che la politica culturale non è una politica comunitaria ma la politica culturale è basata sul trattato per due aspetti: valorizzare e sostenere la diversità culturale e linguistica e dall'altra valorizzare e tutelare il patrimonio culturale europeo comune.

Quindi, la diversità nell'unità è la cifra dell'Europa e anche quando parliamo di diplomazia culturale europea, su cui siamo impegnati, si parla sempre anche di far conoscere come si è potuto vivere anche in una dimensione di pace in questo continente, proprio perché la diversità e il dialogo hanno portato a una possibilità di convivenza pacifica, all'innovazione e all'inclusione. Questa è la sfida della cultura sotto tutti i cieli. Quindi non c'è contraddizione.

Poi vorrei dire che le radici dell'Europa sono nella musica, nella filosofia, nei pensatori, nella spiritualità, nella creatività, nel teatro, nella letteratura e tutti i più grandi sono stati in tutti i paesi quelli che non si sono chiusi nelle piccole patrie, ma che hanno dialogato con il mondo, che hanno cercato di capire, tutto si è intrecciato nella storia della cultura europea, sarebbe veramente miope non riconoscere questo.

Noi vogliamo perciò con questo programma, pretendiamo che cosa? Intanto, una maggiore attenzione, appunto, a questa integrazione dei settori; secondo: ad avere una maggiore attenzione ai criteri di valutazione – è venuto da tutti e sono d'accordo – quello di avere criteri che valutino più il merito artistico e anche il merito intrinseco culturale dei progetti.

Credo che sia giusto pretendere adesso che questi nuovi finanziamenti che si danno attraverso i prestiti, come strumento finanziario, non devono riservarsi a quelle situazioni finanziarie accreditate, solo per i paesi dove queste risiedono ma sono fatte per sostenere i progetti europei – deve essere molto chiaro questo – altrimenti sarebbe uno sbilanciamento.

E ultima cosa – il tempo è tiranno – le reti culturali, è verissimo, noi vogliamo sostenere di più le reti culturali europee che sono quelle che attraversano l'Europa, gli itinerari culturali e le capitali europee della cultura che hanno compiuto trent'anni dalla loro istituzione. Abbiamo chiesto di valutarli come risultati straordinari, perché in molte città, che erano anche in crisi industriali – lo dicevamo prima, Liverpool è stata rilanciata grazie ad essere capitale della cultura e questo ha portato a un ripensamento della città, giocata più sulla cultura.

Chiudo sulla questione della Brexit, dico solo una parola, non posso non menzionarla: io credo che – certo, l'ha detto la collega inglese – l'Inghilterra ha avuto più di quanto ha dato nella cultura anche perché ha tantissima ricchezza culturale. Devo dire però che le precondizioni per continuare a partecipare a «Europa creativa» sono chiare, sono quelle di accettare almeno le quattro libertà fondamentali di circolazione delle persone, dei capitali, eccetera. Quindi, questa sarà la battaglia che dovranno fare i cittadini britannici, non noi.

Presidente. – Grazie onorevole Costa, complimenti per il suo lavoro e complimenti anche per il lavoro dei relatori di tutti i gruppi parlamentari.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà giovedì 2 marzo 2017.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Először is szeretnék gratulálni Silvia Costa kollégámnak, a jelentés előadójának, hogy ilyen remek munkát végzett. A Kreatív Európa Program keretében egy egyre növekvő interkulturális tér válik elérhetővé sokak számára, továbbá ez az egyetlen olyan program, amely a kulturális sokszínűségét támogatja. Rendkívül örülök, hogy a program elég rugalmas ahhoz, hogy az új kihívásokra választ adjon. Úgy gondolom, hogy a programnak kiemelt figyelmet kell szentelnie a költségvetés bővítésére, valamint a kis és középvállalatok számára külön pillért kell létrehozni, hogy cselekvésük teljes mértékben kiaknázzható legyen.

A kis szervezeteknek sokszor nincs elég anyagi fedezetük a projektek beindítására, ezért ki kell emelni, hogy a program mindenki számára méltányos kell, hogy legyen. A Parlament felülvizsgálatát kéri ezen eljárásoknak, hogy jelentkezésre ösztönözzünk minél több szervezetet. Szükséges a végső kifizetések felgyorsítása, valamint a jobb koordinációra a programok között, hiszen ez is hozzásegíthet az egyéb források kiaknázásához.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Într-un peisaj tot mai competitiv al cinematografiei la nivel internațional, sectorul audiovizual european are în continuare nevoie de măsuri de susținere pentru a-și proteja diversitatea și independența, pe de o parte, și pentru protejarea și păstrarea patrimoniului audiovizual european, pe de altă parte.

Prin digitalizarea filmelor și a arhivelor audiovizuale, acest patrimoniu poate și trebuie să fie pus la dispoziție în scopul cercetării, al implicării publicului și al valorificării economice.

Consider deci benefică continuarea acordării unui sprijin direct pentru producția audiovizuală europeană, în special în faza de dezvoltare a proiectelor. În plus, este nevoie de extinderea formărilor profesionale pe diferite domenii și activități, pentru a cuprinde mai multe acțiuni și a consolida competitivitatea sectorului.

Cred totodată că este benefică pentru Europa o consolidare a acțiunilor care vizează promovarea operelor europene la nivel transfrontalier și derularea de proiecte creative comune cu țările non-UE, dar și dezvoltarea de proiecte de mobilizare a publicului european în vederea creșterii cererii de filme europene non-naționale.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Културният и творчески сектор на Европейския съюз трябва да бъде подпомаган, не само защото доказано създава съществен процент от работните места, но и защото запазването на нашата идентичност е основата, върху която се гради ЕС. Въпреки това, сме изправени пред невиджани до този момент предизвикателства и заради това трябва да се научим да даваме приоритет на най-важното. Невинаги трябва да започваме с искане за повече средства, за да бъдем по-ефективни. Съществуващите фондове трябва да бъдат използвани ефективно, преди да се правят нови искания за повече средства.

Инвестициите следва да бъдат насочвани в правилните области. Творческа Европа има аспекти за подобряване и ние трябва да насочим вниманието си именно към това. Например, аз все още имам съмнения относно доброто управление на програмата предвид факта, че тя се управлява от отделни директорати – вземането на решения в тези случаи е сложно и невинаги последователно. Подобни подходи, според мен, трябва да бъдат избягвани, тъй като се стремим към ефективност и резултати.

Algirdas Saudargas (PPE), *raštu*. – Programa „Kūrybiška Europa“ yra vienintelė tiesioginė kūrybos, kultūros ir audiovizualiniam sektoriams skirta ES programa, todėl būtina palaikyti ir užtikrinti šios programos darbų ir projektų tęsimą, skiriant didesnę dėmesį socialinės atskirties mažinimui ir novatoriškų kryžminės naudos ir tarpsektorinių projektų priemonėms. Ragindčiau vertinant paraiškas žvelgti ne tik į griežtus formos reikalavimus, bet ir į pateiktųjų projektų turinį. Svarbu užtikrinti aiškiai reglamentuotą, skaidrų projektų teikimą ir finansavimą. Būtina didinti šios kultūros programos finansavimą, nes susidomėjimas ir kūrėjų lūkesčiai stipriai viršija programos biudžetą. Reiktų nepamiršti ir kultūros sektoriaus veiklos vykdytojų paraiškų teikimo ir projekto įgyvendinimo įgūdžių tobulinimo. Kultūros sritis yra jautri Europos Sąjungos žmonių gyvenimo dalis. Ji svarbi tiek tautinės tapatybės kultūrinei raiškai ir individualumui, tiek atvirumui kitoms kultūroms ir jų įvairovei. Europinė tapatybė nėra vien tik tautinių kultūrų sintezė, kurios galutinis tikslas bendras Europinės tapatybės vardiklis. Kultūra yra gyvas, nuolatinis procesas, kurį lydi nauji atradimai ir laukia iššūkiai. Vienas iš jų – kaip suderinti ekonominės dimensijos įtaką su meno ir kultūros savimine verte ir daugiau dėmesio skirti meno kūrėjams.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Doresc să salut propunerile de creștere a resurselor alocate din bugetul Uniunii Europene și din bugetele statelor membre pentru cultură.

Europa are un avantaj competitiv prin punerea în valoare a uriașei moșteniri culturale istorice, precum și a noilor tenduri culturale dezvoltate în Europa, în prezent. Dacă în producția manufacturieră avem competitori puternici în Asia și în alte părți ale lumii, în industria creativă avem acest avantaj competitiv, pe care îl putem menține, upgrada continuu și fructifica.

De aceea, o politică industrială inteligentă nu poate omite sprijinul guvernelor și al Uniunii pentru cultură.

3. Durchführung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di María Teresa Giménez Barbat, a nome della commissione per la cultura e l'istruzione, sull'attuazione del regolamento (UE) n. 390/2014 del Consiglio, del 14 aprile 2014, che istituisce il programma «L'Europa per i cittadini» per il periodo 2014-2020 (2015/2329(INI)) (A8-0017/2017).

María Teresa Giménez Barbat, ponente. – Señor presidente, estimado comisario, estimado presidente, estimados compañeros, quiero comenzar dando las gracias a todos mis colegas de la Comisión de Cultura y Educación, que han trabajado conmigo con un gran espíritu de cooperación y de comprensión mutua en este informe dirigido a la implementación del programa Europa para los Ciudadanos.

El programa Europa para los Ciudadanos es el único de la Comisión Europea que tiene como objetivo fomentar la participación directa de los ciudadanos en la Unión y promover el diálogo entre las instituciones, las organizaciones de la sociedad civil y las administraciones locales. Por esa razón hemos pedido a la Comisión de Cultura un aumento del presupuesto del programa para que sea posible alcanzar los objetivos fijados.

En primer lugar, hace falta recordar que el presupuesto acordado para este programa para el periodo 2014-2020 se redujo significativamente, un 14 % en comparación con el periodo precedente. En el Parlamento y en la Comisión de Cultura y Educación venimos solicitando un incremento del presupuesto, con la cifra de 500 millones de euros para poder satisfacer adecuadamente las propuestas de proyecto que llegan a las agencias de evaluación. Además, si lo comparamos con el presupuesto de los programas Erasmus y Europa Creativa, que hemos hablado ahora, resulta evidente que es necesario dotar a este programa con un mayor esfuerzo financiero.

En segundo lugar, hemos pedido a la Comisión que desarrolle una estrategia de comunicación más innovadora. Es fundamental que este programa pueda conocerse más en Europa. A diferencia de otros, Europa para los Ciudadanos no es tan popular y la participación es muy baja entre las organizaciones no gubernamentales, las fundaciones que se ocupan de asuntos relacionados con la ciudadanía europea, los ayuntamientos y las redes de regiones y ciudades que son sus destinatarios.

Necesitamos disponer de una plataforma más eficaz y accesible, que permita un conocimiento profundo de los fondos disponibles y un fortalecimiento de las relaciones con los puntos de contacto de los Estados miembros. Pretendemos que todas las organizaciones y administraciones locales conozcan en detalle las posibilidades ofrecidas por este programa y que los países participantes que aún no lo han hecho designen un punto de contacto nacional.

En tercer lugar, consideramos que el área de memoria europea del programa Europa para los Ciudadanos tendría que tener en cuenta no solo el pasado de Europa y su memoria, sino también su futuro. Pretendemos transmitir un relato histórico que no se obsesione con las diferencias, sino que intente superarlas con espíritu de integración. Creemos que este proyecto contribuirá a formar una visión más optimista e integrada de Europa, con la vista puesta en forjar un futuro común.

Por último, pero no por ello menos importante, el informe afirma sin ambigüedad que la próxima generación del programa debería adoptarse con arreglo al procedimiento legislativo ordinario, poniendo al Parlamento en pie de igualdad con el Consejo. Deseo subrayar que, como única institución de la Unión elegida directamente por los ciudadanos, el Parlamento Europeo debe desempeñar su papel de colegislador de la Unión cuando se trate de aprobar un programa creado específicamente con el objetivo de fomentar la participación de los ciudadanos. Por lo tanto, en mi informe insto a la Comisión a que encuentre una base jurídica adecuada para la próxima generación del programa, que permita una verdadera participación del Parlamento Europeo en el proceso de adopción y de aplicación de este programa.

Por esta razón, estimados compañeros, os pido que apoyéis el informe, tal como se aprobó en la comisión.

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr. President, my colleague Commissioner Avramopoulos sends his regrets but has asked me to say a few words on his behalf. Honourable Members, the Europe for Citizens programme offers a unique platform to reach out to citizens and to engage them in a debate about the future of Europe. In the year of its tenth anniversary as a fully-fledged programme with its own identity, the Europe for Citizens programme is well established. Stakeholders and beneficiaries appreciate it as one of the most relevant means to involve citizens in shaping their – that is, our – European Union. Projects funded by the programme will now also offer placements for the European Solidarity Corps. This will allow young Europeans to put their civic engagement into practice fully in line with the objectives of the programme.

This is why I am glad that the European Parliament has prepared this implementation report on the programme, which looks back at the first three years. I would like to thank Parliament, and in particular the rapporteur Ms Giménez Barbat, for the commitment and the effort that you have put into preparing this report, which not only gives an overview of the programme's implementation, but will also be an important starting point for the mid-term evaluation that we are currently preparing. It will provide some first orientations for a new citizenship programme beyond 2020.

Let me stress the elements of your report, which we shall have the chance to reflect on jointly in the near future. First, as you mentioned, the budget. Under the current Multiannual Financial Framework this has been a major challenge for the Europe for Citizens programme. Participation in the programme has become very competitive and success rates have decreased to very low levels in some measures, and we need to look at that. Second, the streamlined structure of the current programme, with the two strands focusing on European remembrance and on democratic engagement and civic participation, works well. It is positive, allowing for a more focused approach and increasing the programme's impact. Last, but by no means least, the issue of the legal base which you raise that could enable the European Parliament to get involved in the adoption of a new programme as co-legislator. In view of the mid-term evaluation, let me assure you that the Commission seeks the strongest possible cooperation with this House on both the political direction and the implementation of the Europe for Citizens programme over the four remaining years and of course looking ahead beyond 2020.

In conclusion, can I just acknowledge the European Parliament's important role in both preparing and assessing the current Europe for Citizens programme. We are only at the beginning of our cooperation to give new momentum to this programme. The Commission looks forward to continuing to work with Parliament towards our common objective: to encourage the maximum participation of our citizens in building the European Union of the future.

Λευτέρης Χριστοφόρου, *Εισηγητής της γνωμοδότησης της Επιτροπής Προϋπολογισμών*. – Κύριε Πρόεδρε, πιστεύω ακράδαντα ότι προγράμματα όπως το πρόγραμμα «Ευρώπη για τους πολίτες», σχετικά με το οποίο έχω την τιμή να είμαι ο συντάκτης της γνωμοδότησης για την Επιτροπή Προϋπολογισμών, είναι προγράμματα που πραγματικά εναρμονίζονται και ακολουθούν την ίδια γραμμή πλεύσης με τον σκοπό που θέσαμε εδώ, δηλαδή να υπηρετήσουμε την ευρωπαϊκή ιδέα, τις ευρωπαϊκές αρχές, τις ευρωπαϊκές αξίες. Αυτό πιστεύω ότι ήταν και το πνεύμα της ομιλίας του ιδίου του Προέδρου της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, του κυρίου Juncker, όσον αφορά τη Λευκή Βίβλο για το μέλλον της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Εάν πραγματικά θέλουμε να έχει μέλλον η Ευρώπη, σε μια περίοδο στην οποία ο ευρωσκεπτικισμός και ο λαϊκισμός σαρώνουν τα πάντα στο πέρασμά τους, τότε πρέπει να στηρίζουμε και να ενισχύσουμε προγράμματα όπως είναι το πρόγραμμα «Ευρώπη για τους πολίτες». Πρόκειται για πρόγραμμα που αγγίζει τους πολίτες, που φτάνει ως την κοινωνία των πολιτών, ένα πρόγραμμα που προβάλλει μια Ευρώπη πραγματικά ταγμένη στην υπηρεσία των πολιτών. Ταυτόχρονα όμως είναι και ένα πρόγραμμα του οποίου τα 185 εκατομμύρια προϋπολογισμού δεν μπορούν να ανταποκριθούν στις ανάγκες και τις απαιτήσεις της κοινωνίας σήμερα. Εάν πραγματικά θέλουμε να ενισχύσουμε τον ευρωπαϊκό θεσμό, τις ευρωπαϊκές ιδέες και τις ευρωπαϊκές αρχές, έχουμε να κάνουμε ένα πράγμα: να θωρακίσουμε και να ενισχύσουμε ανάλογα προγράμματα, όπως ήταν το πρόγραμμα που συζητήσαμε προηγουμένως, για τη «Δημιουργική Ευρώπη», το πρόγραμμα «Ευρώπη για τους πολίτες», το «Erasmus+». Πιστεύω ότι πρέπει να τα συντονίσουμε και να σχεδιάσουμε με τέτοιο τρόπο ώστε πραγματικά να υπηρετούν τους πολίτες και την κοινωνία, για να δημιουργήσουμε όντως μια Ευρώπη για το μέλλον.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *autor projektu opinii Komisji Spraw Konstytucyjnych*. – Panie Przewodniczący! Koleżanki i koledzy! Komisja Spraw Konstytucyjnych wysoko ocenia kształt i realizację tego programu. W naszej opinii przedstawiamy kilka uwag – ja zbiórę je w trzech zasadniczych punktach. Po pierwsze, dowartościowanie tych projektów, które dotyczą pamięci europejskiej i społeczeństwa obywatelskiego. Po drugie, otwartość samego programu na obywateli, to znaczy większy udział państw, władz lokalnych w określaniu priorytetów, przybliżenie narodowych punktów kontaktowych, tak aby program był bardziej znany, usunięcie barier językowych w procesie składania projektów. Kwestia trzecia to otwarcie programu na państwa spoza Unii Europejskiej, państwa EFTA, państwa EOG i państwa kandydujące do Unii Europejskiej. Uważamy, że program powinien być otwarty i budować realne związki z państwami sąsiedzkimi. Przyłączamy się również do tego wniosku, który zakłada silniejszą rolę Parlamentu Europejskiego, klarowną podstawę

prawną i współdział Parlamentu Europejskiego w określaniu priorytetów programu. To są kluczowe rekomendacje Komisji Spraw Konstytucyjnych.

Santiago Fisas Ayxelà, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, quisiera agradecer a la ponente, Teresa Giménez Barbat, el excelente trabajo realizado y la buena cooperación en la elaboración de este informe.

En la situación actual de la Unión —como bien debatimos ayer— de nacionalismos, populismos y euroescepticismos rampantes, no podemos quedarnos con los brazos cruzados: tenemos la responsabilidad de combatirlos. La mejor manera de hacerlo es implicando a los ciudadanos, acercándolos a la Unión. Para ello, es esencial contribuir a mejorar la comprensión de la Unión, de su historia y de su diversidad. El informe de evaluación del programa Europa para los Ciudadanos demuestra el éxito que suponen estos programas a medio y largo plazo para luchar contra estos fenómenos.

Esta iniciativa es todavía joven y poco conocida, pero el número de solicitantes de fondos refleja el interés que tienen los ciudadanos en implicarse con el proyecto europeo: la calidad de los proyectos presentados es una buena señal de ello. Lamentablemente, muchos de esos proyectos se han ido con las manos vacías. Esto se debe a la insuficiencia de la financiación.

En el último marco financiero —lo ha dicho la ponente— se redujo la financiación en un 14 %. No es que los proyectos no merecieran la pena, sino que no había suficientes fondos para tantos proyectos.

Debemos ser más ambiciosos cuando se trata de contribuir a un mejor entendimiento de la Unión Europea, de su historia y su diversidad por parte de los ciudadanos. Solicito a la Comisión que se aumente el presupuesto hasta un mínimo de 500 millones de euros, lo necesario para garantizar el éxito del programa.

Europa para los Ciudadanos no será la respuesta para todos los problemas, pero sí contribuirá de manera sustancial a acercar a los ciudadanos al proyecto europeo.

Sylvie Guillaume, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, je veux à mon tour féliciter ma collègue María Teresa Giménez Barbat pour son travail.

Dans un domaine comme celui-ci, la coopération avec les groupes politiques et l'écoute sont indispensables pour aboutir à un rapport ambitieux et donner un nouvel élan au programme «L'Europe pour les citoyens». Il s'agit d'un processus fondamental, alors que l'Europe est attaquée par le nationalisme et l'eurosepticisme et connaît une forte montée de l'intolérance, qui remet en cause le sentiment d'appartenance à un espace commun.

Quelles sont nos priorités? Elles ont été rappelées par mes collègues. Selon moi, elles sont au nombre de quatre.

D'abord, la question du budget. Je crois qu'il faut envoyer un message très clair: nous voulons une augmentation substantielle des moyens mis à disposition de ce programme, qui concerne très directement les citoyens européens. Ce programme repose encore sur une enveloppe trop limitée. Il n'est pas normal, notamment, d'avoir un taux d'acceptation de dossiers aussi faible. Ne pas évoluer signifierait décrédibiliser ce programme auprès des citoyens les plus engagés, et c'est pourquoi nous avons demandé de porter ce budget à 500 millions d'euros, soit finalement un euro par citoyen.

Sur la base juridique ensuite. Nous voulons être clairs: le Parlement européen en tant qu'institution représentant les citoyens européens ne peut pas être absent du processus législatif, une solution juridique doit donc être trouvée, c'est non négociable, je crois.

La troisième priorité, c'est le besoin d'une communication plus active. À l'ère du numérique et des réseaux sociaux, il est important que le programme puisse être plus visible sur le web et soit représenté dans un discours non bureaucratique et surtout plus pédagogique. Ce programme doit aussi toucher de nouveaux publics, les jeunes en particulier, dont on connaît le trop faible engagement civique, notamment au moment des élections européennes. Il faut donc dépasser les formats un peu compassés ou un peu trop traditionnels de réunions publiques en développant des projets plus dynamiques, qui permettent de faire partager des expériences.

Enfin, pour être accessibles, les procédures de ce programme doivent être simplifiées. Les efforts doivent porter sur les petits porteurs de projets et associer davantage, dans la définition des priorités, la société civile, qui est très certainement bien placée pour traduire les préoccupations des citoyens. Ce programme doit soutenir une participation de publics plus variés, y compris des personnes vulnérables, qui doivent bénéficier d'aides supplémentaires.

En outre, nous devons continuer à encourager les initiatives reconnues pour leur succès, telles que les jumelages de villes.

Dans le climat hostile que l'Europe traverse, ce programme doit servir de point d'appui pour relancer le projet européen auprès des citoyens engagés pour une Europe forte et dans un esprit de solidarité réaffirmé.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Ruža Tomašić, *u ime kluba ECR*. – Gospodine predsjedavajući, Europska se unija doista nalazi u krizi koju ćemo vrlo teško prevladati ako ovu zajednicu ne stavimo u neke realne okvire u kojima će ona rješavati samo one probleme za koje ima kapacitet i pritom poštovati princip supsidijarnosti. Ovakvi programi čine upravo suprotno – Europsku uniju podižu na razinu svemoćne tvorbe koja preodgaja građane, usađuje im nove identitete i petlja se u sve sfere društva i života.

Preporuka izvješća je da se u okviru potprograma „Europsko sjećanje” razvije europski identitet koji bi trebao biti pluralan, transkulturalan i otvoren migracijskim tokovima i utjecajima iz ostatka svijeta. Osim što ne vidim nikakvu potrebu za stvaranjem umjetnih identiteta, moram priznati da mi nije jasno ni kakav bi to identitet bio kad je utemeljen tek na političkim ambicijama europskih elita i potrebama jednog političkog trenutka. Oni građani koji se primarno osjećaju Europljanima, osjećaju se tako zato što, unatoč našoj heterogenosti, postoji puno toga što nas spaja, a to su primarno judeo-kršćanske vrijednosti. Njih se ovdje ne spominje iako Europe kakva je danas bez njih ne bi bilo.

Zanimljivo je da se ovakva preporuka želi ostvariti u okviru potprograma „Europsko sjećanje”. Ako mene moje sjećanje dobro služi, komunistička je Jugoslavija također stvarala umjetne identitete i promovirala vrijednosti koje nisu imale uporište u tradiciji. Završila je neslavno, a srušile su je upravo generacije kojima je sustavno inspiran mozak. Mogli bismo nešto naučiti iz toga.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, quiero felicitar a la ponente de este informe porque comparto la necesidad de incrementar el presupuesto del programa Europa para los Ciudadanos. Basta recordar que, en alguno de sus apartados más importantes, como es el de la memoria histórica, solo llega a financiar el 6 % de las solicitudes, no por falta de calidad de las propuestas ciudadanas, sino exclusivamente por falta de dinero.

También comparto, y he intentado, que los puntos de contacto de cada Estado ayuden a entender mejor el programa a sus posibles beneficiarios. Y lo digo porque la amnesia nos está jugando una muy mala pasada. Las mismas ideas populistas y ultranacionalistas que firmaron las mayores catástrofes de nuestra historia se presentan ahora como falsas soluciones a nuestros grandes problemas.

Por eso, deberíamos dedicar más imaginación, interés y recursos a recordar qué resultados cosecharon estas recetas, a poner ante el espejo de nuestra historia algunos lamentables discursos que sintonizan con las arengas que justificaron y propiciaron nuestras tragedias pasadas y a subrayar que la Unión Europea fue la respuesta eficaz y útil frente a ese lenguaje de egoísmo, insolidaridad, guerra, violencia y pobreza.

Por eso pido más fondos y, por eso, me alegro de que, tras una serie de iniciativas protagonizadas por varios diputados, todos los regímenes totalitarios europeos vayan sumándose al nazismo o el estalinismo, primer objetivo de este programa para poder recuperar nuestra memoria. Por eso me alegro de que el 80.º aniversario de la guerra civil española se incluya entre las actividades elegibles para financiar actividades en favor de la verdad, la justicia y la reparación.

Porque, ochenta años después del bombardeo de Gernika, uno de los dos Estados implicados en aquella masacre, miembro de la Unión Europea, sigue sin reconocer su responsabilidad y pedir perdón por aquellos hechos. Porque hoy ese mismo Estado no colabora con la justicia universal para investigar y castigar todos los crímenes de la dictadura, acciones, que como muy bien recuerda el informe, harían muy difícil el ingreso hoy de alguien con ese comportamiento en el seno de la Unión Europea.

Curzio Maltese, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il mio gruppo aveva votato contro «L'Europa per i cittadini», io voterò a favore di questa relazione sulla base di una valutazione pragmatica: questo programma ha funzionato, questo programma ha coinvolto cittadini, associazioni che meritavano di avere voce e di partecipare – la partecipazione è la chiave per la salvezza dell'Unione e questo programma incoraggia la partecipazione dei cittadini.

Se guardo all'elenco dei programmi finanziati, vedo nel mio paese cose molto positive: la lotta alla mafia, associazioni di rom – i rom sono un grande popolo europeo di 12 milioni di abitanti che non sono rappresentati qui e che sono al centro di una serie di discriminazioni.

Tuttavia, sono d'accordo con la relatrice sia sulla questione dell'insufficiente finanziamento, sia su un'altra questione importantissima, che è la base giuridica; è paradossale che un programma che si propone di far partecipare i cittadini limiti il ruolo del Parlamento europeo, che è l'unica chiave per i cittadini di partecipare, eleggendo dei rappresentanti. Quindi, sarebbe importante cambiare questa base giuridica e permetterci anche di aiutare una migliore formulazione degli obiettivi, che rimane molto debole, in qualche caso goffamente ideologica, per esempio, l'equiparazione della critica all'Europa con l'euroscetticismo è assurda. I veri europeisti oggi non possono che essere molto critici.

Helga Trüpel, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ – der Titel macht schon klar, worum es geht. Es ist ein Programm, das sich direkt an die Bürgerinnen und Bürger wendet und ihnen zusätzliche Möglichkeiten geben will, gute Ideen umzusetzen, Projekte gemeinsam zu verwirklichen und grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Dieses Programm hat zwei Schwerpunkte.

Der erste Punkt ist Erinnerungskultur. Wie wir aufgrund aktueller Streitigkeiten wissen, ist dies ein Punkt, der gerade in der Europäischen Union ausgesprochen wichtig ist, es geht nämlich darum, die Geschichte des Stalinismus, des Nationalsozialismus und des Faschismus aufzuarbeiten und dadurch wirklich zu einer demokratischen Gesellschaft beizutragen, die in der Lage ist, mit Differenz und Minderheiten auf eine positive Art und Weise umzugehen und diese Menschen nicht ausgrenzen zu müssen.

Der zweite Punkt ist demokratische Bürgerbeteiligung. Auch das ist ein Bereich, bei dem es gerade um die Qualität des demokratischen Lebens in der Europäischen Union geht, wo die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, im Rahmen von Städtepartnerschaften oder wenn sie besondere Ideen haben – einige Beispiele sind jetzt schon genannt worden –, gezielt gefördert zu werden, um gemeinsame Projekte in der Europäischen Union in die Tat umzusetzen.

Das Problem ist aber, dass dieser Haushalt so gering ist, dass er dem Anspruch, der verkündet wird, gar nicht gerecht werden kann. Es ist sogar noch schlimmer: Der Etat ist sogar mit dem letzten mehrjährigen Finanzrahmen, der jetzt läuft, noch abgesenkt worden. Also wirklich widersinnig in einer Situation, wo die Kommission und das Parlament zu Recht sagen: Gerade mit diesem Programm müssen wir mehr tun, denn wir sehen ja an der Zahl der Anträge, dass ein ganz großer Bedarf da ist und dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Programm annehmen, weil es ihnen wirklich zusätzliche Möglichkeiten gibt.

Was ist also die Aufgabe? Wir müssen gezielt daran arbeiten, dass der Etat für dieses Programm angehoben wird, damit wir den Anspruch, zusätzliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des wirklichen Aufbaus von unten, was europäische Bürgerschaft und europäische Projekte der Bürger angeht, auch wirklich in die Tat umsetzen. Also mit dem nächsten MFR muss es hier zu einer deutlichen Veränderung kommen, und das werden uns die Bürgerinnen und Bürger – was Teilhabe und demokratische Beteiligung angeht – auch wirklich hoch anrechnen.

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, «L'Europa per i cittadini» sarebbe un programma dall'alto contenuto simbolico, poiché mira allo sviluppo di un senso comune di identità e solidarietà europea, ma oggi deve far riflettere sulle cause della perdita di credibilità di questa Unione europea.

Al di là dei bei numeri e dei bei risultati che si sono susseguiti negli anni, nella parte relativa alla priorità del programma e tra gli emendamenti di compromesso che sono stati votati, si legge infatti: comprendere e dibattere sull'euroscetticismo. Bene, quantomeno, vi è la necessità di accettare il fenomeno euroscettico come un dato di fatto della realtà in cui viviamo. Un esempio su tutti, ovviamente, è ciò che sta accadendo oggi con la Brexit, che mette in discussione l'esistenza di un progetto europeo.

Dubito fortemente però che il fenomeno euroscettico possa essere dibattuto in questo modo. Per farmi capire meglio, faccio l'esempio della realtà politica del mio paese. Gli italiani sono sempre stati annoverati fra gli euroentusiasti, ma anche loro negli ultimi anni si sono progressivamente allontanati e hanno iniziato a guardare all'Europa con un disincanto che sta sempre più crescendo. Questo è avvenuto per diversi motivi economici, identitari, politici e per mancanza di partecipazione democratica.

Ciò che è in gioco oggi è la capacità stessa di risposta delle istituzioni pubbliche alle legittime domande che i cittadini rivolgono alle autorità politiche e alle stesse istituzioni. Per questa ragione, nella relazione, abbiamo chiesto alla Commissione e agli Stati membri di rafforzare il legame tra le priorità del programma in questione e tutte le politiche, prime fra tutte, le politiche sociali e occupazionali. L'Europa è stata a lungo considerata una sorta di ancora di salvezza però oggi, senza la partecipazione diretta, non siamo più credibili.

Laurențiu Rebegea, în numele grupului ENF. – Mulțumesc, domnule președinte, stimați colegi, programul Europa pentru cetățeni este singurul program european care se adresează direct, prin cele patru linii de finanțare, tuturor cetățenilor Europei.

Aș face observația că domeniul culturii, cel care trebuie să dezvolte unitatea în diversitate din deviza Uniunii, este poate cel mai vitregit, dacă ne gândim la finanțare și, implicit, la importanța care i se acordă.

Raportul referitor la aplicarea programului Europa pentru cetățeni este pertinent și conform realității. Poate singura observație este că raportul este prea puțin critic. Problemele menționate sunt acute: regionalizarea proiectelor, izolarea țărilor excentrice, sumele forfetare defavorabile în multe cazuri, prioritățile anulate neinteresante pentru unele țări, prefinanțarea mică, în general, și lipsa prefinanțării la înfrățirea între orașe.

În România, în 2014 și 2015 a crescut foarte mult numărul de aplicații ajungându-se cam la 3 000 de proiecte depuse la fiecare termen limită. Din păcate, din cauza subfinanțării, din acestea se finanțează mai puțin de 10% ceea ce, în mod evident, duce în prezent la o lipsă de interes tot mai accentuată față de program. Lipsa de interes a operatorilor crește și mai mult datorită finanțării reduse pe proiect. Astfel, maximum de finanțare este de 150 000 de mii EUR pe proiect la două dintre liniile de finanțare, la celelalte mult mai puțin.

Din informațiile pe care le am, punctele naționale de contact doresc să le fie extinse atribuțiile și după depunerea proiectelor pentru că le sunt solicitate informații și după acest moment și, în plus, se creează relații cu aplicanții și nu dorim să-i dezamăgim. Punctele naționale de contact doresc, de asemenea, să cunoască procedura de selecție, modul în care lucrează evaluatorii, cum se acordă punctajele și, în general, doresc o mai mare transparență și cooperare.

În plus, Punctul Național de Contact din România dorește o altfel de relație cu Comisia Europeană și Agenția Executivă pentru Educație, Audiovizual și Cultură pe bază de parteneriat, relația de acum este aproape umiltoare deoarece aceste puncte de contact sunt veriga între instituțiile europene și aplicanți și datorită lor programul este promovat.

Uniunea Europeană cheltuie foarte multe resurse nu numai bani ci și timp sau resurse umane în domenii care favorizează globalismul, uniformizarea și companiile multinaționale. Prin contrast, cultura, educația și, mai ales, proiectele pentru cetățeni sunt un fel de cenușăreșe.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, είναι απορίας άξιο πώς σε μια έκθεση για το πρόγραμμα «Ευρώπη για τους πολίτες» έχουν περίοπτη θέση και αναφέρονται διαρκώς ο ευρωσκεπτικισμός και η μετανάστευση. Κάποια σημεία της έκθεσης δεν μπορούν να παραμείνουν ασχολίαστα. Κατ' αρχάς, αποτελεί ύβρη και αντιδημοκρατική πρακτική το να αναγράφεται ότι στη Βρετανία υπερίσχυαν οι αντιευρωπαϊκές δυνάμεις που αμφισβητούν το ευρωπαϊκό όραμα. Η ψήφος υπέρ του Brexit μεταφράζεται σε καταδίκη της Ένωσης, όπως έχει καταντήσει σήμερα. Γίνεται λόγος για αμοιβαία ανεκτικότητα, συμμετοχή στα κοινά και σεβασμό, όταν προάγεται μια Ένωση στην οποία όλοι πρέπει να συμφωνούν με τις λάθος πολιτικές και όπου οι όποιες αντιρρήσεις καταδικάζονται ή εξοβελίζονται, χωρίς να δίνεται η δυνατότητα ανάπτυξης των επιχειρημάτων τους. Εστιάζετε στην ευρωπαϊκή ολοκλήρωση, ενώ παράλληλα κατηγορείτε τα εθνικιστικά κινήματα ως ολοκληρωτικά. Προωθούνται ο προσδιορισμός της ευρωπαϊκής πολιτιστικής κληρονομιάς και η συμμετοχή των μεταναστών, όταν εξόφθαλμα οι μετανάστες δεν αποδέχονται την ευρωπαϊκή νοοτροπία και κουλτούρα. Πώς είναι δυνατόν να συμμετέχουν σε πρόγραμμα για τους Ευρωπαίους πολίτες, όταν δεν είναι οι ίδιοι πολίτες της Ευρώπης; Προτρέπω όλους όσους μιλούν για ευρωσκεπτικισμό να αλλάξουν πρακτικές και προσέγγιση, γιατί αυτές είναι που απομακρύνουν τους πολίτες των κρατών από το ευρωπαϊκό οικοδόμημα.

Sabine Verheyen (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ist gerade in der heutigen Zeit, in der der Ruf nach mehr Demokratie und Beteiligung auf der einen Seite und populistische, nationalistische und antieuropäische Bewegungen auf der anderen Seite immer mehr an Einfluss gewinnen, ein wichtiges Programm für den Zusammenhalt in der EU. Es fördert Geschichtsbewusstsein, bürgerschaftliches Engagement und hilft, Barrieren abzubauen und die Begegnung und Freundschaft der Menschen in Europa zu fördern. Wir brauchen heute mehr denn je ein Europa, das Menschen zusammenführt, und nicht eines, das nur aus Steinen und Gesetzbüchern gebaut wird.

Schon im vorherigen Förderzeitraum hat das Programm eine große positive Resonanz erfahren, war aber seit jeher unterfinanziert, da die Zahl der Projektanträge deutlich höher liegt als die Zahl der genehmigten Projekte. Diese Situation ist durch die drastischen Budgetkürzungen durch die Mitgliedstaaten im aktuellen Förderzeitraum noch prekärer geworden, und viele gute und voll den Programmleitlinien entsprechende Projekte müssen Jahr für Jahr abgelehnt werden, was die Frustration bei den Antragstellern natürlich deutlich erhöht, denn viele geben sich viel Mühe, gute Projekte auf die Beine zu stellen, und können dann im Endeffekt doch nicht mit einer Unterstützung rechnen.

Das Programm, das am ehesten helfen kann, Verständnis für Europa, die europäischen Werte und die Strukturen der EU zu erhöhen, wird finanziell bei weitem nicht adäquat ausgestattet. Deshalb haben der Kulturausschuss und auch das Parlament schon mehrfach eine Budgeterhöhung von derzeit mageren 185 Mio. EUR auf rund 500 Mio. EUR im nächsten mittelfristigen Finanzrahmen gefordert, was gerade mal ein Euro pro Bürger wäre.

Dies wäre neben vielen anderen Vorschlägen im Bericht einer der ersten wichtigen Schritte, den Wirkungsgrad des Programms deutlich zu erhöhen, denn im Gegensatz zu manch anderen Initiativen und Programmen auf EU-Ebene fehlt es hier nicht an guten Projekten.

Krystyna Łybacka (S&D). – Panie Przewodniczący! Wczoraj pan przewodniczący Juncker przedstawił „Białą księgę na temat przyszłości UE”, ale nie będzie nowego początku 27 państw bez zaangażowania Europejczyków. Nie będzie silnej Unii Europejskiej bez wiary obywateli w skuteczność tego projektu. Dlatego naszym celem powinna być aktywna Unia, Unia promująca włączenie obywateli, Unia zbliżająca obywateli do instytucji unijnych, ale i Unia, która umie przeciwstawić się rosnącej fali populizmu i eurosceptycyzmu. Takie właśnie szanse daje program „Europa dla obywateli”. To ten program promuje obywatelskie europejskie, to ten program promuje obywatelską aktywność i wreszcie to ten program pozwala budować europejską tożsamość, ale żeby mógł on sprostać wyzwaniom stojącym przed nami i przed Unią, musi być dużo bardziej skuteczny i wyposażony w bardziej innowacyjne metody.

Spośród tych zaleceń, które przedstawiła autorka znakomitego sprawozdania, wybiorę trzy istotne. Po pierwsze, dużo bardziej widoczna i wzmocniona strategia komunikacyjna i promocja tego programu. To oznacza aktywność krajowych punktów kontaktowych. Tam nie mogą pracować urzędnicy, tam muszą pracować kreatorzy, animatorzy. Ten program nie może trafiać do przekonanych. On musi również trafiać do środowisk, które wątpią, po to, by dołączyły do nas, do tych, którzy wierzą w europejski projekt. Sprawa druga, program „Europa dla obywateli” w swojej tematyce, w swoich priorytetach musi uwzględniać potrzeby obywateli, musi uwzględniać współczesność i wyzwania współczesności. I wreszcie po trzecie – rzecz bezdyskusyjna, wielu moich przedmówców to podnosiło – finansowanie jest (...).

(Przewodniczący odebrał mówczyni głos)

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, σύμφωνα με τη ρητορική της Συνθήκης της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η Ένωση στηρίζεται σε δύο βασικές αρχές: πρώτον, στην αρχή της αντιπροσωπευτικής δημοκρατίας, στο πλαίσιο της οποίας τα κράτη μέλη εκπροσωπούνται στο Συμβούλιο και οι λαοί των κρατών μελών εκπροσωπούνται στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και, δεύτερον, στην αρχή της συμμετοχικής δημοκρατίας, γεγονός που σημαίνει ότι οι αποφάσεις λαμβάνονται από τους ίδιους τους πολίτες και αυτό γίνεται μέσω δημοψηφισμάτων, καθώς επίσης και μέσω της ευρωπαϊκής νομοθετικής πρωτοβουλίας. Όμως, η μέχρι σήμερα εμπειρία έχει καταδείξει ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση φοβάται τα δημοψηφίσματα, αφού με αυτά οι λαοί καταδικάζουν τις νεοφιλελεύθερες πολιτικές της, καταδικάζουν την Ευρωπαϊκή Ένωση της γραφειοκρατίας και της τραπεζοκρατίας. Επίσης, η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει δείξει ότι δεν επιθυμεί να διευκολύνει την άσκηση της νομοθετικής πρωτοβουλίας εκ μέρους των πολιτών, όπως φάνηκε με το «Save the Water». Η αποξένωση των πολιτών από την Ευρωπαϊκή Ένωση αυξάνεται διότι η οικονομική πολιτική της Ένωσης στηρίζεται στη λιτότητα και στη βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή που έχουν γεμίσει την Ένωση με στρατιές ανέργων, με φτωχούς. Επομένως, παρόμοιες επιδερμικές δράσεις όπως το συγκεκριμένο πρόγραμμα δεν μπορούν να θεραπεύσουν την κρίση νομιμοποίησης που αντιμετωπίζει η Ένωση, ιδίως όταν πρόκειται για προγράμματα πατερναλιστικά, τα οποία επιβάλλονται από τα πάνω, από τις ελίτ. Άλλωστε, αυτό καταδεικνύεται και από τον τίτλο του προγράμματος που είναι «Ευρώπη για τους Πολίτες» και όχι «η Ευρώπη των Πολιτών».

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, obilježavamo 10 godina „Europe za građane”, programa koji ima svoje prapočetke u 90-im i ranijim godinama, kada je Vijeće Europe imalo slične programe. Imao sam priliku sudjelovati u takvim programima, koji su se tada zvali, na primjer, Ambasada lokalne demokracije, danas pretvorena u ALDA, a koja je sastavni dio ovog programa Europe za građane.

Dakle, ti prapočeci u kojima sam sudjelovao, moram vam odmah reći na početku da su bili sjajni, da su značajno doprinijeli razvoju demokracije, da je prisustvo Vijeća Europe tada u Hrvatskoj, 90-ih godina, u Istri, u Brtonigli, u jednoj maloj, dvojezičnoj i multikulturalnoj općini, bilo od iznimne važnosti. Zato mislim da je razvoj projekata koje danas imamo u zemljama koje su zemlje kandidatkinje, odličan razvoj tog programa. Htio bih naglasiti i bratimljenje gradova, i to je jedan sjajan program. Bratimljenje regija trebamo također uključiti, jer je i to jedna odlična razmjena iskustva i stvaranje jačeg europskog zajedništva.

Međutim, ono što bih htio posebno ovdje istaknuti jest teza kojom se bavi ovo Izvješće, koje ja naravno podržavam i to srčano. Međutim, mislim da moramo okrenuti tezu, ne govoriti da se borimo protiv euroskepticizma, protiv populizma, nego se borimo za to da bismo imali istinu o Europi. Istinu o našoj prošlosti, koja se i ovdje, za ovim govornicima zna izvrđavati, i istinu o onome što predstoji. Jer ako hoćemo rasturiti Europu, kao što ju neki žele rasturiti, Europsku uniju, možemo to učiniti. Ali će ju netko ponovno sastavljati za 30, 50 ili ne znam koliko godina. Prema tome, mislim da je ključan moment govoriti o istini o Europi.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, τα τελευταία χρόνια παρατηρούμε απογοήτευση και αδιαφορία των Ευρωπαίων πολιτών απέναντι στην Ευρωπαϊκή Ένωση και τις δομές της και αγανάκτηση απέναντι στις νεοφιλελεύθερες πολιτικές. Η Ευρωπαϊκή Ένωση, λοιπόν, αντί να αλλάξει ριζικά τις πολιτικές της υπέρ των πολιτών και υπέρ των λαών, αντί να συνειδητοποιήσει ότι με τις πολιτικές της έχει δημιουργήσει Ευρώπη πολλών ταχυτήτων, Ευρώπη των φτωχών και των πλουσίων, Ευρώπη χωρίς αλληλεγγύη, συνεχίζει τις ίδιες πολιτικές και ταυτόχρονα χρηματοδοτεί προγράμματα με σκοπό τον εξωραϊσμό αυτής της πραγματικότητας και τη διαστρέβλωση της Ιστορίας, προκειμένου να καλλιεργηθεί η ψευδαίσθηση των μονοδρόμων. Πρόκειται για προγράμματα από τα πάνω που θέλουν να εμφυτεύσουν στους Ευρωπαίους πολίτες κοινή ευρωπαϊκή ταυτότητα, κοινή ευρωπαϊκή συνείδηση, κοινή θεώρηση της ιστορίας, χωρίς αυτό να είναι κατάκτηση των πολιτών. Αυτά είναι εργαλεία χειραγώγησης που όμως δεν πρόκειται να σταματήσουν τους Ευρωπαίους πολίτες, την Ευρωπαϊκή νεολαία, να αγωνίζονται κατά της λιτότητας, για ένα καλύτερο μέλλον και για μια καλύτερη Ευρώπη.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Mr President, let me start with some common ground. Clearly, if your project for European integration is to recover – mercifully, without the United Kingdom – it will require an enhanced level of social solidarity between the peoples of Europe. So it is not surprising that integrationists should set such store by top-down projects designed to tell the citizens of Europe's nation states that their prime collective identity should be a continental one rather than a national one. When, for example, German citizens are next told that Greek citizens need another euro bailout, federalists will wish their first reaction to be, 'Yes, we Europeans must stand together' and not 'Why should more German money go to Greece?'

But I am afraid that you might as well push water uphill as try to indoctrinate people about the collective loyalties that they feel. In no other continent on earth are so many distinct cultures, countries and languages held in such close proximity. That is what makes Europe the most interesting continent. People like Mr Verhofstadt think Europe is a continent of dwarves that cannot compete in the modern world and that we need to bring every aspect of public policy under the EU umbrella. But there is a better way forward and that is to be less doctrinaire and less rigid, to get behind NATO as our key defensive alliance, to allow nation states to return to national currencies that reflect their economic conditions, to trust that the peoples of a democratic Europe will be too sensible to return to the days of ultra-nationalism that caused the shedding of so much blood. But to try and force a European identity through top-down programmes such as Europe for Citizens is self-defeating. You are wasting your time and you are also wasting our money.

Dominique Bilde (ENF). – Monsieur le Président, l'économiste autrichien, Ludwig von Mises, a déclaré que, à la base de toutes les doctrines totalitaires, se trouve la croyance que les gouvernants sont plus sages et d'un esprit plus élevé que leurs sujets. Qui mieux qu'un de vos maîtres à penser libéral-libertaire pour vous décrire?

Ce texte est, en effet, un bijou de propagande totalitaire et une véritable attaque contre la liberté et la démocratie. Toute critique contre votre projet eurofédéraliste doit être éradiquée. Vous voulez même utiliser l'argent des contribuables européens pour lutter contre la stigmatisation des immigrés et élaborer des contre-discours. Pourtant, il me semble que les peuples européens ont envoyé un message clair sur le sujet, que ce soit lors du référendum hongrois ou dans les différentes enquêtes d'opinion menées. En France, 56 % des personnes interrogées en 2015 s'opposaient à l'accueil des migrants.

Comme à la fin de Tartuffe, votre fausse dévotion à la liberté et à la démocratie est démasquée et ce rapport, une raison de plus pour que les peuples européens puissent se lever.

Marlene Mizzi (S&D). – Mr President, Europe is undergoing challenging times. In the current political season, with elections to be held in various EU countries, the growing Eurosceptic sentiments are creating deep divisions and social polarisation, threatening the very foundations and the very existence of the European project.

The European Union needs to reconnect with its citizens, putting them back at the heart of its agenda. Encouraging civic participation and enhancing people's understanding of the history and diversity of the Union has never been as important for the future of Europe as it is today. This is the litmus test that Europe cannot fail. That is why I support this report and its very symbolic – and the first of its kind – programme, Europe for Citizens, which aims to bring the European Union closer to its citizens.

The programme has reached more than seven million citizens in thousands of towns and cities around Europe, helping them to better understand the European Union, promoting the Union's ideals and values, and improving the conditions for direct civic and democratic participation and active dialogue between the EU and its citizens. The programme provides a unique opportunity to strengthen a sense of European citizenship and belonging, and enhances solidarity and mutual understanding. Active citizenship, education and intercultural dialogue are paramount to the building of an open and inclusive society. This programme is one of the key instruments to achieve this.

Despite its success, we need constantly to reinforce the programme and increase its budget, projects and goals. Member States also need to get actively involved and support the programme, further raising its profile by making people more aware of it. It is important that the programme focuses not only on the past, but also on the future and on current challenges such as migration, radicalisation and social inclusion, among others. I hope that the Commission and the Member States will implement the recommendations of this report, which will help to reinforce the programme.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, cad a chiallaíonn an téarma Saoránacht Eorpach? Is téarma leathan atá ann gur féidir míniú éagsúil a fháil amach as. Tá sé tábhachtach ar ndóigh go mbeidh rud éigin mar seo againn agus sinn ag maireachtaint in am atá an-neamhchinnte. Ach mar fheisirí, caithfimid freagracht réadúil a ghlacadh agus aitheantas a thabhairt do na dúshláin atá ag an Aontas Eorpach. Caithfear an cheist a chur cén chúis leis an athrú seo? Tá treoir nua ag teastáil uainn, treoir ina bhfuil ceannasaíocht chróga agus chinnte, a thugann cothromaíocht dár ndaoine. Tá an eite-dheis ag méadú agus táimse den tuairim nach é níos mór cónaidhmeachta an freagra. Ní níos mó ná níos lú Eoraip an freagra ach is Eoraip shóisialta an freagra. Eoraip nach bhfuil ag dul i dtreo fórsaí míleata ach i dtreo na síochána, i dtreo na fostaíochta agus infheistíocht phoiblí. Eoraip a chosnaíonn a muintir ón mbochtanas agus a chuireann fáilte rompusan nach bhfuil sábháilte ina tír dhúchais. Eoraip a chuireann cearta daoine mar phríomh-heidhm. Sin é dar liomsa an sainmhíniú ar an dtéarma Saoránacht Eorpach.

Luigi Morgano (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie alla relatrice per l'ottima relazione, che evidenzia i risultati incoraggianti ottenuti dal programma «L'Europa per i cittadini», tra cui il riequilibrio geografico dei progetti e soprattutto la partecipazione dei cittadini.

Proprio per questo, pur iniziando dalla nota positiva, intervengo per sottolineare una persistente discrepanza tra le preoccupazioni che l'Unione europea e gli Stati membri dichiarano di nutrire nei confronti di populismo e antieuropeismo crescenti e le scelte finora compiute.

Il programma «L'Europa per i cittadini», talmente prezioso da essere descritto come «unico per la promozione dell'impegno civico tra i cittadini europei», continua ad ottenere una dotazione insufficiente a permetterne un'adeguata applicazione. Pertanto, concordo pienamente con le raccomandazioni espresse, in particolare: una base giuridica più partecipata del programma e una dotazione finanziaria più adeguata. Sul piano politico, la dotazione finanziaria è metro di misura che quantifica il livello di importanza effettivamente riconosciuto al programma.

Monika Smolková (S&D). – Program Európa pre občanov je výnimočný, pretože skutočne dáva priestor občanom, aby sa osobne angažovali pri oboznamovaní sa s históriou a súčasnosťou EÚ a jej členských štátov v rôznych oblastiach. Mám veľmi dobrú osobnú skúsenosť, keď malé mestečko na východnom Slovensku Medzev ako člen Charty európskych vidieckych obcí požiadalo o grant a v rámci programu Európa pre občanov bolo na päť dní hosťateľským mestom pre 270 hostí z každého kúta Európy.

Stretnúť na malom priestore v rovnakom čase Dána, Švéda, Portugalca či Slovinca bola pre miestnych obyvateľov vďaka príležitosti na výmenu skúsenosti, oboznámenie sa s kultúrnymi a športovými tradíciami, ale predovšetkým to bola príležitosť na priateľstvá, ktoré pretrvávajú roky. Aj odborná téma konferencie „Ako rozširovanie EÚ v roku 2004 ovplyvnilo občanov v malých vidieckych komunitách v Európe“ prispela k získaniu ďalších poznatkov nielen účastníkom stretnutia, hosťateľom, ale silné posolstvá som si odniesla aj ja osobne ako poslankyňa EP a ďalší prítomní hostia. Verím, že Programu Európa pre občanov dáme zelenú do budúcnosti aj navýšením rozpočtu.

Der Präsident. — Für das nun folgende *Catch-the-eye-Verfahren* habe ich doppelt so viele Anfragen wie wir berücksichtigen können. Sie haben deshalb bitte Verständnis dafür, dass ich nicht alle Kollegen aufrufe.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, je typické, že program „Evropa pro občany“ je kritizován ze strany Národní fronty a dalších extremistických stran. Populisté a extrémisté potřebují, aby lidé zapomněli na historii, aby se historie mohla opakovat. Program „Evropa pro občany“ má pomáhat akcím občanské společnosti, obcím, tak jak tady vzpomenula kolegyně Smolková, aby mohly uskutečnit vzájemné výměny, aby se lépe poznaly, aby se zamyslely nad historií a také nad budoucností společné Evropy.

Jedinou nevýhodou tohoto programu je jeho podfinancovanost. Skutečně sto osmdesát pět milionů eur na šest let, to je pouze symbolická částka na tak důležitý program. Já musím pozitivně hodnotit řízení tohoto programu, kontaktní místa a také zjednodušení fungování. Evropa stojí na podpoře občanů, Evropská unie nemá perspektivu bez pochopení a podpory samotných občanů. Pokud chceme neopakovat zničující historii válek, musíme podporovat občanskou...

(Předsedající řečníci přerušil.)

Julie Ward (S&D). – Mr President, Europe is the sum total of its citizens and that includes the millions of British citizens living, working and travelling within and beyond the European Union, particularly young people broadening their minds, encountering the other, learning life skills. In fact, learning how to be good, responsible citizens in the 21st century, both at home and abroad.

The young people who could vote in last year's British referendum overwhelmingly voted to remain in the EU. However, Teresa May's continued direction towards a hard and damaging Brexit threatens to rob future generations of many wonderful, life-enhancing, character building and community minded opportunities that benefit not just themselves but the places in which they live.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, I see that democratic engagement and civic participation are encouraged under this programme. Wonderful! A brilliant idea, but the problem is that this institution does not really believe in it, because if this institution gave a damn about democratic engagement then when the Irish people voted against the Lisbon Treaty, because they did not want to give up any more sovereignty, you would have respected that. When the people of Ireland voted against Nice you did not accept it. You sent the bully-boys over. You sent the Commissioners over with Michael O'Leary on Ryanair planes to convince us we were wrong.

Where is the connection there with democratic engagement? We engaged, you rejected! When it comes to Greece, you rejected 'Oxi'.

If you want to do something about scepticism, then kill the causes of scepticism. Appreciate democracy. Shut up talking about it and do it!

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Celem tego programu jest przyczynienie się do zrozumienia przez obywateli Unii jej historii, różnorodności, jak i budowa społeczeństwa obywatelskiego oraz poprawa warunków aktywności obywatelskiej i demokratycznej. Ma to szczególnie istotne znaczenie zwłaszcza w czasach europejskiego eurosceptycyzmu. Na pozytywną ocenę zasługuje uproszczenie struktury programu i zwiększenie jego dostępności dla wnioskodawców oraz udoskonalenie składania wniosków dzięki cyfrowemu e-formularzowi. Minusem jest zmniejszenie budżetu programu w porównaniu z poprzednią edycją. Program ten pozwala na twórczą wymianę doświadczeń, budowanie więzi pomiędzy obywatelami Unii i propagowanie europejskich wartości oraz, co chyba jest najważniejsze, zachowanie pamięci o naszej historii. Zauważamy, że co roku składanych jest coraz więcej wartościowych wniosków o wysokim poziomie merytorycznym i szerokim zasięgu oddziaływania na poziomie wielu krajów Unii Europejskiej, ale niestety zbyt mały procent tych projektów ma szansę na realizację ze względu na niski budżet tego programu.

Maria Grapini (S&D). – Mulțumesc, domnule președinte, Europa pentru cetățeni este un program care are un titlu excelent dar trebuie bine explicat și gestionat și, mai ales, finanțat pentru a avea efecte concrete. Felicit raportarea și susțin, evident, raportul.

În contextul actual în care apare tot mai mult euroscepticismul a aduce Uniunea Europeană mai aproape de cetățeni trebuie să fie o prioritate pentru noi toți. Este nevoie de o îmbunătățire a programului, este nevoie de o finanțare ținând cont și de criteriul geografic. Mă bucură faptul că cele două componente ale programului, memoria europeană și angajamentul democratic și participare civică, au devenit multinaționale și se vor aplica până în 2020.

Susțin preocuparea raportoarei ca Parlamentul European să fie colegiutor, până la urmă această instituție reprezintă cetățenii – peste cinci sute de milioane de locuitori, și noi suntem aleși direct pentru a-i reprezenta. Și cred că toate instituțiile democratice, naționale și europene, nu trebuie să uite că Europa pentru cetățeni este de fapt un program care arată că cetățenii sunt cei mai importanți și activitatea noastră trebuie să aducă efecte benefice asupra cetățenilor.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, firstly I welcome the fact that Commissioner King is wearing a green tie. It may be indicative of his desire to become an Irish citizen like some of his British colleagues have done here in the Parliament. If so, you are most welcome, Commissioner.

A propos the debate 'Europe for Citizens' the question is: are the citizens for Europe? Not so, or not enough of them, and people have indicated reasons – populism, scepticism, nationalism, self-serving opportunism à la Marine Le Pen, and so forth.

The rapporteur mentioned one or two other reasons today which are very important. One: the programme we are talking about is not well enough known, and if people are not aware of something they cannot appreciate it. That is the first challenge. The second is the low success rate in applications. Instead of people being delighted to apply and be successful, they get deflated. We have to make sure that does not happen in the future.

I agree completely that we need a bigger budget, and we should also expand the programme into the voluntary sector and the sporting sector, where there is a true dimension of European value.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Julian King, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank Members for the debate this morning and for the report. Thank you for the various comments, which I shall make sure are reported in full and shared with my colleague, Commissioner Avramopoulos. If I may, I would like to thank Mr Kelly. I have a very warm memory of the five years I spent, in one way or another, on the island of Ireland.

We have got this report looking at the three years of the programme. We need now to learn the lessons from that experience for the next generation of citizenship programmes. Let me take this opportunity to stress again the importance of this work, to reconnect with our citizens and engage with civil society, in particular – as a number of people have said – with young people, to build an understanding of our history, to celebrate our diversity, and to counter intolerance, not least at a time when, here and there, we see the rise of polarisation.

Today's debate is an important contribution to what is going to be our joint reflection on how best to take this work forward. Let us use the Europe for Citizens programme to establish a public forum for this important debate about our shared future. Let us work together to reinforce the programme as an instrument which can reach out and engage citizens across Europe.

María Teresa Giménez Barbat, ponente. – Señor presidente; gracias, compañeros, por vuestras amables intervenciones; gracias, comisario King, por su postura sobre la propuesta de legislación que pedimos.

Reconozco que hablar de ciudadanía europea en estos tiempos difíciles es un desafío auténtico pero, a pesar de ciertas opiniones euroescépticas que hemos escuchado, es realista y es necesario. La ciudadanía europea está en la raíz de la idea de una genuina Unión Europea y en ella también descansa la esperanza de su futuro.

Hoy este proyecto avanza con dificultad, pese a que forma parte del conjunto de valores que inspiraron el desarrollo de la Unión hacia algo más que un club económico.

Dentro del complejo momento histórico y político que estamos viviendo, considero que este informe de implementación del programa Europa para los Ciudadanos tiene una importancia crucial, porque queremos programas integradores que favorezcan un análisis de nuestro pasado común, superando relatos y agravios históricos separadores.

Quiero ver en esta iniciativa la expresión política de que no nos resignamos a dar por bueno un porvenir de escepticismo, egoísmo y desunión entre los europeos. Este programa supone un fuerte y contundente llamamiento a la integración y a la solidaridad europea.

Por todo ello, muchas gracias, amables colegas.

Der Präsident. — Die Aussprache ist geschlossen.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – 2014-2020 m. laikotarpio programa „Europa piliečiams“ siekia stiprinti Europos Sąjungos ir jos piliečių tarpusavio ryšius, prisidėti prie piliečių supratimo apie Europos Sąjungą, jos istoriją ir įvairovę, taip pat skatinti Europos pilietiškumą ir gerinti pilietinio ir demokratinio dalyvavimo Europos Sąjungos lygiu sąlygas. Šiuo pranešimu pateikiama programos, kuri veikia jau dvejus metus, pirmoji įgyvendinimo patirtis, išanalizuojama, kas šiuo programos „Europa piliečiams“ įgyvendinimo etapu pasiteisina ir kokie yra pagrindiniai klausimai, keliantys susirūpinimą pareiškėjams ir paramos gavėjams. Pagrindinis susirūpinimą keliantis klausimas yra susijęs su programos biudžetu 2014-2020 m., kuris buvo sumažintas 14 proc., palyginti su ankstesnio laikotarpio programa. Todėl Europos Parlamentas mano, kad dėl didelio susidomėjimo programa ir mažos finansuoti atrenkamų projektų dalies yra nepaprastai svarbu padidinti programos biudžetą.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση για την εφαρμογή του προγράμματος «Ευρώπη για τους πολίτες» για την περίοδο 2014-2020 επιχειρεί να αναλύσει τα αποτελέσματα ενός προγράμματος με ιδιαίτερη συμβολική φόρτιση. Η ανάπτυξη στενότερης σχέσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των Ευρωπαίων πολιτών αποτέλεσε διακηρυγμένο στόχο όλων των εμπλεκόμενων φορέων αλλά και των υπευθύνων της ευρωπαϊκής πολιτικής. Όμως ποτέ δεν δόθηκε στην πράξη η δέουσα σημασία. Ιδιαίτερα τα τελευταία χρόνια τα αποτελέσματα της πολιτικής και οικονομικής κρίσης που πλήττουν το σύνολο της Ευρώπης, ενέτειναν το αίσθημα αποξένωσης των πολιτών και το ρεύμα ευρωσκεπτικισμού και αμφισβήτησης της ενωμένης Ευρώπης. Καλούμαστε λοιπόν να προωθήσουμε αλλαγές με στόχο μια περισσότερο κοινωνική Ευρώπη, έτσι ώστε να έχουν πραγματικό υπόβαθρο οι προσπάθειες ενημέρωσης των πολιτών σχετικά τις κοινές αξίες, τον σκοπό της Ένωσης και κυρίως τη συμμετοχή στα κοινά. Ακόμη και η ενημέρωση εξάλλου δυσχεραίνεται, όταν ο προϋπολογισμός του εγχειρήματος μειώνεται κατά 14% σε σχέση με το προηγούμενο πρόγραμμα της περιόδου 2007-2013. Σε κάθε περίπτωση εξάλλου, το πραγματικό ζητούμενο δεν είναι το περιτύλιγμα, αλλά το ουσιαστικό περιεχόμενο. Χρειαζόμαστε μια άλλη Ευρώπη, με περισσότερη αλληλεγγύη τόσο μεταξύ των κρατών-μελών όσο και στο εσωτερικό των ευρωπαϊκών κοινωνιών, με αναδιανομή από τους έχοντες προς τους μη έχοντες και όχι το αντίστροφο, όπως σε μεγάλο βαθμό συμβαίνει σήμερα.

Andor Deli (PPE), írásban. – Kedves képviselőtársaim! Úgy gondolom az Európa a polgárokért program valóban kiváló lehetőséget nyújt arra, hogy az európai polgárok és az unió között szorosabb kötelék, kapcsolat alakuljon ki, valamint ez a program nagyban elősegíti az ténylegesen egységes Európa képét. Azonban azt gondolom, hogy mivel ez az egyetlen olyan program, amelynek a középpontjában az európai polgárok állnak, valamint az ő aspektusokból közelíti meg a program témáját, ezért nagyobb energiát és munkát kell befektetni.

Az előadóval egyetértve azt javaslom megoldásként valamit a program fellendítése érdekében is, hogy a költségvetés emelése elengedhetetlen, valamint hogy program az előző évekhez hasonló érdeklődést szerezzen a célcsoportok körében. Javaslom, hogy növeljük a program láthatóságát, azáltal hogy a nemzeti kapcsolattartó pontok, nagyobb, erőteljesebb kommunikációt folytassanak a tagállamok polgárai felé. Köszönöm, hogy meghallgattak!

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), in writing. – I highly welcome any initiative that aims at bringing the European Union closer to its citizens, therefore I strongly support the Europe for Citizens programme. The results of this have shown that there is a need for such initiatives during the time of crisis. However, the insufficient budget caused relatively a low level of success of individual projects. Moreover, quite often, the lack of qualifications of applicants resulted in a lower approval rate for accepted projects. Therefore, I would suggest further development of a system of training courses and workshops on drafting projects among potential applicants. Furthermore, the list of possible partners in all Member States would facilitate the formation of certain collaborations among units willing to enter the Europe for Citizens programme. I do not agree, however, with the selection of Article 352 TFEU as the sole legal base for the proposal, limiting the role of Parliament in the legislation process. I call for reconsidering the base for the next period of the programme. The involvement of Parliament on an equal level with the Council shall be re-established.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – Üdvözlöm a jelentés létrejöttét, különös tekintettel arra, hogy több helyen is kitér a fogyatékkal élőkkal kapcsolatos teendőkre. Teljes mértékben egyetértek azzal, hogy a többletigényeket mindig figyelembe vegyék, így a siketek esetében a jelnyelvi tolmácsok költségeit, vagy a látássérültek vagy mozgássérültek esetében a kísérő személy költségeit is. Azt is támogatom, hogy a javasolt felhasználóbarát kommunikációs portál (a mindent egy helyen biztosító online platform) esetében az akadálymentesítési szempontokat is minden esetben vegyék figyelembe. Nekünk kell elől járnunk a jó példával!

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The report has evaluated the implementation of the ‘Europe for Citizens’ programme 2014-2020, presenting an overview of the current state of play in the implementation of the programme and the main areas of concern for applicants and beneficiaries. The report shows the great interest raised by the programme and the low rate of success of the projects, proposing therefore an increase in the budget. The report comes up with several proposals to improve the programme: sharing best practices between Member States and beneficiaries in an active network; changing the parameter in the calculation of the lump sum for travel costs to take into account the geographical differences and cost of living in the participating countries; training courses and workshops on the topic of identifying international partners; improving the method for providing feedback to rejected applicants in the current programme by involving the network more.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este programa assenta em pressupostos inaceitáveis e dos quais que nos distanciamos em absoluto. Por um lado, o branqueamento da história e das políticas da UE, impondo artificialmente uma identidade europeia, que não existe. Procura-se a fabricação de um sentir que, num momento de profunda crise na e da UE, está muito longe do legítimo e justo distanciamento dos povos do projeto de integração europeu. Por outro lado, reafirmamos os objetivos de falsificação da realidade histórica, branqueando o nazi-fascismo e a sua natureza de classe, equiparando fascismo e comunismo, legitimando a criminalização e ilegalização dos movimentos comunistas. Omite-se que o antifascismo esteve e está na essência da ação e luta libertadora dos comunistas, pela qual milhões deram as vidas, ou da luta pela Democracia, como em Portugal o fizeram o PCP e os comunistas portugueses. Deliberadamente procura-se ocultar o contributo inigualável da revolução soviética e de outras experiências de construção de uma sociedade socialista, para progresso e os avanços sociais em todas as áreas da vida, em todo o mundo. O apelo ao maior nível de execução do subprograma «memória europeia» e as comemorações que até 2020 serão elegíveis para financiamento, dizem bem do ajuste de contas com a história e do anticomunismo que norteiam este programa.

Claudia Țăpădel (S&D), *în scris*. – Programul Europa pentru cetățeni este unul dintre instrumentele esențiale pentru întărirea identității europene, sprijinirea unei culturi bazate pe solidaritate, toleranță și respect, precum și pentru o mai bună înțelegere a valorilor care stau la baza proiectului european. În contextul în care euroscepticismul este în creștere, mai ales cu sprijinul unui nou val de populism atât în Europa cât și în afara granițelor ei, Europa pentru cetățeni devine cu atât mai important cu cât avem nevoie să reamintim cetățenilor care sunt beneficiile apartenenței la Uniunea Europeană.

Implementarea corectă a acestui program trebuie să se concentreze pe crearea de punți între instituțiile europene și societatea civilă, pentru a fi permanent la curent cu ceea ce gândesc europenii despre problemele reale cu care se confruntă, de la imigrație și până la incluziunea socială.

Acestea fiind spuse, este dezamăgitor să constat că, în ciuda acestor argumente și a contextului sensibil în care ne aflăm, bugetul acestui program a fost tăiat semnificativ în actualul exercițiu financiar. Grupul S&D înțelege însă că o Europă puternică înseamnă nu doar creștere economică, ci și solidaritate între cetățeni, și solicită o alocare de 500 de milioane pentru următorul MFF, ceea ce ar însemna doar 1 euro de cetățean.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pranešimo tikslas pateikti pirminius potyrius, susijusius su programos „Europa piliečiams“ 2014-2020 metams diegimu. Ši programa apibūdinama kaip unikali Europos platforma, garantuojanti Sąjungos piliečių skatinimą dalyvauti viešajame gyvenime, tiesiogiai arba per kryptingai tuo užsiimančias organizacijas. Pagrindinis susirūpinimą keliantis klausimas neabejotinai susijęs su programos biudžetu, kuris buvo sumažintas 14 % palyginus su ankstesniu laikotarpiu. Finansinio paketo sumažinimas neabejotinai sukelia didelių padarinių visos programos „Europa piliečiams“ veikimui. Dėl didelio susidomėjimo programa nepaprastai svarbu paaiškinti keliamus tikslus ir užtikrinti pakankamą finansavimą. Daugelyje valstybių narių, potencialus pareiškėjai turi keblumų, susijusių su pasiūlymais dėl projektų, nes jiems stinga gebėjimų tarptautinės partnerystės srityje arba jų projekte europinis aspektas nėra pakankamai aiškiai išreikštas. Atsižvelgiant į tai, galėtų būti apsvaistyta galimybė padidinti suinteresuotųjų subjektų gabumus. Europos Parlamentas, kaip vienintelė tiesiogiai renkama ES institucija, atstovaujanti beveik 500 mln. gyventojų, ir viena iš ES teisėkūros institucijų, turi atlikti savo vaidmenį tvirtinant programą, specialiai sukurtą siekiant skatinti piliečių dalyvavimą ir didinti jų supratimą apie ES istoriją ir vertybes. Kadangi tai yra visos Bendrijos interesus.

Janusz Zemke (S&D), na piśmie. – W ostatnim dziesięcioleciu w Europie i na świecie nastąpił skokowy postęp w dziedzinie rozwoju technologii informatycznej i narzędzi komunikacji internetowej. Jestem przekonany, że wykorzystanie tych nowoczesnych środków w administracji publicznej jest zatem nieuchronne, powinniśmy też sami do tego dążyć, by proces podejmowania decyzji politycznych był transparentny i przebiegał jak najbliżej obywateli UE. Potencjał nowoczesnych technologii informacyjno-komunikacyjnych byłby szczególnie przydatny w budowaniu e-administracji, dzięki czemu obywatele czerpaliby informacje urzędowe z pierwszej ręki, a ponadto mogliby załatwić wiele życiowych spraw bez wychodzenia z domu. Równie ważna, z punktu widzenia administracji publicznej, byłaby funkcja pozwalająca konsultować z obywatelami strategię dotyczące istotnych kwestii publicznych oraz zwiększająca ich aktywny udział w procesie wyborczym. Bez wątpienia potencjał nowoczesnych technologii i metod komunikacji powinien być wykorzystywany w życiu publicznym możliwie najszerzej. Należy jednak pamiętać także o ryzykach, jakie wynikają m.in. z istniejących nadal na wielu obszarach Europy ograniczeniach dostępu do nowych technologii oraz z dość częstego zjawiska braku umiejętności korzystania z Internetu, występującego najczęściej wśród obywateli z pokolenia 50+.

4. Die gemeinsame Handelspolitik im Rahmen der Gebote in Bezug auf den Schutz der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten (kurze Darstellung)

Der Präsident. — Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Emma McClarkin über die gemeinsame Handelspolitik der EU im Rahmen der Gebote in Bezug auf den Schutz der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten (2016/2054(INI)) (A8-0012/2017).

Emma McClarkin, rapporteur. – Mr President, the scale of recent trade flows in illegal wildlife and wildlife products is unprecedented, with recent data showing a sharp decline in the number of some species, many of them facing extinction. This presents a serious threat to our environment and may have a permanent consequence on our biodiversity. We must also concern ourselves with the impact illegal wildlife trade has on the global economy, good governance and the wider connections with other criminal activities.

It was with these considerations in mind that I proposed to the Committee on International Trade (INTA) to draft an own-initiative report on the EU common commercial policy in the context of wildlife sustainability, because trade policy can, and should, address wildlife conservation, support sustainable development and environmental protection. My report looks at the challenges we face and gives practical solutions on effective use of the resources available, with better implementation of our current policies giving tangible and comprehensive recommendations to the Commission on how trade and environmental policies can work together to tackle illegal wildlife trade inside the EU and globally.

However, the report strongly recommends that we do not overburden the existing framework with the creation of new rules and mechanisms. Instead, the priority should be the implementation of the present framework in the context of the global trade and environmental regimes, such as the WTO, CITES, the WCO, the UNDP and the OECD.

We must also seek further and deeper cooperation with the private sector and non-governmental organisations, ensuring that all stakeholders involved have a say and contribute to the fight against illegal wildlife trade. Initiatives such as the United for Wildlife Transport Taskforce should be widely promoted, as they draw upon the linkages between e-commerce, transportation and distribution to establish well-rounded and integrated approaches addressing both supply and demand, as well as focusing on breaking chains to tackle illegal trade in wildlife and wildlife products.

Sharing data and knowledge is imperative and this report stresses that there is still work to do at this level, both within the EU and with partner countries. Customs procedures must be assessed, and emphasis and resources should be put on strengthening compliance and law enforcement at national and regional levels. The EU must step up its efforts in the provision of training, information and capacity building, full customs in developing countries, and promote transparency and good governance.

To tackle illegal wildlife crime we must also tackle its enablers. Corruption is one of the main facilitators of this activity. This report strongly encourages the EU and Member States to increase their vigilance, to reinforce cross-border measures to identify and prevent money-laundering associated with wildlife trafficking. My report supports the inclusion of anti-corruption provisions in future trade agreements. And as part of the EU's ongoing commitment to sustainable development, our trade policy must strive for solid and detailed sustainable development chapters in its future trade agreements, similar to the one included in the EU-Vietnam FTA. It is imperative that we lead on the negotiation and implementation

of higher standards covering trade in wildlife in the EU and globally. Trade policy is an important tool at our disposal and we must make the best use of it to fight this crime, and to protect and promote wildlife and our natural resources. If we do nothing, they will be extinct.

Finally, I would like to thank my adviser Alex Boyd for his advice and support, and colleagues in INTA for their support and hard work on this file, proving that we are all committed to the fight against illegal wildlife crime and that we want to keep this fight a priority so that future generations to come will enjoy the magnificence of our precious wildlife.

Catch-the-eye-Verfahren

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci výrazně podpořit tuto zprávu, jsem velmi rád, že v rámci agendy Evropské unie nediskutujeme pouze o ochraně lidských práv kdekoli na světě, ale řešíme taky ochranu práv volně žijících zvířat a planě rostoucích druhů rostlin. Toto je opravdu velmi důležité téma a já jsem velmi rád, že součástí naší obchodní politiky má být to, jak více chránit rostliny a živočichy. Já se v České republice zabývám tzv. psími množírny, to je nelegální množení domácích mazlíčků, psů a koček, a zabývám se pašováním a vývozem těchto živočichů do jiných zemí Evropské unie. Musím konstatovat, že podle některých zpráv je tzv. zoo byznys, zoo mafie třetí nejvýnosnější druh organizovaného zločinu vedle prostituce a vedle pašování narkotik a drog. Tedy je to velmi závažný problém, obecně pašování druhů a rostlin, a je dobře, že se tím Evropská unie zabývá. Měli bychom vedle tohoto materiálu také řešit ovšem právě otázku psích množíren a problémů domácích mazlíčků, kteří jsou volně pašováni bez jasných pravidel po zemích Evropské unie.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il traffico illegale di specie selvatiche è diventato di fatto una delle attività criminali più proficue a livello mondiale, per un valore complessivo stimato tra gli 8 e i 20 miliardi di euro all'anno.

L'azione dell'Unione deve concentrarsi innanzitutto sul problema della corruzione, che è uno dei principali motori del commercio illecito di specie selvatiche. I negoziati attuali e futuri sugli accordi commerciali devono considerare tutte le misure possibili connesse al commercio, sia legale sia illegale, di specie selvatiche, a cominciare dall'introduzione di disposizioni anticorruzione nei futuri accordi di libero scambio.

Occorre inoltre garantire lo stanziamento di fondi sufficienti per le misure di sviluppo delle capacità. L'Unione deve puntare a offrire sostegno alla formazione nei paesi produttori non solo delle autorità doganali e di contrasto al crimine, ma anche delle associazioni di produttori, delle cooperative e delle imprese sociali, che consentono alle comunità locali di usufruire del commercio sostenibile legale.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, σύμφωνα με εκτιμήσεις, τα έσοδα από το παράνομο εμπόριο άγριας χλωρίδας και πανίδας ανέρχονται σε περίπου 20 δισεκατομμύρια EUR, ενώ θεωρείται η τέταρτη πιο επικερδής εγκληματική δραστηριότητα παγκοσμίως. Δεδομένου ότι το παράνομο εμπόριο άγριας χλωρίδας και πανίδας καταστρέφει τα οικοσυστήματα και αποτελεί απειλή για την παγκόσμια βιοποικιλότητα, η Ευρωπαϊκή Ένωση είχε εγκρίνει από το Φεβρουάριο του 2016 ένα σχέδιο δράσης για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών εντός της Ένωσης και για την ενίσχυση του ρόλου της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην παγκόσμια εκστρατεία για την καταπολέμηση αυτών των παράνομων δραστηριοτήτων. Το σχέδιο δράσης της Ένωσης για να αντιμετωπιστεί η εμπορία άγριων ειδών οφείλει να συμβάλει στην πρόληψη της παράνομης εμπορίας, στη μείωση της προσφοράς και της ζήτησης των παράνομων ειδών, καθώς και στην ενίσχυση της εφαρμογής των υφιστάμενων κανόνων για την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος.

Catherine Bearder (ALDE). – Mr President, my thanks go to Emma McClarkin for her well-reasoned and clear report with recommendations to protect wildlife in current and future EU trade agreements. My thanks to the Commission for the proposals to ban, in the EU, raw ivory exports.

Tomorrow is World Wildlife Day, so let's celebrate this year's progress in protecting wildlife against trafficking: China's full ban and the near ban in the USA, stricter rules in France on hunting trophies and the burning of ivory by the Kenyan Government. However, this is just tackling illegal trade. The McClarkin report also tackles legal trade and, of course, we know the crossover is mostly complicated as plants, animals, birds, etc. move between the two: legal or illegal.

The Convention on the International Trade in Endangered Species (CITES) COP recently delivered tough new rules and more protection for over 500 species, but more needs to be done. Member States, politicians and the public have the power to protect and reduce demand. This report is a good step along the road, so thank you Emma.

Andreas Schwab (PPE). – Mr President, I would like to thank my colleague Ms McClarkin so much for her report. My congratulations to her. I do, however, want to stress here that we will miss the Brits negotiating on the basis of the report that Ms McClarkin has just outlined. I do not really understand how the Brits will continue to try to convince trading partners on the sustainability issue, because we can only convince our partners if we have the weight of the whole European Union with its 500 million people. The smaller you are, the less chance you have to convince your partners about these goals we have in common, and that I am sure we will have in common in the future also.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, parece muito preocupante que o tráfico ilegal de espécies selvagens continue a aumentar e quero aqui salientar que afeta também o domínio aquático: corais vermelhos, ovos de esturção e alevins de enguia são alvo de tráfico dentro da Europa e para fora da Europa.

Atribuímos recomendações a países terceiros, tentando reverter os processos prejudiciais conhecidos por pescas INN. No entanto, parece-me fundamental dar o exemplo dentro de portas e impedir o tráfico ilegal que, nos casos citados, são pescas INN.

Congratulo-me, como é referido no relatório, pelos esforços promovidos pela União Europeia junto da Organização Mundial de Comércio para impedir os subsídios à pesca que seja prejudicial, que pode pôr em causa a gestão sustentável das pescas e ameaçar a conservação de espécies sensíveis.

Como referimos na Comissão das Pescas, parece-me importante reconhecer os campeões da luta contra o tráfico de espécies selvagens, atribuindo-lhes um reconhecimento de nível europeu.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Julian King, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank Members for this morning's presentation, and the debate and comments that have been made on a subject which, I must say, is actually very close to my heart. In particular, I would like to thank the rapporteur, Emma McClarkin, for her excellent report. As has been pointed out, the scale of illegal wildlife trade and the impact on populations of vulnerable plant and animal species are extremely serious. Concerted international action is needed to prevent the loss of such species due to greed and ill-informed behaviour.

We are focusing today on trade-related aspects of this fight. At the same time, we should recall the importance of EU action in other policy areas as well, such as the provision of support to developing countries through our cooperation work. The report refers to the Trade for All communication, which underlines the importance of a values-based trade policy. I welcome the high degree of consensus that I understand exists between the political groups on the need for action to tackle this appalling phenomenon of illegal wildlife trade, an area of economic activity that is clearly contrary to our values.

The key multilateral instrument to address wildlife trade is, as we all know, the Convention on International Trade in Endangered Species (CITES). CITES decisions apply to all CITES parties and, furthermore, it has the ability to take action if a party fails to follow the rules. Support for the effective implementation of CITES is a key feature of our trade policy. It is one of the international conventions that must be implemented effectively by beneficiaries of trade preferences under the EU's GSP+ scheme. Commitments on effective implementation of CITES are included in the trade and sustainable development chapters of EU free trade agreements and the Commission does not hesitate to raise CITES issues directly in our dialogues with trade partners as necessary.

Today's report also correctly identifies an important role for the private sector in tackling wildlife trafficking, including businesses in the aviation and shipping sectors. The concept of responsible business conduct is one that is strongly supported by the EU and is increasingly reflected in our various trade agreements.

A high-value illegal trade such as that of illegal wildlife creates the conditions for corruption, as has been noted. As announced in the Trade for All communication and referred to in today's report, the Commission intends to include provisions to address corruption linked to international trade in future trade agreements. The EU also successfully proposed, at the last Conference of the Parties to CITES, a resolution which explicitly calls for dedicated action against corruption linked to wildlife trafficking.

I can assure you that the report will be considered very carefully by the Commission, including in the ongoing work on the implementation of the EU Action Plan against Wildlife Trafficking, and today's timely debate has again highlighted this critical issue at the intersection of environmental and trade policy. As many of you have said, it is imperative that we take action to tackle the scourge of this trade. So thank you to the rapporteur and thank you to those who participated in this morning's discussion.

Der Präsident. — Die Aussprache ist geschlossen.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Il est impératif de lutter contre le trafic de certaines espèces sauvages dont des réseaux criminels et mafieux tirent profit: comme l'a souligné le rapporteur, le commerce illégal de la faune et de la flore sauvages est la quatrième activité criminelle la plus lucrative, avec un chiffre d'affaires pouvant atteindre 20 milliards d'euros. Ces bénéfices servent par ailleurs bien souvent à financer des activités terroristes auxquelles l'Europe est particulièrement vulnérable. Au-delà de notre conscience environnementale, c'est donc bel et bien un enjeu de sécurité ! Notons par ailleurs que nous avons le devoir de regarder au-delà des impératifs du marché puisque ce sujet s'inscrit également dans une perspective de codéveloppement durable des pays d'où proviennent ces espèces, bien souvent issues du continent africain. Or, certaines communautés sur le terrain sont bien souvent dépendantes, socialement et économiquement, du commerce durable de ces espèces, et c'est pourquoi il est essentiel de les soutenir afin d'arriver à un commerce soucieux de la biodiversité et qui conduise à préserver l'emploi et la croissance des communautés concernées. Il n'est pas nécessaire de mettre en place une énième législation: appliquons les normes déjà existantes en la matière !

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Neprestani porast nezakonite trgovine divljom florom i faunom ugrožava biološku raznolikost, uništava ekosustav, te povećava broj životinja i biljaka koji izumire ili postaje ugroženo. Bogatstvo koje čine fauna i flora je sastavni dio čovječanstva i naše Planete, te se stoga ne smije podcjenjivati, već su potrebne konkretne mjere koje će omogućiti njihovo očuvanje i pametno gospodarenje njima.

Nažalost, Europska unija predstavlja veliko tržište za nezakonite proizvode od divlje flore i faune, ali i važno čvorište za tranzit. Stoga su potrebni zajednički naponi kako bi se takve radnje spriječile, te je u tom kontekstu iznimno bitno uključiti privatni sektor, nevladine udruge, ali i društvene mreže. Siguran sam da su gospodarski razvoj i korištenje prirodnih resursa dvije stvari koje mogu i moraju zajedno!

(Die Sitzung wird um 11.10 Uhr unterbrochen und um 11.30 Uhr wieder aufgenommen.)

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

5. Begrüßung

Πρόεδρος. - Τον λόγο έχει ο κ. Pittella.

Gianni Pittella (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, trenta secondi: vorrei chiedere a Lei e per suo tramite al Presidente Tajani di esprimere pubblicamente la vostra condanna personale e istituzionale nei confronti delle dichiarazioni fatte ieri dall'onorevole Korwin-Mikke.

Non possiamo permettere che certe dichiarazioni vergognose contro principi fondamentali come l'eguaglianza di genere su cui si fonda l'Unione europea vengano tollerate dalla Casa degli europei. Certe affermazioni non possono rimanere impunte e pertanto chiediamo al Presidente Tajani di adottare provvedimenti. A nome dei socialisti europei, vorrei esprimere la più ferma condanna e ribadire il nostro sostegno a favore dell'eguaglianza di uomini e donne e contro ogni discriminazione di genere. Da parte nostra, sia chiaro, non faremo mai un passo indietro nel solco della difesa dei diritti e dell'uguaglianza.

Πρόεδρος. – Κύριε Pittella, σας ευχαριστώ για όσα είπατε. Θα τα μεταφέρω, ως προεδρεύων, στον Πρόεδρο του Κοινοβουλίου, τον κύριο Tajani.

Τον λόγο έχει ο κύριος Korwin Mikke.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Mr President, I move to postpone the waiver of immunity of Ms Marine Le Pen until after the presidential elections. Unfortunately, if we vote for this she will get an additional 100 000 votes. She will post herself as persecuted by bureaucracy and she will win the election because of this. If she is in prison she will win the election for sure!

I move to postpone. We are interfering in the electoral process in France.

Πρόεδρος. – Κύριε Korwin Mikke, υπέθετα ότι θα είχατε κάτι να πείτε για όσα ανέφερε ο κύριος Pittella. Πρωτοτυπήσατε. Θέλω να πω ότι σε ό,τι αφορά στο αίτημά σας, με βάση τον Κανονισμό, άρθρο 180 παράγραφος 1, οι αιτήσεις για την άρση της ασυλίας οποιουδήποτε ευρωβουλευτή γίνονται με ανάταση της χειρός – όχι με ονομαστική ψηφοφορία.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, under Rule 181a and Rule 49 in relation to the Committee on Legal Affairs, I would like to raise the very urgent case of Alexander Adamescu, a German citizen living in London, who is subject to a political European arrest warrant issued by the Romanian Government and the Romanian police. Mr Adamescu's father had already been arrested on the same charge and he died in prison. His wife has had an attempt to remove her illegally from the United Kingdom by gangsters, and what we have to face is the European arrest warrant being used here by a country as a member of the European Union, for political purposes. I urge you to raise this at the highest level with the President and the committee under these rules.

Πρόεδρος. – Σας ευχαριστώ, κύριε Woolfe. Πριν περάσουμε στις ψηφοφορίες, με χαρά απευθύνω χαιρετισμό στον κύριο Habib El Malki, Πρόεδρο της Βουλής των Αντιπροσώπων του Βασιλείου του Μαρόκου και στην αντιπροσωπεία του που τον συνοδεύει, οι οποίοι βρίσκονται στο θεωρείο των επισήμων. Ο κύριος Habib El Malki και η αντιπροσωπεία του πραγματοποιούν επίσκεψη εργασίας στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και μας τιμούν με την παρουσία τους στη σημερινή ψηφοφορία. Τους καλωσορίζω θερμά.

6. Abstimmungsstunde

Πρόεδρος. – Προχωρούμε στις ψηφοφορίες. Πρώτο θέμα είναι η έκθεση της Laura Ferrara, εξ ονόματος της Επιτροπής Νομικών Θεμάτων, σχετικά με την αίτηση για την άρση της ασυλίας της Marine Le Pen (2016/2295(IMM)) (A8-0047/2017).

Έχει κατατεθεί πρόταση από τον κύριο Korwin Mikke για την αναβολή της σχετικής ψηφοφορίας.

6.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Marine Le Pen (A8-0047/2017 - Laura Ferrara) (Abstimmung)

- 6.2. Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen EU-Libanon (Beitritt Kroatiens) (A8-0027/2017 - Ramona Nicole Mănescu) (Abstimmung)**
- 6.3. Abkommen zwischen der EU und Liechtenstein über zusätzliche Regeln in Bezug auf das Instrument für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa (A8-0025/2017 - Josef Weidenholzer) (Abstimmung)**
- 6.4. Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente im Energiebereich (A8-0305/2016 - Zdzisław Krasnodębski) (Abstimmung)**
- 6.5. Verpflichtungen im Bereich der Gegenseitigkeit bei der Wiedereinführung der Visumpflicht (B8-0173/2017) (Abstimmung)**
- 6.6. Optionen, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern (A8-0040/2017 - Soledad Cabezón Ruiz) (Abstimmung)**
- 6.7. Durchführung des Programms „Kreatives Europa“ (A8-0030/2017 - Silvia Costa) (Abstimmung)**

— Μετά από την ψηφοφορία:

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, pourrions-nous avoir un vote en bloc pour tous les amendements du groupe de Marine Le Pen?

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Bei aller Wertschätzung Ihrer Geschäftsführung heute haben Sie offensichtlich zwei grundsätzliche Verstöße gegen das Gleichheitsprinzip begangen. Zum Punkt eins: Sie schauen gar nicht, wie die Abstimmung ist. Zum Zweiten: Sie ignorieren, wenn zufälligerweise jemand „point of order“ sagt, dann sind Sie über die Dinge offensichtlich erhaben und ignorieren das. Ich würde Sie ersuchen, Ihre sonst sehr geschätzte Vorsitzführung zu ändern und demokratisch und fair zu sein.

Πρόεδρος. – Σας ευχαριστώ πολύ, κύριε Obermayr, για την εκτίμηση που δείχνετε στον προεδρεύοντα και στους συνεργάτες του. Θέλω να σας βεβαιώσω ότι όλες οι ψηφοφορίες που έγιναν με ανάταση της χειρός είχαν πολύ σαφές αποτέλεσμα. Οι τροπολογίες της πολιτικής ομάδας απορρίφθηκαν με συντριπτική πλειοψηφία και αυτό φάνηκε και στις ψηφοφορίες που ζητήσατε να γίνουν με ονομαστική ψηφοφορία. Απορρίφθηκαν με την ίδια συντριπτική πλειοψηφία.

Τον λόγο έχει η κυρία Costa.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, solo per dire che oggi è una giornata importante perché il Parlamento ha espresso la volontà di sostenere di più la cultura, di cui ha molto bisogno l'Europa, come produzione di valori, come integrazione culturale, ma anche come grande forza d'innovazione, di lavoro giovanile, soprattutto.

Vorrei dire che nell'emozione del momento, non ha funzionato la mia macchina e non ha registrato il mio voto a favore, ovviamente. Cioè, quando ho pigiato non ha suonato, deve essere successa qualche situazione particolare, per cui vorrei che registrasse il mio voto a favore.

Πρόεδρος. – Κυρία Costa, η διευκρίνισή σας θα ληφθεί υπόψη. Όπως με ενημερώνουν οι συνεργάτες μου για την πρόταση του κυρίου Preda, μπορούμε να ψηφίζουμε τροπολογίες «en bloc», μόνο όταν είναι συναφές και συμβατό το περιεχόμενό τους. Επομένως δεν μπορώ να υιοθετήσω την πρόταση του κυρίου Preda.

6.8. Durchführung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (A8-0017/2017 - María Teresa Giménez Barbat) (Abstimmung)

6.9. Die gemeinsame Handelspolitik im Rahmen der Gebote in Bezug auf den Schutz der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten (A8-0012/2017 - Emma McClarkin) (Abstimmung)

Πρόεδρος. – Η Ώρα των ψηφοφοριών έληξε.

7. Stimmerklärungen

7.1. Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente im Energiebereich (A8-0305/2016 - Zdzisław Krasnodębski)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Monica Macovei (ECR). – De acum Comisia va evalua acordurile energetice încheiate de state membre cu state terțe pentru petrol și gaze, dar acordurile pentru energie electrică vor fi evaluate tot după semnare, un sistem care este complet ineficient pentru că este foarte greu să rupi un acord după ce l-ai semnat sau în plin conflict politic sau economic.

Statele terțe cu politici abuzive sau cu politici expansioniste nu trebuie să fie furnizor de energie pentru Uniune. O Uniune Europeană independentă energetic poate lua decizii ferme și poate menaja mai puțin sensibilitățile unor lideri care consideră că pentru toate există o monedă de schimb. Drepturile omului nu sunt negociabile – statele membre să se gândească la asta atunci când semnează acordurile energetice sau de oricare alt tip cu state terțe.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Głosowałam za przyjęciem propozycji Komisji dotyczącej zmiany mechanizmu wymiany informacji w odniesieniu do umów międzyrządowych z państwami trzecimi w dziedzinie energii. Uważam, że ta propozycja może poprawić funkcjonowanie rynku Unii Europejskiej i zwiększyć jej wpływ na kształt umów zawieranych przez państwa członkowskie z państwami trzecimi. Dotychczasowe regulacje nie sprawdzały się w praktyce, ponieważ opierały się na mechanizmie oceny ex-post, zgodnie z którym państwa były zobowiązane do przedstawienia Komisji umów dopiero po ich podpisaniu. W konsekwencji w przypadku negatywnej oceny trudne lub wręcz niemożliwe było ich cofnięcie lub zmiana, ponieważ potencjalnie tego typu działania mogły spowodować kryzysy polityczne i gospodarcze między krajem członkowskim Unii a krajem trzecim. System oceny ex ante pozwoli nie tylko na uniknięcie tych problemów, ale także da Komisji realny wpływ na kształt zawieranych umów. Zmiana mechanizmu pomoże zwiększyć pewność prawa, ponieważ podpisane umowy będą już wcześniej (...).

(Przewodniczący odebrał mówczyni głos)

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'istituzione di un meccanismo per lo scambio di informazioni riguardo ad accordi intergovernativi e strumenti non vincolanti tra Stati membri e paesi terzi nel settore dell'energia potrebbe essere un passo in avanti per garantire trasparenza giuridica sugli accordi passati e futuri.

Questo strumento dovrebbe agevolare e promuovere forme di coordinamento fra paesi produttori, paesi di transito, paesi consumatori, ma potrebbe anche permettere di compiere passi da gigante per il coinvolgimento delle popolazioni interessate dagli effetti di tali accordi, in particolare per quanto riguarda la realizzazione di infrastrutture impattanti anche dal punto di vista ambientale come il caso di gasdotti, oleodotti e rigassificatori.

Il meccanismo di scambio di informazioni, infatti, dovrebbe basarsi anche sul rilievo giuridico della corretta applicazione della Convenzione di Aarhus sull'accesso alle informazioni, la partecipazione del pubblico ai processi decisionali e l'accesso alla giustizia in materia ambientale, il cui scopo è garantire ai cittadini il diritto alla trasparenza, alla partecipazione in materia, ai processi decisionali di governo locale, nazionale e transfrontaliero, concernenti l'ambiente e quindi anche le infrastrutture già citate, in sostanza, ben vengano le valutazioni di carattere giuridico, senza tralasciare alcun aspetto. Per questo ho votato positivamente.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, καταψήφισα την έκθεση Krasnodębski διότι ουσιαστικά δρομολογεί την υφαρπαγή αρμοδιοτήτων από τα κράτη μέλη και τη μεταφορά τους στην Ευρωπαϊκή Επιτροπή, κατά παραβίαση της Συνθήκης για την Ευρωπαϊκή Ένωση. Η Ευρωπαϊκή Ένωση ως γνωστόν στηρίζεται στην αρχή των δοτών εξουσιών, γεγονός που σημαίνει ότι τα κράτη μέλη της Ένωσης έχουν το τεκμήριο της αρμοδιότητας, τα δε όργανα της Ένωσης έχουν μόνο όσες αρμοδιότητες τους απονέμουν ρητά οι Συνθήκες. Ως εκ τούτου, η από κοινού άσκηση κυριαρχικών εξουσιών των κρατών μελών γίνεται μόνο όταν το προβλέπουν ρητά οι Συνθήκες και δεν μπορεί να γίνει μέσω δευτερογενούς δικαίου της Ένωσης, καθώς έτσι ανατρέπεται η θεσμική ισορροπία και η κατανομή των εξουσιών μεταξύ κρατών μελών της Ένωσης. Με την παρούσα έκθεση προτείνεται, κατά παράβαση της Συνθήκης, ο περιορισμός των κυριαρχικών εξουσιών των κρατών μελών ως προς τη σύναψη διακρατικών συμβάσεων στον τομέα της ενέργειας και αποκτά η Ευρωπαϊκή Επιτροπή το δικαίωμα να αξιολογεί και να εγκρίνει εκ των προτέρων τις διακρατικές αυτές συμβάσεις, κατά παραβίαση της ίδιας της Συνθήκης της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αποκτά έτσι η Ευρωπαϊκή Επιτροπή δικαίωμα αρνησιкурίας.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasoval pro tuto zprávu, v Parlamentu podporuji všechny zprávy, které se týkají energetické unie. Pro mě je velmi podstatné, aby vznikla skutečná energetická unie, aby náš vnitřní trh v oblasti energetiky nebyl tak roztržštěný. Myslím si, že musíme využívat veškerých výhod našeho velkého vnitřního trhu, to znamená, dosahovat co nejnižších cen, dosahovat inovativních postupů při nakládání s energiemi.

Samozřejmě do této oblasti patří i povinnost zavést vyšší míru transparentnosti do sjednávání právě těchto mezivládních dohod. Já to pravidlo ex ante vítám, myslím si, že je potřebné a že povede k lepší efektivitě činnosti Komise právě při sjednávání těchto mezivládních dohod. To stávající pravidlo bylo nedostatečné, jak dokázala mnohaletá praxe.

7.2. Verpflichtungen im Bereich der Gegenseitigkeit bei der Wiedereinführung der Visumpflicht (B8-0173/2017)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, днес гласувах „за“ края на дискриминацията срещу България. Време е да прекратим унизителното отношение срещу моите съграждани и други близо седемдесет милиона европейци, от които САЩ изискват визи. Европейската комисия предпочете да наруши собственото си законодателство, дори и след решение на Съда на Европейския съюз, вместо да наложи визи за гражданите на САЩ, с което постави Вашингтон над закона. По този начин Европейската комисия създава „Европа на две скорости“, в същото време твърдейки, че се бори за равенство.

С оглед на това, вчера се срещнах с правната служба на Европейския парламент, с която обсъдихме и очертахме следващите стъпки за борба срещу тази дискриминация към България. Посланието е ясно. Ако до два месеца Европейската комисия не въведе визи за американците, ще заведем дело в Съда заради това бездействие. Законът е един и важи за всички.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Od 60 lat tworzymy Unię Europejską. Doszliśmy w tym procesie do takiego stanu, w którym swoboda przepływu osób wśród państw członkowskich jest jednym z naszych fundamentalnych osiągnięć, ale celem Unii jest także trzymanie wzajemności wizowej z państwami trzecimi. To powinna być bardzo ważna zasada, bowiem z jednej strony odwołuje się ona do wewnętrznej zasady solidarności państw członkowskich wobec państw trzecich, ale także moim zdaniem ma – i powinna mieć – znaczenie integracyjne wewnątrz. Żałuję, że nie realizujemy dalej porozumienia ze Stanami Zjednoczonymi, mam tu na myśli TTIP, bowiem ten proces można by wykorzystać także na rzecz tego, żeby Stany Zjednoczone szanowały nasze stanowisko w ramach wzajemności wizowej.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Przy tym głosowaniu chciałem zwrócić uwagę na jedną rzecz. Oczywiście wspieram zasadę wzajemności, lecz zwracam uwagę na permanentnie występującą niekonsekwencję w tej materii. Mamy do czynienia z sytuacją, w której zarówno po jednej, jak i po drugiej stronie oceanu lekceważy się ewentualne skutki nierealizowania zasady wzajemności w tej materii dla obywateli. Uważam, że potrzebna jest tu większa konsekwencja. Z jednej strony kolejni prezydenci Stanów Zjednoczonych obiecują zniesienie wiz, a z drugiej strony instytucje Unii Europejskiej cały czas niekonsekwentnie walczą o obywateli tych pięciu państw. Zwracam uwagę na konieczność większej konsekwencji, większej determinacji i podzielam te uwagi, które dotyczą ostrożności w reago-

waniu na ogólną sytuację.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, já chápu, co to je loajalita mezi členskými státy, ale všechno má svoje meze. Myslím, že práva dvou suverénních zemí uspořádat si pravidla vzájemného styku mezi občany a vízové povinnosti by měla zůstat v rukou těch suverénních států a neměla by se stát předmětem jakéhosi braní rukojmí z evropské úrovně.

My jsme si podobnou situaci jako Česká republika prožili před časem, kdy se jednalo o zavedení víz ze strany Kanady pro naši zemi. Bylo nám jasné dáno najevo některými členskými zeměmi Evropské unie, že nebudou kvůli nám riskovat dobré vztahy s Kanadou, že nebudou riskovat ohrožení svého bezvízového styku s Kanadou. Já to naprosto chápu, ale v tomto případě si myslím, že zase máme právo zachovat se stejně, a myslím, že to nemůže být zneužíváno k jakémusi vydírání otázkou vzájemné loajality.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, já jsem právě toto usnesení podpořil. Právě proto, že jsme jako Česká republika zažili to, co zažívá dneska Rumunsko a Bulharsko s Kanadou. Já si myslím, že je velice důležité, aby státy spolupracovaly v oblasti vízové vzájemnosti. Není přece možné, aby do Evropské unie cestovali lidé ze třetích zemí bez vízové povinnosti a zároveň někteří evropští občané cestovali do těchto zemí a měli povinnost si vízum obstarat. Bohužel to v současné době je případ hned několika zemí a my tím ochuzujeme evropské občany o jejich výhody.

Souhlasím tedy s touto rezolucí a vyzývám Evropskou komisi, aby provedla veškeré možné kroky k tomu, aby tato nerovnost ve vztahu Evropské unie a třetích zemí byla odstraněna.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, není to náhodou, že se řada z nás, českých poslanců, vyjadřuje k vízové reciprocitě. Ostatně, byla to Česká republika, která v roce 2013 byla iniciativní právě pro schválení nařízení č. 1289/2013, ze kterého Komisi vyplývá povinnost konat v oblasti vízové vzájemnosti. Tato lhůta stanovená nařízením uplynula již loni v dubnu, a proto jsem přesvědčena, že Komise v tomto případě nemá volnost uvážení. Naopak se nachází v situaci, kdy nekoná.

Jsem tedy ráda, že vízová povinnost pro české občany pro cesty do Kanady byla mezitím zrušena a do konce roku 2017 přestane platit vízová povinnost s Kanadou také pro Bulharsko a Rumunsko, i díky diplomatické práci právě Komise. Dohoda o vízové reciprocitě se Spojenými státy americkými je zatím v nedohlednu, samozřejmě Spojené státy americké mají nového prezidenta a novou administrativu. Přesto si myslím, že Komise by měla vyjednávat, měla by vyjednávat odhodlaně a sebevědomě.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem rovněž tento návrh podpořil, protože podle mého názoru jde skutečně o diskriminaci evropských občanů. Není možné tolerovat vytváření dvojí úrovně evropských občanů v jakémkoliv směru. Směr naší solidární podpory pro tyto státy, které nemají zatím bezvízový režim, je naprostou nutností, abychom skutečně nevytvářeli dvojí kategorii občanů.

Já si taky vzpomínám na to období, kdy Evropská unie byla trochu nečinná ve věci víz, které byly uvaleny na české občany právě Kanadou, nicméně na konci toho období se nám již podpory, pokud vím, dostalo. A po čtyřech letech byla tato vízová povinnost ukončena. Já jsem svým dnešním hlasováním chtěl vyjádřit stejnou solidaritu kolegům právě z těch dotčených zemí. Protože opačný postup by byl z naší strany poměrně farizejský.

7.3. Optionen, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern (A8-0040/2017 - Soledad Cabezón Ruiz)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Wstrzymałam się od poparcia projektu sprawozdania o unijnych możliwościach dostępu do leków, który choć wydaje się korzystny, zawiera dwuznaczności i poza wymienionymi w debacie wzywa do rozważenia nowych środków kontroli cen, takich jak obserwacja horyzontalna i koordynacja łączonych zamówień, jaka może zostać poddana reżimowi kontroli nowych środków, jednak bez doprecyzowania. Przyjęcie ogólnounijnych środków dotyczących rynku farmaceutycznego, jakie miałyby wzmocnić pozycje negocjacyjne państw członkowskich w zakresie wprowadzenia uczciwych cen leków, będzie korzystne dla krajów, gdzie są koncerny, a proponowana dyrektywa regulująca procedury ustanawiania leków i systemów refundacji może być korzystna dla producentów kosztem zdrowia chorych, szczególnie w krajach takich jak Polska, gdzie około 30% chorych nie wykupuje leków z powodu zbyt wysokich cen. Zauważono, że przepisy dotyczące własności intelektualnej utrudniają wprowadzenie leków generycznych, które zarówno dawniej, jak i obecnie stanowią alternatywę dla mniej zamożnych chorych.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il settore farmaceutico deve fare i conti con due importanti diritti: il diritto alla proprietà intellettuale e il diritto alla salute e alle cure.

Si scontrano interessi pubblici e privati però, interviene la concorrenza di prodotti che arrivano da Stati Uniti ed Asia, enormi profitti economici, si incide profondamente in pratica sulla sofferenza reale delle persone. Per quest'ultimo aspetto più che per gli altri, è dunque necessario intervenire nel modo più chiaro possibile. Bisogna garantire ai cittadini l'accesso ai farmaci a prezzi moderati e tutelare il diritto alla salute di tutti e per fare questo la ricerca sulle nuove tecnologie e i farmaci innovativi deve essere condotta anche e soprattutto dalle istituzioni.

L'Unione europea deve invertire la tendenza dei prezzi dei nuovi medicinali negli ultimi anni: sono cresciuti a tal punto da essere proibitivi per molti cittadini europei e insostenibili per i sistemi sanitari, visto che in Europa la spesa farmaceutica rappresenta ormai il 20 % della spesa sanitaria totale negli Stati membri.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'accesso alle medicine rientra nell'ambito della tutela dei diritti dell'uomo, così come sanciti anche dalla Carta europea dei diritti fondamentali.

Tuttavia, i costi elevati – anche di farmaci salvavita – e le politiche di austerità che si sono abbattute sul comparto sanitario, escludendo milioni di cittadini dall'assistenza medica, come avvenuto ad esempio in Grecia e in Spagna, hanno privato molti cittadini europei della possibilità di accedere a cure e farmaci essenziali per la propria salute.

Inoltre, vi è la tendenza a diminuire sensibilmente gli obblighi richiesti alle aziende farmaceutiche sulle prove da fornire per l'approvazione di nuovi medicinali con sperimentazioni più ristrette, autorità di controllo non sempre indipendenti dall'influenza o dal finanziamento delle imprese e percorsi agevolati per la commercializzazione dei farmaci.

C'è quindi una prevalenza delle logiche di natura commerciale e il cittadino è considerato un consumatore anziché un soggetto il cui diritto alla salute deve essere tutelato prioritariamente. Questo diritto dovrebbe essere protetto, non solo nell'ottica dell'accesso e di un approccio migliorativo per il paziente, ma anche per quanto riguarda la facoltà di scelta degli strumenti, degli standard, degli approcci, delle terapie e dei farmaci anche alternativi che dovrebbe essere ugualmente garantita. Per questo il mio voto è positivo.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η πολιτική υγείας της Ευρωπαϊκής Ένωσης υποτίθεται ότι εστιάζει στο να δίνει ίσες ευκαιρίες και πρόσβαση σε φάρμακα και ταυτόχρονα ποιοτική υγειονομική περίθαλψη σε όλους. Ωστόσο, οι πολιτικές της βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής που επιβάλλονται στα κράτη μέλη της Ένωσης και ιδίως στην Ελλάδα, πλήττουν όλο και περισσότερο τους προϋπολογισμούς υγείας των κρατών μελών, με αποτέλεσμα να απειλείται η ασφάλεια των ασθενών, ενώ οι υφιστάμενες ανισότητες όσον αφορά την πρόσβαση σε φαρμακευτική περίθαλψη έχουν ενταθεί. Παράλληλα, στην Ελλάδα οι ελλείψεις σε παιδικά φάρμακα και εμβόλια είναι σοβαρές. Επομένως είναι ανάγκη η Ένωση να λάβει μέτρα για ισότιμη πρόσβαση σε υπηρεσίες υγείας και για καταπολέμηση των υφιστάμενων ανισοτήτων, ενώ θα πρέπει να καλυφθούν άμεσα οι ελλείψεις σε φάρμακα που παρατηρούνται στην Ελλάδα και ιδίως στα νησιά του Αιγαίου.

Monica Macovei (ECR). – Vrem acces la medicamente și acces la terapiile esențiale pentru viață și la terapiile inovatoare. Vrem norme clare împotriva incompatibilității și împotriva conflictelor de interese și pentru transparență în ceea ce privește experții care lucrează în proceduri privind medicamentele.

Este inacceptabil ca oamenii care fac sau decid politicile pe piața medicamentelor să fie marionetele marilor producători de medicamente. Nu vrem trafic de medicamente, vrem oprirea exportului de medicamente. De exemplu, în România se decontează medicamente care costă mii de euro, dar dispar pe piața neagră. Companiile de distribuție cumpără foarte ieftin anumite medicamente și le vând în farmacii din Europa unde prețul permis este și de zece ori mai mare. Astfel, medicamentele nu mai ajung niciodată la bolnavi.

Avem o industrie subterană care încalcă dreptul la viață și avem responsabilitatea să oprim asta.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, ale současně k tomu dodávám, že léková politika patří do pravomocí jednotlivých členských států. Nejsem příznivcem toho, abychom přijímali nějakou novou právní úpravu a toto odvětví regulovali. Pokud zde kolegové hovoří o tom, že jsou v některých zemích finančně léky nedostupné, pak je to problém těchto konkrétních zemí. Těžko to může Evropská unie vyřešit.

Na druhou stranu, a to považuji za pozitivní, si myslím, že Evropská unie může podpořit a posílit výzkum některých náročných lékařských preparátů, které buď komerčně nejsou atraktivní, nebo jednotlivé výzkumy v jednotlivých státech na ně nemají dostatek peněz. Myslím si, že to má logiku, koncentrovat finanční prostředky na evropské úrovni a podpořit výzkum a vývoj určitých lékařských preparátů. To podle mého názoru je přidaná hodnota této zprávy, a proto jsem ji podpořil.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu Evropského parlamentu také podpořila, protože považuji spolupráci členských států v ochraně veřejného zdraví za velmi prospěšnou. Samozřejmě nejde o nějakou nezbytnou vzájemnou regulaci, ale skutečně o spolupráci, zejména v oblasti výměny informací a osvědčených postupů. Stejně tak je nezbytná spolupráce v oblasti investic do výzkumu, a to zejména při vývoji léků v případech vzácných onemocnění, kdy investice do výzkumu ze strany komerčním subjektů jsou nedostatečné.

Považuji také za nutné, aby byla povinnost zajistit dodávky léků rozšířena nejenom na distributory, ale také na výrobce, kteří distributory zásobují. Ochrana lidského zdraví ale nemůže být redukována jen na lékovou politiku. Musí se zaměřit také na prevenci a na zdravý životní styl a zodpovědné užívání léků.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem rovněž tuto zprávu podpořil. Podle mého názoru je velmi důležité právě podporovat výzkum, vývoj, inovace a samozřejmě i výměnu informací v oblasti lékové politiky. O tom už tady bylo hodně řečeno i od kolegů, já se k tomu připojuji.

Nicméně, chtěl bych zmínit ještě jeden aspekt, který zde nezazněl, a ten se týká otázky transparentnosti právě v oblasti cenové politiky. To je velmi podstatné, protože se velmi často stává, že pokud je drahý lék nahrazen jistým generikem, tak toto jeho nahrazení provází velmi často hned vyvstálý spor z hospodářské soutěže, z nekalé soutěže, z ochrany práv duševního vlastnictví. Tyto spory nepochybně velmi prodražují právě uvádění těchto náhražek léků na trh a zdražují ve výsledku právě léky a jejich dostupnost. Tomuto bychom se měli snažit zabránit vymezením přesného právního rámce pro případné spory z duševního vlastnictví.

Anna Záborská (PPE). – Svoju podporu tejto správe som avizovala už v rozprave. Nedá mi však neupozorniť na tomto mieste aj na problematiku re-exportu, ktorý v niektorých členských štátoch vedie k nedostatku liekov pre domácich pacientov. Kombinácia jednotného trhu a rôznych cien liekov, ktoré vychádzajú z finančných možností systému zdravotného poistenia každej krajiny, vedie často k tomu, že pre distribučné spoločnosti je výhodné nakúpiť liek v jednom členskom štáte a predáť ho v druhom.

Zmluvy našťastie umožňujú výnimku zo zákazu dohôd obmedzujúcich trhovú súťaž. Je však na rozhodnutí Súdneho dvora, ako ju interpretuje vo vzťahu k opatreniam na trhu s liekmi. Uvedomujem si, že systémy solidarity verejného zdravotného poistenia v členských štátoch sa líšia. Napriek tomu sa však nemôžem ubrániť dojmu, že tento problém by si vyžadoval systémové riešenie.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nei prossimi anni i sistemi sanitari dell'Unione europea dovranno far fronte a sfide importanti quali l'invecchiamento della popolazione, l'onere sempre più gravoso delle malattie croniche, il costo significativo dello sviluppo di nuove tecnologie, gli effetti della crisi economica sulla spesa sanitaria.

L'assistenza sanitaria è un diritto fondamentale dei cittadini europei, ma l'accesso insufficiente ai farmaci essenziali e i prezzi elevati dei medicinali innovativi rappresentano una grave minaccia per la sostenibilità dei sistemi nazionali di assistenza sanitaria. A ciò si aggiunge lo scarso collegamento tra le esigenze cliniche e la ricerca, le norme sui brevetti, le restrizioni di bilancio, procedure amministrative ingiustificate, lunghi intervalli tra le autorizzazioni all'immissione in commercio.

L'aumento della spesa nel settore farmaceutico, come anche le asimmetrie osservate nelle capacità di negoziazione dei prezzi tra società farmaceutiche e Stati membri rendono dunque necessario il rafforzamento della cooperazione europea e l'adozione di nuove misure per assicurare a tutti i cittadini europei maggiore facilità di accesso ai medicinali, ed è per questo che ho votato a favore di questa relazione.

7.4. Durchführung des Programms „Kreatives Europa“ (A8-0030/2017 - Silvia Costa)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Krisztina Morvai (NI). – *(A felszólalás első része technikai probléma miatt nem került rögzítésre.)* Elnök Úr, Magyarország, az én hazám tizenhárom évvel ezelőtt lépett be az Európai Unióba. Ehhez képest még most is több tízezer olyan nyugdíjas van, akinek 50 000 forint körüli, tehát 200 eurónál kevesebb a havi nyugdíja, és alapvető megélhetési gondjai vannak. Ilyen körülmények között visszataszítónak tartottam volna megszavazni az ilyen teljesen zavaros Kreatív Európa című programot, amelynek, tessenek figyelni, hogy mennyi a költségvetése: 1,46 milliárd euró.

Ha forintban számolunk, tessenek ezt a számot háromezzázzal beszorozni, ennyi forintot adnak ki Kreatív Európára, és hogy ez mit rejt azt a 25. oldalról megtudjuk: Az elmúlt években a migránsok és menekültek Unióba történő jelentős beáramlásának fényében üdvözlő, hogy a program egyre inkább interkulturálissá válik, aminek köszönhetően 2017-től remélhetőleg nőni fog a kulturális sokféleség, a kultúrák közötti párbeszédet és a többnyelvűséget előmozdító projektek száma, tekintettel arra, hogy az integráció számos tagállamban valószínűleg az elkövetkező években is kiugrást fog jelenteni. Tessék ezeket pénzeket átcsoportosítani, az életszínvonal normalizálására Közép-Európában.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con una semplice frase, la relatrice, l'onorevole Costa, che ringrazio, esprime con chiarezza e sintesi la situazione del programma «Europa creativa» che soffre – dice l'onorevole Costa – del suo stesso successo.

In sostanza, troppe domande, troppi progetti, troppe aspettative, troppo impegno, per una dotazione finanziaria così limitata. A volte, i progetti vengono esclusi solo per uno 0, di percentuale, vengono presentati troppi progetti e questo non può che rallegrarci. Attraverso il programma «Europa creativa», i cittadini europei dimostrano la loro vivacità e la loro fantasia. Finanziare solo il 15 % dei progetti, però – e questa è la percentuale – rischia di scoraggiare i contendenti: le industrie, le associazioni, la società civile, che in questi progetti, dall'alto valore europeo, crede. Non sono molte altre le fonti di finanziamento per la cultura. Mi associo, dunque, all'appello della collega e spero che nel prossimo budget ci sia effettivamente più spazio per chi costruisce l'Europa con le idee, più che con i numeri.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Poparłem to sprawozdanie z dwóch powodów. Po pierwsze dlatego, że zmniejszono biurokrację, która ograniczała możliwości tego programu, ale także z tego powodu, że zlikwidowano zaległości płatnicze, które były poważnym mankamentem w realizacji programu „Kreatywna Europa”.

Natomiast na jedną rzecz chcę zwrócić uwagę przy tej okazji. Pojawiają się od czasu do czasu nowe inicjatywy – nie mówię o programach pilotażowych, raczej o takich jak Europejski Rok Dziedzictwa wyznaczony na 2018 rok – i chcę wyraźnie podkreślić, że poszukiwanie w programie „Kreatywna Europa” środków na sfinansowanie takich jednorocznych przedsięwzięć dedykowanych jest poważnym błędem. Chciałbym, aby program „Kreatywna Europa”, jeżeli już jest, był dobrze dedykowany, a nie był takim zasobnikiem dla rozmaitych nowych inicjatyw, bo to go po prostu osłabia, osłabia prestiż Komisji Europejskiej i osłabia także wszystkie te elementy, które składają się na tak dedykowane programy.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tento program Kreativní Evropa, který uvolňuje peníze na určité nadnárodní kulturní projekty. Myslím si, že je určité dobře, když, aniž bychom přijímali nějakou evropskou legislativu, podporujeme určité projekty kulturního charakteru, které se netýkají pouze konkrétních států, ale týkají se, řekněme, většího území.

Například od své kolegyně, paní poslankyně Šojdrové, vím, že se v České republice v Olomouci připravuje velká výstava „Rozlomená doba“, která bude mapovat výtvarnou kulturu fenoménu střední Evropy. Bude ukazovat rozdíly a naopak společné tváře výtvarného umění zemí Visegrádské čtyřky a obecně zemí střední Evropy. Toto je příklad projektu, který by měl být podpořen i evropskými penězi, protože pouze třeba z národních peněz by takovýto projekt nevznikl.

Takže já to vítám a je dobře, že ten samotný materiál řeší otázku zjednodušení administrativy a odstraňuje některé zbytečné problematické bariéry, které komplikují uvolnění peněz na konkrétní projekty.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, neváhal jsem tuto zprávu podpořit, jelikož přináší mnoho podnětů, jak zvýšit efektivitu programu Kreativní Evropa, a to v návaznosti na předchozí systematický monitoring jeho dosavadního plnění. Hlavním problémem, který je třeba řešit, je nedostatečné kvalitní řízení celého programu, které s sebou přináší velice nízký počet podpořených projektů.

Jeden příklad za všechny, podle mého názoru je velice alarmující zejména extrémně nízká úspěšnost projektů týkajících se integrace uprchlíků. Tato míra nedosahuje ani pěti procent. Dále si myslím, že je nutné učinit vše pro maximální efektivitu celého programu, včetně zvýšení jeho transparentnosti, zjednodušení komunikace mezi jednotlivými aktéry a jeho lepší viditelnost v rámci členských států Evropské unie.

Stefano Maullu (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che la risoluzione di oggi vada nella giusta direzione, quella di poter garantire la possibilità di implementare al meglio questo programma, un programma che garantisca la possibilità di trasferire il vantaggio competitivo della nostra Europa a tutti i territori e di fare in modo che questo vantaggio competitivo, in un mondo sempre più globalizzato, veda le nostre imprese, le nostre aziende avere una possibilità in più, quella basata sulla cultura, sull'innovazione e soprattutto sul quel grande patrimonio che abbiamo di storia, un patrimonio che è unico nel mondo e che ci rende sempre più competitivi.

7.5. Durchführung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (A8-0017/2017 - María Teresa Giménez Barbat)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, egy újabb remek program, amit nem szavaztam meg, mert hogy felhőborítónak tartom: ennek a programnak a költségvetése 185 millió 468 ezer euró, a téma pedig, meg fognak lepődni, a kiválasztott projektek nagy része a migrációval, a társadalmi beilleszkedéssel és a kulturális kérdésekkel összefüggő témákkal foglalkozik.

De a poén még csak ezután jön, hogy a jelentésnek és magának a programnak, ennek a szerény költségvetésű kis programnak a címe „Európa a polgárokért”, és a c) pontban a 29. oldalon azt írja, hogy az Európa a polgárokért program vonatkozásában meghirdetett kampány célja, hogy erőteljes, szimbolikus üzenetet küldjön az európai polgárok hangjának meghallgatásáról. Hát szívból gratulálok, nagyon jól sikerült meghallgatni az európai polgároknak a hangját, nagyon jó lenne, hogy ha még azért egy kicsit próbálkoznának, és mondjuk a magyar nyugdíjasok, ápolónők, tűzoltók hangját is meghallgatnák.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Europa dla obywateli to nie jest tylko nazwa programu, to jest cel, to jest wielka wspaniała idea, którą realizujemy od kilkadziesiątu już lat i jestem przekonany, że nigdy wcześniej ten program nie był tak ważny i nie powinien być tak poważnie traktowany jak właśnie teraz. Teraz, kiedy Europa, kiedy Unia Europejska jest na zakręcie, jest na wirażu, teraz kiedy dyskutujemy między sobą politykami, ale powinniśmy dyskutować także między nami politykami a obywatelami Europy jaka przyszłość powinna być naszego kontynentu, ale przede wszystkim naszej wspólnoty – ten program powinien nam w tym pomagać. Natomiast oczywiście realizując ten program, także jego finanse, powinniśmy uwzględnić, że świat się zmienia i że w dzisiejszych czasach mamy do czynienia nie tylko z tym światem realnym, ale także światem wirtualnym i w tym drugim świecie powinniśmy z obywatelami również bardzo odpowiedzialnie dyskutować.

Monica Macovei (ECR). – În această perioadă de criză, programul Europa pentru cetățeni consolidează sentimentul de cetățenie și pe cel de solidaritate de care avem atât de mult nevoie în aceste momente de răscruce pentru Uniunea Europeană.

Finanțarea acestui program a fost din păcate redusă cu peste 13% și asta este un obstacol, a fost și este un obstacol pentru mai multe organizații ale căror proiecte au fost respinse tocmai datorită lipsei de fonduri. Acest program are potențialul de a veni cu soluții la problemele și întrebările și lucrurile care nu merg bine în Uniunea Europeană.

Tocmai am discutat ieri despre variantele viitorului Uniunii Europene, ele merg de la, cum să spun, de la zero la zece sau de la minus la plus, și avem nevoie să ne consultăm cu cetățenii europeni atunci când luăm aceste decizii.

Vrem să aducem cetățenii europeni către Uniunea Europeană. Nu există două lumi paralele, Uniunea Europeană separat, cetățenii separat, ci noi reprezentăm cetățeni.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Wspieram program „Europa dla Obywateli” z jedną poważną wątpliwością. Trzeba pamiętać i przypominać, że w roku 2015 rozpatrzono pozytywnie zaledwie 33 wnioski na ponad pół tysiąca. To oznacza, że ponad pół tysiąca różnego rodzaju potencjalnych beneficjentów, stowarzyszeń, fundacji zostało odprowadzonych z kwitkiem. Pamiętam debatę na temat właśnie tego programu, w której pojawił się głos, by uzasadnić odmowę sfinansowania określonego projektu. Wyobrażam sobie, jak by to uzasadnienie wyglądało: po prostu brak środków. Natomiast wspieram ten program jeszcze z jednego ważnego powodu. Otóż w nim zawiera się także polityka informacyjna Parlamentu Europejskiego, a ona odbiega znacznie od doskonałości.

Uważam, że trzeba wspierać wszystkie te projekty, które zwłaszcza najmłodszemu pokoleniu uświadamiają wszystkie te kwestie, które są rozpatrywane w Parlamencie Europejskim, przez instytucję europejską i służą Europie jako takie.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, s železnou pravidelností tady hlasujeme o zprávách, které nalévají veřejné peníze, peníze daňových poplatníků, do různých propagandisticky – a já si troufnu říci i ideologicky – motivovaných projektů. Je to jeden z nich, ten který teď právě projednáváme.

Já jsem nikdy nic takového nepodporoval, nepodporuji a podporovat nebudu, protože si nemyslím, že je možno nějakými umělými metodami a programy tohoto typu vytvořit nějaké společné evropské veřejné mínění nebo nějaký evropský národ nebo nějaké evropské povědomí. To, pokud vůbec může vzniknout, musí vznikat nějakou evoluční cestou, přirozeně se vyvíjet a nemůže být dogmaticky stanoven nějakým podobným programem. Připadá mi to jako zbytečné plýtvání penězi daňových poplatníků a myslím, že Evropský parlament dělá chybu, že opakovaně takové programy vůbec podporuje.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem tento program podpořil, protože jako člověk, který se angažuje v krajské a komunální politice, dobře vím, jak je důležité a prospěšné, když spolu města v rámci Evropské unie komunikují, když děti z jednotlivých škol jezdí na výměnné pobyty do jiných měst v rámci jiného státu Evropské unie. Vnímám jako velmi dobré, když spolu sportovci a jiné zájmové kluby z jednotlivých měst takto spolupracují.

Mimo jiné o tom je právě tento program, který podporuje tzv. partnerství měst, které není o tom, že vytváříme nějakou společnou ideologii nebo že zde vytváříme společný evropský národ. Je to o tom, že lidé z občanské společnosti z jednotlivých měst na místní úrovni se přátelí a kamarádí a stýkají s lidmi z jiného města z jiné země Evropské unie a tak získávají přirozenou, nenucenou cestou informace o svých partnerech, sousedech z jiných zemí Evropské unie. To si myslím, že je správné, že to stojí za podporu a že to není žádný imperativ ani žádná byrokracie.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, καταψήφισα την έκθεση γιατί εξωραΐζει την Ευρωπαϊκή Ένωση της γραφειοκρατίας και της τραπεζοκρατίας, την Ευρωπαϊκή Ένωση της λιτότητας και της βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής. Οι πολίτες της Ένωσης έχουν γυρίσει την πλάτη στην Ευρωπαϊκή Ένωση λόγω των αντιλαϊκών πολιτικών που τους επιβάλλει. Όμως, η Ευρωπαϊκή Ένωση, αντί να αλλάξει την οικονομική της πολιτική, αντί να ενισχύσει την κοινωνική Ευρώπη, αντί να διασφαλίσει την κοινωνική δικαιοσύνη και τη δίκαιη διανομή του παραγόμενου πλούτου, προσπαθεί να αντιμετωπίσει την κρίση νομιμοποίησης της «χρυσώνοντας το χάπι» με προγράμματα όπως η «Ευρώπη για τους πολίτες», προγράμματα που επιχειρούν, από την πίσω πόρτα, να νομιμοποιήσουν την παρουσία χιλιάδων παράνομων μεταναστών στην Ευρωπαϊκή Ένωση, προκειμένου να αποτελέσουν ένα φτηνό εργατικό δυναμικό για τους ευρωπαϊκούς επιχειρηματικούς ομίλους. Επιπλέον, ενώ το πρόγραμμα «Ευρώπη για τους πολίτες» αναφέρεται δήθεν στην ιστορική μνήμη, δεν λέει κουβέντα για τις πολεμικές επανορθώσεις που οφείλει η Γερμανία στην Ελλάδα, λόγω του Πρώτου και του Δευτέρου Παγκοσμίου Πολέμου.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il progetto «L'Europa per i cittadini», nel periodo 2007-2013 ha raggiunto cifre record, con 7 milioni di partecipanti diretti ed oltre 400 organizzazioni della società civile coinvolte.

Se l'obiettivo era quello di avvicinare l'Unione europea ai cittadini, il risultato è stato estremamente incoraggiante. Alla luce della ristrutturazione del programma e con l'idea di renderlo ancora più efficace, credo che il finanziamento di progetti destinati a creare una memoria europea debba alimentarsi in modo più diretto delle aspirazioni e dei valori delle nuove generazioni. Se l'Europa è oggi messa in discussione infatti, è proprio perché la sua grandezza non è stata pienamente raccontata. La storia che ci accomuna – che accomuna tutti noi, anche in quest'Aula – non va usata soltanto come monito e non va ridotta ad una sequenza di drammi e conflitti, il suo valore è nell'esperienza e nel dialogo tra generazioni. Per questi motivi, ho votato a favore della relazione.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, a jelentéstevővel egyetértve magam is úgy gondolom, hogy az Európa a polgárokért program költségvetése indokolatlanul alacsony. Nem lenne túl elrugaszkodott elképzelés, hogy a következő program költségvetésének a megállapításánál a Bizottság fogadja el a polgáronként 1 eurós szintet, ami még mindig csak 500 millió eurót jelent. A program fontossága felértékelődött, elsősorban az EU keleti bővülésével.

Én egy keleti tagállamból jövök és pontosan tudom, hogy 40 év kommunizmus nem múlt el nyomtalanul társadalmainkban, nem tehetünk úgy, mintha már nem éreznénk ennek az időszaknak a hatásait. A történelmi sérelmek meghaladására Nyugat-Európának éppen ennyivel több ideje volt, mint nekünk, ráadásul az alapító tagállamok egyértelmű szándéka erősítette ezt a folyamatot. A mai Kelet-Közép-Európának és a Nyugat-Balkánnak erre van szüksége: a történelmi megbékélésre, a múlt közös feldolgozására és a kölcsönös bizalom kiépülésére. Ezért ez a program nagyon fontos, kérem, kezeljük ennek megfelelően.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, já jsem zvyklý mluvit vždycky na konci, protože Zdechovský nikdy na začátku abecedy nebude. Jenom jsem byl trochu zmatený, když jste na začátku vyslovil mé jméno jako Sógor, protože takhle mé jméno ještě nikdo nevyslovil, a byl jsem zmaten, protože na tabuli svítilo něco jiného. Ale k tomu, k čemu jsme hlasovali.

Hlasoval jsem pro tuto zprávu na rozdíl od kolegů ze skupiny Evropských konzervativců a reformistů, protože oprávněně kritizuje významné nedostatky programu „Evropa pro občany“. Vždyť je tam jasné dané, kolik je tam nesmyslů, že není potřeba ty věci kvalifikovat kvantitativně, ale dívat se na kvalitativní strukturu celého programu. Došlo tam ke snížení rozpočtu o čtrnáct procent. Já si myslím, že nevybudujeme silné vztahy s občany na základě toho, že budeme škrtat rozpočet, ale že se právě podíváme na strukturu těch programů a na to, jak jsou ty programy skutečně dělány, aby byly kvalitní a aby přinášely určitou efektivitu. To je to, co já tady poměrně dlouze kritizuji.

Omlouvám se za to, že jsem přetáhl čas, ale prvních sedmnáct sekund jsem vysvětloval, proč jsem zareagoval předtím tak, jak jsem zareagoval.

7.6. Die gemeinsame Handelspolitik im Rahmen der Gebote in Bezug auf den Schutz der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten (A8-0012/2017 - Emma McClarkin)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Głosowałam za przyjęciem sprawozdania dotyczącego wspólnej polityki handlowej Unii w kontekście wymogów dotyczących dzikiej fauny i flory. Świat stoi w obliczu bezprecedensowego wzrostu nielegalnego handlu dzikimi zwierzętami i roślinami oraz produktami z dzikiej fauny lub flory. Grozi to zaprzepaszczeniem wypracowanych z trudem przez dekady osiągnięć w zakresie ochrony środowiska. W istocie nielegalny handel dziką fauną i florą oraz produktami z dzikiej fauny lub flory stał się jedną z najbardziej lukratywnych gałęzi działalności przestępczej na świecie. Łączna wartość tego handlu szacowana jest na 8-20 miliardów euro rocznie. Nielegalny handel szkodzi nie tylko różnorodności biologicznej, ale także wywiera negatywny wpływ na rozwój i praworządność ze względu na jego ścisłe powiązania z korupcją, co przyczynia się do destabilizacji bezpieczeństwa w niektórych państwach zagrożonych.

Πρόεδρος. – Οι αιτιολογήσεις ψήφου περατώνονται.

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

10. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

12. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Πρόεδρος. – Η σύνοδος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου διακόπτεται.

Η συνεδρίαση έληξε.

(Η συνεδρίαση λήγει στις 12.50)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/2823

18.4.2024

**Mitteilung der EFTA-Überwachungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**
Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Linienflugverkehr

(C/2024/2823)

Mitgliedstaat	Island
Betroffene Flugstrecken	Flugstrecken: 1. Reykjavík – Húsavík – Reykjavík Fünfmonatszeitraum November bis Ende März
Datum des Inkrafttretens der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen	1. November 2024
Anschrift, bei der der Text und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit den geänderten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Vegagerðin Suðurhrauni 3 210 Garðabæ ISLAND Ansprechpartner: Gísli Gíslason, gigi@vegagerdin.is Tel. +354 8605656 https://tendsign.is/ — 24-041: Áætlunarflug á Íslandi - Sérleyfi fyrir Vegagerðina. Reykjavík – Húsavík – Reykjavík 2024-2027. — 24-041: Luftverkehrskonzession für Vegagerdin/isländische Straßen- und Küstenverwaltung Reykjavík – Húsavík – Reykjavík 2024-2027.



C/2024/2824

18.4.2024

**Mitteilung der EFTA-Überwachungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**
Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Linienflugverkehr

(C/2024/2824)

Mitgliedstaat	Island
Betroffene Flugstrecken	Flugstrecken: 1. Reykjavik – Vestmannaeyjar – Reykjavik Fünfmonatszeitraum November bis Ende März
Datum des Inkrafttretens der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen	1. November 2024
Anschrift, bei der der Text und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit den geänderten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Vegagerðin Suðurhrauni 3 210 Garðabæ ISLAND Ansprechpartner: Gísli Gíslason, gigi@vegagerdin.is Tel. +354 8605656 https://tendsign.is/ — 24-040: Áætlunarflug á Íslandi - Sérleyfi fyrir Vegagerðina. Reykjavik – Vestmannaeyjar – Reykjavik 2024-2027. — 24-040: Luftverkehrskonzession für Vegagerdin/isländische Straßen- und Küstenverwaltung Reykjavik – Vestmannaeyjar – Reykjavik 2024-2027.



C/2024/2826

18.4.2024

**Mitteilung der EFTA-Überwachungsbehörde nach Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**

**Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher
Verpflichtungen**

(C/2024/2826)

Mitgliedstaat	Island
Betroffene Flugstrecken	Flugstrecken: 1. Reykjavík – Húsavík – Reykjavík
Laufzeit des Vertrags	Jedes Jahr vom 1. November bis zum 31. März Der Vertrag gilt vom 1. November 2024 bis zum 31. März 2027 mit der Möglichkeit einer Verlängerung um zwei Jahre.
Frist für die Angebotsabgabe	Zwei Monate nach dem Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der Ausschreibung und den geänderten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Vegagerðin Suðurhrauni 3 210 Garðabæ ISLAND Ansprechpartner: Gísli Gíslason, gigi@vegagerdin.is Tel. +354 8605656. https://tendsign.is/ — 24-041: Áætlunarflug á Íslandi - Sérleyfi fyrir Vegagerðina. Reykjavík – Húsavík – Reykjavík 2024-2027. — 24-041: Luftverkehrskonzession für Vegagerdin/isländische Straßen- und Küstenverwaltung Reykjavík – Húsavík – Reykjavík 2024-2027.



C/2024/2827

18.4.2024

**Mitteilung der EFTA-Überwachungsbehörde nach Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**

**Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher
Verpflichtungen**

(C/2024/2827)

Mitgliedstaat	Island
Betroffene Flugstrecken	Flugstrecken: 1. Reykjavik – Vestmannaeyjar – Reykjavik
Laufzeit des Vertrags	Jedes Jahr vom 1. November bis zum 31. März Der Vertrag gilt vom 1. November 2024 bis zum 31. März 2027 mit der Möglichkeit einer Verlängerung um zwei Jahre.
Frist für die Angebotsabgabe	Zwei Monate nach dem Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der Ausschreibung und den geänderten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Vegagerðin Suðurhrauni 3 210 Garðabæ ISLAND Ansprechpartner: Gísli Gíslason, gigi@vegagerdin.is Tel. +354 860 5656 https://tendsign.is/ — 24-040: Áætlunarflug á Íslandi - Sérleyfi fyrir Vegagerðina. Reykjavík – Vestmannaeyjar – Reykjavík 2024-2027. — 24-040: Luftverkehrskonzession für Vegagerðin/isländische Straßen- und Küstenverwaltung Reykjavík – Vestmannaeyjar – Reykjavík 2024-2027.